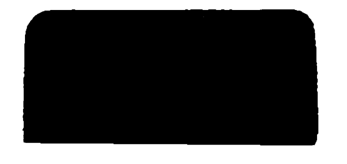


Preußische Jahrbücher.

Herausgegeben

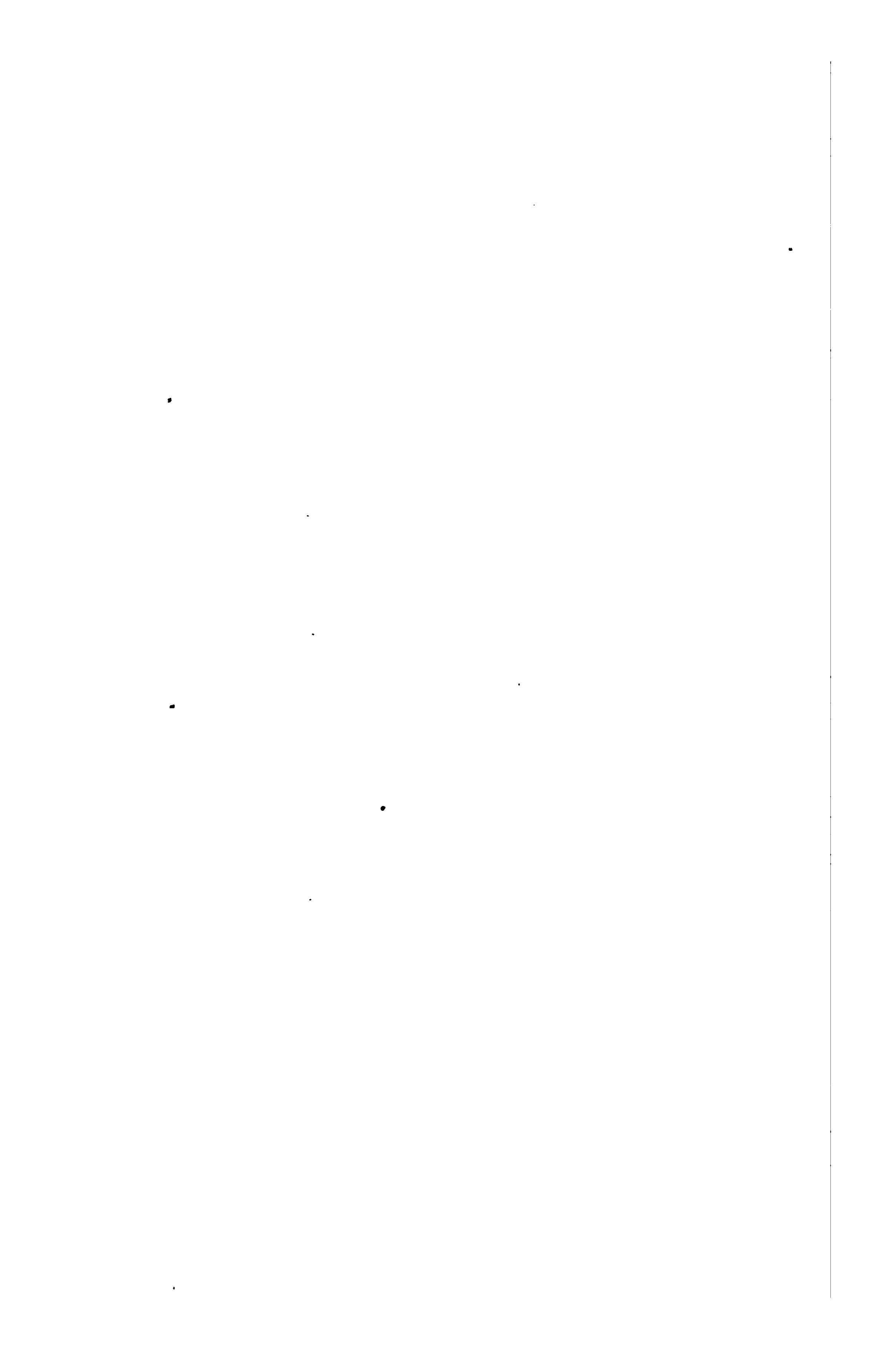
von

Heinrich von Treitschke.



Achtzehnter Band.

Berlin, 1866.
Druck und Verlag von Georg Reimer.



Inhalt.

Erstes Heft.

Zweites Heft.

Drittes Heft.

Viertes Heft.

Fünftes Heft.

Sechstes Heft.

Der preußische Beamtenstaat.

Der Uebergang aus den politischen Bildungen des Mittelalters in den modernen Staat vollzog sich auf dem europäischen Continent überall in denselben Formen. Die Gestaltung des Staates ist so wesentlich von den dauernden gesellschaftlichen Zuständen und von den gegebenen Culturverhältnissen abhängig, und diese waren im christlichen Occident so gleichartig, wenn auch die fortschreitende Entwickelung in einigen Ländern um lange Zeiträume gegen andere zurückblieb, daß in der Wechselwirkung mit den allgemeinen Zuständen die Fortbildung des Staates im Großen identisch ausfallen mußte. Diese Fortbildung führte vom patrimonialen Lehnsstaat zum absoluten Beamtenstaat.

Der hauptsächlichste äußerliche Unterschied bestand darin, daß in England, Frankreich, Spanien die Staatsbildung mit dem nationalen Gebiete zusammenfiel, während sie in Deutschland und Italien nur in den einzelnen, aus einander fallenden Landestheilen erfolgte. Als das unnatürliche Reich Karl's des Großen bald nach seinem Tode in die nationalen Bestandtheile zerfiel, knüpfte sich der Staatsbegriff an das Ganze dieser Länder. So locker die Verbindung, so schwach die Centralgewalt wurde, betrachtete man doch die Königreiche Frankreich, Deutschland, Italien als Staaten, nicht die Gebiete der einzelnen mächtigen Vasallen. Diese blieben Privatherrschaften innerhalb des Staates, so lange es eine wirkliche Centralgewalt gab. Nach deren Aufhören ward Italien schon im Mittelalter ein blos geographischer Begriff. Deutschland blieb theoretisch ein Staat bis zur Auflösung des Reichs. Aber das wirkliche Wesen eines Staates ging mehr und mehr verloren. In England, wo die erobernden Normannen sich wie eine Besatzung in feindlichem Lande einrichten mußten, war eine größere Concentration der Gewalt durch die Natur der Dinge geboten, und das Königthum sorgte von Anfang an dafür, daß die wichtigsten Attribute der Staatsgewalt nicht in das Privateigenthum der großen Barone übergingen. In Frankreich wuchs in der zweiten Hälfte des Mittelalters die königliche Macht, während die deutschen Kaiser

schon früh über den idealen Ansprüchen einer chimärischen Weltherrschaft die realen Grundlagen einer wirklichen Gewalt im eigenen Staate verfallen ließen. Der Principienkampf gegen das Papstthum und die fruchtlosen Versuche Italien zu unterwerfen zerrütteten das Reich. In Frankreich führten die langen englischen Kriege endlich zu einer Concentration der nationalen Kräfte, welche regelmäßige Steuern und Truppen in die Hand des Königs gab. Damit legte nach dem Abschluß der Kriege Ludwig XI. den Grund zum absoluten Königthum, indem er die Macht der großen Vasallen brach. In Deutschland wurden seit dem Untergange der Hohenstaufen Jahrhunderte hindurch gar keine Reichskriege von irgend einer Bedeutung gegen das Ausland geführt. Abgesehen von den Grenzkriegen einzelner Fürsten verzehrte sich die Kriegslust der herrschenden Kriegerkaste fast ganz in den Fehden der großen und kleinen Herren, welche die materielle und intellectuelle Entwickelung des Volkes hemmten, ohne den Ersatz zu geben, welchen große nationale Anstrengungen durch den Aufschwung des Nationalgefühls, durch hohe gemeinsame Ziele, durch die Fortbildung des Staatswesens gewähren. Wenn die Kaiser auswärtige Kriege führten, so thaten sie es hauptsächlich mit ihrer Hausmacht; die verfassungsmäßig geordnete Reichshülfe war ebenso unzuverlässig als geringfügig, und wenn einzelne Territorialherren Erhebliches leisteten, so thaten sie es als Bundesgenossen, nicht als Unterthanen.

Die Habsburger und die zwischen ihnen regierenden Luxemburger verzichteten fast ganz darauf, eine wirkliche Staatsgewalt über das ganze Reich zu organisiren und zu üben, sondern strebten nur danach, eine eigene Hausmacht zu gründen und zu vermehren, wie dies die anderen Fürsten durch Unterwerfung schwächerer Nachbaren, durch Heirathen und Erbverträge zu bewerkstelligen suchten. Im übrigen Deutschland konnte von einer eigentlichen Regierung der späteren Kaiser kaum noch die Rede sein. Wenn sie an der Spitze der Reichsstände für den Frieden im Reiche Sorge trugen und Einrichtungen trafen, so ging doch die Regierungsgewalt mehr und mehr auf die einzelnen Glieder des Reiches über. Die Aufgabe des mittelalterlichen Staates war fast ausschließlich die Erhaltung des Friedens, der Rechtsordnung, die Sorge für die Sicherheit nach außen und innen. Er entsprach sowohl in der Beschränkung seiner Functionen, wie in den Formen ihrer Ausübung im Innern der Idee des Rechtsstaats, wie das Naturrecht des vorigen Jahrhunderts sie zu fassen pflegte, welchem freilich der Inhalt der mittelalterlichen Rechtsordnung keineswegs gefiel. Aber auch zu diesen Zwecken konnte der Kaiser außerhalb seiner Erblande fast nirgends mehr direct eingreifen, unmittelbar befehlen. Das Reich löste sich in Territorialherrschaften auf und verlor den Begriff eines

Staates. Dieser ging allmählich auf die Territorialherrschaften über, welche anfänglich fast ebenso locker constituirt waren, wie das Reich. Es hing von den Landesherren ab, was sie zum „gemeinen Nutzen" auf Erhaltung von Ordnung, Recht und Sicherheit verwenden wollten, oder ob sie es vorzogen, auf und von ihren Domänen als Junker zu leben, und ebenso stand es im Belieben ihrer Vasallen, Prälaten und Städte, was sie dem Landesherrn außer den herkömmlichen kargen Einkünften dazu gewähren wollten. Dauernde staatliche Aufgaben in Förderung des Gemeinwohls stellten sich fast nur die Städte. Indessen diese waren, obwohl sie in ihren losen Bündnissen auch politisch merkwürdig Großes geleistet haben, in Deutschland zu klein, um als eigentliche Staaten gelten zu können.

Die Kaiser hatten es weder in Italien noch in Deutschland verstanden, die Kräfte der Städte für die Staatsgewalt nutzbar zu machen, welche die französischen Könige wesentlich mit der Unterstützung des erstarkenden Bürgerthums gründeten. Die italienischen Städte waren in ihrer ökonomischen und politischen Entwickelung, wie in Kunst und Wissenschaft dem übrigen Europa während des Mittelalters weit voraus. Sie waren dadurch, daß die Grundherren, der umwohnende Adel den Bürgerschaften beitrat, zu Staaten mit beträchtlichem Gebiet und von bedeutender Macht geworden, ähnlich den Stadt-Staaten des griechischen Alterthums, als deren würdige Nebenbuhler sie in der Weltgeschichte erscheinen. Unter den deutschen Städten fand sich ein ähnliches Verhältniß in großem Maße fast nur in Bern, welches denn auch Jahrhunderte hindurch eine große politische Rolle gespielt hat, während die meisten übrigen Städte Deutschlands nur zum Zweck ihrer eigenen Sicherheit oder wegen unmittelbarer Handelsinteressen in die große Politik eingriffen. Die ökonomischen, politischen und administrativen Einrichtungen der italienischen Städte, der aus ihnen hervorgegangenen Fürstenthümer und der römischen Hierarchie sind Vorbilder für die europäischen Staaten geworden. Aber in allen Ländern waren es die Städte, wo sich das bewegliche Eigenthum neben dem bisher ausschließlich herrschenden Grundeigenthum, die Geldwirthschaft gegen die Naturalwirthschaft geltend machte, und wo sich in Folge dessen die ökonomischen Kräfte in einer Weise entwickelten, daß die Machtmittel der bloßen Grundherren nicht mehr damit wetteifern konnten. Was die Kaiser versäumt hatten, thaten die deutschen Landesherren. Mit den materiellen Mitteln des Bürgerthums, als hauptsächlicher Grundlage ihrer kriegerischen Macht, begründeten sie ihre Staatsgewalt. Vor der concentrirten Macht der größeren Staaten verloren dann die Städterepubliken im Süden und Norden, zu Wasser und zu Lande alsbald ihre politische Bedeutung.

Die Einrichtungen der deutschen Territorien waren gegen das Ende des Mittelalters in ihren Grundzügen ziemlich homogen. In den beiden großen östlichen Marken, Oesterreich und Brandenburg, hatte sich unter den beständigen Kriegen gegen mächtige Nachbarvölker eine größere Concentration der Kräfte gebildet und erhalten, als in den meisten anderen Territorien. Dadurch sind sie die Kernpunkte der beiden großen Monarchien geworden, und ihre Fürsten im Stande gewesen, die Verbindung mit anderen Ländern in und außer Deutschland zu gewinnen und zu behaupten, welche andere Fürsten vergeblich in größerem Umfange erstrebten. Es gab da keine fremdartigen Enclaven, keine reichsunmittelbaren Städte, Prälaten oder Herrschaften. Außer den Städten kam selten ganz freies Grundeigenthum vor; fast alles stand unmittelbar oder mittelbar im Lehnsverband mit dem Landesherrn. Leistungen, Abgaben und Dienste waren fester geordnet, die Amtsgewalten weniger in das Privateigenthum der Vasallen übergegangen, als in anderen Landschaften. In der Mark Brandenburg war allerdings in dem Jahrhundert nach dem Aussterben der Askanier große Unordnung eingerissen. Die verwilderte Ritterschaft und die auf sich selbst angewiesenen Städte hatten sich fast gänzlich jeder Oberherrschaft entzogen. Aber die Burggrafen von Nürnberg richteten nach dem Erwerb des Landes mit ihrem fränkischen Dienstgefolge und mit ihrem Reichthum die landesherrliche Gewalt so straff auf, wie sie nur irgendwo in Deutschland zu jener Zeit bestand. Friedrich I. brach die Macht der Quitzows und ihrer Genossen, die freilich früher in der Mark waren, als die Hohenzollern. Friedrich II. unterwarf die Städte. Es ist merkwürdig, welches mächtige und bewegte Leben in diesen Städten pulsirte. Die seit 1307 vereinigten Städte Berlin und Cöln hatten damals sicher nicht 10,000 Einwohner; sie besaßen allerdings einige Güter, und in den Händen ihrer patricischen Geschlechter befanden sich etwa 50 Lehngüter, deren Insassen die streitbare Macht der Städte vermehrten, aber im Verhältniß zu ihrem Umfange war die politische Rolle der Städte sehr bedeutend. Der Kurfürst hob die gemeinschaftliche Stadtverwaltung von Berlin und Cöln auf — sie wurde erst 1709 wiederhergestellt —, nahm ihnen die eigene Gerichtsbarkeit, untersagte alle Bündnisse „innen oder außer der Lande" d. h. mit den anderen Märkischen Städten und mit der Hansa. Der Cölner Stadtschreiber legte mit den markgräflichen Verfügungen ein neues Stadtbuch an; „wollte Gott, daß es bald wieder gewendet werde," fügte er hinzu. Es ward nicht wieder gewendet, die Städte blieben dem Landesherrn vollständig unterworfen, im sechszehnten Jahrhundert konnte ihnen die eigene Gerichtsbarkeit ohne jede Besorgniß zurückgegeben werden.

Seit der deutschen Eroberung und Colonisation der Marken mußten von allen Grundstücken Lehnsdienste geleistet oder Zehnten an den Markgrafen entrichtet werden. Der Lehnsdienst machte so viele Hufen zinsfrei, als zur Erhaltung der lehnsmäßigen Ausrüstung für nöthig erachtet wurden. Gegen Ende des Mittelalters gehörten zur vollen Lanze außer dem Ritter selbst zwei oder drei Knappen, ein Schütze und einige bewaffnete Knechte. Aber während im dreizehnten Jahrhundert der Ritter 6 Hufen frei haben sollte, fanden sich gegen Ende des vierzehnten schon Rittergüter von 20 und 25 Hufen, die doch nur ein Lehnspferd stellten. Kleinere Rittergüter stellten ein halbes, ein viertel, ein achtel Lehnspferd. Die Besitzer entzogen sich mehr und mehr dem persönlichen Dienste. Im funfzehnten Jahrhundert stellten sich in den Marken 4000 Ritter, im sechszehnten nur noch 600. Die Lehnsmiliz wurde noch im siebzehnten Jahrhundert aufgeboten, aber mit schlechtem Erfolg. Statt der vollen Lanze erschienen „Einspänner," endlich schickte der Vasall, wie ein kurfürstlicher Erlaß von 1610 klagt, „einen Kutscher, Vogt, Fischer, oder dergleichen schlimm und unversucht Lumpengesindel." Die Vasallenheere mußten durch Soldtruppen ersetzt werden. Wie das Kriegswesen wurden in früheren Zeiten auch der Hof des Landesherrn, die Beamten, Burgen, Brücken und Wege großentheils durch Dienste und Naturallieferungen der Unterthanen unterhalten. Für die übrigen Bedürfnisse reichten Grundsteuer, Zölle und Einkünfte aus den Kammergütern in der Regel aus. Aber die Entwickelung von Industrie und Handel, die neuen Erfindungen, Bedürfnisse und Anforderungen des Lebens, am Ende des Zeitraums die Entdeckung Amerikas, das Steigen der Preise und das Sinken des Geldwerthes, Soldwesen, Geschütz, Kostspieligkeit der Kriegsrüstung, alles dies vermehrte das Geldbedürfniß in unerhörtem Maße. Statt dessen waren die Einnahmen der Fürsten im Laufe der Zeiten gesunken. Güter, Gerechtsame, Einkünfte waren in großem Umfange zu Lehn gegeben, oder in Geldnoth veräußert oder verpfändet worden. Der ursprünglich in den Marken meist freie Bauernstand war unter die Gutsherrlichkeit der ritterlichen Grundbesitzer herabgedrückt. Bei völliger Naturalwirthschaft und zunehmender Bevölkerung erwies sich der kleine freie Grundbesitz fast überall als unhaltbar. Die mächtigeren Grundherren erwarben meistens die früher landesherrliche Polizeigewalt und Gerichtsbarkeit über die benachbarten Dorfschaften, legten ihnen im Handel mit den Landesherrn Dienste und Steuern auf, brachten sie großentheils in völlige Hörigkeit. Jetzt fing der Adel, nicht mehr der Bauern zur Kriegführung bedürftig, und durch das Aufhören der Fehden und Raubzüge, durch die veränderten Preisverhältnisse und durch den Wetteifer mit dem Luxus der reichen Bürger in gleicher Geld-

noch mit den Fürsten an, die Landwirthschaft als Gewerbe zu betreiben, und nicht nur die Bauern zur Steigerung seiner Einnahmen zu drücken, sondern auch Bauerhöfe in großem Umfange zu legen, und dadurch aus zinspflichtigem Lande in steuerfreie Rittergüter zu verwandeln. Bei ihm selbst war aus der Verpflichtung zum Kriegsdienst ein Privilegium der Steuerfreiheit geworden.

Wenn so auf der einen Seite die Bedürfnisse der Finanzen zu einer regelmäßigeren und complicirteren Ordnung drängten, so stärkte auf der anderen die Ausbildung der geordneten Landesverwaltung die Territorialgewalt.

Im Mittelalter war bei dem beschränkten Wirkungskreise des Staates und bei der durchgehenden Naturalwirthschaft der Regierungs-Organismus ein sehr einfacher. Aus der Vogtei, als Schutz von Person und Eigenthum gegen Gewalt, ging die Landespolizei als Kern der Regierung hervor. Sie umfaßte die Erhaltung des Landfriedens, die Vertretung im Kriegsdienst und die Vertretung vor Gericht, führte daher zu eigener Gerichtsbarkeit, zur Besteuerung und Landesunterthänigkeit, gab das Geleitsrecht zu Wasser und zu Lande, und damit das Recht Schutzgelder und Zölle zu erheben. Dies wiederholte sich im Kleinen und bis zu gewissem Maße innerhalb der einzelnen Territorien. Bei der Organisation der Marken behielten die Markgrafen alle Amtsgewalt fest in der Hand. Das Land wurde in Vogteien getheilt, den Aemtern in anderen Ländern entsprechend, meist kleiner als die heutigen landräthlichen Kreise. Der Vogt war der militärische, administrative und richterliche Beamte darin, wie schon bei den Longobarden in Italien das Amt des Richters, des judex, alle diese Functionen umfaßte. Die militärische Thätigkeit überwog in der Regel die richterliche. Die letztere ging sogar im Laufe der Zeit fast ganz verloren. Denn die Ritterbürtigen waren entweder von je her, oder doch sehr früh von der Gerichtsbarkeit des Vogts eximirt und hatten ihren Gerichtsstand vor dem Landesherrn oder seinen Hofrichtern. Beim Aufschwung der Städte erwarben diese selbst die Jurisdiction, und über die Dörfer, wo früher die Schulzen als Localbeamte die niedere Polizei und Gerichtsbarkeit übten, erwarben allmählich bei der Ausdehnung des herrschaftlichen Besitzes und Rechtes die Gutsherren die Gerichtsbarkeit in verschiedenem Umfange; manche größere Herren und Prälaten erhielten gleich den Städten auch die hohe Jurisdiction. Ueber den Vögten standen in späterer Zeit zur Controlle Landhauptleute in größeren Bezirken, wie der Altmark, Priegnitz, Uckermark. Unter ihnen besorgten Rentmeister oder Kastner die Erhebung und Verrechnung der landesherrlichen Einkünfte. Mit ihrem Unterhalt waren die Vögte auf Tantiemen von den Steuern

oder Lieferungen der Eingesessenen, auf Domainen, auf Gebühren und Strafgelder angewiesen. Die meisten Beschwerden sind fortwährend gegen ihre finanziellen Uebergriffe gerichtet. Mit den Personen der Vögte wurde häufig gewechselt, offenbar um dem Zuge der Zeit nach Ständigkeit und Erblichkeit der Aemter entgegen zu wirken; auch wurden häufig Ausländer angestellt, wogegen die Ritterschaft wiederholt verlangte, der Vogt solle ein im Lande angesessener Mann sein.

In oberer Instanz besorgte der Landesherr die Regierungsgeschäfte mit seinem Hofhalt oder den sonstigen Personen seiner Umgebung. Nach dem Vorbilde des Reichs bekleideten Marschall, Kämmerer, Truchseß und Mundschenk die großen Hofämter. Der Marschall stand im Lande der Ritterschaft und der Erhaltung des Landfriedens vor, der Kämmerer den Einkünften. Nächst ihnen bildeten in der ersten Hälfte des Mittelalters die unfreien, aber nur zu vornehmen Diensten verpflichteten Ministerialen hauptsächlich die Umgebung und Beamtenschaft des Fürsten. Mit dem dreizehnten Jahrhundert verschwand der Unterschied zwischen den ritterlichen Ministerialen und den freien Vasallen, welche nicht für ihre Person, sondern nur für ihr Gut zum Lehnsdienst verpflichtet waren. Dann folgte die niedere Dienerschaft. In allen Klassen gab es erbliche, mit Beneficien ausgestattete Aemter. Durchweg wurde die hohe und niedere Dienerschaft im fürstlichen Haushalt ernährt, bekleidet, bedient. Die Sachen, welche an ihn selbst kamen, berieth der Landesherr mit ständigen, oder auf Zeit einberufenen Personen seiner Umgebung. Der Ausdruck Consiliarii, die Geheimen, kommt schon im zwölften Jahrhundert vor. Viele wichtigere Geschäfte wurden auch auf den Landtagen vorgenommen, wo Prälaten, Grafen, Herren und Dienstmannen erschienen, wo Streitigkeiten geschlichtet, Traditionen und Belehnungen vollzogen, Strafen festgesetzt, Landesverordnungen erlassen, die Verhandlungen über außerordentliche Steuern und Beihülfen gepflogen wurden. Die gelehrten Sachen und die Schreiberei standen unter dem Kanzler oder Protonotar, der in früherer Zeit immer ein Geistlicher, später ein Jurist war. Die Rechtssachen, die der Landesherr nicht selbst oder mit seinen Räthen entscheiden wollte, wies er an den Hofrichter. Bei diesen findet sich die erste Trennung von Justiz und Administration. Denn die Hofrichter hatten nur mit der Rechtssprechung zu thun; die Execution fiel den Vögten oder Landhauptleuten anheim — In späterer Zeit wurden mehrere Hofrichter ernannt mit bestimmten Sprengeln, in denen sie Rundreisen hielten, und von ihnen konnte wieder an den Landesherrn Berufung eingelegt werden, der dann ausnahmsweise noch im funfzehnten Jahrhundert persönlich Recht sprach, gewöhnlich die letzte Entscheidung Einzelnen oder Mehreren seiner Räthe

übertrug. Die Lehnsgerichtsbarkeit wurde ungetheilt von dem Lehnshofgericht gehandhabt, welches sich bis in das vierzehnte Jahrhundert in Tangermünde aufhielt, dann mit dem Markgrafen wanderte.

Ein Besteuerungsrecht über ihre freien Unterthanen hatten die Landesherren so wenig, wie ein Recht der Gesetzgebung. Als daher die altherkömmlichen Dienste und Steuern nicht mehr ausreichten, war die Einführung oder Erhöhung der Steuern von der Bewilligung der Stände abhängig, welche sie häufig an anderweitige Bedingungen knüpften, sich auch die Miterhebung, Mitverwaltung und Controlle der bewilligten Gelder vorbehielten. Aus der Erhaltung des Friedens, später dem Begriff der Polizei, als landesherrlichem Recht für gute Ordnung und gemeines Wohl zu sorgen, floß zuerst eine Art landesherrlicher Gesetzgebung in dem Erlaß von Polizeiordnungen bunten Inhalts. Sollte indessen die Vollziehung der Anordnungen außerhalb der eigenen Domainen gesichert werden, so war die Zustimmung der Landstände nothwendig. Man fing an, über Sicherheits- und Fremden-Polizei, Wege, Märkte, Gewerbe, Landescultur, Sittenzucht, Luxus in Kleidern und bei Festen zu verordnen, aber Acte der Gesetzgebung, welche wesentlich in das öffentliche oder Privat-Recht eingriffen, waren im Mittelalter selten. Nicht blos der Mangel wissenschaftlicher Ausbildung, sondern auch die Vorstellung, daß die gegebenen rechtlichen Zustände und Einrichtungen nicht ohne Zustimmung aller Betheiligten geändert werden könnten, hinderte eine umfassendere Gesetzgebung. Das Herkömmliche wurde als vernunftmäßig und nothwendig betrachtet. Am frühesten begannen die Städte, welche im Mittelalter selbstständige, sich selbst durch eigene Obrigkeiten regierende, in ihren inneren Angelegenheiten durch den Staat wenig beschränkte Corporationen waren, in den Stadtrechten das gemeine Recht zu fixiren, zu ergänzen oder zu ändern. In den landsässigen Städten pflegten die Stadtrechte mit den städtischen Privilegien vom Landesherrn verliehen, oder bei späterer Einführung und Aenderung von demselben bestätigt zu werden. Seit dem sechszehnten Jahrhundert wurden nach dem Muster der Stadtrechte in manchen Territorien unter Mitwirkung der Stände Landrechte erlassen, welche indessen meist nur einzelne Gegenstände betrafen, namentlich außer Polizei- und Gerichts-Ordnungen einzelne Abänderungen des gemeinen Rechts enthielten.

Eine gewaltige Umwälzung in Recht und Staat, in Gerichts- und Beamten-Wesen brachte die Einführung des römischen Rechts hervor. In Frankreich kamen die Legisten schon um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts neben Adel und Clerus auf; Ludwig IX. schaffte Gottesurtheile und gerichtliche Zweikämpfe ab, und ersetzte sie durch Urkunden- und Zeu-

gen-Beweis. Viel später geschah dies in Deutschland. Die erste Universität in Deutschland wurde 140 Jahre nach der Pariser gestiftet; im nördlichen Deutschland wurden die Universitäten erst im funfzehnten Jahrhundert gegründet, die märkische Universität zu Frankfurt erst 1506. Und erst in dieser Zeit drangen die Gelehrten, d. h. die auf den Universitäten im römischen und kanonischen Recht ausgebildeten Juristen, in die Theorie und Praxis des Rechts ein. Schon seit den Zeiten der Hohenstaufen, welche die spätrömische Jurisprudenz als Vorbild und Rechtsgrund für das Gefüge eines bureaukratischen Absolutismus geltend machten, wurde das römische Recht als das eigentliche Kaiserrecht betrachtet. Es diente dem beginnenden Absolutismus. Die fortdauernde Beschäftigung der Gelehrten mit dem klassischen Alterthum, die bis in das siebzehnte Jahrhundert reichende, ausschließliche Bewunderung desselben und die Verachtung der nationalen Geisteserzeugnisse bannte die Juristen, seitdem überhaupt ein gelehrtes Studium Sitte ward, in den Kreis des römischen Rechts. Wie die Menschen für vernunftmäßig zu halten pflegen, was ihren gewohnten Anschauungen entspricht, stützten Zasius und seine Schüler die absolute Geltung des römischen Rechts auf die Behauptung, es sei das allein vernünftige Recht, was ihm widerstrebe, sei contra rationem. Die geistlichen Gerichte und der Einfluß des Reichskammergerichts entschieden formell seine Gültigkeit. Das Wesentlichste aber war, daß das ausgebildete römische Recht der fortgeschrittenen ökonomischen Entwicklung, den Verkehrsbedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft entsprach, und deshalb trotz der bis in das sechszehnte Jahrhundert wiederholten ständischen Proteste nach und nach überall recipirt ward. In den größeren Städten hatte man gewöhnlich einige Gelehrte im Rath, in den kleineren wenigstens einen gelehrten Stadtschreiber, welcher wesentlich die Justiz verwaltete. In den Räthen und Gerichten der Fürsten wurden die studirten Juristen unentbehrlich. In der Mark wurde das römische Recht endlich auf dem Landtage von 1534 förmlich eingeführt. Daneben wurden vielfache gesetzliche oder statutarische Bestimmungen für Zustände und Einrichtungen nothwendig, auf welche sich das römische Recht nicht anwenden ließ. In den Verhältnissen des Grundeigenthums, im Erbrecht und Familienrecht erhielten sich großentheils die alten Rechte oder Gewohnheiten.

Nach dem Muster des Reichskammergerichts wurden bald die höheren landesherrlichen Gerichte collegialisch organisirt, und den Gerichten folgten die Verwaltungsbehörden. In den unteren Instanzen wurden die landesherrlichen Aemter und die Patrimonialgerichte noch mit „verständigen ehrbaren Leuten“ — Ungelehrten — besetzt. Die Schöffen fielen fast überall

weg. Die größeren Criminalsachen gingen an die Land- oder Hof-Gerichte zum Erkenntniß. Bei den höheren Gerichten mußte in der Regel die Hälfte der Richter aus Doctoren, die andere aus Adligen bestehen. Letztere vertraten nicht das Volksrecht dem römischen Recht gegenüber, sondern hatten gewöhnlich auch studirt; ihre Zuziehung hatte hauptsächlich den Zweck, die adligen Standesinteressen zu vertreten und dem Adel einen Theil der wichtigen Aemter vorzubehalten. Die Vorstellung, daß die Doctorwürde den persönlichen Adel ertheilte, ließ die Verletzung des alten Grundsatzes von der Ebenbürtigkeit der Urtheiler verschmerzen. Die Reichsgesetze schrieben zwei Instanzen vor; die erste bildeten die landesherrlichen Aemter, die Stadt- und Patrimonial-Gerichte, die zweite Hofgerichte oder Regierungen; wo das privilegium de non appellando existirte, mußte auch für eine dritte landesherrliche Instanz Sorge getragen werden, an deren Stelle häufig die Juristen-Facultäten traten. In manchen Ländern besorgten die Obergerichte auch die Verwaltungsangelegenheiten, wie sich dies z. B. in Schleswig-Holstein bis in das vierte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts erhielt. Meistens erhielten die höheren Verwaltungsbehörden im Laufe des sechszehnten und siebzehnten Jahrhunderts eine eigene, den Gerichten ähnliche Formation. In Oesterreich bestanden schon unter Maximilian I. die drei getrennten Collegien, der Hofrath (das Hofgericht, als Reichshofrath mit dem Reichskammergericht concurrirende Jurisdiction übend), die Hofkammer für die Domainenverwaltung, und die Regierung für die übrigen Verwaltungsangelegenheiten. Im Laufe des sechszehnten Jahrhunderts gingen in den meisten Territorien aus den Räthen und Hofbeamten der Fürsten bleibende Verwaltungs-Collegien hervor, Hofrath, Kanzlei oder Regierung genannt, woraus gewöhnlich die vertrautesten Räthe, mit welchen der Landesherr die persönlich vorbehaltenen Angelegenheiten berieth, als ein besonderes Collegium, der Geheime Rath, ausgeschieden wurden. Für die Einkünfte aus den Kammergütern pflegte eine besondere Hof- oder Domainen-Kammer gebildet zu werden.

In der Mark ging aus der Vereinigung des Lehnsgerichts und des Hofgerichts das Berliner Kammergericht hervor, und dieses erhielt 1516 eine feste Organisation und eine besondere Gerichtsordnung. Unter dem Vorsitz des Kanzlers sollten von den zwölf Beisitzern zwei den Prälaten, Grafen und Herrn, vier den Rittern, zwei den Städten angehören, vier aus den markgräflichen Räthen ernannt werden. Noch die Kammergerichtsordnung von 1709 bestimmte, daß die Hälfte der Beisitzer aus dem Ritter- und Herrenstande genommen werden, daß dieselben aber gelehrt und in den Landesrechten erfahren sein sollten; vor der Anstellung ward eine schriftliche Proberelation erfordert. Das Gericht zerfiel bereits in verschiedene

Senate, und es ward verordnet, daß die Richter, welche ein Urtheil gefällt, bei dem zweiten in derselben Sache nicht mitstimmen sollten.

Der Entfernung wegen wurden noch in einigen anderen Städten höhere Gerichte organisirt, in Stendal, Prenzlau, Cüstrin, wo nach dem Landtagsabschiede von 1601 die Richter theils „Einländische vom Adel," theils Doctoren sein und in wichtigen Fällen Professoren aus Frankfurt zugezogen werden sollten. Obwohl das Kammergericht die Stelle des Markgrafen als obersten Richters vertreten sollte, übte dieser gelegentlich noch eine selbständige persönliche Gerichtsbarkeit, gewöhnlich durch Gewährung einer besonderen Commission. Zur obersten Verwaltung der Kammergüter fand sich schon gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts in Tangermünde eine besondere, aus kurfürstlichen Räthen gebildete Kammer, die später mit dem Markgrafen den Sitz wechselte. Für die sonstige Verwaltung wurde erst im December 1604 durch Joachim Friedrich eine regelmäßige Behörde, der Geheime Staatsrath, gestiftet, damals aus neun Räthen unter Aufsicht des Kurfürsten bestehend.

Der Staatsrath sollte collegialisch berathen, jedoch wurden die Sitzungen schon unter Joachim Friedrich selten und unregelmäßig, und blieben es, obwohl fast jeder Regent beim Regierungsantritt regelmäßige Sitzungen einzuführen oder wiederherzustellen versuchte. Johann Siegismund übertrug einigen Ministern speciell die Angelegenheiten Jülichs und Preußens, welches er für seinen blödsinnigen Schwiegervater regierte; sonst fand noch keine regelmäßige Geschäftsvertheilung statt, außer etwa daß der Kanzler, welcher zugleich Präsident des Kammergerichts war, vorzugsweise die Justizverwaltung leitete. Auswärtige und innere Angelegenheiten wurden nicht geschieden. Einzelne Räthe pflegten den Kurfürsten in Fällen der Abwesenheit zu begleiten. Als Georg Wilhelm sich nach Preußen zurückzog, regierten die zurückbleibenden Geheimen Räthe, namentlich Schwarzenberg, in Berlin fast unumschränkt. Bis in die Regierung des großen Kurfürsten hinein lauteten die Bestallungen der Minister ausdrücklich auf Kündigung, mit Kündigungsfristen von drei und sechs Monaten. Es scheint allerdings nicht, daß man jemals von dem Kündigungsrecht Gebrauch machte. Wollte man Jemanden aus dem Geheimen Rath entfernen, so verhandelte man mit ihm über die Entlassung, oder es wurden Anklagen gegen ihn erhoben, wie gegen den Kanzler v. Götze und den Geh. Rath v. Winterfeld, die durch Schwarzenberg gestürzt und unter dem großen Kurfürsten wieder in den Rath berufen wurden.

So lange der Patrimonialstaat sich im Innern fast ganz auf Rechtspflege und Sicherheitspolizei beschränkte, reichten Kanzler und wenige Räthe für die Regierung aus. Als die Geschäfte sich häuften und die Hierarchie

der Beamten complicirter wurde, pflegten die Fürsten dem Geheimen Rath oder Staatsrath nicht mehr regelmäßig beizuwohnen. Seitdem ward allmählich zwischen dem Geheimen Rath und dem Minister unterschieden, der Geheime Rath als Titel gegeben, und Minister diejenigen genannt, welche persönlich mit dem Fürsten conferirten — davon Cabinets= oder Conferenz-Minister. — Die landesherrlichen Domainen wurden noch bis Ende des siebzehnten Jahrhunderts großentheils administrirt, und wo sie verpachtet waren, bestanden die Pächte noch häufig in Naturallieferungen an den Hof, Beamte und Dienerschaft. Die Beamten waren zum Theil auf Gebühren, Sporteln und Naturalien angewiesen, erhielten auch wohl Ländereien zur Benutzung oder gegen billige Pacht. Sie konnten jederzeit entlassen werden, wurden oft auf bestimmte Zeit angenommen, und wechselten nicht selten den landesherrlichen oder städtischen Dienst. Auch die Rathsherrn erhielten allerlei Deputate, Lieferungen aus den Kämmereigütern, Mahlzeiten, übten Jagd und Fischerei; allmählich kamen Besoldungen auf. Die Geldwirthschaft bildete sich in Deutschland später und langsamer aus, als im Süden und Westen Europas. Auch in den fürstlichen Familien behauptete sich sehr lange eine Art Naturalwirthschaft; als der Grundsatz der ungetheilten Erbfolge festgestellt war, und die Territorien nicht mehr gleich getheilt wurden, erhielten die Nachgeborenen noch einzelne Aemter, Schlösser und Ländereien mit einer gewissen Halbsouveränetät angewiesen. Fremde Gesandtschaften erhielten bis auf den großen Kurfürsten in der Regel Naturalverpflegung, wurden in Schlössern oder in Wirthshäusern einquartiert.

Durch die Reformation ist die sociale und politische Entwickelung Deutschlands ohne Zweifel aufgehalten worden, da die religiöse Bewegung die besten Kräfte des Volkes zu lange und zu ausschließlich absorbirte. Dazu kam endlich die unerhörte Verwüstung der materiellen und sittlichen Cultur durch den dreißigjährigen Krieg. Die politischen Elemente des mittelalterlichen Staates, Adel und Städte, in ihrer alten Form und Bedeutung waren gebrochen. Dagegen waren die Fürsten, jetzt nicht mehr Unterthanen des Kaisers, sondern Mitinhaber der Reichsgewalt und in der That Souveraine geworden, durch die veränderten Formen der Kriegsführung und der diplomatischen Verhandlungen, durch die Nothwendigkeit eines energischen Eingreifens und Durchgreifens zur Ordnung und Wiederherstellung der zerrütteten Verhältnisse, und durch die Entkräftung der ständischen Elemente ihren Unterthanen gegenüber in eine ganz andere Stellung getreten. Die Zeit der fürstlichen Dictatur war gekommen. In den Drangsalen des Krieges und dem Bestreben sich wieder aufzurichten war der Sinn für die öffentlichen Interessen geschwunden. Als die Stände

nur noch ihre Sonderrechte zu erhalten suchten, als der Adel in landschaftlichen und Standes-Interessen aufging, als Bürger und Bauern ohne alle politische Thatkraft oder nationale Gesinnung waren, concentrirte sich der Staatssinn ausschließlich bei den Fürsten und ihren Dienern. Der westphälische Friede hatte ein hartes, zähes, scharfsinniges Geschlecht von Politikern und Juristen erzogen, welche die rücksichtslosen Leiter der fürstlichen Politik wurden, und nicht blos die moderne Diplomatie schufen, sondern auch den modernen Staat einrichteten. Den eigenen Landständen gegenüber wurde ungefähr ebenso verfahren, wie fremden Staaten. Die einzelnen Bestandtheile größerer Territorien wurden wider altes Recht und Herkommen verschmolzen, die Stände bald ganz beseitigt, bald als eine Art Behörde zur Vertheilung und Erhebung der Steuern behandelt; nur in einzelnen Ländern behaupteten sie sich durch den Schutz der Reichsgerichte. Der französische Absolutismus ward das Vorbild für die Staatsmänner, wie für die Höfe. Mit Klugheit, List und Gewalt wurde er gegen localen und ständischen Widerstand durchgesetzt. Der Trieb der Selbsterhaltung und die Nothwendigkeit einer neuen Ordnung fiel mit der Förderung des Staatswohles und der Staatseinheit zusammen. Eine organisirte Theilnahme des Volkes an den öffentlichen Geschäften verband sich nirgends mit der Thätigkeit der Regierung; die Staatsarbeit fiel gänzlich dem neuen Stande der besoldeten Beamten anheim. Am vollständigsten entwickelte sich die Landeshoheit da, wo auswärtige Herrschaften mit deutschen Ländern verbunden wurden. Aus den byzantinischen Rechtsvorstellungen der Fürsten, aus den biblischen Reminiscenzen der Theologen, aus dem Vollgefühl einer Machtvollkommenheit, wie sie das Mittelalter nicht gekannt hatte, bildete sich der hochmüthige Begriff des Königthums, „wir können thun, was wir wollen.“ Eine undefinirte Staatshoheit, eine allgemeine Gesetzgebungsgewalt erworbenen Rechten gegenüber, Finanzhoheit, Verfügungsrecht über Personen und Eigenthum zu öffentlichen Zwecken gehörten nicht zu den mittelalterlichen Vorstellungen vom Staate, und am wenigsten war in Deutschland das Verhältniß der Unterthanen zur Obrigkeit einseitiger Willkür preisgegeben. Die Lehre vom göttlichen Recht der Könige, von ihrer Allmacht und Allweisheit und vom unbedingten Gehorsam der Unterthanen ward erst im Anfang des siebzehnten Jahrhunderts von den Stuarts und in der zweiten Hälfte desselben von Ludwig XIV. proklamirt, und wurde erst im achtzehnten zur officiellen, jedoch nicht unbestrittenen Theorie in Deutschland. Vor Allen der ältere Moser, Johann Jacob, „der alte, ehrliche Moser,“ hielt in den Kämpfen und in den Forschungen seines langen Lebens das klare Bewußtsein fest von dem, was Rechtens sei in deutschen Landen, und worin es nicht recht-

lich, nur thatsächlich einen Unterschied mache, wenn Einer 100,000 Mann auf den Beinen halte. Das Mittel zur Begründung der neuen Staatsgewalt waren eben die stehenden Heere, die gleich dem Absolutismus erst 200 Jahre alt sind, der miles perpetuus. Die nicht abgedankten Truppen des dreißigjährigen Krieges wurden überall der Stamm der stehenden Heere, zu welchen immer neue Regimenter hinzukamen. Der große Kurfürst fing mit 4000 Mann an und hatte bei seinem Tode 28,000. Um sie zu unterhalten, bedurfte es einer starken Heranziehung und Entwickelung der finanziellen Kräfte des Landes, und dazu war eine geordnete, regelmäßige Verwaltung nothwendig, neben welcher sich das alte Ständewesen nicht behaupten konnte.

Die Mark Brandenburg, das Stammland des preußischen Staates, war im dreißigjährigen Kriege durch feindliche Verwüstung, Hungersnoth und Pest furchtbar verödet, als der große Kurfürst 1640 die Regierung antrat. Bis auf den heutigen Tag findet man in den Grundbüchern der Mark wüste Feldmarken, wo vor dem Kriege Dörfer gestanden, ehemaligen Ritteracker, der zu den Gütern untergegangener Geschlechter gehört, Waldungen, wo früher der Pflug gegangen. Berlin, gänzlich verarmt, mit hunderten von wüsten Stellen, hatte nur noch 6000 Einwohner. In den meisten Städten war ein Drittel, nicht selten die Hälfte der Häuser zerstört. Das harte, ausdauernde, nüchtern verständige Geschlecht der preußischen Lande arbeitete sich allmählich wieder aus der Zerrüttung herauf; aber Jeder dachte nur an seine Privatgeschäfte, die Theilnahme an den öffentlichen Interessen war verloren gegangen. Auch in den Städten war das Bewußtsein dauernder Gemeinsamkeit geschwunden, welches sich in ihnen noch erhalten hatte, als sich gegen Ende des Mittelalters Alles in Privatinteressen zersplitterte, als staatliche Functionen, obrigkeitliche Rechte, die Fürstenämter selbst zu Vermögensobjecten wurden, mit denen man Handel trieb. Die Sorge für die öffentlichen Interessen fiel den Fürsten und ihrer Beamtenschaft anheim. In dem ausgedehnten Länderbesitz, wie der große Kurfürst ihn vorfand und erwarb, einem Territorialbestand, der weit über die Maße der übrigen deutschen Herrschaften hinausging, mußte ein Charakter von starkem Selbstgefühl und hochstrebendem Ehrgeiz die Aufforderung finden, eine Staatsmacht höheren Ranges zu schaffen. Aber schon um die Existenz zu behaupten, um sich rechtlich von den Polen und thatsächlich von den Schweden unabhängig zu machen, um die getrennten Besitzungen von den rheinisch-westphälischen Landschaften bis zu den Grenzen Ostpreußens gegen raubgierige Angriffe zu sichern, bedurfte es einer Macht, welche die alten Staatsmittel nicht gewährten. Eine concentrirte, einheitliche Staatsmacht mußte gegen alte Rechte und Interessen

durchgesetzt, in ihr die Grundlage eines geordneten Staatswesens gewonnen werden. Das moderne Königthum, welches Friedrich Wilhelm nicht dem Namen, aber der Sache nach schuf, war nicht mehr ein Aggregat erworbener Rechte, sondern die Landeshoheit als staatsrechtlicher Begriff, der Inbegriff aller politischen Gewalt, wie sie damals theoretisch in Seckendorff's Fürstenstaat entwickelt ward. Das neue Regierungssystem, die Staatsraison — nach der Schrift von Chemnitz de ratione status in imperio nostro romano-germanico — wurde vielfach der Härte, der Willkür und der Heuchelei angeklagt, und nicht mit Unrecht. Wie der consequente Absolutismus schließlich immer die eigene Größe als Zweck, das Wohl der Unterthanen als Mittel begreift, so war auch bei dem Herausarbeiten Preußens aus der hausherrlichen Domänen-Verwaltung zur staatlichen Organisation die dynastische Weltstellung die Hauptsache, die nationale Wohlfahrt mehr Mittel als Zweck. Aber in dem Absolutismus lag der Keim weiterer Entwickelung, und in Preußen war er ernstlicher und consequenter, als in den meisten anderen Ländern auf das Ganze, auf die wirklichen Staatszwecke gerichtet.

Der große Kurfürst verfuhr so hart und gewaltthätig, wie irgend einer gegen Rechte der Provinzen, ständische Corporationen, politische Privilegien, wo es galt die neue Ordnung durchzusetzen. Aber das alte Staatswesen war zerrüttet und abgelebt. Einen ernsten Kampf kostete die Bewältigung nicht; der Widerstand hatte keinen dramatischen Charakter, er beschränkte sich auf Remonstrationen und Protestationen. Mit den Abschieden von 1653 wurden die märkischen Landtage für immer geschlossen. In Königsberg wurden allerdings Kanonen auf die Wälle geführt, jedoch nicht abgefeuert, und es wurden einige Hinrichtungen vollzogen; das war in den übrigen Provinzen nicht nöthig. Die bürgerlichen Interessen, die Städte schlossen sich fast überall bereitwillig dem neuen Regimente an und gingen in gutem Einverständniß auf seine Anordnungen ein. Die ritterschaftlichen Corporationen, welche namentlich in finanzieller Beziehung längst besondere, von den Städten getrennte Körperschaften bildeten, sträubten sich und suchten nach Kräften einigen politischen Einfluß, und mit besserem Erfolg ihre socialen und ökonomischen Privilegien zu behaupten. Nach dem Muster von England und Holland wurde in den Städten unter ihrer Zustimmung an Stelle der Contribution, der Steuer von Grundstücken und Häusern, die indirecte Steuer, die Accise, eingeführt. Sie hatte glänzenden Erfolg und ward nach allerlei Experimenten definitiv eine Hauptgrundlage der neuen Steuereinrichtungen. Gegen die Ausdehnung der Accise auf das platte Land protestirte die Ritterschaft, weil mit allgemeiner Einführung einer solchen Steuer der Adel nur den bloßen

Namen von seinen Vorrechten behalten werde. Damit drang sie auch durch, dagegen konnte sie ihre Heranziehung zur Unterhaltung des stehenden Heeres überhaupt nicht abwenden; soweit ward das alte Bewilligungsrecht nicht mehr geachtet. Als der Kurfürst 1656 Sold und Verpflegung für seine Truppen verlangte, schrieb er: „er verkenne nicht, daß ein solches Zumuthen die getreuen Stände befremden müsse, weil es ihren Privilegien, den Landesreversen und den ihnen gemachten Zusagen entgegen sei; ihnen werde aber das Unglück, welches das Land im letzten Kriege erfahren habe, wie das Schicksal von Polen, Litthauen und Preußen warnend vor Augen stehen, welches bei gehöriger Kriegsverfassung und guter Gegenwehr leicht abzuwenden oder doch sehr zu mildern gewesen wäre; sie sollen sich daher dem göttlichen Verhängniß in Geduld und Demuth unterwerfen und erwägen, daß es rühmlicher sei, etwas Schweres zu tragen und bei dem Seinigen zu bleiben, denn gar zu sehr auf alten Verfassungen und Landesgebräuchen zu bestehen und nach Verlust alles Seinigen zu späte Reue zu haben."

Die Armee war, wie auf der einen Seite das Mittel, die Machtstellung des Staates nach Außen zu erhöhen und den Widerstand im Innern zu brechen, so auf der anderen Haupt-Grund und Zweck der centralisirten Verwaltung. Noch während des dreißigjährigen Krieges contrahirten meist die Obersten mit den Fürsten, warben ihre Soldaten und besetzten die Stellen in ihren Regimentern. Der große Kurfürst ließ sofort in eigenem Namen werben, besetzte alle Officierstellen, sorgte für gleichmäßige Bewaffnung und Ausrüstung, für geordnete Verpflegung und strenge Disciplin. Seine Kriegsartikel, die später unter Friedrich Wilhelm I. umgearbeitet und mit den schärfsten Bestimmungen vermehrt wurden, beruhten auf den alten Ordnungen der deutschen Lanzknechte. Noch bis um die Zeit des siebenjährigen Krieges betrachtete man in Deutschland das Heer wie einen Privatbesitz der Fürsten, mit welchem Staat und Landesverfassung nichts zu thun hatten. In Preußen wurde consequent von den Zeiten des großen Kurfürsten bis zum Tode Friedrich des Großen jede Vermehrung der Einkünfte zur Vergrößerung der Armee verwendet, und die Einkünfte wurden vorzugsweise gesteigert, um die Armee vermehren zu können. Darauf vor Allem war die produktive Verwaltung, Steigerung der Finanzkraft, Sorge für festen Rechtszustand gerichtet. Es mußte Geld im Lande sein, ehe es in die Staatskassen fließen konnte. Der feudale Agriculturstaat mit seiner Naturalwirthschaft ging in den modernen Handels- und Industriestaat über, dessen Mittel das Königthum zu seinem Glanze, wie zur dynastischen Eroberungspolitik nicht entbehren konnte. Das Muster staatlicher Vorsorge für Handel und Gewerbe hatte damals die Verwaltung

Colbert's gegeben. Sie ward überall mit mehr oder weniger Glück nachgeahmt. Wie die ausgewanderten französischen Protestanten neue Industriezweige in die Mark verpflanzten und zur Hebung des Gewerbfleißes wesentlich beitrugen, so wirkten die zahlreichen Franzosen, die sich am Hofe, in der Armee und der Diplomatie des großen Kurfürsten fanden, auf die Uebertragung französischer Einrichtungen in das Heer und die Verwaltung.

In Frankreich war schon im sechszehnten Jahrhundert der Staatsrath, als höchste Verwaltungsbehörde und höchster Gerichtshof für öffentliches Recht, in mehrere Sectionen getheilt. Richelieu schuf die Intendanten der Provinzen, welche der technisch-bureaukratischen Ausbildung wegen gleich den Mitgliedern des Staatsraths mehr aus den mittleren, als den höchsten Gesellschaftskreisen hervorgingen, und mit ihren Subdelegirten vollkommen den heutigen Präfecten und Unterpräfecten entsprachen. Law wunderte sich im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts ebenso, zu finden, daß ganz Frankreich durch dreißig Intendanten regiert werde, wie man heutigen Tages allgemein überrascht war, aus Tocqueville diese Administration des ancien régime kennen zu lernen. Der große Kurfürst nahm 1651 eine bestimmte Geschäftseintheilung in seinem Geheimen Rath vor, theils nach Gegenständen, theils nach Provinzen. Es wurden neunzehn Departements eingerichtet, die unter zehn Geheime Räthe in der Art vertheilt wurden, daß einer als Hauptarbeiter, ein oder zwei andere als Adjuncten oder Vertreter fungiren sollten. Da aber einzelne Minister in den verschiedenartigsten Geschäften thätig, manche auch lange mit dem Kurfürsten abwesend waren, blieb es noch wesentlich bei dem alten Herkommen, daß zwar die einzelnen Mitglieder des Geheimen Raths vorzugsweise in gewissen Geschäften gebraucht wurden, doch kaum bestimmte Departements hatten. Das erhielt sich noch unter Friedrich I. Wenn auch bestimmte Minister für auswärtige Angelegenheiten, für Justizwesen und für Finanzsachen (worunter die ganze übrige Verwaltung fiel) erwähnt werden, so gab es doch keine feste Anordnung dafür. Diese erfolgte erst beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelm's I. Die eigentlich politischen Angelegenheiten machte der große Kurfürst nicht im Collegium, sondern mit einzelnen der Räthe im Cabinet ab. Anfänglich glaubte er auch die Geschäfte der inneren Verwaltung persönlich im Detail leiten zu können, wollte selbst die eingehenden Sachen einsehen, vertheilen, darüber Berichte hören und Beschluß fassen. Das war schon damals unausführbar, und mußte im Drange der großen politischen Geschäfte, in den Kriegen und langwieriger Abwesenheit mehr und mehr aufgegeben werden. Selbst der Geheime Rath konnte das wachsende Detail nicht mehr bewältigen. Da-

her wurde für die Kriegssteuern und die Militär-Verwaltung eine besondere Centralbehörde, das General-Kriegscommissariat geschaffen, und die Hofkammer, später General-Finanz-Directorium genannt, übernahm neben den Domainen die ordentlichen Abgaben. An der Spitze jeder dieser Behörden stand ein Mitglied des Geheimen Raths, der auf diese Weise von einem großen Theil der laufenden Geschäfte befreit wurde. Die oberste Direction der ganzen Verwaltung führte der große Kurfürst sehr eingreifend in eigener Person, namentlich seitdem er sich in den späteren Jahren regelmäßig in der Mark aufhielt.

Da er bereits den Geheimen Rath als Titel gab, wurden die Mitglieder des Geheimen Raths Wirkliche Geheime Räthe genannt, unter Friedrich I. Wirkliche Geheime Staatsräthe, und seit Anfang des achtzehnten Jahrhunderts ohne besondere Verfügung allgemein Minister mit dem Prädikat Excellenz, welches in Privatschreiben schon im siebzehnten Jahrhundert üblich war.

Als erster Minister pflegte ein vornehmer Herr zu fungiren, wie unter dem großen Kurfürsten, von 1656 bis 1679, Otto von Schwerin, mit dem Titel eines Oberpräsidenten, unter dem ersten Könige Dankelmann und später der Günstling Graf Wartenberg. Auch in den Provinzen gab es Statthalter, die meistens Prinzen aus kleinen Häusern waren, und Gehalte bis zu 13,800 Thalern bezogen, während die Minister in der Regel nur 1200 Thaler, während und nach dem dreißigjährigen Krieg sogar weit weniger hatten, daneben freilich zum Theil Gebühren bezogen, zum Theil Nebenämter am Hofe, beim Kammergericht, in der Kammer, oder als Hauptleute in Aemtern und Schlössern bekleideten. Die Statthalter des großen Kurfürsten scheinen aber ähnlich den vornehmen, zum Theil erblichen Gouverneuren in Frankreich ohne großen Einfluß auf die wirklichen Geschäfte gewesen zu sein. Diese wurden in den einzelnen Provinzen von administrirenden Collegien besorgt, die nach Art des Geheimen Raths und der Gerichte gebildet wurden. Die Amtskammern verwalteten die Domainen, die Kriegscommissariate besorgten die Erhebung der Steuern, die Verpflegung der Truppen und allmählich die anwachsenden Zweige der sonstigen Verwaltung. Auch Generale erscheinen häufig als Geheime Räthe und Administratoren. Die Hauptarbeiter waren aber geschulte Beamte, und großentheils bürgerlicher Herkunft, wie Meinders, Fuchs, Seidel, Tornau unter dem großen Kurfürsten, und unter den folgenden Regierungen Ilgen, Spanheim, Kraut, Creutz, Katsch, Thulemeier, die dann später allerdings meistens geadelt wurden. Officiere und höhere Beamte pflegten sich überall in Deutschland den Adel zu verschaffen, sei es durch Gunst, sei es für Geld.

Obwohl der studirte Adlige leicht eine Rathsstelle erhielt, und die höheren Stellen vorzugsweise mit Adligen besetzt wurden, waren Justiz und Verwaltung mit Ausnahme der höchsten Stellen nicht überwiegend in den Händen des Adels. Der vornehmere und reichere Adel dünkte sich im Grunde zu gut für den gewöhnlichen Civildienst, für die technische Vorbereitung und die Vermischung mit den bürgerlichen Beamten. Unter den Räthen eines Collegiums behauptete in den Sitzungen höhere Stellung und Anciennetät den Vorrang; bei Mahlzeiten und Repräsentation ging nach kaiserlichen Entscheidungen der Edelmann vor. Aus einer Spottschrift Idolum principum geht hervor, daß in den letzten Decennien des siebzehnten Jahrhunderts bereits Diensteramina üblich wurden. Vollständig prävalirte der Adel in der Armee. Schon der große Kurfürst besetzte die Officierstellen durchgängig mit seinem Landadel. Es war das die natürliche Fortbildung der mittelalterlichen Kriegsverfassung; wie der Adel im Lehnsaufgebot und in Fehden seine Hintersassen geführt hatte, so commandirte er jetzt als landesherrlicher Officier die aus den niederen Klassen angeworbenen Truppen. Im Heere fand er die kriegerische Thätigkeit wieder, welche von Alters her als die eigentlich standesgemäße Beschäftigung des Adels galt. Während früher die Ritterschaft als Inhaberin des größeren Grundbesitzes der natürliche, selbständige Träger des öffentlichen Lebens, der eigentlich politische Stand gewesen, regierte sie jetzt im landesherrlichen Dienst als bevorzugte sociale Klasse. Durch seine ausschließliche Stellung in der Umgebung der Fürsten und durch festes Zusammenhalten bemächtigte sich der Adel der höheren, einflußreicheren und besser bezahlten Stellen. Für den armen Theil des Adels, für die jüngeren Söhne und besitzlosen Vettern ward der Staatsdienst die regelmäßige Versorgung, und vor Allem der Officiersstand, der damals fast gar keine Vorbildung oder höhere Erziehung erforderte. Von anderem Erwerb war der Adel nicht blos durch Herkommen und Vorurtheil, sondern sogar gesetzlich ausgeschlossen. Schon Joachim II. hatte 1538 dem Adel jeden Betrieb von Handel und Gewerbe verboten, so die Trennung des Adels vom Bürgerthum in der ökonomischen Thätigkeit künstlich befestigt. Jetzt betrieb der Landadel mit Eifer die Landwirthschaft und verbesserte sein Einkommen durch die steigende Belastung der Bauern, ihre stärkere Heranziehung zu ökonomischen Diensten, wozu die Fürsten bereits im sechszehnten Jahrhundert in Geldverlegenheiten und in förmlichem Handel mit der Ritterschaft die Hand boten. Aber die veränderten Verhältnisse, das gestiegene Geldbedürfniß, die Schwierigkeit, die besitzlosen Verwandten auf den eigenen Gütern oder im Gefolge reicherer Edelleute standesgemäß zu unterhalten, trieb den Adel massenweise in den landes-

herrlichen Dienst, da trotz der wirthschaftlichen Fortschritte die Güter in der Mark, Pommern und Preußen durchgängig kein großes Einkommen gewährten und die Mehrzahl des Adels arm war. Während dem Adel die politische Theilnahme am Staate, die landständischen Rechte entzogen wurden, erhielt er nicht blos den bevorzugten Zutritt zu den Staatsämtern, den Löwenantheil in der neuen regierenden Klasse der besoldeten Beamten, sondern es wurden auch seine socialen und ökonomischen Rechte sorgfältig geschont. Er behielt Grundherrlichkeit, Patronat, Patrimonialgerichte und Polizei; die neuen Steuern wälzte er auf die ihm überlassenen Bauern ab, und während er früher mit Person und Eigenthum die Lasten des Staates in Krieg und Frieden dienend zu tragen hatte, wurde aus der dafür stattfindenden Befreiung seiner Güter vom Grundzins jetzt ein ungerechtfertigtes Privilegium der Steuerfreiheit.

In der letzten Zeit des großen Kurfürsten scheinen die Besoldungen der Beamten nach den damaligen Preisverhältnissen ziemlich auskömmlich gewesen zu sein. Nach dem Etat von 1683 erhielten die Räthe der Hofkammer 300 bis 1000 Thaler, die Kammergerichtsräthe 200 bis 1000 Thaler, je nachdem sie Nebenämter bekleideten oder nicht: daneben erhielten sie noch Naturalien, auch Anwartschaften auf Lehngüter. Unter Friedrich Wilhelm I. erhielten die Räthe, welche im Generaldirectorium unter den Ministern arbeiteten, 1000 bis 1300 Thaler. Als nach dem Schicksal aller Bureaukratien der Andrang zu den Aemtern und die Zahl der Beamten ungeheuer wuchs, wurden die Gehalte, namentlich in den niederen Stellen unverhältnißmäßig gering, und es riß die Unsitte ein, daß Beamte angestellt wurden und bisweilen lange dienten, ehe sie in eine Besoldung einrückten. In anderen deutschen Ländern wurden den Beamten ihre Gehalte oft sehr unregelmäßig gezahlt, wie etwa heutigen Tages in der Türkei; ein Beamter, welcher der Bestechung angeklagt war, entschuldigte sich damit, daß er sieben Jahre lang seinen Gehalt nicht bekommen. In Preußen wurde die einmal bewilligte Besoldung seit Friedrich Wilhelm I. redlich und regelmäßig gezahlt. Unter Friedrich I. wurden in der Unordnung und Geldnoth des Hofes nicht blos willkürliche Reductionen in Gehalten und Zusagen vorgenommen, sondern die Zahlungen waren auch noch sehr unregelmäßig. Selbst einflußreiche Beamte konnten oft nicht zu ihrem Gelde kommen. Einzelne vornehme Staats- und Hofbeamte bezogen damals sehr hohe Gehalte, die Friedrich Wilhelm I. sofort reducirte. Nur Grumbkow brachte es noch auf 36,000 Thaler jährlich, worunter 12,000 Thaler Tafelgelder für Bewirthung fremder Prinzen und Diplomaten. Die gewöhnliche Besoldung eines Ministers betrug 5000 Thaler. Einige hatten weniger, einige erhielten noch Naturalien. In den

letzten Jahren des großen Kurfürsten belief sich die Gesammteinnahme des Staates aus Steuern und Domainen auf zwei und eine halbe Million. Unter Friedrich I. hoben sich die Einkünfte bis auf vier Millionen. Neben der Accise wurde die Kopfsteuer für die niederen Klassen und mehrere Luxussteuern eingeführt. Mit Volkszahl und Wohlstand wuchs sowohl der Ertrag der Steuern, wie der Domainen. Mit letzteren wurden durchgreifende Aenderungen vorgenommen. Um 1700 machte Luben v. Wulffen den Vorschlag, die Domainen, die bis dahin noch zum Theil administrirt, zum Theil sehr billig verpachtet waren, in Erbpacht zu geben, theils um den Ertrag zu steigern, theils um gute Wirthe und wohlhabende Leute in's Land zu ziehen. Trotz des Widerspruchs mehrerer Amtskammern, trotz der Einwendungen Ludewig's und anderer Gelehrten, welche die im Laufe der Zeiten zu erwartende fernere Preissteigerung gegen die Erbpacht geltend machten, ward die Sache durchgeführt, und hatte anfänglich guten Erfolg. Es entwickelte sich eine für jene Zeit erhebliche Speculation. Aber bald blieben die Resultate hinter den Erwartungen zurück. In manchen Provinzen fanden sich keine Pächter, andere erwiesen sich zahlungsunfähig. Friedrich Wilhelm I. hob bei seinem Regierungsantritt das Erbpachtssystem wieder auf, ließ die Erbpächter gegen Rückzahlung der Erbstandsgelder sofort die Domainen räumen, und führte allgemein die Zeitpacht ein. Er erzielte gleich anfangs eine bedeutende Steigerung der Einnahme, und widmete der Domainen-Verwaltung während seiner ganzen Regierung eine besondere Sorgfalt.

In einem der späteren Jahre Friedrich's I. berechnete man die Ausgaben des Staates auf:

820,000 Thaler für den Hof,
212,000 Thaler für Gesandtschaften,
80,000 Thaler für Verzinsung der Schulden,
750,000 Thaler für die sonstige Staatsverwaltung, und
2,100,000 Thaler für das Heer, welches damals 30 bis 40,000 Mann stark war. Unter Friedrich Wilhelm I. stiegen die Einkünfte des Staates auf 7½ Million; die Armee war bei seinem Tode ungefähr 80,000 Mann stark und kostete 4,700,000 Thaler bei nur 2,300,000 Einwohnern. Daneben hinterließ er einen Staatsschatz von 8 Millionen. Die vom großen Kurfürsten glänzend begonnene, durch das Verwaltungstalent Friedrich Wilhelm's hoch entwickelte Concentration der staatlichen Kräfte trug ihre Früchte. 1740 hatte Oesterreich bei fünffach größerem Umfange kaum ein größeres Heer und wenig größere Einnahmen als Preußen bei seiner straffen Ordnung und Verwaltung. Wie im mittelalterlichen Staate hatte die Regierung in Oesterreich noch im Anfange des achtzehnten Jahrhun-

derts fast gar keine Organe, auf den materiellen und geistigen Zustand der Unterthanen einzuwirken; Steuereinnehmer und Officiere waren in den Provinzen fast die einzigen Staatsbeamten; Gericht und Polizei übten die Grundherren oder in den Städten die Magistrate; Schule und Unterricht war in den Händen der Kirche. Erst in den Bedrängnissen Maria Theresia's begann eine kräftigere Centralisation.

Die Regierung Friedrich Wilhelm's war die erste planmäßige Verkörperung des bureaukratischen Systems in Deutschland. Er war weder Feldherr noch Diplomat, seine auswärtige Politik fiel nicht in's Gewicht, aber sein Talent für Organisation und Verwaltung war sehr groß. Friedrich der Große hielt seine Einrichtungen in Oekonomie und Verwaltung, selbst im Heerwesen fast unverändert fest. Der beim Tode Friedrich's I. aus elf Ministern bestehende Geheime Staatsrath verlor alle Bedeutung. Der König besuchte ihn nicht mehr, ließ sich über Alles selbst berichten, und wo mehrere der großen Hauptdepartements betheiligt waren, trat meistens schriftliche Verhandlung ein. 1723 ward der innere Verwaltungs-Mechanismus geschaffen, der sich im Wesentlichen bis 1806 erhalten hat. Als der König die schwerfälligen Verhandlungen, den weitläufigen und schleppenden Geschäftsgang, die häufigen Zänkereien zwischen den Domainenkammern und Kriegscommissariaten bemerkte, und als er gar wahrnahm, daß die beiden Behörden auf seine Kosten mit einander Prozesse führten, „als ob sie nicht beide des Königs wären," combinirte er sie zu den Kriegs- und Domainen-Kammern. Diese hatten die ganze innere Verwaltung in noch weiterem Umfange als die heutigen Provinzial-Regierungen, außer den Domainen-, Militär-, Communal- und Polizeisachen auch die Steuerverwaltung und in manchen Landestheilen die Kirchen- und Schul-Angelegenheiten, welche in anderen, wie in höchster Instanz den Justizministern, so in den Provinzen eigenthümlicherweise den Justizcollegien überwiesen waren, den Regierungen, eigentlich Oberamtsregierungen, wie damals die Obergerichte hießen. Unter den Collegien führten oder beaufsichtigten in den Städten die Kriegs- und Steuerräthe, auf dem platten Lande die Landräthe die Localverwaltung. Die adligen Landräthe, eine ursprünglich märkische Einrichtung, wurden unter Joachim II. den fürstlichen Hofräthen behufs Erhebung und Verwaltung der Steuern zur Seite gestellt, auch gebraucht, um Anträge oder Forderungen an die Kreisstände zu bringen. Im siebzehnten Jahrhundert wurden sie, obwohl Deputirte und Vertreter der Landschaft bleibend, zugleich zu Kreis- und Kriegs-Commissarien bestellt, welche auf dem Lande für die Verpflegung der Truppen zu sorgen und die Polizei zu üben hatten. So wurden sie mehr und mehr zu landesherrlichen Beamten, 1723 den Kriegs- und Do-

mainen-Kammern direct untergeordnet, als deren Commissare in den Kreisen betrachtet, auch zeitweise zu ihnen einberufen. In den übrigen Provinzen eingeführt, wurden sie von bestimmten einzelnen Functionen zur allgemeinen Verwaltung, Polizei, Communalaufsicht, Pflege der Interessen des Kreises berufen, so daß sie nach der Instruction von 1776 durchaus den französischen Unterpräfecten zu vergleichen sind. Sie wurden von den Rittergutsbesitzern des Kreises dem Könige zur Bestätigung präsentirt, was sich in den alten Provinzen erhalten hat, während in Westphalen und Rheinland die Kreisstände als solche die Landrathscandidaten wählen. Damals bestanden die Kreisstände allerdings nur aus den Rittergutsbesitzern, sie hatten aber auch, ebenso wie die Landräthe, nichts mit den Städten zu schaffen, konnten den nicht zu den Rittergütern gehörigen Einwohnern keine Lasten oder Einrichtungen auferlegen. Seit die Wirksamkeit beider auf sämmtliche Kreiseingesessene ausgedehnt ist, seit die Kreisstände den ganzen Kreis verpflichten und belasten können, ist die Wahl der Landrathscandidaten durch die Ritterschaft und die Zusammensetzung der Kreisstände, in denen die Deputirten der Städte und Dörfer fast ganz neben den Rittergutsbesitzern verschwinden, eine der begründetsten Beschwerden, eine der verletzendsten Ungleichheiten in den Einrichtungen des preußischen Staates geworden. In den Städten beaufsichtigten die Steuerräthe, anfänglich nur mit der Accise- und Steuer-Verwaltung beauftragt, die Kämmereiverwaltung, Polizei, Gewerbesachen, Manufakturen, Cantons-, Militär-, Invaliden-Angelegenheiten, sowie Lieferungen und Leistungen für den Staat. Neben ihrer Autorität traten die Magistrate, die häufig nicht mehr gewählt, sondern ernannt wurden, ganz in den Schatten.

In Schlesien wurden gleich nach der Eroberung die ständischen Corporationen beseitigt, die üblichen landesherrlichen Collegien, Kammern und Regierungen, die königlichen Landräthe und ziemlich gleiche Grundsteuern eingeführt. Die Organisation ging sehr rasch von statten. 1744 ward der schlesische Etat auf 3,265,000 Thaler festgesetzt, wie Umfang und Einwohnerzahl der Provinz ungefähr der Hälfte des bisherigen Staates gleich. Die Beseitigung der aristokratisch-ständischen Verfassungen in Schlesien erregte neben den großen Territorialveränderungen in der damaligen Welt ebenso wenig Aufmerksamkeit, wie ihre fortgesetzte Vertheidigung in Ungarn. Schlesien erhielt einen eigenen, dort residirenden Minister; der Graf Hoym, der diesen Posten von 1770 bis 1806 bekleidete, hatte eine ziemlich exceptionelle Stellung, hatte eine Einnahme von 40,000 Thalern und regierte fast unumschränkt; Gentz nennt ihn „Minister, Vicekönig, Gott der Provinz."

Als höchste Centralbehörde für die gesammte innere Verwaltung richtete Friedrich Wilhelm I. 1723 das General-Ober-Finanz-, Kriegs- und Domainen-Directorium ein, kurzweg das Generaldirectorium genannt, in welchem sechs bis acht Minister mit einer stets wachsenden Zahl von Räthen fungirten. Anfänglich waren die Geschäfte nur nach den Provinzen vertheilt; unter Friedrich dem Großen wurden neben den Provinzialdepartements nach und nach einzelne Fachdepartements eingeführt, für Accise, Manufakturen und Commerzsachen, Forsten, Berg- und Hüttenwesen. Erst 1808 wurde das Provinzialsystem vollständig durch das Realsystem ersetzt. Alle sollten im Generaldirectorium für Alles verantwortlich sein, und unter Friedrich Wilhelm I. wurde auch collegialisch verhandelt. Später kam das ganz ab. Da doch über alle Angelegenheiten schriftlich an den König berichtet werden mußte, hatten die Discussionen der Minister keine Bedeutung. Die einzelnen Departements wurden zu lauter besonderen Verwaltungsbehörden mit ewigen Zänkereien, Competenzstreitigkeiten, verschleppendem Hin- und Herschreiben, wo mehrere Minister betheiligt waren. Friedrich Wilhelm II. schärfte wieder gemeinschaftliche Vorträge und Entscheidungen ein, aber sie kamen nicht in Gang. Unter Friedrich Wilhelm III. wurden auf des Cabinetsrath Mencken Betrieb sämmtliche Minister, deren Zahl damals auf einundzwanzig angeschwollen war, mit Ausnahme einiger Titular-Minister, die in den Provinzen oder als Gesandte abwesend waren, zu einem Geheimen Staatsrath vereinigt; auch das blieb eine leere Form; ebenso wenig vermochte der 1798 ernannte Generalcontroleur der Finanzen Einheit im Handeln und Uebereinstimmung in den Grundsätzen herzustellen. Durch seine Vorträge über die Minister-Berichte wurde der Cabinetsrath thatsächlich Herr der Geschäfte. Außerhalb des Generaldirectoriums standen die Cabinetsminister, d. h. Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und die Justizminister, deren es unter Friedrich dem Großen vier gab, nämlich außer dem Großkanzler, als Chef der Justiz, den Minister für Lehns- und Criminalsachen, den Minister der geistlichen Angelegenheiten und Chef des Oberconsistoriums, und den Justizminister der französischen Colonie, der zugleich erster Präsident des Kammergerichts war. Einen eigentlichen Kriegsminister gab es nicht. Die Militär-Verwaltungssachen wurden im Generaldirectorium abgemacht und die eigentlich militärischen Angelegenheiten leitete der König persönlich. Erst unter Friedrich Wilhelm II. wurde ein Oberkriegscollegium neben den Militärdepartements im Generaldirectorium errichtet, und der Präsident desselben, der zugleich als Minister dem Generaldirectorium angehörte, erhielt einigermaßen die Stellung eines Kriegsministers. Die Oberrechnungskammer wurde schon von Friedrich Wilhelm I. dem Generaldirecto-

rium beigegeben, eine besondere Oberbaubehörde und das Collegium medicum eingerichtet; ohne gehörige Prüfung sollte sich Niemand mit Heilung der Kranken abgeben. Charité und Pepinière sollten zunächst Aerzte und Chirurgen für die Armee ausbilden. Obwohl er für Kunst und Wissenschaft keinen Sinn hatte, die Gelehrten der Akademie und die Professoren in Frankfurt durch seinen Hofnarren verhöhnen ließ, sorgte er eifrig für den Volksunterricht und für die Verbreitung solcher Kenntnisse, die er der Volkswohlfahrt nützlich erachtete. Er stiftete in Halle und Frankfurt Lehrstühle der Cameralwissenschaften, denen später Lehrstühle für Bergbau, Forstwissenschaft, Mathematik und Chemie folgten. Er gründete das Militärwaisenhaus in Potsdam und das Cadettenhaus in Berlin. Gleich im Anfange seiner Regierung setzte er 150,000 Thaler zur besseren Besoldung der Schullehrer aus, und unter seiner Regierung sollen über tausend neue Volksschulen eingerichtet sein.

Mit harter Strenge und durchgreifender Beaufsichtigung suchte Friedrich Wilhelm I. seinem Volke gleichförmige Ordnung, blinden Gehorsam, regelrechte Gottesfurcht, Sparsamkeit und Betriebsamkeit anzuerziehen. Friedrich der Große proclamirte bei seinem Regierungsantritt den aufgeklärten Despotismus, indem er es für seine Hauptaufgabe erklärte, Unwissenheit und Vorurtheile zu bekämpfen, die Köpfe aufzuklären und die Sitten zu cultiviren. Um die Mitte des Jahrhunderts und vorzüglich in Nachahmung des preußischen Staatswesens trat überall in Deutschland mehr und mehr der geregelte, fortschreitende, die Volkswohlfahrt fördernde Despotismus an die Stelle des brutal-sittenlosen. Für die zunehmende Humanität und Liberalität im Staatswesen ist der Vorgang Friedrich des Großen von entscheidendem Einfluß gewesen. Aber freilich stand die humane Theorie nicht selten in hartem Contrast mit der rauhen, rücksichtslosen Praxis, auch in diesem Sinne die Worte rechtfertigend, welche Rousseau unter sein Bildniß schrieb:

> Il parle en philosophe et se conduit en roi,
> La gloire et l'intérêt, voilà son Dieu, sa loi.

In Wahrheit blieben Zweck und Mittel unter beiden Königen dieselben: Herstellung und Erweiterung der Staatsmacht durch eine centralisirte, in Alles eingreifende, das Kleine wie das Große von oben her regelnde Regierungsgewalt. Vor diesem Streben mußte jede andere Rücksicht schweigen. Daneben ward die Behandlung der Menschen und der Dinge allmählich eine andere. Der Umschwung, welcher sich im achtzehnten Jahrhundert in der intellectuellen und ästhetischen Cultur des deutschen Volkes vollzog, fand in den preußischen Königen hervorragende Repräsentanten. An die Stelle roher Verachtung trat ein hochgebildeter

Sinn für Kunst und Wissenschaft, wenn er sich auch von der Einseitigkeit der in der Jugend empfangenen Eindrücke nicht zu lösen vermochte, an die Stelle strenger Orthodoxie religiöse Toleranz und freisinnige Bewegung. Friedrich der Große prügelte seine Unterthanen nicht mehr; er gab seinen Beamten das Gefühl persönlicher Selbständigkeit und Würde. Er schaffte die Tortur und mancherlei Barbareien der Strafrechtspflege ab; er beseitigte zahlreiche Mißbräuche. Die Justizreformen, für welche er vom Anfang bis zum Schlusse seiner Regierung das größte Interesse hegte, und in denen er immer auf's Neue persönlich die Initiative ergriff, waren epochemachend. In der sonstigen inneren Verwaltung und auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete war die Thätigkeit Friedrich Wilhelm's bedeutender und erfolgreicher, als die seines großen Sohnes.

Beiden gemeinsam war die energische Thätigkeit und die hohe Vorstellung von den Pflichten ihres Berufs. Friedrich Wilhelm sprach von seiner Verantwortlichkeit vor Gott, Friedrich II. nannte sich den ersten Diener des Staates. Das war im Grunde dasselbe, der Ausdruck des Bewußtseins, einem allgemeinen, über ihre Person hinausgehenden Zwecke zu dienen; und das haben sie mit gewissenhafter Anstrengung gethan. Freilich erinnerte schon damals der jüngere Moser: Verantwortung vor Gott allein bedeute schrankenlosen Hochmuth auf der einen, unbedingten Gehorsam auf der anderen Seite. Aber trotz der augenblicklichen Launen, der harten Willkür, der rohen Leidenschaftlichkeit, die allzu häufig bei Friedrich Wilhelm durchbrachen, war sein Pflichtgefühl ebenso wenig eine leere Phrase, wie das Dienen Friedrich des Großen vor einem Herrn, der nicht mitzusprechen hatte. Beide haben mit ausharrender Pflichttreue an den großen Aufgaben gearbeitet, deren Lösung sie für ihren Beruf im Interesse ihres Staates hielten. Und diesen Geist der Pflicht und der Arbeit haben sie auch ihren Dienern und ihrem Volke eingeflößt. Sie selbst sind mit dem Beispiel der Ordnung, der Sparsamkeit und unermüdlicher Thätigkeit vorangegangen, und dem verdanken sie vor Allem ihre dauernden Erfolge. In der That sind sie die letzten geborenen Könige in Europa gewesen, welche das Ganze ihrer Geschäfte wirklich selbst geleitet haben; alle eiteln Prätensionen des persönlichen Regierens können darin nichts ändern. Fürsten, Prinzen und hohe Aristokratie leben, wie das die höchsten Klassen der Gesellschaft zu allen Zeiten gethan haben, vorzugsweise ihrem Vergnügen; unter den Anforderungen und Zerstreuungen des vornehmen Lebens, die wohl schon an sich für Arbeit ausgegeben werden, sind die Meisten zu einer ernsten, anstrengenden Arbeit weder geneigt noch fähig. Auf der Lust und Kraft zu arbeiten beruht vorzugsweise die Ueberlegenheit eines Fürsten wie Napoleon III. Diese ausdauernde Ar-

beitskraft besaßen die beiden preußischen Könige in hohem Maße, und damit verbanden sie eine wirkliche praktische Kenntniß der Verwaltung in allen Details, des bürgerlichen und wirthschaftlichen Lebens, der Preise der gewöhnlichen Dinge, wodurch sie befähigt wurden, selbst zu sehen und zu handeln.

Wie an sich selbst, so stellten sie auch an Andere strenge Forderungen, und ihrem Volke mutheten sie schwere Leistungen zu, so schwer und so regelmäßig, wie es bis dahin nicht in Deutschland erhört war. Aber der Erfolg war vollständig. In dem zerrütteten und zerbröckelten Deutschland wurde wieder ein Staat geschaffen, in welchem sich als erste Bedingung weiterer Entwickelung ein politisches Bewußtsein bilden konnte, der auch im übrigen Deutschland politischen Sinn und nationales Bewußtsein weckte, der den Schlachtenruhm gewann, ohne welchen einmal bisher die Nationen keine Geltung haben, der allein in Deutschland und für Deutschland auf politischem Gebiete etwas leistete. Denn Oesterreich war damals wie heute weder in der Meinung der Menschen, noch in Wahrheit ein deutscher Staat. Seit dem dreißigjährigen Kriege waren die politischen Einwirkungen auf das deutsche Volk fast nur demüthigend, niederdrückend, erschlaffend gewesen; an den Thaten Friedrich des Großen hob sich das Nationalgefühl in ganz Deutichland, das Bewußtsein, auch in der politischen Welt etwas thun und gelten zu können. Und noch in anderer Beziehung übte der preußische Staat zu jener Zeit unmittelbar einen mächtigen Einfluß auf die deutschen Zustände. Friedrich Wilhelm I. stellte eine unvergleichliche Solidität in Finanzen, Verwaltung und Wehrkraft her, eine Grundlage, ohne welche es auch dem staatsmännischen und Feldherrn-Genie Friedrich des Großen nimmer möglich gewesen wäre, den Staat, den er mit noch nicht 2½ Millionen Einwohnern übernahm und mit ungefähr 6 Millionen hinterließ, unter die Großmächte Europas zu stellen, und an seiner Spitze die hervorragendste Rolle in der politischen Geschichte seiner Zeit zu spielen. Seitdem der Glanz seiner Erfolge die preußischen Einrichtungen umstrahlte, wurden sie überall nachgeahmt. Die berühmte Schrift Friedrich Carl von Moser's, der Herr und der Diener, zuerst während des siebenjährigen Krieges gedruckt, zeichnet diese Einwirkung sowohl auf den österreichischen „sonst so elenden Finanz- und Kriegs-Staat“ wie auf die kleineren deutschen Territorien. Dieser freisinnige und einsichtsvolle Mann war kein Freund des bureaukratischen Absolutismus, er gehörte wie sein Vater und Justus Möser zu den Wenigen, die Sinn für die älteren Zustände hatten und eine Fortbildung des ständischen Wesens und der mit ihm zu Grabe getragenen Selbstregierung wünschten. Er mißbilligte offen das Uebertriebene, Willkürliche, Drückende des neuen

Regiments, aber er erkannte ebenso unbefangen den maßgebenden Vorgang und die Vorzüge der preußischen Einrichtungen an. Früher hätten Grundsätze, Ordnung und System fast gänzlich gefehlt; in Preußen herrsche Pünktlichkeit und Geschwindigkeit in den Geschäften, wenn auch bei der großen Vermehrung der Departements viel Schreiberei und unübersehbare Acten aufliefen — während Moser Unordnung und Verkehrtheit in manchen kleinen Ländern ebenso jammervoll schildert, wie noch viel später der Ritter v. Lang — für die kleinen Staaten sei die preußische Kriegsverfassung ein Unsinn, Geldschaffen für Soldaten und für den Hof bleibe da Anfang und Hauptsache der Regierungskunst, die Cameralwirthschaft habe etwas outrirtes, und drohe das Land zu entkräften. In Preußen diene das einer wirklichen Staatsmacht; die Kehrseite sei aber das despotische, Recht und Herkommen nicht achtende Wesen, als Folge der militärischen Regierungsart; der Hof zu Berlin habe deren Modell von dem französischen genommen, und werde nun von den anderen deutschen Herren mit mehr oder minder glücklichem Erfolg copirt; Minister, Räthe und Unterthanen sollten nicht blind, ohne Ueberlegung und Widerspruch gehorchen, wie der Soldat in der Schlacht; die militärisch erzogenen Herren meinten, „ein Land ließe sich just so handthieren, wie ein Regiment auf dem Paradeplatz," und dazu komme denn der Gedanke, „ein Herr ist nur groß, wenn er viele Soldaten hat." Trotz vielfacher Wunderlichkeiten und Mißbräuche, die uns heutigen Tages unerträglich dünken würden, trat in den mittleren Staaten allmählich eine geordnete und vernünftige Verwaltung ein. In den ganz kleinen Territorien ging es im Ganzen bei einer einfachen patriarchalischen Regierung noch am besten her; wurden hier aus Nachahmungssucht oder Großthuerei die Formen und Aemter der größeren Staaten eingeführt, so wuchsen Druck, Aussaugung und thörichte Ansprüche zum Uebermaß. Diese kleinsten Höfe blieben auch gleich der Reichsritterschaft in ihrem moralischen und ökonomischen Verfall Brutstätten der brutalsten Sittenlosigkeit unter der vornehmen Gesellschaft. Noch unter Joseph II. mußte wiederholt von Reichs wegen gegen solche kleine Dynasten eingeschritten werden. Ein Graf von Leiningen ward wegen einer ganzen Reihe von Verbrechen, Giftmischerei, Mordversuch, Bigamie, Gotteslästerung, Mißhandlung seiner Unterthanen und Fremder entsetzt, der letzte Rheingraf wegen unverantwortlichen Mißbrauchs der landesherrlichen Gewalt nebst vielfachen Betrügereien und Fälschungen eingesperrt.

Je größer die Staaten waren, desto weniger wurde durchschnittlich die unbeschränkte Regierungsgewalt zu rein persönlichen Zwecken gemißbraucht. Theils überhoben die größeren Mittel der Anwendung frevel-

hafter und gehässiger Gewaltthätigkeiten zur Befriedigung der Habsucht oder Genußsucht, theils erhob ein größeres Gebiet der Thätigkeit und das Bewußtsein höherer Aufgaben die Regenten mehr über die kleinlichen und niedrigen Leidenschaften, welche das Elend der kleinen Höfe erfüllten. Von den verhältnißmäßig größeren Landesherrn betheiligten sich nur zwei, der Herzog von Würtemberg und der Landgraf von Hessen-Cassel, an dem schmachvollen Menschenhandel, den Soldaten-Lieferungen, die allerdings zu dem Aeußersten gehörten, was je einem Volke von schamlosen Despoten geboten worden ist. Solchem Uebermaß der Vorstellung, daß Land und Leute Eigenthum des Fürsten und unbedingt seiner Ausbeutung unterworfen seien, hat nicht die Theorie Friedrich des Großen, daß die Regierung um des Volkes willen da sei, nicht seine Leugnung des Patrimonialfürstenthums, sondern erst die französische Revolution ein Ende gemacht. Seitdem sind die äußersten Mißbräuche, deren Möglichkeit der bureaukratische Absolutismus nicht ausschließen konnte, gefährlich geworden. Die preußischen Regenten mißbrauchten ihre Allgewalt nicht zur Befriedigung privater Interessen und Leidenschaften. Die Macht des Staates und die Wohlfahrt des Volkes waren unbedingt die Zwecke ihres Thuns. In dem Bewußtsein, überall das wahre Beste des Ganzen zu wollen, und in der durch keinen Widerspruch erschütterten Ueberzeugung, in allen Dingen der eigentliche Sachverständige zu sein, griff Friedrich Wilhelm I. rücksichtslos in alle Verhältnisse ein, selbst in Besitz und Geschäft der Einzelnen. Wenn er unbefangen das allgemeine Beste und seinen finanziellen Vortheil verwechselte, wenn häufig fehlgegriffen und gewaltsam eingeschritten ward, so wurde doch nicht blos der Staatszweck unmittelbar, sondern es wurden auch Landbau, Handel, Industrie, Wohlstand und Bildung in hohem Grade gefördert.

Der Glaube an die unbeschränkte Macht des Gesetzgebers, die völlig inert gedachte Masse des Volkes nach seinem Willen zu formen, und an seine Pflicht, dieser willenlosen Masse Richtung und Anstoß zu geben, als ob er gänzlich außerhalb des Volkes stände und von den Strömungen der Zeit und ihrer Bildung unabhängig wäre, war damals ganz allgemein, und in diesem Vertrauen machten König und Bureaukratie von der neuen gesetzgebenden Gewalt den umfangreichsten Gebrauch. Auf allen Gebieten des Rechts, der Verwaltung, der Volkswirthschaft schwoll die Masse der Gesetze, Anordnungen und Instructionen in das Unabsehbare an. Man stellte Gemeinden, Zünfte, Schule und Kirche unter die strengste Staatsaufsicht. Man erließ Dorfordnungen, Feuerordnungen, Bauordnungen, Gesindeordnungen — mit letzteren hatte man schon im sechszehnten Jahrhundert begonnen, denn die Klagen über die Dienstboten sind uralt und

jede Zeit meinte, es sei noch nie so schlimm mit der dienenden Klasse gewesen. — Man erließ Vorschriften über den Betrieb von Fabriken, Handwerk, Ackerbau, zum Theil mit harten Strafbestimmungen; im Interesse des auskömmlichen Nahrungsstandes wurden feste Abgränzungen der Zünfte vorgenommen, obrigkeitliche Taxen für nothwendige Lebensbedürfnisse und für Arbeitslöhne aufgestellt; es ergingen Strafgesetze gegen Müßiggang und Schwelgerei, Luxusgesetze über Vergnügungen, Festlichkeiten, Kleidertracht mit genauen Bestimmungen für die verschiedenen Stände. Wie mit den Steuern, so experimentirte man in der Gesetzgebung gewaltig umher. Man war rasch bei der Hand, allgemeine Verfügungen zu erlassen, wo ein Mißstand wahrgenommen ward, oder ein Vortheil zu erreichen schien, und war dann häufig genöthigt, wieder und wieder zu ändern. Unter Friedrich Wilhelm I. trug diese Gelegenheitsgesetzgebung oft einen sehr rohen Charakter. Als Klagen über vielfache Hausdiebstähle geführt wurden, verfügte er, daß der Hausdiebstahl nach summarischer Untersuchung mit dem Galgen bestraft werden sollte; nach einigen Executionen ergab sich, daß ein unglückliches Mädchen völlig unschuldig gehängt war; da ward Einhalt gethan. Gegen Advocaten, die ihm durch seine langen Grenadiere Bittschriften überreichen ließen, verordnete er Todesstrafe, da er wahrnahm, daß seine Lieblinge gebraucht wurden, günstige Entscheidungen von ihm zu erhalten. Dergleichen Dinge kamen unter Friedrich dem Großen nicht mehr vor; unter ihm begannen die großen systematischen Arbeiten für das prozessualische Verfahren und für das materielle Recht. Aber doch ergingen nicht blos in Verwaltungsangelegenheiten so viele widersprechende, unausführbare, bald vergessene oder abgeänderte Verordnungen, daß sie die Vorzüge der Schnelligkeit und Beweglichkeit in der bureaukratischen Gesetzgeberei stark in Frage stellen, sondern es wurde auch gelegentlich noch mit den wesentlichsten Interessen des Verkehrs und der Rechtssicherheit sehr sorglos umgegangen. Eine so tief in Handel und Wandel eingreifende Materie, wie die Gesetzgebung über Mündlichkeit oder Schriftlichkeit der Verträge, ward in zwanzig Jahren viermal verschieden geregelt. Zunächst ward 1766 im fiskalischen Interesse, um die Erträge der 1722 eingeführten Stempelsteuer zu vermehren, die Nothwendigkeit schriftlicher Verträge in das preußische Recht eingeführt; dann kam man auf den Einfall, um der Sicherheit des Verkehrs willen, die Schriftlichkeit der Verträge allgemein vorzuschreiben, und that dies 1770 in einer Weise, welche förmlich eine Prämie auf den Betrug setzte. Nach elf Jahren zahlloser Klagen fand man sich genöthigt, die schlimmsten Bestimmungen des Gesetzes zu modificiren, und bald darauf ward das abermals geänderte System des Landrechts aufgestellt, welches erst in

neuester Zeit durch das Handelsgesetzbuch und durch die Praxis des Obertribunals durchbrochen ist.

Das System staatlicher Bevormundung entwickelte seine Consequenzen immer weiter. Die bureaukratische Einbildung, Alles am besten zu verstehen und der absolutistische Grundsatz, daß dem Landesherrn zu staatlichen Zwecken nach seinem freien Ermessen Alles zur Disposition stehe, trafen zusammen, um jede Lebensäußerung zu überwachen, jede Bewegung zu controliren. Man trauete der Fähigkeit der Unterthanen wenig zu, man hielt ihren guten Willen für verdächtig. Daher ergriff sie die Aufsicht des Staates, wo es nur immer möglich war. Der Geschäftsbetrieb war durch Concessionen, Reglements, Zunft- und Polizei-Vorschriften eingeengt. Die Ortsveränderung stieß überall auf Paßpolizei, obrigkeitliche Controlen, auf Wachen und Schreiber an jedem Stadtthor. Am leichtesten und vollständigsten trat diese Aufsicht ein, wo der Einzelne mit Staatseinrichtungen zu thun hatte, oder wo es sich um Vereinigung Mehrerer in Corporationen und Communen handelte. Die Sorge für Bevormundete wurde nach Möglichkeit den Familien und den Vormündern entzogen, um auf die Behörden übertragen zu werden. Die Prozesse wurden nicht den Parteien und ihren Sachwaltern überlassen, sondern der Richter sollte leiten, berathen, Recht und Wahrheit auch gegen den Willen der Interessenten zur Geltung bringen. Die Städte verloren jede Selbständigkeit in ihren eigenen Angelegenheiten. Eine Stelle des Corpus juris, nach welcher den Communen „gleich Unmündigen" ein außerordentliches Rechtsmittel zusteht, interpretirten die Juristen dahin, daß der Landesherr die Rechte eines Vormundes gegen die Städte habe. Man machte Alles bis zu den geringsten Vermögensangelegenheiten von landesherrlicher Genehmigung abhängig. Jede Pacht über zehn Thaler erforderte die Bestätigung der Regierung. Blieb auch der getrennte städtische Haushalt für ihre localen Bedürfnisse bestehen, so behandelte doch Friedrich Wilhelm I. die Kämmereikassen völlig als sein Eigenthum, zog ihre Ueberschüsse zu den königlichen Kassen ein, verfügte ohne weiteres über städtischen Grund und Boden, über ihr Bau- und Polizei-Wesen. Die Städte wurden nicht mehr als politische Corporationen, sondern als Staatsanstalten oder Verwaltungsbezirke, ihre Beamten als Staatsbeamten betrachtet. Die Magistrate wurden zum Theil durch Cooptation unter königlicher Bestätigung, zum Theil direct durch königliche Ernennung und häufig mit invaliden Militärpersonen besetzt, in jeder Kleinigkeit von den Aufsichtsbehörden abhängig.

Das Ideal, Alles vorzusehen, Alles durch allgemeine Bestimmungen zu regeln, ließ sich nicht erreichen; auch die voluminöseste und minutiöseste

Gesetzgebung vermochte nicht die Mannichfaltigkeit des Lebens und seiner wechselnden Bedürfnisse zu erschöpfen. Je weniger man dem Volke und den unteren ausführenden Behörden überlassen, je detaillirter und casuistischer man Alles von oben her ordnen wollte, desto schwieriger wurde sogar die genaue Vollziehung, desto nothwendiger die Abweichung von den allgemeinen Vorschriften im einzelnen Falle. Da man aber der Verwaltung in den unteren Instanzen keinen freien Spielraum gestattete, mußte auch in den gewöhnlichsten Vorkommenheiten endlos an die Centralstellen berichtet werden. So häufte sich der Apparat begutachtender, beaufsichtigender, controlirender Behörden. Daß alle möglichen Angelegenheiten an die höchste Gewalt gebracht werden konnten, war bei diesem System der Vielregiererei sogar nothwendig, um nicht die Privatinteressen der Unterthanen dem Druck und der Willkür untergeordneter Beamten Preis zu geben. Der bevormundende Absolutismus war damals die allgemeine Voraussetzung auf dem europäischen Continent. Während heutigen Tages chinesische Zustände als etwas Abschreckendes betrachtet werden, idealisirte man damals, natürlich mit sehr geringer Kenntniß der Wirklichkeit, das weise, väterliche Regiment in China. Man verlangte die Einmischung der höchsten Gewalt, man appellirte an sie von ihren eigenen Agenten in dem unerschütterlichen Vertrauen: „wenn es nur der König wüßte," dann würde Alles gut werden; und wenn es nicht gut ward, resignirte man sich — Gott ist groß und der Czar ist weit. Auch wer sich im Einzelnen bedrückt oder verletzt fühlte, erkannte das System an. Mängel und Härten wurden bekämpft, aber nicht das Princip. In Frankreich allerdings ward schon von hervorragenden, auf die öffentliche Meinung Einfluß übenden Männern, von Montesquieu, Helvetius, Diderot, dem älteren Mirabeau gegen das System der Einmischung gestritten, contre la fureur de gouverner, la plus funeste maladie des gouvernements modernes. In Deutschland erhob sich kaum eine Stimme der Art; höchstens sprach gelegentlich Jemand mit einiger Ironie von dem „jedem Unterthan in den Topf gucken." Die Zeit strebte noch nicht nach Freiheit der Arbeit, des Erwerbs und Verkehrs. Der Staat mußte noch viele Aufgaben übernehmen, die wir ihm jetzt durchaus bestreiten. Es gab wenig Initiative im Volk, wenig Muth und Fähigkeit zu neuen Unternehmungen; und wo es gar über das eigene, unmittelbare Interesse hinausging, war Alles stumpf, träge, beschränkt. „Wozu der Bürger und Bauer nicht geprügelt oder bezahlt wird, rührt er nicht Hand noch Fuß," sagte ein Bürgermeister dem Reisenden, der sich über grundlose Wege beschwerte. Das war allgemeiner Grundsatz und rechtfertigt Vieles, was wir jetzt hart zu verurtheilen geneigt sind.

Die wirthschaftliche Theorie, in welcher diese Verwaltung geführt wurde, war das Mercantilsystem in immer schärferer Zuspitzung. Die nationalökonomischen Systeme sind nicht ausschließlich auf ihrem eigenen Boden erwachsen, nicht logisch aus den Thatsachen, welche das eigentliche Gebiet der Wissenschaft ausmachen, sondern historisch unter der Einwirkung der Zeitverhältnisse und vor Allem der politischen Bedürfnisse construirt. Dies gilt ganz besonders von dem Mercantilismus; er war das Correlat des fürstlichen Absolutismus. Wie auf der einen Seite seine künstlichen Einschränkungen, seine Eingriffe in die natürlichen Verkehrsverhältnisse in der Ausdehnung und Regelmäßigkeit, wie sie seit dem siebzehnten Jahrhundert stattfanden, nicht möglich gewesen wären ohne den bureaukratischen Mechanismus der Zeit, so diente er auf der anderen Seite als theoretische Rechtfertigung für die fiscalische Ausnutzung des Volkes im dynastischen Interesse, um die Kosten der Heere und der Höfe zu bestreiten. Die absurde Vorstellung, daß aller Reichthum im Besitz von Gold und Silber bestehe, die Einseitigkeit der mercantilistischen Grundsätze und ihrer hemmenden Consequenzen hätten nimmer ihre allgemeine Geltung erlangt, wenn es sich nicht in der Staatspraxis vor allen Dingen darum gehandelt hätte, baares Geld in's Land zu bringen und im Lande zu behalten, damit es für die Staatsgewalt flüssig gemacht werden könnte. Die Nationalökonomie ward seit Sully die Wissenschaft der Staatsmänner, um die Finanzen, als Grundlage der Staatsmacht, auf das Niveau der neuen Anforderungen zu bringen. In Preußen sprach sich dieser Zusammenhang schon in der Bezeichnung aus. Neben den auswärtigen Angelegenheiten und der Justizpflege wurde die ganze übrige Verwaltung unter dem Namen der Finanzen begriffen; und dieser Gesichtspunkt war auch in der That überall maßgebend. In seiner Instruction für das Generaldirectorium stellte Friedrich Wilhelm I. das Ziel hin: dem Landmann aufhelfen, die Städte in blühenden Stand bringen. Wenn sich Klagen erhoben, eiferte er wohl gegen fiscalische Bedrückung, verlangte von den Behörden die Conservation der Unterthanen, aber gelegentlich fügte er den Grund hinzu: damit der Landesherr die Steuern erhalte. Und wenn einmal wirklich gegen die Ansprüche des Fiscus berichtet wurde, so wies er das in der Regel heftig zurück — der Beamte sei nicht bezahlt, um gegen ihn Partei zu machen; oder: wir geben den Kammern nicht um deswillen Besoldung, daß sie vor die Landstände advociren und sprechen sollen.

Nichts desto weniger haben die staatlichen Maßregeln zu jener Zeit die industrielle Entwickelung des Landes mächtig gefördert. Das darf weder um der Härten, Wunderlichkeiten und Mißgriffe willen verkannt, noch in der Uebertreibung einer entgegengesetzten Theorie bestritten werden,

als ob die Politik des laisser faire, des Freihandels unter allen Verhältnissen das richtige und zweckmäßige gewesen wäre. Damals gab es in Preußen sehr wenig Capital und Credit, geringe Gewerbethätigkeit, äußerst wenig Unternehmungsgeist. Den nothwendigen Uebergang von der Naturalwirthschaft zur Geldwirthschaft, von dem ausschließlichen Agriculturstaat zum Industriestaat haben die bevormundenden Einmischungen, die fiscalischen Gebote und Verbote in bedeutendem Maße beschleunigt und gefördert. Das gilt besonders von der Regierung Friedrich Wilhelm's I. Die Tuchfabrikation wurde durch ihn in's Leben gerufen. Gleich bei seinem Regierungsantritt verbot er die Ausfuhr der Wolle, dann wurden fremde Tuchmacher zur Unterweisung berufen, Freijahre für Fabrikanlagen, Vorschüsse und Prämien gewährt, das Wollespinnen in den Zuchthäusern eingeführt, und in drei Jahren (1716) war er so weit, daß er die ganze Armee mit inländischem Tuch bekleiden konnte. Dann wurde auch zu feineren Fabrikaten fortgeschritten, und 1721 wurde alle Einfuhr von Wollenwaaren verboten. In ähnlicher Weise wurden Zuckerraffinerien, Eisen- und Leinen-Industrie und manche weniger bedeutende Industriezweige durch Vorschüsse, Monopole, Ausschluß einheimischer oder fremder Concurrenz begründet oder gehoben. Um der inländischen Tuch- und Leinen-Industrie Vorschub zu leisten, und das Geld im Lande zu behalten, wurde 1721 auch die Einfuhr von Baumwollenwaaren und alles Tragen von Baumwollenzeugen bei Confiscation und 100 Thaler Strafe verboten, wie man sagt, mit vollständigem Erfolg. In vielen Handwerken und im Ackerbau wurden verbesserte Methoden eingeführt. Die Regierung scheute sich nirgends, die Initiative zu ergreifen, und was sie für das richtige hielt, den Unterthanen zwangsweise aufzunöthigen. Eine große Veränderung in der Landwirthschaft bereitete Friedrich Wilhelm I. durch die Einführung des Kartoffelbaus vor. Der Minister von Schlaberndorf ließ später in Schlesien gleichfalls viele Kartoffeln anpflanzen und Friedrich der Große erkannte im siebenjährigen Kriege an, daß er ohne Schlaberndorf's Vorsicht mit seinen Soldaten verhungert sein würde. Nach der großen Hungersnoth von 1771 auf 1772 wurden die Kartoffeln ein Hauptnahrungsmittel im nördlichen Deutschland. Zur Ausgleichung der Kornpreise wurden Magazine angelegt, die nach Bedürfniß gefüllt und geleert werden sollten. Man glaubte, Alles vorsehen und reguliren zu können. Und so oft sich Hoffnungen als trügerisch, Maßregeln als falsch erwiesen, so haben doch diese beiden großen Regierungen von 1713 bis 1786 nicht blos nach außen die Stellung des preußischen Staats begründet, sondern auch im Inneren Land und Volk neu gestaltet. Gegen Ende der Periode machte das Bürgerthum etwa den vierten Theil der Bevölkerung aus,

und fiel durch Wohlstand und Bildung schon einigermaßen neben Adel und Bauern in's Gewicht. Freilich dürfen wir die Fortschritte in dem Gängelbande der absolutistischen Bevormundung nicht mit dem gewaltigen Aufschwung messen, welchen die wirthschaftliche und sociale Freiheit seit dem Anfang unseres Jahrhunderts der geistigen und materiellen Entwickelung gegeben hat. Nach Mirabeau's Bemerkung war ein Vermögen von 100,000 Thalern in dem damaligen Berlin ein seltener Reichthum. Die Getreideausfuhr trug in dem dünn bevölkerten, hauptsächlich Ackerbau treibenden Lande nicht leicht über eine Million ein; 1862 wurde für 30 Millionen Korn exportirt. Hertzberg berechnete den ganzen auswärtigen Handel Preußens auf 40 bis 50 Millionen im Jahre, ungefähr so viel, wie vor einigen Jahren der Umsatz in der einen Hafenstadt Stettin betrug.

Friedrich der Große führte auf dem wirthschaftlichen Gebiete einzelne glänzende und erfolgreiche Unternehmungen mit großer Energie durch. Dahin gehören vor Allem die Landesmeliorationen, die Urbarmachung der Brüche an der Warthe und Oder, auf Usedom und in Hinterpommern, die Anlage des Bromberger Canals, sodann die Gründung der großen Geldinstitute, der preußischen Bank (1765), der Seehandlung (1772) und der Landschaftskassen. Letztere wurden nach dem siebenjährigen Kriege auf den Vorschlag des Kaufmanns Büring zuerst in Schlesien gestiftet, um durch die Einrichtung der Pfandbriefe dem Realcredit der Gutsbesitzer zu Hülfe zu kommen, und hatten den wohlthätigsten Erfolg. Dagegen wurde eines der wesentlichsten Mittel des Wohlstandes, die Sorge für die öffentlichen Verkehrsanstalten, traurig vernachlässigt. Friedrich Wilhelm I. ließ fahrbare Heerstraßen anlegen, woran es damals noch in vielen Landestheilen mangelte. Friedrich der Große huldigte in dieser Beziehung argen Vorurtheilen; er fürchtete, durch gute Landstraßen die Bewegung feindlicher Heere in seinen Staaten zu erleichtern und sprach gelegentlich gar die Meinung aus, durch erschwerte Beförderung die Fremden zu längerem Aufenthalt und vermehrten Ausgaben im Lande zu nöthigen. Aehnlich verbot er den Wassertransport auf einer Strecke des Rheins, um der benachbarten Landschaft die Vortheile des Frachtverkehrs zuzuwenden. So befanden sich denn die Wege in schlechtem Zustande, und bei seinem Tode gab es in Preußen noch keine einzige Chaussee. Anfänge von Posteinrichtungen werden im Brandenburgischen schon im sechszehnten Jahrhundert erwähnt; sie scheinen aber während des dreißigjährigen Krieges untergegangen zu sein, denn der große Kurfürst richtete zuerst nur einen Botendienst für Regierungssachen ein. Dem folgten dann um 1650 durch Michael Mathias ordentliche Postanstalten. Aber sie waren auch noch unter

Friedrich dem Großen sehr mangelhaft, die Beförderung langsamer und theurer, die Wagen schlechter als im südlichen Deutschland. Das Briefporto war hoch, die Bestellung der Briefe selten und unregelmäßig. Die Postbeamten hielten nicht einmal die Taxen strenge ein, wie es unter den Bourbons noch in der letzten Zeit in Neapel vorkam.

Die Handels- und Gewerbe-Politik trieb die Consequenzen ihrer fiscalisch-mercantilistischen Grundsätze und Maßregeln immer weiter. Seinen Gipfelpunkt erreichte das System mit der 1766 eingeführten Regie, welche die Zölle, Accise und Monopole verwaltete. Der amtliche Titel war: General-Zoll- und Accise-Administration. Sie stand anfänglich unter fünf Franzosen, seit 1772 unter de Launay allein, der 15,000 Thaler Gehalt erhielt. Von 3000 französischen Beamten, die angeblich dabei angestellt wurden, waren 1786 nur noch 157 im Dienst. Nach Mirabeau trug die Regie im letzten Jahre 6,800,000 Thaler ein. Die gehässigen, kleinlichen und chicanösen Maßregeln der Verwaltung wurden zunächst den Franzosen zur Last gelegt, welche nebenbei in dem Rufe standen, stark zu stehlen. De Launay behauptete indessen, jede Operation durch specielle Befehle des Königs decken zu können, und dessen humeur fiscale nicht provocirt, sondern gemäßigt zu haben. Gegen 500 verschiedene Waaren waren durch Monopole dem freien Verkehr entzogen. Die wichtigsten waren das Zuckermonopol, welches das Haus Splittgerber besaß, das Tabacks- und Kaffee-Monopol, welches der Staat direct ausbeutete. Als nach Friedrich des Großen Tode die verhaßte Regie aufgehoben wurde, traten große finanzielle Schwierigkeiten ein. Außer dem directen Ausfall in den Einnahmen mußten Magazine, Utensilien und Vorräthe angekauft, die Gelder für Verkaufsstellen erstattet werden; 1200 invalide Lieutenants und Unteroffiziere, die bei der Tabacksadministration und Kaffeebrennerei angestellt waren, fielen dem Staate zur Last, und bald sah man sich genöthigt, Accise, Stempelgebühren, Abgaben auf Mehl, Salz, Taback und Zucker zu erhöhen. Das System, welches die Anfänge der industriellen Entwickelung geleitet und gefördert hätte, wurde in seiner eigenen Verhärtung und der erstarkenden Gewerbthätigkeit gegenüber mehr und mehr hemmend und fortschrittsfeindlich. Es begann dem Wohlstand des Landes tiefe Wunden zu schlagen. Vernunft ward Unsinn, Wohlthat Plage. Und das geschah zu einer Zeit, als die Welt mächtig fortschritt, als die bessere Erkenntniß überall siegreich durchbrach. Aber Könige lernen nichts mehr. Als Friedrich der Große starb, waren Lessing und Winckelmann todt, Kant und Klopstock alte Männer, Herder und Göthe auf der Höhe ihres Ruhmes, Schiller schon aufgetreten und der große König sprach und handelte, als ob sich in Deutschland seit 1740 nichts geändert hätte. Wie

mit der Literatur erging es ihm in der Nationalökonomie. Er hing an veralteten Vorurtheilen, die rings um ihn her bereits fielen. Seine Verwaltung entsprach weder den thatsächlichen Verhältnissen mehr, noch dem Standpunkt der Wissenschaft. Nicht blos in England erfüllten die neueren Anschauungen längst die Theoretiker und die Staatsmänner, auch in Deutschland breiteten sie sich überall aus. Kant sprach wie von einem allgemein angenommenen Axiom, daß eine gewisse Freiheit als Grundlage des Wohlstandes auch im Absolutismus nicht zu umgehen sei, um mit anderen Ländern concurriren zu können. Nur die preußische Staatspraxis verkannte das noch. Wie das System der staatlichen Bevormundung, des allgegenwärtigen Regierens, der Fiscalität und der Prohibition wirkte, das läßt sich am Besten aus dem Eindruck erkennen, den damals Land und Leute auf fremde Beobachter machten. Während sachkundige Engländer, wie Arthur Young, der spätere fanatische Gegner des revolutionären Frankreich, dort erstaunt waren über die commerzielle und industrielle Blüthe, den raschen Fortschritt, die Wohlhabenheit des Landes, blieb Preußen in ihren Augen weit hinter den Erwartungen zurück, die der Ruhm des großen Königs erregt hatte. Der englische Gesandte Malmesbury war betroffen über die Dürftigkeit und die engen Verhältnisse in Berlin. Sein Vorgänger Williams meinte gar, der König wolle nicht, daß seine Unterthanen reich seien, weil er davon Verweichlichung und schlechte Sitten fürchte. Malmesbury wunderte sich, daß ihm nicht begreiflich zu machen sei, daß der Handel ohne wechselseitigen Gewinn nicht bestehen könne, daß Privilegien und Monopole schädlich auf Industrie und Wohlstand wirkten; er findet, der König betrachte seine Unterthanen nur als Werkzeuge zur Vermehrung seiner Macht, zur Erweiterung seiner Herrschaft, sei in seiner Strenge eine Mischung von Barbarei und Humanität. Alfieri — der das preußische Land mit einer Caserne vergleicht, wie Williams mit einem großen Gefängniß — vermißte Rührigkeit, Industrie, Handelsverkehr und allgemeines Wohlsein. Mirabeau fand das Land wenig cultivirt, arm, zum Theil unfruchtbar, ohne Industrie und Ressourcen, eine zu enge Basis für die großen politischen Ansprüche. Das verkannte allerdings Friedrich der Große selbst nicht; er gesteht ein, nur England, Frankreich, Spanien und Holland hätten die Kräfte, einen längeren Krieg auszuhalten. Der siebenjährige Krieg war ihm nur durch die englischen Subsidien, die Aussaugung Sachsens, die Münzverschlechterung und die äußerste Erschöpfung des eigenen Landes möglich geworden. Aber seine Mittel, die Kräfte des Landes zu heben, wurden je länger desto unzureichender. Und sein Finanzsystem machte schon im Frieden so große Anforderungen, daß keine Erhöhung in außerordentlichen Zeiten möglich blieb. Man rechnete

damals in Preußen gegen vier Thaler Steuern auf den Kopf, und wenn jetzt bei dem unvergleichlich größeren Wohlstand und dem verminderten Geldwerth reichlich fünf Thaler auf den Kopf kommen, so war der Steuerdruck damals in der That erschöpfend groß. Nach der Erwerbung von Westpreußen beliefen sich die Staatseinkünfte auf 22 Millionen, wovon 13 Millionen auf die Armee verwendet wurden, die damals auf 200,000 Mann gebracht ward. Von dem Rest wurde alljährlich eine große Summe in den Staatsschatz gelegt. Wenn auch die Angabe, daß der Schatz bei Friedrich des Großen Tode 72 Millionen betragen habe, übertrieben sein mag, so war er doch bei der damaligen Capitalsarmuth des Landes unverhältnißmäßig groß, und die Theorie, große Kriege aus den gesammelten Ueberschüssen bestreiten zu wollen, jedenfalls eine schädliche. Malmesbury bemerkt, man könne ihn nicht überzeugen, daß ein großer, unthätig in den Kassen ruhender Schatz das Königreich arm mache. Zur Entschuldigung muß man freilich sagen, die preußischen Verhältnisse waren nicht englische; im Inlande ließen sich große Anleihen nicht aufbringen — 1745 lieh die märkische Ritterschaft dem Könige 1,356,000 Thaler, und größere Summen waren schwer zu beschaffen — und der auswärtige Credit war wenig entwickelt; dafür hätte indessen eine richtige Finanzpolitik wohl sorgen können, wenn nicht wiederum der Grundsatz entgegengestanden hätte, keine Zinsen außer Landes gehen zu lassen.

Die ganze Organisation des Staates war auf die Militärkraft berechnet. Um sie zu erhalten und zu vermehren und um die Mittel zu ihrer energischen Verwendung bereit zu halten, blieb der leitende Gesichtspunkt der Finanzkunst auf der einen Seite das haushälterische System der äußersten Sparsamkeit in den Ausgaben, auf der anderen die möglichste Steigerung der Einnahmen auf den einmal betretenen Wegen, in deren Verfolgung die dauernde Erhöhung der Steuerkraft des Landes gegen die augenblicklichen Erfolge der vermehrten Einkünfte zurücktreten mußte. Je consequenter das fiscalische System ausgebildet ward, desto schreiender wendete es sich gegen die materielle Entwickelung des Landes, desto schwerer wurde es aber auch, in andere Bahnen einzulenken. Als Friedrich der Große starb, war Alles darüber einig, daß die verhaßte Regie aufgehoben werden müßte. Aber obwohl die Ueberschüsse der Finanzverwaltung viel größer waren, als man erwartet hatte, war es doch schwer, den augenblicklichen Ausfall in den Einnahmen zu ertragen. Im Vertrauen auf die Ueberschüsse hob man zugleich die Naturalverpflegung der Cavallerie auf dem platten Lande auf, was ein sehr wesentlicher Fortschritt war, und nahm die durchaus nothwendige Verbesserung der Gehalte für die Subaltern-Officiere vor. Man verrechnete sich auch in dem Ertrage

der an die Stelle der Monopole tretenden Steuern. Indessen hätte sich das Alles überwinden lassen, wenn nicht unter dem neuen Regiment Aufsicht und Ordnung erschlafft wären. Günstlingswirthschaft, Unordnung und maßlose Verschwendung am Hofe waren die Hauptursachen, daß man sich alsbald in finanzieller Verlegenheit befand.

Twesten.

(Schluß folgt.)

Die Privathülfe zur Pflege der im Felde verwundeten und erkrankten Krieger und das Central-Comité der Hülfsvereine in Preußen.

Die Betheiligung der Völker an der Pflege der Verwundeten und Kranken eines Krieges ist das Resultat der Humanität unseres Jahrhunderts. Insbesondere wo das Heer das „Volk in Waffen" ist, werden auch alle Stände des Volkes sich beeifern, den Söhnen und Brüdern in der Armee helfend zur Seite zu stehen. Als Preußen sich 1813 zum Befreiungskriege erhob, brachte die Bevölkerung die größten Opfer nicht nur bei der Aufstellung und Ausrüstung der Armee, sondern auch bei der Pflege der Verwundeten. Es fehlte damals die etatsmäßige Zahl von Feldlazarethen für die von vierzig zu einigen hundert Tausenden anschwellende Armee; es mangelte an Hospitälern im Lande und an allen Bedürfnissen zur Krankenpflege. Den Trieb des Volkes, auch in dieser Richtung zu helfen, erkannten Ribbentrop und Goercke. Sie erweckten ihn zu Thaten und zeichneten vor, in welcher Weise ihm Ausdruck verliehen werden müsse. Es waren die Wohlthätigkeits-Vereine, welche gebildet wurden und in deren Hände man die Heilpflege im Rücken der Armee legte. In 124 Provinzial-Lazarethen, welche die städtischen Behörden errichteten und unter ihre Obhut nahmen, wurde allen Klassen der Bewohner und besonders den Frauen die Gelegenheit geboten, durch Geldspenden, durch Lieferung von Lazareth-Gegenständen und durch persönliche Pflege dem Staate helfend zur Seite zu stehen.

Dieser patriotische, helfende Sinn bethätigte sich auch in späteren Kriegen unseres Jahrhunderts. — Während der Feldzüge von 1848 bis 1850 in Schleswig-Holstein bildeten sich dort in allen Städten Wohlthä-

tigkeits-Vereine, welche die Verpflegung der Kranken und Verwundeten sicher stellten und ergänzten, was von den betreffenden Staaten zu diesem Zwecke unterlassen war. Denn die preußischen Truppen gingen ohne Feldlazarethe in den Krieg und erst nach und nach wurde den dringendsten Bedürfnissen abgeholfen. — Auch beim Beginn des Feldzuges in Baden verließ sich Preußen in dieser Hinsicht auf den Beistand der Bewohner, welcher seinen Verwundeten auch im vollen Maße zu Theil ward.

Der Krieg in der Krim (1854—56) dagegen bewies, welcher Jammer und welches Elend über Armeen kommen, wenn dieselben fern vom Vaterlande ausschließlich auf die staatliche Fürsorge angewiesen sind und das Volk mit seiner Hülfe nicht überall hinter ihnen stehen kann. Es wurden zwar in den Heimathlanden Sammlungen von Geld, Lebensmitteln und Hospital-Bedürfnissen veranstaltet, barmherzige Schwestern aus Frankreich und Sardinien, die „vereinigten freien Hospitaliterinnen" aus England, an ihrer Spitze die Misses Nightingale und Stanley, und aus Rußland die „Schwestern der Kreuzerhöhung" und die „Wittwen der Barmherzigkeit" zur Krankenpflege nach dem Kriegsschauplatze geschickt, allein die Macht der feindseligen Elemente war zu groß, als daß diese Mithülfe zur Milderung des Verderbens hätte wesentlich beitragen können, und — eine halbe Million Menschen wurden durch Geschosse und Epidemien das Opfer des Krieges.

Auch der Feldzug in Italien (1859) bewies, wie wenig die Fürsorge der Regierungen ausreicht, wenn die Privathülfe nicht rechtzeitig organisirt sich ihnen zur Seite stellt. Zwar die österreichischen Bevölkerungen regten sich frühzeitig, aber die Regierung kam sehr spät zu der Einsicht, daß alle ihre Vorkehrungen nicht ausreichten; — erst am Tage vor der mörderischen Schlacht von Solferino entschloß sie sich, die Mithülfe ihrer Völker anzunehmen. Und nun gingen auf den erlassenen Aufruf von Gemeinden, Genossen- und Körperschaften, Civilhospitälern und hochherzigen Privaten innerhalb vierzehn Tagen die Anmeldungen zur Unterbringung von gegen 60,000 Verwundeten und Kranken ein, und die überall bereits gebildeten Vereine traten in Thätigkeit. — Auch in Italien zeigten sich die staatlichen Vorbereitungen für die Bedürfnisse der sardinischen und französischen Armee unzureichend, man hatte die Größe der Ereignisse eben so wenig geahnt und keine Privat-Vorkehrungen getroffen. Das Volk verleugnete aber auch hier seine Barmherzigkeit nicht, rettete und half, wo es konnte, keine Opfer scheuend, und betheiligte sich an der Krankenpflege auf eine großartige Weise. — Die Erfahrungen von dem Elend dieses Krieges haben, wie später nachgewiesen werden wird, segensreiche Früchte für alle Zeiten getragen.

Im Gegensatze zu dieser unvorbereiteten Hülfsleistung steht die rechtzeitige und umsichtige Organisation, welche sich die Nordamerikaner beim Ausbruche des Krieges gegen die Südstaaten gaben. Die Nation kannte den kläglichen Zustand des Heeres und seiner Lazarethanstalten, und wußte, daß es an Feldspitälern, Aerzten, Krankenwärtern und an Allem fehlte. Ohne irgend einen Aufruf bildeten sich in den größeren Städten Vereine, von hochherzigen Frauen ausgehend, die sich zur Aufgabe machten, Verbandmittel, Wäsche und Bekleidungs-Gegenstände aller Art und Geld zu sammeln, zu welchem Zwecke sie in den Städten Messen von eingelieferten Arbeiten und Geschenken veranstalteten, welche allein Hunderttausende von Dollars einbrachten. Gleichzeitig überzeugte man sich, daß es zu einer durchgreifenden Wirkung dieser philanthropischen Bestrebungen der Organisation derselben und des Anschlusses an die Einrichtungen des Staates bedürfe. Es waren einflußreiche Frauen, welche von Männern, namentlich von Aerzten unterstützt, sich der Ausführung dieses Liebeswerkes unterzogen und sich mit der Landesregierung in Verbindung setzten. Hier stießen sie wider Vermuthen auf Hindernisse. Der Präsident und alle Militärärzte nahmen das Anerbieten mit Mißtrauen auf und der erstere erklärte, daß durch diese private Einmischung die Unordnung noch größer werden würde. Das Comité von New-York ließ sich aber nicht abschrecken, es vollendete seine Constituirung, alle Comités anderer Vereine ordneten sich ihm unter, und die öffentliche Meinung drängte im Bewußtsein der Nothwendigkeit dieser Mithülfe den Präsidenten zur Nachgiebigkeit. Durch ein Decret vom 13. Juni 1861 wurde der Ausschuß ermächtigt, sich als „United-States-Sanitary-Commission“ zu constituiren und seine Wirksamkeit zu beginnen.

Der Zweck derselben war, unter Mitwirkung der sich allmählich bildenden 30,000 Frauen-Vereine durch Sammlungen, Ausstellungen und Verlosungen Alles zu beschaffen, was bei der Verpflegung durch den Staat mangelte, und diese Wohlthaten ohne Rücksicht auf Nationalität, Race und politische Gesinnung jedem Soldaten der Union wie der Conföderation zukommen zu lassen. Die Wirksamkeit sollte sich nicht allein auf die Hospitäler, sondern auch auf das Schlachtfeld durch Aufnahme, Wegbringung und Erquickung der Verwundeten bis zu ihrer Unterkunft in den Hospitälern beziehen. Zu diesem Zweck organisirte die Sanitary-Commission sechs Sectionen. Die erste beschäftigte sich mittelst 1200 Beamten mit der Einsammlung, Verwaltung und Verausgabung der Liebesgaben. Die zweite hatte die Ueberwachung der Hygiene bei den Truppen und deren Kranken und Verwundeten in den Hospitälern und die möglichste Beseitigung aller schädlichen Einflüsse von denselben übernommen. Die

dritte sorgte für die Errichtung von Zufluchtsstätten und Hülfsstationen, für die erste Unterstützung der entlassenen Kranken und Invaliden bis zur Regulirung ihrer Ansprüche an den Staat, wozu besondere Büreaus errichtet waren. Die vierte gab den Angehörigen Auskunft über ihre Söhne, Väter und Brüder im Felde. Die fünfte registrirte und tabellisirte das große Material, welches das Ergebniß der Wirksamkeit war, um allgemeine Principien für die Verwaltung aufzustellen. Die sechste sammelte, unterstützt durch die ersten ärztlichen Kräfte, die neuesten Erfahrungen der Medizin und Kriegschirurgie, um sie durch Flugschriften den Aerzten im Felde mitzutheilen.

Um die Bedürfnisse der Armee kennen zu lernen, schickte die Commission Aerzte, Beamte und Vertrauensmänner nach dem Kriegsschauplatze, welche in den Bivouacs, Lagern und Hospitälern über den Gesundheitszustand der Truppen, die Verwaltung in den Ambulancen und Lazarethen Erkundigungen einzuziehen hatten, um zu erfahren, was an Verpflegungsbedürfnissen, so wie an Krankenwärtern, Arzneien, chirurgischen Instrumenten, Verbandmitteln und sonstigen Requisiten erforderlich sei. Es wurden große Magazine errichtet, um den Requisitionen sogleich Genüge leisten zu können. Man schloß sich den Einrichtungen des Staates und den Wünschen der Aerzte an, jede Collision mit den Behörden vermeidend. Man schickte dem General M'Clellan beim Vorrücken gegen Richmond schwimmende Hospitäler auf Dampfschiffen nach, in denen Tausende Verpflegung fanden. Man errichtete mit allen Bequemlichkeiten versehene Eisenbahnzüge zum Rücktransport der Kranken und Verwundeten. Ja, man leistete auf dem Schlachtfeld so thätige Hülfe, daß seit den Stürmen auf die Friedrichsburger Schanzen kein Verwundeter länger als zwei Stunden auf dem Kampfplatze geblieben sein soll. Nach der Schlacht bei Gettysburg sollen die Aerzte der Commission 14,000 Verwundete verpflegt haben. Bei Sharpsburg fiel dem Personal der Commission die Behandlung der Verwundeten allein zu; 8000 wurden verbunden und verpflegt, bis drei Tage nach der Schlacht die Sanitätsanstalten der Regierung ankamen.

Und noch über diese großartige Wirksamkeit in den stabilen und Feld-Lazarethen und auf dem Schlachtfelde hinaus erstreckte sich der Beistand im Rücken der Armee auf die Errichtung von Herbergen für die nachrückenden Rekruten und die entlassenen Soldaten, deren Weiterreise auf Dampfschiffen und Eisenbahnen besorgt wurde. Man errichtete provisorische Convalescenten- und Versorgungshäuser für die Bedürftigen bis zu ihrer Versorgung durch den Staat. Auch dehnte man die Hülfe über die Zeit des Krieges aus durch Unterstützung der im Kriege invalide Ge-

worbenen und der bedürftigen Angehörigen der Gebliebenen, und wies jenen Beschäftigungen nach, die ihren Körperkräften angemessen waren.

An alle diese Leistungen, die nach den Berichten Millionen kosteten, reihete sich noch die Thätigkeit einer „christlichen Commission," welche von den Jünglings-Vereinen ausging und den Zweck hatte, für das geistige und leibliche Wohl der Heere zu Wasser und zu Lande zu sorgen. Sie bildete in den dem Kriegsschauplatze nahe gelegenen Städten Ausschüsse; 1500 Personen beschäftigten sich mit dem Einsammeln und Versenden von allerlei Bedürfnissen an die Spitäler; 356 fromme Arbeiter, Kaufleute, Anwälte, Geistliche, Literaten u. s. w. entwickelten ihre Thätigkeit in den Lagern, Spitälern und auf den Schlachtfeldern, wo sie sich der liegen gebliebenen Verwundeten annahmen, sie aufrafften, verbanden, erquickten, ihnen Trost zusprachen und sie in Hospitäler brachten. — Auch diese Commission hat, wie die andere, von der Armee, der Regierung und der Nation die dankbarste Anerkennung ihrer Wirksamkeit erhalten. Unendlich viel Segen wurde durch diese großartigen Leistungen über das Heer und das Land verbreitet, einzig stehen sie in der Geschichte der Völker da, und beweisen, was ein Volk vermag, das mit seiner Regierung eins ist und mit derselben zusammengeht.

In Europa wie in Amerika hatte somit die Erfahrung unzweifelhaft nachgewiesen, daß die officielle Staatshülfe allein in den Kriegen den Anforderungen der Humanität zu entsprechen nicht im Stande ist. Obgleich die Feldlazarethe der verschiedenen Staaten in den letzten fünfzig Jahren allmählich vervollkommnet sind, den fechtenden Truppen jetzt besser folgen und selbst auf dem Schlachtfelde ihre Thätigkeit entwickeln können, obgleich die Bildung und chirurgische Kenntniß der Aerzte jetzt größer und allgemeiner verbreitet ist, die Kriege der neueren Zeit die Feldchirurgie große Erfahrung machen ließen, und obgleich bei allen Armeen nunmehr für die Wegbringung der Verwundeten vom Schlachtfelde ein besonderes Personal bestellt wird; so reichen doch alle diese Vorkehrungen nicht hin, wenn die Verwundeten nach Tausenden zählen, und auf zehn Procent der Streitenden steigen. Die Etats an Aerzten, Krankenwärtern und an helfenden Händen für die Feldlazarethe sind zu gering, theils in Folge des Mangels an geeigneten Personen, theils in Folge einer unrecht angebrachten Oekonomie. Auch das Personal der Transport-Compagnien ist zu klein und auf die Zahl der Verwundungen nicht berechnet. Es würde sich die Wahrheit dieser Behauptung durch Vergleichung der Etats der Feldlazarethe und Träger-Compagnien in den verschiedenen Staaten mit der Zahl der in einer großen Schlacht vorkommenden Blessuren leicht nachweisen lassen.

Dieser Mangel wird um so empfindlicher, da in der Neuzeit die Schußwaffen so außerordentlich vervollkommnet sind. Die Schlacht wird hierdurch mörderischer, die Zahl der Verwundungen größer. Der Ausbildung der Kriegskunst entspricht nicht die der Feldlazarethe, der Zerstörung nicht die Erhaltung. Die Ambulancen tragen noch den Typus der Zeit an sich, als der zündende Funke durch das Schloß entlockt wurde. Sie entbehrten bei ihrer Organisation zu sehr der Mitwirkung der militärärztlichen Behörden. Außerdem ist nicht zu übersehen, daß oft nicht einmal die etatsmäßige ärztliche Hülfe zur Anwendung kommt. Die preußische Armee hatte in den Freiheitskriegen bei Weitem nicht die gesetzmäßige Zahl der Feldlazarethe, und für die Wegbringung der Verwundeten war nicht speciell gesorgt, daher das Elend und die Verwahrlosung der Verwundeten nach den Schlachten bei Leipzig, Fleury und Waterloo, bis die Privat-Barmherzigkeit sich ihrer annahm. Die Russen brachten keine Feldlazarethe mit und verließen sich auf die preußischen Lazarethe, die selbst an Allem Mangel litten. Man schickte in den Jahren 1848 und 1849 Truppen in den Krieg, ohne die zugehörigen Feldlazarethe ihnen beizugeben, und rechnete auf die Mildthätigkeit der Bewohner in den Elb-Herzogthümern resp. in Baden. Die englischen Truppen entbehrten bei ihrer Ankunft in der Krim der Ambulancen, und kamen an der Alma ohne solche in's Gefecht. Die französischen Feldlazarethe waren im italienischen Kriege nur mit dem halben Etat an Personal ausgestattet, und die Intendantur hatte vergessen, die chirurgischen Instrumente einpacken zu lassen; man verließ sich auf die Italiener. Erst drei Tage nach der Schlacht bei Sharpsburg mit 8000 Verwundeten kamen die Feldlazarethe an. Ebenso erging es den Oesterreichern bei Oeversee und Selk. Aehnliche Beispiele der Sorglosigkeit würden sich noch mehrere auffinden lassen. Daß der Sieger auch für die Verwundeten der Besiegten zu sorgen hat, wird bei der Organisation der Feld-Sanitätsanstalten ebenfalls nicht bedacht.

Die herzzerreißenden Zustände nach der Schlacht von Solferino wurden durch einen Augenzeugen, den Genfer H. Dunant, geschildert, der mit seiner Darstellung an das Mitgefühl der Nationen appellirte und zur Bildung von freiwilligen Hülfsgesellschaften aufforderte, um für die Folge den Gräuelscenen, die er erlebte, möglichst vorzubeugen. Er und der Schweizerbürger Dr. Appia, welcher als Arzt das Elend des italienischen Feldzuges in den Spitälern kennen gelernt hatte, gaben den Bestrebungen der Humanität einen neuen Anstoß. Durch mehrere schweizerische Wohlthätigkeits-Vereine wurde ein Comité gebildet, der eidgenossische General Dufour an die Spitze gestellt, ein Entwurf zur Bildung von

Hülfsvereinen abgefaßt, und am 1. September 1863 ein Aufruf zu einem Congresse in Genf veröffentlicht, zu dem die meisten europäischen Staaten ihre Vertreter schickten. Die beiden großen philanthropischen Gedanken, welchen am 26. October 1863 Ausdruck verliehen wurde, waren: im Frieden schon für die Pflege und Heilung der im Kriege Verwundeten und Erkrankten Sorge zu tragen und den verwundeten Feind nicht als solchen zu betrachten, sondern dem Schutze aller Nationen anzuvertrauen. Während dieser Wunsch nur durch einen internationalen Vertrag der Staaten zur Erfüllung gebracht werden konnte, wurde jenes Vorhaben durch nachfolgende endgültige Beschlüsse verwirklicht.

In jedem Lande wird ein Ausschuß gebildet, der die Aufgabe hat, während eines Krieges mit allen in seiner Macht stehenden Mitteln dem Gesundheitsdienste der Heere zu Hülfe zu kommen. Sectionen können sich in unbeschränkter Zahl bilden, um den Ausschuß, dem die Oberleitung zukommt, zu unterstützen. Jeder Ausschuß setzt sich mit der Regierung seines Landes in Verbindung, um sich zu versichern, daß seine Dienste eintretenden Falles angenommen werden. Im Frieden beschäftigen sich die Ausschüsse und Sectionen mit den Mitteln, sich im Kriege wahrhaft nützlich zu machen, besonders damit, daß sie materielle Hülfsmittel jeder Art herbeischaffen und freiwillige Krankenpfleger bilden und unterrichten. Im Kriege leisten die Ausschüsse der kriegführenden Völker ihren Heeren nach Maßgabe ihrer Mittel Hülfe, insbesondere stellen sie die freiwilligen Krankenpfleger und setzen sie in Thätigkeit. Sie richten im Einverständniß mit den Militär-Behörden Lokale zur Verpflegung der Verwundeten ein. Sie können die Mitwirkung der Ausschüsse neutraler Völker in Anspruch nehmen. Auf den Ruf oder mit der Zustimmung der Militär-Behörden senden die Ausschüsse freiwillige Krankenpfleger auf das Schlachtfeld. Sie stellen sich alsdann unter die Leitung der militärischen Befehlshaber. Die freiwilligen Wärter, welche im Gefolge der Heere verwendet werden, müssen durch die Ausschüsse mit Allem, was zu ihrem Unterhalte nöthig ist, versehen werden. Sie tragen in allen Ländern als gleichmäßiges Unterscheidungszeichen ein weißes Armband mit rothem Kreuz. Die Ausschüsse und Sectionen der verschiedenen Länder können sich zum internationalen Congresse vereinigen, um sich ihre Erfahrungen mitzutheilen und über die zur Förderung des Werkes zu ergreifenden Maßregeln zu verständigen. Der Austausch der Mittheilungen zwischen den Ausschüssen verschiedener Völker findet vorläufig durch Vermittelung des Genfer Ausschusses statt.

Unabhängig von diesen Beschlüssen sprach die Conferenz den Wunsch aus, daß die Regierungen den Hülfsausschüssen ihren hohen Schutz ver-

leihen, den Vollzug ihres Auftrages möglichst erleichtern und die Ambulancen und Spitäler, so wie das sämmtliche Verpflegungs-Personal, alle Verwundete und die Landesbewohner, welche sich ihrer Pflege widmen, für neutral erklären möchten.

Durch die Annahme dieser Beschlüsse wurde der Grund zu einem Werke der Barmherzigkeit gelegt, welches unserem Jahrhundert zur größten Ehre gereicht und für alle Zeiten einen reichen Segen verbreiten wird.

Kaum war die internationale Conferenz zu Genf beendigt, als Preußen und Oesterreich sich zum Kriege gegen Dänemark rüsteten. Patriotische Männer Berlins constituirten am 6. Februar 1864 nach wiederholten Sitzungen ein „preußisches Central-Comité zur Bildung eines Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger.“ An die Spitze des Programmes resp. Aufrufes vom 17. Februar die anerkannte Wahrheit stellend, daß auch die vorzüglichste militärische Sanitätsverwaltung die Privat-Wohlthätigkeit nicht entbehren könne, setzte es sich die Aufgabe, einestheils die freiwillige, sich damals wieder regende patriotische Thätigkeit in einen organischen Zusammenhang zu bringen, anderentheils nicht erst im Augenblick des eintretenden Krieges, sondern schon vorher und dauernd für die Bedürfnisse der Pflege im Kriege sich vorzubereiten. Es erging die Aufforderung, zur Unterstützung dieses menschenfreundlichen Unternehmens, dem die lebhafteste Billigung des Königs und der Königin zu Theil wurde, dem Central-Verein als Mitglied, durch persönliche Thätigkeit oder durch jährliche Zahlung eines Beitrags, beizutreten und zur Bildung von Provinzial- und Lokal-Vereinen mitzuwirken, welche bei selbständiger Thätigkeit in ihren Bezirken mit dem Central-Verein in Verbindung treten sollten. Zur Förderung der Angelegenheit wurden seitens der Regierung an die Ober-Präsidenten, Präsidenten und Ober-Bürgermeister Schreiben erlassen.

Die Zwecke des Vereines wurden, wie folgt, näher bezeichnet:

1. In Friedenszeiten sollen die für einen Kriegsfall erforderlichen Vorbereitungen zur Pflege der Verwundeten und Kranken getroffen werden a) durch Sammeln von Geldmitteln, b) Beschaffung des nöthigen Materials, c) Ausbildung von Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen, d) Communication mit den bestehenden geistlichen Orden und weltlichen Genossenschaften zur Krankenpflege. 2. In Kriegszeiten sollen a) nach vorgängigem Einvernehmen mit der Militär-Verwaltung Lazarethe in der Nähe des Kriegsschauplatzes errichtet, b) Krankenpfleger und Pflegerinnen entsendet, c) durch ein besonderes Personal bei der Fortschaffung der Verwundeten vom Schlachtfelde Hülfe geleistet, d) die Vorräthe der Lazarethe und Ambulancen an Verbandmaterial und Nahrungsmitteln zur

Pflege und Erquickung der Kranken durch Zusendungen verstärkt, und e) die Hülfe der geistlichen und weltlichen Genossenschaften zur Krankenpflege in Anspruch genommen werden.

Es gelang dem Central-Comité schon bei dem beginnenden Kriege in den Elbherzogthümern segensreich einzuwirken, zahlreiche Vereine bildeten sich in allen Provinzen und das Comité ward durch Geldsammlungen in den Stand gesetzt, ein großes Depot in Flensburg zu errichten, nachdem es durch Hinsendung des Herrn Prof. Dr. Gurlt von den Bedürfnissen der Sanitäts-Verwaltung in Kenntniß gesetzt worden war. Die Fortschaffung der Verwundeten vom Schlachtfelde sollte von den Committirten besonders in's Augenmerk genommen werden.

In Flensburg schloß sich die Wirksamkeit des Depots an die des Johanniter-Ordens und der Vereine der Herzogthümer an. Ein am 21. April erlassener Aufruf führte dem Central-Comité in Berlin und dem Depot sehr reichliche Lieferungen an Materialien und Geldspenden zu. Es konnten zur Anschaffung von Bedürfnissen jeder Art über 11,000 Thlr. ausgegeben und allen Anforderungen der Lazarethverwaltung entsprochen werden. Außer für Bett- und Leibwäsche, für Bekleidungs-Gegenstände und Erquickungen, war auch für chirurgische Utensilien gesorgt worden. Vom Militär entlassene Kranke und Invaliden wurden beim Abgange in die Heimath durch Geld im Betrage von 5 bis 25 Thalern unterstützt. Ein Aufruf des Central-Comités zur Unterbringung von Hülfsbedürftigen Behufs ihrer Erstarkung bei wohlhabenden Privaten und ländlichen Gutsbesitzern hatte so viele Anmeldungen zur Folge, daß nicht alle berücksichtigt werden konnten. Eine große Zahl von Brunnen-Verwaltungen boten die unentgeltliche Aufnahme und Verpflegung an.

Neben dem Central-Comité, dessen Thätigkeit in dem 1865 erschienenen Rechenschaftsberichte geschildert ist, wirkte der Johanniter-Orden mit einem Eifer, welcher ihn seines Namens „Hospital-Ritter" wieder würdig machte. Eine große Zahl von Mitgliedern begab sich am 31. Januar 1864 nach dem Kriegsschauplatze, und richtete zwischen dem 17. und 24. Februar, nachdem er sich der Dienste von Diakonissinnen aus Bethanien in Berlin, von Brüdern des rauhen Hauses zu Hamburg und von Krankenwärtern versichert hatte, zu Altona ein Hospital von 55 Betten ein, die bald auf 80 vermehrt werden mußten. Hieran reihte sich, dem Vorschreiten der Kriegsaction folgend, die Herstellung eines Hospitals und eines Depots zu Flensburg, aus welchem bei dem reichlichen Zuflusse an Gaben von Nah und Fern nicht nur die dortigen Feldlazarethe, sondern auch auswärtige versorgt werden konnten. Beim Beginn des Bombardements gegen die Düppeler Schanzen errichtete der Orden zu Nübel ein kleines

Lazareth für 15 bis 20 Verwundete, welches am Sturmtage vorübergehend 25 aufnahm. Zum Abholen der Verwundeten vom Kampfplatze wurden zwei Transportwagen und mehrere Räderbahren angeschafft, mit denen sich die Ordensmitglieder sowohl während des Bombardements als am Sturmtage auf den Kampfplatz begaben. Zum Transport der Verwundeten zu Wasser nach Flensburg, wo inzwischen in der Villa „Königsgarten" ein zweites Hospital mit 27 Betten errichtet und ein Zelt aufgeschlagen war, wurde ein Kutter besonders eingerichtet.

Auch bei dem Sturme auf Alsen entwickelte der Orden seine Thätigkeit, indem er zu Wester-Satrup ein Feldlazareth errichtete, die Verwundeten auf Alsen aufsuchte, und für deren Rücktransport und die nöthige erste Hülfe sorgte. Ueberhaupt betheiligten sich in diesem Kriege 158 Mitglieder religiöser Orden und Humanitäts-Genossenschaften an der Krankenpflege. Während barmherzige Schwestern und Brüder, wie Diakonen, vorzugsweise in den Militär-Lazarethen thätig waren, versahen Diakonissinnen aus Bethanien die Pflege in den Johanniter-Lazarethen, Fliedner'sche Schwestern aus Kaiserswerth wirkten in den Lazarethen zu Apenrade, Kolding, Hadersleben, Broacker und Sonderburg. Auch eine Anzahl adeliger Damen war am 29. Februar auf dem Kriegsschauplatze eingetroffen und hatte das schwarze Diakonissen-Kleid angelegt.

Hinter diesen Werken der Barmherzigkeit blieb der Patriotismus der Bewohner Holsteins und Schleswigs nicht zurück. Rechtzeitig wurden in allen größeren Städten, in denen die Aufstellung von Feldlazarethen zu erwarten stand, Hülfs- und Frauen-Vereine gebildet und Depots durch Einsammlungen und Ankauf von Verpflegungsgegenständen errichtet. Auch in den kleineren Städten und den Dorfschaften traten die Bewohner zusammen und schickten ihre Beiträge an die Comités der größeren Orte ein. Die Frauen sorgten für Bett- und Leibwäsche, Krankenkleidung und Verbandmaterial, und betheiligten sich, wenn nicht andere Kräfte wie z. B. die der barmherzigen Schwestern zu Gebote standen, an der Lazareth-Oekonomie und Krankenpflege. Im Vordergrunde dieser patriotischen Leistungen standen der große Hamburger Verein, der Kieler Central-Hülfsverein und die freiwillige Lazareth-Kommission zu Schleswig, über deren Wirken Berichte veröffentlicht sind.

Der Hamburger Verein schickte vier Mitglieder nach den Centralpunkten des Hospitalwesens, die der Armee beim Vorgehen nach Jütland und dem Sundewitt folgten, um die begehrten Gegenstände sofort aus den errichteten Depots zu liefern oder telegraphisch aus dem reichen Central-Depot zu Hamburg zu requiriren. Auch wurden die Vereine der Herzogthümer nach Bedürfniß mit Geld und Materialien für ihre

Depots unterstützt. Der Reichthum und die Mildthätigkeit der Bewohner der blühenden Handelsstadt, ihre Lage und die Unterstützung von allen Behörden ließen Großartiges leisten; nach einer achtmonatlichen Wirksamkeit blieben noch 20,000 Mark übrig, welche der Verein zinstragend anlegte, um davon zehn Jahre lang 12 österreichischen und 12 preußischen Invaliden 100 Mark jährlicher Zulage zu ihrer Pension zu geben.

Gleich segensreich wirkte der Hülfsverein von Frauen und Jungfrauen in Kiel. Er richtete die sechs daselbst bestehenden Lazarethe ein und dehnte seine Wirksamkeit durch Lieferungen an die Vereine in Rendsburg, Eckernförde, Schleswig, Glücksburg, Flensburg, Apenrade, Hadersleben, Stenderup, Broacker, Gravenstein und einzelne kleinere im Sundewitt aus. Er milderte die Noth der Bewohner der Dannewerk-Stellung, der Sundewitter und der Alsener, ohne Rücksicht auf nationale Sympathien; er gewährte Unterstützung den aus der dänischen Armee entlassenen und in trauriger Lage zurückkehrenden Soldaten und lieferte aus den großen Vorräthen der Depots Bekleidungs-Gegenstände an die im Felde weilenden Krieger, an die dahin zurückkehrenden Convalescenten, an die entlassenen Invaliden u. s. w., wenn das Bedürfniß vorhanden war, gegen Quittung der Militär-Behörden.

Als nach dem Gefechte bei Selk und Oeversee die verwundeten Oesterreicher in der Nacht vom 7. zum 8. Februar in Schleswig ankamen, übernahmen die Bewohner der Stadt die Pflege, bis die österreichischen Feldlazarethe nachträglich eintrafen. Nachdem für das Unterkommen gesorgt war, bildete sich in der Stadt Schleswig die freiwillige Lazareth-Kommission und erließ einen Aufruf zur Mildthätigkeit, der den erfreulichsten Erfolg hatte. Die Errichtung von Lazareth-Lokalen für 450 Kranke und Verwundete reichte bald nicht aus; denn bis zum 12. Februar fanden sich 600 Mann ein, für die Rath geschafft werden mußte. Die Aerzte der Stadt, an ihrer Spitze der Professor Dr. Esmarch, leisteten ihnen Beistand, bis die österreichischen Feldlazarethe ankamen. Die Frauen, die in einen Verein zusammentraten, übernahmen spezielle Wirkungskreise bei der Oekonomie der Lazarethe, sorgten für die Wäsche und Bekleidungs-Gegenstände, beaufsichtigten die Reinlichkeit, die Güte der Speisen und Getränke u. s. w., während barmherzige Schwestern, Diakonissinnen und Diakonen der Krankenpflege sich widmeten. Wie das Hamburger Comité errichtete die Kommission auch Eiskeller, welche das Wirken der Aerzte beim Typhus und bei den Verwundungen sehr unterstützten. Durch diese vereinten Anstrengungen wurde den Verwundeten und Kranken im dänischen Feldzuge eine Pflege zu Theil, wie sie in größeren Kriegen kaum ausführbar sein dürfte. —

Der Genfer Congreß vom October 1863 hatte, wie wir oben erwähnten, den dringenden Wunsch ausgesprochen, jenen humanen Bestrebungen der Völker durch einen internationalen Vertrag den Schutz der Regierungen und damit eine feste Basis zu geben. Zu diesem Ende übernahm es, auf Antrag des Genfer internationalen Ausschusses, der schweizerische Bundesrath, die Regierungen auf den 18. August 1864 zu einer Conferenz nach Genf einzuladen. Den Vertretern von 15 Staaten wurde vom General Dufour, dem das Präsidium wieder übertragen war, ein Vertragsproject der schweizer Abgeordneten als Grundlage der Verhandlungen vorgelegt, welches im Wesentlichen angenommen wurde; der Artikel 11, der die gefaßten Bestimmungen auch auf den Seekrieg anwenden wollte, ward als Gegenstand einer weiteren Convention zwischen den betheiligten Mächten bezeichnet. Schon am 22. August konnte auf dem Stadthause zu Genf die Convention in Betreff der Neutralität der Feldlazarethe, deren gesammten Personals und der Verwundeten unter 12 Staaten abgeschlossen worden. Am 22. Juni 1865 wurde die Convention ratifizirt, nachdem noch mehrere Staaten beigetreten waren. Rußland, Oesterreich, Hannover, Kurhessen, Baiern, Sachsen, Mecklenburg-Strelitz und Braunschweig fehlten noch, ihr Beitritt wurde zum Theil noch gehofft.

Zu Folge dieser Convention wird das ärztliche, das Verwaltungs-, Wart- und Transport-Personal, nebst dem Feldgeistlichen in seinen Dienstleistungen geschützt, so lange es sich mit der Krankenpflege beschäftigt; es darf sich, wenn es in feindliche Hände gekommen ist, zu seinen Truppentheilen zurückziehen, wobei ihm der Feind behülflich sein soll. Die leichten Feldlazarethe können dann selbst im Besitze ihres Materiales bleiben. Die Landesbewohner, welche den Verwundeten zu Hülfe kommen, sollen geschont und frei bleiben. Der in ein Haus aufgenommene Verwundete soll dem Bewohner zum Schutze dienen, denselben vor Einquartierung sichern und hinsichtlich der Kriegs-Contribution erleichtern. Die verwundeten und erkrankten Militärs sollen ohne Unterschied der Nationalität aufgenommen und verpflegt werden. Sie können, wenn die Umstände es gestatten, den feindlichen Vorposten übergeben, und, wenn sie nach ihrer Heilung dienstunfähig sind, in ihre Heimath geschickt, die anderen ebenfalls unter der Bedingung entlassen werden, daß sie während der Dauer des Krieges die Waffen nicht wieder ergreifen. Auch die Verbandplätze und Depots genießen einer unbedingten Neutralität. Eine übereinstimmende Fahne soll bei den Verbandplätzen, den Feldlazarethen und Depots neben der Nationalflagge aufgesteckt werden, das unter der Neutralität stehende Personal eine Armbinde tragen. Die Fahne und die Armbinde haben ein rothes Kreuz auf weißem Grunde.

Es ist diese Convention der Staaten der größte Fortschritt der Humanität. Für die Wirksamkeit aller Hülfsvereine und für ihre internationalen Beziehungen ist nunmehr eine feste Basis gewonnen. Allen Verwundeten und Kranken ohne Rücksicht auf die Nationalität kann fernerhin die erforderliche Hülfe ungestört zu Theil werden. Es wird in dem Verwundeten nicht mehr ein Feind sondern nur der Hülfsbedürftige gesehen, von welchem der Jammer und das Elend des Krieges durch die gemeinschaftliche Sorge der Vereine der streitenden Völker möglichst abgewendet werden sollen.

* * *

Auf der Grundlage dieser Staatenconvention weiter bauend, schrieb das preußische Central-Comité zu Berlin im Mai 1865 eine Preisschrift aus, welche die in der Neuzeit gewonnenen Anschauungen und Erfahrungen über die Organisation der Privathülfe zum Gegenstand haben sollte. Da der Termin zur Einsendung der Concurrenzschriften am 1. Juni abgelaufen ist, so wird dem Comité ein reiches literarisches Material über die beste Erfüllung seiner Aufgaben zu Gebote stehen. Das Central-Comité hat sich inzwischen neu organisirt und am 7. Mai d. J. Corporationsrechte erhalten. Ohne Zweifel werden sich ihm in allen Provinzen patriotische Männer zur Seite stellen und dahin wirken, Vereine zu gründen, durch Presse und Versammlungen alle Schichten der Bevölkerung für den großen Zweck zu gewinnen. Die Mitwirkung der Ober-Präsidien, Regierungen, Bürgermeister und Landräthe wird hierbei neben der Thätigkeit solcher Männer, welche das allgemeine Vertrauen des Publikums besitzen, wünschenswerth sein. Es müssen Lokal-, Regierungs- und Provinzial-Comités gebildet werden, welche an die Spitze der Vereine treten. Während die ersten in begrenzten Kreisen durch jährliche und einmalige Beiträge die Mittel einsammeln, auf welche die Wirksamkeit des Central-Comités sich gründet, muß das Bezirks-Comité am Sitze einer Regierung ordnend, leitend und das Interesse bei den Lokal-Comités wach erhaltend thätig sein, über die Personal-Kräfte und die Hülfsmittel der Städte, über den Umfang der Civilspitäler, über die vorhandenen Lokalitäten zur Errichtung von Lazarethen und Depots, über die bestehenden, der Krankenpflege sich widmenden Orden und Genossenschaften sich orientiren, die Beiträge der Lokalvereine zu bestimmten Zeiten einsammeln u. s. w. Das Central-Comité wird dann nur mit den acht Provinzial-Comités verkehren, von denselben die Gelder einziehen, die Berichte über die Organisation und Verbreitung der Vereine erhalten und sich dieser Provinzial-Instanzen bedienen, Anordnungen und Aufträge an die Bezirks- und Lokal-Comités zur Kenntniß zu bringen.

Während der Kriegszeit wird den Comités obliegen, außer den Geldspenden für die Einsammlung von allen Bedürfnissen der Krankenpflege zu sorgen. Es wird zu diesem Zweck überall die Bildung von Frauenvereinen zu bewirken, die Mildthätigkeit derselben unter spezieller Angabe der Bedürfnisse anzuregen, die Bestimmung des Central-Comités in Betreff der Mitwirkung geeigneter Vereins-Mitglieder am Kriegsschauplatze, in dessen Nähe oder im Rücken der fechtenden Armee zu befolgen sein. Das Central-Comité stellt eine Verwaltungs-Behörde dar, der zur Lösung der großen Aufgabe alle vorhandenen Kräfte und Mittel sich zu Gebote stellen müssen. Es kann den übernommenen Pflichten nur nachkommen, wenn alle eingehenden Beiträge der einzelnen Comités ihm unverkürzt zur Verfügung gestellt werden, dieselben nur in seinem Auftrage handeln, und somit die Kräfte nicht zersplittert werden. Das Central-Comité, das am Sitze des Kriegs-Ministeriums domicilirt, kann allein wissen, wo der Beistand Noth thut und welcher Art er sein muß. Von den Ministerial-Kommissarien erhält es die Weisung, wohin nach den muthmaßlichen Kriegsactionen die Hülfe zu richten ist, und von seinen Stellvertretern am Kriegsschauplatze und anderwärts her muß es erfahren, von welcher Art und von welchem Umfange die Hülfe sein muß. Diese Wirksamkeit erfordert, wenn sie eine rechtzeitige und genügende sein, und nicht an einem Orte Mangel, an einem anderen Ueberfluß vorkommen soll, einen festen Anschluß sowohl der handelnden Organe an die Militär-Behörden, die Aerzte und Lazareth-Verwaltung bei der Armee als auch des Central-Comités an die Regierung. Nur durch ein solches organisches Zusammenwirken können die großen Zwecke erfüllt werden. Jedes eigenmächtige Eingreifen und Handeln würde dieselben verfehlen lassen und die Organe des Central-Comités des Schutzes berauben, dessen sie zu ihrer Wirksamkeit bedürfen.

Dem Central-Comité dienen zu seiner Vertretung bei der Armee General-Kommissäre, welche sich in den Hauptquartieren der Armee-Corps aufhalten, von hier aus die nöthigen Anordnungen treffen und sich durch Inspectionen von deren Ausführung überzeugen. Im Rücken der Armeen, an den Heer- und Etappen-Straßen bedarf es der Bezirks-Kommissäre für einen bestimmten Militär-Bezirk, im Anschlusse an den kommandirenden General, Gouverneur oder Kommandanten. Zur Verwaltung von Depots und zu lokalen Zwecken sind andere untergeordnete Beamte erforderlich. Sie alle sind die Fühlorgane des Central-Comités, die auf allen Wegen nach den Bedürfnissen sich zu erkundigen und deshalb sich gegenseitig zu unterrichten und zu unterstützen haben. Das dienstliche Verhältniß dieser Personen ist zu organisiren und ih-

nen zur Pflicht zu machen, nur im Anschlusse an die officielle Hülfe zu wirken.

Der Segen wird ein reicherer sein, wenn die Beziehungen, welche die Central-Hülfs-Comités der verschiedenen Staaten im Frieden unterhalten haben, auch bei entstehendem Kriege und während desselben fortgesetzt werden. Es müssen auf Grund der Genfer Beschlüsse und der internationalen Convention die Comités der kriegführenden Mächte in Conferenzen wiederholt zusammenkommen, um zu berathen, wie sie im Zusammenwirken die Gräuel des Krieges mildern können.

Die Hauptaufgabe für die Hülfsvereine wird immer die Unterstützung bei der ärztlichen und diätetischen Verpflegung in den Lazarethen sein. Dieser Wirkungskreis ist um so ausgedehnter, als die in der neuesten Zeit principiell ausgeführte Zerstreuung der Kranken und Verwundeten in viele Spitäler im Rücken der Armee fernerhin unzweifelhaft befolgt werden wird, wozu die Eisenbahnen die bequemste Gelegenheit darbieten. Daß die Verluste, welche Armeen durch eine mangelhafte und sorglose Verpflegung erleiden, viel größer sind als die durch Geschosse und Waffen, haben die Kriege in der Krim und in Amerika von Neuem bewiesen, — dort wegen mangelnder Privathülfe und hier bei voller Wirksamkeit derselben wegen zu großer Anhäufung der Verwundeten und Kranken in den Spitälern.

Die Unterstützung bei der Verpflegung kann nur durch Depots erzielt werden, welche überall da, wo Militär-Lazarethe und Civil-Hospitäler sich befinden, errichtet und mit allem Erforderlichen ausgestattet werden müssen, sowohl um dem Mangel abzuhelfen, welcher durch die abgemessenen Etats und durch unerwartet großen Zugang von Hülfsbedürftigen entsteht, als auch, um die Verpflegung über das absolut Nothwendige hinaus zu verbessern und das Nützliche und Angenehme hinzuzufügen. — Zu den Gegenständen, welche in den Depots vorräthig gehalten werden müssen, gehören:

1) Oekonomie-Utensilien aller Art, beispielsweise Krankenzelte, die für die Behandlung von Schwerverletzten mit stark eiternden Wunden und von Nervenfieberkranken unendlich große Vortheile gewähren.

2) Krankenwäsche und Kleidung, besonders Hemden, auch Zwillich-Röcke und Hosen, Strümpfe, Pantoffeln, Schnupf- und Halstücher.

3) Bett-Utensilien: eiserne zum Zusammenstellen eingerichtete Bettstellen, Matratzen, die in den Feld-Lazarethen nicht etatsmäßig sind; wollene Decken, Betttücher, Decken- und Kopfkissen-Bezüge und Haarkissen verschiedener Form und Größe, theils unter den Kopf, theils zur Unterstützung verwundeter Glieder. Diese Gegenstände sind, wie die sub 2

bezeichneten, im schleswig-holsteinischen Krieg zu Tausenden verlangt und geliefert worden.

4) Chirurgische Utensilien, besonders zur Lagerung und Befestigung zerbrochener und zerschossener Glieder, d. h. Schweben, Bruchbecken, geneigte Flächen, Schienen aller Art, blecherne Badewannen für Glieder, Kautschuckröhren zur Drainage, Irrigatoren, Kugelzieher, Spritzen, chirurgische Instrumente für die Amputation u. s. w., Gips, Gipsscheeren, Eisbeutel, Luft- und Wasserkissen.

5) Verbandmittel aus gebrauchtem Leinen, die von den Frauenvereinen nach einer denselben zu gebenden Vorschrift anzufertigen sind; Flanell-, Gaze- und Leinenbinden, amerikanisches Leder, Flanell, Watte, gefirnißtes Papier, Gutta-Percha und Tuch hiervon, Kopfnetze u. s. w.

6) Nahrungs- und Erquickungsmittel aller Art. Die Verzeichnisse in den Berichten der Vereine ließen kaum einen Artikel vermissen, der zur Labung erforderlich ist; selbst sehr viele Leckerbissen wurden geliefert. Es wurden Weine verschiedener Qualität, alle möglichen anderen Getränke, auch eingemachte Früchte, Apfelsinen, Cigarren, Taback u. s. w. und zwar in großen Massen eingesandt.

Während für die Gegenstände der Bett- und Leibwäsche und die Verbandmittel die Frauenvereine sorgen, werden die Oekonomie- und chirurgischen Utensilien vom Hülfscomité für das Depot angekauft werden müssen.

Die Depots werden auch Gelegenheit finden, an Haltestationen der Eisenbahnen beim Rücktransport der Verwundeten, an Orten mit Convalescentenhäusern und Sammelplätzen der aus den Lazarethen entlassenen und zur Armee zurückkehrenden Mannschaften ihre Thätigkeit zu entwickeln.

Eine vielseitig ventilirte Frage ist es, ob die Privatvereine ihre Wirksamkeit auch auf den Kampfplatz durch Aufnehmen und Herausholen der Verwundeten von demselben und durch Leistung der ersten Hülfe mittelst mobiler Rettungsanstalten nach Analogie der leichten Feldlazarethe ausdehnen sollen. Es war dies die Hauptaufgabe, welche der schweizerische Ausschuß in seinem, dem Genfer Congresse vorgelegten Entwurfe sich stellte und welche er durch die Erlebnisse Dunant's über die Hülflosigkeit der Verwundeten nach der Schlacht von Solferino begründete. Manche Mitglieder des Congresses bekämpften diese Idee; sie meinten, daß die Herbeischaffung der Subsistenzmittel für das zu dem Zweck bestimmte Personal, die Fortschaffung des Hülfsmaterials, die Aufrechterhaltung der militärischen Disciplin, die Verwendung dieser Hülfskräfte ohne die staatlichen Anordnungen zu stören u. s. w. zu viele Schwierigkeiten machen

würden. Aber, wie wir schon bemerkten, die Erfahrung hat nachgewiesen, daß, wenn die Verwundeten nach Tausenden zählen, das vom Staate gestellte Personal zur rechtzeitigen Hülfe nicht ausreicht. Die Kriege werden in der Folge nicht länger als Monate dauern, die Schlachten durch den Zusammenstoß großer Massen aber mörderischer, die Verletzungen schwerer sein. Diesen veränderten Verhältnissen sind die jetzigen Feldlazareth-Anstalten nicht nachgekommen, und so muß man die Hülfe nehmen, wo sie sich bietet. Auch hat die Erfahrung in neuerer Zeit gelehrt, daß diese Wirksamkeit der Vereine ausführbar ist. Wie bereits angeführt wurde, hat die Sanitary-Commission in Amerika durch den Beistand, welchen sie bei dem Sturme auf die Friedrichsburger Schanzen und nach den Schlachten bei Gettysburg und Sharpsburg den Verwundeten auf dem Schlachtfelde leistete, sich hohe Verdienste erworben. Ebenso der Johanniter-Orden im schleswigschen Feldzuge. Das preußische Central-Comité kann daher mit Zuversicht seine Arbeit auch auf den Kampfplatz durch Rettungsanstalten, aus Aerzten, Krankenwärtern und Blessirtenträgern bestehend, ausdehnen, wenn ihm Männer zur Seite stehen, welche dieselben zu führen und die militärische Disciplin aufrecht zu erhalten verstehen. Die Mitglieder des Johanniter-Ordens, die früher meist dem Offizierstande angehörten, dürften hierzu besonders befähigt sein.

Eine wichtige Aufgabe für die Privathülfe ist die Sorge für Krankenpflegerinnen, Pfleger und Wärter. Die ersteren sind für die Feld- und alle Militär-Lazarethe ein unentbehrliches Bedürfniß geworden, und namentlich für die dem Kampfplatze näher gelegenen, welche die schwersten, nicht transportablen Verwundeten und Kranken beherbergen, unerläßlich, weil die Militär-Krankenwärter meist nur zu mechanischen Handverrichtungen tauglich sind, dagegen für die tausenderlei kleinen Hülfen nicht ausreichen, die dem Mitgefühl und der Erfahrung durch einen langen Umgang mit Kranken entspringen, und die nicht gelehrt werden können, sondern eine religiöse und moralische Grundlage haben müssen. Außer ihrer Sorge für das physische Wohl der Kranken, nicht nur am Krankenbette, sondern auch durch Erhaltung der Ordnung und Reinlichkeit in allen Räumen der Spitäler, wirken die Pflegerinnen auch wohlthuend auf das Gemüth und tragen hierdurch nicht wenig zur Linderung der Leiden bei. — Diese Leistungen findet man nur bei den barmherzigen Schwestern und für die Krankenpflege im engeren Sinne auch bei den barmherzigen Brüdern. Jene fehlten in neuerer Zeit in den Feldhospitälern keines Krieges. Sie haben in der Krim und in Italien Großes gethan und auch in den preußischen Lazarethen in Schleswig und Holstein ihre schweren Berufspflichten mit Opferwilligkeit und Ausdauer in Demuth ausgeübt.

Diesen Ordensschwestern stehen in Preußen die Diakonissinnen zur Seite, welche sich ebenfalls mit Aufopferung und Liebe der Krankenpflege hingeben. Dasselbe gilt von den barmherzigen Brüdern, den Brüdern des rauhen Hauses zu Hamburg und den Diakonen zu Duisburg. Alle diese, welche die Krankenpflege zu ihrem Lebensberufe gemacht haben, werden im Kriege wieder von selbst kommen und in noch größerer Zahl, sobald das Bedürfniß dazu vorliegt. Neben ihnen werden sich hochherzige Frauen aller Stände dem Krankendienste widmen. Die Mitglieder der Frauenvereine in Preußen werden, wie in den Jahren 1813—15, ihre Mitwirkung in den Spitälern des Landes darbieten. Und wenn ein großes Bedürfniß von Krankenpflegerinnen am Kampfplatze vorhanden sein sollte, dürften sich vielleicht Associationen von patriotischen Frauen bilden, wie sie die Misses Nightingale und Stanley in England beim Krimkriege, die Miß Dix in Amerika, die Kaiserin Maria Feodorowna und die Großfürstin Helena Paulowna während des Krimkrieges zu Stande zu bringen wußten. — Am schwierigsten wird die Erlangung von brauchbaren Krankenwärtern sein. Die meisten Personen dieser Art widmen sich ihrem schweren Dienst nur vorübergehend und besitzen selten die nöthige Zuverlässigkeit, Opferwilligkeit und Ausdauer. Das Central-Comité dürfte wohl dann am ehesten eine Zahl von routinirten Wärtern zur Disposition erhalten, wenn es sich bei dem bevorstehenden Kriege mit den Verwaltungen der vielen im Lande befindlichen großen Civil-Hospitäler in Verbindung setzte, und sie zu einer theilweisen Abgabe der zum Wärterdienst brauchbaren Männer zu bewegen suchte.

So groß die Aufgaben sind, welche das preußische Volk für seine Armee zu lösen hat, — wir sind gewiß, im lebendigsten Mitgefühl mit den für die Existenz und Ehre des Staats kämpfenden Brüdern wird es sie erfüllen. Die Wunden, die der bevorstehende Krieg uns schlägt, werden schwer und tief sein, aber der Opfersinn und die Hingebung der Nation wird wenigstens das Elend fernhalten, welches die Kriege früherer Zeit über Hunderttausende brachten.

Land und Leute in Rumanien.

Als in diesen Wochen ein Glied des Hohenzollernhauses mit raschem Entschluß den Thron der vereinigten Donaufürstenthümer annahm und diesem Act die kecke, fast abenteuerliche Reise von Düsseldorf nach Turnul Severin folgte, wird es außer uns nicht Wenige gegeben haben, denen der Schritt des Prinzen wie ein Räthsel vorkam, und die ihn auf seinem weiteren Wege mit guten Wünschen zwar, aber auch mit schweren Bedenken begleiteten. Der Thron durch eine Bojarenrevolution erledigt und durch das demokratische Suffrage universel angeboten, die Krone Rumaniens eine Vasallenkrone, in der mehr Dornen als Edelsteine, das Land, von Halbbarbaren bewohnt, niemals blühend gewesen, durch siebenjährige Mißregierung arg verschuldet, durch Aufpfropfung voh Institutionen des Westens auf einen faulen orientalischen Stamm und planloses Experimentiren mit Doctrinen aller Art heillos verwirrt, durch kaum versöhnbare Parteien zerrissen, Alles mehr oder minder in der Schwebe, nichts ganz gethan, das Volk in seinen einflußreichen Kreisen den Griechen verwandt, die frische Erinnerung an Otto, den unglücklichen Exkönig von Neuhellas; dazu ferner die Eifersucht Rußlands im Osten, im Norden Oesterreich mit verdrießlicher und besorgter Miene, in Stambul der Wille, wenn auch kaum die Macht, dem zur Unabhängigkeit aufstrebenden Lehnsstaat den Fuß wieder auf den Nacken zu setzen, in London ein sehr deutlich kundgegebenes Uebelwollen gegen jeden weiteren Versuch, die Stellung der Türken an der unteren Donau zu untergraben — in der That, lauter Fragezeichen, welche die in Belgien erfolgte Ablehnung zu rechtfertigen schienen, die in Preußen beliebte Annahme unerklärlich vorkommen ließen. Oder wäre eine mit Disteln durchflochtene Halbkrone für den Ehrgeiz eines unternehmungslustigen, jungen Prinzen immer noch besser, als gar keine Krone? Ließe sich mit mehr Energie und Integrität, als sie die klägliche Persönlichkeit besaß, welche Rumanien bis zum Februar tyrannisirte, doch noch etwas Rechtes schaffen, und wäre man sich dieses Mehrs bewußt? Wäre ein russischer Plan im Spiele? Lächelte die Sphinx an der Seine dem Vorhaben des neuen Erwählten der Moldau und Walachei Beifall? Sollte hier ein weiterer Hebel gegen Oesterreich angesetzt werden? Wieder lauter Fragezeichen ohne sichere Antwort für den Uneingeweihten und daher hier nicht wohl discutirbar.

Dagegen wird es von Nutzen sein, Land und Volk des neuen Fürsten näher in Augenschein zu nehmen. Die Schlüsse auf seine nächste Zukunft

werden dadurch nicht sehr erleichtert, aber wir werden doch ein lebhafter gefärbtes Bild von den Zuständen, die ihn gegenwärtig umgeben, ein klareres Verständniß der Ereignisse, welche die immer Kenntniß des Details voraussetzenden Correspondenten der Tagespresse demnächst berichten werden, und wenn — was fern sei — das Wagniß des Prinzen, der ja einer der Unseren ist und bleibt und überdies unsere Theilnahme als entschlossener Charakter beansprucht, fehlschlagen sollte, die Neigung zu einem milden Urtheil über seine Befähigung den zu überwindenden Hindernissen gegenüber gewinnen. Folgen wir daher einmal im Geiste dem Wege, welchen der Prinz von Hohenzollern aus Norddeutschland nach dem Lande seiner Wahl nahm, und gehen wir dann im Zickzack durch dasselbe, um uns mit Menschen und Orten, Natur und Sitte, Denkart, Stimmung und was sonst unser Interesse auf sich lenken muß, bekannt zu machen.

Nach Einigen beginnt der Orient für den von Berlin über Wien und Pesth nach Constantinopel Reisenden schon bei der Station Bodenbach, nach Anderen erst unterhalb Orsowa. Wir sind der Meinung, daß beide Klassen von Geographen Recht haben können, die letztere, wenn sie lediglich an die äußere Gestalt von Land und Leuten denkt, die erstere, wenn sie bei ihrem Urtheil die inneren Zustände im Auge hat. Schon in Böhmen viele von den Mängeln und Fehlern morgenländischer Regierungen und Stämme, nach dem eisernen Thor tief unten Städtchen und Dörfer, die, wenn man sich einige wenige Züge hinwegdenkt, in Sachsen oder in der Mark stehen könnten. Jenseits der Waldberge jener Strompforte in den Karpathen hört dann aber auch diese Erinnerung an deutsches Wesen auf. Dörfer aus Kothhütten, Städte aus Holz und Schmutz, auf dem rechten Ufer weiße Minarets, auf beiden weithin schweigende Einöden, eine Bevölkerung mit gebräunten Gesichtern, nachlässig, oft nur halb, fast immer unsauber gekleidet, nackt umherlaufende Kinder, Männer mit wilden Haaren und Bärten, gelegentlich ein anspruchsvolleres Gebäude, offenbar vor Kurzem entstanden und schon halb Ruine, Prunk von Seide und Gold und daneben in hundert Gestalten die abschreckendste Armuth, unbenutzbar oder ungerecht vertheilter Segen der Natur hüben und drüben, nichts von den Erfindungen der Neuzeit für den Verkehr, die Straßen fast durchweg noch im Urzustande, Phlegma in Lumpen zu beiden Seiten des Stromes, und Paschawirthschaft hier und dort, mit dem einzigen wesentlichen Unterschiede, daß sie hier rumanisch redet, Pariser Handschuhe trägt und Champagner trinkt, während sie dort türkisch spricht, ein Feß oder einen Turban aufhat, und — in der Oeffentlichkeit wenigstens — den Koran ehrt: das ungefähr sind die Bilder, die sich uns präsentiren, wenn wir die Burgen von Kolumbatz hinter uns gelassen haben.

Die kleine Strecke serbischen Gebiets, die wir hier streifen, zeigt, wo sie nicht Gebirgswildniß ist, hier und da Spuren erfreulicheren Sinnes und Wesens, der walachische Stromsaum läßt nur wenig, der bulgarische fast gar nichts davon bemerken. Landstriche, so fruchtbar wie die besten Bottoms des Mississippithales, tragen in ihrer Vernachlässigung nicht halb was sie tragen könnten. Rumanien, so groß wie die südwestdeutsche Ecke vom Böhmer Wald und dem Fichtelgebirge bis an die Rheinlinie, hat eine Bevölkerung von kaum vier Millionen, von denen drei bisher wenig besser gestellt waren, als die Bewohner der dürftigsten Gegenden Deutschlands vor hundert Jahren. Von fern gesehen, mag dieser Zustand einen muthigen und wohlwollenden Geist, dem hier Gelegenheit zu reformiren geboten ist, und der sich die Kraft zutraut, der Aufgabe zu entsprechen, nur anspornen. Beim Nähertreten kann leicht auch dem Thatkräftigsten das Herz verzagen. Was wir sehen, ist gar zu niederschlagend, und was wir hören, ist ebenso wenig geeignet, aufzumuntern.

„Giurgewo!" ruft der Steuermann unseres Donaudampfers, und wir steigen vor einem Thorbogen in Ruinen aus, an den sich rechts und links Haufen von Schutt und Ziegeln, halbeingefallene Mauern und mit Faschinen oder Bretterwerk gesperrte Breschen anschließen, und aus dem uns der übelriechende Athem orientalischer Städte, ein Gemisch aus Düften von Knoblauch, gesalzenen Fischen und Oeldampf entgegenweht. Im Innern ist die Stadt, welche man in wohlwollenden Geographien als Festung und lebhaften Hafenplatz verzeichnet findet, ein Durcheinander von wurmstichigen Pallisaden, Kothhügeln, schlecht oder gar nicht gepflasterten Gassen und Gäßchen, niedrigen, nur aus einem Erdgeschoß bestehenden Häusern, schmutzstarrenden Wagen- und Hühnerhöfen und weiten, unbebauten Plätzen, auf denen sich neben der Bevölkerung Rudel herrenloser Hunde, Heerden von schnatterndem Federvieh, dürre, kläglich abgetriebene Karrengäule und — man merkt es, wir sind auf dem christlichen Ufer — Familien munterer Ferkel umhertummeln. Ein paar griechische Kaufleute bewohnen etwas bessere Häuser. Das „Hotel," welches wir aufsuchen, ist nicht der Art, den lebhaften Wunsch, von hier so schnell als möglich und so weit als möglich wegzukommen, auch nur einigermaßen zu schwächen. Das Glück will uns wohl. Noch ist auf dem unbehülflichen Fuhrwerk, welches hier Postkutschendienste thut, nachdem es in Wien oder Pesth seine Jugendzeit als Omnibus oder Comfortabel verlebt, und vor welches ein unsauberer Bauernbursch sechs magere Klepper spannt, ein Platz nach Bukurest zu haben. Wir schütteln den Staub, oder bei nassem Wetter den Schlamm Giurgewos von unseren Füßen, setzen uns auf, und mit Peitschenknall und wildem Zuruf des Postillons jagt der Wagen hinaus

in die unendliche Fläche. Die Straße ist großentheils eine leidliche Chaussee, und die sechs wackeren Vierfüßler vor der Kutsche laufen trotz ihres traurigen Aussehns wie der Sturm. Bisweilen kündigt zur Seite des Weges aufsteigender Rauch die Nähe eines Dorfes an, von den Hütten der Bauern bemerkt man nur die Dächer, da die Wohnungen unterirdisch sind. In einem etwas besseren Orte, Kalugareni am Ardjis, wird Halt gemacht und gefüttert. Dann weiter durch Sumpf und Wald, über Hügel und Gewässer, immer in gestrecktem Galopp. In etwa zwölf Stunden sind wir am Ziele.

Bukurest wird von Bukur, Freude, Vergnügen abgeleitet, also Freudenstadt, eine Bezeichnung, die sich rechtfertigt, wenn man das Leben der hiesigen Gesellschaft kennen lernt, welches in seinen Hauptzügen etwa mit den Worten geschildert ist: man liebt, tanzt, spielt, trinkt und vergnügt sich sonst nach Kräften. Auf den ersten Blick aber wird der Fremde, der in dieses ungeheure Dorf mit seinen planlosen, krummen, kothigen Straßen ohne Beleuchtung, ohne Schleusen, ohne Wasserleitungen eintritt, die sich bei Regen in ein Gewirr von Schlammbächen verwandeln, ganz andere Empfindungen als vergnügliche haben. Es ist wahr, die Väter der Stadt haben in den letzten Jahren angefangen, etwas für die Straßenreinigung zu thun, aber die Methode ist oberflächlich wie Alles, was sich hier Reform nennt. Der flüssige Koth wird weggefahren, aber die Karren sind so undicht, daß sie ihn nicht bis vor das Thor bringen. Es sind Danaidenfässer auf Rädern, ein rechtes Sinnbild der verschiedenen Verwaltungszweige in Rumanien. Man möchte sich von seinem Elend befreien, aber es wechselt nur die Stelle. Die Folge dieser Unsauberkeit der Wege ist, daß kein irgend Bemittelter bei feuchtem Wetter zu Fuß in den Straßen erscheint, und daß dieselben von vielen Hunderten kleiner und großer Fuhrwerke, gemeiner Droschken und stolzer Modeequipagen wimmeln, durch die oft kaum hindurch zu kommen ist. Wer keinen Wagen bezahlen kann, hilft sich mit Wasserstiefeln, die hier selbst von Frauen getragen werden. Ein Glück, daß Massen von herrenlosen Hunden, Raben und Krähen der Municipalität beistehen, wenigstens den Abfall organischer Stoffe zu bewältigen, welcher namentlich auf den öffentlichen Plätzen, wo die Metzger ihr Handwerk treiben, Augen und Geruchsnerven beleidigt; die Stadt käme sonst aus Epidemien nicht heraus.

Auf der Fläche, welche Bukurest bedeckt, könnte mindestens eine Million Menschen wohnen, während die Stadt jetzt nur eine Bevölkerung von etwa hunderttausend Seelen hat. Mit Ausnahme von zwei oder drei Straßen, wo die Häuser dicht bei einander stehen, liegen alle Gebäude isolirt, von Höfen, Gärten oder leeren Plätzen umgeben. Jede Familie,

die Bettler und Zigeuner ausgenommen, die in abscheulichen Genisten zusammenhocken, hat ihr eigenes Haus, hier eine Hütte, da einen Palast, wenn dieses Wort in Bukurest, wo auch die anspruchvollsten Gebäude der häufigen Erdbeben wegen gewöhnlich nur ein Stockwerk haben, zu gebrauchen gestattet ist. Alles ist von Ziegeln gebaut, die Verzierungen sind Stuck, der Styl hin und wieder orientalisch, gewöhnlich aber der von italienischen Villen. Im Innern der vornehmeren Häuser ist viel Luxus mit Wiener und Pariser Möbeln, kostbarem Silbergeschirr, Teppichen von Smyrna entfaltet, beinahe nirgends aber bemerkt man Interesse für die bildende Kunst, und selbst in die elegantesten Wohnungen drängt sich etwas von dem Schmutz der Gasse und jenes Gegentheil von Ordnungssinn, welches den ganzen Orient beherrscht. Ein besonderes Viertel der vornehmen Welt giebt es nicht, und häufig trifft man unmittelbar neben dem glänzend ausgestatteten Bojarenpalais Gruppen von Hütten, in denen sogar das Nothwendigste mangelt. Von öffentlichen Gebäuden sind außer dem nach dem Muster des Scala in Neapel erbauten und recht hübschen Theater nur die Spiridions- und die Georgskirche zu nennen, stattliche Architekturwerke byzantinischen Styls mit einigen Fresken von Kunstwerth. Das Palais, in welchem der Fürst residirt, ist weder besonders groß noch sonst ausgezeichnet.

Im Sommer nimmt sich Bukurest weit vortheilhafter aus. Ueberall zwischen den Häusern wachsen Bäume und Sträucher, die mit ihren grünen Laubdächern die rissigen Wände und Balken verdecken, und wenn man die Stadt dann von den Hügeln an der Dumbowitza oder vom Thurm der Feuerwehr überblickt, so hat man ein Panorama vor sich, welches mit seinen verschiedenen Schattirungen grünen Laubes, aus dem sich die Kuppeln von Kirchen und die weißen oder hellgelben Wände der Häuser erheben, die mehr als eine Etage haben, wie ein großer Lustgarten oder, wenn man will, wie ein Paradies erscheint. Dieser Eindruck, zu dem ganz in der Ferne gegen Norden hin die lange, blaue Kette der Karpathen kommt, wird noch wesentlich verstärkt, wenn man den Blick über die weite, vom Brand der Sonne ausgetrocknete und versengte Fläche schweifen läßt, welche die Stadt, wie die Wüste die Oase, umgiebt, und Gedanken an das Paradies werden noch mehr geweckt, wenn wir hinabsteigen auf eine der öffentlichen Promenaden, etwa in den schönen Park von Sismedju oder in die Anlagen am Ende der Podo Mogosoi, der Hauptstraße der Stadt, und hier einem Flor von Damen begegnen, der sich recht wohl den Huris Muhamed's an die Seite stellen läßt. Nur muß man nicht zu lange hier verweilen, nicht zu genau nach der Natur dieser anmuthigen Frauen fragen. Man erfährt sonst zu viel von dem eigenthümlichen Grunde, aus

welchem Bukurest mit Freudenstadt verdeutscht wird, daß das Paradies hart an die Hölle grenzt und daß die Prostitution hier in wahrhaft haarsträubendem Grade alle Stände ergriffen hat. In der That, die Allgemeinheit und die Schamlosigkeit derselben überbietet Alles, was hinter dem Schleier der Geheimnisse von Paris und London sich verbirgt, und ist nur mit der ungeheuerlichen Sittenfäulniß zu vergleichen, die uns Sybel von den Polen kurz vor der letzten Theilung berichtet.

Doch von den Sitten in Rumanien später. Hier nur noch ein Blick auf einige andere, bedeutendere Orte. Galatz und Braila sind nichts als große Getreidespeicher, ausgedehnter, volkreicher und nicht ganz so schmutzig als Giurgewo, sonst aber ebenso gelegen und, wenn man von der starken Beimischung fremder Elemente absieht, welche der Handel hierher geführt hat, von derselben körperlich schönen und tüchtigen, geistig aber tief herabgekommenen Race bewohnt. Dagegen ist von Jassy, der Hauptstadt der Moldau, mehr zu sagen und Günstigeres.

Jassy, vom Plateau des Kopo gesehen, auf dessen Abhang es sich hinabzieht, ist ein bezaubernd schöner Anblick. Man hat hier zunächst die weitgedehnte Stadt mit ihren meist neuen und hellgetünchten Häusern vor sich. Weiterhin sieht man das liebliche Thal des Bachlui und die Waldgebirge der Bukowina, die Hügel Beßarabiens und die Senkung, in welcher der Pruth strömt. Auf den nahen Höhen, der Stadt gegenüber, grüne Wiesen und prächtiger Laubwald, aus denen Gartenhäuser und stattliche Klöster hervorschimmern. Auf der Sohle des Thales die lichtblaue Schlange des Baches, die sich in zahlreichen Windungen, welche wir von hier auf eine weite Strecke hin mit den Augen verfolgen, nach dem Pruth hinunterschlängelt. Das Innere unterscheidet sich sehr vortheilhaft von dem der Schwesterhauptstadt in der Walachei. Die meisten Straßen sind gut gepflastert und sogar mit Trottoirs versehen, die geneigt liegen, so daß sie von den Regengüssen rein gespült werden. Das alte Fürstenschloß ist in einem guten Geschmack gebaut. Die Kirchen und was sonst von öffentlichen Gebäuden zu nennen wäre, zeigen nichts Merkwürdiges. Was die Stadt Derartiges aus alter Zeit besaß, haben die zahlreichen Feuersbrünste zerstört, die sie in diesem Jahrhundert heimsuchten. Das Plateau des Kopo ist die Promenade der vornehmen Welt, die untere Klasse zieht den öffentlichen Garten vor, in dem die Pyramide steht, mit welcher der Fürst Stourdza das Andenken an den Grafen Kisseleff und die Verleihung des organischen Statuts verewigt hat. Die Schönheit der Frauenwelt Jassys hat europäischen Ruf. Die Sitten der höheren Stände sind dieselben wie in Bukurest, dieselbe Liederlichkeit und Nichtachtung der Ehe unter den Verheiratheten, dieselbe Blüthe der Demi-Monde und des Cicisbeats,

dasselbe Jagen nach Vergnügungen. Nur wird behauptet, daß die Spielwuth hier noch mehr grassire, und daß der Luxus in Möbeln, Equipagen und Toiletten, mit dem der Bojarenadel des Landes sich ruinirt, hier noch mehr alles Maß verschmähe als dort.

Jassy hat nach den Statistiken etwa siebzigtausend, nach der Meinung von Wohlunterrichteten aber mindestens hunderttausend Einwohner, und darunter sind mehr als die Hälfte Juden, ein Verhältniß, welches so ziemlich von allen Städten der Moldau gilt. Ueberall sieht man hier auf den Straßen und in den Fenstern die Patriarchenbärte und die langen, schwarzen Kaftane des Volkes Gottes. Alle Handwerke und Geschäfte, die etwas einbringen, sind in ihren Händen: sie sind die Bäcker, die Fleischer, die Krämer, die Weinhändler der Stadt, die Schuster und Schneider, selbst die Droschkenkutscher. Vor Allem aber treiben sie Geldgeschäfte, und der Wucher, den sich der stets um Darlehen verlegene Adel von ihnen gefallen läßt, grenzt an das Unglaubliche. Ihnen gehört der größte Theil der Häuser in Jassy, ihnen sind die Güter der moldauischen Bojaren fast ohne Ausnahme verpfändet, von ihnen sind die meisten der Beamten, selbst der Richter abhängig, da auch diese ihre Schuldner sind. Sie sind, so demüthig sie einherwandeln, die eigentlichen Herren des Landes.

Die Bevölkerung der Donaufürstenthümer beträgt ungefähr vier Millionen Seelen, von denen etwa 2,500,000 auf die Walachei, und etwa 1,500,000 auf die Moldau kommen, und unter welchen sich circa 300,000 Zigeuner, reichlich 200,000 Juden und gegen 100,000 Fremde, vorzüglich Deutsche, Ungarn, Griechen, Armenier, Bulgaren und Slaven befinden. Rechnet man zu den hier wohnenden Rumanen noch deren Stammgenossen in den Nachbarländern, im Banat, in Siebenbürgen, der Bukowina und Beßarabien, so giebt das eine Nation von mehr als sieben Millionen, und es ist nicht völlig undenkbar, daß die Zukunft diese einmal in einen Staat vereinigt.

Die große Mehrzahl des Volkes in den Fürstenthümern gehört dem Bauernstand an, zum Adel zählt man circa 50,000, zur Geistlichkeit, mit Einschluß der Mönche und Nonnen, 100,000, zu dem sich jetzt aus den Kaufleuten und den Studirten bildenden Bürgerthum ungefähr 120,000 Köpfe.

Der Adel, ursprünglich wie in Rußland reiner Amtsadel und nur persönlich, wurde allmählich mit den Aemtern erblich. Mit den Fanarioten, welche die Pforte als Hospodare hierher sandte, kamen Massen von Griechen aus Constantinopel in's Land, welche sich der einträglichsten Stellen bemächtigten, sich durch Heirath mit Töchtern der eingeborenen Vornehmen in deren Familien drängten und sich durch allerlei Ränke und

Gewaltthaten nach und nach zu großem Landbesitz verhalfen. Der alte Adel kam durch diese Fremden zuletzt um fast allen Einfluß, viele Familien desselben verarmten, andere starben aus; was sich oben hielt, verschmolz mit der Einwanderung der Fanarioten, so daß das rumanische Bojarenthum zuletzt beinahe ganz gräcisirt wurde. Der größere Theil der zu kleinen Grundbesitzern herabgekommenen alten Aristokratie verlor durch die Habgier der neuen auch sein letztes Landeigenthum; die übrigen „Mosneni“ — so nennen sich diese Reste der eingeborenen adeligen Geschlechter, die besonders in den Gebirgsgegenden angesessen sind — bilden jetzt einen Theil dessen, was hier als Bourgeoisie gelten kann. Die andere Hälfte setzt sich aus jungen Leuten zusammen, die sich auf Akademien gelehrtes Wissen erworben haben, aus Advocaten, Aerzten, Professoren, Journalisten, aus Söhnen fremder oder einheimischer Kaufleute, und aus Beamten und Officieren, die sich durch Verdienst trotz der Bojaren einige Geltung verschafft haben. Es ist eine noch nicht zahlreiche, aber aufgeklärte, rührige und ehrgeizige Klasse, deren Einfluß sich bei den letzten Vorgängen seit 1848 wiederholt sehr bemerkbar gemacht hat.

Der Bauer ist es, welcher den völligen Untergang der rumanischen Nationalität in Folge der von Byzanz her eingedrungenen moralischen Fäulniß durch passiven Widerstand verhütet hat. Er ist einfach, fleißig und religiös, aber er trägt das Stigma langen Leidens unter dem Sklavenjoch, welches das Bojarenthum ihm auflegte, und welches ihm jetzt zwar dem Gesetz nach abgenommen ist, faktisch aber ihn noch immer belastet. Die Meisten zeigen ein gedrücktes, trübes, schweigsames Wesen, ihre Nahrung besteht Tag für Tag in ungeschmalztem, ungewürztem Maisbrei, wozu nur an Festen ein Stück Fleisch kommt, viele suchen, namentlich in der Moldau, im Rakiglase momentane Vergessenheit ihres Elends. Männer und Frauen sind durchgehends schöne und kräftig gebaute Gestalten, deren Gesichtszüge lebhaft an Italiener und Spanier erinnern.

Die unterste Stufe in der socialen Rangordnung der Rumanen nehmen die Zigeuner ein, die in drei Kategorien zerfallen. Die erste besteht aus ansässigen und wandernden Musikanten, die zweite aus Feuerarbeitern, Kesselflickern, Schlossern, Hufschmieden, Vieharzten und Roßkämmen, die dritte aus Gaunern und Herumstreichern, die sich zuweilen als Handlanger bei öffentlichen Arbeiten brauchen lassen. In den beiden ersten Klassen finden sich häufig intelligente und sehr bildsame Leute, die nach einiger Erziehung treue und anhängliche Dienstboten abgeben, was vorzüglich von den jungen Mädchen gilt, welche dann in den vornehmen Häusern geschickte Kammerzofen werden.

Alle diese Häuser wimmeln förmlich von Domestiken. Unter der

Bevölkerung von Bukurest zählt man neben etwa 8000 fremden Kaufleuten und Handwerkern, 3000 Droschkenkutschern, die meist Ungarn und Russen sind, 3000 Israeliten und eben so viel Zigeunern nicht weniger als 30,000 Dienstleute, so daß man sagen kann, ein Viertel der Bewohnerschaft der Stadt lebe davon, daß es den anderen drei Vierteln servirt. Jeder Diener hat eine besondere engbegrenzte Sphäre von Pflichten, in der er sich bewegt und über die hinaus er nie das Geringste leistet. Eine jede Bojarenfamilie von einigem Anspruch hat ihre Wäscherinnen, Bleicherinnen, Plätterinnen, ihre Badefrauen, Haarkräuslerinnen, Kammermädchen und Kinderwärterinnen, ihren Schwarm von Lakaien, Köchen, Küchenjungen, Läufern, Kutschern, Pferdewärtern, Jägern und was sonst zu der Domestikenschaft gehört. Besonders Luxuriöse halten sich dazu noch einen Arnauten, der in seiner malerischen Tracht, bunt wie ein Paradiesvogel, den krummen Säbel an der Seite, Dolch und Pistolen im Gürtel, das Amt des Portiers versieht. Eine Bojarenfamilie von fünf Personen, Vater, Mutter und drei jungen Mädchen hielt nach einem Berichte aus dem Jahre 1863 nicht weniger als zweiundsechzig Dienstleute für nothwendig zu ihrer Bequemlichkeit.

Dieser Luxus steht bei den Meisten in gar keinem Verhältniß zu ihrem Vermögen, er ruinirt sie schon durch die Zahl von Menschen, die von ihnen ernährt werden muß, dann aber weil die Dienstboten, welchen der Einkauf der Bedürfnisse des Hauses übertragen ist, die Gewohnheit haben, sich bei jedem Handel von dem Verkäufer ein Trinkgeld geben zu lassen, welches sich nach dem Werth der Waare richtet und natürlich auf den Preis geschlagen wird. Häufig geschieht es bei dieser Einrichtung, daß der Haushofmeister ein Vermögen erwirbt, während der Hausherr eins verliert. Aber das Herkommen will es so, und man würde sich zu entehren meinen, wenn man die Menge seiner Diener auf ein vernünftiges Maß reducirte.

Die Sprache der Moldau-Walachen ist ein Zweig des romanischen Stammes, aber mit vielen Worten aus den Idiomen der Nachbarvölker versetzt. Pontbriand, Professor des Französischen an der Lehranstalt, die sich die Bukurester Universität nennen läßt, will herausgefunden haben, daß von dem Wortvorrath dieser „limba rumanesca“ 69 Procent und darunter alle, die sich auf Dinge der Landwirthschaft beziehen, der altlateinischen Bauernsprache angehören, während 15 Procent griechischen, 5 ungarischen, 4 türkischen und 2 deutschen Ursprungs wären.

Die Rumanen gehören dem Zweige der orthodoxen griechischen Kirche an, welcher in dem Patriarchen von Constantinopel sein Oberhaupt verehrt. Versuche, sie für den Anschluß an Moskau zu gewinnen, die während der

russischen Occupation gemacht und mit reichen Geschenken an die Hauptkirchen und die vornehmsten Klöster unterstützt wurden, scheiterten trotz der Sympathien, welche die Mehrheit der Bojaren und die hohe Geistlichkeit für sie an den Tag legten. Der niedere Klerus unterscheidet sich nur dadurch von den Bauern, gleich denen er im Schweiß seines Angesichts Pflug und Sichel regiert, daß er geweiht ist und die heiligen Handlungen zu vollziehen gelernt hat, nur selten trifft man einen Dorfpopen, der Geschriebenes lesen kann. Etwas weniger arm an Wissen ist die niedere Geistlichkeit in den Städten, dafür aber auch weniger sittenrein. In einigen Diöcesen hat man neuerdings theologische Seminare eingerichtet, aber man lehrt hier wenig mehr als Lesen, Gesang und das Gröbste des Katechismus, auch nimmt man überall nur wenige Zöglinge auf. Das Land zerfällt in sechs Bisthümer, deren Vorstände von dem höheren Klerus aus den Archimandriten gewählt werden. Verdienste geben dabei nicht den Ausschlag, Bewerbung und Wahl sind eine ziemlich offen auftretende Versteigerung, und in der Regel bekommt der Meistbietende die Stelle. Bei der Kandidatur um das Kreuz des Metropoliten oder Erzbischofs ist auch der Segen des Patriarchen in Constantinopel, die Einwilligung der Pforte, das Ja der Regierung und die Unterstützung der dabei interessirten Diplomatie zu gewinnen, und man kann sich vorstellen, daß dazu ein wohlgefüllter Beutel gehört.

Ein Beispiel von vielen für die Art, wie sich das nicht selten macht, ist folgendes. Ein Mönch, der in seinem Kloster die Geschäfte des Kochs versah, empfahl sich, man weiß nicht, wodurch, dem Archimandriten der Gegend. Rasch rückte er zum Igumen oder Verwalter des Klostergutes auf, und da er in dieser Position gute Gelegenheit hatte, zu sparen — besonders für sich — so stieg er täglich in der Gunst des erwähnten Obern. Nach dem Ableben des Abtes Besitzer des Schatzes geworden, rückte er rasch zum Archimandriten, dann zum Bischof auf und endlich gar zum Erzbischof. Die goldne Leiter, auf der er diese letzte Würde erwarb, soll aus etwa 80,000 Dukaten zusammengesetzt gewesen sein. Die Archimandriten werden von der gesammten Klostergeistlichkeit des betreffenden Ortes gewählt, und man sagt, daß dabei zwar die Intrigue, aber wenigstens nicht die Simonie eine Rolle spielt.

Die Religion ist für die meisten Rumanen reine Aeußerlichkeit, eine Reihenfolge von Ceremonien und Observanzen, Fasten, Kniebeugungen und Bekreuzigungen, Weihrauch und näselnder Gesang. Mit dem Herzen hat sie wenig zu thun. Die höhere Geistlichkeit sieht, großentheils aus schönen Männern bestehend, mit ihren langen Haaren, die nach dem Muster des Christusbildes gescheitelt sind, welches für die Maler der orthodoxen

Kirche typisch ist, ihren prächtigen Bärten, ihrer würdevollen Haltung und ihrem langsam feierlichen Gange sehr stattlich und ehrfurchtgebietend aus. Nach ihren Grundsätzen und Sitten aber darf man nicht fragen, wenn der erste Eindruck haften bleiben soll. Das ganze kirchliche Wesen ist hier wenig mehr als Heidenthum und zwar ein recht entnervendes Heidenthum. Nicht weniger als 150 Festtage, vier Fastenzeiten mit zusammen 110 Tagen im Jahr, man kann sich vorstellen, wie das auf die Arbeitslust und Arbeitskraft wirkt.

Eines der ärgsten Uebel des Landes ist die Leichtigkeit, mit welcher die Ehen getrennt werden können. Der Bauer macht davon selten Gebrauch, der Adel desto mehr. Zwar giebt es einen geistlichen Gerichtshof, der den Fall prüft, aber kaum jemals ist es geschehen, daß die Scheidung verweigert wurde, wenn der sie Fordernde ein angesehener Mann war oder eine reichliche Remuneration in Aussicht stand. Eine junge Dame von hoher Geburt, etwa vierundzwanzig Jahr alt, ließ sich vor einiger Zeit trauen, nachdem sie schon zweimal geschieden worden. Der Bischof, welcher die Union der wechselsfrohen Leichtsinnigen vollzog, hielt es für Pflicht, sie darauf aufmerksam zu machen, daß die kanonischen Gesetze solche Experimente nur dreimal gestatten, und daß sie daher nun festhalten solle, was ihr die Vorsehung bescheert. „Ihr täuscht euch, mein Vater," antwortete sie mit Kaltblütigkeit, „meine erste Heirath war null und nichtig; denn ich hatte meinen Cousin zum Gemahl genommen."

Die Organisation der Gerichte in Rumanien ist dieselbe wie im Westen. Tribunale der ersten Instanz befinden sich in allen Hauptorten der verschiedenen Districte. In Bukurest, Jassy und Krajowa bestehen Appelhöfe, und in Bukurest giebt es ein oberstes Gericht oder einen Cassationshof. Endlich haben Galatz, Krajowa und Bukurest Handelsgerichte. Das Institut der Friedensrichter existirt hier nicht, doch wird es auf dem Lande durch eine Art Jury ersetzt, die aus drei von den Familienvätern des Dorfes gewählten Bauern besteht, und welcher der Pope präsidirt. Jeden Sonntag nach der Kirche versucht dieses volksthümliche Tribunal, dessen Entstehung in der Urzeit des Landes zu suchen ist, die unter den Bewohnern des Ortes entstandenen Streitigkeiten zu schlichten, und der einfache, gesunde Menschenverstand, der hier entscheidet, leistet oft Besseres, als der gelehrte Richterstand. Die Mitglieder des Cassationshofes sind unabsetzbar, die übrigen Richter nicht, und die vielen Ministerien der letzten sieben Jahre machten von dieser Freiheit fleißig Gebrauch, theils um Widersacher zu beseitigen, theils um gute Freunde unterzubringen. Das Gesetz verlangt, daß die Bewerber um einen Richterposten Licenziaten der Rechte seien, da es deren aber nur wenige giebt, so sieht man in der Praxis von diesem

Erforderniß ab. Auch zur Advocatur bedarf es nur einer einfachen ministeriellen Erlaubniß. Eine ordentliche Gesetzgebung auf juristischem Gebiet ist erst noch zu schaffen. In alter Zeit folgte man in der Walachei dem Gesetzbuch von Stadu Woda, die Fanarioten führten statt dieses nationalen Rechts den Codex von Karadja ein, ein Amalgam aus allerlei Maximen, welches an Alles rührt und nichts löst. In der Moldau folgt man dem Gesetzbuch von Kallimachi, welches besser ist. Außerdem existiren Uebersetzungen des französischen Straf- und Handelsrechts, nach deren Bestimmungen man bisweilen verfährt. Nichts ist geregelt, fast Alles der Willkür überlassen, und wie Alles in Rumanien sind auch die Richter käuflich. Ein Armer und Geringer darf sich nur selten Hoffnung machen, gegen das Ansehen und die Dukaten eines Höherstehenden Recht zu bekommen. Das Gesetz schützt den Schuldner, indem es die Auspfändung untersagt. Der Richter geht weiter: selbst verschuldet in der Regel, sieht er in dem Schuldner eben nur einen unglücklichen Bruder, der sich dem Griff seines Gläubigers zu entwinden strebt, und dem er dies erleichtern darf, indem er ihm seine Ausflüchte glaubt, mögen sie auch noch so frivoler Art sein. Nur klingende Ueberredungsmittel stimmen solche Richter um.

Aehnlich steht es mit der Polizei, selbst in der Hauptstadt. Im Jahre 1864 machte eine Bande von Uebelthätern Bukurest und seine Umgebungen unsicher. Ihre Einbrüche und Raubanfälle wurden von Woche zu Woche kecker, ohne daß die Gensdarmerie, nach dem ironischen Lob der hauptstädtischen Presse „ebenso wachsam, als unbestechlich," den Burschen auf die Spur hätte kommen können. Da benachrichtigte man eines Abends die Behörden der Stadt, daß die Räuber eine Schenke zwei Stunden von da ausgeraubt hätten und sich's dort wohl sein ließen. Sofort setzte sich ein Magistratsmitglied mit einer Anzahl von Gensdarmen und Polizeisoldaten gegen die Spitzbuben in Bewegung, das Haus wurde umstellt, die Bande gefangen genommen. Da aber forderte der Führer der Polizei den Hauptmann der Gefangenen vor sich und hatte mit ihm eine Unterredung unter vier Augen. Und siehe da, der Räuber besaß das Talent, dem würdigen Wächter über die öffentliche Sicherheit seine vollständige Unschuld zu beweisen. Nur Eins fehlte noch, um diese Ueberzeugung ganz reif werden zu lassen: ein Certificat von tausend Dukaten wurde noch gewünscht. Die Kasse der Gesellschaft enthielt aber deren nur achthundert, und man wollte leben. Da hatte unser wackerer Polizeichef die Großmuth, zweihundert Dukaten in der Kasse zu lassen, von den übrigen gab er jedem von seiner Eskorte einen Dukaten, den Rest nahm er an sich. Der Räuberhauptmann und seine Genossen zogen hin in Frieden. Aehnliche Geschich-

ten sind in Aller Munde, in Bukurest wie in Neuhellas leben Gensdarmen und Briganten in bester Harmonie.

Der Handel der Donaufürstenthümer kann gegenwärtig nur der eines ackerbauenden und viehzüchtenden Volkes sein. Man führt vermittelst der Donauhäfen rohe Häute, Unschlitt, etwas Wein, vor Allem aber große Massen von Cerealien aus, und eine englische Fabrik in Galatz versieht die französische und italienische Marine, sowie die österreichische und spanische Armee mit Pökelfleisch. Der Getreidehandel ist fast ganz in den Händen griechischer Häuser, die daraus großen Gewinn ziehen. Wenn die Getreidesorten der Donau nicht mit denen des südlichen Rußlands concurriren können, so begreift sich das. Die Striche unmittelbar am Stromufer sind häufigen Ueberschwemmungen ausgesetzt und, da die Grundbesitzer ihre Güter fast nie besuchen, schlecht angebaut; die Ackerwerkzeuge, deren sich der Bauer bedient, mögen schon in der Zeit des Triptolemus in Gebrauch gewesen sein. Das Landvolk besaß bis auf die neueste Zeit kein Grundeigenthum und hatte somit auch kein Interesse an Verbesserungen in der Methode des Anbaues. Im Inneren des Landes, wo besseres Getreide erzeugt wird, vertheuert die Fracht bis zum Hafen den Preis, und so brennt man aus dem erzeugten Getreide lieber Raki für die Bauern. Die Fruchtbarkeit des Bodens aber übertrifft die der besten Gegenden der Lombardei und kann nur mit der unserer Nordseemarschen verglichen werden. Bis an den Fuß der Karpathen zeigt der Alluvialboden bis zu einer Tiefe von durchschnittlich 6 bis 8 Fuß reinen Humus, und drei Jahre hinter einander kann man Mais pflanzen, ohne denselben zu erschöpfen. Düngung wird überall für überflüssig gehalten. Würde eine rationelle Ackerwirthschaft eingeführt, gelangte der Bauer zu Grundbesitz und legte man einige Eisenbahnen und Kanäle an, so würde sich der Reichthum dieser Ecke Europas in wenigen Jahrzehnten verdreifachen.

Von Gartenbau ist, von zwei oder drei Kunstgärtnereien in Bukurest abgesehen, die von Deutschen angelegt sind, so gut wie gar nicht die Rede. Die Eingebornen bauen, wenn sie sich überhaupt mit Gärtnerarbeit befassen, nur grobe Hülsenfrüchte. Veredelte Obstbäume sind selten, nur der Rebe widmet man einige Sorgfalt, aber die Bereitung des Weines geht noch wie in Noahs Tagen vor sich. An Forstwirthschaft hat noch Niemand gedacht, oder wenn es geschah, so blieb der Gedanke unverwirklicht. Mit Ausnahme der Gehölze, welche die Klöster umgeben, schlägt man nieder, was man gerade braucht, junge und alte Bäume, und für Wiederbepflanzung der gerodeten Strecke zu sorgen, überläßt man dem Winde. Jedermann nimmt an, daß die rumanischen Karpathen ebenso reich an mineralischen Schätzen sind, als die österreichischen, aber bis jetzt

hat man sich in Betreff jener auf die Ausbeutung einiger Salzlager beschränkt, die der Staat übernommen hat. Die Bearbeitung geschieht durch hierzu verurtheilte Verbrecher, das Erzeugniß aber soll kaum die Kosten decken. Eine Zeit lang schien es, als wollte der Seidenbau sich zu einer Haupterwerbsquelle entwickeln, eine Menge von Käufern erschien aus dem Mailändischen, aus Languedoc und der Provence, aber die kurzsichtige Habsucht der Händler verdarb die Sache in der ersten Blüthe: sie verfälschten die Raupeneier, und jetzt ist es mit dem Geschäft ziemlich zu Ende.

Eine Fabrikthätigkeit existirt in Rumanien so gut wie gar nicht. Man hat ein paar Stearinkerzen-Fabriken, eine oder zwei Webereien, die grobe Tuche liefern, eine Anzahl Gerbereien, das ist Alles. Der Bauer verfertigt sich seine einfache Kleidung selbst, das ganze Volk scheint Abneigung vor industriellen Unternehmungen zu haben, und da Entrepreneure von Fabriken somit genöthigt sind, sich ihre Arbeiter von auswärts kommen zu lassen und hohe Löhne zu zahlen, so kommen sie trotz des niedrigen Preises der Rohstoffe nur ausnahmsweise auf einen grünen Zweig. Die Zukunft wird hier Vieles bessern, gegenwärtig ist der Handel auf den Export von Rohproducten, auf die Einfuhr von deutschen, englischen und französischen Manufacturwaaren und auf den Transport beschränkt.

Die Armee Rumaniens zerfällt in reguläre und irreguläre Truppen. Jene bestehen aus 7 Linieninfanterie-Regimentern, einem Jägerbataillon, 2 Regimentern Ulanen, einem Gensdarmerie- und einem Artillerieregiment, einem Bataillon Genie, 2 Eskadronen Train, einer Arbeitercompagnie, 2 Compagnien Krankenwärter und einer Strafcompagnie, wozu noch die in 4 Compagnien eingetheilten Matrosen und Soldaten der Donauflotille kommen. Das giebt im Ganzen ein Heer von ungefähr 18,000 Mann. Neuerdings war die Rede davon, noch ein Infanterie- und ein Kavallerie-Regiment, ein Bataillon Zuaven und 8 Batterien Artillerie hinzuzufügen. Die irregulären Truppen zerfallen in Dorobanzen (Trabanten), welche man als eine Art Miliz bezeichnen kann, die im Frieden den Sicherheitsdienst versieht, und in Graniceri oder Grenzwächter. Beide Klassen zusammen zählen circa 12,000 Mann. Die Familien, welche einen Dorobanzen stellen, müssen ihn equipiren, sind aber dafür von der Rekrutirung befreit. Der Mann thut zehn Tage im Monat Dienst, die übrigen zwanzig verlebt er als Bauer in seinem Dorfe. Die Grenzwächter stehen in einem ähnlichen Verhältniß wie die Dorobanzen und können als kräftige, abgehärtete, an lange und beschwerliche Märsche gewöhnte Leute als die eigentliche Streitmacht des Landes angesehen werden.

Die reguläre Armee ist in üblem Zustande. Wie viel Mühe sich

auch die Franzosen gegeben haben, die sie von 1860 an zu reorganisiren begannen, ist doch nichts rechts Brauchbares zu Stande gekommen. Die hier wie in allen Verwaltungszweigen eingerissenen und dem Betreffenden zur anderen Natur gewordenen Mißbräuche waren kaum ausgerottet, als sie sich wieder einschlichen. Die Rekrutirung soll nach einem Aushebungsgesetz vorgenommen werden, welches nach dem Muster des französischen entworfen ist, aber in der Praxis herrscht die brutalste Willkür. Man fängt eine Anzahl von Bauern ein, ohne Rücksicht auf ihr Alter und auf die Lage der ihrer beraubten Familien, schleppt sie gebunden nach dem Hauptort des Districts und steckt sie in Uniform. Ja man fordert den Vätern der Conscribirten noch für jeden derselben die Summe von 300 Piastern ab, als Caution für den Fall, daß sie desertiren.

Das Soldatenmaterial ist nicht schlecht, großentheils sogar vorzüglich gut, die Rekruten sind unterwürfig, geduldig, von sehr kräftigem Bau, was besonders von denen aus dem Gebirge gilt, sie marschiren tüchtig und sind an geringe Nahrung gewöhnt. Sie begreifen endlich leicht und schicken sich zu jedem Handwerk, welches der Dienst verlangt. Wohl geführt, würden sie den besten Soldaten Europas vermuthlich wenig nachstehen. Aber das Offizierscorps ist elend. Der ganze innere Dienst wird von den Sergeanten und Korporalen beaufsichtigt, die Offiziere beschäftigen sich damit nur bisweilen, und ihr Erscheinen in der Kaserne ist ein Ereigniß; sie die Wartung und Fütterung der Pferde überwachen, bei Austheilungen gegenwärtig zu sehen, ist eine noch größere Seltenheit, väterliche Sorge des Vorgesetzten in Bezug auf seine Untergebenen unerhört. Die Prügelstrafe ist gesetzlich abgeschafft, aber jeden Tag kann man Soldaten von ihren Offizieren mit Ohrfeigen und Fußtritten regaliren sehen.

Die Subordination, die Zucht, die äußere Haltung der Truppen, alles ist liederlich und locker, nirgends ein straffes Commando, fast überall Gehorsam nach Belieben, wenigstens unter den Offizieren, die eigentlich nur zu dienen scheinen, um eine Uniform tragen zu können und die größere Hälfte der Budgets verschlingen zu helfen, und die ihrer großen Mehrzahl nach weder militärischen noch Corpsgeist zeigen. Unter dem alten Mißregiment der Hospodare war es etwas Gewöhnliches, junge Leute von vornehmer Familie, aber ohne irgend welche Kenntniß vom Kriegswesen, plötzlich zu Hauptleuten oder Majors zu ernennen, die Beamten, welche die Lieferungen für die Armee besorgten, waren nur darauf bedacht, sich zu bereichern, die Obersten ließen sich den Sold für das volle Regiment zahlen, während sie oft nicht den zehnten Theil desselben bei der Fahne hatten. Alle dem machte die Reorganisation durch die Franzosen ein Ende, aber die nun folgende Zeit strammer Ordnung, gerechter Be-

förderung und wenigstens leiblicher Ehrlichkeit in der Verwendung der für die Armee bestimmten Gelder hat längst schon wieder den alten kläglichen Zuständen Platz gemacht, und wie viel sich aus jenem trefflichen Material machen ließe, die gegenwärtige Armee Rumaniens würde, das Jägerbataillon etwa ausgenommen, kaum im Stande sein, auch nur Mäßiges im Felde zu leisten.

Mitleid erweckte es geradezu, als im Juli 1863 der bekannte Zusammenstoß rumanischer Truppen mit den polnischen Freischärlern Milkowski's bei Konstangalia bekannt wurde. 180 Polen hatten dabei über 600 fürstlich rumanische Reguläre nicht nur beim ersten Anlauf in die Flucht getrieben, sondern sie fast eine Meile weit verfolgt. Das türkische Heer mit Ausnahme der Garde leidet an ähnlichen Gebrechen wie das der Donaufürstenthümer, auch dort ist der Soldat von Natur sehr tüchtig und das Offiziercorps größtentheils erbärmlich, aber ganz so traurig wie hier steht es doch nicht, und wir würden, falls die Türken noch über die Donau gingen, nicht sehr erstaunt sein, wenn sie vier Tage darauf in Bukurest einzögen.

Versuchen wir jetzt, einen Blick in das innere gesellschaftliche Leben in Rumanien zu thun, so fällt zunächst ein echt orientalischer Zug derselben auf: die geringe Achtung, in welcher die Frauenwelt steht. Die mehr oder minder artige Rücksichtnahme, die Mäßigung im Ausdruck, das Zartgefühl, welche der Occident dem anderen Geschlecht gegenüber beobachtet, sind hier zu Lande, auch in vornehmen Kreisen, nur selten anzutreffen. Diese niedere Stellung des Weibes stammt aus den Zeiten der vollen Barbarei und wird durch die Halbbarbarei der leichtsinnigen Scheidungen erhalten. Man sucht sich einem Mädchen zu nähern, weil sie reich oder schön ist, um ihre Herzenseigenschaften, ihre sonstigen geistigen Fähigkeiten kümmert man sich fast niemals. Sie aber vergilt das, sobald sie vermählt ist, und so ist kaum ein Haus in den größeren Städten, von dem nicht die unsaubersten Geschichten im Umlauf wären. Mit dreizehn Jahren in der Regel schon verheirathet, gelten die Moldowalachinnen mit fünfundzwanzig schon als alte Frauen, die der Gemahl vernachlässigen darf, und die sich dafür mit einem Galan schadlos halten können. Mit größter Unbefangenheit, voll Selbstgefühl sogar schwebt hier die Demi-Monde über die Straße, besetzt sie im Theater die ersten Plätze, spielt sie auf Maskenbällen die Hauptrolle. Warum nicht, wird sie doch von den Damen des Salons über die Kunst, sich schön zu machen und die Gunst des Liebhabers sich zu erhalten, über Toilettenwahl und Aehnliches nicht selten consultirt, und ist es doch wiederholt bereits geschehen, daß käufliche Personen der Art brillante Partien machten.

Altern und verblühen die Frauen vor der Zeit, so ist das Gleiche bei der Männerwelt, wenigstens in den oberen Regionen der Gesellschaft, der Fall. Von den Jahren der ersten Reife an in alle Mysterien der Ausschweifung eingeweiht und bald in allen Sätteln des Lasters gerecht, entnerven sich die Meisten zuletzt vollends durch die Aufregung des Spiels. Die ungeheuerliche Spielwuth, welche — man sagt, erst seit der ersten Occupation der Moldau und Walachei durch die Russen — hier in allen Ständen, die etwas zu verspielen haben, besonders aber unter den Bojaren grassirt, ist ein zweiter Grundzug in dem Charakter der Rumanen. Ernsthaftere Spiele sind nicht beliebt, gewöhnlich wird dem Lansquenet, dem Baccarat und dem Pharao der Vorzug gegeben, welches letztere hier den russischen Namen Schtoß führt. Im gewöhnlichen Leben erscheint der Rumane ruhig, sanft und leidenschaftslos. Selten sieht man zornige Mienen, ausgelassenes Lachen oder von Begeisterung strahlende Blicke. Immer haben sie sich in der Gewalt, ihre Kaltblütigkeit ist durch nichts zu stören. Nur am Kartentisch werden sie lebendig, und dann geschieht es, daß sie Tag und Nacht nicht von dannen gehen, Pflichten und Obliegenheiten, Essen und Toilette vergessen und Häuser, Ländereien, Equipagen, Möbel und Dienerschaft auf die Karten setzen; ja sie würden Frau und Kind verspielen, wenn dieser Einsatz angenommen würde. Dieser Gemüthsaufregung unterliegen die robustesten Naturen: mit vierzig Jahren ist der Spieler ein grauer Mann. Der Gebrauch, nach welchem man auf allen Posten nach achtzehnjähriger Dienstzeit seinen Abschied fordern kann, bestätigt dies. Das Spiel hat Alles erobert, die Administration, die Justizbehörden, die Armee, und zahlreich sind die Opfer, die es alljährlich fordert.

Galante Abenteuer und Spielkarten, dazu alltägliche Consumption von einigen Dutzend Papiercigarren, dafür ungefähr lebt man in den Salons von Bukurest und Jassy vor Allem. Die Bildung der Meisten ist oberflächlich, das Interesse an Wissenschaft und Kunst gering, beliebte Lectüre sind die obscönen Romane, welche eine frühere Epoche der französischen Literatur hervorbrachte, und die Schlüpfrigkeiten der heutigen Pariser Novellistik. Man hat auch Bibliotheken mit guten Autoren, aber Wohlunterrichtete behaupten, nur weil es der Anstand verlangt. In den Salons der großen Städte spricht man ein vortreffliches Französisch, oft auch Deutsch und Englisch. Aber was gesprochen wird, ist gewöhnlich nicht viel mehr als Klatsch, hohles Geschwätz und indiscrete Witzelei und eine hübsche Zweideutigkeit hat immer mehr Aussicht, Glück zu machen, als ein tiefer und treffender Gedanke.

Im Allgemeinen sind die Rumanen von sanfter und ruhiger Ge-

müthsart oder scheinen dies wenigstens zu sein. Namentlich das Landvolk mit seiner schweigsamen, schwermüthigen Weise macht diesen Eindruck. Sie sind wenig gastfrei, wenig gefällig gegen den Fremden, diese Bauern, apathisch, verschlossen, mißtrauisch, aber weder hitzige, noch bösartige und grausame Naturen. Diese negativen Eigenschaften zeigen bis zu einem gewissen Grade auch die höheren Klassen, es ist aber mehr diplomatischer Schein als Wirklichkeit, wenn sie gewöhnlich rücksichtsvoll und mild auftreten. „Ziehe man einem Russen die Haut ab," sagte Napoleon, „und der Tartare kommt zum Vorschein." Das gilt auch von dem Rumanen. Auswendig ein Gentleman, ist selbst der Vornehmste im Innersten ein Barbar, und das weibliche Geschlecht macht davon keine Ausnahme.

Beispiele von Wilden im Salonfrack wären in Menge zu nennen. Noch ist's nicht lange her, daß die Gemahlin eines Hospodars ihre Kammerfrau, eine Deutsche, die einen verfänglichen Befehl auszuführen sich geweigert, öffentlich von Soldaten entkleiden und auspeitschen ließ. 1848 noch konnte es geschehen, daß der Hospodar Stourdza die jungen Liberalen in Jassy im Hofe seines Palastes zur Bastonade verurtheilte. Aus allerneuester Zeit datiren Züge von Barbarei wie die folgenden. Ein Bojar fährt auf einem österreichischen Dampfer die Donau hinauf. Sein Diener, der ihn in der zweiten Kajüte begleitet, geräth bei Tische aus Versehen an die Tafel der ersten. Er hat es noch nie so gut gehabt und speist eben mit bestem Appetit, als plötzlich sein Herr, seiner ansichtig geworden, wie ein Tiger über den Tisch springt und den armen Burschen mit Ohrfeigen und Fußtritten so lange bearbeitet, bis der Kapitain sich dazwischen legt. Ein hoher Beamter läßt seinen Kutscher prügeln, weil er nicht sagen will, wohin er Tags vorher die Frau seines Herrn gefahren, die eine sehr hübsche und ebenso leichtsinnige Dame ist. Der Mann verlangt darauf seinen Abschied, erhält aber dafür noch einmal Hiebe, und zwar in solcher Zahl, daß er sechs Tage darauf stirbt. Er ist ein Russe, und sein Konsul fordert Genugthuung. Aber gefällige Aerzte erklären, die Ursache des Todes sei eine Gehirncongestion in Folge von Trunkenheit gewesen, und der Gerichtshof fällt ein freisprechendes Urtheil. Ein junger Offizier, der beauftragt ist, bei der Wasserweihe am Epiphaniasfest die Menge in gewissen Schranken zu halten, belustigt sich damit, gegen das Volk seinen Säbel zu brauchen und ersticht dabei eine Frau. Er bekommt keine Strafe, nicht einmal einen Verweis, und die öffentliche Meinung sagt, der Lieutenant sei zwar etwas hitzig gewesen, aber was die Frau betreffe, so wär's ja nur eine Jüdin. Zwei junge Eheleute, die sich anfangs sehr lieben, werden einander allmählich überdrüssig, lassen sich scheiden und knüpfen, nun freigeworden, galante Verhältnisse an.

Dem Herrn paßt es nicht, daß die Dame sich dies auch erlaubt, er will die Freiheit nur für sich. Er stellt sich reuig, überzeugt die geschiedene Frau davon und schlägt den neuen Bewerber aus dem Felde. Ein Versöhnungskuß soll den neuen Bund besiegeln, aber plötzlich bricht bei der Ceremonie der Verräther hervor, er beißt der Dame ein Stück aus der Lippe, wirft es auf den Tisch und läuft davon. Zum Glück gelingt es dem herbeigerufenen Chirurgen, die Wunde so zu heilen, daß das Opfer dieser eifersüchtigen Barbarei jetzt nur noch mit einer kaum sichtbaren Narbe umhergeht.

Diese Beispiele ließen sich leicht vermehren. Die Dienstleute vieler Häuser erhalten mehr Prügel als Lohn. Gewöhnlich schickt man sie nach einem Vergehen an den Aga oder Polizeipräfekten mit einem Briefe, nach dessen Empfang vier Epistaten oder Polizeidiener sie auf eine Bank binden und ihnen so viele Stockhiebe aufmessen, als der Briefschreiber bestellt hat. In dringenden Fällen wird die Abstrafung zu Hause vollzogen und von dem Herrn selbst.

Wer recht schreiende Contraste sucht, findet sie hier zur Genüge, in der Natur wie in den Menschen, in den Sitten, in den Charakteren, in den Parteien. Von Jahreszeiten kennt man nur Sommer und Winter, und jener ist drückend heiß, dieser fast so kalt wie in Rußland. Die Frauenwelt ist schön, von anmuthiger Haltung und Geberde, sie zieht sich geschmackvoll an, sie versteht vortrefflich, der Natur nachzuhelfen, aber nähert man sich ihr, so erstaunt man über die Rohheit in ihrer Stimme, und noch mehr über den Mangel an höheren Ideen und die geringe Bildung dieser glänzenden und graziösen Geschöpfe. Die Männer treten uns in den oberen Ständen mit einer natürlichen Eleganz entgegen, die uns sofort besticht, sie bewahren in der Regel eine Vornehmheit in ihrem Wesen, welche Respekt einflößt, sie zeigen Intelligenz und leichte Auffassung, sie gebieten meist über mehre Sprachen. Aber unter dieser bestechenden Außenseite verbirgt sich bei der Mehrzahl ein unheilbarer Leichtsinn, ein Geschmack an Ausschweifungen, ein unmännliches, weichliches Wesen, eine Eitelkeit und eine maaßlose Ehrsucht, die in ihrer Gesammtheit ebenso abstoßend wirken, als jenes Aeußere anzieht. Diese feinen Gentlemen mit der milden Stimme, der sich einschmeichelnden Sprache sind harte, unbarmherzige Dienst- und Grundherren, geldgierige Bauernschinder, nur die Gewalt dringt ihnen Zugeständnisse ab, Großmuth, die Opfer bringt, wo sie nicht muß, ist ihnen unbekannt, für das Ganze, das Vaterland, den Staat haben sie nur Phrasen, die um so weniger ernst gemeint sind, je schöner sie klingen. Ueber das Alles endlich breitet sich eine Trägheit, die für uns Menschen des Westens beinahe unbegreiflich ist.

Die Mittelklasse ist arbeitsamer, weil sie es zum Leben braucht. Sie ist ebenso intelligent als die Aristokratie, und besser unterrichtet. Sie liefert dem Advocatenstande, der Heilkunde, den Verwaltungsbehörden, der Journalistik verhältnißmäßig tüchtige Kräfte. Sie vertheidigt in den Kammern die Grundsätze der Freiheit und des Fortschritts. Ihr gehört die Zukunft des Landes. Aber auch hier hat die Münze ihre Rückseite, und man darf nicht zu sehr auf den Zahn fühlen, wenn man nicht Mangel an Ueberzeugung, grobe Selbstsucht, zügellosen Ehrgeiz, Käuflichkeit und dieselbe Sittenlosigkeit wie bei dem Adel finden will.

Was vom Bauer zu rühmen ist, wurde großentheils bereits erwähnt: er ist ein treuer Ehemann, fleißig, geduldig, einfach und anspruchslos in Nahrung und Kleidung. Aber ihm fehlt alle Energie, er ist unwissend, abergläubisch und allen Neuerungen in seinem landwirthschaftlichen Betriebe abhold. Seine Väter waren römische Bürger, er ist der demüthige Sklave rumanisirter Byzantiner.

Wohin man blickt, überall Contraste: unerhörter Luxus, und gleich daneben bettelnder Hunger, brillante Tournure und leeres Herz, glänzende Häuser und bankerotte Bewohner, Pariser Toiletten aus den ersten Magazinen und unsaubere Hemden darunter, Schwärme von Bedienten und nichts recht gethan. Ueberschauen wir die Hauptstadt, so mehren sich die Widersprüche und die Enttäuschungen: wir sehen ungeheure Straßen mit nur wenigen Häusern, prächtige Promenaden und kotherfüllte Gassen und Plätze, einen Fluß ohne Brücken und ohne Dämme gegen Ueberschwemmungen, eine Geistlichkeit ohne Moral, Gerichtshöfe ohne Gerechtigkeit, eine Akademie, der die Lehrer, eine Bibliothek, der die Leser fehlen. In der Gesellschaft Liebeshändel ohne Liebe, Ehen ohne Treue, Kinderstuben ohne Mütter, die sich ihnen widmen, ungeheure Kleiderschränke voll Sammt und Seide und winzige Wäschschränke, silbernes Tischgeschirr und oft geliehenes Essen darauf. Auf dem Lande draußen in Gegenden, die blühen sollten wie ein Garten Gottes, elende Hütten, vernachlässigte Aecker und Bauern, die im Schweiß Adams kaum das tägliche Brod verdienen, Flüsse ohne Brücken, weite Strecken ohne ordentliche Landstraßen, in der ganzen Großen Walachei kaum eine gutgehaltene Wiese. Das Vieh ist von kümmerlicher Race, Rinder und Schafe sehen nur in der Moldau und der Kleinen Walachei einigermaaßen nach Pflege und guter Zucht aus. Die Armee muß ihre Pferde in Rußland und Ungarn kaufen. Ein großer Theil des Landes ist mit herrlichem Wald bestanden, ein Netz von Flüssen spannt sich über dasselbe, und doch ist das Holz nicht wohlfeil. Es giebt in den Gewässern Massen von Fischen, in Gebirg und Ebene eine Menge Wild, und doch ist das Leben in den Städten theuer. Fleisch

und Brod sind schlecht, fast ungenießbar. Das Obst wird unreif auf den Markt gebracht, da die Rumanen es nur in diesem Zustande lieben, und es ist von geringer Art, da nur die Fremden sich auf das Pfropfen und Verschneiden verstehen. Die Trauben sind vorzüglich, die daraus gekelterten Weine abscheulich.

Das ungefähr waren die Zustände in Rumanien vor drei Jahren, und das sind sie mit wenigen Ausnahmen noch heute. So große Naturschätze und eine so klägliche Benutzung derselben, eine so begabte Nation und ein so verkommener Adel, ein so zurückgebliebener Bauernstand. Handelte es sich um ein fernes Land in Hinterindien, so sollte das nicht Wunder nehmen. Aber Rumanien liegt in Europa, am Ausfluß der deutschen Donau, allen Einwirkungen unserer und der französischen Bildung offen, und doch solche Barbarei. In der That, der Fluch des vereinten Türken- und Byzantinerthums, der sich mit den ersten Hospodaren aus dem Fanar über das Land lagerte und es in allen Adern vergiftete, scheint hier wie in dem glaubensverwandten Neuhellas unausrottbar, und nur ein Fürst, der ein sehr bedeutender schöpferischer Geist ist, der unbeugsame Energie besitzt, und der zugleich die Kunst versteht, eiserne Griffe mit sammetnen Handschuhen zu thun, die wenigen Guten um sich zu sammeln, die nicht ganz Schlechten mit sich fortzuziehen, kann hier mit der Zeit Wandel schaffen. Eine gute Constitution allein thut es nicht; denn sie setzt gute Bürger voraus, und die fehlen dem Lande, wie dessen Geschichte seit der Zeit, wo das parlamentarische Regiment hier eingeführt wurde, mehr als hinreichend beweist.

Im Mittelalter selbständige Staaten unter Wojwoden, wurden Moldau und Walachei nach der Schlacht bei Mohacs den Türken tributpflichtig; aber erst als die Wojwoden sich wiederholt empört, verloren die Länder diese nationalen aus der Wahl der Bojaren hervorgegangenen Herrscher, und die Pforte setzte statt deren zinspflichtige Lehnsfürsten, Hospodare, ein, die sie aus den griechischen Familien des Fanar nahm. Der Sultan wechselte mit denselben nach Willkür, aber weder das eine noch das andere der Fürstenthümer war rechtlich türkische Provinz, vielmehr bewahrten beide eine gewisse Selbständigkeit, die, als die Kriege der Türken mit den Russen begannen, und die letzteren sich mehr und mehr zu Schutzherren der Christen in dem Reiche des Padischah entwickelten, durch verschiedene Verträge erweitert wurde. Von Jahr zu Jahr wuchs die Macht Rußlands an der unteren Donau, nach dem Aufstand Ypsilanti's und während des Krieges von 1828 und 1829 setzte es sich noch fester, und der Friede von Adrianopel gab ihm sogar ein vertragsmäßiges Recht auf Eingreifen in die Verhältnisse. Unter der Verwaltung des russischen Generals Kisse-

leff — 1829 bis 1834 — waren Moldau und Walachei nicht viel mehr als russische Provinzen, die in dem sogenannten organischen Statut eine Verfassung nach den Wünschen des Petersburger Kabinets erhielten, und als später die Russen das Land räumten, und wieder Hospodare gewählt wurden, verstanden jene es so einzurichten, daß es zu keiner festen Ordnung kam, und daß trotz der liberalen und nationalen Partei nur Persönlichkeiten, die ihnen genehm waren, das Hospodarat erhielten. Die Revolution, welche 1848 ausbrach, hob die antirussische Partei auf kurze Zeit an die Spitze der Regierung, und das organische Reglement wurde nach Einführung einer neuen Verfassung abgeschafft. Aber wenige Monate nachher stellten Rußland und die Pforte gemeinschaftlich das alte System wieder her, und erst der orientalische Krieg von 1853 machte dem dadurch herbeigeführten Zustande völliger Abhängigkeit der Rumanen von Rußland ein Ende. Was die Wirthschaft der Hospodare aus dem Fanar nicht verdorben, das ruinirte die Politik der russischen Statthalter. Was durch sie Gutes geschaffen wurde, wog die Depravation, welche ihr Auftreten herbeiführte, nicht auf. Die radikalen Ideen, welche die Opposition gegen die Russen und die ihnen großentheils ergebene Bojarenpartei in's Feld führte, halfen auch nur zu größerer Verwirrung, sie stammten aus Paris und mochten dort angebracht sein, aber nicht in Ländern, die aller Vorbedingungen zu deren Ausführung ermangelten. Die Intriguen der fremden Mächte, die sich von jetzt an hier kreuzten, Rußlands, welches durch Schürung des Zwiespalts und der Unzufriedenheit die Fürstenthümer für die Zeit, wo es wieder erstarkt, unbefestigt und schwach zu erhalten bemüht war, Englands und Oesterreichs, welche die Türkei in ihrem Bestande zu schützen strebten, Frankreichs, welches hier ein Experiment mit einer neuen, der seinen einigermaaßen verwandten Nationalität zu machen gedachte, die Ränke der conservativen Bojaren, der Ehrgeiz, der Doctrinarismus der Liberalen, die im Obigen geschilderten socialen Zustände endlich, bewirkten, daß in den zehn Jahren, welche dem Pariser Frieden von 1856 folgten, nur sehr langsame und zum guten Theil nur scheinbare Fortschritte gemacht wurden.

Der Pariser Friedensvertrag bestimmte, daß den Fürstenthümern, die vorläufig von Kaimakamen oder Statthaltern regiert wurden, statt des organischen Reglements eine Verfassung nach ihren Wünschen und Bedürfnissen verliehen werden sollte. Eine Commission von Vertretern der vertragschließenden Mächte sollte sich nach jenen Bedürfnissen erkundigen, zwei Divane, einer für die Walachei und einer für die Moldau, jeder aus 75 Bojaren und 25 Bauern zusammengesetzt, wurden berufen, jene Wünsche auszusprechen. Die Commission erstattete ihren Bericht, die Divane äu-

herten sich ebenfalls. Die letzteren, nach harten Kämpfen zwischen der conservativen und der liberalen und nationalen Partei gewählt, verlangten vor Allem Anerkennung der Autonomie der Fürstenthümer, Einrichtung eines constitutionellen Regiments, Vereinigung beider Länder und zum Herrscher einen fremden Prinzen. Hiervon wurden die beiden ersten Punkte von den Mächten bewilligt, die beiden andern zurückgewiesen, obwohl namentlich Frankreich sich auch für sie erklärte, und am 19. August 1858 unterzeichnete die Pariser Conferenz eine Convention, welche folgende Grundzüge einer neuen Verfassung enthielt:

Die beiden Länder nennen sich von jetzt an Vereinigte Fürstenthümer der Moldau und Walachei. Sie verbleiben unter der Oberhoheit der Pforte, der sie einen jährlichen Tribut zahlen, die sich aber nicht in ihre innere Verwaltung zu mischen hat. An der Spitze jedes Fürstenthums steht ein Hospodar, der die vollziehende Gewalt repräsentirt, Moldauer oder Walache sein muß und von der neben ihm zu berufenden, die legislatorische Gewalt mit ihm theilenden Kammer aus den Abgeordneten oder aus den Beamten gewählt wird, die eine zehnjährige Dienstzeit hinter sich haben. Ein dritter Factor der Gesetzgebung wird in einer halb von den Hospodaren, halb von den Deputirten beider Länder gewählten Centralcommission aufgestellt, welche die Beiden gemeinsamen Gesetze entwirft. Die Hospodare werden auf Lebenszeit, die Deputirten, die ein Einkommen von wenigstens vierhundert Dukaten haben müssen, um wählbar zu sein, und alljährlich im December zusammentreten, auf sieben Jahre gewählt. Die Kammern haben das Recht der Ministeranklage und der Steuerbewilligung. Die Truppen beider Fürstenthümer werden so organisirt, daß sich aus ihnen eine einheitliche Armee bilden läßt. Der Moldauer kann in der Walachei, der Walache in der Moldau amtliche Stellung erwerben. Endlich wurden als Normen für die Gesetzgebung Gleichheit Aller vor dem Gesetz, gleiche Besteuerung (bis dahin lasteten die Steuern lediglich auf dem Bauer), Gleichstellung aller christlichen Bekenntnisse und Freiheit der Person sowie des Eigenthums proclamirt.

Dieser Verfassungsentwurf sah vortrefflich aus. Nur die Bestimmung in Betreff der Wahlen zu den Kammern hatte den großen Mangel, daß sie durch Ausschluß der unteren Klassen von der Wählbarkeit eine Herrschaft der Bojaren schuf und damit alle Reformen, welche die in der Convention empfohlene Gleichheit vor dem Gesetz und Gleichheit der Besteuerung erforderte, illusorisch machte. Dazu kam von vornherein in beiden Fürstenthümern der Ehrgeiz der alten Geschlechter, der sich die Hospodarenwürde nicht entgehen lassen wollte, und die Abneigung des größeren Theils der Uebrigen, namentlich der Liberalen, gegen Erneuerung

des Regiments dieser Familien, sowie die Bestrebungen der Fortschrittspartei in unitarischer Richtung. Dazu traten endlich allerlei andere selbstsüchtige Tendenzen, und so entwickelte sich von vornherein ein Schauspiel des widerlichsten Streits um Dinge, die mit der Wohlfahrt des Landes wenig oder gar nichts zu thun hatten.

Die Hospodarenwahl fand sofort nach Zusammentritt der Kammern, in der Moldau im Januar, in der Walachei im Februar 1859 statt und ergab nach heftigen Debatten, bei welchen die Partei der alten Geschlechter in Folge von Uneinigkeit unterlag, in beiden Versammlungen dasselbe Resultat. Die Unitarier siegten, in beiden Fürstenthümern ging der Name des Obersten Kusa aus der Urne hervor. Kusa war ein Moldauer von Pariser Erziehung, wenig bekannt, einmal liberal gewesen, kein hervorragendes Talent und, wie es schien, keiner Partei besonders gefährlich. Ueberdies war seine Doppelwahl unzweifelhaft ein weiterer Schritt zur Einheit der Nation, und so waren auch die nicht liberalen Unitarier für ihn eingetreten, als die Moldau ihn auf den Fürstenstuhl erhoben hatte.

Mit Emphase verkündigte Kusa, jetzt Alexander Johann I., nachdem die Pforte seine Wahl auf Anrathen der Mächte gutgeheißen, seinen Regierungsantritt als Bürgschaft der vollen Vereinigung. Aber kaum hatte er am Ruder des in der Hauptsache noch immer zwiespältigen Staats Platz genommen, als die Parteien sich mit Macht gegen ihn regten, und als jeder Klarblickende erkennen mußte, daß unter den obwaltenden Verhältnissen an ein irgend gedeihliches Zusammenwirken von Executive und Legislatur zur Förderung der Landeswohlfahrt nicht zu denken sei. Die Parteiungen, die Intriguen, die offenen Angriffe, die sowohl in der Moldau als in der Walachei schon jetzt sich entwickelten, die lauten Klagen, die von allen Seiten gegen die Ministerien des „Erwählten der Nation" losbrachen, dauerten fort, gleichviel mit welchen Männern er sich umgab. Den Einen war er ein Feind, den Andern ein Patron der Bojaren, der Linken wie der Rechten ein Ehrgeiziger, der für die weitere Vereinigung der Fürstenthümer nur aus egoistischen Beweggründen thätig war — eine Meinung, die allerdings das Rechte traf, und der nur die Billigkeit hinzuzufügen gebietet, daß die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlungen in ihrer großen Mehrzahl nicht im Mindesten besser, und daß sie, wenn Kusa ein stümperhafter Despot war, stümperhafte, ränkevolle und gewissenlose Volksvertreter waren.

Nach allen Seiten hin experimentirte der Fürst, mit Kammerauflösungen und Ministerwechseln in der Moldau, mit Ministerwechseln und Kammerauflösungen in der Walachei, mit Ministern aus der Linken, mit Ministern aus der Rechten und zur Abwechselung mit Ministern aus der

Mittelpartei, fast nirgend hatte er den guten Willen der Majorität für seine Gesetzvorschläge, fast jedesmal endigte, ja begann die Session mit einem Mißtrauensvotum gegen das gerade am Ruder befindliche Kabinet, und so vergingen die Jahre 1859 bis 1861, ohne daß irgend ein erheblicher Fortschritt in den vielen und großen Reformfragen, welche vorlagen und dringend Erledigung verlangten, zu verzeichnen gewesen wäre.

Mehr Glück hatte Kusa mit der Pforte. Im September 1860 reiste er nach Stambul, um sich die Investitur ertheilen zu lassen, der Empfang war befriedigend, und seine Klugheit in den Dingen, die sein persönliches Interesse betrafen, verstand sich dieses Wohlwollen warm zu halten. Da auch Frankreich für ein Näherzusammentreten der beiden Länder wirkte, so genehmigte der Sultan am 4. December 1861 die Vereinigung der Ministerien und der Kammern der Moldau und Walachei, und am 8. verkündete ein Manifest Kusa's dem Volke: „Die Union ist vollendet, die rumanische Nation fest begründet. Euer Erwählter hat euch ein einiges Rumanien geschaffen."

Plaudite, cives! Und sie applaudirten diesmal wirklich und mit Feuer, die Rechte und die Linke gleichermaaßen, selbst das niedere Volk erhob sich aus seiner Apathie ein wenig, um zu jubeln, der Metropolitan von Bukurest begrüßte den Hospodar, als er in der nunmehrigen alleinigen Hauptstadt einzog, mit Prädikaten, welche die orthodoxe Kirche sonst nur dem Heiland der Welt ertheilt.

Eine Zeit lang schien es, als ob sich die Dinge jetzt wirklich besser gestalten wollten. An die Spitze des neuen Kabinets für die vereinigten Fürstenthümer stellte Kusa in dem zu den gemäßigten Conservativen gehörigen Katardji einen Mann von Energie und guten Kenntnissen. Die jetzt ganz Rumanien vertretenden Stände zeigten sich versöhnlich und willig. Allein nach wenigen Wochen begann der Streit von Neuem, man berieth verschiedene Gesetzentwürfe, nahm die Reform des Unterrichtswesens, die Frage wegen Verwendung der Klostergüter für Staatszwecke, die Abschaffung der Frohnden u. a. in Angriff, kam aber mit nichts von dem Allen zu Beschlüssen. Nur ein provisorisches Preßgesetz war die Frucht der zuletzt sehr erregten Debatten. Die Radikalen gewannen mehr und mehr die Oberhand in der Presse und in der Kammer. Am 20. Juni 1862 wurde Katardji, man glaubte von einem aus ihrer Partei, am hellen Tage und auf offener Straße erschossen, und das conservative Ministerium machte einem aus der Linken Platz, an dessen Spitze Krezulesku stand. Auch dieser Systemwechsel besserte in der Lage des Landes wenig. Eine außerordentliche Session der Volksvertretung, zur Berathung des Budgets veranstaltet, verlief resultatlos, eine ordentliche bewegte sich fast nur in

Versuchen, das Kabinet zu verdrängen und endete, als die von diesem geforderte Entlassung vom Fürsten nicht bewilligt wurde, am 18. Februar 1863 mit einer Adresse, die in den schärfsten Ausdrücken nicht blos das Ministerium, sondern auch das Staatsoberhaupt tadelte. Die Adresse sagte die Wahrheit, wenn sie Kusa vorwarf, daß er bisher nichts gethan, als sechszehn Mal sein Kabinet gewechselt und fünf Mal die Legislatur aufgelöst habe, daß unter ihm die Staatsausgaben sich verdoppelt, alle Zweige der Verwaltung in heillose Unordnung gerathen, nichts gefördert, Alles in falsche Bahnen geleitet worden. Aber der Fürst hatte nicht weniger Recht, als er darauf mit einer Botschaft voll Gegenvorwürfe antwortete, und als er sich an die Garantiemächte mit einer Denkschrift wandte, in der er eine Erweiterung seiner Befugniß als absolut nothwendig zu gedeihlicher Regierung darstellte. Die Opposition dachte an seine Absetzung, er dagegen an Ergreifung der Dictatur.

Noch einmal schien sich zwischen der vollziehenden Gewalt und der Kammer ein leidliches Verhältniß herstellen zu wollen, als Kogalnitscheanu das Ministerium übernahm, und wieder wurden einige Gesetzvorlagen der Regierung regelmäßig berathen. Aber wieder geschah es, wie bisher immer, daß die Opposition zuletzt zur Majorität wurde, und am 26. April 1864 kam es zur Krisis und bald nachher zur Katastrophe. Der Entwurf eines Gesetzes, welches den Bauern die bisher von ihnen angebauten Ländereien gegen eine Ablösung in Geld zu freiem Eigenthum verleihen wollte, wurde von der Mehrheit der Deputirten abgelehnt und ein Mißtrauensvotum daran geknüpft. Die Minister verlangten ihre Demission, Kusa verweigerte sie, vertagte die Kammer und legte ihr nach ihrer Wiedereröffnung am 14. Mai ein sehr stark demokratisch gefärbtes, neues Wahlgesetz vor, welches neben dem Budget den einzigen Gegenstand ihrer Berathungen bilden sollte. Die Deputirten lehnten sich dagegen in stürmischer Debatte auf und verlangten nochmals Entlassung des Kabinets. Der Fürst antwortete darauf mit der Auflösung der Kammer. Soldaten drangen in den Sitzungssaal und vertrieben die Abgeordneten, die sich zum Theil aus den Fenstern flüchteten. Manifeste und Decrete bereiteten eine Umgestaltung der seitherigen Verfassung zu Gunsten der fürstlichen Gewalt vor. Ein Zusatzstatut zu der Convention von 1858 und das neue Wahlgesetz wurden verkündigt, und ein Erlaß berief alle Bewohner des Landes, die über 25 Jahre alt waren, zur Abstimmung darüber mit einfachem Ja oder Nein. Nach dem Zusatzstatut, welches am 2. Juni veröffentlicht wurde, sollte die gesetzgebende Gewalt fortan dem Fürsten, einem zum größten Theil von diesem ernannten Senat (corpul ponderatoria) und einer Abgeordnetenkammer zustehen. Nur

der Fürst sollte die Initiative zu Gesetzvorlagen haben, jeder von der Kammer mit Amendements angenommene Gesetzentwurf dem Senat noch zur Prüfung vorgelegt werden. Für den Fall, daß die Deputirten das ihnen unterbreitete Budget nicht zu rechter Zeit votirten, sollte die Regierung befugt sein, die Bedürfnisse des Staates nach dem zuletzt bewilligten Budget zu bestreiten. Das Wahlgesetz schlug indirecte Wahlen nach niedrigem Census vor. Die Abstimmung sollte bei den Urwahlen öffentlich, bei denen der Abgeordneten geheim sein.

Dieser Staatsstreich nach Pariser Muster, wohl auch nach Pariser Rathschlägen, fand im Volke und bei der großen Mehrzahl der Beamten keinen Widerstand. Die allgemeine Abstimmung über die Verfassungsveränderung ergab ein Ja von mehr als siebenmalhunderttausend Votirenden und ein dagegen kaum in Betracht kommendes Nein einiger Wenigen. Die Garantiemächte verhielten sich zu der Sache vorläufig als ruhige Zuschauer. Kammer und Senat waren, als sie Ende 1864 zusammentraten, durchaus gefügig, nur die aus beiden gemischte Commission, welche nach Schluß der Versammlungen im März 1865 sich anschickte, nach einer Bestimmnng des Junistatuts dem Fürsten Bericht über die Zustände des Landes zu erstatten, wagte Klagen über die Verschuldung des Staates und schlechte Wirthschaft und ging selbst so weit, zu sagen, die beste Abhülfe werde Ersetzung des Fürsten Kusa durch einen auswärtigen Prinzen sein. Kusa kehrte sich nicht daran, vielmehr war er jetzt eifriger wie je bedacht, sich die Herrschaft zu sichern und selbst eine Dynastie zu gründen, zu welchem Zwecke er, da seine Gemahlin kinderlos war, den Sohn seiner Geliebten, einer Tochter des ermordeten Katardji, adoptirte und zum Prinzen Alexander erhob. Vor Allem bemühte er sich, diesem Plan das Wohlwollen der fremden Mächte, namentlich Rußlands, zu erwerben, zu welchem Zwecke er wieder einmal die Minister wechselte. Von Reformen ist aus dieser Zeit nur eine Reorganisation der Gerichte zu melden, die aber wenig nützte, da für die neuen Tribunale die passenden Männer fast ganz fehlten. Die Kassen durch Einführung des Tabacksmonopols zu füllen, war ein Versuch, der die Erbitterung gegen die Regierung auch in die Kreise trug, welche ihr bis jetzt gleichgültig gegenüber gestanden hatten. Es bildeten sich Verschwörungen, und kaum hatte der Fürst im Sommer vorigen Jahres eine Badereise nach Ems angetreten, die durch sein dissolutes Leben nothwendig geworden war, als am 15. August in Bukurest der Aufstand losbrach. Derselbe wurde zwar niedergeschlagen, aber das Mißvergnügen währte fort, und die Großmächte wurden jetzt gewahr, daß es berechtigt und daß die Stellung Kusa's unhaltbar geworden. Noch einmal sah der Fürst im December ziemlich

ergebene Kammern versammelt, noch einmal geruhte er am 9. Februar 1866 sein Kabinet mit einem ihm bequemeren zu vertauschen. Am 22. schon hatte er seine Rolle ausgespielt. Eine besser vorbereitete Insurrection, an der sich die einflußreichsten Persönlichkeiten und ein Theil der Besatzung von Bukurest betheiligten, erzwang ohne Kampf seinen Rücktritt von der Bühne, auf der er es ungefähr so gut, wie ein Halbbarbar es im Stande war, dem Kaiser von Frankreich nachzuthun versucht hatte. Am 23. dankte er ab, am 25. brachte man ihn über die Grenze nach Siebenbürgen. Die große Mehrzahl des rumanischen Volkes war mit diesem Staatsstreich der Opposition etwa ebenso einverstanden, wie früher mit dem Staatsstreich des Fürsten. Die Garantiemächte hatten auch nichts dagegen einzuwenden, selbst Frankreich fügte sich in das Schicksal seines Schützlings um so bereitwilliger, als er in der letzten Zeit verdächtige Hinneigung zu Rußland gezeigt hatte. Die fernere Entwickelung der rumanischen Frage ist aus den letzten Zeitungsnachrichten erinnerlich, die Lösung derselben gehört zu den Räthseln der Gegenwart.

Kaiserlich königliche Geschichtschreibung.

Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichs-Feld-Marschall. Nach den Originalquellen bearbeitet. 3 Bde. Wien 1864—1866.

In dem Augenblicke, wo diese Zeilen geschrieben werden, stehen die preußischen und österreichischen Heere einander kampfgerüstet gegenüber, in dem Augenblicke, wo sie unter die Presse gehen werden, haben vielleicht schon Tausende jugendkräftiger Männer in wilder Schlacht ihr Leben verloren. Dann, so wollen und müssen wir hoffen, wird in Preußen nur ein Wunsch sich regen: den Feind rasch und entschieden zu schlagen, nur ein Glaube walten: die Sache Preußens sei trotz alledem und alledem die bessere, der Sieg Preußens ein Glück für Deutschland und Europa. Sollten dennoch die Stimmen nicht schweigen, welche jetzt so laut, nicht immer aber in lauterer Gesinnung, hinausschreien, nicht etwa blos, der Krieg komme dem preußischen Volke ungelegen, dasselbe hege zu seinen Führern kein Vertrauen, unter anderen Umständen würde die Nation freudig in den Kampf eilen, während sie jetzt nur dem kalten Pflichtgefühle folge, sondern auch, ein Krieg gegen Oesterreich bleibe ein absolutes Unrecht, sei muthwillig und leichtsinnig angezettelt, müsse als ein Verbrechen an dem großen, ganzen Vaterlande gebrandmarkt werden: so berufen wir uns auf das vorliegende Buch. Wer dasselbe gelesen hat und dann noch leugnet, die herrschende Partei in Oesterreich habe es auf die Vernichtung Preußens abgesehen; sie harre seit langer Zeit nur auf den bequemen Anlaß, um den grimmig gehaßten Nebenbuhler zu demüthigen, der hat einfach seinen Verstand verloren. Wir muthen freilich dem gebildeten deutschen Manne eine harte Aufgabe zu. Eine solche anwidernde Mischung von Trivialität und Ignoranz, von hohlem Pathos und kindischem Klatsche, wie sie Vivenot bietet, findet in der neueren historischen Literatur kaum ihresgleichen. Man könnte sich ja freuen, daß es der österreichischen Regierung nicht gelungen ist, einen halbwegs tüchtigen Gelehrten in ihr Interesse zu ziehen, daß eine schlechte Sache auch so namenlos schlecht vertheidigt wird. Auf der anderen Seite fühlt man sich aber doch auch für die Wissenschaft verletzt, wenn man den Unfug, der mit ihr hier ohne die geringste Scham getrieben wird, gewahrt. Von der Unwissenheit des Verfassers erscheint selbst die stärkste Vorstellung noch immer nicht zutreffend. Daß das Königreich Holland nicht 1802 (II, 352) sondern 1806 gegründet wurde, sollte doch ein Mann wissen, welcher über einen Abschnitt der französischen Revolutionsgeschichte schreibt; daß der Reichsvicekanzler Fürst Colloredo nicht mit dem Cabinetsminister Grafen Colloredo (I, 17) zusammenfalle, diese Kenntniß ist hoffentlich keine zu große Anforderung an einen österreichischen Historiker; auch ist es schwerlich unbillig, wenn man sich gegen die Benutzung eines Nekrologes als historische Quelle sträubt. Weil der übrigens als Querkopf und Parteimann wohlbekannte Fürst

Dietrichstein in seinem Nekrologe auf Thugut diesen lobt, müssen die deutschen Geschichtschreiber, welche Thugut's politisches System auf Grund strenger Urkundenprüfung verdammen, den Minister schnöde verleumdet haben (I, 196). Bei Gelegenheit der Thugut'schen Schilderung widerfährt dem Verfasser noch ein anderes Unglück. Thugut und nicht Herzog Albrecht ist der wahre Held des Buches. Oesterreich hat keinen größeren Staatsmann, Deutschland keinen edleren Freund, Europa keinen idealeren Menschen aufzuweisen, als Thugut, welchem Schwarzenberg, mindestens eine ebenso große Autorität als Dietrichstein, „eine weltverheerende unsinnige Hartnäckigkeit" als Haupteigenschaft zuschrieb. Thugut's Preis kann man auf jeder Seite des Vivenot'schen Buches in den übertriebensten Ausdrücken lesen. Da fällt es dem Autor, als er an das Ende seiner Arbeit angelangt ist, plötzlich ein, daß die Leser von ihm, der Thugut's feinste Herzensfaser so genau kennt, auch einige Nachrichten über dessen Leben und Entwickelung verlangen dürften. Er findet diesen Wunsch billig und eilt denselben zu erfüllen, indem er (III, 531) aus Meyer's Conversationslexikon den biographischen Artikel über Thugut wörtlich abschreibt. Von einem Manne, der in dem unmittelbaren Kreise seiner Studien kaum die gewöhnliche Schulknabenbildung besitzt, darf man natürlich nicht erwarten, daß er in der ferneren Vergangenheit zu Hause sei. Wir staunen daher nicht über die Behauptung: „die Utrechter Union 1579 war darauf berechnet gewesen, den burgundischen Kreis auf immer zu sprengen" (II, 263); und ereifern uns nicht über die an derselben Stelle ausgesprochene Meinung, Feindschaft gegen Deutschland habe stets den Grundzug der holländischen Politik gebildet. Doch waren wir einen Augenblick versucht, die beharrliche Bezeichnung Belgiens als burgundischen Kreis für einen der liebenswürdigen Schalksstreiche zu halten, wie sie die großösterreichische Partei liebt. Wir dachten, dem Verfasser sei es nicht fremd geblieben, daß Karl V. den burgundischen Kreis thatsächlich vom deutschen Reiche getrennt habe, ihm sei der burgunder Vertrag vom Jahre 1548 und das Verhalten Philipp II. zu Deutschland erinnerlich. Wir glaubten, es sei nicht nöthig, ihm J. J. Moser's Worte (d. Staatsverfassung I, 55) vorzuführen: „Burgund hat zwar zur Zeit der Noth zu Teutschland gehören wollen, außerdem aber will es unabhängig sein, zahlt auch dem Reiche das Versprochne nicht und bekümmert sich nicht um das Reich." Wäre es denn nicht möglich, daß Vivenot absichtlich den alten Namen: Burgundischer Kreis für Belgien gewählt hätte, um den Lesern die Schändlichkeit der preußischen Politik, welche angeblich die Räumung Belgiens verschuldete, anschaulicher zu machen? Doch nein, Hr. Vivenot ist eines Schalksstreiches unfähig. Die österreichischen Schulbücher, welche die neuere Geschichte der Niederlande nicht mit liebevoller Ausführlichkeit behandeln, gern die historische Entwickelung eines Staates mit dem Schlusse des Mittelalters abbrechen lassen, haben ihm einfach diesen Namen zugeflüstert. Bliebe noch ein Zweifel übrig, so braucht man nur Vivenot's Ansichten von historischer Methode und von den Zielen der Geschichtschreibung kennen zu lernen, um gewiß zu sein, daß von den biblischen Eigenschaften eines

Normalmenschen nur die Taubeneinfalt sich in dem „Indigena des Königreichs Ungarn" verkörpert habe.

Man erzählt sich, daß während des Druckes am Vivenot'schen Buche eine bedeutende Nachfrage nach Frage- und Ausrufungszeichen in den Wiener Schriftgießereien entstanden sei. Kein Literat ist mit diesen Zeichen noch so verschwenderisch umgegangen, wie Vivenot. Er begnügt sich nicht allein, sie auf jeder Seite dutzendweise anzubringen, er kombinirt sie auch und wechselt regelmäßig ein !? mit einem ?! ab. Welchen geheimen Sinn diese Kombinationen haben, ist nicht ganz klar; desto deutlicher die Ueberzeugung des Autors, daß es nur eines Frage- oder Ausrufungszeichens bedürfe, um die Behauptung eines Gegners als irrig darzustellen. Die armen Häusser und Sybel haben es sich wohl nicht träumen lassen, daß sie mit so bequemen Waffen widerlegt werden können. Vivenot's Verdienst beschränkt sich nicht blos auf die Erfindung einer neuen kritischen Methode, er darf sich auch rühmen, für die Anwendung des historischen Stoffes eine neue Bahn gebrochen zu haben. Bisher glaubten wir Thoren, man erzähle in einem Kapitel, was zusammen gehört, und wenn man einen bestimmten Zeitraum behandle, so müsse man bestrebt sein, die Entwickelung der Ereignisse zu schildern, das Spätere aus dem Früheren zu erklären. Vivenot hegt eine andere Ueberzeugung. Man muß, um das Ideal der Historiographie zu erreichen, in jedem Augenblicke von allen erdenklichen Dingen zugleich reden, man muß in jedem Kapitel das Disparateste unterbringen und vor Allem die Erzählung älterer Ereignisse auf die Beschreibung ihrer Consequenzen erst folgen lassen. Genießt man das Glück, daß man aus dem österreichischen Staatsarchive seine Kunde schöpfen kann, so ordnet man nicht etwa die Aktenstücke und vergleicht sie unter einander, sondern man druckt sie in der zufälligen Reihe ab, wie man sie in die Hände bekam und läßt den Inhalt einer jeden Urkunde isolirt für sich wirken. Jedes Aktenstück, vorausgesetzt daß es Wiener Ursprungs sei, enthält die absolute Wahrheit; daß dieselben durch andere Quellen berichtigt werden können, davon hat Vivenot keine Ahnung, sieht er doch nicht einmal, daß sie sich thatsächlich und in der gröbsten Weise widersprechen. Aus dem Charakter und aus den litterarischen Eigenschaften des Autors kann man vollgiltig auf die Art, wie er seine Aufgabe löst, schließen. Vivenot empfing den Auftrag, die Auffassung Sybel's und Häusser's in Bezug auf die Genesis des Baseler Friedens zu bekämpfen. Sybel und Häusser sind weit davon entfernt, in dem Abschlusse des Separatfriedens eine große Heldenthat zu erblicken, sie umwinden das Haupt des Preußenkönigs mit keinem Lorbeerkranze, sie erklären Möllendorf und Braunschweig, Haugwitz, Hardenberg und Lucchesini durchaus nicht für ideale Gestalten, nicht die Einen für militärische Genies, nicht die Anderen für schöpferische Politiker. Ueber den kraftlosen, nur flüchtigen Eindrücken zugänglichen König, über die pedantische Kriegführung der Schüler Friedrich's des Großen, über die kleinen diplomatischen Künste der preußischen Minister sprechen sich beide Historiker scharf und unbefangen aus. Nur an den puren Wahnwitz der preußischen Führer wollen sie nicht glauben,

nicht in der bloßen Laune, in der willkürlichen Stimmung eines Fürsten oder Ministers den letzten Grund aller Ereignisse erblicken. Auch Friedrich Wilhelm II. und sein Cabinet, so vielfache Schwächen sie auch sonst zeigten, ließen sich durch sachliche Motive bestimmen und trieben eine Interessenpolitik. Den sachlichen Motiven spürten Sybel und Häusser nach; welche Interessen die preußische Regierung bewogen hatten von der Coalition zurückzutreten, suchten sie zu erforschen. Sie entdeckten, daß die polnischen Verwickelungen den österreichisch-preußischen Bund sprengten, daß man in Berlin die Gefahren, welche von Polen drohten, mehr fürchtete als den Machtzuwachs der französischen Politik, und da in der polnischen Sache das Interesse Oesterreichs und Preußens auseinanderging, so konnte es auf die Dauer auch nicht in dem französischen Kriege zusammenfallen. Der feindselige Gegensatz auf einem Punkt der Politik hatte eine Lockerung der Freundschaft auf allen anderen zur nothwendigen Folge. Sybel und Häusser werfen zunächst keinen Stein auf Oesterreich, sie betonen nur, daß Preußen durchaus in seinem Rechte war, nur auf seine Interessen zu achten, nachdem Oesterreich gleichfalls blos seinen besonderen Vortheil sich zur Richtschnur für seine Beschlüsse genommen hatte. Daß ein grundsätzlicher Kampf in einen leidigen Interessenkrieg auslief, kann und muß beklagt werden; Preußen aber zuzumuthen, noch für Prinzipien enthusiastisch einzustehen, wo alle Welt nur nach kühler Berechnung handelte, heißt ihm die Rolle eines Don Quixote aufzubürden. Preußen verfuhr egoistisch, aber Graf Lehrbach, der österreichische Minister, behauptete ebenfalls am 6. Juli 1794 (Vivenot II, 452): „Jedem großen Staate ist politischer Egoismus erlaubt;" Preußen huldigte partikularen Interessen, dieselben waren aber nach Vivenot's Bekenntnisse (III, 268) Oesterreich nicht weniger fremd. Sybel's und Häusser's Auffassung entspricht nicht allein den allgemeinen Wahrscheinlichkeitsgesetzen, sie wird überdies durch zahlreiche Urkunden, authentische Zeugenaussagen bestätigt. Sie kann in Einzelnheiten berichtigt werden, im Ganzen und Großen hat sie sich bisher als die endgiltige erwiesen. Erst Vivenot macht den Anspruch, ihren absoluten Irrthum enthüllt zu haben. Und wie geht er bei dem Angriffe auf unsere hervorragendsten deutschen Geschichtschreiber zu Felde? Schildert er etwa, daß Oesterreich in dem polnischen Streite andere Interessen vertrat, als Sybel angiebt? Er läßt einfach die polnischen Angelegenheiten aus dem Spiele. Als ob es keine dritte Theilung Polens jemals gegeben, als ob in der polnischen Frage nicht der leidenschaftlichste und reichste Schriftenwechsel zwischen den nordischen Höfen bestanden, nicht Preußen wiederholt seine veränderte Stellung am Rhein durch die polnischen Affairen motivirt hätte, schweigt Vivenot über die ganze Sache. Den Feldzug am Rhein und in den Niederlanden denkt er sich als ein isolirtes Ereigniß, welches mit der übrigen europäischen Politik in keinem Zusammenhange steht, auf dessen Gang, was anderwärts in Cabinetten und in Feldlagern geschieht, keinen Einfluß nimmt. Der Historiker Vivenot ist gleichzeitig k. k. Hauptmann. Welches Prädikat ein Hauptmann verdient, welcher den Verlauf einer großen Schlacht nach den Vorgängen, die sich bei seiner

Compagnie am Schlachttage ereignet haben, schildern wollte, wird er daher sich selbst sagen können. Wir wissen nur, daß er als Geschichtschreiber einem solchen Hauptmanne bis zum Verwechseln ähnlich ist. Mit dieser Abfertigung könnte man den Verfasser, der offenbar nur ein halbgebildeter Dilettant ist, einfach entlassen, bliebe nicht noch zu berichten, wie die wissenschaftliche Nemesis den übermüthigen „Indigena" erreicht hat. Sein Buch, weit entfernt Sybel's Erzählung zu entkräften, hilft nur ihre Wahrheit bestätigen; der Verfasser widerlegt so ziemlich Alles, was er selbst als neuentdeckte Wahrheit behauptet. „Zarte Rücksicht auf Preußen, übertriebene Gutmüthigkeit, der höchste Grad von Loyalität" charakterisiren nach Vivenot die österreichische Politik (II, 460; III, 94, 99). Aber gleich im Anfange seines Werkes druckt er ein Circular Thugut's vom 10. März 1794 ab, in welchem der Minister die österreichischen Gesandten an den deutschen Höfen ermahnt, doch ja den Schein, als ob sie gegen Preußen intriguirten, zu vermeiden. Sie sollen sich vielmehr den preußischen Forderungen günstig zeigen, es nur beklagen, daß der Kaiser aus Rücksicht für die Freiheit deutscher Stände jene nicht unterstützen dürfe. Vivenot bestätigt ferner, daß die Ernennung des Herzogs Albrecht zum Reichsfeldmarschall gegen Preußen gerichtet war, weil man in Wien fürchtete, daß der König von Preußen selbst diese Würde ambitionire, und dieses Streben um jeden Preis paralysiren wollte (I, 50). Er streut Weihrauch einer Denkschrift des Fürsten Colloredo, in welcher die Nothwendigkeit einer Zurückweisung aller preußischen Ansprüche betont wird. „Die Grundsätze des Hippolytus a Lapide tauchen wieder auf und bedrohen die alte ehrwürdige Reichsverfassung. Wenn die kleinen ohnmächtigen Stände ihrer Privilegien verlustig würden, könnten Preußen und der Protestantismus daraus Vortheil ziehen, das Erzhaus also Schaden leiden" (II, 207). Nicht geringeren Beifall erndtet auch das Circularreskript Thugut's vom 26. October 1794 (II, 602), welches die katholischen Reichsstände gegen die protestantischen hetzt, von der schwedischen Friedensvermittelung nur eine Kräftigung der protestantischen Interessen erwartet und den geistlichen Reichsfürsten das Schreckensbild der Säkularisation vorhält. Auf die „hohe Loyalität" der Thugut'schen Politik ist dann wohl auch der Passus des Reskripts zurückzuführen, daß der Inhalt desselben den protestantischen Ständen sorgfältig zu verheimlichen sei. Eine bessere Illustration der angeblich preußenfreundlichen, durchaus offenen und ehrlichen Stimmung, als sie Vivenot giebt, wird man schwerlich wünschen. Erwägt man noch ferner, daß auch nach Vivenot's Berichten Graf Lehrbach zu den leidenschaftlichsten Gegnern Preußens zählte und seit langer Zeit auf die österreichisch-preußische Allianz als verderblich schalt (III, 493), daß derselbe Mann im Jahre 1795 einen großen Einfluß auf die Wiener Politik übte, so lernt man vollends die Wahrheit Vivenot'scher Versicherungen würdigen, das Wiener Cabinet habe das Mißtrauen Preußens niemals verdient.

Ganz gleich verhält es sich mit den anderen Behauptungen des Verfassers. Oesterreich hat seine ganze Macht am Rhein aufgestellt, schreibt er II, 269, um

den Contrast gegen Preußen hervorzuheben, welches im Sommer 1794 aus Furcht für seine polnischen Besitzungen sich zurückzuziehen begann. Natürlich war hier Preußen durchaus nicht, am wenigsten von Oesterreich gefährdet. Er vergißt nur, daß er selbst (I, 33) den Befehl des Kaisers Franz vom 17. Februar 1794, die böhmischen Festungen nicht von Truppen zu entblößen, abdruckt und theilweise das Gutachten des Hofkriegsrathes aus derselben Zeit veröffentlicht: Oesterreich müsse wegen Polen auch im Osten gerüstet bleiben. Das nur allzu ehrliche Wiener Cabinet hat niemals an eine Räumung Belgiens heimlich gedacht, bekommen wir unzählige Male von Vivenot zu hören, und daß Preußen ihm diese Tendenz unterschob, steht in der Reihe der preußischen schwarzen Verbrechen obenan. Schade aber, daß der gute Mann (I, 125) ausführlich die Vorbereitungen zur Räumung im Juni 1794 beschrieben hat, schade auch, daß er Denkschriften des Herzogs von Sachsen-Teschen über den Zustand der österreichischen Armee und die wahren Ursachen der geringen Kriegserfolge (I, 289; II, 377) mittheilt. Sonst könnten wir glauben, daß die Wiener Quellen in der That noch eine andere Auffassung zulassen, als sie nach preußischen, holländischen und englischen Quellen in unserer Literatur sich eingebürgert hat. Doch nein, die Wiener Quellen bestätigen im Wesentlichen, wie Sybel im letzten Hefte seiner historischen Zeitschrift vortrefflich erörtert und unwiderleglich nachgewiesen hat, nur die Resultate der deutschen Forschung. Vivenot verdanken wir blos die für einen Soldaten besonders charakteristische Behauptung: „Das Unglück der kaiserlichen Waffen war nur von sekundärer Bedeutung für den Erfolg des Feldzuges" (I, 163), ihm verdanken wir auch folgenden logisch klaren und sprachlich eleganten Satz: „Auf die Summe des Abganges auf das Triplum (18,264 Mann Cav., 25,249 Mann Inf.) belief sich die auf die fünffache Streitmacht erhöhte Reichsarmee" (II, 403).

Anfangs giebt man sich der Meinung hin, nur die blinde Wuth auf Preußen habe den Verstand des Verfassers verdunkelt; nur wo die tendentiöse Leidenschaft in ihm sich regt, verwirre sich sein Urtheil, verliere er den Zusammenhang der Gedanken. Hat man aber das Buch zu Ende gelesen, so giebt man diese Ansicht auf. Der Verfasser ist überhaupt nicht im Stande, die vorliegenden Thatsachen in ihrer Bedeutung zu erfassen, folgerichtige Schlüsse zu ziehen, Widersprüche in seinen Vorstellungen zu bemerken. Die Tinte, mit welcher er Oesterreichs Entschluß, eine Reichsarmee zu bilden, lobte, ist noch nicht trocken geworden, als er sich bereits anschickt, die Misere derselben Reichsarmee ausführlich zu schildern. Er ergeht sich in Klagen über Preußens Opposition am Reichstage und begründet sie durch die Erzählung, wie namentlich die süddeutschen Fürsten und geistlichen Stände den Widerstand gegen Oesterreich schüren. Der Kurfürst von Köln, des Kaisers Onkel, schrieb an den Vicereichskanzler 29. August 1794 (I, 330) klagend, daß die österreichischen Minister und Generale jede Forderung an die Reichsstände mit der Drohung begleiteten, Oesterreich werde sich sonst auf den Schutz seiner Erbstaaten einschränken, daß der Wiener Hof die Sprache des väterlichen Reichsoberhauptes verlernt habe und

nur Cabinetsinteressen walten lasse. Vivenot erzählt mit Enthusiasmus die aufopfernde Hingebung Oesterreichs für das heilige, römische Reich. Die österreichische Finanznoth rührt vorzugsweise „von der Instandsetzung der Reichsfestungen" her (II, 192); dieselben Reichsfestungen waren aber nur „dem Namen nach" Festungen, verdanken ihre Verbesserungen den Franzosen, welche sie theilweise occupirt hatten und sind beispiellos schlecht ausgerüstet (II, 8). Selbstverständlich wirft sich Vivenot zum Advokaten des Hofkriegsrathes auf (I, 236). „Wer ihn schmäht, beweist nur seine Unkenntniß der inneren Verhältnisse Oesterreichs," wer ihm die Schuld für die schlechte Verpflegung und Bewaffnung der Armee beimißt, verleumdet ihn. Um diese großen Verdienste des Hofkriegsrathes würdig zu illustriren, zählt Vivenot auf: 1) Eine Note des Kriegspräsidenten Grafen Wallis vom 1. Oktober 1794, es möge die im Conferenzprotokolle vom 10. Juli vorgeschlagene Verstärkung der Armee in promptesten Vollzug gesetzt werden; 2) eine Reihe von Beispielen von der schlechten Verpflegung der Armee, welche am Rhein und in Belgien stand und ihren Proviant aus Galizien über Danzig bezog, weil es so der Nutzen der österreichischen Lieferanten verlangte; 3) eine Denkschrift des Herzogs von Sachsen-Teschen, daß die Knauserei des Hofkriegsrathes die Armee in die bitterste Verlegenheit bringe und die Verfassung des Heeres den Sieg hindere! (I, 237; II, 380). Wer wollte ferner noch den Eifer Oesterreichs für die Integrität der Reichsverfassung bezweifeln, wenn er die zahlreichen Aufforderungen, eine Diktatur zu gründen, die Exekutive in die Hand des Kaisers zu legen, liest, von den Plänen, einen süddeutschen Sonderbund sub auspiciis Caesaris zu stiften, hört, oder von dem Kampf Thugut's gegen die Wiener Reichspartei (III, 31) vernimmt? Wer ist nicht völlig davon überzeugt, daß Oesterreich 1795 die öffentliche Meinung in Deutschland gewonnen habe, wenn ihm Vivenot erzählt, ein berüchtigter polnischer Parteigänger, Kolbielski, halb Fanatiker, halb Narr, den nebenbei gesagt die Oesterreicher selbst später durch Internirung unschädlich machten, habe ein oder zwei Dutzend Broschüren zu Gunsten Oesterreichs gegen Preußen geschrieben. Und wohlgemerkt, dieses that der edele Polake aus eigenem Antriebe, unaufgefordert, ganz im Gegensatze zu den preußischen Lohnschreibern — denn die Instruktionen der österreichischen Staatsmänner Dietrichstein, Frank, Hügel für Kolbielski haben sich noch erhalten. Vivenot verfehlt auch nicht, sie III, 453, auszugsweise mitzutheilen. Will man noch einen weiteren Beweis, wie weit die Naivetät des Verfassers reicht? S. 198 (II) ereifert er sich gegen das Ansinnen, die österreichischen Truppen an England zu vermiethen. „Eher mit Ehren zu Grunde gehen, als ehrlos sterben," rief wenig logisch, aber echt biedermännisch ein österreichischer Minister. Aber schon zwei Seiten weiter wird mit großem Wohlbehagen erzählt, daß der Subsidientraktat mit England zu Stande gekommen sei und nur das Bedauern ausgesprochen, daß England nicht schon ein Jahr früher Oesterreichs Truppen in Sold genommen habe.

Doch genug der Blumenlese. Jetzt nur noch ein kurzes Nachwort. Was in aller Welt konnte die gegenwärtige österreichische Regierung dazu verleiten,

die Vertheidigung ihrer Interessen einem Menschen wie Vivenot anzuvertrauen, was konnte sie abhalten, das fertige Buch nicht sofort einstampfen zu lassen? So schlecht steht es mit der Bildung in Wien nicht, daß man annehmen dürfte, die vollkommene Unfähigkeit des Verfassers zur Lösung der ihm gestellten Aufgabe wäre hier unbekannt geblieben. Aber ihn empfahl der blinde Haß gegen Preußen; sein Werk gilt als gut, weil es an maßlosen Schmähungen auf Preußen Alles, was in dieser Hinsicht bisher geleistet wurde, übertrifft. Friedrich der Große ist ein Lügengeist, Friedrich Wilhelm II. der „Herostrat des heiligen römischen Reiches deutscher Nation," die preußischen Feldherren werden als Feiglinge und Intriguanten, die Berliner Staatsmänner geradezu als Schurken charakterisirt, welche stets nur auf Verrath sinnen und alle Depeschen zu keinem anderen Zwecke schreiben, als um fünfzig Jahre später Sybel und Häusser zu täuschen (II, 460) und wer es überhaupt wagt, zu Gunsten Preußens die Stimme zu erheben, alle deutschen Historiker von Namen und Gewicht erscheinen in Vivenot's Buche als Lügner und Betrüger angeführt. Das wüste Schimpfen und lärmende Poltern dient aber dem Verfasser als passende Unterlage für die Glorifikation Oesterreichs. Er bewundert nicht allein unbedingt Oesterreichs Thaten in den ersten Revolutionsjahren, ihm dünkt auch Preußens Aufopferung in dem Befreiungskriege unbedeutend gegen Oesterreichs Einsatz für die deutsche Freiheit, ihm schwebt auch das gegenwärtige Oesterreich als Idealstaat vor. Es wird nicht eher Ordnung in Europa herrschen, als bis Oesterreich auf dem Continent in demselben Maße gebietet, wie ehedem Frankreich, es wird nicht eher die deutsche Freiheit erstehen, als bis der König von Preußen zum Kurfürsten von Brandenburg herabgedrückt, Preußen aus der Reihe der Großstaaten gestrichen und Kaiser Franz Joseph zum deutschen Kaiser und absoluten Herrscher des wiedergeborenen heiligen römischen Reichs wird erhoben sein. Das sind die politischen Schlüsse, welche Vivenot aus seinen historischen Betrachtungen (III, 512—557) zieht. Diese politischen Schlüsse haben ihm ohne Zweifel ein huldvolles Lächeln seiner Patroné, der Max Gagern, Biegeleben und Braun, verschafft, sie haben ihm die Huldigung der katholischen Literaturzeitung, auf deren Wohlwollen wahrscheinlich auch die schmähliche Denunziation der Universitäten Göttingen, Bonn, Heidelberg und München (III, 451) spekulirt, erworben. Die katholische Literaturzeitung nennt Vivenot's Buch eine politische That. In dem Sinne, als durch die Naivetät des Verfassers der nimmer rastende Haß der Wiener Regierung gegen Preußen und ihre fanatischen Pläne enthüllt werden, nehmen wir gleichfalls die Bezeichnung an. Ja, Vivenot hat eine politische That verübt, sie wird ihm aber nur die Verachtung aller ehrlichen Deutschen, sowie den Widerwillen aller unbefangenen Oesterreicher eintragen und nur beweisen, daß das Geschlecht der Kolbielski's auch in unseren Tagen noch nicht ausgestorben sei.

A. Springer.

Politische Correspondenz.

Berlin, 10. Juli.

Eine gewaltige Zeit, eine ruhmvolle Epoche der deutschen Geschichte ist verflossen, seit diese Blätter zum letzten Male die Ereignisse des Tages besprachen. Der kühne Traum, welchen der Freiherr vom Stein zu Petersburg in dem blutigen Winter von 1812 zu träumen wagte, es werde die Mitte des Festlandes sich zusammenfassen zu zwei großen einheitlichen nationalen Gemeinwesen: Deutschland und Italien — diese verwegene Hoffnung ist heute durch wenige Wochen voll kriegerischer Thaten der Erfüllung näher gerückt worden als vordem durch lange Jahre geistiger Arbeit. Die Parteien Preußens, so eben noch entzweit in bitterem Hader, finden sich zusammen einträchtig in dem Danke gegen die Barmherzigkeit des Himmels, in der Freude über das tapfere Heer, in dem festen Willen, daß aus dem in Strömen vergossenen edlen Blute ein dauerhafter Segen für Deutschland ersprießen solle; und die öffentliche Meinung des Auslandes, die Sklavin des Erfolgs, beginnt endlich zu begreifen, warum die Preußen mit stolzer Freude auf die schwarzweißen Fahnen blicken. Und Gottlob, es ist nicht leichtfertige Ueberhebung, was heute Millionen preußischer Herzen in rascheren Schlägen klopfen läßt. Wir haben gelernt von dem polternden Uebermuthe der Feinde, die vor dem Kampfe schon mit den Früchten ihrer „glänzenden militärischen Erfolge" prahlten. „Wir sind die alten Preußen noch von Roßbach und von Leuthen!" — diese schlichten Zeilen, die heute an den Anschlagssäulen der Hauptstadt stehen, bezeichnen treffend den Sinn eines großen Volkes, das mit ruhiger Befriedigung sich gestehen darf, die Söhne seien der Väter werth. Als im Jahre 1740 die Soldaten Friedrich's die schlesische Grenze überschritten, da ergoß sich der Hohn der Wiener über die wohlgedrillten Paradetruppen des alten Dessauers; auf dem Felde von Mollwitz mußte der Spott verstummen. Den Nachkommen gereicht zur Freude, daß auch diesmal vor dem Heldengeiste der Sieger von Trautenau und Königgrätz die Prahlerei übermüthiger Feinde zu Schanden ward; doch wir sind nüchtern und maßvoll genug um einzusehen, daß mit der blutigen Arbeit auf den Schlachtfeldern von Böhmen erst die leichtere Hälfte des schweren Werkes gethan ist.

Es scheint ein undankbares Geschäft, einer so rasch lebenden Zeit mit der Feder zu folgen. Kaum ist die Tinte vertrocknet, so ändert eine unerwartete Wendung von Grund aus die Lage der Dinge. Dem Leser fehlt die Sammlung, einer eingehenden Betrachtung zu folgen; in solchen Tagen lebt der Mensch von rothen Kriegsdepeschen und von den ungeheuerlichen Ausgeburten der mündlichen Ueberlieferung. Den Schreibenden selbst überkommt das beschämende Gefühl von der Werthlosigkeit seines Thuns, wenn anders von der Schlag- und Kampflust der Deutschen noch etwas in ihm lebt; jeder tapfere Dragoner, der einen Croaten in die Pfanne haut, thut für den Augenblick Größeres für die deutsche Sache, als der feinste politische Kopf mit der gewandtesten Feder. Aber

neben dem Kampfe der Waffen geht im Stillen der Kampf der Geister weiter; über kurz oder lang wird eine Zeit wiederkehren, da die Debatte etwas bedeutet. Und für diesen Fall ist es nicht müßig, aus den großen Schicksalswendungen der letzten Wochen einige Ergebnisse hervorzuheben, welche für das neue Deutschland, das sich gestaltet, von bestimmender Bedeutung sein werden. —

Zunächst, das preußische Volk ist mit reinem Gewissen und frohen Muthes in diesen Kampf gegangen; über die Bedeutung dieses gerechtesten der Kriege besteht kein Zweifel mehr. Vor wenigen Wochen wurde das einfache Sachverhältniß noch verdunkelt durch die Verworrenheit des schleswig-holsteinischen Handels, durch die Verbitterung des Parteigeistes; noch zu Anfang Juni konnte das Wahlprogramm der Fortschrittspartei die thörichte Anklage wagen, daß allein der Uebermuth des Grafen Bismarck diesen Krieg verschuldet habe. Heute möchten wir Keinem rathen, eine solche Behauptung öffentlich in den Straßen Berlins zu wiederholen. Die Verblendung unserer Feinde hat die preußische Regierung jeder eigenen Rechtfertigung überhoben. Die einfach würdigen Worte, welche König Wilhelm an dem glückverheißenden Tage von Belle-Alliance zu seinem Volke sprach, genügten vollauf, denn Oesterreichs jüngste Thaten schrieben dazu einen jedem schlichten Bauersmanne verständlichen Commentar. Der Gasteiner Vertrag, den Oesterreich seit seinem Abschlusse Tag für Tag gebrochen hatte, ward endlich — so rühmten die amtlichen Wiener Blätter — „Preußen in Fetzen vor die Füße geworfen," als der k. k. Statthalter eigenmächtig die Stände von Holstein zur Entscheidung der Erbfolgefrage einberief. Die preußische Regierung constatirte den Vertragsbruch, sie stellte sich wieder auf den Boden des Wiener Friedens, der nunmehr allein für beide Mächte rechtlich bindend war. Sie erklärte sich bereit, wiederum mit dem Mitbesitzer eine gemeinsame Regierung für beide Herzogthümer zu bilden, sie ließ Truppen in Holstein einrücken und gab dem Mitbesitzer anheim in Schleswig das Gleiche zu thun. In denselben Tagen machte die Krone Preußen noch einen letzten Versuch, sich direkt mit der Hofburg zu verständigen. Das Possenspiel, das der Wiener Hof einem so redlichen und rechtmäßigen Verfahren gegenüber begann, wird noch fernen Zeiten denkwürdig bleiben. Er zog seine Truppen aus den Herzogthümern zurück; er erklärte diesen freiwilligen Abmarsch für eine Folge preußischer Gewaltthaten, und noch einmal mußte die wächserne Nase des Bundesrechts für die Hofburg ihre Dienste thun. Oesterreich rief den Bundestag auf zum Schutze von Verträgen, welche selber nichts anderes waren als eine flagrante Verletzung des Bundesrechts. Noch mehr, es beantragte die Mobilmachung, den Krieg gegen Preußen — zum Schutze jener Bundesgesetze, welche den Krieg zwischen Bundesstaaten verbieten. Die Frankfurter Versammlung, von jeher zu lächerlich um ernstlich gehaßt, zu gemeinschädlich um aus vollem Herzen verlacht zu werden, nahm am 14. Juni ein Ende würdig ihres Lebens. Wie vormals bei der Wiedergeburt des rechtmäßig aufgehobenen Bundestags die traurige Gestalt des Herrn v. Linde Hebammendienste verrichtete, so wird dereinst die Geschichte mit dem zweiten und letzten Untergange des Bundestags

untrennbar verbinden — den Namen des Herrn Victor v. Strauß, der vor Jahren die Lehren des politischen Meineids in ein System brachte und heute jenes Gewirr von Zänkerei und Lügen, von Langeweile und erbärmlichen Ränken, welches man Bundesverhandlungen nennt, durch eine gefälschte Abstimmung würdig beendigt hat. Wir athmen auf, wenn wir von diesem gespenstischen, verlogenen Treiben zu Frankfurt das Auge wenden auf jene raschen, kühnen Schläge, welche Preußen zur Antwort gab. Der Bundesfesseln entledigt, läßt Preußen am 16. Juni seine Truppen in die drei Mittelstaaten des Nordens einrücken. Am 22. Juni überschreitet die schlesische Armee die feindliche Grenze, am 26. Juni steigt das Heer des Prinzen Friedrich Karl in das Thal der Iser nieder, und seitdem folgt Schlag auf Schlag jene Reihe herrlicher Siege, welche den größten Theil von Böhmen in Preußens Hände, unser Heer auf die Straße zur Hauptstadt des Feindes gebracht hat.

Sollten selbst nach den Frankfurter Vorgängen einzelne Preußen noch den unschuldigen Glauben an das deutsche, bundestreue Oesterreich sich bewahrt haben, so muß die neueste Schwenkung der k. k. Hauspolitik auch den Blödesten belehren. Venetien ist an Napoleon III. abgetreten, die bewaffnete Einmischung Frankreichs in die deutschen Händel durch das Haus Lothringen erbeten. Der Streich war längst erwartet; aber warum mußte dies ruchloseste unter allen Verbrechen, die Oesterreich je gegen unser Vaterland vollführte, mit so beispiellosem Cynismus vollbracht werden? Ließ sich nicht irgend ein wohllautender Vorwand finden, um dies schimpfliche Eingeständniß der Schwäche einer alten, stolzen Großmacht, diese Anrufung des Auslands durch den Wahrer des Bundesrechts, durch die „Präsidialmacht des Bundes“ einigermaßen zu beschönigen? Dies jüngste Probestück lothringischer Politik ist an den mittelstaatlichen Höfen mit einem Jubel begrüßt worden, der von dem vaterländischen Sinne dieser Cabinete ein beredtes Zeugniß giebt; in Preußen hat es die segensreiche Folge gehabt, daß alle Parteien sich einträchtig um den König schaaren. Rastlose Verfolgung der errungenen Vortheile, bis unter den Mauern Wiens dem Feinde der Frieden dictirt wird — so lautet der einstimmige Ruf aller Parteien. Selbst die Friedfertigen, die vor Kurzem noch den Krieg verwünschten, erklären heute die kühnste Politik für die klügste. Auch von den Italienern steht zu erwarten — und die soeben eingetroffene Nachricht von dem wiederholten Einfalle in Venetien bestätigt diese Erwartung — daß das Selbstgefühl der Nation nach einer mit Ehren verlorenen Schlacht nicht tief genug gesunken ist, um in eine so plumpe Falle zu gehen. Ohne Zweifel besteht ein bindender Vertrag zwischen Preußen und Italien, der einseitige Friedensschlüsse verbietet. Die Krone Italien wird ihrer Verpflichtung nachkommen; denn seit Langem sehnen sich die Patrioten der Halbinsel die anmaßende Vormundschaft Frankreichs abzuschütteln, und am Wenigsten ein hochherziger Staatsmann wie Baron Ricasoli wird seinem Könige rathen, dies erdrückende Uebergewicht noch zu verstärken. Die Allianz der beiden Mächte, auf deren Kraft und Blüthe die Zukunft Mitteleuropas beruht, ist nicht das Werk vorübergehender diplomatischer Combinatio-

nen; sie soll dauern und dem Welttheile ein wirkliches Gleichgewicht der Macht, einen gesicherten Friedenszustand schaffen. Die Dynastie Savoyen ist eine junge, illegitime Macht für den größten Theil der Halbinsel, sie steht einer mächtigen republikanischen Partei gegenüber, welche in der Geschichte und den Gewohnheiten der Italiener starke Stützen findet. Es wäre ein verhängnißvolles Wagniß, wo nicht ein Selbstmord, wenn das königliche Haus den Besitz Venetiens durch eine Demüthigung vor dem Fremden, vielleicht durch eine abermalige Abtretung italienischen Landes erkaufte. In solcher Lage scheint uns die Stellung des Kaisers der Franzosen keineswegs so einfach und sicher, wie die jubelnden Stimmen des schwarzgelben Lagers wähnen. Allerdings sind auf die Kunde von der Abtretung Venetiens im französischen Volke nochmals für einen Augenblick die unholden Leidenschaften der Herrschsucht und Ländergier aufgelodert. Der Kaiser selber hegt, als ein nüchterner Mann der Thatsachen, durchaus keinen Glauben an den ernsten Willen der deutschen Nation, ihre Zersplitterung zu beenden; er würde vermuthlich am Liebsten sehen, wenn der Süden Deutschlands der österreichischen, der Norden der preußischen Schirmherrschaft verfiele und die Könige von Napoleon's Gnaden den besten Theil ihrer Selbständigkeit retteten. Aber kann er ernstlich wünschen, die Freiheit Italiens, welche den schönsten Ruhm seiner Regierung bildet, zu zerstören und sich die Todfeindschaft der beiden jungen Großmächte Mitteleuropas zu verdienen? Wird er das flotte Schiff seines modernen Kaiserthums mit dem ehrwürdigen Wrack der habsburgischen Hausmacht zusammenketten wollen? Wir meinen, der Kaiser werde auch diesmal bewähren, daß er mit freierem Blicke als sein Volk die Nothwendigkeit die Berechtigung dieses deutschen Krieges zu würdigen weiß. Wollten die Bonapartes die kurzsichtige Politik des Herzogs von Choiseul erneuern und den deutschen Krieg zu einem Weltkampfe erweitern: — es wäre das sicherste Mittel, die Verwirrung der Geister in den kleinen deutschen Staaten zu heilen und alle großen Leidenschaften der deutschen Nation zu einem verzweifelten Ringen wachzurufen. Wie immer der Ausgang eines solchen Krieges fallen möge: — jene mittelstaatlichen Höfe, welche den Napoleoniden so theuer sind, würden ihn schwerlich überleben.

Die gehäuften Sünden unserer Feinde und das wieder erwachte Vertrauen zu der kriegerischen Kraft des eigenen Volkes haben endlich den Preußen die Augen geöffnet über den Sinn des großen Kampfes. Wenn heute Einer die Frage stellte: was gilt's in diesem Kriege? — so würden Millionen Preußen erwidern, was vor einigen Wochen nur von wenigen Einsichtigen durchschaut ward und heute noch von dem mißwollenden Auslande bezweifelt wird: dieser Krieg bezeichnet das Erwachen zweier großer Völker, die endlich den Muth gefunden, sich selber anzugehören und eine entsittlichende Fremdherrschaft abzuschütteln. Wir sagen mehr, der Krieg ist zugleich, wie jener Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten, ein Kampf der Bildung gegen die Rohheit. Diese Rohheit, die wir bekämpfen, zeigt sich nicht blos in dem brutalen Deutschenhasse der österreichischen Slaven, in der beispiellosen Verlogenheit und Prahlerei der

k. k. Generale; sie zeigt sich auch, mit tiefem Schmerze sprechen wir es aus, in der Haltung des süddeutschen Volkes.

Die Zeit ist längst dahin, da die Süddeutschen im Vordergrunde unseres politischen Lebens standen; seit der deutschen Revolution hat das Volk des Südens in allen großen Krisen des Vaterlandes mit erschreckender Regelmäßigkeit das Unvernünftige gewollt. Hier war der Heerd des blinden k. k. Kriegsfanatismus im Jahre 1859, hier fand die kindische Fehde wider das beste politische Gemeingut der Nation, wider den Zollverein, ihre hitzigsten Kämpen, hier die unwahre Agitation des Augustenburgischen Particularismus die gläubigsten Hörer. So war es denn auch jetzt wieder eine Täuschung, wenn wir hofften, die auf dem Frankfurter Abgeordnetentage ausgesprochenen gemäßigten Grundsätze würden im Süden Fuß fassen. Mit unglaublicher Leichtfertigkeit hat sich das Volk dem Terrorismus der vereinigten ultramontanen und radicalen Partei unterworfen — einer Coalition, die nur allzusehr an jene verrufene Verbindung reaktionärer und demagogischer Elemente in den Sklavenstaaten Nordamerikas gemahnt. Der Ultramontane hat kein Vaterland, er haßt den preußischen Staat als ein Kind der Reformation, als einen Staat, welcher der katholischen Kirche zwar reiche Freiheiten gewährt, aber stark genug ist, sie unter das gemeine Recht zu beugen. Dem Radicalen ist das Vaterland nur eine Phrase, er haßt jeden Staat, der die Selbstsucht, den Eigenwillen des Einzelnen einer festen Regel unterwirft; willkommen ist ihm nur der Kleinstaat, der gleich einer Eierschale den Einzelnen nicht drückt, aber auch nicht schützt. An diese Parteien schließt sich die Bureaukratie mit ihrem engherzigen Particularismus, desgleichen alle jene zweideutigen Elemente der Gesellschaft, welche bisher von dem Schlendrian der Kleinstaaten und der Fäulniß des österreichischen Staats goldene Früchte ernteten: kein Zufall wahrlich, daß die Pächter der Spielbanken und die Haussiers der Frankfurter Börse zu den Wortführern der k. k. Partei zählen. Daß die wissenschaftliche Bildung im Norden höher stehe denn im Süden, ist ein norddeutsches Vorurtheil. Doch allerdings in der politischen Bildung, in dem Verständniß für nationale Machtfragen übertreffen wir die Süddeutschen. Jeder gebildete Mann des Nordens kennt den Süden und ist darum ziemlich frei von jenen gehässigen landschaftlichen Abneigungen, welche der Unkenntniß entspringen; in den großen Verhältnissen unserer Hafenplätze und Weltmärkte kann die binnenländische, kleinstädtische Beschränktheit des politischen und wirthschaftlichen Urtheils sich nicht halten. Trauriger ist eine andere Folge des süddeutschen Kleinstaatenthums: weil hier der Segen einer strengen politischen und militärischen Zucht gefehlt hat, so ist die sittliche Bildung gesunken und eine freche, schreiende Zuchtlosigkeit aufgewuchert. Während die Blüthe der norddeutschen Jugend mit spartanischer Mannszucht in einen Krieg ging, der Anfangs von der großen Mehrheit nicht gewünscht ward, prangten an den Schaufenstern süddeutscher Städte die Bilder der drei Nationalhelden: Benedek, Gablenz und — des Meuchelmörders Blind. Mögen die Demagogen immerhin Zeter rufen über den Denuncianten — die harte Wahrheit muß gesagt werden: die blutige

That jenes unseligen Menschen war nichts anderes als der Widerhall der blutigen Worte, welche die radicale Presse des Südens Tag aus Tag ein unter die Massen warf. Nur freilich war den Meisten dieser lärmenden Schreiber das Bewußtsein ganz abhanden gekommen, daß Worte einen Sinn und eine Folge haben; nur freilich steckte hinter den polternden Reden in der Regel kaum so viel Muth, als zum Einwerfen eines Fensters gehört. Die windigste Phrase genügt, diese Köpfe zu bethören. Die schwarzgelbrothen Armbinden, welche der k. k. Generalissimus durch die Frauen und Jungfrauen Frankfurts für seine Bundesarmee und ihre k. k. italienischen Regimenter anfertigen läßt, reichen vollkommen aus, tausend gebildete Männer zu überzeugen, daß der Rumpfbundestag wirklich die Sache Deutschlands vertritt. Wir hätten nie für möglich gehalten, daß in dem sittlichen deutschen Volke eine so dichte Saat der Lügen aufsprießen könnte, wie sie heute in der süddeutschen Presse gedeiht. Die französische und englische Presse redet jetzt ungleich redlicher, billiger, gesitteter über die preußischen Zustände als die Presse Süddeutschlands. Oftmals während der letzten Wochen im Süden meinten wir, aus den Mienen der erhitzten Gesichter Tag und Stunde berechnen zu können, da der Jammer dem Rausche folgen müsse. Und sie wird folgen, die heilsame Ernüchterung — sobald der Einzug preußischer Truppen den Heerd dieser demagogisch-ultramontanen Wühlerei, die freie Stadt Frankfurt, von ihrer Selbstüberhebung heilt. Der Ort ist ein großer Geld- und Wechselplatz für Deutschland, nichts weiter; daß er sich so lange als die deutsche Hauptstadt gebärden konnte, erklärt sich nur aus jenem grenzenlosen Dünkel, jenem Verkennen aller realen Verhältnisse, wodurch die kleinstaatliche Demokratie sich auszeichnet. Wir wissen sehr wohl, Verlogenheit, Ueberhebung, Phrasenseligkeit sind nicht angeborene Charakterzüge unserer Brüder im Süden, sondern lediglich Folgen der kleinstaatlichen Verbildung und Verkümmerung; und weil wir dies wissen, darum begrüßen wir mit Freuden den Zug der preußischen Truppen gegen den Main. Gelingt es den Waffen Preußens, durch einen sieghaften Kampf die Kleinstaaten des Südens einem großen nationalen Gemeinwesen einzufügen, so wird der Süden nie wieder ein so abschreckendes Schauspiel politischer Entsittlichung und Zuchtlosigkeit bieten; die edlen, in mancher Hinsicht dem Norden überlegenen, Kräfte seines Volkes werden endlich wieder nationalen Zwecken dienen. —

Die Ueberzeugung ist im Wachsen, daß dieser in der Stille der Cabinette geborene Kampf ein nationaler Krieg sei, der die Verjüngung des Vaterlandes nach sich ziehen werde. Bereits wird in den Kleinstaaten des Nordens der berechtigte Vorwurf laut, ob man die Preußen allein bluten lassen solle für Deutschlands höchste Güter. In noch weiteren Kreisen regt sich die Einsicht in den moralischen Bankrott des deutschen Zaunkönigthums, der in der That die verwegensten Erwartungen übertroffen hat. Wir hatten früher oft Gelegenheit süd- und mitteldeutsche Offiziere über das preußische Heer absprechen zu hören und sagten uns im Stillen: „und diese Menschen klagen über die Prahlerei der Preußen!" — wenn wir hören mußten, die Einnahme von Düppel

sei eine mittelmäßige Belagerungsübung, die Eroberung von Alsen ein unver-
dienter Glücksfall, das preußische Reglement leerer Kamaschendienst u. s. f.
Und nach solcher Ueberhebung ein so schmählicher Fall, so viele bald hochkomische,
bald empörende Scenen kleinköniglicher Selbstsucht, Feigheit, Verlogenheit! Den
Reigen eröffnet der Augustenburger mit jener für unser Kleinfürstenthum typi-
schen Proclamation des Inhalts: „ich erwarte, daß Jedermann seine Schuldig-
keit thut, ich allein thue die meine nicht“ — und kaum haben seine k. k. Freunde
das Land verlassen, so ist der augustenburgische Patriotismus in Nichts zerfallen.
Fast ebenso widerwärtig war das Schauspiel der Agonie des Albertinischen
Hauses. Zwar das Eine wird Niemanden Wunder nehmen, daß jener Meister
der Lüge, der nächst Kaiser Franz Joseph die schwerste Schuld an dem vergosse-
nen Blute trägt — daß Herr v. Beust seinen getreuen Ständen aber- und
abermals seine friedfertige Gesinnung versicherte. Aber ein entsetzliches Zeugniß
für die verdummende und entsittlichende Wirkung des Beustischen Regimentes
bleibt es doch, daß in dem Landtage eines hochgebildeten Völkchens nicht ein
Mann Verstand und Muth genug besaß, um den plumpen, mit Händen zu
greifenden Lügen des Ministers tapfer zu Leibe zu gehen und dem Volke zu
zeigen, welch' ein frevelhaftes Spiel mit ihm getrieben ward. Die Schätze der
Krone waren rechtzeitig in Sicherheit gebracht; für die Vertheidigung des
Landes wagte man nichts als die nutzlose Zerstörung einiger Brücken; das
tapfere, kleine Heer mußte in Böhmen die traurige Rolle einer k. k. Division
spielen. In der Katastrophe des kurhessischen Hofes erscheint besonders auffäl-
lig die schimpfliche Abhängigkeit des Landesherrn von dem k. k. Gesandten und
die frivole Gleichgiltigkeit gegen das Schicksal des trefflichen Heeres, welches,
gut deutsch, gut preußisch gesinnt, kaum halb gerüstet, in den Kampf geschickt
ward wider die alten, treuen Waffengefährten. Welch' einen Anblick vollends
gewähren die letzten Tage des Welfenhofes! Zuerst, wie man jetzt urkundlich
nachweisen kann, ein treuloses Doppelspiel zwischen Oesterreich und Preußen,
dann offener Uebergang in das k. k. Lager und auf die erste Nachricht von dem
Einmarsche der Preußen eine lächerliche nächtliche Flucht. Nachher ein plan-
und zielloses Umherziehen mit der braven Armee, die durch rasche Entschlossen-
heit sehr leicht gerettet werden konnte, und abermals unredliche Verhandlungen
mit Preußen; dann, ohne jede Aussicht auf Erfolg, lediglich zur Rettung der
welfischen Ehre ein blutiger Kampf, darin Hunderte wackerer Deutscher das
Leben ließen um einer kleinköniglichen Laune willen; zuletzt, um das Werk zu
krönen, eine jener gotteslästerlichen Proclamationen, die heute nur noch in Deutsch-
land geduldet werden. Wahrlich, diese unendliche Selbstentwürdigung des hohen
Adels deutscher Nation wäre ein wundervoller Stoff für die Feder eines Cal-
lot-Hoffmann, wenn nicht das frevelhaft vergossene Blut so laut nach Vergeltung
schriee.

Nicht minder bejammernswerth ist die Haltung der süddeutschen Höfe.
Was dort an Muth und Thatkraft fehlt, sucht man zu ersetzen durch Brutali-
tät, Prahlerei und Verrath. Während Preußen den Krieg mit rühmlicher Hu-

manität führt, seinen höchsten Trumpf, die Aufhebung des Zollvereins, noch gar nicht ausgespielt und keinen Augenblick vergessen hat, daß es gegen Brüder und Stammgenossen kämpft, begann Bayern seine Action noch vor der Kriegserklärung mit der Austreibung der preußischen Telegraphenbeamten aus Frankfurt. Daran schloß sich die Ausweisung sogar preußischer Frauen aus der Bundesstadt, welche heute trotz ihrer „Freiheit" knechtisch die Dictatur des k. k. Gesandten erträgt, und in Hohenzollern die Aufforderung an die preußischen Beamten, dem Rumpfbundestage den Eid zu leisten. Der greise König Ludwig dichtet Siegeshymnen auf Oesterreich, und Landesherren und Bundesfeldherren überbieten sich in donnernden Ansprachen. Die Festung Mainz, durch vollgiltigen Bundesbeschluß für neutral erklärt, wird von den Bayern treulos der einen kriegführenden Partei geöffnet; und der Großherzog von Weimar darf sich alles Ernstes beklagen, daß seine Armee ihm durch den Rumpfbundestag böslich entwendet wurde. Indessen hadern Prinz Karl von Bayern und Alexander von Hessen über den Operationsplan, die Reichsarmee macht durch unglückliche militärische Spaziergänge ihrem traurigen Namen Ehre, und den Deutschen überkommt ein tiefer Unmuth, wenn er so viel tapfere Manneskraft unter nichtsnutziger Leitung vergeudet sieht. Wie rathlos und haltlos ein Kleinstaat in großen Tagen dasteht, das zeigt vielleicht am Deutlichsten das traurige Loos eines der edelsten deutschen Fürsten, des Großherzogs von Baden. Ein Deutscher durchaus, hochherzig und freigesinnt, sieht er im eigenem Lande eine fanatische Rotte von Pfaffen und Demagogen sich gegenüber. Seinen Rath bilden, außer einigen Fachmännern, ein trefflicher, preußisch gesinnter Handelsminister, der soeben seine Entlassung genommen hat, ein Minister des Innern, der um die Verwaltungsreform sich Verdienste erworben hat, aber in der großen Politik sich nicht über das Niveau der süddeutschen Bierbank erhebt, endlich ein Minister des Auswärtigen, Adept des Herrn v. Beust, gebildet in der Schule der augustenburgischen Agitation. Unter einer so buntscheckigen Regierung überfällt den kleinen Staat die gewaltige Zeit; der heldenhafte Entschluß, allein neutral zu bleiben unter den Staaten des Südens, ist unmöglich, denn nur Thoren erwarten Heroismus von einem kleinen Fürstenthume. So sieht sich der unglückliche Fürst in das Lager der Feinde Deutschlands, in den Krieg wider seinen Schwiegervater getrieben. Und mit welcher Kinderunschuld taumelt das Völkchen in die große Krisis hinein, wie ahnt es sogar nichts von dem grausamen Ernste des Krieges! Die sächsische Landescommission beruft Recruten ein für die Armee ihres Königs während der preußischen Occupation und verwundert sich höchlich, als der preußische Gouverneur dies verbietet. Die schwäbischen Regimentscommandanten schicken die Einberufungsschreiben für ihre Leute an preußische Behörden und bitten gemüthlich das Weitere zu besorgen. Die badische Regierung ersucht mitten im Kriege das Berliner Cabinet um Auszahlung der Zollvereinsgelder. Und Staatsmänner solches Schlages durften bisher in Deutschland große Politik treiben! Wahrlich, die Fäulniß dieser Zustände stinkt gen Himmel. Schon ist der rohe Radicalismus nur allzu mächtig auf deutschem

Boden, und der letzte Rest monarchischer Gesinnung muß unserem Volke entschwinden, wenn den kleinen Fürsten auch fernerhin die Militärhoheit und das Recht der auswärtigen Politik und damit die gewisse Aussicht verbleibt, in jeder ernsten Zeit ihre Krone dem Gelächter und der Verachtung der Welt preiszugeben.

Unvergeßliche Ereignisse haben bewiesen, daß Preußen und die Kleinstaaten sich in der That zu einander verhalten wie Macht und Ohnmacht, Staat und Nichtstaat. Mit dieser Erfahrung und dem Ausscheiden Oesterreichs aus dem engeren Bunde ist die Möglichkeit einer ernsthaften nationalen Politik gegeben. Fortan kann nicht mehr die Rede sein von den kindlichen Vorstellungen unserer Gefühlspolitiker, wonach der preußische „Stamm" in gleicher Abhängigkeit wie der waldeckische unter einer imaginären Centralgewalt stehen soll. Preußen hat sich erwiesen als die einzige organisirte rein-deutsche Macht. Jetzt gilt es, an dieses Preußen, wie es ist, mit all' seiner rauhen Größe, seiner Härte und Schroffheit, als an einen festen Kern die weiche Masse der Kleinstaaten anzuschließen, vorläufig in einer Art von föderativer Verbindung. Dieser Thatbestand wird auch in äußeren Zeichen seinen Ausdruck finden. Wir hoffen, ein Schritt, der früher oder später doch geschehen muß, werde schon jetzt gewagt, das deutsche Parlament in die deutsche Hauptstadt Berlin berufen werden. Auch scheint es uns kaum möglich, daß das neue Deutschland unter schwarzrothgoldnem Banner sein Dasein beginnen werde. Ein poetischer Zauber schwebte über der Tricolore, als schwärmerische Jünglinge in ihr das alte Feldzeichen des heiligen Reichs zu finden wähnten und in schwerer Haft für ihre Begeisterung büßen mußten. Nachher nahmen diese Farben einen zweideutigen Charakter an, seit sie von dem Radicalismus zu seinem Parteibanner erkoren wurden und in so manchem nichtsnutzigen Straßenkampfe auf den Barrikaden wehten. Heute sind sie ganz und gar entwürdigt, seit das Haus Lothringen, das sie einst grausam verfolgte, sie zum Sinnbilde seiner Fremdherrschaft gewählt hat. Wir wenigstens haben den Muth nicht, die Fahnen von Roßbach, Dennewitz und Königsgrätz dahinzugeben für diese geschichtslose Tricolore, die heute den Feinden Deutschlands zum Feldzeichen dient.

Für die Weise des Anschlusses der Kleinstaaten an Preußen giebt das preußische Bundesreformproject vom 11. Juni einige Anhaltspunkte. Wir halten dies Project, obwohl es nach der Natur der Sache nur ein Skelett sein kann und mannichfacher Ausfüllung bedarf, für ein wahrhaft staatsmännisches Werk, maßvoll und schonend gegen das Bestehende und doch tief einschneidend in die ärgsten Schäden des deutschen Staatslebens. Der Plan krankt unseres Erachtens nur an einem Hauptgebrechen, einem Fehler freilich, dessen durchschlagende Bedeutung durch die Ereignisse der jüngsten Wochen in ein so grelles Licht gestellt worden ist, daß wir zuversichtlich glauben, die Regierung habe ihn selbst bereits durchschaut. Es genügt schlechterdings nicht, daß der König von Preußen den Oberbefehl über die norddeutschen Truppen führen soll. Was wir brauchen, ist, kurz und gut, der Fahneneid aller deutschen Truppen an den deutschen Bund und seinen Oberfeldherrn, den König von Preußen. Die-

ser Fahneneid ist die Vorbedingung für alles Weitere, er ist in der Einheitsfrage ebenso gewiß der entscheidende Punkt wie das Geldbewilligungsrecht des Landtags in der Freiheitsfrage. Der Fahneneid läßt sich nicht theilen, er duldet keine andere Verpflichtung neben sich, und die deutschen Soldaten sind keine Italiener. Das Haus Oesterreich wird in Zukunft jede Gunst der Weltlage benutzen, um die verlorene Machtstellung in Deutschland wieder zu gewinnen, es wird dabei an dem Grolle der kleinen Höfe einen bereiten Helfershelfer finden. Tritt ein solcher Conflict ein zwischen dem Oberfeldherrn und den kleinen Fürsten, so werden die kleinen Armeen unfehlbar ihren Fürsten folgen, denen sie geschworen haben, nicht dem Oberfeldherrn, dem sie nur mittelbar und nicht mit ihrem Gewissen verpflichtet sind. Erst der Fahneneid der Truppen an den Oberfeldherrn giebt eine sichere Gewähr gegen die Wiederkehr so nichtswürdiger Vorgänge wie die heutige Verschwörung der kleinen Höfe gegen Preußen. Mit dieser einen unerläßlichen Aenderung scheint uns das Project vom 11. Juni eine haltbare Grundlage zu bieten für die Neugestaltung des Vaterlands. Vornehmlich ist zu rühmen, daß nach dem preußischen Plane das deutsche Parlament sich nur mit einem fest begrenzten Kreise realer Geschäftssachen befassen soll. In den letzten Jahren haben die Deutschen einen so schrecklichen Mißbrauch getrieben mit schwungvollen großen Worten; es wird der Gesittung unseres Volkes zum Segen gereichen, wenn eine nüchterne, etwas langweilige parlamentarische Versammlung die großen Geschäfte der Nation mit prosaischem Ernste behandelt.

Welche Aenderungen im Einzelnen das preußische Project noch erleiden wird, das hängt zunächst ab von dem Gange der kriegerischen Ereignisse. Vielleicht läßt sich noch durchsetzen, was alle Patrioten sehnlich wünschen, die Beseitigung des heillosen Rechtes Bündnisse zu schließen und Gesandte zu halten, das den kleinen Höfen fort und fort die Möglichkeit des Verrathes an Deutschland gewährt. Im Verlaufe des Krieges muß sich ferner zeigen, ob es noch nöthig sein wird, dem bairischen Staate jene hervorragende Stellung zu gewähren, welche der preußische Plan ihm zuweist. Baiern besitzt an sich weder die materiellen noch die geistigen Kräfte, um die Oberfeldherrenschaft, die Suprematie im Süden auszuüben; es hat noch durch seine neueste, schlechthin lächerliche Politik genugsam erwiesen, daß es lediglich ein Kleinstaat ist von etwas größerem Umfange als die übrigen. Nur die angeborne Unfähigkeit des Kleinstaats, einen ernstlichen politischen Gedanken zu fassen, und der unverbesserliche Trias-Doctrinarismus des Herrn v. d. Pfordten konnte das Münchener Cabinet verführen, sich in die Nebel der gespenstischen Bundespolitik zu verirren, statt einzugehen auf den preußischen Reformplan, welcher Baierns dynastischem und staatlichem Ehrgeize so reichen Lohn verhieß. Die Theilung des Oberbefehls zwischen Preußen und Baiern ist auch darum nicht zu wünschen, weil sie die Idee der Mainlinie zu verwirklichen scheint, einen politischen Gedanken, welcher für die Gefühlspolitiker — das will sagen, für die ungeheure Mehrheit der Deutschen — der schrecklichste der Schrecken ist. Die nächsten Wochen werden uns lehren, ob

das an sich heilsamere, die Vereinigung sämmtlicher Truppen unter preußischem Oberfehle, erreichbar ist, oder ob Baiern rechtzeitig seinen Frieden mit Preußen schließt und dergestalt sich die Aufrechterhaltung des ursprünglichen preußischen Planes sichert.

Aber setzen wir selbst den günstigsten Fall, nehmen wir an, es werde jetzt, nach dem heißen Wunsche aller Patrioten, kein verfrühter Waffenstillstand geschlossen, sondern der Krieg fortgeführt, bis Oesterreich dem preußischen Staate freie Hand in Deutschland gewährt: so bleiben die Schwierigkeiten der deutschen Reform dennoch unermeßlich. Eine föderative Ordnung läßt sich nicht allein mit den Mitteln der Gewalt gründen; ein bescheidenes Maß von gutem Willen in der Bevölkerung ist dazu unerläßlich. Tausendmal haben die Deutschen den Bundestag verwünscht, tausendmal ein Parlament verlangt; heute, da das Parlament herannaht, wenn auch in anderer Form, als die Träumer es sich ausmalten, sträubt sich der Eigensinn und die Trägheit der Nation dawider. Minoritätswahlen und gehässige Proteste werden sich schwer verhindern lassen, am wenigsten in Sachsen; selbst die Haltung der vertriebenen Fürsten wird auf das Verfahren ihrer loyalen Unterthanen nicht ohne Einfluß bleiben; ein unter solchen Umständen berufenes Parlament wird nicht leicht den Muth finden zu durchgreifenden illegitimen Beschlüssen. Unsere schwer lebende Nation bedarf einiger Zeit, um sich zurechtzufinden in der neuen Welt, deren Morgen jetzt heraufgraut. Und doch läßt sich die Einberufung des Parlaments nicht mehr lange hinausschieben. Um so größer ist die Verantwortlichkeit der Männer, welche vermuthlich binnen Kurzem in Berlin zu einem Vorparlamente zusammentreten werden. Die Einsicht und Mäßigung ihrer Beschlüsse wird auf den Verlauf des Parlamentes selber wesentlichen Einfluß üben.

Die deutsche Verfassung, welche diesem Kriege entspringen wird, verspricht kaum länger als ein Menschenalter zu währen. Zwar den Namen „Bundesstaat" wird man ihr geben, da unser Liberalismus sich einmal in diesen Ausdruck verliebt hat, und schwergelehrte Professoren werden vor wißbegierigen Hörern die Theorie des deutschen Bundesstaats entwickeln, gleichwie einst ihre Vorgänger auf den Kathedern von Helmstädt und Altorf weislich redeten von der monarchischen Verfassung des heiligen Reichs. Dem ernsthaften Politiker muß einleuchten, daß aus den heutigen Kämpfen ein verstärktes Preußen hervorgehen wird, verbunden mit einigen mehr oder minder abhängigen Vasallenstaaten. Ein solcher Zustand trägt die Gewähr der Dauer nicht in sich. Es bleibt räthselhaft, wie ein deutsches und ein preußisches Parlament in die Länge neben einander bestehen sollen, und wie die kleinen Throne vor der allmählich reifenden politischen Einsicht und Thatkraft der Nation sich halten wollen. Doch die Erkenntniß, daß die gegenwärtige Krisis den Abschluß der deutschen Revolution noch nicht bringt, darf uns die Freude über den Segen der letzten Wochen nicht trüben. Mit der Befreiung von Oesterreichs Fremdherrschaft ist der Boden für ein nationales Staatsleben gewonnen. Und sollten auch erst unsere Söhne die vollständige Einigung des Vaterlandes vollführen: wir, die wir den Unabhän-

gigkeitskrieg in den Gefilden Böhmens erlebt, haben allen Grund unser Schicksal zu segnen; wir wissen jetzt, warum wir gelebt haben. —

Noch ist nicht sicher, ob die Mißgunst des Auslandes die vollständige Befreiung Deutschlands von der unnatürlichen Verbindung mit Oesterreich gestatten, ob bei der epidemischen Verwilderung der Regierten und der Regierenden im Süden eine deutsche Reichsversammlung möglich sein wird, welche mehr wäre als ein norddeutsches Rumpfparlament. Und schon wirft diese reiche Zeit in ihrem athemlosen Laufe neue, verhängnißvolle Fragen auf, vor Allem die Frage: wie soll das Loos der drei occupirten, norddeutschen Mittelstaaten sich gestalten? Bleibt das Glück der guten Sache treu, so erscheinen uns die Einverleibung der Herzogthümer, welche heute sogar von Kiel aus in eifrigen Adressen erbeten wird, die Herstellung eines territorialen Zusammenhangs zwischen den östlichen und den westlichen Provinzen und wohl auch die Wiedererwerbung des alten, treuen Ostfrieslands als billige, selbstverständliche Forderungen. Doch je schärfer wir der Zukunft in's Gesicht schauen, desto weniger scheinen diese Forderungen zu genügen. Wir würden es schlechthin als eine Schande für den deutschen Namen betrachten, wenn nach dem schrecklichen Gottesgerichte auf den Schlachtfeldern von Böhmen, nach dem schmachvollen Bankbruch des Kleinkönigthums, Fürsten, wie der Welfenkönig, der hessische Kurfürst und der von einem Beust gegängelte König von Sachsen wieder zurückkehrten auf ihren durch überschwängliche Schuld verwirkten Thron. Uns graut vor dem dumpfen Zustande der Entsittlichung, der in diesen Ländern eintreten muß, sobald das restaurirte Kleinfürstenthum abermals seine Gotteslästerungen erschallen läßt, die österreichischen Spione belohnt, die redlichen Deutschen verfolgt und die Truppen für den Kampf gegen Deutschland mit Kreuzen schmückt. Nachdem die Dinge so gräuelvoll sich gestaltet, nachdem eine solche Todfeindschaft des k. k. Lagers wider Preußen zu Tage getreten ist, vermögen wir nicht abzusehen, wie zwischen diesen Höfen und unserem Staate je wieder ein dauerhaftes, bundesfreundliches Verhältniß sich bilden soll. Der Gegenstand ist zu wichtig und vielseitig, um ihn hier so beiläufig zu behandeln. Wir begnügen uns für heute, folgende Thatsache zu constatiren: die Erwerbung österreichischen Gebiets wird in Preußen nur von wenigen Heißspornen gewünscht; doch die Einverleibung jener drei Mittelstaaten, welche durch die heiligsten und die alltäglichsten Interessen auf uns angewiesen sind und nur durch die Sünden ihrer Höfe uns verfeindet wurden — sie wird von allen Parteien auf das Bestimmteste verlangt, und jede preußische Regierung, welche dieses Ziel erstrebt, kann der freudigen Unterstützung ihres Volkes sicher sein.

Der Verlauf des Krieges wird lehren, ob dies heilsame Ziel schon jetzt sich erreichen läßt, oder ob abermals nach deutscher Unsitte das Unvermeidliche verschoben und verschoben wird, bis neue Wirren und Leiden die Erfüllung der Geschicke bringen. Das Volk der drei Staaten schwankt zwischen Wollen und Nichtwollen, schaut verwirrt und mit erschreckender Trägheit dem großen Verhängnisse zu; und die ritterliche Milde, welche Preußen in den occupirten Län-

dern zeigt, wird, ohne die Herzen der Massen zu gewinnen, lediglich von der österreichischen Partei ausgebeutet für ihre feindseligen Pläne. Großes steht auf dem Spiele, es wäre sündlich mit wohlbegründeten Warnungen hinter dem Berge zu halten. In Sachsen, wo der Schreiber dieser Zeilen Menschen und Dinge näher kennt, droht die übertriebene Nachsicht, welche Preußen der particularistischen Bureaukratie bisher erwies, verderblich zu werden für die Interessen unseres Staats. Unter den vier Männern, welche die sogenannte Landescommission des Königs Johann bilden, ist nur Einer, der Vertrauen verdient. Freiherr v. Friesen hat früher in der Krisis des Zollvereins bewiesen, daß er Preußens Bedeutung für Deutschland verständig zu würdigen weiß; ein ehrenhafter Charakter, wird er auch jetzt seine Pflicht erkennen und sich mit der Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte begnügen. Zu den Herren v. Falkenstein, v. Engel und Schneider hegen wir dies gute Zutrauen nicht. Mit der Ausweisung jenes Herrn Häpe, welcher unter dem liberalen Herrn v. Beust die geheime Polizei des Landes leitete, und einiger anderer untergeordneter Helfer ist das feingewobene Netz von österreichischer Spionage und particularistischer Opposition, welches das gesammte Land überspannt, keineswegs zerrissen. Wo in aller Welt ist bisher geduldet worden, daß die Behörden eines occupirten Landes öffentlich protestirten wider die Befehle des commandirenden Generals? Es wird die höchste Zeit, diese Landescommission aufzulösen und das preußische Gouvernement mit den Verwaltungsstellen in unmittelbare Verbindung zu setzen. Die bösen Erfahrungen, welche Preußen im Jahre 1814 in Sachsen gesammelt hat, sind hoffentlich noch unvergessen. Die gefällige Höflichkeit der Bevölkerung darf Niemanden täuschen. Freier Mannesmuth fand in dem Sachsen des Hrn. v. Beust keine Stätte. Bornirte Selbstgefälligkeit, kleinliche Ränkesucht, Neid und Unwahrheit haben Wurzel geschlagen in weiten Kreisen des Volks, vornehmlich in der Hauptstadt und können der preußischen Regierung, wenn sie nicht wachsam ist, leicht gefährlich werden. —

Noch ein anderes — und nicht das unwichtigste — politische Ergebniß dieser wilden Wochen geben wir unsern Lesern zur Erwägung. Wer nicht in doctrinärer Voreingenommenheit die Gabe von den Thatsachen zu lernen gänzlich verloren hat, dem muß jetzt endlich einleuchten, wie dürftig die realen Erfolge des deutschen Liberalismus und unserer constitutionellen Entwicklung sind. In dieser größten Krisis des deutschen Staatslebens waren unsere funfzig Ständekammern so gut wie nicht vorhanden, es zeigte sich dabei gar kein Unterschied zwischen Mecklenburg und dem Musterstaate Baden. Jede deutsche Regierung that was ihr beliebte. Der Besitz der executiven Gewalt ist in Deutschland in der That noch der Besitz des Staates selber. Unter den Landtagen bewiesen die meisten eine niederschlagende Mattherzigkeit und Unklarheit, fast allein der nassauische durchgreifenden Muth und politische Einsicht. Die glorreichen Erfolge dieser Tage sind errungen — freilich nicht wie die reactionären Eiferer sagen, durch die conservative Partei, sondern durch die Hingebung aller Parteien, durch das Volk in Waffen — aber auch nicht mit den Mitteln des Liberalismus, sondern durch

die monarchische Zucht des Heeres. Die Agitation des Nationalvereins ist ganz und gar vernutzt; diese Partei hat mit wunderbarer Verblendung genau das Gegentheil dessen gethan, was die Vernunft und der Drang der Thatsachen gebieterisch forderten; sie hat sich dem preußischen Staate um so mehr entfremdet, je mehr er sich als die einzige wirksame politische Kraft der deutschen Nation bewährte. Das Volk der Kleinstaaten läßt schier willenlos, mit unheimlichem Kaltsinn das Verhängniß über sich hereinbrechen, es scheint sich zu gewöhnen an den demüthigenden Gedanken, den kämpfenden Cabinetten als Compensationsobject zu dienen. Ueber die entsetzliche Verwirrung der Köpfe im Süden brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Das preußische Volk ist mit bewunderungswürdigem Patriotismus dem Rufe seines Königs gefolgt; aber ein Zeichen reifer, fertiger politischer Bildung ist die reißend schnelle Umstimmung der Gemüther wahrhaftig nicht. So steht es mit unserer politischen Erziehung, mit den Erfolgen des Liberalismus! Damit ist keineswegs gesagt, daß wir verzichten sollen auf den Kampf um das parlamentarische System. Ohne eine geregelte Theilnahme der Nation an der Leitung des Staats kann das neue Deutschland nicht bestehen; die Lösung der Einheitsfrage wird auch der Freiheit zu Gute kommen. Aber der Liberalismus soll endlich sich nüchtern Rechenschaft geben über den bescheidenen Umfang seiner Macht, er soll seine Wünsche herabstimmen auf die Macht des Erreichbaren und nicht mehr wähnen, dieses Preußen, in dessen werdendem Staatsbau die Krone, das Heer und die Selbstverwaltung der Gemeinden die bestgesicherten Pfeiler bilden, lasse sich ohne Weiteres nach englisch-belgischem Muster umgestalten.

Diese Klärung der Parteien thut uns auch nach anderen Seiten hin noth. Während selbst die äußerste Linke mit einstimmt in den Jubelruf des Volks und sogar der Weltbürger Arnold Ruge soeben eine gut patriotische Erklärung erlassen hat, verfolgt nur eine Partei in Preußen die Siege der schwarzweißen Fahnen mit verbissenem Ingrimm. Es ist Thatsache, daß noch während des Krieges ultramontane Prediger am Rhein von der Kanzel und dem Lehrstuhl herab die Gläubigen und die Kinder ermahnten für den Sieg Oesterreichs zu beten; sonst werde das Rheinland lutherisch gemacht. Solche Erfahrungen werden der Regierung wohl endlich zeigen, wo sie ihre unversöhnlichsten Feinde zu suchen hat. Die widernatürliche Begünstigung der ultramontanen Umtriebe durch die Regierung, dieser schwerste von allen politischen Fehlern, die Preußen während der letzten Jahrzehnte begangen hat — nimmt nunmehr hoffentlich ein Ende.

Zwischen den übrigen Parteien, welche diesen nationalen Krieg aus voller Seele billigen, muß jetzt endlich die Verständigung über die inneren Fragen gelingen. Die Wahlen haben den Conservativen wo nicht die Majorität gebracht, so doch die Aussicht, durch eine Schwenkung der unberechenbaren katholischen und polnischen Fractionen in einzelnen Fällen die Mehrheit zu erlangen. Auch unsere nächsten politischen Freunde sind zum ersten Male seit Jahren wieder stärker vertreten; und da die Armuth an Talenten den unerfreulichen Verlauf der letzten Sessionen nicht am wenigsten verschuldet hat, so begrüßen wir

mit besonderer Freude den Wiedereintritt des Freiherrn v. Vincke. Der halbe Wahlsieg und die unbestreitbaren Erfolge der auswärtigen Politik der Regierung wären wohl geeignet, gewöhnliche Menschen in gewöhnlicher Zeit zum Hochmuthe zu verleiten. Aber der Finger Gottes hat so sichtbarlich aus den Wolken gewinkt, der Opfermuth, der Heldengeist des preußischen Volkes aller Parteien und Stände hat sich so herrlich offenbart; in so großer Stunde muß selbst ein minder begabter Staatsmann, als Graf Bismarck ist, der Versuchung widerstehen, den Sieg der Nation auszubeuten zum Besten einer Partei. Die Regierung wird der freundlichen Gesinnung des Landtags bedürfen, auf lange hinaus bedürfen; die Blüthe der Finanzen ist dahin. Und sollte sie der heimischen Volksvertretung zu trotzen wagen — vor dem deutschen Parlamente erscheint sie als eine usurpatorische Macht, nicht gedeckt von dem Mantel des legitimen Rechtes, umringt von einer Welt heftiger landschaftlicher und Parteivorurtheile. In solcher Stellung wird sie sich der Einsicht nicht verschließen können, daß die ungeheuere Mehrheit der Deutschen (man mag es beklagen, aber es ist so) in erster Linie liberal und nur nebenher deutsch gesinnt ist. Es geht auf die Dauer nicht an, im Innern reaktionäre, nach Außen in einem großen und edlen Sinne revolutionäre Politik zu treiben. Ohne den Beistand der Macht der Ideen sind ideale politische Ziele nicht erreichbar. Derweil wir diese Zeilen schreiben, wird eine ganze Reihe von der Regierung ernannter Stadträthe in die Gemeindeverwaltung der Hauptstadt eingeführt: — der erste Fall dieser Art seit Stein's Städteordnung! Möge dies die letzte That eines Parteiregimentes sein, das heute nicht mehr an der Stelle ist! Die Verständigung mit dem Landtage kann bei einem mäßigen Grade guten Willens gar nicht fehlen. Die Reorganisation der Armee, welche in diesen Blättern seit Jahren vertheidigt wurde, hat sich glänzend bewährt; ihre Lasten lassen sich mildern durch die Neugestaltung des deutschen Heerwesens. So bleibt als einzige Concession, deren wir zunächst bedürfen, nur übrig die Herstellung des verfassungsmäßigen Budgetbewilligungsrechts. Von dieser Forderung kann der Landtag allerdings nicht lassen. Man darf einem ernsthaften Volke nicht zumuthen, in einer schweren Rechtsfrage heute für schwarz zu erklären, was ihm gestern weiß schien; und, wie Heinrich v. Sybel neulich schlagend bemerkte, wer nicht mit Erfolg Nein sagen darf, der soll auch nicht Ja sagen. —

Eine Zeit wie diese fordert eiserne Nerven. In vielen tausend Häusern unseres Nordens herrscht heute tiefe Trauer um verstümmelte und gebliebene Verwandte. Aber wenn uns der Kummer um unsere Lieben und um das unsägliche Elend dieses Krieges das Herz zusammenschnürt: — wer ein Mann ist wird durch die Erinnerung an das vergossene theure Blut sich nur bestärken in dem Entschlusse, daß dieser Krieg hinausgeführt werde bis zum letzten Ende. Ein so scheußlicher Ausbruch aller gemeinen und vaterlandsverrätherischen Leidenschaften, wie wir ihn jüngst in der k. k. Liga erlebten, darf in dem neuen Deutschland nicht mehr möglich sein.

H. v. T.

Notiz.

Der große Aufschwung der Geschichtswissenschaft in unsern Tagen ist auch von einer erneuten Förderung der historischen Hülfswissenschaften, namentlich der Genealogie, begleitet. Genealogische Forschungen sind seit einigen Jahrzehnten Lieblingsbeschäftigung bedeutender Fachmänner und zahlreicher Dilettanten geworden. Die Wissenschaft selbst gewinnt hierdurch nicht nur eine bedeutende Bereicherung des Materials, sondern auch an Sicherheit und Zuverlässigkeit im Einzelnen. Die Buchhandlung von C. A. Schwetschke u. Sohn (M. Bruhn) in Braunschweig hat nun dieses mannichfaltige, neu gewonnene, aber vielfach zerstreute Material von einem tüchtigen zu diesem so mühevollen Geschäft vollständig befähigten Gelehrten, Herrn Dr. Cohn in Göttingen, sammeln und in einer Umarbeitung der Stammtafeln zur Geschichte der europäischen Staaten von Tr. G. Voigtel verwerthen lassen. Unterstützt von einer großen Anzahl Forscher hat Herr Dr. Cohn vor Kurzem das zweite Heft dieser Arbeit unter dem Titel: Stammtafeln zur Geschichte der europäischen Staaten von Traugott Gotthelf Voigtel, weiland ord. Prof. d. Gesch. u. Oberbiblioth. in Halle. Vollständig umgearbeitet von Ludwig Adolf Cohn, Privatdocenten der Geschichte in Göttingen. Zweites Heft. Braunschweig 1865 — publicirt. Zahlreiche Noten weisen auf die Quellen hin oder erläutern Einzelnes näher; in kritischen Fällen — und deren sind in der Genealogie mehr, als man gewöhnlich glaubt — giebt der auch in genealogischen Dingen scharfsinnige Herausgeber die bisherige Ueberlieferung mit vorsichtiger Zurückhaltung. Das ganze Werk sei der Beachtung der Forscher und auch des größeren Publikums hiermit bestens empfohlen.

Erklärung.

In dem Junihefte unserer Zeitschrift S. 676 berichtete ein Correspondent aus Sachsen folgendes: „Die Universität hatte einen Vertreter auf den Landtag zu wählen und sie hat mit großer Majorität statt ihres bisherigen Abgeordneten, des großdeutschen Professors Ahrens, der noch vor Kurzem in einer Gesellschaft die Meinung aufstellte, Preußen müsse zerschlagen werden, und dafür von einem berühmten Collegen gebührende Zurechtweisung erhielt, in Professor Kahnis einen Mann des Friedens und folglich der Neutralität gewählt.“ In einer Zuschrift des Herrn Professor Ahrens an uns erklärt derselbe, daß die ihm zugeschriebene Aeußerung von ihm nicht geschehen und die Behauptung unseres Herrn Correspondenten aus der Luft gegriffen sei. D. R.

Mit Bezugnahme auf eine hiesige Korrespondenz der „Elberfelder Zeitung“ erkläre ich, daß ich an der Leitung der „Preußischen Jahrbücher“ in keiner Weise betheiligt bin, auch niemals betheiligt gewesen bin; daß ich überhaupt für diese Zeitschrift, mit Ausnahme einer kurzen Anzeige der Tieck'schen Briefsammlung, niemals eine Zeile geschrieben habe.

Berlin, 28. Juni 1866. Dr. Julian Schmidt.

Verantwortlicher Redacteur: A. Flögel.
Druck und Verlag von Georg Reimer in Berlin.

Der preußische Beamtenstaat.

(Schluß.)

Neben dem Finanzpunkt nahm das Militärwesen die Arbeitskräfte des Volkes in einem so hohen Maße in Anspruch, daß die Entziehung der productiven Kräfte die Entwickelung der Landescultur erheblich hemmen mußte. Seit dem Anfang des achtzehnten Jahrhunderts reichten die freiwilligen Werbungen nicht mehr für die stehenden Armeen aus, und man griff überall auf dem Continent zu dem System der zwangsweisen Aushebung unter den niederen Volksklassen der ländlichen Bevölkerung. Diese Einrichtungen wurden allmählich in regelmäßige Ordnung gebracht. Friedrich Wilhelm regulirte sie 1733 definitiv dahin, daß er den einzelnen Regimentern bestimmte Aushebungsdistricte anwies. Er hätte bereits gerne die allgemeine Dienstpflicht eingeführt, allein das war damals unausführbar. Bei den damaligen Ansichten über das Soldatenhandwerk, der Kluft zwischen den niederen und höheren Ständen, der langen Dienstzeit und der brutalen Disciplin, die man für nothwendig erachtete, hätte der Versuch Capital und Bildung aus dem Lande getrieben. So mußte die Aushebung auf die niederen Stände des platten Landes beschränkt werden, und auch hier wurden ansässige Leute, sowie deren älteste Söhne und Erben verschont. Wenn die Armee beim Tode Friedrich Wilhelm's 80,000, nach der Eroberung Westpreußens 200,000 Mann stark war, so kam auf 25 bis 30 Einwohner ein Soldat, während man jetzt ein Mitglied des stehenden Heeres auf 100 Einwohner für einen starken Procentsatz hält. Das damalige Verhältniß müßte das Land erschöpft und entvölkert haben, wenn nicht unter den Angeworbenen sehr viele Ausländer gewesen wären und wenn nicht andererseits ein bedeutender Theil des Heeres im Frieden nur auf dem Papier gestanden hätte. Es bestand nämlich ungefähr die Hälfte der Armee aus Angeworbenen mit langer Dienstzeit, die andere Hälfte aus Cantonpflichtigen, und diese Ausgehobenen wurden in der Regel nach ein- bis anderthalbjährigem Dienst beurlaubt

und dann nur hin und wieder zu Uebungen und Musterungen einberufen. Gegen Ende des Jahrhunderts war bei vielen Regimentern fast die Hälfte der Soldaten verheirathet. Schon unter Friedrich Wilhelm I. wurde für Schulen und Waisenhäuser für Soldatenkinder gesorgt. Unter ihm galt auch die Verpflegung der Soldaten für gut; er meinte, des Königs Kriegsknecht müsse es besser haben, als des Gutsherrn Ackerknecht. Noch während des siebenjährigen Kriegs hieß es nach Moser's Erzählung: die Preußen fressen dreimal so viel, sie schlagen sich aber auch dreimal so gut, als die Anderen. Später wurde über die kärgliche Verpflegung, die mangelhafte Bekleidung und Ausrüstung allgemeine Klage geführt. Schon unter Friedrich dem Großen rissen grobe Mißbräuche ein; Regimentscommandeure und Compagniechefs bereicherten sich auf Kosten ihrer Untergebenen und ihrer Cantons, die sie wie eine Art Eigenthum bewirthschafteten. Je bureaukratischer die Armee-Verwaltung in langem Frieden verknöcherte, desto mehr betrachtete sie nach Art jeder consequenten Bureaukratie die Armee als Selbstzweck, neben dem alles Uebrige zurücktreten müsse. Die dominirende Stellung der Armee, d. h. des adlichen Officiercorps, welche dem preußischen Staatswesen einen besonderen Stempel aufdrückte, ward durch Friedrich Wilhelm I. begründet und seitdem traditionell. Nach ihm sollte jeder preußische Prinz vor allen Dingen Soldat, durch die Uniform, die Subordination, den militärischen esprit de corps mit dem Officierstande verbunden sein. Seit ihm bilden Officiere die regelmäßige Umgebung des königlichen Hauses, den Hauptbestandtheil des Hofstaats. Der Officierstand hatte eine so außerordentliche Geltung, daß Friedrich der Große verfügte, ein Fähnrich — damals der jüngste Officier der Compagnie — der einen Feldzug mitgemacht, rangire über einem königlichen Rath, und daß er aus besonderer Gnade den bürgerlichen Dirigenten der Oberrechnungskammer Manger zum Secondelieutenant ernannte, damit ihm wenigstens die jüngeren Officiere nicht vorgingen. Sonderstellung, Anmaßung und Uebermuth der Officiere waren vor 1806 sehr groß und trugen wesentlich zu der starren Gleichgültigkeit bei, mit der damals das Volk den Staat zusammenbrechen sah. In Erinnerung dieser Zeiten verfuhr Friedrich Wilhelm III. mit großer Strenge gegen Officiers-Excesse, die übrigens seit 1815 trotz der Aufmerksamkeit, mit welcher derartige Vorfälle registrirt werden, immer sehr selten gewesen sind. Dauernder und gefährlicher ist die durch den militärischen Hofstaat genährte Einbildung der Militär-Monarchie, als ob die Armee in Preußen etwas anderes wäre und leistete als in jedem anderen Staate. Die Vermischung des gesellschaftlichen Einflusses am Hofe und der Stellung in der Militär-Bureaukratie führt leicht dahin, daß die militärischen Angelegenheiten einestheils

in eine falsche Stellung zu den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung gebracht und andererseits zu sehr aus dem höfischen Gesichtspunkte behandelt werden. Zugleich entsteht die Illusion, als ob die mit militärischem Range bekleideten Personen des Hofes ohne weiteres brauchbare, oder gar kriegserfahrene Soldaten wären.

Die besondere persönliche Beziehung zwischen dem königlichen Hause und dem Officiercorps hat vorzugsweise beigetragen, dem Adel im preußischen Staate eine einträgliche Präponderanz zu erhalten, wie kaum in irgend einem anderen größeren Staate. Seit Friedrich Wilhelm I. wurde die Armee eine Versorgungsanstalt und Domaine des Adels. In die Cadettenhäuser wurden nur Adliche aufgenommen. Das Cadettenhaus in Stolpe wurde ausdrücklich gestiftet, um dem armen pommerschen Adel Ausbildung und Brod im Officierstand zu geben. Bei einem Besuch des Königs in Hinterpommern fand sich auch, daß fast jeder Adliche des Landes in der Armee diente oder gedient hatte. Friedrich der Große sah ungern bürgerliche Officiere, und im Frieden brachte es selten ein Bürgerlicher zum Stabsofficier. Die, welche man in höherer Stellung behalten wollte, wurden gewöhnlich geadelt. Bis 1806 wurden nur in der Artillerie und dem Ingenieurcorps, wo regelmäßig Unterofficiere zu Officieren befördert wurden, und bei einem Theil der Husarenregimenter, wo der dritte Theil der Officiere bürgerlich sein durfte, bürgerliche Officiere zugelassen. Wenn auch 1808 das Privilegium des Adels gesetzlich aufgehoben wurde, so gab es doch bei der großen Reduction der Armee 1813 fast nur adliche Officiere. Erst in den Kriegen gingen aus den freiwilligen Jägern und aus gedienten Unterofficieren so viele Officiere hervor, daß 1815 die größere Hälfte derselben bürgerlich war. Aber trotz der gesetzlichen Gleichstellung hat sich das thatsächliche Uebergewicht des Adels immer erhalten. Man hat gelegentlich eingewendet, daß die unverhältnißmäßig große Zahl adlicher Officiere nicht auf Bevorzugung schließen lasse; allerdings würde das bloße Zahlenverhältniß auch von anderen Ursachen herrühren können, aber der Umstand, daß die Zahl der Bürgerlichen in den unteren Graden der der Adlichen ziemlich gleich ist und in den höheren immer mehr abnimmt, stellt es außer Zweifel, daß das Uebergewicht des Adels auf der Ausschließung des Bürgerstandes in der Beförderung beruht. Von den 8500 Officieren des stehenden Heeres sind 4/7 adlich, 3/7 bürgerlich. Rechnet man die Landwehr mit, so stehen sogar über 8000 bürgerliche Officiere gegen 6000 adliche. Dagegen nimmt die Zahl der Bürgerlichen nach oben derartig ab, daß es 1862 unter 119 Obersten der Infanterie nur 8 Bürgerliche gab, von denen nur ein einziger die Stelle eines Regimentscommandeurs bekleidete. Bei der Cavallerie ist das Verhältniß

der Bürgerlichen noch geringer, nur bei der Artillerie und den Ingenieuren ist es größer. Unter den Generalen, deren Zahl 1851: 115, 1861: 138, 1864: 179 betrug, befanden sich regelmäßig acht bis zehn Bürgerliche, meist den Specialwaffen angehörend. Ein großes Commando hat nie ein Bürgerlicher in der preußischen Armee geführt, und Scharnhorst war der einzige Oberbefehlshaber, der aus dem Bürgerstande hervorgegangen und erst geadelt war. Wenn es nach Ledebur in Preußen reichlich 7000 Adelsgeschlechter giebt, wenn man unter den 3200 pensionirten Officieren dasselbe Verhältniß annimmt wie in der stehenden Armee, und wenn man rechnet, daß noch eine Anzahl von Officieren in andere Aemter übergeht, so kommt auf jede adliche Familie ein Officier in oder außer Dienst, und man erkennt daraus, welche Bedeutung die Armee für die Existenz des preußischen Adels hat. Uebrigens sind zwar die Besoldungen der Lieutenants kaum für auskömmlich zu erachten, bringt man aber in Anschlag, daß die Besoldung der Officiere in weit jüngerem Lebensalter beginnt, daß die Zahl der gut bezahlten Stellen verhältnißmäßig viel größer ist, als in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, daß der Eintritt in dieselben regelmäßig früher erfolgt, und daß das Pensionswesen günstiger geordnet ist, so bietet unter dem pecuniären Gesichtspunkte der Officierstand immer bei weitem die beste Beamten-Carriere im preußischen Staate.

Allmählich dehnte sich der Grundsatz, ausschließlich oder doch vorzugsweise nur Adliche in die höheren Aemter zu befördern, auch in der Civilverwaltung mehr und mehr aus. Bei der Stiftung des Geheimen Staatsraths waren unter den ersten neun Ministern fünf Bürgerliche. Damals studirte der Adel noch wenig, und die Fürsten zogen unbefangen bürgerliche Arbeiter in die höchsten Aemter. Als die Bureaukratie regelmäßig eingerichtet und zu einer geschlossenen Macht geworden war, wirkte das feste Zusammenhalten des Adels und das Vorurtheil des Königthums mit einander, den Adel an die Spitze der Bureaukratie zu bringen. Friedrich der Große war in dem adlichen Standesvorurtheil besonders stark befangen. Als Kronprinz fand er es in einem Briefe an Grumbkow höchst seltsam, daß der Landrath von Selchow dem Kammerdirector Hille Rechenschaft abzulegen habe — un gentilhomme à des bourgeois. Friedrich Wilhelm I. fand nicht blos mehrere Minister bürgerlicher Herkunft vor, sondern ernannte auch eine ganze Reihe, namentlich solche, die wie Creutz, Katsch, Boden, Thulemeyer entweder als Militär-Auditeure oder als Cabinetsräthe in persönliche Verbindung mit ihm gekommen waren, und die dann allerdings sämmtlich geadelt wurden. Von Friedrich dem Großen ist nur ein bürgerlicher Minister ernannt worden, Michaelis, eine Specialcapacität für die Verwaltung der Post und des Salzmonopols. Frie-

drich Wilhelm II. hat zwei Minister bürgerlicher Herkunft ernannt; beide waren schon vorher geadelt. Der Günstling Wöllner ward es gleich bei der Thronbesteigung des Königs und hatte den Gehalt und den Einfluß eines Ministers schon, ehe er zwei Jahre später dazu ernannt ward. Struensee, der Bruder des hingerichteten dänischen Ministers, einer der geschicktesten Administratoren, war vom König von Dänemark geadelt. Der Unterschied erstreckte sich bis auf die Maitressen. Die bürgerliche Lichtenau wurde von dem adlichen Hofe bitter angefeindet und nach dem Tode Friedrich Wilhelm's II. schimpflich behandelt. Die vom Adel gestellten Maitressen, die Voß und die Döhnhoff, wurden von der moralischen Ehrbarkeit nicht angefochten. Verwandte und Kinder derselben gelangten zu großem Vermögen und zu den höchsten Ehren, als Minister und Generale. Nur eine einflußreiche Stelle wurde gewöhnlich mit einem Bürgerlichen besetzt, die Stelle des Cabinetsraths. Man begegnet sogar bisweilen der Behauptung, das beruhe auf einer Art von hausgesetzlicher Bestimmung. Das ist selbstverständlich falsch; es gab auch adliche Cabinetsräthe unter Friedrich Wilhelm I., v. Marschall von altem Adel und Thulemeyer neu geadelt, wie unter Friedrich Wilhelm IV. v. Niebuhr und jetzt v. Mühler. Aber doch war es nicht bloßer Zufall, daß die Cabinetsräthe in der Regel Bürgerliche waren. Einmal galt das wichtige und arbeitsvolle Amt blos für eine Secretärs-Stelle, es war durchaus keine Repräsentation damit verbunden und dann scheint man gefürchtet zu haben, daß der Cabinetsrath eine gar zu präponderirende Stellung den Ministern gegenüber einnehmen möchte, wenn er zugleich ein vornehmer Herr wäre. Sein Ehrgeiz sollte nicht über seine Stelle hinausgehen; das unter Friedrich Wilhelm I. wiederholt erfolgte Aufrücken zum Minister kam unter Friedrich dem Großen nicht mehr vor, und für einen Bürgerlichen verstand sich das von selbst. Die vornehmen Stellen in der Centralverwaltung und an der Spitze der Provinzialbehörden waren bis 1806 gänzlich in den Händen des Adels. Bei der Reorganisation des Staates traten die bürgerlichen Arbeiter in den Ministerien so thätig und selbständig hervor, und gleichzeitig verwischte erst die Noth und dann die Wiedererhebung des Landes in den gemeinsamen Anstrengungen die bisherigen Standesunterschiede so weit, daß man die Bürgerlichen nicht mehr von allen Ehren der Bureaukratie ausschließen konnte. Während und nach den Kriegen drangen einzelne Bürgerliche an die Spitze der Provinzialbehörden und der Sectionen in den Ministerien vor; aus den jüngeren Generationen wurden seit den zwanziger Jahren einige Bürgerliche zu Ministern ernannt. Am preußischen Hofe betrachtet man jedoch bis auf den heutigen Tag mehr als in jedem anderen größeren Staate den Adel als wesentliche

Bedingung für die höheren, leitenden Verwaltungsämter, und den Adlichen, der durch irgend eine Beamten-Carriere gegangen ist, als hinlänglich qualificirt für jedes hohe Staatsamt.

In der guten alten Zeit galt die geschäftsmäßige Ausbildung nicht einmal für nothwendig. Bei guten Connexionen war der vornehme Herr ohne weiteres zu Allem befähigt. Wenn auch in Preußen bei dem strengeren Geschäftsgang die bureaukratische Ordnung nicht so häufig wie in anderen deutschen Ländern ganz außer Acht gelassen wurde, so traten doch vielfach jüngere oder ältere Militärs, und bisweilen bloße Privatleute sofort in die wichtigsten Stellungen der Diplomatie oder der Staatsverwaltung ein. Haugwitz hatte sich lediglich auf Reisen, bei Höfen, in Gesellschaften von Theosophen, Geistersehern und renommirenden Genies umgetrieben, als er Gesandter in Wien und ein Jahr später Minister der auswärtigen Angelegenheiten wurde. Lucchesini war literaturbeflissen, Kammerherr, dann Gesandter mit dem Titel eines Staatsministers. Auch Wilhelm v. Humboldt hatte es in der Beamten-Carriere nur bis zum Referendar gebracht, dann privatisirt, bis er den Gesandtenposten in Rom erhielt. Die Generale als Minister waren bis 1806 sehr zahlreich. Hochadliche Leute gelangten oft sehr jung in hohe Stellen. Graf Finckenstein, der Jugendfreund Friedrich des Großen, ging mit 21 Jahren als Gesandter nach Stockholm, dann nach Petersburg, ward mit 35 Minister. Grumbkow, dessen Vater Minister gewesen, ward mit 30 Jahren General, mit 34 Minister. Unter Friedrich dem Großen ward ein Bismarck, ebenfalls Sohn eines Ministers, mit 27 Jahren Gesandter in Kopenhagen, mit 32 Minister für Accise-, Zoll-, Commerz- und Manufaktur-Sachen. Minister von Schlesien ward Münchow mit 33, Schlaberndorf mit 35, Hoym mit 40 Jahren. Ein Freiherr v. Werder machte die Carriere: Lieutenant, Landrath, Minister. Ein Graf Schwerin war Generalmajor und Oberstallmeister, dann Minister. Schulenburg-Kehnert diente als junger Officier im siebenjährigen Krieg, war dann Landrath in Salzwedel und wurde mit 29 Jahren Minister. Als solcher hat er abwechselnd fast alle Departements (außer der Justiz) verwaltet, avancirte auch nebenbei zum General der Cavallerie, bis er sich 1806 als erbärmlich enthüllte, und schließlich gar in die Dienste des Königs von Westfalen trat. Die meisten Minister, welche Friedrich der Große ernannte, waren um 40 Jahre alt. Die Beförderung nach rein bureaukratischen Principien, d. h. regelmäßig nach der Anciennität, würde zu alte Leute an die Spitze der Geschäfte bringen. Wo sich daher nicht in öffentlicher Behandlung der Geschäfte, namentlich in parlamentarischen Versammlungen, wirkliche Talente zum Regieren bilden und zeigen können, werden in der Regel Geburt und

Connexionen über ein rascheres Aufsteigen entscheiden, schon im besten Falle dadurch, daß der Bevorzugte früh an untergeordneter Stelle in wichtigeren Angelegenheiten beschäftigt, an Posten von selbständiger Bedeutung gebracht, oder mit entscheidenden Personen in geschäftliche Verbindung gesetzt wird. Ob nun Beamten-Verbindungen oder Adelscoterien über die Besetzung der höchsten Aemter verfügen, das könnte auf den ersten Blick für die öffentlichen Angelegenheiten gleichgültig erscheinen. Indessen schließt jedenfalls die Beschränkung der Auswahl auf einen engen Kreis innerhalb des schon an sich abgeschlossenen Beamtenkörpers die größere Anzahl möglicher Capacitäten von der Concurrenz um die wichtigsten Plätze im Staatsleben aus. Ferner müssen die Vorrechte einer privilegirten Klasse dem Bürgerstande drückend und gehässig erscheinen, seitdem der Adel nicht mehr ein durch die Natur der Verhältnisse gebildeter Stand und der einzige Grund für seine Ehrenvorzüge persönliche Begünstigung ist. Endlich hat allein die Stellung des Adels an der Spitze der Bureaukratie Verhältnisse hervorgerufen und erhalten, die lediglich dem Vortheil der gesellschaftlichen Klasse dienten, aber dem Interesse des Staates entschieden widersprachen. Seit dem Aufhören des Lehndienstes waren die Steuerfreiheiten des Adels eine beim Steigen der Auflagen immer drückendere und ungerechtere Ungleichheit geworden. Die Ritterschaft war in Preußen von allen directen Steuern, bis 1799 auch von den Zöllen befreit. Die Exemtion von der Grundsteuer ist trotz der wiederholt proclamirten Beseitigung von den Rittergutsbesitzern der alten Provinzen bis 1865 behauptet und dann noch abgekauft worden. Aus den Abgaben der übrigen Unterthanen zahlte Friedrich der Große Millionen an den Adel als Unterstützungen nach den Kriegen. Bauern sollten nicht Rittergüter erwerben, weil sie doch nicht als Officiere dienen könnten. Bürgerliche Gutsbesitzer wurden von Kreis- und Landtagen, von Patronat und Jurisdiction, selbst von der Ausübung der Jagd ausgeschlossen; eine Cabinetsordre vom 14. Juni 1785 verbot endlich überhaupt, daß ein Bürgerlicher Rittergüter ankaufe. Das wurde erst durch Stein in Memel aufgehoben, zum großen Verdruß York's, der auch gegen Gewerbefreiheit und Gütertheilung eiferte. In Frankreich war —, mit Ausnahme einiger östlichen, in den letzten Jahrhunderten von Deutschland erworbenen Provinzen — die Leibeigenschaft längst verschwunden und der Bauer Grundeigenthümer geworden. In Preußen befanden sich um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts noch vier Fünftel der Landbevölkerung, mehr als die Hälfte der sämmtlichen Einwohner in Unterthänigkeitsverhältnissen. Allerdings wirkten die humanere Weltanschauung und die staatliche Fürsorge für Soldaten und Abgaben zusammen, die Bauern zu schonen, gegen die hochgewachsene Bedrückung der Grund-

herren zu schützen, die härtesten Formen der Leibeigenschaft zu mildern. Die Bauergüter sollten nicht von der Herrschaft eingezogen werden, wie in Mecklenburg, damit die Einwohner nicht verringert würden. Friedrich der Große suchte die ungemessenen Dienste auf feste Normen zu bringen oder in Abgaben zu verwandeln. Aber Pläne zur Aufhebung der Gutsunterthänigkeit kamen nie zur Ausführung. Erst Stein und Hardenberg haben die Bauern frei und zu Eigenthümern gemacht, den Grundbesitz aus der Unbeweglichkeit gelöst, und seitdem ist Wohlstand und Kraft des Landes unermeßlich gestiegen. Die weiteren Consequenzen wußten die märkischen Junker zu hindern, die Marwitz, Voß, Knesebeck, vor deren Prätensionen Stein vergeblich warnte. Marwitz erklärte: Stein habe größeres Unglück über den Staat gebracht als Napoleon. Und im Grunde seines Herzens mochte Friedrich Wilhelm III. ähnlich denken, wenn er noch nach den Siegen der Madame Recamier sagte: et pour comble de malheur j'ai du faire le Jacobin. Seit der Aufhebung der Gutsherrlichkeit standen Patrimonialgerichte, obrigkeitliche Rechte und Herrschaft der Rittergüter auf den Kreistagen in der Luft. Aber selbst wo die französische Herrschaft das Abhängigkeitsverhältniß der Dorfgemeinden gänzlich beseitigt hatte, stellte man die landrechtliche Abhängigkeit wieder her, gab den Rittergütern die eximirte Stellung hinsichtlich der Armenpflege und Communallasten zurück. Nur am linken Rheinufer wagte man das nicht mehr. Obgleich die frühere Verbindung zwischen Dominien und Dorfgemeinden durch die Ablösungen fast ganz beseitigt ist, obgleich Stein bereits Privatgerichte und Privatpolizei für unzulässig erklärte, sind die Patrimonialgerichte erst 1848 beseitigt worden und die durch die Verfassung aufgehobene gutsherrliche Polizei ist noch 1856 für die östlichen Provinzen wiederhergestellt. Man hat bisweilen behauptet, in Frankreich seien vor der Revolution Druck und Vorrechte des Adels schlimmer gewesen, als in Deutschland. Das ist nicht wahr. Vielmehr waren dort die Mittelklassen in Besitz, Bildung und Selbstgefühl mehr erstarkt; ihr Haß gegen den Adel ward zur treibenden Kraft in der Revolution. In Deutschland ließ sich das weniger entwickelte Bürgerthum noch Alles gefallen. Die Unzufriedenheit trug höchstens dazu bei, die Stumpfheit und die Gleichgültigkeit gegen den Staat zu mehren. Deutschland ist in seinen politischen Gestaltungen unter den civilisirten Nationen zurückgeblieben; das sind die Folgen des Adelsregiments gewesen.

Friedrich der Große gehört unzweifelhaft durch die Leitung seiner auswärtigen Politik zu den größten Staatsmännern, wie er zu den ersten Feldherren aller Zeiten gehört. Für seine Zwecke hat er die Kräfte des Staates mit unvergleichlicher Energie zusammenzufassen und in Bewegung

zu setzen gewußt. Aber es wäre sehr verkehrt, der Weisheit seiner inneren Verwaltung denselben Ruhm vindiciren zu wollen. Seine Maßregeln und seine Einrichtungen haben die Entwickelung des Landes vielfach gehemmt und geschädigt. Indessen in einer Richtung des Staatslebens hat seine rege Fürsorge, seine energische Initiative groß und epochemachend gewirkt, nämlich für die Rechtspflege und den Rechtszustand. Diese Basis des Volkswohlstandes und der wirthschaftlichen Verhältnisse, die Sicherheit des Rechts und der Rechtsverfolgung, verdankt ihm sehr viel. Vor ihm war die Rechtspflege noch unsicher, schwerfällig, vielfachen Eingriffen und Verschleppungen ausgesetzt. Auf dem platten Lande bildeten rechtskundige Justitiarien die Ausnahme. Die Amtleute pachteten die Justizverwaltung mit; von ihnen hieß es: ihr Stock ist ihr Corpus juris. Sporteln und Gebühren wurden in gerichtlichen und polizeilichen Sachen auf willkürlichste Weise erhoben. Ueber Schreiber und Justitiarien klagte man, sie lebten vom Raube. Direct verkauft wurden richterliche Aemter in Preußen nicht, aber auch bei den höheren Collegien wurden die Richter sehr dürftig, zum Theil gar nicht besoldet, sondern auf die Sporteln angewiesen. Daher wurden die Prozesse in die Länge gezogen, und die Richter von den Procuratoren — gewöhnlich unstudirte Leute, selbst frühere Lakaien, denen der geschäftliche Betrieb der Rechtsangelegenheiten neben den Advocaten oblag — abhängig, da diese bei Einreichung der Klagen das Mitglied des Gerichts bezeichneten, welchem die Bearbeitung der Sache übertragen werden sollte. Friedrich Wilhelm I. verbot die früher übliche Berufung von den Gerichten „auf Uns," d. h. auf den Geheimen Staatsrath; indessen blieb der daraus hervorgegangene Geheime Justizrath, welcher eigentlich nur eine Aufsicht über die Justizverwaltung üben sollte, eine Art höherer Instanz, bis er von Friedrich dem Großen aufgehoben wurde. Außerdem konnte man nach zweiter und dritter Instanz noch eine besondere Commission beim König auswirken, und bisweilen setzte er nach der Entscheidung der ersten noch eine zweite Commission ein. Er griff auch persönlich in den Gang der Justiz ein, seltener in Civilstreitigkeiten, desto häufiger in Criminalsachen. Von einer brutalen Abschreckungstheorie ausgehend, verschärfte er weit öfter Strafurtheile, als daß er sie milderte, legte auch ohne Urtheil und Recht Geld- oder Leibes-Strafen auf. Mit Leben und Freiheit der niederen Klassen nahm man es noch sehr leicht. Die Strafen waren hart, die Hinrichtungen sehr häufig. Auf den Bericht von einem Handwerkertumult in Berlin verfügte der König, den Rädelsführer zu hängen; der Commandant von Glasenapp ließ den ersten besten aufgreifen und hängen. Friedrich II. sorgte bei den Gerichten für wenigere, zuverlässige, ausreichend und regelmäßig besoldete Richter. Die Procuratoren

wurden abgeschafft; die Advocaten sollten erst nach Beendigung des Prozesses bezahlt werden, die Sporteln in eine Gesammtkasse fließen. 1748 wurden die verschiedenen höheren Gerichte in Berlin mit dem Kammergericht vereinigt; die bisherigen 45 Mitglieder wurden auf 28 vermindert, und diese geringere Zahl erhielt 8000 Thaler mehr an Besoldung als die frühere größere. Das Geheime Obertribunal wurde erst 1782 vom Kammergericht getrennt, von welchem es bis dahin einen Senat bildete. Auch für die erste Instanz wurden wo möglich kleine Justizcollegien eingerichtet, juristische Vorbildung überall zur Bedingung des Richteramtes gemacht, ein bestimmter Bildungsgang und Prüfungen für Auscultatoren und Referendarien eingeführt. Nach dem Dresdener Frieden wurde das kurfürstliche Privilegium de non appellando auf alle Landestheile ausgedehnt, die Versendung der Acten an juristische Facultäten verboten, und ebenso der Besuch auswärtiger Universitäten, wodurch die preußische Rechtsentwickelung von der des übrigen Deutschland geschieden ward. Prozeßschriften, Protokolle, Acten waren damals, wie die amtlichen Verhandlungen überhaupt, von erschreckender Weitschweifigkeit. Als die Klagen über Unwissenheit, Unfähigkeit und Mißbräuche aller Art beim Stettiner Hofgericht hinzukamen, erfolgte 1746 die Justizreform in Pommern. Darauf wurden nach Cocceji's Bericht im Jahre 1747 in Stettin 1600 alte und 684 neue Prozesse bis auf 183, in Cöslin 800 alte und 310 neue bis auf 168 abgearbeitet. Lauter gelehrte und ehrliche Leute, jubelte Cocceji. Allerdings klagten Andere über oberflächliche und leichtfertige Arbeit. Der Stettiner Präsident v. Arnim nahm entrüstet seinen Abschied. Aber ein rascher Geschäftsgang, eine prompte Justiz wurde erreicht. Mit der allgemeinen Gerichtsordnung wurde das Reformwerk endlich abgeschlossen.

Friedrich der Große ist redlich bestrebt gewesen, dem preußischen Richterstande Bildung, Rechtssinn, Unabhängigkeit und Selbstgefühl zu verleihen und die Gerichte haben sich in der That durch Selbständigkeit und Festigkeit ausgezeichnet, diese auch in einzelnen Fällen gegen rechtswidrige Zumuthungen herzhaft bewährt. Daß ein Richterstand auf die Dauer politischen Strömungen und einem consequent geübten Druck der Regierungsgewalt widerstehen sollte, darf von ihm so wenig erwartet werden, wie von einem besoldeten Beamtenthum überhaupt. Denn materielle Unabhängigkeit läßt sich einem besoldeten Beamtenthum nicht geben und bei materieller Abhängigkeit ist ein unabhängiger Geist und Charakter immer nur die auszeichnende Eigenschaft Einzelner. Der Fortschritt gegen die frühere Zeit war groß und dauernd. Directe Einmischungen in die einzelnen Fälle kamen selten mehr vor. Friedrich II. verbot strenge jeden

Eingriff der Verwaltungsbehörden in die Rechtspflege und wies die Gerichte an, bei der Rechtsprechung selbst auf königliche Befehle keine Rücksicht zu nehmen, sondern lediglich nach den Gesetzen zu entscheiden. Die Unzulässigkeit von Cabinetsjustiz und Machtsprüchen wird im Landrecht und in der Gerichtsordnung stark betont, und 1792 gab der Präsident v. Kircheisen diesem Grundsatz in einer Rede an den damaligen Kronprinzen einen kräftigen Ausdruck, der auch von Friedrich Wilhelm II. mit anständigem Beifall aufgenommen wurde. Eine berühmt gewordene Ausnahme machte der Fall des Müller Arnold, wo Friedrich der Große nicht nur das rechtskräftige Erkenntniß abänderte, sondern auch gegen die betheiligten Cüstriner und Berliner Richter eigenmächtig Strafen verfügte. So schlimm die Sache war, darf der Unterschied der Auffassung nicht übersehen werden. Damals wünschte und erwartete man noch allgemein ein persönliches Einschreiten der höchsten Gewalt, welches jetzt als eine Paschawirthschaft verurtheilt werden würde. In Erzählungen und Komödien jener Zeit spielt der Fürst eine ideale Rolle, der incognito auftritt, gelegentlich an seinem Stern erkannt wird, die Bösewichter entlarvt und der Tugend zu Ehren hilft. Nach Berichten von Reisenden erregte das Verfahren des Königs in der Arnold'schen Sache Enthusiasmus bis in die Schweiz hinein; man sah darin das Eintreten für den angeblich unterdrückten armen Mann gegen den vornehmen Herrn. Einzelne einsichtige Männer, wie Justus Möser, dachten freilich anders; und die preußischen Richter benahmen sich durchaus würdig. Der Criminalsenat des Kammergerichts lehnte es ab, die gewünschte Entscheidung gegen die bedrohten Richter abzugeben, und überließ es dem König, durch eigene Verfügung Cassation und Festungshaft über sie zu verhängen. In Folge dieser Angelegenheit wurde auch der Minister v. Fürst entlassen, und in dem neuen Großkanzler v. Carmer fand Friedrich II. einen Mann, der mit thatkräftigem Eifer auf seine Idee einer umfassenden Gesetzgebung einging, die richtigen Männer, vor allen den vortrefflichen Suarez, für das große Werk zu wählen verstand, und mit ausdauernder Energie auch nach des Königs Tode in seinem hohen und aufgeklärten Sinne die erste große Codification der neueren Zeit zu Ende führte.

Nach Analogie der Gerichte wurden allmählich auch bei den Verwaltungsbehörden regelmäßige Einrichtungen für die Ausbildung der Beamten getroffen und Examina eingeführt, was denn immer einigen Schutz gegen die Einschiebung ganz unbrauchbarer Verwandter oder Hochgeborener gewährte. In Berlin wurden um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts junge Leute mit dem Titel Legationsrath als Expedienten in den Ministerien beschäftigt, eine Einrichtung, die Moser mit einem Seminar ver-

gleicht, wie er selbst ein solches als Privatanstalt eine Zeit lang hielt; sie wurden dabei zu Missionen und sonstigen Specialgeschäften gebraucht und dann in höheren Aemtern angestellt. In den achtziger Jahren hielt Dohm politische und statistische Vorlesungen für junge Edelleute, an denen Wilhelm v. Humboldt Theil nahm. Das Niveau der Beamten stand in Deutschland bis tief in das vorige Jahrhundert hinein moralisch und intellectuell sehr niedrig. Moser schildert die Mehrzahl als träge, unfähig und unterwürfig, mehr dem Privatvortheil und den Launen der Fürsten, als dem Nutzen des Landes dienend. Joseph II., dessen Reformen seine Bureaukratie den zähen Widerstand der Trägheit entgegensetzte, meinte: man leiste nur das unumgänglich Nothwendige, um die Cassation zu vermeiden. Dem entsprechend wurden auch die Beamten von oben her behandelt, hochmüthig, grob, wegwerfend. Und das hatte zur natürlichen Folge Gesinnungslosigkeit und Kriecherei nach oben, Rücksichtslosigkeit und Brutalität nach unten. An vielen kleinen Höfen wurden die Beamten geradezu wie Bediente behandelt und mußten sich wunderliche, abenteuerliche Zumuthungen gefallen lassen. In Berlin nöthigte Friedrich Wilhelm I. sie höchstens, Häuser zu bauen. Obwohl häufig erinnert ward, nicht blos die Billigkeit, sondern auch das fürstliche Interesse gebiete, die Beamten so zu bezahlen, daß sie ehrlich und anständig leben, auch etwas für die Ihrigen ersparen könnten, waren die Stellen durchgängig sehr elend dotirt. Friedrich der Große meinte, bestohlen würde er doch. Der Zudrang zu den Aemtern war trotzdem sehr groß. Viele Stellen wurden verkauft, wenn auch nicht in dem Umfange wie in Frankreich, wo Colbert 500 Millionen Livres im Amtseigenthum angelegt fand, und wo wiederholt den Städten das Wahlrecht ihrer Beamten genommen, zurückverkauft und wiedergenommen ward. Friedrich Wilhelm I. verkaufte Subaltern- und städtische Aemter zum Vortheil seiner Recrutenkasse. Friedrich II. stellte das ab, verbot auch Bediente und Lakaien in die Canzleien zu setzen. Man ertheilte häufig Titel und Exspectanzen und ließ dann erst allmählich in besoldete Stellen aufrücken. In Ermangelung eines großen Handels und Gewerbebetriebes erschien der Bureaukratie und vielfach dem gebildeten Bürgerstande überhaupt die Beamten-Carriere fast als die einzige anständige Laufbahn. In der Entwickelung des Systems, zum Theil um Empfohlene und Beamtensöhne zu versorgen, auch aus Renommisterei der kleinen Höfe wurden die Beamtenstellen übermäßig vermehrt. Damit wuchsen neben der Vielregiererei Unordnung, Schlendrian und Schwerfälligkeit in der Geschäftsbehandlung. Bei der Hofkammer in Wien mußte eine Sache durch mehr als 100 Hände gehen, ehe sie ihre Erledigung fand; erst Joseph II. vereinfachte etwas. Bei 300 selbständigen Territorien und

noch ungefähr 1500 Halbsouveränetäten war die Zahl der Beamten damals in Deutschland weit größer als jetzt. Namentlich in den kleinen Staaten wuchs die Menge unverhältnißmäßig. In Leiningen gab es auf 70,000 Einwohner eine Centraldienerschaft von 50 Räthen. Aehnlich ist es noch jetzt in den Kleinstaaten; in Schwarzburg-Sondershausen zählte man 1863 auf 15 Quadratmeilen und 63,000 Einwohner (einem landräthlichen Kreise Preußens von mittlerer Größe entsprechend) 3 Ministerialchefs, an 30 Ministerialbeamte, 4 Landräthe, 5 Justizämter, 2 Kreisgerichte, 4 Bezirkskassen und 6 pensionirte Minister. Auch in Lauenburg soll es bei 50,000 Einwohnern über 100 studirte Beamte geben. In den größeren Territorien stand es besser, namentlich in Betreff der höheren Stellen und das Verhältniß scheint dem jetzigen so ziemlich gleich gewesen zu sein. Im Kurfürstenthum Sachsen zählte man auf 2 Millionen Einwohner 6500 Civilbeamte, also einen Beamten auf ungefähr 300 Einwohner. Im preußischen Staate berechnete man 1864 in den verschiedenen Verwaltungszweigen 67,000 Beamte im unmittelbaren Staatsdienst. auch ungefähr einen auf 300 Einwohner. Nimmt man dazu die besoldeten Communalbeamten, die Geistlichen, über 40,000 Lehrer, 8000 Officiere und 30,000 Unterofficiere, so ergiebt sich allerdings auch heutigen Tages eine gewaltige Menge von den Geschäften des Staates lebender und von der Regierung abhängiger Menschen.

Ganz allgemein war im vorigen Jahrhundert die Klage über Habsucht, Unredlichkeit und Bestechlichkeit der Beamten. Bei der herrschenden Rohheit und Sittenlosigkeit waren die Ansprüche an Ehrgefühl und Anstand nicht groß; man hielt selbst in hohen Kreisen Vieles für erlaubt, was jetzt den Ruf jedes Mannes unwiederbringlich vernichten würde. Viele Minister nahmen, erwarteten, forderten noch Geschenke für amtliche Verrichtungen in und außer Landes. Reichliche diplomatische Geschenke waren allgemeine Sitte. Einzelne Minister des großen Kurfürsten bezogen regelmäßige Pensionen von Ludwig XIV. Noch unter Friedrich Wilhelm I. zahlte der österreichische Gesandte Seckendorf, welcher lange einen entscheidenden Einfluß auf die auswärtige Politik des Königs übte, ansehnliche Pensionen an mehrere preußische Minister. Dasselbe geschah von vielen kleinen Höfen an kaiserliche Beamte, und vom Wiener Hofe an die leitenden Staatsmänner der Reichsstände. Moser meinte freilich, das sollten die Fürsten durchaus untersagen. Aber was konnte man von Beamten erwarten, wenn selbst der preußische Thronfolger um die Zeit des bayerischen Erbfolgekrieges sich nicht scheute, von Maria Theresia ein Darlehn von einer Million anzunehmen? 1721 erschien eine Zusammenstellung von Meinungen darüber, ob sogar der Richter von einer Partei Geschenke

nehmen dürfe; und mehrere Rechtsgelehrte bejahten das unter allerlei Sophismen. Im Laufe des Jahrhunderts hob sich der moralische Durchschnitt sehr bedeutend. In Preußen war man bei der consequenteren Regierung prompt, genau in der Vollziehung, im Ganzen pflichttreu und redlicher als anderswo, freilich auch sehr eingebildet und hochmüthig.

Wie mit der Ausbildung des Beamtenstaates die Ernennungen allmählich nach Qualificationen und Prüfungen, durch specielle Gesetze und Instructionen geregelt wurden, so entwickelten sich auch über Disciplin und Entlassung der Beamten nach und nach bestimmtere Grundsätze. Hatte man in älterer Zeit das Verhältniß zwischen dem Landesherrn und seinen Beamten als ein rein privatrechtliches, nach den Bestimmungen des abgeschlossenen Dienstcontractes zu beurtheilendes angesehen, so überwogen beim Forschreiten der Staatsidee mehr und mehr die staatsrechtlichen und politischen Gesichtspunkte, vorzugsweise beeinflußt durch die eigenen Interessen und Anschauungen der neuen, unentbehrlichen, zu einer fast selbständigen Macht neben den Fürsten aufsteigenden Beamtenklasse. Aus Billigkeitsrücksichten wurde früh der Grundsatz geltend, daß Beamte nur bei nachgewiesener Pflichtverletzung auf Dienstentlassung zu rechnen hätten. Wo es einigermaßen ordentlich herging, entließ man nicht gerne alte Beamte, selbst unbrauchbare; „zu Tode füttern muß man sie doch.“ Diese Regel schützte natürlich nicht, wenn Beamte sich mißliebig machten, oder den höheren Orts beschlossenen Maßregeln im Wege standen. Friedrich I. entließ sämmtliche Mitglieder der Amtskammern zu Berlin, Halle und Halberstadt, welche den Luben'schen Erbpachtsplänen widersprachen, und Friedrich Wilhelm I. löste wieder die Hofkammer auf, welche die Erbpachtssache durchgeführt hatte. In den kleinen Ländern wirkten häufiger persönliche Launen, es wurden oft Vorwände benutzt, Leute zu entfernen; bisweilen wurden selbst Beamte, die ihre Stellen gekauft hatten, ohne Weiteres abgesetzt und ihre Stellen neu verkauft. In der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts ward die Lehre gangbar, daß den Beamten nur durch Urtheil und Recht wegen Verbrechen oder Dienstvergehen ihr Amt genommen werden könne, während Andere gegen ein solches fast selbständiges Recht auf die übertragene Verwaltung wenigstens eine dimissio honesta mit Rang und Gehalt zuließen. Auch die Reichsgerichte sprachen wiederholt den Grundsatz aus, daß Beamte nur durch richterliches Urtheil ohne Entschädigung entlassen werden könnten, gingen aber schließlich davon ab, da es sich nicht durchsetzen ließ, am Wenigsten in den großen Territorien. Noch Joseph II. entließ in zwei Jahren 2000 Civilbeamte, theils mit ganz geringem, theils ohne allen Ruhegehalt. Wo noch Leben nnd Freiheit der Unterthanen in so hohem Grade den Landes-

herren zur Verfügung standen, wie es in Deutschland der Fall war, konnte von einer wirklichen Sicherstellung der Beamten gegen den fürstlichen Willen nicht die Rede sein. Von willkürlichen Verhaftungen oder Entlassungen wurde außer den unmittelbar betroffenen Kreisen in der Regel kaum gesprochen. Nur wenn so bekannte Männer, wie der ältere Moser oder Schubart, viele Jahre lang auf bloßen Cabinetsbefehl eingesperrt wurden, erregte es allgemeineres Aufsehen. Auch ausdrückliche Bestimmungen der Landesverfassung, daß die Mitglieder des Geheimen-Raths-Collegiums nicht willkürlich entlassen werden sollten, wie in Würtemberg, halfen nichts. Doch wurden in späterer Zeit die höchsten Beamten nicht leicht ohne dringende Veranlassung entfernt, schon weil der Wechsel Zweifel an der fürstlichen Weisheit bei der früheren Auswahl hervorrufen konnte. In Preußen waren in älterer Zeit häufig Minister und Günstlinge plötzlich von der Höhe gestürzt, wie Schlieck, Löben, Danckelmann, Schwarzenberg, Wartenberg, namentlich nach dem Tode ihres Fürsten; später wurden Minister nur äußerst selten ganz entlassen; man begnügte sich, ihnen die wichtigeren Angelegenheiten zu entziehen, beschränkte sie auf untergeordnete Departements, wie Zedlitz und Hertzberg, als sie dem Nachfolger des großen Königs lästig wurden. Außer dem Minister v. Görne, der 1782 wegen Betruges abgesetzt und nach Spandau gebracht wurde, ist in den letzten Zeiten bis 1806 nur Wöllner vollständig entfernt worden. Mit den niederen Beamten machte man sehr wenig Umstände. Friedrich Wilhelm I. hielt sich, wie überhaupt zur Auferlegung und Verschärfung von Strafen, so vor Allem gegen seine Beamten zur freiesten Disposition befugt. Christian Wolff entging mit genauer Noth der Gefahr, gehängt zu werden und wurde nicht blos von seiner Professur, sondern auch aus dem Lande gejagt. Schlubhut war wegen Unterschlagung nur zu einigen Jahren Festung verurtheilt, als der König ihn hängen ließ. Freilich hatte er ihn durch eine impertinente Antwort gereizt, indem er auf die Bedrohung mit dem Galgen entgegnete: für einen Edelmann sei noch kein Galgen gebaut. „Er wird es noch heute sein," erwiderte der König und hielt Wort. Gegen den königlichen Bescheid, „soll platt cassirt werden," war an keinen Widerspruch oder Rechtsweg zu denken. Die Fälle, daß Beamte ohne regelmäßige Untersuchung auf Befehl des Königs nicht blos entsetzt, sondern auch in Haft gehalten wurden, waren sowohl unter Friedrich dem Großen wie unter seinen Nachfolgern nicht selten. Namentlich kam es wiederholt vor, daß Beamte, welche gegen Befehle gehandelt, oder gegen Mißbräuche aufgetreten waren, ohne Weiteres auf eine Festung gebracht wurden. Der Prediger Schulz (Zopfschulz) war vom Kammergericht freigesprochen, wurde aber trotzdem seines Amtes

entsetzt. Nach und nach wurden die Verhältnisse des Beamtenthums, Disciplin, Verantwortlichkeit und Dienstentlassung, in den einzelnen Staaten durch die Gesetzgebung in verschiedener Weise geregelt. Im Entwurf des Landrechts war bestimmt, daß kein Staatsdiener ohne richterliches Erkenntniß seines Amtes entsetzt werden sollte. Das ward indessen reprobirt, weil die freie Wahl der Diener dadurch beschränkt würde, doch sollte aller Minister-Despotismus ausgeschlossen bleiben. Nur hinsichtlich der Richter blieb bestehen, daß sie ausschließlich von den Landescollegien zur Untersuchung gezogen, bestraft oder entsetzt werden konnten. Andere Civilbeamte sollten nicht durch den einzelnen Departementschef gegen ihren Willen verabschiedet oder abgesetzt werden, sondern nur nach verantwortlicher Erklärung durch Stimmenmehrheit sämmtlicher Minister, und wo der König die Bestallung vollzog, war ihm der auf Entlassung gerichtete Beschluß zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen. Das galt für eine genügende Garantie. Im absoluten Staate besteht die wirkliche Verantwortlichkeit der Beamten immer nur dem Monarchen gegenüber. Es wird gelegentlich behauptet, die Sicherstellung der Verwaltungsbeamten gegen volle Willkür sei in Deutschland ein Correctiv ungenügender politischer Zustände und habe bis zu einem gewissen Grade die fehlenden repräsentativen Einrichtungen ersetzt. Das ist indessen nur in sehr beschränktem Maße richtig. Indirect hat diese Sicherstellung gewiß dazu beigetragen, den Geist des Beamtenthums zu heben, aber an sich diente sie weit mehr der bequemen und gesicherten Einrichtung der Bureaukratie, als einer gesetzmäßigen und rücksichtsvollen Behandlung des Volkes und seiner Interessen. Gegen augenblickliche Launen und einzelne Willkürlichkeiten schützten einigermaßen die umständlichen, schwerfälligen Formen des bureaukratischen Geschäftsganges; diese fielen aber ohnehin in den größeren Staaten wenig in's Gewicht. Daß die Beamten selbst nicht eigenmächtig von den gegebenen Gesetzen oder Instructionen abwichen, verlangte natürlich die Centralgewalt. Um ihre Gutachten und Berichte, damals fast die einzige Quelle der Information für die höchsten Stellen, nach Pflicht und Wahrheit zu erstatten, dazu gehörte doch in der Regel kein besonderer Muth und keine besondere Sicherstellung. Auch Friedrich Wilhelm I. war der Nothwendigkeit der Dinge zugänglich, wenn sie ihm in den Berichten seiner Behörden entgegentrat; er verzichtete auf die allgemeine Dienstpflicht, wie auf die allgemeine Censur für alle Druckschriften, die damals noch für unausführbar erachtet wurden. Sehr häufig freilich wurden sorgfältig ausgearbeitete Vorstellungen und Remonstrationen mit dem kurzen Bescheid erledigt: Narrenpossen, oder: platt abgeschlagen. Aber an eine wirkliche Opposition gegen den erklärten königlichen Willen dachte in der Blüthezeit

der Bureaukratie im vorigen Jahrhundert Niemand. Daß allgemeine Maßregeln wegen Unzweckmäßigkeit oder Ungerechtigkeit durch den Widerstand der Verwaltungsbehörden abgewendet wären, dafür werden sich nicht viele Beispiele anführen lassen. Wohl hat die Bureaukratie in unbefangener Würdigung der Landesinteressen ein Gegengewicht gegen ständische Prätensionen und Hofumgebungen gebildet, aber gegen bestimmte Tendenzen, gegen eine entschiedene Politik des Regenten oder der leitenden Staatsmänner hat sie niemals Widerstand geleistet.

Man setzte allgemein voraus, die Obrigkeit müsse für das Glück der Unterthanen in jeder Beziehung sorgen. Das System überhaupt wurde kaum bestritten, ja die Opposition, die sich gelegentlich gegen einzelne Maßregeln erhob, war in der Regel kleinlich, hämisch und unverständig, wie es bei der Entwöhnung von aller Selbstthätigkeit und in der Ermangelung aller öffentlichen Besprechung nicht anders sein konnte. Erst gegen das Ende des Jahrhunderts wollte die kosmopolitische Abstraction den Staat, wie es Wilhelm v. Humboldt in der Schrift über die Grenzen der Staatsgewalt versuchte, auf den Schutz des Rechts, auf die Sicherung der individuellen Entwickelung und der humanen Bildung beschränken. Die allumfassende, staatliche Fürsorge konnte nicht der Willkür untergeordneter Behörden überlassen werden, sondern erforderte eine Centralgewalt, die alle Initiative in sich concentrirte, eine stete Bevormundung von oben her, den Geist des Sich-Einmischens, den Macaulay treffend an Friedrich den Großen hervorhebt. Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. kannten allein das Ganze der Geschäfte, hielten sogar mit einiger Eifersucht darauf, daß selbst ihre Minister nur in einzelnen Zweigen vollständig Bescheid wußten. Das führte zu einer zersplitterten, isolirenden Geschäftsbehandlung. Es ging so weit, daß nur einzelne Etats, partielle Rechnungen aufgestellt wurden. Beim Tode Friedrich's des Großen fehlte daher jede Uebersicht der finanziellen Lage und es kostete große Mühe, eine solche zu erhalten, weshalb sogar das absurde Gerücht entstand, der König habe absichtlich, um seinem Nachfolger Schwierigkeiten zu bereiten, die allgemeinen Rechnungen vernichtet. Im Militärwesen nahmen beide Könige mit gleichmäßiger Sorgfalt das Kleine wie das Große wahr. Im Uebrigen war die Bearbeitung der Geschäfte ziemlich verschieden. Unter Friedrich Wilhelm I. wurden die auswärtigen Angelegenheiten, für welche er wenig Sinn hatte, schwerfällig, der Reichssachen wegen stets unter Zuziehung eines Justizministers behandelt. Er sah ungerne einen persönlichen Verkehr seiner Minister mit den fremden Gesandten. Die Verhandlungen wurden lateinisch, oder in der betreffenden Landessprache geführt. Friedrich der Große trennte die auswärtigen Angelegenheiten vollständig von den inne-

ren, führte — mit Ausnahme der Reichssachen — die französische Sprache ein. Wichtige Verhandlungen mit den fremden Mächten führte er durchaus selbst, die Minister waren darin nur seine Expedienten und gewöhnlich wurde nicht einmal mündlich mit ihnen berathen. Nur die geringfügigen, laufenden Geschäfte und die Sachen rechtlicher Natur besorgten die beiden Minister der auswärtigen Angelegenheiten selbständig und die Gesandten klagten, keiner von ihnen kenne alle Sachen, sie würden daher nie ordentlich beschieden. Der Cabinetsrath, namentlich Eichel, galt für den einzigen Mann außer dem Könige, der von allen Angelegenheiten erfahre, aber mit Niemandem spreche. In späterer Zeit ward immer ausschließlicher nur schriftlich zwischen dem König und den Ministern verhandelt. Aehnlich erzählte man von Friedrich Wilhelm III., daß er den Minister v. Altenstein zehn Jahre lang nicht gesehen hätte, und noch unter Friedrich Wilhelm IV. klagten einzelne Minister, daß sie sehr schwer einmal zum persönlichen Vortrag gelangen könnten. Da über jede Kleinigkeit an den König berichtet wurde, mußte der vortragende Cabinetsrath mindestens auf das Detail der Geschäfte sehr großen Einfluß gewinnen. Unter Friedrich Wilhelm II. wurden die meisten Minister ganz subaltern neben den herrschenden Günstlingen. Den überwiegendsten Einfluß auch auf die großen Angelegenheiten übten neben einzelnen Adjutanten die Cabinetsräthe — Menken, Lombard, Beyme — in den ersten Regierungsjahren Friedrich Wilhelm's III., der sie als sich persönlich ergebene Diener betrachtete, während er gegen die Minister mißtrauisch war. Stein eiferte vergeblich gegen dies verderbliche System einer unverantwortlichen Nebenregierung. Nach 1807 trugen Stein und Hardenberg die wichtigeren Sachen selbst vor und seitdem blieben die Cabinetsräthe im Ganzen auf das Nebensächliche, untergeordnete Personalien und Detailgeschäfte beschränkt. Wenn noch Einzelne einen größeren Einfluß auf die Leitung der allgemeinen Angelegenheiten gewannen, so geschah es nicht sowohl durch Versuche, eine eigene Politik zu treiben, als durch bestärkende Hingebung an specielle königliche Liebhabereien oder Tendenzen. Jedenfalls bleibt es ein schwerer und unter Umständen gefährlicher Nachtheil für die Staatsgeschäfte, wenn auch nur die geringfügigeren Sachen und der äußerliche Geschäftsgang in höchster Instanz von Personen abhängig bleiben, die außerhalb des Ministeriums stehen und demselben nicht untergeordnet sind. Alle Angelegenheiten des Staates, in denen die königliche Entscheidung erforderlich ist, müßten regelmäßig durch die Minister selbst, und könnten ausnahmsweise nach ihrer Instruction durch Ministerialräthe vorgetragen werden.

Friedrich Wilhelm I. hielt die Geschäfte der inneren Verwaltung wirklich und vollständig in der Hand. Das war bei dem damaligen Um-

fange des Staates mit wenig über zwei Millionen Einwohner noch möglich. Er arbeitete regelmäßig fünf bis sechs Stunden täglich mit seinen Cabinetsräthen, gab seine Bescheide, sah am folgenden Tage die ausgefertigten Resolutionen durch. Mit der Vergrößerung des Staates ward ein regelmäßiges, persönliches Bearbeiten des Details durch die Könige unmöglich. Es konnte höchstens ein gelegentliches Eingreifen stattfinden. Friedrich der Große glaubte auch, die Geschäfte bis in's Einzelne persönlich leiten und controliren zu können. Wenn er dabei in anderthalb Stunden täglich Alles abmachte, so erklärt sich von selbst, daß er überall getäuscht ward. Die Wirkung und die Vollziehung seiner Anordnungen konnte er nicht übersehen. Der große Respect vor seiner Person, sein Scharfblick, seine Strenge und sein gelegentliches Dareinfahren machten, daß die Dinge im Ganzen nach seinem Willen gingen; aber in den laufenden Geschäften ward schon unter ihm der einzelne Minister absolut in seinem Departement. Justus Möser bemerkt sehr richtig: „Könige können vor der Menge der Sachen, die vor ihren Augen schweben, keine einzige vollkommen ruhig und genau betrachten.“ Je mehr die Einbildung des persönlichen Regiments erhalten und alles Detail der persönlichen Entscheidung unterbreitet wird, desto sicherer ist der Minister, überall — wo nicht besondere Einflüsse entgegentreten — seinen Willen durchzusetzen, weil Zeit und Einsicht fehlen, um andere Maßregeln zu begründen. Abgesehen davon ruft das System der Cabinetsregierung nach verschiedenen Richtungen nachtheilige und lähmende Wirkungen hervor. Wenn dem Regenten alle mögliche unbedeutende Dinge, jede geringfügige Ueberschreitung eines Voranschlags, jede Ernennung oder Versetzung eines Subalternofficiers, Heirathsconsense, Tausende von Ordensverleihungen, vorgetragen werden, tritt nothgebrungen eine blos formelle Behandlung der Geschäfte ein, und durch die Ueberhäufung mit Lappalien geht Lust und Kraft für wichtige, Anstrengung erfordernde Angelegenheiten verloren. Ferner aber schwindet die einheitliche Behandlung der Staatsgeschäfte, welche auch das umfassendste Talent eines Königs allein nicht herzustellen vermag. Auswärtige und innere Politik, Justiz und Administration, Civil- und Militär-Verwaltung gehen aus einander. Die feudalen Anschauungen und Einflüsse neben dem angeblich persönlichen Regiment und subalternem Beamtenthum erklären es, daß die Isolirung der großen Fächer fast nirgends so weit getrieben ist, wie in Preußen. Ein einheitliches Zusammenwirken findet nicht statt; zu umfassenden, allseitig durchdachten Maßregeln kommt es immer schwerer. Pertz faßt im Leben Stein's das Resultat dahin zusammen: „die Regierung Friedrich's II. war eine künstlich berechnete Maschine, welche ihren Antrieb ausschließlich von oben erhalten sollte

und keine selbständige Bewegung der Glieder zuließ. Große Staatsmänner konnten sich unter Friedrich's Selbstregierung nicht bilden. Die Minister waren nicht Glieder eines gemeinsamen Rathes, mit welchem der König die großen Geschäfte behandelt hätte, sondern jeder auf sein Departement beschränkt, in dessen einseitiger Verwaltung der Blick, von den großen Angelegenheiten des Staates abgezogen, sich an eine engherzige, leicht selbstsüchtige, kleinlich-förmliche Behandlung der Geschäfte gewöhnte. Die Minister handelten als Werkzeuge des Königs, wie es diesem gefiel." Die rastlose Selbstthätigkeit duldete nur Commis, keinen Willen neben sich. Die Militärs an der Spitze der Verwaltung entsprachen dem Grundsatze, daß nur der König die volle Einsicht brauche, daß die aufgezogene Maschine nur eine pünktliche, geschäftsmäßige Bedienung erfordere, um in Gang erhalten zu werden. Die Bureaukratie erzieht überhaupt mehr Geschäftsmänner, als Staatsmänner, bildet Arbeiter für Specialitäten, aber nicht politische Talente. Es ist indessen bemerkenswerth, wie unter allen hohen Beamten Friedrich's des Großen kaum drei oder vier eine individuelle Bedeutung, ein persönliches Interesse in Anspruch nehmen. Als nach seinem Tode der königliche Impuls fehlte, trat überall Unordnung und Stagnation ein.

„Die Sachen gehen in Preußen von selbst — schrieb Mirabeau — die Maschine ist aufgezogen, nichts leichter als einnehmen und ausgeben," aber beim ersten Stoße werde all dies Gerüst von Mittelmäßigkeiten, all diese subalternen Minister kläglich zusammenbrechen. Das dachten damals sehr Wenige. In Preußen waren die Meisten gegen das Ende der Regierung Friedrich's des Großen geneigt, die Erfolge und die Machtstellung des Staates statt dem Genie des Königs den staatlichen Einrichtungen zuzuschreiben; man hielt die mechanische Staats- und Heeres-Ordnung für unübertrefflich, Preußen durch seine Verwaltung und seine Armee für den wohlgeordnetsten, schlagfertigsten Staat. Bei der Scheu vor der Oeffentlichkeit, der bureaukratischen Geheimthuerei, welche Friedrich II. aus der militärischen und diplomatischen Gewohnheit auf die ganze Verwaltung übertragen hatte, fehlte fast alle Kenntniß und Schätzung der wirklichen Mittel des Staates; um so leichter hatte sich Einbildung und Hochmuth unter allen Klassen des Volkes verbreitet. Moser hatte schon während des siebenjährigen Krieges geschrieben: „die preußische Hof-, Kriegs- und Cameral-Verfassung gleicht Scanderbeg's berühmtem Säbel; sein Arm gehörte mit dazu." Das bewährte sich nach Friedrich's Tode. Aber das Fortknarren der Räder täuschte die Meisten. Einzelne freilich, unter ihnen Hertzberg, erkannten die innere Schwäche, die Gefahr der Entartung, die Nothwendigkeit einer energischen Leitung. Fremde urtheilten zum Theil

sehr hart über das System und seine Wirkungen auf Staat und Volk. Malmesbury schrieb 1772 von allgemeiner Immoralität, Dürftigkeit und Unehrlichkeit; es gebe in Berlin weder einen ehrlichen Mann, noch eine keusche Frau, alle seien für Geld zu haben. Das war eine starke Uebertreibung; die Mehrzahl der preußischen Beamten bis in die niedrigsten Klassen war pünktlich, strenge und zuverlässig, wenn auch Habsucht und Käuflichkeit in einzelnen Fällen schamlos genug auftraten. Häufiger wurden Härte, Bedrückung, Grobheit von oben und Servilität von unten gerügt. Lessing hielt Preußen für das sklavischste Land in Europa. Forster meinte, Alles vergöttere den König, finde auch, was schlecht, unbillig, falsch, wunderlich an ihm sei, vortrefflich und übermenschlich. Aehnlich berichtet Malmesbury: der König werde wie eine Gottheit angesehen; das Volk sei eitel, unwissend, grundsatzlos und unterwürfig; der Adel diene wegen seiner Armuth mit Eifer und Tapferkeit in subalternem Dienst, finde in der Größe des Monarchen die eigene Größe, sei bereitwilliges Werkzeug jedes Befehls, von Gerechtigkeit, Freiheit, Widerstand nirgends die Rede. Am Stärksten enttäuscht fühlte sich Mirabeau durch Diener und Volk des großen Königs, nach dessen Tode er bald keine Aenderung, keine Besserung für möglich hielt. Er fand Alles unendlich klein und mittelmäßig, sehr wenig geschickte Menschen, das Volk unterdrückt, servil und ohne Leben. Und nun fiel der Staat mit seinen großen Ansprüchen, seinen geringen Mitteln und seiner Reformbedürftigkeit in die schwachen Hände Friedrich Wilhelm's II.! Mirabeau war betroffen über so viel Schwäche, Trägheit, Vergnügungslust neben der Prätension des persönlichen Regiments, der Furcht beherrscht zu scheinen, der Sucht ein großer Mann zu sein. Pauvre règne, pauvre pays! Die Unordnung und Verschleuderung am Hofe, das Beispiel der Günstlinge, die sich mit Gütern und Pensionen bereicherten, die vielen Projecte und Widersprüche wirkten schnell nach. Laxheit, Demoralisation und Unterschleife rissen ein. Friedrich II. hielt auch die widerstreitenden Leute in Ordnung; in dieser Sicherheit sah er sogar nicht ungerne feindliche Individuen neben einander in der Meinung, daß sie sich dann schärfer controliren würden. Jetzt nahm man sich Freiheiten heraus, die Minister zankten sich. Die Sachen blieben liegen. Unordnung und Schlendrian nahmen zu. Während in Westpreußen die neue Organisation schnell und glücklich von statten gegangen, die Verbesserungen bei den rohen und verwilderten Zuständen noch schlagender und ebenso dauernd wie in Schlesien waren, klagte man in den neuen polnischen Provinzen über die zügellose Wirthschaft, die Unredlichkeit und Gewaltthätigkeit der preußischen Beamten. Bei der großen Zahl, die plötzlich dorthin geschickt ward — 1807 wurden ihrer 7000

aus Polen vertrieben — waren es gewiß nicht die besten, aber neben den ungewohnten Kosten der neuen Rechtspflege und Verwaltung und neben der Verschleuderung der Güter unter dem Vorwande der Germanisirung hat ohne Zweifel der nationale Widerwille beigetragen, die Klagen zu übertreiben. Im Ganzen jedoch war ein Rückschritt des Beamtenthums in Thätigkeit, Anstrengung und Moralität nicht zu verkennen.

Dazu kam zum ersten Mal eine eigentliche Tendenzpolitik. Seit den Anfängen der französischen Revolution wurde in der auswärtigen Politik die Solidarität der conservativen Interessen maßgebend, gegen welche Hertzberg vergeblich die Traditionen Friedrich's des Großen geltend zu machen suchte. Im Inneren begann die politische Repression und vor Allem die religiöse Intoleranz. Unter Friedrich II. hatte sich der Unglaube ziemlich ausgebreitet; für religiöse Dinge galt vollständige Freiheit zu denken und zu schreiben; ein großer Theil der Geistlichen war freidenkend. Mit Wöllner wurden sie wieder strenggläubig. Das Religionsedict kündigte ihnen an: der König wolle innere Ueberzeugung nicht zwingen, selbst bekannte Neuerer nicht aus dem Amte treiben; aber Jeder solle von nun an dem hergebrachten Kirchenglauben getreu lehren, oder im Fall der Uebertretung mit Entsetzung, auch noch härter gestraft werden. Zugleich erschien eine strenge Censurverordnung. Mit Druck und Verfolgungen nahm die Unwissenheit in der Leitung zu. Im April 1791 wurde die Censur den eifernden Predigern Hermes, Hilmer und Woltersdorf übergeben; ohne ihre Prüfung und Approbation sollte Niemand in einem geistlichen oder Schul-Amt mehr angestellt werden. 1794 verkündete ein neues Edict: wer gegen die früheren Verordnungen gehandelt, solle künftig als Ungehorsamer bestraft werden, alle neu angestellten Lehrer sich verpflichten, dem in den symbolischen Büchern festgesetzten Kirchenglauben in ihren Vorträgen treu anzuhängen. Der große Kant erhielt einen herben Verweis wegen Herabwürdigung christlicher Lehren, und es ward ihm verboten, künftig derartige Schriften zu veröffentlichen. Diese Dinge und ihre Kehrseite, die Demoralisation und die Ausschweifungen, die sich am Hofe und in der vornehmen Welt breit machten, trugen wesentlich bei, Gesinnung, Ehrgefühl, Achtung und Vertrauen zur Staatsgewalt zu untergraben. Friedrich Wilhelm III. beseitigte die heuchlerische Orthodoxie. Wöllner und seine Creaturen wurden entfernt. Die ehrbare Mittelmäßigkeit wurde hervorgezogen, äußerlich Anstand und Ordnung wiederhergestellt. Aber das genügte nicht mehr. Während die ungeheuerste Bewegung ganz Europa ergriffen hatte, stand in Preußen Alles still. Pläne wurden genug gemacht, unter Friedrich Wilhelm II. besonders finanzieller Natur, aber nichts kam von der Stelle. Durchgreifendere Vorschläge wurden wohl

gemacht, indessen nach längeren oder kürzeren Verhandlungen meist durch die Einwendung beseitigt, daß sie gegen diese oder jene Einrichtung, gegen die allgemeinen Grundsätze, oder gegen die Verfassung des Staates verstießen. Die unfruchtbare, schwerfällige Verwaltung blieb. Die Dinge schleppten sich träge im gewohnten Geleise hin. Auffällig ist es, wie rasch das Niveau der höheren Beamtenwelt gesunken war, wie schnell auf die großartige Schöpfung des Landrechts eine nach Inhalt und Form gleich elende Gesetzmacherei, die zerfahrenen Cabinetsordres folgten, welche die Ueberschrift tragen: mein lieber Großkanzler v. Goldbeck. Und doch waren in diesem Beamtenthum die trefflichsten Elemente vorhanden, kenntnißreiche, einsichtige, thätige Männer, welche mit Kraft und Hingebung große Aufgaben lösten, als in der Zeit der Noth eine energische Hand tüchtige Männer finden wollte. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit großer Reformen erfüllte Manche. Stein warnte vor dem Untergang, vor einer völligen Auflösung des Staates. Nach der Gallerie preußischer Charaktere sagte man sich 1803, daß es mit der alten Bureaukratie nicht mehr gehe, daß beim ersten Stoße Alles hülflos zusammenbrechen werde. Solche Stimmen drangen damals natürlich nicht in die Oeffentlichkeit. In der Masse erhielt sich mit der alten Ordnung die alte Einbildung, der alte Respect, die vor Allem, was von oben kommt, bewundernd ersterbende Servilität, welcher Klaproth kurz vor dem Ende mit seiner zweihundertjährigen Geschichte des preußischen Staatsraths in entsprechendem Styl ein würdiges Denkmal gesetzt hat.

Glücklicherweise befand sich unter den Wenigen, welche das Richtige sahen, ein Reichsfreiherr, der also Minister werden konnte und neben all der Mittelmäßigkeit und Erbärmlichkeit einen Platz gefunden hatte. Stein drang, als es noch Zeit war, nicht blos auf materielle Reformen, auf Beseitigung der Verkehrsschranken, Aufhebung der Grenzen zwischen Stadt und Land, gleichmäßigere Besteuerung, er verlangte auch eine ganz andere Organisation der Behörden, er griff die bureaukratische Verwaltung, „den Miethlingsgeist, das Leben in Formen und Dienstmechanism," überhaupt an, er wies auf die Hebung des Gemeinsinns hin. Schon 1796 hatte er geschrieben: „die despotischen Regierungen vernichten den Charakter des Volkes, da sie es von den öffentlichen Geschäften entfernen und deren Verwaltung einem eingeübten, ränkevollen Beamtenheer anvertrauen." Seine Rathschläge wurden nicht gehört, selbst nach der Niederlage wurde er im Zorne entlassen als „ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger Staatsdiener." Aber daß er schon vorher Minister gewesen, daß er in hoher Stellung die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte, machte nicht nur seine Wiederberufung nach dem Frieden zur Nothwendigkeit, sondern ver-

lieh ihm auch die nothwendige Autorität, die Hindernisse der Trägheit, der Vorurtheile und der Interessen zu überwinden und den Staat auf neue Grundlagen zu stellen. Denn der Staat, welcher sich 1813 wieder erhob, hatte in der That nichts gemein mit der militärischen und administrativen Maschinerie, welche Friedrich der Große gelenkt hatte. Die Ideen bürgerlicher Freiheit und nationaler Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten erfüllten die Regeneratoren des Staates. Stein bezeichnete es wiederholt als den leitenden Grundsatz: die Nation müsse gewöhnt werden, selbst ihre Angelegenheiten zu betreiben und sich nicht allein auf besoldete Beamte zu verlassen, die sie in ihrer Vormundschaft halten. Scharnhorst schrieb an Clausewitz: nur das Gefühl der Selbständigkeit und Selbstachtung könne die Nation heben, Wiedergeburt und freies Wachsthum fördern. In diesem Sinne wurden die neuen Heereseinrichtungen geschaffen, welche sich in den Kriegen glänzend bewährten und an deren Schluß eine großartige, volksthümliche Organisation hervorriefen. Die Aufhebung der Gutsunterthänigkeit, die Freiheit des Grunderwerbs und der Gütertheilung, die Gewerbefreiheit legten die Fundamente einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, entfesselten die wirthschaftlichen Kräfte, leiteten die Epoche einer großen materiellen Entwickelung ein. Die Städteordnung von 1808 war das erste Muster bürgerlicher Selbstverwaltung; ihr sollte eine neue Verfassung der Landgemeinden mit Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit und der gutsherrlichen Polizeigewalt folgen; eine Beaufsichtigung der Gemeinden durch Kreiscorporationen war in Aussicht genommen; und eine repräsentative Verfassung sollte die Grundsätze der Selbstthätigkeit des Volkes auf die eigentlichen Staatsgeschäfte ausdehnen. In dem sogenannten Stein'schen Testament von 1808 hieß es: „Das nächste Beförderungsmittel scheint mir eine allgemeine Nationalrepräsentation. Mein Plan war, jeder active Staatsbürger, er besitze 100 Hufen oder eine, er betreibe Landwirthschaft oder Fabrikation oder Handel, er habe ein bürgerliches Gewerbe, oder er sei durch geistige Bande an den Staat geknüpft, habe ein Recht zur Repräsentation. Von der Ausführung oder Beseitigung eines solchen Planes hängt Wohl oder Wehe unseres Staates ab, denn auf diesem Wege allein kann der Nationalgeist positiv erweckt und belebt werden." Aber diese Entwürfe kamen nicht zur Ausführung. Während die Gesetzgebungsarbeiten auf dem socialen und wirthschaftlichen Gebiete unter Hardenberg's Leitung mit gleichem Erfolge fortgesetzt und durchgeführt wurden, blieb es in Allem, was die politische Organisation des Staates über die Städteordnung hinaus betraf, bei vagen Projecten und resultatlosen Vorberathungen, als Stein vor dem Zorne Napoleon's hatte weichen müssen. Hardenberg vermochte die Opposition

der Privilegirten. … …s
Königs in dieser … …
… die Noth um … …en
Augenblicks standen … …ht
Kriege hereinbrach. … …m
Kreisen ziemlich allgemein … …n,
Hardenberg war es … …r
in der Verordnung … …
skizzirt. Gneisenau … …e
ausdrücklich mit „… …
festeres Band, um … …n
knüpfen, als … …
Meinung in … …
der Commissionen … …r
ungeheuren … …t,
materiellen … …
des, die … …er
Humboldt, … …er
Reichsständen … …m-
In der Sch… …eht,
derungen betrachtet … …utine
des Volkes als … …s und
des Hofes und … …utenden
die Bestrebungen … Führern,
Preußen nur … Unter sol-
an eine constitu… …ergeworfenen
parlamentarischen … …e Herausarbei-
der süddeutschen … …n Jahrhunderts
den Bedingungen … des Volkes Gro-
eine Verstellung … …n Staates, so voll-
trübe und … …eußen rasch, glück-
Sinn für … …formirten während
fassung sprach … deutschen Beamten-
diger der … …en, aber sie trugen
Pensionen … …r die Justizreform
mit einer … …gebungswerk lieferte
ladenen … Einzelnen schwierige
lichen … …arbeiten vermag,
genießen, … öffentlichen und
Scheffner … von 1849 und

in den verschiedensten Wendungen auf eine politische Stellung des Adels zurück, wollte ihn als politische Macht herstellen; wenn er aber dem Adel keine socialen Vorrechte, keine gutsherrliche Jurisdiction und Polizei einräumen wollte, so waren das Zwecke ohne Mittel.

Mit Stein's Ministerium vom October 1807 begann die neue Organisation der Staatsverwaltung, die nach mannichfachen Ergänzungen und Umänderungen in der Zeit vom Frieden bis 1820 die Gestaltung erhielt, welche sich im Wesentlichen bis jetzt erhalten hat. Gleich nach dem Frieden von Tilsit wurde mit der bisherigen Masse der Minister aufgeräumt. Die Geschäftsvertheilung nach Gegenständen trat vollständig an die Stelle des Provinzialsystems. Zu einem wirklichen Ministerconseil kam es auch damals nicht. Wo mehrere Ministerien betheiligt waren, fand schriftliches Abstimmen und Verhandeln statt. Ein verschleppendes Hin- und Herschreiben, Verzögerungen und Hemmungen waren die natürliche Folge. Nach dem Tode Hardenberg's ward das Cabinet des Königs wieder der einzige Centralpunkt. Diese Geschäftsbehandlung erhielt sich bis 1848. Stein richtete fünf Ministerien ein, für auswärtige Angelegenheiten, Krieg, Justiz, Finanzen und Inneres, in dessen sechs Abtheilungen damals auch Cultus und Unterricht, Handel und Gewerbe, und die allgemeine Gesetzgebung untergebracht wurden. Seit 1815 wurde die Zahl der Minister wieder vermehrt, die Vertheilung der Geschäfte wiederholt geändert, meist nach augenblicklichen, persönlichen Rücksichten, und zuweilen in unzweckmäßiger Trennung oder fremdartiger Zusammenstellung. Erst 1848 fixirte sich die jetzige Ordnung der Centralbehörden. Die Provinzialbehörden, Oberpräsidien, Regierungen, Consistorien, Medicinalcollegien erhielten durch die Verordnung vom 30. April 1815 und die Instruction vom 23. October 1817 ihre definitive Organisation, die nur in Einzelheiten modificirt wurde, namentlich durch die Verordnungen von 1825 und 1845, welche die Provinzial-Schulcollegien von den Consistorien trennten, und einen Theil der Geschäfte, die nach der Instruction von 1817 den Regierungen oblagen, auf die Consistorien und Schulcollegien übertrugen.

Die reorganisirte preußische Verwaltung trug einen durchaus anständigen, der fortgeschrittenen geistigen und sittlichen Bildung entsprechenden Charakter. Sie war solide, ordentlich, von unantastbarer Integrität. Aber umständlich, schwerfällig, in ewigen Berichten und vervielfältigten Instanzen wirkte sie überall mehr hemmend als fördernd. Während man in der Justiz drei Instanzen für das höchste zulässige Maß hält, giebt es deren in der Verwaltung fünf, Gemeindebehörden, Landrath, Regierung, Oberpräsident, Minister. Die Oberpräsidenten, von deren persönlichem Eingreifen viel erwartet wurde, ohne daß ihnen die Mittel zu selbstän-

bigem Handeln gewährt waren, wurden nur ein Element des Hemmens und des Controlirens mehr. Sachkundige erklärten sie bald für überflüssig. Die Nationalversammlung wollte sie 1848 abschaffen. In den meisten Angelegenheiten wurden sie, was sie nach der theoretischen Absicht nicht sein sollten, eine Zwischeninstanz zwischen den Regierungen und dem Ministerium. Abgesehen von den Functionen bei den eigenen Regierungen, wurde ihnen nur künstlich ein geringfügiger Wirkungskreis geschaffen, für Institute, welche der ganzen Provinz angehören, für ständische Angelegenheiten, für Ertheilung von Concessionen, als Zwischen-Instanz für einige Communalsachen, als höchste für andere, als Recursinstanz für disciplinirte Elementarlehrer. Das bureaukratische Verwalten, das Decretiren auf Anfragen und Berichte nimmt im ruhigen Laufe der Dinge unausbleiblich einen formalen Charakter an, mehr der instructionsmäßigen Erledigung in den Acten, als den sachlichen Bedürfnissen zugewendet. Wer ungewohnt hineintritt, bewundert oft diese Routine der Nummerarbeit, das schnelle Actenlesen, das leichte Orientiren, das gewandte Abdecretiren. Aber der größte Theil dieser Arbeiten wäre am besten besorgt, wenn er gar nicht besorgt würde. Von den tüchtigsten Landräthen gehen in der Regel am wenigsten Berichte und Anfragen ein. Das regierende Beamtenthum, welches in seiner Omnipotenz das Wesen der Monarchie sieht, richtet sich mit wachsender Arbeitstheilung bequem ein, erwirbt Routine in Specialzweigen, erledigt die laufenden Geschäfte des Ueberwachens und Controlirens in regelmäßiger Ordnung. Aber zu wirklich bedeutenden Leistungen findet die Bureaukratie nur unter hervorragenden Führern, oder zu einzelnen bestimmten Aufgaben die nöthige Energie. Unter solchen starken Impulsen hatte sie auf den Trümmern des niedergeworfenen Feudalstaates den modernen Staat eingerichtet, und in der Herausarbeitung aus der Verwilderung und Uncultur des siebzehnten Jahrhunderts für die geistige Bildung und die materielle Entwickelung des Volkes Großes geleistet. Wie bei der Ausbildung des centralisirten Staates, so vollzog sie die neue Organisation in Schlesien und Westpreußen rasch, glücklich und mit nachhaltigem Erfolg. Die Franzosen reformirten während ihrer Herrschaft in Deutschland mit den Kräften des deutschen Beamtenthums noch behender und durchgreifender als die Preußen, aber sie trugen Gemeinheit und Tyrannei in die eroberten Länder. Für die Justizreform unter Friedrich dem Großen und für das große Gesetzgebungswerk lieferte die Bureaukratie ausgezeichnete Kräfte. Daß sie im Einzelnen schwierige Aufgaben zu lösen und sich in neue Formen schnell einzuarbeiten vermag, hat sie auch in neuester Zeit bei der Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens, bei der Gerichtsorganisation von 1849 und

bei der großen Arbeit der Grundsteuer-Regulirung bewiesen. Ihre glänzendste Thätigkeit entwickelte sie auf den verschiedensten Gebieten socialer und politischer Reformen in der Stein-Hardenberg'schen Epoche. Seit 1820 trat Stockung und Stillstand ein. Nur noch in der Finanzverwaltung, in der Zollgesetzgebung, auf dem Gebiete des Handels, der Gewerbe, der Verkehrsmittel ward, der materiellen Entwickelung der Zeit entsprechend, energisch und erfolgreich fortgearbeitet. Und glücklicherweise erreichten Wohlstand, Selbstthätigkeit und Arbeitskraft des Volkes auf der soliden Grundlage bürgerlicher Freiheit einen hinlänglichen Grad, um der retrograden Gewerbegesetzgebung von 1845 und 1849 zu widerstehen. Die hemmenden, einzwängenden Versuche dieser aus der Strömung politischer Reaction hervorgegangenen Ordnungen, welche bei wirklicher Durchführung der Industrie und dem Verkehr schwere Hindernisse in den Weg gelegt hätten, sind durch die realen Verhältnisse überwunden. In den wesentlichsten Punkten läßt man gehen und gewähren. Im Uebrigen aber erlahmte die Bewegung des Staatslebens. Die Verwaltung wurde mehr und mehr schwerfällig, mechanisch, am Alten hängend, als hemmend und verzögernd empfunden. Mit welchen Nichtigkeiten, wie langsam und resultatlos sich die repressive Staatskunst beschäftigte, zeigen die endlosen, weitschweifigen Verhandlungen und Entwürfe der deutschen Regierungen über Verfassungen, Bundesgericht, Mediatisirte, Universitäten, Presse, politische Umtriebe, zeigen die Ministerconferenzen von 1819, 20, 34. Nur in der Repression kam in der gemeinsamen Scheu vor jeder öffentlichen Regung, vor jedem Wort in der Presse oder Literatur noch etwas zu Stande. In der preußischen Gesetzgebung wurde bis 1848 nichts Organisches und Ganzes mehr vollendet. Man behalf sich mit Gelegenheits-Verordnungen und Aushülfen für den Augenblick. Weder mit der Staatsverfassung, noch mit den Gemeindeordnungen, weder mit der Prozeßgesetzgebung, noch mit dem Strafrecht, weder mit den Steuern, noch mit den Schulen kam man zu einem Abschluß. Die Impulse des Lebens und der Entwickelung konnten nicht mehr von dem geschlossenen Beamtenthum ausgehen, und was sonst im Staate Ansehn und Geltung besaß, das trieb nicht vorwärts, sondern zurück.

Im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert hatte eine mächtige Staatsgewalt die nothwendigen Umbildungen in die Hand genommen, und ihre Reformen hatten großen Erfolg. Aber jede absolute Gewalt macht sich allmählich zum Selbstzweck; sie dankt nicht freiwillig ab, wenn sie die Dienste, deren sie fähig ist, geleistet hat. Je heftiger sie dann bestritten und bekämpft wird, desto mehr erstarrt sie in sich, desto mehr verwendet sie alle ihre Kräfte zur eigenen Vertheidigung, desto mehr ver-

liert sie die Fähigkeit, noch heilsam zu wirken. Bedroht und angegriffen, hat man schon in den letzten Zeiten vor Einführung der parlamentarischen Verfassung und besonders seit 1850 die alte Staatsordnung immer kräftiger auszurüsten gesucht, die Zügel immer straffer angezogen, um die Regierungsgewalt zu verstärken, ihr alle Machtmittel zu erhalten und jede Opposition unwirksam zu machen. Trotz aller Declamationen gegen die Bureaukratie, trotz aller Vorwände einer organischen Ordnung und Gliederung hat die conservative Staatskunst, die weder eine fertige Verfassung noch einen feststehenden Rechtszustand zu conserviren hat, nichts zu thun gewußt, als die mechanische Centralisation und die Machtfülle der Regierung zu vermehren. Darin hat sie vielfach auch der ältere Liberalismus unterstützt, der in der mißverstandenen Doctrin von der Theilung der Gewalten einer übermächtigen Executive das unbedingteste Walten zugestand, und sie alsdann durch eine machtlose Volksvertretung und die Verantwortlichkeit der constitutionellen Minister zügeln zu können glaubte, während — um die Theorie in ihrer ganzen Hohlheit hinzustellen — selbst die gesetzlich definirte Verantwortlichkeit und damit jede Möglichkeit sie geltend zu machen fehlte. So hat man casuistisch alle Möglichkeiten vorgesehen, die Gesetze darauf berechnet, jedem denkbaren Mißbrauch begegnen zu können, überall die Abhülfe durch die Omnipotenz der Regierung offen gehalten. In dieser Rücksicht ist man nach allen Richtungen hin weit über die Satzungen des alten naiven Absolutismus hinausgegangen. Das neue Criminalrecht straft die Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze oder obrigkeitliche Anordnungen, wie beim Widerstande gegen Beamte, unabhängig davon, ob die obrigkeitlichen Handlungen oder Anordnungen innerhalb der Competenz und des Gesetzes liegen, straft die öffentliche Billigung verbotener Handlungen, die Störung des öffentlichen Friedens, die Anreizung der Staatsangehörigen gegen einander, was Alles dem Landrecht unbekannt war. Das preußische Strafrecht schützt nicht blos die Personen in öffentlichen Functionen gegen Beleidigungen und Verleumdungen, sondern auch die Einrichtungen des Staates und die Anordnungen der Obrigkeit gegen Entstellungen, Schmähungen, Erregung von Haß und Verachtung. Bei strenger Praxis bleibt kaum eine mißbilligende Kritik gegen Regierungshandlungen, kaum die Deduction, daß dieselben rechtswidrig seien, möglich, was in früherer Zeit immer für zulässig galt.

Schon der in die Verfassung hineinrevidirte Artikel 106, welcher alle Verordnungen für giltig erklärt und ihre Prüfung den Behörden entzieht, sobald sie formell publicirt sind, sichert der Regierung mit den Disciplinargesetzen im Nothfall die Vollziehung jeder Anordnung durch die Mehrzahl der Beamten, gegen den alten, schon durch Moser vertretenen Grund-

satz, daß die Beamten nur innerhalb des Landesrechts und der Verfassung zum Gehorsam verpflichtet sind. Nach dem Landrecht wurden fast alle Vergehen der Beamten über Verweise und Ordnungsstrafen hinaus, sowohl Verletzungen der unmittelbaren Amtspflichten, wie unwürdiges Betragen außer dem Amte, „niederträchtige Aufführung“ vor die gewöhnlichen Criminalgerichte gewiesen. Cabinetsordres aus den dreißiger Jahren schrieben für geringe Dienstvergehen von Subalternbeamten und bei Trunkenheit im Dienst Strafen im Wege der Disciplinaruntersuchung vor. Daneben bestand zwar die Möglichkeit, Beamte durch Beschluß der Minister oder des Königs zu entfernen, und Beispiele solcher Entlassungen durch königliche Verfügung bieten Görres, de Wette, Arndt. Doch kamen solche Fälle sehr selten vor. Freilich war es auch vor 1840 fast unerhört, daß ein Beamter der Regierung wirklich politische Opposition gemacht hätte, und wäre es geschehen, so würde man gegen Verwaltungsbeamte unzweifelhaft bald eingeschritten sein. Nach 1848 wurde das Alles in ein regelmäßiges System gebracht. Gegen richterliche Beamte war nur ein Verfahren vor den ordentlichen Strafgerichten und in den sichernden Formen des Criminalprozesses möglich. Es war eine völlig grundlose Behauptung des Ministers von Camptz gegen Heinrich Simon, daß auch schon vor dem Gesetz von 1844 Richter ohne Urtheil und Recht ihres Amtes hätten entsetzt werden können. Als das Disciplinargesetz von 1844 Dienstvergehen und unordentliche Lebensart auch bei richterlichen Beamten zum Disciplinarverfahren verwies, erregte es großes Aufsehen und heftigen Widerspruch. Simon warnte in seiner bekannten Schrift: das unhistorische neue Gesetz werde allmählich Einfluß üben, der preußische Richterstand werde sinken, man werde nicht mehr ungläubig lächeln, wenn von Fällen eines höheren Einflusses auf Richtercollegien geflüstert werde, und die Trümmer dieser Institution würden auf den Thron und auf die bürgerliche Freiheit des Volkes fallen. Die Disciplinargesetze von 1851 und 1852 wurden mit geringer Opposition hingenommen, und doch gingen sie in erschreckendem Maße über das Gesetz von 1844 hinaus. Damals war noch die Disciplinaruntersuchung ausgeschlossen, wenn vom Criminalgericht eine Freisprechung ergangen war; jetzt ist es umgekehrt. Vor Allem aber hielt das ältere Gesetz noch die materiellen Bestimmungen, die genau specialisirten Fälle des Landrechtes fest; an ihre Stelle sind jetzt die ganz vagen Kategorien getreten: wer die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auflegt, wer sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amt der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt. Dehnt man neben solchen Allgemeinheiten die Pflicht der Treue und des Gehorsams gegen das Staatsoberhaupt auf System und Maß-

regeln der jeweiligen Regierung aus, so läßt sich jeder mißliebige, jeder den herrschenden Tendenzen widerstrebende Beamte nach Belieben beseitigen. Die undefinirte Disciplinargewalt macht sich, wie die unbestimmte Oberaufsicht des Staates, für jeden Fall selbst das Gesetz. Ebenso kräftig und in correspondirender Ergänzung mit Disciplinargesetzen, Conduitenlisten, Furcht und Einschüchterung wirken auf der anderen Seite Auszeichnungen und Beförderungen nach politischen Tendenzen, systematische Besetzung der höheren Stellen, nicht nach technischer Befähigung, sondern nach politischen Rücksichten, um Gewissenhaftigkeit und Festigkeit zu untergraben, und das Beamtenthum zum dienstwilligen Werkzeug des jeweiligen Regierungssystems zu machen. Helvetius meinte: die Juristen seien stets die bereiten Diener des Despotismus; hätte die Pest Orden und Pensionen zu vergeben, sie würden beweisen, daß sie von Gott und Rechts wegen bestehe, und daß sich ihr zu entziehen Hochverrath sei. Sociale oder politische Kämpfe und extreme Zumuthungen demoralisiren den Beamtenkörper, welcher Träger der politischen Gewalten geworden ist, ohne die Selbständigkeit der besitzenden Klassen mit der Amtsgewalt zu verbinden. Wenn dem Beamtenstande im Interesse unbedingter Subordination die Ehre eigener Ueberzeugung und auch außerhalb der amtlichen Verhältnisse die selbständige Betheiligung an dem erwachten öffentlichen Leben verkümmert wird, so sinkt er zu einer subalternen Stellung herab. Ohnehin ist das relative Ansehen der Beamten schon durch die Verhältnisse des Einkommens und der in den anderen Klassen gestiegenen Bildung gegenüber der Entwicklung der Industrie und des Reichthums sehr gesunken. Die Bureaukratie kann die Stellung einer regierenden Klasse gesellschaftlich und politisch auf die Länge nicht mehr behaupten. Das mag traurig für die Einzelnen sein, welche mit anderen Aussichten in den Staatsdienst eingetreten sind. Die Nothwendigkeit drängt von allen Seiten dahin, daß es mit dem Beamtenstaat in der alten Weise nicht mehr geht.

Im vorigen Jahrhundert war den Städten fast jede selbständige Verwaltung genommen, ihre Angelegenheiten wurden als Regierungssache behandelt. Die französische Municipalverfassung behandelt fortgesetzt die Communen nicht als Träger von Staatsfunctionen, sondern als einen Anhang des Beamtenstaats; die Gemeinden, und namentlich die größeren, können ohne Erlaubniß des Präfecten und Präfecturrathes weder kaufen noch verkaufen, weder Prozesse führen noch sich vergleichen, weder einnehmen noch ausgeben; Maires und Polizeicommissäre werden von der Regierung ernannt und folgen den Anweisungen von oben. Die allmächtige Staatsgewalt bestimmt die Geschicke der entlegensten Gemeinde. So lange das bleibt, bleibt der bureaukratische Absolutismus, bleibt das Streben,

von einem administrativen Centrum aus mit Unterdrückung jeder individuellen und particulären Selbständigkeit den ganzen Kreis unumschränkt zu regieren. Gegen dies Ueberwuchern der romanischen Staatsidee griff die Städteordnung von 1808 auf das Princip der localen Selbstregierung zurück. Sie hat in einer glücklichen, auch für die complicirten Verhältnisse großer Städte ausreichenden Mischung von besoldeten Beamten und unbesoldeten Bürgern, von Controle und Selbsttheilnahme an der Verwaltung eine wirkliche Thätigkeit der Bürgerschaft in den Einzelgeschäften der Gemeinde hervorgerufen und damit das einzige haltbare Fundament der Selbstverwaltung geschaffen. Die Ausdehnung dieser Grundsätze auf die ländlichen Gemeinden und auf die Kreisverwaltung hat theils die spätere Bureaukratie, welche die Stein-Hardenberg'schen Ideen für einen überwundenen Standpunkt erachtete, theils die eximirte Stellung der Rittergüter verhindert, ihre Herrschaft auf den Kreistagen und ihr obrigkeitliches Verhältniß zu den Gemeinden. Die Einfügung derselben in den Communalverband ist allerdings eine schwierige Aufgabe; wenn in Westphalen nur etwa ein Dutzend Rittergüter von der Freiheit Gebrauch gemacht hat, aus dem Gemeindeverbande auszuscheiden, so ist nicht zu übersehen, daß einmal in den östlichen Provinzen das Institut der Gesammtgemeinden fehlt und schwer Eingang finden würde, und daß andererseits die Güter im Westen viel kleiner sind und in Parcellen bewirthschaftet werden, was die Verbindung sehr erleichtert. Indessen hat die Grundsteuerregulirung, vor welcher die verschiedenen Klassen des ländlichen Grundbesitzes verschwinden, eine ausgleichende Basis für Kreis- und Communal-Lasten hergestellt, und sobald die Aufhebung der Gutspolizei und des kreisständischen Uebergewichts der Rittergüter hinzutritt, werden sich auch für die Selbstverwaltung der Kreise treffliche Elemente finden, wie sie jetzt in den Städten wirksam sind. Nur darf man nicht mit den wieder aufgehobenen Gesetzen von 1850 und den Entwürfen von 1862 wähnen, daß man mit bloßem Wählen und Controliren auskommen könne. Die Decretirung einer Theilnahme des Volkes an der Regierung durch Wahlen verleiht nicht die geistigen und moralischen Fähigkeiten zur Ausübung staatlicher Functionen. Wirkliche Selbstregierung verlangt persönliche Dienste, directes Mitverwalten unabhängiger Bürger und volle Selbständigkeit in dem gesetzlich bestimmten Kreise. Sie kann nicht bureaukratisch den Landräthen und Regierungen und ministerieller Disciplinargewalt untergeordnet werden. Sonst gelangt man nur zu einem System, wie es Gneist treffend parodirte: Gemeinde, Kreis und Bezirk wählen ihre Räthe, die sich einander beaufsichtigen, und alle beaufsichtigt der Minister, der Alles in Ordnung hält und dafür verantwortlich ist. Statt den Grundsätzen der Selbst

verwaltung freieren Raum zu gewähren und sie auf die Kreise zu übertragen, haben die Städteordnungen von 1853 und 1856 gegen die von 1808 nur das staatliche Aufsichts- und Bestätigungs-Recht ausgedehnt, die corporative Freiheit der Städte beschränkt und sie in den wichtigsten Bestimmungen einer erweiterten Bevormundung unterworfen. Praktisch ward unter dem Polizeipräsidenten v. Hinckeldey das Berliner Selfgovernment so ziemlich darauf reducirt, das Geld nach Anweisung einer königlichen Behörde durch Buchhalter verausgaben zu lassen, welche die Gemeinde anstellt und controlirt. Jetzt drängt man die Stadtverordneten mehr und mehr aus der Theilnahme an der Verwaltung, beschränkt sie auf Geldbewilligung und Controle und überträgt alle Ausführung dem Magistrat, der bei jeder Meinungsverschiedenheit die Einmischung der Regierung herbeiführen kann. Die neuere Ausdehnung der Oberaufsicht, des jus eminens des Staates, geschieht nicht sowohl aus sachlichen Gründen einer zweckmäßigen Verwaltung, als zur Verstärkung der Regierungsgewalt über alle Kräfte des Landes. Eine wirkliche Selbstverwaltung in Kreis und Commune gilt als Eingriff in die Monarchie. Bei jeder unabhängigen Regung, die sich dem Willen der Regierung entzieht, spricht die absolutistische Reaction von kleinen Republiken im Staate, mit denen sich nicht regieren lasse. Die Bureaukratie verwechselt die politische Staatseinheit und die administrative Centralisation, und schließt im Sinne der letzteren das Volk von der Theilnahme an der Staatsarbeit aus. Soll das Selfgovernment eine Wahrheit sein, so muß man darauf verzichten, absolutistisch seinen Willen überall durchsetzen zu können, allenfalls auch gegen Gesetz und Verfassung, worauf die Gesetzgebung und die Praxis der modernen Reaction berechnet ist. Das kann und wird aber nur eine Regierung, die sich mit der überwiegenden Mehrheit der physischen und geistigen Kräfte in Uebereinstimmung weiß, die ihre Existenz nicht oppressiv zu vertheidigen braucht, weil sich jede selbständige Kraft gegen sie wendet.

In dem gleichen Sinne einer schrankenlosen Executivgewalt sind die Einrichtungen für Auslegung und Anwendung des öffentlichen Rechts gestaltet. In Deutschland entschieden einstens, wie in England, die Reichsgerichte auch über Fragen des öffentlichen Rechts. Bei ihnen konnte gegen die Landesherren wegen Rechtsverletzungen jeder Art Klage oder Beschwerde erhoben werden. Sie schritten sowohl gegen allgemeine Verordnungen, wie gegen einzelne Verwaltungsacte ein. Freilich war ihre Hülfe fern, langsam, selten wirksam, und für die größeren Territorien fiel sie allmählich ganz weg. Ausnahmsweise ward die Competenz der Reichsgerichte vollständig auf die höchsten Landesgerichte übertragen, z. B. in Hessen; in der Regel unterwarfen sich die Landesherren ihren eigenen Gerichten nur in

Privatsachen, so daß es fast nur gegen directe Eigenthumsberaubungen einen eigentlich gerichtlichen Schutz gab, und ließen gegen Acte der Staatshoheit keine Klagen zu. Dagegen übten die nach dem Vorbild der Gerichte organisirten Verwaltungscollegien, Consistorien, Bergämter, Rentkammern zugleich Jurisdiction in den zu ihrem Ressort gehörigen Angelegenheiten. Freilich konnte bei der unbeschränkten Gesetzgebungsgewalt durch eine landesherrliche Verordnung jedes Verfahren unwirksam gemacht werden. In der älteren preußischen Verfassung gab es für Polizei- und Finanz-Sachen eine Gerichtsbarkeit mit geordnetem Instanzenzug, welche mindestens die Entscheidung des einzelnen Verwaltungschefs ausschloß; in erster Instanz entschieden die Kriegs- und Domainen-Kammern, in zweiter das Revisions-Collegium, in dritter, wo diese zulässig war, die Ober-Revisions-Deputation; die beiden letzteren waren beim Generaldirectorium eingerichtet. Die Verordnung von 1808 über die Organisation der Provinzialbehörden und die Instruction von 1817 ließen den ordentlichen Rechtsweg gegen polizeiliche Anordnungen mit voller Wirkung zu, wenn ein specieller Rechtstitel oder ein directer Widerspruch der angefochtenen Verfügung gegen ausdrückliche Gesetzesbestimmungen behauptet ward; wenn freilich die Klage nur allgemein auf bürgerliche Freiheit oder unbeschränkten Gebrauch des Eigenthums gestützt wurde, so konnte nur Entschädigung in Anspruch genommen werden. Dagegen stellte das Gesetz vom 11. Mai 1842 den Grundsatz auf, daß gegen Verfügungen der Verwaltungsbehörden überhaupt, soweit es sich um ihre Ausführung und Aufrechthaltung handelt, nicht der Rechtsweg, sondern nur die Beschwerde an die vorgesetzte Dienstbehörde stattfindet. Erst wenn auf die Beschwerde eine Verfügung als gesetzwidrig aufgehoben wird, tritt die Vertretungs-Verbindlichkeit der Beamten ein. Ausnahmsweise können die Gerichte über das Recht auf Befreiung von einer polizeilich auferlegten Verpflichtung und über dessen Wirkung entscheiden, wenn dies Recht auf Grund eines speciellen Rechtstitels behauptet wird. Wird sonst Verletzung eines Privateigenthums geltend gemacht, so kann die Verwaltung dennoch nach ihrem Ermessen ihre Anordnungen durchführen, und die Gerichte haben im Falle eines Eingriffs in Privatrechte nur über die Entschädigung des Verletzten zu erkennen. Aber bis 1847 entschieden noch die Gerichte selbst über ihre Competenz. Das Gesetz vom 8. April 1847 errichtete den besonderen Gerichtshof für Competenzconflicte, auf welchen Artikel 96 der Verfassung verweist. Durch Erhebung des Competenzconflictes kann die Verwaltung das gerichtliche Verfahren zunächst sistiren. Und wenn Artikel 97 der Verfassung die Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde für Verfolgungen von Amtsüberschreitungen ausschließt, so kann die Verwaltung doch

nach dem Gesetze vom 13. Februar 1854 gegen jede strafrechtliche oder civilrechtliche Verfolgung von Verwaltungsbeamten oder Militärpersonen Einspruch erheben und durch den Gerichtshof für Competenzconflicte entscheiden lassen, ob ein gerichtliches Verfahren zuzulassen. Dieser Behörde fehlen aber alle Garantien eines wirklichen Gerichtshofes; sie besteht aus zeitweise ernannten Beamten, und sie entscheidet nicht nach festen Rechtsnormen, sondern nach subjectivem Ermessen und Gründen der Zweckmäßigkeit, ob es politisch und angemessen, ein Strafverfahren oder einen Regreßanspruch zuzulassen, wenn auch eine Handlung oder Unterlassung des Beamten als rechtswidrig anerkannt wird. So sind die anordnenden und ausführenden Beamten der Verantwortlichkeit vor dem gewöhnlichen Gesetz auch im Falle der Verletzung privater Rechte entrückt. Und über die Ausübung der staatlichen Hoheitsrechte entscheiden die verwaltenden Centralbehörden souverän. Auslegung und Handhabung der Gesetze sind in derselben Hand. Im absoluten Staat ging der Sinn für das Wesen des öffentlichen Rechts als der durch Gesetz und Rechtsspruch normirten Anwendung der Hoheitsrechte verloren; man dachte fast nur an Privilegien und Monopole als Rechte des Einzelnen dem Staate gegenüber. Bei der weit ausgedehnten Sphäre der Staatsthätigkeit und der Staatsaufsicht wurde schon die bürgerliche Thätigkeit der Einzelnen in hohem Grade von der Regierung abhängig, wie sich dies in dem gewerblichen Concessionswesen erhalten hat; Concessionen für den Betrieb von Gastwirthschaften werden noch immer nur auf ein Jahr ertheilt, und nach einem Rescript des Cultusministers v. Mühler vom 27. März 1865 können auch die Concessionen für höhere Privatschulen jederzeit durch einfachen Widerruf entzogen werden. Befugnisse des öffentlichen Rechts, Gemeinderechte und Wahlrechte können nirgends gegen die Entscheidung der Verwaltungsbehörden geltend gemacht werden. Noch unbedingter als die Einzelnen sind Gesellschaften, Corporationen und Gemeinden dem Ermessen der Verwaltung anheimgegeben. Selbst in vermögensrechtlicher Beziehung verfügen einfache Ministerialresolute über Interessen von weit größerem Belange, als die meisten Prozesse, die beim Obertribunal zur Entscheidung kommen. Von Oberaufsichts wegen werden die verschiedenartigsten Ansprüche gegen die Gemeinden durchgesetzt. Die Vereinigung der Regulativ-, Controle- und Beschwerde-Instanz bildet das Regierungssystem des Absolutismus, welcher die Instructionen nach unten als Gesetze, nach oben als bewegliche Verwaltungsnormen handhabt. Mit der Beschränkung der Gerichte auf das Privatrecht, mit Competenzconflicten und Ministerialentscheidung, ohne gerichtliche Formen und Organe, ohne Rechtsschutz im Einzelnen und daher im Ganzen befindet sich das öffentliche Recht im constitutionellen Staate

noch mehr gefährdet und precär als im absoluten, weil hier die sachlichen Erwägungen leichter durch politische und Partei-Rücksichten zurückgedrängt werden. Die positive, von Interessen und Gemeinwohl bestimmte Thätigkeit der Verwaltung muß in der objectiven Rechtsordnung ihre Schranke finden, in dem normirenden Gesetze, welches nicht durch Richter in eigener Sache, sondern durch besondere Organe aufrecht zu erhalten ist. Wenn sich die Verwaltung selbst den Umfang ihres Rechts bestimmt, wird die augenblickliche Ansicht des Ministers oder des Monarchen über das öffentliche Recht zum alleinigen Gesetz. Dann geht die königliche Meinung von der Nützlichkeit einer Aenderung über Gesetz und Verfassung. Soll der Polizeistaat dem Rechtsstaat weichen, so darf der Minister nie souveräner Ausleger des Gesetzes sein, so muß die materielle Beschwerdeinstanz von der laufenden Verwaltung getrennt werden. Gneist stellt das Axiom hin: „die Möglichkeit und das Wesen der parlamentarischen Regierung beruht vorweg darauf, daß die ganze Auslegung des öffentlichen Rechts völlig abgetrennt von den Gewalten der zeitigen Minister dasteht, die in dem ganzen Gebiet der inneren Landesverwaltung niemals in die Lage kommen können, Verfassungsparagraphen oder Gesetze zu interpretiren."

Freilich würde die Verwaltungsjustiz nicht ohne weiteres und für alle Gegenstände auf die gewöhnlichen Gerichte übertragen werden können. Denn einestheils setzt sie nothwendig Kenntniß der Verwaltung voraus; und die auf das Privatrecht beschränkte, des öffentlichen Rechts meist wenig kundige Jurisprudenz würde schwerlich im Stande sein, über Competenz der Staatsbehörden, über Angelegenheiten der Kreise und Gemeinden, über Kirchenhoheit und Armensysteme, über Wege-Verwaltung und Bauwesen, über Gewerbe-, Sicherheits- und Gesundheits-Polizei, oder über Fragen der Armeeverwaltung sachgemäß zu entscheiden. Außerdem fehlt es aber auch noch an der nothwendigen Codification des öffentlichen und Verwaltungs-Rechts; die vielen Regulative und Instructionen, welche zum Theil nach den Bedürfnissen des Augenblicks ergänzt oder geändert werden, sind nicht auf buchstäbliche Anwendung durch außen stehende Gerichte, sondern auf gewohnheitsmäßige Praxis berechnet, und jedenfalls müßten besondere Formen für Recurse und Mandate, für Executiv- und Ordnungs-Strafen geschaffen werden. Bei der neuen Organisation der Verwaltung in Baden ist die Verwaltungs-Jurisdiction in erster Instanz den gewählten Bezirksräthen, in zweiter einem besonderen Verwaltungs-Gerichtshofe übertragen, wie sie in Frankreich vom Staatsrath und von dem Oberrechnungshofe geübt wird. Eine ähnliche Einrichtung würde wohl zu treffen sein. Für manche Angelegenheiten kann es aber bei der Entscheidung gewählter Collegien bewenden, wie schon jetzt die von der

Provinzialvertretung gewählten Bezirkscommissionen über Reclamationen hinsichtlich der Einkommensteuer endgiltig entscheiden. Abgesehen von möglichen Garantien der Zusammensetzung gewährt ein besonderer Verwaltungsgerichtshof statt der Minister-Entscheidung jedenfalls so viel, daß Ankläger und Richter nicht dieselbe Person sind. Der französische Staatsrath hat selbst unter dem jetzigen Kaiserreich gelegentlich ministerielle Erlasse als Amtsüberschreitungen für nichtig erklärt. Ihre jurisdictionären Functionen und die größere Garantie gegen Willkürlichkeiten führt man häufig für die collegialische Form der Bezirksregierungen an. Für die Jurisdiction verliert sich indessen die etwaige Garantie, wenn in höchster Instanz der jedesmalige Minister über den Sinn der Gesetze entscheidet. Und in der eigentlichen Verwaltung gewähren Oeffentlichkeit und Presse heutigen Tages besseren Schutz gegen Uebergriffe der untergeordneten Behörden, als collegialische Formen. Nach oben aber und gegen ein politisches System haben die Collegien nie eine bedeutende Garantie gewährt, und am wenigsten haben sie jetzt noch eine Art repräsentativer Vertretung zu ersetzen. Die Bureaukratie unterwirft sich jeder siegenden Centralgewalt. Es ist ein Zeichen der höheren Ausbildung der Verwaltung in Frankreich, daß man dort früh die eigentliche Administration von der Verwaltungsjustiz getrennt hat. Weder in England und Amerika, noch in Frankreich, Italien oder Rußland giebt es Verwaltungscollegien wie unsere Regierungen. Einfachheit, schnelle Bewegung, thätige Ausführung der wirklichen Verwaltung gewinnen durch den guten Willen, die Kraft und den Geist Einzelner mit entscheidender Gewalt und wahrer Verantwortlichkeit. Collegien haben naturgemäß weniger Theilnahme und Energie, sind schwerfälliger, langsamer, am Hergebrachten hängend. Die Schwierigkeit und Langsamkeit der Parlaments-Geschäfte, über welche die Bureaukraten zu klagen pflegen, werden in der That durch die Unbehülflichkeit und die gehäuften Instanzen des Regierungs-Mechanismus vollständig aufgewogen. Im Jahre 1848 gestanden hochgestellte Beamte zu, daß es mit der alten Verwaltung durchaus nicht mehr gehe. Aber zu Aenderungen ist es nicht gekommen. Das Ministerium Auerswald-Hansemann erklärte es im Juni 1848 für ein allgemein anerkanntes Bedürfniß, daß die innere Landesverwaltung mit den constitutionellen Grundsätzen in Einklang gebracht, und daß neben einer dem Princip der Selbstverwaltung entsprechenden Gemeindeordnung eine durchgreifende Umbildung der Bezirksverwaltung vorgenommen werde. Im Juli legte Hansemann als „Anfang der Ausführung des Princips der Vereinfachung der Verwaltung“ einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die Verwaltung der Domainen und Forsten von den Regierungen getrennt und unter Aufhebung der collegia-

lischen Form einzelnen Beamten übertragen werden sollte. Auch Viebahn hat sich in den Mittheilungen des statistischen Bureaus gegen die Beibehaltung der collegialischen Verwaltungsbehörden erklärt. Es laufen bei ihnen fremdartige Geschäftskreise durch einander. In bunter Wunderlichkeit sind Geschäftszweige zusammengeworfen oder getrennt. Was den Regierungen von Cultus- und Unterrichts-Angelegenheiten geblieben ist, könnte auf die Consistorien und Schulcollegien übertragen, die Verwaltung der directen Steuern mit den indirecten unter den Provinzialsteuerdirectoren verbunden, die Verwaltung der Domainen und Forsten gleich dem Berg- und Eisenbahn-Wesen für sich organisirt werden. Geht daneben die Verwaltungs-Jurisdiction theils auf die ordentlichen Gerichte, theils auf Kreisvertretungen und Verwaltungsgerichtshöfe über, so würden nach Analogie der Provinzialsteuerdirectoren einzelne Beamte neben der Selbstverwaltung in ziemlich ausgedehnten Bezirken für die Geschäfte der Regierungsabtheilungen des Inneren genügen. Eine derartige, durch die Interessen der Verwaltung selbst gebotene Umgestaltung der Administration muß mit der Begründung der Selbstregierung in Kreis und Gemeinde, mit einer festen Begränzung der Aufsichtsrechte und mit einer getrennten Verwaltungsjustiz Hand in Hand gehen, damit Verfassung und Verwaltung zusammenstimmen.

Die Regierungsgewalt ist absolutistisch geblieben, während die Gesetzgebung es nicht mehr ist. Die Parlaments-Verfassung als äußerer Anhang des bureaukratischen Staates hat sich der mit allen Machtmitteln zur Durchsetzung ihres Willens ausgerüsteten Regierung gegenüber beim ersten Versuche als unwirksam erwiesen. Ihr Auseinandergehen droht eine Desorganisation, welche neue Bildungen mit ihren nothwendigen Unterlagen und Consequenzen zur unumgänglichen Nothwendigkeit macht. Die Widersprüche haben sich überraschend schnell zu voller Unverträglichkeit entwickelt. Die liberale Aera hat auf dem Gebiete der Gesetzgebung nichts gethan, um Verfassung und Verwaltung in Uebereinstimmung zu bringen, wie sie persönlich kaum eine einzige jüngere Kraft der eigenen Richtung in eine einflußreiche Stellung gebracht hat; die Reaction nimmt darin auf die bureaukratischen Traditionen sehr wenig Rücksicht. Abstracte Volksrechte, parlamentarische Formen und Ministeranklage helfen dem Constitutionalismus zu keiner Wahrheit, so lange sich die Regierungsgewalt selbst Recht spricht, so lange das öffentliche Recht nur in abstracto durch das Gesetz, aber in concreto durch die Administrativbehörden festgestellt wird. Ohne Sicherung des öffentlichen Rechts gegen eine discretionäre Polizeigewalt und ohne locale Selbstverwaltung kommt man nicht über den Absolutismus hinaus, sei es in napoleonischer oder in feudaler Form,

nach Gelegenheit mit Glanz nach außen, mit socialistischer Charlatanerie, oder mit Bevorzugung des Junkerthums verbrämt. Die bürgerliche und persönliche Freiheit, welche bedingtermaßen auch unter einer absoluten Regierung möglich ist, gewinnt erst wirkliche Sicherheit mit der politischen Freiheit, deren positives Wesen in der Selbstthätigkeit der Bürger im Dienste des Staates besteht. In einem national homogenen Staate ist es Unsinn, Staatszweck und liberale Institutionen als Gegensatz darzustellen; die administrative Decentralisation steht der politischen Concentration der Kräfte für große Staatszwecke nicht entgegen. Aber die Uebertragung eines wesentlichen Theils der Staatsarbeit auf die persönlichen Leistungen unabhängiger Bürger ist das einzige Mittel, den Staat gesund und groß zu machen. In den Mittelständen wächst mit dem materiellen Aufschwung auch das Selbstgefühl und die Theilnahme am Staat. Diese Theilnahme darf nicht auf Augenblicke politischer Erregung beschränkt werden, sondern muß in regelmäßiger Erfüllung staatlicher Pflichten ihre Anwendung finden, wenn sie dauernd und fruchtbringend wirken soll. Ohne Gewöhnung der Selbstverwaltung, ohne praktische Geschäftsthätigkeit erhält sich die kindliche Empfänglichkeit für Phrasen und Abstractionen, treten auch in den parlamentarischen Verhandlungen allgemeine Theorien und Declamationen an die Stelle gewissenhafter Studien und sachkundiger Behandlung der realen Fragen. Erst als Zusammenfassung des localen Selfgovernment gewinnt das Parlament Halt und Macht. Aber die Verwaltung bedarf so gut einer congruenten Verfassung, wie diese homogener Grundlagen. Das administrative Selfgovernment des Mittelalters hinderte nicht das Einbrechen des Despotismus und bei der englischen Selbstverwaltung der Friedensrichter und Kirchenvorsteher würden türkische Zustände möglich bleiben, wenn nicht die volle Oeffentlichkeit daneben und das mächtige Parlament darüber stände. Vergötterung der Gewalt und ihrer augenblicklichen Erfolge, Verstimmung über fehlgeschlagene Erwartungen, Ungeduld und Blasirtheit wenden sich jetzt vielfach gegen den Parlamentarismus. Und doch ist ein aufrichtig constitutionelles System die einzige Regierungsform, welche in den modernen Staaten auf Dauer rechnen kann und ein gemäßigtes, stätiges Fortschreiten verbürgt. Doch ist schwer abzusehen, mit welchen anderen Formen man an politische Freiheit und an ein öffentliches Recht, als ein festes Gefüge unwandelbarer und verbürgter Rechtsordnungen, denken könnte. Trotz ihrer Unzulänglichkeit muß die bestehende parlamentarische Verfassung in ihrer Rechtscontinuität erhalten werden, damit nicht die Achtung vor dem Recht mehr und mehr erschüttert werde, und um mit ihr die nothwendigen Unterlagen der Selbstverwaltung zu schaffen, die aus dem Absolutismus nimmer hervorgehen werden. Orga-

nischen Umgestaltungen so durchgreifender Art werden sehr große Schwierigkeiten entgegenstehen. Ihre Durchführung wird die Macht gewohnter Anschauungen und geschlossener Einrichtungen, wesentliche Bedenken und starke Interessen zu überwinden haben. Sie werden nicht durch königliche Dictatur oder durch eine mächtige Bureaukratie in das Leben gerufen werden, sondern nur, vom öffentlichen Geiste getragen, vielleicht nur in Zeiten äußerster Noth durchzusetzen sein. Aber gelingt es nicht, so wird es vergeblich bleiben, in unserem Staate von Recht und Freiheit zu reden.

C. Twesten.

Ueber die antike Kunst im Gegensatz zur modernen.

Wenn es eine der niederschlagendsten Lehren der Geschichte ist, daß alle, auch die edelsten und am höchsten organisirten Völker nach Perioden herrlichster Blüthe und scheinbar unverwüstlicher Kraft Alter und Siechthum beschleicht und endlich der Tod dahinrafft: so tröstet und erhebt uns doch die Gewißheit, daß das Leben der Völker wie der Einzelnen wenigstens nicht vergeht, ohne auf den großen Entwickelungsprozeß der Menschheit eine wenn auch noch so bescheidene Wirkung geübt zu haben. Kein Dasein endet, ohne eine Spur zurückzulassen, sie ist unverloren, wenn auch für unser Auge oft nicht erkennbar. Auch die antike Kultur, auf der ja noch unsere heutige Bildung ganz wesentlich beruht, schien doch Jahrhunderte lang für immer verschwunden zu sein.

Seit in der Zeit der Karolinger die letzte Abendröthe des Alterthums verglommen war, deckte eine tiefe, lange Nacht Alles, was Rom und Griechenland für die Menschheit geschaffen, zu. Was davon fortdauerte, war bis zur Unkenntlichkeit verändert. Im Pantheon wurde die Jungfrau, im Parthenon der heilige Georg verehrt und in den Tonarten, in denen griechische Citharöden Hymnen an die alten Götter gesungen hatten, setzten fromme Mönche Bußlieder und Psalmen. Nur leise wie im Traum dämmerten und regten sich im Bewußtsein der Menschen gleich schwankenden in einander verfließenden Schattengestalten Erinnerungen an die versunkene Welt. In jenen Jahrhunderten galt Homer für einen lateinischen Dichter, Virgil für einen Zauberer, die antiken Götterbilder für Werke der Magie und in den zuchtlosesten Gedichten der Römer wurden allegorisch

ausgedrückte christliche Lehren gesucht und gefunden. Doch es kam die Zeit, „wo die Menschheit sich des schönen Heidenthums mit scheuer Sehnsucht zu erinnern begann," das nun seinen unwiderstehlich fesselnden Zauber auf das menschliche Gemüth von neuem üben sollte, wie es die mittelalterliche Sage sich selber unbewußt in der Erzählung von dem marmornen Venusbilde in Rom ausgedrückt hat, das den Ring, den ihm ein Jüngling spielend an den Finger steckte, als Brautring festhielt. (Gregorovius, Gesch. d. St. Rom. IV. 622.) Immer stärker erwachte und regte sich nun in den Gemüthern der Menschen das Verlangen nach den köstlichen, schon einmal besessenen Schätzen, die Sehnsucht wuchs zur grenzenlosen Leidenschaft und vermochte endlich, wie in unserem Märchen der Königssohn die im Zauberschlaf ruhende Prinzessin durch seinen Kuß weckt, die Gruft zu sprengen, in der das Alterthum ruhte. Wie nun die alte Herrlichkeit, über alles Denken und Ahnen schön, vor den entzückten Augen emporstieg, da war es, als ob der gealterten Menschheit eine neue Jugend geschenkt würde, und die jubelnde Begeisterung, mit der sie die Wiedergeburt der antiken Kultur begrüßte, behält auch für die späte, nüchtern urtheilende Nachwelt etwas höchst Rührendes.

Seit der Zeit der Renaissance wurzelt die ganze moderne Kultur mit tausend Fasern in der antiken, vor Allem aber hat die Kunst fort und fort ihre beste Nahrung aus der Hinterlassenschaft des Alterthums empfangen. Und doch, trotz dieses so höchst umfassenden und innigen Zusammenhangs, trotz der Uebertragung zahlloser Elemente aus der einen Kultur in die andere, stehen sich antik und modern als die schroffsten, durch eine tiefe, nie auszufüllende Kluft getrennten Gegensätze gegenüber, und dem modernen Menschen bleibt das Höchste, was das Alterthum geschaffen, falls ihm nicht die Bildung das Verständniß vermittelt, fern und fremd, vielleicht nur ein Einziges ausgenommen, die homerischen Gedichte, die allerdings zu dem sehr kleinen, wenn auch freilich nicht allen Zeiten gleich zugänglichen Besitz der ganzen Menschheit gehören. Aber auch die Bildung vermag doch nur den Wenigsten die antike Kunstschönheit so nah oder gar, wie Winkelmann, näher zu bringen als die moderne. „Was Homer uns erzählt und Aeschylus und Sophokles, sagt einer unserer neuesten Schriftsteller, H. Grimm (Leben M. Angelo's 2, 213), ist wie eine heitere, liebliche, ernste, donnernde Musik, nicht aber das Glück, die Liebe, den Schrecken selber tragen sie in unsere Seele hinein. Keine Verse des Sophokles oder Pindar, die uns erschütterten, wie Göthe und Shakespeare; keine Erinnerung an die Ideale des eigenen Busens, wenn Antigone spricht und handelt, oder wenn die Venus von Milo dasteht. Prachtvolle Gestalten, aber Schatten, die losgelöst vom Lebendigen des heutigen Tages nicht mehr aus

Fleisch und Blut gebildet erscheinen, wenn Göthe's Iphigenie oder Shakespeare's Julie neben ihnen erscheinen, aus deren Worten jedem das Liebste zu klingen scheint, das von der liebsten Lippe zu hören uns entzückte. Aus Rafael's Madonnenaugen sehen uns Blicke an, die wir verstehen; wer aber erhoffte das von griechischen Gestalten? Die Griechen, die für sich und ihr Jahrtausend gearbeitet, vermögen unser Herz nicht auszufüllen. Seitdem sie nicht mehr gedacht, gedichtet, gebildet, sind weltbewegende, neue Gedanken aufgekommen, unter deren Einfluß das Kunstwerk mit entstanden sein muß, das uns bis in die Tiefe ergreifen soll."

So lebhaft und scharf aber die Gegensätze zwischen antiker und moderner Kunst auch empfunden werden, so schwer ist es, diese Empfindungen überall auf ihre letzten Gründe zurückzuführen, denn sie beruhen ja zum Theil auf den durchgehenden Grundverschiedenheiten der beiden Weltalter, des Heidenthums und Christenthums, oder hängen doch damit zusammen. Es versteht sich, daß eine kurze, über ein so weites Gebiet flüchtig hinschweifende Betrachtung nur hie und da die Spitzen streifen kann; ihr darf auch die antike Kunst der modernen gegenüber als ein Ganzes gelten, und die Entwickelung der römischen Zeit, in der ihr ursprüngliches Wesen getrübt oder gebrochen erscheint, darf sie unbeachtet lassen.

Am leichtesten zu erfassen ist der Gegensatz der antiken und modernen Kunst natürlich da, wo er von dem Gegensatz des heidnischen und christlichen Glaubens und Kultus bedingt ist, und es giebt ja wenige Gebiete der alten Kunst, die sich nicht irgend wie mit der Religion berühren. Und wie diese Religion nicht vom irdischen Dasein abgewendet war oder ihm feindselig gegenüber stand, so gab es auch keine Scheidung der Kunst in heilige und profane, wie sie in der christlichen Welt überall, am schärfsten in der Musik hervortritt. Soweit es überhaupt möglich ist, den Charakter der gottesdienstlichen antiken Musik mit unseren Kunstmitteln wiederzugeben, dürfte dies F. Mendelssohn in dem Chor des Paulus „Seid uns gnädig, hohe Götter" gelungen sein, bei dessen Klängen wohl schon mancher Hörer unwillkürlich des Rafael'schen Cartons gedacht hat, der jene Scene zu Lystra darstellt. Die festliche Heiterkeit, die den ganzen antiken Kultus durchstrahlte, war ein Abglanz jener ewig ungetrübten Seligkeit, ohne die der Grieche das Dasein seiner Götter überhaupt nicht zu denken vermochte, und vollends eine bildliche Verewigung von Leiden und Schmerzen der Götter widerstrebte auf's äußerste seinem religiösen Gefühl.

Unter den fingirten Criminalfällen, die in den römischen Rhetorenschulen zur Uebung in Anklage und Vertheidigung dienten, war auch der des Malers Parrhasius, der, um einen an den Kaukasus geschmiedeten

Prometheus nach der Natur zu malen, einen alten Mann zu Tode gemartert haben sollte; er wird, da er das Bild in einem Minervatempel aufgestellt, der Tempelschändung angeklagt. Unter den Anklagepunkten ist auch: daß er Martern eines Gottes dargestellt. So sehr sträubte sich damals das Gefühl gegen eine Aufgabe, die die christliche Kunst stets als eine der höchsten betrachtet hat, und der sie in der Malerei und Skulptur so wie in der Musik ihre erhabensten Schöpfungen verdankt.

Doch auch abgesehen von dem Gebiet, auf dem die Forderungen des Glaubens ihr keine Wahl ließen, hat die moderne bildende Kunst in unzähligen Fällen unter dem Einflusse einer Weltanschauung, der der Geist alles, der Körper nichts war, der die Ertödtung des Fleisches als verdienstlich galt, die Qualen des Fleisches, also das Gräßliche, das Widrige, das Peinliche und Verletzende zu ihrem Gegenstande frei gewählt. Auf den meisten Darstellungen des jüngsten Gerichts sind die Qualen der Verdammten mit Vorliebe behandelt, sehr oft der gelungenste Theil des Ganzen. Bei der Geschichte der Heiligen und Märtyrer mag es allerdings in vielen Fällen der Wille der Besteller verschuldet haben, daß man sich immer „auf der Anatomie, dem Rabenstein, dem Schindanger befindet" (Göthe 23, 122). Aber diesen Wünschen kam doch jene im Gräßlichen schwelgende Phantasie entgegen, die sich in so vielen mittelalterlichen Legenden offenbart und die keineswegs blos untergeordnete Künstler erfüllte, wie Tempesta und Panceranzio, die Maler jener über allen Begriff scheußlichen Illustration der gesammten Acta martyrum (in der Rundkirche des heiligen Stefanus zu Rom), da ja z. B. auch ein Maler vom Range Poussin's einen heiligen Erasmus gemalt hat, dem die Eingeweide mit einer Haspel aus dem Leibe gewunden werden. Die bekannte Statue des heiligen Bartolomäus im Dom zu Mailand, ein Muskelkörper mit abgezogener Haut, trägt die Inschrift: Non me Praxiteles sed Marcus fecit Agrates. — Die naive Selbstzufriedenheit des wackern Bildhauers ist hier noch nicht so lächerlich als die Vorstellung, daß Praxiteles hätte einen geschundenen Leib bilden können. Der Wettkampf zwischen Apoll und Marsyas war im Alterthum ein oft behandelter Gegenstand, aber, so viel wir wissen, hat sich nie auch selbst ein untergeordneter Bildhauer oder Maler so weit verirrt, den Act der Schindung des Marsyas darzustellen.

Aber die antike Kunst hat sich mit dem Schrecklichen keineswegs blos durch Umgehung abgefunden, ihr sind „die furchtbaren Grazien" nichts weniger als fremd geblieben, und dieser Ausdruck, mit dem das Alterthum den Charakter der Aeschyleischen Poesie bezeichnete, deutet schon den so oft hervorgehobenen Unterschied von der modernen Kunst an. Die an-

tike Kunst vermochte das Schreckliche mit ungeschwächter Wirkung zur Erscheinung zu bringen, und doch ohne Verletzung eines so höchst empfindlichen Schönheitsgefühls. Dieser Satz ist durch Lessing's Laokoon fast trivial geworden, doch sein Ausspruch, daß die alten Künstler sich der extremen Leidenschaften entweder ganz und gar enthalten oder sie auf geringere Grade heruntergesetzt hätten, in welchen sie eines Maßes von Schönheit fähig sind, trifft nicht völlig das Richtige. Nicht die Leidenschaften setzten sie herab, sondern die gleichsam pathologischen Affectionen des Körpers, die sie begleiten, deuteten sie entweder nur an oder beseitigten sie ganz, sie brachten den Vorgang der Seele, so viel als möglich von seiner materiellen Grundlage abgelöst, zur Erscheinung. Dies gilt allerdings nur für die beste Zeit der griechischen Kunst, nicht mehr für die Zeit, in der der Laokoon entstand. Aber es gilt im vollsten Sinne für die Niobe, für die Medusa Rondanini, in der das Entsetzen selbst verkörpert ist; wer vermöchte sich bei ihrem Anblick des Grauens zu erwehren, und fühlte sich nicht doch zugleich von dem unheimlichen Zauber dieser unirdischen Schönheit wie gebannt? So ist also die Vereinigung der widerstrebenden Forderungen der Schönheit und Wahrheit nicht durch jene angebliche Mäßigung und Milderung der Affecte bewirkt, sondern durch ihre Verklärung und Vergeistigung, und hängt so auf's innigste mit dem Grundzuge der antiken Kunst zusammen, der am meisten dazu beiträgt, ihren Werken für die moderne Empfindung etwas Fremdartiges zu geben, mit ihrem Idealismus.

Ueberall strebt die griechische Kunst aus dem körperlich Materiellen zur Abstraction, aus der bunten Sinnenwelt, in der wir heimisch sind, in das Schattenreich der Ideale, aus dem Gewimmel der vergänglichen und unvollkommenen individuellen Erscheinungen, die unseres gleichen sind und denen wir gerade durch ihre Schwäche und Unvollkommenheiten uns verwandt fühlen, zu den ewigen Urbildern der Gattungen. Ihre Gestalten sind in der That Wesen einer andern Welt, „wie des Lebens schweigende Phantome glänzend wandeln an dem stygischen Strome;“ sie sind nicht Gestalten aus Fleisch und Blut und wollen es nicht sein; sie täuschen uns nie die Wirklichkeit vor, sie verlangen im Gegentheil, daß wir sie vergessen, und vollends der an den Eindrücken einer realistischen Kunst gesättigten Empfindung müssen sie wie Schatten erscheinen.

Eine nothwendige Consequenz dieser idealen Richtung ist jene Darstellungsweise, die überall die künstlerische Absicht mit einem Minimum von Mitteln zum Ausdruck bringt. Diese Sparsamkeit erscheint freilich dem durch Verschwendung oder doch ungleich reichere Anwendung der künstlerischen Mittel verwöhnten Kunstgefühl als Kargheit, und sie ist es ganz

vorzüglich, die der antiken Kunstschönheit in den Augen der Modernen den Charakter der Kälte, Strenge und Herbheit giebt. Die Werke der Alten bieten sich nicht gefällig zum Genusse dar, schmeichlen nicht unserm Gefühl, nehmen nicht unsere Seele gefangen; die Schönheit, sagt Winckelmann, liegt in den Werken der Alten versteckt. Ihr Verständniß setzt immer, weil es eben Abstraction von der Wirklichkeit erfordert, eine ganz andere Selbstthätigkeit des aufnehmenden Geistes voraus, als das der modernen Kunstschönheit. Wie diese Grundeigenthümlichkeit der antiken Kunst in deren verschiedenen Gattungen hervortritt, verdient wohl näher betrachtet zu werden.

Im Drama schreitet die Handlung dem Ziele auf dem geradesten Wege zu, unaufhaltsam, ohne Pause und Stillstand, sie vermeidet auch die lockendsten Ab- und Umwege, da ist keine Person entbehrlich, keine Scene überflüssig, man darf fast sagen, kein Vers wird zu viel gesprochen. Daher der Unterschied zwischen den Tragödien des Sophokles und denen Schiller's und Shakespeare's schon äußerlich so sehr in die Augen fällt. Jene sind oft nicht länger oder nicht so lang als ein Act von diesen, sie haben 5—6, diese 20—30 Personen, eine Fülle von Episoden und Nebenhandlungen, die die Haupthandlung nicht fördern, sondern grade aufhalten, und wer an diese wechselvolle, bunte, zögernde, oft unterbrochene dramatische Entwickelung gewöhnt ist, fühlt sich von dem unaufhaltsamen Vorwärtsstreben der antiken Tragödie fremdartig berührt; denn auch hier bleibt das moderne Drama der Wirklichkeit näher als das antike, das die tragische Handlung von ihrem Hintergrunde ablöst, alle zufälligen Momente, alle nebensächlichen Ereignisse, mit dem die wirklichen Vorgänge durchsetzt sind, ausscheidet.

Gottfried Hermann sagt in dem Vorwort zu seiner meisterhaften griechischen Uebersetzung einiger Scenen aus Wallenstein (Opp. 5, 355), Schiller habe wohl empfunden, worauf das Wesen der griechischen Tragödie beruhe, aber es nicht klar erkannt, und darum nicht gehörig die Fehler der Neuern vermieden. Er habe nicht verstanden den Anfang und Schluß des Dramas zu machen, er habe durch Einführung einer übergroßen Personenzahl jener Einfachheit geschadet, in der der Hauptvorzug der Tragödie liege, auch habe er an einzelnen Stellen sich vieles erlaubt, was dem Ernst und der Würde der Tragödie durchaus unangemessen sei. Gerade das aber, was das ganz an antiken Mustern erzogene Urtheil Hermann's als Fehler der Neuern verwirft, will der realistisch gewöhnte Geschmack nicht entbehren.

Jene scheinbar äußerlichen Verschiedenheiten des antiken und modernen Dramas sind also in dem eigentlichen Wesen der alten Kunst tief

begründet, und ebenso hat auch der Verlauf der tragischen Handlung innerhalb weniger Stunden und die Einheit des Orts ihren Grund in der Selbstbeschränkung auf das geringste Maß der erforderlichen Darstellungsmittel. Aber diese Selbstbeschränkung geht noch weiter. Sie verzichtet darauf, die Handlung sich vor den Augen der Zuschauer vollziehen zu lassen. Der materielle Vorgang, den wir als durchaus wesentlich zu betrachten gewohnt sind, ist den Griechen das Unwesentliche und tritt so viel als möglich in den Hintergrund, damit der geistige Inhalt um so reiner wirken könne. Wir sehen nicht sowohl die Handlung als ihren Reflex. Sehr wahr sagt Grote (History of Greece 8, 459), daß das Drama seinen Namen durchaus mit Unrecht führt, da darin nichts wirklich gethan wird, das Ganze besteht aus Reden; was geschieht, geschieht an einem andern Ort oder in einer andern Zeit. Es sind keineswegs nur die blutigen und gewaltsamen Vorgänge, die hinter die Scene verwiesen werden, fast Alles, was sich ereignet, wird nur berichtet, wir sind nur Zeugen der durch die Ereignisse in den Gemüthern der Betheiligten bewirkten Vorgänge; in diese allein ist ganz spiritualistisch die Handlung verlegt, hier sehen wir die tragischen Schicksale entstehen, ihren Gang nehmen und endigen. In der Antigone erfolgt nicht blos der Selbstmord der Heldin in ihrem unterirdischen Kerker und der Selbstmord Hämon's in Gegenwart des herbeigeeilten Vaters hinter der Scene, sondern auch — was in einer modernen Tragödie den Mittelpunkt bilden würde — die zweimalige Bestattung des Polyneikes und die Ergreifung der Thäterin.

Man denke nun z. B. in Romeo und Julie nicht blos den Zweikampf des Mercutio und Romeo mit Tybalt, sondern auch die Schlaftrunkscene, den Tod Romeo's in der Gruft, das Erwachen Julie's und ihren Tod — dies alles denke man blos berichtet, und man fühlt, daß das Stück seinen Charakter wesentlich verändert haben würde. In der Beschränkung der Darstellungsmittel, der Zurückführung der Handlung auf ihren reinsten idealen Gehalt, der Ausscheidung des Materiellen und Unwesentlichen stehen Göthe's Iphigenie und Tasso dem antiken Drama am nächsten. In jener fand Hermann, dem an den Schiller'schen Stücken so viel zu einem harmonischen Gesammteindruck fehlte, „den zarten Hauch der griechischen Camöne,“ während die naive moderne Empfindung bei aller Bewunderung der dichterischen Schönheit hier nicht einmal ein Drama anerkennen kann; so erklärt Lewes den Tasso für eine Reihe schöner Verse, aber für kein Drama.

Noch weiter als die dramatische Dichtung entfernte sich die scenische Darstellung im Alterthum von der Wirklichkeit. Sie kannte das Streben nach Illusion eben so wenig als die Zuschauer das Verlangen dar-

nach. Die antiken Bretter bedeuteten nicht die Welt. Die ganze Bühneneinrichtung ließ keinen Augenblick die Täuschung aufkommen, als habe man einen wirklichen Vorgang vor Augen, die Darstellung konnte und sollte eben nur als eine Produktion der Kunst verstanden und gewürdigt werden, die nicht nur keine Realität hatte, sondern jeden Gedanken an Realität ausschloß. Schon allein die Darstellung mehrerer Rollen durch dieselben Schauspieler, der Frauenrollen durch Männer, war der Illusion nicht günstig. Nun aber im hellsten Tageslicht, das der beschönigenden, vertuschenden Thätigkeit der Phantasie keinen Zoll breit Spielraum ließ, traten jene wundersamen Gestalten auf, die in ihrer übermenschlichen Größe, in ihrer pomphaften Tracht, ihren starren Masken mit weiten Mundöffnungen, wie Menschen aus einer anderen Welt erscheinen sollten und wirklich erschienen.

Musik und Tanz erhöhte die Feierlichkeit des Eindrucks und vollendete die Erhebung der Darstellung in eine ideale Sphäre. Noch weiter von der Wirklichkeit als die griechische Bühne entfernte sich sogar die römische, wo im ernsten lyrischen Monolog der Schauspieler den Text nur im stummen pantomimischen Tanze ausdrückte, während ein Sänger ruhig daneben stehend die Worte vortrug, die jener hätte sprechen oder singen sollen. Für Göthe's auch hier antikisirende Richtung ist es charakteristisch, daß er, wenn auch nur aus Noth, etwas Aehnliches wagen zu dürfen glaubte, indem er, als einmal bei der Aufführung der Zauberflöte die Sängerin, die die Rolle der Königin der Nacht übernommen hatte, nicht auf der Bühne erscheinen konnte, sie hinter der Scene singen ließ, während eine andere Schauspielerin vor den Zuschauern die begleitenden Gesten machte.

Bei weitem größer als in dem Drama und Schauspiel ist der Abstand der antiken und modernen Kunst in der Musik. Hier erscheint die Einfachheit und Sparsamkeit im Gebrauch der künstlerischen Mittel bei den Alten uns vollends als Dürftigkeit, und hängt hier freilich auch mit der verhältnißmäßig dürftigen Entwickelung der antiken Musik zusammen; denn selbst die Vokalmusik, die allein eine kräftige Entwickelung gehabt hat, blieb der Poesie durchaus untergeordnet, die Melodie hatte kein selbständiges Leben, ihr Werth bestand einzig in der Wahrheit und Angemessenheit des Ausdrucks, sie muß wesentlich recitativisch gewesen sein. Das Tonsystem war beschränkt, die Singstimme bewegte sich am liebsten und besten innerhalb einer einzigen Octave, schon darum konnte der Gesang sich nicht allzuweit von einer gehobenen Deklamation entfernen. Außer dem Gesang der Einzelstimme kannte das Alterthum nur den Chorgesang, und in diesem keine Mehrstimmigkeit, sondern nur eine Nüancirung des unisonen Vortrags durch Verschiedenheit der Octaven. Die Instru-

mentalmusik war eigentlich auf zwei Instrumente beschränkt, die der Harfe verwandte, aber in ihrem Tonumfange sehr hinter dieser zurückstehende Cither, und die der Clarinette ähnliche Langflöte. Der Abstand auch von dem Zusammenspiel dieser Instrumente zu der modernen Symphonie ist enorm. Die Aufgaben, die diese mit ihren unendlich reicherern Mitteln löst, konnte sich das Alterthum niemals auch nur stellen, und den Abstand von einer Bethovenschen Symphonie zu den einfachen Klängen der Cither und Flöte hat man mit Recht verglichen mit dem Abstand von einem der großen Gemälde M. Angelo's oder Rafael's mit ihrer Gestaltenfülle, ihren großen Licht- und Schattenmassen, ihrem gewaltigen Inhalt und hinreißendem Ausdruck, zu den einfachen und anspruchslosen, wenn auch oft edeln und anmuthigen Figuren griechischer Vasenbilder. Wenn bei den Römern freilich eine Vereinigung verschiedener Instrumente zu einer Art Orchester statt fand, so wurde damit nicht eine Lösung höherer Aufgaben bezweckt, sondern auch hier galt die Verstärkung oder vielmehr Vergröberung der Mittel nur der Erzielung stärkerer, aber auch unreinerer Wirkungen, wie sie dem rohen Geschmack der Römer zusagte.

Von den bildenden Künsten ist der Skulptur schon durch ihr Material eine große Selbstbeschränkung auferlegt, dessen Farblosigkeit oder Einfarbigkeit selbst das Streben ausschließt, den Schein des Lebens nachzutäuschen. Auch die Polychromie der Skulptur bezweckte niemals, vielleicht die älteste Zeit ausgenommen, die Farben der wirklichen Körper wiederzugeben, sondern den Gesammteindruck der Darstellung durch größere Feierlichkeit und Pracht zu erhöhen, die Absicht war hier wesentlich dieselbe, wie bei den zweifarbigen Werken aus Gold und Elfenbein.

Durch das Material ist ferner eine relative Ruhe der plastischen Darstellung bedingt, und der sehr große Kreis von Gegenständen, Momenten und Motiven, die diese Ruhe nicht zulassen, von vornherein ausgeschlossen. Endlich ist die Skulptur durch ihre Aufgabe, Ideen in organischen, vor Allem menschlichen Formen darzustellen, auf Abstreifung alles dessen, was die Form beeinträchtigt oder verhüllt, gewiesen, auf Beseitigung alles überflüssigen Beiwerks, alles irgend zu entbehrenden Costüms. „Die Bildhauerkunst, sagt Göthe (über Laokoon 30, 309), wird mit Recht so hoch gehalten, weil sie die Darstellung auf ihren höchsten Gipfel bringen kann und muß, weil sie den Menschen von Allem, was ihm nicht wesentlich ist, entblößt. So ist auch bei dieser Gruppe Laokoon ein bloßer Name; von seiner Priesterschaft, von seinem trojanisch nationellen, von allem poetisch und mythologischen Beiwesen haben ihn die Künstler entkleidet, er ist nichts von Allem, wozu ihn die Fabel macht, er ist ein Vater mit zwei Söhnen, in Gefahr zwei gefährlichen Thieren zu unterliegen."

Freilich ist die antike Skulptur bei dieser Beseitigung aller hinderlichen Nebendinge und Aeußerlichkeiten, bei der Zurückführung der Persönlichkeit auf ihre rein menschliche Bedeutung, der Handlung auf ihren ideellen Gehalt ebenso von der Sitte und auch von der Tracht des griechischen Alterthums begünstigt gewesen, als die moderne von größter Ungunst der äußeren Verhältnisse gedrückt wird. In der That wird keiner Kunst die Gewinnung eines festen Bodens und einer organischen Entwickelung so erschwert, als der Skulptur durch die der Nacktheit widerstrebende Sitte, die den Körperformen so wenig sich anschmiegenden Trachten und die realistischen Forderungen des modernen Kunstgefühls.

Die antike Plastik aber durfte nicht blos, was ihr von Kostüm, Waffen, Attributen und dgl. hinderlich war, beseitigen oder leicht andeuten, sie durfte auch der an den strengen Idealismus der Darstellung erzogenen Phantasie des Beschauers manches zu ergänzen zumuthen, was nach heutigen Begriffen zur Totalität des Kunstwerks unentbehrlich ist. Schon für ein Werk wie den Apoll von Belvedere, dem gegenüber ein besiegt im Staube liegendes Ungethüm gedacht werden muß, dürfte sich in der ganzen neuen bildenden Kunst kaum ein Analogon finden: nie hat wohl ein Maler den siegreichen heiligen Georg ohne den Drachen dargestellt. Vollends eine Darstellung wie die des Unterganges der Niobiden ohne die beiden Götter, deren Pfeilen dies ganze blühende Geschlecht erliegt, ist in der modernen Kunst geradezu undenkbar.

Bei der antiken Malerei hängt wie bei der Musik die Sparsamkeit im Gebrauch der Mittel mit einer verhältnißmäßig dürftigen Entwickelung zusammen. Sie darf wenigstens in sofern eine auf die Fläche übertragene Plastik genannt werden, als auch sie sich im Wesentlichen auf die menschliche Gestalt beschränkt hat. Und zwar waren die berühmtesten Bilder des Alterthums einzelne Figuren, die Anadyomene des Apelles, die Helena des Zeuxes; unter den erhaltenen Gruppenbildern zeichnen sich die wenigsten durch die Composition aus. Sehr figurenreiche Darstellungen werden in der Regel in kleine, unverbundene Gruppen aufgelöst gewesen sein: wenigstens ist dies bei den beiden einzigen, die wir aus genauer Beschreibung kennen, der Fall, den beiden Polygnotischen Bildern zu Delphi. Daß es Ausnahmen gab, zeigt freilich die Alexanderschlacht, doch ist ihr Abstand z. B. von der Constantinsschlacht Rafael's auch in der Composition weit größer als von den Schlachtbildern auf griechischen Vasen. Denn auch hier wie überall ist doch von dem für uns so wesentlichen Vorzug der Malerei, der Fläche den Schein eines vertieften Raumes zu geben und dadurch die Darstellung oft zu vervielfachen, zu erweitern und ihr Körperlichkeit zu leihen, nur ein sehr unvollkommener Gebrauch gemacht. Die

verschiedenen Gründe, die Landschaft, die Architektur fehlen den antiken Figurenbildern, dürftige Anfänge abgerechnet, ganz, und Luft und Linienperspective sind daher unentwickelt geblieben. Die Entwicklung der Landschaftsmalerei war durch jene spiritualistische Auffassung der Natur ausgeschlossen, für die das Materielle der Naturerscheinungen gar kein Interesse hatte: was sie ansprach und erfaßte, waren deren gleichsam seelische Eigenschaften, „die Anmuth, die Klarheit und Regsamkeit der Quelle, die sichere Kraftfülle des Flusses, das schattige Dunkel des Hains, die üppige Feuchte der Trift, das farbige Wellenspiel des Meeres" und diese Erscheinungen wurden „als Lebensäußerungen, als göttliche Wirksamkeiten empfunden." (Lehrs popul. Auff. 92.) Nicht in die Natur selbst war der Blick gerichtet, sondern „wie in einen Spiegel, in welchem jene Eindrücke in Gestalten reflectirt waren," die daher auch in der Darstellung als Gestalten, als Personen erscheinen. Aus der Beschränkung auf die menschliche Gestalt erklärt sich auch die Beschränkung auf nur vier Farben, die nach modernem Begriff die Malerei ihres höchsten Vorzugs beraubt, ja ihr eigentliches Wesen aufhebt und mit denen sich doch auch Apelles begnügte. Die vier Farben Schwarz, Weiß, Roth und Gelb und ihre Mischungen reichten eben für die Figurenbilder völlig aus, Blau und Grün waren entbehrlich. „Jetzt, sagt Plinius (35, 50), wo Purpur, Indigo, Drachenblut auf die Wände aufgetragen werden, giebt es keine berühmten Bilder mehr. Alles war also damals besser, als die Fülle geringer war." Daß übrigens die antike Malerei in Staffeleibildern, die moderne in Wandgemälden das Größte geleistet hat, hängt mit der Verschiedenheit ihrer Entwickelungen ebenfalls zusammen.

Endlich steht auch der ideale Charakter der griechischen Architektur im innigsten Zusammenhange mit der strengsten Beschränkung auf die Formen, in denen die architektonische Funktion sich am reinsten ausspricht. Bei der Erschaffung der architektonischen Formen nach den Analogien von organischen Bildungen oder Erzeugnissen menschlicher Thätigkeit ist von jedem „Analogon nur das für seinen tektonischen Begriff allgemein Wahre festgehalten, alles zufällig Anklebende und Unwesentliche abgelöst; und ebenso wie der Begriff und die Form jedes einzelnen darstellenden Theils innerlich so lange geläutert und von allem Unwesentlichen befreit wird, bis der reine Kern des Gedankens und das Schema übrig bleibt, so findet sich gleich von vorn herein die ganze Idee des Bauwerks, die Organisation aller einzelnen Theile nach solchem Bestreben aufgefaßt, festgehalten und räumlich angelegt; darnach wird der ganze hellenische Bau gleichsam ein Kosmos. Aus dieser in den Hellenen innerlich wirkenden Ethik entspringt allein auch jener weise Haushalt mit den

Gedanken, jenes Beschränken und Concentriren aller Mittel auf das unerläßlich Nothwendige, jene stetige, rhythmische Wiederkehr der einmal als wahr und gültig erfundenen Form bei demselben Gedanken — kurz jene idealische Oekonomie, die von dem Gedanken auf das Mittel übergehend, sich selbst bis auf den realen, körperlichen Maßstab erstreckt." (Bötticher, Tektonik der Hellenen I. 101.) Zu diesem Charakter der antiken Architektur steht der der mittelalterlichen germanischen im schroffsten Gegensatz. Die den Kultuszwecken entsprechende räumliche Kleinheit der griechischen Tempel erscheint fast winzig, verglichen mit den kolossalen Dimensionen, den gigantischen Massen der gothischen Dome; hier die größte Einfachheit der Anlage, dort eine höchst mannigfaltige, complicirte bauliche Gliederung, hier eine beschränkte Mechanik, dort eine höchst künstliche, die alle räumlichen Schwierigkeiten spielend überwindet, endlich eine relative Schmucklosigkeit gegenüber einer wuchernden Ueberfülle der Ornamentik. Kein Wunder, daß, wenn der ganz in antiken Anschauungen befangenen Renaissancezeit und dem Pseudo-Klassicismus der folgenden Jahrhunderte Gothisch für barbarisch galt, andrerseits auch der für die märchenhaften Wunderbauten des Mittelalters neu entzündete Sinn sich für die keusche Harmonie, „die edle Einfalt und stille Größe" der griechischen Tempel nur schwer zu erwärmen vermag.

Durch die strenge Consequenz ihres Idealismus ist die griechische Kunst ebenso einzig als die Nation, die diese Kunst erschuf, durch ihre hohe Begabung und darum steht sie auch dem Gefühl aller anderen, minder hoch organisirten Völker so fern, auch abgesehen davon, daß dieser Abstand durch die Verschiedenheit des Glaubens und der Kultur erweitert wird. Schon das Verständniß der Römer für die griechische Kunst war ein sehr unvollkommenes und auf kleine Kreise beschränktes, sie haben sie aus ihrer überirdischen Sphäre herabgezogen, aber gerade dadurch auch den übrigen Völkern näher gebracht. Die hohen griechischen Ideale hätten nimmermehr in so weiten Kreisen Begeisterung entzünden können. Virgil und Horaz, der Laokoon und Apoll von Belvedere, das Pantheon und das Colosseum standen der Renaissancezeit sehr viel näher, als Sophokles, als der Parthenon und die Götter und Menschen des Phidias ihr hätten stehen können. Der strenge Idealismus dieser Kunst würde die moderne Menschheit in scheuer Entfernung gehalten haben, nicht durch ihn hätte sie die Lehrerin aller Völker werden können, sie wurde es dadurch, daß sie das wiederbrachte, was die römische Kultur, wenn auch nicht unversehrt und unentstellt, erhalten hatte, was dagegen dem christlichen Mittelalter

fast auf allen Kunstgebieten verloren gegangen war und bei fortschreitender Entwickelung immer schmerzlicher ersehnt wurde: die Form.

Wie der Idealismus der griechischen Kunst, ist auch das griechische Formgefühl mit seiner Schärfe, Feinheit, Sicherheit und Allseitigkeit, so wie mit seiner gestaltenden Kraft ohne Beispiel in der Geschichte der Kultur. Wie eine zweite Natur hat die Kunst der Griechen auf allen Gebieten jeder künstlerischen Idee die ihr gemäße Form anerschaffen. In dieser unübersehbaren Fülle von Schöpfungen ist jede gleich einem selbständigen, in sich vollkommenen Organismus von ihrem eigenen Leben erfüllt und bis in ihre letzten und unscheinbarsten Glieder hinein individualisirt. Von dem in milder Majestät thronenden Zeus bis zu der Brut der Satyre und Centauren, welche Reihe durchgebildeter Ideale, deren Grundformen für Gesichtszüge und Gestalt, ja selbst in vielen Fällen für Haltung und Gewandung feststehen, ohne doch der freiwaltenden Erfindung zu enge Schranken zu setzen! Von der Tragödie bis zum Epigramm hat jede Dichtungsart ihre für Dialekt, Versmaß, Ausdrucksweise unwandelbar maßgebende Normen, jede architektonische Ordnung hat ihre eigenen Maße, Verhältnisse und Ornamente, von der Säulenbase bis zum Dachfirst ist derselbe Charakter allen Gliedern aufgeprägt. Aus geringen Trümmern ist es möglich den ganzen Bau zu reconstruiren, von einem einzelnen Vers kann man in vielen Fällen sagen, ob er der Tragödie oder Komödie angehört, auch wenn der Sinn darüber keinen Aufschluß giebt, von dem Fragment einer Stirn, ob der Kopf eines Zeus, Pluto oder Poseidon, eines Merkur, Bacchus oder Apollo war. Dieser staunenswerthe Reichthum an festen Kunstformen in der antiken, gegenüber dem fast gänzlichen Mangel derselben in der modernen Kunst drängt sich auch der flüchtigsten Betrachtung auf. Jacob Grimm hat in seinen Reiseeindrücken diesen Unterschied für die religiösen Darstellungen der bildenden Künste hervorgehoben: „Ein wesentlicher, ja unausgleichbarer Unterschied der alten und der neuen Kunst liegt nun darin, daß Alles, was jene gestaltete, typisch ist, d. h. nach lang überliefertem Urbild entsprungen, die Bilder der neueren Kunst aber fast ganz in Phantasie und Willkür des Malers beruhen. Jene waren darum ächt religiös, diese sind es nur anscheinend, weil die Kraft des einzelnen und des größten Meisters solch' einen Typus zu erzeugen oder zu ersetzen viel zu schwach ist. — In allen noch so verschieden gefaßten Bildsäulen der Pallas wird der Göttin Typus walten; wie grundabweichend ist Maria von den Malern, von einem und demselben Meister genommen, dem Haupte des Heilands sehen wir bald schwarzes bald nußbraunes, bald schlichtes bald gekräuseltes Haar beigelegt. Man weiß, daß die ersten Jahrhunderte alle Bilder verabscheuten, die folgenden fast ver-

stohlen wieder dazu, niemals aber zu einem stetigen Typus der Gestalten und Farben gelangten. Es gebricht also der modernen Kunst an einem vollen Hinterhalt, an lebendigem, festem Zusammenhang mit Religion und Mythus, den keine künstlerische Schwärmerei vergütet." Der Mangel fester Traditionen, den J. Grimm nur für die religiöse Malerei und Skulptur hervorhebt, macht sich auch sonst überall nur gar zu fühlbar. Die moderne deutsche Tragödie — um nur dies eine Beispiel anzuführen — ist bald in Versen, bald in Prosa, bald aus beidem gemischt, neben dem fünffüßigen jambischen findet sich das vierfüßige trochäische und andere Versmaße, sie schließt sich bald antiken Vorbildern an, bald spanischen, englischen, französischen, bald entlehnt sie aus verschiedenartigen gleichzeitig; weil sie ihre Gegenstände allen Lebenskreisen, von den höchsten bis zu den niedrigsten entnimmt, schlägt sie alle Töne an, von königlicher Würde bis zur pöbelhaften Rohheit. Hier wie überall ist der Vortheil größeren Reichthums und größerer Mannigfaltigkeit durch Styllosigkeit und Buntscheckigkeit erkauft. Ueberall begegnen wir Verwirrungen und Vermischungen verschiedenartiger Formen, Gattungen und Style, aus denen daher nur zu oft auch widersinnige Zwittergeschöpfe hervorgehen.

Aehnlichen Verirrungen war die antike Kunst freilich schon von vorn herein dadurch entgangen, daß sie nicht eine chaotische Ueberfülle fertiger Kunstformen der verschiedensten Zeiten und Völker bereits vorfand, daß sie eben keine epigonische, sondern eine ursprüngliche war. Das äußerst Wenige, was die Griechen von den Kunstformen fremder Nationen sich angeeignet haben (nachweislich ist dies nur in der bildenden Kunst geschehen), ist so vollständig durch die gestaltende Kraft des griechischen Geistes absorbirt, daß man es nach Winkelmann's Ausdruck als unter griechischem Himmel von neuem geboren bezeichnen kann. Sodann aber ist die fernere Entwickelung darum eine so stetige, so ohne Sprünge und Abweichungen fortschreitende gewesen, weil von Anfang an auch hier eine hohe Ehrfurcht vor der Tradition gewaltet hat — wie sie sich ja auch in der wunderbaren Fortpflanzung der homerischen Gedichte zeigt. Die einmal gefundenen und als mustergültig anerkannten Formen hatten gleichsam die Kraft von bindenden Gesetzen, die jede Willkür ausschlossen, gegen die kein Künstler sich aufzulehnen wagte. Nirgend, wo die Form einmal glücklich gewonnen war, ist ihr Besitz durch thörichtes Experimentiren wieder auf's Spiel gesetzt worden, nirgend zeigt sich das Streben, den Ruhm der Originalität durch Ueberbietung des bereits gelungenen zu erstreben. Es gab im Alterthum auf allen Kunstgebieten nicht nur viel weniger falsche Originalität, es gab auch weniger wahre als in der neueren Zeit, wo bei der steten Unterbrechung der Tradition immer neue Bahnen gesucht werden mußten

und noch müssen. Es gab unendlich mehr Nachahmung, Copie und Reproduction des fort und fort überlieferten festen Besitzes. Die der neueren Zeit so geläufige Vorstellung, daß Talent, selbst Genie ohne Fleiß und Studium in der Kunst etwas vermöge, war dem Alterthum, man kann sagen, völlig unbekannt; und auch bei geringer Begabung vermochte Fleiß und Studium verhältnißmäßig viel. Namentlich stand die große Masse der bildenden Künstler sicherlich tiefer als in irgend einer neueren Zeit, und konnte die neuere doch durch ihre Leistungen weit übertreffen; ja selbst handwerksmäßige Fertigkeit, technische Routine genügte, um die herrlichen Vorbilder früherer Zeiten in erfreulichen Abbildern wiederzugeben. So gab es auch hier keine Grenze zwischen Kunst und Handwerk, und gerade dem Kunsthandwerk kam der unermeßliche Vortheil einer überall maßgebenden künstlerischen Tradition am meisten zu Gute.

Diese Eigenthümlichkeiten der antiken Kunstentwickelung muß man im Auge behalten, um zwei auf den ersten Blick unbegreifliche Erscheinungen zu verstehen, die Erhaltung der bildenden Künste durch länger als ein halbes Jahrtausend auf einer bewundernswürdigen Höhe und ihre immense Massenproduction während dieser Zeit. Die griechische Kunst der Blüthezeit schuf und überlieferte den folgenden Jahrhunderten einen unübersehbaren Reichthum von Ideen und Formen. Mit dieser Erbschaft einer nach allen Seiten hin auf's vollkommenste durchgebildeten Darstellungsweise konnte auch die spätere Zeit, der eigene schöpferische Kraft gebrach, noch Jahrhunderte lang haushalten, ohne arm zu erscheinen. Nicht blos wurden die älteren Originale in zahllosen Copien und Nachahmungen vervielfältigt, sondern die alten Formen, Gestalten und Compositionen blieben fort und fort befolgte Muster und Vorbilder; so bewegte sich die Kunst in gewohnten Kreisen und löste auch die neuen Aufgaben nach altbewährten Gesetzen. Bis in die Werkstätten jener bescheidenen Maler, die in römischer Zeit die Wohnungen mit heiteren Fresken schmückten, der Thonarbeiter, die die Reliefs für Häuserfronten formten, der Steinmetzen, die Sarkophage und Aschenurnen „mit Leben verzierten," wirkte der Geist des Phidias und Polyklet, des Praxiteles und Apelles fort und fort.

Die beispiellose Großartigkeit der Kunstentwickelung und die Festigkeit der Tradition hat es auch bewirkt, daß die Nachblüthe der bildenden Kunst Jahrhunderte gewährt, daß die Skulptur noch in dieser Zeit eines wenn auch langsamen Sinkens Werke geschaffen hat, denen die moderne Plastik wenige an die Seite zu stellen vermag. Ja, es ist erklärlich, daß die Stumpfsinnigkeit gar keinen Unterschied zwischen den Werken aus der Zeit des Hadrian und Phidias zu erkennen vermag und eine ununterbrochene Blüthezeit der Kunst von mehr als fünf Jahrhunderten annimmt, eine Vorstel-

lung, die freilich ebenso jeder historischen Analogie widerspricht, als sie durch den Augenschein für jeden Urtheilsfähigen widerlegt wird. Ja auch in der Poesie, wo der Mangel an schöpferischem Geist sich eher fühlbar macht, kann der Rest des Formenadels, den auch die letzten Productionen des Alterthums nicht völlig verleugnen, über die Werthlosigkeit des Inhalts täuschen. „Auch die Dichter späterer Jahrhunderte, sagt Lehrs (populäre Auff. S. 203), die unbegabt, ja insipid heißen müssen, können eine gewisse Anmuth — man möchte sagen — nicht los werden. Und diese Anmuth ist nicht ein bloßer Vorzug des sprachlichen Ausdrucks: sie verdankt ihren Reiz zugleich einer poetischen Anschauung, einer treffenden Empfindung, einer ansprechenden Vorstellung, und so ist mit der Fortpflanzung der Dichtersprache zugleich eine Menge so guter Eigenschaften des Inhalts hinüber geleitet worden." Nicht blos die Renaissanceperiode hat in der antiken Literatur Mittelmäßiges und Schlechtes neben dem Besten mit unterschiedslosem Enthusiasmus bewundert, auch heute ist selbst das gebildetste Urtheil der Gefahr, auf ähnliche Weise zu irren, ausgesetzt; wie denn Göthe den läppischen Schäferroman des Longus so sehr überschätzt hat.

Die hier angedeuteten Gegensätze der antiken Kunst gegen die Kunstentwickelungen aller folgenden Zeiten werden ewig unausgleichbar fortbestehen, wenn sie auch in manchen Perioden wie in der Renaissancezeit und im 18. Jahrhundert minder schroff hervortreten. Aber auch die Fortwirkungen der antiken Kunst werden dauern, und wie in der gegenwärtigen Kultur ihre „heimlich bildende Gewalt" auch da, wo wir sie nicht spüren, wirkt und schafft, so wird sie es für alle Zukunft, so lange es überhaupt eine Kunst geben wird.

Prof. Dr. Friedländer.

Das Princip der Communalsteuern.

Steuern bezahlen zu müssen ist eine Last, ein Verdruß. Es giebt wenige Sätze, über welche die Menschheit seit den frühesten Zeiten so einverstanden gewesen ist, als über diesen. Die väterliche Staatsweisheit des Absolutismus hat einen eigenthümlichen Weg gefunden, den Unterthanen beglückend über diesen Verdruß hinwegzuhelfen, indem sie indirecte Steuern einführte. Derjenige, welcher diese Steuern der Staatsgewalt einzahlt, kann es leichten Muthes thun, denn er trägt sie nicht, sondern läßt sie sich von Anderen erstatten, und derjenige, welcher die Steuern zahlt, weiß nicht, woher der Druck rührt, den er fühlt. Sein Murren trifft nicht die Staatsgewalt, mit der er in keine unmittelbare Berührung kommt. Diese Weisheit gilt jetzt für veraltet. „Zwischen uns sei Wahrheit" heißt auf allen Gebieten des Staatslebens der leitende Wahlspruch für das Verhältniß zwischen Staatsbürgern und Obrigkeit; so heißt er auch auf dem Gebiete des Steuerwesens. Dem Menschen wie dem Staate gegenüber hat der Heilkünstler es aufgegeben, die Symptome eines Uebels gewaltsam zu unterdrücken, weil das Uebel selbst dadurch nicht beseitigt, sondern erschwert wird. Die städtischen Octrois, die Grenzzölle, manch andere Art der indirecten Steuern ist in ganz Europa in stätem, wenn auch langsamem Schwinden begriffen. Je mehr hierüber die allgemeine und theoretische Befriedigung steigt, desto lauter wird aber im einzelnen Falle die praktische Klage, daß das „schöne Geld" so „für nichts" dahingehe. Die natürwüchsigen Nationalökonomen der Bezirksversammlungen sind daher längst dahinter gekommen, daß „eigentlich jede Steuer nichts trägt," daß „jede Steuer die Production hemmt," und daß es daher echt wissenschaftlich sei, niemals eine Steuer zu empfehlen, sondern gegen jede ohne Ausnahme zu protestiren.

Tritt denn nun diese Idiosynkrasie gegen das Geldzahlen nur dann ein, wenn uns die Steuerquittung präsentirt wird? O nein, sie ist ein tief im menschlichen Wesen begründeter Zug. Auch wenn wir unsere Miethe bezahlen, erwehren wir uns nicht einer gewissen Schwermuth und beneiden den Vogel, der auf den Zweigen wohnet. Wenn ein Handwerker seine Rohstoffe, seine Werkzeuge bezahlt, schüttelt er bedenklich den Kopf, und rechnet sich im Stillen aus, wie viel besser er doch dastehen würde, wenn er alle diese schönen Dinge umsonst hätte. Nichts desto weniger fahren wir fort, eine Miethwohnung inne zu behalten und ahmen dem

Beispiele des Vogels nicht nach; der Handwerker fährt fort, sich Werkzeuge, die er braucht, anzuschaffen und arbeitet nicht mit der rohen Faust. Diese Ausgaben werden völlig freiwillig gemacht. Man berechnet, daß, wenngleich es ein Uebelstand ist, Miethe bezahlen zu müssen, der Uebelstand, keine Wohnung zu haben, doch bei Weitem größer ist; daß, wenn es ein Uebelstand ist, seine Werkzeuge theuer bezahlen zu müssen, der Uebelstand, ohne Werkzeuge arbeiten zu müssen, doch bei Weitem größer ist. Man berechnet, daß, wenn auch von uns hohe Leistungen verlangt werden, uns dennoch Gegenleistungen zu Theil werden, die für uns einen noch höheren Werth haben. Wir können nicht im reinen Sauerstoffe leben, nicht thätig sein, ohne inzwischen zu ruhen, nicht genießen, ohne zu arbeiten, nicht empfangen, ohne zu geben. Unsere Existenz ist an viele Bedingungen der Endlichkeit geknüpft.

Wie hart es unserem Eigennutz ankomme, wir geben viel Geld aus, das wir gern behielten, weil wir Gegenleistungen dafür erhalten. Da liegt es. Wäre es uns klar zu machen, daß die Steuern, die wir leisten, uns Gegenleistungen einbringen, so wäre damit dem Verdrusse, den sie uns verursachen, zwar nicht die Tiefe der Empfindung, aber doch die verständige Berechtigung geraubt. Jede Leistung, die wir im freien Spiele des Verkehrs gegen eine Gegenleistung machen, ist von unantastbarer Gerechtigkeit. Gelänge es, das gesammte Steuersystem auf das wirthschaftliche Princip von Leistung und Gegenleistung zurückzuführen, so wäre die Gerechtigkeit desselben unwidersprechlich dargethan und jede Ausstellung gegen dasselbe wäre als eine unklare gemüthliche Regung zur Ruhe zu verweisen. Ist es möglich, die Steuern auf dieses wirthschaftliche Princip zurückzuführen? Wir zahlen die Steuern theils an den Staat, theils an die Gemeinde und die Beantwortung jener Frage ist davon abhängig, ob wir Staat und Gemeinde als rein wirthschaftliche Gestaltungen betrachten können. Wir schließen den Staat von unserer nachfolgenden Betrachtung aus. Ein geistreicher Schriftsteller, Dietzel, hat den Versuch gemacht, auch den Staat schlechtweg als ein Product der wirthschaftlichen Thätigkeit des Menschengeschlechts zu construiren; wir sind nicht seiner Ansicht. Wir untersuchen nicht, ob es möglich sei, das System der Staatssteuern auf das Princip von Leistung und Gegenleistung zurückzuführen. Wir lassen unerörtert, welches System der Staatssteuern das Beste sei. Wir beschränken unsere Aufgabe auf denjenigen Theil, wo sie einfacher liegt, auf die Besteuerung innerhalb des Gemeindeverbandes.

Herr Dr. Werenberg hat im Märzhefte dieser Zeitschreift eine Abhandlung „über den gegenwärtigen Stand der Steuerreformfrage in Deutschland" veröffentlicht, welcher wir, soweit sie die Einkommensteuer als die

angemessenste Communalsteuer empfiehlt, mit der Ausführung entgegentreten wollen, daß wir die Grundsteuer am Geeignetsten halten. Der erwähnte Aufsatz nöthigt uns zunächst eine persönliche Verwahrung ab. Herr Werenberg wählt zum Gegenstande seiner Polemik mündliche Vorträge, die von Faucher, Michaelis und dem Verfasser dieses Aufsatzes in Hannover, Oldenburg und Nürnberg auf den wirthschaftlichen Versammlungen gehalten worden sind und die in einer immerhin nicht ganz präcisen Niederschrift vorliegen, während er sich an einen vortrefflichen Aufsatz von Faucher (Staats- und Communalbudgets in der Vierteljahrsschrift für Volkswirthschaft und Culturgeschichte Bd. II, S. 184 bis 223) hätte halten können. Es sind ihm in Folge dessen einige Mißverständnisse untergelaufen, von denen wir nur das schreiendste hervorheben wollen. Herr Dr. Werenberg ist im Unklaren darüber geblieben, ob die Grundsteuer nur als Communalsteuer oder auch als alleinige Staatssteuer empfohlen werden soll. Er mag überzeugt sein, daß seit den Zeiten der Physiokraten seligen Angedenkens Niemandem eingefallen ist, die Grundsteuer zur Basis des Staatsfinanzwesens zu machen, und daß wir speciell weit davon entfernt sind, eine neue Einführung von Staatsgrundsteuern zu empfehlen.

Und da wir denn doch einmal nicht haben vermeiden können, gegen unseren verehrten Freund diesen Vorwurf zu erheben, so wollen wir im Beginn unserer sachlichen Erörterung auch den zweiten wesentlichen Vorwurf nicht zurückhalten, den wir ihm zu machen haben. Herr Dr. Werenberg hat uns um eine große Freude gebracht. Als wir lasen, wie er die Erhebung der Einkommensteuer für Communalzwecke beredt empfiehlt, schwebte uns fortdauernd die Frage auf den Lippen: Wie, wenn in einem Marschdorfe eine erhebliche Deichlast besteht und in diesem Dorfe, etwa aus Gesundheitsrücksichten, ein Mann seinen Wohnsitz genommen hat, der dort nicht Grundbesitzer ist, aber aus preußischen Staatsschuldscheinen ein Einkommen bezieht, das dem sämmtlicher Grundbesitzer gleichkommt, soll da die Deichlast zur Hälfte aus den Coupons der preußischen Staatsschuldscheine bestritten werden? Mit dieser einfachen Frage glaubten wir Herrn Werenberg widerlegen zu können, auf diese Frage hatten wir uns bei Durchlesung seines Aufsatzes gefreut und nun treffen wir gerade am Schlusse desselben folgenden Satz: „Es versteht sich von selbst, daß das aufgestellte Postulat nicht auf Fälle angewendet werden soll, wo im Staat oder in der Gemeinde den Einzelnen Privatleistungen gemacht werden. Für solche Leistungen, die übrigens, streng genommen, mit dem Wesen des Staats und der Gemeinde nichts zu thun haben, ist es vollständig zutreffend, die Gegenleistung lediglich nach dem, dem Einzelnen effectiv

Geleisteten abzumessen. Es wird daher z. B. die Vertheilung der Deichlast, wo sie Gemeindesache ist, oder der Flurpolizeikosten nach dem Verhältnisse der durch den Deich, durch die Flurschützen gesicherten Grundstücke vorgenommen werden dürfen."

Man sieht, Herr Werenberg schneidet uns unsere Frage mit deutlichen Worten ab, aber, wie wir fürchten, auf Kosten seiner Consequenz. Ei tausend! die Deichlast hat mit dem Wesen der Gemeinde nichts zu thun! Die Deichlast macht Privatleistungen an Einzelne! Die Deichlast ist specifisch verschieden von der Pflasterung oder der Straßenbeleuchtung! Die Sicherheit, welche die Thätigkeit des Flurschützen hervorruft, ist specifisch verschieden von der Sicherheit, die die Thätigkeit des städtischen Nachtwächters oder des Spritzenmannes erzeugt! Wir waren eben darauf und daran, die Deichlast und die Besoldung des Flurschützen als Typen der Gemeindelasten heranzuziehen und müssen nun, gerade am Schlusse des Aufsatzes, hören, daß dieselben mit dem Wesen der Gemeinde nichts zu thun haben! Wir meinen denn doch, wenn Herr Werenberg dieses Argumentes sich bedienen wollte, dürfte er es sich nicht so leicht machen, zu erklären, es komme nicht auf eine Untersuchung darüber an, worin das Verschiedenartige des Staats und der Gemeinde liege, zumal er an einer anderen Stelle ohne Beweis die Behauptung hinstellt, daß die Gemeinde mit dem Staate und der Familie in der Verbindung ethischer und realer Zwecke übereinkomme.

Wir behaupten nun dem gegenüber, daß die Gemeinde, wohlverstanden: die Ortsgemeinde (denn für die Kreisgemeinde würden andere Gesichtspunkte geltend zu machen sein), auf die allein es hier ankommt, eine ethische Seite durchaus nicht hat. Darin unterscheidet sich die Gemeinde entschieden sowohl von der Familie, wie vom Staate. Familie und Staat ruhen auf dem Begriffe der Pflicht; an die Familie sind wir mit unlöslichen, an den Staat mit fast unlöslichen Banden geknüpft. Die Fessel der Blutsverwandtschaft können wir nicht zerreißen; von dem Staate, als dessen Angehörige sie geboren werden, sagen sich nur Wenige und diese nur aus schwer wiegenden Beweggründen los und auch der Auswanderer löst selten das geistige Band, das ihn mit dem Heimatslande verknüpft, völlig. Für Glück, Bestand und Ehre der Familie oder des Vaterlandes sich zu opfern, ist unerläßliche Pflicht; zu der Gemeinde stehen wir in einem durchaus kühlen Verhältniß. Wir erfüllen ihr gewissenhaft unsere Pflichten, wie wir alle Contractsverhältnisse gewissenhaft erfüllen. Wir wechseln sie aber ohne Bedenken, sobald unsere Erwerbsverhältnisse es räthlich machen; wir sehen trockenen Auges, daß sie mit einer Nachbargemeinde verschmilzt oder sich in zwei Gemeinden auflöst. Ein sehr reicher

Mann oder ein familienloser Hagestolz wird ihr in dankbarer Erinn[illegible] an genossene angenehme Stunden ein [illegible] oder Vermächtniß ma[illegible] aber Niemand hat [illegible] Was dem Staate [illegible] [illegible] wird der Gemeinde gegenüber Pfahlbürgert[illegible] [illegible] Fremde an sein Vaterland [illegible] [illegible] Civis Romanus sum [illegible] [illegible] sich brüstet, ein Berliner [illegible] ,Wat ick mir davor koo[illegible] [illegible] öffentlichen Macht zu [illegible] [illegible] wenig wie mit der patria[illegible] [illegible]

[illegible] Schöpfung. Ihre [illegible] [illegible] und aus diesem erg[illegible] [illegible] nämlich die Möglic[illegible] [illegible] [illegible]ungen und damit ein [illegible] [illegible] wohnt, ist [illegible] der Bewohner [illegible] [illegible] weil bei jenem der Be[illegible] [illegible] wurde, die sich aus [illegible] [illegible] der Vortheile der [illegible] [illegible] der Kleinstä[illegible] [illegible] Centralisation keine Arbe[illegible] [illegible] erleichtert in [illegible] [illegible] die feinsten Rohstoffe, [illegible] [illegible] in einer kleinen Stadt [illegible] [illegible] Käufer, wenn sie am Sch[illegible] [illegible] wo sie von Tausenden [illegible] [illegible] entlegenen Flecke versaum[illegible] [illegible] den dreifachen Vortheil, [illegible] [illegible] durch vergrößertes Angeb[illegible] [illegible] Nachfrage nach seinen Arbeitspro[illegible]

[illegible] großen Stadt führt nicht all[illegible] [illegible] Gefolge. Das Zusammenleb[illegible] [illegible] und schadet der Gesundheit [illegible] Feuersbrunst, durch Verf[illegible] [illegible] sich keine Verantwortung über- [illegible] zu sehen; es erleichtert den [illegible] vom Verbrechen leben, mit [illegible] diese Nachtheile suchen wir

ns zu schützen und zwar schützt sich die Gemeinschaft wirksamer und wohlfeiler als der Einzelne. Die Maßregeln zum Schutze verursachen Kosten, aber diese Kosten sind doch nur verschwindend klein gegen die ungeheuren Vortheile, die aus dem Zusammenleben vieler Menschen entspringen. Die Gemeinschaft vieler Menschen auf demselben Raume kann ferner dazu ausgebeutet werden, nützliche Anstalten herzustellen, die sich der Einzelne theils gar nicht, theils nur mit unerschwinglichem Aufwande verschaffen kann, Gasbeleuchtung, Brücken, Straßenpflaster. Auf dem Budget der Gemeinde figuriren nur gemeinnützige Ausgaben, durch die sämmtlichen Einzelnen Leistungen zu Theil werden, Wasserleitungen, Abzugscanäle, Feuerspritzen, Nachtwachen, Gasanstalten, Wegebauten. Nichts ist da, was nur der idealen Gesammtheit zu Gute käme, keine Ausgaben für Zeughäuser, Kanonen, Gewehrfabriken und Zuchthäuser.

Die Gemeinde ist eine Association zur Herstellung gemeinnütziger Anstalten und zur Abwehr gemeinschädlicher Bildungen, eine Association, zu welcher ein Jeder nach Maßgabe des Nutzens, den er davon zieht, beizutragen hat. In einem Punkte nur weicht eine solche Association von der durch einen Vertrag geschaffenen ab; die Erklärung, derselben beitreten zu wollen, liegt bereits in der Thatsache, daß man innerhalb derselben sich niederläßt. Der Staat räumt mehr oder weniger unbeschränkt einem Jeden das Recht ein, Bewohner und Mitglied einer beliebigen Gemeinde zu werden, aber er kann dies nur unter der Bedingung thun, daß er auch zahlendes Mitglied der Association werde, welche durch die Gemeinde gebildet wird. Das geht nicht an, daß Jemand sich weigere, zur Gaserleuchtung beizutragen, weil er nur mit verbundenen Augen über die erleuchteten Straßen gehe. Eben darum kann auch die Herstellung gemeinnütziger Anstalten nicht davon abhängig gemacht werden, daß sämmtliche Gemeinde-Eingesessenen sich darüber vertraglich einigen, wie sie die Kosten aufbringen sollen. Das gemeine Interesse kann nicht darunter leiden, daß Einer oder der Andere den Vortheil, der ihm aus der Institution entspringt, zu gering anschlägt, und sich darum weigert, den gerechten Antheil, der ihm obliegt, zu zahlen. Hier bleibt nur übrig, daß anstatt der Einzelnen die Wissenschaft rechnet, wie hoch der Nutzen jedes Einzelnen und wie hoch in Folge dessen seine Beitragspflicht ist, und daß der Staat seinen Arm leiht, den Ausspruch der Wissenschaft zu vollziehen. Wer sich demselben nicht fügen will, mag in eine andere Gemeinde ziehen; er hat kein angeborenes Recht darauf, Mitglied dieser wirthschaftlichen Association zu sein. Diesen Ausführungen, meinen wir, wird Herr Werenberg beitreten; er glaubt nur, den Ausspruch der Wissenschaft in dem

Worte Einkommensteuer zu hören, während wir Grundsteuer verstehen. Damit stehen wir bei dem Kerne der Frage.

Es drängt sich sofort die Betrachtung auf, daß auf den Preis keines anderen Gegenstandes das Zusammenleben vieler Menschen einen so durchgreifenden Einfluß ausübt, wie auf den des Grundes und Bodens. Die Preise von Milch und Fleisch, von Brod und Eiern, von Bier und Kartoffeln schwanken in den verschiedenen Gegenden eines Landes, in Dorf und Stadt nicht erheblich; sagen wir, um ganz extreme Fälle schon zu berücksichtigen, das Maximum betrage das Dreifache des Minimum. Noch geringer ist das Schwanken bei Röcken und Strümpfen, bei Kaffee und Zucker. Noch andere Dinge, namentlich Bücher, sind überall um denselben Preis zu haben. Ganz anders ist es mit Grund und Boden. Hier liegt das fruchtbarste Weizenland, in vortrefflichem Culturzustand, unter den günstigsten Verkehrsverhältnissen; man bezahlt den Morgen mit 250 Thalern. Nur eine halbe Stunde davon wird eine wüste Baustelle, bei welcher Niemand nach der Zusammensetzung des Bodens fragt, die Quadratruthe um denselben Preis bezahlt. Der Werth ist auf das 180fache gestiegen und das ist noch nicht die äußerste Grenze. Und was hat der Eigenthümer gethan, seinem Besitzthum einen so hohen Werth zu verleihen? Er selbst — nicht das geringste. Aber hunderttausend fleißige Menschen haben sich ringsumher angesiedelt, arbeiten und verzehren, kaufen und verkaufen, und machen sich diesen Raum streitig, um auf demselben zu wirken. Man bezahlt dieses umgrenzte Stück des unbegrenzten Raums so hoch, um an einem Orte zu arbeiten, wo die Thätigkeit am höchsten verwerthet wird; um die Werkstatt da zu haben, wo die Werkzeuge am besten und bequemsten ausgeboten werden; um das Kaufgewölbe da zu haben, wo Tausende von Käufern täglich vorüberströmen, die gestatten, massenhaft, d. h. vortheilhaft zu produciren.

Ohne ein Verdienst von meiner Seite, ohne Mühe und Arbeit, ohne Verwendungen und Kosten ist der Ertrag dieses Grundstücks auf das Hundertfache dessen gestiegen, was es als Gartenland bei fleißiger und sorgfältiger Bearbeitung eintragen würde. Es ist gestiegen durch die Thätigkeit der Gesammtheit, durch das Zusammenwohnen und Zusammenarbeiten vieler fleißigen Menschen. Eben der Umstand, der den Ertrag erhöht hat, verursacht nun aber Kosten zur Abwendung von Schädlichkeit und Gefahr, zur Erhöhung des Nutzens, und ich wollte mich weigern, von dem auf das Hundertfache gestiegenen Ertrage den zehnten Theil zur Bestreitung dieser Kosten wieder abzugeben! Ich wollte mich weigern, die Kosten zu tragen, die dadurch entstanden sind, daß die Gesammtheit mein Grundstück so werthvoll als möglich gemacht hat! Das ist doch fürwahr nicht anders,

[illegible]

[illegible] weiß nicht, ob er bleibt, ob seine Kinder von diesen Einrichtungen jemals Gebrauch machen werden; aber er weiß, daß die Aufwendungen, durch welche er sich daran betheiligt, ihm durch den erhöhten Preis seines Grundbesitzes erstattet werden, falls er zu einem Wechsel seines Aufenthaltes veranlaßt werden sollte. Alle Verbesserungen der Gemeindeeinrichtungen sind für den nichtansässigen Einwohner nur ein bedingter Gewinn; er weiß nicht, wie lange er sich derselben wird erfreuen können; für den Grundeigenthümer sind sie ein bleibender, in einer Geldsumme auszudrückender und zahlbarer Gewinn.

Erfüllte die Miethsteuer mithin keine Function, als die, die Zahlung der Gemeindekosten den Grundbesitzern aufzubürden, so würden wir ihr nach diesen Auseinandersetzungen bereits große Vorzüge einräumen müssen. Sie ist ein Mittel, um Steuerpflichtige zu treffen, die nach dem System der Einkommensteuer frei ausgehen würden. Dahin gehören zunächst alle juristischen Personen. Ihnen gegenüber ist der Begriff des Einkommens an sich schon schwer zu fassen, der Gefahr der Verflüchtigung im höchsten Grade ausgesetzt. Was ist das „Einkommen" einer Eisenbahngesellschaft, einer Bank, eines grundangesessenen Casino, einer Singakademie? Der Regel nach werden diese Gesellschaften von der Einkommensteuer nicht getroffen und doch ziehen auch sie ihre Vortheile aus dem Communalverband. Bei Einführung der Miethsteuer würde es sich auf das

leichteste und ungezwungenste machen, sie zu den Lasten des Gemeindelebens heranzuziehen. Hierher gehören aber auch Viele, die eine Stadt ausnutzen, ohne sie zu bewohnen. Ein reicher Kaufmann hat im Mittelpunkt der City einen ganzen Complex von Gebäuden zu Kaufgewölben, Packböden, Comtoirs und Arbeiterwohnungen eingerichtet, und sich selbst, um seine Mußestunden vor dem unruhigen Treiben des Geschäftslebens zu retten, eine Villa eben vor der Grenze des Weichbildes gebaut. Er gehört durch sein juristisches Domicil einer kleinen Landgemeinde an und trägt aus seinem ungeheuren Vermögen nur zu den geringfügigen Lasten derselben bei, während er nicht den geringsten Ersatz leistet für das städtische Pflaster, das seine Lastwagen abnutzen, für das Gas, das die Straßen vor seinen Schaufenstern erhellt, für die polizeilichen Wachen bei Tage und Nacht, die zu seinem Schutze dienen.

Umgekehrt befreit aber auch die Miethsteuer manchen, der ohne flagrante Ungerechtigkeit nicht nach dem Maßstabe der Einkommensteuer herangezogen werden könnte. Man denke sich, daß ein reicher Mann seinen Wohnsitz auf seinem Landgute aufgiebt, weil er von unerträglichen Leiden, die ihm jeden Lebensgenuß unmöglich machen, geplagt, in der Stadt die Behandlung eines bewährten Arztes, vielleicht den Aufenthalt in einer hervorragenden Heilanstalt nachsuchen muß. Für ihn ist die Welt auf das Krankenzimmer zusammengeschrumpft; der Gebrauch seines bedeutenden Vermögens ist ihm unmöglich geworden. Der Satz, daß das Einkommen den Maßstab für die Vortheile abgiebt, welche der Einzelne aus Staat und Gemeinde zieht, ist für ihn offenkundig falsch. Und dennoch soll er zu den hohen Gemeindelasten der Stadt herangezogen werden; er soll bezahlen, weil er bezahlen kann. Aber von diesem extremen Fall abgesehen giebt es auch Viele, die nur einen geringen Theil ihres Einkommens verzehren, und der bürgerlichen Gesellschaft nützlich werden, indem sie den Rest capitalisiren. In dem Maße als sie ihren Verbrauch einschränken, verzichten sie auch darauf, die gemeinnützigen städtischen Institutionen auszunutzen und stempeln die von ihnen erhobene Einkommensteuer zur Ungerechtigkeit. Es hat daher bereits vor zwanzig Jahren der englische Schriftsteller John Revans in allem Ernst den Versuch gemacht, anstatt des Einkommens die Ausgabe (domestic expenditure) zur Grundlage der Besteuerung zu machen.

Die Miethsteuer zieht nun aber nicht allein gerechter Weise den Grundbesitz zur Tragung der communalen Lasten heran, sondern zieht ihn auch in gerechter Vertheilung auf die Einzelnen heran, in dem Maße, daß wir unseren Gegnern einen Vorschlag zur Ausgleichung zu machen im Stande sind. Gesetzt, wir würden einmal durch bessere Beweisfüh-

wenigen gezwungen, einzugestehen, was wir jetzt auch auf das entschiedenste leugnen, daß im Princip die Einkommensteuer die beste sei, so bleibt dennoch der nie abzuleugnende Uebelstand übrig, daß die Einkommensteuer wie keine andere den Gefahren der Defraudation ausgesetzt ist. Wie nun, wenn man die von dem Einzelnen gezahlte Miethe als ein Mittel benutzt, den Betrag des muthmaßlichen Einkommens zu ermitteln! Das Verhältniß der Miethe, die jeder Einzelne bezahlt, oder im eigenen Hause verwohnt, steht in einem ziemlich constanten Verhältniß zu seinem gesammten häuslichen Budget, infolgedessen auch zu dem, was unsere Gegner die mittlere Einkommensfähigkeit nennen. Nun denn, wenn man durchaus bei der Einkommensteuer stehen bleiben will, so spreche man den Grundsatz aus, daß das Einkommen jedes Einzelnen nach der von ihm consumirten Miethe abgeschätzt und auf ein multiplum derselben, etwa das Siebenfache angenommen werden soll.

Wie gerecht die Miethsteuer die städtischen Lasten vertheilt, hat Faucher schlagend in folgender Ausführung dargelegt: „die Miethe ist der verhältnißmäßig genaueste Ausdruck des Interesses, welches jeder an den communalen Schöpfungen und Einrichtungen hat. Sie ist höher — bei gleichem Gelaß — für die geschäftliche Benutzung, nach Maßgabe, als die Natur des Geschäfts dasselbe mehr auf diese Schöpfungen und Einrichtungen anweist, z. B. höher für Pflaster, Erleuchtung, Polizeischutz bedingende Front, als für Tiefe, höher für den Mittelpunkt der Stadt, den diese Einrichtungen auf allen Seiten umgeben, als für den Saum, dem sie nur zur Hälfte zu Gute kommen. Dasselbe gilt für die Benutzung als Wohnung. Sie ist höher für den, der reicher leben, der mehr von der Sicherheit, der Bequemlichkeit, der Annehmlichkeit des städtischen Lebens haben will. Sie nimmt also in Anspruch, was der Haus- und Grundbesitzer, wenn die Leistung nicht so nach der städtischen Gegenleistung bemessen wird und Zahlungsfähigkeit frei bleibt, unfehlbar für sich in Anspruch nimmt." In den letzten Worten ist die Ansicht, die wir verfechten, auf ihren schärfsten Ausdruck gebracht.

Wir können sagen: die Miethsteuer muß erhoben werden, weil sie nicht unerhoben bleiben kann. Die Miethserhöhung, welche dem Grundstücke durch die communalen Anstalten, ja schon durch das Zusammenleben einer großen Anzahl verkehrtreibender Menschen beigelegt wird, wird nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage dem Grundeigenthümer bezahlt. Mag derselbe sein Grundstück verkaufen und einen höheren Kaufpreis, mag er es vermiethen und einen höheren Miethpreis ausbedingen, immer werden Käufer und Miether den geforderten Preis bezahlen, weil in der That das Grundstück den höheren Werth hat, weil dieser Werth

in dasselbe hineingearbeitet worden ist, zwar nicht durch die Thätigkeit seines Besitzers, aber doch durch das wirthschaftliche Zusammenwirken der sämmtlichen Gemeinde-Eingesessenen. Und für diese Thätigkeit soll nun der Miether doppelt bezahlen, einmal der Gemeinde, welche allerdings eine Entschädigung verdient, in der unpassenden und ungerechten Form einer Einkommensteuer, und sodann dem Grundbesitzer, welcher eine Entschädigung durch keine Gegenleistung verdient hat, in der Form einer höheren Miethe.

Es folgt hieraus, wie unbegründet die Besorgniß ist, durch Auferlegung einer Miethsteuer „dem kleinen Manne," wie man gern sich ausdrückt, die ohnehin schon unerschwingliche Miethe noch mehr zu vertheuern. Der Preis der Miethen wird, wie der aller anderen Dinge, durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Niemand zahlt für eine Wohnung mehr Miethe, als sie ihm werth ist, Niemand mehr, als er für dieselbe aufzuwenden im Vergleiche mit seinen anderen Bedürfnissen, mit seinem Einkommen, und mit der Aussicht, durch den Besitz dieser Wohnung Vortheile zu erwerben, geneigt und im Stande ist. Kommt der Nachfrage nicht das Angebot bis an die Grenze entlegen, so verläßt ein Theil der Wohnungsbedürftigen diese Gemeinde und richtet seine Nachfrage an eine andere Gemeinde, und das Angebot wird gezwungen, will es nicht auf die Verwendung dieses Bodens gänzlich verzichten, den Preis herunterzusetzen. Dieser Druck auf die Anbietenden würde so lange fortgesetzt werden können, bis sie den Boden zu landwirthschaftlichen Zwecken vortheilhafter als zu städtischen Wohnungen verwenden können. Daß die Miethen überall in rapidem Steigen begriffen sind, rührt nicht her von einer steigenden Aussaugung der Miether durch die Vermiether, sondern daher, daß die zahlungsfähige Nachfrage nach Wohnungen, die Geneigtheit, Wohnungen, in denen man Gelegenheit zu höherem Verdienst hat, theurer zu bezahlen, in fortdauerndem Steigen begriffen ist.

Die Nachfrage normirt den Preis der Wohnungen, und die Vermiether sind nicht im Stande, denselben nach ihrem Belieben zu steigern. Nach Einführung der Miethsteuer wird der Miether nicht gewillt sein, an Miethe und Miethsteuer zusammen mehr zu zahlen, als er zuvor an Miethe allein bezahlte. Es ist ziemlich unerheblich, ob man die Miethsteuer dem Vermiether oder dem Miether auferlegt. Wird sie dem Vermiether auferlegt, so ist dieser nicht im Stande, sie auf den Miether abzuwälzen. Wird sie dem Miether auferlegt, so wälzt dieser sie zweifellos auf den Vermiether ab. Das freie Spiel des Verkehrs bestimmt die Miethpreise und daß letztere in die Höhe gehen, ist eine Folge der steigenden Wohlhabenheit, nicht ein tyrannischer Zwang der Grundbesitzer.

Die Einführung der Miethsteuer erhöht die Miethen nicht, — denn eine staatliche Anordnung kann ja nimmermehr die Zahlungsfähigkeit der Miethsuchenden erhöhen — sie läßt dieselben unverändert, aber sie entbürdet die Miether von den übrigen Communalsteuern, die sie bisher ungerechter Weise bezahlt haben.

Ja wohl, ungerechter Weise. Und wenn wir die ganze Last der Communalsteuern auf die Schultern der Grundbesitzer legen, so begehen wir gegen Letztere kein Unrecht; wir nehmen ihnen nur, was sie bisher ungerechter Weise besessen haben. Bekannt ist, wie nach Ricardo's Grundrententheorie das, was die Natur unentgeltlich hergiebt, von einzelnen Monopolisten gewinnbringend ausgebeutet wird; bekannt ist, wie Proudhon hieraus mit voller logischer Consequenz den Schluß gezogen hat: Eigenthum ist Diebstahl; bekannt ist die glänzende Ehrenrettung, welche durch Carey und Bastiat dem Eigenthum und der bürgerlichen Gesellschaft zu Theil geworden ist. Aber einen wahren Kern hat jene trostlose Theorie dennoch. Zwar nicht die ewigen, unabänderlichen Gesetze des freien wirthschaftlichen Verkehrs, aber schlechte, abänderungsbedürftige Staatsgesetze können das Eigenthum zum Diebstahl machen. Die Kosten für Anstalten, durch welche dem Grundbesitz ohne Zuthun seines Besitzers ein hoher Werth zuwächst, auf die Schultern anderer als der Grundbesitzer legen, ist allerdings gelinde ausgedrückt eine communistische Einrichtung. Städtische Octrois, communale Einkommensteuern sind communistische Institutionen und der Kampf für die communale Miethsteuer ist der Kampf gegen den Communismus.

Einige — wohl selbstverständliche — Bemerkungen mögen hier noch einen Platz finden. Zunächst, daß die Steuern für Kirchen-, Armen- und Schulwesen ihre abgesonderte Behandlung erheischen, die ihnen hier nicht zu Theil werden kann, weil sonst der Anhang länger als der Kern des Aufsatzes werden würde. Sodann, daß sich für einzelne städtische Ausgaben das Verhältniß zwischen Leistung und Gegenleistung noch strenger ermitteln läßt, als durch eine Miethsteuer, z. B. indem man ein Brückengeld auferlegt. Endlich, daß der Einwand, die Miethsteuer drücke hart auf den, der, weil er zahlreiche Kinder hat, eine größere Wohnung braucht, in unseren Augen keinen Sinn hat, denn Jedermann ist verantwortlich dafür, wie viele Kinder er hat.

Und uns fehlt nicht die gewichtige Stimme der Erfahrung. Das System, für welches wir kämpfen, besteht in England. Alle Communalsteuern werden dort erhoben von dem sichtbaren, nutzbaren Realbesitz, the visible, profitable property in the parish, und mit Recht sagt Gneist: „Ein System aber, welches beinahe zwei Jahrhunderte hindurch ohne ge-

setzliche Declaration bestand, welches durch die Gerichtspraxis nach einem festen Princip gehandhabt und fortgebildet wurde, welches in friedensrichterlichen und Gemeindeversammlungen von Jahr zu Jahr neu geprüft und probat befunden wurde, ein solches System der Communalsteuern ist die größte Autorität, die dafür in irgend einem civilisirten Staate Europas gefunden werden kann." Der allgemein richtige Grundsatz, welcher ein festes Communalwesen begründet, ist gewiß das Princip der Besteuerung des sichtbaren Realbesitzes im Communalverband in der Person des nutzenden Inhabers. Negativ ist damit ausgesprochen, daß der Gemeinde- und Kreisverband kein Recht hat, Vermögen und Einkünfte, welche außer ihrem Gebiet besessen und erworben werden, heranzuziehen, daß also namentlich Einkommensteuern für Communalzwecke unstatthaft und nie versucht sind. Positiv ist aber damit ausgesprochen, daß ein gesundes Communalleben die Communallasten direct auf den Hausstand legt, in dem Umfang, in welchem er sich dauernd und äußerlich erkennbar im Gemeindeverband verkörpert. Durch dies Princip hat das englische Communalleben seine solide Basis erhalten und zugleich seine Biegsamkeit für alle Fortbildungen der Communalverfassung trotz des immer wechselnden Maßes der Bedürfnisse und der Besitzweisen.

Dr. A. Meyer.

Würtemberg und die Bundeskatastrophe.

Man irrt sehr, wenn man den Groll der Schwaben auf alles Preußische und Norddeutsche, wenn man ihren Wunsch diejenige Großmacht, welche sich nach süddeutscher Auffassung allein der friedlichen Einigung Deutschlands in den Weg stellt, vernichten zu helfen als gestern entsprungen und morgen vorübergehend betrachtet. Nicht erst durch Bismarck oder durch die Ereignisse der Jahre 1859 und 1848 sind solche Gefühle und Ueberzeugungen hervorgerufen, obschon wir sie seit zwanzig Jahren gleichsam historisch werden und an einzelnen bedeutenden Momenten der vaterländischen Geschichte sich steigern sahen. Eifersucht, Neid und Haß liegen vielmehr tief in dem Stammesunterschiede begründet, der, verhehlen wir es nicht, auf deutschem Boden noch reichlich so große Differenzen aufweist und wirksam fortbestehen läßt, als ehedem Franzosen und Provenzalen, Engländer und Schotten feindselig auseinander hielten.

In der südwestlichen Ecke des Vaterlands, zwischen Rhein und Donau, sind nun einmal die Menschen, namentlich die von alemannischem Schlage, von jeher eben so trotzig individuell geartet, als Haus und Familie sich bei ihnen gegenüber dem Wirthshause, der Straße und einem losen Vereinswesen verflüchtigt, und politisch der bis zum winzigsten Cantönligeist wuchernde Particularismus statt des Zusammenschlusses weit eher das Auseinanderbrechen fördert. Von zäher und zugleich heißblütiger Anlage hat die schwäbische Geistesart ihre großen Vorzüge; die Geschichte des Denkens und Dichtens insonderheit erkennt ihr die größten Ehren zu. Gedankenreich, voll Wissen und Können und oft von großer Charakterstärke gehoben, erscheint der gebildete Schwabe; und doch fehlt ihm in der Regel ein gewisses Etwas: Erziehung, Schliff, die ihm weder Haus noch Schule eingetragen, und damit auch jene höhere Disciplin, die, der Resignation verwandt, zur Erreichung großer nationaler Ziele unerläßlich ist. Wohl kommen die Leute genug hinaus und sehen sich mit hellen Augen in der Welt um; kehren sie aber wieder heim, so winken doch die alten Kneipen wieder heftiger als die regellos und unbehaglich gelassene Häuslichkeit, so bietet die bunte und ungenirte Vielseitigkeit des Verkehrs mehr Reize als die straffe Zucht und moralische Unterordnung, die man draußen wahrgenommen, so übersteigt das hergebrachte Wohlsein, das sich gegen jede Verfeinerung physischer und sittlicher Art abschließt, alle übrigen noch so entwickelten Existenzen in der Welt. Aus solchen Ursachen leiden die Schwaben an einem fabelhaften Dünkel, der, wie sehr auch auf norddeutsch vornehme Steifheit herabgesehen, wie weidlich auch auf preußisches Junkerthum, von dem die Zeitungen und Demagogen so Ungeheuerliches erzählen, geschimpft wird, wenigstens in seiner derben, bäuerischen Aeußerung alles Aehnliche hinter sich läßt. Ein eigenthümlich unästhetischer Zug endlich, der keineswegs dadurch widerlegt wird, daß Schwaben mit Vorliebe über ästhetische Dinge zu schreiben pflegen und sich im Leben doch so

häufig linkisch und unfein aufführen, hängt mit dem sehr auffallenden Mangel an Zartgefühl, mit einer gewissen Rohheit des Gemüths zusammen, mit der die alltäglichsten Dinge wie die ungewöhnlichsten Hergänge betrachtet zu werden pflegen, und die sich, wenn es andere Meinungen intolerant zu verfolgen gilt, im Wirthshausgeschwätz wie im Zeitungsstil, in der Volksrede wie in der diplomatischen Note ungekämmt und rüpelhaft Bahn bricht.

Diese angestammte geistige Licenz sperrt sich, wenn wir uns nicht sehr irren, von lange her ganz anders noch als dynastische Besorgniß oder provinzieller Eigensinn gegen jede engere Assimilation mit dem kalten, strammen, vielfach abstoßenden norddeutschen Wesen. In idealer Ueberschwänglichkeit für das ganze Deutschland trinken und singen, schwärmen und reden, aber die eigene Heimath für so unübertrefflich halten, daß sich die Gesammtheit vielmehr ihrem Willen fügen müsse, das ist durchaus schwäbischer Brauch, der neuerdings auch in dem Satze Methode gefunden zu haben glaubt, daß einzig und allein das föderative Band den Deutschen aus Nord und Süd, aus Ost und West zuträglich, daß die Einheit in der Vielheit begründet sei.

Geraume Zeit lieh die Landesverfassung und der um dieselbe mit der Krone geführte Kampf den Würtembergern im übrigen Deutschland einen sehr würdigen Nimbus, bis der Particularismus sich auch in diesen Bestrebungen vorzüglich im Widerstreit mit den allgemein deutschen Verfassungsagonien entpuppte. Seit dem Untergange des Metternichschen Systems und den Versuchen Preußens nach langer Lähmung sich der Abhängigkeit von Oesterreich zu entwinden und dem eigenen historischen Berufe gemäß sich und dem übrigen Deutschland zu wirksamen Institutionen zu verhelfen, hat, gestützt auf schwäbisches Capital und schwäbische Bildung, aber von dem trefflich gelegenen, den Süden überblickenden Centralpunkt zu Augsburg aus die Allgemeine Zeitung gewissermaßen die Aufgabe übernommen, der man sich in Wien nicht mehr mit vollen Kräften hingeben konnte, nämlich das sogenannte reine Deutschland und die traurige Bundesordnung durch meisterhafte Gaukeleien von Reform, deutscher Einheit, Cultur und Fortschritt im Interesse Oesterreichs festzuhalten. Weit mehr noch als der beklagenswerthe Besitz zahlreicher Wiener Geldpapiere wirkt seit langen Jahren die aufmerksame Lectüre dieses Blattes unter den allermeisten gebildeten Schwaben, so daß der Fremde nicht genug staunen kann, wenn er sieht, mit welcher Gläubigkeit gute Protestanten, loyale Männer dem dort zurecht gemachten Evangelium zuschwören, das in einem Athem dem Concordat und schrankenloser Aufklärung, der Verfassungslosigkeit des angebeteten Kaiserstaats und den luftigsten populären Staatstheorien huldigt. Man kennt die consequente Feindschaft, mit welcher dieses nach allen Seiten heuchelnde, die Lüge zu einem kunstvollen System abrundende Organ den einzigen echt deutschen Staat verfolgt, mag es sich nun um einen französischen Handelsvertrag oder um die deutsche Flotte unter preußischer Führung, um den Nationalverein mit preußischer Spitze oder um ein Berliner Bundesreformproject handeln. Preußische Renegatenfedern haben eifrig mitgeholfen den Blick unbefangener Leser namentlich

über die realen Machtverhältnisse zu trüben, und am Bunde jenen heillosen Zustand zu erhalten, der sich nicht gescheut hat durch Schwindelei und Fälschung das Elend und Unvermögen der sogenannten Präsidialmacht zu bedecken. Im Verlage des Freiherrn v. Cotta haben längst vorzugsweise preußenfeindliche Werke Zulaß gefunden, besonders wenn sie auf Friedrich den Großen oder auf die reactionären Regungen seit den Freiheitskriegen losschlugen, und bereitwillig recensiren die feilen Sudler der von ihrer früheren Bedeutung unendlich tief gesunkenen Augsburger Beilage Alles, was ihnen über Entwickelung deutscher Geschichte und Politik in den Wurf kommt, nur in preußenfeindlichem Sinne. Den wüthigsten Kritiker der Häusser und Sybel, den Vergötterer der Klopp, Vivenot, Vitzthum, den ehemaligen Pfarrer Faber, der sich erfrecht einen durch methodische Forschung und Kunst der Darstellung gleich gehaltvollen Zweig unserer Literatur schlechtweg als kleindeutsche oder, wie es neuerdings mehr Mode geworden, großpreußische Geschichtsmacherei zu bezeichnen, hat man denn auch wegen seiner Verdienste an die Redaction des Stuttgarter Staatsanzeigers berufen, wo er mit Fröbel, dem Wiener Hofdemokraten, um die Wette vor Kurzem noch Proben von Wissen, Patriotismus und Stil abgelegt hat, die den besten Beweis liefern, wohin es der dominirende Einfluß von Augsburg gebracht, und was eine Regierung wie die würtembergische einem hoch gebildeten, stark kritischen Publicum bieten darf. Damit nun aber Phrase und Unwahrheit nicht allein von oben her über die hohle Scheinexistenz kaiserlicher Sympathien und mittelstaatlicher Kraft den Leuten Sand in die Augen streuen, stößt — von dem haltlosen Philisterthum des Schwäbischen Mercurs ganz zu schweigen — das Organ der vorgeschrittenen Demokratie, der Stuttgarter Beobachter, dessen ehrlichem, derbem Gemüthe föderative Autonomie und Schweizer Volkswehr als die höchsten Ideale vorschweben, in ein Signalhorn, das der linken Flanke der von Augsburg her commandirten publicistischen Armee die Losung ausgiebt. Allen diesen Einwirkungen hat sich das Volk in seinen denkenden und gedankenlosen Schichten mit einer leidenschaftlichen Raserei hingegeben, so daß ihm im Kampfe für das erhabene Bundesrecht und bei der Vorspiegelung von der unerschöpflichen Wehrkraft des reinen, bundestreuen Deutschlands Graf Bismarck und die pommerschen Junker, wie sie täglich an die Wand gemalt wurden, wie die leibhaftigen Teufel und der preußische Staat mit seinem inneren Düppel und schrankenloser Herrschsucht als die Hölle selber erschienen. Die wenigen warnenden Stimmen, die sich muthig gegen solche Verblendung zu erheben wagten, wurden gleichzeitig von oben und unten mit höhnischem Jubel als Verräther am Vaterlande niedergeschmettert.

Man fragt staunend, wie hat es die Regierung, der doch die Quellen sicherer Information über die wahre Sachlage in Preußen wie in Oesterreich niemals gefehlt haben können, dahin kommen lassen. Als vor zwei Jahren König Karl I. seinem Vater succedirte, war viel von dem bestimmenden Einflusse seiner Gemahlin, der Tochter des Kaisers Nicolaus, die Rede, den Niemand mehr als der radicale Würtemberger selber bespöttelte. In der Politik wenig-

stens ist dieser Einfluß weit hinter aller Erwartung oder Befürchtung zurückgeblieben, und auch die neueste krampfhaft ergriffene Hoffnung, daß Königin Olga auf der Rückreise von St. Petersburg in Wien die Hülfe ihres kaiserlichen Bruders für das Schwabenreich angekündigt habe, hat sich bald als eine der vielen von Augsburg betriebenen Schwindeleien enthüllt. Kein Zweifel, der Stuttgarter Hof, an dessen Spitze gegenwärtig ein gutmüthiger, wohlwollender, aber schwacher und abhängiger Fürst steht, war und ist in allen seinen Gliedern gut österreichisch gesinnt. Diese Abhängigkeit trat doch sofort nach der Thronbesteigung mit der sehr übel berathenen Neubildung des Ministeriums zu Tage, für welches nicht nur Reformvereinler und großdeutsche Anhänger Oesterreichs, sondern geflissentlich solche Männer ausgewählt worden zu sein scheinen, die ohne den Schimmer eines uneigennützigen Patriotismus bisher schamloser als irgend anderswo ihrem persönlichen Vortheil fröhnen durften. Der Freiherr v. Varnbüler, die Seele des Cabinets, vereinigte mit dem auswärtigen Amt das Departement der Eisenbahnen, zugestandenermaßen um vor allen Dingen sein Gut durch einen Schienenstrang, die vielverhöhnte Milchstraße, mit der Hauptstadt zu verbinden. Nach altwürtembergischer Tradition, die stets von Cliquenherrschaft und Patronage zu berichten wußte, setzte sich eine Familie recht tief in die Wolle, das Haus Geßler, dessen fähigstes Mitglied, wegen seiner klassischen Grobheit der „Landvogt" genannt, das Ministerium des Innern für sich erkor, während er Verwandten und Günstlingen den einen oder andern fetten Bissen zuwarf. Als Dritter im Bunde wurde der Cultusminister Golther thätig, ein eitler, unwissender, mit philosophischen Redensarten spielender Phraseur, der ohne Respect für Kirche und Volkserziehung sich namentlich bei der Königin liebes Kind zu machen wußte, um rastlos mit allen möglichen neuen, aber meistens sehr unüberlegten Schöpfungen vorzugehen, unbekümmert, wie heftig er auch bei den bestehenden Autoritäten in Kirche und Schule anstoßen mochte. Ein geborener Edelmann, der Kriegsminister v. Wiederholt, wurde jüngst hinausgedrängt, wie die Einen sagen, wegen totaler Unfähigkeit das Heer auf den Kriegsfuß zu setzen, wie Andere versichern wollen, wegen einer gelinden Hinneigung zu Preußen. Die plebejische, landesübliche Färbung dieses Ministeriums verleugnete sich auch äußerlich nicht, denn mehrere seiner Mitglieder machten auf den unbefangenen Beschauer den Eindruck, daß schwerlich an einem anderen Hofe die Leitung der höchsten Interessen Subjecten übertragen sein könne, denen so wie diesen selbst die Formen der gesellschaftlichen Bildung abgehen. Ihren Standpunkt nahmen sie im Allgemeinen wie die meisten anderen Regierungen im Süden und durchaus im Einklange mit der Augsburger Allgemeinen zwischen den Sympathien der katholischen, Oesterreich ehrlich ergebenen Bevölkerung und der ungeschlachten Demokratie, zwischen Schwarz und Roth, also wenigstens in dieser Doppelbeziehung den unschönen Landesfarben getreu.

Für das, was kommen mußte und was nun so jäh, wie ein furchtbares, den ganzen politischen Horizont bestreichendes Wetter eingetreten ist, bleibt in Schwaben selbstverständlich der Chef der Administration verantwortlich, der

nach einigem Liebäugeln mit dem norddeutschen Großstaate — hieß es doch, Herr v. Varnbüler werde für den Anfall Hohenzollerns an Würtemberg gut preußisch werden — die schwarzgelbe Fahne eifriger aufhißte als irgend ein anderer der Bamberger Conföderirten, selbst den großen Beust nicht ausgenommen. Die Bewilligung der Militärexigenz, die er unter dem Scheine der bewaffneten Neutralität auf dem letzten Landtage zu Stande brachte, und welche factisch Würtemberg dem Kaiserstaate zur Verfügung stellte, bleibt einzig in ihrer Art. Sein Votum in der allerletzten Sitzung des Bundestags am 14. Juni erkannte geradezu den Gasteiner Vertrag an, wie das Wiener Cabinet, das ihn eben gebrochen, es vorschrieb. Mit unnachahmlicher Frivolität wies der Minister selber alle Bedenken zurück, die sich aus der arg zusammengeschrumpften Opposition der Stuttgarter Abgeordneten hervorwagten, und vorzüglich in Römer's Munde einen tapferen Ausdruck fanden. Das Vae victis Varnbüler's galt lediglich dem bereits dem Untergange geweihten Preußen und Bismarck's Bundesreformprojecten; der schmähliche Satz: „Lieber französisch als preußisch" kam ihm eben so von Herzen als den gewissenlosen Artikelschreibern, denen er sein officielles Organ, den Stuttgarter Staatsanzeiger, übertragen hatte. Der Mann lebte wie so viele seines Schlags des festen Glaubens, daß Krone und Volk in Preußen in unheilbarem Conflict mit einander sich nun und nimmer vertragen, daß unmöglich eine noch so kühne Politik im Norden schlagfertig auf dem Sprunge stehen werde, daß dagegen die ungeheuren Heerschaaren Habsburgs, welche die Allgemeine Zeitung auf eine Million veranschlagte, zu jeder Unternehmung gerüstet da stünden, um den Feind in seinem Herzen, in der preußischen Hauptstadt zu vernichten, und daß die bundestreuen Mittelstaaten unter dem Schirme dieser Macht, wenn Alles vorüber, das alte Schlaraffenleben ungestört würden weiterführen können. Und welche namenlose Enttäuschung ist seit dem 14. Juni über die infatuirten Staatsmänner wie über das bethörte Volk gekommen.

Als gleich nach jenem Tage an vielen Stellen nördlich und südlich vom Main der Ruf erscholl: Feuer! Feuer! Hülfe! Hülfe! da sollten nun auch die Schwaben zeigen, wie weit sie Soldaten und den Preußen gewachsen seien. Was über die hastige Concentration der unglücklichen Hannoveraner „in den südlichen Provinzen meines Reiches" berichtet wird, findet durchaus seine Parallele in dem tragikomischen, aber viel weniger bekannt gewordenen Auszuge, der am Sonntag dem 17. etwa 5000 Würtemberger Hals über Kopf nach Frankfurt beförderte. Da es an allen Zurüstungen zur Aufnahme von Pferden, Geschützen und Fuhrwerken in den Waggons gebrach, mit der Mannschaft aber niemals Uebungen im Verladen angestellt worden waren, so stockte, um nur diese geringfügige Truppe zu expediren, buchstäblich der Verkehr während drei Tagen auf sämmtlichen Landesbahnen. Die Bataillone und Schwadronen rückten ohne Munition aus, weil noch gar keine zur Stelle war. Ja, man sah die Leute noch wochenlang auf den Frankfurter Straßen bei glühender Sonnenhitze statt in Röcken in ihren dicken geschmacklosen Mänteln herumlaufen, weil

die neuen, vor zwei Jahren bei Hofe gezeichneten und eingeführten Uniformen noch immer nicht fertig geworden und die Gemeinen doch unmöglich in himmelblauer Tracht in's Feld ziehn konnten, während der Officier bereits den dunklen Rock und eine neue Kopfbedeckung trug. Mit der Bewaffnung, namentlich der Artillerie steht es kaum besser. Vier verschiedene Caliber, die ihre Munition nicht austauschen können, und für die beim Ausmarsche nicht einmal Kugeln mitgenommen wurden, machen diese Waffe fast unbrauchbar, da sich aus ihnen keine einheitlichen Batterien zusammensetzen lassen. Einige von Spandau gelieferte, gezogene Exerciergeschütze nach preußischem System konnten aus Essen nicht completirt werden, da man einst, als vor Jahr und Tag dort 45 Stück bestellt wurden, dem Herrn Krupp nach landesüblicher Weise bedeutet hatte, er brauche sich übrigens nicht allzu sehr zu beeilen. In Folge des preußischen Ausfuhrverbots wurden jene Gußstahlkanonen natürlich zurückbehalten und die Blätter hatten ihr Publicum zu trösten: „Würtemberg ist somit ohne gezogene Kanonen und wird daher im Feldzuge gegen Preußen mit ungezogenen Kanonen in's Feld ziehen; diese werden, wenn es gilt, auch ihre Schuldigkeit thun."

Wem wird es einfallen, die kriegerische Anlage irgend eines deutschen Stammes gegen die Tapferkeit der anderen herabsetzen zu wollen. Gut geschult und geführt wird ein jeder wider den Landesfeind dasselbe leisten können. Allein von lange her hat es den Schwaben nicht nur an jenen beiden wesentlichen Bedingungen gefehlt, sondern sie haben auch das Unglück gehabt, wiederholt für eine halb verlorene Sache einstehen zu müssen. Die Aushebung vermittelst des Looses, die kurze Präsenzzeit unter der Fahne in Verbindung mit dem Einstehenwesen hindern jede gleichmäßigere Vertheilung der Dienstlast, ohne der nöthigen Disciplin zu Gute zu kommen oder die Lust am Soldatenstande zu wecken. Auch muß man in würtembergischen Landstädten das Saufen, Singen und Toben der Fest- oder Freigelooften, der Recruten und der Wehrpflichtigen erlebt haben, um sich eine Vorstellung von einem Zustande zu machen, der völlig autoritätslos mit wahren Saturnalien den Uebertritt in die Dienstzeit geschehen läßt. Was dann ferner Zucht und Heranbildung des gemeinen Mannes betrifft in Haltung und Exercitium, in körperlicher Anstrengung und Abhärtung und besonders in größeren Uebungen, so wird mit Ausnahme einiger Truppentheile wie etwa der drei Jägerbataillone nichts Nennenswerthes geleistet. Unter der so schleunig dem 8. Bundesarmeecorps zur Verfügung gestellten Felddivision hatten die allerwenigsten Leute jemals ein Bivouac bezogen oder eine Feldwache ausgestellt. Das ungelenke, nur nach dem Bierhause besonders hurtige Wesen des schwäbischen Soldaten sticht selbst gegen Darmstädter und Badener höchst ungünstig ab. Wie trefflich auch die Pferde der Reiterei und Artillerie, zu raschen Bewegungen im Felde fehlt den Mannschaften auch dieser Waffe die durchaus erforderliche Abrichtung, die sie sich überhaupt schwer gefallen lassen und zu der andererseits des Officiercorps nicht die hinreichenden Kräfte bietet. Es giebt unter den Truppen des Königs von Würtemberg zwar eine kleine

theoretisch und praktisch gebildete und strebsame Schaar von Officieren, die jeder anderen Armee Ehre machen würde; jedoch die Mehrzahl der Berufsofficiere ist selber gesellschaftlich und militärisch viel zu roh und ohne fachmäßige Ausbildung, um ein tüchtiges Lehrpersonal für Unterofficiere und Gemeine abgeben zu können. Und dazu werden nun bei einer Mobilmachung wie gegenwärtig die nur zur Hälfte besetzten unerläßlichen Stellen mit unbegreiflicher Leichtfertigkeit aus allen möglichen disparaten Elementen, einzelnen jungen Aristokraten, Studenten, Polytechnikern, Kaufleuten u. s. w. ausgefüllt, die, nachdem sie selber kaum einige Wochen gedrillt worden oder Posten gestanden, den Front- und Felddienst als Officiere thun sollen. Wie kann da ein einheitlicher Geist, ein edles, ehrenhaftes Standesbewußtsein entstehn oder fortgepflanzt werden, wo so verschiedene fähige und unfähige Elemente bunt durch einander geschachtelt sind. Dem ganzen System, das die verschiedenen Altersklassen der sogenannten, aber nur zum kleinen Theile während eines halben Jahrs einexercirten Landwehr allein zum Ausfüllen der stehenden Bataillonscadres verwendet, fehlt in Schule und Führung der einheitliche Guß, den sich unter ähnlichen Bedingungen doch auch mittelstaatliche Heere aneignen können, wie die Beispiele von Hannover, Mecklenburg oder Braunschweig zeigen. Keine andere deutsche Armee erinnert noch so sehr an die schöppenstädter Bürgergarde wie die würtembergische. Daß die an den Main geschickten Regimenter auf Vorposten nördlich von Frankfurt stark an Durst und Unannehmlichkeit jeder Art leiden, daß einzelne nachgesandte Mannschaften in den Thälern des Taunus und des Vogelsbergs, wie sie nach Hause schreiben, Tage lang ihre respectiven Truppen nicht auffinden können, daß es in allen Stücken, im Train, in der Feldpost, im Sanitätswesen fehlt, wird Niemanden verwundern, der diese Soldaten ausrücken sah oder sich in Frankfurt von der Hirnlosigkeit überzeugt hat, die trotz des Kriegsruhms des Prinzen Alexander von Hessen in seinem Hauptquartier weiter herrscht. Es wäre nur auffallend, wenn einer solchen Armee bei einem feindlichen Zusammenstoße mit den Preußen ein besseres Loos beschieden wäre als ihren Vorfahren, den Genossen der e(i)lenden Reichsarmee bei Roßbach.

Will man nun auch mit christlicher Milde annehmen, daß selbst ein Minister wie der Herr v. Varnbüler in gutem Glauben an die gerechte Sache handelte, für die er Würtemberg gleich den anderen Mittel- und Kleinstaaten der Bamberg-Würzburger Coalition beitreten ließ, daß er ein ehrliches Vertrauen in ihre militärischen Streitmittel setzte, und daß er sogar ohne Selbsttäuschung sich fest auf die in der verbündeten Presse so enorm hoch dargestellten Heere des durchaus zuverlässigen Oesterreichs verließ, so steht doch jedem der Verstand still, der die Mittel und Maßregeln beobachtet hat, mit denen diese Regierung das Publicum zu berücken fortfuhr, nachdem Preußen in West und Ost, auf der ganzen Linie rasch und sicher wie nach der Schnur vorgehend, bitteren Ernst zu machen begann. Der Minister Geßler ließ den Redacteur der Schwäbischen Volkszeitung zu sich kommen, welche schüchtern, aber beharrlich im Sinne des Nationalvereins, trotz aller Abneigung gegen die Bismarck'sche Politik, Preußen

das Wort geredet, und verbat sich derb und kategorisch, da nunmehr der Krieg ausgebrochen, jede weitere Aeußerung solcher Tendenzen. Dem guten Freunde vom Beobachter, dem officiösen Leibblatt radicaler Farbe, bedeutete derselbe Staatsmann zutraulich, er möge doch ja von den großen Mängeln schweigen, die beim Ausmarsche der Truppen jedem Laien, der von fern zuschauen durfte, in die Augen gesprungen. Beide Literaten haben dann, ein jeder in seiner Weise, zwar diese Behandlung in dem constitutionellen, sich einer großen Preßlicenz erfreuenden Würtemberg als höchst befremdlich dargestellt, sich aber dennoch in den ihnen angethanen Zwang finden müssen. Dagegen wurden alle Nachrichten von den ersten Begegnungen zwischen Oesterreichern und Preußen in den von der Regierung abhängigen Blättern und ihren vielen kleinen Nachbetern mit unendlichem Behagen als eben so viele Siege der ersteren ausgeschrieen. Das Gerücht, daß bei Rumburg zehn preußische Cavallerieregimenter von fünf österreichischen total geschlagen und vernichtet worden, ist wahrscheinlich in einem öffentlichen Local in Stuttgart ausgeheckt worden, das seine Verbindungen mit Ministerhotels unterhält. Aus derselben Quelle stammte die unvergleichliche Ente, daß bei Skalitz General Moltke und „viele Junker" gefallen seien. Herr v. Varnbüler selber telegraphirte am 29. Juni der Augsburger Allgemeinen, daß er eine officielle Depesche erhalten, nach welcher die Hannoveraner das zusammengeraffte Corps der Preußen und Gothaer bei Langensalza ganz vernichtet hätten, und daß sie nun unbehindert an den Main zögen. Ganz Süddeutschland schwelgte in Entzücken über diese wahrheitsgetreue Kunde wie über die berüchtigten Pardubitzer Telegramme, die vom 26. bis 29. Juni einen strahlenden Sieg Oesterreichs nach dem anderen aus Böhmen meldeten, — den Truppen um Frankfurt wurden solche Nachrichten beim Appell mitgetheilt, um der Reichsarmee den nöthigen Muth zu erwecken — bis es sich herausstellte, daß bei Langensalza der Christ, Monarch und Welf capituliren mußte, und die preußischen Armeen bei Nachod, Skalitz und Münchengrätz eine ganze Kette von Erfolgen errungen hatten, um im Kanonendonner von Gitschin ihre Achtung gebietende Verbindung herzustellen. Noch log der Stuttgarter Staatsanzeiger weiter, dem selbst neben den Lügenschmieden in Frankfurt am Main der Preis zuerkannt werden muß, als die Allgemeine Zeitung trotz ihrer Leitartikel und widersprechenden, den Kaiserstaat glorificirenden Correspondenzen schon den Durchbruch wahrheitsgetreuerer telegraphischer Mittheilungen nicht mehr ganz verhüten konnte und, wie es heißt, auf ausdrücklichen Befehl des Königs, der aus dem Hauptquartier Benedek's ein Telegramm über den Tag bei Gitschin erhalten, ein Extrablatt des Staatsanzeigers diese niederschmetternde Nachricht aufnehmen mußte. Ein herrliches Zeichen ihrer Abhängigkeit vom Ministerium des Innern und von dem auf die öffentliche Meinung drückenden Terrorismus war es, als sämmtliche andere Blätter noch am folgenden Tage jenes Telegramm unterdrückten. Mittlerweile griffen sie, wie das Publicum der Caffees, der Kneipen und der Straße, bereitwillig zu einer anderen Taktik als der bisherigen, um die etwas in Wanken gerathende Ueberzeugung neu zu stützen. Waren die

Preußen bisher als numerisch und militärisch verächtlich, als schlecht geführt verschrieen worden, so siegten sie nunmehr lediglich wegen ihrer Ueberzahl; allein der Benedek werde sie tiefer hinein nach Böhmen, und damit in das sichere Verderben locken. Der republicanische Beobachter äußerte nun gar wegen der schmählichen Mißhandlung, die zwei gekrönten Häuptern widerfahren, seine Hochachtung für Georg V. von Hannover und den charaktervollen Kurfürsten von Hessen, der nun zum Bedauern dieses neuen Lobredners leider nicht mehr die Gelegenheit gehabt, dem „Hofrath Max Duncker, Tübinger Angedenkens," als er ihm im Namen des Königs von Preußen habe Vorschriften machen wollen, einen seiner historischen Fußtritte zu versetzen.

Wir schwiegen gern von dem Eifer, mit dem auch der Klerus beider Confessionen diese Agitation der Verblendung und der Lüge unterstützt hat; allein die Theilnahme der Geistlichkeit ist zu charakteristisch gerade für das Land Würtemberg, dessen Bevölkerung mit starrer Consequenz bemüht ist, jede entgegenstehende Meinung zu ersticken. Von protestantischen Kanzeln kann man des Sonntags die böse, raubgierige und rechtslose Politik des Nordens verfluchen, ihre Urheber und Werkzeuge mit den schärfsten Namen bezeichnen hören. In der Hauptstadt hat derselbe Garnisonsprediger Müller, der vor einem Jahre nach Berlin an die Petrikirche berufen werden sollte, in richtiger Selbsterkenntniß aber glücklicherweise ablehnte, den Unfug so arg getrieben, daß billig denkende Männer und Frauen sich weigerten, fernerhin seine Predigt zu besuchen. Daß die katholische Geistlichkeit hier wie überall zugleich mit Oesterreich auch den Papst bedroht sieht, ist selbstverständlich; aber daß sie das heilige römische Reich nicht nur in sanguinischer Hoffnung wieder aufleben, sondern thatsächlich fortleben läßt, war uns neu, bis ein guter Freund neulich auf einer Bahnstation des Oberlandes den Vortrag eines hochwürdigen Herrn behorchte, der einigen andächtig beim Glase lauschenden Bauern vermuthlich nach den Lehrbüchern und Heften correcter Historiker auseinandersetzte, wie der gegenwärtige Krieg nicht um Schleswig-Holstein, noch um die Bundesreform, sondern lediglich wegen der Herrschsucht Frankreichs geführt werde, das seit dem dreizehnten und den folgenden Jahrhunderten nur die Gewalt über Deutschland erstrebe und durch den Bonaparte bereits dem Kaiser seine Krone abgejagt zu haben meine. Allein weder der erste noch der dritte Napoleon habe die wahre Krone bekommen können, die befinde sich bis auf diesen Tag in Wien und werde durch vollständige Besiegung der Franzosen und ihrer gehorsamen Knechte, der Preußen, demnächst wieder zu den alten unbestrittenen Ehren gelangen. Treuherziger, volksthümlicher kann dem gemeinen Manne kaum weisgemacht werden, daß trotz Revolution und Bundestag, trotz 1806, 1819 und 1848 der alte kaiserliche Zustand und das Vasallenthum der übrigen deutschen Fürstenhäuser unverändert fortwaltet, eine unvergleichliche Theorie, die, leider viel weniger harmlos, die Herren Varnbüler, Edelsheim, Dalwigk und Consorten in die nüchterne Wirklichkeit zu übertragen bemüht sind.

Man sollte denken, daß auf die Nachricht von dem schmetternden Schlage,

der Oesterreich am 3. Juli in der Schlacht bei Königgrätz betroffen, alle gutgemeinten und böswilligen Illusionen wie der Nebel vor der Sonne hätten zerstäuben müssen. Auch war die erste Wirkung, als die Wahrheit von allen Seiten wie die Preußen auf die Armee Benedek's siegreich eindrang, nur einem völlig betäubenden Donnerschlage zu vergleichen. Ein Gerücht überstürzte das andere; je schauderhafter es lautete, desto glaubwürdiger erschien es. Daß die eben noch vergötterten kaiserlichen Feldherren schwärzesten Verrath geübt, stand fest. Die Bayern, so hieß es, seien bereit mit Sack und Pack zu den Preußen überzugehen; bei Bruchsal weigere sich die badische Bahn noch weitere würtembergische Verstärkungen dem Bundesheere zuzuführen. An allen Wirthstischen brach der verhaltene Groll gegen den Nachbar zur Rechten los, der die tapferen Hannoveraner so schnöde in Stich gelassen und noch immer keine Fühlung mit den Oesterreichern in Böhmen und dem achten Bundescorps in Hessen-Darmstadt herstelle. Man würde mit Schrecken unmittelbare Einverleibung in Bayern befürchten, wenn nicht die dortigen Ultramontanen sehr gerechtes Bedenken trügen, mit dem protestantischen Kern von Süddeutschland einen sehr unverdaulichen Brocken verschlucken zu müssen. Andererseits schielte man aber auch selber lüstern nach Baden hinüber, das in seiner unglückseligen, zwieträchtigen Lage so leicht einen Fehltritt machen, und im äußersten Nothfalle bei gewissen Eventualitäten das angenehme Object zur Entschädigung abgeben konnte. Immerhin jedoch überstieg die Verzweiflung im ersten Augenblicke alle Begriffe. Die Schwaben, bisher die kriegswüthigsten und dünkelhaftesten im ganzen Umkreise der großdeutschen Opposition, waren mit einem Mal so kleinlaut geworden, daß sie ihre Landeskinder gern bei Zeiten abgerufen hätten, damit sie nur ja nicht den Zündnadeln begegneten. Allmählich aber fehlte es nicht an Trost und Ermunterung aus denselben trüben Sphären, die in diesem Theile Deutschlands so eigenthümlich leicht die Menschheit behindern, die Dinge zu erblicken, wie sie sind, und nicht, wie sie die Idee zurecht macht.

Zuerst kam der hochherzig patriotische Beschluß des Bundesrumpfes, daß das achte Armeecorps als gemeinsames Feldzeichen die schwarz-roth-goldene Binde anzulegen habe; und da die Vertheidiger des Vaterlands und des Bundesrechts diese Zierde am Liebsten aus den Händen zarter Frauen und Jungfrauen empfangen würden, so schneiderten diese in tausend Häusern mit pochendem Herzen und tranken die Männer draußen manchen Schoppen mehr auf die ehrwürdigen, so oft mißhandelten, so durchweg unglücklichen Farben, die in keinem anderen Theile Deutschlands nicht nur den Burschenschaftern, Sängern und Turnern, sondern fast der gesammten Bevölkerung so sehr an das Herz gewachsen sind, als in Würtemberg. Alsdann verlautete von der Heldenthat, welche Graf Leutrum im Auftrage des Bundes an der Spitze eines Bataillons schwäbischer Truppen durch die Occupation Hohenzollerns vollbrachte. Da war doch ein Pfand gewonnen gegen die weiteren Anmaßungen Preußens, die sicher zu erwarten standen. Wehe denen, die auf die Gefahr hinwiesen, daß dasselbe Preußen gar leicht in der Lage sein werde, für die verwegene That harte Sühne

und Buße zu fordern. Daß in Hohenzollern die ganze Bevölkerung von den Beamten herab bis zu den Vögten und Nachtwächtern mit unverhoffter Anhänglichkeit an ihren Landesherrn, indem sie instinctiv dem Zusammenhange mit einem wirklichen Staate den Vorzug gaben vor dem Bundes-Kukuksheim, dem Bundescommissar jeden Gehorsam und Dienst verweigert und ihn bis heute zu vollständiger Rathlosigkeit verurtheilt, daß Graf Leutrum in wahrer Verzweiflung die preußischen Beamten gezwungen hat, innerhalb vier und zwanzig Stunden das Land zu verlassen, das getraut sich freilich nur das unter der Occupation stehende Wochenblatt von Hechingen, aber keine würtembergische Zeitung zu drucken, damit die Leser, wenn auch nur für wenige Tage, sich trunken eines so strahlenden Erfolgs erfreuen könnten.

Eine schwere Prüfung freilich folgte allen den gewaltigen und winzigen Erlebnissen, der Verzweiflung und der Ermannung sofort auf dem Fuße: die Nachricht von der Abtretung Venetiens an Frankreich, von der befürchteten Intervention des Auslandes, um welche das biedere, deutsche, bundestreue Oesterreich allen anderen voraus den Kaiser Napoleon als Schiedsrichter Europas im Streite der Deutschen anrief. Mußten da nicht endlich die Schwaben, die so lange schon den Grafen Bismarck sich mit Leib und Seele an Louis Napoleon verschreiben und diesem, was er links und rechts vom Rhein haben wollte, feil bieten ließen, an der alten Schutzmacht irre werden, die seit einem halben Jahre eine Reihe nicht mehr gut zu machender Mißgriffe begangen, so eben einen trostlosen Zusammensturz im Felde erlitten hatte, und nun sogar Verrath an dem sogenannten Reiche und an den treuesten ihrer Bundesgenossen zu üben wagte? Die härtesten Urtheile wurden laut, die Herzen, die aufrichtig für Deutschland und für das Volk schlugen, wurden auf das Wildeste bewegt. Alte Freunde brachen feierlich und einzelne selbst unter Grobheit und Thätlichkeiten mit einander. Hier und da kühlte der gehetzte Pöbel sein Müthchen durch Abprügelung eines Preußen oder Preußenfreundes, durch einige zerbrochene Fensterscheiben oder einen Crawall mit Polizei und Militär. Alles in Allem waren dies Symptome, daß ein Umschwung in der Stimmung eingetreten war, ein Abfall von der schwarzgelben und schwarzrothgoldenen Fahne begonnen hatte, dem, wenn irgend noch möglich, durch einige drastische Mittel vorgebeugt werden mußte. Schon hatte nach mehrtägigem Schweigen der Stuttgarter Staatsanzeiger sein schamloses Maul wieder aufgerissen und wandte sich um die Wette mit den demokratischen und kaiserlichen Collegen in Frankfurt in kriechenden Hülferufen an den Kaiser Napoleon, der niemals dulden werde, daß die Bundesstadt und die Selbständigkeit derer, die von seines Oheims Gnaden existiren, dem schrecklichen Feinde zur Beute fallen. Jetzt war ja der Moment eingetreten, dem einst naseweis und voreilig der Minister vorgegriffen, als er die Parole gab: „lieber französisch als preußisch." Wie, wenn es gelänge, durch dasselbe Zauberwort bei Land und Leuten das sinkende Vertrauen neu zu beleben, und das System nebst seinen Organen unter dem Protector des restituirten Rheinbundes zu retten. So mußte denn abermals frisch drauf losgelogen, von der Sammlung

der geschlagenen Nordarmee, dem Anmarsche des Südheers auf Olmütz, von französischer bewaffneter Mediation, von bayrischen Siegen über die Preußen und trotz der hellen Verwirrung und gegenseitigen Incrimination, über die mündlich aus der Eschenheimer Gasse und dem hirnlos verzweifelnden Hauptquartier in Frankfurt berichtet wurde, von der siegesfrohen Haltung des achten Armeecorps gefabelt werden. Allein der Glaube an solche Nachrichten wich bereits überall aus den Fugen.

Allmählich war der Schwabe denn doch dahin gekommen, wo der Bauer in zweifelhaften Fällen zu beharren pflegt, nämlich für's Erste keinem von beiden Theilen zu trauen. Hatte man noch vor Kurzem mit dem unglücklichen Schwärmer Cohen-Blind in Bild und Versen einen fast abgöttischen Cultus getrieben, so war derselbe nun völlig verstummt. Viel Mißmuth und Tadel rief andererseits ein junger Mann besserer Herkunft hervor, der auf und davongegangen, und gleichsam zur Sühne für das von Würtemberg aus versuchte Attentat sich in Berlin als Freiwilliger dem Herrn v. Roon zur Verfügung gestellt hatte. Zwischen zwei Extremen gleichsam taumelten jetzt Land und Volk weiter, ohne sich die Gewalt der Thatsachen klar machen, ohne einen Entschluß fassen zu können oder gar vor den Thron hinzutreten mit dem festen Willen, daß er ausgeführt werde. Zu dem würdigsten Ausgange, nämlich daß König und Land gemeinsam den unheilvollen Räthen, die aus Ehrgeiz und frivolster Selbstüberhebung am schuldigsten und verfassungsmäßig verantwortlich sind, den Laufpaß geben, ist es noch immer nicht gekommen; vielleicht wird man auch dies den Preußen überlassen, denn ein Bismarck kann nicht mit einem Varnbüler verhandeln, so wenigstens lautet doch endlich das Urtheil auch hier zu Lande.

Allerdings ermannten sich Einsicht und Vaterlandsliebe in der Folge der von Frankreich zu befürchtenden Einmischung, und in der Hauptstadt wenigstens kam es zu einer Demonstration, die noch in der eilften Stunde auf einen Vergleich mit Preußen hinwirken sollte, allein den Radicalen gelang es noch einmal zur Freude der Minister dem Hauptantrage die Spitze abzubrechen. Der energielosen Haltung des Hofs endlich fällt es zur Last, daß, während die Preußen auf Wien, die Italiener auf Venedig rücken, während Napoleon mit verschränkten Armen dreinschaut, und der geschickte Anmarsch des Generals v. Falckenstein über Kissingen auf Darmstadt das bayrische Heer von der Reichsarmee getrennt hat, die gepriesene Treue zum Recht und die schwindelhafte Begeisterung für Oesterreich auch das Königreich Würtemberg nicht nur mit jäher Einbuße bedrohen, sondern daß seine Staatsmänner in erster Reihe der herbe Tadel des Landesverraths trifft, wie ihn jüngst der Herr v. Roggenbach rücksichtslos, aber aus eigenster Erfahrung ausgesprochen hat. Schon ist die militärische Stellung bei Frankfurt nach possenhaften Kreuz- und Querzügen verloren, der Bundesrumpf nebst den Fürsten von Nassau und von Hessen-Darmstadt ausgerissen, schon transigirt Bayern, nachdem es nur Schande aus dem Felde heimgebracht, ohne sich viel um die bisherigen Reichsgenossen zu kümmern, und in Baden gilt es einen edlen Fürsten aus der ihm von der

Coalition unter Androhung von Gewalt aufgenöthigten selbstmörderischen Politik zu retten — das Schwabenland allein treibt noch steuerlos in dem Sturme, in den es die eigenen Lootsen hineingeführt. Es hieß, doch sehr unglaublich, der König verlange als Kriegsherr eine Waffenprobe von seinem Volke, auch fehlte es nicht an solchen, die ihren Landsleuten eine tüchtige Rauferei mit den Preußen gönnten. Sollte wirklich, wie in der Schule, der ungezogene Bube erst durch Ruthenstreiche zur Ordnung gebracht werden müssen, sehnte man sich wirklich nach dem strengen Zuchtmeister, statt ihn bei Zeiten zu versöhnen? In der Stunde, wo am Main wie an der Donau um Waffenstillstand, vielleicht schon um Friedenspräliminarien verhandelt wird, wo die Bundesgesandten bei den drei Mohren in Augsburg auf den Garaus anstoßen, vermag Würtemberg sich nicht dem selbstgeschaffenen Verhängniß zu entwinden. Ein völliger Wechsel des Systems nach Innen wie nach Außen ist unerläßlich geworden; aber die Zeit verrinnt, und wo ist der Mann, der ihn auf sich nimmt?

Auch wenn noch einmal vor den Thoren Wiens die Würfel des Kriegs, wenn sie, was der Himmel verhüte, gegen Preußen fallen sollten, weder Oesterreichs Hegemonie noch der Rheinbund werden die bisherige Form der Kleinstaaterei fortbestehen lassen.

Wildbad, im Juli.

Die Lage in den norddeutschen Mittelstaaten.

Das Ende aller Dinge ist mit überraschender Schnelligkeit über die Höfe von Hannover, Kurhessen und Sachsen hereingebrochen. Wir stellen im Folgenden die Berichte einiger sachkundigen Beobachter zusammen, welche einen Einblick gewähren in die Ursachen der plötzlichen Katastrophe. Es wird den Lesern nicht entgehen, wie vollständig unsere Berichterstatter übereinstimmen in der Einsicht, daß die Rückkehr der vertriebenen Höfe verderblich, wo nicht unmöglich sein würde. Wir lassen diese patriotischen Stimmen ohne Zwischenrede sprechen und bemerken nur dem kurhessischen Herrn Correspondenten, daß sein Vorschlag einer Personalunion sich schwerlich durchführen läßt. Einverleibung der drei Länder in den preußischen Staat mit sorgfältiger Schonung der provinziellen Einrichtungen und möglichst weiter Competenz der Provinzialtage — dies scheint uns der für das große Vaterland wie für die drei Landschaften segensreichste Ausgang der gegenwärtigen Verwirrung. Und findet die Nation den Muth, das Werk der preußischen Waffen fortzuführen, so hoffen wir diesen Ausgang zu erleben.

1.

Hannover, 16. Juli.

So lange König Ernst August lebte, erinnerten immer wiederholte Operationen seinen Sohn daran, daß er das Unglück habe einen Sinn weniger zu besitzen als die übrige Menschheit. Vielleicht in Folge dieser grausamen Proceduren ist es König Georg's des Fünften oberstes Bestreben gewesen, sich und Andere über den verhängnißvollen Mangel zu täuschen. Zahllose Anekdoten laufen im Lande um, welche beweisen, mit welcher nie versagenden Consequenz, mit welchem Fanatismus möchte man fast sagen, diese Sorge ihn seit seiner Thronbesteigung beherrscht hat. Der entfernteste Verstoß gegen die Annahme, daß der König sehen könne, zog dem Schuldigen schwere Ungnade zu. Die Umgebungen gewöhnten sich, den nicht anerkannten Fehler der Natur nach Möglichkeit zu vergessen. Der König selbst, auf den diese jahrelang fortgesetzte Wirkung seines Willens bald merklich zurückwirkte, schrieb seinen Fingerspitzen, seinen sämmtlichen gesunden Sinnen eine übernatürliche Feinheit und Kraft zu, welche das fehlende Sehvermögen mehr als ersetze, so daß er am Ende dahin kam, sich nicht in einer schlimmeren und bedürftigeren, sondern in einer bevorzugten Lage gegen alle andere Creatur zu erblicken. Sein Unglück selbst wurde so die Quelle eines Hochmuths und einer Selbstsucht, welche Alles auf das eigene Ich zurückbezogen, von keinen Pflichten, nur von Rechten wußten, keinen Willen um sich herum laut werden ließen, als der dem eigenen unfehlbaren Willen bequem sich anschmiegte. In dieser Art, aber auch in dieser Art allein ist des Königs Blindheit die Ursache seines Sturzes geworden und mitleidswürdig wie ein tragisches Geschick. In der Art wie manche schwache und beschränkte Seelen ihn von jeher, auf seiner früheren Höhe wie in seiner gegenwärtigen Erniedrigung, mit wässerigem Mitleid aufgesucht haben, war es so übel als möglich angebracht, denn er fühlte sich nicht natürlich ärmer als sie, sondern natürlich reicher. Vor einigen Jahren reiste er durch Ostfriesland nach seinem gewöhnlichen Sommeraufenthalt, dem Seebad Norderney. Die Stadt Norden, die letzte vor der Ueberfahrt, mußte von dem königlichen Durchzuge wohl zu spät unterrichtet worden sein, denn sogar für einen preußischgesinnten ostfriesischen Ort waren die Empfangsanstalten zu dürftig und die Menge nicht einmal für den gemeinen Beweggrund der Neugier zahlreich genug. Der Erblandmarschall Graf Münster, der sich auf einem Gute in der Nähe aufhielt, sich dem königlichen Zuge anschließen wollte und ein wenig später als dieser durch die Straßen fuhr, bemerkte mit Ueberraschung, wie wenig die Bevölkerung von dem ganzen Ereigniß Notiz genommen hatte. Auf das Fahrschiff gelangt, mußte er indessen gleichwohl hören, wie der König neben den übrigen Städten Ostfrieslands, der „Perle des Reiches," auch seine gute Stadt Norden pries, den Glanz der Ehrenpforten, den Jubel des dichtgedrängten Volkes. Da die umstehenden Höflinge in der Frechheit ihrer Augendienerei das alles nur noch übertreibend bestätigten und bestärkten, so ließ Graf Münster, der große Edelmann, sich

endlich hinreißen zu widersprechen, und erklärte, der König müßte falsch berichtet sein, die Anstalten in Norden wären kläglich gewesen. „Graf Münster," war die zornige Erwiderung, „ich habe Sie bisher für einen verständigen Menschen gehalten; aber jetzt merke ich wohl, Sie können nicht sehen, Sie sind blind!"

Eine wesentlich persönliche Regierung, die auf so hohlem Grunde stand, mußte bei dem ersten starken Stoß zusammenbrechen. Wir haben den Fall erlebt; aber er hat die Meisten mit ungeheurem Staunen, ja Entsetzen erfaßt, weil Wenige die ganze Bodenlosigkeit des scheinbar sicheren und stolzen Gebäudes kannten, die Einen nicht wegen zu großer Entfernung, die Anderen nicht wegen zu großer Nähe. Erst seitdem es in seinen Trümmern da liegt, überzeugen sich Alle, daß und weswegen es keiner ernstlichen Prüfung gewachsen war.

Furcht vor dem preußischen Ehrgeiz, Haß gegen den mit diesem gefährlichen Nachbar verschworenen Nationalverein, den er mehr bezeichnend als geschmackvoll den „Schlucker-Verein" nannte, waren seit 1859 in Georg's des Fünften Seele die herrschenden Leidenschaften. Es kostete daher klugen, wenn auch gleichgesinnten Rathgebern immer schon Mühe, die Bundespolitik Hannovers von herausfordernden Verletzungen rein zu halten. Als der gegenwärtige Krieg sich allmählich, aber früh mit unverkennbarer Gewißheit ankündigte, gerieth der König in ruhelose Aufregung. Die Furcht, welche Neutralität anempfahl, kämpfte heftig mit dem Hasse, der zum Kriege an Oesterreichs Seite drängte. Ein Rathgeber nach dem andern wurde vernommen; aber wer, wie der schlaue Staatsrath Zimmermann, zu einem sicherstellenden Abkommen mit Preußen rieth, mußte auf Ausbrüche heißen Grimms gefaßt sein. Frühmorgens sah man den königlichen Wagen bei dem früheren Gesandten in London, dem achtzigjährigen Grafen Kielmannsegge, vorfahren, der oft noch nicht aus den Federn war, wenn sein bekümmerter Gebieter schon von seiner diplomatischen Erfahrung Gebrauch zu machen wünschte. Damals wurde in aller Stille mit dem Wiener Cabinet ein Feldzugsplan entworfen, noch ohne daß man zum Bruche mit Preußen unwiderruflich bereit gewesen wäre. Die Truppen sollten sich allmählich in einem „Uebungslager" bei Stade sammeln, dort im Augenblick des Ausbruchs die österreichische Brigade Kalik vom andern Elbufer her aufnehmen, frisch ausgehobene holsteinische Bauerjungen an sich ziehen, und unter General v. Gablenz eine furchtbare Diversion im Rücken der gegen Benedek stehenden Preußen unternehmen. Indessen überzeugte ein militärischer Berather den König, daß diese Idee mehr großartig als ausführbar sei. Der Plan wurde aufgegeben, und mit ihm mehr oder weniger auch der daran hangende halbe Entschluß, mit Oesterreich in den Krieg zu ziehen; aber kein neuer politischer und militärischer Gedanke wurde gefaßt. So weit das Heer bereits bei Stade versammelt war, ließ man es dort, in so unbequemer Entfernung vom Mittelpunkt, einen starken Tagemarsch von den nächsten Eisenbahnstationen, stehen.

Da stellte Oesterreich am Bundestage seinen folgenschweren Antrag. Nun sollte man sich entscheiden; und die eine Alternative war doch so gefährlich, die

andere so verhaßt! Die Zweite Kammer hatte ihre Pflicht gegen Land und Krone erfüllt, indem sie acht Tage früher auf's nachdrücklichste empfahl, in dem drohenden Kriege neutral zu bleiben. Aber der Eindruck dieses Beschlusses, der Eindruck von R. v. Bennigsen's und Miquel's beredten Warnungen war für den König vorweggenommen durch eine gerade entgegengesetzte Verhandlung und Beschlußfassung der Ersten Kammer. Jetzt möchten sich wahrscheinlich Schatzrath v. Rössing, der sie hervorrief, Oberappellationsrath v. Schlepegrell, der sie als Präsident nach Kräften beschleunigte, und Staatsminister Bacmeister, der durch einen politischen Gicht-Anfall die Zweite Kammer hinderte, den Bennigsen'schen Antrag früher anzunehmen als die Erste den später gestellten Rössing'schen, wegen dieser ihrer Mitwirkung zu dem verhängnißvollsten Beschluß die Haare ausraufen. Denn es steht fest, daß derselbe den König in der verderblichen Richtung seiner Neigungen wesentlich bestärkt hat. Er glaubte sich danach auf die begeisterte Zustimmung der Conservativen, der „anständigen Leute" des Landes nach seinen Begriffen, verlassen zu können, wenn er sich gegen Preußens Zumuthungen trotzig verhalte. Auch der englische Gesandte, Mr. Wyse, soll ihm vorwitzigerweise Muth eingesprochen haben. Von den Ministern war Bacmeister zu nüchtern, um für eine andere Politik als Neutralität zu sprechen, aber auch so feige und pflichtvergessen, daß er sich in einer solchen Frage überstimmen ließ, ohne auf der Stelle seinen Abschied zu fordern, was doch vielleicht das Verhängniß noch aufgehalten hätte. Der Justizminister Leonhardt, dem Bennigsen kurz vorher in der Kammer alle politische Fähigkeit abgesprochen hatte, suchte dieses Urtheil Lügen zu strafen und belegte es, indem er in pathetischen Reden den Kanzelsatz verarbeitete, daß „Recht immer Recht bleiben muß." Der Minister des Auswärtigen Graf Platen endlich war ganz sicher, seinem berühmten Collegen in Berlin ein Schnippchen zu schlagen, denn Hannovers Abstimmung am Bunde werde so gehalten sein, daß sie ihm Oesterreichs Dank erwerbe ohne Preußens Zorn und Feindschaft. Damit schienen die widerstreitenden Empfindungen des Königs beide zugleich befriedigt, und er ertheilte die Weisung, welche ihm nun den Thron kostet.

Graf Bismarck — so hat der bisherige hannoversche Gesandte in Berlin, Herr v. Stockhausen, in Hannover aller Welt erzählt — hege schon seit Jahren den ausgemachten Vorsatz, Hannover und Kurhessen dem Hause Hohenzollern zu gewinnen. Wenn man dies annimmt, so erscheint es nicht unglaublich, daß es mit besonderer Berechnung auf beide ihm in Wege stehende Fürsten geschah, wenn er unmittelbar bevor sie ihre große Entscheidung zwischen Neutralität und Krieg zu treffen hatten, die Grundzüge einer neuen Bundesverfassung bekannt machte. Den König Georg wenigstens hat gewiß nichts gleich sehr abgehalten, auf die noch wiederholt an ihn herantretenden Aufforderungen, sich mit Preußen gütlich abzufinden, einzugehen. Ihm war es ein unerträglicher Gedanke, daß ein Abkömmling des uralten Welfen-Hauses dem so viel später namhaft gewordenen Hause Hohenzollern seine Militärgewalt unterordnen sollte. Den unabhängigen Besitz seines Heeres konnte er gutwillig

niemals opfern. Aus dieser ihn ganz erfüllenden Vorstellung erklärt sich alles Spätere.

Die Aussage des Herrn v. Stockhausen über des Grafen Bismarck Absichten hat übrigens ebenfalls ihre für die Selbständigkeit Hannovers verhängnißvollen Consequenzen gehabt. Als nach der Abstimmung vom 14. Juni die Strafe des schlechtverhehlten bösen Willens gegen Preußen rasch wie des Himmels Blitz hereinbrach, entschloß sich der König mit dem Heere südwärts zu ziehen. Von Göttingen aus, durch die kurhessischen Truppen verstärkt, gestützt auf die nachrückenden Süddeutschen, dachte er den vorübergehend preisgegebenen Haupttheil seines Königreichs den Preußen wieder zu entreißen. Aber dieser Rückzug, der nicht etwa durch das schnelle Nachrücken überlegener preußischer Truppenmassen, sondern durch die nun zu Tage tretende völlige Unfähigkeit der Heeresverwaltung den demüthigenden Charakter einer Flucht annahm, drückte die Aussichten auf erfolgreichen Widerstand vollends auf Null herab. Es fehlte an Munition, Proviant, Pferden, Trainknechten, Aerzten und Apotheken, — kurz an Allem, was eine kriegsbereite Truppe von einer Garnison im Frieden unterscheidet. Das bei Stade versammelte Corps konnte trotz der Aufreißung der Schienen vor den einmarschirenden Preußen nur zum Theil herangeholt werden. Beinahe die ganze Masse des Armeematerials wurde zurückgelassen. Bei solchen Umständen stand in der Landeshauptstadt Alles unter dem Eindruck, daß der König das Heer zu einer nothwendig fehlschlagenden und in erhöhtes Elend auslaufenden Unternehmung ausführe. Nichts schien die Dynastie und folglich die Selbständigkeit des Staates innerhalb gewisser Grenzen noch retten zu können, als wenn der König abdankte, der Kronprinz ohne Verzug das von seinem verblendeten Vater verschmähte preußische Bündniß annähme, und Männer in's Ministerium beriefe, deren Charakter und Parteistellung für die ehrliche Durchführung einer so umgewandelten Politik Gewähr leiste. Zu diesem Zwecke wünschte man vielseitig einen der früheren gemäßigt liberalen Ministerpräsidenten, den Freiherrn v. Münchhausen oder den Grafen Bennigsen, nach Göttingen gehen zu sehen, um dort mit dem Beistand der einsichtsvolleren Generale den König wohl oder übel zur Resignation zu bestimmen. Hatten die zahmen Vorstellungen der hauptstädtischen Behörden ihn nicht zum Ausharren in der Hauptstadt bewegen können, so sollte nun ein so viel stärkerer Schritt ohne Rücksicht auf die Scheu gewöhnlicher Zeiten geschehen. Wenigstens Einer der genannten beiden Männer würde auch wohl die Erwartungen von seiner unbedenklichen Energie nicht getäuscht haben. Freiherr v. Münchhausen, Ministerpräsident bei König Ernst August's Tode, hatte den damaligen Kronprinzen durch seine Festigkeit gehindert, die Zügel der Regierung zu ergreifen ohne das vorgeschriebene, Verfassungstreue gelobende Patent, und folglich den Staatsstreich mindestens hinausgeschoben, der vier Jahre später (1855) denn freilich doch eintrat. Freiherr v. Münchhausen hätte also auch wohl in dieser äußersten Krise eine rettende Thronentsagung durchgesetzt. Aber er hatte keinen Glauben an ihre unbedingt rettende Kraft. Er fürchtete sich nur nutzlos anzugreifen. Die Erzählungen

des Herrn v. Stockhausen hatten in seinen Kreisen jeden Sinn gefangen genommen und die Thatkraft gelähmt. An solchen Zügen darf der unbefangene Beobachter zu erkennen glauben, daß die Kleinstaaterei in Deutschland endgiltig verurtheilt ist: sie hat noch Anhänger, mehr als genug, aber sie flößt keine nichts achtende Hingebung mehr ein.

In der Frühe des 16. Juni fuhr der König mit dem Kronprinzen nach Göttingen. Desselben und des folgenden Tages sammelte sich dort die Armee. Aber sie war keineswegs gleich marschfertig; namentlich Pferde mußte sie nehmen wo sie sie fand, so daß zwischen Hannover und der südlichen Grenze des Landes kaum ein Stall ungeplündert geblieben ist. Inzwischen wechselten die Entschlüsse rascher als das Wetter im April. Jeder General wurde um seine Meinung befragt und keiner mit Ruhe angehört. Der Generaladjutant von Tschirschnitz, ein vollendeter Jabruder, der an der schmählichen Vernachlässigung der Ausrüstung des Heeres neben dem Kriegsminister v. Brandis, einem stets überschuldeten Spieler, die Hauptschuld trug, wurde erst aus dem Dienste gestoßen, dann mit einem ellenlangen Lobspruch zum General der Infanterie ernannt. Der gleich ihm aus Preußen stammende Regierungsrath Meding, der seit ein paar Jahren die in- und ausländische Presse zu Gunsten des erhabenen Welfenthums bearbeitet hatte, wurde erst auf die Aussage des Herrn v. Stockhausen hin, daß man in Berlin stets auf's genaueste über die Stimmungen und Vorgänge bei Hofe unterrichtet gewesen sei, als Verräther in's Verhör genommen, dann rehabilitirt und wieder in die alte Intimität gezogen. Inzwischen trafen aus Hannover wohl einige Höflinge und fremde Diplomaten ein, um eine unfruchtbare Theilnahme kund zu thun, aber keiner von den allein zur Vermittlung geeigneten Politikern des Landes. Es rächte sich darin die Ausschließlichkeit, mit welcher seit langen Jahren am Hofe eigentlich nur servile Creaturen geduldet worden waren. Zweimal wurde dann der schon ertheilte Befehl zum Aufbruch widerrufen: am Morgen und am Abend des 19. Juni. Erst in der Nacht auf den 21. setzte sich das Heer wirklich in Bewegung. Es ging nicht gerade südwärts auf Kassel, auch nicht südöstlich auf Fulda zu, wohin man doch die Bayern zur aufnehmenden Begegnung bestellt hatte; sondern fast ganz ostwärts über Heiligenstadt auf Eisenach, um im weitesten Bogen die preußische Zwischenstellung zu umgehen oder zu durchbrechen. Diese war damals trotz des Verzugs in Göttingen noch so dünn und lose gereiht, daß 16—17,000 Mann tapferer Truppen, wie die Hannoveraner waren, an jedem beliebigen Punkte sich mit nicht größeren Verlusten, als nachher nutzlos erlitten wurden, hätten durchschlagen können. Aber der Troß des königlichen Gefolges hemmte ihre Bewegungen, und schlimmer als der Troß die Aufregung des auf solche Fälle nicht vorbereiteten, gleichwohl aber keiner Selbstverleugnung fähigen königlichen Gemüths. Die Offiziere thaten das Ihrige, um die Mannschaften bei schmaler Kost und unendlichen Strapazen durch den mehr wirksamen als wahren Hinweis auf die Seelengröße des Monarchen, der die Noth des Feldlagers mit ihnen theile, einigermaßen aufrecht zu erhalten. Unter sich aber klagten sie bit-

terlich, daß weder der König noch der Kronprinz je daran dachte, den Muth der Leute durch eine freundliche Ansprache oder auch nur durch ihr bloßes Erscheinen unter ihnen zu heben. Der Begleitung und Thätigkeit des Armeemusikdirectors Gerold wurden Motive untergelegt, die, sonst ziemlich gleichgiltig angesehen, in diesen Tagen der Entscheidung über Land und Krone Staunen und Erbitterung erregten.

Es folgten dann die bekannten Unterhandlungen, deren objective Geschichte eben so gut noch zu schreiben ist wie die des Treffens von Langensalza. König Georg wartete auf die Bayern und die Bayern auf den König Georg. Inzwischen hatten die Preußen alle Zeit, welche ihre wundervolle Energie brauchte, um die Umstellung auf allen Seiten schließen und in der schrittweisen Einschnürung des Gegners solche langmüthige Geduld üben zu können, daß ihre Mäßigung das allgemeinste Lob erhielt, ihr Widerwille gegen ein solches Blutvergießen unter Brüdern und Nachbarn mit dem frivolen Verlangen des Königs nach Menschenopfern in den schönsten Contrast trat, und ihre großmüthige Behandlung der besiegten Sieger jeder üblen Nachwirkung der Capitulation im Lande zuvorkam, ohne daß deswegen der obenanstehende militärische Zweck verfehlt wurde. Wie leicht hätte es die preußischen Feldherrn zum Zorne reizen können, daß der hinterhaltige Welfe sie so viel Zeit, und dann, als er sich selber schon verloren gab, noch so viel Blut verlieren ließ! Aber weder sie noch ihre Soldaten oder die preußische Bevölkerung des Kriegsschauplatzes ließen es die Hannoveraner entgelten, daß ihr starrsinniger Fürst ohne jeden vernünftigen Zweck fünfhundert Familien preußischer Landwehrmänner in Kummer und Noth versetzt hatte. Während sie die Ersten waren, sich der verschmachtenden feindlichen Krieger anzunehmen, fuhr König Georg mit seinem Sohne von dannen, ohne durch die kleinste That oder nur durch eine Fürbitte zu bezeugen, daß er an den Leiden der zurückbleibenden Opfer seines Hochmuths und seiner Selbstsucht menschlichen Antheil nehme.

Diese Eindrücke sind an dem hannoverschen Volke nicht spurlos vorübergegangen. Das gedankenlose Mitgefühl mit einem durch eigne Schuld entthronten Fürsten, das noch in den Massen eine Stätte findet, die alles Oeffentliche nach wie vor auf den Standpunkt der Privatexistenz herabziehen, und der künstlich entflammte Stolz auf die jüngste Waffenthat, die durch Uebermacht so glücklich ausging, halten auf die Dauer nicht Stich gegen die zu Tage liegenden Ursachen und Folgen der traurigen Katastrophe. Die Politik, welche zu ihr geführt hat, findet jetzt kaum im engsten Kreise einen Bekenner mehr: Graf Borries sogar beginnt sie in seinem Leibblatt öffentlich zu tadeln, acht Tage nachdem der Erfolg das Todesurtheil gesprochen, und Landdrost Wermuth in Hildesheim wird seinem königlichen Gönner abtrünnig, indem er seine Trabanten von Abdankung zu Gunsten des Kronprinzen sprechen läßt, die er lieber hätte anrathen sollen, als er am 19. Juni heimlich beim König in Göttingen war. Die Beamten und Offiziere sind in der schnell reifenden Hitze dieser Zeit binnen wenigen Tagen auf den Bundesstaats-Standpunkt vorgerückt, den die Meisten von ihnen

dem Nationalverein bisher als Hoch- und Landesverrath anrechneten. Die Unabhängigkeit des hannoverschen Heeres erkennt Jedermann, die Offiziere voran, als den Fluch des Landes wie des Heeres selber an. Einverleibung in das preußische Heer ist in den militärischen Kreisen Hannovers heute ein populärer Gedanke. Die Scharte von Rendsburg ist bei Langensalza so unmittelbar ausgewetzt, wie es der peinlichste Ehrenrichter nur vorschreiben könnte, und ihrer Wiederholung ist auf keine andere denkbare Weise zu entgehen.

Nach der Meinung einiger liberaler Kreise sollte sich an die Capitulation des Heeres noch etwas anderes knüpfen: die Einsetzung eines Landes-Ausschusses, bestehend aus Männern wie R. v. Bennigsen, Miquel, Grumbrecht, Rönne u. s. w., bestimmt um zwischen Preußen und dem hannoverschen Volke eine regelmäßige, vielfach fruchtbare Verbindung herzustellen. Indessen sind die Bedenken gegen ein solches Zwischenorgan für überwiegend erachtet worden. Man hat sich begnügt auf Anfrage nach Berlin hin wissen zu lassen, daß die hannoverschen Liberalen sich an den Parlamentswahlen betheiligen würden. Allerdings hätte auch diese Betheiligung zu dem Zwecke hingereicht, die Sache des hannoverschen Volks von derjenigen seines flüchtigen und landesverwiesenen bisherigen Herrschers zu trennen, da die Theilnahme am Parlamente einer der prägnantesten Punkte des Bündnisses war, das mit Preußen einzugehen er sich so hartnäckig bis zuletzt geweigert hatte. Aber unsere Liberalen sollten noch früher eine unabweisbare Aufforderung erhalten, ihre zu Preußen haltende Gesinnung kund zu geben. Die Anrufung Frankreichs durch das am Boden liegende Oesterreich ließ sie nicht länger in stummer Unthätigkeit verharren. Diese große Gelegenheit mußte ergriffen werden, theils um sich selbst von der vaterlandsverrätherischen Politik loszusagen, der der König zu huldigen fortfuhr, und damit auch thatsächlich den Einklang mit den umgebenden norddeutschen Bevölkerungen herzustellen, — theils um eine letzte feierliche Ansprache an die Vaterlandsfreunde in Süddeutschland zu richten, daß der Augenblick gekommen sei, das niemals aufzusuchende, nun aber vollends geschändete Lager Oesterreichs zu verlassen. Beides geschah gleichzeitig in der Versammlung norddeutscher außerpreußischer Liberalen, welche am 12. Juli zu Hannover abgehalten wurde. Die ganze hannoversche Opposition nahm an derselben Theil; und auch außerdem so ziemlich Alles, was der Liberalismus des Landes an lebendigen, bestimmenden Kräften enthält. Es herrschte in der Versammlung keinerlei grundsätzlicher Gegensatz: Bennigsen legte die Erklärung, Miquel die Ansprache vor, und die Uebrigen unterzeichneten, nachdem zwei oder drei secundäre Punkte eine Art tertiärer Debatte hervorgerufen hatten. Damit hat sich das Land Hannover von König Georg dem Fünften für immer losgesagt.

Aber wer den König aufgegeben hat, verzichtet deshalb freilich noch nicht nothwendig auch auf die Dynastie, d. h. auf die innere Selbständigkeit des Landes. In der That wurde in der Versammlung vom 12. Juli sogar der ausdrückliche Versuch gemacht, die liberale Partei Hannovers für die Fortdauer der Welfen-Dynastie zu engagiren; nicht im Interesse der Dynastie oder spe-

ciell des Kronprinzen, sondern im Interesse der Residenz, und überhaupt derjenigen Kreise, welche an der inneren Selbständigkeit des Landes wirklich interessirt sind. Aber der Versuch mißlang vollkommen. Die anwesenden Preußischgesinnten, d. h. die Freunde der förmlichen Einverleibung in Preußen, widersetzten sich laut und entschieden; die Freunde der fortdauernden inneren Selbständigkeit wagten nicht für den Vorschlag Partei zu nehmen; und jene zahlreiche Mittelpartei, welche bis jetzt weder im einen noch im andern Lager steht, sondern sich vorbehält nach den Umständen zu wählen, konnte natürlich einem Schritte auch nicht beitreten, der ihr den späteren Uebergang zur Annexionspartei halbwegs verlegt hätte.

Die Selbständigkeits- oder Einverleibungs-Frage wird voraussichtlich zu einem stillen aber heftigen Kampfe zwischen dem Beamtenstande und der Geschäftswelt führen. Denn so zähe jener sich der förmlichen Einverleibung widersetzen wird, so entschieden wird diese sie fordern. Jener fürchtet natürlich entweder von neuem lernen zu müssen oder unbrauchbar zu werden, wenn Hannover einfach preußisch wird; diese weiß, daß in einem Staate von Preußens Umfang und Bildungsstufe die materiellen Interessen nicht leicht dauernd Noth leiden, und ist überhaupt bei der Verwischung aller den Verkehr störenden Grenzen und Unterschiede zunächst interessirt. Die zu Preußen neigende Geschäftswelt ist stärker in den Städten, zumal den größeren und blühenderen, — der an Hannover festhaltende Beamtenstand hat die Wurzeln seiner Kraft auf dem Lande, wo er fast allein die höhere Intelligenz vertritt, und wo die conservative Natur des Bauernvolkes seine Sache unterstützt. Naturgemäß haften die Erinnerungen an das Welfenhaus in den alten Provinzen wie z. B. Kalenberg und Lüneburg tiefer, als in Ostfriesland, Hildesheim, Osnabrück, ja selbst als in den Herzogthümern Bremen und Verden.

Von Ostfriesland aus insbesondere scheinen sich seit Anfang der gegenwärtigen Ereignisse genaue Beziehungen zu Preußen angeknüpft zu haben. Man erinnert sich, daß ein paar in Ostfriesland stehende hannoversche Beamte, Landdrost Nieper in Aurich (der frühere College des Herrn v. Könneritz als Bundescommissar in Holstein) und der Badecommissar Bode von Wülfingen auf Norderney, die ersten waren, welche von ihren Posten entfernt wurden. Hätte man die welfischen Gegenwirkungen aller Orten gleich scharf unterdrücken wollen, so möchten der Hildesheimer College des Herrn Nieper und Andere mindestens zu gleicher Zeit verdient haben beseitigt zu werden.

Dem Osnabrücker Anzeiger, einem Landdrostei-Organe, ist untersagt worden, die am 12. Juli zu Hannover beschlossene Erklärung von R. v. Bennigsen und Genossen aufzunehmen. Als das Auricher Landdrostei-Blatt acht Tage früher die Aufnahme des von ostfriesischen Vaterlandsfreunden erlassenen Aufrufs zu Sammlungen für die preußischen Opfer des Krieges verweigerte, wandte man sich von Emden aus an den preußischen Civilcommissar in Hannover, Herrn v. Hardenberg, und dieser ertheilte darauf unterm 8. Juli dem Cultusministerium den Befehl, „das Intelligenzcomtoir zu Aurich sofort telegraphisch anzu-

weisen, die Veröffentlichung jenes Aufrufs ohne Verzug in dem dortigen Amtsblatt zu bewirken," sprach auch seine Erwartung aus, „daß derartige Vorfälle überall sich nicht wiederholen," und fügte den Wunsch hinzu, „daß das Cultusministerium das Intelligenzcomtoir in Aurich sowie alle andern im Lande bestehenden Institute dieser Art mit stricter Anweisung versieht, daß öffentliche Bekanntmachungen, deren Publication von mir gebilligt ist, auf Verlangen der Einsender ohne Widerspruch in den betreffenden Blättern Aufnahme finden." Da die Publication der Erklärung von R. v. Bennigsen und Genossen in den stadthannoverschen Blättern nur mit Billigung des Civilcommissars erfolgen konnte und erfolgt ist, so wird das Verbot der Osnabrücker Landdrostei darauf zurückzuführen sein, daß das Cultusministerium seinen Auftrag vom 8. Juli am 13. oder 14. noch nicht nach Osnabrück befördert hatte, und wird jedenfalls von Hannover her unverweilt aufgehoben werden.

In Ostfriesland hat man auch zuerst, und zwar schon vor dem Gefecht bei Langensalza, also mitten im Kriege des officiellen Hannover gegen Preußen, gewagt, das öffentliche Erbarmen für die preußischen Opfer des Krieges in Anspruch zu nehmen. Zahlreiche schwarzweiße Fahnen, zum Theil noch Vermächtnisse der alten preußischen Zeit, harren dort des Zeichens zum Aushängen, und vielleicht hat die Provinz, deren funfzigjährigen Besitz das Welfenhaus im letzten Winter so pomphaft feierte, schon ehe diese Zeilen im Druck erscheinen, ihrem Verlangen wieder preußisch zu werden einen unumwundenen öffentlichen Ausdruck gegeben. Die dankbare Erinnerung an den Segen der preußischen Herrschaft ist in Ostfriesland sehr lebendig. Sie zeigte sich vor Jahren in dem Verfahren der Provinzialstände gegen Herrn Onno Klopp, sie offenbart sich noch täglich selbst in den unteren Volksklassen. Ein alter Bauer aus dem Amte Emden wurde unlängst über ein neues schwarzweißes Band um den Hut befragt, und antwortete: „Seit funfzig Jahren bezahle ich heute zum ersten Mal wieder preußische Steuern" — er meinte die im Juli fällige dreifache Monats-Steuer zur Ausgleichung der Kriegslasten —; „wenn es auch dreimal so viel ist als sonst, habe ich doch noch einige Groschen im Beutel gefunden, um meinen Hut mit den lieben Farben zu schmücken."

Die Führer des nationalen Liberalismus in Hannover halten öffentlich und für Deutschland im Allgemeinen am Bundesstaats-Programm noch fest. Aber dasselbe thut ja auch noch die preußische Regierung. Es ist ferner augenscheinlich zweierlei, die Frage für Deutschland im Allgemeinen, die noch nicht mit Waffengewalt dem Einheitsgedanken unterworfenen Länder des Südwestens eingeschlossen, oder für ein Land in der Lage Hannovers insbesondere zu entscheiden. Die Annexionsstimmung wird hier zu Lande, die Residenz allenfalls ausgenommen, unzweifelhaft Fortschritte machen, und so den Führern das gleiche Bekenntniß entweder leichter machen oder am Ende auch aufdrängen. Zumal wenn unsere Hoffnungen für jetzt diesseits der Main-Linie stehen bleiben müßten, würden auch nationale Erwägungen ersten Ranges die Einverleibung empfehlen. Was anders als die straffste staatliche Concentration, die sogar Min-

ghetti's „Regionen“ verwarf, hat es Italien ermöglicht, gleich die erste sich bietende europäische Gelegenheit zur Befreiung Venetiens mit Nachdruck zu benutzen? Nur wenn gleich das Ganze nach außen hin geeinigt wird, mögen wir uns bis auf weiteres die losere Form der Einheit gefallen lassen. Die Einverleibung der eroberten nord- und mitteldeutschen Länder aber fordern auch in diesem Falle mächtige Interessen, und zwar gerade die Interessen des Liberalismus, die man sonst zu Gunsten des Bundesstaats aufzurufen pflegt. Die preußische liberale Partei, in zwei einander ablösende Garnituren unselig zerlegt, kann den Zuwachs erprobter und vergleichsweise unbefangenerer Politiker gebrauchen, den sie von hier, aus Sachsen und Kurhessen erhalten würde, wenn diese Länder aufhörten ihre Talente und Charaktere auf einer Art bloßer Kreistage oder Provinziallandtage abzunutzen. Vielleicht, daß sie der Kitt würden, den Riß zwischen preußischen Fortschrittsleuten und Altliberalen endgiltig zu schließen; die Zukunft des deutschen Liberalismus als der herrschenden Partei im Vaterlande wäre dann gesichert. Wie dem aber auch sein mag: Männer wie Bennigsen und Miquel können nicht wünschen, zu Gunsten eines einzelnen Standes oder einer einzelnen Stadt Zustände aufrecht zu erhalten, die ihre Steuermanns-Kraft an ein Boot fesseln, während ein Linienschiff ihnen offen steht.

Alles in Allem darf man sich der Hoffnung hingeben, daß die Bevölkerung Hannovers nicht blos den König Georg, sondern auch sein Haus unter keinen Umständen zurückrufen wird. Die Ahnung des Kommenden hat ihn getrieben, so oft von der Ewigkeit der ihn und sein Land verknüpfenden Bande den Mund voll zu nehmen. Das „Ende der Tage“ ist nun da! Er persönlich hat diesen Ausgang durch beispiellose Selbstsucht und Mangel jedes Pflichtbewußtseins, durch kleinliche, unfürstliche Denkungsart vollauf verdient. Um so weniger wird die abstract-legitimistische Rücksicht auf ein Fürstengeschlecht hier walten dürfen, welcher das frevelhaft vergossene Blut beider befreundeter Völker, das Wohl des gesammten Vaterlandes und die weit überwiegende Stimme der Nation entgegensteht.

2.

Kassel am 13. Juli.

Von Niemandem in Deutschland ist wohl das energische Vorgehen Preußens in Norddeutschland mit lebhafterer Theilnahme begrüßt worden, von Niemandem im außerpreußischen Deutschland sind die Siege des Heeres in Böhmen mit größerer Freude aufgenommen worden als von der nationalen Partei Kurhessens. Die ruhmreichsten Traditionen unseres kleinen Staates, der in Folge von Mißregierungen, die nun schon nach Generationen zählen, jetzt ein Spott der ganzen Welt geworden ist, weisen uns auf einen Staat hin, der der habsburgischen Hauspolitik entgegenarbeitet; siegreiche Erinnerungen knüpfen uns an das Preußen des großen Friedrich. Und nun seitdem Preußen in diesem Jahrhundert die Hoffnung aller einsichtigen Patrioten geworden war, kamen für uns außer

den in unserer Vergangenheit wurzelnden Volksneigungen, und den mehr theoretischen Erwägungen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands noch viel praktischere und handgreiflichere Gründe in Frage, welche jeden national gesinnten Mann auf Preußen hinwiesen. Wir wollen ganz absehen von der geographischen Lage unseres lang gestreckten Ländchens, das verschiedene Provinzen des großen norddeutschen Reiches berührt und auseinanderhält. Die commerciellen Verhältnisse, die Gleichartigkeit der Industrie, sofern von dieser bei uns die Rede sein kann, der Segen, den der Zollverein für uns gebracht, indem er unsere Grenzen von Schmugglern und deren Helfershelfern reinigte, sollen gleichfalls nicht berührt werden. Aber in Aller Gedächtnisse lebt noch, was Preußen uns für die Wiederherstellung unserer Verfassung gethan hat.

Die lange Regierung des Fürsten, welcher jetzt in Stettin die Folgen seines Starrsinns und seiner Verblendung zu tragen hat, ist ein fortwährendes Ankämpfen gegen die auf rein legalem Wege zu Stande gekommene Landesverfassung gewesen. Gegen diesen Kampf tritt Alles, was man sonst unter Regierung versteht, in den Hintergrund. Alle Regierungsmaßregeln hatten die letzte Intention nicht dem Lande zu nutzen, sondern der verhaßten Verfassung zu schaden. Und warum haßte man die Verfassung? Etwa aus jenem religiös-mystischen Grunde, daß sie der von Gott eingesetzten Obrigkeit Schranken auflege? Nicht im Entferntesten. Unser Landesherr ist nichts weniger als ein Mystiker. Er spottet wohl darüber, daß man ihn für einen „Mucker" halte. Er ist nicht im Entferntesten geneigt, der Partei, welcher in der protestantischen Kirche nach Herrschaft ringt, auch nur das Geringste nachzugeben. In untergeordneten Stellungen hat er die Partei zur Geltung kommen lassen. Als aber Vilmar sich anschickte, den Stuhl eines kurhessischen Generalsuperintendenten zu besteigen, konnte selbst ein Hassenpflug diese Ernennung nicht erwirken und zog es vor, lieber selbst zu fallen, als seinen Freund ungerächt fallen zu lassen. Aber Hassenpflug hätte 1855 seinen Abschied nicht erhalten, wenn er nicht kurz vorher dem Kurfürsten, um seine persönliche Interesselosigkeit zu beweisen, das Instrument wieder ausgehändigt gehabt hätte, in dem ihm versprochen worden war, daß ihm für den Fall seiner Entlassung ein Jahresgehalt von 4000 Thalern und seiner Wittwe eine Rente von 2000 Thalern aus der Hofchatulle ausgezahlt werden solle. Nachdem diese Urkunde wieder in die Hände ihres Ausstellers zurückgelangt war, konnte Hassenpflug gehen. Wäre unsere Verfassungsurkunde eben so leicht vom Kaminfeuer zu verzehren gewesen als diese Verschreibung, auch wir würden noch schmerzlichere finanzielle Verluste zu beklagen haben, als dieses schon jetzt der Fall ist.

Denn wir werden nicht irre gehen, wenn wir neben den rein autokratischen Neigungen unseres Landesherrn, die sich auf kein irgendwie religiös gefärbtes Dogma zurückführen lassen, den Grund des Hasses gegen unsere Verfassung in den Schranken suchen, welche dieselbe der privaten Ausbeutung der Finanzkräfte des Staates entgegenstellt. Bekanntlich sind die Kinder des Kurfürsten nicht erbfolgeberechtigt. Für diese ihre Kinder ein bedeutendes Vermögen zu erwer-

ben, ist der Gegenstand der unablässigsten Sorge der Fürstin von Hanau. Nach der Meinung von Männern, welche die Verhältnisse übersehen können, soll das Privatvermögen der Familie schon zwischen 50—60 Millionen Thaler betragen. Mag das auch übertrieben sein, so giebt es doch immerhin einen Maßstab für die landläufigen Vorstellungen von dem Privatbesitze des Landesherrn. Die Zinsen dieses Vermögens werden nicht im Lande verzehrt, und wo es nur einigermaßen geht, werden Privatausgaben noch aus dem Staatssedel bestritten. Es findet sich ein Ausgabeposten auf dem Etat des Kriegsministeriums, der dazu dienen soll, Officieren das Besuchen fremder Kriegslager u. s. w. zu ermöglichen. Vor einer Reihe von Jahren machte ein Prinz von Hanau eine Reise nach Triest oder Venedig, auf der er eine Liebschaft vergessen lernen sollte, und ihm wurde jene Summe als Reisegeld ausgezahlt.

Gegen derartige Eingriffe bietet die Landesverfassung eine wenn auch nur nothdürftige Schranke. Sie gewährt auch den Staatsdienern durch das Dienstgesetz einen Schutz gegen Willkür. Man hatte an entscheidender Stelle ein sehr zähes Gedächtniß für das, was man als Beleidigungen oder Beeinträchtigungen der fürstlichen Würde ansah. Noch kürzlich wurde ein verdienter Jurist nicht zu einer Stelle ernannt, weil derselbe als Student in Marburg vor einer langen Reihe von Jahren auf einem Balle dem Kurprinzen vorzutanzen sich erkühnt hatte!

Die Verfassung wurde mit Oesterreichs Hülfe umgestürzt. Es ist ja jetzt kein Geheimniß mehr, durch welche Mittel Graf Rechberg in Wilhelmsbad dem Entschlusse des Kurfürsten, sich von Hassenpflug loszusagen und nach Kassel zurückzukehren, entgegengetreten ist und das Land in jene Calamität gestürzt hat, die nur der Name „Strafbayer" überleben wird. Hat Oesterreich so unsere Lebensinteressen auf's Tiefste geschädigt, so hat Preußen sie gefördert. Aber der Sieg Preußens und des Rechtes in Kurhessen war nur ein halber. Hätte man die Männer aus dem Rathe des Kurfürsten entfernt, welche von jeher Diener der augenblicklichen Launen ihres Gebieters gewesen sind, so hätte jetzt Preußen 12,000 brave Soldaten an seiner Seite kämpfen sehen, die ihrem altväterlichen Kriegsruhme keine Schande gemacht haben würden. Unselig sind die Folgen, welche eine Regierung auf den ganzen Charakter eines Volkes ausüben muß, wenn sie ein Menschenalter lang in fortgesetztem Kampfe mit dessen besten Kräften sich befindet. Tausende von arbeitstüchtigen Männern sind über den Ocean gezogen, und die zurückgebliebenen haben einen guten Theil ihrer über die nächsten Bedürfnisse hinaus überschüssigen Arbeitskraft in jenem zähen, passiven Widerstande gegen die Regierungsmaßregeln aufgezehrt. Die Initiative zu allem selbständigen thatkräftigen Handeln, zum Vorwärtsschreiten auf den neu eröffneten Bahnen der Industrie ist gelähmt, der Aufschwung, den die Gewerbe allüberall genommen haben, hier ein nur höchst mäßiger. Es war Regierungsdogma, daß sich am Besten ein mäßig hungerndes Volk regieren lasse; mehrfach haben unsere frommen Staatsmänner darauf hingewiesen, „daß die Noth den Herrn Christum erkennen lehre;" in den wichtigsten Städten und

vor Allem in der Residenz bot man Alles auf, um nur ja nicht eine gefährliche Fabrikbevölkerung groß zu ziehen. Es gehörte ein großer Muth dazu, sich von der Gründung eines größeren Geschäftes, einer Aktiengesellschaft, ja selbst eines Dienstmannsinstitutes nicht abschrecken zu lassen. Wurde doch den Staatsdienern in Kassel verboten, sich bei ihren Arbeiten der Dienstmänner zu bedienen. Aber als die kurhessische Armee ihren Abzug in „die südlichen Provinzen des Reiches" antrat, waren Dienstmänner behülflich, die Habe des Militärs mit packen zu helfen und die Kasernen soweit als möglich auszuräumen!

Die Universitäten haßte der Kurfürst, als die Sitze der revolutionären Gesinnung; von den Leistungen und dem Werth der Lehrer der Landesuniversität hatte er nicht die geringste Vorstellung. Die Besetzung der erledigten Professuren überließ er vollständig seinem Ministerium, und war nur bedacht keinen Gothaer anzustellen. Wie nun die Minister seit 1850 diese Aufgabe erfüllt haben, zeigt das Professorenverzeichniß. Ich möchte bezweifeln, ob jetzt viele Männer dort lehren, deren Namen einen so guten Klang haben wie die der Herren Bunsen, Bergk, Gildemeister, Girard, Knoblauch, von Sybel, Zeller, welche u. A. das Lektionsverzeichniß von 1850 enthält. Die einst berühmte polytechnische Schule zu Kassel wurde zu einer Gewerbeschule degradirt und unter die Leitung eines unfähigen Mannes gestellt. Auf den Gymnasien begünstigte man die Lehrer, welche sich als Anhänger der herrschenden Partei gebärdeten. Waren unsere Volksschulen noch vor funfzehn Jahren so tüchtig wie andere in Deutschland, so hören wir jetzt mit Schrecken, daß vor lauter Auswendiglernen von Liedern und biblischen Geschichten in den Dorfschulen das Lesenlernen versäumt wird. Es sind mir verschiedene Gemeinden von glaubwürdigen Männern bezeichnet worden, in denen kein Confirmand in diesem Frühjahre habe ordentlich lesen können! Erlassen Sie mir, noch weiter die Wunden aufzudecken, welche eine mehr als dreißigjährige Mißregierung dem Lande geschlagen hat; wie wir trotz der dringendsten Vorstellungen verschiedener Ministerien und fast aller Ständeversammlungen noch nicht einmal eine Irrenheilanstalt besitzen, wie das Postwesen nur zum Besten der Thurn und Taxisschen Privatkasse ausgebeutet wird u. s. w.

Das aber wird nach diesen skizzenhaften Ausführungen für Jeden klar sein: will Preußen sich auf die Dauer die Unterstützung unseres Volkes erwerben, so darf es unter keinen Umständen dulden, daß der Kurfürst in seine Staaten als regierender Fürst zurückkehre. Mögen ihm auch Beschränkungen auferlegt werden, die Regierung wird sich fortwährend in einem stillen Kriege mit Preußen befinden, alle Lasten, die etwa das Land mehr zu tragen bekommen sollte, werden den neuen Verhältnissen zugeschrieben werden und so der Partikularismus neue Nahrung gewinnen. Denn die Beobachtung, daß der Bevölkerung aller Kleinstaaten jeder Sinn für wirkliche Staatsinteressen abhanden gekommen ist, daß der gemeinste Egoismus jede opferbereite Vaterlandsliebe völlig verdrängt hat, sobald diese sich nur zu etwas höherem als Phrasen versteigen soll und sich in kräftigeren Thaten kundgeben muß, als Verbandzeug und Erfrischungen für

die Verwundeten aller Parteien zu sammeln, hat sich auch in den letzten Wochen in Kurhessen jedem Unparteiischen aufdrängen müssen. Nicht blos Frauen sprachen ihre Freude aus über unsere glückliche Situation, da die Preußen als Freunde unseres Volkes einzögen, und, wenn sie geschlagen wären, die Truppen unseres Fürsten doch nicht als Feinde kommen könnten! Dieser kleinstaatliche Egoismus, dieses schwächliche Mitempfinden aber Nichtmithandelnwollen wird sich aber sofort zu einem verbissenen Partikularismus umgestalten, wenn uns die neue Bundesverfassung eine Erhöhung der Steuern bringen und zugleich das alte Regiment zurückkehren sollte. Der große Haufe würde seine Erbitterung dann nicht gegen den Herrscher sondern gegen Preußen richten. An die Stelle einer allmählichen Verschmelzung und Ausgleichung würde nur Verbitterung und zur gelegenen Stunde auch offener Abfall treten.

Die Sachlage würde weit einfacher sein, wenn der legitime Thronfolger nicht durch seinen neulichen Aufenthalt in Kassel sich binnen einem Tage nach allen Seiten unmöglich gemacht hätte. Als der ständische Ausschuß sich weigerte, dem Thronfolger den Staatsschatz auszuhändigen, erklärte derselbe: „dann muß ich an meinen Schwager nach Petersburg telegraphiren, daß er mir 200,000 Mann sendet." Die Verstöße, welche der zwölfstündige Oberbefehlshaber des kurhessischen Corps sich hat zu Schulden kommen lassen, sollen noch größer sein als dieser.

Es bleibt der preußischen Regierung, welche ja die unmittelbare Einverleibung Kurhessens in den preußischen Staat noch unlängst officiös abgewiesen hat, nichts Anderes übrig, als Kurhessen unter einer vormundschaftlichen Regierung für den Sohn des Thronfolgers, den Enkel des Prinzen Carl von Preußen, verwalten zu lassen oder von allen Erbansprüchen abzusehen und unser Land mit dem preußischen Staate durch Personalunion zu verbinden. Wir wissen wohl, daß die Entscheidung über diese Alternative nicht in unserer Hand liegt. Die Ungewißheit der Zukunft bindet Vielen die Hände, Mehreren der Hinblick auf Preußens innere Zustände. Wir sind ein Rechtsvolk, und es hieße die öffentliche Meinung fälschen, wenn wir nicht berichten wollten, daß der bekannte Obertribunalsbeschluß den Sympathien unserer Bevölkerung für Preußen eine größere Wunde geschlagen hat, als ein verlorengegangenes Treffen.

Dazu kommt, daß wir unmöglich sofort die Steuern aufzubringen vermöchten, welche die Preußen jetzt zu zahlen verpflichtet sind. Erst nach einer jahrelangen Uebergangsperiode werden wir im Stande sein, dasselbe zu leisten was in Preußen möglich geworden. Durch die Einsetzung einer Statthalterschaft in Kassel, welche auf Grund der bestehenden Verfassung für die preußische Krone die Regierung führen würde, kann allmählich die Verschmelzung unseres Landes mit dem großen Einheitsstaate der Zukunft vermittelt werden, ohne daß berechtigte Sonderinteressen allzu gewaltsam gebrochen würden. Für eine derartige Lösung der Frage dürfte am Ende auch die Majorität der Bevölkerung zu gewinnen sein.

3.

Aus Sachsen, 23. Juli.

In mehreren Adressen hatten die verständigen Leipziger die sächsische Regierung um Neutralität gebeten, und ähnliche Kundgebungen waren aus Fabrikstädten des unteren Erzgebirges erfolgt. Aber was verstanden diese Stadträthe und Kaufleute von hoher Politik, und welches Recht hatten sie, sich hinein zu mischen in den Streit der Herren von Gottes Gnaden?

Der Landtag war dann zusammen getreten, eine Versammlung von mattestem Pulsschlag und beschränktestem Horizont, und in der zweiten Kammer hatte eine gelinde, halb wollende, halb nicht wollende, ebenso unklare als unmännliche Opposition unter allerhand Betheuerungen ihrer sächsischen Loyalität und allerlei vulgär-liberalen Bekreuzigungen vor Bismarck und dem Junkerthum, eine Art charakterlosen Versuchs gemacht, den Leipziger Standpunkt einzunehmen. Das Endergebniß war gewesen, daß ihr zweiseitiges Fragen von der Regierung eine zweideutige Antwort erhielt, mit welcher die Herren, der Biederkeit und Weisheit in der Pillnitzer Sommerresidenz vertrauend, zum Theil vielleicht getäuscht sein wollend, jedenfalls schroffer Action abgeneigt, nach Bewilligung der verlangten Gelder leidlich vergnügt nach Hause reisten.

Die Klügeren von der Opposition im Lande waren, soweit ihnen an einer gewissen Selbständigkeit Sachsens noch gelegen war, mit der Antwort nicht zufrieden, sie kannten die hartnäckigen Neigungen und Abneigungen des Hauses Wettin und die Verlogenheit des Ministers, der es jetzt als zweiter Brühl mit seinen Rathschlägen bediente. Sie wußten, das Bündniß mit Oesterreich existirte, wie vor Ausbruch des siebenjährigen Krieges, nicht auf Pergament — wer dürfte an einem Königsworte zweifeln? — aber in der Wirklichkeit, es war nicht in Wien und nicht in Dresden, sondern wie die Ehen im Himmel geschlossen.

Noch einmal, noch zu Anfang der zweiten Woche des Juni, gab es einen kurzen täuschenden Sonnenblick für unsere sanfte, laue, philisterhaft friedliebende Mittelpartei, als ein Leipziger Blatt uns und die übrige Welt mit der Kunde überraschte: „Eine loyale Neutralität Sachsens scheint für Preußen gesichert."

Wer sich die letzten Leitartikel des Dresdner Journals und der Leipziger Zeitung ansah und das gemüthliche Vertrauen des liberalen Blattes daran hielt, zuckte unmuthig die Achseln. Der Eigensinn und die Rechthaberei, der Groll, der Dünkel und die bodenlose Bornirtheit im Dresdner Schlosse waren durch die Reise des hier im Stillen verabscheuten Großherzogs von Baden sicherlich nicht zu bekehren gewesen, und durch einen friedlichen, verständig zuredenden Brief des Königs von Preußen gewiß ebenso wenig. Recht mußte Recht bleiben. Das Recht des Augustenburgers, das Recht des Bundes, vor Allem das Recht des Hauses Sachsen auf volle Souveränetät, auch wenn darüber das Land zu Grunde ginge. Und dann, sich diesen Hohenzollern beugen? Sind sie nicht jünger als Unser Haus? Und weiter, ruft nicht nach Wien der Kaiser und der Papst zugleich? Armer König, wer kann sagen, was für Träume, was für

Hoffnungen, was für Versprechungen Dir sonst noch das in vielen anderen Fragen helle Urtheil trübten! Genug, es war getrübt, es blieb getrübt, und wir rein und ohne Phrase Preußischgesinnten hier zu Lande freuten uns — ich glaube, in stiller Gemeinschaft mit einem großen politischen Rechner in Berlin — daß es so blieb.

Es würde ein Unglück gewesen sein, wenn Sachsen wirklich mit Preußen oder wenigstens nicht mit Oesterreich gegangen wäre. Wir hätten dann die Aufdeckung der kläglichen Ohnmacht unseres Kleinstaats nicht erlebt, welche die dritte Woche des Juni brachte. Geborene Feinde Preußens wären nicht blos auf dem sächsischen Throne conservirt, sondern auch nur um einen geringen Theil ihrer Souveränetät verkürzt worden. Das Parlament endlich würde noch mehr, wie jetzt zu fürchten steht, durch sächsische Liebhaber von halben Maßregeln in nationalen Angelegenheiten, durch Politiker verstärkt worden sein, die dem Aberglauben von einem berechtigten Particularismus neben einem unberechtigten anhängen. Wir waren daher, trotz allem natürlichen Bangen vor einem Kriege zwischen den nächsten Verwandten, einen Stein vom Herzen los, als die letzten Tage der zweiten Woche des Juni von der Dresdner Politik die letzten Schleier hoben und uns bestätigten, was wir geahnt.

Schon am 13. Juni Abends wußten wir in Leipzig, woran wir mit Herrn v. Beust's Zweideutigkeiten im Landtage waren. In Hast und Eile verließ uns die letzte noch hier verbliebene Jägercompagnie in der Richtung nach Dresden hin, wo die übrigen sächsischen Truppen concentrirt waren. Der nächste Abend brachte die Abstimmung Sachsens am Bunde, die auch von Nichtpreußischgesinnten vielfach getadelt wurde. Noch vier und zwanzig Stunden, so waren die Preußen im Lande, zugleich aber auch die Oesterreicher, und dann gab es binnen zwei oder drei Tagen eine Hauptschlacht, aller Wahrscheinlichkeit nach bei Dresden. So rechnete man, indeß die Dinge nahmen einen wesentlich anderen Lauf.

Tags nach der Abstimmung in Frankfurt bot der preußische Gesandte in Dresden noch einmal im Auftrage seiner Regierung die Hand zu friedlicher Verständigung. König Johann lehnte sie ab, und die Kriegserklärung erfolgte. Wenige Stunden später, in der Nacht vom 15. zum 16. Juni, schwenkte der rechte Flügel der ersten preußischen Armee unter Herwarth v. Bittenfeld in Sachsen ein. Von Eilenburg erschienen in Wurzen, von Torgau in Dahlen rasch und geräuschlos preußische Bataillone, Batterien und Schwadronen, um sich der Bahnhöfe und Telegraphen zu versichern. Bei Strehla gingen die Colonnen des Hauptcorps über die Grenze, um auf Riesa vorzurücken, wo ein Knotenpunkt von zwei Hauptbahnen des Landes und die Brücke, auf welcher die Züge derselben die Elbe passiren. Die letztere wurde, als die Vortruppen der Preußen in der Ferne sichtbar wurden, von sächsischen Pionieren durch Abbrennung von zwei Jochen unfahrbar gemacht, eine fast völlig nutzlose Zerstörung von Privateigenthum, da die Herstellung des Schadens nur wenige Tage kostete, und an eine Vertheidigung des linken Elbufers schon nicht mehr gedacht wurde.

Die Preußen gingen theils ohne Weiteres durch den Fluß, theils überschritten sie ihn auf schnell geschlagenen Pontonbrücken, theils rückten sie auf dem rechten Ufer nach Dresden vor. Schwadron auf Schwadron jagte den, in Eilmärschen auf Meißen und Dresden vordringenden Regimentern des Fußvolks voraus. Stundenlange Züge von Kanonen rasselten durch die staunenden Dörfer. Die Preußen waren im Lande, und in gewaltigen Massen, das sah man und konnte man mit Händen greifen. Wo aber blieben die Oesterreicher, und wo war schon am 16. Juni das sächsische Kriegsheer hin verschwunden?

Die Oesterreicher waren nicht gekommen, wie es später hieß, weil König Johann als liebender Landesvater keine Schlacht auf sächsischem Boden gewünscht, in Wahrheit wohl, weil Benedek sich nicht geschwächt sehen, sich vielmehr durch die retirirenden Sachsen gegen die zweite preußische Armee und den linken Flügel der ersten stärken wollte. War jener königliche Wunsch wirklich geäußert, weshalb nahm dann das sächsische Heer eine ganze Woche lang keck die Stellung zwischen Dresden und Meißen ein, und weshalb schob es fast herausfordernd seine Avantgarde bis Großenhain vor? Genug, jetzt am 16., wo das Gros in Dresden und im Gehege neben der Altstadt, der linke Flügel in den Dörfern nach Meißen hin stand, während ein paar Jägerbataillone nach Löbau detachirt waren, begannen plötzlich die Trommeln durch die Stadt zwischen Kammerdieners und Hofgärtners zu rasseln, Hornisten Signale zu geben, Cavallerietrompeten zu schmettern. Massenweise, die Stiefeln über die Hosen heraufgezogen und grüne Reiser auf den Mützen, was in Sachsen zur feldmäßigen Ausrüstung gehört, stürzten die Soldaten aus den Häusern nach den Sammelplätzen; hier himmelblaue Linieninfanterie, dort grüne Jäger. Die Vorhut von Großenhain und die Jäger von Löbau kamen in höchster Eile zurück. Bataillon auf Bataillon zog über die Brücke, um sich mit anderen Truppentheilen zu vereinigen. Zum Widerstand gegen die noch etwa acht Stunden entfernten Preußen? Man wußte es nicht, bis man einen Theil der Armee auf der böhmischen Bahn nach Pirna hin abdampfen sah, während der andere sich in der Richtung nach Dippoldiswalde zurückzog, oder, wie jetzt der militärische Stil in Bayern will, in der Richtung nach Dippoldiswalde vorging.

Ein Königreich für ein Pferd! der alte König folgte dem Rückzug seiner Truppen auf Altenberg. Sachsen war aufgegeben, es ging hinüber nach Böhmen. Eine Proklamation „An meine treuen Sachsen!" die während der Retirade aus Dresden hier angeschlagen und nach andern Orten des Landes versandt wurde, belehrte und tröstete: wegen Vertheidigung des Rechts des schleswig-holsteinischen Bruderstammes und wegen Bundestreue werde man von Preußen angegriffen. Muthig gehe man zum Kampfe für die heilige Sache; denn Gott sei in dem Schwachen mächtig, und der Beistand des ganzen bundestreuen Deutschland werde nicht fehlen. Der König bleibe in der Mitte seines treuen Heeres, wo er sich wie im Lande selbst fühlen werde, und hoffe bald zurückzukehren. Das sächsische Volk möge ihm vertrauen; denn das Wohl desselben sei immer das Ziel seines Strebens gewesen und werde es bleiben. Man sieht, die üblichen Gotteslästе-

rungen, die Augustenburgische Legitimität mit ihren roth demokratischen Helfern, der deutsche Bund heilig gesprochen, der elendeste Egoismus in dem Mantel der Gerechtigkeit und Frömmigkeit gehüllt. Für das Wohl des Volks wollte der gekrönte Satrap Habsburg's immer gesorgt haben und ferner sorgen, und jetzt führte er die Landeskinder auf die Schlachtbank lediglich, um Oesterreich bei seiner alten Stellung in Deutschland und das Haus Wettin bei voller Souveränetät zu erhalten. Auch der Muth wird nicht ungewöhnlich groß gewesen sein. Als der König, so berichtet ein sächsischer Offizier aus dem böhmischen Lager, an dem schwarzgelben Grenzpfahl anlangte, hielt er sein Pferd an und betrachtete geraume Zeit das Zeichen voller Trennung von seinem Lande. Endlich sagte er tief seufzend: „So sei es denn!“ und hinüber ging es in das Land des heiligen Nepomuk. Wie es ihm und den Truppen hier ergangen, ist hier nicht zu berichten. Es genüge, zu sagen, in welche Verfassung die Ereignisse des Juni und der ersten Woche des Juli das Gemüth des Königs versetzt, und welchen Empfindungen die Gefühle des Gottvertrauens, welche die Proklamation ausgesprochen, jetzt Platz gemacht hatten. Ein Brief aus Wien, der über eine Loyalitätsadresse berichtet, die von dort wohnenden Sachsen, Herren und ungebräuchlicherweise auch Damen, um die Mitte des Juli dem damals in Schönbrunn verweilenden König Johann überreicht wurde, erzählt wörtlich und vollkommen naiv: Punkt acht Uhr war der König eingetreten. Der Vorstand der Deputation hatte vor Rührung kaum sprechen können, der König ebenfalls das Weinen nicht zu unterdrücken vermocht, und schließlich hatten alle acht Herren mitgeweint. Der gute König hatte unter Anderem gesagt: „ob und wie werde ich mein Sachsen wiedersehen? Nur die Liebe, Treue und Anhänglichkeit meiner Sachsen erhält mich noch am Leben.“

Es wird Leute geben, welche das rührend finden, zumal der König Johann ein bejahrter Herr ist. Ich vermag diesen Standpunkt nicht zu theilen. Ehrlichkeit ist mehr wie Artigkeit, und auf die Gefahr hin, zu mißfallen, gestehe ich offen, daß ich mich herzlich gefreut habe, die Intrigue am sächsischen Hofe einmal wieder ernten zu sehen, was sie gesäet hat. Edel sei der Mensch! Niemand wird gefallener Größe, auch wenn sie auf feindlicher Seite, den Tribut menschlicher Theilnahme versagen. Hier aber, vor diesem weibischen Weinen um eine halb oder ganz verspielte Krone, ist ein anderes Gefühl am Orte — Ekel, und ich hoffe, den wird jeder rechtschaffene sächsische Mann empfunden haben, der diese Schönbrunner Scene im Leipziger Tageblatt gelesen hat.

Mittlerweile waren am 18. Juni die Truppen Herwarth's v. Bittenfeld, gegen sechzigtausend Mann stark, in Dresden ein und bald darauf weiter gezogen. Preußen hatte in der Person des Generals v. d. Mülbe die Regierung des Landes übernommen, dabei aber die vom König als Stellvertretung seines Gouvernements zurückgelassene „Landescommission“ in gewissem Maße anerkannt und fungiren lassen, was Vielen durchaus nicht nöthig, ja im Hinblick auf Namen wie v. Falkenstein, v. Engel und Schneider sogar unvorsichtig erschien. Am 17. Juni waren inzwischen auch in die Lausitz Preußen eingerückt,

und massenhaft drangen über Zittau, wo der Präsident der zweiten sächsischen Kammer, ein allezeit bereiter Liebediener des Herrn v. Beust, Bürgermeister ist, sowie über Löbau ihre Regimenter nach Böhmen vor. Am 18. erfolgte in der entgegengesetzten Ecke des Landes — „in den westlichen Provinzen" würde ein wohlerzogener Dresdner sagen — die Besetzung Leipzigs, wo von der komischen Landesvertheidigung, welche die famose Odeonsversammlung im Mai beschlossen, selbstverständlich nichts zu spüren war, ja wo die einmarschirenden Dragoner und Gardemänner sogar mit Hochrufen und Blumenspenden empfangen wurden, woraus wir indeß nicht zu rasch auf die Gesinnung der Leipziger schließen wollen. Zwei Tage später schon waren so ziemlich alle wichtigen Punkte, alle Eisenbahnen, alle größeren Städte des Königreichs, mit Einem Worte ganz Sachsen, mit einziger Ausnahme der südvoigtländischen Ecke und der kleinen Festung Königstein, die nur insofern von Wichtigkeit war, als sie den Verkehr auf der Elbe und die Benutzung der Dresden-Prager Bahn hinderte, in der Gewalt der preußischen Occupationsarmee. Wir konnten es jetzt mit den Händen greifen: die Armee eines Kleinstaats ist nur da, um sich als Corps in die des nächsten Großstaats einzureihen, nicht um sich und ihr Land zu vertheidigen. Die unsere war lediglich vor dem Luftdruck, den das anstürmende Preußenheer vor sich hergehen ließ, über die Grenze geschoben worden. Kein Schuß war dabei gefallen, Blut nur in ein paar von den Gerüchten geflossen, die jeder Tag jetzt wie die Pilze nach einem Sommerregen aufschießen ließ, und unter denen namentlich eines, in welchem die Bayern an der Südgrenze allerlei Unfug verübten, immer wieder nachwuchs. Die Preußen hatten, um Sachsen zu nehmen, nur eine militärische Promenade zu machen gebraucht. Sie waren aufgetreten nur als Feinde eines verblendeten Hofes, nicht des Volkes, und wenn sie so schonend als irgend möglich verfahren waren, so hatten sie auch beinahe überall guten Willen, oder doch den Schein guten Willens, und fast nirgends auch nur passiven Widerstand gefunden, der sonst so wohlfeil und von schwachen Trotzköpfen so geschätzt ist.

Selbst in Dresden hatte die Ausfegung der Armee, die, etwas von dem Eisenfresserton der Oesterreicher unter Benedek und Gablenz angesteckt, in der letzten Zeit beträchtlich renommirt hatte, ihren Eindruck nicht verfehlt. Man war ungemein zahm geworden. Die Calculatoren hohen und niederen Ranges, die Patrioten von der Bogenschützengesellschaft, die Hoflieferanten mit ihrem Schweif, das übrige Volk von Spießbürgern und Lakaien mußten wenigstens öffentlich gute Miene zum bösen Spiel machen, und man darf nicht zweifeln, daß ihnen die gewaltige Machtentfaltung und die außerordentliche Behendigkeit der Preußen stark imponirten, und daß ihnen das milde Auftreten derselben in Feindesland vielleicht noch besser gefiel, freilich aber auch nicht, daß sie ihnen eine recht gründliche Niederlage hofften, und schon im Geiste die Ehrenpforte mit Raute und Weiß und Grün bauten, durch welche „unsere Herrschaft" von Böhmen her wieder einziehen sollte. Wo diese Gesinnung sich mit Invectiven hervorwagte, was nach Erholung von dem ersten Schrecken hier und da geschah, wo

Versuche zu spioniren und aufzuhetzen entdeckt wurden, sorgte man preußischerseits, ohne sich sehr zu erhitzen, energisch, daß sich die rechten Begriffe von dem, was jetzt schicklich, bald wieder einstellten. Der berüchtigte Hugo Häpe, bisher die Preßstimmgabel des Herrn v. Beust, nebenher aber zu Allem zu brauchen, wenn es nur schmutzig war, und ein paar Geistesverwandte von der höheren Polizei wurden mit kühler Würde aus dem Lande gewiesen, die Redacteure von zwei Chemnitzer Blättern, die gelinder Wühlerei gegen Preußen die Hand geboten, für ein paar Tage eingesteckt und ihre Journale suspendirt. Die gute Sechsstadt Bautzen entwickelte der Occupation gegenüber ungebührlich viel sächsischen Patriotismus und wurde dabei sogar ein wenig handgreiflich. Sie hatte für solch' unzeitgemäßes Betragen sofort im Belagerungszustand den Daumen auf dem Auge. Chemnitz, wo sonst viel gutpreußische Gesinnung, hielt es in seinen unteren Schichten ebenfalls für angemessen, den Preußen durch Demonstrationen Verdruß zu bereiten und mußte sich in ähnlicher Weise wie die alte Wendenstadt an der Spree dafür einen Zügel in den Mund thun lassen. In Dresden sollten Schanzen errichtet werden, und der Magistrat wurde aufgefordert, auf Kosten der Stadt die dazu nöthigen Arbeiter zu beschaffen. Er bedauerte, loyale Empfindungen ließen die erforderliche Anzahl nicht zusammenbringen. Gut, dann werden wir sie von Berlin verschreiben, lautete die Antwort. Man schrieb, sie kamen — beiläufig fürchterlich aussehendes Volk — und was ein hochlöblicher Rath für einen Gulden hätte haben können, das bezahlte er jetzt mit einem Thaler.

Fragen Sie nach der Stimmung, welche jetzt, etwa fünf Wochen nach erfolgter Occupation und nach der großen Siegeswoche von Nachod, Trautenau, Gitschin und Königgrätz hier zu Lande herrscht, so ist zunächst zwischen den einzelnen größeren Städten, dann zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu scheiden. Im Allgemeinen aber wird man, wenigstens wenn die Zahlen entscheiden sollen, nicht behaupten können, daß das Land seit Ausbruch des Krieges preußenfreundlicher geworden sei. Die Dresdener sind, wie ich von den verschiedensten Seiten höre, nicht zu bekehren, sie schmollen, thun, was sie müssen, und wünschen die Preußen in's Pfefferland. Die Siege der letzteren bewundern sie, aber ohne Wärme, nicht als ob sie für sie erfochten worden. Napoleon's Hereinziehung in den Streit war ihnen eine frohe Botschaft. Sie hätten in Schönbrunn mit weinen können; denn Viele glauben, seit Paris versagt, jetzt preußisch werden zu müssen. Die Angst vor Absetzung unter preußischer Herrschaft soll unter den Beamten allgemein verbreitet sein. Dieselbe Angst grassirt auch in den kleinen Städten, wo man sonst, so viel ich erfahren konnte, bei Weitem gleichgültiger, zum Theil sogar ziemlich gut gelaunt dem drohenden Preußischwerden entgegen sieht. Ideale Hindernisse, Liebe zu Sachsen oder gar zum König und seiner Familie, sind hier selten, eben so aber auch ideale Antriebe, selbst dazu zu thun, um die Annexion zu fördern. Worte sprechen's nicht aus, wie tief gesunken das sächsische Volk in diesen Kreisen, wie schmachvoll charakterlos es in allen politischen Angelegenheiten ist. Geradezu

hirnlos ist es, von einem Selbstbestimmungsrecht solcher Seelen zu reden und sich pathetisch darüber aufzuhalten, wenn sie vorläufig mit dem Lande, auf dem sie vegetiren, als erobertes Gut behandelt werden. Es thut ihnen nicht weh, und es thut ihnen nicht wohl, „ich werde Türke, wenn nur mein Geschäft geht," habe ich schon von verschiedenen Seiten gehört und Aehnliches fast überall, wo ich anklopfte. Fast nur die Höhe der Steuern in Preußen und für die Wohlhabenden die allgemeine Wehrpflicht sind Dinge, die bedenklich machen.

Eine Ausnahme von diesen Apathischen macht ein großer Theil des niedern Volkes und zwar auch in Leipzig. Ursprünglich fast durchgehends ebenso gleichgültig gegen den Staat Sachsen und sein Königshaus, höchstens für demokratische Wühlerei oder Lasalle'sche Inspiration empfänglich, ist dieser Theil des Volkes gegenwärtig, soweit das in Sachsen möglich, fanatisch preußenfeindlich. Der Grund ist leicht gefunden. Niemals begegnet man irgend welcher Begeisterung für den König, wohl aber wird man nicht müde, die Thaten der Armee zu preisen und wo keine solche vorliegen, deren zu erfinden. Eine reiche Mythologie ist in Bezug auf diese seit den ersten Schlachten erblüht. In ihrem Lager ist das Herz dieser Klasse des Volkes; denn in ihr hat es gedient und dienen jetzt seine Brüder, Söhne und Vettern, in ihrem Lager ist Sachsen, was man in Berlin beachten wolle, wenn — was der Himmel gnädig verhüten wird — nur ein Bundesstaat mit preußischer Hegemonie geschaffen werden sollte. Das Erste und Wichtigste müßte dann sein, wenigstens das sächsische Heer zu annectiren und zwar vollständig, d. h. durch einen Fahneneid, der dem König von Preußen und seinen Successoren zu leisten wäre und Niemandem anders.

Denken wir uns Parlamentswahlen in voller Freiheit, so meine ich, daß die große Mehrzahl des Mittelstandes in den kleinen Städten sich gar nicht zur Urne verfügen, daß dagegen die unterste Klasse nur geringer Anregung bedürfen würde, in Masse ihre Stimmen abzugeben, und zwar gegen das Interesse Preußens und Deutschlands, von denen das letztere für unsere Fabrikarbeiter und das übrige Proletariat doch nichts als eine nebelhafte Redensart ist.

Auf die gebildete Klasse in Leipzig und den größeren Fabrikstädten, zu einem kleinen Theil wohl auch in Dresden, hat der Krieg unzweifelhaft günstig gewirkt. Bekehrungen von Sächsischgesinnten von der Farbe gewisser Kreise in der Leipziger Harmonie oder des Patriotischen Vereins werden kaum vorgekommen sein. Wenn man aber mit Leuten, die viel mit Menschen in Berührung kommen, mit Wirthen, Aerzten u. s. w. spricht, oder sich nach der Stimmung in den Schulen erkundigt, die nach der Regel: wie die Alten sungen, so zwitscherten die Jungen ein sehr gutes Feld für Erkundigung bilden, so hat allerdings die Neigung für Preußen in andern Parteikreisen und vorzüglich unter den Liberalen, die bisher in Gefahr waren, über den preußischen Junkern den preußischen Staat zu vergessen, sehr erheblich zugenommen. Aber vom stillen Empfinden zum lauten ungescheuten Aussprechen und nun gar zum Handeln ist ein weiter Weg. Man staunt über Preußens Macht und den intelligenten Gebrauch derselben, man fühlt sich ihm durch sein Geschäft verbun-

den, man begreift, daß es vortheilhaft sein würde, und ehrenvoll und erhebend zugleich, Preuße zu werden; aber man ist zu schlaff und zu ängstlich, sich jetzt schon dazu zu bekennen, und nicht eher wird in diesen Kreisen offen mit der Sprache herausgegangen werden, als bis es entweder nicht mehr nöthig oder zu spät ist.

Julius Königer aus Darmstadt,

der „deutsche Officier“ der „Preußischen Jahrbücher.“

Der Krieg von Deutschen gegen Deutsche auf deutschem Boden, nur erklärbar und verständlich von einem höhern und allgemeinern Gesichtspunkt als das Durchgangsstadium zu endlicher Neugestaltung einer unmöglich gewordenen Gruppirung des bisherigen Machteinflusses der Einzelstaaten auf die Geschicke der ganzen Nation, hat auf beiden Seiten Opfer gefordert, welche in beiden großen Heerlagern, die einander mit den Waffen in der Hand gegenüber stehen, gleich aufrichtig und schmerzlich werden beklagt werden.

Männer wie der bayrische Artilleriegeneral v. Zoller, welchem in dem Treffen bei Kissingen eine preußische Granate das Haupt zerschmetterte, — welcher preußische Geschützführer wird nicht den Heldentod eines solchen Gegners als einen Verlust für Deutschland tief beklagen! Umgekehrt, wird nicht im Lager der Bundesarmeecorps der Heldentod des edlen preußischen Gardegenerals Hiller v. Gärtringen bei Sadowa, auch abgesehen von dessen süddeutscher Abstammung, die gleichen Empfindungen wachrufen?

Die durch Rang und Verdienste hervorragenden Befehlshaber beider großen Heereskörper, welche in diesen Kämpfen gefallen sind, werden ihre Geschichtschreiber finden. Wir dagegen folgen einem uns speziell naheliegenden Pietätsgefühle, wenn wir einem Mann auf bescheidener militärischer Rangstufe, einem einfachen Compagniechef im 8. Armeecorps, aber dennoch Keinem der Geringsten unter den Männern seines Berufes, Vielen bekannt durch seine trefflichen Schriften über die Schlacht von Leipzig und den Feldzug von 1815, aber nur sehr Wenigen dem Namen nach bekannt als der „deutsche Officier,“ welcher in den „Preußischen Jahrbüchern“ die militärische Stimme führte, dem Hauptmann Julius Königer im großh. hessischen 3. Infanterieregiment, in diesen Blättern einen anspruchlosen Denkstein setzen. Der „deutsche Officier“ hat am 13. Juli d. J. in treuer Erfüllung seiner Dienstpflicht den Tod auf dem Schlachtfeld gefunden.

Der Hauptmann Julius Königer, geb. zu Gießen am 21. Mai 1820, war der jüngste Sohn des vor etwa zehn Jahren verstorbenen Generalmajors à la suite Friedrich Engel Königer in Worms. Die Königer's waren wie Wenige ein ächte Soldatenfamilie, reich ausgestattet mit Gaben der mannichfaltigsten Art für ihren Beruf, aber auch außerhalb desselben. Von sechs Brüdern des Vaters hatten außer ihm selbst nicht weniger als noch vier die

militärische Laufbahn eingeschlagen und, ohne durch Geburt oder Protektion begünstigt zu sein, durch Verdienst und Talent allein von den untern zu den obersten Rangstufen der militärischen Hierarchie in den Feldzügen der Rheinbundsperiode in verschiedenen Waffengattungen sich ehrlich heraufgedient. Nur einer der Brüder trat als Hauptmann aus dem aktiven Dienst, ein anderer verstarb als Major, ein dritter als Oberstlieutenant, der zweitälteste gleich dem Vater von Julius, als Generalmajor à la suite. Unter diesen Umständen ist es leicht erklärlich, daß auch jener frühzeitig aus freier Neigung sich die militärische Laufbahn erwählte. Der Vater konnte nichts dawider haben, wußte aber die leicht eintretende Veräußerlichung des begabten Sohnes in der blos praktischen Berufsübung des gewöhnlichen Garnisondienstes dadurch zu verhüten, daß er Julius mit dem älteren Bruder und einem Stiefbruder, welche sich auf das juristische Studium vorbereiteten, eine Reihe von Jahren das von Dr. Wiegand trefflich geleitete Gymnasium in Worms besuchen ließ. Königer hat das später seinem Vater sehr gedankt. Aus eigener Erfahrung pflegte er später als Schriftsteller über die Reformen im deutschen Militärstand eine ordentliche Gymnasialbildung der Officiere in erste Linie zu stellen. Im Jahre 1836 nach zurückgelegtem sechszehnten Lebensjahr trat Königer als Gemeiner im 3. Infanterieregiment ein, wurde in Kurzem zum Cadet, im Jahre 1842 zum Lieutenant, 1849 zum Oberlieutenant im 2. Regiment, aber nach dem in kleinern Armeen oft sehr langsamen Avancement erst 1859, fast schon ein Vierziger, zum Hauptmann befördert und in das 3. Infanterieregiment zurückversetzt. Er war häufig Mitglied der Officierprüfungs-Commission und ist zu verschiedenen militärischen und militärwissenschaftlichen Ausarbeitungen von seiner vorgesetzten Behörde benutzt worden. Anfang der 1860er Jahre richtete er, vom Kriegsministerium dazu committirt, das Turnen bei unserem Militär ein, nachdem er zuvor im Auftrage des Kriegsministeriums die desfallsigen Anstalten in Berlin, Dresden und Stuttgart besucht hatte. Er unterrichtete die Officiere, die als Turnlehrer benutzt werden sollten, und arbeitete das Reglement für den Turnunterricht im Militär aus. In neuester Zeit hielt er in der Militärschule die Vorlesungen über die Geschichte.

Da Königer nur mit sehr kurzer Unterbrechung Darmstadt zur Garnison hatte, so gab dem jungen Officier der Aufenthalt in der Residenz reiche Gelegenheit sowohl zu seiner allgemeinen, als zu der speziell militärischen Ausbildung. Er wußte sie trefflich zu benutzen, namentlich durch persönlichen Verkehr mit der im Verhältniß zu der Kleinheit des Heerkörpers, dem sie angehörten, großen Zahl solcher Glieder des Darmstädtischen Officiercorps, welche umfassenderen und tiefergehenden militärwissenschaftlichen Studien auf allen Feldern dieses weiten Gebietes zu leben pflegten, und aus deren Mitte bekanntlich schon seit Langem eine sehr geschätzte militärische Zeitschrift hervorgeht. In dieser Zeitschrift machte der Oberlieutenant Königer die ersten schriftstellerischen Versuche in seinem Fache. Daneben hatten für ihn geschichtliche Studien und eine gründlichere Orientirung auf dem Felde der Politik, vorzüglich seit den Bewegungen des Jahres

1848, eine besondere Anziehungskraft. Aber seine Natur war universeller angelegt, namentlich nicht angethan sich im Verkehr mit geachteten Kameraden und mit Fachbestrebungen allein genug zu thun. Nicht nur lebte er gern und viel mit Personen aus dem Civilstand, sondern vornehmlich mit gelehrten und künstlerischen Kreisen der Residenz. In einer überaus geistesfrischen Gruppe jüngerer Philologen und Theologen, welche um die Jahre 1847—52 sich in Darmstadt als Lehrer in öffentlichen und Privatstellungen zusammengefunden hatten, — unter ihnen am Meisten bekannt geworden der sangesreiche, hochberedte und patriotische Wilhelm Baur, der Verfasser wohlgelungener Lebensbeschreibungen des Freiherrn vom Stein und des alten Ernst Moritz Arndt, sowie des trefflichen, unserem Königer mit gewidmeten Buches: „Geschichten und Lebensbilder aus der Erneuerung des religiösen Lebens in den deutschen Befreiungskriegen" — wurde der Oberlieutenant Julius Königer ein immer beliebterer Genosse. Es war dies vornehmlich die Zeit, in welcher ein lebendigeres Interesse für die religiösen Fragen der Gegenwart und für die kirchliche Seite des öffentlichen Lebens in dem nach allen Seiten offenen Gemüthe des edeln Mannes erwachte. Der vorgenannte Kreis hatte aus einem nicht etwa von oben provocirten und gepflegten, vielmehr völlig naturwüchsigen Bedürfniß und frei aus der Macht des Gedankens und gründlicher Unterrichtung hervorgegangener Ueberzeugung, in religiösen Dingen eine mehr positive, gegen den Rationalismus der Darmstädtischen Durchschnittsbildung sich oppositionell verhaltende Richtung eingeschlagen. Der Gedanke einer freiheitlichen, nationalen Gestaltung des deutschen Vaterlandes, aber auf einer tiefern religiösen Bildung, als die seit dem letzten Jahrhundert herkömmlich gewordene, beruhend, war derjenige, von welchem jener jugendliche Kreis erfüllt war. Auch bei Königer fand dieser Gedanke nach seiner ernsten Denkart, seiner bei allen Gegenständen von höherem Belang in die Tiefe gehenden Sinnesweise, einen empfänglichen Boden. Es kam die Zeit des Ministeriums Gagern in Darmstadt und dann des Reichsministeriums in Frankfurt, die Zeit des deutschen Parlaments. Mit großer Lebendigkeit ging die sympathische Strömung jenes Kreises, ungeachtet vieler sonst disparaten Elemente, zu der Centrumpartei des Parlaments, auf welche Heinrich von Gagern sich stützte, hinüber. Man gründete eine eigene Wochenschrift: „Politisch-Kirchliche Blätter," in welcher schöne Begabungen zum Vorschein kamen, edle Kräfte sich regten, die trefflichsten Gesinnungen zur Aussprache gelangten, zum Theil mit hinreißender Frische vorgetragen in jugendlichem Gewand. Ohne erheblichen Einfluß auf das Ganze, mit um so nachhaltigerer Wirkung aber auf viele der Mitarbeiter, mußten die Blätter nach zwei Jahren wieder eingehn. So weit uns bekannt, sind darin Königer's erste Versuche auf dem politischen Felde zu suchen, obschon ihn damals die Aufstände in Baden mit dem hessischen Armeecorps längere Zeit in die obern Gegenden Deutschlands führten.

Gerade in jene Zeit — etwa um 1850 — fällt die nähere Bekanntschaft des Unterzeichneten mit Königer. Nicht etwa die zwischen Beiden stattfinden-

den verwandtschaftlichen Beziehungen, sondern eine beiden Theilen gleich wohlthuende Gemeinsamkeit in allem Wesentlichen der politischen, nationalen und religiös-kirchlichen Anschauungen, constatirt durch des Verfassers wenige Jahre früher erschienene Schrift: „der deutsche Protestantismus, seine Vergangenheit und seine heutigen Lebensfragen," war dasjenige, was den Officier mit dem um wohl zehn Jahre ältern Theologen immer näher zusammen führte. Es ward daher dem Verfasser eine ernstliche Angelegenheit, der ebenso gediegenen als vielseitigen Kraft einer sich immer mehr ausreifenden Kernnatur, so viel an ihm lag, die Wege bahnen zu helfen zu Wirkungen mehr auf's Große und Ganze. Das unter dem Ministerium Manteuffel nach der Demüthigung in Olmütz von den Männern der Fraktion Bethmann-Hollweg gegründete „Preußische Wochenblatt" gewann in Folge dessen an Königer einen der thätigsten Mitarbeiter nicht blos in Militärartikeln; denn auch ihm hatte die Canossa-Scene des preußischen Premier tief in die Seele geschnitten. Was demnächst die „Preußischen Jahrbücher" in der Person Königer's gewonnen zu haben sich rühmen und freuen durften, das mag die Redaction selbst bezeugen, unter Anderem durch Aufzählung der zahlreichen, werthvollen und sicher nicht wirkungslos gebliebenen Beiträge, welche er zu dieser Zeitschrift geliefert hat. *) Auch machte Königer auf zweien Reisen nach Berlin und in die preußischen Staaten, wo er durch seine Gattin verwandtschaftliche Verknüpfungen besaß, die persönliche Bekanntschaft des Herrn von Bethmann-Hollweg, mehrerer Männer aus dessen Kreise, etlicher ihm freundlich entgegen kommender Officiere der dortigen Garnison, sowie mehrerer theologischen Notabilitäten. Man war ihm behülflich zu Sammlung von Materialien zu seinen 1864 und 1865 endlich erschienenen und ehrenvoll anerkannten Schriften: „Die Völkerschlacht bei Leipzig, für Deutschlands Schule und Haus dargestellt. Leipzig, S. Hirzel, 1864." und: „Der Krieg von 1815 und die Verträge von Wien und Paris, ebendaselbst 1865." Auf dem Rückweg schloß er auch persönliche Freundschaft mit den Vertretern der „Preußischen Jahrbücher." Desgleichen trat er, als Ausgangs der fünfziger Jahre im benachbarten Frankfurt die „Zeit" erschien und nach dem Eingehen derselben die „Süddeutsche Zeitung" von München dorthin übergesiedelt war, mit den Redactoren derselben als Mitarbeiter in persönliche Verbindung.

So hatte Königer neben der Erfüllung seiner speziellen Berufspflichten, mit denen er es so ernst nahm wie irgend Einer seiner Standesgenossen, und neben seiner militärischen Schriftstellerei, neben den Studien zu seiner Fortbildung in den Kriegswissenschaften, in Beziehung auf welche von Clausewitz, in der Geschichte, in Beziehung auf welche Ranke, Giesebrecht, Sybel, Häusser seine Lieblinge waren, mit den Jahren eine seiner trefflichen Bega-

*) Es genügt, unsere Leser an die durch mehrere Hefte sich hindurchziehenden militärischen Briefe aus Süddeutschland, an die Artikel zur Verständigung über die Frage der preußischen Heeresreorganisation, an die Aufsätze über den Krieg in Nordamerika und in Schleswig-Holstein zu erinnern. D. R.

bung und universalen Neigung vollkommen entsprechende Thätigkeitssphäre gewonnen. Er arbeitete als klarer Kopf mit verhältnißmäßig großer Leichtigkeit; selten bedurfte das Manuskript, das er zu Papier gebracht, einer Umarbeitung oder erheblichen Nachcorrektur. In seinen letzten Jahren sammelte er für eine Lebensbeschreibung Blücher's. Der Tod hat die Vollendung des Werkes verhindert; es wäre die erste des Helden würdige Biographie geworden.

Welchen Zuwachs an Frische gewann aber Königer's Leben, welch' höhern Grad von Freudigkeit sein Arbeiten, seitdem er 1849 sich mit Adolphine Koch, der Tochter eines preußischen Regierungsrathes in Coblenz, verbunden hatte! Aus Ehrfurcht vor der Trauer der Wittwe bescheiden wir uns alles Weiteren. Sie war die vollkommen ebenbürtige Gattin unseres Freundes. Vier vielversprechende Kinder wurden ihm von ihr geschenkt. Die gleiche Rücksicht verbietet uns von Königer's Brüdern ausführlicher zu reden: von dem ältern, Landrichter in Seligenstadt am Main, von dem zweiten, als Stiefbruder aus der zweiten Ehe des Vaters mit der verwittweten Frau Mohrmann aus Hamburg, dem Königer'schen Familienkreis zugeführt, gewöhnlich der Bruder Mohrmann genannt, Bezirksgerichtsrath in Alzey. Es genügt zu sagen: drei Brüder, jeder von ihnen des andern werth, drei Herzen und Ein Schlag!

Einem Manne der, wie Julius Königer, nicht dem flatternden und alle Besonderung spiritualistisch verflüchtigenden, nach großartigen kosmopolitischen Anläufen oft nur allzu rasch in's philiströs Enge und Kleinliche zusammenschrumpfenden Humanitarismus verfallen war, sondern welcher als klarer, nüchterner deutscher Mann in ächter Humanität und Universalität vom gediegenen Centrum seiner Berufsstellung aus mit warmem Interesse und gleicher Liebe Staat, Familie, Kunst und Wissenschaft zu umfassen strebte, — einem Solchen konnten auch, selbst wenn er nicht einst Genosse jener politisch-kirchlichen Sodalität in Darmstadt gewesen wäre, die höchsten Interessen des Menschen, der Sinn für das Ewige nicht gleichgültig sein, besonders nachdem er Familienhaupt geworden war. Sein häusliches sowohl wie sein öffentliches Wirken auf diesem, dem religiös-kirchlichen Gebiete darzustellen, verzichtet der Verfasser nur deshalb, weil besser an anderer Stelle davon die Rede sein wird als in einer Zeitschrift, deren Leser, wie billig, in Königer vor Allem den militärischen Schriftsteller, den politisch einsichtigen Patrioten verehren. —

Es war am 5. Mai d. J., als der Unterzeichnete zum letzten Mal an Königer einige Zeilen richtete, — Worte des wärmsten Dankes für die gastliche Aufnahme, welche er, Reconvalescent von zwei im letzten Jahr unter Gottes Hülfe glücklich überstandenen schweren Krankheiten, bei einer Frühlingsreise nach etlichen Städten des mittleren Deutschlands, in Darmstadt, namentlich auch im Hause Königer's, gefunden hatte, Worte der lebendigen Anerkennung für die liebreiche Aufmerksamkeit, welche ihm dort von Freunden und Freundinnen gewidmet worden war. Der Brief pries den Freund als einen beglückten Mann, der sich solcher Frau, solcher Kinder, solcher Brüder, solcher Freunde rühmen könne.

Aber schon zogen sich damals in der Ferne die Wolken des nur einige Wochen später zum Ausbruch gelangenden Kriegsgewitters zusammen; am Horizont trat immer deutlicher die politische Katastrophe hervor. Im Angesicht der letztern, wie oft weilten unsere Gedanken bei Julius Königer, dem „deutschen Officier!“ Unmittelbar nach Pfingsten führten uns Geschäfte nach Frankfurt a. M. Schon war die großherz. hessische Division mobilisirt. Im Wagen der Eisenbahn stießen wir auf Officiere vom 3. Infanterieregiment. Es stand im Kantonnement in und um Pfungstadt. Wir gaben einem Oberlieutenant unsere Karte und Freundesgruß mit an Hauptmann Königer. Es sollte der Scheidegruß sein! Nur ein flüchtiger Besuch war uns bei dem kurzen Anhalt in Darmstadt bei Königer's Gattin und Kindern vergönnt. Vor acht Tagen war der Vater auf Tagesurlaub bei ihnen zu Besuch gewesen, Gott sei Dank! frisch und gesund. Es war der letzte Besuch des Hausvaters bei den Seinigen. Noch konnten wir aus den Mienen der letztern nicht etwa eine ernste Besorgniß herauslesen. Uns dagegen schwebten bange Befürchtungen vor der Seele.

Niemals war Einer der Königer's dessen uneingedenk geworden, zu was ihn sein Fahneneid verpflichtete, was die seinem Landesfürsten und obersten Armeechef beschworene Dienstpflicht von ihm erheischte. Sie waren Alle ohne Unterschied brave Officiere und im Kampfe niemals die Letzten gewesen. Wir kannten unseren Freund auch von dieser Seite; wir wußten bestimmt, wessen wir uns, unangesehn die politische Configuration Deutschlands, von dem ebenso gewissenhaften, als muthigen Manne zu versehen hatten.

Am Leben bewahrt in den blutigen Schlachten von Smolensk und Borodino vor den Geschossen der Russen, schon bei Badajoz und Talavera vor dem Feuer der Engländer wie vor den wohlgezielten Kugeln der Guerilleros, waren einst der Vater und die Oheime in die Heimath zurückgekehrt. Von diesen Königer's war zwar kein einziger etwa eine imponirende Heldengestalt gewesen, weder zu Roß, noch zu Fuß. Sie waren Männer von blos mittlerer Statur, in ihren spätern Tagen wenigstens eher schmal, als breit, wie auch unser Freund. Bei denjenigen der Oheime, welche wir persönlich gekannt zu haben uns freuen, dem Cavallerieobersten und späteren General a. D. wie bei dem hochbetagten Oberstlieutenant, konnte zu dem militärisch strammen und biederen Wesen zu Zeiten ein Zug milder, herzgewinnender Freundlichkeit hinzukommen, welchen besonders Julius geerbt hatte. Aber alle besaßen bei einer seltenen, auf Seiten des Oberstlieutenant beinahe fabelhaften Bedürfnißlosigkeit, einen Fond von physischer Kräftigkeit und Gesundheit, welchem weder Hitze noch Kälte, weder der Regen von oben noch die Feuchtigkeit von unten etwas anzuhaben vermochte. Der Gluthhitze am Tage, den für Nordländische so mörderischen Augustnächten Spaniens, wie dem eisigen Hauche der Schneegestöber an der Beresina hatte die eiserne Beschaffenheit dieser echten Soldatenkörper Trotz geboten.

Wenn doch auch jetzt ein Leben von seltenem Werth auf gleiche Weise von der göttlichen Vorsehung bewahrt geblieben wäre!

Seit am 14. Juni die Kriegserklärung des Bundestags an Preußen erfolgt war, vermochten wir die Bewegungen der großh. hessischen Division, insbesondere des 3. Infanterieregiments unter dem Obersten von Ochsenstein, nicht specieller zu verfolgen. Erst seitdem mit Anfang Juli das ganze 8. Armeecorps aus Oberhessen heranziehend, dichter an der Mainlinie östlich von Frankfurt Stellung nahm, gewannen wir davon einige Kenntniß, zugleich von dem ersten blutigen Zusammenstoß dieses Corps und der Bayern mit dem preußischen Heere in Aschaffenburg und der Umgegend. Noch steht, während wir dies schreiben, die hessische Division im Felde und es ist uns darum nicht gelungen etwa aus dem Munde von Officieren genauere Kunde über die Dispositionen des hessischen Divisionschefs und die Aufgabe, welche in denselben Königer's Regiment, Bataillon und Compagnie zugewiesen worden ist, zu erlangen. Nur so viel wissen wir nach Berichten von Preußen im Frankfurter Journal. Als am 13. Juli die Brigade Wrangel gerade im Begriff war, aus den Defileen des Spessarts bei Hain vorzurücken, wurde ihr gemeldet, daß feindliche Cavallerie und Infanterie von Laufach her längs des Eisenbahndammes auf Hain im Anmarsche wären. Die Preußen schoben das Füsilierbataillon des 55. Regiments vor, nahmen das Dorf Laufach, besetzten den Eisenbahnhof und den davor liegenden Einschnitt, den sie zur Vorpostenstellung bestimmten. Oberst v. d. Goltz erhielt den Befehl, mit seinen drei Bataillonen und einer Escadron die Vorpostenstellung einzunehmen und das vorgedrungene Füsilierbataillon abzulösen.

Während dessen rückte der Feind vor und die preußische Brigade nahm das Gefecht stehend an.

Das Dorf Frohnhöfen in der Fronte war mit 3 Compagnien besetzt, rechts und links die Höhen mit 6 oder 7 Compagnien und etwas vorwärts des Eisenbahnhofes standen die anderen Truppen als Reserve. Der Feind ging auf allen Punkten zum Angriff über, so daß successive nach dem Dorfe Frohnhöfen und nach der linken Flanke mehrere Compagnien zur Unterstützung gesandt werden mußten. Den Hauptangriff machte der Feind gegen den rechten Flügel der Aufstellung. Die Brigade Wrangel sah sich genöthigt, die Batterie und die Escadron dorthin zu dirigiren und auch das 1. und 2. Bataillon 55. Regiments dahin zu schieben.

Ein Offensiv-Stoß des Oberst v. d. Goltz von den Höhen herab, in Verbindung mit dem Vorgehen der Escadron Schmidt, und das Feuer der 12pfündigen Batterie schlugen auch diesen Angriff ab, und beim Dunkelwerden zog sich der Feind auf allen Punkten gegen Aschaffenburg zurück, mehr wie 100 Gefangene, sehr viel Verwundete und Todte, so wie einen großen Theil seines Gepäcks zurücklassend.

So viel uns bekannt geworden, waren es bei Frohnhöfen Abtheilungen der hessischen Division, darunter Königer's Regiment, welche sich, wie selbst der preußische Bericht deutlich erkennen läßt, gegen das 55. Regiment mit großer Bravour schlugen. Ströme von hessischem Blute sind dort vergossen worden, unter ihnen auch das Blut unseres Freundes.

Eine uns zu Ohren gekommene Sage berichtet, daß Hauptmann Königer zuletzt mit nur wenigen Soldaten seiner Compagnie einen Bauernhof zu behaupten gesucht habe. Es kam zum Handgemenge, so daß Königer vom Degen Gebrauch zu machen genöthigt war. Er focht auf's Tapferste, seiner Väter würdig. Da durchbohrte ihm eine Kugel den Hals und entseelt sank er zu Boden!

Königer billigte die Art, wie der Krieg durch Preußen eingeleitet wurde, nicht. Allein er war, wie viele Andere, im Irrthum über die Ziele der preußischen Politik, der er nur kleinliche Eroberungssucht damals zutraute. Er hielt dafür, das Recht sei auf Seiten des Bundes und that darum, wenn auch mit schwerem Herzen, seine Pflicht. Als aber die preußische Action in ihrer ganzen Großartigkeit an den Tag trat, als es immer klarer wurde, daß es einer gänzlichen Umgestaltung Deutschlands zum Besseren gelte, da änderte er entschieden seine Ansicht. „Zwei Tage vor seinem Tode — so lautete der Bericht eines ihm befreundeten Mannes — sprach er sich voller Freude und Anerkennung über die preußischen Erfolge aus, nannte die ganze Action in militärischer Beziehung eine so großartige, wie sie seit den Napoleonischen Kriegen nicht dagewesen sei, bemerkte, daß das Land, welches einer solchen Kraftäußerung fähig sei, auch die glänzendsten Erfolge verdiene, und daß die Hand, die die verantwortliche Leitung habe, nur eine staatsmännische genannt werden könne. Den Schritt Oesterreichs, durch Abtretung Venetiens an Frankreich dessen Einmischung zu provociren, verurtheilte er auf's Entschiedenste und erklärte aus der hessischen Armee auszutreten, sobald Frankreichs Einmischung auf Oesterreichs und dessen Verbündeten Seite Thatsache werde. Donnerstags erhielt er noch Besuch von seiner Frau, Freitag den 13. besuchte ihn sein sechszehnjähriger Sohn Karl, begleitete ihn auf dem Zug nach Aschaffenburg bis dahin. An demselben Tage Abends um die Zeit von 8 Uhr etwa traf ihn eine feindliche Kugel, an der Spitze seiner Compagnie, an den ersten Häusern von Frohnhöfen."

Schon am 14. ereilte uns die Trauerkunde.

Wer empfände nicht das Tragische von Königer's Heldentod? Das Herz des Mannes, der so redlich in den Reihen seiner Landsleute mitgefochten, das Herz, das aber zugleich so lebendig für eine einheitlichere Gestaltung der Staaten Deutschlands unter preußischer Spitze gefühlt, das Herz des „deutschen Officiers" hörte durch eine preußische Kugel auf zu schlagen!

Es war so Gottes Wille gewesen. Königer hatte stets demselben sich willig gebeugt. Beugen auch wir uns demselben in gleicher Demuth!

Wenn auch nicht im Auftrag, doch gewiß im Namen Vieler sei hiermit dem seltenen Manne, dem unvergeßlichen Freunde und Landesgenossen, dem „deutschen Officier" der deutsche Eichenkranz mit der weißrothen Schleife unseres Hessenlandes, und, zwar nicht das Lorbeerreis des Siegers, wohl aber, was mehr ist, der Palmzweig des Ueberwinders auf das frische Grab gelegt! Ruhe seiner Asche! Ehre seinem Gedächtniß!

Heidelberg, 29. Juli 1866. Dr. Hundeshagen.

Politische Correspondenz.

Berlin, 10. August.

Das Sprichwort von der Langsamkeit der Deutschen ist gleich so vielen anderen Habseligkeiten der alten Zeit durch die jüngste Epoche der deutschen Revolution in die Rumpelkammer geworfen worden. Abermals liegt eine Welt von Ereignissen hinter uns, und die monatliche Rundschau vermag kaum dem Geschehenen zu folgen. Die Hülfe des Auslands, die Oesterreich würdelos angerufen, versagte, und erst als unsere Heere in unaufhaltsamem Vormarsch bis dicht vor die Mauern Wiens und Preßburgs drangen, demüthigte sich Oesterreich vor dem Verhaßtesten seiner Feinde. Das war ein schöner Tag, da die Weise des „Heil dir im Siegerkranz" zum ersten Male seit fünfzig Jahren mit dramatischer Wahrheit zu Ehren eines siegreich heimkehrenden preußischen Königs erklang, und die Victoria auf dem Thore wirklich ihren Einzug hielt in die Hauptstadt. Jener sittliche, echt deutsche Geist, der die Kämpfenden beseelte, ist auch nach dem Siege im Volke lebendig geblieben: Jubel und dankbare Freude überall, doch nirgends ein Wort selbstgefälliger Ueberhebung.

Auch die Friedenspräliminarien bezeugen, daß es ein deutscher Krieg war, den Preußen führte. Der Sieger trug kein Verlangen nach den halbslawischen Nachbarprovinzen, die einem deutschen Staate ein zweifelhafter Gewinn sein würden; er versagte sogar dem Heere den ersehnten und redlich verdienten Triumph des Einzugs in der feindlichen Hauptstadt. Er beendete den Krieg, sobald Oesterreich sich bereit erklärte, aus dem Bunde auszuscheiden, Preußen in Deutschland freie Hand zu lassen und dergestalt Deutschlands Unabhängigkeit anzuerkennen. „Wir wollen keine Eroberungen in Deutschland, äußerte einmal ein offenherziger österreichischer Staatsmann, wir wollen abhängige kleine Fürstenthümer wie Modena und Toscana rings um unsere Grenzen." Damit war der Grundgedanke jener Staatskunst ausgesprochen, welche die nüchterneren Köpfe am Wiener Hofe jederzeit gegen uns befolgt haben. Auf dem Felde von Königgrätz hat sie ihr Ende gefunden. Eine lange Reihe jener kleinen Vasallen, durch deren Hülfe Oesterreich uns beherrschte, wird ihre Selbständigkeit verlieren; die Einverleibung von Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt scheint gesichert. Unsere Geschichte läßt sich nicht abbringen von dem Wege, den sie seit zwei Jahrhunderten eingeschlagen; durch Annexionen rücken wir dem Ziele, der Einheit Deutschlands, näher. Der Frieden, welcher aus diesen Präliminarien hervorgeht, wird der glorreichste sein, den Preußen je geschlossen, aber er schafft nur provisorische Zustände, die binnen wenigen Jahren zu neuen Staatsumwälzungen, vielleicht zu neuen Kriegen führen müssen. An der Nation ist es nun, das Werk der preußischen Waffen im Frieden weiterzuführen und durch die Beharrlichkeit und die Leidenschaft dieser nationalen Arbeit die Meinung Europas für unsere große Sache zu gewinnen. Italiens jüngste Geschicke lehren, welch' eine Macht die öffentliche Meinung selbst in diesen cäsarischen Tagen

besitzt — die wirkliche öffentliche Meinung, die in Fleisch und Blut aller Welt eingedrungene Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer politischen Veränderung. Nicht allein auf den Schlachtfeldern Böhmens wurde Venetien den Italienern erobert; die Erwerbung ward vorbereitet durch die friedliche Arbeit der Nation. Aus der Energie und Bestimmtheit der nationalen Forderungen Italiens schöpfte Europa die Einsicht, daß dies Verlangen unabweisbar sei. So geschah, daß Italien durch Niederlagen sich eine Provinz eroberte, und zur Nothwendigkeit ward, was der ganzen Welt nothwendig schien. Auch uns kann es gelingen, durch den nachhaltigen Ernst unserer nationalen Politik die Nachbarn dahin zu bringen, daß sie in einer nahen Zukunft die Vollendung unserer Einheit wie ein unabwendbares Naturereigniß hinnehmen. Die Thaten in Böhmen haben uns das gute Recht, fröhlich und herzhaft zu hoffen, wiedergegeben, das wir in der dumpfen Enge unseres kleinen Lebens fast verloren hatten. Die schwere Arbeit, welche jetzt beginnt, wird uns erleichtert durch das Bewußtsein, daß wir sie aufnehmen müssen nicht für uns allein, sondern zum Segen der Welt. Ein Zeitalter wahrhafter Civilisation, gesicherten Weltfriedens kann nicht eintreten, so lange der nationale Staat der Deutschen nicht vollendet ist.

Die Reife unserer politischen Einsicht muß sich zunächst darin bethätigen, daß wir uns zu bescheiden wissen und uns vorderhand mit einem norddeutschen Bundesstaate begnügen. Es ist ein Irrthum, wenn so mancher warmherzige Mann im Süden uns Norddeutschen heute vorwirft, daß wir in beschränktem Uebermuthe dem Süden zuriefen: „Wir brauchen Euch nicht.“ Wir brauchen Euch wohl; ohne die Schwaben und Bayern bleibt der deutsche Staat ein Rumpf, das weiß jeder gute Kopf im Norden. Auch der Tadel, daß wir Deutschland zerreißen wollen, trifft uns nicht. Eine lebendige Gemeinschaft des geistigen und des wirthschaftlichen Lebens verband uns bisher mit dem Süden; diese Gemeinschaft, die in solcher Innigkeit zwischen uns und den Deutsch-Oesterreichern nicht bestand, soll und wird fortdauern, trotz der begreiflichen Erbitterung, welche der Uebertritt des Südens zu unseren Feinden im Norden erregt hat. Politisch waren wir unverbunden. Der deutsche Bund war nur ein Name, und eine Gemeinschaft, die nicht bestand, kann auch nicht zerrissen werden. Bereits droht das Schlagwort „Mainlinie!“ in ähnlicher Weise sinnverwirrend auf die deutsche Welt zu wirken wie bis vor Kurzem das Schreckgespenst „Bismarck.“ Dem kalten Kopfe stellt sich die Frage also: ist es möglich, die politische Einigung, die nicht blos befestigt, sondern erst geschaffen werden soll, sogleich über das ganze Deutschland zu erstrecken? Hierauf kann ein besonnener Mann nur mit Nein antworten.

Zunächst steht der Widerspruch des Auslandes einem gesammtdeutschen Bundesstaate entgegen. Nur wenige Deutsche wissen, welche unabsehbaren Combinationen man in der Fremde an die Einigung Deutschlands zu knüpfen pflegt. Thorbecke, der klarblickende Staatsmann, der nüchterne Holländer, sagte schon zur Zeit des Ministeriums Auerswald, wenn Norddeutschland jemals einen Staat bilde, so seien die Tage der niederländischen Selbständigkeit gezählt. In

Petersburg ist die Sorge, das einige Deutschland möge seine Hand ausstrecken nach den Ostseeprovinzen, weit lebendiger als man bei uns wähnt. So ausschweifende Pläne müssen, wie sich von selbst versteht, der deutschen Politik für jetzt und vielleicht für immer fern bleiben. Aber schon das Vorhandensein eines solchen Argwohnes im Auslande beweist, wie Großes die Fremden von der Attractionskraft eines nationalen Staates in der Mitte des Festlandes fürchten. Bisher getrösteten sie sich nur des Glaubens, das Schreckbild der deutschen Einheit werde nie in's Leben treten, sie gewöhnten sich während der langen Epoche preußischer Unentschlossenheit die Macht Preußens zu unterschätzen, und nun, da Preußens Fahnen am Neckar und an den Karpathen flattern, geht ein schier komischer Schrecken durch das Ausland: man weiß sich solche Erfolge nur durch ein Wunder, durch die Zauberkraft der Zündnadel zu erklären. In England und Italien schlägt allmählich die Einsicht durch, daß Deutschlands Einheit eine heilsame Nothwendigkeit ist; alle anderen Völker schauen mißtrauisch auf die neue Macht, die bei uns emporsteigt. Unsere Politik hat guten Grund, ebenso vorsichtig als kühn zu verfahren; namentlich Frankreich gegenüber ist Vorsicht geboten.

Die Haltung des Kaisers Napoleon beim Beginne des deutschen Krieges hat ihm neuen Anspruch auf den Namen eines großen Staatsmannes gegeben. Er kennt die mannichfache innere Verwandtschaft der beiden demokratischen Militärmächte Preußen und Frankreich, er wünscht ein starkes wohlarrondirtes Preußen als einen sicheren Verbündeten, und dem Emporkömmlinge muß das Entstehen neuer illegitimer Throne neben dem seinen willkommen sein. Schon in seinen Jugendschriften wirft er dem preußischen Staate vor, daß dieser die wohlwollenden Absichten seines Oheims mißkannt habe — als ob die Herrschsucht Napoleon's I. eine wirkliche Großmacht neben sich hätte dulden können. Gleichviel, der Kaiser, bewunderungswürdig klar und sicher in seiner eigenen Politik, doch ein Phantast in seiner abgöttischen Verehrung gegen Cäsar und Napoleon I., wähnt durch die verständige Begünstigung der preußischen Macht in der That eine altnapoleonische Idee zu verwirklichen. Aber Größeres als die Einigung von Norddeutschland will er nicht dulden, und wenn er es wollte, so würde seine Nation ihre Stimme dawider erheben. Uns kommt zu gute, daß des Kaisers eigene Feinde, Orleanisten und Clericale, heute am lautesten wider „die neuen Kroaten Friedrich's des Großen" toben. Dennoch ist die Mißgunst gegen Preußens Kräftigung unleugbar die in Frankreich vorherrschende Gesinnung. Eine mit Recht auf ihren Kriegsruhm stolze Nation kann es nicht gelassen hinnehmen, wenn die Welt plötzlich die Frage erhebt: ist Euer Heer wirklich noch das erste der Welt? Vergeblich versuchen die kaiserlichen Blätter zu beschwichtigen, indem sie versichern, das geeinte Norddeutschland sei schwächer als das Siebzigmillionenreich der Mitte, welches bisher — nur in der Einbildung bestanden hat. So armselige Sophismen finden nirgends Glauben; das Machtverhältniß auf dem Continente ist in der That zu unseren Gunsten verschoben. Nicht blos die Bekenner jener altfranzösischen Politik, welche Frankreichs Größe in der Schwäche

der Nachbarn suchte, auch ein guter Theil der freier gesinnten Jugend schaut mit Unmuth, wie der Sieger von Waterloo Frankreichs alte Bundesgenossen unterwirft. Der gebildete Franzose kennt von unserem Lande nur den Süden; Preußen gilt ihm als eine mehr russische denn deutsche Macht. Die Lehre von dem sogenannten reinen Deutschland ist in Frankreich populär seit den Tagen des Rheinbundes, sie drang tiefer in das Volk, als Börne und seine Genossen von Paris aus die Doctrinen des süddeutschen Radicalismus verbreiteten, und eine starke Einwanderung von zumeist süddeutschen Gewerbtreibenden in die französischen Städte zog. Die Macht dieser populären Vorurtheile, die unsterbliche nationale Sehnsucht nach der Rheingrenze, der bittere Haß der ultramontanen Hofpartei wider den norddeutschen Staat — das Alles drängt beirrend auf die Mäßigung des Kaisers ein. Die Gefahr ist größer, näher, als unsere Presse wähnt. Es ist heute kein Geheimniß mehr, daß der Kaiser oft geschwankt hat und kaum im Stande war, dem Drängen der nationalen Scheelsucht zu widerstehen. Mehrmals scheint seine gewohnte Kaltblütigkeit einer nervösen Aufregung gewichen zu sein; es bleibt eine widerwärtige, warnende Erinnerung, daß man auch nur in leisen Andeutungen versuchen konnte, die Sieger von Königgrätz ebenso zu behandeln wie das durch Frankreichs Hülfe gerettete Italien. Graf Bismarck hat seinen jüngsten diplomatischen Feldzug mit bewunderungswürdiger Kühnheit geführt; der Vorwurf des Kleinmuthes trifft ihn nicht. Die Regierung muß zwingende Gründe gehabt haben, wenn sie versprochen hat, das Gebiet ihrer unmittelbaren Herrschaft nicht über den Main auszudehnen. Und daß Versicherungen solcher Art den fremden Cabinetten in der That gegeben worden sind, das geht aus der Haltung der officiellen Blätter, aus der gesammten Sachlage unzweifelhaft hervor.

In großen nationalen Krisen gelten internationale Vereinbarungen wenig. Wir wären berechtigt, den Fremden unser Wort zu brechen und auf die Gefahr eines europäischen Krieges den Süden in unseren Bundesstaat aufzunehmen, wenn nur dies Unternehmen auf die wirksame Unterstützung der Süddeutschen rechnen und dem Vaterlande eine Verstärkung seiner Macht bringen könnte. Doch Keines von Beiden ist der Fall. Nicht wir haben die weite Kluft gegraben, welche heute den Süden von dem Norden trennt, nicht erst von gestern stammt jener particularistische Haß gegen den Norden, der in diesem Kriege so schrecklich sich offenbarte. Seit langen Jahren, vornehmlich in den beiden letzten Jahrzehnten, seit der Schwerpunkt unserer Politik und Volkswirthschaft sich nach dem Norden verschoben hat, wurden die alten landschaftlichen Vorurtheile künstlich gepflegt durch die Ultramontanen, durch eine größtentheils ungebildete und pflichtvergessene Presse und durch die von oben her verderbte Volkserziehung. In Altbayern wußte man den Ketzerhaß, in Baden die traurigen Ereignisse des Jahres 1849 vortrefflich auszubeuten. Selbst in die harmlosen Kreise der Jugend ist diese widerwärtige Gesinnung gedrungen: auf der Tübinger Universität standen vor wenigen Jahren, und vermuthlich noch heute, die norddeutschen Studenten ganz isolirt unter den schwäbischen Commilitonen —

eine Erscheinung, die auf jeder norddeutschen Hochschule rein unmöglich wäre. Wer je im Süden Politik und deutsche Geschichte gelehrt hat, der weiß, wie schwer diese Welt verhärteter Vorurtheile sich bekämpfen läßt: die Hörer, im Uebrigen wohlgesinnt, erscheinen doch mit dem festen Vorsatze, Alles für falsch oder übertrieben zu halten, was zum Lobe des Nordens gesagt wird. Sind solche tief eingewurzelte Gesinnungen wirklich durch den deutschen Krieg mit Einem Schlage zerstört worden? Gewiß, die unnatürliche Aufregung ist verflogen, der Clerus und die Demagogen reden mit gedämpfter Stimme. Da und dort hat die Abtretung Venetiens einen ehrlichen Patrioten aufgeklärt über Oesterreichs deutsche Politik, und alltäglich erhalten wir Briefe süddeutscher Freunde voll bitterer Klagen, warum man sie ausschließen wolle aus dem Staate der deutschen Nation. Die Ueberhebung ist der Angst und Niedergeschlagenheit gewichen, zahlreiche Adressen erbitten den Frieden, und in der Nachbarschaft des Maines hat die Sorge um den bedrohten Verkehr sogar eine lebhafte Agitation gegen die Mainlinie hervorgerufen. Jedoch wir haben in den jüngsten Jahren eine unselige Fertigkeit erlangt im Abfassen werthloser Adressen; es ist rathsam, näher zu prüfen, ob klare Einsicht, feste Entschließung hinter diesen populären Kundgebungen sich verbirgt.

In Baden haben Preußens Siege einem edlen Fürsten die Freiheit des Entschlusses, dem Lande eine treffliche Regierung gegeben. Das Ministerium Mathy-Jolly enthält die tüchtigsten politischen Kräfte, über welche das Land augenblicklich verfügt; es wird, wie wir nach seinen ersten energischen Schritten hoffen, den in Deutschland noch niemals geführten Beweis liefern, daß auch die Liberalen zu regieren verstehen, und den treuen Anschluß an Preußen als unverbrüchlichen Grundsatz hinstellen. Aber fragt man, wie viele zuverlässige, entschiedene Anhänger dies Regierungsprogramm zählt, so erwidern wir: in Freiburg zwölf Männer und acht Frauen, in Heidelberg vierzig, in Karlsruhe sechzig Personen u. s. f. Der populärste Politiker des Landes ist nach wie vor dem Kriege Herr Lamey; jene nebelhafte großdeutsche Gefühlsseligkeit, welche sich in diesem Kopfe mit einem treuherzigen Liberalismus verbindet, entspricht durchaus der Gesinnung der Massen. Ueber die Stimmung der Schwaben darf die verständige Haltung des Schwäbischen Mercurs Niemanden täuschen. Das Blatt verstand von jeher die Kunst den Schwaben unentbehrlich zu bleiben, obgleich seine Ansichten über die deutsche Politik nur von einer winzigen Minderzahl der Landsleute getheilt wurden. Die jüngste Versammlung der würtembergischen Abgeordneten hat den Antrag auf Anschluß an den Norden verworfen, und in der Hauptstadt führen die Helden der Frankfurter Presse zur Freude des Publicums den Kampf gegen Preußen in der alten Weise. In Bayern hat die werkthätige nationale Gesinnung seit dem Jahre 1849 entschieden abgenommen. Während damals ein großer Theil des Volkes, selbst in Altbayern, die Annahme der Reichsverfassung wünschte, ist die bayrische Fortschrittspartei während der jüngsten Jahre mehr und mehr dem Particularismus verfallen; ihr Erlanger Verein war der festeste Außenposten des Augustenburgers. Die

gewundenen Erklärungen, womit die Presse der alten brandenburgischen Markgrafschaften den Einzug der preußischen Truppen begrüßte, sind ein trauriges Symptom tiefer politischer Abspannung. Vor sechs Jahren erst feierte Baireuth das fünfzigjährige Jubelfest des Tages, da das Haus Wittelsbach zum Lohne für treue Rheinbundsdienste die Landschaft aus Napoleon's Hand empfing. Der Segen der preußischen Herrschaft lebt nur noch in der Erinnerung weniger Greise; das Land würde heute mit Gelassenheit unter die preußische Herrschaft zurückkehren und mit derselben Gemüthsruhe bei Bayern verbleiben. Unter den Altbayern dagegen kann sich das Haus Wittelsbach jederzeit eine deutsche Vendée schaffen. Allerorten im Süden leben einzelne hochherzige Patrioten, die wir schwer vermissen werden in unserem Parlamente. Doch der Masse liegen die großen Erschütterungen, welche den Norden umgestalteten, sehr fern. Man ahnt kaum, daß die Machtfrage unserer Zukunft entschieden ist, daß die Civilisation und das deutsche Volksthum auf den böhmischen Schlachtfeldern triumphirte. Man erklärt die ungeheure Umwälzung aus der Laune des Glücks und späht begierig nach jedem kleinsten Flecken, der den blanken Schild der preußischen Waffenehre verunziert. Jede Ungezogenheit eines preußischen Lieutenants gegen einen Frankfurter Ladendiener genügt, den Mißlaunigen Zweifel an Preußens Lebenskraft zu erregen; die Vorstellung, daß Preußen die Aufgabe habe sich durch Artigkeit die Sympathien des souveränen süddeutschen Volkes zu erwerben, ist noch immer unausrottbar. Mit kurzen Worten, ein festes, klares, leidenschaftliches Verlangen nach Vereinigung mit dem Norden, stark genug, um widerstrebende Regierungen fortzureißen, besteht im Süden noch nicht. Das Volk ließ sich halb willig halb wider Willen von seinen Höfen auf die Schlachtbank führen, und auch nach dem Kriege wird die Haltung des Südens vorderhand durch die Cabinette bestimmt werden. Es ist möglich, obwohl sehr unsicher, daß das Ministerium Mathy den Eintritt Badens in den nordischen Bund durchsetzt. In Stuttgart und München treiben die Herren v. Varnbüler und v. d. Pfordten nach wie vor ihr Wesen. Wenn dieser Bruderkrieg nicht in einen Kampf bis zum Messer ausgeartet ist, so danken wir dies lediglich der Schwäche, der Unfähigkeit dieser Höfe; an bösem Willen gebrach es wahrlich nicht, davon gab noch jüngst die Stiftung eines neuen bayrischen Ordens — für einen solchen Krieg! — ein Zeugniß. Wenn Preußen sie in den nordischen Bund zwängen will, so werden beide Höfe unbedenklich die Hülfe des Auslandes anrufen, und — ihr Volk und Heer wird ihnen gemächlich in das fremde Bündniß folgen.

Das Alles ist unsäglich traurig. Bei solcher Stimmung der Nation im Süden ist die Krone Preußen gezwungen, zu verfahren wie einst Piemont in Italien, die deutsche Artischocke blattweise zu verzehren. Auch eine schrittweise vorgehende nationale Einigung kann allzu schnell erfolgen, das hat dieser an Enttäuschungen überreiche Sommer genugsam gelehrt. Die rasche Annexion von Unteritalien war eine Nothwendigkeit, aber eine traurige Nothwendigkeit; die Energie der Verwaltung, die Kraft der Finanzen und des Heeres hat dabei

Einbußen erlitten, welche durch die Gluth der nationalen Leidenschaft der Italiener nicht aufgewogen werden. Kein anderer Krieg der Geschichte zeigt handgreiflicher den unschätzbaren Werth einer festen, straffen politischen Organisation. Darum können wir die sofortige Verschmelzung mit unserem Süden, selbst wenn sie möglich wäre, nicht einmal wünschen. Das Wehegeschrei über die Mainlinie wird nicht blos von ehrlichen Patrioten mit heißem Kopf und heißem Herzen erhoben; auch eine längst nicht mehr zweideutige Gesellschaft stimmt mit ein. Jene bornirten Legitimisten, welche ihre reactionäre Gesinnung hinter demokratischen Phrasen zu verbergen wissen, die Organe des Hauses Cotta schwärmen heute für das eine Deutschland unter der einen Centralgewalt. Sie geben abermals die alten abgestandenen Lehren von der in einer höheren Einheit aufzuhebenden Mannichfaltigkeit der Stämme zum Besten, sie erklären die Verschmelzung von Süd und Nord für das sicherste Mittel „gegen Bismarck zu protestiren" und lassen deutlich durchblicken, daß sie uns die Losreißung von Oesterreich nie verzeihen werden. Aehnlich redet der Radicalismus, der von dem goldenen Kalbe der Reichsverfassung sich nicht trennen kann. „Lieber gar nichts als eine Lumperei!" rief neulich einer seiner Führer. Also die Verbindung des größten Theiles von Deutschland zu einem mächtigen Staate, mit der sicheren Aussicht auch den Rest zur rechten Stunde zu gewinnen — diese welthistorische Erscheinung, unerhört in den Annalen unseres Volkes, gilt diesen Herren bereits als eine Lumperei! Wahrlich, solcher Uebermuth wäre frevelhaft, wenn er nicht so gar kindisch wäre, wenn wir nicht wüßten, daß die deutsche „Actionspartei" nicht über den tausendsten Theil jener revolutionären Kräfte gebietet, welche der italienischen Actionspartei allerdings ein Recht geben zu verwegenen Forderungen. Nein, wir müssen uns bescheiden für den Augenblick, um in der Zukunft ein stolzeres Ziel zu erreichen. Die Geschichte der jüngsten Monate ist über die Reichsverfassung hinaus geschritten, wir gehen dem Einheitsstaate entgegen. Wir sind im Stande, die Kleinstaaten des Nordens schon jetzt einer so starken Centralgewalt unterzuordnen, daß der Uebergang zur einfachen Monarchie nur noch eine Frage der Zeit wird. Der Beitritt des Südens müßte erkauft werden durch eine lose föderative Verfassung. Unsere chaotischen Zustände bedürfen einer starken Regierung; es ist nicht an der Zeit, gegen den Mann zu protestiren, der den heroischen Entschluß fand, uns von Oesterreich zu befreien. Das deutsche Parlament wäre von Haus aus verdorben, wenn neben den preußischen Demokraten und den Particularisten aus Sachsen und Hannover auch noch die Vertreter des Südens die Reihen der Opposition verstärkten. Jenes begabte Geschlecht von Politikern, das der Süden in die Paulskirche schickte, ist bis auf Wenige dahingegangen, und der junge Nachwuchs hat mit den neuen Männern des Nordens nicht gleichen Schritt gehalten. Die Mehrzahl der süddeutschen Abgeordneten würde particularistischen, ultramontanen, radicalen Bestrebungen huldigen.

Keine Frage, den neuen süddeutschen Staatenbund erwarten zunächst sehr widerwärtige Verhältnisse. Der deutsche Krieg ist von oben begonnen worden;

wir müssen uns darein ergeben, auch die Schattenseiten dynastischer Politik abermals kennen zu lernen. Rücksichten gegen einzelne fürstliche Personen und vornehmlich auf das mit den meisten deutschen Höfen verschwägerte Rußland werden eine Rolle spielen bei der neuen Länderverteilung. Entschädigt man den Großherzog von Hessen für das verlorene Oberhessen durch bayrisches Gebiet, so werden sich die Einwohner nimmermehr an die neue Herrschaft gewöhnen. Der Kriegs-Bund der süddeutschen Höfe, durch schnöde dynastische Selbstsucht geschlossen, ist durch dieselbe Selbstsucht gelöst worden; ein ehrliches freundnachbarliches Verhältniß zwischen getreuen Waffengefährten steht nicht in Aussicht. Bayern hat seine kopflose Politik durch eine nicht minder kopflose Kriegführung gekrönt; wir hoffen, das Haus Wittelsbach werde einige Gebietsverluste erleiden und die Führung im Süden, die man ihm früher zudachte, nicht erlangen. Doch gleichviel ob gleichberechtigt oder unter Bayerns Hegemonie, die süddeutschen Höfe müssen sich bald gegenseitig zur Last fallen und dem preußischen Cabinet überreiche Gelegenheit zu wohlwollender Vermittelung bieten. Zudem wird im Volke von Monat zu Monat die Erkenntniß wachsen, daß die kleinen Souveränetäten, die schon im Jahre 1840 einem gelinden Drucke kaum zu widerstehen vermochten, von den Schlägen des deutschen Krieges sich nie mehr erholen können. Der Feldzug der Mainarmee bildet ein würdiges Seitenstück zu der Schlacht von Roßbach, obgleich die süddeutschen Soldaten sich heute tapferer schlugen als damals ihre Väter. Daß der zwölfte Theil des preußischen Heeres die gesammte bewaffnete Macht von Süddeutschland Schlag auf Schlag werfen konnte, das erklärt sich nicht allein aus dem Feldherrntalente des Generals Falckenstein, sondern aus der unverbesserlichen Unfähigkeit der Kleinstaaterei. Und da der vielverhöhnte preußische Kamaschendienst, der gerade den braven süddeutschen Truppen zum Segen gereichen müßte, vorderhand am Main Halt machen wird, so wird auch die kriegerische Kraft des Südens sich schwerlich tüchtig gestalten. Kurz, die Bayern, Schwaben, Franken, die uns Hermann Lingg kürzlich als die Ur- und Kernstämme deutscher Nation besang, werden leider, leider den ganzen Jammer des alten Bundestagsregimentes noch einmal durchzukosten haben.

Indeß der unholde Uebergangszustand muß ertragen werden, und wir haben zum Mindesten die Beruhigung, daß der Süden der Herrschaft Oesterreichs nicht wieder verfallen kann. Der Anschluß an Oesterreich ist rechtlich unmöglich, da der zweite Artikel der Friedenspräliminarien ihn verbietet, und er wird thatsächlich verhindert durch die Zerrüttung des Donaureichs. Wir wähnten, mit jenem beispiellosen Lügensysteme vor dem Kriege habe die Presse Oesterreichs den Höhepunkt der Corruption erreicht. Die Haltung der Wiener Blätter nach der Abtretung Venetiens hat uns eines Anderen belehrt. Es ist nicht möglich, schamloser das erbauliche Thema zu variiren: „wir haben eine Unwürdigkeit umsonst begangen;“ und dieselben Blätter, die vor vier Wochen jeden „Gothaer“ als einen Verräther und Schurken verfolgten, erklären heute einstimmig, das Ausscheiden aus dem deutschen Bunde sei ein Glück für Oesterreich. Tolle Be-

schuldigungen des Verraths, der Bestechung sind in Aller Munde; das Volk verzweifelt an der Redlichkeit seiner Leiter. Der Bankrott rückt näher und näher; die tapfere Armee knirscht über die schimpfliche Preisgebung Venetiens. Die ungarische Actionspartei hat zwar, wie die Polen während des Krimkrieges, einen unersetzlichen Augenblick versäumt; daß sie auf die Dauer rasten sollte, ist nicht wahrscheinlich. Indessen zieht der lothringische Despotismus die Zügel um so straffer an; in dem Augenblicke, da der Krieg zu Ende geht, wird der Belagerungszustand über Niederösterreich verhängt. Das gedemüthigte Kaiserreich treibt einer unberechenbaren Verwirrung entgegen, darin nur zwei Dinge feststehen: die unversöhnliche Feindschaft gegen Deutschland und die Unfähigkeit des Reiches, in den nächsten Jahren große auswärtige Politik zu treiben.

Während dergestalt die österreichischen Neigungen der Höfe des Südens an dem Verfalle des Donaureiches ihre Schranke finden, verbleiben dem Norden mächtige Waffen, um den Süden von einer völligen Trennung zurückzuhalten, vor Allem der Zollverein. Nur die Form des Zollvereins wird hinfällig mit dem alten Bunde. Nicht kündbare Staatsverträge, sondern bindende Beschlüsse der Centralgewalt und des Parlaments werden fortan unsere Handelsgesetzgebung regeln; ein freihändlerischer Tarif ist über kurz oder lang unvermeidlich, und der Süden wird gern oder ungern seine schutzzöllnerischen Neigungen überwinden, der Handelspolitik des Nordens sich fügen müssen. Wohl verlangen einzelne Eiferer eine Zolllinie am Main, auf daß der Süden durch die bittere Noth gezwungen werde sich dem Norden zu unterwerfen. Wir aber meinen, ein so gehässiges Verfahren werde die Erbitterung der Gemüther im Süden verstärken und unserem eigenen Gewerbfleiße, namentlich dem rheinischen, der einen weiten Markt im Süden findet, schwere Wunden schlagen. Preußen ist nunmehr die einzige deutsche Macht; ihm steht es nicht an, das beste Werk seiner eigenen nationalen Politik, die deutsche Verkehrsfreiheit, zu zerstören. Auch das politische Band zwischen Nord und Süd wird keineswegs vollständig gelöst werden. Die Friedenspräliminarien behalten ausdrücklich Verhandlungen vor über die „nationale Verbindung" zwischen dem nordischen und dem südlichen Bunde. Das will sagen: der einzige reale Vortheil, welchen die alte Bundesverfassung gewährte — die rechtliche Anerkennung einer deutschen Nation, die rechtliche Sicherung gegen die Einmischung des Auslandes — wird unserem Vaterlande auch in den neuen unfertigen Zuständen gewahrt bleiben. Der Main bildet in keiner Hinsicht eine natürliche Grenze. Oberhessen, Frankfurt, Nassau und hoffentlich auch Baireuth werden an Preußen fallen und sind doch unzweifelhaft süddeutsche Landschaften. Gerade diese Grenzlande des norddeutschen Bundes werden sehr rasch emporblühen; selbst der Stadt Frankfurt, die hart gezüchtigt ward und noch manche Einbuße erleiden wird, sobald sie aufhört der Geldmarkt der Guldenländer zu sein, wagen wir eine Zeit neuen, dauerhaften Glanzes unter der preußischen Krone vorherzusagen. Wenn dieses neue Gedeihen sich erst entfaltet und die Erbitterung im Süden sich beschwichtigt, dann wird eine Naturgewalt, die stärker ist als der Neid der Fremden und der

böse Wille der süddeutschen Höfe, unfehlbar zur vollständigen Verschmelzung der Glieder Eines Volkes führen. Wann diese Verschmelzung sich vollzieht, das hängt wesentlich ab von der Festigkeit und Weisheit der Verfassung, welche der Norden sich giebt. —

Für die Länder nördlich des Maines befolgt Graf Bismarck, so viel wir sehen, den Grundsatz: Unterordnung der treuen Bundesgenossen unter Preußens militärisch-diplomatische Führung und gänzliche Beseitigung der feindlichen Fürsten. Der Grundsatz rechtfertigt sich von selbst; denn ist ein Bundesstaat von Monarchien an sich schwer durchführbar, so wird er schlechthin unmöglich, wenn nicht ein bescheidenes Maß von ehrlicher eidgenössischer Gesinnung an den verbündeten Höfen vorhanden ist. Nur das Königreich Sachsen hat man von dieser Regel ausgenommen, ohne Zweifel aus unabweisbaren Rücksichten der europäischen Politik, aber ebenso gewiß zum Unheil für das kleine Land. Die Pflicht Trivialitäten zu sagen ist unter allen Aufgaben des Publicisten die widerwärtigste. Wir müssen erinnern an die platte Wahrheit, daß Niemand zweien Herren dienen kann, am wenigsten, wenn die Beiden sich mit einander raufen. Nichtswürdige, schlechthin unmögliche Zustände werden entstehen, sobald der Hof nach Dresden zurückkehrt; einem gebornen Sachsen blutet das Herz bei der Frage, warum seine schöne Heimath dazu verdammt werden soll — im buchstäblichen Sinne, nicht im Sinne unserer Festredner — jahrelang das Schmerzenskind der deutschen Nation zu sein. Die Besetzung des Landes durch preußische Truppen kann nicht aufhören; und wie läßt sich, nach Allem was geschehen, eine preußische Garnison in der Residenz der Albertiner auch nur denken? Die sächsischen Truppen werden eine Division des norddeutschen Heeres bilden und können, so lange es eine albertinische Krone giebt, niemals in sächsische Standquartiere verlegt werden. Die Stimmung der tapferen, seit Jahren gegen Preußen aufgehetzten, jetzt durch das Unglück verbitterten Armee ist leicht zu errathen; ja, wenn wir gedenken, wie die Verblendung des Hofes viermal binnen fünfzig Jahren, bei Großbeeren, bei Leipzig, bei Lüttich, bei Rendsburg, ein tragisches Geschick über die beklagenswerthen Truppen verhängte, so können wir uns banger Ahnungen nicht erwehren. Und welch' ein unablässiger innerer Krieg wird das Land heimsuchen. Nicht ein Schimmer der Selbsterkenntniß ist seit der Preisgebung des Landes in die Hofkreise gedrungen. Der Waffentüchtigkeit des Heeres, nicht der Verwendung des Auslandes schreibt man die Herstellung des Hofes zu; der Glaube an die Unsterblichkeit des Königreichs ist durch die jüngsten Niederlagen neu gestärkt. Als in Dresden Einiges über die wahrscheinliche Rückkehr des Königs verlautete, war das erste Geschäft der Behörden — die Listen der Preußenfreunde zusammenzustellen, vornehmlich jener Beamten, welche unziemliche Freude über die Siege in Böhmen geäußert haben. Wir erhalten diese Nachricht aus sicherer Hand und sind darauf gefaßt, daß die Organe der sächsischen Landescommission die Thatsache mit gewohnter Schamlosigkeit ableugnen werden. Nach der Schlacht von Jena empfingen die Albertiner die Königskrone aus Napoleon's Hand, und die Universität Leipzig begrüßte dies gesegnete Ereigniß mit dem Hochgesange: „gerettet ist das Vater-

land.“ Gestattet man dieser Rheinbundskrone heute, nach zwei Menschenaltern, eine fröhliche Auferstehung, läßt man ihrem durch und durch servilen Beamtenthume freie Hand gegen jede Regung der deutschen Vaterlandsliebe, so wird eine solche Versumpfung des öffentlichen Geistes entstehen, daß wir uns nach der vaterlandslosen Gesinnung jener napoleonischen Tage wie nach einem Zeitalter patriarchalischer Unschuld zurücksehnen möchten. Und solchen Zustand soll das unglückliche Land sich erkaufen durch schwere Opfer, durch die Zahlung der Kriegskosten! Man sollte meinen, sogar die plumpe Selbstsucht des Philisters müßte sich durch ein gemeines Rechenexempel davon überzeugen, daß die Wiederkehr des Hofes der Ruin des Landes sein wird. Aber zu tief ist der Schlummer, der seit dem Fieberrausche des Mai 1849 auf den Geistern lastet. Die Menge wiegt sich noch in der Hoffnung, daß das alte Stillleben unter der souveränen Krone wiederkehren müsse. Nur wenige sächsische Blätter werden in dieser großen Zeit wagen, was die Flensburger Norddeutsche Zeitung in kleiner Zeit unter ungleich ungünstigeren Aussichten gewagt hat. Selbst der einzige gesetzlich unanfechtbare Schritt, welcher der annexionistischen Partei freisteht, die direkte Bitte an den König Johann, wird nicht versucht werden. So fällt dem preußischen Landtage und dem deutschen Parlamente die Pflicht zu, der Krone zu sagen, daß es nicht angeht Feuer und Wasser zu mischen, und daß die Theilung Sachsens allein gesühnt werden kann durch die Wiedervereinigung. Doch unsere letzte, beste Hoffnung bleibt das alte Glück des Grafen Bismarck: die Verblendung seiner Gegner. Wir bezweifeln, ob das Haus Wettin auf die Bedingungen eingehen wird, von welchen Preußen nicht ablassen kann. Dann würde jetzt geschehen, was sonst nach einigen Jahren voll verderblicher Reibungen doch erfolgen muß. Keines der occupirten Länder wird, wenn der Würfel einmal gefallen, schneller mit den alten preußischen Provinzen verschmelzen als das Königreich Sachsen. In dem schmiegsamen Wesen des obersächsischen Stammes liegt zugleich eine unverwüstliche elastische Kraft, eine seltene Fähigkeit sich in neue Verhältnisse zu schicken.

Glücklicher stehen die Dinge in den übrigen occupirten Staaten. Das großmüthige Mitleid mit dem Welfenhofe, das in Berlin auf Augenblicke erwachte, scheint verflogen vor der einfachen Erwägung, daß die Einsetzung eines Königs der Lüneburger Heide nur eine Wiederholung des schwergebüßten Fehlers von 1815 sein würde. Man scheint entschlossen das Unvermeidliche sogleich zu thun. In Ostfriesland regt sich tapfer die alte Preußentreue. Mannichfache Adressen und Flugschriften aus Hannover, Kurhessen, Nassau (aus Hannover u. A. drei trefflich geschriebene Blätter: „Preußen und Hannover,“ „Hannover unter eignen Königen“ und „Welfisch oder Deutsch?“) bezeugen, daß die Erkenntniß des Nothwendigen vorschreitet. Selbst in der hannoverschen Armee werden Stimmen des Unmuths laut über die Nichtigkeit einer Politik, welche diese braven Truppen dreimal binnen hundert Jahren zur Capitulation gezwungen hat. Trotzdem wird die Einverleibung bedeutende Hemmnisse überwinden müssen. Einzelne hannoversche Offiziere sind unter Bruch des Ehrenworts zur Reichsarmee durchgeschlichen, und die Wühlereien, welche sich das welfische Beam-

tenthum wider die nachsichtige preußische Verwaltung erlaubt, müßten sehr ernste Besorgnisse erregen, wenn nicht Jedermann wüßte, wie charakterlos die kleinstaatliche Bureaukratie vollendeten Thatsachen gegenüber sich zu zeigen pflegt. Die kurhessische Verfassung ist in langen harten Kämpfen dem Volke lieb geworden; daher wird dort auch unter den helleren politischen Köpfen vielfach der Wunsch nach Personalunion geäußert. Jedoch liegt auf der Hand, daß eine Personalunion zwischen fünf oder sechs Staaten als dauernder Zustand ein Ding der Unmöglichkeit ist und sogar die politische Freiheit schädigen muß, da die Verfassung eines Kleinstaats der mächtigen Krone Preußen sehr schutzlos gegenüber stehen würde. Das alterprobte Mittel, das schon so viele verfeindete deutsche Stämme in treue Genossen Eines Staats verwandelt hat, wird auch diesmal sich bewähren: Einverleibung in den preußischen Staat, gemeinsame Gesetzgebung, gleiche Wehrpflicht, allmähliche Ausgleichung der Besteuerung. Nur als ein kurzer Uebergangszustand mag die Personalunion vielleicht räthlich sein, damit die Landtage der besetzten Länder die Gelegenheit erhalten, bei der Organisation mitzuwirken. Eine Fülle eigenthümlicher Institutionen wird den neuen Provinzen, wie den alten, gewahrt bleiben; in Hannover legt man besonderen Werth auf die Amtsvertretungen, die Schöffengerichte, die Deichordnung, in Schleswig-Holstein auf das strenge Lutherthum der Landeskirche. Die Mannichfaltigkeit des deutschen Volkslebens ist so unübersehbar, daß selbst napoleonische Präfecten, welche Preußen niemals anstellen wird, nicht im Stande wären, dasselbe zu uniformiren. Das verstärkte Preußen wird in der weiten Welt beneidet werden, als der Großstaat, der innerhalb eines einigen Volksthums den reichsten Schatz provinzieller Selbständigkeit und Eigenart besitzt.

Die Organisation der neuerworbenen Provinzen scheint uns für die nächste Zukunft die dankbarste Aufgabe der preußischen Politik. Geringere Erwartungen hegen wir von dem deutschen Parlamente. Ein Reichstag, der neben 25 Millionen Preußen nur 5 Millionen Nichtpreußen vertritt, erscheint neben dem preußischen Landtage fast nur wie ein weiterer Reichsrath; und jener Geist des Cäsarismus, der leider von Anbeginn über dieser Revolution gewaltet hat, wird sicher nicht alsbald einem parlamentarischen Geiste weichen. Nach dem ganzen Verlaufe dieses Krieges darf das Parlament nicht hoffen, sogleich die herrschende Macht im Norden zu werden, aber es kann im Anschluß an eine starke Regierung ein wirksames Mittel sein, die begonnene Einheitsbewegung weiterzuführen. Ueber die unerläßlichen Abänderungen des preußischen Projects vom 10. Juni kann kein ernstlicher Streit obwalten. Ein Bundestag, wie ihn jenes Project noch zuließ, ist heute unmöglich; wir bedürfen einer monarchischen Spitze, allenfalls mit einem Reichsrathe, der die verbündeten Fürsten vertritt. Auch über die Attribute der Reichsgewalt besteht im Norden erfreuliche Uebereinstimmung, wie die Verhandlungen des volkswirthschaftlichen Congresses beweisen. Die Centralgewalt muß auch finanziell unabhängig sein von den Einzelstaaten, sie muß ihre eigenen Einnahmequellen besitzen. Die wichtigste, alles Andere verdunkelnde, Aufgabe des Parlaments bleibt aber die Gründung des norddeutschen Heeres. Ueber's Jahr, sobald die französische Armee mit Hinterladungsgewehren

ausgerüstet ist, wird es sich zeigen, ob die Weisheit Napoleon's III. stark genug ist, den herrschsüchtigen Leidenschaften seiner Nation die Stange zu halten. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird die deutsche Einheit durch einen europäischen Krieg ihre Bluttaufe empfangen; für diesen Fall müssen wir über ein norddeutsches Heer von 800,000 Mann gebieten. —

Inzwischen ist der Landtag eröffnet worden, und die Thronrede berechtigt zu der Hoffnung, daß auch für Preußens inneres Leben eine neue, bessere Zeit beginnen werde. Es waren erhebende Worte, würdig eines Siegers. In wenigen anspruchslosen Sätzen wird der mächtigen Waffenerfolge gedacht. Die Regierung bekennt, daß sie durch die budgetlose Verwaltung die Verfassung verletzt habe, sie rechtfertigt den Fehler mit Gründen der Staatswohlfahrt, welche nach den jüngsten Erlebnissen auch dem erbitterten Gegner nicht mehr frivol erscheinen können, sie verspricht um Indemnität nachzusuchen für das Geschehene und verweist mit gerechter Befriedigung auf die glückliche Lage der Finanzen nach solcher Anspannung aller Kräfte. Aus jedem Worte spricht der Wunsch, daß der alte Hader für immer aus der Welt geschafft werde und alle Parteien der Krone auf den neuen Bahnen einer großen deutschen Politik folgen.

Werden diese hochherzigen königlichen Worte auf einen dankbaren Boden fallen? Wird jene gehobene Stimmung vaterländischen Stolzes, die nach der Kunde von Königgrätz Millionen Herzen in freudiger Dankbarkeit vereinte, anhalten? Oder soll die große Zeit kleine Menschen finden und der alte Zank von Neuem beginnen? Der böhmische Feldzug hat einen radicalen Umschwung des deutschen Staatslebens gebracht; Niemand steht zu hoch um von solcher Zeit zu lernen. Es thut noth, daß die Opposition sich selber ehrlich eingestehe, wie viel Kleinheit, Verkehrtheit, Uebertreibung sich in ihre Taktik eingeschlichen, wie oft sie über der Partei den Staat, über dem politischen Gegner den Mann und Landsmann vergessen hat. Sie wollte zwischen Himmel und Erde nichts sehen denn den Verfassungsconflict und schilderte darum den Staat als zerrüttet, als krank auf den Tod. Und heute? Ein geistreicher Staatslehrer nennt den Krieg das examen rigorosum der Staaten. Das Wort ist in solcher Allgemeinheit falsch, denn grade verfallende Völker bewahren oft in der Kriegstüchtigkeit ihrer Söldnerheere den letzten Rest der alten nationalen Kraft; aber es trifft in vollem Maße zu auf solche Staaten, deren Heer das Volk in Waffen ist. Ein Staat, der einen Krieg führt, wie jener böhmische, mag an manchen Gebrechen leiden; schwer krank ist er nicht. — „Wir bestreben uns immer mehr Deutsche zu werden, immer weniger Preußen zu sein" — lautete vor Kurzem noch ein Lieblingswort der Fortschrittspartei. Wer hat den Muth dies Wort heute noch zu wiederholen? Kein anderes Ereigniß seit der Verleihung der Verfassung hat in Preußen die lebendige Staatsgesinnung, das Bewußtsein des Zusammengehörens so mächtig gehoben wie dieser deutsche Krieg. Der Soldat vom Rheine, der in Noth und Tod neben dem Märker gestanden hat, weiß jetzt erst ganz, welchen Schatz er an seinem Staate besitzt. Und auch die Männer der Opposition werden endlich begreifen, daß ein Gegensatz von Preußenthum und Deutschthum nicht besteht, sondern daß die Preußen die einzigen

Deutschen sind, welche das Glück haben, einem Staate anzugehören, und den Beruf, die anderen Landsleute desselben Segens theilhaftig zu machen.

In der Erbitterung des Parteikampfes hat man oft nicht blos die schweren Lasten bekämpft, welche die Armeereorganisation der Volkswirthschaft auflegte; man hat auch die technische Brauchbarkeit einer Reform bekämpft, deren glänzende militärische Ergebnisse heute vor Jedermanns Augen liegen. Man hat mit fanatischer Uebertreibung jeden bedauerlichen Soldatenexceß ausgebeutet und in den schwärzesten Farben den Landsknechtsgeist jenes Heeres geschildert, dessen Menschlichkeit im Feindeslande heute die Bewunderung der Welt erregt. Desgleichen die landläufigen Anklagen wider den „Junkergeist" unseres Adels müssen Angesichts dieses Krieges auf ein billiges Maß herabsinken. So schlägt sich kein Heer, das von einer verhaßten anmaßenden Kaste befehligt wird! Der preußische Adel hat ein Vaterland; es ist nicht wahr, daß ständische Selbstsucht seine vorherrschende Leidenschaft sei. Verhaßte Namen der extremen Junkerpartei bewährten in diesem Kampfe denselben patriotischen Geist, der alle Schichten des Volkes beseelte; nur ein kleines Häuflein von Fanatikern wendete sich grämlich ab von der Rebellion wider das heilige Oesterreich. Selbst einige adliche Standesinstitute erwiesen in großer Zeit mehr Tüchtigkeit, als wir ihnen zutrauten. Wir halten die künstliche Wiederbelebung der alten Ritterorden noch jetzt für eine romantische Schrulle und sind auch heute nicht im Stande, ohne Heiterkeit auf den barocken Mummenschanz eines modernen Ordenscapitels zu schauen. Wenn wir aber betrachten, was die Johanniter und Malteser in großen Tagen leisteten, so können wir nicht leugnen, daß ein ehrenwerther Kern sich unter veralteten, wunderlichen Formen birgt. — Auch die Bedeutung der Krone für Preußen ist verkannt worden. Ein politisches System, das sich in England gebildet hat unter den königlichen Nullen des fremdländischen Welfenhauses, läßt sich nicht ohne Weiteres übertragen auf ein Reich, dessen Dynastie den Staat geschaffen und soeben abermals in ihren hervorragenden Gliedern eine seltene Lebenskraft gezeigt hat. Sind diese Hohenzollern dazu angethan, das zu werden, was die Briten ihrer Krone nachsagen: ein kostspieliges, doch übrigens unschädliches Capitäl an der Säule des Staats?

Das ist kein Zufall, daß die Befreiung von Oesterreich, der eigenste Gedanke des deutschen Liberalismus, heute durch die Gegner der Liberalen verwirklicht ward. Jede neue politische Idee, welche dies Jahrhundert umgestaltet, ist von den Liberalen ausgegangen; sie waren die einzige geistig productive Partei. Aber Geschick zum Regieren zeigten sie selten, ja, in den jüngsten Jahren dachten sie kaum noch daran, sich regierungsfähig zu erhalten. Sie vergaßen den lebendigen Inhalt des Staates über seiner Form, die welthistorischen Aufgaben unserer auswärtigen Politik über einem mit ehrenwerther Ausdauer geführten Rechtsstreite, sie suchten die Unerreichbarkeit ihrer Forderungen dadurch zu verbergen, daß sie dieselben noch höher spannten, sie wähnten, durch Massenversammlungen und Volksreden politische Ziele zu erreichen in einer Nation, welcher jede revolutionäre Neigung fehlt. Das ganze Treiben krankte an einem wohlmeinenden, doch engherzigen, kleinbürgerlichen Wesen. Die Demokratie pflegt

mit Behagen ihren eigenen Idealismus, die Erhabenheit ihres Freiheitsstrebens herauszustreichen und als einen Götzendiener des Erfolges Jeden zu verlästern, der die Macht des Staates als die Voraussetzung der Freiheit erkennt. Schauen wir näher zu, so ist das Ideal des Radicalismus ein den Schweizer Republiken verwandter politischer Zustand, ein Staat, der nach Außen wenig bedeutet, geringe Forderungen an den Bürger stellt und die Interessen des Mittelstandes fröhlich gedeihen läßt. Was sich selbstgefällig als ideales Freiheitsstreben darstellte, enthüllt sich als Interessenpolitik des Mittelstandes. Der Mittelstand aber ist nicht die deutsche Nation; unser Bürgerthum, wie es heute noch ist, hätte aus sich selbst heraus nimmermehr den Entschluß gefunden zu jener hochherzigen nationalen Politik, die unser Heer bis an die Donau führte.

Die Gedanken, welche wir hier hinwerfen, berühren sich mehrfach mit dem Ideengange einer trefflichen Schrift, die uns soeben zukommt: „Die Nothwendigkeit einer neuen Parteibildung. Von Julian Schmidt. Berlin, Springer." Wir haben nie zu den Bewunderern der weiland Berliner Allgemeinen Zeitung gehört und waren überrascht, wie klar, sicher, schonungslos der Verfasser die Verirrungen der liberalen Partei verurtheilt. Namentlich der Philister-Charakter ihrer blindlings auf die große Politik angewendeten Privatmoral ist vortrefflich geschildert — so in den uns aus der Seele geschriebenen Worten:

„Gellert, der unserer Moral überhaupt den spießbürgerlichen Charakter aufgeprägt hat, an dem wir noch heute siechen, erzählt in einer seiner Fabeln den Tod eines Welteroberers und seines frommen Reitknechts: der letztere ist überzeugt, sein Herr müsse wegen seiner Thaten in den Himmel kommen, er selber kaum, da er nur gewissenhaft die Pferde gestriegelt. Der Gellert'sche Himmel dagegen spricht zum Helden: „Der Reitknecht, als ein schlichter Mann, hat wahrlich mehr als Du gethan!" — Wie es mit dem Himmel steht, mögen die Theologen untersuchen; die Geschichte urtheilt anders. Nicht die abstracte Macht, nicht das abstracte Recht ist die entscheidende Instanz in der Geschichte: sondern der hat die wahre Macht, das wahre Recht, der den Gedanken der Geschichte zu fassen, seiner sich zu bemächtigen versteht. Ein Dichter, der viel dazu gethan, uns von Gellert's Altweibermoral zu befreien, sagt ganz richtig: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht."

Die Schrift wird in der liberalen Presse kaum ernstlich erwähnt werden, denn von keiner Partei ist zu verlangen, daß sie sich selber in's Angesicht schlage. Aber in der Stille werden die klaren Gedanken des Verfassers ihren Weg finden und die Einsicht fördern, daß die alte Parteitaktik sich ganz und gar überlebt hat. Freilich, die neue Parteibildung, welche der Verfasser verlangt, wird schwerlich erfolgen, bevor mit den Abgeordneten der eroberten Provinzen frisches Blut in den Landtag kommt. Die alten Parteien mit ihrer festen Disciplin, den gewohnten Organen und Führern lassen sich so leicht nicht sprengen, und auch die persönliche Erbitterung der kleinen Vergangenheit ist in die große Gegenwart ungeschmälert hinübergerettet worden, wie die Vorgänge bei der Präsidentenwahl und die gehässige Sprache der conservativen Blätter zur Genüge zeigten.

Ein fruchtbares Ergebniß der Session steht freilich nur dann zu erwarten, wenn die alten Parteien zum Mindesten die alte Taktik ändern. Nach dem Tage von Königgrätz ist jener kleine Zank über tausend Verwaltungsmisèren nicht mehr an der Stelle, der unserem Landtage so oft das Aussehen einer treufleißigen Gemeindevertretung, nicht eines Parlamentes politischer Männer gab. Die Regierung ist stark, sie darf sich berufen auf glänzende Erfolge und auf die Ueberzeugung, welche allen Anfeindungen zum Trotz unerschütterlich im Volke lebt, daß an der Spitze der Verwaltung ein unentbehrlicher, ein bedeutender Staatsmann steht. Sie ist der Unterstützung des einen Hauses sicher und kann in dem anderen zum mindesten auf eine starke Minderheit zählen. Diese nicht leicht zu erschütternde Regierung bietet durch das Verlangen nach Indemnität selber die Hand zur Versöhnung. Mit der Verstärkung des Heeres durch die übrigen norddeutschen Truppen wird der Staatshaushalt wieder ein leidliches Gleichgewicht erhalten. Denn auch die Behauptung, daß die Steuerlast sich kaum tragen lasse, zählt mit zu den zahlreichen fables convenues des Verfassungskampfes. Die Besteuerung war hart im Vergleiche mit den deutschen Kleinstaaten — und welcher Preuße kann heute noch jenes pflichtenarme Kleinleben beneiden, das zur Vernichtung des Staates geführt hat? — doch der preußische Bürger ist nicht schwerer belastet als die Bürger aller anderen europäischen Großmächte. Das finanzielle Leiden der letzten Jahre lag wesentlich darin, daß wichtige Zweige des Staatshaushaltes zum Besten des Kriegsbudgets beschnitten wurden; und auch dieser Uebelstand geht jetzt seiner Heilung entgegen. Der Anlaß des Haders ist im Verschwinden, und bei einiger Klugheit der Liberalen kann das neue Deutschland unmöglich einem einseitig conservativen Parteiregimente verfallen. Es ist unser Programm, das durch die deutsche Politik der Regierung in Erfüllung geht. Auch bei dem Weiterbau des Werks sind Zugeständnisse an den Liberalismus unvermeidlich, schon aus Rücksicht auf die neuen Provinzen. Wie weit diese Zugeständnisse reichen werden, das hängt ab von der willigen Hülfe, welche die Liberalen der Regierung gewähren. Endlich und vornehmlich, wir stehen im Feldlager, drohenden mächtigen Feinden gegenüber. Die köstlichste Kraft des Staates wird heute und noch für lange Zeit durch die Action nach Außen in Anspruch genommen; niemals bedurfte Preußen dringender einer starken Executive. Die Fanatiker der Reaction zürnen, weil eine befreundete Regierung den gesegneten Bund mit Oesterreich gesprengt hat. Solcher Groll ist begreiflich; aber unverständig, unverzeihlich würden die Fanatiker des Liberalismus handeln, wenn sie nicht vergeben wollten, daß die ersehnte Befreiung von Oesterreich durch ein gegnerisches Ministerium bewirkt ward.

Uns scheint unmöglich, daß denkende Männer sich diesen gewichtigen Erwägungen verschließen und die nothwendige Verständigung durch den Streit um untergeordnete Fragen erschweren sollten. Die Verordnung über die Darlehnskassenscheine mag mit den anderen Sünden des budgetlosen Regiments ohne allzu große Gemüthsbewegung begraben werden. Die Entlassung einiger Räthe der Krone scheint auch uns wünschenswerth; aber der Landtag hat jetzt größere Pflichten zu erfüllen. Unterstützung der deutschen Politik des Grafen Bis-

marck, Herstellung des inneren Friedens, auf daß unseren Landsleuten in den neuen Provinzen, die sich erst mühsam zu befreien beginnen von alten Gewohnheiten und Vorurtheilen, der Eintritt in unseren Staat erleichtert werde — dies scheint uns die Aufgabe der gegenwärtigen Session. Und möge diese Unterstützung eine loyale und rückhaltlose sein und mit dem bereiten Verständniß der Intentionen der Regierung sich paaren. Das Cabinet allein ist in der Lage die verworrene Situation zu übersehen. Der Landtag wird sich bescheiden müssen, über einzelne Fragen der auswärtigen Politik zu schweigen, welche die Regierung nicht berührt wissen will. Er wird in anderen Fällen, wo die Regierung bisher nur einen halben Erfolg errungen hat — so in der sächsischen Frage — um so nachdrücklicher die Wünsche des Volks aussprechen müssen. Er wird endlich, da Deutschland zunächst aus provisorischen Zuständen nicht herauskommen kann, sich zu hüten haben vor pedantischem Festhalten an Principien. Wenn die Regierung zu der Ansicht gelangen sollte, daß der particularistische Widerstand in Hessen und Hannover durch eine provisorische Personalunion am Leichtesten gebrochen werden kann, so wäre es irrig, gegen eine solche Maßregel der Klugheit das schwere Geschütz abstracter Vernunftgründe oder gar die unliebsamen Erinnerungen aus dem Lauenburger Handel in's Feld zu führen.

Mit einem Worte, die Regierung braucht freie Hand für ihre deutsche Politik. Sie wird den Neid der Fremden, den Kleinsinn des Particularismus dann am sichersten entwaffnen, wenn unsere Feinde wissen, daß der feste Wille des preußischen Volkes hinter ihr steht. Nach langer Windstille treibt unser Schiff unaufhaltsam in die hohe See hinaus; ein schlechter Steuermann, wer bei so günstigem Winde nicht den Muth fände, vorwärts und nur vorwärts zu blicken.

H. v. T.

Notizen.

Aesthetisch-politische Wahlverwandtschaften.

Es ist nicht blos, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte, der Reiz des Contrastes, der uns gerade in gegenwärtigem Augenblick die Feder in die Hand giebt zu ein paar Bemerkungen über das neueste Heft der „Kritischen Gänge" des Aesthetikers Vischer. Man kennt diese fortlaufende Sammlung von Aufsätzen, Kritiken, persönlichen Bekenntnissen und Herzensergüssen, und namentlich dürften die Stücke, die als „Neue Folge" der kritischen Gänge in vier Heften seit dem Jahre 1860 erschienen sind, manchem unserer Leser unter Augen gekommen sein. Durchweg charakterisiren sich dieselben durch das frische persönliche Interesse, durch die stark vortretende Subjektivität des Schriftstellers. Fast immer knüpft derselbe an Selbstgesehenes, Selbsterlebtes an, zuweilen, und mehr als uns gefallen will, an Beurtheilungen und Angriffe, die er glaubt abwehren zu müssen. Wir haben es nicht mit einem Gelehrten zu

thun, der berufsmäßig belehren oder der absichtlich wissenschaftliche Resultate zum Gemeingut machen will, sondern mit einem Manne, der sich menschlich aussprechen will, der das Bedürfniß des Plauderns und das begründete Vertrauen zu sich selbst hat, es müsse das Publicum interessiren, wie sich die Welt und die Dinge, Leben und Gegenwart in seinem Kopf, Sinn und Gefühl abspiegeln. Nicht als ob es sich um leichte Feuilletonwaare handelte. Ein anderer charakteristischer Zug dieser Schriftstellerei ist vielmehr der Hintergrund von solidem Wissen und ernster, ja schwerfälliger Philosophie, auf dem die Lichter von Humor und Geist, von sinniger Anschauung, von lebhafter Empfindung gar reizend, bunt und beweglich durcheinanderspielen. Bis in den Stil hinein macht sich dieses zwiefache Element bemerklich. Wir folgen in der Regel mit Wohlgefallen dem behaglichen, freien Gange der Darstellung und stoßen dann wieder plötzlich und unerwartet auf ein Stückchen Scholastik. Das bewegt sich so schwunghaft und elastisch — und auf einmal wieder scheint sich dem leicht Dahinschreitenden etwas wie Blei an die Füße zu hängen oder er spaziert gar auf Stelzen einher. Man hat eine ganze Strecke lang den frischen Gesellen für einen Poeten gehalten, — da dreht er sich um, und ein kleines Professorzöpfchen kömmt unverkennbar zum Vorschein. Am meisten gesondert liegen die beiden Elemente nebeneinander in dem fünften, dem jüngst ausgegebenen Hefte (Stuttgart, bei Cotta 1866), das uns allein hier beschäftigen soll. Der Professor der Aesthetik bietet uns nämlich diesmal zunächst den Anfang einer Kritik seines eigenen großen Werkes über diese Wissenschaft, er läßt dann zwei kleinere Aufsätze folgen, von denen namentlich der letzte dem ästhetisirenden Politiker angehört. Denn dies ist, den Inhalt anbetreffend, die Mischung, die uns überall bei ihm begegnet. Sein Fach ist die Philosophie des Schönen und der Kunst; daneben ist er — die Bezeichnung soll nicht ohne Weiteres einen Tadel ausdrücken — politischer Dilettant; die eigentlich goldenen Adern aber, die sich zwischen dem philosophischen und dem politischen Raisonnement hindurchziehen, sind Anschauungen von Kunst und Natur, von Völkerart und Völkersitte, Stimmungen und Empfindungen eines reinen, edlen und liebenswürdigen Menschen.

Ueber den ersten der genannten Aufsätze nun könnten wir versucht sein, sehr ausführlich zu werden, wenn nicht der Moment, in welchem wir schreiben, uns anriethe, sehr kurz zu sein. Die Vischer'sche Aesthetik gehört zu den Werken, die unter ihrer Trefflichkeit und Gediegenheit zu leiden gehabt haben. Die Außenwerke dieses großen Baues bieten dem Angriff so viel Fläche, die reichen Schätze in seinem Innern lagen für das große Publicum zu versteckt hinter logischen Verschanzungen, als daß sie ihm unmittelbar zugänglich gewesen wären. Ein rechtes Fressen für die Kritiker und für die Ausschreiber, die hier, wie in der Regel, meist beides in Einer Person waren. Wie Viele haben sich an dieser Aesthetik die Sporen verdient, wie Viele sich aus diesem Rohre ihre Pfeifen geschnitten — während eine allseitige gerechte Würdigung des Buchs vielleicht schon deshalb unterblieb, weil sie selbst ein Buch hätte sein müssen. Dazu kam, daß sich, durch die Schuld des Verfassers selbst und nach gut deutscher Unsitte, alsbald theologische Gesichtspunkte bei der Kritik in den Vorder-

grund drängten. Der „pantheistischen" Aesthetik traten die Kritiker mit einer „theistischen" Aesthetik entgegen, und dies Aushängeschild diente nunmehr, um ihre Unselbständigkeit, ihre Ausnutzung des Gegners durch den Schein eines principiell verschiedenen Standpunkts zu maskiren. Es war unter diesen Umständen in der That Zeit, daß Vischer sich entschloß, sein eigener Kritiker zu werden. Hatte er doch schon vor neun Jahren, bei der Vollendung des Werks, bekannt, daß er mit seiner Arbeit nicht mehr in allen Stücken zufrieden sei. Er macht jetzt den ernstlichen Versuch einer Selbstprüfung, einer eingehenden Revision seines Buchs. Ganz wird sich darüber urtheilen lassen, wenn dieselbe ganz vorliegt. Schon jetzt darf man sich freuen, daß der Verfasser über die ungehörige Verselbständigung des Naturschönen, als ob dasselbe vor und ohne die Phantasiethätigkeit existirte, nunmehr selber den Stab bricht und daß er, im Zusammenhange damit, der Analyse der subjektiven Thätigkeit den Vortritt einräumt. Es scheint leider nicht, als ob er die ganze Consequenz dieser richtigen Einsicht zu ziehen gewillt sei. Er will die äußere Structur, die Architektonik seines Werks, aber nicht das metaphysische Fundament geändert wissen. Die volle Berücksichtigung der Phantasiethätigkeit als der erzeugenden Energie des Schönen würde auf eine genetische Erklärung des Schönen aus dem Wesen des Menschen führen, sie würde den metaphysischen Schein, d. h. die Phantasieanticipation einer Weltharmonie so gut wie den Schein eines objectiv existirenden Naturschönen auflösen, während nach Vischer noch immer die an sich seiende Schönheit der Welt die dogmatische Voraussetzung des Einzelschönen und des verklärenden Akts der Phantasie bleibt. Wenn man hierin mit ihm nicht einverstanden sein kann, so wird man um so mehr in dem Kampf gegen den Herbart'schen Formalismus der Aesthetik auf seiner Seite stehn. Die formgebende Macht der Phantasie hat einen substantiellen Hintergrund, eine Beziehung auf ein absolut Inhaltvolles, das nur abermals nicht in einer platonischen Existenz, sondern — um mit Lotze zu reden — in erlebbaren Werthen, die sich in der Tiefe des Gemüths offenbaren, bestehen wird. Hoffentlich wird die Fortsetzung der Vischer'schen Abhandlung die ganze Unfruchtbarkeit und Einseitigkeit jenes neuerdings von Zimmermann vertretenen formalistischen Standpunkts noch voller in's Licht setzen. Die Abfertigung eines anderen Gegners aber durfte sich billig in eine Charakteristik von dessen Manier, Bücher zu fabriciren, auflösen, und Jedermann wird das Bild des Münchner „Obercitationsraths der Literatur," dieses „Nachmittagspredigers der Aesthetik für sentimentale alte Jungfern" als ein wohlgetroffenes anerkennen müssen.

Wir kommen zu dem Reisebild, welches den Schluß des Heftes bildet und damit zu einem Gegenstand, der uns näher und unmittelbarer angeht. Der Verfasser befindet sich im Herbst 1865 am Strande, auf der Insel Sylt. Die Nordsee und das Mittelmeer, norddeutsche und süddeutsche Landesart, endlich die Kunst des Nordens und die Kunstwelt Italiens stellen sich seinem Geiste zur Vergleichung. Billig wägt er das Eine gegen das Andere ab, immer kömmt er zu liebevollster Schätzung des Heimischen, Vaterländischen zurück, wiederholt

sagt er sich, wie die Enden Deutschlands, trotz alles Gegensatzes, zusammengehören, und mit stolzer Freude erfüllt ihn der Gedanke, daß er eben in Schleswig auf neu gewonnenem, dem Feinde entrissenem deutschen Boden stehe. Dennoch wollen ihm alle diese Betrachtungen nicht zu dauernder Gemüthserhebung gedeihen; immer drängt sich „das Bild der Niedertretung des Volkswillens und seines Rechtsbewußtseins durch den eigenen Retter“ störend dazwischen — die politische verdirbt ihm die ästhetische Stimmung. Und sofort versucht er es, jene in Reflexionen umzusetzen; der Aufsatz wird zu einer Streitschrift gegen die Einverleibung der Elbherzogthümer, gegen die preußisch-deutschen Einheitsbestrebungen. Mit den Waffen des Hasses und des bornirtesten Dünkels ist in den letzten Monaten, nicht zum wenigsten auch von den Landsleuten des Verfassers, derselbe Kampf geführt worden. Es lohnt sich nicht, dagegen mit Worten sich zu erhitzen. Anders hier. Die particularistische Stimmung tritt hier im Gewande edler Bildung, in der Rüstung des schwunghaftesten sittlichen und nationalen Gefühls auf. Denn dies ist in Kurzem das Raisonnement des Verfassers, mit dem er den „logischen Schein,“ wie er sich ausdrückt, der für die Einigung unter Preußen spreche, glaubt vernichten zu können. Er geht von den unzweifelhaften Gewaltthätigkeiten aus, welche die Annexion der Herzogthümer vorbereitet haben. Diese Annexion billigen heißt ihm daher das Princip der Gewalt gleichzeitig für das innere politische Leben Preußens und demnächst aller deutscher Staaten legalisiren. Staaten vergrößern sich freilich nach der Lehre der Geschichte fast immer nur durch Gewalt und Unrecht. Allein wehe dem, durch den Aergerniß kömmt; die Pflicht der Lebenden ist es darum doch, gegen das Unrecht zu kämpfen, doppelt in dieser heutigen Zeit, in der nun einmal „die Freiheitsfrage mit Feuerschrift auf der Tagesordnung steht.“ Die in Rede stehende Eroberung würde aber nicht einmal zum Ziele, zur vollen Hegemonie Preußens über ein geeintes Deutschland führen, sondern dieses Ziel nur weiter hinausrücken. Es giebt schlechterdings nur den einen Weg der „moralischen Eroberungen“ — wäre nur die mindeste Aussicht, daß derselbe noch gangbar gemacht werden könnte! Hat es doch Herr von Bismarck erreicht, auch die liberale Partei in Preußen zu „vergiften,“ ist doch durch die Aussicht auf Machtzuwachs ein Riß in das Rechtsbewußtsein auch der preußischen Bevölkerung gekommen. Preußen innerlich zu „bessern“ ist ein Traum, ein Traum, welchen aufzugeben um so schmerzlicher ist, da auch im übrigen Deutschland nichts als Rathlosigkeit herrscht. Der einzige Trost, der nach des Verfassers Meinung in dieser Lage bleibt, reducirt sich auf den Entschluß, daß es nicht immer so bleiben dürfe. „Wir selbst allein,“ so schließt er seine melancholischen Betrachtungen, „sind unser Programm. Wir sind nur dann verloren, wenn wir uns selbst verlieren. Das Selbst ist Rechtsbewußtsein und Charakter. Dies ist wenig, nichts — und ist Alles.“

Und dies wäre nun nicht dieselbe abstrakte Ideologie, dieselbe Neigung, concrete Fragen mit logischem Formalismus zu behandeln, die auch dem Aesthetiker Vischer soviel zu schaffen macht und uns stellenweise die Freude an seinen

geistvollen Anschauungen des Einzelnen verdirbt? Wir müssen es erleben, daß dieser Mann, der so offene Augen für das Sinnfällige, Wirkliche hat, wie ein Advokat von dem unantastbaren Rechte des Augustenburgers redet. Sein sittlicher Ernst verbirgt ihm, daß es eine ganz vage Voraussetzung, gleichsam das metaphysische Fundament seines politischen Raisonnements ist, die Freiheits- und Rechtsfrage stehe nun einmal in der gegenwärtigen Zeit, der Zeit des hellen Bewußtseins der Völker, im Vordergrunde. Daß dieses Freiheits- und Rechtsbewußtsein doch allererst den Boden einer gesunden staatlichen Existenz unter sich haben müsse, um nicht staatszerstörend sich selbst zu zerstören und zu discreditiren — man sollte meinen, diese Einsicht läge in der Consequenz eines Mannes, der neben der Form den Gehalt nicht verkürzt wissen will, der in ästhetischen Dingen das Nebulistische und Spiritualistische so tapfer bekämpft, der auch in politischen Dingen nachgerade an dem Lärm leerer Kundgebungen und Rodomontaden sich einen gründlichen Ekel geholt hat. Er giebt zu, daß späte Enkel vielleicht den Segen einer Eroberung Deutschlands durch Preußen erfahren würden — aber die Logik, das helle Bewußtsein der heutigen Generation erfordere, dieser segensreichen Zukunft vom Standpunkt des Rechts aus jede denkbare Schwierigkeit in den Weg zu werfen. Wie? auch dann, wenn dieses helle Bewußtsein uns sagte, daß das Recht in der Luft steht, sofern es sich nicht einen Inhalt an den realen Macht- und Einheitsbedürfnissen der deutschen Nation zu schaffen verstanden hat? Weil leider in den Jahrhunderten des Mittelalters die Brechung particularistischer Gewalten durch die Gewalt versäumt worden, so soll es nun schlechterdings unerlaubt sein, das Versäumte nachzuholen? unerlaubt auch dann, wenn es mit nur wenig Klugheit und praktisch-politischem Verstande möglich wäre, die Gewalt zu mäßigen, die unerläßlichen Gewaltakte abzukürzen? Das ist, scheint uns, nicht das Vertrauen auf die Stärke, sondern das Mißtrauen in die Schwäche des hellen Rechtsbewußtseins der heutigen Deutschen, es ist, um Alles zu sagen, das geheime Gefühl der Machtlosigkeit des kleinstaatlichen Bürgers, der sich gegen die reelle Macht mit dem puren blanken Schilde der Rechtsidee, wie mit einem Amulet zu decken sucht. „Wer Preußen auf den Eroberungsweg weist, der erklärt den Charakter des despotischen Militärstaats in Permanenz.“ Und warum in Permanenz? Wir unsererseits haben ein besseres Vertrauen zu dem Muth und Willen der Nation, sich zu der Macht und Einheit auch die Freiheit zu erobern. Man verzichtet nicht auf das, was man vertagt. Auf das hochentwickelte Rechtsbewußtsein der Gegenwart, auf ihre jedem geistigen und sittlichen Fortschritt zustrebenden Kräfte dürfen wir uns sicherer verlassen als auf die Spannkraft der eisernen Gewalten, die der organisirenden Staatsthätigkeit allererst den Raum gewinnen müssen. Es ist hohe Zeit, den Sonnenuntergang des alten militärischen und absolutistischen Preußen (wir versuchen die Sprache des Verfassers zu sprechen) zu benutzen, um das deutsche Mittelalter zu schließen, um mit dem bornirten Particularismus, dem dynastischen Dünkel der Kleinfürsten, der österreichischen Fremd- und Gewaltherrschaft, um ebenso mit dem windigen, declama-

torischen Einheitsidealismus eines großen Theils der deutschen Bevölkerungen ein Ende zu machen. Daß wir eine stramme Staatszucht ertragen haben, wird uns Preußen nicht schwächlicher gemacht haben, um demnächst auch den Kampf um eine freiheitliche innere Ordnung des neuen Deutschlands zu bestehen, und patriotische Gesinnungen, hohe sittliche Anschauungen, wie sie unser Verfasser verräth, werden uns hülfreich aus den anderen deutschen Staaten entgegenkommen. Wir weisen dieselben nicht ab, wir verlangen nur, daß sie sich mit praktisch-historischem Sinn, mit vorurtheilsloser Anerkennung der ersten Bedingungen eines großen, Achtung gebietenden Staatslebens durchdringen. Das ist der Unterschied des Aesthetikers von dem Politiker Vischer. Der Rest von formalistischem Idealismus, der jenem anhaftet, ist durchschossen und wird jeden Augenblick berichtigt durch den unvergleichlichen Sinn für das lebendig-Schöne; von einer ähnlichen Ergänzung durch concreten Geschichts- und Staatssinn ist bei diesem nicht die Rede. Im Gegentheil, jener rege Gefühls- und Stimmungsantheil, der dem Aesthetiker zu Statten kommt, verdirbt dem Politiker die Unbefangenheit des Urtheils, wie redlich er danach strebe, und verwandelt jeden Augenblick den Praktiker in einen Poeten. Um es nur heraus zu sagen — an allen den Stellen, wo er in eiferartige Verstimmung geräth, schlagen ihm ganz dieselben Vorurtheile in den Nacken, die wir in ungebildeter Form tagtäglich von seinen Landsleuten haben anhören müssen. Wenn er seinerseits von dem preußischen Vorurtheil der besten Verwaltung spricht, wenn ihm Preußen ein Land ist, „wo die Bürger sich von betrunkenen Lieutenants zusammenhauen lassen ohne zu mucksen," wenn er uns recht keck versichert, die Süddeutschen werde Preußen nimmer erobern, so ist das Alles weder politisch, noch ästhetisch, sondern im Ton und Sinn, nach dem Verständniß einer Stuttgarter Volksversammlung vor dem Kriege geredet.

Vor dem Kriege. Auch wir haben geredet, als ob die Preußen noch keinen der Siege erfochten hätten, deren Ertrag jetzt, so Gott will, auch den Bevölkerungen südlich vom Main zu gute kommen wird. Es wäre grausam und ungroßmüthig, eine Schrift, die am 6. Mai abgeschlossen wurde, mit den Thatsachen zu widerlegen, wie sie am 6. August vorliegen. Für widerlegt zwar wird sich der Verfasser auch jetzt noch schwerlich bekennen, und die Wahrheit ist, daß auch wir nicht meinen, alle Arbeit sei schon gethan, alle Erfolge schon in Sicherheit gebracht. Allein — durch manche Bitterkeit hindurch — ist sicher eine Umstimmung, eine Wandelung der Ansichten auch in seiner Seele vorgegangen. Möchte sie so weit reichen, daß er sich im Bunde mit uns bereit finden lasse, durch moralische Eroberungen die Eroberungen mittelst Blut und Eisen zu befestigen, zu erweitern und zu adeln!

Verantwortlicher Redacteur: A. Flögel.
Druck und Verlag von Georg Reimer in Berlin.

Die Siege der Union im Winter 1864—65 und die Friedensversuche. *)

Als General Grant zu Ende November 1864, bald nachdem Lincoln zum zweitenmal zum Präsidenten gewählt war, sich aus dem Feldlager vor Richmond zu einem flüchtigen Besuch nach New-York begeben hatte, fragte man ihn in einer Abendgesellschaft um die Lage des Kriegs. Er antwortete: „die südstaatliche Conföderation ist eine leere Schale, ich weiß es, und Sherman wird es Euch beweisen." Einige schlugen eine Wette auf 90 Tage vor; er sagte: „ich bin kein Neunzig-Tagemann, aber wir wollen einmal sehen, was zwischen heute und einem Monat geschehen ist." Der General hatte Recht. Zur Zeit, als er sich so aussprach, war Sherman bereits inmitten seines kühnen Zuges von den Alleghanies nach der Küste des atlantischen Oceans; und es verging kein Monat, so waren Washington und New-York von der Nachricht erfüllt, daß der Zug siegreich vollendet sei. Und noch eine zweite große Siegesbotschaft brachte das ablaufende, eine dritte das beginnende Jahr: in Tennessee wies Thomas den Einfall Hood's nach blutigem Kampfe mit kräftigen Schlägen über die Grenze zurück; in Nord-Carolina nahm Admiral Porter das Fort Fisher bei Wilmington mit Sturm und verschloß damit der Conföderation ihren wichtigsten Hafen. Bald reihte sich an so große Waffenerfolge auch ein innerer Sieg für Lincoln's Politik, am 31. Januar 1865 beschloß das Repräsentantenhaus zu Washington die Aufhebung der Sklaverei. Man begann auf beiden Seiten zu fühlen, daß der Kampf sich dem Ende nahe; es wurden Friedensverhandlungen versucht, doch sie zerschlugen sich am Starrsinn des Oberhaupts der Conföderation. Diese Siege der Union und diese Zeichen der fortschreitenden Umwandlung der Lage sollen der Gegenstand der nachfolgenden Darstellung sein. Wir müssen uns dabei, wie bisher, auf die Hervorhebung der entscheidenden Erscheinungen beschränken.

Wir haben im vorigen Aufsatz die Umstände, unter welchen sich bei Sherman der Plan zum Marsch durch Georgien entwickelte, bereits an-

*) Vergl. Preußische Jahrbücher Band XVI. S. 324.

gebeutet, wir müssen jetzt etwas näher darauf zurückkommen. Der Plan mag beim General schon während seines glücklichen Sommerfeldzugs entstanden, vielleicht auch damals schon mit Grant und dem Cabinet zu Washington verhandelt worden sein; ihn zur Reife zu bringen, trug jedenfalls der Feind selbst am meisten bei. Als es Hood zu Anfang Oktober wagte, mit seiner von ihren Niederlagen eben hergestellten Armee sich auf Sherman's Hauptverbindung,*) d. h. auf die Eisenbahn zwischen Atlanta und Chattanooga zu werfen, da hatte er selbst seine bisherige Hauptverbindung und Basis, Georgien, preisgegeben. Sherman erwies sich seinem Gegner auch jetzt entschieden überlegen, er drängte ihn, wie wir erzählt haben, in einer Reihe nicht eben bedeutender Gefechte an der Eisenbahn her über Roma zurück und manövrirte dabei so geschickt, daß seinem Gegner zuletzt nur zwei Rückzugsrichtungen blieben: die eine südwestlich nach Montgommery, die andere nordwestlich nach dem mittleren Tennessee. Welche von beiden auch Hood wählen mochte, er konnte nun das mittlere Georgien nur auf bedeutendem Umweg wieder erreichen, Sherman hatte dahin einen großen Vorsprung. Hood indessen, statt die Gefahr zu würdigen, wählte gerade die letztere Richtung, die ihn von seinem bisherigen Kriegsschauplatz trennte; es lockte ihn die Aussicht, in Tennessee durch einen leichten und glänzenden Sieg die bisherigen Niederlagen auszugleichen. Der „Richmond Examiner" warf nachher auf Jefferson Davis selbst die Schuld des verfehlten Unternehmens, denn der Präsident sei es gewesen, der dem General den Einfall in Tennessee befohlen habe, damit er, mit dem Parteigänger Forrest zusammenwirkend, diesen Staat wieder in die Gewalt der Conföderation bringe. Auch entsprach der Plan dem Charakter des Hauptes der Südstaaten, sowie seiner bisherigen Kriegführung, die weit mehr durch wiederholte Ausfälle über die natürlichen Machtgrenzen hinaus, als durch zurückgehaltene, besonnene, zähe Vertheidigung ihr Ziel zu erreichen gesucht hatte. In diesem Geiste hatte der Präsident zu Anfang des Feldzugs an Stelle des vorsichtigen Johnston, der im langsamen Rückzug allmählich das verlorene Gleichgewicht der Kräfte herzustellen dachte, den tapferen, doch wenig umsichtigen Hood an die Spitze der Armee berufen, der auch alsbald dem übermächtigen Gegner die Gelegenheit zu einer Reihe von Siegen gab. Jetzt vollendete der Präsident seinen ersten Fehler statt ihn zu verbessern. Er mußte aus dem bisheri-

*) Wir müssen bei dieser Gelegenheit den Lesern wiederholt empfehlen, daß sie die Heereszüge auf der Karte verfolgen, weil sonst das Wesentliche der Darstellung unverstanden bleibt. Wir haben uns aus dieser Rücksicht so viel als möglich auf die Namen beschränkt, die auf jeder guten Schulkarte zu finden sind; unter diesen ist besonders diejenige von Kiepert sehr brauchbar.

gen Verlauf des Kampfes und aus dem Charakter Sherman's die Möglichkeit erkennen, daß dieser sich nach dem Meere wenden werde; und wenn er ihm selbst den Weg dazu frei machte, auf welchen ausgleichenden Gewinn an anderer Stelle durfte er dafür hoffen? Er hatte vielleicht durch Forrest, sowie durch seinen Anhang in Tennessee zuverlässige Nachricht, daß Thomas mit verhältnißmäßig schwachen Streitkräften dort stehe; allein er mußte, bei der entschiedenen Ueberlegenheit, welche Sherman zuletzt bewiesen, erwarten, daß dieser an Thomas rechtzeitig Hülfe senden werde. Und selbst wenn der günstigste unter den möglichen Fällen eintrat, wenn Thomas noch in seiner Schwäche von Hood überrascht und geschlagen wurde, wenn Tennessee und Kentucky vorübergehend wieder in die Hände der Conföderation fielen: so fand doch der Siegeslauf unter allen Umständen am Ohio seine Grenze. Einen augenblicklichen Schrecken mochte der Sieg über die Union bringen, eine dauernde Wirkung konnte er am Wenigsten auf die zunächst bedrohten Staaten haben, denn gerade der Nordwesten hatte den Krieg von Anfang an mit besonderem Nachdruck geführt. Eine dauernde Erschütterung dagegen mußte zur selben Zeit Sherman's Zug auf die Conföderation üben; denn ein Feind, der durch das Herz ihres Landes hindurch die Küste gewann, durchschnitt ihre wichtigsten Verbindungen, hemmte den Fluß ihrer Hülfsquellen, verlieh dem ohnedies gefährlichen Küstenangriff neuen Nachdruck und enthüllte zugleich alle Schwächen ihrer Lage. Weit besser also hätte Jefferson Davis gethan, am Tennessee und Cumberland auch ferner Forrest und die anderen Parteigänger streifen zu lassen, denn gerade mit dieser Kriegsart vermochten die Conföderirten bei der Natur des Landes und ihrem weit verbreiteten Anhang dort einen stärkeren Feind mit wenig zahlreichen Kräften in Athem zu erhalten. Das Hauptheer dagegen mußte in Georgien in Sherman's Nähe zusammengehalten werden, um jeder entscheidenden Bewegung desselben mit geschlossenem Widerstand entgegenzutreten. Wie die Stärkeverhältnisse waren, würde Sherman wahrscheinlich auch aus diesem Kampfe zuletzt als Sieger hervorgegangen sein; doch würde er bei besonnener Führung der conföderirten Armee die Küste in diesem Feldzug nicht mehr erreicht haben und noch weniger wären ihm die raschen Schläge gelungen, womit er nachher den Widerstand in Süd- und Nordcarolina niederwarf. Kurz, es hat hier das Haupt des Sonderbundes selbst dessen Untergang beschleunigt; die Kraft der nämlichen Leidenschaft, aus welcher der Abfall hervorgegangen war, wurde ihm verhängnißvoll.

Um so besonnener bei aller Kühnheit zeigte sich Sherman. Es ist wahrscheinlich und die oben erzählte Aeußerung Grant's bestätigt es, daß er die Regierung in Washington von seinem Unternehmen, sowie er an

des Feindes Bewegungen den Zeitpunkt erkannt hatte, in Kenntniß setzte; und schon am 3. November schreibt er an einen Capitän der Flotte, sein alter Freund, der Admiral Porter, möge um Weihnachten an der Küste zwischen Hilton Head und Savannah einmal nach ihm auslugen. Es bedurfte indessen noch einiger Tage zur Durchführung der Vorbereitungen. Zunächst mußte Thomas verstärkt werden; Sherman sandte ihm die Generale Shoefield und Stanley mit etwa 20,000 Mann zu, und gab ihnen alles Kriegsmaterial mit, das er irgend entbehren konnte; der Zug nahm, wie es scheint, den Marsch über Dalton und Chattanooga, der letztere Ort war befestigt und konnte das Material aufnehmen. Inzwischen wandte sich Sherman mit dem Haupttheil seiner Armee nach Atlanta zurück; die letzte Nachhut, welche dem Rückzug Hood's am weitesten gefolgt war, scheint um den 12. November dort wieder eingerückt zu sein. Sie hatte das schon vorher begonnene Werk der Zerstörung vollendet; Hood, wenn er ja umkehrte, würde lange Arbeit gehabt haben, die Eisenbahn, die Telegraphen, die Straßen wieder herzustellen; daß damit Sherman zugleich die eignen Verbindungen mit dem Norden preisgab, entsprach der Art seines Unternehmens. Auch die Stadt Atlanta wurde zerstört; sie sollte dem Feinde kein Mittelpunkt des Widerstandes mehr werden und für sich selbst wollte Sherman keine Möglichkeit der Umkehr bestehen lassen. Die Stadt hatte vordem aus ihren Fabriken und Vorrathshäusern die conföderirten Heere reichlich mit Kriegsmitteln aller Art versehen; alle diese Gebäude wurden durch Pulver und Feuer zur Vernichtung eingerichtet; die Einwohner hatten, wie früher erzählt wird, die Stadt schon seit Wochen geräumt. Während in Washington und New-York die widersprechendsten Gerüchte über Sherman's Absichten umliefen, war er bereits auf dem Marsch. Am 9. November scheint die Reiterei der Vorhut aufgebrochen zu sein, am 11. und 12. das Hauptcorps, am 15. verließ die Nachhut, eine Brigade aus Massachusets, die Stadt. Während ihres Abzugs flogen die Minen auf, entzündeten sich die Bomben, stiegen die Feuersäulen zwischen den schwarzen und rothen Dächern auf; bald hüllte ein Meer von Feuer und Rauch den Schauplatz so vieler Kämpfe und Siege ein.

Sherman hatte einen Weg von 60 deutschen Meilen vor sich. Ihn schnell zu durchmessen war die Hauptaufgabe; denn erst wenn die Küste erreicht, die Verbindung mit der Flotte hergestellt, kurz eine neue Basis gewonnen, trat wieder die Gewalt der Waffen gegen die feindlichen Heere, Festungen, Häfen in ihr Recht; in Georgien, von allen Verbindungen abgeschnitten, sich mit unnöthigen Gefechten oder Belagerungen aufhalten, hieß die Armee dem Verderben aussetzen. Es galt also, den Feind be-

ständig zu täuschen und zu überraschen, damit der Widerstand sich nirgends verdichten könne; Schnelligkeit und gute Mannszucht waren dafür die Hauptmittel. Der General nahm seine Maßregeln danach, am 9. November kündete sie ein Tagsbefehl dem Heere an. Dasselbe wird „zum Behuf militärischer Operationen" in zwei Flügel getheilt: der rechte, das 15. (Osterhaus) und 17. (Blair) Corps, steht unter General O. O. Howard; den linken, das 14. (Davis) und 20. (Slocum) Corps befehligt General H. W. Slocum; der Marsch geschieht, soviel wie möglich, auf vier parallelen Straßen; die Vereinigungspunkte werden vom Obercommandanten bestimmt, von ihm erhält auch die Reiterei unter General Kilpatrick unmittelbar ihre Befehle. Jeder Flügel erhält einen vollständigen Pontontrain, jedes Corps bildet ein Pionierbataillon, wo möglich aus Negern. Der Aufbruch ist in der Regel um 7 Uhr Morgens, die Wegstrecke für den Tag 3 deutsche Meilen. Die Armee bezieht ihren Unterhalt vom Lande; jeder Brigadecommandeur bestimmt eine besondere Abtheilung zu diesem Zweck; jedes Corps soll in der Regel mit Lebensmitteln auf 10, mit Futter auf 3 Tage versehen sein, eigenmächtiges Fouragiren ist streng untersagt. Pferde, Maulthiere, Transportwagen kann die Reiterei und Artillerie nach Bedarf mitnehmen; doch vorzugsweise von den, meist feindlich gesinnten, reichen Besitzern. Neger, soweit sie der Armee nützlich sein können, mögen, wenn es die Vorräthe erlauben, mitgenommen werden. Gegen die Einwohner und ihr Privateigenthum ist überall, wo sich das Volk freundlich zeigt, strenge Schonung zu beobachten; wo das Volk zu Feindseligkeiten schreitet, haben die Corpscommandanten Vollmacht, die nöthige Bestrafung zu verhängen. General Slocum verfügte noch, daß jede Brigade eine starke Arrieregarde habe, welche alle Nachzügler sofort arretire; denn die ganze Unternehmung, der Ruf des Corps, die persönliche Sicherheit jedes Einzelnen hänge von der Durchführung strenger Mannszucht ab. Die Stärke des Heeres beim Aufbruch soll etwa 45,000 Mann, worunter 8000 Reiter, mit 100 Geschützen betragen haben.

Sherman pflegte keine Lagercorrespondenten bei sich zu dulden; diesmal, mitten in Feindesland, hätten sie ohnedem ihre Neuigkeiten nicht nach Hause bringen können. Das Volk und die Zeitungen der Union mußten ihre Nachrichten meist aus südstaatlichen Blättern schöpfen. Aus diesen ließ sich denn freilich schon zu Ende November auch in Washington und New-York erkennen, daß und wohin Sherman auf dem Marsche war. Die Legislatur von Georgien rief alle Männer vom 15. bis zum 55. Jahr zum 100tägigen Dienst in's Feld; der Congreß von Richmond verordnete, daß die Milizen von Alabama, Florida, Carolina auch jenseits der Grenze ihrer Staaten verwendet werden sollten; General Beauregard erließ am

18. November von Korinth aus einen Aufruf zur Vertheidigung von Heerd und Altar an's Volk von Georgien, er werde schleunig kommen und Hülfe bringen. Bei alledem widersprachen und kreuzten sich die näheren Mittheilungen über Sherman's Bewegungen auf wunderliche Weise, er wußte den Feind meisterhaft zu täuschen. Die Hauptmasse seiner Reiterei mußte zur Rechten auf Macon vorgehen, während gleichzeitig auf der Linken die Vorhut von Slocum die Richtung über Madison auf Augusta nahm. Der Feind sammelte an beiden Punkten Streitkräfte zur Vertheidigung. Unterdessen marschirte die Hauptmacht zwischen beiden hindurch; am 22. und 23. November rückte Slocum mit dem linken Flügel in Milledgeville, der Hauptstadt von Georgien, ein, am 24. erreichte Howard mit dem rechten bei Gordon die Georgia-Centralbahn. In der Hauptstadt war kein Widerstand, der Congreß hatte sie wenige Tage vorher geräumt, ihm war in eiliger Flucht vor den „wilden Yankees" die Mehrzahl der Einwohner gefolgt; lange Wagenzüge mit Habseligkeiten aller Art bedeckten die Straßen nach Augusta und Macon, viele sollen in ihrer Angst 1000 Dollars für ein schlechtes Fuhrwerk gegeben haben. Die Neger aber blieben, begrüßten die Einziehenden mit ausgelassenen Freudenrufen und drängten sich herbei die Soldaten zu umarmen. Sherman gestattete nur kurzen Aufenthalt, er wurde zur Zerstörung der Eisenbahn, der Arsenale, Magazine, Fabriken, der Speicher und Baumwollenvorräthe benutzt, das Privateigenthum wurde geschont, die Armee hielt strenge Ordnung. Howard hatte inzwischen bei Gordon ohne Mühe ein Corps von 5000 Milizen auseinander gesprengt; die Berichte erzählen mit Genugthuung, wie die Neulinge in ihrer Unkenntniß der Gefahr zweimal einen ungestümen Angriff gewagt hätten und dann vor den Veteranen des Nordens auseinandergestoben seien. Der Marsch ging weiter nach dem Oconeefluß, er wurde nach geringem Widerstand überschritten. Jenseits, hatte man gesagt, sei das Land dürr und unfruchtbar; statt dessen fanden die Soldaten Heerden von Rindvieh, die Scheunen voll Mais und Hafer, Puter, Hühner, Gemüse im Ueberfluß. Die Baumwollenvorräthe waren gering, es war der Befehl von Jefferson Davis befolgt und überall Getreide gebaut worden; mit dem Aushungern des Südens hätte es gute Weile gehabt. Das Volk zeigte sich überaus unwissend und unduldsam, ohne jeden Sinn für die amerikanische Nationalität und die große Staatsgemeinschaft der Union, völlig geeignet, ein blindes Werkzeug in der Hand weniger Führer zu sein. Den Negern hatte man eingeredet, sie würden von den „Yankees" in die vorderste Linie ihrer Heere gestellt und erschossen, wenn sie nicht fechten wollten, in Atlanta hätte man sie in die brennenden Häuser getrieben, ihre Weiber und Kinder im Fluß ersäuft. Sie

verstanden indessen sehr schnell, daß die Feinde ihrer Herren nicht ihre Feinde seien und machten von der Freiheit Gebrauch, die ihnen „Massa Lincoln" geschenkt habe. Zu Hunderten wollten sich auch Frauen und Kinder dem Heereszug anschließen, um ihre Männer und Söhne zu suchen, von denen man sie getrennt hatte; es kostete große Mühe, sie abzuweisen. Ueber die Zerstörung von Fabriken und Eisenbahnen bezeugten sie oft unbändige Freude; die Bahn, sagte Einer, wird nicht so schnell wieder hergestellt sein, da drüben liegen viele schwarze Leute begraben, die bei dem Bau zu Tode gepeitscht wurden.

Vom Oconee ging der Marsch nach dem Ogeehee. Von Macon aus riefen der Governor Brown und der General Cobb, von Augusta der Senator Wrihgt, der in der Osthälfte des Staats die Regierung übernommen hatte, und General Beauregard zu den Waffen. Die Blätter machten viel Lärm vou der Heeresmacht, die Beauregard und Johnston bereits versammelt hätten, auch Bragg sei mit 10,000 Mann von Wilmington im Anzug, Lee habe Hampton mit seiner Cavallerie von Richmond her zu Hülfe geschickt, Wheeler mit 10,000 Reitern stehe bereits in Sherman's Flanke. Danach blieb man im Norden mehrere Tage ohne weitere Kunde, die conföderirten Zeitungen schwiegen. Sherman hatte Davis mit dem 14. Corps und Kilpatrick mit der Reiterei zur Bedrohung Augustas gegen Waynesboro vorgeschoben; inzwischen überschritt er selbst am 29. und 30. November ohne Widerstand den Ogeehee und rückte in Millen ein. Man hatte gehofft, dort 10,000 Gefangene zu befreien, die in der Nähe der Stadt in einem umfriedeten Raum, ohne Obdach gegen Hitze, Kälte und Regen, Monate lang gefangen gehalten waren; sie waren aber schon weggebracht worden. In Millen hielt Sherman einige Tage Rast und zog Davis und Kilpatrick wieder heran; der letztere wies in einer Reihe kleiner Gefechte die Angriffe Wheeler's ab, woraus dann die Conföderirten einen Sieg machten. Am 3. Dezember ging der Marsch weiter zwischen dem Savannah und Ogeehee hinab, Davis und Kilpatrick deckten ihn auf der Linken und im Rücken, Howard mit dem 15. Corps auf der Rechten, am anderen Ufer des Ogeehee. Auch hier fand die Armee reiche Vorräthe jeder Art; es wurden große Baumwollenlager vernichtet, größere jedoch waren nach Columbia in Südcarolina und nach Wilmington gebracht worden. Einzelne Pflanzungen wurden auf dieser Strecke den Flammen übergeben; die Soldaten wollten wissen, die Pflanzer hätten durch ihre Bluthunde, die sie gegen die Neger hielten, gefangene Bundessoldaten auf der Flucht verfolgen lassen; die Hunde wurden todt geschossen, wo sie die Soldaten fanden. Am 12. Dezember, kaum einen Monat nach dem Auszug von Atlanta, erreichte die Armee Savannah;

nach kurzen, unblutigen Gefechten wich der Feind in die Stadt zurück. General Howard, der jetzt den Ogeehee überschritten und dadurch die Linie des Kanals zwischen beiden Flüssen umgangen hatte, führte den 13. eine Division des 15. Corps gegen das Fort M'Allister, welches, drei deutsche Meilen südlich von Savannah, den Zugang zur Stadt von der Seeseite deckt. Sherman hatte die Division früher selbst geführt; er sagte jetzt den Soldaten, sie möchten das Fort noch am nämlichen Abend nehmen, dann werde es keine Belagerung und weniger Blut kosten. Sie gingen unter dem feindlichen Feuer muthig gegen die Werke vor, überschritten den Graben, räumten die Pallisaden weg, und das Fort mit 8 Geschützen war in ihren Händen. Der Sieg war mit 90 Mann Verlust nicht theuer bezahlt. Schon am 12. hatte Admiral Dahlgreen, der im Ossawbawsund kreuzte, durch einen Kundschafter Nachricht von der Ankunft der Armee erhalten; jetzt war die Verbindung zwischen dieser und der Flotte sichergestellt, Sherman schrieb seinen ersten Bericht noch am Abend des 13. am Bord eines Kriegsschiffs. Er konnte melden, daß die Armee in ausgezeichneter Verfassung sei, ihr Verlust auf dem ganzen Zuge betrage kaum 1000 Mann, sie habe 4000 Gefangene und 30 Kanonen gewonnen und bringe 1000 Neger mit, der Werth der zerstörten Baumwolle belaufe sich auf 40 Mill. Dollars.

Es galt jetzt Savannah zu nehmen. Am 12. und 13. Dezember hatte Slocum von der Nord- und Westseite, Howard von der Südseite die Stadt eingeschlossen. Sie schien jedoch so leicht nicht zu nehmen, denn es führten zwischen Sumpf- und Wasserläufen nur wenige Zugänge zu ihr und diese waren befestigt; die Besatzung unter General Harder wurde auf 15,000 Mann angegeben; es waren in Wirklichkeit keine 10,000, meist Milizen. Am 14. hatte Sherman auf M'Allister eine Zusammenkunft mit General Foster, der die Landtruppen bei Beaufort befehligte, am 17. suchte er den Admiral Dahlgreen bei Hilton Head auf. Das Zusammenwirken war leicht verabredet; auch war es ein Vortheil, daß eine Abtheilung von Foster's Truppen unter General Potter sich nach einigen Gefechten schon am 6. Dezember in der Gegend von Grahamsville an der Charleston-Savannahbahn festgesetzt hatte, es war dadurch Slocum's Stellung im Rücken gesichert. Die Stadt fiel schneller, als erwartet war. Am 20. nahmen die Belagerer ohne vielen Widerstand das Fort Lee, und sofort ließ Sherman die Aufforderung zur Uebergabe ergehen; im anderen Falle werde er stürmen und alsdann keine Gefangene machen. Harder lehnte trotzig ab, in der Nacht aber führte er seine Truppen aus der Stadt. Slocum hatte wegen eines ausgebreiteten Sumpfs den unteren Theil der Hutchinsonsinsel im Savannah nicht besetzen können, hier

entkam Harder; vorher hatte er für Zerstörung der Panzerschiffe und Werften gesorgt. In der Morgendämmerung fanden Sherman's Vortruppen die Werke geräumt; er zog in die Stadt, eine Deputation überbrachte ihm die Schlüssel. Der General übergab in seiner ersten Depesche dem Präsidenten Lincoln die Stadt „als Weihnachtsgeschenk." Es war eine großartige Gabe: 800 Gefangene, 150 schwere Geschütze, 30,000 Ballen Baumwolle; und vor Allem der Platz selbst als fester Ausgangspunkt für die nächsten Unternehmungen Sherman's. Dieser war zunächst auf die Herstellung der Ordnung bedacht; er ernannte den General Geary zum Militärcommandanten und regelte die Verhältnisse durch eine Reihe von Befehlen. Der Handel wurde auf die für Armee und Einwohnerschaft nöthigen Bedürfnisse beschränkt und nur den Bürgern der Vereinigten Staaten gestattet, bis zu dem Zeitpunkt, wo wieder Gerichtshöfe und Controlbeamte mit gesetzlicher Autorität eingesetzt seien; der Verkauf der Baumwolle wurde ausschließlich den Agenten der Regierung für deren Rechnung zugewiesen; die Freiheit der Neger wurde auch hier, wie auf dem ganzen Zuge verkündigt. Die Einwohner fügten sich ohne viel Widerstreben in die neue Ordnung und fanden bald, daß sich's unter ihr ganz gut leben lasse; selbst der „Chronicle," eine Zeitung, die in Augusta erschien, erkannte an, daß Sherman's Regiment streng in den gesetzlichen Schranken bleibe und daß keinerlei Eingriff in das Eigenthum und die Privatrechte der Bürger vorkomme. Es bereitete sich seit diesem Zug ein Umschwung in der Stimmung Georgiens vor, der dem Frieden mit der Union günstig war. Bei alledem vergaß Sherman seine militärische Aufgabe nicht. Kilpatrick mußte gegen Darien und gegen Augusta streifen; die Hoffnung, er werde am ersteren Orte einige tausend Gefangene befreien können, bestätigte sich nicht, doch war nirgends von einer Annäherung des Feindes etwas zu bemerken. Eine andere Abtheilung rückte an der Charlestonbahn vor, vereinigte sich mit Foster's Truppen, vertrieb den Feind nach kurzem Widerstand aus seinen Verschanzungen an der Pocataligobrücke und zwang ihn zum Rückzug nach dem Canakaheefluß. Dies geschah am 14. Januar, es war zugleich die Einleitung zu der größeren Unternehmung, zu welcher Sherman jetzt auf's neue aufbrach. Sie gehört in den Zusammenhang der letzten Kriegsthaten, durch welche die Conföderation völlig niedergeworfen wurde. Der Dank aber, welchen zu Anfang Januar der Präsident und der Congreß der Vereinigten Staaten dem Generalmajor W. J. Sherman, seinen Offizieren und Soldaten aussprachen, war schon jetzt wohl verdient.

So unblutig indessen, als er sich ansah, war dieser Siegeszug nicht, das Blut dafür mußte an einer anderen Stelle bezahlt werden. Wir

meinen den zweiten großen Erfolg, welcher der Union um diese Zeit zufiel, jene glückliche Waffenthat, womit Thomas in Tennessee das Unternehmen Sherman's erst vollständig besiegelte. Zu Anfang sah es dort nicht günstig aus, vielmehr schien sich zuerst die Berechnung von Jefferson Davis und Hood wenigstens insoweit zu bestätigen, als sie hier auf den Vortheil der Ueberraschung gegen einen schwächeren Feind gehofft hatten. Wenn sich einmal das verschlungene Spiel dieser Heeresbewegungen, deren Zusammenhang sich vom oberen Tennessee bis über den Mississippi erstreckt, aus zuverlässigen Angaben vollständig zusammenstellen läßt, wird es ein lehrreiches Stück Kriegsgeschichte werden, für jetzt müssen wir uns mit der lückenhaften Uebersicht begnügen, welche die Zeitungsnachrichten gewähren. Forrest hatte zu Anfang November Jonesville am Tennessee, dort, wo der Fluß nach Alabama übertritt, überfallen und dabei eine Unionsflotille mit Armeevorräthen theils genommen, theils auseinandergesprengt. Um die Mitte November erreichte Hood auf seinem Rückzug, der sich nun in einen Angriff verwandeln sollte, die Gegend von Florence und Beide konnten jetzt zusammenwirken. Als dritter Genosse bei ihrem Unternehmen war General Lyons bestimmt, der aus Mississippi gekommen zu sein scheint und westlich vom Tennessee vorgehen sollte. Auch Magruder soll von Texas herangezogen sein, um Hood zu verstärken; sein Versuch, bei Gaines Landing über den Mississippi zu setzen, wäre jedoch vereitelt worden. Die Stärke Hood's wird, wahrscheinlich übertrieben, auf 30,000 Mann angegeben, Forrest und Lyons mögen jeder 4 bis 5000 gezählt haben. Auf der anderen Seite hatte Thomas das 4. und 23. Corps, etwa 20,000 Mann, bei Pulaski vereinigt; von Osten her aber zogen, wie wir wissen, Schoefield und Stanley mit 20,000, von Westen her aus Missouri kam A. J. Smith zu seiner Unterstützung herbei.

Die Conföderirten waren, wie gesagt, früher in Verbindung, und es schien einen Augenblick, als würden sie die Vereinigung ihrer Gegner verhindern können. Thomas wich gegen Nashville zurück, Schoefield scheint an der Eisenbahn von Chattanooga über Murfreesboro auf Franklin marschirt zu sein. Beim letzteren Orte sah er sich am 30. November Nachmittags von Hood angegriffen. Der Unionsgeneral war nicht unvorbereitet. Stanley hatte den Befehl über den rechten, Cox über den linken Flügel; Generale und Soldaten kannten des Feindes Art. Nach einer Reihe heftiger Anfälle mußte Hood abstehen; die Unionsberichte sprechen von einem großen Sieg mit 1000 Mann eignem Verlust gegen 6 bis 7000 des Feindes; in Wirklichkeit werden sie sehr zufrieden gewesen sein, sich des Feindes erwehrt zu haben. In der Nacht ging Schoefield auf Nash-

ville zurück, wo Thomas im Begriffe war seine ganze Macht zu versammeln. Hood folgte und jetzt wendete sich das Kriegsglück.

Es war wieder die unbesonnene Kühnheit Hood's, welche ihn zu einer Unternehmung fortriß, die über seine Kräfte ging. Möglich auch, daß ihm seine beiden Genossen nicht recht gehorchten, daß ihnen von Jefferson Davis, der vielleicht zu viel selbst lenken wollte, eine zu selbständige Rolle zugewiesen war. Jedenfalls aber setzte sich Hood einen ganz unerlaubten Plan vor; er scheint es auf nichts Geringeres, als auf die Vernichtung von Thomas abgesehen zu haben, den er doch kaum schwächer annehmen durfte, als er selbst war. Während er mit der Hauptmacht vor Nashville Stellung nahm, dehnte er den linken Flügel übermäßig weit längs des Cumberland aus, und erreichte damit wirklich auf einige Tage den täuschenden Vortheil, daß den Transportschiffen und selbst den Kanonenbooten der Zugang zu Thomas flußaufwärts gesperrt war. Noch viel weiter dehnte Lyons in derselben Richtung die Umgehung aus; er überschritt den Tennessee und dann beim Fort Donelson, dem Schauplatz von Grant's erster bedeutender Waffenthat (Februar 1862), etwa 14 deutsche Meilen unterhalb Nashville, auch den Cumberland, um Thomas auch im Rücken von allen Verbindungen abzuschneiden. Zugleich erschien Forrest bei Murfreesboro, etwa 4 deutsche Meilen südöstlich von Nashville, als sollte auch von dieser Seite das Netz über den unglücklichen Thomas zugezogen werden. Aber die Fäden des Garns waren zu schwach für seine Ausdehnung. Die ganze Gegend hatte überdies für die Conföderirten keine gute Vorbedeutung; hatte doch auch bei Murfreesboro Bragg in einer Reihe von Treffen vom 30. Dezember 1862 bis 2. Januar 1863 von Rosenkranz eine Niederlage erlitten. Eben hier begann auch der Umschlag; ein Angriff von Forrest wurde durch General Rousseau am 7. Dezember zurückgewiesen, danach sah Thomas noch einige Tage den Bewegungen des Gegners zu und sammelte inzwischen seine Kräfte. Am (15. oder 14.?) Dezember endlich ging er zum Angriff über: zuerst brach er mit überlegner Macht auf Hood's linken Flügel unter General Chalmers ein und trieb ihn vollständig auseinander, dann am 16. traf er auf die Hauptmacht Hood's und zwang sie nach hartnäckigem Kampf mit Zurücklassung fast allen Geschützes in Unordnung vom Schlachtfeld zu weichen. Das hätte schon allein auch über die Nebenheere entschieden, doch wurde bei diesen der Haupterfolg noch vergrößert: Rousseau schlug seinen Gegner Forrest am 15. Dezember bei Murfreesboro zum zweitenmal und entscheidender als vorher, M'Cook zwang am 17. und 18. Dezember bei Hopkinsville Lyons zum Rückzuge. Schneller als sie gekommen waren, verschwanden jetzt die drei Heere der Conföderirten wieder aus Tennessee.

Wenn man den Berichten der Nördlichen glauben darf, war es kein Rückzug, sondern eine wilde ordnungslose Flucht, bei der die geschlagenen Heere auch noch durch Ausreißen namhaft zusammenschmolzen; Thomas, hieß es, würde den Gegner vernichtet haben, wenn er mehr Reiterei gehabt hätte. Genug, es war nach den nächsten Depeschen Thomas am 25. in Pulaski, 15 deutsche Meilen von Nashville, während Hood am nämlichen Tag noch 7 Meilen weiter südlich, bei Florence den Uebergang über den Tennessee begann. Unter diesen Umständen hätte, wie es scheint, eine kräftige Verfolgung den Seitencorps, namentlich demjenigen von Lyons, für das Wagniß ihres kecken Vordringens noch bedeutende Verluste beibringen müssen; doch gelang ihnen die Wiedervereinigung mit der Armee. Zu Anfang Januar soll sich dieselbe bei Tuscaloosa in Alabama zusammengefunden haben; Hood wurde um diese Zeit vom Befehl abgerufen, Dick Taylor übernahm die Herstellung des Heeres. Es soll keine 20,000 mehr gezählt haben; der sechswöchentliche Feldzug hätte es also auf die Hälfte heruntergebracht, den Verlust fast des ganzen Geschützes gestanden die Führer selbst ein, die innere Auflösung bedeutete wohl noch mehr. Das Heer mußte bald noch einige tausend seiner tüchtigsten Soldaten nach Carolina gegen Sherman abgeben; es war zu einem nachhaltigen Feldzug nicht mehr fähig. Thomas seinerseits machte bei Eastport in Mississippi Halt; sein Gesammtverlust wird auf 5 bis 6000 angegeben, sein Heer hatte durch den Sieg an innerem Gehalt so viel gewonnen, als der Feind verloren hatte. Doch konnte er zunächst den Feldzug nicht fortsetzen. Bald ging durch die Zeitungen das Gerücht, seine Infanterie marschire den Tennessee hinab zu einer anderen Bestimmung; Thomas selbst werde mit 40,000 Reitern einen Zug auf Mobile antreten. In Wahrheit wird seine ganze Macht noch etwa 45,000 betragen haben; von diesen mußte er, wie es scheint, 2 Corps nach dem Hauptkriegsschauplatz im Osten abgeben; was er mit den 25 oder 30,000 ausrichtete, die ihm danach blieben, werden wir später hören.

Neben dieser großen Entscheidung im Westen waren wie immer eine Reihe kleinerer Unternehmungen bis zu den Guerillaszügen herab hergegangen. Näher in sie einzutreten, hat für diese Arbeit um so weniger Bedeutung, als wir ihren Zusammenhang noch sehr unvollständig kennen. Es sei daher zunächst nur nachgeholt, daß Price im Oktober von Arkansas aus mit etwa 15,000 Mann einen Einfall in Missouri unternahm, der wahrscheinlich den doppelten Zweck hatte, auf die Präsidentenwahl in diesem Staate zu wirken und die nächsten Heertheile der Union zu schlagen oder doch festzuhalten. Beides mißlang. Price überraschte zuerst die Streitkräfte der Union in der Vereinzelung und verbreitete Schrecken durch

das Land. Sein Zug ging auf Potosi, von da den Missouri hinauf nach Lexington und Kansas City; hier aber traten ihm Rosenkranz und Pleasanton von St. Louis, Blunt von Kansas, A. J. Smith aus der Gegend von Cairo kommend, entgegen. Nach einer Reihe von Treffen (19. bis 24. Oktober) mußte Price den Rückzug antreten und schon zu Anfang November überschritt er wieder die Grenze von Arkansas. Blunt folgte ihm, die Anderen wendeten sich dahin zurück, woher sie gekommen waren; Smith insbesondere kam, wie wir gesehen haben, noch zu rechter Zeit, um zum siegreichen Feldzug von Thomas mitzuwirken. Unbedeutender als diese Kämpfe in Missouri waren eine Reihe von Unternehmungen der Unionsgenerale, welche theils in einem entfernteren Zusammenhang mit dem eben genannten Feldzug standen, theils der Eroberung von Mobile galten. Um die Mitte Dezember nämlich führten General Dana von Vicksburg und General Davidson von Baton Rouge aus Streifzüge in's Innere von Mississippi, zerstörten große Strecken der Mississippi-Centralbahn, welche ebensowohl für Hood als für Mobile eine wichtige Verbindungslinie war, und kehrten mit Beute beladen zurück. Aehnlichen Zweck und Erfolg hatte ein Zug, den General Grierson von Memphis gegen Meridan unternahm, nur geschah er etwas später, zur Zeit, als Thomas schon im siegreichen Vorrücken war. Zu Anfang Januar landete General Granger einige tausend Mann an der Mündung des Pascagoulaflusses und setzte sich von da auf Mobile in Bewegung, um den in's Stocken gekommenen Angriff wieder aufzunehmen. Die Nachrichten lauteten anfangs sehr günstig, es hieß, Mobile sei nur von 5000 Milizen besetzt; dann sogar, die Conföderirten hätten es geräumt, die Einwohner seien voll Freude über den nahen Einzug der Unionstruppen. In Wirklichkeit erwies sich die Sache schwerer und das Ziel wurde erst später zur Zeit der großen Hauptentscheidung in Virginien erreicht. Es war immerhin ein Zeichen für das wachsende Uebergewicht des Nordens, daß seine Heertheile selbst in diesem Parteigängerkrieg die größeren Vortheile davon trugen; doch zeigte sich auch dabei, wie sehr seine Herrschaft noch bestritten war, obwohl der Mississippi seinen Schiffen gehorchte, und es waren für den neuen Anbau des Landes diese unsicheren Zustände überaus traurig. Als im Sommer 1863 der große Strom völlig unterworfen war, hatten sich, durch glänzende Anerbietungen der Regierung verlockt, Gesellschaften und Einzelne in Menge aufgemacht, um die zerstörten Pflanzungen, die ihnen unter günstigen Bedingungen überlassen waren, wieder zu bauen. Das Wetter aber war im Sommer 1864 der Baumwollenernte ungünstig, es kam ein großer Raupenfraß hinzu, und als im Herbst der Rest der Ernte gesichert werden sollte, gewannen mit dem Herannahen Hood's die Unternehmungen der

Conföderirten auch am Mississippi ein gefährlicheres Ansehen. Die Unionsgenerale sahen sich veranlaßt, ihre Kräfte mehr zu versammeln. Bei Goodriches Landing oberhalb Vicksburg und an vielen anderen Orten wurden die Schutzposten, unter welchen sich die neuen Pflanzungen entwickelt hatten, von den Truppen verlassen, und ihnen folgten in eiliger Flucht vor den feindlichen Guerillas die Ansiedler, den theuer erkauften Besitz und Erwerb preisgebend. Der Schaden war unmittelbar, und mehr noch in seinen Nachwirkungen kaum zu schätzen: die Conföderirten konnten ihre Herrschaft nicht wieder erobern, doch konnten sie die Entwickelung des neuen Lebens zerstören; so waren noch die letzten Wirkungen dieses traurigen Krieges.

Wir wenden uns nach dem Osten zurück, zum dritten großen Sieg der Union. Als die Botschaft des Präsidenten zu Anfang Dezember dem Congreß zu Washington im Bericht des Marineministers mittheilte, daß **Wilmington** der einzige Hafen sei, der den Versuchen einer vollständigen Blokirung bis dahin getrotzt habe, war bereits die Unternehmung ausgerüstet, welche diesem Widerstand ein Ende machen sollte. Es verband sich damit auf natürliche Weise der weitere Zweck, daß des Feindes Aufmerksamkeit und Kräfte von Sherman's Zug, der gleichzeitig geschah, abgelenkt würden. Schon im Oktober hatte sich ein Gerücht davon verbreitet; die Ausrüstung indessen hielt natürlich mit der Ungeduld der Zeitungen nicht gleichen Schritt, sie nahm 2 Monate in Anspruch. Admiral **Porter**, der 1863 bei Vicksburg mit seinen Schiffen zwischen den feindlichen Schanzen hindurchgefahren war, hatte um diese Zeit den Befehl über das „nordatlantische Geschwader" übernommen, er sollte die Flotte führen; General **Butler** wurde zum Befehl der Landmacht berufen. Die letztere mußte zum größten Theil aus der Stellung von Richmond hierher geführt werden; die Flotte wurde theils aus verschiedenen Stationen zusammenberufen, theils neu errichtet, namentlich wurden viele früher aufgebrachte conföderirte Blokadebrecher wegen ihres geringen Tiefgangs in Kanonenboote verwandelt. Es war eine großartige Macht, die Berichte geben 150 Fahrzeuge, darunter 65 Kriegsschiffe mit 649 Kanonen an; namentlich vom Dampfkanonenboot Louisiana, das mit der ungeheuren Masse von 7000 Centnern Pulver zum Sprengschiff eingerichtet war, versprach man sich große Wirkung. Die Landungstruppen werden gegen 12,000 betragen haben. Es war aber auch eine schwere Aufgabe, der es galt. Wilmington liegt 7 deutsche Meilen aufwärts von der Mündung des Capfearflüßchens; den Eingang in die Mündung sperren 3 Sandbänke, zwischen welchen nur 2 Kanäle, und auch diese nur für flachgehende Kriegsschiffe, brauchbar sind. Die 2 Kanäle lagen unter dem Kreuzfeuer schwerer Bat-

terien, wovon das Fort „Fisher," mit 50 Kanonen auf der Insel „Federal Point" gelegen, die vorderste und furchtbarste war; weiter aufwärts am Fluß lagen die Forts Caswell und Johnson, das erstere mit 60 Geschützen; die unmittelbaren Zugänge zur Stadt waren durch kleinere Batterien vertheidigt. Dem Fort Fisher konnten sich die schweren Fregatten nur bis auf 4000 Schritte nähern, so daß den Geschützen eine sehr hohe Elevation gegeben werden mußte, um das Ziel zu erreichen. In der Stadt führte General Bragg den Befehl; er erklärte, daß er den Platz behaupten könne.

Am 13. Dezember lief die Flotte von Hampton Roads aus, am 21. war sie bei Wilmington in Sicht, am 24. begann der Angriff. Früh vor Tagesanbruch wurde das Sprengschiff auf 700 Schritte an das Fort Fisher herangebracht, die Mannschaft entfernte sich eilig auf dem mitgeführten Dampfer, ½ Stunde später ging das Schiff in die Luft. Das Meer wurde bis in die Tiefe zerrissen und kochte ringsum in furchtbarer Brandung auf, Erde und Luft erbebten; aber die Mauern des Forts hielten fest, das Schiff hatte sich vom Ufer entfernt, statt sich ihm zu nähern, die Betäubung, welche der ungeheure Schlag verbreitete, war die einzige Wirkung. Auch sie war vorüber, als die Beschießung durch die Flotte begann; es war ½11 Uhr geworden, bis die Schiffe herangebracht und in Ordnung aufgestellt waren. Nun begann ein Feuer, wie es selten vorgekommen ist, 30 Schüsse sollen in der Minute geschehen sein; das Fort wurde mit Bomben des schwersten Kalibers überschüttet, es vermochte nur langsam zu erwidern, nach 2 oder 3 Stunden schwiegen seine Geschütze völlig. An mehreren Stellen brach Brand aus, 2 Magazine explodirten, doch hielten Besatzung und Werke aus; eine Zerstörung vermochte man am Abend von der Flotte aus nicht zu erkennen. Es hätte gleich an diesem Tage die Landung versucht werden müssen, um die Erschütterung des Feindes zu benutzen; General Butler scheint aber nicht hinreichend vorbereitet gewesen zu sein. Er klagte nachher den Admiral an, daß er den Angriff zu frühe begonnen; dieser dagegen sagte, er hätte das günstige Wetter versäumt, wenn er auf den General hätte warten wollen. Genug, der Feind behielt Muße, sich zu besinnen und die Schäden auszubessern. Am folgenden Tag wurde der Angriff erneuert. Während die Flotte das Bombardement wieder aufnahm, landete General Weitzel 5000 Mann auf Federal Point, Butler selbst war dabei. Die Truppen nahmen ohne großen Widerstand zwei außerhalb des Forts gelegene Batterien mit 400 Gefangenen, dann rückten sie gegen das Fort selbst vor, das furchtbare Feuer der Flotte vertrieb die Vertheidiger von den Wällen und nöthigte sie unter den Kasematten im Innern Schutz zu suchen; sie konnten dem

Angriff von der Landseite kein Feuer entgegensetzen. So näherte sich General Weitzel dem Fort bis auf 80 Schritte; ein Offizier und einige kühne Soldaten erkletterten sogar die Brustwehr und nahmen eine feindliche Fahne von derselben, während ihnen die Bomben der Flotte um die Köpfe sausten. Butler und Weitzel wagten aber nicht, den Sturm zu befehlen. Die Dunkelheit begann hereinzubrechen; nun müsse, meinten sie, das Feuer der Flotte verstummen, das Fort werde sofort bemannt sein und ein Kartätschenhagel werde die Stürmenden niederschmettern, an hinreichender Besatzung könne es im Fort nicht fehlen, da nach Aussage der Gefangenen eben erst von Richmond 2 Brigaden der Division Hope, etwa 6000 Mann, von Lee gesendet, in Wilmington eingetroffen wären. Zugleich begann der Wind umzuspringen und Sturm zu verkünden, so daß eine weitere Verstärkung der gelandeten Truppen unmöglich schien. Butler befahl also den Rückzug und die Wiedereinschiffung; dabei mußten wegen der hochgehenden See 1000 Mann zurückgelassen werden, die dann dem Feind als Gefangene in die Hände fielen. Das Unternehmen war mißlungen; die Landarmee hatte im Ganzen 1470, die Flotte 56 Mann verloren. Auf der letzteren waren 6 große Parrotgeschütze zersprungen; eine Untersuchungscommission, die darüber später niedergesetzt wurde, stellte fest, daß das Platzen der Bomben im Rohr die Ursache gewesen sei.

Zwischen Porter und Butler entspann sich sofort eine gereizte Correspondenz. Der General meldete noch am Abend des 25. dem Admiral den Verlauf des Landungsversuchs; die angedeuteten Ursachen hätten ihn zur Wiedereinschiffung veranlaßt, das Fort sei auch nach der Ansicht des Generals Weitzel und der übrigen Ingenieure „als Defensivwerk" unbeschädigt und nur durch regelmäßige Belagerung zu nehmen; dazu aber habe er keine Weisung, er werde also die Landtruppen nach Monroe zurückführen, sobald die Transportflotte vorbereitet sei. Der Admiral antwortete am folgenden Tag: er maße sich nicht an, der Ansicht des Generals Weitzel, der ein erfahrner Ingenieur sei, entgegenzutreten; wünsche aber, es wären noch mehr von Butler's tapfren Burschen jenem Offizier gefolgt, der die Fahne nahm, dann hätten sie wahrscheinlich das Fort leichter zu nehmen gefunden, als es der General geglaubt. Jedenfalls sei er für die Erneuerung des Angriffs und habe deshalb um Munition nach Beaufort geschickt, die Flotte werde durch ihr Feuer die Rebellen hindern, auch nur den Kopf zu bewegen, dann müsse der Sturm gelingen. Butler war indessen nicht zu bekehren, er führte in den nächsten Tagen den größten Theil seiner Truppen wieder nach Monroe zurück. Das Unternehmen schien aufgegeben, die widersprechendsten Gerüchte liefen um; bald sollte die ganze Flotte nach Monroe zurückgekehrt sein, bald sollte der Angriff

erneuert werden. Der Streit nahm seinen Fortgang, Butler beschuldigte den Admiral unter anderem auch, er habe die ganze Ausrüstung zu sehr verzögert, die Flotte habe 2 bis 3 Wochen früher auslaufen können, dann würde der Feind nicht die Werke besetzen, nicht neue Verstärkung haben heranziehen können. Bei der Regierung aber gewann die Ansicht Porter's die Oberhand; es wurde in aller Stille die Erneuerung des Unternehmens vorbereitet. Der Befehl über die Landungstruppen wurde diesmal dem General Terry anvertraut; Butler wurde, weil man ihn zu einem Commando im Felde nicht für fähig hielt, zu Anfang Januar auf schonende Weise von der Armee entfernt. Der Erfolg gab diesem Urtheil Recht.

Am 12. Januar 1865 erschien die Expedition zum zweitenmal beim Fort Fisher in Sicht, am 14. begann der Angriff. Admiral Porter ließ zunächst die erste Division der hölzernen Schiffe mit 116 Kanonen an dem zur Landung bestimmten Punkte, 1¼ Stunde vom Fort, Stellung nehmen, damit ihr Feuer die Ausschiffung gegen jeden feindlichen Angriff schütze. Hierauf legte sich das Panzergeschwader mit 30 Kanonen vor der Fronte des Forts vor Anker und machte Kampfordnung, ohne sich im Geringsten um die Kugeln des Forts zu kümmern. Um ½9 Uhr fiel von der Fregatte „New-Ironsides“ der erste Schuß, die anderen folgten in regelmäßigen Pausen, jeder Schuß saß im Wall oder auch in den Schießscharten des Mauerwerks; das Fort antwortete sehr langsam, ohne den Schiffen Schaden zu thun. Um 9 Uhr begann die Landung; es waren 8000 Mann, mit Mundvorrath auf 12 Tage, schon um 10 Uhr war die Hälfte am Land. Sofort ging eine Kette von leichten Truppen vor, um die Maßregeln zum Angriff zu decken; ihnen voran und zur Seite waren eine Anzahl Kanonenboote, welche die Küste säuberten. Unterdessen bereiteten die übrigen Truppen das Lager, es entwickelte sich schnell ein buntes kriegerisches Bild, Cedern fielen unter den Streichen der Axt, Feuer loderten auf, hier waren einige an der Arbeit, dort wälzten sich andere wie die Schulknaben im Sande des Ufers. Um 3 Uhr Nachmittags war die erste Aufstellung der Landmacht beendet; jetzt wurde die Beschießung verstärkt, die erste Division der hölzernen Schiffe und gleich danach die zweite rückten in die Linie der Panzerschiffe. Es waren jetzt 342 Kanonen im Feuer, die unablässig ihr Werk thaten; in 1½ Stunden sollen 20,000 Schüsse gefallen sein, es war ein furchtbares Bombardement, jeder Fleck Erde um die Mauern war aufgewühlt, die Mauern selbst und die bombenfesten Gewölbe begannen zu wanken und einzustürzen. Das Fort antwortete fast gar nicht, die Schiffe nahmen keinen Schaden. Auch mit der Dunkelheit verstummte das Feuer nicht, es wurde die Nacht hindurch langsam fortgesetzt, damit die Vertheidiger den Schaden nicht ausbessern könnten.

Am 15. Januar geschah der Sturm. Mit Tagesanbruch nahm die Flotte die Beschießung wie am vorigen Nachmittag wieder auf; zuerst sprachen die Panzerschiffe, dann von 10 Uhr an auch die hölzernen ununterbrochen mit aller Macht; der Admiral hielt Wort, nicht der Kopf eines Vertheidigers durfte sich über der Brustwehr zeigen, um die Annäherung der Landmacht zu hindern. Diese hatte sich unterdessen zum Angriff geordnet. Die Division Paine, etwa 4000 Mann meist farbige Truppen, bezog eine Vertheidigungsstellung quer über die Landzunge, Front gegen Norden, um jeden Ausfall, der etwa von Wilmington her geschehen könnte, zurückzuweisen; die Division Curtis, 3000 Mann, grub sich 150 Schritte von der Landfronte des Forts ein; Admiral Porter ließ 1400 Matrosen und Marinesoldaten landen, um die Seefronte anzulaufen. Um 3 Uhr brachen die 3 Brigaden von Curtis nach einander zum Sturm vor, gleichzeitig waren die Matrosen beim Angriff. Es gab einen heißen Kampf; die Flotte konnte jetzt ihr Feuer nicht mehr auf die vordere Linie der Werke richten, weil sie sonst ihre eignen Leute getroffen hätte, die Vertheidiger wehrten sich tapfer. Wiederholt gelang es den Matrosen die Brustwehr zu erklimmen, wiederholt wurden sie hinabgeworfen; hier hatte der Feind seine Stärke, denn er vermuthete hier den Hauptangriff. Inzwischen gelang es dem Obersten Curtis die Landseite zu nehmen, doch war damit das Werk noch nicht gethan. Es zeigte sich, daß das Fort im Inneren 7 Traversen hatte, deren jede eine neue Vertheidigungsstellung ergab. Zugleich rückte General Hoke von Wilmington her, wie zum Ausfall an; er fand indessen die Stellung der Division Paine zu stark und machte keinen Ernst, es konnte noch eine Brigade von Paine zum Sturm verwendet werden. Die Vertheidiger wurden von einer Traverse zur anderen getrieben; die Schiffe feuerten nach den Signalen des General Terry auf die Punkte, wohin der Kampf noch nicht gedrungen war. Um 10 Uhr Abends fiel endlich die letzte Traverse; die Vertheidiger zogen sich auf der Landzunge zurück und mußten sich auf der äußersten Spitze derselben, von allen Seiten eingeschlossen, ergeben. Es waren noch 1800 Mann, an ihrer Spitze General Whiting und Oberst Lamb, beide verwundet; gegen 500 Mann waren im Kampfe todt, oder verwundet gefallen. Die Angreifer verloren 1159 Mann, darunter 3 Obersten todt, 3 verwundet; am folgenden Tag sprang ein Pulvermagazin im Fort und verursachte einen neuen Verlust von 100 Mann. Der Augenblick, wo sich der Feind ergab, wurde von Heer zu Flotte durch weithin schallende Cheers begrüßt.

Admiral Porter hob in seinem Bericht, an jenen zaghaften Ausspruch Butler's erinnernd, mit Stolz hervor, daß diesmal durch die Flotte „das Fort als Defensivwerk wesentlich beschädigt worden sei;" er habe, fügte

er hinzu, den Malakoff gesehen, der den vereinigten Armeen von England und Frankreich mehrere Monat Arbeit gekostet habe, doch könne seine Stärke mit derjenigen des Fort Fisher nicht verglichen werden. Das lautet zwar nach amerikanischer Ruhmredigkeit; doch bleibt der gelungene Sturm eine denkwürdige That von ganz eigenthümlicher Bedeutung für die Kriegsgeschichte. Es wird kaum noch ein zweites Beispiel geben, wo der gewaltsame Angriff an Stelle der regelmäßigen Belagerung mit solchem Erfolg durchgeführt wurde. Die Monitors und die Panzerschiffe, wie das amerikanische System riesenhafter Geschütze und Geschosse haben dabei ihre Schuldigkeit gethan; das Zusammenwirken von Heer und Flotte, die Umsicht der Offiziere, die Tapferkeit der Soldaten verdienen die größte Anerkennung. Manches freilich ist dabei noch räthselhaft, wie z. B. das officiell berichtete Feuern der Flotte nach Signalen des Landheers. Der Erfolg war noch größer, als er zu Anfang geschätzt wurde. Porter und Terry gingen gleich in den nächsten Tagen den Capfearfluß hinauf, und die Conföderirten räumten bis zum 21. Januar nacheinander Fort Caswell und 7 bis 8 weitere Batterien; es fielen im Ganzen über 150 Geschütze und eine Fülle von Waffen, Munition, Lebensmitteln in die Hände der Sieger. Die Hauptsache aber blieb: der Hafen von Wilmington, der Ausgangs- und Zufluchtsort für die Blokadebrecher, von unschätzbarer Bedeutung für den Verkehr der Südstaaten, war von nun an geschlossen; Heer und Flotte der Union waren bis in die Nähe der Stadt heraufgerückt, an ihrer baldigen Eroberung wurde nicht mehr gezweifelt.

Was aber hatte während aller dieser Siege der Obergeneral mit dem Hauptheer gethan? Vermochte Grant durch die „hohle Schale" der Conföderation an seiner Stelle noch immer nicht durchzubrechen? In der That, es konnte in dieser Zeit nicht Grant's Aufgabe sein, mit seinen Unterfeldherrn zu wetteifern; es war genug, wenn er ihnen den Weg zum Siege bahnte, indem er des Feindes Hauptmacht festhielt und ihnen zugleich die verfügbaren Streitkräfte überwies. So geschah es auch. Während des November kam es in den Linien vor Richmond zu allerlei Ausfällen, im Shenandoahthal zu einer Reihe von Streifzügen, wo bald der eine, bald der andere Theil im Vortheil blieb. Zu Anfang Dezember ließ Grant am James River wie bei Petersburg eine Reihe geräuschvoller Bewegungen ausführen, die den Anschein eines bevorstehenden allgemeinen Angriffs gaben und daneben zur erneuten Zerstörung einer Strecke der Weldonbahn führten. Gleich danach rückten Butler und Weitzel zu jener ersten Unternehmung gegen Fort Fisher ab. Aehnliches geschah zur Zeit, als die zweite Unternehmung dahin abging; Grant vermochte die Verbindung zwischen Richmond und Wilmington nicht völlig zu unter-

brechen, doch waren die Conföderirten, da er bei Petersburg die Weldonbahn in der Hand hatte, zu großen Umwegen genöthigt. Auch umschloß seine Linie die Aufstellung Lee's viel zu fest, um diesem bedeutende Entsendungen zu erlauben; bei Petersburg dehnte er sich immer weiter über die wichtigsten Verbindungslinien des Feindes aus; am James River wurde seine Stellung in diesen Tagen noch durch die Vollendung des Dutch Gap Kanals, den ein rasches Steigen des Flusses gerade zur günstigen Stunde mit Wasser füllte, noch verstärkt. Ein größerer Ausfall, wozu der Feind das gestiegene Wasser benutzte, blieb ohne Erfolg. In der Nacht zum 24. Januar nämlich ging von Richmond ein Flotille, aus 3 Panzerschiffen, 3 hölzernen Widdern und 3 kleineren Schiffen bestehend, den Fluß hinab; es war auf die großen Magazine bei City Point abgesehen. Das Panzerschiff Frederiksburg durchbrach auch wirklich 2 Flußbarrikaden und kam an den Unionsbatterien vorbei, die beiden anderen Eisenschiffe dagegen fuhren auf den Grund. Bis sie flott waren, kam der Tag herauf, sofort spielten die Uferbatterien und bald mischten sich von beiden Seiten auch die Batterien der anstoßenden Verschanzungen ein. Die Kanonade dauerte bis zum Mittag, ein Widder der Conföderirten flog dabei in die Luft, die Flotille mußte umkehren. — Je fester sich Lee auf diese Weise von Osten umschlossen sah, desto wichtiger war es für ihn, daß wenigstens die Westseite frei blieb. In der That wurde er von daher nicht ernstlich bedrängt. Im Shenandoahthal behauptete sich Early, der um diese Zeit durch General Gordon ersetzt wurde; in Westvirginien und Nordosttennessee trieben sich von südstaatlicher Seite Breckenridge, Duke und Vaughan, von nordstaatlicher Burbridge, Stonemann und Gillew mit wechselndem Geschick hin und her. Um die Mitte November soll Breckenridge im Vortheil gewesen sein, er hätte Gillew geschlagen und Bull's Gap in Osttennessee erobert; danach hätten sich die Unionsgenerale vereinigt, zu Ende Dezember ihre Gegner zurückgetrieben und dann die Bleiminen der Conföderirten bei Whyteville und die Salinen bei Saltville heimgesucht. Alles bezeugte die fortschreitende Ueberlegenheit der nordstaatlichen Waffen; die Conföderirten vermochten die schweren Schläge, welche sie erlitten, nirgends auszugleichen; und selbst ihr bestes Heer, früher stets siegreich, konnte sich gegen den wachsenden Druck nur mit Noth behaupten.

Bei solchen Waffenerfolgen war es natürlich, daß auch in den politischen Zuständen der Umschwung zu Gunsten des Nordens fortdauerte, der mit der Präsidentenwahl auf so entscheidende Weise eingetreten war. Er drückte sich eben jetzt besonders in den Neujahrsbotschaften der Governors von Maryland, Kentucky, Tennessee und Missouri, wie in einer Reihe damit zusammenhängender Bewegungen bedeutsam aus. Diese

vier Staaten waren durch ihren Vortheil fast mehr mit dem Süden, als mit dem Norden verbunden, da sie dem ersteren einen großen Theil der Sklaven nachzuziehen pflegten, die dort durch die angestrengte Arbeit hingerafft wurden. Sie hatten darum zu Anfang des Abfalls eine starke Neigung für diesen bewiesen und zum Theil selbst öffentliche Erklärungen für die Conföderation abgegeben oder militärische Verträge mit ihr abgeschlossen; sie waren bei dieser Gesinnung, so lange die Kriegsgeschicke schwankten, ein günstiger Boden für die Heeresbewegungen, wie für die Parteigängerzüge der Südlichen gewesen. Jetzt zwar waren sie beinahe vollständig vom Feinde befreit; doch konnte die Emancipationsproklamation Lincoln's keine Anwendung auf sie finden, da sie zu Anfang 1863 nicht mehr als im Aufruhr begriffen angesehen wurden; die Sklaverei konnte nur auf gesetzlichem Wege bei ihnen aufgehoben werden. Das geschah. Der Governor von Maryland verkündete, in Uebereinstimmung mit Lincoln's letzter Botschaft an den Congreß, daß der Staat als ein für immer vom Fluch der Sklaverei befreiter in's neue Jahr hinübertrete; hatte doch auch Lincoln bei der Präsidentenwahl 1860 dort nur 2294, 1864 dagegen 40,153 Stimmen erhalten. Kentucky hatte sich, wie wir wissen, noch bei der letzten Wahl gegen Lincoln erklärt, sein Gegner Mac Clellan hatte dort 61,478, er selbst nur 26,592 Stimmen erhalten; der Governor Brandette hatte mit zäher Ausdauer an der Sklaverei festgehalten. Jetzt erklärte er, sie sei nicht länger aufrecht zu halten, die Gesetzgebung des Staates möge sich der veränderten Sachlage anpassen. Zugleich trat (4. Januar) in Frankfort ein Congreß der Antisklavereimänner des Staats zusammen, stellte ein entschiedenes Programm auf und organisirte sich für die in diesem Jahr abzuhaltenden Wahlen. In Tennessee fand Andrew Johnson für den erneuten Ausdruck seiner Gesinnung bald nach dem Siege von Thomas kräftige Unterstützung. Zu Anfang Januar trat die Staatsconvention in Nashville zusammen und beschloß mit großer Mehrheit die unbedingte und sofortige Aufhebung der Sklaverei gegen Entschädigung der Sklavenbesitzer, sodann den Widerruf der Unabhängigkeitserklärung von 1861 und der mit der Conföderation geschlossenen militärischen Allianz, endlich die Aufhebung sämmtlicher damit zusammenhängender Gesetze. In Missouri ermahnte der Governor, obwohl noch als unionstreuer Prosklavereimann gewählt, seine Parteigenossen, sie sollten mit ihm in der letzten Präsidentenwahl das Todesurtheil der Sklaverei erkennen und mit ihm jeden ferneren Widerstand gegen deren Abschaffung aufgeben; hatte doch auch Lincoln 1860 von Missouri nur 17,028, 1864 dagegen 71,192 Stimmen erhalten. Unmittelbar danach, am 11. Januar, beschloß die Convention des Staates mit 60 gegen 4 Stimmen die unbedingte und

sofortige Aufhebung der Sklaverei und wählte den Deutschen Arnold Krekel, einen der ältesten Vorkämpfer der Abschaffung, zu ihrem Präsidenten. Bald danach ernannte Lincoln denselben Krekel zum Bundesbezirksrichter für die Westhälfte des Staates; es war der erste Fall, daß ein Deutscher Präsident eines Bundestribunals wurde. Die Staatsconvention ihrerseits begann die Revision der Gesetzgebung, um damit die eben beschlossene Abschaffung auch vollständig zu verwirklichen. So war am meisten durch den wilden Eifer der Gegner in Missouri das Ziel der befreienden Bewegung erreicht, welche die Deutschen, mit H. Börenstein und Anderen an der Spitze, zu Anfang der fünfziger Jahre in fast hoffnungsloser Minderheit dort begonnen hatten.

Wie sich um dieselbe Zeit auch die auswärtigen Schwierigkeiten für die Regierung zu Washington ebneten, haben wir zum Theil schon früher erwähnt. Die Handelskammer zu New-York ließ sich zwar nicht abhalten, an Capitän Collin für die völkerrechtswidrige Wegnahme der Florida im Hafen von Bahia öffentlich ihren Dank auszusprechen. Seward dagegen empfing für die Besonnenheit, womit er der brasilianischen Regierung Genugthuung gewährt hatte, sehr bald erwünschte Erwiderung; Mr. Webb, sein Gesandter in Rio Janeiro, meldete ihm zu Ende Januar, dem conföderirten Kaper Shenandoah sei das Einlaufen in die brasilianischen Häfen verwehrt worden. Ebenso richtig erwies sich Seward's Politik wegen Mexikos. Er ließ sich auch darin durchaus nicht irre machen, obwohl das Repräsentantenhaus in Washington zu Ende Dezember wegen einer früheren entschuldigenden Depesche, die er an Frankreich erlassen, mit 66 gegen 58 Stimmen ein Tadelsvotum gegen ihn beschloß; die Gerüchte von seinem Rücktritt, die sich über solchen Voten erhoben, verstummten immer wieder sehr bald. Gegen Canada war nach den räuberischen Einfällen im Oktober eine strenge Grenzbewachung mit scharfem Paßsystem eingeführt worden und Lincoln bestätigte zu Ende Januar die Beschlüsse beider Häuser, wonach der Vertrag mit England von 1817 über die Zahl der Kriegsschiffe, welche von beiden Theilen auf den großen Seen gehalten werden durften, gekündigt wurde. Doch kamen zur nämlichen Zeit beruhigende Nachrichten, die dem gemäßigten Auftreten der Regierung Recht gaben. Das Parlament war in Canada zusammengetreten; der Generalgouverneur hatte ihm bei der Eröffnung einen Gesetzentwurf wegen Beseitigung der Grenzräubereien zur schleunigen Erledigung vorgelegt und zugleich die Entschädigung der Bank von St. Albans mit 40,000 oder 50,000 Dollars empfohlen; das Parlament selbst hatte sofort eine Untersuchung gegen den Richter Coursol beschlossen, von dem die Freilassung der Räuber ausgegangen war. Es folgte alsbald die Auslieferung eines

der Haupträdelsführer, Namens Burley, wonach die Regierung in Washington die strengen Paßvorschriften wieder zurücknahm. Es blieb immer eine sehr zeitgemäße Maßregel, daß dabei das Parlament in Canada die Vereinigung der britischen Besitzungen in Nordamerika zu einem Staate eifrig in Arbeit nahm, aber das zeigte sich doch, daß man auf beiden Seiten viel zu klug war, um den von Vielen in England gefürchteten Krieg leichtfertig heraufzubeschwören.

Die größte Schwierigkeit für Lincoln's Regierung blieben die Finanzen, es wurde damit auch nach den Siegen im Felde nicht wesentlich besser. Schon das Goldagio war ein bemerkenswerthes Zeichen dafür. Es hatte noch zu Ende 1862 zwischen 33 und 37 geschwankt, es war 1863 auf 72 hinauf- und auf 52 wieder heruntergegangen, es hatte im Juli 1864 die übermäßige Höhe von 185 erreicht, in den letzten Monaten den durchschnittlichen Stand von 126 behauptet und wurde Ende Januar 1865 noch zu 106½ angegeben. Das war jenen früheren Notirungen gegenüber nicht der richtige Ausdruck für die Gesammtlage des Staats; wohl aber bezeichnete es die außerordentliche Schwierigkeit, für die steigenden Bedürfnisse die im Verhältniß nöthigen Summen in Gold herbeizuschaffen. Es gelang Fessenden trotz aller Mühe nicht, die Wiederaufnahme der Baarzahlungen und die annähernde Deckung der laufenden Etats durch Steuern zu erreichen. Der Plan zu einem neuen Goldgesetz scheiterte in der Entstehung; eine Erhöhung des Zolltarifs konnte den nordwestlichen Staaten gegenüber durchaus nicht geschehen, vielmehr schickte sich der Congreß bereits an, einzelne Positionen herabzusetzen. Neue Steuern ließen sich ebensowenig einführen, nachdem der Congreß schon 1863 neben der gewöhnlichen Steuer von 3 bis 5 Prozent alles Reineinkommens noch eine außerordentliche Steuer von weiteren 5 Prozent bewilligt hatte. Der Verkauf der, namentlich in Savannah genommenen, Baumwolle, welche sofort für Regierungseigenthum erklärt wurde, ließ sich nicht schnell genug verwirklichen und hätte überdies höchstens für den Augenblick geholfen. Es blieb dem Schatzsecretär nichts übrig, als eine neue Anleihe von 600 Millionen vom Congreß zu verlangen; er erklärte, daß er zu Anfang März, wo die Periode des neuen Congresses zu beginnen hatte, in seine Stelle im Senat zurücktreten wolle, der Präsident fand aber keinen Nachfolger für das undankbare Amt. Auch die Einnahmen, auf welche die Regierung aus den durch den Krieg gewonnenen ausgedehnten Ländereien des Südens, namentlich an den Küsten und am Mississippi gezählt haben mochte, erwiesen sich vorerst als Täuschung; der neue Anbau schritt nur langsam vorwärts, die Proben mit neuen Kolonien freier Schwarzen nahmen vorerst mehr Opfer in Anspruch, als sie eintrugen und die weiten Baum-

wollenpflanzungen, welche kurze Zeit große Hoffnung gaben, gingen, wie wir gesehen, mit vielen darauf verwendeten Mitteln unter den Tritten des Kriegs wieder zu Grunde. Die Ausbeute an Petroleum, welche um diese Zeit eine ganz neue Quelle des Nationalwohlstandes zu eröffnen schien, wurde zunächst durch die unerhörte Ausdehnung, welche sie plötzlich gewann, ein Gegenstand des Schwindels, Bettler wurden plötzlich zu Millionären, in New-York allein entstanden in wenig Wochen 200 Compagnien für diesen Handel, alle großen Städte des Westens geriethen in ungemessene Aufregung. Es war wie eine furchtbare Warnung, als sich in Philadelphia in der Nacht zum 8. Februar ein Lager von 2000 Fässern mit Petroleum entzündete und einen brennenden Strom ausgoß, der in kurzer Zeit eine Reihe stolzer Straßen in Asche verwandelte. Trotzdem hatte die Regierung nicht Ursache zu verzagen; die Noth war mehr eine Sache des Augenblicks. Eine so wunderbare Entwickelung des Nationalwohlstandes, wie sie der Präsident in seiner Botschaft geschildert hatte, mußte am Ende auch dem Staate die Mittel liefern, deren er bedurfte. Es mag einen Begriff von der Steuerkraft dieses Landes liefern, daß in New-York allein von 7 reichen Häusern ein Reineinkommen von 3,321,127 Dollars declarirt wurde; das kleinste dieser Häuser gab über 100,000, das größte über 1,800,000 Dollars an. Das letztere Geschäft gehörte dem Schnittwarenhändler Stewart, er zahlte an ordentlichen und außerordentlichen Steuern die Summe von 184,363 Dollars, eine Summe, die vom Einkommen manches deutschen Fürsten wenig oder gar nicht übertroffen wird.

Noch geschah in dieser Zeit, wie im Eingang erwähnt ist, ein Schritt von der höchsten Bedeutung für die Beendigung des Kriegs und die Erneuerung der Union. Der Präsident hatte, wie früher erwähnt, in seiner Botschaft an die Vaterlandsliebe und die Weisheit des Congresses sich gewendet, damit er die Aufhebung der Sklaverei beschließen möge. Seine Erwartung täuschte ihn nicht. Der Senat hatte das Gesetz bereits in der vorigen Sitzung angenommen. Es kam also nur noch auf das Repräsentantenhaus an; dort hatte die Resolution bei der letzten Berathung nicht die verfassungsmäßige Mehrheit von Zweidritteln, sondern nur 83 gegen 65 Stimmen erhalten. Auch diesmal schien das Ergebniß Vielen zweifelhaft, die entscheidende Berathung wurde auf den 31. Januar 1865 angesetzt. Sie führte zum Ziel, das Haus trat mit 119 gegen 56 Stimmen dem Beschlusse des Senats bei; 17 Demokraten hatten es über sich gewonnen, in dieser Frage ihre Partei zu verlassen. In Washington war gewaltiger Jubel, Feuerwerk und 100 Kanonenschüsse begrüßten am Abend das große Ereigniß. Das durch den Präsidenten sofort vollzogene „Amen-

des ersteren Commissäre vom letzteren, wenn auch nicht in den gebräuchlichen amtlichen Formen, empfangen werden würden. Jefferson Davis ernannte demgemäß den Vicepräsidenten Stephens, den ehemaligen Staatssecretär des Kriegs Campbell und den Senator Hunter zu seinen Abgesandten; es waren Männer von gemäßigter Richtung, Stephens namentlich hatte zu den entschiedenen Gegnern des Abfalls gehört und war nur, der Macht der Dinge folgend, beigetreten, weil er seine Heimath und seine Partei nicht verlassen wollte. Die Abgesandten erschienen vor Grant's Linien mit der Bitte, daß man sie durchlassen möge; nach kurzer Verhandlung verstanden sie sich zu der Erklärung, daß ihre Absicht auf eine „unformelle" Friedensconferenz gerichtet sei, und nun ließ sie Grant mit aller Rücksicht auf einem Transportdampfer den James River hinabführen. Im Heere hatte sich, so geheim die Verhandlungen gehalten wurden, die Kunde davon verbreitet; der Jubelruf der Soldaten begleitete das Schiff. Er kam zu frühe. Die Conferenz fand am 2. Februar beim Fort Monroe statt. Von Seiten der Union waren Lincoln selbst und Seward zugegen. Die Besprechung dauerte 4 Stunden; die Meinungen wurden in freundlicher Weise, ohne alle Verletzung, ausgetauscht, doch waren sie für jetzt nicht zu vereinigen. Die Abgesandten der Conföderation stellten in der Hauptsache die Forderung auf: man möge die Frage der Trennung des Südbundes von der Union vorläufig unentschieden lassen und statt des Bruderkriegs die Waffen in getrennter oder in gemeinsamer Action gegen die auswärtigen Feinde Amerikas richten; unterdessen würde zwischen dem Süden und dem Norden Waffenstillstand sein, es würden sich Handel und Verkehr, wie vordem entwickeln, es würde sich zuletzt aus dem gemeinsamen Kriege auch die Gemeinschaft der Gesinnung entwickeln, welche die Schlichtung der großen Frage ermögliche. Es war derselbe Ausweg, den Davis schon vorher durch die Presse in ausführlicher Besprechung hatte anrathen lassen: gegen Mexiko und Canada sollte die Monroe-Doctrin durchgeführt werden. Während des Kriegs mit Frankreich und England, der darüber ausbrechen mußte, war dann allerdings große Aussicht vorhanden, daß sich die einmal thatsächlich anerkannte Unabhängigkeit des Südens befestigen werde. Lincoln und sein Minister indessen waren zu klug, einen gefahrvollen, ungewissen und selbst unsinnigen Krieg für die klare, wenn auch schwere Entscheidung zu wählen, die vor ihnen lag. Der Präsident bestand darauf, daß eine Einstellung der Feindseligkeiten nur möglich sei, wenn die Südstaaten die Waffen niederlegen und aller Orten die nationalen Autoritäten wieder anerkennen und einführen würden; dabei hob er hervor, wie er der Antisklavereipolitik, die er mit seiner Emancipationsproklamation eingeschlagen, auch ferner folgen werde und machte

digenden Vorrath an allem Kriegsbedarf und die Unwirksamkeit der Blokade nachzuweisen; er berief sich auf die Unmöglichkeit, von Oktober bis April den Hafen von Wilmington wirklich zu schließen zur nämlichen Stunde, als bereits die Unternehmung im Gange war, welche der Conföderation diesen Hafen völlig entreißen sollte. Dazwischen kam die Nachricht, die angesehensten Bürger von Savannah hätten beschlossen, von der Amnestieverkündigung Lincoln's Gebrauch zu machen und zur Union zurückzukehren; und zu Anfang Januar berichtete der „Examiner," es sei ein Aufruf zur Contrerevolution, zum Sturze des Präsidenten und zur Unterwerfung unter die Union erschienen. Sichtbar sprach sich's in allen diesen widersprechenden Erscheinungen aus, daß die Einheit der Handlung, welche bisher das Auftreten der Südstaaten bezeichnet hatte, in der Auflösung begriffen war und daß der wilde Eifer, dessen eigentlicher Vertreter Jefferson Davis war, zu erlöschen begann. Zwar rafften sich zu Ende Januar beide Häuser des Congresses zu Richmond noch einmal zu dem Beschluß auf, der Krieg müsse bis zur Erstreitung der Unabhängigkeit fortgeführt werden; es war aber kein gutes Zeichen für die Gewalt, welche bisher ihre Sache gelenkt hatte, daß sie zugleich verlangten, der Oberbefehl über alle Armeen solle in die Hände Lee's gelegt, Johnstone an die Spitze der Armee des Westens gestellt werden. Es pflegt selten der Rath großer Versammlungen zu sein, welcher in schwerer Noth einen Staat retten kann.

Ehe sich aus dieser Lage der Dinge die letzte Entscheidung entwickelte, kam es noch zu einem Versuche, den Frieden zu vermitteln. Er mußte Jefferson Davis willkommen sein, denn selbst seinem hartnäckigen Sinne konnte nicht verborgen bleiben, wie sein Ansehn und seine Sache zu wanken begann; er mußte Lincoln willkommen sein, denn es lag in seiner gemäßigten Politik, dem letzten, wenn auch zweifellosen doch blutigen, Kampfe die Versöhnung vorzuziehen. Die Einleitung scheint hauptsächlich von F. P. Blair aus Maryland ausgegangen zu sein; ohne amtlichen Auftrag, doch hinreichend von Lincoln's Gesinnung unterrichtet, reiste er zweimal nach Richmond, um den Weg der Verhandlungen zu ebnen. Die Hauptschwierigkeit lag darin: daß einerseits Lincoln die Abgesandten der Gegner nicht öffentlich amtlich empfangen konnte, weil dies eine Anerkennung des Südens, der für die Union nur eine im Aufruhr begriffene Verbindung war, als gleichberechtigte Macht eingeschlossen hätte; daß andererseits Jefferson Davis in keiner Weise sich zu einem Schritte verstehen wollte, worin eine Anerkennung der Autorität des Nordens gelegen hätte. Die Beseitigung der Schwierigkeit gelang, indem Blair dem Präsidenten des Südbundes die Zusicherung des Unionspräsidenten verschaffte, daß

des ersteren Commissäre vom letzteren, wenn auch nicht in den gebräuchlichen amtlichen Formen, empfangen werden würden. Jefferson Davis ernannte demgemäß den Vicepräsidenten Stephens, den ehemaligen Staatssecretär des Kriegs Campbell und den Senator Hunter zu seinen Abgesandten; es waren Männer von gemäßigter Richtung, Stephens namentlich hatte zu den entschiedenen Gegnern des Abfalls gehört und war nur, der Macht der Dinge folgend, beigetreten, weil er seine Heimath und seine Partei nicht verlassen wollte. Die Abgesandten erschienen vor Grant's Linien mit der Bitte, daß man sie durchlassen möge; nach kurzer Verhandlung verstanden sie sich zu der Erklärung, daß ihre Absicht auf eine „unformelle" Friedensconferenz gerichtet sei, und nun ließ sie Grant mit aller Rücksicht auf einem Transportdampfer den James River hinabführen. Im Heere hatte sich, so geheim die Verhandlungen gehalten wurden, die Kunde davon verbreitet; der Jubelruf der Soldaten begleitete das Schiff. Er kam zu frühe. Die Conferenz fand am 2. Februar beim Fort Monroe statt. Von Seiten der Union waren Lincoln selbst und Seward zugegen. Die Besprechung dauerte 4 Stunden; die Meinungen wurden in freundlicher Weise, ohne alle Verletzung, ausgetauscht, doch waren sie für jetzt nicht zu vereinigen. Die Abgesandten der Conföderation stellten in der Hauptsache die Forderung auf: man möge die Frage der Trennung des Südbundes von der Union vorläufig unentschieden lassen und statt des Bruderkriegs die Waffen in getrennter oder in gemeinsamer Action gegen die auswärtigen Feinde Amerikas richten; unterdessen würde zwischen dem Süden und dem Norden Waffenstillstand sein, es würden sich Handel und Verkehr, wie vordem entwickeln, es würde sich zuletzt aus dem gemeinsamen Kriege auch die Gemeinschaft der Gesinnung entwickeln, welche die Schlichtung der großen Frage ermögliche. Es war derselbe Ausweg, den Davis schon vorher durch die Presse in ausführlicher Besprechung hatte anrathen lassen: gegen Mexiko und Canada sollte die Monroe-Doctrin durchgeführt werden. Während des Kriegs mit Frankreich und England, der darüber ausbrechen mußte, war dann allerdings große Aussicht vorhanden, daß sich die einmal thatsächlich anerkannte Unabhängigkeit des Südens befestigen werde. Lincoln und sein Minister indessen waren zu klug, einen gefahrvollen, ungewissen und selbst unsinnigen Krieg für die klare, wenn auch schwere Entscheidung zu wählen, die vor ihnen lag. Der Präsident bestand darauf, daß eine Einstellung der Feindseligkeiten nur möglich sei, wenn die Südstaaten die Waffen niederlegen und aller Orten die nationalen Autoritäten wieder anerkennen und einführen würden; dabei hob er hervor, wie er der Antisklavereipolitik, die er mit seiner Emancipationsproklamation eingeschlagen, auch ferner folgen werde und machte

die conföderirten Gesandten mit dem Beschluß des Congresses vom 31. Januar bekannt. Kehre der Süden auf diese Weise zur Union zurück, so werde er ihm seinerseits in der Ausführung der nothwendigen Maßregeln mit allen Zugeständnissen entgegenkommen, die nur irgend in seiner Macht ständen. Die Südstaaten hätten also selbst jetzt noch, gegen die Rückkehr zur Union und die Zustimmung zur Aufhebung der Sklaverei im Princip, eine allmähliche und schonende Durchführung der letzteren Maßregeln davon tragen können. Es wäre dadurch viel Blut gespart und die Erneuerung der Staatsordnung im Süden in hohem Grade erleichtert worden. Aber die Verblendung und die Leidenschaft waren im Süden zu mächtig; durfte man dem Volke von Unterwerfung reden, das man stets mit den äußersten Mitteln zum Kampfe angespornt hatte? durfte man von einer Nachgiebigkeit reden, die einen erträglichen Zustand bringen werde, während man nur von Sieg oder Untergang gesprochen hatte? Selbst die Männer, die Jefferson Davis gesandt hatte, glaubten es nicht wagen zu dürfen; die Conferenz ging ohne Ergebniß auseinander.

Jefferson Davis ließ dem Congreß, der, wie erwähnt, schon vorher für die Fortführung des Kriegs bis zur Erkämpfung der Unabhängigkeit sich ausgesprochen hatte, durch die Abgesandten Bericht erstatten und rief noch einmal den wilden Eifer auf, worauf seine Sache von Anfang gestellt war. Er ließ durch den Governor Smith von Virginien auf den 6. Februar ein Massenmeeting nach Richmond berufen. Stephens berichtete über Lincoln's Bedingungen, dann hielt Davis selbst eine Rede voll ungemessener Aufregung. Die Versammlung faßte eine Reihe von Beschlüssen; Lincoln's Forderungen und Anerbietungen wurden als schmachvoll verworfen, den Soldaten wurde der Dank des Vaterlandes ausgesprochen, zuletzt hieß es: „zur Aufrechthaltung unserer Freiheit und Unabhängigkeit verpfänden wir unsere Habe, unser Leben, unsere heiligste Ehre.“ Lincoln seinerseits legte dem Congreß zu Washington die Verhandlungen vor. Seine Darstellung war gemäßigt, doch entflammte sie die Gemüther kaum weniger zum Zorn, als dies in Richmond geschehen war; nach solcher Zurückweisung erkannten Alle, daß sich nur mit den Waffen in der Hand mit dem Süden unterhandlen lasse. Im Repräsentantenhaus trat selbst ein Friedensdemokrat wie Fernando Wood für die entschiedene Fortsetzung des Kriegs auf, und der Senat nahm sofort eine Resolution Sumner's an, daß der Norden den Süden niemals anerkennen werde. Beide Theile waren zum letzten Kampfe bereit; er war in wenigen Monaten entschieden.

Julius Königer.

Deutschlands wirthschaftliche Neugestaltung.

Die kühnsten Träume deutscher Patrioten reifen der Verwirklichung entgegen. Was wir erst in Jahrzehnten durch friedliche politische Arbeit zu erreichen hofften — die Umgestaltung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat mit preußischer Spitze unter Ausschluß Oesterreichs — liegt wenigstens nach Außen hin bereits halbfertig vor unsern überraschten Augen da. Ja das Bundesstaatsprogramm ist Manchem schon ein überwundener Standpunkt und die Ueberzeugung, daß erst der Einheitsstaat die Entwickelung des deutschen Gemeinwesens zum Abschluß bringen werde, dringt in immer weitere Kreise. Wir dürfen nicht vergessen, daß diese welthistorische Umwandlung der staatlichen Verhältnisse und politischen Ansichten nicht das Werk einer Reform, sondern einer Revolution ist, deren Berechtigung allerdings nur noch von Wenigen bestritten wird. Die liberale und nationale Partei hat das große Ziel auf dem Wege der Freiheit und des Friedens gesucht und entgegnete denen, welche schon vor Jahren den deutschen Einheitsstaat forderten, daß dies kein Reform-, sondern ein Revolutions-Programm sei, wofür kein thätiger Volkspolitiker offen arbeiten könne. Allein die sogenannten moralischen Eroberungen hätten auch nur im Bunde mit einer kraftvollen auswärtigen Politik Erfolge erzielen können. Leider war die kurze Periode der neusten preußischen Geschichte, in welcher ein liberales Ministerium die preußische Staatsmacht in den Händen hatte, unbenutzt für die deutsche Frage vorübergegangen. Anstatt die Militärreorganisation zum Hebel und Ausgangspunkt einer energischen auswärtigen Politik zu benutzen und die gesammte liberale Partei des Landes Behufs der Ausführung nationaldeutscher Pläne für sich zu gewinnen, verdarb man es mit den eigenen Gesinnungsgenossen und ignorirte die verständigsten und ungefährlichsten Anregungen der preußischen und außerpreußischen nationalen Partei, wie z. B. die von Bremen angebotene Marineconvention, welche den Keim einer großen Neugestaltung in sich barg. Das mit dem Jubel Deutschlands und Europas begrüßte freisinnige Ministerium, das die Freiheit und Einheit des Vaterlandes vielleicht ohne Bürgerkrieg hätte anbahnen können, ruinirte sich durch den Mangel einer auswärtigen Politik, und mit ihm verschwand vorläufig auch die Aussicht auf eine friedliche Neugestaltung Deutschlands. Es begann die Periode der gewaltsamen Lösung der deutschen Frage, von der man beim Eintritte Bismarck's allerdings noch keine Ahnung haben

konnte, weil sich Bismarck auf dieselbe Partei zu stützen suchte, welche eine Allianz Preußens mit Oesterreich gegen die Revolution empfahl und die sogenannten deutschen Aufgaben Preußens mit offener Verachtung behandelte. Hätte die preußische Volksvertretung ahnen können, daß die Heeresreorganisation wirklich Preußen zum Kampf für seinen deutschen Beruf ausrüsten solle, so würde kein preußischer Landtag die Gelder zu diesem Zwecke verweigert haben und der unselige innere Conflict, welcher mehrere Jahre die Krone vom Volke trennte, wäre vermieden worden. Wir würden indessen in einen Erbfehler der Deutschen verfallen, wenn wir angesichts so großer politischer Erfolge darüber philosophiren wollten, was alles geschehen sein würde, wenn Bismarck nach Cavour's Vorbild gehandelt hätte. Cavour hat mit tiefstem Schmerze die Mithülfe Napoleon's zum Neubau Italiens durch Preisgebung italienischer Provinzen erkaufen müssen; Bismarck ist, Gott sei Dank, auf keinen solchen Schacher eingegangen, hat also nach der Seite der Einheit hin größere Erfolge erzielt als Cavour. Wer jetzt die Gewalt der Thatsachen nicht anerkennen und sich murrend von den ohne seine Mitwirkung erzielten Resultaten abwenden will, muß überhaupt darauf verzichten, Politik zu treiben und seine Ideen in's staatliche Leben einzuführen, muß der bloßen Gewalt die Ordnung der Verhältnisse überlassen, während die Gewalt doch geneigt ist, das deutsche Volk zur Mitwirkung heranzuziehen und die Volkswünsche zu berücksichtigen.

Die Volkswirthschaft ist an sich die geschworene Feindin von Krieg, Revolution und Gewaltpolitik, sie ist aber auch am raschesten bereit, gegebene Verhältnisse zu acceptiren und auf vollendeten Thatsachen frisch und freudig ihre Thätigkeit zu entwickeln. Sie hat sich zu Bismarck nie in einem so principiellen Gegensatze befunden, wie die abstracte Politik und staatsrechtliche Doctrin, da sie seiner Festigkeit den bedeutendsten handelspolitischen Fortschritt der Nation in den letzten Jahrzehnten, den Abschluß des preußisch-französischen Handelsvertrags und die Wiedererneuerung des Zollvereins auf der Grundlage eines freisinnigen Tarifs verdankte. Es ließ sich schon vor Beginn des Krieges vielfach beobachten, daß Bismarck wegen dieser Festigkeit sowie wegen seiner auswärtigen Politik überhaupt gerade unter den bedeutenderen Rhedern und Kaufleuten mit ausgedehnten überseeischen Verbindungen sich einer gewissen Popularität erfreute und für den Mann gehalten wurde, der noch am ersten im Stande sei, aus dem Chaos unsers mittel- und kleinstaatlichen Elends einen festen Staatsbau zusammenzufügen. Seine Vorliebe für auswärtige Politik bethätigte sich insbesondere auch durch bereitwilligen und raschen Schutz bedrohter Interessen einzelner deutscher Kaufleute in transatlantischen Ländern.

Preußische Kriegsschiffe durchkreuzten den Ocean und nahmen sich insbesondere in den ostasiatischen Gewässern vielfach der deutschen Kaufleute an. Die Losreißung des ganzen Schleswig-Holstein von Dänemark, wobei Preußen der Gefahr eines europäischen Krieges in's Auge sehen mußte, trug ebenfalls dazu bei, dem deutschen Namen im Auslande wieder Respect zu verschaffen. Man sah endlich einmal die früher so vernachlässigte auswärtige Politik mit Geschick und wirklichem Mannesmuth geleitet, der deutschen Staatsmännern nach Außen bisher so gefehlt hatte. Die Nation fing an wieder Vertrauen zu der preußischen Staatskraft zu fassen. Obwohl man sich im schärfsten Gegensatze zu Bismarck's innerer Politik befand und seine Verbindung mit der feudalen Partei für einen Fehler seiner politischen Laufbahn betrachtete, erwartete man doch andererseits von ihm eine Förderung der Macht- und Einheitsfrage und war bereit, ihm Vieles zu verzeihen, wenn er nur den deutschen Staatsgedanken verwirklichen würde, worauf insbesondere alle außerpreußischen Patrioten ein weit größeres Gewicht legen mußten, als auf die Lösung der preußischen Budget- und Militärfrage, die nur wegen der Unfertigkeit der preußischen und deutschen Zustände eine solche Bedeutung erlangt hatte und nur durch die deutsche Frage befriedigend zu lösen war. —

Die Veröffentlichung des preußischen Bundesreformprojects vom 10. Juni 1866 bezeichnet den eigentlichen Wendepunkt in der Geschichte der nationalen Bestrebungen, nachdem die praktische Durchführung der darin aufgestellten Grundzüge durch die Besiegung Oesterreichs und der widerstrebenden deutschen Mittel- und Kleinstaaten ermöglicht worden ist. Die Grundbedingungen des künftigen deutschen Staates sind geschaffen. Ein Blick auf das Bundesreformproject zeigt, daß die Verfasser desselben Deutschlands wirthschaftliche Neugestaltung dabei mit in erster Linie berücksichtigt haben; denn Art. VI. will fast alle wichtigen Verkehrsangelegenheiten von der Centralgesetzgebung und Centralgewalt definitiv, d. h. ohne weitere Verhandlungen mit den einzelnen Gliedern des Bundes und ihren gesetzgebenden Körpern, geordnet und gehandhabt sehen. Er lautet:

„Art. VI. Der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten: 1) Die Zoll- und Handelsgesetzgebung. 2) Die Ordnung des Maaß-, Münz- und Gewichtssystems, nebst Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde. 3) Die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen. 4) Die Erfindungspatente. 5) Der Schutz des geistigen Eigenthums. 6) Die Bestimmungen über die Freizügigkeit, Heimaths- und Ansiedelungsverhältnisse, den Gewerbebetrieb, die Colonisation und

Auswanderung nach außerdeutschen Ländern. 7) Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schifffahrt und ihrer Flaggen zur See und Anordnung gemeinsamer consularischer Vertretung, welche vom Bunde ausgestattet wird. 8) Das gesammte deutsche Eisenbahnwesen im Interesse der Landesvertheidigung und des allgemeinen Verkehrs. 9) Der Schifffahrtsbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle. 10) Das Post- und Telegraphenwesen. 11) Die gemeinsame Civilproceßordnung und das gemeinsame Concursverfahren."

Dem künftigen deutschen Parlamente sind durch die eben aufgezählten 11 Punkte gewissermaßen seine nächsten Wege vorgezeichnet. Nicht abstracte politische Doctrinen, sondern praktische Interessen und materielle Lebensfragen der Nation werden den Hauptkern der Berathungen ausmachen. Die Phrase wird verstummen müssen vor der nüchternen Behandlung geschäftlicher Fragen, die nur durch wirkliche Einsicht und Erfahrung gelöst werden können. Die volkswirthschaftlichen Gesichtspunkte werden daher voraussichtlich schon bei den Wahlen und der Parteibildung die eingehendste Berücksichtigung finden, und der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages macht demgemäß die deutschen Handelskammern in seinem Rundschreiben vom 4. August d. J. auch schon darauf aufmerksam, „daß sich aus Art. VI. des preußischen Bundesreformprojectes ergebe, auf welche besonderen Qualificationen der demnächstigen Parlamentsmitglieder Bedacht zu nehmen der deutsche Handelsstand berufen und verpflichtet sei."

In dem ersten deutschen Parlamente spielten die volkswirthschaftlichen Gesichtspunkte nur eine untergeordnete Rolle und bei den Wahlen wurden sie kaum berücksichtigt. Damals waren es die Fragen über Monarchie und Republik, directes und indirectes Wahlrecht, Ein- und Zweikammersystem, über Standesvorrechte, Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Jagdrecht, Trennung der Justiz von der Verwaltung, Schwurgerichte u. s. w., welche die öffentliche Discussion beschäftigten und bei den Wahlen den Ausschlag gaben. In Zeitungen und politischen Schriften war von den eigentlichen materiellen Fragen vor den Wahlen nur wenig die Rede und die Gebildeten der Nation waren damit überaus wenig vertraut. Erst allmählich wurden die mittleren und unteren Klassen durch Erörterungen der sogenannten socialen Frage aufgeregt. Die Pariser Februarrevolution, die Einrichtung der Nationalwerkstätten und die Forderungen der französischen Arbeiter warfen ihre Schatten auch hinein in die deutsche Handwerker- und Arbeiterwelt. Das Mißtrauen gegen die Regierungen, der Fluch der bisherigen Bevormundung und Einmischung in den Broderwerb der Bürger

von oben herab, die Gefahren der künstlichen Organisation des deutschen Erwerbslebens machten sich in beunruhigender Weise geltend, und die Gewerbtreibenden und Arbeiter erhoben die widersprechendsten Forderungen. Das gemeinsame Interesse des Vaterlandes, welches einige Monate lang die Herzen bewegt und erhoben hatte, trat bald zurück hinter egoistischen Sonderbestrebungen. Der deutsche Handwerkerstand, welcher alle Privilegien und Rechte der Fürsten und des Adels so rasch wie möglich abgeschafft zu sehen wünschte, schrie nach Ausdehnung der eigenen Privilegien. Der deutsche Handwerkercongreß, welcher vom 15. Juli 1848 an mehrere Wochen in Frankfurt tagte, schlug eine Gewerbeordnung vor, die das deutsche Volk wieder in die finstersten Zunftepochen des Mittelalters hätte zurückdrängen müssen. Der Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer deutschen Gewerbeordnung enthält eine überaus interessante Blumenlese aus Hunderten von Petitionen, mit denen die Nationalversammlung bestürmt wurde. Die meisten Petitionen erklärten ihre Zustimmung zu jenem sinnlosen Entwurfe des Frankfurter Handwerkercongresses und baten, denselben zum Gesetz zu erheben. Die Gewerbtreibenden in Innsbruck behaupteten sogar, „der ganze Stand müsse sich gegen ein Abweichen von den Bestimmungen dieses Entwurfs verwahren." Die alte Klage über die Macht des Capitals spielte natürlich eine Hauptrolle, damit verband sich Feindseligkeit gegen das Fabrikwesen. Der gewerbliche Ausschuß in Eßlingen verlangte „eine Beschränkung oder Aufhebung solcher Fabriken, die durch ihre Concurrenz mit dem Handwerker den Ruin desselben herbeiführen," oder auch nach dem Antrage des Gewerbevereins in Bamberg „die Beschränkung dieser Fabriken auf die Ausfuhr ihre Fabrikate nach dem Auslande." Eine große Anzahl von Petenten vereinigte sich in dem Antrage, daß die Maschinen mit einer verhältnißmäßig hohen Steuer belegt werden möchten, um die Concurrenz der Handwerker möglich zu machen. Sehr weit verbreitet war ferner der Unmuth des Handwerkers gegen den Kaufmann, „der ihn durch seine Vermittlung mit dem Publicum zum Tagelöhner herabsetze." Die Gewerbtreibenden in Celle nennen dies in ihrer Petition „einen faulen Fleck in der bürgerlichen Existenz" und fassen das Verhältniß von Handel und Handwerk so auf, daß jener, im Großen betrieben, den Glanz, dieses das Glück des Landes ausmache; andere verlangen die ausschließliche Befugniß zum Kleinhandel mit sogenanntem „Handwerkskram." Der Bürgerverein zu Cassel stellte die Forderung einer „Geschäftsgrenze" auf, wonach „der Umfang, in welchem jedes Geschäft betrieben, das Capital, das darin angelegt, die Zahl der Arbeiter, die darauf verwendet wird, einer gesetzlichen Bestimmung unterliegen soll."

In ganz ähnlicher Weise forderte eine Petition aus Teschen, „daß kein Gewerbe eine gewisse Grenze überschreite und daß demgemäß die Höhe des Betrages durch Gesetze festgestellt werden müsse, die zum Betriebe eines Gewerbes ausreiche." — Nach der Auffassung der Hannoverschen Gewerbtreibenden sollte kein Meister mehrere Gewerbe zu gleicher Zeit betreiben dürfen. Das Sündenregister einer damals fast populären Ignoranz in wirthschaftlichen Fragen könnte noch auf viele Spalten ausgedehnt werden. Einzelne Gewerbe fanden sich veranlaßt, noch besondere Congresse abzuhalten. So waren u. A. die Abgeordneten des deutschen Schneidergewerkes in den Tagen vom 20. bis 25. Juli 1848 in Frankfurt a. M. versammelt und legten die Ergebnisse ihrer Berathung vor, die mit den vorstehenden Beschwerden ziemlich übereinstimmen. Ein Sonderverlangen ging dahin, „daß die öffentlichen Magazine von fertigen Kleidern, sowohl der Kleidermacher als Kleiderhändler, zum Wohle sämmtlicher Schneidermeister aufgehoben und in der Folge keine neuen mehr errichtet werden sollten. Ausländer sollten keine fertigen Herren- und Damenkleider einführen dürfen."

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich gegen diese Bestrebungen des deutschen Handwerkerstandes ein nachhaltiger Widerspruch von Seiten der Gesellen und Arbeiter, der Landmeister und zahlreicher Kaufleute erhob und daß insbesondere die gewerbefreie Rheinpfalz gegen die Einführung des Zunftwesens entschieden protestirte, ja nicht undeutlich mit ihrer Hinneigung zu Frankreich drohte, wenn man das den Pfälzern so theure Gut der Gewerbefreiheit in einer Zeit antasten wolle, wo ein Krieg von Frankreich aus bevorstehen könne. Der Volksverein von Germersheim machte die deutsche Nationalversammlung nachdrücklich darauf aufmerksam: „daß unter den Grundrechten des deutschen Volkes die Gewerbefreiheit in erster Stelle stehen solle, sie sei mit den Institutionen, mit dem Leben der Pfälzer innigst verwachsen, wie alle Errungenschaften jener großen französischen Revolution, deren Resultate nachhaltiger als die deutschen März-Errungenschaften gewesen seien." —

Das deutsche Parlament stand dem Anstürmen des deutschen Zunftgeistes und der herrschenden Unklarheit über wirthschaftliche Lebensfragen unschlüssig und thatenlos gegenüber. Es ließ sich auch nicht verkennen, daß die Erlassung eines die Gesammtheit der Gewerbe umfassenden Reichsgesetzes bei der großen Verschiedenheit im Gewerbewesen der einzelnen Staaten, ja einzelner Provinzen eines und desselben Staates auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stieß. Der volkswirthschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung erkannte in seinem umfassenden Berichte über diese hochwichtige Angelegenheit an, daß das deutsche Volk durch die materiellen

Interessen geschieden werde, „daß die einzelnen deutschen Länder mehr und mehr von einander entfremdet würden, wenn die Particulargesetzgebung in so wesentlichen, die Gegenseitigkeit bedingenden Verhältnissen auf ihrem abgesonderten Wege weiter ginge. Eine deutsche Gewerbeordnung müsse baldigst erlassen werden." Nichts destoweniger fand er doch die Zeit noch nicht für geeignet und bemerkte darüber: „Es liegt kein freies, nur einigermaßen geebnetes Feld für ein nach beliebigem Plane aufzuführendes neues Werk vor, sondern es müßte, um nur annähernd das vorgesteckte Ziel zu erreichen, unendlich Vieles weggeräumt, manche nach den geläuterten Begriffen der Gegenwart zwar verwerflich erscheinende, aber durch Jahrhunderte lange Uebung mit dem gesammten Staats- oder Provinzialleben eng verwachsene Einrichtung beseitigt werden. Zu so tief eingreifenden Maßregeln scheint aber der jetzige Augenblick hoher politischer Spannung um so weniger geeignet, als die ganze so sehr wichtige Frage theilweise das Gebiet wohl entschuldbarer Particularinteressen berührt, und daher die Aufgabe, wenn auch nicht unbedingt, doch jedenfalls besser, nur durch eine Gesetzgebung, bei welcher auch die einzelnen Staaten als solche vertreten werden, eine befriedigende Lösung erhalten dürfte." Bei Abfassung des Entwurfs einer deutschen Gewerbeordnung hielt die überwiegende Mehrheit des großen volkswirthschaftlichen Ausschusses noch in §. 3 an dem Grundsatze fest: „daß der selbständige Betrieb eines Gewerbes im deutschen Reiche von einem Fähigkeitsnachweise abhängig gemacht werden dürfe," und nur eine kleine Minorität von drei Stimmen (M. Mohl, Schirmeister und Merck) hatte den Muth, die Streichung dieser Bestimmung zu beantragen und folgende Fassung des §. 3 zu empfehlen: „Der selbständige Betrieb eines Gewerbes darf, insofern das gegenwärtige Gesetz nicht eine Ausnahme zuläßt, für Angehörige des deutschen Reiches in keinem deutschen Staate an eine andere oder schwerere Bedingung geknüpft werden, als daß der Nachsuchende das 21. Lebensjahr überschritten habe." — Sämmtliche Entwürfe und Verhandlungen des volkswirthschaftlichen Ausschusses sowie der zahlreichen Petitionen wurden schließlich „der provisorischen Centralgewalt zur Benutzung bei der künftigen Reichsgesetzgebung überwiesen" und bilden noch jetzt ein schätzbares Material zur Beurtheilung der Schwierigkeiten, die sich im Jahre 1848 der Einigung der deutschen Nation entgegenstellten.

Die wirthschaftlichen Gegensätze, welche im Jahre 1848 die deutsche Nation entzweiten, waren nicht minder scharf und verbittert auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik. — Die deutsche Schutzzollpartei hatte in der Tarifpolitik des Zollvereins seit dem Jahre 1842 mehrere Siege errungen und glaubte durch die Macht des Parlaments die Zoll-

einigung des gesammten Deutschlands auf Grundlage des Schutzsystems durchsetzen zu können. In der 38. Sitzung vom 14. Juli 1848 begründete Eisenstuck aus Chemnitz seinen Antrag, das deutsche Zollwesen betreffend, der die Nationalversammlung aufforderte, zu beschließen: „daß bis zur Einführung des neuen Zollgesetzes für ganz Deutschland, und zwar vom 1. September 1848 an, in allen Zollvereinen und Staaten Deutschlands die Eingangszölle für eine Reihe von Artikeln bei ihrem Eingange vom Auslande, unter Aufhebung der bisherigen betreffenden Tarifsätze, nach den Zollsätzen des dem Antrage beigefügten Tarifs provisorisch erhoben werden sollten." Der beigefügte Tarif schlug niedrigere Zölle für einige Hauptrohstoffe (Baumwolle, Wolle, Flachs, Hanf, und rohe ungesponnene Seide und für Kaffee und Reis), dagegen bedeutend hohe Eingangszölle für eine Reihe von Fabrikaten vor. Außerdem sollte für die meisten baumwollenen, wollenen, leinenen, seidenen und gemischten gewebten Zeuge und für gefärbte Garne mit wenigen Ausnahmen bei der Ausfuhr eine Prämie von 4 Thaler pro 100 Pfund Zollgewicht von der Zollkasse vergütet werden. Diese außerordentliche Maßregel wurde durch den sogenannten Nothstand der Arbeiter motivirt. Die Zustände in den gewerbfleißigen Gegenden des Rheinlandes, des Wupperthales, Würtembergs, Schlesiens, Sachsens wurden mit den düstersten Farben geschildert. Eisenstuck rief der Versammlung zu: „Sie haben einen kühnen Griff nach oben gethan, thun Sie auch in materieller Hinsicht einen kühnen Griff nach unten." Er berief sich auf die zahlreichen Petitionen aus mehr als 50 Städten, unter denen eine aus Würtemberg mit 12,000 Unterschriften sei, und forderte die Nationalversammlung auf, sich dadurch wenigstens davon überzeugen zu lassen, „daß in diesen Richtungen das Volk darüber einig sei, was ihm Noth thue." Moritz Mohl fügte hinzu: daß er aus Würtemberg förmlich bestürmt werde — erst jüngst hätten die vier Handelskammern Würtembergs auf's Dringendste um Zollschutz für die deutsche Arbeit gebeten — „daß er wirklich nicht begreifen könnte, wie in der Sache nicht vorgeschritten werden könnte." Mammen aus Plauen drohte „mit den Tausenden von hungernden Arbeitern, die hinter uns stehen." — Das Parlament ließ sich durch diese Expectorationen zu keinen übereilten Maßregeln verleiten und enthielt sich überhaupt der Empfehlung schutzzöllnerischer Maßregeln. Dagegen herrschte im Reichshandelsministerium eine Neigung zu Differential- und Schutzzöllen, die namentlich in dem Programme des Reichshandelsministers über die Grundlagen der deutschen Handels- und Zollverfassung hervortrat. Dies Programm wurde der Nationalversammlung am 23. September 1848 mit folgender Erklärung überreicht: „Das Reichsministerium des Handels hält es für seine Pflicht,

der hohen Nationalversammlung den Plan vorzulegen, nach welchem es wünscht, ermächtigt zu werden, die commercielle Einheit Deutschlands zu begründen. Es kann sich dabei für jetzt nur um die leitenden Gesichtspunkte handeln, indem die Einzelheiten sich erst später aus den zur Beschlußnahme zu verstellenden Gesetzvorschlägen ergeben werden. Da aber die commercielle Einheit Deutschlands nicht aus Bruchstücken zusammengesetzt werden darf, wenn ein wahrhaft einheitliches Ganzes geschaffen werden soll, wird von Anfang an der Standpunkt fest bezeichnet werden müssen, von welchem aus bis in die Details hinab die große Zahl der erforderlichen Gesetze und der mit fremden Staaten zu schließenden Verträge zu behandeln ist. — Für diese dürften folgende Grundzüge in Erwägung zu nehmen sein:

1) Die größtmögliche, auf Gegenseitigkeit sich gründende Freiheit des Handels und der Schifffahrt mit fremden Staaten.

2) Einrichtungen im Zollwesen, welche die Anwendung von Repressalien wider fremde Nationen auf Schiffe und Waaren zulässig machen, und zwar zum Zwecke der wirksamen Erstrebung wahrhafter Gegenseitigkeit in Handel und Schifffahrt.

3) Bei der Schifffahrtsgesetzgebung über die Nationalität deutscher Schiffe Anwendung solcher Grundsätze, welche die Vermehrung derselben möglichst erleichtern, und Erschwerungen des Schiffsbaues, der Ausrüstung und der Bemannung vermeiden.

4) Möglichste Schonung der Handelsbewegung bei Feststellung der Formen und Controlen der Zollerhebung.

5) Befreiung der Verkehrs- und Transportmittel im Innern Deutschlands von den seitherigen Hemmnissen und Ungeregeltheiten.

6) Bei Feststellung des Zolltarifs möglichste Berücksichtigung des internationalen Verkehrs mit Rohprodukten, soweit solches mit den finanziellen Bedürfnissen irgend verträglich erscheint, und Schutzgewährung der deutschen Industrie in demjenigen Maße, wie es zu ihrem sichern Gedeihen nothwendig und zweckmäßig ist."

Der volkswirthschaftliche Ausschuß, dem die Vorlage des Handelsministers zum gutachtlichen Bericht übergeben worden war, glaubte in seiner Mehrheit in Bezug auf die vom Reichshandelsminister aufgestellten Grundsätze keine Anträge stellen zu sollen, da eine constituirende Versammlung keinen Anlaß habe, sich über allgemeine Grundsätze auszusprechen, vielmehr ihre Grundsätze in den erlassenen Gesetzen und Beschlüssen ausdrücken müsse. Dagegen wurde von ihm vorgeschlagen, das Handelsministerium zu ermächtigen, Gesetzvorschläge zur Begründung einer Zolleinheit Deutschlands zu machen, sowie ein Zollgesetz und einen Zolltarif

zu entwerfen. Eine Minorität des volkswirthschaftlichen Ausschusses von 9 gegen 10 Stimmen entwickelte ihre abweichenden Ansichten in einem ausführlichen Minoritäts-Gutachten, worin sie ausdrücklich erklärte: „daß der Handel nur in derjenigen Richtung wünschenswerth sei, in welcher er der Entwickelung der nationalen Hülfsquellen nicht entgegen wirke," und eine Reihe von Grundsätzen als maßgebend für die commercielle Einheit bezeichnete. Danach sollte dem zu entwerfenden Zolltarife ein System von Unterschiedszöllen zu Gunsten der directen Einfuhr überseeischer Waaren aus den Erzeugungsländern unter deutscher Flagge zu Grunde gelegt, ferner die deutsche Schifffahrt außerdem durch einen allgemeinen Vorzug in den Schifffahrtsabgaben vor der fremden in den deutschen Häfen begünstigt, die Schifffahrt zwischen deutschen Häfen für Küstenfahrt erklärt und der deutschen Flagge ausschließlich vorbehalten werden. Bei Entwerfung des Zolltarifs solle dem heimischen Gewerbfleiße ein Schutz gewährt werden, soweit er erforderlich sei, „um alle Arbeitskräfte des Volks gleichmäßig zu entwickeln und durch die Ausfuhr der inländischen Gewerbsprodukte wiederum die Mittel zu entsprechender Einfuhr fremder, zumal tropischer Erzeugnisse zu gewinnen." Die überaus bewegte Debatte über diese Majoritäts- und Minoritäts-Vorschläge fand am 18. December 1848 statt und endete damit, daß das Parlament über das Minoritäts-Erachten mit 262 gegen 175 Stimmen zur Tagesordnung überging und die auch von dem Handelsminister empfohlenen Anträge der Majorität annahm. — So war denn das Andrängen der Schutzzollpartei zweimal, in den Monaten Juli und December 1848, im Parlamente erfolglos geblieben. Die Rührigkeit der schutzzöllnerischen Agitation innerhalb und außerhalb des Parlaments und die Gefahr der Phrase von der „Unabhängigkeit der deutschen Arbeit und dem nationalen Schutze der materiellen Interessen" führte jedoch sehr bald auch die freihändlerische Partei zusammen und veranlaßte den Zusammentritt von Abgeordneten aus etwa 40 norddeutschen Handelsplätzen und vereinsländischen Meßplätzen, welche einen systematischen Tarifvorschlag ausarbeiteten und ihn im November 1848 veröffentlichten als: „Entwurf zu einem Zolltarif für das vereinigte Deutschland, ausgearbeitet und mit Motiven versehen in Gemäßheit der Berathungen der in Frankfurt a. M. versammelt gewesenen Abgeordneten des Handelsstandes." Dieser dem Parlamente am 29. November 1848 übergebene Entwurf beabsichtigte, unter Berücksichtigung gegebener Verhältnisse, die Einführung eines Systems mäßiger und gerechter Finanzzölle und ist später mehrfach von den Zollconferenzen als eine treffliche Vorarbeit für eine Reform des Zollvereinstarifs benutzt worden.

Die Nationalversammlung ist nicht in die Lage gekommen, über eine

deutsche Tarifgesetzgebung zu berathen, und hat sich überhaupt nicht mit dem Detail der großen wirthschaftlichen Principienfragen beschäftigt. Die Reichsverfassung von 1849 stellt in §. 133 allerdings den großen Grundsatz auf: „Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebiets seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen." Allein der Nachsatz zu diesem Artikel behält es der Reichsgewalt noch vor, „die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland festzusetzen." Ebenso behutsam geht die Reichsverfassung mit den Beschränkungen der freien Theilbarkeit des Grundeigenthums um, denn §. 165 verordnet zwar: „Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden oder von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern," allein im Nachsatze heißt es: „Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln."

Es steht nicht zu befürchten, daß man an die wirthschaftliche Neugestaltung Deutschlands im Jahre 1866 mit ähnlicher Zaghaftigkeit, Unklarheit und Verbitterung der Parteien treten wird, wie im Jahre 1848. Die seit 10 Jahren über ganz Deutschland verbreitete wirthschaftliche Reformbewegung ist der Vorläufer der politischen Reform geworden und hat dem Aufbau eines deutschen Staates auf allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens unablässig und erfolgreich vorgearbeitet, so daß ihre Resultate in mancher Beziehung als reife Früchte zu betrachten sind, die von den gewählten Vertretern des deutschen Volkes nur gepflückt zu werden brauchen. Der Verfasser des preußischen Bundesreformprojectes scheint in der That bei Aufstellung der 11 Punkte des Artikel VI. die Tagesordnungen und Verhandlungen der bisher abgehaltenen acht volkswirthschaftlichen Congresse vor sich gehabt zu haben und muß überhaupt den friedlichen Fortschrittsbestrebungen auf materiellem Gebiete mit ebenso praktischem wie patriotischem Sinne gefolgt sein, da er fast alle einer nationalen Lösung harrenden Verkehrsanliegen berücksichtigt hat. Der Artikel VI. des Bundesreformprojectes bietet daher auch einen willkommenen Anhaltspunkt für die nachstehenden Bemerkungen über Deutschlands wirthschaftliche Neugestaltung, wobei wir mehrfach Gelegenheit haben werden, sowohl die Beschlüsse des volkswirthschaftlichen Congresses als auch diejenigen des deutschen Handelstages, der auf seinen bisher abgehaltenen drei Generalversammlungen in ähnlicher Richtung zu wirken bemüht war, mit heranzuziehen.

I. Die Zoll- und Handelsgesetzgebung.

Jede Neugestaltung des deutschen Zollwesens wird an den Zollverein anknüpfen müssen, welcher in dem halben Jahrhundert des unseligen Bundesverhältnisses die mächtigste, vielleicht die einzig lebendige und segensreichste Schöpfung des politischen Deutschland war. An sich wird die künftige Zollverfassung Deutschlands immer von der Bestimmung in §. 33 der Reichsverfassung ausgehen müssen: wonach „das deutsche Reich Ein Zoll- und Handelsgebiet bilden soll, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze mit Wegfall aller Binnengrenzzölle." Allein schon der Nachsatz zu §. 33 behält es der Reichsgewalt vor, „auch nicht zum Reiche gehörige Länder und Landestheile mittelst besonderer Verträge dem deutschen Zollgebiete anzuschließen." Sollte daher auch der deutsche Bundesstaat vorläufig noch auf Nord- und Mitteldeutschland beschränkt bleiben, so braucht deshalb doch die bisherige Zollgemeinschaft nicht aufgelöst zu werden. Es erscheint in heutiger Zeit mit ihrer vorgeschrittenen wirthschaftlichen Entwickelung und Einsicht geradezu undenkbar, daß die großen politischen Erfolge Preußens von einem wirthschaftlichen Rückschritte für Deutschland begleitet sein sollen. Die wichtige Frage der Erhaltung des Zollvereins und des künftigen Verhältnisses zwischen dem unter Preußen bereits geeinigten Bundesstaate und den süddeutschen Staaten hat sowohl den bleibenden Ausschuß des deutschen Handelstages als auch die ständige Deputation des volkswirthschaftlichen Congresses auf der in Braunschweig am 4. August d. J. abgehaltenen Conferenz beschäftigt, und beide Corporationen haben eine plötzliche Zerreißung des Zollvereins als geradezu undenkbar bezeichnet. Während sich der Ausschuß des deutschen Handelstages mit einer allgemeinen Erklärung dagegen begnügt hat, wurde von Seiten der in Braunschweig versammelten Volkswirthe sowohl die politische als auch die volkswirthschaftliche und administrative Seite dieser brennenden Tagesfrage tiefer gewürdigt. Bürgermeister Grumbrecht aus Harburg trat als entschiedener Vertreter der Ansicht auf, daß der Zollverein nur mit denjenigen Staaten fortgesetzt werden dürfe, welche sich auch politisch mit dem Norden geeinigt haben. Wer an den Vortheilen des freien Verkehrs mit dem neuzubegründenden deutschen Bundesstaate Theil nehmen wolle, müsse auch die Pflichten der Bundesglieder erfüllen und dem Ganzen Opfer bringen. Die Lage des Nordens sei so stark, seine Position so günstig, daß der Süden sich fügen müsse, wenn er nicht wirthschaftlich ruinirt werden wolle. Es sei nicht zweckmäßig, halbe Maßregeln zu treffen, dem Süden die Hand zu reichen und es den süddeutschen Regierungen zu erleichtern, ihre particularistische Haltung außerhalb des

deutschen Bundesstaats mit den finanziellen Hülfsmitteln der Zollvereinseinnahmen aufrecht zu erhalten. Auch in administrativer Hinsicht könne man nicht wünschen, den Zollverein mit Staaten, die außerhalb des Bundesstaates stehen, fortzusetzen, weil die Zolleinkünfte die Hauptmittel für die Bestreitung der gemeinschaftlichen Ausgaben des deutschen Reiches bilden würden und darüber frei verfügt werden müsse. Man dürfe den Süden und Norden nicht politisch theilen, um ihn wirthschaftlich zusammenzuhalten, das sei für den Norden gefährlicher als eine Trennung. Endlich werde auch der Plan eines Zollvereinsparlaments ad hoc, worin das deutsche Parlament mit Vertretern der süddeutschen Staaten über Zollvereinsangelegenheiten gemeinschaftlich berathen solle, kaum ausführbar sein und höchst unangenehme, den wirthschaftlichen Fortschritt des Bundesstaats erschwerende Auseinandersetzungen zur Folge haben. Gestützt auf diese Motive beantragte Grumbrecht zu erklären:

„Daß die wirthschaftliche Verbindung mit den süddeutschen Staaten d. h. der Zollverband mit ihnen nur dann erhalten werden könne und dürfe, wenn sie sich mit den norddeutschen Staaten bundesstaatlich einigen."

Dieser Antrag wurde von Henneberg aus Gotha unterstützt, dagegen von Braun, Böhmert, Hopf, Wolff, Biedermann, Faucher und Michaelis bekämpft, und blieb bei der Abstimmung mit etwa 10 Stimmen gegen 40 oder 50 in der Minderheit. Man verkannte nicht, daß der Grundsatz: „der Zollverein ist todt, es lebe der Bundesstaat!" politisch klar gedacht, logisch consequent und abstract richtig sei, allein man warnte mit Recht, einer abstracten politischen Doctrin zu Liebe die wichtigsten Volksinteressen empfindlich zu verletzen. Die Gründung und Fortbildung des Zollvereins ist bisher fast unbestritten als die größte nationale That Preußens in den letzten 30 Jahren bezeichnet worden. Diese im Zollverein bereits repräsentirte nationale wirthschaftliche Einigung deutscher Staaten muß erhalten bleiben; die glänzenden Thaten des Krieges dürfen nicht zerstören, was der Frieden geschaffen und nach langsamer Entwickelung der Zukunft zum völligen Ausbau überwiesen hat. Wir wollen den deutsch-österreichischen Post- und Telegraphen-Verein und andere gemeinsame wirthschaftliche Institutionen nicht aufgeben, und noch weniger den Zollverein. Es ist allerdings möglich und sogar wahrscheinlich, daß der Süden schon vor der bloßen Drohung der Mainlinie und der Auflösung des Zollvereins zurückweicht, und sich den Bedingungen des Nordens freiwillig und rasch fügt; es ist aber auch das Gegentheil möglich, daß man durch gewaltsame Trennung des volkswirthschaftlichen Bandes die jetzt nur vorübergehende Erbitterung des Südens zu einer dauernden macht, und die süddeutschen Staaten zwingt, sich entweder zu isoliren oder wirthschaft-

lich an Oesterreich, Frankreich oder die Schweiz enger anzuschließen, oder daß man sie zu monopolistischen oder schutzzöllnerischen Experimenten wie zum Tabacksmonopol u. s. w. verleitet. Wenn statt des Zollvereins der norddeutsche Bundesstaat schon längst begründet wäre, so würde er gewiß gern die Gelegenheit ergreifen, die noch außerhalb stehenden süddeutschen Staaten wenigstens wirthschaftlich mit sich zu vereinigen, um sie dadurch allmählich und sicher auch politisch zu assimiliren, und jetzt sollte die Politik gewaltsam ein Band zerreißen, welches die Volkswirthschaft in langsamer 33jähriger Arbeit fest geknüpft hat? Das Zwangsmittel der plötzlichen Wiederaufrichtung von Zollschranken kann rasch wirken; allein man darf den großen wirthschaftlichen Fortschritt der Zolleinigung von 33 Millionen Deutschen nicht auf's Spiel setzen und dem Zufall, der Laune und unberechenbaren Leidenschaften Preis geben. Die augenblickliche Aufregung im Süden muß sich erst abkühlen, die Stimmung muß sich klären und der Entschluß muß bei ruhigem Blut unter Abwägung aller realen Verhältnisse, Gewöhnungen und Beziehungen von der süddeutschen Bevölkerung gefaßt werden. Zu diesem Zweck ist dem Süden ein Präclusivtermin zu stellen, nach dessen Ablauf sich sowohl der Norden als auch der Süden auf einen etwaigen Wechsel eingerichtet haben kann. Man darf nicht vergessen, daß gegenwärtig jede größere Fabrik des Nordens auch für den Süden mitarbeitet und umgekehrt. Nun wird sich allerdings der Norden, welcher ein Absatzgebiet von mehr als 25 Millionen Seelen behält, besser stehen als der Süden, der auf 8—10 Millionen Abnehmer beschränkt würde, die weit weniger verbrauchen als die Norddeutschen; allein das Interesse der norddeutschen Bevölkerung verlangt trotzdem gebieterisch, daß er nicht plötzlich von einem Drittheil seiner bisherigen Consumenten und Producenten abgeschnitten werde. In der Zwischenzeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist wird die deutsche Geschäftswelt gemeinschaftlich für Abwendung des großen Unheils einer Zolltrennung sorgen. Mögen immerhin Diplomaten die drohende Zerreißung der Zolleinheit als Verhandlungsmittel brauchen, um dadurch den Eintritt der Süddeutschen in den Bundesstaat zu beschleunigen. Die Mitglieder des volkswirthschaftlichen Congresses fühlten sich ebenso berufen wie verpflichtet, vor einem gewaltsamen Zerreißen tiefwurzelnder Verkehrsbeziehungen zu warnen. Denjenigen Politikern, welche die Beibehaltung des Zollvereins neben dem Bundesstaat für einen unhaltbaren und unbequemen Zwitterzustand erklärten, wurde erwidert, daß man sich im staatlichen Leben viele Dinge gefallen lassen müsse, die irrationell seien; daß man auch den Zollverein nur willkommen heiße, weil man noch nicht zur Beseitigung aller Zölle kommen könne; daß Deutschland auch im Bundesstaat nur einen Uebergang er-

blicken könne und erst durch den Einheitsstaat zur Ruhe kommen werde; daß man aber im gegenwärtigen Augenblick die Dinge nehmen müsse, wie sie sind und sich mit der sicheren Aussicht, eine Reihe von Uebelständen der Zollvereinsverfassung beseitigt zu sehen, für einige Jahre wohl begnügen dürfe.

Während man aber, gestützt auf die eben mitgetheilten Erwägungen, vor einer Vergewaltigung des deutschen Verkehrslebens warnte und dem Süden eine Brücke zu bauen empfahl, machte man sich auf der anderen Seite auch klar, daß die Nachgiebigkeit ihre Grenzen haben müsse, und die Reform der deutschen Zollverfassung sowie Tariffortschritte nicht auf die Dauer zu Gunsten einiger Renitenten verscherzt werden dürfen. Der von Professor Biedermann aus Leipzig gemachte Vorschlag eines Präclusivtermins bis zum Jahr 1870 erschien daher als ein überaus glücklicher Ausweg zur Vermittelung entgegenstehender Ansichten, er wurde auch von den beiden Referenten der ständigen Deputation, Braun und Böhmert, zur Annahme empfohlen und erhielt schließlich nach Verwerfung des Grumbrecht'schen Antrages fast die einmüthige Zustimmung der Versammlung. Die in dieser wichtigsten Tagesfrage gefaßten Beschlüsse lauten:

1) Durch die Constituirung des parlamentarischen Bundesstaates wird das Bedürfniß einer Reform der Zollvereinsverfassung befriedigt. An die Stelle der Zollvereinsconferenzen tritt die Bundesregierung und das Bundesparlament.

2) Staaten, welche dem vorläufig zu erneuernden Zollverein, aber nicht dem Bundesstaat angehören wollen, müssen mindestens auf eine Reform der Zollvereinsverfassung eintreten, welche die handelspolitische Gesetzgebung der Bundesregierung und dem Parlament und die Verwaltung der Bundesgewalt überträgt.

3) Das solcher Gestalt mit den dem Bundesstaate etwa nicht beitretenden Mitgliedern des bisherigen Zollvereins zu treffende Abkommen hat längstens bis 1870 zu laufen, wo dann die schwankenden Staaten ihren Beschluß zu fassen haben werden, ob sie dem Bundesstaate angehören, oder aus dem Zollverein ausscheiden wollen.

Zu vorstehenden Beschlüssen ist noch zu erwähnen, daß zu Nr. 2 noch ein Unterantrag von Braun vorlag, dahin lautend: „daß in denjenigen Sitzungen des Bundesstaatsparlaments, in welchen über Zollvereinsangelegenheiten berathen wird, auch Abgeordnete der Südstaaten, gewählt nach dem Reichswahlgesetz nach Verhältniß der Bevölkerungszahl, mitstimmen sollen." Dieser Antrag wurde namentlich von Albrecht aus Hannover bekämpft, welcher die Südstaaten zwar an den wirthschaftlichen Wohlthaten des Zollvereins, aber nicht an der Verwaltung und Gesetzgebung theil-

nehmen lassen wollte. Die Majorität der Versammlung erklärte sich gegen den Braun'schen Antrag, der streng genommen eine Consequenz des Beschlusses Nr. 2 war. Man hat mithin die Art der Theilnahme der süddeutschen Bevölkerung an den künftigen Zollvereinsbeschlüssen unbestimmt gelassen; dagegen bekundet der Standpunkt des volkswirthschaftlichen Congresses im Allgemeinen eine gesunde Berücksichtigung gegebener Verhältnisse und klar vorliegender Bedürfnisse der Nation, und es hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Volkswirthschaft auch für den Politiker ein sicherer Leitstern ist, um die Gefahren eines abstracten politischen Doctrinarismus zu vermeiden.

Bei den Braunschweiger Berathungen vom 4. August d. J. wurde u. A. auch der Wunsch eines Beitritts der dem Zollverein noch nicht angehörigen norddeutschen Staaten ausgesprochen und ein darauf bezüglicher Antrag gestellt. Man erklärte es jedoch für selbstverständlich, daß der Beitritt zum Bundesstaate auch den Eintritt in die Reichszolllinie zur Folge habe und daß nur die Stellung der Hansestädte als Freihäfen noch einer künftigen Regelung bedürfe. Bekanntlich lautet schon §. 33 der Reichsverfassung dahin: „daß die Aussonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus der Zolllinie der Reichsgewalt vorbehalten bleibe.“ In ähnlicher Weise enthält der Verfassungs-Entwurf des Drei-Königs-Bündnisses die Bestimmung: „daß die Aussonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus der Zolllinie der „Vereinsgewalt“ (statt der Reichsgewalt) vorbehalten bleibe.“ Es liegt entschieden im Interesse des zu begründenden deutschen Bundesstaates, daß den Hansestädten ihre Stellung als Freihäfen auch ferner gesichert werde. Die Hansestädte bilden immer noch allein in Deutschland die Mittelpunkte eines großartigen transatlantischen Verkehrs und eines umfangreichen Proprehandels. Selbst in den bedeutendsten preußischen Ostseehäfen haben die directen Fahrten und Ladungen aus und nach den transatlantischen Ländern nur einen unbedeutenden Antheil an der gesammten Schifffahrtsbewegung. In Stettin, der ersten Seehandelsstadt des preußischen Staates, wird nach dem neuesten Bericht der Vorsteher der Stettiner Kaufmannschaft der transatlantische Verkehr im Jahr 1865 nur durch 8 eingegangene Schiffe (5 aus Nordamerika, 2 aus Südamerika, 1 aus Westindien) und durch kein ausgegangenes Schiff repräsentirt, während in demselben Jahre in Hamburg 511 Schiffe mit 136,472 Lasten und in Bremen 408 Schiffe mit 151,305 Lasten aus transatlantischen Plätzen ankamen und aus Hamburg 524 Schiffe mit 116,774 Lasten und aus Bremen 319 Schiffe mit 138,714 Lasten nach transatlantischen Plätzen abgingen. — Hamburg und Bremen besorgen den Güteraustausch mit den transatlantischen Ländern nicht blos

für Deutschland, sondern für das nordöstliche Europa überhaupt. Ihre Hereinziehung in den Zollverein und in die deutsche Zolllinie würde sie zu großen Handelsemporien und Waarenlagern des künftigen deutschen Bundesstaates machen, während sie durch die ungehinderte Freiheit ihrer Handels- und Schifffahrtsbewegung bisher in den Stand gesetzt worden sind, weit mehr zu sein, nämlich Welthandelsplätze, welche die Concurrenz mit den mächtigsten Handelsvölkern auf den neutralen Märkten zu bestehen wissen. Die Erhaltung der Freihafenqualität Hamburgs und Bremens und ihrer Häfen ist daher eine Lebensfrage für das Gedeihen ihres Handels; nicht minder wird es für das künftige deutsche Reich von großem Vortheil sein, solche Weltmärkte an seiner Küste und in den günstigsten Verbindungen mit dem Inlande und Auslande zu besitzen. Die Errichtung von Entrepots oder die Aussonderung ganzer Stadttheile zu zollfreien Niederlagen würde auch nicht entfernt den jetzigen Zustand ersetzen können, wo die ganzen Städte mit ihren zahlreichen Lagern und Speichern nur eine zollfreie Niederlage und ein großes Freilager bilden. Die große und kleine Kundschaft aller Länder und Gegenden kann sich in den Hansestädten die ihr zusagenden Waarenpartien ansehen und hier in beliebiger Weise, ohne durch Zollmanipulationen gestört zu werden, theilen, mischen, umpacken und bearbeiten lassen. Die importirten Ladungen können sofort entweder ganz oder theilweise nach der Stadt gebracht oder von Bord zu Bord wieder nach andern Seeplätzen verladen werden. Die Raschheit, mit der in den Hansestädten die Schiffe löschfertig gemacht werden können und die Leichtigkeit der Wiederausfuhr ankommender Waarenpartien verschafft den Hansestädten sogar vor England, Holland und andern Rivalen manchen Vorzug und führt ihnen zahlreiche Ladungen zu, welche weder in England, noch in Holland, noch in Frankreich verzollt oder unter Zollcontrole in die dortigen Docks gelegt werden sollen. Insbesondere ist auch die großartige Blüthe der transatlantischen Dampferlinien Hamburgs und Bremens durch die Zollfreiheit wesentlich gefördert worden. Unter den eben geschilderten glücklichen commerciellen Verhältnissen haben sich die Hansestädte zu Pionieren des deutschen Welthandels emporgearbeitet und der inländischen Produktion und Consumtion die umfassendsten Dienste geleistet. Es wäre verkehrt, wenn man in centralistischem Eifer nun plötzlich zerstören oder ändern wollte, was die Arbeit eines halben Jahrhunderts mühsam aufgebaut hat. Bremens Vertrag mit dem Zollverein vom 26. Januar 1856 und wieder erneuert am 14. December 1865 giebt die Richtung an, in welcher das handelspolitische Verhältniß der Hansestädte zum deutschen Reiche künftig geregelt werden könnte. Eine in vielen Beziehungen wünschenswerthe Ausdehnung der Verkehrserleichterungen zwi-

schen dem Inlande und den Hansestädten würde mit einem solchen Vertragsverhältnisse sehr gut vereinbar sein. —

Neben der Zollgesetzgebung erwähnt das Bundesreformproject in erster Linie die Handelsgesetzgebung. — Soll darunter das Handelsrecht verstanden werden, so hat das künftige Parlament in dieser Hinsicht vor Allem dafür zu sorgen, daß das deutsche Handelsgesetzbuch in allen deutschen Staaten eingeführt werde, was u. A. in Schleswig-Holstein noch nicht geschehen ist. Ferner empfiehlt sich eine Aufhebung aller derjenigen von einzelnen Staaten beliebten Abänderungen, welche den Landesgesetzgebungen durch das Handelsgesetzbuch nicht ausdrücklich gestattet worden sind. — Es folgt aus dem Wesen des Handelsrechts und liegt im Interesse einer dem wirthschaftlichen Bedürfniß entsprechenden Fortbildung desselben, daß für die zur Entscheidung von Handelsstreitigkeiten zu errichtenden besonderen Gerichte Kaufleute unter dem Vorsitze eines juristischen Mitgliedes zu Richtern bestellt werden. In dieser Forderung haben sich sowohl der volkswirthschaftliche Congreß, als auch der deutsche Juristentag und Handelstag vereinigt, wobei sich letzterer jedoch gegen die Folgerung verwahrte, als ob da, wo nur Kaufleute zu Gericht sitzen und diese Einrichtung sich bewährt habe, wie in den Rheinlanden, eine Aenderung der betreffenden Organisation vorgenommen werden müsse. — Zur Sicherung der gleichmäßigen Auslegung und Weiterbildung der in der deutschen Wechselordnung und dem deutschen Handelsgesetzbuche gewonnenen gemeinsamen Rechtsgrundlage ist die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für ganz Deutschland zur Entscheidung von handelsrechtlichen Streitigkeiten ein unabweisliches Bedürfniß des kaufmännischen Verkehrs. Als das unter den gegebenen Verhältnissen einfachste und zugleich alle Anforderungen an eine gute Rechtsprechung erfüllende Mittel zur Erreichung dieses Zweckes wurde von dem siebenten volkswirthschaftlichen Congresse empfohlen, „das Ober-Appellations-Gericht der vier freien Städte zu Lübeck, unter Verstärkung dessen Personals auf gemeinsame Kosten, auf Antrag sämmtlicher deutscher Staaten mit der bezeichneten Function zu bekleiben." Gleichzeitig sprach sich dieser Congreß dahin aus: „Es sei nicht erforderlich, daß dem so bestellten Gerichte die Entscheidung der Thatfrage und der einschlagenden Rechtsfragen aus andern Rechtsgebieten mit übertragen werde, sondern es genüge, daß dessen Zuständigkeit auf die Entscheidung derjenigen in dem einzelnen Falle erheblichen Handelsrechtsfragen beschränkt werde, welche ihm von dem betreffenden, in letzter Instanz erkennenden Landesgerichte auf Antrag der Parteien oder von Amts wegen zugewiesen werden." Die künftige deutsche Handelsgesetzgebung wird sich auch mit Einführung einer gemeinsamen

Handelsflagge zu beschäftigen haben. Die Flagge ist das äußere Zeichen der wirklich vorhandenen Einheit der Gesetzgebung. Vor Annahme einer Nationalflagge muß jedoch zuerst die deutsche Staatseinheit vertragsmäßig in den Völkerverkehr eingeführt sein. Auch wird der Einführung der Handelsflagge ein Gesetz über die Nationalität der deutschen Schiffe vorangehen müssen, wodurch ausgesprochen wird, worin die Erfordernisse eines deutschen Schiffes bestehen, wie die Schiffspapiere übereinstimmend und gleichmäßig eingerichtet werden sollen. Ferner sind gemeinsame Bestimmungen über Umwandlung fremder Schiffe in deutsche, über Musterrollen, Seepässe, Messung der Schiffe, Signalwesen x. zu entwerfen. Das künftige Reichshandelsministerium wird nach allen diesen Richtungen hin eine ausgedehnte Thätigkeit zu entwickeln haben.

Der zweite Punkt des Art. VI. des Bundesreformprojects enthält in bunter Zusammenstellung reife und unreife Fragen des deutschen Verkehrslebens. Die Ordnung des Maaß- und Gewichts-Wesens ist durch die Beschlüsse des deutschen Handelstages und durch die officiellen Vorschläge der von den deutschen Regierungen berufenen Maaßconferenz so vorbereitet, daß das deutsche Parlament dazu ohne Weiteres seine Zustimmung ertheilen kann. Hoffentlich wird die preußische Regierung auf dem als Uebergang zum Meter empfohlenen Dreidecimeterfuße nicht weiter bestehen. Der Standpunkt der preußischen Regierung wurde von keiner einzigen der auf dem dritten deutschen Handelstage vertretenen preußischen Handelskammern getheilt. Die deutsche Geschäftswelt verlangt die unbedingte Einführung des vollständigen Metersystems, zumal da diejenigen deutschen Staaten, welche, wie Baden und Hessen-Darmstadt, den Dreidecimeterfuß bereits seit längerer Zeit bei sich eingeführt haben, durch die eigene Erfahrung von der Unzweckmäßigkeit dieser Maßregel überzeugt worden sind. — Größere Schwierigkeiten bietet die Regelung der deutschen Münzfrage. Die Praktiker waren bisher geneigt, den Drittelthaler unter der Benennung „Mark" mit directer Theilung in 100 Pfennige als allgemeine deutsche Rechnungseinheit zu empfehlen und der deutsche Handelstag hat sich zweimal in diesem Sinne ausgesprochen, während von ihm in Betreff der Goldmünzen die Ersetzung der Goldkronen durch Ausprägung von Goldmünzen, gleich dem Zwanzigfrankstück, vorgeschlagen worden ist. Bei Annahme des Zwanzigfrankstücks als deutsche Goldmünze wird es sich ernstlich fragen, ob man nicht vollständig zum Frankensystem übergehen soll, wodurch vielleicht die rationellste Lösung der deutschen Münzfrage und zugleich ein bedeutungsvoller Fortschritt zu der so wünschenswerthen internationalen Münzeinheit vollzogen werden würde. Vor der Hand erscheint es gerathen, den preußischen Thaler, als den klingen-

den Repräsentanten der preußischen Spitze auf dem Verkehrsgebiete, auch in Süddeutschland mehr und mehr einzubürgern und das irrationelle süddeutsche Münzsystem ganz abzuschaffen. Es wird dies dadurch erleichtert, daß die süddeutschen Staaten schon in Folge der deutsch-österreichischen Münzconvention große Massen von „Vereinsthalern" ausgeprägt und sich mithin bereits an den Thaler gewöhnt haben. Jedenfalls wird man die Einführung eines und desselben Münzsystems im künftigen deutschen Bundesstaate als eine unentbehrliche politische und wirthschaftliche Reformmaßregel bezeichnen müssen und damit nicht zögern dürfen. Vor Einführung einer neuen deutschen Goldmünze sollte man sich aber erst darüber klar werden, ob Deutschland die Silberwährung beibehalten kann, oder nicht wie die übrigen vorgeschrittenen Handelsnationen ebenfalls zur Goldwährung übergehen muß. Bei Feststellung der Grundsätze über die „Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde" wird man zunächst zwischen Staats- und Privatpapiergeld unterscheiden müssen. Die Ausgabe von Staatspapiergeld, bestehend aus unverzinslichen Schuldscheinen des Staatsfiscus, ist bei geringen finanziellen Vortheilen mit großen Gefahren für die Staatsverwaltung verbunden und sollte überhaupt ganz unterbleiben. Es wird Aufgabe des deutschen Parlaments sein, der hinsichtlich der Staatspapiergeldausgabe unter den einzelnen deutschen Staaten eingerissenen Anarchie mit Entschiedenheit entgegenzutreten und den deutschen Verkehr vor Ueberfluthung mit solchen Werthzeichen durch Anordnung einer Frist zur Einlösung der von den Mittel- und Kleinstaaten ausgegebenen Kassenscheine zu bewahren. In die Kategorie des Staatspapiergeldes gehören übrigens in Wirklichkeit auch Banknoten, welche von auf Rechnung des Staates errichteten oder verwalteten Banken, oder in Folge Vertrags von Privatbanken unter Staatsgarantie ausgegeben werden. Die Frage der Papiergeld-Emission hängt daher mit der Bankfrage eng zusammen.

Anlangend nun ad 3. die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen, so wird gerade auf diesem Gebiete, wo die Bevormundung des Staates noch so üppig wuchert, dem deutschen Verkehr die möglichst freie Bewegung zu sichern und etwaigen centralistischen und monopolistischen Bemühungen von vorn herein kräftig entgegenzutreten sein. Die Geschichte des Bankwesens ist ein einziger fortlaufender Beweis von der Unfruchtbarkeit und Schädlichkeit staatsseitiger Einmischung in den natürlichen Gang des Creditverkehrs; sie erzählt von fast nichts Anderem als von der Vergeblichkeit der scharfsinnigsten Versuche, von Regierungswegen objective Normen für diesen Verkehr aufzustellen. Es fällt wenigen Staaten mehr ein, den Waarenhandel, die Rhederei, die Fabriken hinsichtlich

ihres Betriebes zu maßregeln und doch ist es weit weniger bedenklich, diese ihrer Natur nach stabileren, leichter übersehbaren Geschäftszweige beherrschen zu wollen, als den flüchtigen und unfaßbaren Creditumlauf. Der Staat sollte daher jede Bevormundung und Concessionirung der Banken aufgeben und das betheiligte Publicum dadurch zu um so schärferer Selbstcontrole veranlassen. Die Bankfreiheit ist denn auch in neuerer Zeit in der Theorie so entschieden anerkannt, daß sich der Streit gegenwärtig kaum noch um einen anderen Punkt von principieller Bedeutung dreht, als um die Banknotenausgabe. In letzter Beziehung wird es Aufgabe des deutschen Parlaments sein, die Gefahr monopolisirter centraler Notenfabrikationsanstalten, unter deren Concurrenz das lokale Bankwesen verkümmern muß, von dem künftigen deutschen Bundesstaate abzuwenden und der Privilegirung von Banken, namentlich von Zettelbanken, entgegenzutreten. Leider wird dadurch, daß wir in Deutschland den Schritt von der Silberwährung zur Goldwährung noch nicht gethan haben und daß unser Münzsystem auf's Höchste irrationell und unbequem ist, ein künstliches Bedürfniß nach Noten geschaffen, welches den privilegirten Zettelbanken bis auf Weiteres ihre Existenz garantirt und die großen darin schlummernden Gefahren vielfach verkennen läßt.

4) Die Erfindungspatente. Der dermalige Zustand der deutschen Patentgesetzgebung, die Verschiedenartigkeit der den deutschen Patentgesetzen zu Grunde liegenden Principien und die große Menge der Gebiete, für welche der Erfinder sich je besondere Patente erwerben muß, wenn er im ganzen deutschen Bundesgebiete privilegirt sein will, stehen im grellsten Widerspruche mit der legislativpolitischen Tendenz des ganzen Patentwesens. Die Aufstellung gleichmäßiger Normen für die Ertheilung von Erfindungspatenten in Deutschland, ja vielleicht die Errichtung einer gemeinsamen deutschen Patentbehörde würde daher in der That eine der berechtigtsten nationalen Forderungen sein, wenn wirklich das Urtheil der Wissenschaft und der rationellen Praxis zu Gunsten des Fortbestandes der Erfindungspatente ausfallen sollte. Allein der Patentschutz hat sich nicht blos als unhaltbar und nutzlos, sondern geradezu als schädlich erwiesen, und ein Circular des preußischen Handelsministers an die preußischen Handelskammern vom August 1863 machte bereits ausdrücklich darauf aufmerksam, daß in Großbritannien und Frankreich in neuerer Zeit von sachkundiger Seite die gänzliche Beseitigung der Patente als einer nicht mehr zeitgemäßen Einrichtung empfohlen worden sei, und daß in der Schweiz, wo bisher Patente nicht verliehen worden sind, ein ungünstiger Einfluß auf die Gewerbthätigkeit sich nicht bemerklich gemacht habe. Eine Reihe preußischer und anderer deutscher Handels- und Gewerbekammern haben sich daher

auch in ausführlichen Gutachten **gegen** den Patentschutz erklärt, und der volkswirthschaftliche Congreß faßte auf seiner sechsten Versammlung im September 1863 nach der eingehendsten und belebtesten Debatte mit großer Stimmenmehrheit folgenden Beschluß: „In Erwägung, daß Erfindungspatente den Fortschritt der Erfindungen nicht begünstigen, vielmehr deren Zustandekommen erschweren, daß sie die rasche, allgemeine Anwendung nützlicher Erfindungen hemmen, daß sie den Erfindern selbst im Ganzen mehr Nachtheil, als Vortheil bringen und eine höchst trügliche Form der Belohnung sind, beschließt der Congreß, zu erklären, daß Erfindungspatente dem Gemeinwohl schädlich sind."

Nach diesen Resultaten theoretischer und praktischer Untersuchungen über das Patentwesen wird man Seitens der künftigen Reichsgewalt gut thun, sich nicht mit Entwürfen für ein einheitliches deutsches Patentgesetz unnöthig abzumühen.

5) Mit dem „**Schutze des geistigen Eigenthums**" verhält es sich ähnlich wie mit dem Patentschutze. Hervorragende Juristen bezeichnen ein Eigenthum an Gedanken überhaupt als ein Unding, da Niemand sagen könne, daß ihm ein Gedanke allein angehöre, denn es würde, wenn man die Entstehung desselben bis in die letzten Quellen verfolgen wollte, immer ein Theil dieses Eigenthums einem Anderen zufallen, von welchem er im Geist des Erfinders angeregt und geweckt wurde. Unsere gesammte geistige und technische Entwickelung steht auf den Schultern der Vergangenheit, deren Gedankenproducte wir uns zu eigen machen und zu neuen Gedanken verwerthen; es fehlt daher ganz an einem greifbaren Objecte für den Begriff des geistigen Eigenthums. Die Aufstellung eines Eigenthums an Geistesproducten würde den Erfinder und seine Erben bis in alle Ewigkeit hinein ermächtigen, über die Erfindung selbst zu verfügen, ihre Verwerthung dem Einen zu gestatten, dem Anderen zu verweigern. Die Entwickelung der Wissenschaften, der Technik wie der ganzen Industrie, ja jeder Fortschritt würde von der Genehmigung Dessen abhängen, der in einem speciellen Falle vor langer Zeit einmal die Wissenschaft oder Technik um eine Erfindung oder Verbesserung bereichert hat. Diese Erwägungen, sowie der große Mißbrauch, welcher zum Schaden der Bildung und des Culturfortschrittes mit den sogenannten Autorrechten — wir brauchen nur an das Privilegium der Schiller'schen Erben zu erinnern — getrieben worden ist, enthalten eine Aufforderung, hinsichtlich der Vorschläge zum „Schutze des geistigen Eigenthums" vorsichtig zu sein und neue gesetzgeberische Versuche nach dieser Richtung nicht zu übereilen. Mit Recht geißelt Jacob Grimm in seiner classischen Festrede auf Schiller die maßlosen Fristen zur Ausbeutung der Werke großer Dichter, welche es möglich machten,

daß ein für das Schillerfest zu schmückender Abdruck der keine 500 Verse starken „Glocke" durch Herrn von Cotta als strafbarer Nachdruck verboten werden konnte. „Das Eigenthum der Welt — sagt Jacob Grimm — ist das höhere, und größere Ansprüche fließen daraus her, als sogar die Erben und Nachkommen besitzen." —

6) Weit wichtiger sind die nach Art. VI. sub 6 des Bundesreformprojectes der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterworfenen „Bestimmungen über die Freizügigkeit, Heimaths- und Ansiedelungsverhältnisse und den Gewerbebetrieb."

Der schleunige Erlaß solcher gesetzlicher Bestimmungen muß als eine der dringlichsten und wichtigsten Aufgaben des künftigen deutschen Parlaments bezeichnet werden. Obwohl die Freiheit der Arbeit und Bewegung von Ort zu Ort weit mehr als bürgerliche Grundrechte sind und zu den natürlichsten ursprünglichen Menschenrechten gehören und die wichtigsten Grundlagen des Volkswohlstandes bilden, so sind wir in Deutschland doch heutigen Tages noch nicht in den Besitz dieser Rechte gelangt. Der Deutsche genießt thatsächlich in England, Frankreich, Amerika und anderen Staaten mehr Rechte als in seinem eigenen Vaterlande, denn er kann, sobald er den Boden jener Länder betritt, sich dort frei niederlassen, frei arbeiten, ungehindert Grund und Boden erwerben und ohne obrigkeitliche Erschwerung sich verheirathen. An diesen materiellen Rechten liegt Millionen von Deutschen weit mehr als an den idealen politischen Rechten. So lange diese Rechte den Deutschen verkümmert oder ganz vorenthalten bleiben, fehlt dem wirthschaftlichen Organismus unseres Volkes der freie Blutumlauf und die kräftige frische Entfaltung aller Säfte und Glieder. Mit Recht hat daher der volkswirthschaftliche Congreß fast in jeder seiner Zusammenkünfte die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit gefordert, und die Nothwendigkeit ihrer Einführung mit immer neuen Gründen beleuchtet, und noch vor wenigen Tagen hat sich die Braunschweiger volkswirthschaftliche Conferenz in dem einmüthigen Beschlusse geeinigt: „Die Bundesregierung hat auf der Grundlage der ökonomischen Freiheit die vollkommene wirthschaftliche Einheit innerhalb des Reichsgebiets herzustellen, namentlich auch auf Beseitigung aller Monopole hinzuwirken. Die sofortige Aufhebung aller der Niederlassung und dem Gewerbebetriebe an jedem Orte des Bundesgebietes entgegenstehenden Hindernisse und Beschränkungen und die Einführung der Zugfreiheit innerhalb des Bundesstaats sind ein unabweisbares Bedürfniß. Sie bilden die Voraussetzung der Einheit des Wirthschaftsgebiets und des ökonomischen Fortschritts. Es ist unstatthaft, hinsichtlich der Zugfreiheit einen Unterschied zwischen Inländern und Ausländern zu machen."

Seit der im Jahre 1858 erfolgten und jetzt über ganz Deutschland verbreiteten volkswirthschaftlichen Propaganda sind schon über 20 deutsche Staaten zur Gewerbefreiheit übergegangen. Diese großartige Reformbewegung hat leider bisher noch an den Grenzen Preußens Halt gemacht. Der preußische Staat gehört zu den wenigen Culturländern, in denen neben der Freiheit des Fabrikbetriebes noch ziemlich weitgehende zünftige Beschränkungen der handwerksmäßig betriebenen Beschäftigungen bestehen. Die Prüfungen der Handwerker sind dort noch an der Tagesordnung, und in einigen Gewerben nimmt man sogar „Gesellen-Prüfungen" vor. Wiederholte Entwürfe von freisinnigen Gewerbeordnungen, die im Abgeordnetenhause angenommen worden waren, scheiterten an dem Widerstande des Herrenhauses und der Regierung, die vor einigen Jahren sogar noch umfassende Enqueten über die Wirkungen der Zunftverfassung angestellt hat! In der That, wer heutzutage die Gewerbefreiheitsfrage erst noch principiell erörtern will, dem muß die Geschichte der letzten Jahre und die rasche Fortentwickelung der deutschen Gewerbegesetzgebungen ganz fremd geblieben sein! Nachdem die Gewerbefreiheit in der Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten bereits eingeführt oder fest beschlossen ist, wird die ihr innewohnende bewegende Kraft alle noch widerstrebenden Staaten bald unaufhaltsam mit sich fortreißen; denn keine Regierung wird im Stande sein, die ihr angehörigen Gewerbtreibenden noch länger mit gebundenen Händen arbeiten zu lassen, wenn ringsumher die Erwerbsschranken beseitigt sind und die Producte der gewerbefreien Staaten mit den Erzeugnissen der zünftigen Industrie in ernstliche Concurrenz treten; keine Regierung wird es lange ruhig mit ansehen können, daß Arbeitskräfte und Capitalien ihrer Bewohner nach und nach immer zahlreicher auf den leicht erreichbaren Boden der freieren Nachbarstaaten übersiedeln. Die innere Freiheit des Güteraustausches im ganzen zoll- und bundesstaatlich-vereinten Deutschland wird von allen freigewordenen Staaten auf's Aeußerste zum Nachtheil der zünftig gebliebenen Producenten ausgebeutet werden, und man wird sich bald überzeugen, daß in einem großen gemeinschaftlichen Verkehrsgebiete auch die Verkehrs- und Erwerbsgesetze sämmtlicher betheiligter Staaten einander ähnlich werden müssen, daß mit einem Worte der freien Bewegung der Güter auch die freie Bewegung der sie producirenden Menschen folgen muß. Diese Ueberzeugung beherrscht nicht nur die Gebildeten unserer Nation, sondern hat sich auch den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung bereits mitgetheilt. Die Agitation für Gewerbefreiheit ist in Verbindung mit der mächtigen Genossenschaftsbewegung fast in alle Kreise des deutschen Bürgerthums gedrungen, und gerade die Betheiligung an diesem geistigen Kampfe, die allseitige Erörterung der gewerblichen und

allgemein volkswirthschaftlichen Fragen hat Hunderttausende über ihre bürgerlichen Rechte und ihr Verhältniß zum Staat und zur Gesellschaft aufgeklärt und dadurch der „socialen Frage" ihren Stachel genommen. Das Fiasco der Lasalle'schen Theorien im Arbeiterstande selbst legt davon ein glänzendes Zeugniß ab. Das deutsche Parlament wird daher die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, in welcher letzterer Preußen dem übrigen Deutschland rühmlich vorangegangen ist, nicht mehr zu discutiren, sondern zu decretiren haben, und es ist von größter Wichtigkeit, daß das Bundesreformproject gerade diese beiden Angelegenheiten dem Einflusse der Landesgesetzgebung entzogen und der Bundesgewalt übertragen hat. —

Wenn erst einmal jeder deutsche Staatsbürger die Befugniß erlangt haben wird, in seinem Vaterlande überall ohne Beschränkungen zu arbeiten und zu wohnen, wird man auch der „Colonisation und Auswanderung nach außerdeutschen Ländern" eine geringere Sorgfalt zuzuwenden brauchen. Diese Sorge ist überhaupt von sehr zweifelhaftem Werthe. Alle Bemühungen, den Zug der Auswanderer nach gewissen Auswanderungszielen künstlich hinzuleiten, sind bisher gescheitert und haben sowohl die Veranstalter wie die Betheiligten theilweise geradezu in's Unglück gebracht.

So wünschenswerth auch die Errichtung wirklich deutscher Colonien in mancher Hinsicht sein würde, so beweist doch die Erfahrung, daß von irgend einem weiteren Einflusse der deutschen Regierungen auf die deutschen Niederlassungen in den anderen Welttheilen, auch dort wo deutsche Einwanderer den überwiegenden Theil der Bevölkerung bilden, bisher nirgends die Rede gewesen ist. Es dürfte auch in der That für einen solchen Einfluß auch nur eine Form kaum zu finden sein, da die Einwanderer durch ihre Ansiedelung im fremden Lande Angehörige der dortigen Staaten werden, deren Regierungen, sie mögen der angloamerikanischen oder spanischen oder portugiesischen Race angehören, irgend ein Interventionsrecht derjenigen Staaten, denen die Deutschen vor ihrer Uebersiedelung unterthan waren, schwerlich anerkennen werden. Was aber die Handels- und Verkehrsbeziehungen anlangt, für welche den national-deutschen Niederlassungen eine besondere Wichtigkeit beigelegt wird, so dürfte auch diese problematisch bleiben, so lange nicht etwa wirklich deutsche Handelsstädte an den dem Welthandel zugänglichen Punkten angelegt werden können. Die Niederlassungen im Innern der Continente — und dazu gehören fast alle wesentlich deutsche Colonien — werden hinsichtlich ihrer Bedürfnisse und ihrer Exporte, ohne alle Rücksicht auf die Nationalität, immer auf die nächsten Seehäfen angewiesen sein, und die in diesen Häfen etablirten deutschen Handlungshäuser — die man doch kaum unter die Kategorie

der Auswanderer rechnen kann — werden für die Fragen des deutschen Ausfuhrhandels immer von viel größerem und entscheidenderem Einfluß sein, als alle deutschen Ansiedelungen in den Urwäldern oder den Prärien. Hiernach dürfte als Motiv für eine etwaige Einmischung der künftigen Reichsgewalt in die mit der Wahl des Reiseziels zusammenhängenden Fragen nicht viel mehr übrig bleiben als das von väterlichem Wohlwollen dictirte Streben, für das Beste ehemaliger Deutscher auch nach ihrer Expatriirung noch zu sorgen. Eine Prüfung der besten Auswanderungsziele in den zahlreichen Colonialländern der drei fernen Welttheile würde aber mit so außerordentlichen Schwierigkeiten und so großer Verantwortlichkeit verbunden sein, daß man am Besten davon ganz absieht. Es würde die genaueste Kenntniß der Persönlichkeit, der geistigen und körperlichen Eigenschaften, sowie aller übrigen Verhältnisse jedes einzelnen Auswanderers erforderlich sein, um mit einiger Sicherheit die Verantwortlichkeit zu übernehmen, ihn unter den hundertfach verschiedenen Einwanderungsgegenden auf die für ihn geeignetste, unter den zahlreichen Erwerbsquellen auf die ihm angemessenste zu verweisen. Nur sehr nahe Stehende und zugleich von allen Verhältnissen Unterrichtete können eine solche Pflicht üben, und in vielen Fällen wird der sicherste Anhaltspunkt nur durch vorsichtige Benutzung der umfangreichen Auswandererliteratur gewonnen werden.

7) Weit nöthiger als die Sorge für die Auswanderung ist „die Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schifffahrt und ihrer Flaggen zur See und Anordnung gemeinsamer consularischer Vertretung, welche vom Bunde ausgestattet wird.“ Wenn dies Ziel erreicht sein wird, so werden sich alle Deutschen im Auslande mit Freuden zu ihrem Vaterlande bekennen, und nicht mehr, wie jetzt so oft geschieht, unter Verleugnung desselben sich unter den Schutz fremder Nationen flüchten. Die consularische Vertretung muß dergestalt gemeinschaftlich sein, daß eine Separatvertretung einzelner deutscher Staaten ausgeschlossen ist, damit endlich die deutsche Vielstaaterei auch im Auslande aufhöre. Dabei ist in allen bedeutenderen transatlantischen Ländern auf Anstellung von Fachconsuln Bedacht zu nehmen, wie dies bereits von Seiten des Handelsstandes selbst auf dem dritten deutschen Handelstage beantragt worden ist.

8) Unter die schwierigsten Aufgaben der deutschen Reichsgewalt wird die Oberaufsicht über das Eisenbahnwesen gehören. Die in Braunschweig am 4. August d. J. versammelten Volkswirthe haben in dieser Hinsicht beantragt: „daß das deutsche Eisenbahnwesen durch ein deutsches

Eisenbahngesetz zu ordnen und der Centralgewalt das Eisenbahnconcessionswesen nebst dem Oberaufsichtsrecht zu übertragen sei." Auch die Reichsverfassung enthält in §. 28, 29 und 30 mehrere darauf bezügliche Bestimmungen, die folgendermaßen lauten: „§. 28. Die Reichsgewalt hat über die Eisenbahnen und deren Betrieb, so weit es der Schutz des Reichs oder das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt, die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, welche Gegenstände dahin zu rechnen sind. §. 29. Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit sie es zum Schutze des Reichs oder im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, die Anlage von Eisenbahnen zu bewilligen, so wie selbst Eisenbahnen anzulegen, wenn der Einzelstaat, in dessen Gebiet die Anlage erfolgen soll, deren Ausführung ablehnt. Die Benutzung der Eisenbahnen für Reichszwecke steht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entschädigung frei. §. 30. Bei der Anlage oder Bewilligung von Eisenbahnen durch die einzelnen Staaten ist die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reiches und das Interesse des allgemeinen Verkehrs wahrzunehmen." Die Reichsverfassung geht noch weiter als das Bundesreformproject, da sie in §. 31 der Reichsgewalt sogar über die Landstraßen die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung zuspricht, soweit es der Schutz des Reichs und das Interesse des allgemeinen Verkehrs erheischt. —

9) Hinsichtlich des „Schifffahrtsbetriebes auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen sowie in Betreff der Fluß- und sonstigen Wasserzölle" wird man ebenfalls die deutsche Reichsverfassung zur Norm nehmen können, die in §. 25 verordnet: „daß alle deutschen Flüsse für die deutsche Schifffahrt von Flußzöllen frei sein sollen, und daß auch die Flösserei auf schiffbaren Flußstrecken solchen Abgaben nicht unterliegen solle." Im Uebrigen enthält die Reichsverfassung darüber noch in §. 20—24 folgende beachtenswerthe Vorschriften. „§. 20. Die Schifffahrts-Anstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse (Häfen, Seetonnen, Leuchtschiffe, das Lootsenwesen, das Fahrwasser, u. s. w.) bleiben der Fürsorge der einzelnen Uferstaaten überlassen. Die Uferstaaten unterhalten dieselben aus eigenen Mitteln. Ein Reichsgesetz wird bestimmen, wie weit die Mündungen der einzelnen Flüsse zu rechnen sind. §. 21. Die Reichsgewalt hat die Oberaufsicht über diese Anstalten und Einrichtungen. Es steht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derselben anzuhalten, auch dieselben aus den Mitteln des Reichs zu vermehren und zu erweitern. §. 22. Die Abgaben, welche in den Seeuferstaaten von den Schiffen und deren Ladungen für die Benutzung der Schifffahrts-Anstalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieser Anstalten nothwendigen Kosten nicht übersteigen.

Sie unterliegen der Genehmigung der Reichsgewalt. §. 23. In Betreff dieser Abgaben sind alle deutschen Schiffe und deren Ladungen gleichzustellen. Eine höhere Belastung fremder Schifffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskasse. §. 24. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über die in ihrem schiffbaren Laufe mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüsse und Seen und über die Mündungen der in dieselben fallenden Nebenflüsse, so wie über den Schifffahrtsbetrieb und die Flösserei auf denselben. Auf welche Weise die Schiffbarkeit dieser Flüsse erhalten oder verbessert werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz. Die übrigen Wasserstraßen bleiben der Fürsorge der Einzelstaaten überlassen, doch steht es der Reichsgewalt zu, wenn sie es im Interesse des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, allgemeine Bestimmungen über den Schifffahrtsbetrieb und die Flösserei auf denselben zu erlassen, sowie einzelne Flüsse unter derselben Voraussetzung den oben erwähnten gemeinsamen Flüssen gleichzustellen. — Die Reichsgewalt ist befugt, die Einzelstaaten zu gehöriger Erhaltung der Schiffbarkeit dieser Wasserstraßen anzuhalten." —

10) Die Ueberweisung des deutschen „**Post- und Telegraphenwesens**" an die Reichsgewalt entspricht ebenfalls den Forderungen der Verkehrswelt. Leider hat die in diesem Jahre in Carlsruhe abgehaltene Conferenz des deutsch-österreichischen Postvereins die bereits auf dem dritten deutschen Handelstage von Seiten des bleibenden Ausschusses aufgestellten Desiderien im Postwesen nur zum kleinen Theile berücksichtigt und überhaupt ihre große Aufgabe nur unbefriedigend gelöst. Es haben daselbst nicht volkswirthschaftliche, sondern meist enge posttechnische Gesichtspunkte den Ausschlag gegeben, und die Hauptanliegen der Nation sind unerfüllt geblieben, denn man hat sich nicht einmal über eine einstufige Brieftaxe einigen können. Dem deutschen Parlament erwächst daraus die Pflicht, die Reform des deutschen Postwesens mit freierem Geist und weiterem Blicke durchzuführen und dabei folgende von der Braunschweiger volkswirthschaftlichen Conferenz aufgestellte Grundsätze anzuwenden: „Das Post- und Telegraphenwesen ist durch Beseitigung der gegenwärtigen Vielköpfigkeit und Herstellung einer einheitlichen Verwaltung innerhalb des Bundesgebiets zu reformiren. Die Postüberschüsse, die unter Verminderung des Systems fiscalischer Ausbeutung durch Herabsetzung der Taxen und sich daraus ergebende Steigerung des Verkehrs zu erzielen sind, fließen in die Reichs-Kasse. Eine auf diesen Grundlagen constituirte einheitliche rationelle Telegraphen- und Postverwaltung kann das bisher bestehende gemeinschädliche Monopol entbehren. Sie wird den von dem Handelsstande erhobenen

Beschwerden abhelfen, namentlich eine einstufige Brieftaxe und eine einheitliche Franco-Marke einführen." — Die in den §§. 41. 42 der Reichsverfassung bezüglich des Postwesens enthaltenen Bestimmungen zielen ebenfalls auf Herstellung einer einheitlichen Verwaltung, und §. 43 ertheilt der Reichsgewalt die ausdrückliche Befugniß, „insofern es ihr nöthig erscheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reichs in Gemäßheit eines Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung der Berechtigten." In Betreff des Telegraphenwesens erübrigt es noch auf §. 44 der Reichsverfassung zu verweisen, wonach die Reichsgewalt befugt sein soll, „Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen gegen Entschädigung zu benutzen, oder auf dem Wege der Einigung zu erwerben."

Der letzte Punkt des Art. VI. sub 11 will auch „eine gemeinsame Civilproceßordnung und ein gemeinsames Concursverfahren" der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterwerfen, wodurch das mit der Einführung einer deutschen Wechselordnung und eines deutschen Handelsgesetzbuchs angefangene Werk weiter fortgeführt und ein dringendes Bedürfniß des deutschen Verkehrs befriedigt werden wird. —

Nachdem wir im Vorstehenden die einzelnen Punkte des Art. VI. des preußischen Bundesreformprojectes kurz beleuchtet haben, wollen wir noch auf einige wichtige Forderungen aufmerksam machen, welche von Seiten der Volkswirthschaft für die Neugestaltung Deutschlands aufgestellt werden müssen und in dem Entwurfe vom 10. Juni d. J. nicht berührt sind. Es ist vor Allem erforderlich, daß dem Oberhaupte des deutschen Bundes auch die diplomatische Leitung für alle deutschen Staaten übertragen werde, und zwar in demselben ausgedehnten Umfange wie in den §§. 6 und 7 der Reichsverfassung von 1849, wonach die Reichsgewalt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der übrigen deutschen Staaten ausschließlich ausüben, die Reichsgesandten und die Consuln anstellen, den diplomatischen Verkehr führen und alle völkerrechtlichen Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge abschließen soll. Damit wird allerdings auch die hanseatische auswärtige Politik zu Gunsten des Reichs confiscirt; allein die Mehrzahl der hanseatischen Bevölkerung wird nicht befürchten, dadurch in ihren Interessen beeinträchtigt zu werden. Es wird der Reichsgewalt schwerlich in den Sinn kommen, ihre Handels- und Schifffahrtsverträge von binnenländischen Geheimräthen abschließen zu lassen, sondern wie einst bei der provisorischen Centralgewalt ein hanseatischer Kaufmann als Handels- und Flottenminister fungirte, so wird man sich auch in Zukunft von Seiten

der Reichsgewalt des Rathes hanseatischer Kaufleute und ihrer Kenntniß überseeischer Verhältnisse bedienen, und dem künftigen deutschen Handelsamt vielleicht ständige Vertreter aus den Hansestädten zugesellen. Bei Umwandlung der preußischen Regierung in eine Reichsgewalt wird ihre auswärtige Politik ganz von selbst einen andern Zug, ein nationaleres Gepräge und weitere Gesichtspunkte erhalten. Uebrigens hat die Initiative Preußens den Hansestädten schon einmal beim Abschlusse eines Handelsvertrags mit China die wichtigsten Dienste geleistet. Das in jenem Vertrage den Hansestädten vorbehaltene Recht zur Anstellung hanseatischer Consuln in den chinesischen Häfen ist nach Mittheilungen dort ansässiger deutscher Kaufleute von höchst zweifelhaftem Werthe für die Hansestädte, weil die Chinesen wohl preußische, aber keine hanseatischen Kriegsschiffe gesehen und mithin vor den Hanseaten auch weniger Respect haben. Uebrigens ist schon die allgemeine Forderung von Fachconsuln an Stelle der Handelsconsuln mit einer Beibehaltung von Consuln kleinerer deutschen Staaten unvereinbar. Würde man sich von Seiten der Hansestädte schon längst der preußischen Vertretung und des preußischen Schutzes zur See erfreut haben, was Bremen mit seiner Marine-Convention im Jahr 1861 anzubahnen versuchte, so würde man wohl auch bereits in Vertragsverhältnissen mit Japan stehen, von welchem Lande die Hansestädte zum größten Nachtheil ihrer Rhederei leider immer noch ausgeschlossen sind. —

Die nationale Bewegung unserer Tage ist schon weit über die Reichsverfassung von 1849 hinausgegangen, indem sie nicht allein die diplomatische Vertretung und die Seemacht, sondern auch das Landheer ausschließlich zur Reichssache machen will. Es sind gerade in dieser Beziehung auf der Braunschweiger Versammlung vom 4. August d. J., sowie auf der am 12. Juli d. J. in Hannover abgehaltenen Versammlung norddeutscher Politiker die weitgehendsten Anträge befürwortet und angenommen worden. Man bezeichnete gerade die Handhabung der Militärhoheit und der diplomatischen Vertretung als den wahren Einheitskern Deutschlands, der bedingungslos dem Könige von Preußen zu übertragen sei, dergestalt, daß das Bundesheer ausschließlich unter ihm stehen und ihm schwören solle. Die traurigsten Erfahrungen knüpfen sich in den Einzelstaaten gerade an die Militärhoheit, die das mächtigste Werkzeug in der Hand des Particularismus geworden ist. Es kann auch von Seiten der Volkswirthschaft nicht stark genug betont werden, daß die Reichsverfassung rücksichtlich der Bestimmungen in den §§. 13 und 17 über das Heerwesen — wonach den Regierungen der Einzelstaaten die Ernennung der Befehlshaber und Officiere ihrer Truppen, so wie die Verfügung über ihre bewaffnete Macht

überlassen bleiben soll, soweit dieselbe nicht für den Dienst des Reiches in Anspruch genommen wird — vor allen Dingen der Abänderung bedarf und daß diese Frage unzweifelhaft für die Reconstituirung Deutschlands von größter politischer und wirthschaftlicher Bedeutung ist. Wie viele Millionen sind bisher von den Einzelstaaten für das Militärwesen nutz- und thatenlos vergeudet worden und wie viele Millionen hätte der preußische Staat ersparen können, wenn ihm die Wehrkraft der übrigen deutschen Staaten mit zur Verfügung gestanden hätte! Nassau z. B. verausgabte — wie Braun auf der Braunschweiger Versammlung treffend ausführte — in 40 Jahren 30 Millionen für sein Militär. Und was wurde dafür geleistet? „Die Officiere tanzten auf den Hofbällen, die Soldaten standen Schildwacht, es wurden wechselsweise russische Czakos, preußische Pickelhauben und österreichische Käppis eingeführt; andere, reellere Leistungen waren selbst mit bewaffneten Augen nicht zu entdecken." Hätte man diese 30 Millionen zum Zwecke eines Nationalheeres hergegeben, hätten so alle kleinen Staaten Deutschlands gehandelt, so stände es wahrscheinlich um Deutschland jetzt anders, so könnte ohne Deutschlands Genehmigung keine Kanone in ganz Europa abgefeuert werden. Es kann sein, daß bei der jetzigen Entwickelung aus dem seitherigen Chaos die finanzielle Erleichterung noch nicht sofort in's Leben tritt; allein sie wird und muß kommen und jedenfalls ist es doch besser, „wenn eine Sache von Einem rechtlich, als wenn sie von dreiunddreißig Pfuschern gemacht wird."

Im Interesse von Deutschlands wirthschaftlicher Neugestaltung muß mit der einheitlichen Leitung der diplomatischen Vertretung, der Seemacht und des Heerwesens endlich auch die Sorge für ein gutes Finanz- und Steuerwesen des künftigen deutschen Bundesstaates Hand in Hand gehen. Die volkswirthschaftliche Conferenz in Braunschweig hat in dieser Richtung eine Reihe beachtenswerther Forderungen aufgestellt und sich zunächst zu dem wichtigen Grundsatze bekannt: „daß für die Einkünfte des Bundesstaates der Mechanismus der Matricularumlagen vollständig auszuschließen sei." Dem Staatenbunde entspricht die Matricularumlage, dem Bundesstaate aber die allgemeine Reichssteuer für Heer, Flotte und diplomatische Vertretung, wie dieselbe in Amerika besteht. Der neue Bundesstaat würde Gefahr laufen, wenn er keine directen Reichseinkünfte hätte. Die Matricularumlage giebt der Reichsversammlung das Ausgabe-, den Landesvertretungen der Einzelstaaten das Einnahmebewilligungsrecht, zerreißt also das natürlich Zusammengehörige und führt bei der Reichsversammlung zur Verschwendung, bei den Landesversammlungen zur Knauserei. Die Matricular-

umlage macht die Centralgewalt finanziell abhängig von dem finanziellen Geschick und oft dem guten Willen der Einzelstaaten, sie ist ferner volkswirthschaftlich ungerecht, weil sie nach der Bevölkerungszahl bemessen wird und den Wohlstand unberücksichtigt läßt, also die Höhe des Ansatzes von der Steuerfähigkeit des ärmsten Landestheiles abhängig macht. Der Hader, welcher aus der Vertheilung nach Präcipualbestimmungen entsteht, würde sich gefährlich erweisen für den Patriotismus der einzelnen Staaten. Endlich macht die Erhebung von Matricularumlagen auch Creditoperationen von Seiten des Bundesstaats unmöglich, während sich die Ausgaben des Bundesstaats für Heer, Flotte, Häfen, Festungen niemals ganz ohne Creditoperationen bestreiten lassen werden. Die gegen die Matricularumlagen erhobenen Bedenken werden durch einen Rückblick auf die Geschichte der Reichssteuerverfassung noch vermehrt. Der „Gemeine Pfennig" wurde ohne Vermittelung der Territorialgewalt erhoben; als aber später die Reichsämter erblich geworden waren und die Inhaber der erblichen Reichsämter sich zu Territorialherren entwickelt hatten, verlor das Reich allmählich die Kraft, Steuern zu erheben, und an die Stelle des „Gemeinen Pfennigs" trat der sogenannte „Römermonat," den die Reichsstände dem Kaiser, wenn er nach Rom fuhr, durch Stellung von Militärpersonen entrichteten. Später wurde Geld statt Mannschaften gestellt. Der ursprünglich aus dem Domanialfond bezahlte „Römermonat" wurde nach und nach auf die Unterthanen abgewälzt. Die Reichsgewalt war bei der Erhebung des Römermonats auf den guten Willen der Reichsstände angewiesen, die ihn häufig gar nicht bezahlten oder mit dem Kaiser darüber schacherten und bald nur die Hälfte, bald nur ein Fünftel entrichteten. Die Matricularbeiträge des deutschen Bundes sind eine Nachahmung des Römermonats, sie sind auf die Bundesmatrikel und die Bevölkerungsziffer von 1816 basirt; das relative Verhältniß der Bevölkerung seit 1816 hat sich aber vollständig geändert, einige Staaten, wie Mecklenburg, sind in der Bevölkerung zurückgegangen, andere enorm fortgeschritten. Die Umlage nach der Kopfzahl läßt die Einkommens- und Vermögensverhältnisse ganz unberücksichtigt, sie ist wirthschaftlich ungerecht und politisch verwerflich. Will man die künftige deutsche Reichsgewalt gegen das bon plaisir der Territorialherren und Einzelstaaten sichern, so muß man die Matricularumlage ausschließen und auf das Princip des Gemeinen Reichspfennigs zurückkehren.

In Betreff der **Reichssteuern** wurden endlich von Seiten der Herren **Faucher** und **Michaelis** in der Braunschweiger Versammlung noch einige wissenschaftliche Forderungen in Form von Resolutionen empfohlen, denen man bei näherer Erwägung eine tiefere Bedeutung für die

Zukunft des neuzugründenden Bundesstaats nicht wird absprechen können. Bei jedem Versuche reger politischer Thätigkeit sind bisher in Deutschland Conflicte in Betreff der Steuern entstanden. Der preußische Conflict hat seine Ursache hauptsächlich darin, daß die Volksvertretung zwar ein unbegrenztes Ausgabenbewilligungsrecht, aber kein Steuerbewilligungsrecht hat, daß die Einnahmen fortfließen, während keine Ausgaben bewilligt sind. Es ist dringend nöthig, von den gemachten Erfahrungen bei Constituirung des deutschen Bundesstaats Nutzen zu ziehen, um ähnliche Conflicte zu vermeiden. Im Bundesstaate ist wegen der gefährlichen particularistischen Elemente ein fester Theil der Einnahmen nöthiger als im Einheitsstaate. Es muß daher auch die künftige deutsche Centralgewalt auf gewisse Einnahmequellen bestimmt rechnen können, um den Rechtszustand im Innern und die Macht nach Außen aufrecht zu halten, während nur für den übrigen Theil der Reichsausgaben das Steuerbewilligungsrecht im Gegensatz zum bloßen Ausgabenbewilligungsrechte in die Hände des Parlaments gelegt zu werden braucht.

Ferner erscheint es nöthig, in Zukunft aus dem Steuersystem für die Einzelstaaten ein Steuersystem für den Bundesstaat herauszuentwickeln, weil durch Uebernahme des Heeres, der Flotte und der diplomatischen Vertretung von Seiten der Centralgewalt ein entsprechender Theil der Ausgaben aus den Budgets der Einzelstaaten ausfällt und mithin auch ein entsprechender Theil ihrer Einnahmen an die Bundescentralgewalt übertragen werden kann.

Um eine zweckmäßige Lösung der eben erwähnten wichtigen Fragen anzubahnen, wurden folgende Anträge gestellt:

1) Antrag von Faucher: „Für die Einkünfte des neuzugründenden Bundesstaats ist ein fester Theil und eine bewegliche Quelle zu beschaffen, dergestalt daß die erste durch ein bundesstaatliches Gesetz festgestellt ist und nur auf dem gesetzlichen Wege abgeändert werden kann, unter Zusammenwirkung der in der Bundesstaatsverfassung dazu berechtigten Factoren. — Der andere Theil fließt aus jährlicher Bewilligung der dazu gewählten Reichsversammlung."

2) Antrag von Michaelis: „Da durch Herstellung des Bundesstaats die Budgets der Einzelstaaten von Militär-, Flotten- und andern Ausgaben entlastet werden, so tritt gleichzeitig mit dem Steuersystem des Bundesstaats eine entsprechende Entlastung der Steuerbudgets, bezüglich ein Ausscheiden der betreffenden Steuer aus den Einnahmebudgets der Einzelstaaten ein. Die Grenzlinie zwischen Bundesstaats-Steuern und Einzelstaats-Steuern ist so zu ziehen, daß der Einnahme-Etat des Bundesstaats eine hinreichende Mannigfaltigkeit von Einnahmequellen in

sich schließt, um durchgreifende Steuerreformen in Zukunft zu ermöglichen."

Die Mitglieder der volkswirthschaftlichen Conferenz erklärten sich ohne erheblichen Widerspruch mit den vorstehenden Anträgen einverstanden und werden auf ihrer nächsten Zusammenkunft diese Forderung noch näher präcisiren und überhaupt das Finanzwesen des deutschen Bundesstaates zum Gegenstande weiterer Erörterungen machen müssen. —

Es erübrigt noch, auf einige andere, im preußischen Bundesreformproject ebenfalls unerwähnt gelassene nationale Anliegen der deutschen Volkswirthe kurz aufmerksam zu machen. Man muß es geradezu für eine Ehrenpflicht des deutschen Parlamentes erklären, nach dem Vorgange der ersten deutschen Nationalversammlung sobald wie möglich die Centralgewalt zur sofortigen Schließung aller deutschen Spielbanken aufzufordern. Ja man sollte noch weiter gehen und auch die Einstellung aller Staatslotterien beantragen, worin England, Frankreich und Amerika uns Deutschen schon längst vorangegangen sind. Das einzig sichere Fundament einer gesunden Volkswirthschaft wird in Deutschland unterwühlt und uns unter den Füßen weggezogen, wenn neben der Arbeit noch eine andere Erwerbsquelle, der Spielgewinn und Zufall, als berechtigter Factor für die Vertheilung der Vermögensverhältnisse öffentlich anerkannt und gepflegt wird, wenn der Staat selbst durch seine Einrichtungen seine Bürger anreizt, ihr Wohlergehen vom Glück und Zufall, statt von der Selbsthülfe durch Arbeit zu erwarten. Das öffentliche Glücksspiel, in welcher Form es auch auftreten mag, widerstreitet den Gesetzen der Volkswirthschaft wie der Moral, indem es an die Stelle des Vertrauens in die eigene Kraft ein blindes Jagen nach mühelosem Gewinn setzt, Trägheit und Aberglauben verbreitet, vom Sparen abhält, Unzufriedenheit, Leichtsinn und Unredlichkeit befördert, zahlreiche wirthschaftliche Existenzen dem Ruin entgegenführt und namentlich die Armuth ausbeutet und demoralisirt. Keine von den deutschen Landesvertretungen, in welchen in jüngster Zeit die Abschaffung der Lotterien beantragt worden ist, hat das Gewicht dieser Gründe in Abrede gestellt, allein fast überall hieß es, daß man das Lotteriespiel in den Einzelstaaten nicht hindern könne, sobald es nicht in ganz Deutschland verboten werde. Wohlan so möge die deutsche Reichsgewalt nicht säumen, diesem Krebsschaden, der am Marke der deutschen Volkswirthschaft zehrt, ein rasches Ende zu machen! Man wird indessen sich noch nicht damit begnügen dürfen, die Staatslotterien überall einzustellen, bestehende Pachtverträge, als contra bonos mores verstoßend, ohne Weiteres aufzuheben und das Feilbieten von Loosen, sowie den Vertrieb derselben überhaupt zu verhindern, sondern Regierungen und Volks-

vertretungen Deutschlands sollten in Zukunft auch keine Lotterie- und Prämien-Anleihen mehr genehmigen. Oesterreich ist das classische Land der Lotterie-Anleihen und der Spielwuth, und die dadurch genährte Sittenverderbniß und Arbeitsunlust gehört gewiß ebenfalls zu den Ursachen des politischen, finanziellen und moralischen Zusammensturzes des österreichischen Kaiserstaates. —

Endlich ist an ein neugestaltetes Deutschland auch die Anforderung zu stellen, daß es sich auf der bevorstehenden Pariser Weltausstellung, wenn dieselbe noch im Jahr 1867 stattfinden sollte, als eine wirthschaftliche Einheit nach Außen würdig darstelle und diese Gelegenheit durch imponirende industrielle Leistungen benutze. Es war ein großer politischer Fehler der preußischen Regierung, den von den deutschen Mittel- und Kleinstaaten gemachten Vorschlag einer gemeinschaftlichen Zollvereinsausstellung abzulehnen und darauf zu verzichten, die handelspolitische Suprematie Preußens über die deutschen Staaten der Welt zu zeigen. Jener Fehler kann jetzt wieder gut gemacht werden. Der Bund der Mittel- und Kleinstaaten, die sich nach Preußens Ablehnung nothgedrungen im patriotischen Sinne zu einer gemeinschaftlichen Ausstellung vereinigten, ist jetzt gesprengt und Preußen hat wieder freie Hand, die es hoffentlich auch in dieser politisch und wirthschaftlich gewiß nicht unwichtigen Angelegenheit geschickt benutzen wird. Sache des deutschen Parlamentes wird es sein, die finanziellen Mittel zur würdigen Repräsentation Deutschlands auf der nächsten Pariser Weltausstellung entgegenkommend zu bewilligen, während die preußische Regierung hoffentlich die Dienste von Männern wie Weinlig, Steinbeiß und Karmarsch, die im Ausstellungsfach bewährt und ergraut sind, zur Durchführung dieses Werkes im großen echt nationalen Stile nicht verschmähen wird.

Die vorstehenden Bemerkungen enthalten den bescheidenen Versuch, zu dem großen wirthschaftlichen Neubau eines deutschen Staates einige Bausteine mit herbeizuschaffen. Seit einem Jahrzehnt sind viele Arbeiter in Wort und Schrift dafür thätig gewesen und es hat sich unter den zahlreichen regelmäßigen Mitgliedern des volkswirthschaftlichen Congresses bereits eine gewisse Arbeitstheilung für die verschiedenen Gebiete des wirthschaftlichen Lebens vollzogen, wobei der eine Arbeiter den anderen neidlos gewähren ließ und jede Frucht des individuellen Schaffens als einen willkommenen Beitrag zum gemeinsamen Werke begrüßte. Es gilt nunmehr, die Discussion mit der Organisation zu vertauschen, die theoretisch hingestellten Wahrheiten praktisch zu verwerthen und die jahrelang geforderten Reformen wirklich neugestaltend im deutschen Staate auszuführen. Hoffentlich werden die deutschen Volkswirthe ihre im Jahr 1858 begründete Ge-

nossenschaft auch ferner beibehalten und im Parlamente, wo sich voraussichtlich viele Congreßmitglieder zusammenfinden, eine geschlossene **Phalanx** bei Entscheidung wirthschaftlicher Fragen bilden, mögen sie auch in politischer Beziehung auf getrennten Standpunkten stehen und verschiedenen Fractionen angehören. Wenige Blicke in die wirthschaftlichen Aufgaben des deutschen Parlamentes lassen uns auf ein unermeßliches Arbeitsfeld schauen, das zahlreicher Arbeitskräfte bedarf. Mag auch die Lösung der Aufgaben jetzt um vieles erleichtert und weit besser vorbereitet sein als im Jahr 1848, so wird doch nach Außen die Umwandlung so vieler völkerrechtlicher Verträge der Einzelstaaten in Reichsverträge und im Innern die staatsrechtliche Verschmelzung der Einzelstaaten und ihrer Institutionen, die Ausgleichung der Finanz- und Steuersysteme, die Organisation vieler neuer Behörden und die Ausarbeitung zahlreicher Gesetze mit großen Schwierigkeiten verbunden sein. Der herzhafte Schritt zum Einheitsstaate, welcher durch die Einverleibung mehrerer deutscher Mittelstaaten erfolgt, legt den preußischen Staatsmännern die doppelte Last auf, das Verhältniß des preußischen Staates zum künftigen Bundesstaate zu ordnen und gleichzeitig den Einheitsstaat mit den annectirten Ländern herzustellen. Die preußische Regierung tritt jetzt in das zweite schwierigere Stadium des von ihr unternommenen großen nationalen Werkes. Es gilt die militärischen Erfolge politisch und volkswirthschaftlich fruchtbar zu machen. Möge der Segen des Himmels, der Preußen auf den Schlachtfeldern von Sieg zu Sieg geführt hat, auch auf der friedlichen Neugestaltung des deutschen Staates ruhen! —

Bremen, den 15. August 1866. **Victor Böhmert.**

Aus der Blüthezeit [illegible]

(Graf Heinrich Levin Wintzingerode, ein [illegible]
Graf Wintzingerode. Gotha, Fr. A[illegible])

Wer mit strengem Urtheile [illegible]
Liberalismus in Bausch und Bogen [illegible]
daß die Ideen Montesquieu's, [illegible]
mundgerecht gemacht durch die [illegible]
bis vor zwanzig Jahren die [illegible]
tiefsinnigen Lehren der deutschen [illegible]
genthum von wenigen geistreichen [illegible]
wesentlichen Fortschritte, welche [illegible]
erst in die jüngste Vergangenheit [illegible]
des Staats auch seinen Inhalt [illegible]
beachten. Es genügt zu erinnern [illegible]
gebildete Lehre der Selbstverw[illegible]
die neue Blüthe der Volksw[illegible]
wenigen Jahrzehnten aus [illegible]
waltungsbeamte zu einer [illegible]
durch die Erschütterungen [illegible]
Bundesverfassung erw[illegible]
die Frage der nation[illegible]
haft in's Auge zu f[illegible]
politischen Wissen[illegible]
Ganzen bezeichnet [illegible]
kreis auszubauen [illegible]
nissen der alten [illegible]

Auffällig ge[illegible]
Deutschlands [illegible]
nur wenig be[illegible]
Kleinstaaten [illegible]
Lebens stand[illegible]
der Nation [illegible]
Jahrhundert[illegible]
Werke. [illegible]
lenreich[illegible]

[illegible] des
[illegible]eines
[illegible]tsch-
[illegible]nland
Man
[illegible]n —
[illegible]igten
[illegible]ndes-
[illegible] steht
[illegible]elche
[illegible], in
[illegible]nte,
[illegible] der
[illegible]merei
[illegible]mme!
[illegible]l der
Fürst
[illegible]nn sie
Libera-
[illegible]s stand
[illegible]ährend
leiblich
[illegible]egte sich
[illegible]r in den

[illegible]hatsachen
[illegible]an-

nossenschaft auch ferner beibehalten und im Parlamente, wo sich voraussichtlich viele Congreßmitglieder zusammenfinden, eine geschlossene Phalanx bei Entscheidung wirthschaftlicher Fragen bilden, mögen sie auch in politischer Beziehung auf getrennten Standpunkten stehen und verschiedenen Fractionen angehören. Wenige Blicke in die wirthschaftlichen Aufgaben des deutschen Parlamentes lassen uns auf ein unermeßliches Arbeitsfeld schauen, das zahlreicher Arbeitskräfte bedarf. Mag auch die Lösung der Aufgaben jetzt um vieles erleichtert und weit besser vorbereitet sein als im Jahr 1848, so wird doch nach Außen die Umwandlung so vieler völkerrechtlicher Verträge der Einzelstaaten in Reichsverträge und im Innern die staatsrechtliche Verschmelzung der Einzelstaaten und ihrer Institutionen, die Ausgleichung der Finanz- und Steuersysteme, die Organisation vieler neuer Behörden und die Ausarbeitung zahlreicher Gesetze mit großen Schwierigkeiten verbunden sein. Der herzhafte Schritt zum Einheitsstaate, welcher durch die Einverleibung mehrerer deutscher Mittelstaaten erfolgt, legt den preußischen Staatsmännern die doppelte Last auf, das Verhältniß des preußischen Staates zum künftigen Bundesstaate zu ordnen und gleichzeitig den Einheitsstaat mit den annectirten Ländern herzustellen. Die preußische Regierung tritt jetzt in das zweite schwierigere Stadium des von ihr unternommenen großen nationalen Werkes. Es gilt die militärischen Erfolge politisch und volkswirthschaftlich fruchtbar zu machen. Möge der Segen des Himmels, der Preußen auf den Schlachtfeldern von Sieg zu Sieg geführt hat, auch auf der friedlichen Neugestaltung des deutschen Staates ruhen! —

Bremen, den 15. August 1866. Victor Böhmert.

Aus der Blüthezeit mittelstaatlicher Politik.

(Graf Heinrich Levin Wintzingerode, ein würtemberger Staatsmann. Von Wilko Graf Wintzingerode. Gotha, Fr. Andr. Perthes.)

Wer mit strengem Urtheile die geistige Entwickelung des deutschen Liberalismus in Bausch und Bogen überschlägt, gelangt zu der Einsicht, daß die Ideen Montesquieu's, verarbeitet, erweitert und für die Menge mundgerecht gemacht durch die Männer der Rotteck-Welcker'schen Schule, bis vor zwanzig Jahren die Alleinherrschaft über uns behaupteten. Die tiefsinnigen Lehren der deutschen historischen Schule sind jederzeit das Eigenthum von wenigen geistvollen Köpfen geblieben. Die beiden einzigen wesentlichen Fortschritte, welche die constitutionelle Theorie gewagt hat, fallen erst in die jüngste Vergangenheit. Man lernte einerseits, neben der Form des Staats auch seinen Inhalt, neben seiner Spitze auch seinen Unterbau zu beachten. Es genügt zu erinnern an die von Tocqueville und Gneist ausgebildete Lehre der Selbstverwaltung, an die socialen Reformversuche, an die neue Blüthe der Volkswirthschaftslehre, welche in Deutschland erst seit wenigen Jahrzehnten aus einer Receptensammlung für angehende Verwaltungsbeamte zu einer Wissenschaft geworden ist. Andererseits ward durch die Erschütterungen des Jahres 1848 die Unmöglichkeit der alten Bundesverfassung erwiesen und der Liberalismus seitdem gezwungen, auch die Frage der nationalen Einheit, der politischen Macht und Zucht ernsthaft in's Auge zu fassen. Die Gedankenarbeit, welche sich heute in der politischen Wissenschaft wie in dem Leben der Parteien vollzieht, darf im Ganzen bezeichnet werden als ein Versuch, diesen zwiefachen neuen Ideenkreis auszubauen und ihn zu verschmelzen mit den probehaltigen Ergebnissen der alten constitutionellen Doctrin.

Auffällig genug ist das historische Urtheil über die neueste Geschichte Deutschlands von dieser Umwandlung unserer politischen Ideen bisher nur wenig berührt worden. Die Vorstellung, daß die constitutionellen Kleinstaaten in den Jahren 1815—40 im Vordergrunde des deutschen Lebens standen, Oesterreich und Preußen nur als todte Glieder dem Leibe der Nation anhingen, kehrt sogar in Gervinus' Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts wieder. Jedermann kennt die glänzenden Vorzüge dieses Werks. Die Abschnitte über die geistige Bewegung zählen zu den gedankenreichsten Blättern unserer historischen Literatur; und wer mehrere Bände rasch hinter einander durchfliegt, wird immer von Neuem die Kunst des

Verfassers, einen massenhaften historischen Stoff zu gruppiren und zu beherrschen, bewundern müssen. Leider bilden die Abschnitte über die deutsche Geschichte den schwächsten Theil des Buches. Die Verwechslung von Kleinstaaterei und Decentralisation, die Abneigung gegen den „Mißgedanken des Einheitsstaats" verführen hier den geistreichen Historiker zu Urtheilen, welche sich nur wenig über das Niveau Rotteck-Welcker'scher Geschichtsauffassung erheben. Den Kleinstaaten bleibt der unbestreitbare Ruhm, daß in ihnen dem Volke ein bescheidener Antheil an der Gesetzgebung eingeräumt war zu einer Zeit, da in Preußen die politische Selbstthätigkeit des Volks sich auf die Gemeinde und das Heer beschränkt sah. Doch es wird hohe Zeit, schärfer und bestimmter, als Gervinus dies gethan, die Schwäche, die Unfruchtbarkeit des kleinstaatlichen Parlamentarismus hervorzuheben. In Italien allein unter allen Ländern des Continents hat bisher das constitutionelle System sich mit einigem Schwunge, in einem großen Zuge des Lebens entfaltet. Selbst in Frankreich wird ein nur zu großer Theil der Kammerberichte des Julikönigthums angefüllt durch persönliches Gezänk, durch die Jagd nach den Ministerstellen, durch unfruchtbare Einzelkritik der Verwaltung. Vollends in unseren Kleinstaaten prägte die Enge der Verhältnisse den Kammerverhandlungen einen so abschreckenden Charakter armseliger Langeweile auf, daß von den Hunderten ehrenwerther rechtlicher Männer, welche einst durch Ständchen und Ehrenbecher als Verkämpfer deutscher Freiheit gefeiert wurden, kaum zehn noch in der Erinnerung der Menschen leben, und anhaltende Beschäftigung mit der kleinstaatlichen Verfassungsgeschichte für lebhafte Geister fast zur physischen Unmöglichkeit wird. Ernsthafte politische Gedanken und Leidenschaften konnten in dieser kleinen Welt sich nur regen zur Zeit tiefeinschneidender Verfassungskämpfe, wie in Kurhessen. Von hundert Bänden der stenographischen Berichte behandeln neunzig den Streit um einzelne Posten auf dem Küchenzettel des Staats. Schon um das Jahr 1820 konnte der badische Minister v. Berstett dem Fürsten Metternich schreiben: man habe die Gefährlichkeit der constitutionellen Einrichtungen unbillig überschätzt; Wohlfeilheit der Verwaltung sei diesen Kammern wichtiger als irgend ein politisches Princip. Dieser kleinbürgerliche Liberalismus, emporgewachsen in kleinen Ständekammern, welche nie in die Lage kommen konnten, sich mit der großen Politik zu befassen, ward leider bekanntlich der Lehrmeister der preußischen Opposition; daraus erklärt sich zum Theil der unerfreuliche Gang des preußischen Verfassungslebens.

Noch auffälliger als die Kleinlichkeit ist die Unfruchtbarkeit der ganzen Richtung. Wenn nach einem halben Jahrhundert parlamentarischen Lebens keine Kammer der Kleinstaaten mächtig genug war, ihre Regierung

von einem ruchlosen Bürgerkriege zurückzuhalten, so kann auch das mildeste Urtheil sich nicht verbergen, daß diese constitutionelle Entwickelung an unheilbaren Grundschäden leidet. Die nahe Verwandtschaft von Particularismus und seichtem Liberalismus ist unverkennbar, sie tritt auch in den preußischen Provinzen deutlich hervor. Nicht blos die kleinen Cabinette rühmten ihre Landesverfassung — wir reden hier abermals mit Berstett's Worten — als „unser sicherstes Palladium gegen jeden Eingriff der großen Staaten in unsere bedungene Unabhängigkeit" und freuten sich, daß „die abgesonderte Eigenthümlichkeit" jedes Staats durch die Verfassung schärfer ausgebildet werde. Auch die Führer der liberalen Opposition, die so gern von deutscher Einheit redeten, lebten und webten in einem engen landschaftlichen Horizonte. Man betrachte das Leben Rotteck's, dieses grundehrlichen, warmherzigen Mannes, von dem Tage an, da er den Kaiser Franz auf den Knieen bat, das alte landschaftliche Stillleben des vorderösterreichischen Breisgaues wiederherzustellen, bis zu der Zeit seines europäischen Ruhmes, da er, mitten unter großen Worten von Deutschlands Einheit, mit Abscheu den Gedanken zurückwies, das lichte Rheinland und das finstere Pommern unter Einer Verfassung zu vereinigen. Man mustere das Verhalten der Partei in den großen nationalen Fragen — das jahrzehntelange Ankämpfen gegen den Zollverein, die aus berechtigten und thörichten Motiven so seltsam gemischte Opposition wider den Bundestag, die endlich in dem naiven Satze gipfelte: „die Landesverfassung steht über dem Bunde," desgleichen jene unausrottbare Selbstgefälligkeit, welche in den Kleinstaaten des Südens den Kern des deutschen Volksthums, in Preußen nur einen Außenposten Rußlands erblickte und gar nicht ahnte, daß die belobte Freiheit der Kleinstaaten immerdar von der Gnade der großen Mächte abhing: und zu alledem in jüngster Zeit die Schwärmerei der Liberalen für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Stämme! Dann wird man gestehen, daß jederzeit nur eine kleine Minderzahl der kleinstaatlichen Liberalen ein Verständniß für nationale Politik besaß. Fürst Metternich und seine Getreuen folgten einem richtigen Instincte, wenn sie die Träume der deutschen Burschen für gefährlicher hielten als den Liberalismus der Kammern. Die Ungebundenheit des akademischen Lebens stand in der That als eine Anomalie in dem deutschen Polizeistaate, während die harmlosen Kammern der bureaukratischen Maschine sich bald leiblich einfügten; und in dem wunderlichen Treiben der Burschenschaft regte sich der nationale Gedanke mit einem Pathos, einer Energie, welche er in den Ständehäusern nur selten zeigte.

Das historische Urtheil über die offenkundig vorliegenden Thatsachen unserer neuesten Geschichte bedarf einer gründlichen Revision. Noch man-

gelhafter sind natürlich die landläufigen Vorstellungen über die Haltung der Cabinette; hier fehlt oft sogar die genügende Kenntniß der Thatsachen. Gewiß bildet das letzte Vierteljahrhundert der Regierung König Friedrich Wilhelm's III. einen der ödesten und reizlosesten Abschnitte der preußischen Geschichte. Was diese stille Zeit in dem großen historischen Zusammenhange bedeutet, das läßt sich erst seit dem Sommer 1866 gerecht beurtheilen, seit die politischen Kräfte, welche damals gesammelt und geordnet wurden, so herrlich sich entfaltet haben. Der mühselige Proceß der Verschmelzung grundverschiedener Provinzen zu einem Staate, die segensreiche Einwirkung, welche die Verwaltungsgrundsätze und das Heerwesen Preußens schon damals auf das übrige Deutschland ausübten, haben ihren kundigen Geschichtschreiber noch nicht gefunden. Auch die deutsche Politik Friedrich Wilhelm's III. bedarf noch einer gerechten Schilderung. Es ist nicht wahr, daß Preußen damals so ganz und vollständig ein Vasall Oesterreichs gewesen sei, wie die landesübliche Meinung behauptet. Vielmehr standen in der Regierung dieses Königs, von dem ersten bis zum letzten Jahre, zwei Parteien am Hofe einander gegenüber: auf der einen Seite gemeine Hofleute, Männer der gedankenlosen bureaukratischen Routine, zitternd vor jeder Regung der nationalen Kraft, sehr geneigt, um des Friedens und Behagens willen den Staat einem fremden Willen unterzuordnen; auf der anderen Seite thatkräftige Männer von bereitem Verständniß für die Gegenwart, voll preußischen Stolzes. Derselbe Fürst Wittgenstein, der in den napoleonischen Tagen zu Stein's geheimen Widersachern zählte, war später ein Führer der österreichischen Partei; und man darf ihm das Zeugniß nicht versagen, daß er folgerichtig blieb in seiner Nichtigkeit. Von der nationalen Partei am Hofe nimmt man gemeinhin an, daß sie seit der Ministerkrisis des Jahres 1819, seit dem Ausscheiden von Boyen und Humboldt, gänzlich aus der Regierung verschwunden sei. Das ist ein Irrthum. Graf Bernstorff erkannte sehr wohl die fundamentale Verschiedenheit der Interessen Oesterreichs und Preußens; nur fehlte seinem milden, versöhnlichen Wesen die Wucht des Willens, um seine bessere Ueberzeugung zur Geltung zu bringen. Ihre festen Stützen fand Preußens nationale Staatskunst damals in den obersten Räthen der Ministerien, freies Feld zu schöpferischem Wirken allein auf dem Gebiete der Handelspolitik. Mit vollem Rechte hat L. K. Aegidi in seiner vielgescholtenen, trefflichen Schrift über die Vorzeit des Zollvereins die planvolle Sicherheit der preußischen Handelspolitik hervorgehoben. Soweit unsere Kenntniß reicht, läßt sich freilich nicht erweisen, daß schon im Jahre 1818, als das preußische Zollgesetz erlassen ward, ein vollkommen klarer Plan der deutschen Zolleinigung in Berlin vorhanden war. Um so gewisser ist,

daß bereits wenige Jahre darauf die leitenden Grundsätze der preußischen Zollvereinspolitik feststanden. Man hatte in dem berüchtigten Zollstreite mit Anhalt-Köthen die Erfahrung gemacht, daß jede Einladung von preußischer Seite dem Dynastendünkel der kleinen Höfe als ein Eingriff in die Souveränetät erschien, und darum die unverbrüchliche Regel angenommen, sich der Initiative zu enthalten und gelassen abzuwarten, bis die wirthschaftliche Noth die kleinen Nachbarn zu Verhandlungen mit Preußen drängen würde. Man lernte ferner schon aus den ersten Unterhandlungen mit Darmstadt, daß Handelsverträge über einzelne Zollerleichterungen bei dem wunderlichen Durcheinander der deutschen Grenzen unfruchtbar bleiben mußten, und zog daraus den Schluß, daß nur die vollständige Einverleibung der kleinen Staaten in das preußische Zollsystem den Beschwerden des Handels Abhülfe bringen könne. Eichhorn, der als Geheimer Rath im auswärtigen Amte ebenso segensreich wirkte wie später unheilvoll als Minister, hat diese Ideen in einer langen Reihe von Denkschriften entwickelt. Auf das Bestimmteste tritt darin die Erkenntniß hervor, daß die nationale Politik in Oesterreich ihren unversöhnlichen Gegner finde, desgleichen die bewußte Absicht, Preußen zum Mittelpunkte der materiellen Interessen der Nation und dadurch zur führenden deutschen Macht zu erheben. Wenn wir diese meisterhaften Staatsschriften lesen und damit andere gleichzeitige Erzeugnisse preußischer Staatsmänner vergleichen — etwa die Berichte des Fürsten Hatzfeldt aus Wien, welche vor dem großen Zauberer an der Donau in Bewunderung ersterben, oder jene zahllosen Briefe des Ministers von Schuckmann, welche mit feierlicher Salbung den kleinen Höfen Kunde geben von einer beliebigen Studentenpaukerei in Heidelberg oder Tübingen und die Bundesgenossen vermahnen, abzulassen von der sträflichen Nachsicht gegen das staatsgefährliche Treiben der jungen Weltverbesserer — dann begreifen wir kaum, wie so viel Weisheit und so viel Thorheit innerhalb Eines Cabinets sich verbinden konnte. Im Ganzen darf man behaupten, daß beim Durchforschen der ersten Quellen die preußische Politik jener Zeit besser erscheint als ihr Ruf; Preußen blieb trotz alledem der einzige deutsche Staat, der mit einigem Ernst an der praktischen Einigung der Nation arbeitete.

Genau das Gegentheil gilt von den kleinen Höfen. Jede neue Quellenforschung verstärkt den Widerwillen gegen die vollendete Unwahrheit und Frivolität jenes Liberalismus, den die Mittelstaaten im Kampfe wider die Großmächte zur Schau trugen. „Der ganze Bodensatz des Rheinbunds kam damals zu Tage" — so urtheilte bekanntlich Radowitz über die Blüthezeit der mittelstaatlichen Politik, über jene Epoche, da Wangenheim die Opposition am Bundestage leitete. Das Wort is

wenn es Männern wie Wangenheim und Lepel gelten soll, deren redlicher Patriotismus trotz mancher wunderlicher Schrullen sich nicht bezweifeln läßt. Auch über den König Max Joseph von Bayern und den Großherzog Ludwig von Baden dürfen wir milder urtheilen. Wenn diese beiden Männer der alten Zeit, jener ein Schüler des aufgeklärten, dieser des unaufgeklärten Absolutismus, in das neue landständische Wesen sich nicht finden konnten und zwischen ihren Landtagen und den großen Höfen ein unredliches Doppelspiel spielten, so mag man dies wenig ehrenvoll, doch immerhin menschl.ch finden. Aber in seiner ganzen erdrückenden Schwere trifft Radowitz's Verdammungsurtheil jenen Fürsten, den die liberale Welt als Schwert und Schild deutscher Freiheit, als den Martin Luther unserer politischen Reformation feierte: den König Wilhelm von Würtemberg. —

Diese Betrachtungen werden uns rege beim Durchlesen der Biographie des würtembergischen Ministers Wintzingerode, welche dessen Sohn, Graf Wintzingerode-Bodenstein, herausgegeben hat. Die Schrift ist veranlaßt durch den Aufsatz des Unterzeichneten über Wangenheim, und ich kann nur mit Dank die ritterliche Haltung der Polemik anerkennen. Selten mag ein Sohn die Ehrenrettung seines Vaters so unbefangen, so frei von jeder verzeihlichen Empfindlichkeit geführt haben. Zwar das Verlangen des Verfassers, der Historiker dürfe nur dann den Charakter der Handelnden vor sein Forum ziehen, wenn er ihr ganzes Leben kenne — diese Forderung erscheint mir, und sicher allen Sachkundigen, als unerfüllbar. Einmal muß der kecke Versuch neueste Geschichte zu schreiben doch gewagt werden, und ohne Urtheile über die handelnden Charaktere ist eine Geschichtschreibung nicht möglich. Soll hier Mißgriffen vorgebeugt werden, so steht zu wünschen, daß die Besitzer der zur Zeitgeschichte gehörigen Papiere mit der Herausgabe nicht erst auf eine Veranlassung von Außen warten. Nach Allem was bisher vorlag konnte das Urtheil über den Minister Wintzingerode nicht anders denn ungünstig lauten. Er stand in den Jahren 1819—1823 an der Spitze des auswärtigen Amts zu Stuttgart und galt daher den Conservativen als der Urheber der Oppositionspolitik der Krone Würtemberg gegen die Großmächte. Im Sommer 1823 erkannte er, daß ein Einlenken, ein Zugeständniß an die großen Mächte geboten sei, er setzte die Abberufung Wangenheim's vom Bundestage durch, und alsbald erhob sich in der liberalen Presse der Vorwurf des Verraths. Dergestalt hatte er es mit beiden Parteien verdorben, mit seltener Einstimmigkeit brachen die Zeitgenossen über ihn den Stab. Die Memoiren des hochconservativen Grafen Senfft und die Gesandtschaftsberichte Blittersdorff's sprechen von ihm mit ebenso schonungslosem Tadel wie Wangenheim und die gesammte Presse des Liberalismus; Wangenheim insbeson-

dere, tief gekränkt durch seine Abberufung, erging sich in den heftigsten Ausfällen gegen den alten Genossen und sagte noch nach Jahren in einem Buche: „Wintzingerode nahm später ein ebenso verdientes als schmähliches Ende." Solchen Anfeindungen hat der Graf eine, wie mir scheint, übertriebene Gleichgiltigkeit, ein unverbrüchliches Stillschweigen entgegengesetzt; begreiflich daher, daß alle Historiker ohne Ausnahme das von beiden Parteien ausgesprochene harte Urtheil wiederholt haben.

Nach den Mittheilungen der vorliegenden Schrift muß dies Urtheil wesentlich gemildert werden, obgleich natürlich dem Fernstehenden Manches in anderem Lichte erscheint als dem Sohne. Ein klarer, nüchterner Kopf, konnte der Minister zwar die Schule der rheinbündischen Bureaukratie nicht verleugnen: die Freiheit der Universitäten galt ihm als eine schwere Gefahr. Indeß er wußte sich in das Gegebene zu schicken, er erkannte das Verlangen nach Verfassungen als „die Krankheit der Zeit," die man ermäßigen, nicht hindern könne. Er forderte eine Adelskammer als Schirm des Thrones, ständische Vertretung des Grundbesitzes und der Gewerbtreibenden in der zweiten Kammer und, vor Allem, Einführung der Verfassung durch königlichen Befehl, nicht durch Vertrag mit den alten Ständen: — eine Ansicht, die sich leicht erklärt aus den widerwärtigen Erfahrungen des schwäbischen Verfassungskampfes. Die Großmachtspolitik, die phantastischen Triaspläne des Königs und Wangenheim's billigte er keineswegs. Ueberhaupt war damals das Bewußtsein der eigenen Ohnmacht in den besseren Köpfen der kleinstaatlichen Diplomatie lebhafter als man gemeinhin annimmt. In einer Denkschrift des Freiherrn von Blittersdorff vom Jahre 1820 finden sich die trefflichen Worte: „An und für sich enthält es eine Art von Widerspruch, wenn man von der Politik eines kleinen Staates wie Würtemberg redet. Hier sollte nur von Interessen des Staats die Rede sein. Man fühlt dies in Stuttgart und ist daher bemüht, das Particularinteresse Würtembergs bis zur eigentlichen Politik zu steigern." Aehnliche Aussprüche bescheidener Selbsterkenntniß begegnen uns in Wintzingerode's Papieren; wiederholt versichert er dem Könige: ich weiß die Kosten des auswärtigen Departements für Würtemberg nicht zu rechtfertigen. Der Bundestag galt ihm von Haus aus als „eine widersinnige Conception." Der Graf empfahl die Politik des harmlosen Particularismus: möglichste Unabhängigkeit der Kleinstaaten, gesichert durch festes Zusammenhalten der Kleinen unter sich und durch ein gutes Verhältniß zu Oesterreich. Der scharfsinnige Mann erkannte leicht, daß die Wiener Politik in Deutschland eine feste bündische Ordnung nicht schaffen, die Unabhängigkeit der kleinen Kronen nicht ernstlich gefährden konnte; „beruhigend" erschien ihm namentlich jene Rede des k. k. Bundesgesandten,

das Mißtrauen der Stände gegen die Krone keineswegs grundlos. König Wilhelm hatte zweimal vergeblich den Ständen liberale Verfassungsentwürfe vorgelegt; da überkam ihn im Herbst 1817 die Reue, und er beschloß beim deutschen Bunde Hülfe zu suchen gegen seinen eigenen Liberalismus. Wangenheim in Frankfurt und Wintzingerode, damals noch Gesandter in Wien, erhielten den Auftrag, um authentische Interpretation des Art. 13 der Bundesacte (über die Landstände) zu bitten, „damit allen übertriebenen Anforderungen eine feste und unerschütterliche Schranke gesetzt werde.“ Natürlich durften die Gesandten den wahren Grund der Bitte nicht verrathen; der König, versicherten sie, sei durch sein Wort an den Verfassungsplan gebunden, doch die unruhige Stimmung im Norden bedürfe eines Zügels, und — fügte der plauderhafte Wangenheim harmlos hinzu — das Verfassungsproject des Königs drohe für ganz Deutschland ein verhängnißvolles Beispiel zu werden! (So berichtet der badische Bundestagsgesandte v. Berckheim am 23. Nov. und 19. Dez. 1817, in Uebereinstimmung mit Wintzingerode's Aufzeichnungen.) Fürst Metternich stand in jenem Augenblicke der constitutionellen Bewegung der Kleinstaaten noch planlos und gedankenlos gegenüber; er hatte soeben dem argwöhnischen Münchener Hofe versichert, von einer Einwirkung des Bundestags auf die Ausführung des Art. 13 könne nie die Rede sein. Erst seit jenem Hülferufe des liberalen Königs ward in Wien der Plan rege, von Bundeswegen die Landesverfassungen zu verstümmeln; Metternich begann nunmehr jene stille Arbeit, welche auf den Carlsbader Conferenzen ihren ersten großen Erfolg errang. Erinnern wir uns nun, wie Würtemberg in Carlsbad die Rolle des gesinnungstüchtigen Opponenten spielte, nachher in Frankfurt gegen die Carlsbader Beschlüsse stimmte, und trotzdem gestattete, daß die Bundesprotokolle der Welt die einstimmige Annahme jener Beschlüsse erzählten, und bedenken wir, daß Würtemberg selbst die allererste Veranlassung zu der Carlsbader Verschwörung gegeben hatte — so stehen wir wahrlich vor einem Meere von Unwahrheiten und finden für dies complicirte Lügensystem eine Erklärung allein in dem krausen Gewirr der Stuttgarter Hofparteien. Da standen neben und wider einander: Maucler und Weishaar, die Führer des eingebornen „Herrenstandes,“ Malchus, der ausländische Bureaukrat, die Triaspolitiker Wangenheim und Schmitz-Grollenburg, der diplomatische Intriguant Trott, der conservative Wintzingerode, endlich der König mit seiner persönlichen Politik, welche alle diese Karten im raschen Wechsel auszuspielen verstand.

Um nichts redlicher erscheint Würtembergs Haltung in den von Preußen angeregten Verhandlungen über das Bundesheerwesen (1818). Der preußische Plan, die kleinen süddeutschen Contingente dem österreichischen,

die norddeutschen dem preußischen Heere anzuschließen, war sicherlich ein schwerer politischer Fehler; er hätte, durchgeführt, die Stellung des fremden Donaureichs auf deutschem Boden befestigt, er bedeutete die Mainlinie im schlechten Sinne. Jedoch eine klare Würdigung der Stellung Oesterreichs zu Deutschland war damals nirgendwo vorhanden, und der preußische Vorschlag darf zum Mindesten gelten als ein wohlgemeinter Versuch, unsere Wehrkraft zu verstärken, die kleinen Truppentheile zu brauchbaren Gliedern schlagfertiger Heere zu erheben. Den Werth dieses guten Willens lernen wir erst schätzen, wenn wir die Geständnisse der mittelstaatlichen Diplomatie damit vergleichen: da regt sich nicht einmal der Gedanke, daß es auf die Sicherung Deutschlands gegen das Ausland ankomme, den einzigen Gesichtspunkt bildet die Sorge, daß die eigene Unabhängigkeit durch den heimischen Nachbarn nicht gefährdet werde. Schon als die preußischen Vorschläge erst vorbereitet wurden, schrieb Berstett (12. Nov. 1816) jubelnd, alle Kleinstaaten seien darin einig, auch nicht den Schein eines gefährlichen Einflusses zu dulden; auf jeden preußischen Vorschlag müsse man sogleich mit einem Gegenprojecte antworten, „denn dessen Unausführbarkeit muß erst bewiesen werden, bevor man es verwerfen kann.“ Das Wiener Cabinet, dessen Unfruchtbarkeit und Gedankenarmuth in den ersten Jahren der Bundesgeschichte auf das Kläglichste hervortrat, war Anfangs dem preußischen Plane nicht abgeneigt, bis die kleinen Staaten Oesterreichs Eifersucht aufregten und den k. k. Gesandten beschworen, sich nicht von Preußen schimpflich in's Schlepptau nehmen zu lassen (Bericht des badischen Bundestagsgesandten v. Berckheim vom 8. April 1818). Nun tritt Bayern auf mit dem Vorschlage, neben den Heeren der beiden Großmächte eine dritte, rein-deutsche, selbstverständlich unter bayrischem Commando zu bilden. Sofort verwahrt sich Wilhelm von Würtemberg dagegen; er will auch Bayern nicht als rein-deutschen Staat gelten lassen, sondern neben den Heeren der drei größten Staaten zwei kleinstaatliche Corps bilden; das süddeutsche muß besonders stark sein, als eine Barriere zwischen Bayern und Frankreich. Auch dieser Vorschlag erregte bei Baden Bedenken, denn es stehe zu fürchten, daß England-Hannover in dem norddeutschen Corps ein gefährliches Uebergewicht behaupte. Wie viel vertrauenerweckender war der Plan, elf Corps zu bilden, mit dem endlich Metternich hervortrat. Damit war freilich die militärische Unbrauchbarkeit des Bundesheeres entschieden, doch die Souveränetät der kleinen Kriegsherren gewahrt. Auch dann noch erschien die Uebermacht der Großmächte bedenklich; die Kleinen verlangten, daß Oesterreich und Preußen nur mit einem geringen Theile ihres Heeres der Bundesarmee beitreten sollten. Preußen erklärte sich nunmehr bereit, ebensoviel Truppen zu stel-

len wie Oesterreich, und es ist lehrreich, welche widersprechenden Gefühle dies Erbieten hervorrief: Berckheim war erschreckt über solchen Ausbruch preußischer Herrschsucht, der König von Würtemberg aber zeigte sich einverstanden: so werde „ein heilsames Gleichgewicht" zwischen den Großmächten hergestellt (Berckheim, 10. Juli 1818). In diesem Stile schleppt der Handel sinnlos, ziellos sich weiter, bis die Frage der Bundesfestungen in den Vordergrund tritt. Durch die Bundesfestung Ulm sieht Wilhelm von Würtemberg seine Unabhängigkeit schwer bedroht; in solcher Gefahr wendet er sich um Hülfe — an den Czaren Alexander.

Der Haß der Liberalen gegen die deutschen Großmächte war in jenen Jahren so heftig, daß man selbst diesen Hülferuf an das Ausland dem liberalen Könige selten ernstlich verdachte. Ja, die berufene Reise nach Warschau, welche der König unternahm, um den Beistand des Czaren gegen die Carlsbader Beschlüsse zu gewinnen, ward ihm sogar zum Ruhme angerechnet: galt es doch, den Liberalismus zu vertheidigen! Wie es in Wahrheit stand mit diesem mittelstaatlichen Liberalismus, darüber geben die Berichte des badischen Geschäftsträgers Frhrn. v. Blittersdorff mannichfache Aufklärung. Blittersdorff stand gerade am Beginne seines ehrgeizigen Wirkens; seine Berichte, welche sich schon damals durch Gedankenreichthum und feine Beobachtung vor den gewöhnlichen Producten der kleinen Diplomatie glänzend auszeichneten, lassen uns Schritt für Schritt verfolgen, wie die kleinen Höfe um die Gunst des Czaren warben, wie sich Baden von Kapodistrias Verhaltungsregeln für die deutsche Politik geben ließ, Bayern jeden seiner Gesetzentwürfe zuerst dem Czaren unterbreitete u. s. f.

Ein trauriger Anblick, dies Rathsuchen bei dem Rathlosen! Launisch und unstät wechselte die Stimmung des Czaren. Soeben hatte er den polnischen Reichstag mit einem Schwall liberaler Versicherungen eröffnet, kurz nachher wünschte er dem Kaiser Franz Glück, weil dessen Weisheit den Polen in Galizien constitutionelle Einrichtungen versagt habe. Bald ermahnte er drohend den Großherzog von Weimar zu scharfem Einschreiten gegen die Demagogen von Jena, bald mußte der getreue Anstett in Frankfurt das Selbstgefühl der Kleinen aufregen und Kapodistrias in schwungvollen Depeschen den Widerstand der constitutionellen Höfe gegen die beiden Großmächte aufstacheln. Beständig in diesem unbeständigen Gebahren ist allein die altrussische Politik des divide et impera gegen Deutschland. Mit warmem Dank erkannten die kleinen Höfe die väterliche Fürsorge des Czaren. Hatten sie doch schon zur Zeit der Gründung des Bundestags darauf bestanden, daß die drei fremden Großmächte in Frankfurt durch Gesandte vertreten würden, da — wie der badische Minister v. Hacke

schrieb, „diese Mächte für die deutschen Souveräne immer ein Schutz und eine Stütze gegen Oesterreich und Preußen sind.“ Es ist sattsam bekannt, mit welchem brutalen Hochmuthe die russische Welt damals auf Deutschland herabschaute: man rühmte sich der Befreiung unseres Landes, man stellte prahlend die erhabene Ruhe und Klarheit der russischen Zustände der Verwirrung und fieberischen Aufregung des deutschen Lebens gegenüber. Zur Zeit des Aachener Congresses hatte Stourdza seine anmaßende Schrift gegen die deutschen Universitäten geschleudert, bald darauf traf Oken's ungeschickte Entgegnung in Petersburg ein und zur selben Zeit die Nachricht von der Ermordung Kotzebue's, welche Stourdza's schlimmste Anklagen zu bestätigen schien. Die Salons in Petersburg hallten wider von Schmähungen gegen die deutschen Jacobiner; und wenn Blittersdorff, dem es an nationalem Selbstgefühle nicht gebrach, sein Volk zu vertheidigen wagte, so beriefen sich die Russen auf einen Brief Wilhelm's von Würtemberg an die Kaiserin Mutter, der in den schwärzesten Farben Deutschland schilderte als der Rettung bedürftig, als beherrscht von einer Rotte revolutionärer Fanatiker (Blittersdorff's Bericht vom 30. April 1818 u. ff.). Und diesen Fürsten, der zuerst seine Nation bei den Fremden verklagte und nachher gegen die Beschlüsse der deutschen Cabinette abermals die Hülfe des Auslandes anrief — ihn feierte unser gutherziges Volk als den deutschen Kaiser, ihn baten die schwäbischen Offiziere in Ulm, daß er mit den Waffen in der Hand Schwabens Freiheit vertheidige gegen die fremden (das will sagen: gegen die deutschen) Höfe!

Der Patriotismus des Königs sollte noch glänzendere Proben ablegen. In das Jahr 1820 fallen bekanntlich zwei Denkschriften, welche die letzten Ziele, den unversöhnlichen Gegensatz der beiden streitenden Parteien mit dankenswerther Offenheit enthüllten. Am 4. Mai schrieb Fürst Metternich, auf den Wunsch des Großherzogs von Baden, jene berufene lehrhafte Denkschrift, welche „die Erhaltung des Bestehenden als den Punkt bezeichnet, mit welchem Alles gerettet, ja selbst das Verlorene zum Theil noch wiedergewonnen werden kann.“ Niemals war prägnanter die einzige Idee ausgesprochen worden, welche das Wiener Cabinet in seinem Vermögen hatte. Die unendliche Gedankenarmuth dieses Machwerks ist ebenso denkwürdig, wie der hohe Werth, welchen der Verfasser und die lernbegierigen kleinen Minister darauf legten. — In dem begleitenden Briefe an Berstett sagt der Fürst: Il n'y est pas un mot que je n'aie puisé dans le fond de ma pensée. Le calme que vous y voyez régner est celui de mon âme. J'aurai atteint un but bien cher, si je parviens par mes paroles — et le mot de paroles me semble bien faible pour exprimer la valeur de mon tra-

vail — à prouver à votre excellent maître ce que nous voulons, croyons et espérons. — Zur selben Zeit erschien des Manuscript aus Süddeutschland, das Programm der kleinstaatlichen Sonderbündelei. Heute, nach dem Feldzuge der Mainarmee, ist jedes Wort über die Phantasterei der Triaspolitik überflüssig, und im Jahre 1820 waren die realen Voraussetzungen für einen Bund der Mindermächtigen vielleicht noch weniger vorhanden als im Frühjahr 1866. Es währte eine gute Weile, bis die Welt sich wieder an den Gedanken gewöhnte, daß die Landesgrenzen unantastbar seien. Lange nach dem Pariser Frieden tauchten in der Presse fortwährend die Projecte neuer Länderbildungen auf; am heftigsten wirkte die in den napoleonischen Tagen erweckte Ländergier an den Höfen des Südens nach. Das nachbarliche Verhältniß zwischen Bayern, Würtemberg, Baden, Darmstadt war so unverträglich als möglich. Drei Jahre nach dem Frieden hatte Baden zu den Waffen greifen müssen wider Bayerns Eroberungslust, bis Rußland versöhnend dazwischentrat; ununterbrochen zieht sich durch die Actenstücke der Epoche der Zank um die Flußzölle, die pfälzischen Schulden und tausend andere Fragen. Und ein Sonderbund von Kleinstaaten, die also zu einander standen, sollte den großen Mächten die Stange halten! Immerhin fand diese nebelhafte Politik in dem Manuscript aus Süddeutschland eine sehr gewandte Vertheidigung. Hohn gegen die Großmächte, giftige Verleumdungen wider den Norden wechseln ab mit Schlagworten über das „von Gott eingesetzte demokratische Princip,“ mit Lobreden auf die Kernstämme des Südens; die Männer, „welche aus Liebe zu Deutschland Frankreichs Freunde wurden,“ finden eine beredte Vertheidigung. Dies widrige Gemisch von Bonapartismus, hohlem Radicalismus und dreistem Particularismus ist klug auf die Stimmungen der süddeutschen Liberalen jener Zeit berechnet, und Jedermann giebt heute zu, daß der Rheinbund niemals geschickter und niemals schamloser vertheidigt ward. Der pseudonyme Verfasser deutet in der Einleitung auf Bayern als die Heimath der Schrift. Man rieth anfangs auf Hörmann, und allerdings trugen die erbaulichen Dialoge zwischen dem kerndeutschen „Bayermann“ und dem geckenhaften pommerschen Landwehrmann, welche dieser Mensch in seiner Neuen Alemannia veröffentlichte, den Stempel einer verwandten Gesinnung. Trotzdem erkannte man bald den schwäbischen Ursprung des Libells. Umsonst betheuerte Wangenheim auf den Darmstädter Handelsconferenzen feierlich das Gegentheil (Nebenius' Bericht vom 14. Nov. 1820). Endlich blieb ein dringender Verdacht auf Lindner in Stuttgart haften. Man kannte dessen Beziehungen zum Hofe; doch jede Mitschuld des Königs an dem Buche wurde von Wintzingerode auf Befehl seines Herrn entschieden in Abrede gestellt, und sie schien

in der That kaum denkbar. Der Fürst hatte als Kronprinz aus seinem Hasse gegen Frankreich kein Hehl gemacht; wie sollte der Held des Feldzugs von 1814 jetzt den Rheinbund verherrlichen, einen Montgelas als unseren ersten Staatsmann feiern? wie konnten die bitteren Hohnworte des Manuscripts wider die Studentenfurcht der deutschen Höfe aus der Feder des Mannes stammen, der vor einigen Monaten selber die deutschen Studenten bei dem Czaren verklagt hatte? Die beiden Großmächte verlangten Untersuchung gegen Lindner. Wintzingerode billigte dies Verlangen, dessen Berechtigung in jenen Tagen der allgemeinen Preßverfolgung sich nicht bestreiten ließ; doch der König weigerte sich beharrlich. Erneutes Drängen von Seiten des Ministers. Aber „wie gerecht war das Erstaunen, als der König antwortete, daß er Lindner nicht preisgeben könne, daß er selbst das Gerippe, Lindner nur die Füllung der Arbeit geliefert habe, daß er selbst der Verfasser des Manuscriptes sei." (Wintzingerode S. 69.) Dies war der Augenblick, wo nach unserem Urtheile Wintzingerode verpflichtet war sein Amt niederzulegen. Also Wilhelm von Würtemberg der Verfasser des Manuscripts aus Süddeutschland! Wir überlassen unsern Lesern zu beurtheilen, mit welchem Rechte dieser Fürst im Jahre 1822 seinem Minister die stolzen Worte schreiben konnte: „Mein Charakter und die Verhältnisse meines Landes erlauben mir nicht, den chien couchant zu spielen. Ich habe ihn nicht gegen Napoleon in einer weit gefährlicheren Zeit gespielt und will nicht jetzt, wo ich einen begründeten Ruf habe, damit anfangen, einem Menschen gegenüber, den ich so gründlich verachte, wie Metternich. Stark durch mein Gewissen, durch die Liebe meiner Unterthanen, durch die öffentliche Achtung Deutschlands, erwarte ich festen Fußes die geschlossenen Reihen des Machiavellismus des schwachen Metternich. Dies mein letztes Wort." Einige Monate später war der Minister entlassen und die Haltung des schwäbischen Königs dem chien couchant nicht ganz unähnlich. Die „öffentliche Achtung Deutschlands" blieb dem patriotischen Könige noch lange mit unbelehrbarer Gutmüthigkeit zugethan. Der entlassene Minister aber widmete der schwäbischen Großmachtspolitik den Nachruf: „was ist das für ein Gang eines Gouvernements, welches vorwärts stürzt, ohne Noth verletzt, und welches zurückweichen muß, wenn es einem Hinderniß begegnet!" —

Genug der kleinen Züge, die wir leicht verzehnfachen könnten. Wir errathen jetzt leicht, warum es in der Nähe des begabten Fürsten, trotz seiner unbestreitbaren Verdienste, Niemandem je recht wohl ward. Selbst das scharfe Urtheil, welches jüngst David Strauß in seinem vortrefflichen Aufsatze über Wilhelm von Würtemberg gefällt hat, bedarf noch der Verschärfung. Mit Unrecht hat man einen Widerspruch gefunden zwischen

dem liberalisirenden Systeme der ersten und der bureaukratischen Starrheit der letzten Regierungsjahre des Königs. Ein geborener Geschäftsmann, ein praktischer Soldat, wollte er dem zerrütteten Staate eine straffe, moderne Ordnung geben; sein nüchterner Verstand sagte ihm, daß irgend welche Concessionen an die liberale Zeitstimmung unvermeidlich seien. Doch den Kernpunkt seiner Politik bildet der begehrliche dynastische Ehrgeiz: getragen von der liberalen öffentlichen Meinung, gedachte er sein Haus zu glänzender Machtfülle zu erheben. Darum lag kein sittlicher Ernst in seinen liberalen Bestrebungen, darum konnte der tapfere Soldat das Treiben der Studenten nicht anschauen ohne mit den Wimpern zu zucken — denn allerdings dem Hause Würtemberg kamen die Träume der Burschenschaft nicht zu gute. Als er dann die Zwietracht, den Eigensinn, das geschäftliche Ungeschick seines Völkchens näher kennen gelernt hatte, da wuchs sein Selbstgefühl bis zu krankhafter Verzerrung, und es traten die häßlichsten Züge seiner Natur hervor: jene kleinlich nachtragende Rachsucht, die beherzten Widerspruch nie verzieh, und jene lieblose Herzenskälte, die so mancher treue Freund schmerzlich erfahren mußte — unholde Züge, welche den Charakter seines brutaleren Vaters nicht befleckt hatten. Er regierte fortan als absoluter Herr; er wußte jetzt, daß die politische Unreife des Volkes sich mit der Form der Freiheit begnügte. Den Großmächten gegenüber spielte er nach wie vor den Liberalen, denn noch hoffte er auf große Tage für sein Haus. Es kamen die Jahre des Alters, der Enttäuschung; der gescheidte Fürst erkannte, daß das Haus Würtemberg vorderhand nichts mehr erobern könne, und hielt nicht mehr für nöthig, der nicht-schwäbischen Welt die liberale Maske zu zeigen.

Aehnlich stand es mit seinem Patriotismus. An den Sünden dieses von Haus aus nicht gemein angelegten Mannes mag man erkennen, wie demoralisirend die unwahre, unmögliche Stellung eines souveränen Königs ohne Macht auf den Charakter des Herrschers wirkt; gerade unter den begabteren deutschen Fürsten sind nur sehr wenige aus so schwerer Prüfung rein hervorgegangen. Der Kronprinz war in den napoleonischen Tagen ein Gegner Frankreichs; sein dynastischer Stolz empörte sich gegen das demüthigende Vasallenthum, und auch der Widerspruchsgeist wider den Vater mochte bei ihm, wie bei den meisten Prinzen aus der kraftvolleren Zeit des Hauses Würtemberg, eine Rolle spielen. In dem französischen Winterfeldzuge bewährte er sich als tapferer General, und es ward von Bedeutung für die Zukunft, daß sein Corps, mit den Oesterreichern zusammen kämpfend, die Preußen kaum kennen lernte. Beim zweiten Pariser Frieden forderte er, vereint mit den preußischen Staatsmännern, Elsaß und Lothringen zurück. Sein Soldatenverstand wies ihn hier auf

die rechte Bahn, seinem kräftigen Wesen widerstrebte die Halbheit; dürfen wir nicht vergessen, daß eine Partei unter den deutschen Diplomaten dem Kronprinzen von Würtemberg die elsässische Krone zudachte, und daß die Mittelstaaten damals den ersten tastenden Versuch machten, als eine Gesammtmacht neben der Pentarchie aufzutreten. Vielleicht war wirklich während dieser rühmlichen Jahre ein patriotisches Gefühl in dem Prinzen lebendig. Stark kann es nicht gewesen sein; der Verfasser des Manuscripts aus Süddeutschland zählte wahrlich nicht zu jenen weichen Schwärmern, die später ernüchtert die Ideale ihrer Jugend mit Füßen treten. Nun bestieg er den Thron, die Königskrone übte ihren bethörenden Zauber, er träumte Kaiserträume mit seiner russischen Gemahlin, und der Scharfblick der dynastischen Ehrsucht reichte genau so weit, um immer die nächste Gefahr, die dem Hause Würtemberg drohte, zu erkennen. Der alte Herr, der in Bregenz dem Kaiser von Oesterreich die Heerfolge zusagte und später das Wort sprach „lieber unter Frankreichs Schutz, als ein Vasall der Hohenzollern" — er war in nichts verschieden von dem jungen Fürsten, der einst in Warschau und dann, nach Wangenheim's Fall, in Paris um die Hülfe des Auslandes gebeten hatte. Nicht er, nur die Weltlage hatte sich verändert: die Gefahr, welche einst von den verbündeten beiden Großmächten zu drohen schien, drohte jetzt wirklich von dem erstarkenden Preußen. Jene Gesinnung, welche an dem Stuttgarter Hofe bestand und besteht, kann je nach Umständen den Fahnen Oesterreichs, Frankreichs, Rußlands folgen; doch sie kann niemals deutsch sein, wenn sie sich nicht selber aufgiebt. Auch in den kleinen Zügen des Privatlebens spiegelt sich diese schimpfliche Abhängigkeit von dem Auslande wieder. Wenn eine protestantische deutsche Prinzessin (— unsere katholischen Höfe haben in diesem Punkte immer einen ehrenwerthen Stolz gezeigt —) von einem russischen Großfürsten heimgeführt wird, dann wechselt sie ihren Glauben und ihren Namen. Doch wenn ein stolzer deutscher König die Hand einer Großfürstin errungen hat, dann läßt der protestantische Gatte seine Leiche im griechischen Gotteshause beisetzen, und der Pope liest die Messe über dem deutschen Königsgrabe. Solche Betrachtungen wird Mancher grausam finden; wir konnten uns ihrer nicht erwehren, als wir in der griechischen Kapelle des Rothenbergs vor dem Grabe des Königs Wilhelm und der Königin Katharina Paulowna standen.

Die unsauberen Geheimnisse einer kleinen Vergangenheit zu enthüllen ist ein widriges Geschäft. Doch die Nation zeigt noch wenig Neigung die zukunftsreiche Größe dieser neuen Zeit recht zu würdigen; es ist nicht müßig daran zu erinnern, wie klein wir waren. Die Fürsten des Nordens sehen sich heute Gottlob in einer Lage, welche sie zwingen wird deutsch

zu werden; mindestens die Möglichkeit ist gegeben, daß wir wieder einen hohen Adel deutscher Nation erhalten. Auch der Liberalismus steht auf einem neuen Boden, in einem wirklichen, einem deutschen Staate; es wird sich zeigen, ob er die Kraft besitzt, alle jene kleinlichen, undeutschen Neigungen zu überwinden, welche ihm in der unfruchtbaren Schule der Kleinstaaterei angeflogen sind.

Heinrich von Treitschke.

Die Annexionen und die Tonkunst.

Mit ungehoffter Schnelligkeit gestaltet sich die nationale Einheit des deutschen Volks. Ihr zum Opfer stürzen Throne und Thrönchen über den Haufen, Staaten und Stätchen verschwinden, eine Anzahl von fürstlichen Residenzen wird zu Provinzstädten. Damit aber, so klagen Viele, selbst opferwillige Freunde der werdenden Gestaltung des Vaterlands, schwinden auch eben so viele Stätten selbständiger Entwickelung deutscher Kunst und Wissenschaft, fallen treffliche Institute zu deren Pflege, durch die Fürsorge feinsinniger Fürsten gegründet und erhalten. Als solche werden u. a. die Hoftheater und Orchester genannt, und die Musik soll ganz besonders durch das Verschwinden so manches kleinen Hofs zu Schaden kommen.

Nun wäre es allerdings sehr betrübend, wenn die Einigung des Vaterlandes gerade die deutscheste Kunst schädigte, sie, die auch in den Tagen der Zerrissenheit und Ohnmacht den deutschen Namen in allen Theilen der Welt zu hohen Ehren gebracht hat. Prüfen wir also, ob die Klagen und Befürchtungen ihrer Pfleger und Freunde begründet sind, und auf welche Weise wirklichem Nachtheil vorzubeugen wäre.

Betrachten wir das Theaterwesen in den bisherigen Residenzen! Es ist von dem heutigen Theater im Allgemeinen behauptet worden, es habe sich von seinem idealen Berufe so weit entfernt, daß es kaum mehr als ein Kunstzweig im eigentlichen Sinne anzusehen sei. Wenn wir einige gut geleitete Bühnen (Karlsruhe, Weimar) ausnehmen, so trifft dieser Vorwurf ganz besonders die Hoftheater. (Wir reden von den Bühnen der kleinen Höfe, nicht von Berlin, wo der gebildete und nicht leicht gänzlich zu mißachtende Geschmack eines großstädtischen Publicums die launische Willkür des Hofintendantenthums einigermaßen in Schranken hält.) Wir haben da eine ganze Reihe wohldotirter Anstalten, die über reiche Mittel an talentvollen Schauspielern und Sängern, gut eingeübten Chören, ausgezeichneten Orchestern verfügen. Diese Mittel sind aber meist einem unfähigen Cavalier unterstellt, dessen einzige Norm die Rücksicht auf den allergnädigsten Herrn ist, oder der sehr zweifelhafte Geschmack seiner Standesgenossen

und Freunde. Das Streben der ausführenden Künstler ist bei so beschaffener Leitung kein anderes, als die eigene Persönlichkeit möglichst in den Vordergrund zu bringen, um eine besondere Auszeichnung von allerhöchster Seite, eine Belobung oder noch greifbarere Dinge einzuernten. Der größere Theil des Publicums beobachtet sorgfältig Serenissimum, um in Beifall und Mißfallen mit ihm zusammenzutreffen, und die intelligenteren Leute können durchaus kein Gegengewicht in die Wagschale werfen, keinerlei Einfluß gewinnen, schon deshalb nicht, weil ihre pecuniäre Beisteuer im Vergleich zur fürstlichen Dotation unbedeutend ist. Das Maß des Unsinns wird voll, wenn die allerhöchsten Herrschaften selbst in die Details der Leitung eingreifen, — und es scheint, daß die Regierungssorgen in den Mittel- und Kleinstaaten dazu reichlich Zeit lassen, — wenn Majestäten sich um die Besetzung von Rollen kümmern, und wenn vor dem bon plaisir königlicher Hoheiten die größten Meisterwerke dramatischer Kunst nicht mehr sicher sind. Der Kurfürst in Kassel ließ vor einiger Zeit in das herrliche Vorspiel zum zweiten Act von Cherubini's Wasserträger den hessischen Zapfenstreich einlegen. Daß das Künstlerpersonal dazu herhalten muß, Opern von fürstlichen Häuptern, dilettirenden Adlichen oder Gesandten aufzuführen, versteht sich von selbst.

Was Wunder, daß die höchsten Leistungen solcher Bühnen in der glanzvollen Vorführung einiger Prunk-, Spectakel- und Decorationsopern bestehen, daß diejenigen Stücke, welche den Hauptbestand jedes Repertoirs bilden sollten, immer seltener gegeben, daß selbst die Rücksichten auf das künstlerische Decorum einer solchen „Kunstanstalt“ kaum mehr nothdürftig gewahrt werden?

Die Wirksamkeit dieser Hofbühnen ist aber nicht blos unwürdig in sich, sie schadet auch dem Musiktreiben der Residenzen im Allgemeinen. Das Publicum gewöhnt sich an den geistlosen Sinnengenuß, der ihm bequem und billig von oben herab geboten wird, und der Trieb zum Selbstschaffen und die Freude daran, die einzigen gesunden Wurzeln eines frischen und fröhlichen Kunstlebens, wie es z. B. in den Niederrheinischen Städten so schöne Früchte trägt, werden erstickt. Da läßt sich nicht aufhelfen durch das Veranstalten befohlener Musikfeste; die blühen nur da, wo das Volk sie sich selbst giebt, nicht der Fürst; am wenigsten, wo er sie zu seiner eigenen Verherrlichung geben will.

Die musikalische Kunst hat also den Untergang der Hofbühnen als solcher in den Städten, welche jetzt dem preußischen Staat einverleibt werden, nicht zu beklagen. Es ist aber zu erwägen, ob das theilweise ausgezeichnete Material derselben nicht zu erhalten und auf würdigere Weise zu verwenden wäre. Es kann dem Staate nicht zugemuthet werden, zu den Theatern von Mittelstädten so enorme Zuschüsse zu geben, wie es bisher fürstliche Laune zu ihrem Privatvergnügen that, — selbst dann nicht, wenn die betreffenden Bühnen unter bessere Leitung kämen; denn die Berechtigung zu so hohen Ansprüchen ist in der Bevölkerungszahl der bisherigen Residenzen nicht gegeben. Es liegt nicht in unserer Absicht zu untersuchen, wie vielleicht durch besondere Pflege einzelner Kunstgattungen, z. B. des Schauspiels allein oder der Spieloper, ein billiger

dem liberalisirenden Systeme der ersten und der bureaukratischen Starrheit der letzten Regierungsjahre des Königs. Ein geborener Geschäftsmann, ein praktischer Soldat, wollte er dem zerrütteten Staate eine straffe, moderne Ordnung geben; sein nüchterner Verstand sagte ihm, daß irgend welche Concessionen an die liberale Zeitstimmung unvermeidlich seien. Doch den Kernpunkt seiner Politik bildet der begehrliche dynastische Ehrgeiz: getragen von der liberalen öffentlichen Meinung, gedachte er sein Haus zu glänzender Machtfülle zu erheben. Darum lag kein sittlicher Ernst in seinen liberalen Bestrebungen, darum konnte der tapfere Soldat das Treiben der Studenten nicht anschauen ohne mit den Wimpern zu zucken — denn allerdings dem Hause Würtemberg kamen die Träume der Burschenschaft nicht zu gute. Als er dann die Zwietracht, den Eigensinn, das geschäftliche Ungeschick seines Völkchens näher kennen gelernt hatte, da wuchs sein Selbstgefühl bis zu krankhafter Verzerrung, und es traten die häßlichsten Züge seiner Natur hervor: jene kleinlich nachtragende Rachsucht, die beherzten Widerspruch nie verzieh, und jene lieblose Herzenskälte, die so mancher treue Freund schmerzlich erfahren mußte — unholde Züge, welche den Charakter seines brutaleren Vaters nicht befleckt hatten. Er regierte fortan als absoluter Herr; er wußte jetzt, daß die politische Unreife des Volkes sich mit der Form der Freiheit begnügte. Den Großmächten gegenüber spielte er nach wie vor den Liberalen, denn noch hoffte er auf große Tage für sein Haus. Es kamen die Jahre des Alters, der Enttäuschung; der gescheidte Fürst erkannte, daß das Haus Würtemberg vorderhand nichts mehr erobern könne, und hielt nicht mehr für nöthig, der nicht-schwäbischen Welt die liberale Maske zu zeigen.

Aehnlich stand es mit seinem Patriotismus. An den Sünden dieses von Haus aus nicht gemein angelegten Mannes mag man erkennen, wie demoralisirend die unwahre, unmögliche Stellung eines souveränen Königs ohne Macht auf den Charakter des Herrschers wirkt; gerade unter den begabteren deutschen Fürsten sind nur sehr wenige aus so schwerer Prüfung rein hervorgegangen. Der Kronprinz war in den napoleonischen Tagen ein Gegner Frankreichs; sein dynastischer Stolz empörte sich gegen das demüthigende Vasallenthum, und auch der Widerspruchsgeist wider den Vater mochte bei ihm, wie bei den meisten Prinzen aus der kraftvolleren Zeit des Hauses Würtemberg, eine Rolle spielen. In dem französischen Winterfeldzuge bewährte er sich als tapferer General, und es ward von Bedeutung für die Zukunft, daß sein Corps, mit den Oesterreichern zusammen kämpfend, die Preußen kaum kennen lernte. Beim zweiten Pariser Frieden forderte er, vereint mit den preußischen Staatsmännern, Elsaß und Lothringen zurück. Sein Soldatenverstand wies ihn hier auf

die rechte Bahn, seinem kräftigen Wesen widerstrebte die Halbheit; dürfen wir nicht vergessen, daß eine Partei unter den deutschen Diplomaten dem Kronprinzen von Würtemberg die elsässische Krone zudachte, und daß die Mittelstaaten damals den ersten tastenden Versuch machten, als eine Gesammtmacht neben der Pentarchie aufzutreten. Vielleicht war wirklich während dieser rühmlichen Jahre ein patriotisches Gefühl in dem Prinzen lebendig. Stark kann es nicht gewesen sein; der Verfasser des Manuscripts aus Süddeutschland zählte wahrlich nicht zu jenen weichen Schwärmern, die später ernüchtert die Ideale ihrer Jugend mit Füßen treten. Nun bestieg er den Thron, die Königskrone übte ihren bethörenden Zauber, er träumte Kaiserträume mit seiner russischen Gemahlin, und der Scharfblick der dynastischen Ehrsucht reichte genau so weit, um immer die nächste Gefahr, die dem Hause Würtemberg drohte, zu erkennen. Der alte Herr, der in Bregenz dem Kaiser von Oesterreich die Heerfolge zusagte und später das Wort sprach „lieber unter Frankreichs Schutz, als ein Vasall der Hohenzollern" — er war in nichts verschieden von dem jungen Fürsten, der einst in Warschau und dann, nach Wangenheim's Fall, in Paris um die Hülfe des Auslandes gebeten hatte. Nicht er, nur die Weltlage hatte sich verändert: die Gefahr, welche einst von den verbündeten beiden Großmächten zu drohen schien, drohte jetzt wirklich von dem erstarkenden Preußen. Jene Gesinnung, welche an dem Stuttgarter Hofe bestand und besteht, kann je nach Umständen den Fahnen Oesterreichs, Frankreichs, Rußlands folgen; doch sie kann niemals deutsch sein, wenn sie sich nicht selber aufgiebt. Auch in den kleinen Zügen des Privatlebens spiegelt sich diese schimpfliche Abhängigkeit von dem Auslande wieder. Wenn eine protestantische deutsche Prinzessin (— unsere katholischen Höfe haben in diesem Punkte immer einen ehrenwerthen Stolz gezeigt —) von einem russischen Großfürsten heimgeführt wird, dann wechselt sie ihren Glauben und ihren Namen. Doch wenn ein stolzer deutscher König die Hand einer Großfürstin errungen hat, dann läßt der protestantische Gatte seine Leiche im griechischen Gotteshause beisetzen, und der Pope liest die Messe über dem deutschen Königsgrabe. Solche Betrachtungen wird Mancher grausam finden; wir konnten uns ihrer nicht erwehren, als wir in der griechischen Kapelle des Rothenbergs vor dem Grabe des Königs Wilhelm und der Königin Katharina Paulowna standen.

Die unsauberen Geheimnisse einer kleinen Vergangenheit zu enthüllen ist ein widriges Geschäft. Doch die Nation zeigt noch wenig Neigung die zukunftsreiche Größe dieser neuen Zeit recht zu würdigen; es ist nicht müßig daran zu erinnern, wie klein wir waren. Die Fürsten des Nordens sehen sich heute Gottlob in einer Lage, welche sie zwingen wird deutsch

zu werden; mindestens die Möglichkeit ist gegeben, daß wir wieder einen hohen Adel deutscher Nation erhalten. Auch der Liberalismus steht auf einem neuen Boden, in einem wirklichen, einem deutschen Staate; es wird sich zeigen, ob er die Kraft besitzt, alle jene kleinlichen, undeutschen Neigungen zu überwinden, welche ihm in der unfruchtbaren Schule der Kleinstaaterei angeflogen sind.

Heinrich von Treitschke.

Die Annexionen und die Tonkunst.

Mit ungehoffter Schnelligkeit gestaltet sich die nationale Einheit des deutschen Volks. Ihr zum Opfer stürzen Throne und Thrönchen über den Haufen, Staaten und Stätchen verschwinden, eine Anzahl von fürstlichen Residenzen wird zu Provinzstädten. Damit aber, so klagen Viele, selbst opferwillige Freunde der werdenden Gestaltung des Vaterlands, schwinden auch eben so viele Stätten selbständiger Entwickelung deutscher Kunst und Wissenschaft, fallen treffliche Institute zu deren Pflege, durch die Fürsorge feinsinniger Fürsten gegründet und erhalten. Als solche werden u. a. die Hoftheater und Orchester genannt, und die Musik soll ganz besonders durch das Verschwinden so manches kleinen Hofs zu Schaden kommen.

Nun wäre es allerdings sehr betrübend, wenn die Einigung des Vaterlandes gerade die deutscheste Kunst schädigte, sie, die auch in den Tagen der Zerrissenheit und Ohnmacht den deutschen Namen in allen Theilen der Welt zu hohen Ehren gebracht hat. Prüfen wir also, ob die Klagen und Befürchtungen ihrer Pfleger und Freunde begründet sind, und auf welche Weise wirklichem Nachtheil vorzubeugen wäre.

Betrachten wir das Theaterwesen in den bisherigen Residenzen! Es ist von dem heutigen Theater im Allgemeinen behauptet worden, es habe sich von seinem idealen Berufe so weit entfernt, daß es kaum mehr als ein Kunstzweig im eigentlichen Sinne anzusehen sei. Wenn wir einige gut geleitete Bühnen (Karlsruhe, Weimar) ausnehmen, so trifft dieser Vorwurf ganz besonders die Hoftheater. (Wir reden von den Bühnen der kleinen Höfe, nicht von Berlin, wo der gebildete und nicht leicht gänzlich zu mißachtende Geschmack eines großstädtischen Publicums die launische Willkür des Hofintendantenthums einigermaßen in Schranken hält.) Wir haben da eine ganze Reihe wohldotirter Anstalten, die über reiche Mittel an talentvollen Schauspielern und Sängern, gut eingeübten Chören, ausgezeichneten Orchestern verfügen. Diese Mittel sind aber meist einem unfähigen Cavalier unterstellt, dessen einzige Norm die Rücksicht auf den allergnädigsten Herrn ist, oder der sehr zweifelhafte Geschmack seiner Standesgenossen

und Freunde. Das Streben der ausführenden Künstler ist bei so beschaffener Leitung kein anderes, als die eigene Persönlichkeit möglichst in den Vordergrund zu bringen, um eine besondere Auszeichnung von allerhöchster Seite, eine Belobung oder noch greifbarere Dinge einzuernten. Der größere Theil des Publicums beobachtet sorgfältig Serenissimum, um in Beifall und Mißfallen mit ihm zusammenzutreffen, und die intelligenteren Leute können durchaus kein Gegengewicht in die Wagschale werfen, keinerlei Einfluß gewinnen, schon deshalb nicht, weil ihre pecuniäre Beisteuer im Vergleich zur fürstlichen Dotation unbedeutend ist. Das Maß des Unsinns wird voll, wenn die allerhöchsten Herrschaften selbst in die Details der Leitung eingreifen, — und es scheint, daß die Regierungssorgen in den Mittel- und Kleinstaaten dazu reichlich Zeit lassen, — wenn Majestäten sich um die Besetzung von Rollen kümmern, und wenn vor dem bon plaisir königlicher Hoheiten die größten Meisterwerke dramatischer Kunst nicht mehr sicher sind. Der Kurfürst in Kassel ließ vor einiger Zeit in das herrliche Vorspiel zum zweiten Act von Cherubini's Wasserträger den hessischen Zapfenstreich einlegen. Daß das Künstlerpersonal dazu herhalten muß, Opern von fürstlichen Häuptern, dilettirenden Adlichen oder Gesandten aufzuführen, versteht sich von selbst.

Was Wunder, daß die höchsten Leistungen solcher Bühnen in der glanzvollen Vorführung einiger Prunk-, Spectakel- und Decorationsopern bestehen, daß diejenigen Stücke, welche den Hauptbestand jedes Repertoirs bilden sollten, immer seltener gegeben, daß selbst die Rücksichten auf das künstlerische Decorum einer solchen „Kunstanstalt" kaum mehr nothdürftig gewahrt werden?

Die Wirksamkeit dieser Hofbühnen ist aber nicht blos unwürdig in sich, sie schadet auch dem Musiktreiben der Residenzen im Allgemeinen. Das Publicum gewöhnt sich an den geistlosen Sinnengenuß, der ihm bequem und billig von oben herab geboten wird, und der Trieb zum Selbstschaffen und die Freude daran, die einzigen gesunden Wurzeln eines frischen und fröhlichen Kunstlebens, wie es z. B. in den Niederrheinischen Städten so schöne Früchte trägt, werden erstickt. Da läßt sich nicht aufhelfen durch das Veranstalten befohlener Musikfeste; die blühen nur da, wo das Volk sie sich selbst giebt, nicht der Fürst; am wenigsten, wo er sie zu seiner eigenen Verherrlichung geben will.

Die musikalische Kunst hat also den Untergang der Hofbühnen als solcher in den Städten, welche jetzt dem preußischen Staat einverleibt werden, nicht zu beklagen. Es ist aber zu erwägen, ob das theilweise ausgezeichnete Material derselben nicht zu erhalten und auf würdigere Weise zu verwenden wäre. Es kann dem Staate nicht zugemuthet werden, zu den Theatern von Mittelstädten so enorme Zuschüsse zu geben, wie es bisher fürstliche Laune zu ihrem Privatvergnügen that, — selbst dann nicht, wenn die betreffenden Bühnen unter bessere Leitung kämen; denn die Berechtigung zu so hohen Ansprüchen ist in der Bevölkerungszahl der bisherigen Residenzen nicht gegeben. Es liegt nicht in unserer Absicht zu untersuchen, wie vielleicht durch besondere Pflege einzelner Kunstgattungen, z. B. des Schauspiels allein oder der Spieloper, ein billiger

hielt an ihrem so oft zur Schau gestellten Programm in der deutschen Frage, so fehlte es ihr nicht an Mitteln, durchzusetzen, daß Baden neutral blieb und vielleicht die Nachbarstaaten mit in die Neutralität hereinzog, wenn man denn nicht den Muth fand, offen und ehrlich mit Preußen gegen den Erbfeind in's Feld zu ziehen. Statt aber ein ernstes Wort mit dem Finanzminister zu sprechen, dessen Unfähigkeit sich, als kaum die ersten Kriegswolken am fernsten Horizont heraufzogen, so glänzend erwies, daß alle Kassen leer waren, alle öffentlichen Arbeiten eingestellt werden und die Mittel zur nothdürftigen Fortführung des Staatshaushaltes durch ein Zwangsanlehen herbeigeschafft werden mußten, statt dem Minister des Innern die Erwartung auszusprechen, daß er mit allen Kräften, welche der Regierung zu Gebote stehen, die vereinigte ultramontan-demokratische Agitation für den Anschluß an Oesterreich niederhalte, statt dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten rund und nett zu erklären, daß man den Vertreter Badens nicht Hand in Hand mit den Pfordten, Dalwigk und Varnbüler wolle gehen sehen — statt dessen fuhr man fort die wichtigsten Finanzmaßregeln mit stürmischer Hast, ohne eine mehr als oberflächliche Prüfung gutzuheißen, zitterte man vor etwaigen Mißtrauensvoten der aufgestachelten Wähler, decretirte man gemeinsames Handeln mit den süddeutschen Nachbarstaaten. Zur großen Freude des Herrn v. Edelsheim. Denn für diesen mittelmäßigen Kopf schien jetzt die Zeit gekommen, da das übermüthige, das verhaßte Preußen durch die Coalition des Liberalismus mit dem absolutistischen Oesterreich werde zu Boden geworfen werden. Er deducirte bei vortrefflichen Diners der staunenden Fortschrittspartei, daß Preußen nie die Spitze, sondern den Kern Deutschlands zu bilden habe, um den sich dann die übrigen Staaten in ihrer Mannichfaltigkeit wie die Schale zu legen hätten, aber auch dieses nur, wenn Preußen wieder liberal geworden sei. Der schönste Traum seines Lebens war der Sturz des Grafen Bismarck, den er Jedem, der es hören wollte, so oft als unmittelbar bevorstehend voraussagte, bis er endlich selbst daran glaubte. Uebrigens war die Wirksamkeit des Herrn v. Edelsheim nur von kürzester Dauer, wenn ihn nicht, so oft er sich eine Blöße gab, sein College Lamey mit dem eigenen Leibe zu decken sich beeilt hätte. Lamey war und ist nun einmal der Volksgötze der Badener. Er repräsentirt recht eigentlich alle guten und schlimmen Eigenschaften, die in diesem Lande zu Hause sind und die Erfolge seiner Bierhaus-Gemüthlichkeit sind eigentlich viel mächtiger und nachhaltiger als die seiner großen Begabung und seines ehrenwerthen Charakters. Ueber der „Gemüthlichkeit" vergaß man alle Sünden Lamey's, besonders seine äußerst geringe Arbeitslust, unter der das Land mehr gelitten hat, als man jetzt schon übersehen kann. Ihm allein war es möglich, Edelsheim das Relief zu geben, dessen dieser „Staatsmann" bedurfte, um Baden in die Bande der habsburgischen Liga zu legen. — Die entscheidenden Abstimmungen waren im österreichischen Sinne ausgefallen, die Freunde Preußens waren geächtet. Die alliirte ultramontan-demokratische Presse begann einen Feldzug gegen die „Gothaer" und „Fremdenlegionäre," welche der Volkswuth denuncirt, als Verräther und Spione verdächtigt und

mit der Rache der Sieger bedroht wurden. Der Demokrat Eckardt, ein Theilnehmer der blutigen Schandthaten der Wiener Revolution, predigte im schönsten Verein mit den ultramontanen Pfarrverwesern den Volkskrieg gegen Preußen, den Krieg bis an's Messer. Nun wurden auch die confessionellen Leidenschaften aufgeregt. Man machte die katholischen Bauern glauben, sie müßten protestantisch werden, wenn Preußen siege; dagegen verhieß man ihnen im Falle des österreichischen Sieges eine Vertheilung der Ländereien und Güter ihrer protestantischen Mitbürger. An mehr als einem Orte haben in den schlimmsten Tagen die Protestanten des Nachts Wachen ausgestellt, weil sie benachrichtigt waren, daß ein Ueberfall der katholischen Ueberzahl sie bedrohe. Darüber sind amtliche Berichte vorhanden, wie man mir mit aller Bestimmtheit versichert. Dies religiöse Moment der Aufreizung wurde auch auf die Soldaten angewandt, als die Mobilmachung begann. Die badische Kriegsverwaltung ist für einen Kleinstaat musterhaft. Hier blieben dem Beobachter die lächerlichen und jämmerlichen Scenen erspart, welche aus Würtemberg erzählt werden. Dafür bot sich ein anderes Schauspiel dar, weniger lächerlich, um so mehr Ekel erregend. Von allen Seiten kamen die Truppen betrunken herbei, absichtlich trunken gemacht von den österreichisch Gesinnten, die den Dank für ihre Spenden in einem mit lallender Zunge gebrüllten „Hoch Oesterreich!" freudig entgegennahmen. Sie kamen, häufig von katholischen Caplänen begleitet und von Emissären der Gesellenvereine, die noch im Eisenbahnwaggon das Feuer schürten und die Erbitterung gegen den ketzerischen „Preuß" hetzten. Diese Banden mußte der Großherzog am Bahnhof begrüßen, und wir haben die Mittheilung aus bester Quelle, daß einmal ein betrunkener Musketier kaum zwei Schritte von dem Fürsten entfernt schrie: „Jeder Schuß ein Preuß!" Die großherzogliche Familie lebte überhaupt in diesen Tagen unter dem Drucke eines unerträglichen Terrorismus. Beinahe die ganze Umgebung des Großherzogs ist fanatisch österreichisch gesinnt; der Landesherr war von seinen Adjutanten und Kammerherren in Reden und Handlungen überwacht, jeder Schritt und Tritt beobachtet. Der Großherzogin mißgönnte der vornehme Pöbel der Hauptstadt die Zurückgezogenheit des Bades Rippoldsau; die preußische Prinzessin mußte nach Karlsruhe kommen und sich an die Spitze eines Frauenvereins stellen, in dem die österreichische Gesinnung so heftig herrschte, daß es späterhin große Mühe kostete, aus dem Ueberfluß seiner Sammlungen ein kleines Schärflein für die böhmischen Hospitäler zu erhalten. Gegen den Prinzen Wilhelm predigten die österreichisch gesinnten Blätter, predigten die Heißsporne der Aristokratie offen Meuterei; er werde sie zu den Preußen hinüberführen, wurde den Soldaten eingeredet. Daß die gefälschten österreichischen Siegestelegramme so lange als möglich als Wahrheit colportirt wurden, versteht sich von selbst. Als endlich die „Kölnische Zeitung" mit den wahrheitsgetreuen Berichten ankam, hatte die „Karlsruher Zeitung" die Stirne zu schreiben: „Soweit die preußische Lesart; die österreichische ist abzuwarten," nachdem man vier Tage lang die Welt mit den österreichischen „Lesarten" belogen hatte! Das war ein schwerer Schlag

geht und hält Schulfrage und Preßgesetz für unendlich wichtigere Dinge als die Entscheidung der deutschen Frage. Manche rechnen auch darauf, daß Oesterreich sich wieder ermannen und seinen alten Einfluß auf Deutschland wiederherstellen werde, wovor Gott besonders das badische Land in Gnaden bewahren wolle!

Für die wenigen zuverlässigen deutschen Patrioten in Baden ist es sehr traurig, daß sie vorerst von den Wohlthaten des deutschen Staates ausgeschlossen sind. Aber für die Masse des Volkes ist es durchaus nothwendig, daß sie noch durch eine harte Zeit der Prüfung und Erkenntniß durchgeht und vor Allem, daß sie nach den Jahren völliger Zuchtlosigkeit unter dem Régime Lamey eine Schule strenger, ernster, staatlicher Zucht durchmacht, zu der ihr hoffentlich die Energie des Ministeriums Mathy-Jolly verhelfen wird.

Baden-Baden, im August.

2.

Vom Rhein, Ende August.

Die negirende Tendenz der rheinischen Demokratie hat während der letzten ereignißvollen Monate einen Verbündeten im Ultramontanismus gefunden. Die Grundstimmung, welche beide erfüllt, sobald es sich um den concreten Staat Preußen handelt, trieb die beiden Gegensätze einander in die Armee, und Liberal und Klerikal zog einträchtig zum Wahltisch. Ultramontane — wir haben deren leider eine zu große Zahl in einflußreichen Staats- und Communalstellungen — welche bisher stets mit der Regierung und der conservativen Partei gestimmt hatten, fehlten entweder oder schwächten die Regierungspartei, indem sie verlorene Stimmen abgaben. Andere Ultramontane meinten, daß ihr bisheriger Conservativismus es ihnen zwar verböte, mit der Fortschrittspartei zu gehen, aber unmöglich könne von ihnen verlangt werden, während des Krieges mit Oesterreich für die Regierungscandidaten zu stimmen, sie würden der Abstimmung fern bleiben. Wieder andere waren indeß ganz tapfer fortschrittlich, compromittirten, wo sie konnten, und ließen ihren eigenen Standpunkt ganz fahren, wo ein Compromiß keinen Effekt versprach. Die Parole aller war: Lähmung der Regierung. Während die Demokratie ohne nüchterne Ueberlegung eine mißverstandene constitutionelle Doctrin in den Vordergrund schob, nach welcher man von der Regierung oder richtiger von der Krone liberale Zugeständnisse, Minister- und Systemwechsel erzwingen wollte, dafür an vielen Orten dann zur energischen Kriegsführung gegen Oesterreich bereit war, acceptirte die ultramontane Partei von diesem Programme nur die Verweigerung der Mittel zur Kriegsführung und hielt weislich den Mund darüber, daß ein Minister- und Systemwechsel den Krieg, wie er einmal im Werden begriffen war, eben unmöglich machen und gerade die Demüthigung Preußens ohne Schwertstreich herbeiführen würde. Ein Ausspruch David Hansemann's 1860 zu Alexander v. Sybel gethan, welcher damals mit ihm eine nicht ganz zweifellos liegende Kammerdebatte besprach, bewahrheitete sich auf's Glänzendste.

„Wenn Sie zwischen pro und contra schwanken, dann fragen Sie, wie die Polen und Ultramontanen stimmen. Wie diese stimmen, taugt es nie für Preußen. Sie sind die geborenen Feinde des Staats und sehen sich die preußischen Dinge viel objektiver und weitsichtiger an, wie die anderen Kammercollegen es sich träumen lassen." Der universelle Charakter des Katholicismus wird von der ultramontanen Fraction der Katholiken ja auch nur als Mittel zum Zwecke benutzt. Der Staat soll beherrscht werden, um durch ihn wiederum zu herrschen. Dieses Ziel setzt voraus, daß der Staat dazu passend gemacht wird — und wenn dies nicht angeht, so mag er zertrümmert werden. Auf diesem kurzen Satze beruht die Haltung der klerikalen Partei in allen staatlichen Dingen seit Jahrzehenden. Darin liegt der Beweggrund, im Abgeordnetenhause nicht als politische, sondern als confessionell-katholische Fraction zu wirken. Man will eben kein politisches Princip im eigentlichen Wortsinn vertreten, man erklärt keine politische Doctrin für sich als verbindlich, man kann zu keiner politischen Partei sich bekennen, man muß alle politischen Parteien benutzen können, bald sie unterstützend bald sie bekämpfend; balancirend zwischen liberal und conservativ wirft man das entscheidende Gewicht in die Schale, welche nicht dem Staate, sondern der katholischen kirchlichen Herrschaft die meisten Schätze birgt. Wer die Kammerverhandlungen seit 1850 verfolgt, findet dazu leicht die Belege. Und wer Gelegenheit hatte, jetzt hier am Rhein Gesichter und Reden zu prüfen, erkannte dieselben Züge. Wie bei der Demokratie die Phrase die Köpfe der guten Bürger beherrscht, und neun Zehntel der politischen Geschicklichkeit der Führer sich in der Erfindung und Application der Phrase entwickeln, so geschickt waren auch die Klerikalen für ihren Standpunkt das richtige Wort dem Volke zu geben. Erzbischof Paulus von Cöln schrieb nicht etwa vor, für den Sieg der eigenen vaterländischen Waffen zu beten, sondern zu Gott zu beten, er möge den Sieg wem Rechtens verleihen; ein Gebet also pro abstracto: Freund und Feind sind dem Bischof gleich lieb, ganz wie vor Gott alle Menschen gleich sind. Ob er aus dem Gottesurtheil, das nun rechtskräftig vorliegt, die passenden Consequenzen zieht? — „Preußen kann nicht siegen, die Uebermacht der Gegner ist zu groß." „Damit es gut werde in Preußen, muß es zuerst gedemüthigt werden, dann ist ihm nachher ein Sieg zu gönnen." „Oesterreich muß um der Kirche willen erhalten bleiben." „Bismarck ist eine durchaus protestantische Natur, siegt seine Politik, so ist die katholische Kirche in Deutschland nur noch gelitten, kann man das wünschen?" Solche und ähnliche Sätze flogen wie die Mücken umher. Bis zum direkten und unverhohlenen Ausdrucke des Siegeswunsches für Oesterreich verstieg man sich selten, obschon allerdings einzelne Geistliche ihn in Kirche, Schule und Haus geäußert haben. Freilich es ist ja der Lauf der Geschichte gewesen, daß die katholische Macht Oesterreich nur zu oft zur protestantischen Macht Preußen sich gegensätzlich verhalten hat, lange bevor die katholischen Rheinlande unter preußische Herrschaft geriethen. Sind nicht die Sympathien zu den Confessionsverwandten natürlich? Soll oder darf man es tadeln, daß diese Sympathien

unwillkürlich gehegt wurden? Die Antwort, glaube ich, ist darauf so zu geben, daß sie an sich begreiflich sind; aber sie beweisen, daß man die Bedeutung und die Tendenz des Krieges nicht erkannt hat und bei vielen, daß man sie nicht hat erkennen wollen. Man verschwieg den für jeden gläubigen Katholiken nah liegenden Gedanken, daß es an der Kirche selbst zweifeln heißt, wenn ihre Existenz und ihr Recht von der Erhaltung und dem Siege Oesterreichs abhängig sein soll — man unterdrückte die Thatsache der beispiellos freien Stellung der katholischen Kirche in Preußen, man kennzeichnete es nicht als Unwahrheit, wenn dem eminent politischen Charakter des Krieges eine Dosis confessionellen Gegensatzes eingeimpft wurde. Hätte man wirklich politisch und patriotisch empfunden, so konnten diese Sätze, die sich auf den ersten Blick aufdrängen mußten, nicht unterdrückt werden, aber diese Empfindung fehlte, und absichtlich that man nichts, um sie zu erwecken und zu verbreiten. Sie paßte nicht in das Programm, weil sie der Action des preußischen Staates eine neue Stärkung gegeben hätte, und — das durfte nicht sein. Seine Unabhängigkeit und Freiheit von den bisherigen österreichischen Fesseln des deutschen Bundes mußte ihm eine Stellung geben, welche durch hundertfältige Entwickelung politischer und materieller Interessen die Gemüther der Menschen auf's Innigste mit seinem Wohl und Wehe verband; sein Sieg, durch die Volksarmee erfochten, mußte dem Volke selbst einen Plan und ein Selbstbewußtsein verleihen, welches es zu gesund für pfäffische Subrilitäten im bürgerlichen Leben machte; die Anstrengungen des Krieges drängten unwiderstehlich zu einer Gemeinsamkeit von Regierung und Regierten hin, vor der die Zerklüftung des vierjährigen parlamentarischen Conflikts von selbst sich schloß. Wo blieb bei einer solchen Voraussicht dann das Feld für die ultramontanen Tendenzen? Was Wunder, wenn man im Verein mit Demokraten und besorgten Gewerbtreibenden um Frieden petitionirte, wenn man das Möglichste that, um die friedensliebende und kriegsmittelverweigernde Fortschrittspartei in altem Glanze im Abgeordnetenhause zu sehen. Erzählten doch gegen Ende Juni österreichische Offiziere in Böhmen einem rheinischen Kaufmann, die Nachricht von einer gewonnenen Schlacht interessire sie weniger, als der Ausfall der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause. Eifrigst bezweifelte man die ersten Siegesnachrichten, verkündete man die österreichischen Bülletins. Und als nun die Nachricht vom Königgrätzer Siege in immer lauteren Fanfaren ertönte — in Cöln, Aachen, Düsseldorf, Neuß, und wie die Orte alle heißen, in denen der rheinisch radikale und österreichisch klerikale Salat gemengt wird, — kein Jubel, keine frohdankbare Gesinnung, keine Fahnen an den Häusern der großen Masse der Bevölkerung. Während eine Procession oder der Einzug eines Geistlichen die Flaggen zu Dutzenden hervorholt, hatte der größte Sieg des eigenen Landes und der eigenen Landeskinder keine Macht dazu. Fast komisch war es, wenn es nicht so jämmerlich gewesen wäre, wie die frommen, klerikalen Leute sich zu helfen wußten. Ihren Kummer über den Sieg laut zu äußern, schien ihnen nicht ganz passend; ja fast schien es, daß sie sich dessen schämten, dafür aber zeigten sie sofort den lautesten Schmerz über den Tod und

die Wunden so vieler Menschen, die bei Königgrätz gefallen. Die officielle untadelhafte Parteiphrase war gefunden. Wer durfte etwas dagegen sagen? Nicht die patriotische Gefühlsregung herrschte, nur die humane, vor der Freund und Feind gleich sind. Auf den Ruf: unsere Armee war eine Armee von Helden, drei Hurrahs für sie! war eine Thräne um die Verwundeten und Todten die Antwort. Ein Patriot konnte beides unseren Soldaten zollen, sie nur das letztere. Wie bei den Ultramontanen das politische Bewußtsein in den extremsten kirchlich hierarchischen Tendenzen verschwunden ist, so ist auch jede natürliche und einfache Gefühlsregung für politische Akte unter die Disciplin jener Tendenzen gesetzt. Es ist unnütz, sie daran zu erinnern, wie die Stellung der katholischen Kirche in Preußen ist; sie kennen keinen Dank dafür, weil sie jede Errungenschaft nur als eine Abschlagszahlung auf weitere ansehen. Es wird als etwas ganz selbstverständliches betrachtet, daß die Niederlassung von Genossenschaften und Klöstern, die Ansässigmachung von Orden aller Art, die Erbauung von Kirchen weit über das Seelsorgerbedürfniß hinaus mit größter Freiheit vor sich gehen könne; man erklärt es fast für Pflicht der paritätischen Landesregierung, alle möglichen Einrichtungen aufkommen zu lassen, ja zu unterstützen, wenn dieselben auch einen stiftungsmäßig propagandistischen, gegen den Akatholicismus gerichteten Zweck haben. Mir sind verschiedene Fälle bekannt, in welchen geistliche völlig außerhalb des regelmäßigen Pfarr- und Decanatssystem stehende Genossenschaften ihre bedeutenden Mittel zur Erwerbung von Grundeigenthum verwenden wollten. Nach rheinischem Rechte geht dies nur an, wenn die Genossenschaft Corporationsrechte erhält, deren Verleihung in das Ermessen der Staatsregierung gestellt ist. Da die letztere aus sehr begreiflichen Gründen hiermit etwas sparsam ist, so war dies hinreichend, um ihr den Vorwurf gehässiger Einseitigkeit zuzuziehen. Man ignorirte, daß die Regierung in ihrem vollsten Rechte ist, wenn sie bei der Existenz und der Wirksamkeit dieser Genossenschaften schlechthin jedes Interesse staatlicher Natur in Abrede stellt. Uebrigens wissen dieselben sich dennoch zu helfen. Wenn es ihnen auch unmöglich ist, auf ihren Namen das Eigenthum von Immobilien zu erwerben und als Genossenschaft Rechte gerichtlich zu verfolgen, so vermögen sie doch sich den Besitz und Genuß der Immobilien für ihre Zwecke auf etwas künstlichem Wege zu sichern. Die oft den reichsten und höchsten Ständen angehörigen Donatare, welche ihnen die Capitalien in ausreichendster Weise zur Verfügung stellen, leisten dazu bereitwillig hülfreiche Hand, indem sie den Namen zum Ankauf hergeben und etwaige Rechtsnachfolger unter Beobachtung gewisser Formen und Clauseln im Verfügungsrecht zu Gunsten einzelner der Genossenschaft angehörenden Personen beschränken oder indem sie den Bischof der Diöcese zum Eigenthümer mit der Aufgabe machen, nur einer bestimmten Genossenschaft den Besitz und Genuß des Eigenthums zuzuwenden u. dergl. mehr. Der Zweck wird erreicht, die Zahl der Stationen dieser Genossenschaften mehrt sich überall und allerwärts wächst die Zahl derer, auf welche sie Einfluß gewinnen und durch welche sie ihre Tendenzen weiter verfolgen. Jesuiten, Dominicaner, Franziskaner bemühen

sich um die Wette die Zahl ihrer Anhänger zu mehren und den propagandistischen Anschauungen durch Predigt und Beichte weiteren Boden zu geben.

Der preußisch-österreichische Krieg hat wiederum bewiesen, daß die klerikale Partei eine fremde im Staate ist. Sie hat weder Herz noch Sinn für den preußischen Staat und seine Größe, welche einmal unverträglich mit der freiheitsfeindlichen klerikalen Herrschaft ist. Ihre traditionelle Stütze in Deutschland, Oesterreich, ist für eine Weile dahin. Anzeichen genug liegen bereits vor, daß die bekannten und unbekannten Oberen der Partei sich dieser Erkenntniß nach überwundenem Schmerze nicht verschließen. Werden sie versuchen, über kurz oder lang Frankreich in die Rolle des Niederwerfers von Preußen zu drängen? Videant consules, von wem im Abgeordnetenhause der westliche Himmel am Düstersten gemalt wird!

3.

Vom Niederrhein, im August 1866.

Als vor wenigen Monaten der höchste Gerichtshof des preußischen Staates durch seinen Richterspruch die Grundbedingung constitutionellen Lebens, die Redefreiheit der Abgeordneten innerhalb der vier Wände des Hauses antastete, wie jubelte da das ganze Volk dem mannhaften Auftreten seiner Vertreter entgegen, mit wie berechtigtem Stolze begrüßte es die furchtlosen Reden derjenigen Männer, welche eben jener Spruch unter das Strafgesetz gestellt hatte. Es war eine großartige Debatte, die ihren Widerhall in ganz Europa fand, es war ein historischer Kampf, in welchem alles Recht auf der einen, alles Unrecht und die Gewalt auf der andern Seite stand, der langjährige Conflikt war zu einer Schärfe gebracht, daß eine friedliche Lösung kaum noch möglich schien und die Popularität der damaligen Abgeordneten schien auf lange Zeit hinaus gesichert. — Und als nach wenigen aber ereignißschweren Wochen dasselbe Volk zu neuen Wahlen an die Urne trat, da prophezeite man allgemein dem neuen Hause im Wesentlichen die Physiognomie des alten, ja man glaubte, daß mit wenigen Aenderungen dieselben Männer wieder nach Berlin gesandt werden würden — das Resultat ist bekanntlich ein ganz anderes, unerwartetes gewesen und es drängt sich die Frage auf, wo der Grund zu suchen ist dafür, daß die alten Kämpfer für verfassungsmäßige Freiheit zu großem Theile nicht wiedergewählt sind. Man hat die Schuld auf gouvernementale Beeinflussung schieben wollen; Thatsache aber ist, daß der ganze der Regierung zur Verfügung stehende Apparat seit den Zeiten der neuen Aera nie weniger thätig gewesen ist, als bei den letzten Wahlen, nehmen wir an, weil die Regierung es nicht für nöthig hielt. Sie rechnete sehr richtig auf einen Umschlag in der öffentlichen Meinung zu ihren Gunsten, der sich vollzog, weil sie, hier einerlei ob lang vorbereitet ob gedrängt durch die Macht der Ereignisse, ein großes Ziel der liberalen Partei als das ihrige anerkannte und mit seltner Energie alle Kräfte des preußischen Staates auf die Erreichung dieses Zieles concentrirte; sie rechnete ebenso richtig auf den durch

mehrjährigen Kampf entstandenen Parteidoktrinarismus ihrer Gegner, welcher diesen in der neuen Zeit die Popularität entziehen mußte. Schon seit längerer Zeit war es dem schärferen Blicke nicht verborgen geblieben, daß in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses eine nicht selten mit Anmaßung auftretende Auffassung der politischen Verhältnisse und Verwicklungen sich geltend machte, die nur einem in Abgeschlossenheit von den Strömungen des Volkslebens versumpfenden Parteileben entsprungen sein konnte. In der Einseitigkeit des Austausches von Ansichten innerhalb der Partei war der klare Ueberblick, das Bewußtsein des Zusammenhanges mit dem Volke verloren gegangen. Die liberale Partei, stark und einig in ihrer Negative, erwies sich als impotent, namentlich auf dem Gebiete der nationalen Politik, die für sie ein noli me tangere wurde im Interesse jener negativen Einigkeit. Sie fing an, ihren Einfluß und die Fülle ihrer Machtmittel zu überschätzen, sie substituirte kurzer Hand sich für das Volk und diesem verhängnißvollen Irrthum hat sie ihre Niederlage zu verdanken. So, wenn man das Ganze des preußischen Staates in's Auge faßt. Eine Verjüngung des Parteilebens auf Grund der neu sich gestaltenden national-politischen Verhältnisse thut in hohem Maße noth, mag man selbige nun von der eignen Erkenntniß der Parteien in Preußen, namentlich von der Einsicht und Geschicklichkeit ihrer Führer, mag man sie von dem Eintritt neuer Elemente erwarten, welche die Einverleibung von Hessen, Hannover u. s. w. uns bringen soll. Die Einseitigkeit und Verhärtung des preußischen Parteilebens offenbart sich namentlich in der Rheinprovinz und dem industriellen Theile unserer Nachbarprovinz Westfalen.

Hier sind die Wahlen wesentlich wie früher d. h. im Sinne der Fortschrittspartei ausgefallen, und nur wenige Kreise, wie z. B. das Wupperthal, haben der veränderten Situation Rechnung getragen. So groß war der Terrorismus der Fortschrittspartei, daß man das allgemeine Feldgeschrei „Wiederwahl" sich in der ängstlichen armseligen Interpretation aufdrängen ließ, es müßten dieselben Persönlichkeiten diesem Ministerium wieder entgegengestellt werden, ob auch persönliche und sachliche Gründe noch so entschieden dagegen sprachen. So sind denn einzelne unserer Wahlkreise selbst vom Standpunkte der Fortschrittspartei um jener Parteimarotte willen unleugbar und von der eignen Partei ungeleugnet schlecht vertreten.

Der Rheinländer rühmt sich mit Recht seiner Intelligenz, wir sind ein geschicktes und kluges Völkchen, wir haben Etwas von dem esprit unserer gallischen Nachbarn und sonst allerlei gute Anlagen, die langjährige Oeffentlichkeit und Mündlichkeit unserer Gerichtsverhandlungen und die forensische Beredtsamkeit unserer Advokaten haben uns eine große Gewandtheit im Reden gelehrt, wir haben die Schätze unseres Bodens und die Vortheile unserer günstigen geographischen Situation wohl zu verwerthen verstanden, wir sind reich und gebildet geworden. An politischen Talenten aber leiden wir Mangel. Wenn die Hauptstadt unserer Provinz, die uralte Metropole des rheinischen Handels, keinen besseren Vertreter zu entsenden vermag, als ihren neugewählten, von

dem man weiter Nichts weiß, als daß er ein guter Bürger seiner Vaterstadt ist, daß er für menschliche Leiden aller Art ein fühlendes Herz besitzt und zu politischen Demonstrationen geneigt ist, wenn die zweite Hauptstadt Düsseldorf Abgeordnete wählt, über deren politische Befähigung die eigenen Wähler den geheimnißvollen Schleier der Gesinnungstüchtigkeit mit dem Worte breiten „sie stimmen gut," so sieht das allerdings einem testimonium paupertatis gar zu ähnlich. Wohl hat das Rheinland viel tüchtige Männer geboren; aber in ihrer Heimath finden sie am wenigsten Anerkennung, sie stehen isolirt da und haben wenig Einfluß auf das öffentliche Leben. Dieses Leben wird vorzugsweise von zwei Strömungen beherrscht, die zwar dem Anscheine nach diametral entgegengesetzt laufen, ihrem Ausgangspunkte und ihren Wirkungen nach aber manche Aehnlichkeit mit einander haben.

Die Partei der äußersten Linken, die sich bildete, als zuerst wieder die sog. Demokratie an den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause sich betheiligte, nannte sich „die deutsche Fortschrittspartei." Der Name war gut gemeint, aber schlecht gewählt. Dieser Partei schlossen sich die rheinischen Demokraten an. Sie sind von vorn herein eine besondere Spezies der Fortschrittspartei gewesen und sind es geblieben bis auf den heutigen Tag. So lange es sich nur um Verfassungsfragen und um den inneren Conflikt handelte, gaben sie keine anderen, sie besonders charakterisirenden Lebenszeichen ab, als daß sie stets die extremsten Beschlüsse gut hießen. In der Opposition trafen sie sich mit allen anderen Genossen dieser Partei. Was sie aber gleich von der **deutschen** Fortschrittspartei hätte ausschließen müssen, das ist ihr Kosmopolitismus. Kosmopolitisch aber ist auch der Ultramontanismus oder um mit gewohnterem Ausdrucke zu sprechen, die klerikale Partei. Ist jene vaterlandslos aus eigner Wahl, so ist es diese begriffsmäßig. Und so lange diese beiden Strömungen, die demokratische und die klerikale, die herrschenden sind in unserem schönen Lande, so lange werden auch die Rheinländer keine guten Patrioten. Man hat sie **französischer** Sympathien anklagen wollen. Das ist unbegründet; sie haben eben keine nationalen Sympathien. Beweis dafür finden Sie in jedem Gespräche, das Sie mit einem gebildeten oder ungebildeten Landsmanne führen über die Verdienste des preußischen Staates um die Rheinprovinz: „das Gute, was wir haben, stammt aus der französischen Zeit und materiell würden wir besser, mindestens eben so gut gestellt sein, wenn wir einem andern Staate, beispielsweise Frankreich oder Belgien, angehörten." Kurz vor dem Ausbruche des Krieges noch hörte ich von einem Schwärmer für den Frieden um jeden Preis die ernstgemeinte Aeußerung: „Es ist mir ganz egal, ob wir Oesterreichisch werden." Auf meine bescheidenen Einwendungen, daß die wirthschaftlichen und finanziellen Zustände des Kaiserreichs, an denen wir dann Theil zu nehmen haben würden, doch kaum wünschenswerth erscheinen dürften, erfolgte als Antwort nur Stillschweigen.

Wenn man, um sich den unleugbaren Einfluß der Demokratie zu erklären, nach ihren Zielen forscht, so sucht man ein festes Programm vergebens. An

dessen Stelle findet man die ungemessenste Herrschaft der Phrase und, darin zeichnet sich am besten die ganze traurige Unproduktivität dieser Richtung, nicht einmal der selbstgeschaffenen Phrase, wie sie in der von burscheuschaftlichen Bestrebungen ausgegangenen Einheitsbewegung im übrigen Deutschland hervortrat, sondern der negirenden Phrase. Gelegentliche Aeußerungen Bismarck's von „Blut und Eisen" und „Macht geht vor Recht," die in ihrem Grundgedanken Wahrheit bergend, in der Burschikosität ihrer Form allerdings etwas Verletzendes und der bürgerlichen Moral Widerstrebendes trugen, wurden zu politischen Doktrinen erhoben und zu ihrer Bekämpfung eine quantitativ unendliche Fülle von Beredtsamkeit entwickelt. Verfolgen Sie die Wähler- und Wahlmännerversammlungen jüngsten Datums. In allen finden Sie das willkommene Thema bis zum Ueberdrusse variirt: „Recht geht vor Macht" und „Recht muß doch Recht bleiben." Unendlicher Beifallssturm „der mit gespannter Aufmerksamkeit dem gediegenen Vortrage bis zum Schlusse lauschenden Menge," die sich auf dem glatten Strome dieser Redensarten mit derselben Selbstgefälligkeit wiegt, wie der Redner, weil man keine erheblichen Anforderungen an ihr Denkvermögen stellt, folgte solchen Worten und man trennte sich mit dem erhebenden Bewußtsein, wieder ein Stück Geschichte gemacht zu haben. Darin unterscheidet sich die rheinische Demokratie zu ihrem Nachtheile von der süddeutschen, mit welcher sie im Uebrigen manche Verwandtschaft hat, deren Vertreter sie ja auch ihre „Freunde" zu nennen pflegt, daß sie absolut keine positiven Ziele aufstellt, während jene doch von einer Föderativrepublik als der wünschenswerthesten Form der deutschen Einheit schwärmen.

Als die Regierung im Abgeordnetenhause ihre Annexionsvorlage einbrachte, da erhob sich der alte Waldeck und sprach seine freie und freudige Zustimmung aus zu dem Großen das geschehen ist, und Waldeck ist doch gewiß ein Demokrat vom reinsten Wasser. Unsere Demokraten aber bleiben in ihrem Schmollwinkel nach wie vor. Sie müssen opponiren, weil Verneinung ihr Prinzip ist, weil sie nicht leugnen können, daß die Regierung die neueste Politik gemacht hat. Sie verhöhnen die vom Nationalverein erfundene Phrase von Preußens „deutschem Berufe" und haben dieser gegenüber sofort das allerliebste Schlagwort vom „Großpreußenthum" in die Welt gesetzt, das „unseren Freunden" im Süden, welche die mit schwarz-roth-goldener Binde geschmückten italienischen Regimenter Oesterreichs als deutsche Reichsarmee begrüßten, allerdings einen gewaltigen Schrecken einjagte. Die ungeheure Lüge jener schwarz-roth-goldenen Farben existirte nicht für sie. Weil die Regierung sich unterfing, die Lösung der deutschen Frage auf dem einzig möglichen Wege des Krieges in die Hand zu nehmen, wurde die Verfassung des deutschen Bundes, die sie vor 18 Jahren selber jauchzend zu Grabe getragen, auf die legitimste Weise selber mit vernichtet haben, für sie zu Recht bestehend, und es geschah himmelschreiendes Unrecht, als Preußen den Bundestag sprengte. Die Rheinische Zeitung, das bekannte Hauptorgan unserer Demokraten, machte noch am 14. Juni d. J. die Entdeckung, daß alle die gegen Preußen stimmenden Staaten „für deutsches Recht zusammenstehen" wollten, be-

zeichnete den bevorstehenden Krieg als ein „Duell mit Oesterreich" und sah „mit der tiefsten Bekümmerniß" der „Anarchie" entgegen, welche mit dem Kriege zugleich eintrete. Es war ja die offenbarste Anarchie, daß Preußen die von ihren Fürsten und höheren Beamten schmählich verlassenen Staaten occupirte, und es ist Anarchie, daß diese Länder durch einen Akt der gesetzgebenden Gewalt Preußens annektirt werden sollen. Darum verlangen unsere Demokraten das Selbstbestimmungsrecht der eroberten Länder, das schon früher, als die deutsche Frage zu der schleswig-holsteinischen zusammenzuschrumpfen drohte, auf das Tapet gebracht wurde, weil die mit der Legitimität geschlossene Ehe dem Augustenburger nicht zu seinem angestammten Thrönlein verhelfen wollte.

„Mit der tiefsten Bekümmerniß sehen wir, daß wir Recht hatten, als wir den Gang der Ereignisse voraussagten. Der deutsche Beruf Preußens hat sich herrlich bewährt: die Mainlinie zerreißt Deutschland in zwei Hälften, die Deutsch-Oesterreicher sind aus Deutschland hinausgewiesen, im Norden herrscht Bismarck über Großpreußen, mit Gewalt werden Hannover, Hessen u. s. w. einverleibt," so schmollen sie, und alle Gefühlspolitiker lauschen der neuen Klage über Deutschlands Schmach, und sagen Amen zu diesem Chaos von politischem Unverstande. Unsere Demokraten sehen die großen Dinge vor ihren Augen geschehen, sie ärgern sich selber gar Nichts daran gethan zu haben, ärgern sich doppelt, daß dies Ministerium so Großes geleistet hat, darum suchen sie die Verdienste und die Resultate zu verkleinern und zu schmähen. Ein rheinischer Fortschrittsmann nennt die preußische Armee, in welcher seine eigenen Söhne und Brüder dienen und jetzt die Bluttaufe gemeinsam mit den Bewohnern des Weichsel- und Ostseestrandes empfangen haben, nie anders als „die Preußen" und „Preußen" nennt er auch die Gensd'armen und königlichen Beamten. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich den Ursprung jener absoluten Opposition mit in diesem leider immer noch vorhandenen Gegensatze finde, in welchen der Rheinländer sich zu Preußen, zu den „Altländern" setzt, und wiederum in diesem Charakter der rheinischen Demokratie zum Theile den Grund ihres Einflusses erblicke.

„Diesem Ministerium kein Geld" war vor den Wahlen die Losung, welche Sie in den Resolutionen der Wahlversammlungen und den Programmen der Wahlkandidaten überall variirt finden. Der Abgeordnete für Dortmund Dr. Becker behandelt in einem vom 25. Juni datirten Aufrufe dieses Thema ausführlich und meint, dasselbe müsse „allgemeiner ausgedrückt" eigentlich heißen: „diesem Ministerium überhaupt gar Nichts." Das ist klar gesprochen, nur verdunkelt der Autor den Sinn dieses Programms, wenn er von Ausnahmen spricht, welche dieser Satz finde, „wenn ein höheres Interesse" auf dem Spiele stehe, da das Ministerium von dem Staate zu unterscheiden sei. Kein Wort in diesem Aufruf von den nationalen Zielen, welche zu erreichen die Regierung doch versprochen hatte, kein Wort vom deutschen Parlament, dessen Schaffung die Regierung notorisch beim Bundestage und bei den einzelnen deutschen Staaten beantragt hatte, kein Wort von den schon erreichten Erfolgen der Besetzung der renitenten Staaten. In großer Zeit welterschütternder

Ereignisse wird an dem alten Hader ruhig weiter gearbeitet, und, als wären wir mitten im Frieden, von Kreis- und Gemeindeordnung gesprochen, welche die Feudalen dem Volke nicht gönnen wollen. Wenn irgendwo, dann paßt auf diese Leute das Wort des Dichters vom alten Sauerteige, der nimmer verdaut werden kann. Jetzt erheben sie warnend ihre Stimmen: „Laßt nur einmal erst die Indemnitätsfrage erledigt sein, dann werden die wahren Intentionen der Regierung schon zum Vorschein kommen." Warum sollte eine Regierung, die so Großes ohne die Abgeordneten vollbracht hat, diese Abgeordneten jetzt wohl zu gewinnen suchen durch Entgegenkommen auf allen Gebieten des Verfassungslebens, wenn sie nicht das Bedürfniß nach wirklichem Frieden im Innern hätte? Reaktionäre Wahlagitatoren warfen der Fortschrittspartei bekanntlich vor, sie würde in Consequenz ihrer Losung die Soldaten im Felde verhungern lassen; nach dem Kriege hörte ich mit Beziehung hierauf aus demokratischem Munde die rhetorische Frage: „Sind denn nun unsere Soldaten verhungert?" Eine schlagendere Selbstkritik kann man sich kaum denken. Fast alle öffentlichen Blätter mit Ausnahme der Rheinischen Zeitung begrüßten die Thronrede mit Jubel als den ersten Schritt zur Versöhnung. Daß auf das Wort des Königs von Preußen der alte Spruch vom Königswort, das man nicht drehen und deuteln soll, noch Anwendung findet, das, meine ich, hat der vielgenannte Ausspruch des jetzigen Königs, daß mit seinem Willen kein Fußbreit deutschen Bodens verloren gehen solle, in der neuesten Zeit französischer Compensationsforderungen glänzend bewiesen. Fast triumphirend bemächtigte man sich des Compensationsthemas und wieder klang es: „Wir haben es euch ja gleich gesagt, Alles ist vorher abgekartet, Preußen bekommt Zuwachs und dafür Frankreich ein Stück von Deutschland." Daß man aber früher stets behauptet hatte, Bismarck sei ein Politiker, der sich von den Ereignissen treiben lasse, das hatte man vergessen.

Nie haben unsere Fortschrittsmänner lustiger im breiten Fahrwasser des öffentlichen Lebens geschwommen, als zur Zeit der Friedenspetitionen. Waren diese traurigen Ergüsse einer öffentlichen Meinung, die nur den allerengsten Begriff des materiellen Wohles erfaßte, auch nicht ausschließlich das Werk der Demokratie, sondern spontane Aeußerungen der industriellen Welt, der Handelskammern, Kaufleute, Gewerbtreibenden, städtischen Vertretungen u. s. w., so sind doch alle diese Kreise mit demokratischen Elementen durchsetzt und die demokratischen Preßorgane thaten das Ihrige, um jede Petition ihren geduldigen Lesern in extenso aufzutischen. Den Friedensbitten folgten die Wahlversammlungen, Programme, Manifestationen, die mit einer Breite behandelt wurden, als wenn jedes Wort ein monumentum aere perennius wäre. Als dann das Volk in Waffen in die Aktion trat, und das Interesse für den Verfassungskonflikt bedenklich erkaltete, so daß man endlich am 5. Juli mit sauersüßer Miene die Erfolge der preußischen Waffen für „unbestreitbar" erklären mußte, da wurde der Räsonnementsstoff mager. Die politischen Uebersichten der Rheinischen Zeitung schrumpfen vom 28. Juni ab auf ein Minimum ein. Das letzte Attentat

auf die Geduld des Publikums machte dieselbe Zeitung am 26. Juni, wo sie acht, sage acht Spalten ihres compressen Satzes mit einem Referat über den Prozeß Classen-Kappelmann contra Regierung zu Cöln betreffs Erstattung der Miethe des Gürzenichsaales anfüllte. Die Wirthshauspolitiker bezweifelten in den ersten Tagen des Krieges hartnäckig die preußischen Siege und verwiesen zur Kritik der amtlichen Berichte auf die süddeutschen und österreichischen Kriegsbülletins. Als dann das stete Vorrücken der Preußen in Böhmen diese letzteren als krasse Lügen erscheinen ließ, als gar die Gewißheit von dem gewaltigen Siege bei Königgrätz auch den Widerwilligsten zur Anerkenntniß der Wahrheit zwang, da verstummten sie eine Zeit lang, bis es gelungen war, der Opposition eine neue Form zu geben und diese ist: „Unsere Krieger haben sich bewunderungswürdig geschlagen, und ihnen allein gebührt der Ruhm, da sie trotz der schlechten Führung so große Erfolge errungen haben.“ Und nun wurde haarscharf nachgewiesen, daß grobe strategische und taktische Verstöße an allen Ecken und Enden begangen seien.

Doch genug von diesen kleinen Zügen, die mich sogar auf das Gebiet der Bierbankpolitik verlockt haben. Daß das Kannegießern, eine unfruchtbare Beschäftigung ist, wenn es sich um die Erreichung großer Ziele handelt, ist grade jetzt bis zur Evidenz bewiesen. Auf dem Gebiete der Wahlen aber ist es, namentlich so lange das jetzige Wahlgesetz mit seinem Dreiklassensystem und seiner öffentlichen Abstimmung besteht, eines der wirksamsten Mittel für die Herrschaft einer Partei. Unsere Industriellen haben faktisch nicht die Zeit, sich eingehend genug mit den Tagesfragen zu beschäftigen, um sich ein selbständiges und sicheres Urtheil zu bilden. Wenn sie, nachdem der Tag unter der Last der Geschäfte an dem Comtoir verbracht ist, zur Erholung Abends in's Wirthshaus gehen, um ein Schöppchen zu trinken, da ist es gar bequem, zu hören, was Andere während des Tages gedacht haben. Leicht gefangen von einem gewandten Vortrage und schlagfertiger Debatte läßt der Rheinländer sich gern überreden und glaubt überzeugt zu sein, wenn ihm eine Phrase glatt eingegangen ist. Das Verurtheilen ist so viel leichter, als das Urtheilen, zumal wenn es sich um Maßregeln einer Regierung handelt, die man immer noch als eine aufgezwungene halb fremde betrachtet, deren strammes Wesen dem weicheren leichtlebigen Rheinländer nicht recht behagt, die noch dazu eine protestantische ist und allerdings vor Jahren manchmal schroff auftrat gegen die Opposition des Klerus.

Das Hauptmittel, durch welches die demokratische Presse wirkt, ist der politische Klatsch. Eine Zeit lang führte die Rheinische Zeitung eine Rubrik „Waffentragen außer Dienst,“ in welcher sorgfältig alle von Soldaten begangenen Exzesse berichtet und geschildert wurden. Daß derartige Exzesse überall vorkommen, wo es eine stehende Armee giebt, in Bayern und Hannover eben so gut, davon schwieg man. Wer die Phrase für das erklärt, was sie wirklich ist, wer anerkennt, was anzuerkennen ist, selbst wenn dieses Ministerium es vollbracht, der wird ohne Weiteres als Feind des Volkes bezeichnet, der ist ein Reaktionär und huldigt der Gewalt.

So hatte noch zur Zeit der letzten Wahlen eine Partei das Heft in der Hand, welche eigentlich im Staate keinen Boden findet. Es giebt nur ein positives Ziel, mit welchem sich ihre ausgesprochenen Ansichten und Lehren vertragen: die Revolution. Gelegentliche Aeußerungen, wie die, daß ein Sieg Oesterreichs minder gefährlich sei, als ein Sieg Preußens, weil die alternde Macht des Hauses Habsburg nicht derart im Stande sei, den Fortschritt aufzuhalten, wie ein durch den Sieg gekräftigtes Preußen, welche man vor dem Kriege mehr als einmal hören konnte, weisen fast auf dieses letzte Ziel hin. Doch glaube ich nicht, daß mit Bewußtsein auf dasselbe hingearbeitet wurde. Bekanntlich haben die rheinischen Abgeordneten fast alle für die Adresse des Abgeordnetenhauses gestimmt, wie sie durch Forckenbeck's Vermittlungsbemühungen zu Stande gekommen war. Mit einem Schlage stellen sie sich dadurch auf einen ganz anderen Boden. Wenn sie die Consequenzen der Sätze ziehen wollen, zu denen sie sich in der Adresse bekennen, so haben sie die großartigste politische Umwandlung in wenig Wochen vollzogen. Es sei ferne von mir, darüber mit ihnen zu rechten, ich wünsche aufrichtig Glück zu den neuen Bahnen. Ja, ich glaube, daß sie durch diese Wandlung nur Schritt halten mit der Wandlung, die sich augenblicklich im Volksleben hier vollzieht. Man fängt an, zu begreifen, daß ein Staat, der so Wunderbares vollbracht hat, wie der preußische, durch Negationen nicht aus der Welt zu schaffen ist, man fügt sich in das Unvermeidliche und ist so auf dem Wege, von der Demokratie loszukommen, deren Ausgangspunkt darin lag, dem Staate Preußen „seinen deutschen Beruf" abzuerkennen. Das erste bedeutendere Organ unserer demokratischen Presse, das offen und freimüthig die neue Wendung der Dinge als nothwendigen Ausgangspunkt der politischen Bestrebungen anerkannte, war die Elberfelder Zeitung, die ohne Scheu eingestand, sich in dem Urtheile über die Fähigkeit und den Willen der Regierung getäuscht zu haben. Die kleineren Blätter waren schon lange schwankend gewesen und wußten sich in die neuen Verhältnisse nicht zu finden. Das gewohnte Räsonnement versagte seine Dienste, man fand in den neugeschaffenen Zuständen manches Gute und Wünschenswerthe und, indem man dies anerkennen mußte, war man schon aus der Negation herausgetreten. — Vielleicht geben schon die Wahlen zum deutschen Parlamente Zeugniß von der beginnenden, wenn auch lange noch nicht vollzogenen Aenderung.

Politische Correspondenz.

Berlin, 10. September.

Die Wünsche, welche unsere letzte Monatsrundschau beim Beginne des Landtags aussprach, sind seitdem zum guten Theile in Erfüllung gegangen. Als wir sie niederschrieben, war eine peinliche, unfruchtbare Pause in dem parlamentarischen Leben eingetreten. Der Groll, die Eigenrichtigkeit der halbverschollenen Tage des Haders entlud sich noch einmal in den Fractionssitzungen; die Parteien der alten Opposition suchten noch den Muth der Selbstüberwindung, welcher dem Politiker so schwer fällt, wenn die Ereignisse seinen Berechnungen nicht entsprachen. Nicht ohne Sorge konnten die besonnenen Freunde der Freiheit dem Durcheinander der Adreßentwürfe zuschauen; fast schien es, als sollte die Gefahr des Absolutismus, welche durch den Verlauf unserer Revolution allerdings gegeben ist, durch die Schuld der Liberalen näher gerückt werden, als wollten die parlamentarischen Parteien ihre eigene Unfruchtbarkeit in demselben Augenblicke erweisen, da die Krone sich in der Fülle der Kraft gezeigt hatte. Dieser Sorge sind wir Gottlob enthoben. Ein kluger und rechtzeitiger Entschluß, den das Land dem Präsidenten v. Forckenbeck nicht vergessen wird, setzte den endlosen Adreßberathungen ein Ziel. Seitdem ist das Eis gebrochen, die Verhandlungen fließen in ruhiger, sicherer Strömung. Bewußt oder unbewußt ist in allen politischen Köpfen die Einsicht zum Durchbruche gekommen, daß heute die Lebenskraft der Parteien abhängt von ihrer Fähigkeit, die große nationale Politik der Regierung zu verstehen und zu fördern. In einer Zeit, da das Ministerium auf die besten Ueberlieferungen aus den Tagen Friedrich's des Großen zurückgreift, muß jeder gute Preuße gouvernemental sein. Doch mit Nichten war die gouvernementale Haltung des Hauses der Abgeordneten eine blinde Unterwerfung; die Unterstützung, welche es der Regierung gewährte, war eine freie, selbständige, würdig eines gesetzgebenden Körpers, der ein Bewußtsein hat von seiner Bedeutung.

Eine zwiefache Aufgabe ist der gegenwärtigen Session auferlegt. Es galt zunächst den Conflict zu beseitigen; dies ist endlich geschehen durch die Ertheilung der Indemnität. Eine absolute Sicherheit, daß ähnliche Verfassungskämpfe nie wiederkehren, ist allerdings nicht vorhanden; aber — unfertig wie unser constitutionelles Leben noch immer ist — liegt die beste heute denkbare Bürgschaft gegen die Wiederkehr solcher Conflicte in der Thatsache, daß die Krone in dem Augenblicke ihres schönsten Triumphes die Nothwendigkeit der Versöhnung empfunden, die Verfassungsverletzung eingestanden und entschuldigt hat. Die Beweisgründe, welche eine geringe Minderheit gegen die Indemnitätsertheilung vorführte, geziemten sich in der That mehr für das Barreau als für die parlamentarische Rednerbühne. Namentlich den Abgeordneten Gneist, der um die politische Theorie sich so große Verdienste erworben hat, sehen wir auf dem be-

sten Wege sich für die praktische Politik unmöglich zu machen, was wir im Interesse aller Parteien lebhaft beklagen würden. Seine Haltung war um so unbegreiflicher, da Niemandem entgehen kann, daß mit der Constituirung des norddeutschen Bundes eine wesentliche Abänderung der preußischen Verfassung eintreten muß; und wer darf neue Thürme bauen auf ein Haus, von dem binnen Kurzem ein Theil abgetragen werden soll? „Mag das Land untergehen, die Prinzipien bleiben" — rief man einst im Convente. Derselbe Fanatismus des trockenen Verstandes, doch glücklicherweise nicht die revolutionäre Thatkraft Robespierre's, sprach aus der Rede Johann Jacoby's, der in der That in der erhabenen Einsamkeit seines theoretischen Traumlebens gar nicht bemerkt hat, daß eine Revolution zwischen der letzten und der heutigen Session mitteninne liegt. Der Redner hat die verdiente Strafe gefunden in dem Beifall, den die schwäbische Demokratie „dem einzigen Charakter des preußischen Landtags" zurief; die Männer unserer äußersten Linken werden ebensowenig wie die unverbesserlichen Demagogen des Südens jemals begreifen, daß die Politik die Wissenschaft des Erreichbaren ist.

Nachdem also der innere Hader begraben war, der seit Jahren den Feinden Preußens willkommener Vorwand für redliche und unredliche Angriffe bot, ging der Landtag an seine zweite, dankbarere, Aufgabe, an die Mitwirkung bei der Neugestaltung Deutschlands. Die beschlossene Einverleibung der neuen Provinzen war ein tapferer Schritt vorwärts, und hier zeigte sich, daß der Liberalismus wohl im Stande ist, als ein selbständiger und darum werthvoller Bundesgenosse der Regierung in die Hände zu arbeiten. Die Regierungsvorlage litt an einem logischen Widerspruche. Sie ging zwar von der Erkenntniß aus, daß Preußens Stärke, dem losen Gefüge der österreichischen Monarchie gegenüber, in seiner festen einheitlichen Organisation besteht; sie berief sich daher auf den Artikel 2 der Verfassung, der von der Erweiterung des Staatsgebietes spricht. Doch um den unvermeidlichen Uebergangszustand rechtlich zu begründen, stützte sie sich gleichzeitig auf den Artikel 55, der von der Personalunion handelt. Diesen Widerspruch hat die Commission kurzerhand beseitigt. Die sofortige Einverleibung der neu erworbenen Länder ward beschlossen, der provisorischen „wohlwollenden Dictatur" eine feste Zeitgrenze gesetzt, von welcher ab die preußische Verfassung in den neuen Provinzen gelten wird. Auf beiden Seiten war der beste Wille unverkennbar; die Regierung ging willig auf die Verbesserungsvorschläge ein; der neue Gesetzentwurf über die Einverleibung der Elbherzogthümer stellt sich von vorn herein auf den von der Kammer behaupteten Standpunkt. Als den Rechtstitel der Einverleibung bezeichnete Graf Bismarck mit einem classischen Worte „das Recht der deutschen Nation zu existiren, zu athmen und dafür den geeigneten Boden zu gewinnen." In der Debatte trug Herr Waldeck diesmal den Preis davon; es war eine Freude, wie jugendfrisch und hoffnungsvoll der greise Niedersachse sich zurecht zu finden wußte in dieser neuen Zeit, die das tapfere Sachsenland, zum ersten Male seit den Tagen unserer großen Kaiser, wieder unter Einer mächtigen Krone vereinigt hat.

Der warmherzige Patriotismus, der kerngesunde Menschenverstand dieser Rede aus demokratischem Munde wird seines Eindrucks nicht verfehlen. Fragen wir, welche Elemente der nothwendigen Einverleibung widerstreben, so finden wir zunächst den hannoverschen Adel, der mit staunenswerther Unbefangenheit soeben ein Haupt der österreichischen Partei, Herrn v. Rössing, als Wortführer an den König geschickt hat. Wir finden ferner die armseligste Kleinstädterei, welche den Gedanken gar nicht fassen kann, daß außerhalb der heimischen Stadtmauern auch noch Menschen wohnen. Die zahlungsfähige Moral in Frankfurt schaudert vor der allgemeinen Wehrpflicht, sie trägt sich mit der Frage, ob man nicht den wohlhabenden Bürgerssöhnen — natürlich nur den wohlhabenden — gestatten solle ihr Freiwilligenjahr in der Vaterstadt abzudienen. In der Stadt Hannover huldigt man der Ansicht, daß eine wirkliche Hauptstadt ein Unglück für Deutschland sei, und meint, das norddeutsche Parlament werde in dem Welfenschlosse die passenden Räumlichkeiten finden. Das Augustenburgerthum läßt nicht ab die Welt durch immer neue Beweise seiner politischen Unfähigkeit zu ermüden; soeben haben diese Legitimisten die Parole der Reichsverfassung ausgegeben, damit nur ja der einzige Weg, der jetzt noch zur deutschen Einheit führt, nicht betreten werde. Doch zu diesen Parteien, mit welchen eine ernsthafte Verhandlung nicht möglich ist, gesellen sich leider auch einzelne patriotische Männer, welche ihre beste Kraft an den Ausbau der heimischen Verfassung gesetzt haben und nun den Inhalt eines ganzen ehrenwerthen Lebens verloren sehen: — so Fr. Oetcker. Ihm ist zu Muthe wie weiland dem alten Pütter, als das heilige römische Reich zusammenbrach und die schönen Folianten und Hefte der Reichsjurisprudenz zu Maculatur wurden. Der gelehrte Jurist trauerte bekanntlich um das heilige Reich, indem er sich keine Hosen mehr anschaffte. Von einem rüstigen Patrioten wie Fr. Oetcker erwarten wir mehr Lebenskraft; der Verfassung, welcher sein Streben galt, folgt nicht die Anarchie, wie einst dem römischen Reiche, sondern ein gesichertes Rechtsleben in größeren, gesünderen Verhältnissen. Es liegt auf der Hand, daß der complicirte Bau des norddeutschen Bundes eines einheitlichen Kernes bedarf, nicht eines preußischen Staats mit sechs verschiedenen Landesverfassungen; die norddeutsche Welt ist der Zersplitterung bis zum Ekel satt, auch der bestgemeinte particularistische Widerstand gegen das Nothwendige wird nur die eine Folge haben, daß einige brave Männer sich dabei zu Grunde richten. Ueber die Schonung aller berechtigten Eigenthümlichkeiten, welche Preußens Staatseinheit ertragen kann, sind Regierung und Landtag einig. Ganz müßig erscheint insbesondere die oft ausgesprochene Sorge, es werde der Versuch einer deutsch-evangelischen Nationalkirche gewagt werden; zu kirchlichen Neubildungen ist diese durchaus weltlich-politische Revolution wahrlich am wenigsten angethan. Alles in Allem hoffen wir, die neuen Provinzen werden mit den alten sogar noch schneller sich verschmelzen, als einst das weite Schlesien mit den schwachen Erblanden Friedrich's.

Im Verlaufe dieser Debatte zeigte sich deutlich die Zersetzung der alten Parteien. Aus der Fortschrittspartei sind einige ihrer tüchtigsten Mitglieder

ausgetreten. Auch der zurückgebliebene Stamm ist noch bunt genug; noch in jeder Debatte gingen die Ansichten der Parteigenossen weit auseinander. Wir wenigstens begreifen nicht, wie der preußische Patriot Waldeck mit dem vaterlandslosen Particularismus einiger Mitglieder der äußersten Linken auf die Dauer unter Einer Fahne kämpfen soll. Von der großen conservativen Partei hat sich eine „junge Rechte" unter Graf Bethusy's Führung abgelöst; sie zählt einige vielversprechende politische Talente in ihren Reihen und stimmt in vielen Fragen mit den Anschauungen der altliberalen Partei überein, die noch immer eine wesentlich aus Notabilitäten, aus Feldherren ohne Heer bestehende Fraction bildet. Alle diese Erscheinungen weisen auf eine Neugestaltung der Parteien, welche auch in der Presse immer von Neuem (soeben wieder in der trefflichen Schrift „Worauf es jetzt ankommt" von F. Kreyßig) gefordert wird. Die gegenwärtige kurze Session freilich wird diesen Umschwung des Parteilebens noch nicht bringen; doch in einer nahen Zukunft ist die Bildung einer oder mehrerer national-liberaler Fractionen unvermeidlich. Darauf deutet schon der Gang unserer deutschen Politik. In den annektirten Provinzen findet Preußen zuverlässige Freunde nur in den Reihen der gemäßigt-conservativen und vornehmlich der liberalen Partei. Noch greller tritt dies Verhältniß hervor in Süddeutschland; hier sind die Begriffe „streng-conservativ" und „österreichisch" vollkommen gleichbedeutend. Zudem hat die Haltung des Herrenhauses genugsam bewiesen, wie wenig die extreme Feudalpartei von der nationalen Staatskunst des Grafen Bismarck erbaut ist. Zwar über die Wuchergesetzdebatte des hohen Hauses sind wir versucht mit Heiterkeit hinwegzusehen, wenn es nicht gar so beschämend wäre, daß in dem Oberhause eines civilisirten Staats noch eine so kindliche Unkenntniß der einfachsten volkswirthschaftlichen Wahrheiten vorherrscht. Bedenklicher war die barsche Abweisung, welche der patriotische Adreß-Entwurf des Oberbürgermeisters Hobrecht erfuhr; noch deutlicher redeten die Klagen des Herrn v. Kleist-Retzow über den Krieg wider das heilige Oesterreich, die Schmähungen der Kreuzzeitung gegen das revolutionäre Königreich Italien, und am Allerdeutlichsten die Herzensergießungen einiger westphälischer Edelleute. Graf Westphalen giebt seine Stelle im Herrenhause auf, weil der deutsche Bund schnöde zertrümmert ward; Freiherr v. d. Busche protestirt gegen die Vergrößerung unseres Staats und harrt der besseren Zeiten, da die Welfen wieder bis an das Ende aller Dinge regieren werden; der Herzog v. Croy erklärt, daß er fortan nur ein Belgier sei, nicht mehr ein Preuße. Mit solcher Gesinnung können die Sieger von Königgrätz sich allerdings nicht verständigen. Wenn nicht gehäufte Fehler von beiden Seiten den natürlichen Gang der Dinge stören, so ist ein streng-conservatives Parteiregiment in der nächsten Zukunft unmöglich; wir werden eine conservative Regierung haben, welche, soweit die menschliche Gebrechlichkeit dies erlaubt, über den Parteien steht, das will sagen, auf die besonnenen Elemente aller gemäßigten Fractionen sich stützt und in den Extremen von rechts und links ihre geborenen Gegner findet.

Zwei wichtige Arbeiten stehen dem Landtage noch bevor. Die Erledigung

der Anleihevorlage wird noch harte Kämpfe kosten; schwere Bedenken haben sich erhoben sowohl gegen die Höhe der Anleihe, als gegen das altpreußische Institut des Staatsschatzes, den wir unsererseits in so drangvollen Tagen für unentbehrlich halten. Indeß steht zu hoffen, daß auch hierüber eine Verständigung erreicht wird. Auch das Wahlgesetz für das Parlament wird angenommen werden. Zwar ist das allgemeine und direkte Stimmrecht ein auf deutschem Boden in solchem Umfange noch nie gewagtes Experiment, und es bleibt eine subjective Vermuthung, die leicht trügen kann, wenn wir meinen, aus solchen Wahlen werden in den alten Provinzen viele conservative, in den neuen viele particularistische Abgeordnete hervorgehen. Aber das allgemeine Stimmrecht ist von der Regierung in jenen verhängnißvollen Junitagen der deutschen Nation feierlich verheißen; Jedermann sieht, daß ein unter solchen Umständen gegebenes Wort eingelöst werden muß.

Das neue Wahlgesetz gilt nur für das Parlament ad hoc, welches die Bundesverfassung mit den Kronen des Nordens vereinbaren soll. Alles Weitere liegt noch in undurchdringlichem Dunkel. Das Nebeneinanderbestehen eines preußischen Landtags und eines norddeutschen Reichstags, der neben 250 preußischen nur gegen 50 nichtpreußische Mitglieder enthalten würde, ist in der That eine so beispiellose Anomalie, daß selbst nahe Gesinnungsgenossen über die Frage, wie diese beiden Körper sich zu einander verhalten sollen, verschiedener Meinung sein können. Wenn wir uns nicht ganz täuschen, so wird es darauf ankommen, die beiden Körperschaften, welche beide wesentlich preußische Volksvertretungen sind, möglichst vollständig mit einander zu verschmelzen. Die centrifugalen Kräfte werden in dem norddeutschen Bunde eine bedeutende Macht bilden, alle erdenklichen, revolutionären und demokratischen, Oppositions-Elemente werden, einig in particularistischem Trotz, in dem Parlamente vertreten sein. Daß die Hofburg auf ihre Machtstellung in Deutschland noch keineswegs für immer verzichtet hat, liegt vor Augen. Die treuen Bundesgenossen, die kleinen Kronen des Nordens, haben ihre Bundeshülfe zumeist erst nach der Entscheidung gestellt, und wir konnten uns oft der ruchlosen Frage nicht erwehren, ob es nicht ein Segen für das Vaterland gewesen wäre, wenn man die Kleinfürsten des Nordens allesammt als Feinde hätte behandeln können. In solcher Lage muß Alles vermieden werden, was die straffe Ordnung des preußischen Staats irgendwie lockern könnte. Besteht neben dem preußischen Landtage ein norddeutsches Parlament als selbständiger Körper, vielleicht hervorgegangen aus einem anderen Wahlgesetze, angefüllt von anderen Parteigruppirungen, so entsteht unfehlbar zwischen den beiden Körperschaften ein Zustand der Reibung, der Eifersucht, und an die Regierung tritt die fast übermenschlich schwere Versuchung heran, den einen Körper gegen den anderen zu benutzen. Soll dies vermieden werden, so bleibt nur übrig die Verschmelzung der beiden Körperschaften. Die preußischen Minister des Auswärtigen, des Kriegs, der Marine, des Handels müssen zugleich Minister für Norddeutschland sein. Dasselbe Wahlgesetz für beide Körper, dieselben Männer als Vertreter des preußischen

Volks im preußischen und im norddeutschen Parlamente. So würde sich ein engerer und ein weiterer Reichstag bilden, die preußischen Abgeordneten wären vor der unziemlichen Rolle eines Provinziallandtages bewahrt, der Schwerpunkt aber würde offenbar in den weiteren Reichstag fallen, der den weitaus größten Theil des Budgets zu bewilligen hätte. Man wende nicht ein, das heiße neuen Wein in alte Schläuche füllen. Die alten preußischen Parteien beginnen sich aufzulösen; es steht nicht zu fürchten, daß die Vertreter der Kleinstaaten in das Fahrwasser des Budgetstreites einlenken werden. Die preußische Verfassung — ein ultraliberaler Entwurf, dann in reactionärem Sinne traurig verunstaltet — ist sicherlich kein Meisterwerk; wichige Aenderungen, namentlich in der Zusammensetzung beider Häuser des Landtags, scheinen mit der Constituirung des norddeutschen Bundes unvermeidlich geboten. Immerhin ist diese Verfassung die rechtliche Form der bereits vorhandenen deutschen Staatseinheit, und es scheint uns weise, die norddeutsche Bundesverfassung an dies Gegebene eng anzuschließen. Diese Gedanken, die allerdings in der Einsicht wurzeln, daß wir dem Einheitsstaate entgegengehen, stimmen zu unserer Freude wesentlich überein mit der Schrift von Prof. Hermann Schulze in Breslau über „die Friedensbestimmungen.“ Wir schreiben sie nieder, mehr um unsere Leser zum eigenen Nachdenken aufzufordern, als um ein abschneidendes Urtheil zu fällen über eine noch nicht spruchreife Frage.

Für den Augenblick bedrängen andere, nähere Sorgen den werdenden norddeutschen Bund. Die Zustände in dem unglücklichen Sachsen werden von Tag zu Tag unerträglicher. Der Artikel der Nikolsburger Präliminarien über Sachsen gemahnt in der That an den Artikel über Malta in dem Frieden von Amiens. Es ist ein Nebenpunkt, dessen tractatenmäßige Erledigung ebenso unmöglich scheint wie die friedliche Abänderung — ein Punkt, der mithin leicht den Ursprung eines Krieges bilden kann. Mit unzweideutiger Offenheit bekennt heute die rheinbündische Krone, daß sie alle ihre Hoffnungen auf die Hülfe des Auslands setzt. Ein König kann kein Vasall sein. Dasselbe Cabinet, das noch vor Kurzem die Annexion der Herzogthümer für annehmbarer erklärte als die Februarforderungen Preußens, sieht sich jetzt selber durch eine gerechte Vergeltung denselben Forderungen gegenübergestellt. Was die Patrioten im Lande von der abermals zur Herrschaft gelangenden Hofpartei zu erwarten haben, das hat diese Coterie noch unter dem Drucke der preußischen Waffen durch tausend große und kleine Bosheiten genugsam erwiesen. Die Abdankung des Königs Johann würde, bei der bekannten Gesinnung des Kronprinzen, Preußens Interessen nur noch mehr gefährden. Am Wenigsten kann die Einsetzung eines ernestinischen Fürstenhauses frommen. Das Band der Pietät, das noch immer Tausende an die alte Dynastie kettet, wäre dann zerrissen, und doch nur ein Uebergangszustand geschaffen, dem weder Herrscher noch Beherrschte irgend eine Lebenskraft zutrauen würden. Ueberdies ist die Erbfolge zweifelhaft: das nach unserem Urtheile bessere Recht Meiningens wird von dem Hause Weimar bestritten. Kurz, Verwirrung, Unfrieden überall, wenn

das unselige Experiment der Doppelherrschaft gewagt wird. Frieden und Ordnung kann dem Lande nur werden durch die vollständige Einverleibung, und die Anregung dazu muß ausgehen von dem Volke selber. Bereits ist die annexionistische Bewegung im Wachsen; die Landesversammlung in Leipzig hat mit einem Muthe, einer Einsicht, die wir nach dem langen Stillstande des öffentlichen Lebens in Sachsen kaum erwartet hätten, die Wünsche der Patrioten offen ausgesprochen. Da überrascht der Generalgouverneur die Patriotenpartei durch das Verbot aller politischen Versammlungen. Wir halten diesen Schritt für einen großen Fehler. Es wäre thöricht, die Logik constitutioneller Rechte in's Feld zu führen; der Kriegszustand herrscht im Lande, das Interesse des Eroberers ist oberstes Gesetz. Aber wir bezweifeln, ob das Verbot dem preußischen Interesse dient; wir fürchten vielmehr, die in Sachsen weit verbreitete Meinung, daß zwei Parteien am Berliner Hofe einander gegenüberstehen und Preußen dem sächsischen Hofe keinen festen Willen zeigen wolle, wird durch die Maßregel des Generals v. Schack neue Nahrung gewinnen. Allerdings wird es auch an legitimistischen Kundgebungen nicht fehlen, wenn man den Parteien einige Freiheit gestattet. Doch lasse man immerhin die Roßmäßler und Genossen, die rothen Radicalen, im Bunde mit dem Pöbel und der Polizei, für das Recht des legitimen Rautenkranzes demonstriren: — dieser Bund der Extreme wäre eine furchtbare moralische Niederlage der Dynastie, eine wirksame Warnung für alle besonnenen Männer, eine Stütze für die annexionistische Bewegung.

Ebenso unlogisch, doch weniger gefährlich ist die Stellung von Darmstadt zu dem norddeutschen Bunde. Der Großherzog sollte sein Stammland verlieren, das einzige, welches ihm das Recht giebt sich einen Fürsten von Hessen zu nennen. In solcher Noth wandte er sich nach deutscher Kleinfürstenweise an das Ausland, und jetzt hat er zwar Gottlob den Schlüssel des Rheinlandes einer preußischen Besatzung ausliefern müssen, aber leider eine Zwitterstellung halb inner- halb außerhalb des norddeutschen Bundes errungen. Wenn Preußen dies zu benutzen weiß, so muß es gelingen, Darmstadt und bald auch Baden durch eine Reihe von Verträgen so fest mit dem norddeutschen Bunde zu verbinden, daß der wirkliche Eintritt beider Staaten nur noch eine Frage der Form wird.

Die letzten Wochen haben abermals bewiesen, wie sehr Graf Bismarck im Rechte war, als er ein gesammtdeutsches Parlament, heute berufen, mit dem trojanischen Pferde verglich. Wir sind allzumal Sünder, und wenn wir die erschreckend apathische Haltung der Hannoveraner und Kurhessen betrachten, so fehlt uns der Muth harte Worte zu brauchen über die fieberische Aufregung, die in einzelnen Schichten des süddeutschen Volks noch aufbrennt. Aber die bestialen Rohheiten, welche die bayrischen Truppen bei ihrem Abzuge nach einem so kläglichen Kriege begingen, und vor Allem die scheußliche Ermordung eines unserer Offiziere bei Aschaffenburg, bezeugen allzulaut, wie fremd die Masse des Volks uns leider noch gegenübersteht. Hie und da regt sich redlicher Pa-

triotismus: in Schwaben ist endlich eine „deutsche Partei" entstanden, und die bayrische Abgeordnetenkammer hat sich sogar zu einem Votum für den Anschluß an Preußen ermannt — einem Votum freilich, das aus sehr widersprechenden Beweggründen entsprang. Die große Mehrzahl lebt, seit die Gefahr der Sprengung des Zollvereins beseitigt ist, wieder gemächlich in den alten Träumen weiter. Man will am Liebsten für sich bleiben; die wirkliche und wahrhaftige deutsche Einheit, die einen schwäbischen Beamten nach Danzig versetzen, einen Königsberger als Candidaten in einen schwäbischen Wahlbezirk führen könnte, ist der Masse noch unfaßbar. So bleiben, wir wiederholen es, für die preußische Politik die Regierungen im Süden die wichtigsten Factoren, mit denen sie zunächst rechnen muß. Das Verhältniß des Berliner zu dem Carlsruher Cabinet wird einen guten Prüfstein abgeben um zu erproben, ob unsere Regierung sich ernstlich über den Parteistandpunkt zu erheben vermag: einen zuverlässigeren Bundesgenossen als das liberale Ministerium Mathy findet Preußen heute an keinem deutschen Hofe. Die Höfe von Stuttgart und München bilden vorderhand ein ganz unfruchtbares Gebiet für die nationale Politik; wir bezweifeln sehr, ob die überaus milden Friedensbedingungen, welche man Würtemberg und Bayern auferlegt hat, diese beiden Cabinette wirklich von ihren österreichischen Schwachheiten geheilt haben. Nur Eines ist sicher: die grenzenlose Unfähigkeit, welche an beiden Höfen vorherrscht, wird nicht nur, zur Freude aller Patrioten, einen süddeutschen Bund verhindern, sondern auch das isolirte Dasein dieser Kleinstaaten sehr unerquicklich gestalten. In Bayern ist die Rathlosigkeit, der moralische Bankrott so vollständig, daß Tausende Herrn v. d. Pfordten verwünschen und doch ihn als den Mann der Situation betrachten. Jener Geist des ordinärsten Particularismus, der aus den jüngsten Kammerreden dieses Mannes mit cynischer Aufrichtigkeit sprach, hat manchen wackeren Hörer in Erstaunen gesetzt; nachhaltige Entrüstung hat er nicht erregt. Es wird eine Schule der Leiden sein, die den Süden zu dem Norden zurückführt.

Inzwischen hat unser Verhältniß zum Auslande sich für den Augenblick wieder gebessert. Vielleicht hat sich der Minister des Auswärtigen niemals bedeutender gezeigt als während der stillen Verhandlungen der jüngsten Zeit, die endlich damit schlossen, daß Frankreich seine Compensationsforderungen für ein Mißverständniß erklärte, und Herr Drouin de Lhuys, der Freund Oesterreichs, unter allen Zeichen kaiserlicher Ungnade entlassen ward. Man weiß, daß die Industrie Frankreichs dringend den Frieden erhalten wünscht und von der Weltausstellung des Jahres 1867 sich goldene Berge verspricht; man weiß desgleichen, daß die Marschälle sich gegen die Räthlichkeit eines Krieges ausgesprochen haben. Doch die alte nationale Eifersucht ist im Volke wie im Heere wieder erwacht, und Niemand darf sagen, ob die Weisheit des Kaisers mächtig genug sein wird ihr Halt zu gebieten. Merkwürdig sind in dem Gewirr der Meinungen einzelne Regungen der Selbsterkenntniß. Als vor etwa Jahresfrist ein Deputirter der Opposition — Jules Simon, wenn wir nicht irren — seinem Volke das Vorbild des preußischen Volksunterrichts zeigte, da hallte das

Palais Bourbon von lautem Gelächter wieder; von allen Seiten rief man: „nichts, gar nichts haben wir von Preußen zu lernen." Der jüngste Krieg hat Vielen die Augen geöffnet: der allgemeine Volksunterricht, die Wehrpflicht nach preußischem Muster — bekanntlich ein Lieblingsgedanke der älteren Schriften des Kaisers — werden ernsthaft in der Presse besprochen. Einen blindlings übereilten Krieg von französischer Seite haben wir schwerlich zu fürchten; zudem scheint abermals — nicht zum Unheil für die Entwickelung der deutschen Einheit — eine der periodischen Entladungen der orientalischen Krisis bevorzustehen. Einen Winter zum Mindesten haben wir gewonnen; gebe Gott, daß der Frühling den constituirten norddeutschen Bund und ein starkes norddeutsches Heer vorfinde. —

H. v. T.

Verantwortlicher Redacteur: A. Flögel.
Druck und Verlag von Georg Reimer in Berlin.

Die Gründung des Königreiches Belgien.

Zweiter Artikel.

Die Seele des neuen Ministeriums, welches sich inmitten der in den letzten Tagen des März eingebrochenen allgemeinen Verwirrung bildete, war Joseph Lebeau. Der Regent freilich hatte sich zunächst an den Gouverneur der Provinz Lüttich, de Sauvage, einen Verwaltungsbeamten ohne hervorragende politische Bedeutung, gewandt; ehe dieser aber dem Ruf nach Brüssel Folge leistete, suchte er Lebeau, den Oberstaatsanwalt am Lütticher Appellationsgerichtshofe, zur Uebernahme des im Augenblicke wichtigsten Portefeuilles, des Ministeriums des Auswärtigen, zu bewegen. Lebeau hatte bereits große Beweise ausnehmender Energie und Befähigung gegeben. Von seinen Eltern zum geistlichen Stande bestimmt, hatte er es vorgezogen, sich einen freigewählten Lebensweg zu bahnen. Als Gehülfe eines Civilstandsbeamten in Lüttich wußte er von seinem schmalen Gehalt so viel zu erübrigen, daß er dem Rechtsstudium obliegen und den Doktorhut erwerben konnte. Dann practicirte er als Advocat, zunächst in seiner Vaterstadt Huy, später in Lüttich, wo er durch sein Rednertalent glänzende Erfolge gewann. Daneben war er mit seinen Freunden, Devaux und den Brüdern Rogier, für ein populäres Lokalblatt thätig, das sich bald in ein größeres und einflußreiches politisches Journal, den Politique, verwandelte; in den Spalten dieses Blattes vertheidigten er und seine Freunde unter den Ersten die Union der Liberalen und Katholiken. Seine entschiedene Vorliebe für die constitutionelle Monarchie sprach er in den 1830 erschienenen Observations sur le pouvoir royal aus, einer Schrift, welche im Uebrigen nur das positive Staatsrecht des Königreiches der Niederlande darzustellen unternahm. So juristisch und politisch vorbereitet wurde er von der provisorischen Regierung zum Oberstaatsanwalt ernannt und in die Verfassungscommission berufen, auf deren Arbeiten er einen bedeutenden Einfluß übte. Von dem Distrikte Huy in den Nationalcongreß gewählt, zeichnete er sich in den Debatten namentlich durch die umfassenden Gesichtspunkte aus, welche er an jeden Gegenstand legte; insbesondere auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und den damit

zusammenhängenden inneren Fragen berücksichtigte er die Zustände und die Interessen des gesammten Europa; jeder ausschließlichen Hinneigung zu Frankreich trat er entschieden entgegen. Als künftigen König der Belgier hatte er zuerst den Prinzen, jetzigen König Johann von Sachsen in das Auge gefaßt; er knüpfte an diese Wahl einen damals mehrfach ventilirten Plan des Austausches der mit Belgien zu vereinigenden preußischen Rheinprovinz gegen das Königreich Sachsen. Da diese Combination sich als unthunlich erwies, wandte Lebeau sich dem vom französischen Cabinet perhorrescirten Herzog von Leuchtenberg zu; von ihm ging der förmliche Antrag aus, denselben auf den belgischen Thron zu berufen; er wurde nicht müde, auf die aus der Wahl des Herzogs von Nemours, wenn diese angenommen werden sollte, hervorgehenden Gefahren hinzuweisen; er erkannte bald die Täuschung, welche Louis Philippe der belgischen Nation bereitete. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß an die Stelle des bisherigen Provisoriums eine kräftige Staatsgewalt treten müsse, schlug er, während noch die Congreßdeputation in Paris des officiellen Bescheides harrte, die Einsetzung eines Generallieutenants vor, und suchte den Fürsten von Ligne für diesen hohen Posten zu gewinnen; als dann die Einsetzung der Regentschaft beschlossen wurde, stimmte er, der sich selbst als in allen Dingen zur Fortschrittspartei gehörig bezeichnete, nicht für Surlet de Chokier, sondern für den strengkatholischen Grafen Félix de Mérode. Er hatte sich keiner bestimmten Persönlichkeit ergeben, er verwarf jede exclusive Richtung der Politik, eben weil er nur ein Ziel im Auge hatte: die Unabhängigkeit seines Vaterlandes.

Wenn jetzt Lebeau darauf bestand, daß sein Freund Devaux, zu dessen Gunsten er anfangs das ihm angebotene Ministerium ausschlug, mindestens als Staatsminister in das Cabinet eintrete, „weil seiner sehr bestimmten Ansicht in der wichtigsten Frage, der Frage des Staatsoberhauptes, nur durch diese Unterstützung das nöthige Gewicht im Ministerrath gesichert werde," so konnte man kaum zweifelhaft sein, welche Lösung ihm vorschwebte. Devaux hatte im Nationalcongresse die Candidatur des Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg nachdrücklich empfohlen und war noch unmittelbar vor der ersten Königswahl auf dieselbe zurückgekommen. Glücklicherweise fiel das Haupthinderniß, welches damals jedem Erfolg dieser Candidatur entgegengestanden hatte, nunmehr hinweg: Lord Ponsonby gab seine frühere abweisende Haltung auf, und war bereit, bei seiner Regierung und bei der Conferenz für den Prinzen Leopold zu wirken. Er hatte sich endlich von der Ohnmacht der oranischen Partei überzeugt, da die Verschwörung, in deren Geheimnisse er tief eingeweiht gewesen, trotz des ministeriellen Interregnums in sich selbst zusammengebrochen war. Einige durch große

Versprechungen gewonnene Officiere waren verhaftet oder flüchtig; die Soldaten waren der Regierung treu geblieben; das Volk hatte sich in Wuth gegen die Oranischgesinnten erhoben; die Gebildeten hatten sich in einen Nationalverein zusammengeschlossen, der neben der nationalen Unabhängigkeit und der Integrität des Gebietes die ewige Ausschließung der Nassauer auf seine Fahne schrieb. „Der Prinz von Oranien hat das Spiel gewagt und hat es unwiederbringlich verloren," sagte Lord Ponsonby zu Lebeau in einer ihrer ersten Conferenzen; er zögerte nicht, ein anderes Projekt anzunehmen, das mindestens Englands Einfluß in Belgien sicherzustellen versprach und auch von den übrigen Großmächten kaum ganz ungünstig aufgenommen werden konnte.

Prinz Leopold lebte damals in edler Muße zu Claremont in England; aber er hatte bereits früh in lebendiger Theilnahme an den mächtigen Geschicken einer bewegten Zeit seinen Geist gebildet und seinen Charakter gestählt, dann in bevorzugter Stellung ebensowohl die Intriguen der Cabinette als die Strömungen des freien Staatslebens einer großen Nation beobachtet. Kaum herangewachsen hatte er sich, da sein Vater nach der Schlacht bei Jena von Napoleon seiner Herrschaft entsetzt und bald vor Gram gestorben war, nach Rußland gewandt, wo eine seiner Schwestern als Gemahlin des Großfürsten Constantin lebte. Bald erwarb er sich die besondere Zuneigung des Kaisers Alexander und wurde trotz seines jugendlichen Alters zum General ernannt. Aber Napoleon bedrohte den Bruder Leopold's, dem durch den Frieden von Tilsit sein väterliches Erbe zurückgegeben war, von Neuem mit Entsetzung, wenn Leopold nicht den russischen Dienst quittire. Aus brüderlicher Liebe unterwarf sich dieser dem harten Gebot. Die folgenden Jahre brachte er auf Reisen zu; namentlich hielt er sich längere Zeit in Paris auf, das damals mehr als je den Mittelpunkt der gesammten civilisirten Welt bildete. Aber sobald die Welt sich gegen das Napoleonische Joch zu erheben begann, eilte er in das russische Heer wieder einzutreten. Er nahm Theil an den Schlachten bei Lützen, Bautzen, Kulm und Leipzig; mehrfach zeichnete er sich durch persönliche Tapferkeit aus. Mit den Alliirten in Paris eingezogen, begleitete er die Monarchen nach England und gewann sich hier den schönsten Preis: die Prinzessin Charlotte, die Erbin des britischen Thrones, verschmähte den ihr aus Gründen der Politik bestimmten Prinzen von Oranien und reichte dem schönen, ritterlichen Leopold ihre Hand. Mit innigem Wohlgefallen betrachtete das durch den anstößigen Lebenswandel des Prinzregenten beleidigte britische Volk das Glück des jungen Paares, an welches sich auch die besten Hoffnungen für die politische Zukunft knüpften. Aber die Prinzessin starb im ersten Wochenbette. Indessen trat Leopold der

königlichen Familie Englands von Neuem näher durch die Vermählung seiner Schwester mit dem Herzog von Kent; nach dem Tode des Letzteren erschien er als der natürliche Wächter und Vormund der aus dieser Ehe entsprossenen Thronerbin, der Prinzessin Victoria. Bald jedoch bot sich ihm ein anderer, eigenthümlicher Wirkungskreis: mehrere angesehene Griechen trugen ihm im Jahre 1825 die Herrschaft über ihre in der Wiedergeburt begriffene Nation an. Damals bewog Canning, dem die griechischen Verhältnisse noch zu unklar schienen, den Prinzen zur Ablehnung. Mehrfach erneuten sich seitdem die Unterhandlungen zu demselben Zwecke ohne Resultat, bis im Jahre 1829 Rußland und Frankreich den Plan wieder aufnahmen, der dann auch bei dem Ministerium Wellington, als es seinen eigenen Candidaten, den Prinzen Friedrich der Niederlande, dem Widerstande Georg's IV. gegenüber nicht durchsetzen konnte, Unterstützung fand. Durch die Einwirkung dieser drei Regierungen, der seine eigene Neigung entgegenkam, ließ Leopold sich zur Annahme des griechischen Thrones bestimmen; noch in späteren Jahren dünkte ihn der Beruf, ein Land wie Griechenland gleichsam von den Todten zu erwecken, etwas unendlich Anziehendes. Aber er wollte sich den Griechen nicht aufdrängen; von vorn herein machte er von ihrer Zustimmung seine definitive Entscheidung abhängig. Da nun der griechische Senat das gesammte Arrangement der drei Mächte wegen der durchaus ungenügenden Begrenzung des neuen Staates verwarf und da Leopold, der selbst, wenn nicht Candia und die ionischen Inseln, doch mindestens Aetolien und Akarnanien für unentbehrlich zur Unabhängigkeit und Sicherheit des ihm bestimmten Königreiches hielt, von dem englischen Ministerium keine weiteren Concessionen erlangen konnte: so legte er durch eine würdevolle Erklärung eine Krone nieder, die er unter diesen Umständen nicht mit Ehren für sich noch zum Vortheil der Griechen noch im allgemeinen Interesse Europas behalten könne.

Oft ist dieser Schritt Leopold's getadelt oder doch bedauert worden. Seine Motive, wie sie jetzt vorliegen, scheinen uns durchaus anerkennenswerth, und wenn etwa das Gefühl, der übernommenen Aufgabe nicht ganz gewachsen zu sein, mitgewirkt hat zu seinem Entschluß, so war dieses kaum irrig. Leopold hatte die Bedürfnisse und Gewohnheiten eines hochcivilisirten Daseins; auch fehlte seinem Charakter jede Härte und Rücksichtslosigkeit: so hätte er sich weder gegen die Entbehrungen des griechischen Lebens noch gegen den betrügerischen Eigennutz des griechischen Wesens hinreichend gewaffnet gefunden. Dagegen als Regent einer gebildeten und sittlichen Bevölkerung wie der belgischen war er vollkommen befähigt zur Erfüllung der Aufgabe, welche er selbst für die edelste und nützlichste des Menschenlebens erklärte, die Institutionen eines freien Volkes zu consoli-

diren und seine Unabhängigkeit zu befestigen. Ihm wohnten alle wesentlichen Eigenschaften eines constitutionellen und doch selbstthätigen Herrschers inne: er kannte genau die thatsächlichen Verhältnisse der bedeutendsten Länder; er stand mit den Fürsten und Ministern Europas auf vertrautem Fuße, aber er beachtete deshalb um nichts weniger die Stimmen der Völker und verkehrte gern auch mit den unteren Klassen; er besaß einen feinen Sinn, in jeder Lage das Mögliche zu erkennen und darnach seine Nachgiebigkeit oder seinen Widerstand zu bemessen. Georg IV. nannte ihn in seiner moquanten Weise den Marquis peu à peu; er nahm den Gegensätzen der Parteien durch seine Milde den Stachel; er lenkte fast unmerklich alle ihm nahe Tretenden durch seine tiefe Sachkenntniß und seine überlegene Ruhe.

Sein richtiger Takt, noch geschärft durch die frischen griechischen Erfahrungen, ließ ihn auch sofort die angemessene Haltung finden gegenüber der Deputation, welche in der zweiten Hälfte des April 1831 im Auftrage Lebeau's sich nach London begab, um seine Gesinnung in Betreff der Annahme der belgischen Krone zu erforschen. Lebeau wünschte dringend, daß der Prinz ohne Zögern und ohne Bedingung sich bereit erklären sollte, dem Rufe des Congresses zu folgen. Er glaubte, die Installirung des neuen Königs werde den Parteiintriguen im Innern ein Ziel setzen, die unbedingte Acceptation der Verfassung die Gemüther der Bevölkerung gewinnen; vor Allem aber leitete ihn die Hoffnung, Leopold werde, wenn zu seinem persönlichen Einfluß bei den Mächten die königliche Stellung hinzutrete, leicht eine den belgischen Interessen entsprechende Verständigung mit der Conferenz, deren Einmischung bereits eine unabänderliche Thatsache geworden, herbeiführen können. Leopold seinerseits verhehlte keinen Augenblick seine Neigung, an die Spitze des jungen Staates zu treten, wenn nur eine bedeutende Majorität des Congresses für seine Wahl sich ausspreche; einen leise angedeuteten Wunsch einer Modifikation der Verfassung nicht im Interesse der Staatsgewalt sondern des Landes (wahrscheinlich zielte er auf das Verhältniß des Staates zur Kirche hin) ließ er fallen, als die Deputation ihn auf die Möglichkeit einer späteren Revision verwies; aber mit größter Entschiedenheit hielt er fest an der Forderung, daß eine Lösung der Grenzfrage seiner Thronbesteigung vorhergehen müsse. In dieser Beziehung machte der Prinz geltend, daß er bei dem entgegengesetzten Verfahren von vorn herein in Feindschaft zu den Großmächten treten würde, welche von dem Souverän Belgiens die Annahme der im Januar aufgestellten Trennungsgrundlagen als unumgängliche Bedingung seiner Anerkennung forderten; daß er in dem verfassungsmäßigen Eide die Aufrechthaltung der Integrität des Gebietes beschwören

solle, während möglicherweise ein Verzicht auf einen Theil Limburgs sich nicht werde vermeiden lassen; daß durch eine solche Abtretung im Beginn seiner Regierung sein Ansehen schwer beeinträchtigt werden müsse. Das Gewicht dieser Argumente vermochte auch Devaux, der zur Verstärkung der Deputation nach London ging, nicht zu überwinden. Die Lage Belgiens schien nunmehr eine völlig rathlose zu werden. Die Nachricht von der mit Leopold eröffneten Unterhandlung hatte zuerst einen außerordentlich wohlthätigen Einfluß geäußert. Sie war von den Katholiken nicht weniger günstig aufgenommen worden als von den Liberalen; kaum erhob sich eine vereinzelte Stimme gegen die Wahl eines protestantischen Königs; der Grundsatz der Gleichberechtigung der Confessionen, wie er in der Verfassung ausgesprochen war, beherrschte die Anschauungen; auch waren sich die Führer der katholischen Partei wohl bewußt, daß für die Macht ihrer Kirche in Belgien künftighin allein deren eigene Thätigkeit maßgebend sein werde. Manche bisher oranisch Gesinnte in den Kreisen der Kaufleute und Industriellen neigten sich der Wahl Leopold's zu, weil sie von seiner Herrschaft rasche Consolidirung der Ordnung und sorgsame Pflege der materiellen Interessen erwarteten. In der That erhoben sich Handel und Verkehr schon auf die Kunde der neuen Candidatur aus ihrer bisherigen Stagnation. Aber als die Verhandlungen ohne Resultat sich hinzogen, da ergriffen wiederum Entmuthigung und Abspannung viele Freunde der Unabhängigkeit. Andere wollten durch Wiederbeginn der Feindseligkeiten mit Holland endlich eine schnelle Entscheidung herbeiführen; namentlich stachelte der Nationalverein das Volk zu einem blinden Kriegseifer und zu Excessen gegen die oranischen Anhänger; kaum vermochte die Regierung einen mäßigenden Einfluß geltend zu machen. In Gent vereinigten sich sämmtliche Behörden, die Oranier, die in dem Messager de Gand allerdings mit herausfordernder Keckheit auftraten, außer dem Schutz der Gesetze zu erklären. Das Ministerium wollte gegenüber solch einem unerhörten Verfahren energisch einschreiten: es versetzte die Stadt in Belagerungszustand, rief den Gouverneur ab, löste die municipale Sicherheitscommission auf; aber die Haltung eines Theils der Bürgergarde war so drohend, daß es, um Aufstand und Bürgerkrieg zu vermeiden, seine Beschlüsse zurücknehmen und sich mit halben Maßregeln begnügen mußte. Noch bedenklicher als diese inneren Wirrnisse war die Haltung der Conferenz. Allerdings hatten Lebeau's Erklärungen über das ausschließlich nationale Programm des neuen Ministeriums in England und in Deutschland die bisher weit verbreitete Meinung, daß das eigentliche Ziel der belgischen Revolution Vereinigung mit Frankreich sei, erschüttert und so die Stimmung der belgischen Sache bedeutend geneigter gemacht; die offi-

ciösen Verbindungen, welche er in Frankfurt und Berlin anzuknüpfen versuchte, hatten daher keinen ganz ungünstigen Boden gefunden; besonders war der freilich nach dem damaligen Stand der Erfahrungen überaus kühne Vorschlag des Baues einer Eisenbahn von Köln nach Antwerpen geeignet, der preußischen Regierung, deren langjährige Mißhelligkeiten mit dem König Wilhelm in Betreff der Rheinschiffahrt kaum beigelegt waren, zu gefallen. Die Candidatur Leopold's wurde von dem Berliner Cabinet, wenn sowohl eine Restauration wie die Einsetzung des Prinzen von Oranien sich als unmöglich herausstellte, als eine mit den Interessen der europäischen Ordnung verträgliche Lösung acceptirt; die dem Prinzen befreundeten Whigstaatsmänner sprachen, nachdem sie sich von der Aussichtslosigkeit der bisher festgehaltenen Candidatur überzeugt hatten, die besten Wünsche für seine Wahl aus; das französische Cabinet, welches unter Laffitte's Vorsitz derselben ein absolutes Veto entgegengesetzt hatte, legte ihr jetzt, da Casimir Périer an der Spitze der Geschäfte stand, kein Hinderniß in den Weg. Diese veränderte Haltung Frankreichs ging wohl theilweise aus der richtigen Einsicht hervor, daß Leopold trotz seiner englischen Verbindungen als König der Belgier sich nur von den Interessen seines Volkes in seiner Politik werde bestimmen lassen; vornehmlich aber aus dem Wunsche, durch ein enges Einverständniß mit England den europäischen Frieden aufrechtzuerhalten. Diese Tendenz jedoch brachte auch eine andere, für Belgien höchst ungünstige Wendung zur Reife: nach Austausch einiger nichtssagenden Erklärungen gab die französische Regierung ihren Widerspruch gegen die von der Conferenz aufgestellten Trennungsgrundlagen auf, trat denselben rückhaltlos bei (17. April) und suchte fortan mit größtem Nachdruck das Ministerium des Regenten zu deren unbedingter Annahme zu bestimmen. So lange die Unterhandlungen mit Leopold fortdauerten, enthielt sich zwar die Conferenz entscheidender Schritte; als aber die belgischen Deputirten sich anschickten, London ohne definitives Ergebniß zu verlassen, da beschloß sie (10. Mai) einen nahen Termin zu setzen, bis zu welchem die belgische Regierung jene vom König der Niederlande schon seit so langer Zeit gutgeheißenen Grundlagen annehmen müsse, widrigenfalls alle Verbindung der fünf Mächte mit Belgien aufhören und die Nothwendigkeit eines Einschreitens des deutschen Bundes in Luxemburg anerkannt werden sollte; weitere Maßregeln wurden in Aussicht gestellt, namentlich für den Fall, daß die Belgier einen Angriff auf Holland unternähmen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei Eintritt der letzterwähnten Eventualität eine Besetzung Belgiens durch französische, englische und preußische Streitkräfte, aus welcher leicht eine Theilung hervorgehen konnte, beabsichtigt wurde.

Doch wie kritisch auch die Situation Belgiens in diesem Zeitpunkt erscheinen mochte, die Großmächte selbst schraken zurück vor dem drohenden Conflict. Lord Ponsonby, der sich nach Empfang des Protokolls vom 10. Mai nach London begab, fand für seine Vorstellungen, daß man die Belgier nicht zur Verzweiflung treiben dürfe, daß eine Wiederaufnahme des Kampfes gegen Holland Freiwillige aller Nationen unter die belgischen Fahnen rufen werde, bereites Gehör. Auch konnte die Unbilligkeit der begehrten Lostrennung Luxemburgs von dem übrigen Belgien den Conferenzmitgliedern nicht verborgen bleiben; die englischen Minister wünschten zudem, auf jede zulässige Weise dem Prinzen Leopold den Weg zum Throne zu bahnen. So wurde ein neues Protokoll verfaßt (21. Mai), in welchem die Conferenz freilich noch die Beistimmung Belgiens zu den Separationsgrundlagen bis zum 1. Juni verlangte, aber andererseits die Eröffnung von Unterhandlungen in der Absicht, Luxemburg gegen billige Entschädigung den Belgiern zu sichern, versprach und die Wegräumung der Schwierigkeiten, welche der Annahme der belgischen Krone von Seiten des Prinzen Leopold entgegenständen, als den Beweggrund dieser Concession bezeichnete. Auf die erste Kunde von den günstigeren Dispositionen der Conferenz eilte Lebeau, auch in Brüssel einen Schritt vorwärts zu thun: er ließ durch seine Anhänger im Congreß die sofortige Wahl Leopold's zum Könige vorschlagen, überzeugt, daß derselbe als der Erwählte des belgischen Volkes die in London eingetretene Wendung zu glücklichem Ende führen werde. Am 4. Juni erfolgte die Wahl mit 152 von 195 Stimmen; die geringe Minorität, welche sich entweder der Abstimmung enthielt oder für den Regenten Surlet de Chokier stimmte, hatte kein Bedenken gegen Leopold's Persönlichkeit, sondern hielt theils die Wahl überhaupt für voreilig theils die Berufung Leopold's für eine verwerfliche Anerkennung der Protokolle der Großmächte. Zwei Tage vorher hatte der Congreß nach heftigen Diskussionen die Regierung bevollmächtigt, neue Unterhandlungen zur Erledigung der Gebietsfragen anzuknüpfen und zu diesem Zwecke Geldopfer anzubieten. Lebeau erkannte wohl, daß diese Grundlage keine genügende sei; er hatte selbst einen andern, von dem jungen Generalsekretär des Auswärtigen, Nothomb, ausgearbeiteten Unterhandlungsplan adoptirt und sandte zu dessen Ausführung Nothomb und Devaux nach London, wohin zugleich eine Congreßdeputation sich begab, um dem Prinzen Leopold das Wahldekret zu überbringen. Der einmal angenommenen Haltung getreu verschob Leopold den officiellen Empfang dieser Deputation, bis eine Einigung mit der Conferenz erzielt sei; inzwischen trat er mit vollem Eifer in die Vorschläge Nothomb's ein. In der Voraussicht, daß die Conferenz die wiederholt für unwiderruflich erklärten Trennungsgrundlagen nicht

geradezu aufgeben werde, hatte der belgische Staatsmann in diesen selbst die Elemente einer Transaktion zu entdecken gesucht. Da die Mächte nur die Auseinandersetzung zwischen Belgien und Holland herbeizuführen beabsichtigten, so konnte die Luxemburgische Frage, als nur zwischen Belgien und dem Großherzog liegend, ganz davon getrennt und entweder alsbald durch eine Geldentschädigung erledigt oder zu späterer Entscheidung bis nach der Thronbesteigung des künftigen Königs der Belgier aufgeschoben werden. In Limburg hatte allerdings die Republik der Vereinigten Niederlande zahlreiche Enclaven besessen; aber auf der andern Seite war vor dem Normaljahre 1790 die holländische Provinz Nordbrabant durchsäet gewesen von fremden Enclaven, welche zumeist deutschen Fürsten gehört hatten; nach dem von der Conferenz angenommenen Princip, daß Holland in den Grenzen von 1790 wiederhergestellt werden solle, hatte Belgien gerechten Anspruch auf diese Besitzungen, welche ein Ausgleichungsobjekt gegen die holländischen Enclaven in Limburg boten. Diese Gesichtspunkte liegen den Hauptbestimmungen der achtzehn Artikel zu Grunde, welche in einer Zusammenkunft des Prinzen Leopold, Lord Palmerston's und der beiden belgischen Commissare ihre definitive Redaktion erhielten und dann unverändert von der Conferenz genehmigt wurden (26. Juni); aber auch viele Nebenpunkte waren in einer für Belgien höchst günstigen Weise modificirt. In Betreff Luxemburgs war bestimmt, daß die fünf Mächte ihre guten Dienste geltend machen würden für die Aufrechthaltung des status quo während der Separatunterhandlung, welche der Souverän Belgiens mit dem König der Niederlande und dem deutschen Bunde in Betreff des Großherzogthums Luxemburg eröffnen werde. Die Ansicht Nothomb's über die Besitzungen, welche im Jahre 1790 weder zur niederländischen Republik noch zu den österreichischen Niederlanden gehört hatten, war mindestens in Bezug auf die wichtige Festung Mastricht, deren ideelle Hälfte damals dem Fürstbischof von Lüttich zugestanden hatte, direkt anerkannt, und durch die Bestimmung, daß der Austausch von Enclaven ein freiwilliger sein solle (nicht, wie in den Trennungsgrundlagen festgesetzt war, ein von den Großmächten zu bewirkender), war fernerer Einmischung ein Ziel gesetzt. Ebenso erhielt die stipulirte Neutralität Belgiens eine, jede Einmischung in dessen innere Angelegenheiten ausschließende und gerechte Abwehr fremder Angriffe vorbehaltende Auslegung. In Betreff der Theilung der Staatsschulden war das allein richtige Princip aufgestellt, daß jeder der beiden Staaten die Schulden, welche vor ihrer Vereinigung auf den ihnen jetzt zugewiesenen Gebieten gelastet hatten, übernehmen und die während der Union contrahirten Schulden nach einem billigen Maßstab getheilt werden sollten.

Daß die Conferenz in so eingreifender Weise ihre Entscheidungen modificirte, ist nicht allein durch die Geschicklichkeit der belgischen Unterhändler und den mächtigen Einfluß Leopold's zu erklären. Nicht wenig trug dazu bei die Haltung der holländischen Bevollmächtigten. Diese hatten protestirt gegen die Aussicht auf den Erwerb Luxemburgs, welche Lord Ponsonby auf Grund des Protokolls vom 21. Mai den Belgiern bot; sie hatten nach dem 1. Juni energisch auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Großmächten und Belgien und auf Ergreifung von Zwangsmaßregeln bestanden; aber als die Conferenz erklärte, daß nur von einer durchaus freiwilligen Abtretung Luxemburgs gegen zureichende Entschädigung nach Annahme der Separationsgrundlagen von Seiten der Belgier die Rede sein könne, als sie Lord Ponsonby von Brüssel zurückberief und gleichzeitig der französische Gesandte, General Belliard, diese Stadt verließ, da gaben sie sich einer trügerischen Sicherheit hin. Erst als wiederum mehrere Wochen vergangen waren, ohne daß die versprochenen Zwangsmaßregeln gegen Belgien erfolgt waren, faßten sie Verdacht gegen die „Anzahl Belgier," welche vom Brüsseler Congreß in Folge der Wahl eines Souveräns für Belgien nach London gesandt sei, und legten Verwahrung ein gegen jede Annahme der Souveränetät über Belgien ohne vorgängige unbedingte Annahme der Separationsakte; von den Unterhandlungen mit Devaux und Nothomb waren sie offenbar nicht im Geringsten unterrichtet und blieben daher ganz ohne Einfluß auf den Gang derselben. In der That hatten die belgischen Unterhändler jeden Schritt bei den russischen Bevollmächtigten unterlassen, weil sie eine Mittheilung derselben an die holländischen befürchteten, und weil sie andererseits gewiß waren, daß dieselben, so lange der polnische Aufstand nicht unterdrückt sei, Alles, was die übrigen Mächte ihnen in der belgischen Angelegenheit vorlegten, unterzeichnen würden. Die damalige Lage der polnischen Frage war überhaupt von größter Bedeutung für das Zustandekommen der achtzehn Artikel. Obgleich die Polen noch heldenmüthigen Widerstand leisteten, so trat doch nach der Schlacht bei Ostrolenka (26. Mai) ihre Erschöpfung mehr und mehr zu Tage und ließ sich ihre endliche Niederlage kaum bezweifeln. Die Folgen dieses Ereignisses beschäftigten die Cabinette auf das Ernsteste; die französische Regierung suchte die englische zu einer gemeinsamen Vermittelung in Petersburg zu bestimmen, die österreichische that vorsichtige Schritte, um die Westmächte für die Unabhängigkeit Polens unter einem österreichischen Erzherzog zu gewinnen. Alle Mächte wünschten, die belgische Frage rasch und friedlich zu Ende zu führen, um freie Hand in der polnischen zu haben. Die Polen, welche diese Sachlage kannten, suchten den Abschluß zu beschleunigen und wirkten

in diesem Sinne sowohl in London als in Brüssel. Ihre Bemühungen blieben nicht ohne Erfolg bei der katholischen Partei des Congresses und trugen so nicht unwesentlich bei zur Annahme der achtzehn Artikel, welche in Belgien im Volke wie im Congresse auf einen Widerstand stießen, der in London schwerlich vorausgesehen war.

Die belgischen Geschichtschreiber haben Mühe, den Sturm der Entrüstung, mit welchem die für Belgien so überaus günstige Lösung in diesem Lande empfangen wurde, wenn nicht zu rechtfertigen, doch begreiflich zu machen. Es vereinigten sich sehr verschiedene Umstände, die jeder in sich wenig bedeutend, alle zusammen das Werk, an welches jetzt Belgiens Unabhängigkeit geknüpft war, in Frage stellten. Der Regent, wenn auch wohl frei von persönlichem Ehrgeiz, hätte eine intimere Verbindung mit Frankreich dem aus England geholten Prinzen vorgezogen und konnte daher kaum Bedingungen gutheißen, deren Annahme durch den Congreß Leopold als die einzige Voraussetzung seines alsbaldigen Erscheinens in Belgien bezeichnete. Das Ministerium trug Scheu, die neuen Vorschläge der Conferenz officiell zu den seinigen zu machen, weil es dann hätte eingestehen müssen, daß seine Commissare sich von der durch den Congreß bestimmten Unterhandlungsbasis entfernt, ihre Vollmacht — allerdings mit Lebeau's geheimer Zustimmung — überschritten hätten. Eine Anzahl kühner Aktionsmänner im Congreß, gestützt auf den Nationalverein und die Volksmassen, verwarf principiell jede Intervention der fremden Mächte und begehrte Krieg mit Holland, nöthigenfalls mit Europa. Die meisten Deputirten Luxemburgs und Limburgs wollten von keinem Vertrage wissen, der nicht direkt und unzweideutig das Verbleiben dieser beiden Provinzen in ihrer Totalität bei Belgien garantirte. Die Verwerfung der achtzehn Artikel durch den Congreß, vor dessen Sitzungssaal, ja auf dessen Tribünen das Volk gegen die Anhänger eines friedlichen Vergleiches tobte, schien bevorzustehen. Da erhob sich Lebeau und bewirkte durch seine männliche Beredtsamkeit einen in der Geschichte der parlamentarischen Versammlungen seltenen Umschwung. Er entwaffnete zuerst die persönliche Mißgunst durch die Erklärung, daß er gesonnen sei, in jedem Falle nach der Abstimmung über die Friedenspräliminarien sein Amt niederzulegen. Dann setzte er in klarer und überzeugender Weise die großen Vortheile auseinander, welche die achtzehn Artikel den Belgiern boten, und wies hin auf das Drängende einer vielleicht unwiderbringlichen Gelegenheit, zur definitiven Constituirung des Staates zu gelangen. Als er mit einem tiefgefühlten Anruf an den Patriotismus aller Parteien schloß, da brachen Versammlung und Tribünen in lauten Beifallsjubel aus, und die Frage war zu Belgiens Heil entschieden. Das Volk beruhigte sich, die Bürger-

garde schaarte sich um die Regierung, der Congreß votirte die Friedenspräliminarien mit einer Majorität von 56 Stimmen (9. Juli). Eine Deputation überbrachte das Resultat der Abstimmung dem Prinzen Leopold, der, nachdem er von den Vertretern der Großmächte die Versicherung alsbaldiger Anerkennung empfangen hatte, die Krone definitiv annahm und, begleitet von den belgischen Deputirten, die Reise nach Belgien antrat (16. Juli). Von seiner bisherigen Umgebung behielt er nur einen Adjutanten auf kurze Zeit bei sich; er wollte fortan durchaus Belgier sein. Bei seiner Landung in Calais wurde er in officieller Weise im Namen Louis Philippe's begrüßt. Die Reise durch Belgien gestaltete sich zu einem Triumphzug; schaarenweise war die Bevölkerung, geführt von ihren Pfarrern, herbeigeströmt, ihren König zu begrüßen. Am 21. Juli hielt Leopold seinen feierlichen Einzug in Brüssel und leistete im Schooße des Congresses auf öffentlichem Platze vor einer ungeheuren, begeisterten Volksmenge den verfassungsmäßigen Eid. Mit Recht erklärte der Regent in der würdigen Rede, durch welche er die Niederlegung seines Amtes ankündigte, die glorreiche Revolution für beendigt; aber wohl berechtigt war auch Leopold's Hindeutung auf mögliche kriegerische Gefahren, gegen welche er den Muth des belgischen Volkes aufrufen werde; wie nah und bedrohlich dieselben waren, das ahnte er freilich nicht. Drei Wochen später standen die holländischen Vorposten auf den Höhen vor Brüssel.

Eben weil die Thronbesteigung Leopold's den revolutionären Zuständen in Belgien ein Ziel setzte, entschloß sich König Wilhelm zum Kriege. Er hatte bisher keinen Augenblick die Hoffnung aufgegeben, wieder in den Besitz seiner rebellischen Provinzen zu gelangen, sei es mit Hülfe einer geschickt angelegten Gegenrevolution, sei es in Folge eines allgemeinen europäischen Zerwürfnisses; es lag aber klar auf der Hand, daß, wenn es Leopold gelang, die Regierungsmacht in seinem neuen Königreiche zu consolidiren und durch die Anerkennung der Großmächte in das europäische Staatensystem einzutreten, die Verwirklichung jener Hoffnung eine höchst problematische ward. Vermuthlich wäre der Waffengang, und dann mit bester Aussicht auf vollständigen Erfolg, schon vor Leopold's Ankunft in Belgien unternommen worden, wenn man im Haag erwartet hätte, daß derselbe ohne Rücksicht auf Hollands Zustimmung zu den Friedenspräliminarien die Krone annehmen und sich sofort nach Belgien begeben würde. Daß er überhaupt von der Souveränetät über Belgien Besitz ergriffen, war der Grund, die Wiedereroberung Belgiens das Ziel des Krieges; aber diesen Grund und dieses Ziel durfte König Wilhelm nicht eingestehen, theils aus Rücksicht auf die Großmächte, welche die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens garantirt hatten, und denen gegenüber er durch den

Beitritt zur Separationsakte gebunden war, theils wegen der Stimmung des holländischen Volkes, das von einer Wiedervereinigung mit den unruhigen belgischen Brüdern nichts wissen wollte. Der angebliche Zweck der Invasion Belgiens war daher die Erlangung billiger Bedingungen für die Trennung der beiden Länder; für diesen Zweck waren die Holländer, welche mit tiefem Unmuth die Forderungen der Belgier und die schließliche Nachgiebigkeit der Conferenz gegen dieselben aufgenommen hatten, die äußersten Opfer zu bringen bereit. Dieses Vorgeben machte es zugleich möglich, die Unterhandlungen in London fortzuführen; ja, indem der Conferenz gegenüber nur von Anwendung militärischer Mittel zur Unterstützung der Negociationen die Rede war, wurden die Repräsentanten der Großmächte bis zum letzten Augenblick über die Absicht des sofortigen Beginns der Feindseligkeiten in Ungewißheit erhalten. Von dem Vorwurf der Zweideutigkeit läßt sich ein solches Verfahren nicht freisprechen. Officielle Aeußerungen der belgischen Regierung haben die auch von den belgischen Geschichtschreibern vertretene Beschuldigung einer gehässigen Verletzung des Völkerrechts hinzugefügt: um durch Ueberraschung einige augenblickliche Vortheile zu gewinnen, hätten die Holländer den Bruch eines in voller Kraft bestehenden Waffenstillstandes nicht gescheut. Indessen Belgien gegenüber war König Wilhelm überhaupt durch keinen Waffenstillstand gebunden; denn er hatte sich wohl gehütet, mit Denen, die er als seine rebellischen Unterthanen betrachtete, irgend einen Vertrag einzugehen; ein von dem Befehlshaber der Antwerpener Citadelle, General Chassé, geschlossenes lokales Uebereinkommen in Betreff der Einstellung der Feindseligkeiten wurde rechtzeitig aufgekündigt. Ein von Seiten der Großmächte gleich in den ersten Sitzungen der Conferenz (8. und 17. Nov. 1830) vorgeschlagener Waffenstillstand war allerdings von beiden Parteien angenommen worden; aber derselbe war niemals nur zur Ausführung gelangt, weil die darin stipulirte Zurückziehung der beiderseitigen Truppen hinter die Grenzen, welche vor dem ersten Pariser Frieden die vereinigten Provinzen der Niederlande von Belgien schieden, ähnliche Schwierigkeiten hervorrief, wie später die definitive territoriale Abgrenzung. So war faktisch nur eine Einstellung der Feindseligkeiten erfolgt, welche zur Vorbereitung jenes eigentlichen Waffenstillstandes dienen sollte; die Conferenz hatte freilich wiederholt erklärt, daß sie dieselbe garantire und daß in keinem Fall ein Wiederbeginn des Kampfes gestattet werden könne; die beiden Parteien aber hatten sich unaufhörlich einzelne feindliche Akte erlaubt und von Zeit zu Zeit sich auch principiell vorbehalten, zu den Waffen zu greifen, wann das Staatsinteresse es erfordere. Wenn man alle diese Umstände erwägt, wird man der holländischen Regierung die Invasion Belgiens ohne vorherige förmliche

Ankündigung kaum als eine Verletzung positiver Verpflichtungen auslegen können. Keinenfalls darf man in der Ueberraschung allein den Grund der folgenden Niederlagen des belgischen Heeres suchen, zumal da das zögernde Vorrücken der Holländer während der ersten Tage hinreichende Zeit zur Vorbereitung energischen Widerstandes bot. Das Resultat des kurzen, aber denkwürdigen Feldzugs (2.—12. August) erklärt sich vornehmlich durch die ganz verschiedene Beschaffenheit der militärischen Mittel, über welche die beiden Parteien verfügten.

Die holländische Armee war im Verhältniß zur Bevölkerung der dem König Wilhelm treugebliebenen Provinzen außerordentlich stark und in bester Verfassung. Die belgische Revolution hatte freilich momentan das niederländische Heer in eine grenzenlose Auflösung gebracht; aber seit dem Aufhören der Feindseligkeiten war die Reorganisation rasch und glücklich von Statten gegangen. Da vier Fünftel der Officiere in der niederländischen Armee der holländischen Nationalität angehört hatten, so erfolgte die Formirung der neuen Cadres ohne große Schwierigkeiten; bei den Specialwaffen konnten die alten Cadres, Dank dem bisher den Belgiern gegenüber beobachteten System der Ausschließung, fast unverändert beibehalten werden. Die Infanterie bestand zwar zur Hälfte aus Communalgarde; doch auch diese war trefflich eingeübt und zeigte den besten Geist. Da fast alle Magazine und kriegerischen Etablissements sich in den nördlichen Provinzen befanden, so waren die Ausrüstungsgegenstände jeder Art reichlich vorhanden; das etwa noch Fehlende ergänzte das holländische Gold; patriotische Gaben aller Klassen der Bevölkerung kamen der Staatskasse zur Hülfe. Für die Offensivoperationen dienten Mastricht und die Citadelle von Antwerpen als Stütze; vor der holländischen Armee lagen weite Ebenen ohne feste Plätze; für den Fall eines Rückzugs boten die Festungen Herzogenbusch und Breda starke Anhaltspunkte. Den Oberbefehl über das aktive Heer, welches in einer Stärke von 50,000 Mann in Nordbrabant versammelt war, führte der Prinz von Oranien, der jetzt, wo die Herrschaft über Belgien dem ganzen oranischen Hause zu entfallen drohte, sich mit seinem Vater ausgesöhnt hatte; zu seiner Kriegserfahrung und Unerschrockenheit hegten die Soldaten volles Zutrauen; auch die unter ihm commandirenden Generale waren ihrer Aufgabe gewachsen; besonders war der Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar im holländischen Heere angesehen und von den Belgiern gefürchtet.

Die belgische Armee dagegen war numerisch schwach, schlecht equipirt, schlecht aufgestellt, schlecht befehligt. Sie hatte ganz neu geschaffen werden müssen inmitten einer revolutionären Krise und sie trug den Stempel dieser Entstehung. Die Vertheidigung Brüssels in den Septembertagen, die

Verdrängung der durch die Niederlage in diesem Kampfe und die Desertion der Belgier desorganisirten holländischen Truppen aus der Provinz Antwerpen im Oktober war das Werk ungeordneter und ungeübter Freischaaren gewesen, welche aber, sobald man zur Organisation einer regulären Armee schritt, mehr Störung als Förderung brachten. Es wurden einige Jahrgänge der Miliz einberufen; aber es fehlte an Officieren; die Cadres mußten aus ganz heterogenen Elementen zusammengesetzt werden; ein ausnehmend rasches Avancement führte an die Spitze von Regimentern und Brigaden Leute, die kaum eine Compagnie zu führen verstanden. Einsichtige Staatsmänner, wie Nothomb und Lebeau, wollten diesem Mangel durch Berufung fremder Officiere abhelfen; aber der Congreß genehmigte einen darauf gerichteten Antrag nur in sehr beschränktem Maße, und selbst in dieser Beschränkung konnte er gegenüber dem Widerstand der einheimischen Officiere, des Nationalvereins und der Presse nicht durchgeführt werden. Die öffentliche Meinung war überhaupt jeder regelmäßigen Organisation abhold; jeder Akt der Strenge wurde durch die Deklamationen der Clubredner und der Journale unmöglich; vergebens machten die Generale die Nothwendigkeit der Einrichtung von Magazinen, Hospitälern, Ambulancen geltend; Disciplin, Ausrüstung, Kriegskenntniß wurden für unnütz erachtet, Muth und Patriotismus als die einzigen Bedingungen des Siegs verherrlicht. Ein Kriegsminister nach dem andern sah sich durch den Widerstand, auf den er bei jedem Schritte stieß, zum Rücktritt bestimmt; so wurde immer nur für die dringendsten Bedürfnisse des Augenblicks gesorgt. Auf dem Papier war nichtsdestoweniger zu Ende des Monats Juli 1831 eine Armee von 64,000 Mann vorhanden; aber da unklugerweise die Miliz des Jahrgangs 1826 nach Hause entlassen, der Jahrgang 1831 noch nicht eingekleidet war, so betrug der Effektivbestand wenig mehr als 40,000 Mann. Diese waren zerstreut in vier Corps: das eine hielt Flandern besetzt, um diese Provinz gegen etwaige Landungen der Holländer zu schützen; die drei anderen beobachteten die von den Holländern noch besetzten Festungen Luxemburg, Antwerpen, Mastricht. Die beiden letzten Corps, jedes etwa 13,000 Mann stark, führten die anspruchsvollen Namen der Schelde- und Maasarmee; sie allein kamen gegenüber einer ernstlichen Invasion in Betracht; aber zwischen ihnen bestand gar keine Verbindung, denn so weit auch ihre Linien auseinandergezogen waren, so blieb doch ein Zwischenraum von mehreren Meilen völlig ungedeckt. Der Befehlshaber der Maasarmee, General Daine, hatte den Regenten auf diese bedenkliche Lücke aufmerksam gemacht; die Antwort lautete, der Feind werde nicht wagen, sich in die belgischen Linien einzudrängen; „und wenn er es doch wagte?" entgegnete Daine's Adjutant —

der Regent zuckte die Achseln. Daine selbst, obgleich er diese Gefahr richtig würdigte, besaß keine strategische Bildung; in den Kriegen des Kaiserreichs vom gemeinen Soldaten zum General aufgestiegen, war er jetzt zudem alt und schwach geworden. Der Befehlshaber der Schelbearmee, Graf Tieken de Terhove, hatte als unternehmender Reitergeneral neben Murat und Rapp sich einen Namen erworben, war aber durchaus nicht zu einem selbständigen Commando befähigt.

König Leopold, der in den letzten Tagen des Juli die Schelde- und die Maasarmee inspicirt, hatte die Mängel ihrer Organisation wohl erkannt. Seine Rundreise durch das Land unter den Acclamationen der Bevölkerung fortsetzend befand er sich in Lüttich, als er am Abend des 2. August die Kunde erhielt, daß General Chassé die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf den Abend des 4. angekündigt habe. Obgleich er nicht wußte, daß bereits am Morgen desselben Tages die Armee des Prinzen von Oranien die belgische Grenze überschritten hatte, begriff er doch alsbald den vollen Ernst der Lage. Er sandte zu Lebeau, der nach Niederlegung seines Ministerportefeuilles wieder als Oberstaatsanwalt in Lüttich fungirte. Lebeau bestärkte ihn in der Ueberzeugung, daß die Armee in Folge der Einwirkungen der kaum erst überwundenen revolutionären Zustände namentlich im Punkt der Disciplin viel zu wünschen übrig lasse, und rieth, sofort die Hülfe der befreundeten Regierungen Englands und Frankreichs als Garanten des Waffenstillstandes und der Unverletzlichkeit des belgischen Territoriums in Anspruch zu nehmen. Da kein Minister in der Nähe des Königs verweilte, so erklärte Lebeau sich bereit, wenn es nöthig sei, zeitweise in den Ministerrath wieder einzutreten und die Verantwortlichkeit für jenen Schritt zu tragen; diese Verantwortlichkeit war um so größer, als nach der Verfassung ohne Genehmigung der Kammern keine fremden Truppen das belgische Gebiet betreten dürfen. Mit schwerem Herzen folgte Leopold diesem Rathe. Dann eilte er in Lebeau's Begleitung nach Brüssel, von dort, nachdem er durch eine beredte Proklamation die Bevölkerung zu den Waffen gerufen, nach Antwerpen, das von einem neuen Bombardement bedroht schien. Erst als durch die Vorstellungen des französischen Gesandten die Handelsstadt vor dieser Gefahr mindestens vorläufig gesichert war, verlegte der König sein Hauptquartier nach Mecheln (5. Aug.) und übernahm persönlich den Oberbefehl über die gesammte Armee. Von diesem Zeitpunkte an kam Ordnung und Zusammenhang in die Leitung der Operationen; bis dahin hatte der Kriegsminister du Failly, dem faktisch die Oberleitung anheimgefallen war, in Ungewißheit über die Ziele des Gegners, die widersprechendsten Befehle erlassen. Der Plan des Prinzen von Oranien war freilich in einem we-

sentlichen Punkte schon gelungen, aber noch war es möglich, das Versäumte wieder einzuholen.

Der Prinz wollte, mit dem Gros seiner Armee über Gheel und Diest vorrückend, sich zwischen die beiden belgischen Hauptcorps einschieben, zuerst die Maasarmee, welche zugleich vom Norden her durch eine Division Communalgarde, von Osten durch die Besatzung Mastrichts engagirt werden sollte, über den Haufen werfen, dann sich gegen die Scheldearmee wenden, um nach deren Besiegung voraussichtlich ohne Widerstand in die Hauptstadt einzuziehen. Der Plan war, aus rein militärischen Gesichtspunkten betrachtet, geschickt entworfen; aus politischen Gründen wäre es wahrscheinlich richtiger gewesen, ohne irgend welche Rücksicht auf die belgischen Truppen sofort über Diest und Löwen auf Brüssel zu marschiren und diesen Heerd der Rebellion zu besetzen; eine Wiederholung der Septemberereignisse war nicht zu befürchten, sofern die holländische Armee, anstatt sich in einen Straßenkampf zu verwickeln, durch die Drohung eines Bombardements die Stadt zur Uebergabe nöthigte. Allerdings hätte dieser Operationsplan noch viel mehr als der wirklich adoptirte ein überaus rasches Vorrücken erfordert; bei der Langsamkeit, mit welcher der Prinz von Oranien sich vorwärts bewegte, hätten die beiden belgischen Armeen auf den weitesten Umwegen vor ihm die Hauptstadt erreichen können. Zwei Tage lang ließ er sich durch die schwache belgische Avantgarde an der Grenze aufhalten; erst am Abend des 5. August occupirte die Division des Herzogs Bernhard das kaum 5 deutsche Meilen entfernte Diest, den Hauptpunkt in der Lücke zwischen Schelde- und Maasarmee; die beiden anderen Divisionen waren noch weiter zurück; am 6. ruhte die ganze Armee aus; erst am 7. besetzte Herzog Bernhard St. Trond und verlegte so der Maasarmee den Rückzug auf die Lüttich-Brüsseler Heerstraße, während der Prinz von Oranien sein Hauptquartier in Diest nahm. So waren die beiden belgischen Corps von einander getrennt, aber ein kräftiger Stoß konnte ihre Vereinigung bewirken. König Leopold hatte schon am 5. eine Concentrationsbewegung in der Richtung auf Gheel angeordnet; als er am 6. erfuhr, daß die Holländer in bedeutender Stärke auf Diest rückten, befahl er beiden Corps, die Richtung nach diesem Orte hin einzuschlagen; Daine sollte auf jede mögliche Weise Tieken von dem Fortschritt seiner Bewegungen unterrichten, Letzterer erst dann zu einer ernsthaften Action übergehen, wenn er die Kanonen der Maasarmee höre. General Tieken gehorchte; ohne Hinderniß erreichte er am 7. Abends Westmeerbeck, wo am 8. früh der König selbst an der Spitze einiger Tausend Freiwilliger und Communalgarden eintraf. Die Truppen, obwohl stark ermattet, zeigten großen Enthusiasmus; Leopold „athmete auf“ und

hielt die Situation für so günstig, daß er den General Belliard ersuchte, den Marsch der französischen Hülfsarmee aufzuhalten. In der steten Erwartung, den Donner der Kanonen der Maasarmee zu vernehmen, ging am 9. Leopold's Corps, das jetzt etwa 17,000 Mann zählte, gegen die holländischen Vorposten vor. Da traf ein Courier aus Lüttich ein, der die Schreckensnachricht von der völligen Auflösung der Maasarmee überbrachte. Daine hatte die Befehle des Königs nicht geradezu unbefolgt gelassen, aber doch in so nachlässiger Weise ausgeführt, daß der beabsichtigte Erfolg vereitelt werden mußte; die Ungeübtheit und Disciplinlosigkeit der Truppen hatten dann die Katastrophe herbeigeführt. Daine, dessen Truppen nur drei deutsche Meilen von Diest in einem Lager bei Zachoven an der Chaussee von Herzogenbusch nach Hasselt concentrirt waren, hatte die beiden Ordres des Königs kurz nach einander am Abend des 6. empfangen, dieselben aber mißmuthig entgegengenommen, da er sich mit dem seltsamen Projekt eines Einfalls in Nordbrabant getragen. Erst um 10 Uhr Morgens am 7., nachdem Proviant aus Lüttich eingetroffen war, hatte er sich in Bewegung gesetzt, aber nicht den direkten Weg nach Diest eingeschlagen, sondern einen weiten Umweg über Hasselt. Als nun am Nachmittag des 7. seine Truppen über Kermpt gegen Diest debouchiren wollten, war der Durchbruch bereits unmöglich geworden. In der Nacht wurde der Rückzug auf Hasselt angetreten; am Morgen des 8. schlug Daine die einzige noch freie Straße nach Lüttich ein. Die holländische Cavallerie und Artillerie folgten auf dem Fuße, und bei dem zweiten Kanonenschuß überfiel die Belgier ein panischer Schrecken. Sie hatten (am 5. und 6.) der, freilich nicht sehr gefährlichen, Division Communalgarde, welche auf der Straße von Herzogenbusch vorzurücken versuchte, tapfer die Spitze geboten und sie mit Verlust zurückgeworfen; sie waren bei Kermpt brav darauf losgegangen. Aber der wiederholte Rückzug hatte ihre doch nur schwache moralische Haltung zu Grunde gerichtet; der Ruf, daß sie verrathen würden, war in die Reihen gedrungen und äußerte seine gewöhnlichen Wirkungen. In unsäglicher Verwirrung kamen die Trümmer der Maasarmee in Lüttich an; der reelle Verlust bestand allerdings nur in 300 Gefangenen und 5 Kanonen. Trotz der ausgezeichneten Thätigkeit des vom König entsandten Oberst Charles de Brouchère (der früher als Mitglied des Congresses und als Finanzminister während der Regentschaft, später als Kriegsminister sich große Verdienste um Belgien erworben hat) war die Maasarmee nicht mehr im Stande, sich an dem Feldzuge zu betheiligen.

Sobald der Prinz von Oranien erfuhr, in welchem Zustande die belgischen Truppen Lüttich erreicht hatten, ließ er von jeder weitern Ver-

folgung ab und wandte sich mit dem Gros seiner Armee gegen Löwen, wo König Leopold mit der Scheldearmee zur Deckung Brüssels Stellung nahm. Das Resultat des bevorstehenden Kampfes konnte nicht zweifelhaft sein, da die Belgier sich jetzt einer dreifachen Uebermacht gegenüber befanden. Die Bürgergarde und die Freiwilligen machten sich größtentheils davon; die regulären Truppen hielten wacker Stand. Am 12. bei Tagesanbruch kam es zum entscheidenden Zusammentreffen. Der Prinz von Oranien, an der Spitze der dritten Division, leitete den Hauptangriff auf der Lütticher Chaussee, konnte jedoch den von König Leopold selbst geführten Belgiern kein Terrain abgewinnen. Aber der ersten Division, welche, unterstützt von der schweren Cavallerie, von Osten her anrückte, vermochte die gegenüberstehende belgische Brigade nicht lange Widerstand zu leisten; sie wurde auf die Stadt Löwen zurückgedrängt, hinter deren lückenhaften Wällen jetzt auch Leopold Schutz suchen mußte. Da gleichzeitig die zweite holländische Division unter dem Herzog Bernhard, welche am Abend vorher die Dyle überschritten, die beiden von Löwen nach Brüssel führenden Straßen besetzt hatte und schon der einzigen noch offenen Straße, der nach Mecheln, sich näherte, so war die Lage des belgischen Heeres und des Königs eine höchst bedenkliche; auch in der Hauptstadt herrschte völlige Bestürzung und Rathlosigkeit. Doch in diesem Moment schlug die Diplomatie sich in das Mittel, und sie hatte die Macht, ihren Vorstellungen Gehör zu verschaffen, zur Hand; denn die französische Vorhut stand nur noch wenige Stunden von Brüssel.

Louis Philippe hatte das Hülfegesuch Leopold's bereitwillig entgegengenommen; das gerade in der Auflösung begriffene Ministerium Périer hatte sich reconstituirt und sofort Ordre zur Zusammenziehung der Nordarmee unter dem Commando des Marschalls Gérard gegeben. Für die französische Regierung war dies eine willkommene Gelegenheit, die Kriegstüchtigkeit ihrer Armee zu zeigen und sich die Zuneigung der Belgier zu erwerben, ohne daß die übrigen Mächte, welche die Waffenruhe garantirt und die achtzehn Artikel unterzeichnet hatten, gegen diese Intervention, wenn sie sich ausschließlich auf Zurückweisung des holländischen Angriffs beschränkte, Einsprache erheben konnten. In der That beeilte sich die Conferenz, die ihr angezeigte Absicht des Einrückens der französischen Armee gutzuheißen und so zugleich deren Operationen, welche nöthigenfalls von einer englischen Flotte unterstützt werden sollten, unter eine europäische Controlle zu stellen. Indessen wartete die Nordarmee noch auf eine direkte Aufforderung von belgischer Seite, die Grenze zu überschreiten; diese erließ der französische Gesandte in Brüssel auf eigene Hand, sobald er die Niederlage Daine's erfuhr. Am 10. August rückten die Franzosen ein; schon

am 12. Nachmittags erreichte die Avantgarde, welche vom Thronfolger Herzog von Orléans befehligt wurde, die Hauptstadt Brüssel. Es konnte den Holländern nicht einfallen, diesem neuen Feinde die Spitze zu bieten. Sobald der französische Geschäftsträger im Haag das bewaffnete Dazwischentreten Frankreichs ankündigte, erklärte König Wilhelm, daß das Erscheinen einer französischen Armee in Belgien, wenngleich ungerechtfertigt, doch den Rückzug der holländischen Armee alsbald zur Folge haben werde. Demgemäß hatte der Prinz von Oranien schon am Abend des 11. den Befehl zum Rückmarsch empfangen; er glaubte jedoch, sich noch eine kleine Affaire erlauben zu dürfen, ehe die Franzosen zur Stelle sein konnten. Auch als jetzt am 12. zuerst ein Parlamentär im Namen des englischen Botschafters, dann dieser selbst, der am Abend vorher in Löwen eingetroffen war, die Einstellung der Feindseligkeiten forderte, weigerte der Prinz sich lange, dieses Begehren zu erfüllen und gewährte endlich nur einen 24stündigen Waffenstillstand unter der Bedingung, daß Löwen den Holländern geräumt werde. Um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, entschloß sich König Leopold zur Annahme dieses Uebereinkommens. Vor dem förmlichen Abschluß der Capitulation verließ er Löwen auf der Straße nach Mecheln unter dem Feuer der Tirailleure des Herzogs Bernhard. Am folgenden Morgen standen die französischen Vorposten den holländischen gegenüber; der Prinz von Oranien schloß mit dem General Belliard eine Convention über die Räumung Belgiens von Seiten der holländischen Armee; am 20. August befand sich dieselbe wieder auf holländischem Gebiet. Im Laufe des nächsten Monats kehrten die letzten französischen Truppentheile nach Frankreich zurück.

Die holländische Armee, obwohl mitten in ihren Erfolgen gehemmt, betrat doch den heimischen Boden mit einem stolzen Siegesbewußtsein, das von der ganzen Nation getheilt wurde. Die Unfälle des vorhergehenden Jahres waren gerächt, die Waffenehre wieder hergestellt, Muth und Selbstvertrauen dem altbewährten Volke zurückgegeben. Den glücklichen Führer, den Prinzen von Oranien, umgab jetzt eine Popularität, welche in den lautesten Demonstrationen sich Luft machte; das Band zwischen Volk und Dynastie war neu befestigt. Aber auch für das belgische Volk blieben die Erfahrungen des zehntägigen Feldzugs nicht ohne heilsame Frucht. Einen festen Halt hatte es in diesen unglücklichen Tagen gefunden: Leopold hatte als König, als General, als Soldat seine Schuldigkeit gethan; er hatte keinen Moment die ruhige Fassung, den klaren Blick verloren; vornehmlich seinem raschen Entschlusse, seinem persönlichen Einflusse verdankte man die Rettung durch die französische Hülfe. Die Nation empfand tief die Größe dieser Verdienste; von jetzt an war die Monarchie

in Belgien festgewurzelt. Unter Leopold's einsichtiger Leitung schritt man zunächst zur Beseitigung der Mängel, welche die öffentliche Meinung, wie sehr sie auch dieselben früher mitverschuldet hatte, mit Recht als die Ursachen des erlittenen Mißgeschicks betrachtete. Der Widerstand gegen eine reguläre Organisation der Armee, gegen eine Epuration des Officiercorps hörte auf; die Zulassung fremder Officiere wurde von den Kammern fast einstimmig gutgeheißen, die Regierung beeilte sich, ausgezeichnete französische Militärs an die Spitze aller Dienstzweige zu stellen; für das Material wurde ausreichende Sorge getragen. Zu Anfang des Jahres 1832 stand eine wohlausgerüstete Armee von 87,000 Mann mit 8900 Pferden unter den Waffen.

Ungünstiger wirkten die Niederlagen der Belgier auf die Gestaltung der auswärtigen Verhältnisse. „Wie immer, fand auch auf uns das vae victis seine Anwendung," schrieb Lebeau in seine Erinnerungen. Die Conferenz, anstatt Holland für die verbotene Aggression zu bestrafen, ließ sich durch den Beweis der Kraft und des Muths, welchen dieser kleine Staat gegeben, imponiren. Sie hatte bisher die Belgier namentlich deshalb geschont, weil sie glaubte, dieselben trügen die Fackel des Krieges und der allgemeinen Revolution in Händen und würden sich nicht scheuen, diese gefährliche Waffe zu benutzen: der Augustfeldzug dagegen schien zu zeigen, daß Holland allein dem Nachbarlande mehr als gewachsen, daß die revolutionären Leidenschaften in Belgien erloschen seien und daß Belgiens Gefahren im übrigen Europa keine Bewegung hervorriefen. Noch gründlicher zerstörte im folgenden Monat der Fall Warschaus (7. September) und die völlige Niederwerfung Polens die Furcht, welche die anfänglichen Erfolge der revolutionären Erhebungen des Jahres 1830 den Cabinetten eingeflößt hatten. Rußland, das, wie glaubwürdig versichert wird, im August den holländischen Hof zur Invasion Belgiens heimlich aufgemuntert hatte, konnte jetzt auch in der Conferenz seinen Einfluß zu Gunsten Hollands geltend machen. Der deutsche Bund ermannte sich schon während der kriegerischen Ereignisse (11. August) zu einer Verwahrung seiner Rechte und der des nassauischen Hauses gegen jede Disposition über das Großherzogthum Luxemburg. Selbst die englische Regierung, da sie das Vertrauen in die Vertheidigungskraft Belgiens verloren hatte, mußte wünschen, die Maaslinie als Barriere gegen Frankreich in Hollands Besitz zu sehen.

Freilich hatten die Belgier ein Recht, zu hoffen, daß die Friedenspräliminarien, welche der Nationalcongreß auf Vorschlag der Conferenz votirt hatte, von Seiten der Mächte als ein bindendes Engagement betrachtet werden würden; es ist kaum zweifelhaft, daß König Leopold nur

in diesem Glauben die Krone angenommen hat, ja daß ihm noch weitergehende mündliche Zusagen gegeben waren. Doch die Conferenz, wie sie auf Belgiens Widerspruch die von Holland angenommenen Trennungsgrundlagen bei Seite geschoben, ließ die von Belgien adoptirten achtzehn Artikel auf König Wilhelm's Einsprache (12. Juli) fallen. Diese Wendung kündigte sich schon vor der Invasion Belgiens an durch das Verlangen, daß die beiden Regierungen, ungeachtet der Nichtannahme der Friedenspräliminarien von Seiten Hollands, Bevollmächtigte zum Abschluß eines definitiven Friedens nach London senden möchten. Mit größter Entschiedenheit wies damals (28. Juli) die belgische Regierung dieses Ansinnen zurück. Aber nach den Unglücksfällen des August hatte sie nicht mehr den Muth, dem wiederholten Begehren der Conferenz zu widerstehen; jedes formelle Bedenken wich jetzt dem Wunsche, endlich in eine definitive völkerrechtliche Stellung zu gelangen. Die materiellen Forderungen, welche der belgische Bevollmächtigte van de Weyer formulirte, gingen noch über die Vortheile, welche die achtzehn Artikel den Belgiern hatten gewähren wollen, hinaus, während andererseits die holländischen Gesandten, auf den Trennungsgrundlagen fußend, die für Holland günstigste Auslegung derselben in Anspruch nahmen. Anstatt sich zu nähern, entfernten sich so die beiden Parteien immer weiter. Sollte überhaupt ein endgültiges Uebereinkommen erzielt werden, so mußte — diese Thatsache ließ sich nicht hinwegleugnen — die Conferenz das Schiedsrichteramt an sich nehmen und die Bedingungen der Auseinandersetzung dictiren. Die Großmächte verpflichteten sich nunmehr in ausdrücklichster Weise (15. October), zu ihren neuen Festsetzungen die Zustimmung der beiden Länder, selbst wenn sie anfänglich von der einen oder andern Seite verweigert werden sollte, zu bewirken und garantirten deren Vollziehung — darin schien, gegenüber dem bisherigen Schwanken zwischen Vermittelung und Intervention, mindestens ein Fortschritt zu einer bestimmten Haltung zu liegen. Aber der Inhalt der neuen, jetzt in vierundzwanzig Artikel gefaßten Entscheidungen (vom 14. October) zeugte von Unkenntniß und Befangenheit. In Bezug auf das Gebiet ging die Conferenz von der Annahme aus, daß das Großherzogthum Luxemburg dem König Wilhelm gehöre; sie gab dann allerdings den wenig einträglichen wallonischen Theil desselben an Belgien, aber gewährte dem holländischen Monarchen eine mehr als ausreichende Entschädigung in Limburg; während er nach dem Besitzstand von 1790 nur auf die Hälfte von Mastricht, die Stadt Venloo und 43 zerstreut liegende Dörfer in dieser Provinz Anspruch machen konnte, erhielt er jetzt ein zusammenhängendes, fruchtbares Gebiet mit 200,000 Seelen. So wurden zwei Provinzen zerrissen; eine Bevölkerung, welche dem neuen belgischen Staate mit aufrichtiger

Neigung sich angeschlossen hatte, von demselben getrennt; dem von dem holländischen Territorium ganz abgesonderten, unter König Wilhelm's Scepter verbleibenden Theil des Großherzogthums Luxemburg eine unerträgliche Existenz geschaffen; endlich das böse Beispiel einer Abtretung deutschen Bundesgebietes gegeben, während Belgien bereit gewesen wäre, das ganze bisherige Großherzogthum im deutschen Bunde zu belassen. In Betreff der Theilung der Schulden wurde zwar das in den achtzehn Artikeln aufgestellte Princip festgehalten, aber als Belgiens Antheil eine Summe fixirt, welche, wenn die Berechnung richtig gewesen wäre, ein vernichtendes Urtheil über die Finanzverwaltung des Königreichs der Niederlande enthalten hätte. Aus der Zeit vor der Vereinigung legte die Conferenz Belgien ein jährliche Rente von 2,750,000 Gulden zur Last; die Verzinsung der während der Union, in einer ununterbrochenen Friedenszeit, contrahirten Anleihen sollte angeblich 10,100,000 Gulden beanspruchen, von denen Belgien fortan die Hälfte zu entrichten hätte. In Wahrheit hatte sich die Conferenz durch die von der holländischen Regierung, welche allein im Besitz des officiellen Materials war, vorgelegten Tabellen täuschen lassen; Anleihen, welche nur zur Convertirung alter holländischer Schulden bestimmt oder nur für die bei Holland verbleibenden Colonien aufgenommen oder erst zum kleinen Theil emittirt waren, wurden in ihrer Gesammtheit als Schulden der Gemeinschaft aufgeführt. Die Activa verblieben sämmtlich bei Holland, nur daß eine fast unmögliche Liquidation des von König Wilhelm bisher in räthselhaftes Geheimniß gehüllten Amortisationsinstituts vorbehalten wurde. Die Handels- und Schifffahrtsverhältnisse waren in einem billigern Sinne geordnet; namentlich wurde die Freiheit der Schelbeschifffahrt, wenngleich unter provisorischer Anwendung des sehr hohen Tarifs für die Rheinschifffahrt, bestätigt und sogar durch ängstliche Vorsichtsmaßregeln geschützt, den Belgiern auch das Recht der Binnenschifffahrt auf den Gewässern zwischen Schelde und Rhein sowie der freie Transit nach Deutschland durch den holländischen Antheil Limburgs zugestanden; aber für diese Vortheile ward ihnen eine weitere jährliche Rente von 600,000 Gulden auferlegt, so daß die gesammten jährlichen Leistungen, welche sie an Holland entrichten sollten, die Höhe von 8,400,000 Gulden erreichten.

Von Seiten Belgiens hätte man nach den bisherigen Erfahrungen einen hartnäckigen Widerstand gegen diese drückenden, die Existenz des jungen Staates verkümmernden Bestimmungen voraussetzen müssen; die Conferenz selbst erwartete, wie Lord Palmerston später eingestand, in Brüssel, nicht im Haag, die stärksten Schwierigkeiten gegen ihr Arrangement. Aber die belgische Regierung erkannte die Zeichen der Zeit; sie

sah, daß Europa wieder in eine Periode der Abspannung und Reaktion einzutreten beginne, und daß man deshalb eilen müsse, die Früchte der Revolution, wenn auch mit einiger Einbuße, unter Dach zu bringen. Bereits sprach der preußische Minister des Auswärtigen, Ancillon, von einer Besetzung Belgiens durch englische, französische und preußische Streitkräfte für den Fall, daß die Belgier sich den vierundzwanzig Artikeln nicht unterwerfen wollten; der französische Gesandte in Brüssel stellte höchstens die Neutralität Frankreichs gegenüber etwaigen Zwangsmaßregeln in Aussicht, der englische wollte in Bezug auf seine Regierung nicht einmal ein solches Versprechen geben; der Kaiser von Rußland bezeigte offen sein Mißvergnügen selbst über die vierundzwanzig Artikel, welche seine Gesandten kraft der früher erhaltenen unbeschränkten Vollmachten unterzeichnet hatten. Eine Weigerung Hollands, die vierundzwanzig Artikel anzunehmen, wurde nicht vorausgesehen; wenn sie dennoch später erfolgte, so konnte Belgien durch eine rasche Annahme des Conferenzbeschlusses immerhin nur gewinnen. Auf Grund solcher Erwägungen legte schon zwei Tage nach Empfang dieses Aktenstückes der Minister des Auswärtigen, de Meulenaere, den Kammern einen Gesetzentwurf vor, wodurch der König autorisirt wurde, den von den fünf Mächten auferlegten Friedensvertrag unter solchen Clauseln, Bedingungen und Vorbehalten, wie er für gut finde, zu unterzeichnen. Die Diskussion war, im Vergleich zu dem parlamentarischen Kampfe um die achtzehn Artikel, matt und gedrückt; auch das Volk verhielt sich ruhig; das Gefühl der Nothwendigkeit schmerzlicher Opfer und die Erinnerung an die kürzlich im Felde erlittenen Niederlagen beherrschten die Stimmung. Mit 59 gegen 38 Stimmen genehmigte die Deputirtenkammer die Vorlage; im Senat betrug die Minorität nur 8 Stimmen. Nach einem vergeblichen Versuch, mindestens einige geringe Modifikationen zu erzielen, erklärte van de Weyer sich bereit, die vierundzwanzig Artikel in Form eines definitiven Vertrages zwischen den fünf Mächten und dem König der Belgier zu unterzeichnen. Dieses Verlangen wurde, nachdem die holländischen Bevollmächtigten die ihnen angebotene Initiative der Unterzeichnung abgelehnt hatten, erfüllt. Der Vertrag vom 15. November wiederholte zunächst den Wortlaut der vierundzwanzig Artikel, sprach dann in üblicher Form die (bisher von den Ostmächten noch nicht erfolgte) Anerkennung des Königs der Belgier von Seiten der fünf Großmächte aus und garantirte demselben die Ausführung der vorhergehenden Bestimmungen; die Ratifikationen sollten innerhalb zwei Monaten ausgewechselt werden. Mit diesem Akte schien die völkerrechtliche Existenz Belgiens ihre feste Sanktion erhalten zu haben. Die Großmächte selbst gaben dieser Ueberzeugung Ausdruck, indem sie sich bemühten, die europäischen Verträge, welche mit

der Union zwischen Belgien und Holland in Zusammenhang standen und derselben hatten zur Stütze dienen sollen, gemäß der neuen Ordnung der Dinge zu modificiren. Die englische und die holländische Regierung hatten im Jahre 1815 die Verzinsung einer russischen Anleihe für die Dauer der Verbindung Belgiens mit Holland übernommen; jetzt (26. November) erklärte sich England bereit, diese Zahlung fortzusetzen, wogegen Rußland sich verpflichtete, wenn jemals die vertragsmäßige Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens gefährdet werden sollten, ohne die vorgängige Einwilligung Englands keine neuen Verbindlichkeiten einzugehen. Großentheils auf Kosten der alliirten vier Großmächte war nach 1815 eine dreifache Festungsreihe an der französischen Grenze zum Schutze des Königreichs der Niederlande hergestellt worden; für Belgien allein war die Unterhaltung aller dieser Festungen eine zu schwere Last, ihre Vertheidigung unmöglich; es wurde daher (14. December) autorisirt, fünf derselben zu schleifen.

Als diese Unterhandlung ihr Ende erreichte, war die holländische Regierung bereits zwei Monate im Besitz der vierundzwanzig Artikel, ohne daß sie irgend eine Erklärung über dieselben abgegeben hätte; die Großmächte wurden ob dieses Zauderns ungeduldig, doch schienen die Aeußerungen der holländischen Volksstimmung ein günstiges Resultat in Aussicht zu stellen. Aber am 14. December überreichten die holländischen Bevollmächtigten der Conferenz eine Note und eine Denkschrift, worin sie die einzelnen Festsetzungen derselben in schärfster Weise kritisirten und gegen den Gesammtinhalt als den Separationsgrundlagen durchaus widersprechend in förmlichster Weise Protest einlegten. Es wurde der Conferenz nicht schwer, in ihrer Entgegnung ebensowohl zu zeigen, daß sie die Principien des Protokolls vom 27. Januar nicht zu Ungunsten Hollands verlassen habe, als die Detailausstellungen der holländischen Gesandten in allen wesentlichen Punkten zu widerlegen; aber sie hatte mit dieser mühsamen Arbeit nichts gewonnen. König Wilhelm war entschlossen, zu keinem Ausgleich die Hand zu bieten, sondern fortan „mit Zähnen und Nägeln" Widerstand zu leisten. Er war jetzt, nach den Erfolgen der holländischen Armee im August, nach der Niederlage Polens, mehr als je von der siegreichen Kraft der Legitimitätsgrundsätze überzeugt. Er hoffte auf den Beistand der drei östlichen Großmächte; aber wenn ihm dieser versagt würde, wenn selbst die conservativsten Regierungen vor der Revolution zurückwichen, so wollte er nichtsdestoweniger fest bleiben und durch seine Unerschütterlichkeit ein Beispiel fürstlicher Größe geben. Freilich nahm er seinem Verhalten selbst den Schein der Großartigkeit, indem er der öffentlichen Meinung gegenüber seinen Widerstand auf die verschiedensten, zum Theil höchst kleinlichen Bedenken zu stützen suchte, welche seine Diplo-

maten mit unerschöpflicher Geschicklichkeit aufzufinden und geltend zu machen verstanden. Seinen treuen Unterthanen hat er durch sein Beharrungssystem die schwersten Wunden geschlagen und auch ihre Gemüther endlich sich entfremdet; aber um diesen Preis hat er die völlige Lösung der belgischen Frage noch mehr als sieben Jahre hintangehalten.

Die Monarchen Oesterreichs, Preußens und Rußlands sahen sich durch die Weigerung des Königs Wilhelm, die vierundzwanzig Artikel zu unterschreiben, in eine äußerst peinliche Lage gebracht. Sie waren gesonnen, die von ihren Bevollmächtigten eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen; aber es widerstrebte ihren grundsätzlichen Anschauungen, einem Akt ihre Genehmigung zu ertheilen, wodurch einem legitimen Herrscher gegen seinen Willen fast zwei Drittheile seiner Besitzungen entzogen werden sollten, und die holländischen Diplomaten wußten dieses Widerstreben zu verstärken durch die Vorstellung, daß König Wilhelm niemals auf seine Souveränetätsrechte verzichtet, namentlich bei seiner Zustimmung zu den Separationsgrundlagen nur eine administrative, keine politische Unabhängigkeit im Auge gehabt habe. In der Hoffnung, eine diesen Zwiespalt lösende Umstimmung im Haag zu erreichen, verzögerten die drei östlichen Mächte selbst dann noch den Austausch der Ratifikationen des Vertrages vom 15. November, als die englische und die französische Regierung ihrerseits keinen weiteren Aufschub zulässig fanden (31. Januar 1832). Sie versuchten einen letzten, außerordentlichen Schritt; im Einverständniß mit den Höfen Oesterreichs und Preußens sandte Kaiser Nikolaus seinen Generaladjutanten, Grafen Orloff, nach dem Haag, um dem König die dringende Nothwendigkeit der Annahme der vierundzwanzig Artikel an das Herz zu legen, ihm aber zugleich die Unterstützung des Kaisers zur Erlangung bedeutender Modifikationen, welche die Form eines Zusatzvertrags erhalten sollten, anzubieten. Doch König Wilhelm entgegnete dem russischen Abgeordneten, er begreife nicht, daß sein Kaiser', während er die polnische Revolution im Blut ihrer Apostel ersticke, den Brüsseler Rebellen seinen Schutz gewähre; im Verlauf der Unterhandlung zeigte er sich dann zwar scheinbar bereit zur Anerkennung der politischen Unabhängigkeit Belgiens und des Königs Leopold, aber stellte das gesammte Territorialarrangement wieder in Frage und erklärte die Unterzeichnung der vierundzwanzig Artikel für unmöglich. Graf Orloff selbst constatirte vor seiner Abreise aus dem Haag in einer officiellen Deklaration (22. März) die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen und die Unmöglichkeit, in welche der Kaiser sich zu seinem Bedauern versetzt sehe, dem König der Niederlande hinfort irgend eine Unterstützung oder Hülfe zu leisten; die Vertreter Oesterreichs und Preußens schlossen sich dieser Erklärung an. Die Be-

vollmächtigten der drei Höfe in London schritten nunmehr endlich (18. April, resp. 4. Mai) zum Austausch der Ratifikationen; aber ihre, mit den Belgien gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten kaum vereinbaren, Rücksichten auf Holland hatten noch kein Ende; Oesterreich und Preußen gaben, jenes in milderer, dieses in schärferer Form Wünsche für fernere Modifikationen zu Gunsten Hollands zu Protokoll, Rußland behielt sogar im Text der Ratifikationsurkunden etwaige Abänderungen der von der holländischen Regierung am Lebhaftesten bekämpften Bestimmungen in Betreff der Schifffahrt, der Handelswege durch Limburg und des Amortisationsinstitutes vor. Eine Ratifikation von Seiten des deutschen Bundes wurde nicht vorgebracht, vielmehr reservirten Oesterreich und Preußen, die mit dessen Vertretung beauftragt waren, alle Rechte desselben hinsichtlich des Großherzogthums Luxemburg.

In Belgien hatte schon die auffallende Verzögerung des Austausches der Ratifikationen starke Verstimmung und Besorgniß erregt; die Kunde von den neuen Vorbehalten der Ostmächte rief einen Sturm der Indignation hervor. In den Kammern gährte und tobte es gewaltig; viele Redner verlangten, daß man den drei Mächten ihre Ratifikationsurkunden zurückstellen solle. Die Regierung bewahrte die Besonnenheit: sie verschwieg nicht ihre Unzufriedenheit mit dem Verfahren van de Weyer's, der die bedingten Ratifikationen unter einfacher Verweisung auf den Vertrag vom 15. November angenommen hatte, aber sie wies jenen extremen Vorschlag, dessen Befolgung Belgien in offene Feindschaft mit der Hälfte Europas gesetzt hätte, zurück; sie versprach andererseits, sofort die vollständige Räumung des belgischen Bodens als den Anfang der Ausführung des Vertrages vom 15. November energisch zu reklamiren; sollten dann neue Unterhandlungen über die Punkte, welche keiner alsbaldigen Exekution fähig seien, eröffnet werden, so würde durchaus kein Zugeständniß an Holland ohne vollen Ersatz stattfinden. General Goblet wurde als zweiter Bevollmächtigter nach London gesandt, um dieses Programm bei der Conferenz zur Geltung zu bringen. Seine Bemühungen waren zunächst vom besten Erfolge gekrönt; die Großmächte verlangten von Holland in dringender Weise die Annahme der vierundzwanzig Artikel und bezeichneten den 20. Juli als Termin, bis zu welchem die gegenseitige Räumung der durch diesen Vertrag den beiden Staaten zugesprochenen Territorien beendigt sein solle (11. Juni). Aber die Geschicklichkeit der holländischen Diplomaten brachte bald wieder eine neue, für Belgien höchst unbequeme Wendung zu Stande. Sie erklärten sich bereit, die Territorialfestsetzungen der Conferenz anzunehmen und hielten nur in untergeordneten Punkten ihren Widerspruch gegen die vierundzwanzig Artikel aufrecht. Diese Taktik verfehlte ihren

Zweck nicht: wenn auch die Conferenz den von holländischer Seite vorgelegten (30. Juni) modificirten Vertragsentwurf für unannehmbar erklärte, so sah sie doch von Ergreifung irgend einer Zwangsmaßregel ab und suchte durch vertrauliche Einwirkung auf die beiden Parteien eine völlige Ausgleichung zu erzielen. Selbst Lord Palmerston war von den versöhnlichen Dispositionen des Haager Cabinets überzeugt und drängte das belgische Ministerium, nicht länger auf vorläufiger Räumung des Gebiets zu bestehen und in neue Unterhandlungen einzutreten; in demselben Sinne wirkte Louis Philippe auf König Leopold. In Brüssel fühlte man wohl, daß man auf dem bisherigen Wege nicht aus der Stelle kommen werde; aber das Ministerium hatte sich den Kammern, dem Lande gegenüber in zu bestimmter Weise gebunden, als daß es denselben hätte verlassen können — und eben darauf rechnete die holländische Regierung. Doch König Leopold durchschaute dieses Spiel und warf es durch einen kühnen Entschluß über den Haufen. Er nahm die Entlassung der bisherigen Minister an, beauftragte den General Goblet, der von London mit einem Vermittelungsvorschlage Lord Palmerston's zurückgekommen war, mit dem Ministerium des Auswärtigen und sandte Herrn van de Weyer die Vollmacht, eine direkte Unterhandlung mit den Gesandten Hollands zu eröffnen (18. September). Die Klugheit dieser Schritte wurde in Belgien selbst von den einsichtigsten Politikern bezweifelt; die Journale erhoben entweder in dem Glauben, daß die schwer erkauften Vortheile des Vertrags vom 15. November durch ein neues Arrangement geschmälert werden sollten, gegen die Regierung die Anklage des Verraths an der Nation, oder beschuldigten sie einer unverantwortlichen Kurzsichtigkeit, wenn sie meine, eine billige Verständigung mit Holland erzielen zu können. So stark war die Strömung der öffentlichen Meinung, daß Goblet keine Candidaten für Ministerposten finden konnte und sich daher mit einer interimistischen Fortführung der übrigen Portefeuilles durch ihre bisherigen Inhaber begnügen mußte. Inzwischen sahen sich jedoch die holländischen Diplomaten genöthigt, Farbe zu bekennen. Sobald der belgische Gesandte seine neuen Vollmachten erhalten hatte, „richtete der holländische Bevollmächtigte an die Conferenz (wir wiederholen deren eigene Worte), welche ihn nicht provocirt hatte, eine neue Note, die herber und entfernter vom guten Geist der Versöhnlichkeit war als irgend eine frühere;" in fast drohendem Tone verlangte er die sofortige Unterzeichnung der von der Conferenz bereits verworfenen Vorschläge vom 30. Juni und überging den vermittelnden Entwurf Lord Palmerston's, der größtentheils nach den von holländischer Seite geäußerten Wünschen redigirt war, mit gänzlichem Stillschweigen (20. September). Die Mitglieder der Conferenz, welche kaum

ihren Augen trauten, versuchten noch eine, freilich höchst ungewöhnliche Maßregel: sie luden den Baron de Zuylen de Nyevelt ein, sich in ihre Mitte zu begeben, und legten ihm eine Reihe von präcis gefaßten Fragen vor, die er sofort mündlich beantworten sollte: es stellte sich heraus, daß derselbe niemals die angekündigte Vollmacht, einen definitiven Vertrag mit dem belgischen Bevollmächtigten abzuschließen, gehabt hatte, und daß die holländische Regierung fortwährend wesentliche Bestimmungen der vierundzwanzig Artikel verwarf. Nach diesen Aufklärungen konnten selbst die Vertreter der drei Ostmächte nicht umhin, das Verhalten Hollands laut zu mißbilligen und die Nothwendigkeit der Ergreifung von Zwangsmaßregeln zur Ausführung des Vertrags vom 15. November einzugestehen. Doch trat alsbald zwischen ihnen und ihren westmächtlichen Collegen ein Zwiespalt über die zu ergreifenden Mittel hervor; sie wollten nur von Geldstrafen in Form eines Abzugs von den rückständigen Zinsen, resp. dem Capital, welche Belgien an Holland schuldete, wissen und der Anwendung derselben sogar eine neue Verwarnung der holländischen Regierung vorangehen lassen, während England und Frankreich auf entscheidende Schritte drangen. Wahrscheinlich in Kenntniß dieser Divergenz richtete General Goblet nur an die letztgenannten beiden Regierungen die förmliche Aufforderung zur Erfüllung der im Vertrage vom 15. November übernommenen Garantie. Beide folgten der Aufforderung rasch und entschieden: Louis Philippe wünschte dem König Leopold, der vor Kurzem (9. August) sein Schwiegersohn geworden, einen eklatanten Beweis seiner Freundschaft zu geben; das neue Ministerium Soult bedurfte eines glänzenden Debüts, um vor die Kammern treten zu können; das Whigministerium befand sich seit dem Durchgehen der Reformbill auf dem Höhepunkt seiner Popularität und Macht und konnte daher seinen Sympathien für Belgien und den König Leopold einen durchgreifendern Ausdruck gestatten. Am 22. October schlossen Lord Palmerston und Fürst Talleyrand eine Convention, wodurch England und Frankreich sich verpflichteten, an den König der Niederlande und den König der Belgier das Ersuchen zu richten, bis zum 12. November die gegenseitige Räumung der auf dem fremden Territorium noch besetzten Punkte eintreten zu lassen; wenn der König der Niederlande bis zum 2. November kein Engagement dieses Inhalts übernommen hätte, so sollte ein Embargo auf die holländischen Schiffe gelegt und den englischen und französischen Kreuzern der Befehl gegeben werden, die ihnen begegnenden holländischen Schiffe wegzunehmen; wenn am 13. November noch holländische Truppen auf belgischem Gebiet sich befänden, so sollte auf Verlangen des Königs der Belgier ein französisches Armeecorps in Belgien einrücken und die Holländer aus der Citadelle von Antwerpen

und den Scheldeforts vertreiben. Die belgische Regierung gab bereitwillig das verlangte Versprechen unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, die holländische verweigerte dasselbe. Am 5. November wurden die holländischen Schiffe in englischen und französischen Häfen mit Beschlag belegt und eine combinirte Flotte an die holländischen Küsten gesandt; am 15. rückte, nach Abschluß eines Uebereinkommens zwischen General Goblet und dem französischen Gesandten in Brüssel, eine französische Armee von 65,000 Mann unter dem Befehl des Marschalls Gérard in Belgien ein.

So war der Vertrag vom 15. November 1831 endlich nach Jahresfrist in das Stadium der Exekution getreten. Die Thronrede, mit der König Leopold die parlamentarische Session eröffnete (13. November), kündigte an, daß die Wünsche der Kammern und der Nation nach langer Verzögerung in Erfüllung gingen; eine französische Armee werde, ohne den Frieden Europas zu stören, den Beweis führen, daß die gegebenen Garantien keine leeren Worte seien. In Wahrheit jedoch war, wenn auch ohne genügende Gründe, Europa beunruhigt und Belgien unzufrieden. Die Conferenz, in welcher die fünf Großmächte zwei Jahre hindurch, wenn auch in verschiedenem Sinne, doch mindestens alle in der gemeinsamen Absicht der Erhaltung des europäischen Friedens zusammengewirkt hatten, war gesprengt durch den Austritt der russischen Bevollmächtigten, deren Regierung das bewaffnete Einschreiten Frankreichs und Englands mit friedlicher Vermittelung unvereinbar fand. Die preußische Regierung sah mit Besorgniß die aktiven Operationen einer französischen Armee so nah an ihren Westprovinzen; sie stellte ein Observationscorps zwischen Rhein und Maas auf; der Bundestag erklärte, daß die Interessen des Bundes an der nordwestlichen Grenze bedroht seien. In England griffen die Toryblätter das Ministerium wegen der feindseligen Behandlung eines alten, bewährten Alliirten auf das Heftigste an; der Handelsstand glaubte seine Interessen beeinträchtigt durch die gegen die holländische Marine ergriffenen Maßregeln. Das belgische Volk empfand bittern Unmuth über die gezwungene Unthätigkeit der belgischen Armee, welche, jetzt über 100,000 Mann stark, ohne fremde Hülfe im Stande gewesen wäre, den belgischen Boden zu befreien, der aber England und Frankreich aus Besorgniß vor einem Volkskriege nicht einmal eine Mitwirkung gestatten wollten. In diesem Unmuth erklärte man die fremde Intervention für unnütz, ja für schädlich: für unnütz, weil der Besitz der Antwerpener Citadelle an und für sich werthlos sei und einer definitiven Lösung des Streits mit Holland nicht näher bringe; für schädlich, weil, sobald die Holländer keinen Punkt mehr auf belgischem Gebiet besetzt hielten, Belgien die Hälfte von Limburg und Luxemburg werde aufgeben

müssen. Gegen das kaum durch den Eintritt Lebeau's und Charles Rogier's in glücklichster Weise reconstituirte Ministerium wurde in der Deputirtenkammer harter Tadel erhoben, weil es sich zur Räumung dieser Gebietstheile ohne Geltendmachung der in den vierundzwanzig Artikeln mit der Abtretung derselben in Zusammenhang gebrachten Bedingungen bereit erklärt habe. Man vergaß, daß die auswärtige Intervention die nothwendige Folge des Belgien auferlegten Vertrags war; daß die öffentliche Meinung bisher immer den größten Werth auf die Befreiung der Handelsmetropole von dem schweren Alp der holländischen Kanonen gelegt hatte; man trug den diplomatischen Formen keine Rechnung, welche das Ministerium nöthigten, auf die englisch-französische Sommation eine bündige Antwort zu ertheilen, während es sich durch vorgängige Unterhandlungen alle wünschenswerthen Garantien verschafft hatte. Nur mit einer Majorität von zwei Stimmen konnte das Ministerium eine Tagesordnung, wodurch die Kammer ihr Urtheil wenigstens suspendirte, durchsetzen; es gab seine Entlassung ein, aber da keine andere Verwaltung zu Stande kam, mußte es die Leitung der Geschäfte wieder übernehmen. Doch seine Lage wurde bald gebessert durch den Erfolg der französischen Expedition.

In Folge der augenblicklichen Spannung der politischen Situation und weil der Widerstand einer kleinen Besatzung gegenüber den Kriegsmitteln einer Großmacht als ein Akt seltenen Heldenmuthes erschien, beobachtete die ganze gebildete Welt die Belagerung der Antwerpener Citadelle mit einer Theilnahme, welche wir jetzt kaum nachempfinden können; wir sind geneigt, die ganze Aktion als ein einfaches Artillerieduell, die hartnäckige Vertheidigung des isolirten Postens als eine nutzlose Aufopferung von Menschenleben zu betrachten. Die holländische Armee, welche in Nordbrabant concentrirt war, regte sich nicht; die holländische Flotte versuchte einige erfolglose Landungen in der Gegend der unteren Schelde; die Besatzung wagte keinen nennenswerthen Ausfall: so nahm die Belagerung ungestört ihren regelmäßigen Fortgang. Um ein Bombardement von der Stadt abzuwenden, beschränkten die Franzosen ihre Angriffsarbeiten auf die Südseite der Citadelle. In der Nacht vom 29. auf den 30. November wurden die Laufgräben eröffnet; am 4. December war die zweite Parallele fertig und begannen 85 französische Geschütze das Feuer gegen die Citadelle, das von der holländischen Artillerie mit Präcision und Ausdauer erwidert wurde. Die Verluste auf holländischer Seite waren bedeutend, da die Hauptgebäude in der Citadelle sich als nicht bombenfest erwiesen und die Casematten keinen genügenden Raum für die Besatzung boten; noch mehr litten die Franzosen, da sie in dem äußerst morastigen Boden bei strömendem Regen nur langsame Fortschritte machen und schwer

Deckung gewinnen konnten. Erst am 13. December gelang die Wegnahme eines wichtigen Vorwerks, der Lünette St. Laurent; nunmehr war es möglich, eine Breschebatterie gegen die Bastion San Toledo aufzuführen; am 22. December stürzte die Festungsmauer auf einer Strecke von mehr als 30 Metern in den Graben; am folgenden Tage sollte die Bresche erweitert und dann zum Sturm geschritten werden. Doch diese letzte Prüfung ersparte General Chassé seinen braven Truppen; er erklärte sich bereit zur Uebergabe der Citadelle; am Abend des 23. wurde die Capitulation unterzeichnet, nach welcher die Besatzung kriegsgefangen sein, aber, sobald der König Wilhelm die Uebergabe der von den Holländern noch besetzten Forts Lillo und Lieffenshoek befohlen hätte, nach Holland zurückkehren sollte. Wie mit Sicherheit vorauszusehen war, weigerte König Wilhelm, getreu seinem Beharrungssystem, die Räumung der beiden Forts; die französische Armee ließ dieselben unangetastet, damit die Belgier im Besitze der durch den Vertrag vom 15. November dem König Wilhelm zugesprochenen Theile Luxemburgs und Limburgs bleiben könnten, und kehrte, nachdem sie den belgischen Truppen die Antwerpener Citadelle überliefert hatte (31. December), in kürzester Frist in die Heimath zurück.

Die Allianz der liberalen Westmächte hatte einen großen moralischen Sieg über die absoluten Regierungen des Ostens errungen; Louis Philippe einen neuen Beweis der Uneigennützigkeit gegeben, der von den fremden Völkern und namentlich von den Belgiern nur dankbar anerkannt werden konnte. England und Frankreich waren geneigt, sich mit diesen Resultaten zu begnügen, und suchten einen Ausgleich, da die Fortsetzung der Maßregeln zur See die Handelsinteressen ihrer Unterthanen benachtheiligte, ohne auf die Entschlüsse des Königs der Niederlande einen entscheidenden Druck zu üben. Die Belgier waren mit Aufrechthaltung des territorialen status quo, der ihnen zwei halbe Provinzen für zwei unbedeutende Forts ließ, wohl zufrieden; auch die fortdauernde Nichtzahlung der Zinsen für die Staatsschuld behagte ihnen; auf eine Anerkennung ihrer Unabhängigkeit von Seiten Hollands legten sie geringes Gewicht; aber sie ersehnten die Zurückführung ihrer Armee auf den Friedensfuß. Nach dem Augustfeldzuge war ein Waffenstillstand nur auf kurze Termine, innerhalb deren die Conferenz eine definitive Lösung herbeiführen zu können vermeinte, abgeschlossen worden; seit dem 25. Oktober 1831 war die Waffenruhe durch kein Engagement gesichert. Die holländische Armee lagerte fortwährend gerüstet an der belgischen Grenze und zwang Belgien zu umfassenden Gegenrüstungen; das belgische Kriegsministerium hatte im Jahre 1832 über 76 Millionen Francs in Anspruch genommen. In der Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit dieses Zustandes beschränkte die Deputirtenkammer das

Votum des Militärbudgets auf die ersten sechs Monate des Jahres 1833; das Ministerium glaubte diesen Beschluß als eine Mißtrauenserklärung auffassen zu müssen und reichte seine Entlassung ein. Bei der Unfertigkeit der parlamentarischen Entwickelung des jungen Staates trat aber wiederum die Unmöglichkeit der Bildung einer andern Regierung ein; der Krone blieb nur das extreme Mittel einer Auflösung der Kammer (28. April 1833) übrig. Die Neuwahlen fanden unter außerordentlicher Aufregung statt; die Zusammensetzung der Kammer änderte sich jedoch wenig, und es war zu befürchten, daß eine mit den Intentionen des Königs und seiner intimsten Rathgeber unverträgliche kriegerische Richtung die Oberhand erhalten würde. Aber als das Parlament wieder zusammentrat (7. Juni), war eine entscheidende Wendung erfolgt. Die Leiden Hollands vermochten freilich nicht, den König Wilhelm zum Verzicht auf seine Souveränetätsrechte über Belgien zu bewegen, als deren sichtbares Zeichen er mindestens einen Fuß auf belgischem Boden zu behaupten entschlossen war; aber sie waren stark genug, um ihn zu einem Uebereinkommen zu bestimmen, das die principielle Frage unerledigt ließ. Gemäß einem Vorschlage der preußischen Regierung erklärte er seine Bereitwilligkeit, einen Waffenstillstand einzugehen, der bis zum Abschluß eines definitiven Vertrags fortdauern sollte, und während des Waffenstillstandes die Schifffahrt auf der Schelde gänzlich unbehelligt zu lassen. Auf dieser Grundlage kam eine Convention mit den Regierungen Englands und Frankreichs zu Stande (21. Mai), welche von Belgien, wenn auch nur als Anfang der Ausführung des Vertrags vom 15. November 1831, angenommen wurde. Die Unterhandlungen über den definitiven Friedensvertrag sollten alsbald von Neuem beginnen; die Londoner Conferenz trat in der That wieder zusammen und die Minister des Auswärtigen der nächstbetheiligten beiden Länder begaben sich persönlich nach London. Aber nach kurzer Zeit brachten die Vertreter Hollands die Verhandlung wieder zum Stillstand durch das Begehren, die dem König Wilhelm zugewiesenen Theile Limburgs dem Königreich der Niederlande zu incorporiren. Die Realisirung dieses Verlangens setzte die Genehmigung des deutschen Bundes und der nassauischen Agnaten, die so des Ersatzes für die Hälfte Luxemburgs beraubt wurden, voraus; indem nun König Wilhelm die versprochenen Schritte zur Herbeiführung dieser Genehmigung unterließ, machte er einen definitiven Abschluß unmöglich. Die Conferenz suspendirte ihre Sitzungen (24. August 1833) — um sie erst nach fünf Jahren wieder aufzunehmen.

Für Belgien waren diese Jahre eine Periode friedlichen Schaffens und segenvollen Fortschritts. Erst jetzt war es im Stande, die Wunden der Revolution zu heilen und die Früchte der nationalen Neugestaltung zu

genießen. Unter dem belebenden Hauche der Freiheit, unter der eifrigen Fürsorge der Regierung, die endlich ihre Aufmerksamkeit von den auswärtigen Verwickelungen und den militärischen Rüstungen ablenken konnte, entfalteten sich die zahlreichen Keime materiellen und geistigen Gedeihens, welche Land und Volk in sich trugen. Der Bergbau und die Steinkohlenförderung nahmen einen Aufschwung, der alle vor 1830 erreichten Resultate weit übertraf; die Metallindustrie, die Waffenfabrikation zeigten die besten Erfolge; die Ausfuhr von Tuchen stieg in den Jahren 1831—37 auf den sechsfachen Werthbetrag; in dem Maschinenbau wurde ein neuer lohnender Industriezweig gewonnen; nur die Baumwollfabriken konnten den Verlust des Absatzes nach den ostindischen Colonien noch nicht verschmerzen. Der großartige, seit 1834 in Angriff genommene Plan eines Eisenbahnnetzes, welches alle bedeutenden Städte Belgiens unter sich in Verbindung setzen und durch die Fortführung an die Grenzen sowohl dem westlichen Deutschland als den nordfranzösischen Fabrikdistrikten einen leichten Zugang zum Meere öffnen sollte, gab nicht allein dem Handel ganz neue Impulse, sondern hatte auch wichtige politische Vortheile im Gefolge, da es die Belgier unter einander und mit ihren Nachbarvölkern in eine innigere Verbindung brachte; indem der Staat den Bau und Betrieb dieser Eisenbahnlinie übernahm, erhielt zugleich die Regierung ein nicht zu unterschätzendes Element der Macht. In zahlreichen anderen Unternehmungen bethätigte sich der Associationsgeist der Privaten, der während des Königreichs der Niederlande trotz aller von König Wilhelm gebotenen Reizungsmittel fast ganz geruht hatte. Daß die Freiheit der Vereinigung auch den geistigen Interessen reiche Förderung zu verschaffen geeignet ist, bewies die Gründung der beiden freien Universitäten zu Mecheln (später nach Löwen verlegt) und zu Brüssel. Die Concurrenz dieser rasch aufblühenden Anstalten bewog die Regierung und die Kammern, auch den Staatsuniversitäten, die jetzt auf zwei reducirt wurden, eine verbesserte Organisation zu geben. Die hochwichtige Frage der Provinzial- und Communalordnungen beschäftigte vier Jahre lang (1833—36) die Volksvertretung. Der erste Entwurf, obwohl von Charles Rogier, einem Führer des Septemberaufstandes, einem entschiedenen Liberalen eingebracht (2. April 1833), räumte doch der Centralregierung eine übermäßige Gewalt ein, so weit die in der Verfassung aufgestellten Normen nur irgend erlaubten. Aber als die damals vielleicht noch vorhandene Nothwendigkeit einer starken Centralisation durch das Zustandekommen eines gesicherten Provisoriums hinwegfiel, traten die dauernden Grundlagen, auf denen das neue Staatsgebäude aufgeführt war, wieder deutlicher in das öffentliche Bewußtsein, und die Gesetze, wie sie schließlich aus den Berathungen der Kammern hervorgingen, ent-

sprachen auch dem liberalen Geiste der Verfassung, ohne die nothwendige Einheit des Staates in Frage zu stellen. Im Schooße des Parlaments wie in der Presse gaben allerdings diese in das ganze Volksleben tiefeingreifenden Gegenstände Anlaß zu lebhaften Meinungskämpfen; aber sie wurden nicht als Parteifragen behandelt, sondern nach individueller Ueberzeugung. Ueberhaupt bestanden die Parteien der Katholiken und Liberalen zwar unvermischt nebeneinander, allein in den Angelegenheiten des Staates war durchaus kein scharfer Gegensatz zu erkennen; in dem Ministerrath wirkten Mitglieder beider Parteien einträchtig zusammen; doch machte sich gegen Ende des Zeitraums ein Uebergewicht des katholischen Einflusses in der Regierung bemerkbar, das anfing, bei den Liberalen ein gewisses Mißtrauen zu erregen. Die Aktionspartei fristete noch eine kurze Weile mit alten Erinnerungen ihr Dasein; dann starb sie aus Mangel an frischer Nahrung dahin. Die Anhänger des oranischen Herrscherhauses wagten noch einmal eine Demonstration, welche bedauerliche Volksexcesse hervorrief (April 1834); allmählich söhnten auch sie sich mit den neuen Verhältnissen aus. Die immer nur spärlich vorhandenen Hinneigungen zu republikanischer Verfassung oder zur Reunion mit Frankreich verloren sich vollständig. Das ganze Land bot das Schauspiel einer einigen, intelligenten, thätigen und mit ihren Geschicken zufriedenen Bevölkerung. Die zuerst dem neuen Staate so sehr abgewendete öffentliche Meinung Europas ward demselben definitiv gewonnen. Mit den Großmächten, Rußland etwa ausgenommen, stand Belgien auf gutem Fuße; mit vielen mittleren und kleinen Staaten waren diplomatische Verbindungen angeknüpft. Nur die fortdauernde Unterbrechung aller Beziehungen zu dem nördlichen Nachbarlande und wiederholte Streitigkeiten mit den deutschen Bundesbehörden in der Festung Luxemburg erinnerten daran, daß die Verhältnisse des jungen Königreichs noch immer nicht die allseitige rechtliche Sanktion erhalten hatten. Indessen waren die Forderungen, welche Holland nach dem Vertrage vom 15. November 1831 erheben konnte, fast ganz vergessen, die Theile Limburgs und Luxemburgs, welche in den Besitz des Königs Wilhelm zurückkehren sollten, mit dem belgischen Staate völlig verwachsen.

Plötzlich wurde Belgien aus seiner ruhigen Existenz aufgeschreckt durch die Kunde, daß König Wilhelm seine gänzliche und unbedingte Zustimmung zu den vierundzwanzig Artikeln erklärt habe (14. März 1838). Sein Beharrungssystem war endlich unter der Gewalt der Thatsachen zusammengebrochen. Nach einander hatten sich alle Hoffnungen, welche er auf den Eintritt günstigerer Ereignisse gebaut hatte, als trügerisch erwiesen. Weder die spanisch-portugiesischen Thronstreitigkeiten noch die orientalischen Verwickelungen, weder die Verschwörungen gegen Louis Philippe

noch die zeitweise Wiederherstellung einer Toryregierung in England hatten eine ernstliche Veränderung in den europäischen Verhältnissen hervorgebracht; dagegen lag die fortschreitende Consolidirung des belgischen Staates klar vor Augen. Selbst die Absicht einer eventuellen Incorporirung der limburgischen Gebietstheile in das Königreich Holland war durch den Widerspruch des deutschen Bundes (18. August 1836) und der nassauischen Agnaten vereitelt. Den Ausschlag aber gab die mißvergnügte Haltung der eigenen Unterthanen. In dem holländischen Volke hatte sich allmählich die Ueberzeugung verbreitet, daß ein materieller Vortheil von längerem Widerstande nicht zu erwarten sei; um so drückender erschienen die Lasten, welche des Königs Politik dem Lande fortwährend auferlegte: die Erhaltung der Armee auf dem Kriegsfuß, die Lager auf den nordbrabantischen Haiden, die Verzinsung des belgischen Antheils an der Staatsschuld. Die angesehensten Organe des Handelsstandes riethen zur Nachgiebigkeit; die Opposition in den Generalstaaten gegen die „Steifköpfigkeit" der Regierung wuchs unverkennbar; in der Session des Jahres 1837 wurden die Klagen bitterer, das Drängen heftiger; im Jahre 1838 stand die Verwerfung des Militärbudgets und der Anforderungen für die Staatsschuld in sicherer Aussicht. Da bequemte sich König Wilhelm, „seinen treuen Unterthanen das einzige noch mögliche Pfand seiner unwandelbaren Sorge für ihre Wohlfahrt zu geben und das einzige Mittel anzuwenden, das seine Intentionen noch in das richtige Licht stellen konnte." Ehe er jedoch die entscheidende Erklärung nach London absandte, verständigte er sich mit dem russischen Hof, vielleicht auch mit dem österreichischen und preußischen; wenigstens vereinigten sich, als auf Lord Palmerston's Einladung die Conferenz wieder zusammentrat (19. März), die Vertreter der drei Ostmächte sofort zu dem Vorschlag, die vierundzwanzig Artikel unter Reserve einiger untergeordneten, in der Verhandlung von 1833 streitig gebliebenen Punkte als einen Vertrag mit dem holländischen Bevollmächtigten zu unterzeichnen. Aber die Bevollmächtigten Englands und Frankreichs gaben den Vorstellungen des belgischen Gesandten, daß eine so folgenschwere Entschließung nicht übereilt werden dürfe, Gehör; durch ihren Widerstand wurden die drei übrigen Bevollmächtigten bestimmt, vorerst an ihre Regierungen zu berichten, während die Conferenz einstweilen dem holländischen Gesandten eine einfache Empfangsbescheinigung zukommen ließ. So gewannen die Belgier Zeit, sich zu sammeln, die neue Lage in das Auge zu fassen und Schritte für eine günstigere Lösung zu thun.

Die ganze belgische Bevölkerung war einstimmig in der festen Ueberzeugung, daß von einer einfachen Durchführung der vierundzwanzig Artikel nicht mehr die Rede sein könne. Viele behaupteten, daß der Vertrag vom

15. November 1831, weil die Mächte die Pflicht seiner Realisirung so lange verabsäumt hätten, rechtlich hinfällig geworden sei; diese Ansicht war aus juristischen Gesichtspunkten, namentlich im Hinblick auf die früheren belgischen Erklärungen, kaum haltbar, und bot jedenfalls die größten praktischen Bedenken, da folgeweise auch die völkerrechtliche Existenz Belgiens wieder in Frage gestellt worden wäre. Die Regierung hütete sich daher wohl, diesen Weg einzuschlagen; aber sie machte die gewichtigsten Gründe für eine Modifikation des Vertrages geltend. Sie wies hin auf die Vorbehalte in den Ratifikationen der Großmächte, welche den unwiderruflichen Charakter der einzelnen Bestimmungen aufgehoben hätten. Sie suchte durch sorgfältige Ermittelungen die grobe Fehlerhaftigkeit der bei der Schuldentheilung zu Grunde gelegten Berechnungen nachzuweisen und berief sich auf eine Aeußerung in den Protokollen der Conferenz, wodurch dieselbe sich die Berichtigung wesentlicher Irrthümer reservirte. Mit größtem Nachdruck forderte sie eine Aufrechthaltung des territorialen status quo, welche die Bewohner der streitigen Gebietstheile, die jetzt durch jahrelanges Zusammenleben unter denselben Gesetzen und Einrichtungen mit dem Rest des Landes auf's Neue verknüpft worden, dringend ersehnten; sie erinnerte an die Verheißungen der achtzehn Artikel, an die unglücklichen Eindrücke des zehntägigen Feldzugs, unter denen diese Verheißungen rückgängig gemacht worden, an die Bürgschaften der Stabilität, welche Belgien seitdem gegeben habe. Bis zum Wiederzusammentritt der Conferenz (Mitte Juli) richtete die belgische Regierung diese Vorstellungen ausschließlich an die Cabinette der Westmächte, bei denen sie ein besonderes Wohlwollen voraussetzen konnte; vielleicht vermochten diese, wenn sie einmal den belgischen Anschauungen gewonnen waren, die drei anderen Mächte zu denselben hinüberzuziehen; aber auch mit einem Schisma in der Conferenz war den Belgiern gedient, da die dann eintretende Verlängerung des bisherigen Zustandes ihren Wünschen genügte. Doch die belgischen Staatsmänner begegneten dieses Mal einem unerwarteten Widerstande. Die französische Regierung zeigte sich allerdings nach einigem Sträuben geneigt, die belgischen Forderungen zu unterstützen; doch sie stellte nicht allein die kaum zu erfüllende Bedingung, daß der König der Belgier in keinem Falle Mitglied des deutschen Bundes werden dürfe, sondern machte auch ihre Haltung abhängig von derjenigen Englands — während Lord Palmerston schon in unzweideutigster Weise jede Modifikation der Gebietsbestimmungen der vierundzwanzig Artikel von der Hand gewiesen hatte. Die ungewöhnliche Energie, mit welcher die deutschen Staaten in Folge eines neuen Conflikts zwischen dem Commando der Festung Luxemburg und den Bewohnern der Umgegend die endliche Erledigung der Territo-

rialverhältnisse verlangten, mag einigermaßen beigetragen haben, den Erklärungen Lord Palmerston's alsbald eine so entschiedene Färbung zu geben; es scheint jedoch, daß sein Verhalten auf tieferen, aus der inneren und äußeren Gesammtlage Großbritanniens geschöpften, Erwägungen beruhte. Aus den Neuwahlen nach dem Tode Wilhelm's IV. war das Ministerium Melbourne, von den Tories und den Radikalen mit gleicher Heftigkeit befehdet, nur mit einer Majorität von einem Dutzend Stimmen hervorgegangen; es hielt sich eigentlich nur noch durch die Gunst der jungen Königin. In Canada war ein Aufstand kaum unterdrückt, und es herrschte noch eine Aufregung, die bei der Nähe der Vereinigten Staaten doppelte Gefahren bot. Vor Allem aber war das englische Ministerium in Anspruch genommen durch die drohende Gestaltung der orientalischen Angelegenheiten: der überwiegende Einfluß, den Rußland seit dem Vertrage von Unkiar-Skelessi auf die Pforte ausübte, und seine Intriguen in Persien und Afghanistan, der Schutz, welchen andererseits Frankreich den Bestrebungen des ehrgeizigen Mehemet Ali zu Theil werden ließ, waren höchst beunruhigende Erscheinungen. Das Einvernehmen mit den deutschen Mächten war unter diesen Umständen das erste Gebot für die englische Politik; ein Bruch mit Rußland sollte verhütet, die französische Regierung in Schranken gehalten werden. Damit war eine Begünstigung der belgischen Ansprüche auf das gesammte luxemburgische und limburgische Gebiet unvereinbar. In anderen Punkten, in denen die Ostmächte voraussichtlich leichter zu einer Concession bewogen werden konnten, und welche das Vertheidigungssystem des deutschen Bundes und überhaupt die Machtverhältnisse der europäischen Staaten nicht berührten, accommodirte sich Palmerston den belgischen Wünschen. Er gab zu, daß, Angesicht der Opfer, welche die kriegerische Haltung Hollands dem belgischen Staate so lange auferlegt hatte, von einer Zahlung der rückständigen Zinsen der Staatsschuld abgesehen werden müsse, und wenn er auch nicht auf eine völlige Revision der Berechnungen des Antheils, den Belgien künftig zu tragen hätte, eingehen wollte, so hielt er doch eine Herabsetzung der offenbar zu hoch gegriffenen Summe von 8,400,000 Gulden für recht und billig. Sein Einfluß war in diesen Grenzen maßgebend für die Entschließungen der Conferenz. Am 6. December wurde im auswärtigen Amt der Entwurf eines neuen Vertrages zwischen dem König der Belgier und den fünf Mächten und eines gleichlautenden Vertrages zwischen demselben und dem Könige der Niederlande festgestellt. Die Territorialbestimmungen der vierundzwanzig Artikel waren unverändert beibehalten, aber Belgiens Antheil an der Staatsschuld auf eine jährliche, vom 1. Januar 1839 an zu entrichtende Rente von 5,000,000 Gulden gemindert; die Stipulationen in

Bezug auf Schiffahrt und Handel waren wenig modificirt, der Scheldezoll auf den verhältnißmäßig niedrigen Satz von 1½ Gulden pro Tonne fixirt. Der französische Gesandte nahm dieses Project nur ad referendum; aber die Hoffnungen, welche die belgische Regierung an diesen Vorbehalt knüpfte, wurden bald enttäuscht. Das französische Ministerium, schwankend zwischen der Besorgniß vor den Angriffen der Opposition in den Kammern und dem überwiegenden Wunsch der Aufrechthaltung der guten Beziehungen zu den anderen Mächten, ließ sich von der Conferenz einen Aufschub gewähren bis nach Beendigung der Adreßdebatten. Am Tage nach der unbedingten Zustimmung des französischen Gesandten (22. Januar 1839) wurde der Vertragsentwurf den Bevollmächtigten Hollands und Belgiens übersandt; für den Fall, daß Belgien allein denselben verwerfen sollte, erklärten die fünf Mächte, die nothwendigen Maßregeln zur Durchführung der Rechte Hollands in Erwägung nehmen zu wollen.

Während König Wilhelm, der jetzt nur einen raschen Abschluß des verhaßten Geschäftes im Sinne hatte, sich beeilte, den neuen Bestimmungen seine Genehmigung zu ertheilen (4. Februar), riefen dieselben in Belgien eine ungeheure Aufregung hervor. Das Nationalgefühl war auf das Tiefste empört durch den Versuch, die Integrität des Gebietes zu zerstören, und verlangte Widerstand selbst gegenüber dem Ultimatum Europas. Wenige freilich glaubten, daß Belgien auch nur den Armeen Hollands und des deutschen Bundes gewachsen sei; aber man wollte die offene Gewalt über sich ergehen lassen, allenfalls nach dem Beispiel muthvollen Ausharrens, das die Holländer in der Citadelle von Antwerpen gegeben, die Festung Venloo vertheidigen oder die luxemburgischen Berge zum Schauplatz eines Guerillakrieges machen; selbst im Ministerrath waren mehrere Stimmen für passiven Widerstand. Doch König Leopold war zu verständig, um die Fehler des Königs Wilhelm nachzuahmen. Er hatte, wie er den Kammern zugesagt, mit Muth und Beharrlichkeit die Rechte und Interessen des Landes verfochten — so lange eine Aussicht auf praktischen Erfolg bestand; die Ehre des Staates war hinreichend gewahrt, nutzlose Opfer wollte er seinen Unterthanen nicht zumuthen. Welche Leiden im Falle eines hartnäckigen Widerstrebens das Land getroffen hätten, bewiesen die allgemeine Stockung der Geschäfte, die zahlreichen Bankerotte, welche schon die bisherige zweifelhafte Lage mit sich führte; selbst das Ansehen der Regierung schien bedroht durch eine neue Nationalassociation und durch einen Verein luxemburgischer und limburgischer Volksvertreter, welche auf eigene Hand in Paris mit Gouvernement und Opposition unterhandelten. Am 19. Februar beantragte das auf drei Mitglieder reducirte Ministerium die Vollmacht für den König, die von der Conferenz vorgelegten Verträge

zu unterzeichnen. Die fünfzehntägigen Debatten in der Deputirtenkammer erinnerten vielfach an die schlimmsten parlamentarischen Stürme der Revolutionszeit; aber die Einsicht in die Abhängigkeit Belgiens von den allgemeinen europäischen Verhältnissen und der wahre, die Gesammtinteressen des Landes in das Auge fassende Patriotismus, welche schon damals meist den Sieg davon getragen hatten, wurden jetzt unterstützt durch die wohlbegründete Autorität des Königs. Mit 58 gegen 42 Stimmen ertheilte die Kammer am 19. März ihre Genehmigung; eine Woche später folgte der Senat mit einer Majorität von 31 gegen 14 Stimmen. Am 19. April kündigte van de Weyer der Conferenz den Beitritt des Königs der Belgier zu den neuen Verträgen an. Nachdem er den Zwang der Umstände constatirt hatte, der allein König Leopold habe bestimmen können, sich von einer Bevölkerung zu trennen, die ihm so viele Zuneigung und Ergebenheit bewiesen, — fügte er hinzu: „Niemals hat Se. Majestät schmerzlicher die ganze Tragweite der Aufgabe gefühlt, welche Er im Interesse des allgemeinen Friedens und zum Zwecke der Constituirung einer Nationalität, die eine nothwendige Bedingung der europäischen Politik geworden, übernommen hat; der König wird Trost finden in dem Gedanken, daß diese Nationalität und dieser Friede nunmehr unantastbar sein werden.“

Daß in Wahrheit mit diesem Akte der Resignation die Constituirung des belgischen Staates nach langjährigen Mühen und Kämpfen vollendet war, zeigte sich alsbald in der veränderten Gestaltung der äußeren und der inneren Verhältnisse. In der durch die orientalischen Verwickelungen herbeigeführten Krise des Jahres 1840 wurden die Neutralitätserklärungen der belgischen Regierung von allen Seiten mit Achtung und Wohlwollen aufgenommen; gleichzeitig begann jene Vermittelungsthätigkeit des Königs Leopold, welche seitdem so oft zur Erhaltung des europäischen Friedens in den schwierigsten Lagen mit dem besten Erfolge beigetragen und somit Belgiens Existenz sicherer bewahrt hat, als alle Garantien der Neutralität es vermögen. Im Innern dagegen löste sich die Union der beiden großen Parteien und machte, nach einigen vergeblichen Versuchen der Wiederherstellung, einem entschiedenen Bruche und einem erbitterten Kampfe Platz. Die Ungewißheit und Gefahr der äußeren Lage, welche bisher die Liberalen und die Katholiken zusammengehalten, ohne daß jemals eine der beiden Parteien ihre besondere Individualität aufgegeben hätte, waren verschwunden; seitdem mußten naturgemäß die sachlichen Gegensätze schärfer hervortreten, und wenn auch eine Vermittelung möglich und durch die Verfassung indicirt war, so strebte doch jede Partei darnach ihren Interessen durch den Besitz der Staatsgewalt vorzugsweise Förderung zu ver-

schaffen. So lange dieser Streit die Wurzeln der belgischen Unabhängigkeit — den staatlichen Willen der Bevölkerung und die für jede Regung des Volkslebens innerhalb der nothwendigsten Schranken der Ordnung freie Bahn öffnende Verfassung — nicht untergräbt, erscheint die Fortdauer des belgischen Staates innerhalb des bestehenden europäischen Staatensystems als gesichert. Bereits hat die neue Schöpfung drei große Katastrophen — die allgemeine Revolution von 1848, die Wiederherstellung des französischen Kaiserreiches, den Tod König Leopold's — unversehrt überstanden und so die Prophezeiung erfüllt, welche Lord Palmerston im Jahre 1832 den ungläubigen Tories entgegenwarf: „Ich wage vorauszusagen, daß die nunmehrige Unabhängigkeit Belgiens, wie sie auf Nationalgefühl gegründet ist, auf Nationalinteressen ruht, von dem Volke und einem Fürsten unterstützt wird, den das Volk gewählt hat, einem Fürsten, der von den europäischen Mächten und namentlich auch von Frankreich anerkannt und durch ihre Garantie geschützt ist — ich wage vorauszusagen, daß diese Ordnung der Verhältnisse im Vergleich zu dem im Jahre 1815 getroffenen Arrangement sich als eine festere und ihrem Zwecke besser entsprechende erweisen wird.“

S. Brie.

Erinnerungen an Friedrich den Großen.

Erster Artikel.

Am 4. Juli, als die Nachricht von dem Siege bei Königsgrätz nach Berlin kam und eine unabsehbare Menschenmenge vor dem königlichen Palais auf und nieder wogte, immer von Neuem die wenigen Worte verlesen zu hören, die den Beginn einer neuen Zeit verkündeten —: mitten in dem Jubel des 4. Juli stieg ein preußischer Landwehrmann zu dem Standbilde Friedrich's des Großen empor und drückte einen Lorbeerkranz auf des Königs Haupt.

Und doch ist mehr denn ein Jahrhundert vergangen, seit die Heere Friedrich's ihre unsterblichen Siege erkämpften; ein Jahrhundert, seit sein weises Walten den preußischen Staat erblühen machte. In den gewaltigsten Gegensätzen hat sich Preußen seitdem weiter entwickelt, fast jählings wechselten tiefste Erniedrigung und glorreichste Triumphe: der Niederlage bei Jena ist der Einzug in Paris gefolgt; der Schmach von Olmütz die Siege des Jahres 1866. Doch wie auch die Zeiten waren, ob gefahrbringend, ob segensreich, ob voller Freude oder voll Leides; auf ihn wandte sich der Blick des preußischen Volks stets zurück, zu ihm schaute es stets empor: zu seinem großen Könige Friedrich dem Einzigen. So verwachsen ist er mit dem ganzen Denken dieser preußischen Menschen, daß sie selbst in dem größten Unglück, in der tiefsten Schmach ihres Staats auf ihn weisend sagen: „ja, wenn der noch lebte, so weit wäre es nicht gekommen" —; daß sie selbst unter dem Jubel über die gewaltigsten Siege, bei der Feier schönster Triumphe nicht vergessen, sein Standbild mit frischen Kränzen zu schmücken, als Zeichen des Danks gegen ihn, der den wahren Grund zu der Größe dieses Staates gelegt, der diesem Staate die großartige Bahn seines Wirkens und Wachsens eröffnet und vorgezeichnet hat.

Und vollends heute, wo ganz Preußen im Festgewand dasteht, um seine von fremder Erde heimkehrenden Helden zu empfangen; heute, wo das, was Friedrich der Große vor hundert Jahren begonnen, auf denselben Gefilden, in demselben Geiste vollendet ist: wo — endlich! — Oesterreichs Macht in Deutschland, über Deutschland gebrochen ist; vollends heute, am Ziele der großen Siegesbahn ziemt es sich zurückzuschauen auf jenen großen Anfang. Heute wieder fühlt Preußen sich seines großen Friedrich würdig.

Jetzt, da das ganze grause Schlachtwetter vorübergezogen, und das beruhigte Auge in eine leuchtende Zukunft sieht, ist es an der Zeit, es auch zurückzuwenden und ruhen zu lassen auf jener großen Vergangenheit, vor der wir nicht mehr erröthend den Blick zu Boden zu schlagen brauchen.

Die Namen haben sich geändert in den hundert Jahren; die Widersprüche sind dieselben geblieben. Ob es deutsche Reichsverfassung oder deutsche Bundesverfassung heißt; Reichstag in Regensburg oder Bundestag in Frankfurt; Bundesarmee oder Reichsarmee —: die ohnmächtige Unentschiedenheit, die kurzsichtige Speculation auf rasche und billige Vortheile, und, was damit zusammenhängt, ein trauriger Mangel an Verständniß, Lust und Stolz an wahrhaft deutschem Wesen, an wahrhaft deutscher Macht —: das Alles ist bei der Mehrzahl der deutschen Reichsterritorien und der deutschen Bundesstaaten zum Verwechseln ähnlich gewesen.

Und ob es heißt „Joseph II. erwählter Kaiser des heiligen römischen Reichs teutscher Nation," oder „Franz Joseph von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich;" ob Kaunitz oder Metternich oder Mensdorff der Name des österreichischen Ministers ist; welches immer die Rechte sind, die der Wiener Hof für seine Ansprüche auf die erste und beherrschende Stellung in Deutschland angab, deutsche Kaiserwürde, Reichsverweserschaft, Präsidialmacht, Condominium, oder was sonst immer —: von Anfang her war es doch in Wahrheit die größere materielle Macht, auf die bauend Oesterreich die Herrschaft über Deutschland beanspruchte; und alle Rechtstitel, die es anzog, waren nichts als Vorwände für die Anwendung dieser Macht.

Und ob der Krieg, den Preußen gegen Oesterreich unternommen hat, im Jahre 1740, 1756, 1778 oder im Jahre 1866 unternommen wurde; ob er sieben Jahre dauerte, ob sieben Wochen; ob es ein Schlesien galt, oder den Schutz eines deutschen Landes gegen österreichische Vergewaltigung, oder den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland —: wenn die Macht Oesterreichs sich als die mindere erwies, so war der Grund des Anspruchs dahin, den Oesterreich geltend zu machen pflegte: sein Recht wurde ihm zerbrochen, indem seine Macht gestürzt wurde. Nach vergeblichen Versuchen Anderer in früherer Zeit hat Preußen dies in wiederholten Conflicten vermocht und damit Deutschland von dem trägen Joche befreit, von welchem es durch lange Zeiten hin niedergebeugt gewesen war.

Denn wahrlich! verblendet reden diejenigen, die behaupten, Preußen kämpfe nur für seine Gebietsvergrößerung, nur um fortan jene Rolle weiterzuspielen, von der auch sie kaum leugnen können, daß Oesterreich sie so lange gespielt. Es sind die Patrioten der engherzigsten deutschen

Kleinstaaterei, die ihren eigenen Vortheil gefährdet glauben, wenn ein Schritt zu einer wahrhaften Einigung Deutschlands geschieht; die es in der Ordnung finden, daß die engeren Vaterländer, denen anzugehören sie sich weiland mit jener Wichtigkeit rühmten, die sich in diesen engeren Vaterländern so leicht und gut rentirt, und jetzt mit jener Märtyrermiene, die das Gefühl von der ephemeren Bedeutung dieser Vaterländer zu verhüllen bestimmt ist —: jene Localpatrioten sind es, die es in der Ordnung finden, daß ihre Staaten trotz aller Aufforderungen, Anerbietungen und Warnungen in offener Feindschaft gegen Preußen zu Felde gezogen sind; die es aber sehr ungehörig finden, daß Preußen gegen die leicht Bezwungenen das Recht des Siegers übt.

Es liegt in der stolzen Aufgabe des preußischen Staats, dieses Recht mit Mäßigung zu üben.

Wer kann nach den Friedensschlüssen mit den süddeutschen Staaten, nach der Antwort des Königs auf die hannoversche Adresse gegen die Annection, noch von Annectionswuth reden? Wer kann auftreten und beweisen, daß mehr wie die unerläßliche Pflicht gegen den eigenen Staat, den König von Preußen zur Einverleibung jener Reiche widerspänstiger deutscher Bundesfürsten gezwungen hat? Wer, der gerecht urtheilt, kann anders als bekennen, daß Preußen keinen Augenblick außer Acht gelassen habe, bei diesem Abkommen mit den deutschen Staaten nicht minder wie sein eigenes, zugleich das allgemeine, das gemeinsame deutsche Interesse zu berücksichtigen? Und wer endlich, der vorurtheilsfrei und nicht compendienmäßig die deutsche Geschichte seit 1815 durchläuft, — die Hand auf's Herz! wer kann anders als beistimmen, daß der preußische Staat in den wenigen letzten Wochen mehr gethan zu Deutschlands wahrem Heil, als die sämmtlichen deutschen Staaten in der ganzen Periode deutscher Bundesstaaterei?

Es ist der wahrhaft deutsche Geist, das lebendige Gefühl, das ernste Bestreben, der ernste Wille zu angespannter Arbeit für wahrhaft deutsche Einigung, was in dem preußischen Staate lebt; heute wie vor hundert Jahren. Und jetzt, wo durch Preußen ein so großer Schritt zu solcher Einigung gethan worden, ist es an der Zeit in kurzen Betrachtungen an die Bemühungen zu erinnern, die Friedrich angewandt hat, dasselbe hohe, wahrhaft nationale Ziel zu erringen.

Der Zeitpunkt, in welchem Friedrich II. seine Regierung antrat, erscheint im höchsten Grade merkwürdig. Der ganze Welttheil war noch aufgeregt nach einem überstandenen großen Sturm, und schon voller Un-

ruhe vor einem neuen größeren Sturme; das deutsche Reich befand sich wenige Monate nach Friedrich's Thronbesteigung bei kläglichem Verfall gar ohne Oberhaupt; und dazu trat eben jetzt im Jahr 1740 an die künstliche Staatsmaschine des österreichischen Ländercomplexes die drohende Gefahr heran, auseinander zu fallen: dem spanischen Erbfolgekrieg schien ein österreichischer folgen zu sollen. Damals war ein sorgfältig entworfenes, mühsam und mit großen Anstrengungen und Opfern bei den europäischen Höfen zur Anerkennung gebrachtes Actenstück, und der Muth einer jungen Frau, der bisher die Sorgen und Kunstgriffe des Regierens unbekannt geblieben waren, die letzte Hoffnung, auf welcher die Zukunft Oesterreichs beruhte.

Und zu dem Allen war der Staat, dessen Leitung der 28jährige Fürst übernahm, von der Achtung, die ihm zur Zeit des großen Kurfürsten ganz Europa gezollt hatte, unter das Niveau seiner Kräfte und Aufgaben verschlagen, fast bis zur Unbedeutendheit und Nichtberücksichtigung. Denn die sorgsam vorsichtige Regierungsweise Friedrich Wilhelm's I., die nach Innen um so segensreicher war, als sie nach Außen hin wirkungslos und unbemerkt blieb, diente den Nachahmern Ludwig's XIV. zum Spott und man zuckte die Achsel über „den Unterofficier," über „den König der Landstraßen und des heiligen römischen Reichs Erzsandstreuer," der Geld und Zeit an eine Armee wende, die zu nichts als zu Paraden verwandt würde, und die „statt einsichtsvoller Officiere nur Fechtmeister, und statt braver Soldaten nur Miethlinge" aufweise.

Freilich, wären dieser anspruchslosen Regierung andere gefolgt, deren Grundsatz dasselbe Ansammeln und Erhalten von all den Mitteln gewesen wäre, deren richtige und umsichtige Verwendung erst staatliche Macht schafft; Regierungen, die sich mit Ordnen und Organisiren begnügt hätten, wie sich die Regierung Friedrich Wilhelm's I. damit begnügte: Preußen möchte wohl der Musterstaat in der Schachtel geworden sein, den man aufbaut und einpackt, wie das bleierne Spielzeug aus Nürnberg. Die Mittel wären auf das Höchste gesteigert gewesen, aber man hätte mit den Mitteln nichts anzufangen gewußt.

Sein guter Stern hatte Preußen vor diesem Schicksal bewahrt. Grade der so oft bedauerte Gegensatz der Ansichten, der Gesinnungen, des ganzen Wesens zwischen Friedrich Wilhelm I. und seinem größern Sohn, der nur allzutrübe Scenen im Schooß der königlichen Familie hervorrief —: grade dieser schroffe Gegensatz war es, der dem Staat zum Heil und Segen wurde. Vater und Sohn, die so Verschiedenen, die so selten sich Verstehenden, in diesem einen Punkt trafen sie sich um sich zu ergänzen; und so groß die Kluft auch war, die sie beide in allem Uebrigen trennte,

das gemeinsame Verdienst, das sie beide um ihren Staat hatten, ist das schöne Band, das sich über diese Kluft versöhnend hinüberzieht. Denn die geniale Politik des Sohnes, indem sie die nur haushälterische Regierung des Vaters rechtfertigte, dankte dieser einen guten Theil ihres Erfolges. Es ist Friedrich's Selbstbekenntniß bei dem Antritt seiner Regierung, „daß ein Regent seine Person und vorzüglich seine Nation in Achtung setzen muß; daß die Mäßigung eine Tugend ist, welche, wegen der Verderbniß der Zeiten, Staatsmänner nicht immer strenge ausüben können; und daß es bei dieser Veränderung der Regierung nöthiger sei, Proben der Entschlossenheit als der Sanftmuth zu geben."

Mit dem Capital, das die „Mäßigung" des Vaters angesammelt hatte, unternahm es der Sohn durch „Entschlossenheit" zu arbeiten.

Wir beginnen mit einer Betrachtung der ersten „entschlossenen" Thaten Friedrich's, wo wir von einer seiner letzten Thaten, von seiner Politik im Jahre 1778 ausführlicher zu reden vorhaben. Fast scheint das zu weit ausgeholt, und mehr hervorzugehen aus bewundernder Hingabe an des großen Königs Regierung, die nur ungerne den Blick von dem Ganzen hinweg auf Einzelnes richtet, als aus dem Gegenstande selbst —; doch ergiebt sich eine genaue Zusammengehörigkeit dessen, was, durch die Jahre getrennt, wir in eine Betrachtung zusammenschließen. Im Jahre 1741 schützte Friedrich Bayern gegen Oesterreich im Besitz der deutschen Kaiserkrone; im Jahre 1778 schützte Friedrich Bayern gegen Oesterreich im Besitz seiner Territorien.

Was ist, mit Einem Wort, die Rolle, in der wir den großen König handeln sehen wollen? Die Rolle eines Beschützers des deutschen Kaiserthums, deutscher Territorien, kurz die Rolle des Beschützers von Deutschland und den Interessen Deutschlands gegen Oesterreich.

Ob freilich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts das deutsche Reich und seine Verfassung eines Schutzes noch werth gewesen, das allerdings möchte fraglich erscheinen. Man kennt sie ja, diese „teutsche Reichsverfassung," wie sie ihr kümmerliches Dasein weiter fristete von einer Wahlcapitulation zur andern; dieses Staatsleben „des heiligen römischen Reiches teutscher Nation," wie es weiterhinkend fortschritt von der Perrücke zum Zopf, und hernach mit seinem Zopfe gestorben und begraben ist, um dann später noch einmal aufzuerstehen und zu wandeln wie ein klapperndes Gespenst des Mondscheins in der hellen Sonne eines neuen Tages. Die „polnische Wirthschaft" ist sprichwörtlich geblieben; mögen wir es einen glücklichen Zufall nennen, wenn „deutsche Verfassung" nicht auch sprichwörtlich blieb.

„Das deutsche Reich — so schildert Friedrich der Große sein weiteres Vaterland — das deutsche Reich ist mächtig, wenn man auf die Menge der Könige, Kurfürsten und Fürsten sieht, woraus dieser Staatskörper besteht; aber es ist schwach, wenn man das verschiedene Staatsinteresse, welches ihn trennt, betrachtet. Der Reichstag zu Regensburg ist nur eine Art Schattenbild, welches daran erinnert, was diese Reichsversammlungen ehemals waren. Jetzt ist es eine Zusammenkunft von Publicisten, die mehr an den Formalien als an den Sachen hängen. Der Minister, den ein Reichsfürst zu dieser Versammlung abschickt, gleicht einem Hofhunde, der gegen den Mond anbellt. Soll ein Krieg beschlossen werden, so weiß der kaiserliche Hof sehr geschickt seine Privatstreitigkeiten mit dem Staatsvortheil des Reichs zusammenzumischen, damit die deutsche Macht zum Werkzeuge seiner ehrgeizigen Absichten diene. Die verschiedenen in Deutschland geduldeten Religionen erregen nicht mehr wie ehedem heftige Erschütterungen. Die Parteien bestehen, aber der Eifer ist erkaltet. Viele Politiker erstaunen, daß eine so sonderbare Staatsverfassung, wie Deutschland hat, so lange habe bestehen können, und entscheiden, durch ein nicht sehr einsichtsvolles Urtheil, daß ihre Dauer nur von dem Nationalphlegma herrühre!" Dann geht der König mit einer kurzen Bemerkung auf die früheren Zeiten des deutschen Reichs ein, spricht von den Kaiserwahlen, und wie der Umstand, daß in Folge dieser Wahlen Fürsten verschiedener Häuser zur Kaiserwürde erhoben wurden, und durch andere Umstände mehr, die früheren Kaiser gehindert gewesen seien „den Despotismus im deutschen Reiche einzuführen." Aber: „seitdem die Kaiserkrone in dem Hause Oesterreich blieb, ward die Gefahr eines Despotismus dringender. Karl V. konnte sich nach der Schlacht bei Mühlberg zum Herrn aufwerfen; allein er versäumte den Augenblick.*) Als seine Nachfolger, die Ferdinande, dieselbe Unternehmung vor hatten, widerstand ihnen die Eifersucht der Franzosen und Schweden, und hintertrieb den Plan. Was den größten Theil der Fürsten des deutschen Reiches betrifft, so werden diese durch das wechselseitige Gleichgewicht und gegenseitigen Neid gehindert, sich zu vergrößern."

So weit die einsichtige Betrachtung des königlichen Geschichtsschreibers. Das jedenfalls dürfen wir schon an dieser Stelle sagen, daß Friedrich sich nicht zum Beschützer des deutschen Reichslebens gegen die öster-

*) Es kommt hier nicht darauf an, einzelne historische Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten zu rügen; vielmehr muß man die Grandiosität des Verständnisses bewundern, die bei aller einzelnen Unrichtigkeit das Ganze so treffend auffaßt.

reichischen Anmaßungen und Uebergriffe aufwarf, um dasselbe, das er so wenig schmeichelhaft und doch so treffend schildert, bei seiner hergebrachten Jämmerlichkeit zu erhalten und ihm die Möglichkeit zu geben, in der gewohnten Weise weiter zu vegetiren. Vielmehr wollte er es zugleich schützen und erneuern; er wollte es befreien von dem Drucke des übermächtigen österreichischen Einflusses, um das befreite mit neuem Inhalt zu erfüllen, wie er dem entsprach, den er seinem eignen Staate gab.

Nun eröffnete sich mit dem am 26. October 1740 erfolgten Tode des Kaiser Karl's VI. für Deutschland die doppelte Aussicht einmal für das ganze deutsche Reich von der „Gefahr eines österreichischen Despotismus" befreit zu werden; und sodann, für einen Theil der deutschen Fürsten sich auf Kosten des österreichischen Gesammtstaats zu vergrößern.

Denn da mit dem Tode Kaiser Karl's VI. der letzte männliche Abkömmling des habsburgischen Hauses starb, traten zu gleicher Zeit die beiden Fragen hervor: ob man der weiblichen Linie dieses Hauses in dem Besitz der deutschen Reichskrone, und ob man ihr in dem Besitz der habsburgischen Erblande zweifelloses und unbestrittenes Recht zugestehen wolle oder nicht; das heißt: ob die Wahlberechtigten im Reich gewillt wären, den Gemahl Maria Theresia's, den Herzog Franz — der sein früheres Herzogthum Lothringen gegen Toscana eingetauscht hatte — zum Kaiser zu nehmen; und ob diejenigen Fürsten, die an Theile des österreichischen Gesammtstaats Ansprüche hatten, gewillt wären, diese Ansprüche aus Galanterie gegen die Tochter des verstorbenen Kaisers aufzugeben, das heißt die pragmatische Sanction anzuerkennen.

Diese beiden Fragen, wie sie zugleich auftraten, verlangten auch gleichzeitige Lösung. Die Wahl Franz' von Lothringen und die Durchführung der pragmatischen Sanction wäre ein doppelter Sieg Oesterreichs gewesen; die Wahl eines anderen Fürsten zum deutschen Kaiser war eine Niederlage Oesterreichs; die Opposition gegen die pragmatische Sanction wurde eine zweite Niederlage, wenn sie siegreich durchgeführt werden konnte.

Es kommt hier nicht darauf an, die anderthalbjährigen Wahlintriguen zu erzählen, die halb Europa in diesem oder jenem Interesse anwandte; auf eine Geschichte jenes rheinbündelnden Vertrags von Nymphenburg, der am 18. Mai 1741 zwischen Frankreich, Spanien und Bayern geschlossen wurde, einzugehen: jenes Vertrages, der den Gipfelpunkt der antiösterreichischen Bemühungen bildet, jedoch von Frankreich weit weniger deshalb entrirt wurde, daß der Herzog Franz nicht zum deutschen Kaiser erhoben wurde, als deshalb, daß er nicht von Neuem Ansprüche an das abgetretene Lothringen erhebe. Auch die Kriege, die in jener Zeit geführt wur-

den, als die Vertreter des deutschen Kurcollegiums in Frankfurt beisammen saßen, um an Stelle ihrer Herrn und Kurfürsten, denen eine deutsche Königswahl nicht einmal eine Reise aus ihren Residenzen nach Frankfurt hin werth war, zu rathen und zu thaten; auch den Wahlact, der zu einer ganzen Wahlcomödie wurde, all das darf billig bei Seite liegen bleiben. Das war leider nur allzu offenbar, daß von der großen Bedeutung gerade dieser Königswahl die Wenigsten damals eine klare Empfindung hatten. Am wenigsten die Stellvertreter der Kurfürsten, jene hochgelahrten Rechtslehrer, die mit schwerfälliger Pedanterie an dem Wortlaut der goldenen Bulle herumklaubten, und in armseligen Formalitäten den Kern der Sache selbst erblickten, die — wie Friedrich sagt — „einen viel zu eingeschränkten Geist haben, um die Sachen im Großen zu übersehen; die die Ehre der Repräsentation schwindeln macht und die sich einbilden die Macht und das Ansehen zu besitzen, welches dieser erhabenen Versammlung zu den Zeiten Karl's von Luxemburg zukam.“ Die breitspurige Langsamkeit der Wahlberathungen bildete einen kläglichen Gegensatz zu der Wichtigkeit der Frage.

Jedenfalls: daß endlich der Kurfürst von Bayern als Karl VII. zum deutschen Kaiser gewählt wurde, und daß der Großherzog von Toscana nicht gewählt wurde, war ein Triumph über die österreichische Politik. Denn Oesterreich, das durch einen langjährigen Besitz gleichmäßig an die Ehren, die Machterhöhung und den Einfluß gewöhnt war, welche die kaiserliche Würde an sich trotz aller Beschränkungen durch den westphälischen Frieden, und obschon die kaiserlichen Rechte nur noch als „Reservatrechte“ galten, immer noch hatte: Oesterreich sah sich plötzlich aus diesem gewohnten Besitze vertrieben, sah diesen Besitz in fremde Hände übergegangen, sah dieselbe Macht, die bis dahin ihm einen Schein von Recht gegeben hatte, um übermäßigen Einfluß, „despotische“ Gewalt zu üben, bei Einem von denen, die diesen Einfluß, diese Gewalt zur Genüge kennen gelernt hatten; und hatte wohl Grund zu fürchten, daß der neue Besitzer gar in die Versuchung kommen möchte, ihm jetzt Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Oesterreich „konnte nicht ertragen, daß ein anderes Haus die höchste Würde im Reich bekleiden sollte.“ Obschon es ungesetzlich und entschieden aufrührerisch gegen die Verfassung des Reichs war, wenn Oesterreich sich dieser Wahl widersetzte, und hernach dem Gewählten den Gehorsam verweigerte: es war doch zu natürlich, als daß man verwundert sein durfte, wenn es geschah. Ob freilich eine solche Widersetzlichkeit des mächtigen Reichsgliedes, des großen „territorialen Fürstenthums“ zu fürchten sein würde, das konnte die Frage sein —: jedenfalls, geduldet werden durfte eine solche Widersetzlichkeit nicht.

Wie bekannt ist, faßte Maria Theresia den „herzhaften Entschluß," den deutschen Kaiser nicht anzuerkennen; nicht etwa deshalb, weil seine Wahl unberechtigt gewesen wäre — wer hätte behaupten mögen, daß sie nicht in aller Form Rechtens und mit all den Formalitäten geschähen wäre, die nun einmal zu einer deutschen Kaiserwahl gehörten! — als vielmehr deshalb, weil diese Wahl auf Bayern und nicht auf Oesterreich gefallen war.

Wie wohl es nun damals — leider! — der „Markgraf von Brandenburg" nicht war, der gewählt worden: der Markgraf von Brandenburg, der junge Preußenkönig Friedrich begann dennoch so zu handeln, als ob es das allerpersönlichste Interesse wäre, für das er handle.

Es hieße an den complicirten Gang der großen Politik den einfachen Maßstab bürgerlicher Verhältnisse anlegen, wenn man die Handlungsweise des Königs deshalb herabsetzen wollte, weil sie, neben dem Schutz des Kurfürsten von Bayern als Candidaten der Kaiserwürde und als Kaiser, zugleich ihm selber einen Vorschub in seinen preußischen Interessen leistete. Daß ein preußischer König seines Staates Interesse aus dem Auge lasse, um ein so klägliches Ding wie den deutschen Reichskörper über Wasser zu erhalten, konnte doch wohl kein Vernünftiger fordern. So weit erstreckt sich in der Politik die Nächstenliebe, Gott sei Dank, nicht. Es war das Interesse seines Staats, das ihn dazu trieb, für den deutschen Kaiser einzutreten, der — wenigstens darin ächt kaiserlich, ächt deutsch — allein zu schwach war, sich selber zu vertheidigen. Denn freilich, bis der Kaiser Karl VII. die deutsche Reichsarmee zusammengetrommelt hatte, bestand seine ganze Kriegsmacht aus dem erbärmlich reducirten bayrischen Heer, das sich auf die Zahl von 12,000 Streitern belief, und das um zu siegen der französischen Unterstützung nicht entbehren konnte.

Als Kaiser Karl VI. starb, lag der junge König Friedrich in Rheinsberg krank am Fieber. Auf die Todesnachricht nahm er, gegen den Willen seiner vorsichtigen Aerzte, Chinarinde, denn — so sagt er selbst — er hatte wichtigere Dinge vor, als sein Fieber abzuwarten.

Er tritt sofort in Opposition zur pragmatischen Sanction; er macht sofort seine Ansprüche auf die schlesischen Fürstenthümer geltend. Dieser Plan — sagt er selbst — erfüllte alle seine Politik: es war das Mittel, sich Ruhm zu erwerben, die Stärke seines Staats zu vergrößern.

Ungesäumt sendet er den Grafen Gotter nach Wien diese Ansprüche mit aller Entschiedenheit geltend zu machen, und Maria Theresia, für den Fall, daß sie auf diese Ansprüche nicht einginge, unverzüglich den Krieg zu erklären. Zugleich marschiren 20 Bataillone, 30 Schwadronen an die schlesische Grenze.

Bevor er selbst zu den Truppen abgeht, hat er mit dem österreichischen Botschafter, dem Marquis Botta, jene berühmte Unterredung, die er selbst überliefert hat:

„Sire — rief der Marquis aus — Sie werden das Haus Oesterreich zu Grunde richten, und stürzen sich zugleich selbst in den Abgrund!"

„Es hängt blos von Ihrer Königin ab — erwiderte Friedrich — die Anerbietuugen, die ich ihr habe machen lassen, anzunehmen."

Botta schwieg, schien nachzudenken; faßte sich aber wieder und fügte mit ironischer Stimme und Miene hinzu:

„Ihre Truppen sind schön, Sire, das gestehe ich. Unsere haben kein so schönes Aeußere, aber sie haben vor dem Schuß gestanden. Ich beschwöre Sie, bedenken Sie, was Sie thun wollen!"

Der König ward ungeduldig, und versetzte lebhaft:

„Sie finden, daß meine Truppen schön sind; ich werde Sie überzeugen, daß sie auch gut sind."

Der Marquis — so schließt Friedrich die Erzählung dieser Unterredung — der Marquis wiederholte noch einige Vorstellungen, um die Ausführung dieses Projects aufzuhalten. Der König machte ihm aber begreiflich, daß es zu spät sei, nun der Schritt über den Rubicon schon gethan wäre.

Mit der Erklärung: „Ich unternehme einen Krieg, meine Herren, worin ich keinen anderen Bundesgenossen habe, als Ihre Tapferkeit und Ihren guten Willen; meine Sache ist gerecht, und meinen Beistand suche ich bei dem Glück" —: mit dieser Erklärung verabschiedete sich der König von den Officieren der Berliner Besatzung und begab sich zum Heer.

Der Krieg begann. Die öffentliche Meinung war bei ihrer Aufregung fast einstimmig. Die exaltirtesten Köpfe schrieen Zeter und redeten von Untergang des Staats; von jugendlicher Unbesonnenheit, die aus dem ausgefahrnen Staatsgeleise hinaus querfeldein jage; von leichtsinniger Herausforderung des Schicksals. Es gab fast keinen, der nicht Unglück prophezeite.

Bekannt ist, wie glücklich für Preußen dieser erste schlesische Krieg verlief. Die stolze Maria Theresia ward kleinlaut. Sie veranlaßte den englischen Botschafter in Wien, den Herrn Robinson, zu einer Reise in das feindliche Hauptquartier, um dem Könige einen Vergleich zu proponiren, nach welchem er für seine Ansprüche auf Schlesien mit Geld — ein paar Millionen — und mit Limburg entschädigt werden sollte.

Der Engländer tritt breitspurig bei dem König ein, trägt mit bekanntem altenglischen Hochmuth das Anliegen der Königin von Ungarn vor. Friedrich tritt ihm entgegen: „Meine Armee würde mich nicht werth fin-

den, sie zu befehligen, wenn ich durch einen schimpflichen Vergleich die Vortheile verlöre, welche sie mir durch tapfere Thaten verschafft hat, die ihr die Unsterblichkeit erwerben." In diesem Stil war die Antwort, die er dem Gesandten gab, und die mit den Worten schloß: „Lieber will ich mich und mein Kriegsheer unter den Trümmern von Schlesien begraben lassen, als daß ich zugäbe, daß die Ehre und der Ruhm des preußischen Namens den geringsten Fleck bekäme. Dies, mein Herr, ist die einzige Antwort, die ich Ihnen ertheilen kann."

„Betäubt" von dieser Antwort kehrte Robinson nach Wien zurück, und der Krieg nahm seinen weiteren Verlauf.

Der Friede zu Breslau (28. Juli 1742) schuf einen besseren Vergleich: einen solchen wie Friedrich ihn verlangte: er verschaffte ihm Schlesien. Er gab ihm eine Stellung, die der Cardinal Fleury in seinem wenige Wochen vor dem Abschluß des Friedens abgesandten Schreiben mit den Worten bezeichnet: „Höchstdieselben werden jetzt der Schiedsrichter von Europa; und dies ist die glorreichste Rolle, die Sie jemals übernehmen können."

Der erste schlesische Krieg war doch zugleich ein Reichskrieg gegen Oesterreich. Daß Maria Theresia den Kaiser nicht anerkannte, machte, daß eine große Schaar „kaiserlicher Hülfsvölker," daß von Frankreich, den Kaiser, das Geschöpf Frankreichs, zu schützen, eine Armee neben dem preußischen Heer gegen sie zu Felde zog; machte, daß Friedrich erst dann Frieden mit ihr eingehen wollte, wenn er das Haus Oesterreich genöthigt hätte, den Kaiser, seinen Verbündeten, anzuerkennen und sich ihm zu unterwerfen.

Damals noch lebte die Königin von Ungarn, „Maria Theresia Rex," in der schwellenden Kraft einer fast männlichen Jugend. Friedrich bewunderte an ihr, daß sie „kaum auf den Thron gestiegen, sogleich den Geist der Regierung faßte, und die Seele ihres Staatsraths ward." Sie trug sich mit den kühnsten Hoffnungen, mit den verwegensten Plänen, und rechnete mit der Sicherheit, die den Charakter vom Talent scheidet, auf deren Erfüllung. Sie arbeitete für ihren Gemahl, wie für den Macbeth sein gewaltigeres Weib arbeitet. Sie wünschte sich den Gemahl als deutschen Kaiser; sie sah ihn im Geist schon mit dem kaiserlichen Purpur geschmückt. Sie hatte es bei sich beschlossen, ihr Gemahl sollte, trotz des „bei dieser Gelegenheit geschehenen Unrechts" dereinst doch der oberste Herr der Deutschen sein. Es war das ihr Wille so.

Und wie der Gemahl mit den höchsten Ehren geschmückt, im Besitz der obersten Gewalt des Reichs, so wollte sie ihr Erbe mächtig und mächtiger haben. Was Wunder, daß sie sich ihr Schlesien nicht entreißen las-

sen wollte! Aber es wurde ihr entrissen. Was Wunder, daß sie es wiederzugewinnen rang, und nicht abließ zu ringen, wenn sie auch über den Kämpfen, den Sorgen und Mühen alterte; alterte in dem Grame, daß die Nachwelt den Verlust dieser blühenden Provinz unter ihrer Regierung verzeichnet lesen würde.

Von Anfang ihrer Regierung an hat die männliche Herrscherin neben der Vertheidigung des Besitzes an Besitzerweiterung und Eroberung gedacht. Zu eben jener Zeit bereits, als der Kurfürst von Baiern deutscher Kaiser wurde, hat sie darüber geplant, Baiern an Oesterreich zu bringen, es ihren Erblanden einzuverleiben. Ein Project ist überliefert, nach welchem Kaiser Karl VII. Baiern an sie abtrat, und dafür mit Elsaß, Lothringen und Franche comté, die man den Franzosen abzunehmen und zu einem Königreich zu erheben gedachte, entschädigt werden sollte. Zu derselben Zeit, wo sie alle Kraft anwenden muß, eine Provinz ihres weiten Besitzes zu vertheidigen, hat sie die Kühnheit an die Eroberung eines fremden Staats zu denken.

Bei dieser Lage der Dinge war es nicht mehr wie selbstverständlich, daß Friedrich in der Feindschaft des deutschen Reichsoberhauptes gegen Oesterreich einen natürlichen Bundesgenossen bei seinem eignen Krieg gegen Oesterreich sah. Nicht erst deutschthümelnde Schwärmerei, sondern einfach sein preußisches Interesse mußte es ihm zur Aufgabe machen, an einer Vereinigung Deutschlands zum Schutz des bedrohten Kaiserthums, und zum Schutz der gefährdeten deutschen Territorien gegen die österreichische Reichsrebellion zu arbeiten. Es war des großen Königs erste politische Aufgabe, wie es seine letzte sein sollte, diese Einigung Deutschlands gegen Oesterreich in's Werk zu setzen: einen Bund der deutschen Fürsten mit Ausschluß Oesterreichs gegen Oesterreich zu gründen. Eine Aufgabe freilich, die in den 80ger Jahren so umfassend und großartig unternommen werden sollte, wie sie in den 40ger Jahren noch sorgsam und gleichsam nur zu einem einmaligen und bestimmten Zweck unternommen wurde.

Zu Beginn seiner Regierung kleidete sich dem Könige dieser Gedanke den Umständen gemäß in die prägnante Form der Gründung eines Bundes von Fürsten zum Schutz des Kaisers gegen Oesterreich. Die Nothwendigkeit eines solchen Bundes ergab sich ihm je länger um so mehr aus der Trägheit Frankreichs und der Unthätigkeit der französischen Truppen, der berüchtigten „Mainenten," bei der Vertheidigung ihres Geschöpfes, Kaiser Karl's VII.; einer Vertheidigung, welche dem Charakter ihres Premiers, des Cardinal Fleury, entsprach. Denn dieser gab, um Friedrich's Worte zu gebrauchen, „den Unterhandlungen den Vorzug vor dem Kriege, weil er stark im Intriguiren war, und kein Kriegsheer zu

befehligen verstand." Deshalb wollte Friedrich, daß die deutschen Kreise sich zusammenthun, und zu einem Bunde geeint selber eine Armee aufstellen sollten. Er selbst wollte Truppen zu dieser Armee stoßen lassen: die Deckung Bayerns sollte die gemeinschaftliche Aufgabe sein. Aber — sagt Friedrich — „dieser Vorschlag mißlang wegen der knechtischen Furcht, welche die deutschen Reichsfürsten vor dem Haus Oesterreich hegten. Die Königin von Ungarn drohte, die Fürsten zitterten und der Reichstag wollte sich zu nichts entschließen."

Doch gab Friedrich den Gedanken nicht auf, „einen deutschen Fürstenbund zu schließen, der mit Heeresmacht dem Oberhaupt des Reichs zu Hülfe kommen müßte."

Unter dem Vorwand, seine Schwestern, die Markgräfinnen von Baireuth und Ansbach, zu besuchen reiste er „in's Reich." Mehrere süddeutsche Höfe besuchte er auf dieser Reise; er wollte die Gesinnungen der süddeutschen Fürsten kennen lernen, ihre Geneigtheit zu gemeinschaftlichem Wirken mit ihm in einer nationalen Angelegenheit.

„Aber alle Versuche, alle Vorstellungen, alle Gründe waren fruchtlos. Die schwärmerischen Anhänger des Hauses Oesterreich hätten sich selbst für dessen Wohl aufgeopfert; und die Freunde des Kaisers waren durch die vielen Unfälle, die dieser Fürst erlitten hatte, so muthlos geworden, daß sie glaubten, sie würden in dem nämlichen Augenblick, wo sie sich zu seiner Unterstützung entschlössen, sogleich ihren eignen Staat verlieren." Es war der zweite Versuch der Gründung eines Fürstenbundes, der dem Könige mißglückte.

Doch ließ er nicht von seinem Plan. Noch im Jahre 1744, vor Ausbruch des neuen Kriegs mit Oesterreich — erzählt Friedrich selbst — „machte man einen Versuch zu einem Vereine der deutschen Reichsfürsten. Auf den Landgrafen von Hessen, auf den Herzog von Würtemberg, auf den Kurfürsten von Cöln, und den Kurfürsten von der Pfalz konnte man sichere Rechnung machen; den Bischof von Bamberg hatte man halb und halb gewonnen; aber ihre Hülfe mußte mit Geld erkauft werden: kein Geld, keine deutschen Fürsten! Frankreich wollte sich zu den Subsidiengeldern, die es kosten sollte, nicht verstehen; und die Sache scheiterte zum dritten Mal."

Auch während er mit Oesterreich Frieden hatte und trotz dieser wenig tröstlichen Erfahrungen, die er an deutschen Fürstenhöfen eingesammelt hatte, hörte Friedrich nicht auf, das Interesse des Kaisers, und seines bayrischen Territoriums mit aller Energie gegen Oesterreich zu vertreten. In einem Briefe erklärte er einmal gradezu: „Ich bin ein Freund der Königin; wofern sie aber etwas thut, was wider die Würde des Reiches

und des Kaisers ist, so wird sie mich nicht erweichen es zu dulden." Und ein andermal, „wenn etwas gegen das Reich unternommen werde, so müsse er das allezeit so ansehen, als ob er in indirecter Weise selbst angegriffen worden." Er nennt einmal die Politik, die der Wiener Hof in den deutschen Angelegenheiten befolgt, ein „attentat à la liberté germanique."

Was Friedrich eine solche Sprache eingab, war in der That das Interesse an Deutschland — richtiger gesagt: das Gefühl der Pflicht, das deutsche Reich, „dessen Angelegenheiten von Tag zu Tag in größere Verwirrung geriethen," vor Oesterreich zu schützen und dessen Bemühungen, sich diese wachsende Verwirrung zu Nutz zu machen. Daß für ihn ein persönliches Interesse, eine Pflicht gegen den eigenen Staat hinzukam, machte es ihm wohl leichter, seine erhabene Rolle zu spielen. Aber daß Friedrich seine Pflichten gegen Deutschland nicht blos als ein nützliches Appendix zu seinen Pflichten gegen Preußen betrachtet habe, dafür haben wir das ausdrückliche Zeugniß der Akten, die Ranke vorgelegen haben, aus denen hervorgeht, daß der König auch in der Friedenszeit zwischen den beiden schlesischen Kriegen, ohne Rücksicht auf den eigenen Vortheil seine deutsche Gesinnung bekundet habe; daß er in Schriftstücken aus dieser Zeit, die für nichts weniger als für allgemeinere Kenntniß, geschweige denn für die Oeffentlichkeit, sondern nur für die Augen Vertrautester bestimmt waren —: daß er in solchen Schriftstücken von einer Wahrung der deutschen Interessen gehandelt habe, ohne Rücksicht auf den eigenen Vortheil, ohne auch nur des preußischen Interesses zu erwähnen.

Die Gestalt des deutschen Reiches im vorigen Jahrhundert war das würdige Vorbild des deutschen Bundes in unserm Jahrhundert. Was wir von Aussprüchen Friedrich's über die gespreizte Langsamkeit der Behandlung von Reichsangelegenheiten, über die ohnmächtige Furcht deutscher Fürsten vor Oesterreich, über den servilen Gehorsam deutscher Höfe gegen den Wiener Hof erwähnt haben, hätte im neunzehnten Jahrhundert ein preußischer König Wort für Wort von dem deutschen Bunde erklären können. Auch in der Art und Weise, wie sie den Schutz aufnahmen, den Preußen ihnen gegen Oesterreich anbot, wie sie die Pläne aufnahmen, mit denen Preußen sie einigend neu und stark machen wollte, waren diese zwei Gebilde einander zum Verwechseln ähnlich.

Die Rolle der „eilenden" Reichsarmee im siebenjährigen Kriege des vorigen Jahrhunderts entspricht wunderbar genau der Rolle der eilenden Bundesarmee in dem Sieben-Wochenkriege dieses Jahrhunderts.

Indem sich Maria Theresia's Ahnung, ihr Wille erfüllte, und in dem Großherzog von Toscana, nach der bejammernswürdigen Episode

eines deutschen Kaisers aus dem bayrischen Hause, das Haus Oesterreich wieder den deutschen Kaiserthron bestieg, verlor Friedrich den Anlaß, verlor er die Möglichkeit sich gegen Oesterreich für das deutsche Kaiserthum zu verwenden: jetzt wandte er sich zugleich gegen das deutsche Kaiserthum, wenn er sich gegen Oesterreich wandte. Die deutschen Fürstlein aber athmeten auf, wieder unter dem Fittig des österreichischen Aars ihr kümmerliches Dasein weiter fristen zu dürfen, von dem sie fürchteten, daß es durch Preußen in seinem Lebensnerv bedroht sei.

In der That, in dem furchtbaren Kriege, durch den sich Preußen seinen Großmachtsrang erkämpfte, stand fast ausnahmslos das ganze heilige römische Reich auf der Seite der Gegner, beeilte sich unter dem, deutscher Bundesfeldherrn würdigen „Reichsfeldmarschall Prinz Joseph Maria Friedrich Wilhelm Hollandius von Sachsen-Hildburghausen“ die unsterbliche eilende Reichsarmee Oesterreich zu Hülfe zu eilen, erdröhnte des deutschen Kaisers und des deutschen Reichs Acht und Aberacht gegen den Markgrafen von Brandenburg. Daß Friedrich da für deutsche „Reichs“interessen kämpfte, wo er gegen die deutschen Reichsheerhaufen zu kämpfen hatte, wäre ein Widersinn gewesen. Auf sich selber stehend, ganz allein kämpfte er um die Existenz und die Ehre Preußens. Er behauptete beides, und rettete mit seinen Siegen über das officielle Deutschland die Hoffnung des nationalen. Und wir wenden unsere Aufmerksamkeit der Zeit nach Beschluß des siebenjährigen Krieges zu, in welcher die Macht Preußens nicht mehr nur in dem bestand, was es wollte und wagte, sondern in dem, was es war und leistete.

Die Worte, mit denen Friedrich die Denkwürdigkeiten des Jahres 1778 beginnt, machen einen großen, fast rührenden Eindruck. Der nachmalige Gründer des Fürstenbundes bescheidet sich in schmuckloser Einfachheit zu bemerken:

„Nachdem wir auseinander gesetzt haben, wie es mit der Theilung von Polen zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen zuging, glaubten wir, dies würde der letzte denkwürdige Vorfall in der Regierung des Königs sein; aber das Schicksal, welches den menschlichen Vorhersehungen spottet, hatte es anders beschlossen.“

Allerdings! wie Maria Theresia war auch Friedrich über den jahrelangen Kriegen alt geworden. Die kecke Kraft der „jungen Jahre“ war ihnen beiden dahin. Bei der Königin hatte die männliche Neigung, Zwistigkeiten durch den Krieg zu entscheiden, der weiblichen Art friedlicher Ausgleichungen Platz gemacht. Sie hätte den Abend ihres Lebens in Ruhe

verleben mögen, um ihre Staaten nach so viel Kriegsunglück endlich das Glück und die Segnnngen des Friedens genießen zu lassen.

Auch Friedrich war durch den furchtbaren Krieg von sieben Jahren zum alten Mann geworden. „Meine Maschine — schreibt er 1759, als 47jähriger! — fängt an aus dem Gange zu kommen, mein Körper ist abgenutzt, mein Geist erlischt, und meine Kräfte verlassen mich.“ Und in einem andern Brief an d'Argens aus demselben Jahre: „Ich bin alt, traurig und verbrießlich. Einige Strahlen meiner vormaligen guten Laune kommen von Zeit zu Zeit wieder, aber es sind Funken, welche vergehen, weil keine Kohlenpfanne zu ihrer Aufnahme vorhanden ist; Blitze, welche den Nachthimmel durchzucken. In Wahrheit, Sie würden mich nicht wiedererkennen, Sie würden einen ergrauten Mann sehen, der nicht blos die Hälfte seiner Zähne, sondern auch seine Heiterkeit, sein Feuer, seine Einbildungskraft verloren hat. Es sind dies weniger die Wirkungen der Jahre, als der Sorgen, die traurigen Erstlinge der Hinfälligkeit, die der Herbst unseres Daseins uns unausbleiblich zuführt.“ Seine Kräfte nahmen zusehends ab. Vollends in dem Jahre 1778 machte sein Aeußeres den Eindruck der Altersschwäche. „Er war so schwach, daß er kaum den Schritt zu Pferde aushalten konnte,“ sagt Graf Schmettau, der den Feldzug von 1778 als Hauptmann à la suite mitmachte.

Die Politik seines Alters griff zurück in die Zeiten seiner Jugend.

Der Schutz deutscher Reichstheile gegen die unberechtigte Anmaßung Oesterreichs, die Rettung vor der Gefahr, daß noch mehr deutsches Land in die Concursmasse des österreichischen Ländercomplexes geworfen würde, die Gründung eines Fürstenbundes zu solcher Abwendung, solchem Schutz —: das sind die Handlungen, die die Politik seiner letzten Jahre erfüllten, wie sie die seiner ersten Jahre erfüllt hatten: mit dem Unterschied, daß dem greisen Könige gelang, was der königliche Jüngling nicht durchzuführen vermocht hatte.

Freilich brachte nicht allein der an Erfahrung reichere Sinn des Königs, seine durch harte Lehrjahre erlangte politische Meisterschaft, zuletzt doch solches Gelingen. Die veränderten Zeiten wirkten fördernd ein: Preußens Machtbedeutung, sein größerer Gebietsumfang sowohl, wie sein europäisches Ansehen, gab den Worten und Wünschen seines Königs seit dem Jahre 1763 eine andere Bedeutung als im Jahre 1740. Maria Theresia war von der Gemahlin eines Kaisers, der gegen Friedrich zu Felde zog, zur Mutter eines Kaisers geworden, der Friedrich bewunderte. Auch in Rußland war an die Stelle der Feindschaft gegen Preußen die Bewunderung vor Friedrich's Genie getreten; und Frankreich war seit 1763 bemüht, bei seiner von Tag zu Tag sich schwieriger gestaltenden

Lage im Innern, bei seinen zunehmenden Reibungen mit England, gegen die continentalen Mächte in das kühlere Verhältniß eines neutralen Beobachters zu treten.

Und das waren die Staaten, auf die vor allen es für die preußische Politik in der nächsten Folgezeit ankommen sollte: denn England, der einzige Staat, der im siebenjährigen Kriege noch bedeutender eingegriffen hatte, war von den Bewegungen seiner amerikanischen Colonien gänzlich absorbirt. Das deutsche Reich aber, ohne jegliche Kraft zum Handeln, faulte in seiner Jämmerlichkeit weiter; wenigen zum Mitleiden, fast allen zum Gespött. Den wiederhergestellten Frieden wollte der Kaiser Joseph zur Ausführung eines Werkes benutzen, zu dem er sich in Folge der 13,884 Gulden 32 Kreuzer, die er als deutscher Kaiser an ordentlichen Einkünften bezog, moralisch verpflichtet glaubte. Er wollte in seinem heiligen römischen Reiche Ordnung schaffen. Er wollte einen Augiasstall ausräumen. Aber er war kein Herkules. Wer kennt nicht aus Göthe die Schilderungen von Kaiser Joseph's Visitation des Reichskammergerichts in Wetzlar. Der ganze Mist der „deutschen Reichsverfassungsverhältnisse" kam dabei zum Vorschein; jene jämmerliche und traurig berühmt gebliebene Wahl eines katholischen Deputirten von Seiten des für evangelisch geltenden westphälischen Grafencollegs zum Visitator der zweiten Classe (1774) setzte der ganzen Angelegenheit die Krone auf. — Man gab die Durchführung der Visitation auf, bevor sie noch halb vollendet war; d. h. man anerkannte von officiellster Seite, daß es unmöglich sei des deutschen Reichs Rechtsgeschäfte noch wieder in einen ordentlichen, reinlichen, rechtlichen — überhaupt wieder in einen Gang zu bringen.

Kaiser Joseph hatte eine aufrichtige Bewunderung für Friedrich. Er war nicht sobald Kaiser, als er sich die Erfüllung eines lange gehegten Wunsches gestattete, den großen König von Angesicht zu Angesicht zu sehen. D'Alembert interpretirte bei aller Galanterie nicht eben unrichtig die Zusammenkunft der beiden Monarchen zu Neiße (1769) und zu Neustadt in Mähren (1770) mit den Worten: „Ein Schüler hat seinen Meister aufgesucht." Die Feindseligkeiten zwischen Preußen und Oesterreich schienen nicht allein ein Ende genommen, sie schienen sich gar in eine enge Freundschaft verwandelt zu haben. Die gelahrten, deutschen Herrn rissen die Augen auf bei dieser Erscheinung, das böse Gewissen der Reichsfürstlein begann zu pochen, die ganze deutsche Kleinstaaterei fing an zu zittern und zu beben. „Sie verabreden über die Theilung Deutschlands!" das war der Gedanke, in welchem sich Alles zusammenfand. Denn so war sie ja, diese Tulifantenstaaterei, daß sie das Erstehen jeder wahren Macht als ihren Untergang ansah, daß sie selbst das Unmögliche glaubte, blos weil sie es fürchtete.

Welcher Tieferblickende hätte in den Visiten, die sich die Herrscher Preußens und Oesterreichs abgestattet, trotz aller vorgenommenen Aufmerksamkeit und Costümgalanterien von Seiten Friedrich's, trotz aller von Joseph gegebenen „Ehrenwörter," „mit aller Treue den zwischen Preußen und Oesterreich hergestellten Frieden erhalten" zu wollen, den Anfang der Aera einer Verbrüderung der zwei Mächte finden können! Und wer noch zweifelte, den konnte zunächst die polnische Theilung, und die hernach wieder eintretende Entfremdung Oesterreichs und Preußens eines andern belehren.

Wir dürfen die Einzelheiten jener oft besprochenen ersten Theilung Polens, über die es bis auf den heutigen Tag auseinandergehende Ansichten giebt, die mit einer Heftigkeit vertheidigt werden, als handele es sich um eine Frage nicht sowohl von historisch antiquarischem, als von unmittelbar politischem Interesse — wir dürfen die politischen Maneuvres der participirenden Mächte um so eher übergehen, als das für nur allzu lange Zeit zutreffende Wort Friedrich's, mit welchem er die Stellung Oesterreichs nach dem Theilungsvertrage (vom 5. August 1772) bezeichnet, ohnedem verständlich ist:

„Wien war damals in Europa die Werkstätte der Staatsentwürfe und der Ränke. Dieser stolze Hof, der immer die andern zu beherrschen strebte, warf sein Auge nach allen Seiten umher, um seine Grenzen zu erweitern, und die Staaten, die ihm am bequemsten lagen, in seine Monarchie zu verschlingen. Nach Osten zu dachte er darauf, Serbien und Bosnien mit seinen weit ausgebreiteten Ländern zu verbinden. Gegen Mittag reizte ihn die Begierde, einen Theil vom Gebiet der Republik Venedig an sich zu ziehen, und er wartete nur auf eine Gelegenheit, Triest und das Mailändische auf eine bequeme Art mit Tyrol zu vereinigen. Dies war noch nicht genug, er versprach sich sogar, nach dem Tode des Herzogs von Modena, dessen Erbin mit einem Erzherzoge vermählt war, Ferrara, welches die Päpste besaßen, zurückzufordern, und dem Könige von Sardinien die Landschaften Tortona und Alessandria abzunehmen, weil dieselben immer den Herzogen von Mailand gehört hatten. Gegen Abend war Bayern ein ungemein reizender Bissen; es liegt in der Nachbarschaft von Oesterreich, und eröffnet diesem den Weg nach Tyrol. Gehörte Bayern dem Hause Oesterreich, so sah es die Donau ununterbrochen in seinem Gebiete fließen. Man muthmaßte überdies, daß es dem Interesse des Kaisers zuwider sein würde, die Vereinigung von Bayern mit der Pfalz unter einem Souverän zuzugeben; und da diese Erbschaft den Kurfürsten von der Pfalz allzu mächtig gemacht haben würde, so war es ungleich vortheilhafter, wenn der Kaiser dieselbe für sich nahm. Wenn man von

dort die Donau hinauf ging, stieß man auf das Herzogthum Würtemberg, auf welches der Wiener Hof sehr rechtskräftige Ansprüche zu haben glaubte. Alle diese Erweiterungen würden eine Art von Gallerie gemacht haben, welche von Wien aus, immer von einer zur andern, bis an die Ufer des Rheins geführt hätte, wo das Elsaß, das vor Alters einen Theil des Reichs ausmachte, wieder einzuziehen war; und dieses führte nach Lothringen, welches noch ohnlängst Joseph's Vorfahren eigenthümlich besessen hatten. Wenn wir uns gegen Mitternacht wenden, finden wir jenes Schlesien, dessen Verlust Oesterreich nicht vergessen konnte, und dessen Besitz es wieder erlangen wollte, sobald sich Gelegenheit dazu fände."

Ein Zeichen sowohl für diese stille Sehnsucht Oesterreichs, wie für seine Furcht vor Friedrich in der Erfüllung dieser Sehnsucht gab bereits das Jahr 1775, in welchem, auf eine falsche Nachricht von dem bevorstehenden Ableben des Königs von Preußen, sich sofort österreichische Truppenmassen in Böhmen versammelten, um von dem preußischen Thronfolger Schlesien zurückzufordern. Und am 8. Februar 1777 hieß es aus Wien: „Man hat hier den Beschluß gefaßt, das Heer in allen Theilen zu vervollständigen, und sich für jeden möglichen Fall vorzubereiten" (d. h. für den Todesfall!) „Der König von Preußen befolgt Schritt vor Schritt dieselben Maßregeln" (d. h. er macht ebenfalls mobil).

Dann gingen die österreichischen Heere zurück, aber der Gedanke Oesterreichs sich zu vergrößern blieb derselbe. Friedrich urtheilt, daß der Kaiser, wenn es in seiner Gewalt gestanden hätte, unverzüglich alle Provinzen des Reichs zu seinen Domänen geschlagen haben würde, um sich zum Souverän dieses großen Staatskörpers zu machen, und dadurch seine Macht über die Macht aller Monarchen Europas zu erheben.

„Dieser Plan beschäftigte Joseph unaufhörlich, und er war der Meinung, das Haus Oesterreich müsse denselben niemals aus den Augen verlieren. Aus diesem herrschsüchtigen Grundsatz floß seine brennende Begierde, Bayern zu besitzen; und ungeachtet es schien, als wenn der Tod des Kurfürsten von Bayern eben nicht so bald erfolgen dürfte, so that doch der Kaiser alles, um den Kurfürsten von der Pfalz und dessen Minister in sein Interesse zu ziehen." Das eben war es, worauf sein Interesse ging: „Bayern nach dem Tode des Kurfürsten an sich zu reißen."

Denn allerdings: es konnte für die Absichten Oesterreichs auf Bayern nicht anders als von großer Förderung sein, daß mit dem Tode des Kurfürsten Maximilian Joseph die regierende Linie — die sogenannte bayrische Linie des wittelsbachischen Hauses — ausstarb. Es hätte sich ihm damit eine Gelegenheit geboten, mit Ansprüchen aufzutreten, die vielleicht ohne Waffengewalt, und nur durch die Gewandtheit juristischer Sophisterei vor

der Erbberechtigung der überlebenden Linien des wittelsbachischen Hauses den Vorzug erhielten. Schwierig freilich mußte es werden, völlig aus der Luft gegriffenen Ansprüchen einen Hintergrund zu geben, der gegenüber jener großen Reihe von Erbverträgen und Nachfolgeordnungen, die zwischen den beiden Linien des bayrischen Hauses bestanden, als mehr erschienen denn blauer Dunst. War doch der Erbgang in diesem Hause so genau bestimmt, so oft und von neuem aufgezeichnet, sanctionirt, beschworen worden, daß es fast den Anschein hat, als habe man den kommenden unberechtigten Eingriff Oesterreichs vorausgeahnt. Es war nach einer Reihe früherer Verträge (so von 1329; 1348) vor allen Dingen jene große Verfassungsurkunde des deutschen Reichs, auf die man — so lange dieses Reich sein trauriges Dasein fristete, immer und immer wieder zurückging als auf die Grundlage des öffentlichen Rechts — es war das westphälische Friedensinstrument, das in seinem Art. VI. ausdrücklich der bayrischen Erbfolge gedenkt, und zwar in einer Weise, die die überlebende Linie des wittelsbachischen Hauses als Erbin der ausgestorbenen bezeichnet. Hernachmals wurden noch in den Jahren 1766, 1771 und 1774 in diesem Sinne Successionsordnungen zwischen beiden Linien aufgerichtet, so daß also für den Fall des Absterbens von Maximilian Joseph der Kurfürst von der Pfalz, Karl Theodor, in Kurbayern nachfolgte; und diesen wieder — da er keine ehelichen Nachkommen hatte — das Haupt der jüngeren pfälzischen Linie, der Herzog Karl von Pfalz-Zweibrücken, beerbte.

Maria Theresia hatte sich freilich, um ihrem Plan der Annection Bayerns „einigen Schein des Rechts zu geben," bemüht, ihren Sohn Joseph, der damals noch Erzherzog war, mit des damals bereits regierenden Maximilian Joseph Schwester Josepha zu vermählen, und 1764 war diese Ehe auch in der Weise, wie die Kaiserin-Königin es wünschte, zu Stande gekommen; denn in dem Vermählungscontracte waren „über die künftige Succession und Acquisition gewisser Stücke von Bayern, besonders des Inn-Districts, hinter und ohne Zuziehung der pfälzischen Linie gewisse Separat-Artikel und geheime Projecte verabredet worden" (Worte Herzberg's in seiner „Abgenöthigten Anzeige" vom Dec. 1778). Da aber nach einer nichts weniger als glücklichen Ehe Josepha — 1767 — starb, ohne Kinder zu hinterlassen, „konnte dieser Vorwand nicht weiter benutzt werden."

Nunmehr begann Oesterreich, sich anderweitigen „Schein des Rechts," sich neue „Vorwände" für eine spätere Annection Bayerns zu suchen. Es durchwühlte alte Pergamente und suchte Urkunden hervor, die theils vieldeutig schienen, theils, wie sich zum Schmerz für Maria Theresia nur zu bald herausstellte, gefälscht waren, oder doch in Wahrheit niemals waren

ausgefertigt worden. Auf diese stützte es seine „ganz unerwarteten Ansprüche."

Daneben begann es das kurpfälzische Ministerium im österreichischen Interesse zu bearbeiten, und war glücklich genug, vor allen Dingen den Herrn von Ritter zu gewinnen, „homme vil, qui de domestique s'étoit métamorphosé en Ministre de l'Electeur à Vienne;" einen jener saubern Repräsentanten kleinstaatlicher Mitmacherei, an denen das Jahrhundert des Herrn von Brühl so wenig arm war als das des Herrn von Beust. Kaum etwas anderes aus jener Zeit läßt einen so tiefen Blick in die erbärmliche Jämmerlichkeit deutscher Kleinstaaterei thun, die selbst Verrath und Wortbruch nicht scheute, um sich Oesterreich in die Arme zu werfen — oder vielmehr in den Rachen zu stürzen, als jene Folge diplomatischer Verhandlungen zwischen dem Wiener und Mannheimer Hof, in welchem der Herr von Ritter die Hauptrolle spielte.

Die Successionsordnungen von 1771 und 1774 waren direct zwischen Maximilian Joseph und Karl Theodor, im Beisein nur der Herzogin Maria Anna, unter Zuziehung nur eines durchaus bewährten (affidé) Ministers von jeder Seite unter dem Siegel des strengsten Geheimnisses aufgerichtet worden. Man hatte beschlossen, die Höfe von Versailles und von Berlin zu ersuchen, die Garantie dieser Verträge zu übernehmen. Die Herzogin wurde für die Reise nach Berlin, der Baron von Leyden für die Reise nach Versailles bestimmt. Dazu wurde noch im August 1777 zwischen den beiden pfälzischen Linien des wittelsbachischen Hauses (der kurfürstlichen und zweibrückenschen) die Successionsordnung wiederholt, und dabei ausdrücklich festgesetzt, daß der Pfalzgraf-Kurfürst über die Succession in Bayern keinerlei Bestimmung ohne den Herzog von Zweibrücken treffen dürfe.

Karl Theodor aber, der „foible Electeur," theilte gegen sein feierliches Gelöbniß dem Wiener Hofe den Inhalt jener Hausverträge mit, und begann von da ab mit ihm durch den Herrn von Ritter, seine Creatur, zu negotiiren, „pour acheter par des cessions la succession paisible des états que la maison d'Autriche veut bien lui laisser." Er fragte, schamlos genug, zu Wien an, „ob das Haus Oesterreich nicht auch Ansprüche an die künftige Nachlassenschaft habe," und erklärte sich sehr bereit, über dieselben sich im Voraus zu vergleichen. Die österreichische Antwort auf ein so unwürdig servileß Anerbieten war natürlich, daß man allerdings solche Ansprüche habe, und daß man einer gegenseitigen Verständigung nicht abgeneigt sei. Was auch sollte dieser klägliche deutsche Fürst viel nach einer Herrschaft fragen, die nach seinem Tode doch wieder von seiner Familie hinweg auf das pfalz-zweibrückische Haus überging.

Denn dieses hohen Herrn ganze Familie bestand aus einer hoffnungsvollen Schaar unehelicher Sprößlinge, deren gute Versorgung, die österreichischer Seits zugesagt war, ihm viel erwünschter erschien, als der Ruhm, selber die Rolle eines deutschen Souveräns gespielt zu haben.

Oesterreich sah sich bereits auf gutem Wege, im Lauf der Zeit durch die diplomatische Manövrir- und Minirkunst zu einem Ziel zu gelangen, welches nur durch eine verschwenderische Masse von Ehrlosigkeit so wohlfeil zu erreichen war —: da geschah das Unerwartete.

Maximilian Joseph, der regierende Herzog von Bayern, der rüstige Fünfziger starb am 30. Dec. 1777 an den Blattern. Die Klagen der Schwester — der Kurfürstin Maria Antonie von Sachsen — der eine der theuersten Personen gestorben sei, ein so lieber Bruder, ein so großer, so guter Mensch, ein Wohlthäter der Menschheit, ein Bewunderer des großen Friedrich, der fürwahr ein längeres Leben verdient hätte; solche Klagen Nahestehender mischten sich in das Staunen der ganzen Welt. Und Friedrich, indem er die Kurfürstin mit Worten tröstet, die fast sorgfältig die allgemeine politische Bedeutung des Todesfalls vermeiden, gesteht doch, daß derselbe eingetreten sei contre l'attente de toute l'Europe.

Begreiflich, daß dieser Todesfall vor Allem in den Wiener Kreisen die größte Aufregung hervorrief. So geheim auch die Vorbereitungen zu einer dermaleinstigen Annection getroffen worden waren: es war bereits zu oft an sie gedacht, zu vielfach an ihr gearbeitet worden, als daß in Wien nicht die allgemeine Empfindung hätte sein müssen, jetzt gälte es, den entscheidenden Schritt zu thun. Höchsten Orts hatte man freilich sofort bei der Todesnachricht seine bestimmten Maßregeln getroffen; die allgemeine Stimmung aber war noch nicht gleich aufgeklärt. In einem Schreiben aus Wien vom 3. Januar (1778) heißt es:

„Sie hörten bereits vom Tode des Kurfürsten von Bayern und können leicht ermessen, welche Gährung das hier hervorbringen muß. Die erste Nachricht kam Donnerstag hier an, während der Hofversammlung zum Neujahrstage, und der peinliche Eindruck, den sie auf die Kaiserin machte, war einem Jeden sichtbar. Seit jenem Augenblicke beschäftigen tausend verschiedene Vermuthungen die Politiker Wiens; doch ist bis auf diese Stunde noch nichts Amtliches kund geworden über die Ansprüche, welche Oesterreich machen, oder das Benehmen, welches dasselbe einschlagen will. Im Allgemeinen glaubt man, eine starke Heeresabtheilung werde unmittelbar von dem Herzogthum Bayern Besitz nehmen, bis die Ansprüche aller Parteien nachgewiesen sind; noch weiß man aber nicht, wie weit der Kaiser sein Recht der Beschlagnahme überhaupt ausdehnen will."

Der „peinliche Eindruck," den die Todesnachricht auf Maria Theresia

machte, ist nur allzu natürlich. Denn so sehr sie bei ihren Vorbereitungen auf diesen Todesfall rechnete: daß dieser Todesfall schon jetzt, vor der Vollendung dieser Vorbereitungen eintrat, „da die projectirte Absicht noch nicht völlig zur Reife gediehen war," wie Herzberg sagt, schien dieselben alle vergeblich zu machen. Maximilian Joseph starb so früh, daß dem Wiener Hof nicht die Zeit blieb, „seinen gewaltsamen Anmaßungen — um Friedrich's Worte zu gebrauchen — einen scheinbaren Anstrich zu geben, der etwas Blendendes gehabt hätte;" und die Frage mußte sein: ob man für jetzt die Versuche Bayern zu gewinnen aufgeben wollte, da die Umstände selbst der Möglichkeit, es ohne Blutvergießen zu gewinnen, entgegen waren; oder ob man es ohne zu zaudern annectiren und es darauf ankommen lassen wollte, sofort die Waffen zu gebrauchen, wenn die erfundenen Ansprüche nicht in Güte anerkannt wurden. Maria Theresia, die jetzt aus dem Alter der wagenden Jugend hinaus war, in der man „zum Erwerben Muth" hat; die sich nach einem ruhigen Lebensabend sehnte, war einem „so gewaltsamen Schritt" durchaus entgegen. Für einen solchen aber war vor Allem Kaunitz, der Staatsmann Joseph's II., dessen virtuoser Ueberredungskunst es gelang, die Kaiserin-Königin zur Einwilligung zu bewegen, indem er ihr vorstellte, „daß dieser Vorfall weiter keine Folgen haben, und daß Europa vor Bestürzung oder Schlaffsucht nicht wagen würde, dem Kaiser bei einer so kühnen und entscheidenden Unternehmung in den Weg zu treten."

So war es in Wien bereits beschlossene Sache, daß man seine Ansprüche nöthigenfalls mit dem Schwert durchsetzen wollte, als der nächstberechtigte Erbe, Karl Theodor, am 2. Jan. persönlich in München eintraf, seiner neuen Hauptstadt, in der er bereits früher, noch am 30. Dec. (1777) und wenige Stunden nach dem Hintritt des Kurfürsten, die von seinem Vorfahren nachgelassenen Lande in Besitz nehmen, und diese Besitznahme unter Pauken- und Trompetenschall öffentlich hatte verkünden lassen.

Herr von Ritter hatte sich derweilen mit einem Eifer, der einer bessern Sache würdig gewesen wäre, zu Wien für das Zustandekommen eines Vergleichs zwischen seinem Herrn, dem Pfalzgraf-Kurfürst, und dem Wiener Cabinet bemüht. Strömte sein Herr von Aufmerksamkeit gegen Oesterreich über, so wirkte er, der Diener, geradezu in österreichischem Interesse. Er war es, der von Wien aus den kurpfälzischen Hof bearbeitete, ihm die Berechtigung auch derjenigen österreichischen Ansprüche nachwies, die ihm unter allen Umständen als zweifelhaft erschienen.

Es mochte daher diesem Herrn nicht eben schwer fallen der Auffor-

derung des Wiener Cabinets nachzukommen, nunmehr, nach dem unvermutheten Todesfall des Kurfürsten von Bayern, ohne Aufschub, und ohne erst die Autorisation oder Instruction seines Hofes abzuwarten, eine Convention zu unterzeichnen, die durchaus in österreichischem Interesse abgefaßt war, also gleichsam dasjenige nur bestimmter formulirte, was man in Wien seit langem gefordert hatte, und was der Herr von Ritter sich stets beeilt hatte, zuzugestehen. Auf diese Weise geschah es, daß während am 2. Jan. Karl Theodor nach der Hauptstadt seines neuen Erbes kam, welches er vor ein paar Tagen feierlich hatte in Besitz nehmen lassen, am 3. Jan. Karl Theodor's Bevollmächtigter in Wien einen Vertrag unterzeichnete, nach welchem er auf eben dieses Erbe verzichtete!

Dieser berühmte Wiener Tractat vom 3. Januar 1778, der Ausgangspunkt der Unruhen des Jahres, besagt wörtlich: „Demnach Ihre k. k. apostolische Majestät und Seine kurfürstliche Durchlaucht von der Pfalz nichts sehnlicher wünschen, als die Wohlfahrt und den Ruhestand des deutschen Reichs aufrecht zu erhalten, und daher all dasjenige sorgfältig zu entfernen, was diesen patriotischen Gesinnungen entgegen stehn könnte;" so sind sie beide, da sie beide Ansprüche auf das bayrische Erbe zu haben vermeinen, in „eine freundschaftliche Einverständniß" getreten und haben sich zu folgenden Punkten verbunden.

Und nun folgen sechs Punkte, in denen Oesterreich den Besitz von Niederbayern, von einem Theil der Oberpfalz (der sogenannten straubingischen Erbschaft) und von der schwäbischen Herrschaft Mindelheim zugesagt wird; das heißt, in denen pfälzischer Seits alle österreichischen Ansprüche als begründet anerkannt werden.

Wenige Tage nach Abschluß dieses, vorläufig auf das strengste geheim gehaltenen Tractats, am 11. Jan., erfolgte der Einmarsch von zwei österreichischen Armeecorps unter den Generalen Langlois und Kinsky in Bayern: die Avantgarden auf requirirten Wagen, die Geschütze mit Vorspann, so überschritt man die Grenze. Es folgte die Besatzung von bayrischen Städten „und wo die Kaiserlich Königlichen einrücken — heißt es in einer bekannten, in Briefform abgefaßten Flugschrift von 1778 — machen diese (die kurbayrischen Truppen) ihnen sogleich Platz, und beide begegnen einander mit aller Höflichkeit und Freundschaft. Es ist wohl nichts anderes hieraus zu schließen, als daß beide Höfe bereits mit einander in der Güte übereingekommen sind, ungeachtet die Bedingungen ihres Betragens noch sehr geheim gehalten werden." Am 12. Jan. folgt das kaiserlich-königliche Patent der Besitzergreifung der Herrschaft Mindelheim; am 15. Januar das der Besitzergreifung

der straubingischen Erbschaft, endlich am 16. das Patent der Besitzergreifung von Niederbayern. Und es ist bezeichnend, daß von dem Januartractat, von einer Cession von Seiten Karl Theodor's in keinem von ihnen auch nur mit Einem Wort die Rede ist. Daß die betreffenden Lande „Uns und Unserm Erzhause," oder „Uns und dieser Krone" „wirklich anheim gefallen sind," daß demnach „Wir gnädigst für gut befunden" diese angefallenen Lande in „wirklichen Besitz nehmen zu lassen" —: das ist die kurze und bündige Wendung, mit der das Unerhörte unbemäntelt geschieht. Auf den 23., 24. und 26. Februar wird die Huldigung der in Besitz genommenen Lande angesagt.

Wenige Tage hernach, am 20. und 23. Jan., verkündet dann der Wiener Hof, um in aller Form Rechtens vorgegangen zu sein, beim Reichstage den Act der Besitzergreifung:

„Auf Absterben Ihro Kurfürstl. Durchl. in Bayern und dadurch erloschenen Mannsstamm der sog. Wilhelminischen Linie sei die Succession in dessen Reichslehenbaren Landen in Bewegung gekommen. Ihro Erzhaus habe dabei wegen seiner auf einige Bezirke im Herzogthum Bayern und auf die Mindelheimischen Reichslehen durch Kaiserl. Lehn- und Anwartschaftsbriefe erlangten Gerechtsamen mit des Herrn Kurfürst von Pfalz Kurfürstl. Durchl. sich gütlichen einverstanden."

Diese und „andere besondere Reichsmannlehen, als die Landgrafschaft Leuchtenberg nebst andern Graf-, Herrschaften und sonstigen Regalien" des Kurhauses Bayern hätten sie „durch Ihren dazu verordneten Commissarium und Geheimen Rath, Herrn Grafen von Hartig, in Besitz und Verwaltung genommen" u. s. w.

Es war eine förmliche Aufeinanderhäufung von Vornahmen, durch welche der Wiener Hof verhindern wollte, daß man in Bayern eher zur Besinnung käme, als Alles erreicht sei, was man zu erreichen wünschte. In der That, der zunächst Berechtigte, gesinnungslos wie er war, und ganz in österreichischem Fahrwasser, wünschte nichts weiter als den Schein gezwungener Nachgiebigkeit gegen Oesterreich, und ratificirte, worauf wir weiter unten zurückkommen, wenige Tage nach dem Einrücken der österreichischen Truppen den Januartractat; die andern staunten und zitterten. Oesterreich war daran, widerstandslos seinen Willen durchzuführen, und Kaunitz's Wort, daß Europa nicht wagen würde dem Kaiser bei einer so kühnen und entscheidenden Unternehmung in den Weg zu treten, schien Wahrheit werden zu sollen.

Friedrich der Große wagte es, Oesterreich in den Weg zu treten.

Genau so, wie er später, auf diesen Moment größter Gefahr zurückblickend angiebt, war die Frage, um die es sich jetzt handelte:

„In diesem kritischen Zustande — urtheilt er — mußte man eine Partei ergreifen: entweder mußte man sich dem reißenden Strome, der, wenn nichts ihn aufhielt, über seine Ufer zu treten drohte, mit Nachdruck widersetzen, oder alle Reichsfürsten mußten auf die Vorrechte ihrer Freiheit Verzicht thun. Denn wenn man unthätig blieb, so schien der deutsche Staatskörper stillschweigend das Recht zu billigen, welches der Kaiser sich anmaßen wollte, despotisch über die erledigten Erbfolgen zu schalten. Dies zielte auf einen gänzlichen Umsturz der Rechte, der Verträge, der Erbverbrüderungen und der Privilegien, wodurch die Besitzungen dieser Fürsten gesichert sind."

Noch freilich liegt, wie er (am 25. Jan. an Voltaire) schreibt, über der ganzen Angelegenheit ein dichter Nebel (plus épais que celui de nos frimas), der die Zukunft in Ungewißheit hüllt; noch kennt er nicht die Mächte, auf die gestützt, von denen getragen Oesterreich so Unerhörtes wagt; noch weiß er von auch nicht Einem Hofe, nicht einmal von dem kleinsten der kleinen deutschen Herrn, ob er auch nur nicht unwillig über eine Opposition gegen die österreichischen Bestrebungen sein werde —: nur Eins steht ihm bei all dem Zweifel, und trotz aller Bedenken klar da: die Bedeutung des österreichischen Streichs, und in Folge davon seine Aufgabe, seine Pflicht.

Ich will den Dingen nicht vorgreifen, sonst ließe sich aus späteren Aussprüchen Friedrich's leicht und überzeugend darthun, wie großartig er diese Aufgabe erfaßte. Nur ein allgemeines Wort muß schon hier gesagt werden. Wenn Friedrich beschloß, gegen die neuen Anmaßungen der Macht, gegen die er schon dreimal siegreich gekämpft hatte, jetzt zum viertenmal aufzutreten, so war freilich seines Staates Interesse auf diesen Entschluß von unmittelbarem Einfluß. Die Machtvergrößerung Oesterreichs durch deutsches Gebiet war eine directe Schwächung Preußens. Und in dem Maße als das österreichische Kaiserhaus vermochte, seinem willkürlichen Despotismus Geltung zu verschaffen, schwand der Einfluß, den der Staat Friedrich's des Großen auf Deutschland auszuüben begann.

Durchaus falsch wäre es zu glauben, daß dieser preußische Einfluß auf Deutschland damals bereits besonders groß und weitverbreitet gewesen wäre. Die Furcht vor der österreichischen Macht, der gewohnte Gehorsam gegen das officielle Oberhaupt des Reichs, vor Allem die gleiche Abgenutztheit der österreichischen Staatsmaschine und der der kleinen deutschen Territorien, ließen es sicherer, einfacher und bequemer erscheinen in dem traditionellen heiligen-römischen-Reichsschlendrian weiter zu existiren, als

sich einem Staatswesen anzuschließen, das ebenso jung wie neu war, und dessen Zukunft man noch gerne bezweifelte, da man es mehr als in der Person des gegenwärtigen Herrschers denn auf innere Nothwendigkeit begründet erkannte. Wieviel bequemer mußte es doch sein, auf des Kaisers Befehl sein Minimum zu der buntscheckigen Reichsarmee beizusteuern, um „viribus unitis“ die süße Gewohnheit des Daseins zu erhalten, als sich mit allen Kräften dem Staat anzuschließen, der jeden Augenblick bereit war sein Alles daran zu geben, wenn es galt jene Richtung in ihrem mächtigen Vertreter zu bekämpfen. Das schmarotzende Ankleben an dem großen österreichischen Staatskörper war der wesentliche Charakter der deutschen Reichsglieder, denen es nur zu wohl dabei war, sich jeder Wendung dieses Staatskörpers, jeder seiner Bewegungen gegen Preußen anzuschmiegen. So lange Preußen diese Glieder bei der Ehre packte, sie aufrief sich mit ihm zu einigen, und in freier, lebendiger Vereinigung ein volles und gesundes staatliches Leben zu beginnen, so oft bisher Friedrich die Fürsten von der österreichischen Knechtschaft hinweg zur Begründung eines Bundes gerufen hatte —: so oft und so lange verhallte der Ruf an tauben Ohren. Prinz Heinrich sagt einmal in einem Brief an den König, daß, wenn der Wiener Hof einige Millionen Florins springen ließe, er es leicht dahin bringen würde, daß die Minister all dieser deutschen Fürsten, von Oesterreich bestochen wie sie es bereits seien, gegen ihr wahres Interesse handelten und gegen Preußen operirten. Erst da, als Oesterreich unverhohlner begann den devoten Reichsfürsten an die Gurgel zu packen, deutsche Territorien bei der Existenz zu bedrohen, und ein staatlicher Polyphem sich zum Schmause der ersten dieser staatlichen Existenzen, die sich in seine Höhle gewagt, anschickte, und als sich da Preußen als Retter aus solcher Gefahr hinstellte —: da erst kamen diese „Gefährten“ und eilten sich Preußen anzuschließen, ohne es freilich viel mehr als natürlich zu finden, daß Preußen diese Rettung übernahm. Wenn man die Staaten unterschiede, wie man die Kreise der menschlichen Gesellschaft unterscheidet, würde man sagen, es war nach einem vornehmen Staat, daß Preußen sich zum Schutz einer staatlichen Existenz, die sich noch vor Kurzem ihm gegenüber feindlich erzeigt hatte, herbeiließ; und für diesen Schutz keinen andern Lohn erwartete, als den, von Mit- und Nachwelt unparteiisch und vorurtheilsfrei mit Oesterreich verglichen zu werden.

Als Friedrich an dem Tage, an welchem der Januartractat von Herrn von Ritter unterzeichnet wurde, die Nachricht von dem Tode Maximilian Joseph's erhielt, wußte er von den Verhandlungen zwischen dem

kurpfälzischen und dem Wiener Hof nur aus einigen spärlichen Andeutungen (quelques rapports mal fondés). Um so weniger konnte er die Thatsache solcher Verhandlungen bezweifeln, als er überzeugt war, daß Oesterreich die willkommene Gelegenheit, sich mit einem Theile Bayerns zu vergrößern, nicht unbenutzt vorübergehen lassen würde. Das wichtigste zunächst mußte für ihn sein, sich zu vergewissern, welches das Ziel dieser Unterhandlungen sei, wie weit sie bereits gediehen wären, und in welchem Verhältniß der dem Kurfürst von der Pfalz zunächst berechtigte Erbe, der Herzog Karl von Zweibrücken, zu diesen Verhandlungen stünde.

Noch am 3. Jan. ließ er den General Grafen Görtz zu sich kommen, und erklärte ihm, der Todesfall des Kurfürsten von Bayern lasse es ihm nothwendig erscheinen, in der Stille einen zuverlässigen Mann nach Mannheim und nach Zweibrücken zu senden, der ihm genaue Aufschlüsse über die Sentiments der Fürsten dieses Hauses verschaffte: ob sie an ihrem Erbrecht festhielten; ob ihnen vielleicht durch Conventionen, von denen er einige Andeutungen erhalten, die Hände gebunden wären; jedenfalls, ob es nicht Mittel gäbe, „den Einen oder Andern dieser Fürsten zur Protestation gegen die Eingriffe in ihre Rechte und zur Anrufung des Reichsschutzes gegen solche Eingriffe zu bewegen.“ Er habe für die Ausführung dieses Auftrags an den Bruder des Generals, den in weimarischem Dienst befindlichen Grafen Görtz gedacht. Wenn derselbe sich zur Uebernahme dieses Auftrags geneigt erkläre, sei es nothwendig, daß er sich unverzüglich auf die Reise mache, denn es wäre nicht zu bezweifeln, daß der Wiener Hof von dem Todesfall Vortheil ziehen, und sich ganz Bayerns, oder wenigstens eines Theils desselben bemächtigen wolle; daß damit aber das Gleichgewicht gestört, und die Freiheit und Constitution des Reichs beeinträchtigt würde; daß er entschlossen wäre sich solchem Vorhaben mit all seinen Kräften zu widersetzen, und selbst auf die Gefahr eines Krieges nicht dulden würde daß Oesterreich sich auch nur eines Dorfes bemächtige.

Der General ging nach Weimar ab, um seinem Bruder des Königs Anerbieten mündlich zu überbringen, kam am 8. Jan. in Weimar an, eröffnete dem Bruder des Königs Wunsch, und überreichte ihm eine Reihe von Notaten des Inhalts, daß man genauere Aufklärung über die Dispositionen wünsche, in welchen sich der pfälzische Hof nach dem Tode des Kurfürsten befände, ob es zwischen ihm und Oesterreich zu einem Theilungstractat gekommen sei, oder ob er andere Maßregeln zu ergreifen die Absicht habe. Für den Fall, daß der pfälzische und zweibrückensche Hof von Oesterreich gewonnen seien, wäre es nöthig zu wissen, ob nicht bereits der zweite Fürst von Zweibrücken, oder der Fürst von Birkenfeld, darüber

unwillig, mit Berufung auf die alten Verträge gegen dieses Abkommen protestiren und die Hülfe des Reichs anrufen wollten u. s. w.

Diese Notaten waren ohne Aufschrift, Unterschrift und Datum, aber von des Königs eigener Hand.

Görtz mißkannte weder die Wichtigkeit noch die Schwierigkeit des Auftrages, der durch die Art, wie er ihm angetragen war, nicht eben angenehmer gemacht wurde. „Ohne preußischer Unterthan zu sein (heißt es in seinen Denkwürdigkeiten), oder in preußischen Diensten zu stehen, selbst ohne bestimmte Aussicht in diese aufgenommen zu werden, ohne irgend eine Art von Beglaubigung und Vollmacht, sogar ohne förmliche Instruction," sollte er dieses schwierige Geschäft übernehmen.

Den Vorstellungen des Bruders gelang es die Bedenken zu beseitigen, und Görtz erklärte sich zur Uebernahme des Auftrags bereit.

Unter dem Vorwand einer Reise nach Wetzlar, die er wegen eines wichtigen beim Kammergericht anhängigen Familienprozesses weder umgehen noch aufschieben könne, machte er sich am 10. Jan. Abends auf den Weg, nachdem er — noch desselben Tages — aus Weimar an den König geschrieben hatte, sein größter Wunsch sei es seit lange, Sr. Maj. zu dienen und er schätze sich glücklich, daß dieser Wunsch jetzt in Erfüllung gehe. Er giebt dem König die Route an, die er zu nehmen gedenkt, und schildert, so weit sie ihm bekannt sind, die Personen, mit denen er es zunächst zu thun haben wird:

„Was ich, — um mit dem Kurfürsten und seiner ganzen Umgebung zu beginnen, — vom pfälzischen Hof kenne, ist in Wahrheit d'un caractère très-foible. Der Herzog von Zweibrücken soll nicht ohne Energie, aber dabei scheu und schwer zugänglich sein. Der Prinz Maximilian von Zweibrücken soll anziehend sein et joindre du nerf à une grande élévation d'âme; aber er steht in französischem Dienst. Von den Birkenfeld hat man sich nicht viel zu versehen, der Vater ist sehr alt, der ältere Sohn arbeitet in österreichischem, und der jüngere, der Prinz Wilhelm, in pfälzischem Interesse."

Von Würzburg aus schrieb Görtz am 14. Jan. seinen ersten Rapport an den König, der sich im Wesentlichen noch darauf beschränkte über die offenkundigeren Dinge zu orientiren.

Weiter reiste er über Nürnberg (15. Jan.), nach Regensburg (16. Jan); von da auf ein paar Tage nach München; überall Zeuge der großen allgemeinen Verwirrung über die jüngsten Ereignisse. In München traf er den kaiserlichen Minister Baron von Lehrbach, der ihm, dessen geheime Mission er nicht ahnte, im Lauf der Unterhaltung, als sie auf die Erbschaftsgeschichte eines gemeinsamen Bekannten zu sprechen kamen, mit sei-

nem sardonischen Lächeln sagte: bisweilen machen Andere größern Profit als die Erben selbst, „nous en voyons des exemples."

Er erfuhr hier, in München, daß die Unterhandlungen zwischen dem Wiener und kurpfälzischen Hofe schon weit gediehen wären. Aber ohne Beglaubigung, wie er war, durfte er nicht wagen hervorzutreten, etwas von seinem Auftrage zu eröffnen, um als Vertreter Preußens den österreichischen Bemühungen mit offenem Visir entgegenzuarbeiten. Was er unter der Maske eines Reisenden erfahren konnte, glaubte er erfahren zu haben, und beschloß deshalb München wieder zu verlassen.

Er erbat sich deshalb (20. Jan.) Audienz, um sich zu verabschieden. Er war noch nicht lange bei dem Kurfürsten vorgelassen, als die Thüren aufgingen und, begleitet von dem Minister Harting, der Herr von Lehrbach eintrat. Görtz bemerkte seine triumphirende Miene und die Verlegenheit des Kurfürsten, die ihn den Blick Anderer nicht aushalten ließ und den Eindruck machte, als wenn der hohe Herr eine „mauvaise action" begangen hätte. So auffällig erschien ihm die ganze Scene, daß er den französischen Agenten, der zugegen war, bei Seite nahm und ihm sagte, er verwette seinen Kopf, die ganze Sache sei fertig und abgemacht; der Kurfürst habe eine schimpfliche Handlung begangen; er habe den Verzicht auf Bayern unterzeichnet: die Ankunft fremder Couriere in der verwichnen Nacht, die Audienz des österreichischen Ministers, das klägliche Aussehen des Kurfürsten machten ihm das unzweifelhaft.

Görtz hatte vollständig richtig combinirt: in eben jenen Tagen geschah die Ratification des Januartractats durch Karl Theodor, und bereits zwei Tage nach dieser Audienz, am 22. Jan., gestand Karl Theodor selbst in einem Brief an den Herzog von Zweibrücken Alles ein:

„Ich war von dem kaiserlichen Hofe dergestalt pressirt und in die Enge gebracht, daß mir Euer Ldd. und andere gutgesinnte Höfe darüber zu vernehmen keine Zeit mehr übrig blieb, sondern ich mußte mich ohne längeren Vorschub zu einem von beiden, nämlich Ratification oder gänzliche Abrumpirung des Conventions-Geschäfts entschließen, wobei ich letzteren Falls nichts anderes zu erwarten gehabt hätte, als daß die in meine Lande bereits eingerückten Truppen nicht nur den conventionsmäßigen Antheil, sondern auch, wie man sich zu Wien gegen meinen Minister verlauten ließ, sämmtliche bayrische Lande, und sogar die hiesige Residenzstadt selbst, in den Besitz genommen, fort mich von hier wegzugehen bemüßigt haben würden."

Gezwungen oder nicht gezwungen, mit heiterm oder mit nassem Auge —: jedenfalls, der deutsche Fürst hatte das Land, das nach Ordnung und Recht sein war, an Oesterreich verkauft, verrathen. Und Herz-

berg hat weniges nach jenem schimpflichen Act erklärt, er sei im Besitz von Beweisen, aus welchen hervorgehe, daß Karl Theodor die Erlaubniß ausdrücklich gewünscht und erhalten habe, „zu gestehen und sich darauf zu berufen, daß Sie gezwungen worden wären."

Schon in Regensburg, wohin Görtz sich (21. Jan.) von München zurückbegeben hatte, erhielt er die Bestätigung seiner Vermuthungen; er erfuhr den von Ritter abgeschlossenen Januartractat; die förmliche Besitzergreifung der von Oesterreich beanspruchten Landestheile, die soeben (20. Jan.) dem Reichstage verkündet worden war. Nur dafür daß der Kurfürst den Januartractat bereits ratificirt habe, woran er freilich seit jener Abschiedsaudienz nicht mehr zweifelte, daß also das österreichisch-kurpfälzische Bündniß definitiv abgeschlossen sei, nur davon hatte er keine bestimmten Beweise. Das jedenfalls mußte er sich sagen, war das Bündniß noch nicht ratificirt, so konnte, so mußte es doch, wie die Verhältnisse einmal lagen, mit dem Nächsten ratificirt werden. War noch etwas dagegen zu thun, war der Kurfürst noch von der österreichischen Allianz loszubringen, konnte er — um Friedrich's Worte zu gebrauchen — an dem Rande des Abgrundes, in den er sich zu stürzen im Begriff stand, noch gehalten werden —: so mußte es mit der größten Eile geschehen, oder es kam zu spät.

Bei dieser Lage der Dinge hielt es Görtz für seine Pflicht über seinen Auftrag hinauszugehen, und, ohne die Einhändigung des königlichen Creditivs, um welches er wiederholt gebeten hatte, abzuwarten, die Rolle eines bloßen Beobachters aufzugeben, um in den Gang der Dinge handelnd einzugreifen.

Am 24. Jan. Abends hatte er eine geheime Zusammenkunft mit dem kurpfälzischen Minister, Herrn Brentano, „vieillard patriotique et galant homme." In dieser Zusammenkunft gab sich Görtz zum ersten Male als den zu erkennen, der er eigentlich war: als Agent Sr. Majestät des Königs von Preußen. Er erklärte dem Minister, daß er dem Kurfürsten, falls derselbe gegen die österreichischen Zumuthungen zu opponiren gewillt wäre, im Namen seines Herrn des Königs die Unterstützung Preußens zuzusagen ermächtigt sei.

Tags darauf theilte Brentano seinem Kurfürsten den Inhalt der Unterredung, jene wichtigen Eröffnungen und Anerbietungen Görtzens mit. Aber der Kurfürst, seit der vor einigen Tagen erfolgten Ratificirung des Januartractats Oesterreichs Verbündeter, hieß Brentano an Görtz antworten: Er, der Kurfürst, sei zwar dem Könige von Preußen für seinen guten Willen sehr verbunden; bedauere jedoch, von demselben keinen Gebrauch mehr machen zu können, da er bereits ein Abkommen (des enga-

gements solennels) mit dem Wiener Hofe getroffen habe, zu welchem er durch das Einrücken der österreichischen Truppen genöthigt gewesen sei. Er sei demnach gebunden.

Daneben aber erhielt Brentano „des vives réprimandes," daß er sich unterstanden habe, die von preußischer Seite gemachten Eröffnungen auch nur angehört zu haben.

So war denn für Görtz auch der letzte Zweifel in Betreff der Beziehungen zwischen Karl Theodor und dem Wiener Hof gehoben; so hatte er es denn, in dürre Worte gefaßt, daß der deutsche Kurfürst es vorzöge um jeden Preis in das Schlepptau Oesterreichs genommen zu werden, als von Preußen unterstützt Oesterreich gegenüber sein Recht, seine Ehre zu vertheidigen.

Um zu retten, was noch zu retten war, beschloß Görtz sich umgehend an den nächstberechtigten Erben, an den Herzog Karl von Zweibrücken, zu wenden, um bei ihm zu verhindern, was bei dem Kurfürsten zu verhindern, wenn man auf die Zeit sieht, zu spät, wenn man auf seine Gesinnungen sieht, unmöglich gewesen war. Daß (31. Jan.) das erbetene Creditiv kam, erleichterte ihm die Ausführung seines Entschlusses.

Er durfte dabei auf die thätige Mithülfe der nationalen Partei in Bayern rechnen, die gleichmäßig über die österreichischen Eingriffe und über Karl Theodor's Verhalten empört war, und ihre ganze Hoffnung auf den Herzog Karl von Zweibrücken und sein Auftreten gegen den Januartractat setzte. An der Spitze dieser Partei stand die verwittwete Herzogin Clemens von Bayern, Maria Anna, geborene Pfalzgräfin von Sulzbach, des Kurfürst Karl Theodor Geschwisterkind und Schwägerin; dieselbe, die früher auserseheh gewesen war, den Berliner Hof zur Uebernahme der Garantie der wittelsbachischen Successionsordnungen zu vermögen. Damals unterblieb wegen des plötzlichen Todesfalls von Maximilian Joseph diese Reise, die dazu angethan gewesen wäre, den von Herrn von Ritter genährten pfälzischen Beziehungen zu Oesterreich entsprechende und zwar ehrlichere zu Preußen entgegenzusetzen. Jetzt, wo diese heroische Frau mit dem ganzen Eifer ihres patriotischen Gemüths gegen die Politik des Kurfürsten zu arbeiten begann, sich zum Mittelpunkt der patriotisch gesinnten Männer des Landes, der Obermayr und Lory, der Leyden und Kreitmayr, machte, wo sie in dem Vollgefühl von deutscher Fürstenpflicht an Görtz schrieb: „Es wäre in der That schön, eine alternde Pallas an der Spitze der Thrier zu sehen! Ich möchte die Geister meiner Ahnen herbeirufen, um das Vaterland zu retten, es giebt Augenblicke, in denen ich bedaure, nicht selbst Kurfürst zu sein" —: schrieb ihr Friedrich gleichsam als Antwort auf solche Gefühle das berühmte:

„Ah! Madame, que n'étiez-vous Electeur, nous n'aurions pas vu arriver des honteux évènements, dont tout bon Allemand doit rougir jusqu'au foud du coeur."

In einer seiner vortrefflichen Noten, die er in Betreff des bayrischen Erbfolgestreits erließ, macht Herzberg die wichtige Mittheilung, man habe dem Herzog von Zweibrücken und seinen Ministern, „auf den Fall, daß sie der Convention nicht beitreten würden, mehr denn einmal zu verstehen gegeben, daß man nicht allein die zweite zu errichtende Convention mit ihrer Uebergehung, mit dem Herrn Kurfürsten allein errichten, sondern auch alle darin mittelst Anerkenntnisses der Erbfolgen, Zuwendung der Reichs- und böhmischen Lehne und anderer zu bestimmender Vortheile der sulzbachischen Linie allein, mit Ausschließung der Birkenfeldischen, zuwenden und bei dem künftigen Successionsfall seine Ansprüche auf ganz Bayern gegen den Herrn Herzog bestens geltend zu machen wissen werde."

Auf solche Weise von Anbeginn durch dictatorische Forderungen des Wiener Hofs bedroht, bald auch eingeschüchtert durch die raschen Fortschritte der diplomatischen Bemühungen Oesterreichs, durch den ungehinderten Vormarsch seiner Truppen, dazu beängstigt durch die nimmer endende Willfährigkeit des Kurfürsten gegen den Kaiser und durch das tiefe Schweigen, das Frankreich, von welchem er noch am ersten Hülfe erwartet hatte, beobachtete, und das man als Zustimmung zu den kurpfälzisch-österreichischen Vornahmen erklären zu müssen glaubte —: auf solche Weise in die Enge getrieben hielt der Herzog Karl Opposition gegen den Willen so vieler mächtigerer Verbündeter für unnütz und faßte daher den Entschluß, der an ihn ergangenen Einladung nach München Folge zu leisten, um dort, mit wie schwerem Herzen immer, seinen Beitritt zu dem Januartractat zu erklären.

Schon hatte der zweibrückische Gesandte in München, Herr von Hofenfels, den Befehl die Zustimmung zu dem Tractat im Namen seines Herrn abzugeben, damit dieser selbst „eines ihm so wehe thuenden Schrittes überhoben sei, und sich dort nur zeigen dürfe, um vom alten Erblande seines Hauses für immer Abschied zu nehmen;" schon war er daran, da alle Vorstellungen des patriotischen Mannes bei dem ängstlichen Herzog fruchtlos gewesen waren, die zustimmende Erklärung abzugeben —: da erhielt Hofenfels (2. Febr.) einen Brief von Görtz, welcher ihn über dessen eigentliche Commission in kurzen und bestimmten Worten aufklärte, die Versicherung enthielt, daß der König von Preußen, bekannt mit den bayrisch-pfälzischen Erbschaftsverträgen, den lebhaften Wunsch hege, das pfälzische Haus ungehindert das bayrische Erbe antreten zu sehen; und dieser Versicherung die Bitte anfügte, daß der Herzog in einer Angelegen-

heit von so allgemeiner Wichtigkeit nicht ohne Theilnahme der Kurfürsten und Reichsstände so wie Frankreichs (depuis si longtemps l'allié de sa sérénissime maison) seine Entscheidung treffe.

Hofenfels, auf das Aeußerste überrascht, reiste sofort dem Herzoge nach Augsburg entgegen, und brachte ihn, diesen Brief in Händen, von seinem unglückseligen Vorhaben zurück. Der Herzog beeilte sich, gleich auf die Mittheilung von Hofenfels hin an Görtz zu schreiben (5. Febr.): „Man kann für die Güte Ihres Königs gegen mich, für den Antheil, den er an dem Wohlergehen meines Hauses, und an dem unglücklichen Schicksal Bayerns nimmt, nicht dankbarer sein, als ich es bin. Was sage ich? Sein Unglück schwindet, sobald Se. Majestät Antheil an ihm nimmt. Ich gehe nach München, und werde dort nur ein paar Tage bleiben: nicht um zu unterzeichnen; daran denke ich nicht, und gebe mein Ehrenwort, daß ich es nicht thun werde; sondern nur um mich dem Kurfürsten auf seinen Wunsch zu präsentiren (pour faire ma cour à l'Electeur, qui m'a demandé)."

Auch Görtz ging nach München, um dort mit dem Herzog das Weitere zu verabreden. Unter fremdem Namen traf er ein. Es folgten ein paar Tage verborgenen Aufenthalts im Gartenpalais der Herzogin Clemens, während welcher geheime Conferenzen mit dem Herzog gepflogen wurden (6.—11. Febr.). „Die Kraft der Wahrheit — sagt Friedrich in seinen Denkwürdigkeiten — machte Eindruck auf diesen jungen Fürsten." Bereits am 8. Febr. erklärte er dem Könige, daß er sich ganz von der kurfürstlichen Politik lossage, daß er sein Recht gegen die fremden Eingriffe durch einen feierlichen Protest beim Reichstag (une protestation solemnelle à la Dietta de l'Empire) wahren wolle; daß er sich mit der Bitte um Schutz vertrauensvoll an Friedrich wende und ihn ersuche, die Garantie der Erbverträge von 1766, 1771 und 1774 zu übernehmen, und die andern Mächte und Staaten des Reichs, so wie den Hof von Versailles vermöge ein Gleiches zu thun.

Vergebens bemühte man sich österreichischer Seits, den Herzog von der Verbindung mit Preußen zurückzuhalten; vergebens wandte man Alles an, ihn doch noch zu sich hinüberzuziehen. Man versprach seinem Hause den Königstitel von Burgund; der Herzog erklärte, „er fände mehr Ehre darin, das Stammland unzertrennt zu behalten und ein mächtiger Kurfürst zu bleiben, als ohne jenes König zu heißen." Man suchte ihn mit dem goldnen Vließ zu ködern; der Herzog „hatte den Muth zu erklären, daß er sich solche Ehre unter den jetzigen Umständen verbitten müsse."

Auch mit dem Anerbieten ihm seine Schulden zu bezahlen, ihm Subsidien zukommen zu lassen und dergleichen Dingen mehr, von denen das

alte Sprichwort sagt, sie eroberten auch die stärkste Festung; und mit der diesen goldenen Dingen als Revers beigefügten Drohung, daß man im Falle beharrlichen Weigerns seine Gläubiger gegen ihn aufreizen würde — auch damit bewirkte man nichts. Und an dem braven Hofenfels vollends prallten alle Bestechungskünste (deren realen Werth man auf „mindens 400,000 Fl." taxirte) wie an Stahl ab.

Und ebenso vergebens arbeiteten die österreichischen Bevollmächtigten zu Regensburg gegen das Erscheinen der Protestation. Der unermüdliche Hofenfels kam persönlich von München nach Regensburg herüber, beseitigte alle Hindernisse, und reichte dem Herrn von Lehrbach zum Trotz, der erklärte, eine zweibrückensche Protestation nicht annehmen zu können, so lange der Herzog dem Januartractat nicht beigetreten sei, am 16. März den einzelnen Reichstagsgesandten die pfalz-zweibrückensche Protestation ein.

„Dieser Act wird der empfindlichste Schlag für den Wiener Hof sein," hatte schon früher, als der Herzog Karl feierlichen Protest einzulegen erklärt hatte, Prinz Heinrich gesagt: er hatte Recht mit diesem Wort.

Was auf die Protestation von weitern Verabredungen noch folgte, versteht sich fast von selbst: Friedrich verpflichtete sich feierlich (28. März), „die Rechte des pfälzischen Hauses auf die Nachfolge in Bayern gegen die ungerechten Ansprüche des Wiener Hofs mit seiner ganzen Macht zu vertheidigen;" dagegen versprach Herzog Karl „ohne Genehmigung des Königs keine Art von Vergleich mit dem Wiener Hof einzugehen."

Und so hatten sich nun die Parteien gesondert und gefunden. Oesterreich das Unberechtigtes forderte; Preußen das für das Recht auftrat; auf jeder der beiden Seiten einer der erbberechtigten deutschen Fürsten: auf österreichischer Seite der nächste Erbe, der sein Land, sein Recht, seine Ehre preis gab, um österreichisch zu sein, und von seinem Minister Ritter, jener feilen Creatur, dabei bedient wurde; auf preußischer Seite ein Fürst, der von Preußen die Rettung seines Erbes, die Wahrung seines Rechts und seiner Ehre erhoffte, und dem der unbestechliche Charakter des Herrn von Hofenfels in Rath und That hülfreich zur Seite stand.

Zu gleicher Zeit mit dem zweibrückenschen Hofe erhob der kursächsische Hof Ansprüche an einen Theil des Erbes von Maximilian Joseph. Denn die einzige überlebende Schwester des verstorbenen Kurfürsten war die verwittwete Kurfürstin von Sachsen, der somit des Bruders hinterlassener Allodialbesitz zufiel. Ihr Sohn, der Kurfürst Friedrich August, forderte diesen Besitz jetzt und sandte den Geheimerath von Zehmen nach

München, um diese Forderung den österreichischen Erklärungen gegenüber geltend zu machen.

Aber dem Herrn von Zehmen gelang es nicht, gegen das gemeinschaftliche Verhalten des Wiener Hofs und Karl Theodor's etwas durchzusetzen. Er mußte unverrichteter Dinge wieder von München abreisen, und eine feierliche Erklärung gegen die Handlungsweise jener Verbundenen war das Einzige, was er zu thun vermochte.

Friedrich eilte, sich ebenso dem Dresdener Hofe als Beschützer der angegriffenen Rechte anzubieten, wie damals Görtz bei Kurpfalz und Zweibrücken daran arbeitete, Friedrich dort diese Stellung zu verschaffen

Bereits am 6. Febr. konnte Friedrich seinem Bruder als das erfreuliche Resultat seiner Bemühungen schreiben: „Sachsen hat sich ganz in unsere Arme geworfen. Ich habe von dem Kurfürsten verlangt, daß er sich ebenfalls an die Kaiserin von Rußland wenden und sie um ihre Protection ersuchen soll.“ (Wir kommen auf die russischen Beziehungen hernach zu sprechen.)

Aber die Angelegenheit ging doch in ihrem weitern Verlauf nicht so rasch von Statten, wie man nach dem so glücklich einschlagenden Anfang hätte vermuthen sollen. Noch am 3. März klagte Friedrich: „Messieurs les Saxons me donnent aussi de l'occupation; ces Princes de l'Empire sont tout crainte, sans énergie; cela fait la honte de notre siècle, et j'en rougis pour l'Allemagne.“

Endlich, an demselben Tage, an welchem die herzoglich zweibrückenschen Gesandten beim Reichstage gegen das Verfahren des Wiener Hofes protestirten, am 16. März reichten auch die Gesandten Kursachsens ihre Protestation bei dem Reichstage ein, und ersuchten das Reich um Schutz gegen das Oberhaupt.

Friedrich war es auch hier, der sich beeilte, dem Schutzbedürftigen in bindender Form seinen Schutz anzubieten: am 18. März kam eine Convention, ähnlich jener mit dem Herzog Karl, zu Stande, in welcher Friedrich versprach, die Ansprüche des kursächsischen Hofes an die bayrische Allodialerbschaft zu befriedigen; der Kurfürst dagegen sich verpflichtete, ohne des Königs Zustimmung keinen Vergleich einzugehen. Die österreichischen Blätter spieen über diese diplomatischen Erfolge Preußens Wuth und Galle. In einer Flugschrift aus damaliger Zeit erhält diese Stimmung einen besonders ergötzlichen Ausdruck: „Sachsen, das so viele und zuverlässige Proben von der Mäßigung und genauesten Billigkeit des Erzhauses Oesterreich hat, und auf der andern Seite so handgreifliche Beweise von der vorsätzlichen Unterdrückung des preußischen Hofs, schlägt sich aus Verhetzung und eignem Abderitismus zu eben diesem übermüthigen Nachbar,

um das äußerst billige Erzhaus zu insultiren; arbeitet noch den aufgebäumten Riesen im Norden zu verstärken, der kühn genug ist, selbst in Rußlands Cabinet den Ton zu geben; arbeitet noch an seiner eigenen Gefahr. Leicht ist es doch zu begreifen, daß Friedrich's Vergrößerungsplan vorzüglich auf Sachsen gerichtet ist. Denn den Süden vermauert ihm Joseph, im Norden und Osten wacht Rußland, so viele gegen Westen zerstreuten Besitzungen müssen seinen unternehmenden Geist reizen ihnen alle mögliche Verbindung zu schaffen: und Sachsen erleichtern ihm noch den Weg selbst über ihr Vaterland! Ist es Verzweiflung, daß man der Züchtigung des Berliner Hofs nicht entgehen kann, ist es Verblendung? Denn man wird doch die Welt nicht wollen glauben machen, daß man gekränkte Rechte behaupten will?" Und wenig hernach das schmeichelhafte Bild: „Sachsen ist berauscht von eigenen selbst gesponnenen Phantomen oder Berliner-Politik."

Mit den Conventionen vom 18. und 28. März hatte Friedrich eine ähnliche Stellung zu den beiden vor Allem beeinträchtigten Fürsten: er hatte es übernommen, das Recht gegen unberechtigte Uebergriffe zu vertheidigen. Und er selbst sagt: „Von nun an begann die Angelegenheit eine rechtliche Gestalt zu gewinnen. Der Berliner Hof, der den Auftrag hatte, die Rechte des Kurfürsten von Sachsen und des Herzogs von Zweibrücken wahrzunehmen, hatte hinlängliche Bewegungsgründe, mit dem Wiener Hof über die bayrische Erbfolge in Unterhandlung zu treten."

Halle, im September.

Dr. G. Droysen.

Das Testament des großen Kurfürsten.

Die preußische Geschichte des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts entbehrt fast völlig einer Art von Quellenschriften, welche, in andern Geschichtsliteraturen zahlreich vorhanden, zugleich einen wesentlichen Vortheil und eine nicht unbedeutende Gefahr für die Geschichtschreibung der betreffenden Lande mit sich bringt: die der memoirenartigen Aufzeichnungen. In Frankreich, ihrem eigentlich klassischen Boden, beginnt die Memoirenliteratur mit Joinville schon auf der Höhe des Mittelalters und begleitet in ununterbrochenem Strome die französische Geschichte bis auf unsere Tage, bis zu den Memoiren Guizot's herab. In England beginnen Quellen dieser Art in dem Jahrhundert der Reformation; seit den Zeiten der Revolution und Cromwell's fließen sie reichlich und von da ab ununterbrochen. Ueberall wo sie auftreten, verleihen sie der Kenntniß eines Zeitraums den Reiz individueller Färbung, belebter gestaltenreicher Scenerie; die Träger des öffentlichen Lebens, sonst nur zu leicht und zu gewöhnlich ungreifbare, fleischlose Abstractionen, umkleiden sich mit dem Rüstzeug concreten, natürlichen Daseins; eine Fülle psychologischer Einsichten baut sich auf und weiß das Nächste dem Fernsten, das Größte dem Kleinsten zu verbinden; es ist, als ob überhaupt erst durch Berichte von diesem persönlichen und zeitgenössischen Charakter der Memoiren uns recht aufgehen könne, wie die Menschen einer Zeit leibhaftig waren, wie die Ereignisse in Wahrheit verliefen.

Auf der andern Seite liegt freilich die nicht minder große Gefährlichkeit auf der Hand. Der Werth der Autopsie ist ein außerordentlicher, aber er bedingt zugleich für den Erzählenden fast immer eine Kürze des Gesichtswinkels, unter welcher die wahren Dimensionen der Dinge sich schwer erkennen lassen; die eigene Theilnahme an dem Erzählten, die eigene Kenntniß der Persönlichkeiten giebt Anspruch auf das höchste Vertrauen und macht zugleich das schärfste Mißtrauen nöthig; die überraschendste und scheinbar einleuchtendste psychologische Motivirung dient bei näherer Betrachtung doch nur zu häufig viel mehr zur Charakteristik des Beschreibenden als des Beschriebenen. Im Ganzen ist des Verkehrten, Unwahren und Unrichtigen in der gesammten Memoirenliteratur vielleicht ein nicht sehr viel kleinerer Theil, als des wahrhaft Brauchbaren.

Die historische Literatur des preußischen Staates ist für keine Zeit besonders reich an Memoiren. Das achtzehnte Jahrhundert zuerst weist eine Anzahl bedeutender Werke dieser Art auf. Große, bedeutsame Verhältnisse gehören überhaupt dazu, sie entstehen zu lassen; Revolutionen oder Perioden eines glänzenden, schöpferischen Absolutismus sind vielleicht der günstigste Boden für sie. Aber dennoch hat der dreißigjährige Krieg bei uns fast nichts bemerkenswerthes in dieser Richtung hervorgerufen. Noch auffallender ist, daß auch das Zeitalter des Großen Kurfürsten so wenig von dermaligen Denkmälern aufzuweisen hat; die Aufzeichnungen Sigismund's von Buch, welche kürzlich veröffent-

licht wurden, sind um so werthvoller, je vereinzelter sie dieses Genre repräsentiren; manches auch mag wohl noch unbekannt und ungedruckt in den Archiven liegen, wie die Memoiren des brandenburgischen Ministers Georg Friedrich von Waldeck, deren baldiger Veröffentlichung wir jetzt entgegensehen. Aber im Ganzen, darf man sagen, ist der Sinn für diese Art von Schriftstellerei und die Neigung dazu offenbar noch nicht geweckt oder sonderlich entwickelt.

Es würde nicht schwer sein, aus der allgemeinen Physiognomie des brandenburgisch-preußischen Staats- und Volksthums einige, vielleicht einleuchtende, Erklärungsgründe für diese Erscheinung aufzuweisen. Wir unterlassen dies hier und wollen vielmehr von der entgegengesetzten Seite her darauf hinweisen, daß es sicherlich wenigstens nicht der Mangel eines geeigneten Materials von Personen und Situationen war, den man anführen dürfte. Lebhafte und leidenschaftliche Bewegung zahlreicher rivalisirender Kräfte um einen bedeutenden Mittelpunkt herum, scharf ausgeprägte, anspruchsvolle Charaktere im Kampf wider einander, ein ausgebildetes Factionswesen mit allem Raffinement der Intrigue, zahllose kleine Kämpfe um Großes und große um Kleines, Médisance und Scandalsucht, Mißgunst und Haß an allen Enden; und über dem allen doch etwas Großes und Hohes, was dieses prickelnde Widereinander von Kräften auf ein Ziel hin zusammenhält und ihm den Namen giebt — aus solchem Boden wachsen vorzugsweise die Werke jener Literaturgattung hervor, und der Zorn jener Einzel- und Parteikämpfe war es nicht selten, der den Verfassern die Feder in die Hand gab. So schießt um die französischen Könige her und auf dem Boden des französischen Hof- und Parteilebens die Fülle von Memoiren empor.

Eine, wenn auch in kleineren Verhältnissen, doch ähnliche Atmosphäre schwebt nun seit dem Anfang des siebzehnten Jahrhunderts auch um das öffentliche Leben des brandenburgischen Staats. Es ist nicht mehr der enge Territorialstaat der Vorfahren; mit der preußischen und cleveschen Erbschaft ist er in große Beziehungen eingetreten; die allgemeinen europäischen Machtfragen ragen in seinen Gesichtskreis herein und er in den ihrigen; der Berliner Hof wird ein Mittelpunkt, nicht wo die großen Interessen der Zeit entschieden werden, aber wo sie alle nachklingen und kämpfend sich kreuzen, und die Entscheidungen, die hier im engeren Kreis fallen, sind nicht ohne Wichtigkeit für das Ganze. Dem entsprechend hat sich von da an auch hier eben jenes leidenschaftlich bewegte Treiben und Ringen eingestellt; man wird sich dieses an dem Hofe Georg Wilhelm's nicht erregt genug vorstellen können: kaiserlich, pfälzisch, schwedisch, lutherisch oder reformirt, märkisch-territorialer Nativismus und Aspirationen zu großer Politik, die Frage der Herrschaft auf der Ostsee und wie die Hauptrichtungen und Stichworte alle lauten mögen — sie durchkreuzen und bekämpfen sich alle auf diesem Boden, der Parteiungen, des Hasses und der Cabale ist kein Ende.

Aber freilich erkennen wir dies alles nur äußerst fragmentarisch. Die bedeutende Figur Schwartzenberg's nebst seinen Anhängern und Gegnern scheint wie geschaffen dazu, daß sich um sie her eine pikante Memoirenliteratur grup-

pirte. In Frankreich würde unzweifelhaft ein zurückgesetzter frondirender Conrad v. Burgsdorf oder Samuel v. Winterfeld uns seine Memoiren hinterlassen haben, und wir wären um eine gute Menge wahrer und falscher Anekdoten und Charakterzüge reicher; diese märkischen Edelleute thaten nicht also, keiner von ihnen hat, so viel man weiß, Aufzeichnungen dieser Art gemacht; was wir von dem Parteitreiben am Hofe Georg Wilhelm's wissen, beruht auf ganz anderen, mehr oder minder authentischen Quellen, wo nur einzelnes zufällig verzeichnet ist.

Nicht anders ist es in den Zeiten des großen Kurfürsten. Gleich beim Beginn seiner Regierung, in den letzten Wochen Schwartzenberg's und in der nächsten Zeit nach seinem Tode, wie schwirrt es da von allen Seiten her durch die Luft von Intriguen, von Hofgeschichten, von Scandal jeder Art; die Médisance ist in der vollsten Blüthe, die Erbitterung der beiden Hauptparteien für und wider Schwartzenberg kennt keine Grenzen, und weit über das hinaus, was wirklich in jenen entscheidenden wüsten Wochen die erhitzten Leidenschaften hüben und drüben gesprochen, geplant, gethan haben, schweift die erfindungsreiche Parteilüge bis zu den ungeheuerlichsten Vorstellungen. Damals trat alles ungescheut hervor, was seit langen Jahren der verbissene Haß gegen den allmächtigen Minister aufgesammelt und ausgebrütet hatte; wahres und falsches, glaubliches und unglaubliches, es wurde alles colportirt und geglaubt, auch die anrüchigsten Geschichten von Vergiftungsplänen und von den Absichten der Schwartzenberge auf den Kurhut von Brandenburg. Die Gegner waren nicht minder ausgiebig an Bosheiten; was hatte man alles von Conrad v. Burgsdorf zu erzählen, dessen Persönlichkeit in der That so viele Angriffspunkte bot; und auch der junge Kurfürst selber wurde nicht geschont; wußte man doch von ihm die entsetzlichsten Geschichten, von seiner Verschwendung, seiner Trunksucht, seiner Unfähigkeit zum Regiment; den Tod seines Vaters hatte er kaum erwarten können, er war in das Krankenzimmer gekommen zu fragen, ob er noch nicht endlich todt sei, ja zuletzt hatte er dem Sterbenden das Kopfkissen weggezogen, damit er schneller stürbe.

Aber auch nach diesen ersten bewegungsvollen Uebergangszeiten war das Leben am brandenburgischen Hofe reich genug an Anlässen zur Auffammlung solcher Geschichten. Freilich die feierlich monumentale und specifisch unpersönliche Art der Geschichtschreibung Pufendorf's läßt davon wenig erkennen; blickt man in die Acten und namentlich in die Correspondenzen, so wird alles lebendiger und persönlicher. Eine Menge bedeutender Männer umgeben den Kurfürsten in Staats- und Hofdienst; endlos ist unter ihnen das eifersüchtige Drängen und Stoßen um den vorderen Rang und Einfluß, um die vorzüglichere Gunst des Herrschers; die fremden Diplomaten operiren dazwischen; das unvermeidliche Bestechungswesen spielt seine zweideutige Rolle, auch die Frauen gelegentlich — was dem Blick von Weitem und im Großen als compacte einheitliche Masse in constanter Richtung auf ein Ziel hin erscheint, das löst sich bei näherer Betrachtung auf in ein kribbelndes Durcheinander zum Theil höchst

feindseliger und sehr heterogener Elemente, von denen jedes nur in Hinblick auf seine eigenen Ziele sich bewegt und wenig weiß von dem großen Ganzen dem es dient. Und doch auch in Acten und Correspondenzen fängt sich verhältnißmäßig nur so weniges auf von dem, was in einer solchen Atmosphäre von Neuigkeiten und Gerüchten des Tages, von vorübergehenden Stimmungen und Ansichten, von Personalnotizen und charakteristischen Aeußerungen durch die Luft schwirrt; unendlich vieles von dieser Art, wie es z. B. die französischen Memoiren für ihren Bereich in bändereichen Massen aufgespeichert haben, ist uns für diese Periode dadurch verloren gegangen, daß dieser Literaturzweig hier eine entsprechende Pflege nicht gefunden hat.

Man wird dies bedauern dürfen um all' der concreten, anschaulichen Elemente willen, welche uns unzweifelhaft dadurch entgehen; leidet doch namentlich die Figur des großen Kurfürsten selber ein wenig an diesem Mangel, der ihr eine gewisse unpersönliche, ungreifbare Abstractheit verleiht. Aber allerdings läßt sich auch nicht verkennen, daß wir dadurch zugleich höchst wahrscheinlich einer Fülle von verwirrenden, tendenziös gefärbten und vielleicht geradezu lügnerischen Berichten ledig sind, die dabei mit untergelaufen sein würden. Beobachtet man, wie fest gerade derartige Nachrichten sich in die Tradition einzunisten pflegen, so wiegen sich vielleicht Gewinn und Verlust ungefähr auf.

Ein eclatantes Beispiel für diese Bemerkung bildet die vielberufene Geschichte von dem Testament des großen Kurfürsten. Sie stammt in der Form, wie sie bisher erzählt zu werden pflegte, aus einem Memoirenwerk, freilich keinem zeitgenössischen, sondern aus den fast funfzig Jahr nach dem Tode Friedrich Wilhelm's geschriebenen Memoiren des Freiherrn Carl Ludwig v. Pöllnitz; aber der Verfasser schöpfte seine Nachrichten unzweifelhaft aus der Masse der zu seiner Zeit am Berliner Hofe und vielleicht auch in anderen scandalsüchtigen Kreisen umlaufenden Erzählungen; er fixirte zuerst, was gemeinhin erzählt und geglaubt wurde, und nachdem es einmal diese Form gewonnen hatte, so behauptete das von ihm Berichtete fortan das Ansehen wohlbezeugter Thatsachen; gerade daß es so seltsam, so unwahrscheinlich, so widerspruchsvoll war, stärkte, wie es scheint, vielmehr den Glauben daran, statt ihn zu erschüttern, und so ging diese wunderliche Testamentsgeschichte seitdem in alle Geschichtserzählungen über. Daß auch Friedrich der Große in seinen Mémoires de Brandebourg über diese Dinge in einer Weise sich äußerte, die ihn als einen Gläubigen mit discreter Zurückhaltung erscheinen ließ, gab eine neue Sicherheit; man wußte noch nicht, wie wenig zuverlässig die Nachrichten dieser Memoiren für ältere Zeiten sind und wie wenig Friedrich der Große auch in manchen anderen Fällen es für nöthig gehalten hat, die landläufigen Nachrichten nach den ihm zu Gebot stehenden authentischen Acten zu controliren.

So schloß nun die Geschichte dieses großen Kurfürsten mit einer seltsamen unerklärlichen Dissonanz ab. Ein Leben, wie wenige, voll Einheit und Zusammenhang des Strebens, von den ersten Tagen ab, wo der fürstliche Jüngling der wüsten Anarchie des dreißigjährigen Krieges seinen Thron aus den Händen

ringen mußte, bis zu den letzten, wo der in stetem segensreichen Schaffen Ergraute, nun im Besitz einer Macht von europäischem Ansehen, die große Coalition gegen das Frankreich Ludwig's XIV. zusammenführte und die „glorreiche Revolution" vorbereiten half, durch welche die alte Seeburg des germanisch-protestantischen Europa, England, der katholisch-absolutistischen Reaction der Stuarts entrissen wurde. Daß eine solche Rolle dem brandenburgischen Staate möglich wurde, das war das Lebenswerk dieses Fürsten; was ihn dabei vorzüglich geleitet hatte, war jenes den hohenzollernschen Fürsten in so eminenter Weise eigene specifische Staatsgefühl, in welchem recht eigentlich die Größe und der Beruf dieses Hauses liegt; es ist das Gefühl für das Ganze, der Instinct zur politischen Einheit hin. So hatte Friedrich Wilhelm die ererbten Lande mit rücksichtsloser Beseitigung aller widerstaatlichen Nebengewalten zusammengefaßt, so hatte er die neu erworbenen Theile dem Ganzen eingefügt — die einheitliche Gestaltung des preußischen Staates nennt ihn ihren Begründer. Der Kurfürst selbst war sich dieses Werks bewußt; eine für seinen Nachfolger eigenhändig von ihm aufgesetzte „Väterliche Vermahnung" hebt diesen Gesichtspunkt scharf hervor; in einem merkwürdigen Gespräch, welches der bekannte englische Bischof Burnet im Juli 1686 zu Cleve mit dem Kurfürsten hatte, sprach dieser sich ganz besonders tadelnd über die Politik der ehemaligen großen deutschen Fürstenhäuser aus, die, wie Sachsen, Pfalz, Braunschweig, Hessen, durch häufige Theilungen ihre Macht zerbröckelt hätten, so daß sie nichts mehr vermöchten; um so mehr sei er entschlossen die Einheit seines Staates zu wahren, dieser müsse nun das Gegengewicht des Hauses Oesterreich werden und der feste Kern, an den die übrigen Glieder des Reichs sich anschließen müßten — „on whom the rest of the Empire must depend."

Und von demselben Fürsten nun und aus der nämlichen Zeit stammt, wie die hergebrachte Tradition behauptet, jenes vielbesprochene Testament, mit welchem allen jenen Grundsätzen auf das entschiedenste Hohn gesprochen wurde. Seit dem Jahre 1668 war er in zweiter Ehe mit der Herzogin Dorothea von Holstein-Glücksburg vermählt; zu den drei am Leben gebliebenen Söhnen erster Ehe kamen ihm aus dieser zweiten Verbindung noch vier, nebst etlichen Töchtern. Unablässig von der für die Interessen ihrer eigenen Söhne besorgten Kurfürstin Dorothea bestürmt, ließ der alternde Kurfürst nun, so heißt es, sich dahin bringen, daß er in seinem Testament eine Ausscheidung gewisser Landestheile zu selbständigen Fürstenthümern für seine jüngeren Söhne verfügte; im Widerspruch mit den alten Gesetzen seines Hauses vernichtete er mit eigener Hand die Staatseinheit, durch welche Brandenburg sich bis jetzt so hoch über andere fürstliche Häuser gestellt, für die er selbst fast ein halbes Jahrhundert lang gearbeitet hatte; dem Kaiser Leopold wurde die Execution des Testaments anvertraut. Und damit schien es noch nicht genug; die Kurfürstin soll selbst noch mit anderen Mitteln an der Zukunft ihrer Söhne gearbeitet haben; unheimliche Vergiftungsgeschichten spielen herein, es war vielleicht gar darauf abgesehen, die ganze Descendenz erster Ehe aus dem Wege zu räumen.

Es ist in diesen wunderlichen Ueberlieferungen nicht viel weniger als alles räthselhaft und unklar. Vor kurzem hat Prof. Droysen seinen vielfältigen Verdiensten um die preußische Geschichte das neue hinzugefügt, diese Verhältnisse zum ersten Male auf Grund der Acten eingehend zu beleuchten. (Das Testament des Großen Kurfürsten — in den Abhandlungen der Kgl. Sächs. Ges. d. Wiss. zu Leipzig 1866.) Nicht über alle Punkte ist es möglich gewesen zu vollkommener Klarheit durchzudringen; das Material ist lückenhaft; einzelnes wird vielleicht immer unaufgehellt bleiben. Aber die Hauptzüge des wirklichen Sachverhalts sind jetzt klar erkennbar und weichen allerdings nicht wenig von der bisher geltenden Tradition ab. Wie nun die vielbesprochene Angelegenheit jetzt sich darstellt, soll in Anschluß an die genannte Untersuchung hier kurz erläutert werden.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hat im Lauf seiner langen Regierung eine ganze Reihe von Testamenten verfaßt; das erste, wovon wir wissen, ist aus dem Jahr 1651, das letzte von 1686; ein angeblich aus dem Jahr 1688 stammendes ist eine handgreifliche Täuschung.

In dieser Reihe nimmt zunächst das Testament vom 23. März 1664 eine wichtige Stelle ein. Obgleich dasselbe längst gedruckt war, so hat man doch bisher völlig übersehen, daß sich hier eine Bestimmung findet, welche die herkömmliche Tradition nach der einen Seite hin gänzlich über den Haufen wirft. Der Kurfürst hatte damals erst zwei Söhne, den Kurprinzen Karl Emil und den Markgrafen Friedrich, den nachmaligen Kurfürsten und König, beide von seiner ersten Gemahlin Louise Henriette von Oranien — und diese war damals noch am Leben. Nun enthält aber dieses von dem gesammten geheimen Rath gebilligte und unterzeichnete Testament u. a. eine Bestimmung, wonach das Fürstenthum Halberstadt nebst dem magdeburgischen Amt Egeln als getrennte Herrschaft, in seiner männlichen Linie erblich, dem zweiten Sohn, dem Markgrafen Friedrich, zugewiesen wird; mit voller Landeshoheit, mit selbständiger Vertretung auf Reichs- und Kreistagen, nur mit einer Reihe von Beschränkungen des Inhalts, daß, wie man jetzt sagen würde, die „militärische und diplomatische Führung" jederzeit bei dem Inhaber der Kurwürde verbleiben sollte.

Hierin liegt nun eigentlich der Angelpunkt der ganzen Untersuchung. Der Gedanke einer auf gewisse Landestheile zu gründenden Secundogenitur ist also nicht erst von der Kurfürstin Dorothea aufgebracht worden, ist nicht das Werk einer altersschwachen Nachgiebigkeit Friedrich Wilhelm's; sondern er ist noch bei Lebzeiten der Kurfürstin Louise Henriette gefaßt und muß also einen anderen Grund haben.

Bis zu einem gewissen Grade darf man wohl auch hier ein persönliches Motiv muthmaßen; Markgraf Friedrich war eine Art Schmerzens- und Sorgenkind für seine Mutter, aus ihren Briefen an Schwerin, den Gouverneur der Prinzen, leuchtet eine gewisse Vorliebe für den schwachen und kränklichen deutlich hervor. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie bei dem Kurfürsten ihren Einfluß angewandt hat, um dem jüngeren Sohn für die Zukunft eine etwas

auskömmlichere Versorgung auszuwirken, als ihm nach den bisher gesetzlichen Bestimmungen zukam. Die bisherigen Hausgesetze verfügten für alle jüngeren Söhne eine Apanage von 6000 Thalern; in der That konnte man geltend machen, daß diese Summe jetzt ein beträchtliches weniger bedeutete als in den Zeiten des Erlasses jener Bestimmung; ein fürstlicher Haushalt war damit nicht mehr wohl zu bestreiten, und es war der Kurfürstin ein beunruhigender Gedanke, sich ihren Lieblingssohn in erwachsenen Jahren als einen „Seigneur de six mille écus“ vorstellen zu sollen.

Indeß reicht nun diese Erklärung nicht aus. Wir finden, daß noch in demselben Jahre 1664 der Kurfürst eine weitere Bestimmung traf, wonach ganz in der nämlichen Weise für einen damals erwarteten dritten Sohn die pommerschen Aemter Lauenburg und Bütow als Tertiogenitur gestiftet werden; und diese wurde dann dem zwei Jahr später geborenen Markgrafen Ludwig zugewiesen.

Somit steht fest: als der Kurfürst sich zum zweiten Mal verheirathete, hatte man schon seit mehreren Jahren das gewiß reiflich erwogene Bedenken überwunden, daß das Hausgesetz des Albrecht Achill die Lostrennung weiterer Landestheile außer den fränkischen Landen zu selbständiger Herrschaft ausdrücklich untersagte; gerade die ansehnlichste und darum bedenklichste, die des Fürstenthums Halberstadt, war die erste gewesen, die verfügt worden war. Die spätere gleichartige Versorgung der Söhne zweiter Ehe geht also nur in einem schon früh begonnenen System weiter.

Es waren sehr gewichtige Gründe, welche außer den schon erwähnten Motiven zu dieser Entschließung geführt hatten. Vorerst der gerechte Besorgniß erregende Personalbestand des Kurhauses. Im Jahr 1664 hatte der Kurfürst erst zwei Söhne, der eine davon war kränklich; eine zweite Linie des Kurhauses gab es nicht; die Gefahr des Aussterbens lag daher nahe genug; und diese Gefahr begleitete den Kurfürsten bis zuletzt, er starb ohne einen Enkel zu haben. Trat der Fall des Aussterbens ein, so erbte zunächst die fränkische Linie von Baireuth — aber damit wurde zugleich der jetzige Bestand des Staates sehr problematisch; denn die fränkischen Vettern waren zwar unzweifelhaft berechtigt in den alten Stammlanden, aber in den jülich-clevischen Herrschaften ging die nähere weibliche Linie ihnen vor und in Preußen lautete die Anerkennung der Souveränetät allein auf die jetzige Kurlinie. Es stand zu befürchten, daß diese Eventualität eine Zersplitterung des Staates mit sich führen könne. Die Erhaltung der jetzigen Kurlinie erschien danach von der höchsten Wichtigkeit; man mußte den jüngeren Söhnen desselben durch fürstenmäßige Versorgung es möglich machen, sich zu verheirathen und Nebenlinien zu gründen.

Das Testament von 1664 hebt diesen Gesichtspunkt ausdrücklich hervor. Eine nicht minder wichtige Erwägung begegnet uns bei Gelegenheit der späteren. Die Zeiten des ausgehenden siebzehnten Jahrhunderts und des beginnenden achtzehnten werden bezeichnet durch einen letzten großen Angriffsstoß des restaurirten Katholicismus gegen die protestantische Welt; nicht die römische Curie

führt diesen Stoß, sondern Ludwig XIV., den Europa auch sonst als den Feind seiner Freiheit zu fürchten hatte; das in allen anderen Beziehungen feindselige Oesterreich fand in der fanatischen religiösen Verfolgungssucht einen Boden, worauf es dem Verleugner des Edicts von Nantes die Hand reichte. Das erschreckendste Symptom für das äußerliche Uebergewicht der katholischen Kirche waren die in dieser Zeit sich häufenden Uebertritte zu derselben, theils aus den Kreisen der protestantischen gelehrten Welt, vornehmlich aber auch aus denen der jüngeren Söhne fürstlicher Häuser. Man konnte sich nicht verhehlen, daß namentlich in den letzten Fällen für die meist sehr dürftig situirten jungen Fürsten glänzende materielle Ansichten auf eine standesgemäße Versorgung ein starkes Gewicht in der Wagschale der alten Kirche gewesen waren: der schmachvolle Uebertritt des kursächsischen Albertiners um der polnischen Krone willen sollte bald zeigen, daß auch noch andere als apanagirte Prinzen diesen Lockungen zugänglich waren. Es lag hierin die enormste Gefahr sowohl für die allgemeine evangelische Sache, als für die einzelnen protestantischen Häuser. Es muß als eine sehr berechtigte Vorsicht anerkannt werden, wenn man brandenburgischer Seits diesen Gesichtspunkt in's Auge faßte. In dem Testament von 1680 finden wir ihn deutlich ausgesprochen; der Kurfürst hatte damals, nachdem der frühere Kurprinz Karl Emil gestorben, zwei Söhne aus erster und vier aus zweiter Ehe; von diesen hatte der zweite, Markgraf Ludwig, die Aussicht auf die Hand der reichen Radziwill'schen Erbin, die sich auch alsbald realisirte (1681); es war nach all' dem, was man anderwärts vorgehen sah, die Besorgniß durchaus nicht grundlos, daß der eine oder andere der jungen Söhne doch vielleicht einmal in Zukunft durch einen Wechsel des Bekenntnisses sich ein glänzenderes Loos verschaffen möchte, wenn man ihn daheim als „Sechstausendthalerherrn" oder nur wenig besser situiren wollte. Das Testament von 1680 motivirt die Verleihung von Land und Leuten an die jüngeren Söhne namentlich dadurch, daß man auf diese Weise „die Ungelegenheiten verhüten wolle, welche in anderen fürstlichen Häusern einer und der andere junge Fürst mit Aenderung der Religion und andern schädlichen Vornahmen zu des Hauses höchsten Schaden und Nachtheil verursachet."

Man erkennt aus dem Allem: die ganze Angelegenheit stellt sich in Bezug auf die Motivirung in ein anderes, günstigeres Licht. Mag im Einzelnen immerhin die Kurfürstin Dorothea sich bei ihrem Gemahl bemüht haben, noch allerlei neue Vortheile sich und ihren Kindern zuzulegen, und mag der Kurfürst ihr in manchen Stücken nachgegeben haben — das steht nur in zweiter Reihe; das Princip und die Begründung dieser ganzen Erbordnung liegt außer und vor ihrem Einfluß.

Ueberhaupt mißkennt die gewöhnliche Tradition das Verhältniß des Kurfürsten zu dieser seiner zweiten Gemahlin. Eine tüchtige, resolute, praktische Frau, von der treusten Anhänglichkeit; für den jetzt häufig von Gicht und Stein geplagten Fürsten die unermüdlichste Pflegerin; selbst auf seinen Winterfeldzügen nach Pommern und Preußen hatte sie ihn begleitet — aber ein anderes

Verhältniß als dieses scheint auch nicht bestanden zu haben; hingebendste Pflege auf der einen, aufrichtige Dankbarkeit auf der andern Seite; eine enge geistige Beziehung, wie zu seiner ersten Gattin, knüpfte den Kurfürsten an diese zweite nicht; es ist charakteristisch, daß er noch in seinem letzten Testament eben jene aufopfernde Thätigkeit für ihn als ihr eigentliches Verdienst hervorhebt und sie dafür reichlich bedenkt; im übrigen verlangte er zur Seite seiner ersten Gemahlin beigesetzt zu werden. Es wäre schwer zu glauben, daß in einem solchen Verhältniß die Kurfürstin Dorothea einen über das gewöhnliche Maß hinaus gehenden Einfluß auf ihren Gemahl gehabt haben sollte: ein Einfluß so entscheidungsvoller Art, wie die übliche Erzählung ihn ihr verleiht, ist dabei schlechterdings undenkbar.

Von welcher Art aber waren nun diese neugeschaffenen „Souveränetäten," zu denen der Kurfürst sich aus so triftigen Gründen entschlossen hatte? Kurz gesagt, ist das Verhältniß dieses: in dem Maße wie mit der größeren Anzahl zu versorgender Söhne die Zahl der ihnen zugewiesenen Herrschaften wächst, in demselben mindert sich die Fülle der ihnen zugestandenen selbständigen Rechte. Die Testamente von 1664, welche nur Halberstadt und Egeln, Lauenburg und Bütow abtrennen und die Errichtung noch weiterer selbständiger Herrschaften untersagen, stellen die Inhaber dieser beiden Complexe in den Rang fast völlig unabhängig regierender fürstlicher Herren; nur in Bezug auf Waffen- und Bündnißrecht behält der jedesmalige Kurfürst die Oberhoheit. In den folgenden Jahren geht man von dem genannten Verbot ab; auch die weiteren noch geborenen Söhne erhalten selbständige Herrschaften unter den gleichen Bedingungen. Aber das Testament von 1680 thut einen neuen Schritt. Bis dahin war den jüngern Brüdern auch die Vertretung auf Reichs- und Kreistagen für ihre Lande zugestanden, nur mit dem Vorbehalt, daß sie sich den Abstimmungen des kurfürstlichen Gesandten jedesmal zu conformiren hätten. Jetzt wird ihnen dieses Recht entzogen und verfügt, daß die betreffenden Stimmen immer von dem Gesandten des Kurfürsten geführt werden sollen. Also auch dieses schon vorher nur imaginäre Recht der eigenen Vertretung auf Reichs- und Kreistagen wird ihnen entzogen; die angebliche Souveränetät dieser neuen Fürsten schrumpft zu nichts zusammen.

Es folgt dann das letzte Testament, vom 26. Januar 1686, dasjenige, an welches namentlich die Gerüchte über eine beabsichtigte Zerstückelung des Staates zu Gunsten der jüngeren Söhne sich angeschlossen haben. In der That ist dasselbe hiervon so weit entfernt, daß es noch einen Schritt weiter geht, als das vorige, um die Selbstherrlichkeit der angeblichen „Souveräne" zu einer ganz illusorischen zu machen. Es nimmt diesen auch noch das Recht, ohne Wissen und Willen des Kurfürsten Beamte anzunehmen und zu entlassen.

Hiernach kann nun über die wahren Absichten des großen Kurfürsten kein Zweifel mehr sein. Von einer Theilung der Souveränetät, von einer Zerstückelung des Staates ist keine Rede. Diese neuen Fürsten sollen in Wirklichkeit nichts anders sein als erbliche Statthalter der betreffenden Landestheile, deren

reguläre Einnahmen (mit Ausnahme derer für militärische Zwecke des Gesammtstaats) ihnen und ihren Erben angewiesen werden. Es ist eine vornehmere Art der Apanagirung, die zugleich mannichfache Vortheile mit sich bringen konnte; sie erleichterte die Gründung von Nebenlinien; sie gab diesen ein Einkommen, welches nicht wieder, wie die frühere Apanage, nach Verlauf einiger Jahrzehnte zu den veränderten Verhältnissen nicht mehr paßte, sondern sich diesen conform erhielt und durch gute Verwaltung der entsprechenden Lande gesteigert werden konnte; sie gab endlich diesen jüngeren Prinzen des Hauses und ihrem zu hoffenden Nachwuchs einen festen Boden und eine bestimmte Aufgabe im Lande und für den Staat, sie entzog sie der peinlichen Stellung und den Gefahren überschüssiger, beschäftigungsloser Apanageprinzen; die einzelnen sollten in den ihnen zugewiesenen Landestheilen Residenz nehmen, sie selbständig verwalten; diese fürstlichen Erbstatthaltereien konnten auf solche Weise für eine Anzahl jüngerer Prinzen eine praktische Regierungsschule werden, durch deren Resultate dem Gesammtstaat vielleicht manche tüchtige Kraft mit guten Kenntnissen und Erfahrungen zugeführt wurde.

Wenn es Gedanken dieser Art waren, die den Kurfürsten bei jenen Anordnungen vorschwebten, so schwindet von seinem Bilde völlig jener schwere unbegreifliche Makel, welchen die Tradition an dasselbe geheftet hatte. Die finsteren Schatten, welche diese Angelegenheit umgeben, fallen nach einer andern Seite.

Geheimhaltung eines Testaments bei Lebzeiten des Testators ist aus vielen Gründen eine gewöhnliche und natürliche Sache; wo, wie hier, mit der Kunde von dem Vorhandensein eines solchen wohl auch unbestimmte Andeutungen über gewisse wichtige Neuerungen, die dasselbe enthalte, in das Publicum eindrangen, ist es leicht denkbar, daß die Klatsch- und Scandalsucht höfischer Kreise sich dieses Stoffes rasch bemächtigte. Verdächtigungen über den Inhalt und die Rechtmäßigkeit der Verfügungen des Kurfürsten begegnen uns schon im Jahre 1674 in der Umgebung des Kurprinzen Karl Emil; man suchte diesem einzureden, daß sein Vater in hausgesetzwidriger Weise das Erbe des Erstgeborenen schmälere, und daß er dereinst als Nachfolger diese Verordnungen zu halten nicht verpflichtet sei. Der Kurprinz starb bald darauf während des Feldzugs im Elsaß, und die Einflüsterungen der Hofleute hatten vorerst keine Folgen.

Zur acuten Wirkung gelangte dieses Treiben erst einige Jahre später in Verbindung mit all den complicirten persönlichen und politischen Verwickelungen, die gegen das Lebensende Friedrich Wilhelm's den Berliner Hof bewegten. Das Zerwürfniß zwischen dem jetzigen Kurprinzen Friedrich und seiner Stiefmutter nahm mit den Jahren einen immer peinlicheren Charakter an, die Gerüchte von Vergiftungsplänen kamen auf und fanden wohlbereite Zungen, die sie weiter trugen und ausmalten; zur höchsten Spannung kam die Sache, als im April 1687 der zweite noch übrige Sohn erster Ehe, der treffliche Markgraf Ludwig, eines überraschend plötzlichen Todes starb; in die ohnehin schon aufgeregte Stimmung hinein fiel dieses Ereigniß wie ein ganz augenscheinlicher

Beweis aller der unheimlichen Gerüchte, mit denen man sich schon längst getragen; höchstens, wer dem unglücklichen Fürsten das Gift gemischt habe, war zweifelhaft, die Thatsache selbst wurde als feststehend angenommen, daß die Kurfürstin direct oder indirect die Hand dabei im Spiel habe, glaubten die Meisten. Allerdings hat dieser rasche Todesfall viel Auffallendes; allen Verdacht, daß ein Verbrechen dabei vorliege, vermögen uns auch die Gründe, die unser Verfasser dagegen anführt, nicht zu benehmen; aber wenn man die Kurfürstin Dorothea und ihre angeblichen Pläne damit in Verbindung setzte, so hatte dies die geringste Wahrscheinlichkeit — daß Markgraf Ludwig jene reiche Erbin Louise von Radziwill als Wittwe hinterließ, um die so bald die Freier sich drängten, lenkte den Argwohn schon damals auch nach einer anderen Seite hin und bezeichnete einen polnischen bei Hofe anwesenden Starosten als den vermuthlichen Anstifter. Es bleibt verhüllt, was die Wahrheit in diesen unerquicklichen Dingen war — jedenfalls, der Kurprinz Friedrich glaubte sie sicher zu haben, er sah sich umringt von Plänen gegen sein Leben, er zog es endlich vor, um nur sich und seine Gemahlin sicher zu stellen, sich nach Hannover zu begeben, die Rückkehr nach Berlin zu verweigern und so das Familienzerwürfniß völlig der Oeffentlichkeit Preis zu geben. Erst nach langen Weiterungen und auf den kategorischen Befehl des Vaters kehrte er zurück.

In all diese Verwickelungen spielen nun zugleich auch die großen politischen Fragen der Zeit hinein. Eben jetzt vollzog sich jener bedeutungsvolle Uebergang, vermöge dessen der Kurfürst in seinen letzten Jahren aus der französischen Alliance sich losmachte und die große europäische Verbindung gegen Ludwig XIV. zu Stande zu bringen suchte. In schwerem Kampfe rangen am Berliner Hofe die französische und österreichische Diplomatie und die mit beiden verbündeten Parteien gegen einander. Daß man die Kurfürstin Dorothea für französisch gesinnt, ja für bestochen zu Gunsten Frankreichs hielt, brachte ihre Person nun auch nach dieser Seite hin in den Strudel der diplomatischen Klatschereien hinein. Man fürchtete ihren Einfluß zu Gunsten Frankreichs oder gab sich den Anschein es zu thun — dann war natürlich Frankreich auch der Partisan des gefürchteten Testaments oder konnte es werden; die österreichische Partei hatte leichtes Spiel, den Kurprinzen unter diesem Gesichtspunkt ganz für sich zu gewinnen.

War aber nicht der Kurfürst selbst jetzt der eifrigste Anhänger der österreichischen Verbindung? Wie wir die Verhältnisse jetzt übersehen, lag die Sache einfach genug. In der That kam dem Kurfürsten auf das engste Einverständniß mit dem Kaiser jetzt alles an, dem Wiener Hofe noch mehr — wenn auch der Kurprinz, immerhin aus anderen Gründen, die österreichische Alliance begünstigen zu müssen glaubte, so schien alles dazu angethan, daß dieselbe unter den geeigneten Bedingungen zu Stande kam.

Bekanntlich tritt nun hier noch eine besondere Zwischenscene ein, jenes schnöde Meisterstück österreichischer Cabale, vermöge dessen man zugleich mit Erlangung der erwünschten brandenburgischen Alliance durch eine arglistige Mysti-

fikation ein für allemal der drückenden schlesischen Ansprüche des norddeutschen Hauses sich zu entledigen gedachte. Der Kurfürst hatte diese letzteren zugleich mit der Allianceverhandlung in Anregung gebracht; den Blick ganz auf das große politische Ziel gerichtet, dem er mit dieser Verbindung zustrebte, war er bis zu der äußersten Grenze der Nachgiebigkeit vorgegangen; er hatte sich bereit erklärt, alle jene Ansprüche aufzugeben gegen die einzige Abtretung des schlesischen Kreises Schwiebus. Niemals hatte die österreichische Diplomatie ein vortheilhafteres Geschäft abgeschlossen. Es war ihr nicht genug daran; auch um diesen kärglichen Ablösungspreis wohlbegründeter, lang festgehaltener Rechte gedachte man den Kurfürsten noch zu bringen.

Es folgt jene viel besprochene Intrigue, in deren Verdienst der österreichische Gesandte Fridag und das Haupt der österreichisch gesinnten Hofpartei in Berlin, der Fürst Georg von Anhalt-Dessau, sich theilen. Beide spiegelten dem über den Stand der Sache ganz ungenügend unterrichteten Kurprinzen Friedrich vor, daß das auch von ihm so sehr erwünschte österreichische Bündniß einzig noch an der Frage von Schwiebus sein Hinderniß habe, der Kaiser könne und dürfe dieses nicht veräußern, der Kurprinz allein könne diese Schwierigkeit beseitigen. Auch das Gespenst des Testamentes ist dabei unzweifelhaft heraufbeschworen worden, um den bethörten jungen Fürsten zu dem gewünschten Schritt zu bringen. Der Kurfürst hatte sein letztes Testament vom Kaiser bestätigen lassen und diesem zugleich die Vollstreckung desselben aufgetragen: man wird nicht unterlassen haben, über die Staatsgefährlichkeit dieses letzten Willens, über die bedrohliche Verwendbarkeit desselben in der Hand des Kaisers die eindringlichsten Vorstellungen zu machen; es kann kaum zweifelhaft sein, daß Fridag und Anhalt über den Inhalt des Testamentes dem Kurprinzen Mittheilungen machten, welche einfach und mit Berechnung unrichtig waren. Aber sie gewannen ihr Spiel. Ein beispielloser Betrug ward vollzogen — am 8. März 1686 unterzeichnete zu Potsdam der Kurprinz jenen berüchtigten geheimen Revers, durch welchen er sich zur Herausgabe von Schwiebus alsbald nach seinem Regierungsantritt verpflichtete; zwei Wochen darauf, am 22. März, unterzeichnete Kaiser Leopold den Vertrag, in welchem er eben dieses Schwiebus zu ewigen Zeiten an Kurbrandenburg abtrat. Kurfürst Friedrich Wilhelm hat niemals erfahren, welch ehrloses Spiel man hinter seinem Rücken gespielt.

So hat das Testament des großen Kurfürsten auch in diese Angelegenheit hereingewirkt, die wenige Jahre nachher noch zu so peinlichen Weiterungen Anlaß geben sollte.

Bekanntlich ist nun die von ihm angeordnete Erbschaftsordnung nicht zur Ausführung gekommen; welches immer etwa ihr praktischer Werth gewesen sein würde, er ist nicht einmal zur Probe zugelassen worden. Kurfürst Friedrich III. hatte die entschiedenste Ansicht über die Verderblichkeit des Testaments, noch ehe er dasselbe kannte; er ließ es einen seiner ersten Schritte sein, den letzten Willen seines Vaters zu cassiren. Eine Vereinbarung mit der Stiefmutter, mit den Geschwistern ward in kurzer Zeit erreicht, zu ernstlichen Verwickelungen

führte der Gewaltschritt nicht, und die Gefahren, denen der große Kurfürst hatte vorbeugen wollen, haben das brandenburgische Haus verschont. Aber dennoch, diese Cassation des Testamentes, wenn gleich sie im Erfolg unschädlich gewesen ist, lastet auf dem Namen Friedrich's III. als eine schwere Verunglimpfung des Testators. An das Gedächtniß des größten Namens, den die preußische Geschichte bis dahin gehabt, knüpfte sie die Anklage eines halb lächerlichen, halb unsinnigen Unternehmens, den Vorwurf der Zerstückelung des Staates gegen den Gründer desselben. Friedrich III. ist für diese Versündigung an dem Andenken seines Vaters in erster Reihe verantwortlich zu machen.

Es ist erfreulich, daß dieses große Andenken jetzt wieder in lauterer Klarheit vor uns steht. Ein anderes fürwahr, als was jene Tradition trübsten Ursprungs ihm andichtete, ist das Vermächtniß, welches der große Kurfürst seinem Hause, dem preußischen Staate und der deutschen Nation hinterlassen hat, und wir heutigen preisen uns glücklich, daß wir jetzt so recht mitten in der Testamentsvollstreckung stehen.

B. Erdmannsdörffer.

Politische Correspondenz.

Berlin, 8. October.

Nach einer der kürzesten zwar, aber doch inhaltreichsten Landtagssessionen ist die nothwendige Erholungspause eingetreten. Zum ersten Male seit einer Reihe von Jahren sehen wir die Vertreter des Volkes mit dem Bewußtsein scheiden, daß das Ende ihrer Berathungen unter Umständen herbeigeführt worden, gegen deren Verfassungsmäßigkeit nichts einzuwenden ist. Mit großer Spannung hatte man dem Zusammentreten des Landtages entgegengesehen; wir sehen ihn scheiden zwar nicht mit dem Hochgefühle der Erfüllung aller gehegten Hoffnungen, aber doch ohne die Empfindung des Unmuths, ja der Trostlosigkeit, die sich unser in den letzten Jahren bemächtigt hatten. Der Umschwung, auf den wir als auf eine Folge unserer äußeren Siege gerechnet hatten, ist nicht urplötzlich und mächtig eingetreten, aber er scheint zu gutem Ende glücklich eingeleitet zu sein, und, soviel wir an dem Verhalten der Majorität des Abgeordnetenhauses im Einzelnen unter der ungeduldigen Erregung des Augenblickes zu tadeln hatten, wir sehen auf dasselbe im Ganzen mit Befriedigung zurück.

Täuschen wir uns darüber nicht: unsere verfassungsmäßige Entwickelung hatte seit vier Jahren in sehr bedeutender Gefahr geschwebt. Als im März 1862 durch Annahme des Hagen'schen Antrages die Fortschrittspartei bei geringfügiger Veranlassung den Bruch mit dem liberalen Ministerium herbeiführte, glaubte sie, es habe den Altliberalen nur an Mannesmuth und Consequenz gefehlt, um Preußen schnell auf die Stufe eines parlamentarischen Musterstaates

zu erheben. Nur drei oder vier energische Beschlüsse, die den unerschütterlichen Willen des Volkes bekundeten, so meinte man, und die Krone würde sich fügen; zu einer Reaction werde sie nimmermehr den Muth gewinnen und werde sich darum entschließen müssen, nach dem Willen der Majorität durch ein Ministerium aus der Mitte derselben zu regieren. Man hatte sich dabei über zweierlei getäuscht, über die Macht der Krone und über die eigene Ohnmacht. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß wenn die Majorität bei Annahme des Hagen'schen Antrages die erbitterten und erfolglosen Kämpfe vorausgesehen hätte, zu denen sie genöthigt sein würde, dieser Antrag nur wenige Stimmen auf sich vereint hätte.

Fehlgriffe begeht jede parlamentarische Körperschaft einmal, dieser aber hatte verhängnißvolle Folgen. Bei dem Widerstande, den die Regierung dem Drängen der Majorität leistete, war die Verfassung in Frage gestellt worden, und diese zu vertheidigen ist Pflicht einer jeden Volksvertretung. Ein Rückzug der Majorität von dem eingenommenen fehlerhaften Standpunkte war kaum denkbar, ohne verfassungsmäßige Rechte des Volkes zu opfern; und wiederum ein Beharren auf diesem Standpunkte erschien als aufreibendes, unfruchtbares Beginnen. Die Gesetzgebung kam in das Stocken; war bis dahin die verfassungsmäßige Entwickelung langsam vor sich gegangen, so hatte sie jetzt völlig aufgehört. Jedermann war sich darüber klar, daß nur völlig unvorhergesehene Ereignisse unser politisches Leben von Neuem in Fluß bringen könnten. Die Möglichkeit eines Compromisses zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus über alle schwebenden Fragen lag zwar dem kalten Beobachter stets sehr nahe, aber den leidenschaftlich erbitterten Parteien mußte sie entgehen. Das entschiedene Auftreten der Majorität hatte anstatt zu einer Erweiterung der parlamentarischen Rechte zu einer völligen Lahmlegnng derselben geführt; wer ohne optimistische Täuschung dem Verlaufe der Dinge entgegensah, mußte sich sagen, daß wir dem Absolutismus zusteuerten.

Das unvorhergesehene Ereigniß, auf welches man so lange gewartet hatte, trat mit der Schlacht von Königgrätz ein. Der Sieg, den sie erfochten, erleichterte es der Regierung, einzuräumen, daß sie nicht auf dem Boden der Verfassung gestanden; indem sie Indemnität nachsuchte, machte sie es wiederum dem Abgeordnetenhause möglich, Concessionen unbeschadet der Verfassung zu machen. In dieser Lage der Dinge trat die Forderung einer neuen Parteibildung gebieterisch auf. In der Fortschrittspartei waren Elemente mit einander vereinigt, die sich fortan als unversöhnlich erweisen mußten; dagegen hatten sich Standpunkte einander genähert, die bis dahin völlig unverträglich schienen.

Es mußte wünschenswerth erscheinen, da die großen Kriegsereignisse dieses Jahres jedes frühere Parteiprogramm in den Hintergrund geschoben hatten, daß sich eine neue Partei auf Grund eines neuen, zeitgemäßen Programms bildete. Der Wunsch ist in dieser Form nicht in Erfüllung gegangen, aber die einzelnen Abstimmungen sind im Wesentlichen so ausgefallen, als ob die neue Partei bereits dagewesen wäre. Seien wir gerecht: es ist schwer, von lange gehegten

Ansichten und Verbindungen mit Einem Schlage sich plötzlich loszumachen und auf einen neuen Boden der Wirksamkeit zu treten. Uns selbst erscheint jetzt die Hoffnung als sanguinisch, daß die Stifter und Führer der Fortschrittspartei an Einem Tage hätten sagen sollen, sie wollten die Aufgabe dieser Partei als beseitigt betrachten und sich mit bisherigen politischen Gegnern zu einer neuen, einer nationalen Partei verbinden. Wären die entscheidenden Vota in der Adreßfrage, in Betreff der Indemnität, der Annexionen, der Creditvorlage auf Grund eines klaren Programms und als dessen Consequenzen erfolgt, — während sich das Haus jetzt dieselben halb widerwillig hat abringen lassen, — so würden sie in höherem Grade zur Stärkung der Autorität und des Ansehens des Hauses beigetragen haben. Allein so rein vollziehen sich eben politische Processe nicht. Und willig erkennen wir an: das Haus der Abgeordneten hat durch seine Haltung um das Vaterland sich verdient gemacht. Es würde vielleicht der Sache des Liberalismus besser gedient haben, wenn es da, wo es Anlaß dazu hatte, die Fahne des Ministerialismus offener und ungescheuter entfaltet hätte; den nationalen Forderungen hat es nichts vergeben.

Die letzte Session bot das naturgemäße Bild einer Volksvertretung, die in den wesentlichen Fragen mit der Regierung in Einklang ist, dieselbe unterstützt, und doch Einsicht und Einfluß genug besitzt, um die Vorlagen derselben in zweckentsprechender Weise zu verbessern. Nur in zwei Fragen fiel die Entscheidung gegen das Ministerium aus. Die eine derselben, der Verkauf der westphälischen Staatsbahn, reicht in ihrer Bedeutung nicht an den Ernst der Zeit hinan und kann unbesprochen bleiben; in der Angelegenheit der Darlehnskassen aber baute das Haus auf schwierigem Wege dem Ministerium eine goldene Brücke zum Rückzuge. Wir können uns der Besorgniß nicht entschlagen, daß im Falle das Waffenglück geschwankt hätte, die Emission uneinlösbarer Werthzeichen eine gewaltige Erschütterung unserer Valuta zur Folge gehabt hätte, und würden gern sehen, wenn die Lehre, welche die Geschäftsstockung dieses Frühjahres uns gebracht hat, dazu diente, unseren Depositenbanken eine Ausdehnung zu geben, die für die Zukunft die Lust an der Wiederholung eines so gewagten Experimentes erstickt.

Die bei weitem wichtigste Abstimmung war diejenige über die Creditvorlage; die Annahme der Adresse, die Bewilligung der Indemnität wären zu bedeutungslosen Formalitäten herabgesunken, wenn das Haus nicht die Absicht an den Tag gelegt hätte, in Zukunft die auswärtige Politik des Ministeriums positiv zu fördern. Die große Majorität, welche sich für die Bejahung ausgesprochen hat, ist um so erfreulicher, als der Gang der Vorberathungen die ernstesten Besorgnisse wachgerufen hatte. Bei der Bildung der Commission hatte sich der Parteigeist in seiner unangenehmsten Form geregt; die Commission war in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern zusammengesetzt, die weder durch ihre Parteistellung der Stimmung des Hauses entsprachen, noch durch Einsicht in finanzielle und wirthschaftliche Dinge die Intelligenz des Hauses zum Ausdruck bringen konnten. Unter langwierigen und erbitterten Debatten entstand ein

Bericht, der sich später als durchaus unnütz erwies, da er nicht als Grundlage der Discussion diente. Es mag diese Thatsache hier notirt werden als weiteres Material für den von uns wiederholt ausgesprochenen Tadel gegen das Princip der Commissionsvorberathungen.

Vier Abgeordnete, von denen drei der vorberathenden Commission überhaupt nicht angehört haben, der vierte in derselben in der Minorität blieb, die Herren Twesten, Lasker, Michaelis und Roepell haben sich um die Herstellung einer Grundlage bemüht, auf welcher die Verständigung zwischen der Regierung und der Majorität möglich war. Wir halten das von dem Abgeordneten Michaelis gefundene und von der Mehrheit adoptirte Auskunftsmittel für ein sehr glückliches. Sein Amendement bewilligte patriotisch, was bewilligt werden mußte, aber er benutzte nach dem Beispiele anderer constitutioneller Länder das Geldbedürfniß der Regierung, um die constitutionellen Rechte des Landes zu stärken. Ein solcher Versuch kann nur unter zwei Bedingungen gelingen. Erstens muß die vorgeschlagene Aenderung des Landesrechts eine wirkliche und sachliche Verbesserung desselben sein; sie darf nicht nur hervorgerufen sein durch die Eifersucht der Gewalten. Und zweitens müssen Leistung und Gegenleistung in einem inneren Zusammenhange stehen.

Beides lag hier vor. Die Regierung verlangte die Füllung des Staatsschatzes. Der Staatsschatz ist ein zu Recht bestehendes Institut, aber der Nutzen desselben ist von der Wissenschaft bestritten und der Nutzen eines illimitirten Staatsschatzes kann kaum behauptet werden. Die Regierung verlangt die Füllung des Staatsschatzes in einem Augenblicke, wo der Nutzen desselben wirksamer ist, als je, aber sie verlangt ihn unter Umständen, wo ihrer Forderung kein Rechtsgrund zur Seite steht. Das Abgeordnetenhaus erklärt nun: Wir füllen den Staatsschatz zu einer Zeit, wo die Regierung zwar Gründe der Nützlichkeit aber nicht des Rechtes für sich hat, doch die Regierung muß dafür auf die Füllung verzichten, wenn sie Gründe des Rechts, aber nicht der Nützlichkeit für sich hat. Das Recht des Staatsschatzes wird dahin geändert, daß derselbe eine gewisse Summe nicht übersteigen darf. Es wird dadurch die Nothwendigkeit herbeigeführt, die Einnahmeüberschüsse, welche bisher ausnahmslos in den Staatsschatz flossen, zu Steuerreformen zu verwenden.

Gegen diese Concession hat die Regierung ein Vertrauensvotum erlangt, so umfassend sie es nur wünschte. Ob sie Veranlassung haben wird, von demselben Gebrauch zu machen, steht dahin. Graf Bismarck, der durch sein persönliches Erscheinen während der Discussion und seine überaus ernste Darlegung des Standpunktes der Regierung viele Stimmen gewann, welche das weniger geschickte Auftreten des Finanzministers zurückgestoßen hatte, stellte die Beziehungen zu Oesterreich als sehr schwierige dar. In der That scheint es, als habe man in Oesterreich nicht die Absicht, die volle und ungetheilte Kraft jetzt dem Ausbau der inneren Angelegenheiten zu widmen, und zu diesem Zweck sich ehrlich auf die durch den Prager Frieden geschaffenen Grundlagen zu stellen, sondern als hege man das Gefühl, welches dem zu praktischem Wirken berufenen

Staatsmann am wenigsten ziemt, das Gefühl blinder Rache. Doch scheint es nicht, als würden die nächsten Wochen und Monate uns Thatsachen von entscheidender Bedeutung bringen. Die Anspannung dieses Sommers hat in allen Cabinetten eine Abspannung zurückgelassen, die vor der Hand keinen entscheidenden Schritt zuläßt. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Sachsen schleichen sogar unglaublich langsam weiter. Unzweideutige Kennzeichen weisen darauf hin, daß in Kurzem die orientalische Frage wiederum Europa beschäftigen wird, aber in der heute vorwaltenden allgemeinen Apathie läßt sich nicht erkennen, welche Gestalt sie diesmal annehmen wird. Daß sie hemmend oder förderud irgendwie die Entwickelung der deutschen Dinge durchkreuzen wird, scheint sicher, aber kaum zu einer Zeit war es so unfruchtbar, sich in das Gebiet der Conjecturalpolitik zu verlieren, als es heute sein würde.

Als Frucht der abgelaufenen Session bleibt uns die zurück, daß das Vertrauen, mit welchem wir seit sechszehn Jahren zum ersten Male wiederum auf die Zukunft Preußens blicken, gehoben ist. Nicht von der Volksvertretung allein geschahen versöhnende Schritte; auch die Regierung gab durch beide Amnestieerlasse einen Beweis des Entgegenkommens. Es wäre an der Zeit, der systematischen Verweigerung der Bestätigung von Communalwahlen ein Ziel zu setzen, und durch einige Personalveränderungen manche herrschende Erbitterung zu dämpfen. Es hat sich gezeigt, daß die scheinbar unheilbare Entfremdung, die Jahre lang zwischen Regierung und Volk geherrscht, keineswegs auf so gewichtigen Motiven beruhte, wie der Parteieifer es darstellte; in der Lage, in welcher Preußen sich jetzt befindet, ist es wünschenswerth, daß die Uebereinstimmung zwischen Regierung und Volk auf ihren schärfsten Ausdruck gebracht wird.

Notizen.

Frei Schiff unter Feindes Flagge. Die großen Fortschritte der Gegenwart in Beziehung auf das Seekriegsrecht sind von anderer Hand in dieser Zeitschrift*) besprochen worden. Es wurde dabei auch erwähnt, welche neue große Frage, nach der Anerkennung des Grundsatzes, daß die neutrale Flagge feindliches Gut deckt und daß neutrales Gut auch unter feindlicher Flagge gesichert sein soll, auf die völkerrechtliche Tagesordnung gebracht ist. Es handelt sich um die Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See überhaupt. Früher nahm man feindliches Gut, wo es zu finden war, ob auf feindlichen Schiffen oder bei einem Neutralen; die Pariser Declaration von 1856 hat es von der Wegnahme befreit, sobald es sich unter neutraler Flagge befindet, aber der Confiscation ausgesetzt ist es geblieben unter der eigenen Flagge der kriegführenden Macht. Landkrieg und Seekrieg sind dadurch noch fortwährend wesentlich verschieden. Im Land-

*) Vergl. Preußische Jahrbücher Bd. XVII. S. 19.

krieg wird zwar auch im Falle des Bedürfnisses genommen, was zum Unterhalt der Truppen nöthig ist, und auch Contributionen werden erhoben als, wenigstens theilweiser, Ersatz und zur Bestreitung der Kriegskosten; aber es wird auf dem Lande der Krieg nicht grundsätzlich geführt gegen das Privateigenthum: Regel ist die Schonung desselben, eine Wegnahme findet nur ausnahmsweise statt. Anders jetzt noch zur See; hier gilt meist noch, neben der Vernichtung der feindlichen Kriegsflotte, als wesentlicher Zweck die Zerstörung des feindlichen Handels durch Wegnahme der Handelsschiffe des Feindes.

Hiergegen hat sich nun im letzten Jahrzehnt eine lebhafte Opposition erhoben, welcher zwar in dem oben berührten Aufsatze dieser Zeitschrift noch auf lange hinaus kein durchgreifender Erfolg versprochen wird, die aber jedenfalls die Aufmerksamkeit in hohem Grade beansprucht. Auch fehlt es nicht an Beispielen, daß die Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See doch schon in gewissem Umfange positiv anerkannt worden ist. Wir sprechen nicht von dem 1785 zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, in der ersten Jugendzeit der letzteren, abgeschlossenen Vertrage, der wohl mehr als ein Ausdruck Franklin'scher Humanitätsideen zu betrachten ist und dessen praktische Bedeutung, bei den damaligen Verhältnissen sowohl Preußens als Amerikas, nicht sehr groß genannt werden kann. Wichtiger sind die Vorgänge der Gegenwart, und zwar besonders die Schritte, welche Preußen, Oesterreich und Italien in diesem Punkte in jüngster Zeit gethan haben. Der italienische Codice per la marina mercantile del Regno d'Italia vom 25. Juni 1865 enthält die Bestimmung, daß feindliche Handelsschiffe vor der Wegnahme durch italienische Kriegsschiffe gesichert sein sollen, vorausgesetzt, daß die feindliche kriegführende Macht denselben Grundsatz angenommen hat. Preußen und Oesterreich haben einige Wochen vor Ausbruch des letzten Krieges ähnliche Verordnungen erlassen, von denen die preußische vor Kurzem der Landesvertretung zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt worden ist. So ist der von jener Agitation geforderte Grundsatz schon in gewissem Umfang zur Geltung gelangt, und es fragt sich nur, ob ihm eine größere Zukunft zu verheißen ist oder ob seine Anerkennung nicht vielleicht stehen bleiben wird bei den Seemächten zweiten Ranges. Auch stehen Staaten, deren Hauptkraft nicht in der Kriegsflotte besteht, sondern die ihre Kriege vorzugsweise zu Lande auszumachen angewiesen sind, in dieser Hinsicht anders als Staaten, deren Ansehen und Kraft auf ihrer Seemacht vorzugsweise oder ausschließlich beruht. Es kommt in dieser Frage hauptsächlich an auf Amerika und England.

Diese beiden Staaten aber befinden sich in diesem Punkte in Gegensatz. Gerade Amerika ist es, welches die Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See auf die diplomatische Tagesordnung gebracht hat; die amerikanische Regierung hat seit den Tagen Franklin's, der jenen Vertrag mit Friedrich dem Großen abschloß, diese Idee im Ganzen stets festgehalten, in den zwanziger Jahren darüber mit England und Frankreich verhandelt und besonders in Folge der Pariser Declaration und der an Amerika gerichteten Aufforderung, derselben

beizutreten, für die Anerkennung des Grundsatzes bei den übrigen Mächten sich verwandt. Die Pariser Declaration hatte das Kaperwesen unter den betheiligten Mächten aufgehoben. Diesen Satz erklärte die amerikanische Regierung nicht ohne Weiteres annehmen zu können; vielmehr knüpfte sie ihren Beitritt an die Bedingung, daß das Privateigenthum zur See überhaupt für unverletzlich erklärt werde. Erst in der Bedrängniß durch die Südstaaten fand sie sich bereit, auch ohne dies der Pariser Declaration beizutreten, was dann durch die Frage der Anerkennung der Südstaaten durchkreuzt wurde. Seitdem ist über die Immunität des Privateigenthums zur See vielfach verhandelt worden. Der Handelsstand ergriff begreiflicher Weise die Idee mit größter Lebhaftigkeit; von Handelskammern und auf Handelstagen wurde dieselbe als eine unabweisbare Forderung des Fortschritts hingestellt, und besonders war es der Handelsstand von Bremen, der in dieser Richtung thätig wurde. Die Bremer Beschlüsse vom 2. December 1859 sind in dem mehrerwähnten Aufsatz dieser Zeitschrift besprochen worden; lebhafte Zustimmung wurde ihnen zu Theil in Deutschland, Frankreich, England, Amerika. Auch eine Reihe von Regierungen erklärte sich Amerika gegenüber einverstanden. Rußland war schon früher auf die Idee eingegangen und äußerte sich auch jetzt vollkommen zustimmend; ebenso die niederländische Regierung, die sogar, auf Veranlassung der Hansestädte, im Juni 1860 eine Collectivnote an den für jenes Jahr erwarteten Congreß vorbereitete. Vor Allem aber kam es auf England an. England hatte den von ihm lange bestrittenen Satz „Frei Schiff, frei Gut" zugegeben; es fragte sich, wie es sich zu dem angeregten weiteren Fortschritt verhalten werde. Ein Theil der englischen Presse und vor Allem der Handelsstand erklärte sich entschieden dafür; auch Palmerston bezeichnete gelegentlich den Gedanken als lebensfähig. Dennoch hat die englische Regierung sich bis jetzt durchaus ablehnend verhalten und bei verschiedenen Anlässen entschieden daran festgehalten, daß England sich seiner Hauptwaffe, der Bedrohung des feindlichen Handels durch seine Kriegsschiffe, nicht begeben könne. Palmerston gab seine frühere Ansicht auf, erklärte sich geirrt zu haben, und meinte geradezu, daß die Existenz Englands mit der Frage verknüpft sei. Russell sprach sich mehrmals entschieden gegen die vorgeschlagene Neuerung aus, und während ein Comittee des Unterhauses im August 1860 sich bestimmt für die Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See erklärte, ist die englische Regierung bei jenem Standpunkt geblieben.

Es ist nun ein Verdienst der Bremer Handelskammer und des rühmlich bekannten Staatsarchivs von Aegidi und Klauhold, die auf diese Frage bezüglichen wichtigeren Actenstücke gesammelt zu veröffentlichen. „Auf Veranlassung der Bremer Handelskammer" bringt ein Beilageheft des Staatsarchivs unter dem Titel „Frei Schiff unter Feindes Flagge" eine „urkundliche Darstellung der Bestrebungen zur Fortbildung des Seerechts seit 1856," deren Hauptbestandtheil jene Actenstücke bilden. Vorausgeschickt ist eine Einleitung, die, unter besonderer Benutzung hanseatischer Gesandtschaftsberichte, eine zum Theil sehr in's Einzelne gehende Geschichte der Verhandlungen liefert.

Die Reihe der Actenstücke beginnt mit den Verhandlungen des Pariser Congresses von 1856 über das Seerecht, mit der Einladung an andere Staaten zum Beitritt von Seiten Frankreichs und dem im Juni 1858 erstatteten Bericht des französischen Ministers über den erfolgten Beitritt. Daran schließt sich eine amerikanische Depesche an die bei dem Pariser Frieden nicht betheiligten Staaten und die wichtige Circularnote der amerikanischen Regierung mit dem Marcy'schen Amendement, welches den Verzicht auf die Kaperei an die Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigenthums knüpfte, ferner die zustimmende Antwort Rußlands, die Botschaft des Präsidenten Pierce an den Congreß im December 1856 u. s. w. Es folgen die erwähnte Aeußerung Lord Palmerston's zu Liverpool und drei interessante Briefe Richard Cobden's über den Gegenstand aus dem November und December 1856. Cobden sagt u. A., daß gerade für England, bei der Größe seines Handels, diese Frage die größte Wichtigkeit habe und daß England nicht gleichgültig dagegen sein könne, wenn im Fall eines Krieges der gesammte Handel in die Hände der Neutralen komme, unter deren Flagge, nach der Festsetzung von 1856, das feindliche Gut nunmehr vollkommen gesichert sei. „Ich habe nicht den geringsten Zweifel," sagt er, „daß wenn dieser Vorschlag im Hause der Gemeinen discutirt wird, man sich dort einstimmig zu seinen Gunsten entscheiden werde." „Chinesen des Westens" würden die Engländer mit Recht genannt werden, wenn ihre Politik nicht im Stande wäre auf diesen Fortschritt einzugehen; durch das Interesse Englands wie jedes anderen Landes sei derselbe geboten. Am 14. Juli 1857 wurde die Sache im Parlament zur Sprache gebracht durch Mr. Lindsay, ein angesehenes Mitglied des Handelsstandes. Derselbe stellte die Annahme des amerikanischen Vorschlags im Sinne Cobden's als nothwendige Consequenz der Pariser Declaration dar. Palmerston antwortete ausweichend und bezog sich darauf, daß auch die amerikanische Regierung in neuester Zeit sich weniger ernstlich um ihren Vorschlag bemüht habe. (In der That scheint die amerikanische Regierung nach dem Präsidentenwechsel von 1857 das Marcy'sche Amendement mehr nur als Vorwand für die Beibehaltung der Kaperei benutzt zu haben.) Russell tadelte die Pariser Declaration entschieden, sprach sich aber eben so bestimmt gegen den neuen Grundsatz aus; vielmehr betonte er die völlige Verschiedenheit des Land- und des Seekrieges und daß die Zerstörung des feindlichen Handels unter Umständen das einzige Mittel für England sei, einen Krieg zu führen und besonders einen Krieg zu beendigen. Auch von anderer Seite traf den Beitritt Clarendon's zum Pariser Vertrage die entschiedenste Mißbilligung.

Das folgende Actenstück ist aus dem Jahre 1859, eine sehr umfangreiche amerikanische Depesche nach Paris, worin die amerikanische Regierung, aus Anlaß des italienischen Krieges, eine neue Regelung des Kriegsrechts zur See befürwortete und nicht nur im Allgemeinen das Marcy'sche Amendement aufnahm, sondern auch sich gegen das herkömmliche Blokaderecht aussprach und bestimmte Festsetzungen darüber verlangte, was als Kriegscontrebande zu betrachten sei.

Eine Blokade sollte danach nur stattfinden in Bezug auf befestigte Plätze; nicht befestigte Häfen zu blokiren sei ein Mißbrauch, welcher der ursprünglichen Bedeutung der Blokaden fern sei und jedenfalls der neuen Erkenntniß weichen müsse.

Es folgt ein Brief jenes Mr. Lindsay an Russell, worin nochmals die üble Lage des englischen Handels ausführlich geschildert und gerade das Interesse Englands lebhaft zu Gunsten des neuen Grundsatzes angerufen wird; die kurze Antwort Russell's war, daß dieser Brief in Erwägung gezogen werden solle, daß jedoch der Vorschlag bedeutenden Einwendungen unterliege.

Im November 1859 überreichte der hanseatische Ministerresident zu Berlin dem preußischen Ministerium eine Denkschrift über diese Frage, um dasselbe zu vermögen, auf dem erwarteten Congreß dafür einzutreten. Die Bedenken Englands wurden in dieser Denkschrift als durch den eigenen Vortheil Englands widerlegbar hingestellt, und unter Andern auch darauf hingewiesen, daß durch die gesteigerten Verkehrsmittel auf dem Lande auch der Seekrieg gegen das friedliche Privateigenthum mehr und mehr illusorisch werden möchte. Das preußische Ministerium verhielt sich ablehnend, obwohl der Grundsatz selbst bei verschiedenen Gelegenheiten von Preußen früher gebilligt und sogar mehrmals selbständig in Anregung gebracht worden war. Der hanseatische Gesandte wandte sich deswegen an Holland, wo er große Bereitwilligkeit fand auf die Frage einzugehen. Den hierauf bezüglichen Actenstücken gehen in der vorliegenden Sammlung noch vorauf die schon in dem früheren Aufsatze besprochenen Bremer Beschlüsse vom December 1859, die Antwort des Bremer Senats auf dieselben, sowie die des Hamburger Commerciums und der Lübecker Handelskammer, ferner Aeußerungen verschiedener Handelskammern des Auslands. Auch die Anträge von Rönne's und Grodbeck's auf dem preußischen Landtag 1860 im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus sind, nebst den Motiven, abgedruckt und ebenso ein die Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See verlangender Beschluß der hannoverschen Ständeversammlung.

Von den folgenden Mittheilungen erregt Interesse besonders der Auszug aus dem Report des Unterhauscomittee von 1860, der mit Entschiedenheit aussprach, „that the time had arrived when all private property, not contraband of war, should be exempt from capture at sea," und ferner die beiden Sitzungsberichte des Unterhauses vom 18. Februar 1861 und 11. März 1862. In der ersten dieser Sitzungen sagte Russell, daß so natürlich der Vorschlag auf Seiten der Amerikaner sei, die keine große Kriegsflotte besäßen, ebenso nothwendig England denselben ablehnen müsse: „the whole maritime power of this country" sei davon abhängig.

Den Beschluß bilden die österreichische und preußische Verordnung von diesem Jahre, deren oben gedacht worden ist, und in einem Anhange folgen einige ältere, auf die Vorgeschichte dieser Frage (vor 1856) bezügliche Actenstücke, unter Andern französische Kundgebungen aus den Jahren 1792—1806. Sowohl die französische Nationalversammlung als Napoleon I. haben sich wiederholt, und

mit unverkennbarer Richtung gegen England, für die Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See ausgesprochen.

Die Einleitung, die den Actenstücken voraufgeht, spricht die Hoffnung aus, daß diese von so mancher Seite geforderte Idee in nicht ferner Zeit zur Verwirklichung gelangen werde. „Wenn nicht Alles trügt, so bedarf die Agitation für die Freiheit des Privateigenthums zur See nur einer fortgesetzten großen und gemeinsamen Anstrengung der übrigen Staaten und Völker, und vielleicht, wenn das Glück günstig ist, eines einzigen concreten Falls, wo der britische Nutzen auch die leitenden (englischen) Staatsmänner in dieselben Bahnen drängt, um dem Grundsatz die Stimme Englands und somit die Anerkennung der Welt zu gewinnen.“ Es kann aber einer unbefangenen Betrachtung nicht entgehen, daß für eine so große Umwandlung noch manche Voraussetzung nöthig ist, insbesondere die, daß die Kriegsflotten der leitenden Mächte einander mehr gleich und ebenbürtig werden, als dies bis jetzt der Fall ist. Soll der Seekrieg ähnlich wie der Landkrieg mehr auf ein Duell zwischen der beiderseitigen Kriegsmacht als solcher zurückgeführt werden, so müssen auch auf beiden Seiten wirkliche und einander entsprechende Objecte des Angriffs vorhanden sein. So lange dies nicht der Fall ist, wird die große Seemacht nicht ohne Weiteres geneigt sein, auf ihre Herrschaft über den Handel der Kleinen zu verzichten. Jedenfalls macht es, trotz des Fleißes und Geschickes der einzelnen betheiligten Personen, keinen erhebenden Eindruck, in dem vorliegenden Bande von den Bitten und Bemühungen der Hansestädte für die Unverletzlichkeit ihrer Schiffe zu lesen, Schritte, denen jeder Nachdruck fehlt und die sich den übermüthigen Spott der Times nur zu sehr gefallen lassen mußten. Auch der Vorwurf der Indolenz gegen den preußischen Minister des Auswärtigen im Jahre 1859 ist zwar gewiß nicht ohne Grund; aber selbst ein thatkräftigerer preußischer Minister hätte damals Bedenken tragen können, diese Frage auf dem in Aussicht stehenden Congreß zu vertreten. Glücklicher Weise können wir jetzt aufathmen und hoffentlich in einiger Zeit, mit einer Achtung gebietenden preußisch-deutschen Kriegsflotte hinter uns, ein gewichtigeres Wort in dieser Frage mitsprechen. Auch das Selbstgefühl unserer Seestädte wird eine gesundere Nahrung gewinnen, wenn sie die Haupthandelsplätze eines großen Reiches bilden, als bisher, wo sie zwar eigene Gesandten in London und Washington unterhielten, und mit den großen Seemächten sozusagen auf Du und Du verkehrten, dabei aber von sich sagen lassen mußten: „but all the little things of the earth are running for refuge and shouting for protection.“

Broschürenliteratur.

Die Verhandlungen Preußens mit Sachsen haben bis heute noch wenig Früchte getragen. Die sächsische Dynastie, nachdem sie durch den Druck der



französischen Vermittelung den Territorialbestand Sachsens gerettet, scheint die Hoffnung nicht aufzugeben, durch ähnliche Mittel auch ihre Souveränetät zu retten. Preußen dagegen muß auf Garantien bestehen, die es vor einer Wiederkehr der Gefahren dieses Sommers schützen. Genügen hierzu die allgemeinen Umrisse des norddeutschen Bundesvertrags, oder ist die militärische Beherrschung des so wichtigen Grenzlandes durch besondere Einrichtungen zu sichern? Ist nach der geschichtlichen Stellung des sächsischen Königshauses zu Preußen die Gründung eines Bundesstaatsverhältnisses überhaupt möglich? Enthält der Art. 6 des preußisch-österreichischen Friedensvertrags nicht vielleicht Bestimmungen, die undurchführbar sind, oder die durchgeführt, unglückliche, nur durch die Annexion zu heilende Zustände schaffen würden? Wir wollen auf diese Fragen an der Hand einiger Broschüren eingehen.

In der Schrift: „Sachsen und der norddeutsche Bund" läßt sich die sächsische Hofpartei vernehmen. Ihr Interesse ist, daß die Dynastie über Armee und Land für künftige Eventualitäten freie Verfügung behalte. Die Armee von 30,000 Mann soll als einheitlicher, selbständiger Körper im Heimathlande verbleiben, Preußen kein Dislocationsrecht, keinen Einfluß auf Offiziere und Mannschaft durch Ernennung und Eid haben und keine Plätze im Lande befestigen und besetzen. Nur die Bestimmung des Bundesvertrags, welche dem Könige von Preußen den Oberbefehl im Kriege einräumt, soll das Band zwischen ihm und der sächsischen Armee sein. Nachdem der norddeutsche Bund einmal festgestellt sei, meint die Schrift, sei es nicht gestattet, Sachsen über seine Grundlage hinausgehende erschwerende Bedingungen aufzulegen, wenigstens nicht ohne eine „Zurathеziehung sämmtlicher bereits vorhandener Bundesglieder." Man sieht, die Hofpartei möchte gern den Particularismus der kleinen norddeutschen Fürsten zu ihrer Unterstützung herbeiziehen. Aber im Gefühl von der Ohnmacht dieser Kleinen verläßt sie diesen Weg und wendet sich an das Vertrauen des Siegers. Es ist nicht wahr, daß die „sächsische Regierung der Vorwurf der Preußenfeindlichkeit" trifft. Nicht die Sympathie mit Oesterreich, nicht der Haß gegen Preußen hat sie in den Krieg gegen diesen Staat getrieben, sondern lediglich die Treue gegen den Bund! „Wir zweifeln nicht, sie würde mit vollster Hingebung auch mit Preußen gegangen sein, wenn die Bundesmehrheit sich für dieses entschieden hätte." Aber wurde diese Bundesmehrheit nicht erst durch die Stimme Sachsens und seiner Freunde gemacht? Wurden nicht muthwillig und gegen den erklärten Wunsch der Bevölkerung die Bundesbeschlüsse geschaffen, deren Erfüllung jetzt als ein pflichtmäßiger Gehorsam dargestellt werden soll? Wahrlich diese „gewissenhafte Hingebung" gegen den alten Bund ist ein zweifelhaftes Zeugniß für die „Treue," die man dem neuen Bunde beweisen werde.

Ueber diese Treue der sächsischen Fürsten entscheidet die Geschichte. Die Mühe eines solchen geschichtlichen Rückblickes ist uns durch Ferd. Fischer's Broschüre: „Die albertinische Dynastie und Norddeutschland" erspart. Wir wollen nicht zurückgreifen bis in die ferne Zeit, als diese Dynastie ihre

churfürstliche Stellung durch Verrath an den Vettern und Glaubensgenossen begründete, als das Gelüst nach einer slavischen Krone sie von dem Glauben und den Lebensinteressen ihres Volkes loslöste. Genug, daß im Jahre 1866 Sachsen zum vierten Mal von preußischen Truppen besetzt wurde, weil seine Dynastie im Lager Frankreichs oder Oesterreichs war, daß sie 1849 schon einmal ihr Spiel mit dem Vertrauen eines preußischen Königs trieb, als sie in der Noth der Revolution das Dreikönigsbündniß schloß, um es nach der Wiedererstarkung Oesterreichs zu brechen. Auch der Krieg von 1866 begann mit einem Wortbruch der sächsischen Regierung gegen ihr Land. Sie hatte, um den Credit von 4 ½ Million zu erlangen, der Landesvertretung gelobt, neutral zu bleiben und für keine der beiden Großmächte Partei zu nehmen.

Wir wollen gerecht sein. Das Haus der Wettiner kämpft um das, was ihm das Heiligste ist, um sein althistorisches Ansehen, um seine souveräne Existenz. Beides ist durch den mächtigen Nachbar beschädigt und bedroht, und so wird es gegen ihn in offener oder geheimer Feindschaft stehen, bis die tragische Katastrophe erfolgt. Alle Interessen des sächsischen Volks treiben zum vollen Anschluß an Preußen, alle Traditionen seiner Dynastie wirken dagegen. Dieser Gegensatz ist durch keinen Friedensvertrag auszugleichen, vielmehr offenbart er sich erst recht in seinen unseligen Wirkungen, wenn man an die Ausführung des Friedensvertrags gehen will. Unter seiner heutigen Dynastie kann Sachsen weder ein gesundes Glied des norddeutschen Bundes werden, noch kann es selbständig forteristiren. In den lebendigsten Farben ist diese doppelte Unmöglichkeit in der vielgenannten geistvollen Schrift: „Was wird aus Sachsen“ dargestellt. Man setze den höchst unwahrscheinlichen Fall, daß es dem Könige von Sachsen etwa durch Pression des Auslandes noch einmal gelänge, sich dem norddeutschen Bundesstaate zu entwinden, so würde sein Volk ein unglückliches Volk werden. Denn es wäre ohne Antheil an der Zollgesetzgebung, die über sein Wirthschaftsleben entscheidet, und Preußen hätte es in seiner Hand, durch die Kündigung der Zollverträge, ja schon durch das Fortbestehenlassen der jetzigen halbjährigen Kündigungsfrist, den Wohlstand, den Unternehmungsgeist des Landes zu vernichten. — Unterwirft sich dagegen das sächsische Fürstenhaus der neuen Bundesgewalt, so wird diese Doppelherrschaft zweier Könige ohne ehrliche Unterordnung des einen Zwiespalt und Verwirrung in alle Verhältnisse, in die Armee, das Beamtenthum, in die Gemüther des Volkes tragen. Seiner eigenen Sicherheit wegen kann Preußen auf die festen Positionen des Landes nicht verzichten; die Hauptstadt wird eine preußische Festung; die Reste der Kriegsherrlichkeit, die der Friedensvertrag vielleicht noch bestehen läßt, wird der Einheitsdrang des norddeutschen Parlaments beseitigen, indem es für die Bundesgewalt den Fahneneid, die Besetzung der höheren Offizierstellen und das Dislocationsrecht im Frieden verlangt Das große Beamtenpersonal der Verkehrsanstalten steht unter der Leitung der Bundesregierung, sie hat die Initiative für wichtige Theile der Gesetzgebung und für die bedeutendsten Posten des Budgets. Der Stolz des alten Fürstengeschlechts wird nicht aufhören sich

gegen diese enger und enger werdenden Schranken zu sträuben, und das Volk wird sich endlich fragen, was ihm ein Königshaus fromme, dem die wesentlichsten Attribute der Majestät genommen sind, und das den Frieden im Lande untergräbt. In Voraussicht dieses Unsegens für Fürst und Volk stellt unsere Schrift die Forderung auf: „Unsere Zukunft muß sein, preußisch zu werden."

Unermeßlich ist der Fortschritt dieses wunderbaren Jahres! Aber durch die kühne Hand unseres auswärtigen Ministers und durch das tapfere Schwert unseres Heeres ist doch nur eingeerntet worden, was die Entwickelung von Jahrhunderten gereift hatte. Man kann zum Lobe des Prager Friedens nichts Höheres sagen, als daß er einen langen Prozeß der deutschen Geschichte zum Abschluß gebracht hat. Der erworbenen Güter werden wir erst dann recht froh, wenn wir wissen, daß sie nicht durch das launische Glück, sondern nach geschichtlichem Gesetz uns zugefallen sind. In einer Reihe inhaltsvoller Aufsätze, die erst in einem schlesischen Blatte veröffentlicht, dann gesammelt worden sind („die Friedensbestimmungen in ihrem Verhältniß zur Neugestaltung Deutschlands"), hat unser Staatsrechtslehrer Dr. H. Schulze die jüngsten Ereignisse in dieses historische Licht gestellt. Er verfolgt den vielhundertjährigen Verlauf der Abscheidung der österreichischen Lande von dem Leben und den Pflichten des Reichs, worauf nun endlich auch der Ausschluß von den Rechten der deutschen Gemeinschaft gefolgt ist; er erinnert daran, wie das Streben des ersten deutschen Parlamentes an dem Dualismus der Großmächte scheiterte, und wie der Grundsatz, den es nur theoretisch hinstellen konnte — Neugestaltung Deutschlands ohne den Kaiserstaat, — nunmehr auf den böhmischen Schlachtfeldern zur praktischen Geltung gebracht ist. Fortan wird das Leben der Nation nur um Einen Mittelpunkt kreisen. Aber damit Preußen eine Anziehungskraft üben konnte, stark genug, um mit der Zeit bis zu den Alpen zu wirken, mußte es selbst eine geschlossenere Macht, eine zweifellosere Ueberlegenheit sich schaffen, als der Neid des Wiener Congresses ihm zugestanden hatte. Erst mit der Hinwegschaffung der Mittelstaaten an der Flanke und im Rücken der preußischen Monarchie ist dieselbe der feste Kern zur Krystallisirung Deutschlands geworden. „Der Friede zu Prag ist die weltgeschichtliche Correctur der Sünden und Fehler des Wiener Congresses."

Mit dem Jahr 1866 schließt eine lange Geschichtsperiode und es eröffnet sich zugleich ein unabsehbares Gebiet für neue Arbeit. „Ein Deutschland ohne Neckar und Bodensee, ohne Schwarzwald und Alpen wäre nur eine einseitige Repräsentation des deutschen Geistes," und doch ist für jetzt noch kaum daran zu denken, die nationale Verbindung zwischen Süd und Nord zu knüpfen, welche Preußen in dem Frieden von Prag sich vorbehalten hat. Noch liegt ein näheres, bisher ungelöstes Problem vor uns, die Constituirung des norddeutschen Bundes. Wie soll sich das Parlament dieses Bundes zu dem preußischen Landtag verhalten? Beide Körper neben einander können nicht bestehen. Wenn der Landtag sein Schwergewicht behält, so wird das Reichsparlament zum Schatten werden, und an die Stelle des Bundesstaats wird eine Gruppirung abhängiger

Schutzstaaten um die Großmacht Preußen ohne volksthümliches Band treten. Wenn dagegen auf den Reichstag die Berathung des Militär- und Marinebudgets und der wirthschaftlichen Gesetze übergeht, so erhält, der Natur der Dinge zuwider, der preußische Landtag den Charakter eines Provinziallandtags, die norddeutschen Kleinstaaten aber gehen ihrer Mediatisirung entgegen. Vielleicht daß diese Folge nicht aufzuhalten ist, jedenfalls aber muß Vorsorge getroffen werden, um die Reibung zwischen jenen großen Vertretungen zu vermeiden. Zu dem Ende stellt unser Publicist den gewiß richtigen Grundsatz auf, daß man die beiden Körperschaften möglichst zu einer einheitlichen machen müsse. Es schwebt ihm der Gedanke eines engeren und weiteren Reichsraths vor. Dieselben preußischen Abgeordneten, welche für sich allein den Landtag der Monarchie bilden, ergänzen sich durch den Hinzutritt der Abgeordneten der Kleinstaaten zum Reichstag für die gemeinsamen Angelegenheiten. Verfolgt man diesen Gedanken, so erhellt, daß in Preußen zwei verschiedene Wahlmethoden für das preußische und das deutsche Parlament auf die Dauer unmöglich sind, daß entweder unsere Klassenwahl oder das allgemeine Stimmrecht fallen muß. Man täusche sich darüber nicht, wenn die Bildung des norddeutschen Bundes mit vollem Ernst und vielleicht im stillen Hinblick auf die dereinst eintretenden Südstaaten unternommen wird, so muß sie eine tiefgreifende Wirkung auf die preußische Verfassung ausüben. Am meisten auf die Zusammensetzung unserer ersten Kammer. In dem heutigen Herrenhaus, das außer den königlichen Prinzen, dem großen Adel, den Erwählten von Städten und Universitäten noch neunzig Vertreter der kleinen Rittergutsbesitzer zählt, findet sich für die übrigen Bundesstaaten kaum noch ein Raum. Man wird, um eine Pairskammer zu schaffen, welche auch Fürsten zum Eintritt reizen kann, genöthigt sein jene Elemente zu vereinfachen und nur der höchsten Lebensstellung oder dem höchsten Verdienst einen Platz gönnen dürfen.

Auf diesem Felde liegt noch Alles im Chaos und harrt des organisirenden Talents. Hoffen wir, daß die Erfindungskraft des Grafen Bismarck sich auch auf diesem von ihm noch unversuchten Gebiet fruchtbar erweisen werde.

Verantwortlicher Redacteur: A. Flögel.
Druck und Verlag von Georg Reimer in Berlin.

Der deutsche Liberalismus.

Eine Selbstkritik.

I.

Es sind mehr als dreihundert Jahre vergangen, seit das deutsche Volk in seiner Gesammtheit mit großem Thun in den Gang der menschlichen Entwickelung eingriff. Die Reformation war das letzte gemeinsame Werk der Deutschen auf dem Gebiete des handelnden Lebens und dieses letzte Werk vollendete ihre Zersplitterung, beendete ihr nationales Dasein. Die gewaltige, unendlich segensreiche That Luther's ruhte auf dem Zusammenwirken von Männern, deren Wiege in Franken, Schwaben, Hessen, Thüringen, Sachsen stand; nur die Bayern hatten wenig Theil daran. Aber diese That, indem sie unser Seelenleben auf die Freiheit des innersten Menschen begründete, im Sinne der ältesten Gemeinden und nach den Worten Christi die Welt verachten und der Gottseligkeit nachtrachten lehrte, dem tiefsten Zuge unserer germanischen Natur folgend das persönliche Gewissen von allen Weltrücksichten losband, diese That zerbrach die letzten schwachen Bande, welche noch das heilige römische Reich deutscher Nation zusammengehalten hatten. Für die lutherische Richtung sind die Dinge dieser Welt von unerheblichem Gewicht. Die Dinge dieser realen Welt hatten uns Deutschen immer nur zu wenig gegolten. In ihren glänzendsten Momenten war die Politik unserer großen Kaiser ein Streben nach idealen Zielen. Man braucht nur unsere Minnepoesie mit den Liedern der Troubadours zu vergleichen, um gewahr zu werden, daß schon zur Zeit der Hohenstaufen unseren bedeutendsten Köpfen das männliche Handeln wenig galt neben dem Leben in zarten Empfindungen und hohen Gedanken. Die ganz auf den inneren Menschen gerichtete Art Luther's gab dieser Einseitigkeit unseres Wesens auf Jahrhunderte die unbedingte Herrschaft.

Den Engländern wurde die Reformation die Gelegenheit, ihr Staatswesen scharf und fest abzuschließen und zusammenzufassen. Die Niederlande fanden in der Glaubenserneuerung die Kraft, einen ewig denkwürdigen Kampf für die nationale Unabhängigkeit gegen die spanische Weltmacht

zu führen. Die Schweizer, Dänen und Schweden verknüpften ebenso die politische mit der religiösen Arbeit. Wir allein ließen uns nur unser Seelenheil angelegen sein. Freilich war es nicht der Reformatoren Schuld, daß in jenem großen Wendepunkte unseres Daseins die Habsburger sich aller deutschen Denkweise ganz und gar entfrembet hatten, daß Carl V. die kaiserliche Macht im Sinne römisch-spanischer Herrschgier und Uniformität übte. Aber das ist doch wohl unzweifelhaft: wäre in unseren lutherischen Fürsten zu den Zeiten Maximilian's II. nur ein Funke vom Geiste der Oranier gewesen, sie hätten mit leichtester Mühe das hispanische Wesen ausgetrieben und Deutschland sich selber zurück gegeben. Und dieses Selbst war protestantisch.

Auch unsere lutherischen Fürsten hatten eine Politik und zwar eine ganz neue, bis dahin nie gesehene Politik. Es war die Politik, welche bis auf die jüngsten Tage die deutschen Geschicke hauptsächlich beherrscht hat: die Politik der moralischen Bedenken, der hausväterlichen Gewissenhaftigkeit, der Tüchtigkeit im Kleinen und der Ohnmacht im Großen, des emsigen Fleißes im engen Kreise und der bornirten Trägheit, wo Großes auf dem Spiele stand. Diese Politik hat das solide Bürgerthum unserer Städte, das behäbige Gedeihen unserer Dörfer, die Blüthe unserer Schulen und Universitäten, den gewissenhaften Fleiß unserer Amtsstuben, den Ernst unserer Wissenschaft, die Reinheit unseres Familienlebens begründet oder gefördert, sie hat geschaffen oder doch ausgebildet Alles, worauf wir stolz sein können, was unser häusliches, privates, ökonomisches Glück ausmacht. Sie hat aber auch geschaffen jene erbärmliche Kleinstaaterei, welche nur Raum gewährt für den Familienvater, aber den Mann, den Bürger tödtet, jenes armselige Philisterthum, das die Kraft unseres Volkes in Banden schlägt, jene traurige Gewöhnung unseres Geistes, in den kühnsten Phantasien den Himmel zu stürmen und vor den kleinsten Hindernissen der Erde die Arme muthlos sinken zu lassen. Sie hat dem Staat das männerbildende Mark ausgesogen und ihn so zu sagen in einen Kleinkindergarten verwandelt, der uns vor allen Fährlichkeiten, aber auch vor aller Größe der bösen Welt bewahrt hat.

Die erste Leistung dieses protestantischen Kleinfürstenthums auf dem Gebiete der großen Politik war, daß es die von den Niederlanden und England in den Tod getroffene spanische Macht Herrin werden ließ über Deutschland, daß es in Unfähigkeit und Uneinigkeit der Liga Muth machte, die Vorläufer des dreißigjährigen Krieges in Scene zu setzen und dann in diesem entsetzlichen Kriege selber durch Lahmheit und Schwäche das Grab unserer nationalen Existenz, unserer Lebenslust und Lebenkraft grub. Es ist eine üble Gewohnheit unserer protestantischen Geschichtschreibung, die

Schuld dieses Elends den Katholiken aufzubürden. Der einzige deutsche Fürst jener trostlosen Tage, der Verstand und Entschluß hatte, war der Kurfürst Maximilian von Bayern. Von einem Jesuitenzögling eine andere Richtung zu verlangen, als er sie befolgte, ist thöricht. Hätten aber die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, die Herzoge von Württemberg und Braunschweig nur von ferne die Fähigkeit gehabt, der bayrischen Politik die Stange zu halten, so wären niemals Schweden und Franzosen Herren der deutschen Geschicke geworden.

Die Nation, sagte ich, hat in der Reformation zum letzten Male mit verbundenen Kräften gehandelt. Seitdem gingen die Wege ihrer verschiedenen Theile aus einander. Seitdem war der Particularismus die Signatur der deutschen Politik; seitdem war zugleich das Gegentheil aller politischen Denk- und Gefühlsweise das charakteristische Merkmal der deutschen Art. Was seitdem unter uns von großen Thaten vollbracht ist, das gehört einzelnen Kreisen der Gesammtheit an, das ist zugleich im Widerspruche mit den unter uns herrschenden Anschauungen geschehen. Wir können Gott nie genug preisen, daß er in dieser unserer jammervollen Zersplitterung einzelnen Landschaften und einzelnen Männern die Kraft verlieh, zu vier Malen in der Zeit von zwei Jahrhunderten so zu handeln, daß die Macht ihrer Thaten sich ausbreitete erst über den Norden, dann auch über den Süden des zerrissenen Vaterlandes, und daß er diese Kraft immer wieder an denselben Staat heftete und dergestalt ihn wachsen ließ an Macht und Gesundheit und Ruhm, daß auch der Kleinmuth hoffen darf, das deutsche Volk werde wieder gesammelt werden unter dem schirmenden Dach und an den männlichen Arbeiten eines wahren Staats und nicht zerschellen wie Juden, Griechen und Polen.

Als das Elend des deutschen Krieges seine letzten thränenreichen Scenen über das verödete und zertretene Land führte, stand in der Mark Brandenburg ein Fürst auf, der zum ersten Male wieder einen Versuch deutscher Politik machte, der zum ersten Male wieder großen Gedanken nachhing mit dem Willen, sie nicht im Kopfe, sondern in der wirklichen Welt leben zu lassen. Auf der Folie der Erbärmlichkeit des voraus gegangenen Jahrhunderts erscheint uns vielleicht der große Kurfürst hie und da zu groß. Gewiß ist er der erste Fürst, bei dessen Thaten und Plänen das bekümmerte Gemüth wieder aufathmet. Die Erben seiner jungen Macht sanken vielfach in die herkömmlichen Wege protestantischer Fürstenart zurück. Aber der als der Dritte nach ihm den preußischen Thron bestieg, war jener wahrhaft große Friedrich, der nicht nur für Deutschland, sondern für die Menschheit eine neue Zeit herauf führte. Ein zu viel genannter hannoverscher Hofhistoriograph hat, unterstützt von einem schwä-

bischen Pastor und erfindungsreichen Querköpfen anderer Kleinstaaten, sich neuerdings abgemüht zu beweisen, daß der große Fritz in Wahrheit ein kleiner Despot gewesen sei. Wunderbarer Weise haben diese Bemühungen geringen Erfolg gehabt. Denn, wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir bekennen, daß an dem Maß der unter uns Deutschen herrschend gewordenen Betrachtungsweise gemessen Friedrich der Große kaum recht bestehen kann. Er hat in der That den Idealen unseres kleinstaatlichen Gemüths durchaus nicht entsprochen. Er hat das Selbstbestimmungsrecht der Schlesier in keiner Weise respectirt; er hat die arme Maria Theresia höchst unedel immer dann attakirt, wenn es ihr am Wenigsten, ihm am Besten convenirte; er hat in der polnischen Theilung ein Verbrechen begangen, von dem sich jeder aufrichtige Liberale mit tiefster Entrüstung abwenden muß; er hat in seinem Heere und sonst den Adel in einem Maße bevorzugt, das unser bürgerliches Bewußtsein auf das Entschiedenste mißbilligen muß. Und noch mehr. Der ganze scharfe, harte Zug dieser Natur, der eisige Spott, die schneidende Ironie, die Abwesenheit aller gemüthlichen Illusionen, das Vorherrschen der kältesten Verstandesthätigkeit bildet ein psychologisches Ganze, das dem Durchschnitt deutschen Wesens so fern als möglich liegt. Unter den Herrschern, die früher Großes mit deutscher Macht gethan, findet man kaum Einen, der eine innerliche Verwandtschaft mit Friedrich II. zeigte. Weder der Kaiser dieses Namens, noch sein Vater Heinrich VI. besitzt diese concentrirte Thatkraft, diese Alles durchbringende Schärfe des Blicks. Er ist eine ganz einsame Erscheinung in dem Kreise deutscher Größen. Und doch wurde er auf lange der Mittelpunkt deutscher Gedanken und Hoffnungen. Doch begeisterte er Lessing und Göthe, doch wollte ihn Schiller zum Gegenstande einer großen Dichtung machen, doch lebt sein Bild noch heute frisch in dem Gedächtniß der Menschen von Anspach und Bayreuth, die schon lange von dem preußischen Staate abgetrennt sind, doch blickt jeder gradgewachsene Deutsche mit ehrfürchtigem Dank zu jenem herrlichen Standbild auf, das uns den großen König im Herzen seiner Hauptstadt zeigt, getragen von den besten Kräften des damaligen Deutschlands. Und daß die Nation sich so zu einem ihr innerlich fremden Herrscher zu stellen wußte, das beweist nicht nur die durch keine Irrgänge ihrer Geschicke zu beirrende Gesundheit und Unbefangenheit ihres Urtheils, sondern das Walten eines mächtigen Dranges in ihrem Innern nach Macht und Größe, müßten sie auch erkauft werden durch eine starke Selbstentäußerung.

Aber auch dieser zweite Ruck aus dem alten Elend heraus hatte immer nur die Möglichkeit der Besserung geschaffen. Zehn Jahre nach Friedrich's Tode schien die Nation wieder in den trübsten Sumpf versunken

und zwanzig Jahre später vernichtete Jena den letzten Schimmer, der noch von Friedrich's Thaten die preußische Monarchie umstrahlte. In diesen zwanzig Jahren des traurigsten Niedergangs concentrirt sich die herrlichste Blüthe unseres Geisteslebens. Dichtung und Wissenschaft arbeiteten eben damals im schönsten Bunde, uns geistig auf dieselbe Höhe zu heben, welche Friedrich politisch eingenommen hatte. Wie seine Thaten bis an die fernsten Enden Europas wirkten, Spanier und Portugiesen vom Joch des Jesuitismus und des gedankenlosen Müßiggangs befreien halfen, preußische Heereseinrichtungen bis nach Madrid trugen, überhaupt aber die große Wendung bedeuteten, daß die Ideen englischer und französischer Aufklärer die Herrschaft übernahmen in Staat und Kirche, so traten nun unsere Göthe, Kant, Schiller, Wolf, Humboldt in den Vordergrund, um eine neue Geistesordnung zu begründen, deren reiffte Früchte vielleicht erst unsere Enkel pflücken werden.

Nie kann die Größe dieser Geistesthaten genug bewundert werden: sie werden für alle Zeiten die höchsten Zierden unseres Namens sein. Aber es sollte uns eben hier an dem beredtesten Beispiel gelehrt werden, daß in einem sehr wesentlichen Stücke alle jene Größen fehl gingen, und mit ihnen die ganze Richtung, der unser Volk seit Jahrhunderten gefolgt war. Es kann doch, meine ich, wenn man der Wahrheit die Ehre geben will, nicht in Abrede gestellt werden, daß der Grundzug unserer klassischen Literatur dahin ging, der geistigen Bildung, dem Erkennen, Denken, Empfinden eine übertriebene Bedeutung beizulegen, die dem Handeln zugekehrte Seite unserer Natur zu vernachlässigen und sich mit jener Geistigkeit in eine exclusive Sphäre zurückzuziehen, in einen antiken Idealismus zu versteigen, der zu den Grundbedingungen des modernen, speciell des germanischen Lebens nicht paßt. Weder das religiöse Moment, noch die handelnde Manneskraft wurden gebührend berücksichtigt. Es haftete dieser literarischen Epoche etwas an von den Schäden des Humanismus, dessen durchsichtige Klarheit so wenig die sittlichen Zustände beseitigen konnte, unter denen Europa im Beginn des sechszehnten Jahrhunderts seufzte, wie die ästhetische und kritische Glorie von Jena und Weimar das Mindeste that, um die jammervolle Katastrophe von 1806 zu hindern. Unser Volk strahlte eben damals im hellsten Glanze der Dichtung, Philosophie und gelehrten Forschung, als es auf den Punkt kam, moralisch vernichtet zu werden.

Wir haben an dieser Erscheinung noch einen Punkt besonders hervor zu heben: das Verhalten jener großen Geister zum Staat. Es war nicht nach der Art der Griechen des Perikleischen Zeitalters, sondern jener vaterlandslosen Griechen, die nur in Ideen eine Heimath hatten. Die un-

ter uns herrschende Ansicht ist noch immer geneigt, dieser bedenklichen Anomalie ein Mäntelchen umzuhängen. Man sagt, der Dichter habe nichts mit Politik zu thun. Nun, mit Kammerverhandlungen und staatsrechtlichen Controversen hat er sich freilich nicht zu befassen; wer aber meint, den Dichter kümmere die Noth des Vaterlands nicht, es sei normal, daß ein großer Geist mit seinen Gedanken im fernen Asien weile, während die nächste Heimath um die Existenz ringt, es sei natürlich, daß ein auserwählter Kreis hochbegabter Männer im innigsten Verkehr ästhetische Minutien und philologische Specialitäten erörtere, während die ganze Welt in Flammen steht, und nicht nur große Staatsactionen im Gange sind, sondern geradezu alle Fundamente des menschlichen Daseins in Frage gestellt sind, der hat doch eine sehr sonderbare Vorstellung von der menschlichen Stellung des Dichters. Eine Vorstellung, die lediglich den krankhaften Abstractionen unserer kümmerlichen Zwergstaaterei entnommen ist und in der ganzen Geschichte aller Völker kaum eine einzige Parallele zu ihrer Stütze entdecken dürfte. Aeschylos, Sophokles und Aristophanes standen nicht so zu vaterländischen Dingen, Walther von der Vogelweide, Dante und Cervantes wahrlich auch nicht.

Und nicht blos die Dichter, sondern ebenso die Denker jenes herrlichen Kreises hatten eine durchaus schiefe Stellung zu der realen Basis aller menschlichen Entwickelung. W. v. Humboldt's „Ideen zu einem Versuche, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ (1792), sind ein höchst charakteristisches Denkmal der Art, wie damals unsere besten Köpfe den Staat ansahen. Man darf freilich nicht vergessen, wie eng und peinlich in jener Zeit die bureaukratisch-absolutistische Bevormundung die Menschen einzwängte und daß der unmittelbare praktische Zweck der Schrift war, Dalberg vor verderblicher Vielregiererei zu warnen. Aber diese äußeren Umstände konnten dem Gedankengange eines so freien Kopfes wie Humboldt keine Gewalt anthun, sie konnten den Ideen höchstens hie und da eine besondere Accentuirung geben, nie sie selber schaffen. Dieselben entkeimten in der That dem innersten Geistesleben des hochstrebenden Mannes und gaben, indem sie seine Herzensmeinung über das Verhältniß des Menschen zum Staat offenbarten, zugleich der ganzen Auffassung einen klassischen Ausdruck, welche die besten Köpfe unseres Volkes erfüllte. Dieses Volk hatte in der Blüthe seiner Jugend den nationalen Staat zerschlagen oder doch durch den rebellischen zu fürstlicher Selbständigkeit aufstrebenden Adel zerschlagen lassen, es hatte seitdem eigentlich staatlos gelebt, es hatte dieser Lage die furchtbarsten Heimsuchungen verdankt, aber sich nichtsdestoweniger in unverwüstlicher Gesundheit wieder zu einer Kraft und Fülle der Privatexistenz, zu einer Geltung und Entfal-

tung des individuellen Menschenwerths, zu einer Größe geistiger Thaten erhoben, die es mit stolzem Selbstbewußtsein auf die anderen staatlich geschlossenen Völker blicken ließ. Dieser Flug der persönlichen Entwickelung hob sich eben damals so hoch, daß er sich die Vollendung aller menschlichen Aufgaben zuzutrauen den Muth besaß, wenn nur die Schranken beseitigt würden, mit denen ihn eine rauhe und kleine Wirklichkeit einengte. Der Theorie der ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts bedeutete diese Wirklichkeit nichts als ein lästiges Uebel, und so konnte denn Humboldt, einer der wenigen Staatsmänner, die uns seit Jahrhunderten zu Theil geworden sind, dazu kommen, den Staat als ein nothwendiges Uebel zu definiren, dessen Wirksamkeit gar nicht eng genug eingeschlossen werden könne.

Selten wohl hat sich die Schwäche der auf sich selbst vertrauenden Ideen schlagender enthüllt. Humboldt's Ideal war ein in Gedanken gefundenes, zugleich aber machte es den Anspruch sich auf ein geschichtliches Beispiel zu stützen. In beider Hinsicht waren die Resultate seiner Betrachtung gleich hinfällig. Wenn es darauf ankommt, dem Menschen die „höchste und proportionirlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen" zu sichern, so ist es klar, daß die sittlichen Kräfte im Gleichgewicht bleiben müssen mit den intellectuellen, und wenn es sich um die Uebung der höchsten sittlichen Kräfte handelt, so ergiebt sich leicht, daß ihnen nur die große, dem kleinen persönlichen Interesse entrückte Bühne des Staatslebens einen vollkommen würdigen und ausreichenden Schauplatz bietet. Wenn aber Humboldt sein Ideal menschlicher harmonischer Bildung an das griechische Muster anlehnte, so predigt eben dieses Muster das genaue Gegentheil der Humboldt'schen Lehre mit unwiderstehlicher Beredtsamkeit. Die schöne Harmonie allseitiger Bildung, welche Humboldt bei den Griechen bewunderte, war in ihrer eminentesten Erscheinung die Frucht jener ernsten geschlossenen solonischen Zucht, welche den Staat in den Mittelpunkt der männlichen Pflichten rückte. Den Marathonomachen galt wahrhaftig das theure Vaterland, um das sie Alles muthig erduldeten, nicht als ein nothwendiges Uebel, dessen sich der freie Mann möglichst zu entledigen habe. Den herrlichen Gestalten des Perikleischen Kreises war der Staat die feste breite Basis alles sittlichen Thuns: dem Staat diente Phidias, vielleicht der größte Künstler aller Zeiten, Staatsideen verkörperten die Herrlichkeiten der Akropolis. Als aber der peloponnesische Krieg die alte Zucht und den alten Glauben begrub und ein neues Geschlecht der Frechheit und Willkür das Vaterland zum Werkzeug persönlicher Absichten erniedrigte, da verhüllte sich die Glorie auch des griechischen Geistes und die Weisheit von Sokrates, Platon und Aristoteles vermochte ein

Volk nicht zu retten, dem der feste sittliche Grund des Staats zertrümmert war.

In der That wir bedurften dringend einer Züchtigung, die das Selbstvertrauen der Ideen ermäßigte, die unser Volk mit harter Faust erkennen lehrte, daß das ästhetische Schaffen und das philosophische Erkennen nicht die Summe menschlicher Aufgaben umschließt. Der Jammer von 1806 und 1807 und das schwere Ringen der sittlichen Volkskraft in den folgenden Jahren mußte uns eine Wiedergeburt geben, die sich nicht auf die Herstellung äußerer Unabhängigkeit beschränkte, sondern den innersten Kern unserer Ueberzeugungen traf. Auch diese Wiedergeburt fand wieder in demselben Staate eine fruchtbare Stätte, den der große Kurfürst und der große König zum rettenden Felsen aufgerichtet hatten in dem wüsten Chaos des deutschen Reiches. Nicht um Weimar und Jena, sondern um Berlin handelte es sich da, nicht um die Gesänge der Dichter und die Systeme der Philosophen, sondern um die rettenden Thaten der Staatsmänner und Feldherrn, nicht um die feinen Cirkel hochgebildeter Aesthetiker, sondern um die harten Fäuste durch eine ruhmreiche Geschichte an Hingebung gewöhnter Bauern. Die großen Geister, welche mit ihren erhabenen Gedanken im Universum weilten, hätten die deutsche Art vielleicht ruhig zu Grunde gehen lassen; die mittleren Begabungen mit niedrigerem Flug und engerem Blick waren es, welche die ganze Schmach ganz empfanden und vor Allem: nicht die bisher fast allein ästimirten Kräfte der gestaltenden Phantasie und des abstracten Denkvermögens, sondern die bisher gering geachteten des Charakters traten nun auf den Plan und gaben die Losung. Wir hatten aber das Glück, daß auch der unter uns bisher ganz unbekannte Schlag in großem Stil handelnder Patrioten sofort einige wirklich große Vertreter fand. Das erst schloß das Bild jener außerordentlichen Zeit würdig ab, daß nun neben die Helden der Dichtung und Forschung die Helden der politischen und kriegerischen That traten, und auf die Hunderttausende, welche den Liedern unserer Dichter begeistert gelauscht hatten, andere Hunderttausende folgten, welche im Sinne der Stein, Scharnhorst, Gneisenau, Blücher zu handeln und zu schlagen verstanden. Niemand kann verkennen, daß der Geist, welcher seit 1806 im Norden mächtig wurde, zu dem Geiste, welcher die Nation in den vorausgegangenen Jahrzehnten beherrscht hatte, in einem tiefen Gegensatze stand, daß der Freiherr vom Stein, dieser wirklich große Staatsmann, von durchaus anderen Grundanschauungen bestimmt wurde, als sie bisher in den literarischen Kreisen geherrscht hatten. Dieser Gegensatz war nothwendig. Aber wir dürfen es als ein seltenes Glück preisen, daß er sich zugleich durch das Hereintreten zahlreicher Elemente, welche gewissermaßen beiden Strömungen an-

gehörten, ermäßigte, und so darstellte als eine verschiedene Manifestation derselben einigen Volksnatur nach verschiedenen Seiten unter dem Impuls verschiedener Zeitansprüche. Die Einseitigkeit der Romantiker, welche nach einem schroffen Bruch mit den Tendenzen des achtzehnten Jahrhunderts drängten, wies der gesunde Sinn des Volks zurück, lieber die Ausschließlichkeit der früheren Bestrebungen berichtigend durch eine unbefangene Aufnahme der neuen Forderungen, welche eine neue Zeit mit sich brachte.

Menschlich betrachtet hätten wir uns nicht schöner, harmonischer bewegen können, als wir so thaten. Nachdem wir den höchsten Preis in den idealen Sphären der Dichtung, der Philosophie und der gelehrten Forschung gewonnen hatten, lernten wir in schwerer Prüfung rasch das das bisher vernachlässigte Gebiet des handelnden Lebens bestellen; nachdem wir dem antiken Humanismus reichlich geopfert, dienten wir dem christlichen Germanismus; nachdem wir die begeistertsten Kosmopoliten gewesen und den Gedanken des Weltbürgerthums für immer ihr Recht erobert hatten, wurden wir ebenso begeisterte Patrioten, um das Vaterland in ruhmreichen Kämpfen zu befreien, wie wir eben das Reich der Ideen befreit hatten. Aber politisch betrachtet erwiesen sich diese Leistungen nicht gleichmäßig befriedigend. Die Tendenz der Befreiungskämpfe drang rasch von Preußen nach allen Seiten vor, und entzündete die Gemüther bis nach Schwaben und Bayern. Diese Tendenz war keineswegs eine ausschließlich preußische, sie war deutsch. „So weit die deutsche Zunge klingt," das war die Losung. Die Herrlichkeit Deutschlands sollte auferstehn. Aber wie war es mit diesem Deutschland in Wirklichkeit bestellt? Focht Deutschland für die deutsche Sache? O wahrhaftig nein! das zerstückte Preußen und Braunschweig und Hannover und Kurhessen, sie erhoben sich für den Kampf der Befreiung zusammen mit Russen und Briten, und die größere Hälfte der Deutschen focht unter französischen Fahnen, und das Metternich'sche Oesterreich sah lauernd zu, auf welcher Seite der größere Vortheil mit geringerer Mühe zu gewinnen sei. Preußen war es jetzt, wie unter Friedrich II. und dem großen Kurfürsten, und zwar dieses Mal zum ersten Male das freie Volkskraft übende Preußen, das die deutsche Sache führte und die deutschen Schlachten schlug; dieses Preußen aber war ein hundertfach gebundenes und gelähmtes, von außen und von innen. Obwohl seine Stellung zu Deutschland nie klarer und nie herrlicher an den Tag getreten war, konnte es doch nicht dazu kommen, mit den deutschen Kräften für deutsche Interessen durchgreifend zu arbeiten. Nicht allein die Rheinbundsstaaten, sondern sogar Hannover traten, während Preußen die Last des Krieges mit fast übermenschlicher Anstrengung trug, auf die Seite der Metternich'schen Politik, um die Frucht des großen

Kampfes zu verderben und Deutschland in das alte Elend der Herrenlosigkeit und des kleinen dynastischen Egoismus zurück zu stoßen. Und nicht allein diese Gegner eilten die einzige Gunst des Moments zu zerstören, sondern Preußen selber, im Krieg unvergleichlich, erwies sich in der Politik unfertig und unklar. Nachdem es unter Stein die volle Bedeutung des Staats in ihrer ganzen sittlichen Tiefe klarer und schärfer, als irgendwo zu irgend einer Zeit vorher geschehen war, erfaßt und das Vaterland auf die Liebe und Tüchtigkeit des selbstthätigen Volks zu bauen begonnen, nachdem es dann einen großen kühnen Gedanken mit dem Schwert verwirklicht hatte, fehlte ihm die Fähigkeit, diplomatisch und politisch die dauernden Formen zu schaffen, in denen dieser Gedanke ein fruchtbares Leben hätte gestalten mögen.

Wir thun sehr Unrecht, deswegen die Diplomaten des Wiener Congresses anzuklagen. Lebte irgend Jemand unter uns, der in sich ein klares Bild trug von einer gesunden nationalen Organisation der deutschen Staatenverhältnisse? Hatten die besten Männer im Kampfe ein anderes Ziel verfolgt, als das der nationalen Unabhängigkeit im weitesten und vagsten Sinne? Hatte selbst Stein, als er der Herstellung der selbstsüchtigen Souveränetäten entgegen arbeitete, eine deutsche Verfassung im Auge, die ein sicheres Fundament geboten haben würde? Und abgesehen von dieser schwierigsten Frage der Neugestaltung Deutschlands gab es damals nur für die einzelnen Staaten irgend welche scharf ausgeprägte Forderungen? Es ist ein großer Irrthum zu meinen, der Befreiungskrieg wäre zugleich ein Freiheitskrieg gewesen, die in Preußen unter die Waffen eilenden Männer hätten zugleich die innere Freiheit neben der äußeren Unabhängigkeit im Auge gehabt. Es war ein erstes ruhmreiches Erwachen eines Theiles unseres Volkes aus langer Gleichgültigkeit, aber dieser erste Schritt hielt sich in sehr bestimmten Grenzen, wie er an sehr strengen Bedingungen hing. Auch das preußische Volk war nicht in kühner Selbstbestimmung aufgestanden, welche die Wirksamkeit der Stein'schen Institutionen in wenigen Jahren nicht zu geben vermocht hatte, sondern es hatte gehorsam wenn auch lebhaft verlangend den Ruf seines Königs erwartet. In aufopfernder Hingebung an den bestehenden Staat hatte es Großes geleistet, aber es war nicht in unaufhaltsamer Kraft über dieses Bestehende hinaus gebrochen. Es erhob sich nicht wie die Spanier trotz dem Könige, und es wollte nicht aus sich neue Lebensformen schaffen wie die Cortes von Cadiz. Sein Heldenmuth war groß, aber seine politische Fügsamkeit war ebenso groß. Es vernahm das Versprechen einer Verfassung mit dankbarem Herzen, aber es sah gelassenen Sinnes, daß der König dieses Versprechen nicht zu erfüllen gut fand. Es gab namentlich nach glücklicher

Beendigung des großen Kampfes keine treibende Kraft, welche der Monarch hätte berücksichtigen müssen. „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" wurde noch einmal für eine Generation die wenig widersprochene Losung.

Nicht allein in Preußen, auch in den süddeutschen Staaten, in denen der junge Liberalismus sich die ersten Sporen verdiente, war die Grundstimmung keine erheblich verschiedene. Näher von den französischen Ideen und den Kämpfen der französischen Zeitungen und Kammern berührt, in neu zusammengesetzten Staaten nicht durch die Macht der Ueberlieferung gehemmt, vielfach durch Willkür und Unfähigkeit der Verwaltung gereizt, an sich unruhig und wechselnden Stimmungen zugänglich, boten die Bevölkerungen hier von Zeit zu Zeit das Bild einer stärkeren politischen Bewegung. Aber wenn man genauer zusieht entdeckt man doch leicht, daß sich Metternich als einen rechten Hasenfuß erwies, wenn er sich 1819 und 1820 um die Kammerdebatten in den süddeutschen Residenzen ernste Sorgen machte. Nur das an das stille Geflüster unseres bisherigen Stilllebens gewöhnte Ohr konnte diese Redekämpfe für drohende Orkane halten. Größerer Ernst war zunächst nur in den phantastischen Schwärmereien der Burschenschaften: diese ganz nebelhaften Träume der Studenten waren der volle Ausdruck unserer politischen Reife; in ihnen kam die Kraft zu Tage, über welche wir damals in der Richtung des politischen Fortschritts verfügten. Unsere wirkliche Kraft aber arbeitete auf ganz anderen Gebieten. Vor Allem in der Wissenschaft, daneben in der Verwaltung. Die Züge des protestantischen Staats traten wieder hervor, jene kleine Gewissenhaftigkeit, jene meist enge Tüchtigkeit im Einzelnen, welche unser politisches Erbtheil der Reformation gewesen war. Und zwar nicht nur in den Kleinstaaten, sondern am eminentesten in Preußen. Wie König Friedrich Wilhelm III. der echte Erbe jener bedenklichen, ängstlichen, aber sorgsamen Kurfürstenpolitik war, welche Brandenburg im dreißigjährigen Kriege unglücklich gemacht hatte, so nahm sein ganzes Regiment, je mehr man sich von der großen Zeit des Weltkampfes entfernte, immer mehr jenen im Einzelnen tüchtigen, im Großen kleinen Charakter an, welcher für die deutsche Art so bezeichnend geworden war. Preußen wurde der rechte deutsche Musterstaat mit allen guten und allen schlimmen Eigenschaften.

Erst die großen Erlebnisse der jüngsten Tage haben es möglich gemacht, die preußische Friedenspolitik seit 1815 gerecht zu würdigen. Sie erfüllte die Aufgabe der stillen emsigen Sammlung nach furchtbar zerstörenden Stürmen für eine Zeit neuen gewaltigen Aufschwungs. Nicht unausgesetzt vermögen die Staaten mit ganzem Kraftaufwand hohen Zielen nachzustreben; sie sind dem Gesetz wechselnder Arbeit unterworfen wie die Einzelnen, sie bedürfen nach schweren Anstrengungen der Ruhe und für

neue Arbeiten der stillen Vorbereitung wie diese. Preußen hatte seit 1740 mit kurzen Unterbrechungen eine übermäßige Last der kriegerischen und politischen Action getragen, der Friede von 1815 fand es tief erschöpft in allen seinen Gliedern. Nur die peinlichste Sparsamkeit, nur die strengste Concentrirung aller Kräfte auf die wirthschaftliche und moralische Herstellung, nur das ängstliche Sichfernhalten von allen auswärtigen Conflicten vermochte dem Staate die gesunde Kraftfülle wieder zu geben, ohne welche jede große auswärtige Politik mehr zerstört als schafft. Und diese Aufgabe mußte unter den denkbar schwierigsten Umständen gelöst werden: mit einem durch den Neid der Mächte zerrissenen und einiger kostbaren Theile beraubten Gebiet, mit einem von der Natur nur kärglich begabten Lande, mit einer confessionell stark gemischten Bevölkerung und unter dem Druck dreier übermächtiger Nachbarn, deren Stoße die Grenzen zum Theil bedenklich offen lagen. Wer diese Situation billig erwägt, wird es weniger beklagen, daß Preußen auf mehr als dreißig Jahre aus der europäischen Politik verschwand, und er wird für die Leistungen der preußischen Administration im Innern ein volles Lob haben. So schlimm es in anderer Hinsicht wirkte, daß Preußen nicht 1815 langsam und vorsichtig die constitutionelle Bahn betrat, und dann 1848 durch eine häßliche Revolution in die gewagtesten Experimente hinein geworfen werden mußte, so läßt sich doch nicht in Abrede stellen, daß jenem dringendsten Bedürfnisse der Erholung und Sammlung der weise verwaltende Absolutismus vielleicht besser diente. Und so kläglich es war, daß dasselbe Preußen, in dem eben die kühnsten Geister thätig gewesen waren für eine wahrhaft schöpferische deutsche Politik, nun demüthig den Schlepp des Metternich'schen Selbstentmannungssystems trug, und nur zu oft den Büttel spielte für den traurigen Conservatismus von Wien und Petersburg, so kann doch auch der entschiedenste Gegner dieser Politik nicht in Abrede stellen, daß die gesicherte Position Preußens in der nordischen Allianz jenem obersten Interesse seines damaligen Strebens vielfach zu Gute kam.

Aber wie sehr die Stillstandspolitik, der sich Preußen von 1815 bis 1840 ergab, gewinnen mag dadurch, daß eine spätere Zeit die damals gesparten Kräfte im größten Stil zu verwenden verstanden hat, wie sehr wir heute jene Periode zu der mit 1864 anhebenden in ein ähnliches Verhältniß stellen mögen, als es die sammelnde und vorbereitende Regierung Friedrich Wilhelm's I. zu den Großthaten seines Sohnes hatte, für die Entwickelung der eben mit den ersten Schlägen geweckten politischen Kraft der Nation war sie doch ein rechtes Unheil. Die großen neun Jahre, welche auf den Tilsiter Frieden folgten, hatten eine reiche Summe bedeutender Keime geweckt, deren wenn auch nur bescheidene Pflege die

ganze politische Lage der Nation umgestaltet haben würde. Wir hatten einen kühnen Blick in die große Welt gethan, wir hatten in erster Linie mit unserem Schwert dieser Welt eine neue Ordnung gegeben, wir hatten zugleich aus Stein's Händen die kostbarsten Elemente eines gesunden Staatswesens empfangen: wenn eine Regierung von unbefangenem Urtheil und mäßigem Geschick diese Kräfte und Umstände benutzt hätte, Preußen wäre schon damals der anerkannte, der auf alle Beziehungen heilsam wirkende Mittelpunkt des deutschen Lebens geworden. Es brauchte sich weder für die spanische Revolution, noch für die neapolitanischen Carbonari, weder für die Rotteck'schen Theorien, noch für die burschenschaftlichen Experimente zu interessiren, es konnte eine gemessene, vorsichtige, streng moderirte Politik etwa im Sinn der englischen Tories verfolgen, es konnte die Allianz mit Oesterreich und Rußland pflegen, es konnte sogar in deutschen Dingen von allen größeren Unternehmungen sich fern halten, und es hatte trotz Allem die Möglichkeit, auf die politische Reifung seines Volkes fördernd, statt erstickend und zugleich auf den Gang der europäischen Politik moderirend, statt verwirrend zu wirken. Preußen hat zwar in vielen der wichtigsten Fragen jener Jahre durchaus nicht mit der gehässigen Leidenschaft gearbeitet, welche den Acten der Wiener und Petersburger Politik fast überall anklebt, wo nur von ferne ein Gegensatz gegen liberale Tendenzen gewittert werden konnte; die Instructionen seiner Minister und die Handlungen seiner Diplomaten waren oft von wohlthuendem Maß und unbefangener Einsicht dictirt; aber doch lag es so tief in den Banden der schlimmen Genossen, daß es die Unthaten der heiligen Allianz in Italien und Spanien kaum irgendwo gehindert, in Deutschland aber das Schlechteste nur zu oft mitbetrieben hat.

So bot Preußen dem Wachsthum unserer schwachen politischen Kräfte auf seinem eigenen Gebiete gar keine Gunst, in den deutschen Kleinstaaten trat es demselben mit verderblicher Feindschaft entgegen. Während es dadurch seine Stellung an der Spitze Deutschlands untergrub, seinen eigenen Staat zu Deutschland in ein höchst ungünstiges politisches Verhältniß setzte, das glänzende Uebergewicht seiner politischen Kräfte in das Gegentheil verwandelte, gab es den übrigen deutschen Ländern die schlimme Richtung auf enge und unfruchtbare Opposition. Die Jahre, in denen Preußen politisch todt lag, wurden für die kleinen deutschen Staaten so zu sagen die politische Schul- und Universitätszeit. Während Preußen berufen gewesen wäre, diese Studien zu leiten, übte es so auf dieselben nicht allein keinen wohlthätigen, sondern einen höchst nachtheiligen Einfluß, und als es dann endlich auch seinerseits eintrat in den Ringplatz, waren seine kleinen Nachbarn schon ausstudierte Routiniers, welche die Methode deutscher Po-

litik einigermaßen festgestellt hatten, und Preußen blieb nichts übrig, als in ihren Spuren zu wandeln, die, wenn sie schon für die kleinen Staaten nicht zum Ziele führten, für Preußen geradezu labyrinthischen Irrgängen glichen. Das waren die Umstände, unter denen der deutsche Liberalismus seine für das ganze spätere Leben wie man weiß vielfach entscheidende Jugendzeit verlebte.

Es wäre für uns von erheblichem Werth, die Entwickelungsgeschichte des Liberalismus in den Jahren 1815 bis 1848 genau zu kennen. Heute kennen wir sie nur in den allgemeinsten Umrissen und ich zweifle, ob uns eine detaillirte, authentische Kunde je zu Theil werden wird. Denn wo sollen wir die zehn oder zwölf Specialhistoriker finden, welche die Geduld haben, die Geschichte des Liberalismus in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Hannover u. s. w. aus den unzähligen Bänden der Kammerverhandlungen, aus den Actenstößen der Archive und zersplitterten Privatcorrespondenzen zusammen zu suchen, welche zugleich die Kenntniß der Nachbarländer, der deutschen und der europäischen Politik besitzen, um die wichtigsten Wendungen auf ihren wahren Ursprung zurück zu führen? Wo wäre das Publicum, das so mühsame Arbeit an so kleinem Stoff möglich machte? Was aber den Geschichtschreiber nicht reizen kann zum Schreiben, das kann auch bedeutende Männer nicht reizen zum Handeln. Wollen wir ehrlich sein, so müssen wir bekennen, daß die Thätigkeit des Liberalismus während der angegebenen Zeit in den Kleinstaaten wohl viel Verdienstliches hatte, die Zustände der einzelnen Länder in manchen Stücken erheblich verbesserte, namentlich oft genug Schlimmes verhinderte, vor Allem den Geist der Nation wach hielt und ihm die erste politische Schulung gab, daß sie aber im Ganzen klein, unerquicklich und unfruchtbar blieb und der Nation nicht gewähren konnte, was dieselbe so dringend bedurfte. Es war das nicht die Schuld des Liberalismus, sondern der Verhältnisse. *Damit der Mann im Staate wirken könne, muß er vor Allem einen Staat haben; alle jene einzelnen deutschen Länder aber, auf welche der Liberalismus durch die Resignation Preußens sich beschränkt sah, waren keine Staaten.* Sie besaßen weder die für jeden Staat unerläßliche Selbständigkeit der Bewegung, noch verfügten sie über die ebenso unerläßliche Summe der geistigen und materiellen Mittel. Allem ihren Thun war die engste Grenze gezogen. In der großen Politik wurden sie durch den vereinigten Druck von Oesterreich und Preußen gehemmt oder durch den Antagonismus der beiden Großmächte willenlos hin und her geworfen. In der inneren Verwaltung genirte der unabweisbare Einfluß von so und so vielen Nachbarn und vor Allem der Mangel einer Gebietsausdehnung, welche eine Thätigkeit in größerem Styl

ermöglicht hätte. Der beste Wille der Regierenden mußte an der Enge des Raumes und an der Dürftigkeit der verfügbaren Kräfte scheitern. Die von bitterer Nothwendigkeit auferlegte Zwergpolitik verzerrte jede staatliche Lebensäußerung mehr oder weniger zur Carricatur.

Die Gerechtigkeit verlangt anzuerkennen, daß diese Kleinstaaten unter den gegebenen Verhältnissen im Durchschnitt mehr leisteten, als man mit irgend welcher Wahrscheinlichkeit hätte voraus sagen mögen. In der That, nur die Bescheidenheit und Gewissenhaftigkeit der deutschen Natur machte es möglich, daß diese kümmerliche Kleinstaaterei im Ganzen eine Tüchtigkeit der Administration gewann, der wir es verdanken, daß ein großer Theil des deutschen Volkes, trotz der peinlichsten Ungunst der politischen Lage, seit 1815 wirthschaftlich und geistig die erfreulichsten Fortschritte gemacht hat. Es gehörte die ganze Uneigennützigkeit und stille Häuslichkeit unserer Art dazu, um all diesen kleinen Staatswesen unermüdliche und redliche Beamten zu schaffen. Mehr in's Große, auf Glanz und Macht gerichtete Menschen, als wir es sind, hätten diese Misère nie ertragen, die uns erst spät als Misère erschien, von Vielen noch heute als unser größter Stolz gepriesen wird. Aber wenn so in diesen Kleinstaaten die stille Detailarbeit des Beamten meist gedieh, Bürger und Bauer sich behaglich fühlte im engsten und ärmsten Kreise, sogar der deutsche Idealismus sich nicht hindern ließ am Aufbau der prächtigsten Luftschlösser, so war doch das platterdings unmöglich, daß diese Scheinstaaten ein wirkliches politisches Leben entwickeln halfen. Man darf nur nicht vergessen, daß es bei uns darauf ankam, die ersten Elemente politischer Bildung zu gewinnen, nach einer absolut unpolitischen Vergangenheit von Jahrhunderten den ersten Schritt zu thun aus einer durchaus von privaten Interessen, von häuslichen, wissenschaftlichen, poetischen, religiösen Bestrebungen erfüllten Existenz auf die große Bühne des Staatslebens. Dieser Schritt konnte mit Erfolg nur unternommen werden, wenn die besten Köpfe der Nation daran eifrigsten Theil nahmen, wenn große Ziele unter den günstigsten Umständen sie vom Buch und aus der Stube auf den Markt riesen. Wo aber in aller Welt boten die deutschen Kleinstaaten in jenen Jahren solche Ziele und solche Umstände? Alles verschwor sich, um auch die politisch Eifrigsten zurück zu scheuchen und hätten wir Männer besessen, von der Natur mit den größten Gaben für eine große Staatsthätigkeit ausgestattet, sie wären durch die völlige Unmöglichkeit irgend befriedigende Resultate zu erringen, ja jene Gaben überhaupt nur zu üben, von der politischen Carrière abgeschreckt worden. Und so ist es denn geschehen, daß neben der stattlichen Reihe hervorragender Gelehrten, Künstler, Industrieller, Richter und Beamten, welche Deutschland in den drei und drei-

ßig Jahren nach der Begründung des Bundes hervor gebracht hat, kaum einzelne Männer genannt werden können, denen eine gewisse politische Bedeutung zuerkannt werden darf. Nicht wenige der bedeutendsten Führer des damaligen Liberalismus standen geistig tief unter dem Niveau, auf das Männer wie Niebuhr und Savigny unsere Staatseinsicht gehoben hatten und wenn ihre rohere Praxis im Ganzen richtiger das Bedürfniß der Zeit traf als die Weisheit jener Conservativen, so bringt doch eine eindringendere Betrachtung jener Zeit mehr und mehr an den Tag, daß ihre Opposition gegen den Bundestag aus stark particularistischen Motiven hervor ging und daß ihr Freisinn unter Umständen sich nicht bedachte über patriotische Pflicht und nationales Interesse leicht hinweg zu gehen. Man braucht nur Paul Pfizer's trefflichen Briefwechsel zweier Deutschen (1832) zu lesen, um gewahr zu werden, wie nahe damals der Gedanke lag, mit französischer Hülfe die Verfassungsinteressen zu fördern und man braucht nur an die verbissene Opposition zu denken, auf welche der Zollverein in diesen liberalen Kreisen des Südwestens stieß, um die unsichere und zweifelhafte Grundlage zu erkennen, welche diese Anfänge eines freien Lebens trug. Freilich hatte jede deutsche Kammer fort und fort ihre Größen, freilich traten hie und da Männer auf, deren Wort über die engen Grenzen des Landes hinüber tönte, Einzelne sogar, zu denen die enthusiastische Jugend der ganzen Nation bewundernd aufblickte, aber mit sehr wenigen Ausnahmen schlummern alle diese Größen schon nach zwanzig, dreißig Jahren den süßen Schlaf der Vergessenheit. Man gehe in die einzelnen Länder und frage nach den Koryphäen der Opposition von 1820 oder 1830 und nur wenige dankbare Gemüther wird man finden, die sich ein lebendiges Gedächtniß bewahrt haben für die patriotischen Leistungen jener Männer, welche es unternahmen, ihr Volk aus unwürdigen Zuständen zu befreien und ein Leben voll Mühe und Entsagung einer unlösbaren Aufgabe opferten.

Daß diese Aufgabe nach jeder Seite auf die ungeheuersten Schwierigkeiten stieß, daran trug eine besondere Schuld die abnorme Stellung unseres Adels. In jedem monarchischen Staate ist der Adel der eigentlich politische Stand. Nicht nur in England ist es seit Jahrhunderten der Adel in seinen verschiedenen Klassen gewesen, welcher die Last der politischen Arbeit fast ausschließlich getragen hat, sondern auch in den continentalen Staaten hat ohne Ausnahme der Adel immer eine hervorragende Rolle in den Staatsgeschäften gespielt und wenn diese Rolle in der modernen Verfassungsgeschichte Frankreichs und Spaniens eine wenig glückliche gewesen ist, so liegt eben darin ein wesentlicher Grund, weshalb es diese Länder bis zur Stunde in geordneter politischer Freiheit so wenig weit

gebracht haben, während auf der anderen Seite Italien seine ungeahnten Erfolge hauptsächlich der intelligenten und patriotischen Theilnahme seines Adels an dem großen Werke der nationalen Wiedergeburt verdankt. Die unveränderliche Natur der Verhältnisse ist die Ursache dieser überall in gleicher Weise hervortretenden Erscheinung, daß monarchische Staaten nur die Wahl haben, entweder mit Hülfe des Adels zu einer moderirten Verfassung, zu parlamentarischen Formen zu gelangen, oder unter der Herrschaft einer bureaukratischen, mehr oder weniger absolutistischen Regierung zu bleiben. In allen modernen Staaten hat sich das Bürgerthum zu einer hohen wirthschaftlichen Bedeutung, zu einer stolzen Macht der wissenschaftlichen und industriellen Intelligenz erhoben; alle modernen Staaten ruhen wesentlich auf der bürgerlichen Arbeit, alle werden daher auch im politischen Leben den bürgerlichen Kräften einen bedeutenden Einfluß einräumen müssen. Aber zur eigentlichen politischen Action ist nichts destoweniger der Mittelstand wenig geschaffen. Er wird überall ein Hauptfactor im Staatsleben sein, seine Einsicht, seine Thätigkeit, sein Vermögen wird vom Staat in erster Linie in Anspruch genommen, seine Interessen und Tendenzen werden von jedem verständigen Staatsmann in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Aber die Natur seiner gesellschaftlichen Stellung, die Wirkung seiner Berufsthätigkeit auf Lebensgewohnheiten und Charakterformen und Gedankenrichtungen wird den bürgerlichen Mann nur in seltenen Fällen befähigen, in großen politischen Geschäften mit Erfolg zu arbeiten. Er wird den Kammern die einsichtigsten und kenntnißreichsten Mitglieder, aber nur selten Führer geben, welche die gesammte Situation mit staatsmännischem Blick zu beherrschen und im entscheidenden Augenblick die entscheidende That zu thun verstehen. Er wird den Ministerien die vortrefflichsten Räthe liefern, aber nur selten gute Minister, welche im Stande sind, ebenso geschickt mit den regierenden Herren zu verkehren wie mit den Abgeordneten. Der Bürger ist geschaffen zur Arbeit, aber nicht zur Herrschaft und des Staatsmanns wesentliche Aufgabe ist zu herrschen. Die tüchtigsten Kräfte des Bürgerthums haben sich von unten herauf gearbeitet, ihre Wiege stand in einem engen Stübchen, in engen und ärmlichen Verhältnissen war ihre Jugend ein Kampf mit Noth aller Art, erst spät errangen sie eine Stellung, die einen freieren Blick gewährt über die Lage der Welt und Arbeit und Mühe für ihr Haus, ihr Geschäft bleibt in der Regel das Loos ihres Lebens, bis die schöpferische Kraft verbraucht ist. Ein solcher Lebenslauf ist der menschlichen Tüchtigkeit das Förderlichste, was gedacht werden kann, er giebt Charakter, Freiheit und Reinheit der Seele. Aber wer so sich empor gerungen hat, der ist in einem gewissen Sinne für die Politik zu gut. Er hat gelernt,

in allen Dingen der eigenen Kraft vertrauen und der eigenen Ueberzeugung folgen, er biegt und schmiegt sich nicht, er trägt einen hohen männlichen Stolz in sich und doch wieder eine schüchterne Bescheidenheit, er ist stark aber auch ungelenk, er ist gewissenhaft aber auch eigensinnig. Stellt einen solchen Mann in einen Kreis von Diplomaten oder stellt ihn neben einen Thron: er wird jene innerlich gering schätzen und doch von ihnen dupirt werden, der Pomp des Schlosses wird ihm bald zu sehr imponiren, bald ihn zu sehr abstoßen. Er wird sich immer in einer fremden Welt fühlen und nach der Stille und Unabhängigkeit seiner bürgerlichen Arbeit zurück verlangen. Das Bürgerthum ist nun einmal im Kern seines Wesens demokratisch und dieser demokratische Grundzug wird den bürgerlichen Staatsmann immer in einen gewissen Gegensatz rücken zu den aristokratischen Existenzen, welche jeden Monarchen umgeben und tragen und dieser Gegensatz wird die Folge haben, daß er sich entweder mit Verleugnung seiner Natur in eine servile Unterthänigkeit stürzt oder in einer fortwährenden kleinen Reibung eine Fülle der besten Kraft nutzlos verbraucht.

Aber alle diese Mißstände verschwinden vor dem Einen, daß der Bürgerliche erst spät, von einem ganz anderen Berufe aus zur Politik kommt, daß er nicht zum Staatsmann erzogen und gebildet ist, daß ihm deshalb wesentliche Kenntnisse, Uebungen, Geschicklichkeiten fehlen, deren der Staatsmann in keiner Weise entbehren kann. Es ist einer der verderblichsten Irrthümer, in welche uns unsere ganz unpolitische Art und der Mangel aller großen politischen Erfahrungen verstrickt hat, zu meinen, jeder tüchtige Gelehrte, Advocat, Kaufmann, Beamte, der Interesse habe an öffentlichen Dingen und fleißig die Zeitung lese, sei befähigt activ in die Politik einzugreifen, es bedürfe dafür durchaus keiner besonderen Vorbereitung, keines speciellen Studiums und die Politik lasse sich vortrefflich neben den sonstigen Berufspflichten treiben. Allerdings wenn diese Politik sich nicht höher versteigt, als in irgend einer kleinen Kammer an den Regierungsvorlagen ein wenig herum zu pflücken, hier einen Schreiber und da einen Gensdarmen zu streichen, dem Wahlbezirk eine Chaussee zu verschaffen oder eine Eisenbahnstation, dann sind ja gewiß verständige Bürgermeister, Beamte und Richter unter der Leitung eines etwas weiter sehenden Professors oder Juristen ein ganz gutes Collegium. Aber es wird doch Niemand behaupten, daß mit dieser Art von Kammerthätigkeit irgend etwas Erhebliches geleistet werde, und wenn nun, wie es doch auch der kleinsten deutschen Kammer begegnet, größere Entscheidungen gegeben werden sollen, die mehr verlangen als die leidliche Kenntniß eines Wahlbezirks und die Einsicht eines kleinstädtischen Biedermanns und die Cha-

rakterstärke eines abhängigen Beamten, wie sieht es dann aus? Ich kenne keinen seltsameren Anblick, als den unsere deutschen Kammern gewähren, wenn sie wirkliche politische Fragen zu lösen haben. Dieses ernste, gewissenhafte, gründliche deutsche Volk zeigt sich da in denjenigen, denen es die Entscheidung über seine größten Geschicke anvertraut hat, von einer Seite, die zu seiner sonstigen Art den unerfreulichsten Contrast bildet. Die Männer, die da in solchen wichtigen Momenten auf den grünen oder rothen Bänken sitzen, sind in ihrem Beruf gewiß von anerkennenswerther Tüchtigkeit, wie hätten sie sonst das Vertrauen der Wähler gewonnen? aber nun sollen sie über Dinge entscheiden, die ihrem Gesichtskreise fern liegen, über die sie keinerlei selbständiges Urtheil, keinerlei gründliche Kenntniß haben. Da werden sie dann entweder die Beute der ministeriellen Ueberlegenheit, die ihnen oft mit den plumpsten Künsten Beschlüsse entreißt, deren Consequenz sich ihrer Einsicht verbirgt, oder sie ermannen sich zu einem tapferen oppositionellen Votum, das aber schon deshalb keine praktischen Folgen hat, weil die Opposition nur in den seltensten Fällen über die Kräfte verfügt, welche im Stande wären die Regierung zu übernehmen. Diese Kräfte aber fehlen, weil die Versammlung mit verschwindenden Ausnahmen von Personen gebildet wird, welche sich nur nebenher mit der Politik beschäftigen. Eine Kammer, deren Parteien nicht von wirklichen Staatsmännern geführt werden, ist eine Mißgeburt; Staatsmänner aber werden so wenig im späteren Alter improvisirt als tüchtige Mediciner, Juristen und Philologen. Staatsmänner gehen nicht aus einer dilettantischen Beschäftigung mit dem Staat hervor, sondern aus einer ernsten, dem Staat gewidmeten Lebensarbeit. Politik ist ein Beruf wie Jurisprudenz und Medicin, und zwar der höchste und schwierigste Beruf, dem sich der Mann widmen kann. Es ist eine wahre Versündigung am deutschen Lande und am deutschen Namen, daß wir, die wir das Kleinste mit gründlicher Sammlung aller Kräfte betreiben, das Größte und Höchste der menschlichen Dinge, den Staat, mit spielendem Dilettantismus abthun zu können meinen, wir, die unter allen Nationen die schwierigste politische Aufgabe zu lösen haben mit den bescheidensten politischen Anlagen.

Wenn nun aber bedeutende politische Leistungen nur erwartet werden können von Männern, welche die Politik zu ihrem Lebensberufe gemacht haben, und wenn dem bürgerlichen Stande die eigentlich politische Carrière fern liegt, so ergiebt sich daraus von selber, wie unerläßlich jedem Volke die Beihülfe des Adels ist, wenn es große politische Aufgaben lösen will. Haben doch selbst wir, unter denen bürgerliches Wesen und bürgerliche Anschauungen und Bestrebungen ein ganz ungebührliches Uebergewicht erlangt haben, sogar in unserem kleinstaatlichen Leben die Erfahrung ge-

macht, daß die wenigen wirklich hervorragenden politischen Köpfe in der Regel dem Adel angehören! Aber es war unser Verhängniß, daß der auch bei uns zur politischen Führung berufene Adel mit seltenen Ausnahmen dem nothwendigen Streben der Nation in kleinlicher und bornirter Feindseligkeit gegenüber stand. Zwei mit einander auf's innigste zusammenhängende Aufgaben waren uns seit 1815 gestellt: wir hatten den unsere Nation zerreißenden Particularismus und den mit diesem verbündeten Absolutismus zu brechen; wir hatten dem Volk die natürliche Thätigkeit im Staate zurück zu erobern und einen der Bedeutung dieses Volkes entsprechenden Staat zu schaffen. In beiden Stücken hat bis zur Stunde der Adel als Stand gegen uns gekämpft, statt daß es sein wie des englischen und italienischen Adels Beruf gewesen wäre, an der Spitze der Nation nach einer politischen Gestaltung zu ringen, die allein auch ihm eine seiner würdige Stellung zu geben vermag. Auch diese Abnormität verdanken wir hauptsächlich der Krankhaftigkeit unserer bisherigen Entwickelung, welche die Nation auflöste in ein Chaos particularer Gebilde. Da die Kaiser den nationalen Staat nicht zu behaupten vermochten, fiel der Adel von seinem natürlichen Berufe ab, unter dem Monarchen den ersten Rang einzunehmen, und bekleidete sich selber mit den Fetzen der monarchischen Würde. Was wirklich aristokratische Kraft in sich trug, wurde souverän in jener traurigen Mißgestalt, welche das heilige römische Reich deutscher Nation seit dem sechszehnten Jahrhundert zu einer wunderlichen Carricatur aller gesunden Staatsordnung machte. Diese adlige Scheinsouveränetät aber stand im unversöhnlichen Widerspruche mit allen großen nationalen Tendenzen, und dieser Widerspruch prägte allmählich unserem Adel einen ganz volksfeindlichen Charakter auf. Da er auf den Duodezthronen saß, deren Existenz selber mit der Würde und Macht der Nation unverträglich war, da er von den kleinen Höfen aus über das Volk herrschte, statt an der Spitze des Volkes einem wirklichen Staate zu dienen, so verfiel mit der Zeit sein ganzes politisches Wesen, sein politisches Denken und Trachten einer Verschrobenheit, die ihn von der gesunden Kraft des Volkes weiter und weiter trennte. Aber er verlor auch den natürlichen und für seine eigene Erhaltung nothwendigen Zusammenhang mit dem Bürgerthum. Wo der Adel eine normale Stellung einnimmt, da unterhält er fortwährend mit der großen bürgerlichen Schichte der Gesellschaft einen erfrischenden Austausch: er giebt ihr seine jüngeren Söhne zurück und nimmt von ihr die hervorragendsten Kräfte in seine Mitte auf. Es herrscht da kein feindseliger Gegensatz zwischen Adel und Bürgerthum, sondern eine wohlthätige Arbeitstheilung. Nur unter dieser Bedingung, daß es seine besten Repräsentanten in den eigentlich politischen Stand entsen-

det, kann das Bürgerthum dem Adel die oberste Staatsleitung überlassen und nur auf dieser verständigen Gemeinschaft der Interessen unter den verschiedenen Elementen der Staatsgenossenschaft kann ein kräftiges Staatswesen ruhen. Wir hatten das genaue Gegentheil dieses normalen Verhältnisses, und in Folge davon nahm unsere politische Entwickelung den verdrießlichsten Gang. Nirgends in Europa außer bei uns ist der Adel auf die Dauer der Verbündete des Absolutismus gewesen, nirgends als bei uns hat er systematisch bureaukratische Regierungsformen vertreten gegen den Anspruch auf Selbstverwaltung, in der dem Adel immer eine bedeutende Rolle zufallen muß, während er neben der Bureaukratie mit allen höfischen und militärischen Connexionen machtlos ist. Diese sinnwidrige Haltung unseres Adels vergiftete nun aber vollends die politischen Kämpfe des kleinstaatlichen Liberalismus; denn sie entzog demselben die natürlichen Führer, sie war neben dem absolutistischen Druck der beiden Großmächte ein weiteres Moment, das den Liberalismus zu unfruchtbarer Opposition verurtheilte, und sie gab ihm endlich eine radicale Tendenz, welche vielleicht der Monarchie, gewiß dem Liberalismus gefährlich wurde.

Wer alle diese Umstände unbefangen würdigt, wird die Erfolglosigkeit der liberalen Bestrebungen bis zum Jahre 1848 natürlich finden. Eingeschlossen in eine Menge kleiner Staaten, die nur kleine Kräfte auf die politische Bühne lockten, unter dem Druck des österreichischen und preußischen Absolutismus, bekämpft von Dynastien, deren Naturwidrigkeit sich nur behaupten konnte, wenn der Nation ein gesundes politisches Leben versagt blieb, bekämpft von dem mit diesen Dynastien, in denen er selber herrschte, unlöslich verwachsenen Adel, bekämpft endlich von einer vielfach verdienten Bureaukratie, welche die beste politische Kraft des Bürgerthums in sich schloß, so konnte der Liberalismus nie zu einer herrschenden Macht im Staate werden. Er war auf das undankbare Geschäft der Opposition angewiesen, dem er sich dreißig Jahre widmete, in manchen einzelnen Dingen erfolgreich, im Ganzen und Großen mit verbitternder Unfruchtbarkeit geschlagen. Das was das Ziel jeder gesunden Partei sein muß, nach errungenem Siege die eigenen Gedanken regierend zu verwirklichen, dieses Ziel konnte der Liberalismus nur in seltenen Ausnahmefällen, von einem glücklichen Zufall begünstigt, erreichen. Er siegte wohl öfter, aber die Ungunst der gesammten Lage ließ ihn kaum je zur Regierung kommen, und weil ihm so die Erfahrungen abgingen, welche allein in der Regierung erworben werden, und weil seiner Thätigkeit das natürliche positive Ziel versagt war, gerieth er in jene negative Opposition, deren Streben oft mehr dahin ging, die feindliche Regierung zu hemmen als den Staat zu fördern, in jene verderbliche Betrachtungsweise, der jede Regierung an sich

etwas Uebles ist und die deshalb dazu kommt, die Existenz des Staates selber zu untergraben.

Der Liberalismus hatte dreißig Jahre vergebens gerungen, der Nation eine erträgliche staatliche Existenz zu erobern. War deshalb seine Arbeit fruchtlos? Erhebliche positive Resultate konnte er unmöglich gewinnen, so lange er auf die Thätigkeit in den Kleinstaaten beschränkt blieb, so lange er auf einer jedes wahrhafte Staatsleben an sich ausschließenden Operationsbasis stand, so lange er, in zahlreiche kleine Detachements zerrissen, von der geschlossenen Uebermacht Oesterreichs und Preußens nieder gedrückt und von dem den Absolutismus und Particularismus repräsentirenden Bundestage gefesselt wurde, so lange er unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen nur die Minderzahl der Deutschen in Bewegung setzen konnte. Der Versuch, im vereinzelten Kampf die Kleinstaaten für sich zu erobern, mußte nothwendig scheitern, und der Versuch, die gesammelte nationale Kraft zum Sturm zu führen, konnte gar nicht einmal gemacht werden, so lange das preußische Volk zur Seite gehalten wurde. Aber wie verderblich alle diese Umstände wirkten, wie schlimm es namentlich war, daß sie die Spitze des liberalen Angriffs gegen Beschwerden zweiten Ranges richteten und von dem eigentlichen Sitz des Uebels, von der nationalen Zerrissenheit, ablenkten, daß die einzige große nationale Schöpfung jener Zeit, der Zollverein, von den Liberalen sogar vielfach die erbittertste Anfeindung erlitt, dennoch wurde das Große erreicht, daß die Nation mehr und mehr zu politischem Leben erwachte, daß die Reihen der Kämpfer sich mit jedem Jahre ausdehnten und vertieften, daß der Kampf von den südlichen zu den nördlichen Kleinstaaten vordrang und endlich auch Preußen ergriff. Bis zur Julirevolution beschränkte er sich eigentlich ganz auf die süddeutschen Kammern unter sehr geringer Theilnahme der Literatur. Seit 1830 traten Sachsen, Kurhessen, Hannover, Braunschweig hinzu und die Presse nahm einen erheblichen Aufschwung. Die eigentliche Macht des deutschen Geistes stand aber auch damals noch zweifelnd oder abgeneigt zur Seite. Die brutale Austreibung der Göttinger Sieben rief zuerst die deutsche Wissenschaft in die Arena. Diese hatte bis dahin wesentlich in der Humboldt'schen Anschauung, oder doch wenigstens in äußerlicher Uebereinstimmung mit derselben, das Reich der Ideen cultivirt, unsere Professoren hatten wie olympische Götter auf den Lärm der gemeinen Wirklichkeit herab geblickt, voll Geringschätzung gegen die oberflächlichen Raisonnements der Kammerredner und die Bodenlosigkeit der Rotteck'schen Staatstheorie, ebenso oft voll serviler Unterwürfigkeit gegen die Macht,

und wäre es auch nur die Scheinmacht von Darmstadt oder Kassel; der hannoversche König erwarb sich das Verdienst, indem er anerkannte Zierden der deutschen Wissenschaft mit plumper Faust antastete und zugleich dem deutschen Gewissen den Krieg erklärte, die göttliche Ruhe der deutschen Professorenwelt aufzustören und eine Reihe der Hervorragendsten mitten unter die Kämpfer des Tages zu stellen. Die großen wissenschaftlichen Thaten, zu welchen die Sätze Kant's und Wolf's den Grund gelegt hatten, waren inzwischen auf den verschiedenen Gebieten in der Hauptsache vollbracht, nach der Poesie und Philosophie hatte die gelehrte Forschung ihre Arbeit in rühmlichster Weise gethan, und eine unabweisbare Nothwendigkeit trieb nun die Nation, nachdem sie das Reich des Geistes in allen Richtungen ausgebaut, endlich den Grund jeder nationalen Existenz, den Staat, ernstlich in's Auge zu fassen. Die Wissenschaft selber nahm eine praktische Wendung: die Geschichte nahte sich, die Räthsel des grauen Alterthums mehr den Antiquaren überlassend, den Problemen der Gegenwart, die Theologie wagte Fragen zu erörtern, die jedes christliche Gemüth gewaltig bewegten, die Naturwissenschaften setzten sich zu den Aufgaben der Industrie und des Ackerbaus in die lebendigste Beziehung, und die Jünger Hegel's, des königlich preußischen Staatsphilosophen, wandten die dialektischen Formeln des zuletzt hochconservativen Meisters an als furchtbare Mauerbrecher gegen die stärksten Positionen des Bestehenden. Alles geistige Leben gerieth in starke Gährung; das ruhige Phlegma des deutschen Philisters, dem es eben noch als unbestreitbares Axiom gegolten hatte, daß ein ordentlicher Mann sich um Politik nicht zu kümmern habe, wurde zugleich von der lebhaften Sprache der Zeitungen und dem Brausen der ersten Locomotiven erschüttert, und damit nichts fehle, um die deutsche Indolenz in die Enge zu treiben: König Friedrich Wilhelm IV. übernahm es, die stehenden Wasser des preußischen Staatslebens von Grund aus aufzuregen. Er hatte noch nicht acht Jahre mit seinen widerspruchsvollen Experimenten in die glimmenden Kohlen geblasen, so schlug die Lohe in wilden Bränden um die Kuppel des Königsschlosses von Berlin.

Von dem Augenblicke, da Preußen in den politischen Kampf eintrat, wurden die Chancen des Liberalismus absolut andere. Der Vereinigte Landtag zeigte sofort den unendlichen Abstand zwischen der parlamentarischen Kraft eines wirklichen Staats und den Oppositionsversuchen kleiner Kammern. Bis dahin war der Liberalismus darauf beschränkt gewesen, in aussichtslosem Ringen die Kräfte zu üben und zu mehren, bis dahin hatte er nur die Außenwerke der feindlichen Stellung, die Polizeiwillkür, die Censur, die geheimen Gerichte u. s. w. angreifen können: jetzt begann der ernste Kampf in geschlossenen Reihen mit starken Massen, und unter

den Kämpfern traten alsbald solche hervor, welche die Absicht und das Vermögen hatten, positiv in das Staatsleben einzugreifen und von der richtigen Einsicht ausgingen, daß es weniger darauf ankomme viel zu fordern als etwas zu erreichen. Hätte Preußen nur einige Jahre Zeit gehabt auf diesem Wege fortzuschreiten, es würde rasch das Versäumte nachgeholt haben. Aber die Revolution beendete die Vorbereitung, ehe sie ihr Ziel erreicht hatte und stellte Aufgaben, für deren glückliche Lösung die Kräfte noch fehlten. Die Bewegung traf sogleich den Mittelpunkt der gegnerischen Macht:. den souveränen Particularismus. Man begriff endlich, daß mit aller Freiheit der Einzelstaaten wenig gewonnen sei, daß es vor Allem darauf ankomme, den nationalen Staat zu schaffen. Freilich entbrannte sofort um diesen Punkt der heftigste Hader unter den bisher mit einander Verbündeten. Hatte bisher Alles, was liberal war, nur den gemeinsamen Feind gesehen, ohne gewahr zu werden, wie unendlich weit die eigenen Forderungen aus einander gingen, so zeigte gleich der März 1848, daß die Ungesundheit der bisherigen Verhältnisse eine Fülle der verderblichsten Bestrebungen erzeugt hatte. Da der Liberalismus bis dahin ausschließlich Opposition gemacht hatte, seine Politik in der Hauptsache auf Rede und Schrift beschränkt geblieben war, so hatten sich die mannigfaltigsten Theorien bilden können über die beste Art den Staat einzurichten. Der negative Zug, der dem Liberalismus durch die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen aufgezwungen war, hatte namentlich in den vierziger Jahren, da der Widerspruch zwischen den wirklichen Zuständen und den berechtigten Ansprüchen der Nation immer schneidender wurde, eine gefährliche Stärke erlangt. Die verwegnen Theorien der Junghegelianer, die tollen Lehren des französischen Radicalismus hatten zusammen treffend mit den romantischen Restaurationsversuchen des preußischen Königs in den Köpfen der Jugend und auch mancher Reiferen eine furchtbare Verwirrung angerichtet, und in den Kammerkämpfen Badens und Sachsens in einer schallenden Rhetorik geübte Volkstribunen meinten nun alles Ernstes, von dem Phantom der französischen Republik geblendet, der Augenblick, in dem das deutsche Volk den ersten ernsten Versuch machen konnte, sich eine gewisse Theilnahme an der Bestimmung seiner öffentlichen Geschicke zu erobern, sei geeignet, auf das letzte Ziel eines phantastischen Radicalismus loszustürmen. Die Nüchternheit unseres Volkes räumte zwar diesem Extrem nur eine enge Bühne ein, um seine zerstörenden Experimente in Scene zu setzen; da aber die Masse auch der Gebildeten jeder politischen Erfahrung und Uebung noch entbehrte, so wurde auch die besonnene Mittelpartei, der die große Mehrheit der Nation mehr oder weniger klar folgte, vielfach von träumerischen Anwandlungen in's

Schwanken gebracht und gehindert, rasch und consequent auf ein erreichbares Ziel hinzuarbeiten. Vor Allem mußte jetzt Preußen schwer dafür büßen, daß es seinem Volke so lange eine große politische Thätigkeit versagt hatte. Statt der feste Halt einer verständig schaffenden Reform zu sein, wurde es der Tummelplatz der wüstesten Utopien und statt in seiner Hauptstadt die deutschen Kräfte zu sammeln, mußte es von Frankfurt mäßigende Einflüsse erwarten. Mehr als ein anderes Land wurde es der Spielball der zerstörenden Extreme und nachdem eine Weile die Berliner Nationalversammlung geschäftig gewesen war, die unerläßlichen Fundamente einer monarchischen Staatsordnung zu zerstören, trat dann jene unselige Restaurationspartei hervor, welche es zu ihrer Aufgabe zu machen schien, den preußischen Adel in einen unversöhnlichen Gegensatz zu allem gesunden Staatsleben und zu den unverrückbaren Zielpunkten preußischer Politik selbst zu stellen.

Während so von Berlin jede Art politischer Verderbniß ausging, wurde in Frankfurt der Versuch gemacht, die deutsche Krankheit schonend und doch gründlich zu heilen. Wie hätte dieses Unternehmen nicht auf die zahlreichsten Schwierigkeiten stoßen sollen? Wie hätten die Deutschen im Stande sein sollen die Klippen zu umschiffen, an denen noch fast jede constituirende Versammlung gescheitert ist? Die Männer, welche sich in der Paulskirche an das Ungeheure wagten, erwarben sich wenigstens das große Verdienst, während sie in einer Zeit der wildesten Gährung in den Freiheitsfragen dem besonnenen Maß vergeblich die Herrschaft zu erhalten rangen, für die Neuordnung Deutschlands ein Programm aufzustellen, das in der chaotischen Verwirrung über die Hauptfragen das erste Licht verbreitete. Jeder gerechte Beurtheiler, der die Lage der Zeit umsichtig erwägt, wird es dem Centrum nachrühmen, daß es nüchterne Einsicht und politische Bildung in einem Umfange offenbarte, wie ihn der bisherige Verlauf unserer politischen Entwickelung durchaus nicht hoffen ließ. Plötzlich aus der Enge der Kleinstaaterei auf die größte Bühne gestellt, aus der Discussion oft recht gleichgültiger Theorien vor die Lösung der schwierigsten Weltfragen geführt, für diese Aufgabe fast ohne alle vorbereitende Arbeit der Literatur, ohne alle Stütze einer organisirten Regierungsgewalt, auf allen Seiten von tumultuarischen Ansprüchen bedrängt, auf einem Boden stehend, dessen politische Zustände jeden Monat die wichtigsten Veränderungen erfuhren, wußten diese zum großen Theil vom Katheder oder von anderen ganz unpolitischen Thätigkeiten abgerufenen Männer eine Festigkeit und Umsicht zu bewähren, die, wenn sie nicht das ersehnte Ziel im ersten Lauf erreichte, doch das politische Denken der Nation in der erfreulichsten Weise umgestaltete.

Der erste Versuch die deutsche Frage zu lösen mußte scheitern, schon deshalb, weil die wirkliche Macht der dabei maßgebenden Factoren, der einander entgegen strebenden Interessen erst durch diesen Versuch offenbart werden mußte. Wie Preußen und Oesterreich, wie die verschiedenen Kleinstaaten zu dieser Frage standen, wie die Dynastien und wie die Bevölkerungen sich zu ihr verhielten, wie das Ausland auf ihre Lösung einzuwirken versuchen werde, darüber konnte noch im Sommer 1848 Niemand etwas Zuverlässiges wissen. Erst in dem Maße, wie die Mehrheit der Paulskirche ihr Verfassungsproject reifte, traten alle jene Verhältnisse allmählich an den Tag. Nicht nach Maßgabe dieser Verhältnisse konnte daher die Mehrheit ihren Plan entwerfen, sondern vielmehr auf Grund dessen, was sie im Allgemeinen nach den bisher in deutschen Dingen gemachten Erfahrungen für wünschenswerth und möglich hielt, was der allgemeinen Natur der mit einander zu verbindenden Staaten zu entsprechen schien. Bei dieser Sachlage wird es gewiß zu allen Zeiten Anerkennung finden, daß die Versammlung, abgesehen von den unglücklichen ebenso despotischen wie radicalen Grundrechten, einen Verfassungsplan aufzustellen verstand, der in gewissen Hauptpunkten den Bedürfnissen der Nation Befriedigung verhieß, ohne die krause Mannigfaltigkeit des historischen Bestandes zu zertreten, der den Antagonismus Oesterreichs und Preußens zu schlichten versprach, zwischen conservativer und radicaler Einseitigkeit die Mitte suchte, und daß sie diesem Plan in einer mitten unter der größten revolutionären Confusion gewählten Versammlung eine freilich nur schwache Mehrheit zu schaffen wußte. Im Vergleich mit unserem bisherigen Politisiren war die Reichsverfassung ein erheblicher Fortschritt, wie wenig es begriffen werden kann, daß Manche noch heute in ihr eine brauchbare Grundlage unseres nationalen Lebens erkennen wollen, da es jetzt doch klar sein sollte, wie unzulässig sie zwischen den Principien des Einheits- und des Bundesstaats schwankt, und wie unmöglich die abstract durchgreifende Einheit ist, die sie aus den einzelnen Staaten zimmern will. Ihr Hauptverdienst bestand vielmehr darin, in die Nacht unserer politischen Träume das erste hellere Licht zu werfen und den Weg anzudeuten, der aus dem Labyrinth der deutschen Zersplitterung führen könne.

Mehr freilich als das zu leisten überstieg in jedem Betracht die Kräfte dieses ersten deutschen Parlaments und die Möglichkeiten der damaligen Lage. Blicken wir auf die traurige Verwirrung, welche in diesem Frühling die deutschen Lande erfüllte, nachdem die 1848 zuerst aufgeworfenen Fragen achtzehn Jahre lang discutirt und nach allen Richtungen die reichsten Erfahrungen gemacht waren, so müssen wir es als eine überraschende Gunst des Geschickes preisen, daß damals die Männer sich zu-

sammen fanden, welche unter den schwierigsten Verhältnissen nur so viel vermochten. Die Ausführung ihres Plans freilich mußte scheitern. Zuerst weil das Preußen von 1849, das Preußen Friedrich Wilhelm's IV., zur Lösung der ihm vom Parlament zugedachten Aufgabe durchaus unfähig war. Sodann weil die Nation auch einem besser gerüsteten Preußen die unerläßliche Unterstützung geweigert haben würde. Endlich weil die Reichsverfassung, von allen anderen Mängeln abgesehen, insofern ein theoretisches Product war, als sie sich nicht auf eine concrete ausführende Macht stützte, nicht von dem preußischen Interesse als dem allein maßgebenden ausging, sondern eine gewisse ideale Diagonale zwischen den widerstrebenden Interessen Preußens und der Kleinstaaten zog, welche einem Jeden möglichst gerecht zu werden trachtete, in Wahrheit aber Keinen befriedigte.

Friedrich Wilhelm IV. wies die Kaiserkrone zurück. Aber er versuchte den Grundgedanken der Reichsverfassung mit gewissen conservativen Modificationen durch das Dreikönigsbündniß zu realisiren. Die damaligen Rathgeber der preußischen Krone standen den politischen Anschauungen der Frankfurter Mehrheit möglichst fern, aber sie mußten ihr die widerwillige Huldigung darbringen, daß sie für die deutsche Zukunft einen Weg bezeichnet habe, der, obwohl überwiegend aus dem Gesichtspunkte der kleinen Staaten und von Angehörigen derselben entworfen, doch im Großen einem vitalen Interesse Preußens entspreche. Die Männer der Paulskirche waren gescheitert, da ihnen die reale Macht des preußischen Staats versagte. Sie sollten die bittere Genugthuung erhalten, daß diese Macht, der sie ihre patriotische Unterstützung nicht weigerten, viel kläglicher scheiterte. Sie sollten in den Wechselfällen der Union zusammen mit der preußischen Regierung die lehrreiche Erfahrung machen, daß der deutsche Particularismus, soweit er nur über ein gewisses Maß von Kraft verfügte, selbst einer maßvollen Unterordnung unter eine nationale Macht mit der heftigsten Leidenschaft widerstrebte. Eben hatten diese kleinen Kronen es erlebt, daß gegen die Revolution nur Preußen sie schützen könne, während Oesterreich vom Czaren die Rettung aus gleicher Noth erflehen mußte: kaum hergestellt, standen sie gegen den Retter in systematischer Conspiration und ruhten nicht, bis Preußen in Olmütz Buße that für die Sünde, mit schonendster Rücksicht auf die Dynastien ein Minimum nationaler Machtordnung erstrebt zu haben. Jene preußische Restaurationspartei, deren contrerevolutionärer Fanatismus die Excesse des vaterlandslosen Radicalismus zu überbieten trachtete, hatte bei dieser Erniedrigung Preußens den frohlockenden Helfershelfer gespielt.

Die deutsche Frage legte sich schlafen und die deutsche Ehre schlief neben ihr. Wir selber lieferten die Elbherzogthümer dem brutalen Dänen

aus, wir selber legten Hand an die deutsche Flotte. Ein lebhafter empfindendes Volk hätte die Schmach, welche der hergestellte Bundestag auf unsere Nation häufte, nicht ertragen. Wir waren gelassen genug, uns mit Resignation in Zustände zu finden, die uns nur unerquicklich schienen. Wir krochen in die kleine Privatexistenz zurück, schrieben und lasen wieder unzählige Bücher und gingen unseren sonstigen Geschäften nach. Unendlich klägliche Zeiten für Jeden, der Mannesstolz in sich trug.

Gottlob! sie sollten nicht lange währen. Neben uns war Italien erwacht, und Italien beugte sich nicht wie wir. Italien besaß einen Mann, der großen Muth mit größerer Klugheit verband, und es besaß einen König, in dem wirklich königliche Empfindungen lebten. Italien war nicht zerfressen von eigensinnigem Doctrinarismus, und Italien erfreute sich nicht des Gleichmuths oder wenn man lieber will der Seelengröße, welche sich über die unwürdigste Lage des Vaterlands zu trösten weiß mit der guten Ordnung des Hauses und dem tiefsinnigen Schwelgen in Ideen und Phantasien. Italien hatte den gesunden Groll eines seit drei Jahrhunderten mißhandelten Volkes gegen seine Peiniger, und es stellte diesem Groll einen klugen Sinn zur Verfügung, dem es in politischen Dingen um Erfolge, nicht um Meinungen zu thun ist. Und diese Empfindungen und Bestrebungen des italienischen Volkes theilte mit voller Energie der Adel, ob er in der Diplomatie oder im Heer stand; überall besetzte er die ersten Reihen in der nationalen Schlachtordnung. Während der Continent unter einer von Preußen bis nach Spanien reichenden Restauration seufzte, wagte das kleine Sardinien constitutionell zu sein und ein Land der modernen Volkswirthschaft, einen Stoß vorzubereiten, der die Lage des Welttheils von Grund aus ändern sollte.

An uns Deutschen ging diese große Bewegung fast unbemerkt vorüber. Europäische Fragen gab es für unseren Liberalismus kaum. Er besaß keine Organe, um den verschlungenen Windungen großer diplomatischer Actionen zu folgen. Ein kurzes Jahr zur Regierung gelangt, war er überall wieder zur Seite gedrängt, in private Stellungen zurück geworfen, aus denen nur spärliche und dünne Fäden in Regionen reichten, in welchen es einigermaßen möglich gewesen wäre die europäische Politik zu übersehen. Er stand wieder ungefähr wie vor 1848. Allerdings waren ihm in allen Staaten gewisse werthvolle Positionen geblieben, allerdings hatte er einen unendlich erweiterten Horizont; in Preußen war die Verfassung gerettet; Preßfreiheit, Geschwornengerichte und manches Andere stand in den meisten Staaten, wenn auch hart bedrängt, aufrecht. Aber er kämpfte wieder in zerrissenen Gliedern wie ehemals und diese Glieder

wurden überdies durch früher ungekannte Spaltungen gelockert. Demokraten und Constitutionelle, Großdeutsche und Kleindeutsche, bald auch Schutzzöllner und Freihändler theilten die vor 1848 geschlossene liberale Phalanx. In der großen Bewegung war manche kostbare Einsicht gewonnen, aber das Grundübel der deutschen Politik, der Particularismus, stand in vollster Blüthe. Die Vorkämpfer von Frankfurt, die Väter der Reichsverfassung, geriethen allmählich in Mißcredit oder richteten sich selber, wie Heinrich von Gagern, unbarmherzig zu Grunde. Der Mißerfolg ihrer Bestrebungen und die unerfreulichen Zustände in dem Preußen, dem sie die deutsche Macht hatten anvertrauen wollen, ließen sie dem lieben Publicum verdächtig werden, das sich in seinem kleinen Localpatriotismus wieder mit der philisterhaftesten Beschränktheit von den Gesängen der in hundert Farben schillernden landesherrlichen Loyalität einlullen ließ. Ueberhaupt stand die Politik in üblem Geruch. Industrie und Handel hatten einen mächtigen Aufschwung genommen; man verdiente viel Geld und lebte alle Tage besser. Rasch reich gewordene Kaufherrn hatten die Genugthuung, Bureaukratie und Adel finanziell, bald auch in einzelnen Fällen social zu überflügeln. Sie prunkten in den elegantesten Equipagen, sie hatten Livreen wie der Herr Baron, sie gaben Diners, an denen Diplomaten und Minister gern Theil nahmen, sie bekamen Orden und Titel, ja sie wurden, wenn es ganz gut ging, selber Baron. Wie hätten diese Millionäre dazu kommen sollen, sich mit den Verlegenheiten dieser Nation zu incommodiren, die keine Anleihen machte, keine lucrativen Concessionen ertheilte und durchweg in schlechten Verhältnissen lebte? Die Restaurationspolitik verstand es mit der haute finance und der großen Industrie die intimsten Beziehungen anzuknüpfen. Der böse deutsche Idealismus, der die Revolution entzündet haben sollte, während er in Wirklichkeit die morschen Throne gutherzig gerettet hatte, wurde nun gründlich ausgetrieben und nach Kräften durch einen Materialismus ersetzt, der bereit war für gutes Leben Alles dahin zu geben, was mit dem Curszettel in keinem unmittelbaren Rapport stand. In der Misère der Kleinstaaterei und Vaterlandslosigkeit hatte die Nation sich früher jenem transcendentalen Idealismus in die Arme geworfen, der von unserer großen Literaturepoche glänzend entfaltet auch dann noch unsere Köpfe beherrschte, als sie die Kraft verloren, sich in der scharfen und dünnen Luft der reinen Ideen zu behaupten; dieser Idealismus hatte unser Sehvermögen für die realen Dinge, er hatte namentlich die Gabe des männlichen Handelns bedenklich geschwächt. Nun wurden wir in das entgegengesetzte Extrem eines ziemlich raffinirten Materialismus geschleudert, und siehe da: dieser Materialismus wurde unseren politischen Fähigkeiten fast verderblicher als der Idea-

lismus. Denn nicht wie bei Engländern und Franzosen und Amerikanern durch die gewaltige Realität eines großen, mächtigen, alles private Gedeihen stützenden und fördernden Staatswesens balancirt, nahm dieser Materialismus alle die schlimmen Verirrungen auf, durch welche wir uns früher das nationale Leben zerrüttet hatten. Er fühlte sich kosmopolitisch erhaben über das kleine Elend deutscher Politik, und er spann sich echt philiströs in die prunkenden Genüsse seines Landsitzes ein; er ging allerlei gebildeten Liebhabereien nach, schwelgte in entnervender Musik, oder sammelte mittelmäßige Gemälde, oder pflegte ein reiches Gewächshaus, oder excellirte in irgend einer Branche der Thierzucht; er machte jedes Jahr eine große Reise und kannte die weite Welt mit Ausnahme seines eigenen Vaterlandes. —

Ist das zu bitter? o wahrhaftig es war bitter für jeden ehrliebenden Deutschen, dieses Buhlen des unabhängigen Bürgerthums mit der schlechten Gewalt, dieses Rivalisiren mit den üblen Gewohnheiten des Adels, dieses Seufzen nach der Gnade eines kleinen Hofes, all diese Niederträchtigkeit zu erleben, die den deutschen Boden mit Füßen trat, dem sie all ihr Glück verdankte! Und es ist nicht die Zeit, die tödtlichen Schäden, die unseren Leib verderben, mit schonender Hand anzudeuten und sie dann mit dem Mantel christlicher Liebe rasch zu verhüllen. Es ist vielmehr Zeit, die ganze Manneslieb̈e in hellen Flammen aufschlagen zu lassen zu dem, was uns Allen allein das Dasein trägt und hütet, und den ganzen Manneszorn auszuströmen gegen die häßlichen Züge, welche das Antlitz unseres Volkes entstellen.

Die fünfziger Jahre enthüllten verschiedene höchst bedenkliche Symptome nationaler Krankheit. Die von Allen verachtete Farce des Bundestags hatte wieder Macht Verfassungen umzuwerfen und in Kurhessen ein Spiel anzuzetteln, das jedem Ehrenmann die Schaamröthe in's Gesicht treiben mußte. Die Spielhöllen versammelten in jedem Sommer die Roués aller Nationen auf deutschem Boden und verpesteten die reine Luft des Schwarzwaldes und des Taunus mit dem Gifthauch des glänzenden Lasters. Das einzige werthvolle nationale Band, der Zollverein, wurde von den Bregenzer Verschworenen ernstlich gefährdet. In Preußen verdarb die Kreuzzeitungspartei das religiöse Leben, nachdem sie das politische zerrüttet hatte. Eine alle Länder umspannende hierarchische Partei arbeitete mit Erfolg daran, unser frommes Volk frivolen Richtungen zuzutreiben; neben einer häßlichen Scheinheiligkeit begann mehr oder weniger dreiste Gottlosigkeit an dem festen Grunde unserer Sitte zu fressen. In der protestantischen Kirche wucherte eine vielfach unsere beste Bildung in's Gesicht schlagende Orthodoxie, in der katholischen wurden die schlimmsten ultra-

montanen Tendenzen mächtig; beide beuteten den Satz von der Solidarität zwischen Thron und Altar aus, um die Staatsgewalt ihren oft absolut staatsfeindlichen Tendenzen dienstbar zu machen. In Oesterreich trat die ganze Unversöhnlichkeit grell zu Tage, in der die Interessen des Hauses Habsburg zu jeder Zeit gestanden hatten mit den heiligsten Anliegen Deutschlands wie mit jedem Volkswohl, und nichts destoweniger umgarnten diese Interessen nicht allein die meisten Regierungen, sondern weite Schichten der deutschen Bevölkerung, welche sich von den hohen Zinsen der österreichischen Papiere verlocken ließen, ihr Glück an das eines bankerotten Staats zu knüpfen. Die erfreuliche Entfaltung des Nationalwohlstands drohte unserer Politik neue Gefahren. Die Ohnmacht des Liberalismus wuchs, als die Regierungen ganze Landestheile durch die Verheißung oder Versagung einer Eisenbahn an sich zu ketten vermochten. Wir erfreuten uns wahrlich keiner überschüssigen Kraft und doch entführte uns die Auswanderung jährlich wachsende Massen der rüstigsten Menschen. Europa schien der Freiheit verloren, desto glänzender leuchtete der Stern der Vereinigten Staaten. Die monarchische Reform war mißlungen: sollten wir nicht wie die Germanen der Schweiz und Amerikas für die Republik bestimmt sein? Nicht Wenige der entschlossensten Vorkämpfer des Constitutionalismus im Jahre 1848 neigten jetzt mehr demokratischen Richtungen zu; der geistvollste Vertreter der preußischen Hegemonie weissagte der Demokratie die Herrschaft über Europa. Viele der Ersten hatten sich mißmuthig aus dem parlamentarischen Kampf zurückgezogen und hingen nun politischen Grübeleien nach.

Indem wir so mit unseren Gedanken in's Weite schweiften, mit unserem Thun in kümmerlichster Enge lagen, erlebte Europa die folgenreichste Umgestaltung seiner gesammten Lage. Napoleon rächte sein Geschlecht an der heiligen Allianz, indem er mit England den mächtigsten Genossen derselben niederwarf, die große Solidarität der conservativen Interessen, welche die drei Ostmächte verbunden hatte, zerriß und einer kühnen französischen Politik die Wege ebnete. Dieser Politik legte Cavour die Zukunft Italiens in die Hand. Mit einer bewundernswürdigen Mischung diplomatischer Verschlagenheit und schöpferischer Energie bereitete der große Italiener seinem Vaterlande die Möglichkeit der Wiedergeburt durch das Bündniß mit dem Imperator, dessen Ahnen der italienischen Erde angehört, dessen Oheim mit echt italienischen Gaben die Welt beherrscht, dessen erste Jugendabenteuer den Interessen der italienischen Revolution gedient hatten. Nachdem Rußland gebeugt war, galt es den eigentlichen Hort der Legitimität zu treffen und den dreihundertjährigen Antagonismus zwischen Frankreich und Oesterreich zu entscheiden zu Gunsten des Napo-

leonismus. Die Bourbonen hatten schließlich im achtzehnten Jahrhundert mit dem Hause Habsburg gemeinsame Sache gemacht, sie waren nach der Revolution durch Habsburgische Künste hergestellt und gegängelt, sie hatten das große Streitobject der beiden Mächte, Italien, an Habsburg überantwortet, das nun eben sich anschickte, alle hierarchisch-katholischen Kräfte um sich zu schaaren und dadurch jede katholische Macht unter den Druck seines Einflusses zu stellen.

Es war eine Wendung von wahrhaft welthistorischer Bedeutung, als Napoleon sich mit der italienischen Nation verbündete, um die Habsburgische Machtstellung in's Herz zu treffen. Es war eine Wendung, welche die ganze Lage des Welttheils umzugestalten versprach, vor Allem auch die Lebensbedingungen der deutschen Nation mit gewaltigem Stoß berühren mußte. Seitdem die ersten Anzeichen dieser hochwichtigen Verwickelung in unseren Gesichtskreis traten, konnte es für uns nichts geben, das unsere gespannte Aufmerksamkeit von diesem Gegenstande hätte ablenken dürfen. Leider waren diejenigen, welche den Beruf hatten, bei der antinationalen Tendenz fast sämmtlicher Regierungen die Interessen der Nation bei einem solchen Conflicte zu wahren, wie schon bemerkt, wenig in der Lage, nur eine genaue Kenntniß der zum Streit sich rüstenden Kräfte und ihrer wahren Intentionen zu erlangen. Die Vertreter des Liberalismus in den verschiedenen Staaten entbehrten mit ganz vereinzelten Ausnahmen der Stellung, welche erfordert wird, um der Entwickelung großer Weltfragen Schritt für Schritt zu folgen. Sie waren auf die Information beschränkt, welche die Journale brachten. Sie hatten sogar — und das war ihre Schuld — die üble Gewohnheit, fast nur deutsche Zeitungen zu lesen. Wären unter ihnen Männer gewesen — und das hätte doch sein sollen — welche seit dem Vortreten der italienischen Frage die Sachlage in Italien, Frankreich, England mit eigenen Augen studirten, welche in Wien und Paris das Ohr anlegten, um den geheimen Herzschlag der österreichischen und französischen Politik zu belauschen, welche vor Allem mit Cavour, dem Vertreter des liberalen und nationalen Princips in dem sich vorbereitenden Drama, in ein näheres Verhältniß traten, ich meine, das deutsche Volk hätte von vorn herein eine richtigere Stellung zu einer Frage genommen, die berufen war, das Vorspiel unserer eigenen nationalen Erhebung zu werden.

Ein besonderer Umstand bewirkte, daß wir auch dann noch die italienische Bewegung wenig beachteten, als ihr Wellenschlag bereits die Fundamente des europäischen Staatensystems stark zu erschüttern begann. In Preußen hatte sich die Restauration trotz schwerer Missethaten in der Gewalt behauptet; das Ministerium Manteuffel trug allmählich die Ver-

achtung aller nicht durch Parteiinteresse geblendeten Leute, es seufzte unter der Geringschätzung seines eignen Herrn, aber es blieb. Da erbarmte sich der Himmel des mißhandelten Staats. Im Herbst 1858 trat Friedrich Wilhelm IV. von der Bühne zurück, auf der er viel Geist, aber wenig politischen Blick gezeigt hatte. Der Prinz von Preußen übernahm die Regentschaft und sein Erstes war, die Räthe zu entfernen, welche vor acht Jahren zugleich mit der Ehre Preußens ihn selber schwer verletzt hatten. Männer, welche bisher mit unermüdlicher Bravheit an der Spitze der kleinen Opposition der politischen und moralischen Verderbniß entgegen gearbeitet hatten, wurden zur Leitung der Geschäfte berufen.

Das war ein Ereigniß, welches die Lage nicht nur Preußens, sondern Deutschlands mit einem Schlage veränderte. Das Ministerium Auerswald schien ein parlamentarisches Ministerium zu bedeuten in einem Umfange, wie es Deutschland in ruhigen Zeiten noch nie erlebt hatte. Es leuchtete wirklich eine neue Aera auf. Während Preußen mit dankbarem Herzen zu dem Fürsten aufblickte, welcher ohne den Schatten einer äußeren Nöthigung lediglich, weil er die Noth des Landes kannte, seine Schmach mit empfand und selber wie das Land nach reinen Händen verlangte, die Thäter von Olmütz vom Ruder stieß, erfuhr Deutschland sofort, was Preußen ihm bedeutete. Als Herr v. Manteuffel noch stand, hatte Herr v. d. Pfordten in dem auf's Aeußerste gesteigerten Conflicte mit der bayrischen Kammer zuversichtlich zur Auflösung derselben gegriffen mit dem festen Entschluß, wie man meinte, in dem sehr wahrscheinlichen Nothfall die Verfassung selbst nicht zu schonen. Der Wechsel in Berlin wendete das Spiel unaufhaltsam zu Gunsten der bayrischen Opposition: sie erfocht in den Wahlen einen glänzenden Sieg, der Minister wagte nicht an die Gewalt zu appelliren und das böse System, unter welchem Bayern seit 1849 geseufzt hatte wie Preußen nur immer, gerieth mehr und mehr in Bedrängniß. Der Liberalismus feierte seine ersten bedeutsamen Triumphe ohne die schlimme Hülfe der Revolution. Preußen schien auf dem besten Wege endlich die Stelle im Kreise der deutschen Staaten zu gewinnen, die es seit 1813 hätte festhalten sollen.

Diese eigenen Erlebnisse lenkten begreiflich die Aufmerksamkeit von den unendlich größeren Dingen ab, welche sich gleichzeitig in Europa vorbereiteten. Die Neujahrsrede Napoleon's war für Deutschland eine größere Ueberraschung noch als für alle anderen Länder. Fast Niemand war über die Situation nur einigermaßen orientirt, oder in der Gemüthsverfassung, um unbefangen und aufmerksam dem großen europäischen Handel zu folgen. In Preußen wünschte man nichts sehnlicher als die innere Ordnung mit ungetheiltem Eifer zu befestigen; man hatte unendlich viel

nachzuholen und man war entschlossen, die Gunst des Moments, auf deren Beständigkeit doch vielleicht nicht zu fest gerechnet werden durfte, mit concentrirter Kraft für den verfassungsmäßigen Ausbau des Staatslebens zu benutzen. Sehr anders lag es im übrigen Deutschland. Hier fand sich die von den preußischen Ereignissen rasch belebte Opposition im heftigsten Kampf mit den bestehenden Gewalten. Diese Gewalten hatten in den letzten Jahren eine mehr oder weniger offene Anlehnung in Paris gesucht. Der Mann des Staatsstreichs galt natürlich überdies dem liberalen Bewußtsein als der schlimmste und gefährlichste Missethäter. In der kläglichen Wirklichkeit des deutschen Lebens hatten sich die Gemüther aufgerichtet an den Großthaten der Befreiungskriege, welche namentlich der Süden eben aus der glänzenden Schilderung Häusser's gewissermaßen erst kennen gelernt hatte. Nun wagte ein Napoleonide, d. h. selbstverständlich ein geschworener Feind der deutschen Nationalität, ein durch den frevelhaftesten Umsturz der Verfassung erhobener Imperator, d. h. der geschworene Feind aller verfassungsmäßigen Freiheit, Oesterreich in Italien anzutasten. War das nicht ganz so wie 1796? War das nicht die Wiederholung des Spiels, mit dem der Corse damals die Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands zu kläglichem Falle gebracht hatte?

Oesterreich verstand es diese Stimmungen meisterhaft auszubeuten. Oesterreich hatte trotz Concordat, vollständiger Beseitigung der eigenen Verfassung, eifrigstem Kampf gegen die Verfassungen von Kurhessen und Hannover, in der öffentlichen Meinung seit 1849 mehr Terrain gewonnen als verloren. Seine Staatsmänner, namentlich Herr v. Bruck, hatten die Lehre: „Klappern gehört zum Handwerk" mit bewunderungswürdiger Geschicklichkeit befolgt. Den preußischen Reactionsdoctrinären gern das Vergnügen überlassend, der öffentlichen Meinung bei jeder Gelegenheit in's Gesicht zu schlagen, hatten sie ihr viel reactionäreres System klug in ein populäres Mäntelchen gehüllt, in ihren zahlreichen Preßorganen dem gläubigen Publicum fort und fort die schönsten Dinge von den großartigen Reformen verkündigen lassen, durch welche nun nächstens die „unerschöpflichen Hülfsmittel" des Kaiserstaats flüssig gemacht werden würden, die gern phantasirenden deutschen Kannegießer jedes Vierteljahr mit einem neuen grandiosen Project entzückt und durch alles das, da die vortrefflichen Metalliques und National halbjährlich dem Budget zahlloser Hausstände auf die angenehmste Weise unter die Arme griffen, nicht nur im Süden weitverbreitete Sympathien geweckt. Eben standen die österreichischen Finanzen, an deren Prosperiren Hunderttausende auf's Lebhafteste interessirt waren, auf dem Punkte ganz normale Verhältnisse zu erlangen: da kam jener Neujahrsgruß, der in wenigen Wochen das deutsche Vermögen um

viele Millionen verkürzte, dem üppig aufschießenden Gedeihen von Handel und Gewerbe ein empörendes Halt zurief, plötzlich die ganze Hülflosigkeit der deutschen Zustände enthüllte. Wir hatten neun Jahre in tiefem politischen Schlaf gelegen: wir waren ganz aufgelegt zu einer glänzenden Entfaltung unserer patriotischen Kräfte. Wie ein durch Feuersbrunst Aufgeschreckter fuhren wir in die Höhe. Wer, schrien wir, hat dies Unheil angerichtet? Der böse Erbfeind Deutschlands, antworteten tausend Stimmen. Konnte etwas wahrscheinlicher sein? Und dieser Erbfeind, fuhren die Stimmen fort, stützt sich auf eure eignen schlechten Regierungen, welche ja längst um seine Gunst gebuhlt haben. Ein Schrei der Entrüstung hallte durch alle deutschen Lande. Auf! Auf! riefen Millionen, das theure Vaterland vertheidigt mit einmüthiger Kraft. Wir wollen der Welt zeigen, daß Deutschland heute etwas anderes ist, als vor sechszig Jahren. Eine unendliche teutonische Begeisterung überfluthete das weite Land und das Haus Habsburg fuhr mit vollen Segeln aus, um mit deutschen Kräften wie schon so oft deutsches Unglück zu schaffen.

Wer sich heute sieben Jahre zurück versetzt, der kann ein Gefühl peinlicher Beschämung kaum abwehren. Die mühsame politische Arbeit des Jahrhunderts sollte endlich den ersten großen Sieg feiern, in einer Sache, die unserer eigenen Herzensangelegenheit so nahe stand als möglich, und die Mehrzahl der Deutschen ließ sich von einem tollen Fanatismus um ein Haar dazu fortreißen, gegen ihr eigenstes Interesse in's Feld zu ziehen, den wahren Erbfeind deutscher Macht und Größe, das Haus Habsburg, vor der gerechten Nemesis mit dem Ruin deutscher Kraft zu schirmen! Ich selber bekenne mich schuldig, dieser schweren Verirrung des fast in allen Kleinstaaten Oesterreich zujubelnden Liberalismus keineswegs nach Gebühr widerstanden zu haben und wie stark mich die Raserei des damals namentlich den ganzen Süden beherrschenden großdeutschen Taumels anwiderte, doch in verschiedenen Schriften den Kampf für Oesterreich unter Bedingungen empfohlen zu haben, die sich einem schärferen politischen Blick als völlig illusorisch darstellen mußten. Aber ich muß zu meinem größeren Schmerz bekennen, daß ich unter den Liberalen der Kleinstaaten trotz bedenklicher Hinneigung zu Oesterreich zu einer wenig zahlreichen Minorität gehörte; das ganze Gros der Partei folgte blindlings einer absolut phantastischen Politik. Wie war es doch möglich, daß der Liberalismus sich verpflichtet hielt, den österreichischen Despotismus in Italien zu vertreten, für den Concordatsstaat Partei zu nehmen gegen das freie Sardinien, Bündniß zu machen mit Clerus und Feudalen gegen das liberale Europa? In der That, die ganze Schwäche unseres politischen Urtheils, die erstaunliche Mangelhaftigkeit unserer politischen Information trat in dieser

Frage auf's Betrübendste an den Tag. Von allen maßgebenden Verhältnissen waren wir verkehrt unterrichtet. Von der tiefgreifenden Veränderung, welche sich seit zehn Jahren in Italien vollzogen hatte, wußten wir nichts und ließen uns tagtäglich von der Allgemeinen Zeitung und den ihr nachschreibenden kleinen Blättern die plumpsten Lügen aufbinden; über das, was Napoleon, was Cavour, was Oesterreich wollte, befanden wir uns fortwährend in den seltsamsten Illusionen; die ganze Weltlage stellten wir in unserer Phantasie gründlich auf den Kopf. Das Einzige, was wir einer großen Weltbewegung entgegen zu bringen wußten, war ein höchst unklarer Patriotismus, nebelhafte Vorstellungen von deutscher Ehre und Macht, träumerische Einbildungen von dem wohlthätigen Rückschlag, den ein Kreuzzug für die Habsburgische Legitimität und die verderblichen Verträge von 1815 auf die freiheitliche Entwickelung im Innern üben werde.

Anders verhielt sich die öffentliche Meinung in Preußen. Den preußischen Liberalen kam, wie schon bemerkt, die auswärtige Verwickelung überhaupt ungelegen. Sie wünschten ganz den inneren Sorgen zu leben. Für Oesterreich in's Feld zu ziehen, konnte ihnen natürlich noch weniger conveniren. Da nun aber auch sie vielfach die landläufige Ansicht von den gefährlichen Absichten Napoleon's theilten, so befanden sie sich der ganzen Frage gegenüber in einer sehr unbehaglichen Lage. Der Enthusiasmus der Kleinstaaten, der die preußische Wehrkraft ohne Weiteres für den österreichischen Besitz in Italien verwenden wollte, erregte ihnen Verdruß; der Rath einiger Wenigen, lieber die Noth Oesterreichs zu benutzen, um Genugthuung für Olmütz zu nehmen, stieß doch auch auf große Bedenken. Das Abgeordnetenhaus half sich in dieser Verlegenheit durch Schweigen. Nicht besser war die Regierung daran. Dem Leiter des auswärtigen Ministeriums, Herrn von Schleinitz, einem Manne von feiner Intelligenz, fehlte es an Entschlußkraft. Die übrigen Minister sahen sich als die ersten liberalen Minister Preußens in normaler Zeit von den widersprechendsten Einflüssen bestürmt: hier die festgegliederte, den Constitutionalismus mindestens mit kritischen Augen betrachtende Bureaukratie, da die drängenden Parteigenossen; hier ein mächtiger, am Hof geschickt vertretener Adel, da die über das ministerielle Programm weit hinaus gehenden demokratischen Tendenzen. Der Prinz-Regent meinte es aufrichtig mit dem neuen System, nur daß er es in seiner Weise verstand, und durchaus nicht gewillt war, sich von einer öffentlichen Meinung Gebote auferlegen zu lassen, die nur er aus völliger Ohnmacht geweckt hatte. Kurz die Minister des Innern, der Finanzen u. s. w. waren von ihren Ressorts vollauf beschäftigt und konnten an die große europäische Frage wenig denken. Herrn von Schleinitz blieb allein die Last, darin eine an-

gemessene Stellung zu ersinnen, und auch er wurde von den verschiedensten Strömungen hin und her geschoben.

Unter diesen Umständen blieb das Preußen der neuen Aera unendlich weit hinter den stürmischen Anforderungen des süddeutschen Liberalismus zurück. Sein wirkliches Interesse hätte verlangt, denselben gradeswegs entgegen zu treten. Da für eine solche Haltung aber der Entschluß und auch die Ueberzeugung fehlte, da man doch gegen Oesterreich bundesfreundliche Gesinnungen hegte, ohne freilich den maßlosen Prätensionen der Wiener Hofburg nachgeben zu können, da man gern die deutsche Kraft zusammengehalten hätte, ohne selber durch scharfe Energie dem turbulenten Treiben rings umher imponiren zu können, so ergab sich schließlich als Resultat des mühseligsten Lavirens eine recht undankbare Mittelstellung. In Wien wurde über den Verrath Preußens getobt und die Lerchenfeld, Moritz Mohl, Edel und wie die anderen Posaunen der großdeutschen Verblendung hießen, trugen diese Wuth an Isar, Main, Neckar und Rhein; in Paris sah man unzufrieden auf die militärischen Rüstungen, in denen Preußen dem süddeutschen Patriotismus unendlich vorauseilte und in Berlin und Frankfurt schüttelten gewisse diplomatische Kreise den Kopf über die Thorheit, daß Preußen den kostbarsten Moment, um in Deutschland den verderblichen österreichischen Einfluß zu verdrängen, benutze, um das Habsburgische Interesse durch militärische Demonstrationen zu stützen. Herr v. Bismarck-Schönhausen galt für den entschiedensten Vertreter dieser letzteren Richtung. *)

Wollen wir das Gesammtbild zeichnen, welches der Liberalismus im Frühling 1859 darbot, so können wir nicht anders sagen, als daß es ein in jeder Hinsicht wenig erfreuliches war. Die Nation hatte durch die Erfahrungen von 1848 weder Sicherheit des Urtheils, noch Festigkeit der Haltung gewonnen. Die Bevölkerung der Kleinstaaten war in einem Hauptpunkte, der Auffassung des Verhältnisses zu Oesterreich, eher zurück gegangen als vorgeschritten. Die alte Scheidung zwischen den Kleinstaaten und Preußen war eher erweitert als ausgeglichen. Die Stimmungen und die Ansichten in beiden Theilen standen sich so schroff gegenüber, wie kaum je und neben dieser Spaltung trat eine andere, zwischen Süd und Nord hervor. Der Süden wurde die Beute einer jedes ruhige Urtheil abweisenden Aufregung, welche einem unklaren Enthusiasmus die, wie man meinte,

*) Erst der letzte Sommer hat dem größeren Publicum dafür authentische Beweise gebracht. Das im Journal des Débats vom 13. Juni 1866 publicirte vertrauliche Schreiben des Herrn von Bismarck an Herrn von Schleinitz d. d. Petersburg 12. Mai 1859 charakterisirt die damalige Politik des preußischen Gesandten in Petersburg mit der schärfsten Präcision.

so tief gewurzelten Freiheitstendenzen blindlings zu opfern bereit war. Der preußische Liberalismus zeigte sich nüchterner, aber auch er schwankte und verstand es nicht eine feste Position zu nehmen und wirksam gegen die Kleinstaaten geltend zu machen, wie das preußische und deutsche Interesse verlangt hätte. Diese Schwäche des preußischen Liberalismus war um so bedauerlicher, als er in der Regierung saß und zum ersten Male eine große Gelegenheit hatte, seinen politischen Beruf zu bewähren.

Aber während wir so selber nach allen Seiten übel bestanden, hatten wir zum ersten Male Glück. Wie schlimm wir auch fehlten, die Ereignisse erfochten für uns einen großen Triumph. Oesterreich hatte zuletzt, nicht wenig von dem lauten Enthusiasmus des Südens ermuntert, in übermüthiger Verblendung die Mediation Englands und Preußens zurück gestoßen und den Bruch provocirt. In München, Stuttgart, Karlsruhe und Frankfurt jubelte Alles laut auf über diese herrliche Energie. Aber Oesterreich war nur stark in Thorheit. Seine militärische Kraft und Fähigkeit blieb unendlich weit hinter allen Erwartungen zurück, Franzosen und Italiener erfochten Sieg auf Sieg, und als dann die österreichische Armee die Linie des berühmten Festungsvierecks betreten hatte, da zeigte sich, daß der kaiserlichen Politik selbst das fehle, was sie früher auch in den traurigsten Zeiten charakterisirt hatte, zähe Ausdauer. In dem Augenblicke, wo Preußen und Deutschland wirklich auf dem Punkte stand, für Oesterreich in die Action zu treten, schloß es kleinmüthig Frieden. Die preußische Politik hatte Monate lang die stärksten Herausforderungen des Habsburgischen Hochmuths mit Langmuth ertragen, die empfindlichsten Blößen der Wiener Politik schonend verhüllt, die furchtbaren Beleidigungen von 1850 in christlicher Versöhnlichkeit vergessen: der Dank Franz Joseph's bestand darin, daß er Preußen die Schuld seiner Niederlage aufbürdete und die französische Macht in dem Augenblicke degagirte, wo ihr Preußen entgegen getreten war. Er hatte offenbar keinen heißeren Wunsch, als daß Preußen und Deutschland für seinen gutmüthigen Glauben an einen Habsburger empfindlich büße. Aber der Krieg zwischen Preußen und Frankreich kam nicht; statt dessen erfuhr die staunende Welt Details über die österreichische Kriegführung und Verwaltung, welche selbst im Süden einen raschen Umschlag bewirkten, obwohl Herr v. Lerchenfeld noch nach beendigtem Kriege bei der Discussion über die von Preußen beantragte Herabsetzung der Zölle auf Zucker und Eisen gegen die bayrischen Finanzen wüthete, um nur seinen blinden Haß gegen Preußen an einem allerdings sehr eclatanten Beispiele kund zu thun.

Der Verlauf des italienischen Krieges und der Fortgang der italienischen Bewegung enthielt eine wirksame Ermuthigung der liberalen und

nationalen Bestrebungen auch in Deutschland. Jedermann hatte die Empfindung von Oesterreich und seinen echten Anhängern, dem ultramontanen Clerus, der antinationalen Aristokratie, den kleinen Dynasten, dem engen vor jeder gesunden Entwickelung zitternden Particularismus, in der verdrießlichsten Weise betrogen zu sein. Man hatte sich für etwas enthusiasmirt, das man von Grund des Herzens hätte hassen sollen, man hatte einer Bewegung blinden Groll entgegen gestellt, die es Pflicht gewesen wäre nach Kräften zu unterstützen. Kein Theil der Nation hatte die Probe mit sonderlichen Ehren bestanden, aber Preußen war doch einigermaßen einer verständigen Richtung gefolgt und wenn der Süden das noch nicht zugeben wollte, so war der Norden desto bereitwilliger seinen Irrthum einzugestehen und an Preußen gut zu machen, was er in teutonischem Eifer gefehlt hatte. Vor Aller Augen lag namentlich der große Abstand zwischen den militärischen Leistungen Preußens und der Kleinstaaten. Preußens Politik trat langsam und zögernd und mit starken Reserven auf Oesterreichs Seite, aber seine Rüstungen eilten den Worten voraus: im Süden hatte alle Welt seit Monaten im wildesten Kriegseifer getobt, als in München die Recruten anfingen wie in der seltsamsten Maskerade zu exerciren. Die kleinstaatlichen Contingente wären vermuthlich erst einige Monate nach dem Ausbruche des Kampfes kriegsbereit gewesen und wenn Preußen nicht das einheitliche Commando über sie erhielt, so konnte auch dann nur wenig auf sie gerechnet werden. Die österreichischen Bravaden von der Sendung einer starken Streitmacht an den Rhein waren auf's Kläglichste zu Wasser geworden und auch diejenigen, welche in Stuttgart und München von nichts geredet hatten, als von einem unaufhaltsamen Vormarsch gegen Paris, mußten jetzt, wenn sie überhaupt in solchen Dingen irgend welches Verständniß besaßen, einsehen, daß die Vertheidigung des Rheins wesentlich auf Preußen ruhen werde. Der Bundestag hatte natürlich in der ganzen Angelegenheit die allertraurigste Rolle gespielt. Bei dieser ersten ernsten Kriegsgefahr, welche die deutschen Grenzen seit dem Bestehen des Bundes bedrohte, war seine absolute Ohnmacht, diese Grenzen zu schützen, handgreiflich geworden. Da nun überdies das preußische Ministerium einige schüchterne Andeutungen von seiner Geneigtheit gab, in deutschen wie in preußischen Dingen gut zu machen, was das Manteuffel'sche Regiment gesündigt hatte, so kehrte die liberale Meinung namentlich im Norden zu den Sätzen der Frankfurter Mehrheit über die Organisation Deutschlands zurück. Im Herbst 1859 entstand der Nationalverein.

Die Arbeit, welche 1848 gescheitert war, begann unter sehr veränderten Verhältnissen von Neuem. Die Umstände schienen günstig genug. In

Preußen regierte ein ehrlicher Constitutionalismus, während in allen Mittelstaaten die Männer oder doch die Tendenzen noch am Ruder waren, welche die schlimme Restauration der fünfziger Jahre geleitet hatten. In Preußen schaarte sich die Bevölkerung mit Vertrauen um den Herrscher und seine Räthe, während in den weitaus meisten kleineren Staaten eine wohl begründete Unzufriedenheit herrschte. Dieses Preußen zeigte sich bereit und schien fähig, das deutsche Chaos, wenigstens in den für die Existenz der Nation dringendsten Punkten, zu ordnen. Es begann seine deutsche Politik in einer Frage kund zu geben, in der die Bundestagsreaction zugleich die liberale Meinung und das preußische Interesse am Gröblichsten verletzt hatte: das Ministerium Hohenzollern wollte dem armen Kurhessen Gerechtigkeit widerfahren lassen und so vor Allem auch das Arge sühnen, an dem ein hochstehender preußischer Richter, einer der frömmsten Vertreter der Kreuzzeitungstheorien, mitgewirkt hatte. Die Reorganisation des Bundeskriegswesens, die Begründung einer deutschen Flotte unter preußischem Commando war sodann in Aussicht genommen. Bedurfte der Liberalismus eines stärkeren Anhalts, um wirksam für die Bundesreform zu arbeiten?

Aber auch diesen zweiten Versuch, aus unserer nationalen Misere herauszukommen, griffen wir mit jenem seltsamen Ungeschick an, das einem seit Jahrhunderten der Politik entfremdeten, von durchaus unpolitischen Ideen und Gewohnheiten beherrschten Volke natürlich ist. Und zwar erwiesen sich alle Theile ziemlich gleichmäßig unzureichend. Die preußische Regierung, die preußischen Abgeordneten, der Nationalverein und die außerhalb desselben stehenden gleichgesinnten Abgeordneten in den kleinen Staaten. Offenbar handelte es sich hier um ein Unternehmen von der größten Bedeutung und Schwierigkeit. Man konnte die deutsche Frage nicht mehr mit einem Gottvertrauen angreifen wie vor zehn Jahren. Man hatte damals die bittersten Erfahrungen gemacht über den Sinn der mittelstaatlichen Dynastien und auch ihrer Bevölkerungen; man wußte, daß die kleinen Könige sich Preußen nur unterordnen würden, wenn absolute Noth sie zwänge; man wußte, daß in Wien Haß gegen Preußen die alles andere dominirende Empfindung sei; man konnte nicht zweifeln, daß in Preußen selbst eine mächtige Opposition einer Bewegung sich entgegen stemmen werde, welche bestimmt war, den Liberalismus zum Herrn der deutschen Politik zu machen und Preußen dieser Politik immerhin in wichtigen Stücken unterzuordnen. Es war also wohl der Mühe werth, sich die Sache dreimal zu überlegen, ehe man mit ihr vortrat. Man mußte im Klaren sein, wie die preußische Regierung über die Bewegung denke, wie weit sie dieselbe zu fördern bereit und im Stande sei, und die preu-

ßische Regierung ihrerseits mußte die Consequenzen des ersten Schrittes, den sie in dieser Richtung that, sofort übersehen. So viel ich weiß, wurde von beiden Seiten dieses Unerläßliche versäumt. Der Nationalverein trat wie eine Improvisation in's Dasein und die kurhessische Frage wurde von Preußen nicht viel anders geschaffen. Die Männer, welche sich an die Spitze der nationalen Agitation stellten, kümmerten sich zunächst wenig darum, wie man in Berlin davon denke und die Männer, welche zuerst von Kurhessen sprechen ließen, erfreuten sich meines Wissens nicht der Zustimmung desjenigen Ministers, in dessen Macht es doch allein lag die Worte zu Thaten werden zu lassen. Als man zuerst in Berlin von dem Auftreten des Nationalvereins hörte, war man eigentlich in der Lage eine Bewegung entschieden zu desavouiren, welche über die preußische Kraft zu Gunsten der deutschen Reform disponiren wollte, ohne zu fragen, ob Preußen der Moment und die Art und Weise convenire. Doch aber berührte das darin ausgesprochene Vertrauen zur preußischen Regierung, die noch vor Kurzem von aller Welt mit den heftigsten Vorwürfen überhäuft war, dieselbe so angenehm, doch entsprach eine solche Bewegung im Ganzen dem preußischen Interesse so sehr, namentlich in Hinblick auf die bedenkliche Isolirung Preußens in Europa, daß es für gut befunden wurde, ihr eine freundliche Miene zu machen, ohne sich freilich irgendwie zu engagiren. Das preußische Abgeordnetenhaus, dem in dieser Sache ein gewichtiges Wort gebührt hätte, verhielt sich zu ihr ähnlich wie ein Jahr vorher zur italienischen Frage. Es trug mit Recht Bedenken, in einem Augenblick die deutsche Politik im weitesten Umfange zu beginnen, wo Preußen mit sich selbst noch so sehr viel zu thun hatte. Daß Preußen an der Spitze Deutschlands zu stehen habe, war ihm freilich unzweifelhaft und insofern war auch ihm die darauf hingerichtete Agitation willkommen; aber dieselbe formulirte ihre Ziele doch mit gar zu großer Unbestimmtheit, sie verwischte die bereits zu wenig festen Züge der Reichsverfassung in einigen der wichtigsten Punkte zur Unkenntlichkeit, während die preußischen Vertreter zweifelten, ob die volle Bestimmtheit jener Verfassung nur dem preußischen Interesse genüge. Sie vermißten außerdem in den Reihen derer, welche diese Bewegung aufnahmen, manche altbewährte Vertreter der preußischen Hegemonie; es war meist ein junges Geschlecht, welches von den Fähigkeiten des Frankfurter Centrums gering dachte und auf ganz neuen Wegen zum Ziele zu gelangen unternahm.

Man sieht, hier waren überall Incongruenzen. Die Kräfte, welche nothwendig zusammen wirken mußten, welche vielleicht beim einträchtigsten Zusammenwirken der Lösung der Aufgabe nicht gewachsen gewesen wären, standen nur in halbem Einvernehmen. Ein Jeder wünschte vom Andern

gefördert zu werden, mochte sich aber von ferne nicht an ihn binden. Wie ganz anders hatte man die ähnliche Aufgabe in Italien angegriffen, wie ganz anders hatten Männer von den verschiedensten Principien dort für die nationale Sache sich zusammen gefunden! Das Resultat dieser unglücklichen Taktik war, daß die deutsche Frage mit lautem Geräusch auf die Tagesordnung gesetzt, in allen Blättern, in unzähligen Versammlungen und Vereinen erörtert wurde, ohne daß eine reale Macht planmäßig an ihrer Lösung arbeitete, daß sie Preußen die rührigste Feindschaft aller mittelstaatlichen und vieler kleinstaatlichen Regierungen, die erneute Abneigung des Südens, den verdoppelten Haß Oesterreichs erweckte, ohne ihm irgend eine nennenswerthe Stütze von der andern Seite zu schaffen. Die feindlichen Cabinette zweifelten nicht an der durchgreifenden Cooperation der neuen Aera und des Nationalvereins, während sich beide mit jedem Monat mehr von einander entfernten. Das Ministerium Hohenzollern erndtete in der That von dieser Bewegung nur Verlegenheiten.

Daran trug es nun freilich selber Schuld. Es mußte entweder von vorn herein den unzeitigen Versuch abweisen, oder seine Leitung ernstlich in die Hand nehmen. Es durfte nicht in den Verdacht der Solidarität mit Bestrebungen kommen, die es nach innen und außen compromittirten, auf deren Thätigkeit es nicht den geringsten Einfluß übte. Wollte der Nationalverein auf einer Basis operiren, welche nicht die seinige war, wollte er auf Ziele hinaus, die es mißbilligte, so mußte es ihn lediglich seinem Schicksale überlassen oder vielleicht noch richtiger das Geeignete thun, um sein Dasein zu verkürzen. Bei der Schwierigkeit seiner Situation im Innern konnte es keinen Vortheil davon erwarten, wenn auch seine deutsche Politik in einem zweifelhaften Lichte erschien. Es war ein unglücklicher Gedanke, daß vielleicht einige zusammenhanglose Experimente in der deutschen Frage dazu dienen könnten, die durch eben solche Experimente im Innern geschaffenen Verlegenheiten zu mindern. Gewiß hatte das Ministerium im Frühling zu ausschließlich seine Gedanken auf die inneren Angelegenheiten concentrirt: damals wurde die gesammte Situation von einer großen europäischen Frage beherrscht, die Preußen nicht nach Belieben ignoriren konnte. Jetzt im Herbst wäre es offenbar, wie die Dinge einmal standen, richtiger gewesen, mit gesammelter Kraft die preußischen Aufgaben zu lösen, dadurch in Preußen eine sichere Basis zu gewinnen und erst danach an die deutschen Dinge zu gehen, welche vielleicht um so rascher einer heilsamen Wendung entgegen gereift wären, je mehr sie Preußen ihrem eigenen Wirrwarr überlassen hätte. Eine in Preußen wankende Regierung konnte durch eine Einmischung in die deutschen Händel nur vollends erschüttert werden.

Alles hing indessen davon ab, mit welchem Erfolge das Ministerium Hohenzollern seine Stellung in Preußen consolidirte. Die Sitzung des Landtages von 1859 war so rasch auf seinen Regierungsantritt gefolgt, daß nur die Unbilligkeit von ihm tiefgreifende Vorlagen hätte erwarten können. Desto dringender mußte es erscheinen, der Sitzung von 1860 mit dem bündigen Beweise entgegen zu treten, daß die Regierung die Absicht und die Kraft habe, die Erwartungen des Landes zu erfüllen. Leider hatten die Erschütterungen des Kriegs zur Folge, daß die Minister erst spät im Herbst 1859 zur Vorbereitung für den nächsten Landtag kamen. Das Volk seufzte nach Garantien gegen die Wiederkehr einer ähnlichen Willkühr, wie sie Preußen unter dem Ministerium Manteuffel erfahren hatte; es sah mit Sorgen auf den Geist des Herrenhauses, auf den Mangel der Selbstverwaltung in den ländlichen Gemeinden der östlichen Provinzen, auf das Uebergewicht des Adels in der dort bestehenden Kreisordnung u. s. w. Gewiß bot sich der Regierung eine reiche Auswahl von Gegenständen, durch deren legislative Behandlung sie das Vertrauen des Landes und ihre eigene Stellung gekräftigt haben würde und sie mußte es als ein besonderes Glück preisen, daß eine Frage von der höchsten Bedeutung ihr die Mittel bot, die etwa vom Regenten erhobenen Bedenken aus dem Felde zu schlagen.

In dem Augenblicke, wo die Gefahr näher getreten war, der Macht Frankreichs mit den Waffen begegnen zu müssen, hatte sich in Berlin die Ueberzeugung festgestellt, daß eine Reform der Militärverfassung des preußischen Staates zu einer unerläßlichen Nothwendigkeit geworden sei. Die Mobilmachung des Sommers 1859 hatte alle die Nachtheile, welche mit der alten Ordnung verknüpft waren, zu lebhaftem Bewußtsein gebracht und die Erfahrungen, welche der italienische Krieg gewährt, hatten es für den Sachkundigen über jeden Zweifel erhoben, daß Preußen bei seinen gegenwärtigen Heereseinrichtungen nicht in der Lage sei, einem Conflict mit Frankreich ruhig entgegen sehen zu können. Diese Einrichtungen ruhten in wesentlichen Stücken auf Verhältnissen ganz abnormer Art, wie sie die Lage Preußens nach 1807 und die begeisterte Erhebung des Volkes im Frühling 1813 boten; sie setzten einmal eine Kraft spontaner Leistungen voraus, wie sie auch das kernigste Volk nur selten bewährt; und sie waren auf der andern Seite von einem Nothstande auferlegt, wie er Gottlob für Preußen längst aufgehört hatte zu bestehen. Diese Einrichtungen waren weder dem außerordentlichen Wachsthum der preußischen Bevölkerung und dem noch rapideren Aufschwung des Volkswohlstandes, noch den tiefgreifenden Veränderungen, welche die wunderbare Entwickelung der Verkehrsmittel auch für die militärischen Bewegungen bedingte, gefolgt. Das

Grundprincip der allgemeinen Wehrpflicht war zu einer Unwahrheit geworden, indem das in den alten Rahmen festgehaltene Heer nur noch drei Fünftheile der dienstpflichtigen Mannschaft wirklich faßte, zwei Fünftheile frei ausgehen ließ. Das Princip der Sparsamkeit, früher, in einer Zeit langen Friedens, für den Staat unbedingt maßgebend, drohte zur größten Verschwendung zu führen in einer Zeit, die eine Fülle kriegerischer Verwickelungen in ihrem Schooße trug; vor dem Auftreten des Napoleonismus, während der Herrschaft einer durch den Bund der Ostmächte garantirten Friedenspolitik konnte es für Preußen zweckmäßig sein, seinen Friedensetat möglichst knapp einzurichten, auch auf die Gefahr hin, im Kriege den kostbarsten Theil seiner Volkskraft, die Landwehr ersten Aufgebots, mit geringem militärischen Effect auf's Spiel setzen zu müssen, denn diese Kriegsgefahr war fern, wenig wahrscheinlich; seit dem russischen und namentlich seit dem italienischen Kriege mußte dieses Oeconomisiren im Frieden als ein höchst gewagtes Verfahren erscheinen. Die letzte Krisis hatte das Bedenkliche der alten Organisation von Neuem an's Licht gestellt. Es hatte sich gezeigt, daß in Folge der schwachen Zahl der Linientruppen schon in den Vorstadien eines drohenden Krieges und zum Behuf der ersten militärischen Aufstellung die Mobilmachung der Landwehr erforderlich war. Die Landwehr aber bestand in den höheren Jahrgängen aus verheiratheten Männern, die als Theil der mobilen Armee dem ersten Stoß des feindlichen Angriffs entgegengesetzt werden mußten. Eben erst aus den Geschäften des bürgerlichen Lebens gerissen, seit Jahren des Waffendienstes und der Disciplin entwöhnt, entbehrte sie noch dazu der militärisch geübten Officiere und Unterofficiere. Diese mußten, um den Landwehrkörpern einige Consistenz zu geben, in großer Zahl von der Linie entnommen werden. So wurden im Moment der Kriegsgefahr die bestehenden Cadres zerrissen, die Festigkeit der Linie erschüttert, ohne daß es doch sogleich gelang, den in der Eile zusammengesetzten Landwehrkörpern den zum Felddienst erforderlichen Halt zu geben.

Aus allen diesen gewichtigen Gründen war schon im Sommer 1859 beschlossen worden, an eine Reform der Militärorganisation die Hand zu legen. Der Prinz-Regent verfolgte diese Frage mit dem lebendigsten persönlichsten Interesse; ihre Lösung schien ihm die wichtigste Aufgabe seiner Regierung. Im Beginn des Winters trat der Gegenstand aus den technischen Berathungen der Militärs in den Kreis der politischen Erwägungen des Ministeriums. Es war für dieses eine Sache der ernstesten Prüfung, zu entscheiden, ob die gesammte, namentlich auch die finanzielle Lage des Staats die Erhöhung der Wehrkraft gestatte und in welchem Umfange. Die Minister durften sich nicht darüber täuschen, daß die Maßregel im

Volke auf ziemlich lebhaften Widerwillen stoßen werde. Die liberale Meinung war in allen militärischen Fragen ziemlich radicalen Anschauungen unterthänig geworden. Ein fast fünfzigjähriger Friede, die Unzufriedenheit mit einem hohen und, wie es schien, überflüssigen Aufwande für stehende Heere, das verlockende Beispiel der Schweiz und der Vereinigten Staaten, die beirrende Erinnerung an die Großthaten der Landwehr von 1813 bis 1815, die Abneigung gegen die absolutistischen Tendenzen der militärischen Aristokratie, die Abneigung gegen alle kriegerischen Störungen überhaupt, in einer Zeit des mehr und mehr zur Herrschaft gelangenden Industrialismus nur zu natürlich — das waren eine Reihe von Momenten, welche es voraus sehen ließen, daß die öffentliche Meinung sich jeder Vermehrung der Militärlast entgegen stellen werde. Es lag auf der Hand, daß aus eben diesen Gründen nur eine liberale Verwaltung Aussicht hatte, für eine solche Reorganisation die Zustimmung der Landesvertreter zu gewinnen; es war aber ebenso gewiß, daß auch liberale Minister diese Aufgabe nur dann glücklich zu lösen hoffen durften, wenn sie gleichzeitig ihren Liberalismus vor dem Lande über allen Zweifel erhoben und dem Volke die Ueberzeugung erweckten, ja die thatsächliche Gewißheit gaben, daß die Mehrbelastung im Militäretat ausgeglichen werde durch die Beseitigung anderer Lasten und Hindernisse, unter deren Druck das Land seit vielen Jahren gelitten hatte. Dieses Wechselverhältniß eben enthielt nun für das liberale System die kostbarsten Chancen. Diejenigen Personen und Stände, denen an der Militärreform für ihre besonderen Neigungen und Interessen das Meiste gelegen war, konnten zugleich dem Liberalismus des Ministeriums die größten Schwierigkeiten bereiten. Die Minister sahen sich also in der unvergleichlichen Lage, die militärische und die gesammte politische Frage in die innigste Beziehung zu einander zu setzen, durch die eine die andere zu poussiren, ihre Mitwirkung in der einen zu binden an die gewünschten Concessionen für die andere. Herr v. Manteuffel machte im Januar 1860 die vollkommen richtige Bemerkung: wären die Liberalen geschickt, sie würden uns mittelst der Militärfrage für immer vom Ruder verdrängen.

Aber die Liberalen bewiesen bei dieser ersten großen Gelegenheit, dem preußischen Staate eine feste und dauerhafte liberale Politik zu sichern, eine verhängnißvolle Unbeholfenheit. Schon ehe das Publicum irgend welche Details über die beabsichtigte Reorganisation erfuhr, wurde der plötzliche Rücktritt des populären Kriegsministers v. Bonin ein übles Omen für den ferneren Verlauf der Angelegenheit. Bonin galt allgemein für einen liberalen Militär: natürlich wurde angenommen, daß er sich zurück gezogen habe, weil die Umbildung des Heerwesens in einem reactionären Sinne erfolgen solle.

In Wirklichkeit führten ganz andere Motive das Ausscheiden des Ministers herbei; in Wirklichkeit wäre er der zu lösenden Aufgabe kaum gewachsen gewesen. Aber die Art, wie der Rücktritt erfolgte, ohne eine angemessene Betheiligung der anderen Minister, deutete darauf hin, daß diese sich nicht die correcte Stellung zu verschaffen gewußt hatten zu einer Frage, welche die Existenz der ganzen Regierung bedingte. Ebenso wenig schienen sie diese Stellung bei der weiteren Formulirung der Vorlage einzunehmen. Es genügte offenbar nicht, daß sie vom Regenten die Einwilligung zu einer Reihe wohlthätiger Gesetzentwürfe erlangten: sie mußten die Garantien fordern, daß diese Entwürfe zu wirklichen Gesetzen würden, daß sie nicht an den Gewalten und Einflüssen scheiterten, welche von dem früheren Regime her in sämmtlichen Ministerien, in den obersten Posten der Provinzialverwaltung, im Herrenhause, in der Umgebung des Fürsten selber eine bedrohliche Macht besaßen. Obwohl die Stimmung des Landes in den letzten Monaten sich durch einzelne Vorgänge, z. B. beim Schillerfest, bedauerlich getrübt hatte, gehörte doch in Wahrheit nicht Großes dazu, um das öffentliche Vertrauen herzustellen. Es handelte sich nicht darum, in der Gesetzgebung gewagte Experimente zu realisiren, das gesammte Personal rücksichtslos zu purificiren; wenn das Ministerium einige der drückendsten Abnormitäten des bisherigen Zustandes wirklich beseitigte, durch die Entfernung einiger mit Recht verhaßten Beamten Zeugniß von seinem Ernst gab und vor Allem im Herrenhause seiner Politik die unentbehrlichen Stützen schaffte, so ist nicht zu zweifeln, daß das Land sich darin gefunden hätte, eine auch empfindliche Mehrbelastung seiner Steuerkraft zu übernehmen. Vor Allem aber kam es zunächst nicht einmal darauf an, sich mit dem oft etwas schwerfälligen Verstande der öffentlichen Meinung aus einander zu setzen, sondern mit den Führern des Abgeordnetenhauses, den vieljährigen Parteigenossen, eine Verständigung herbeizuführen, welche jeden unbegründeten Argwohn auf der einen oder anderen Seite ausschloß. Die Partei, der die Mehrzahl der Minister angehört hatte, bildete jetzt die überwiegende Mehrheit des Hauses: es konnte doch unmöglich schwer sein, die angesehensten Mitglieder dieser Mehrheit, indem man sie über die Gesammtheit der Situation orientirte, von der Nothwendigkeit der Militärreform zu überzeugen und sie für ein freundliches Entgegenkommen zu gewinnen, auch wenn es nicht sofort gelingen sollte, die ganze Summe constitutioneller Bürgschaften dem Hause als Aequivalent darzubieten. Ein solcher offner, rückhaltloser Austausch zwischen den Ministern und ihren einflußreichsten Freunden im Hause konnte auch bedenkliche Lücken der ministeriellen Stellung decken.

Ich glaube nicht, daß man wird sagen können, im Vorstehenden seien

übertriebene Forderungen einer idealen Politik entwickelt. Sie enthalten nichts als das absolut Selbstverständliche und Unerläßliche. Weist man dagegen auf die großen Schwierigkeiten hin, denen die Minister auch dafür begegnet seien, so ergiebt sich die Antwort, daß große Aufgaben freilich immer mit großen Schwierigkeiten verknüpft sind. Es handelte sich hier in der That um ein Großes. Es handelte sich darum, Preußen aus den Irrwegen revolutionärer und contrerevolutionärer Ausschweifungen auf die feste Bahn einer gesunden, stetig fortschreitenden Politik zurückzuführen; es handelte sich darum, durch ein kräftiges Preußen den deutschen Geschicken eine segensreiche Wendung zu geben, durch ein so auf Deutschland gestütztes Preußen die sichtbar aus den Fugen gehende alte Ordnung Europas in einer Weise zu erneuern, wie es die Interessen Preußens und Deutschlands und der Civilisation überhaupt erheischten. Es konnte kein Moment gedacht werden, der einer wirklichen Staatskunst eine größere Gunst der Verhältnisse entgegen gebracht hätte. In Preußen, in Deutschland und in Europa lagen die wirksamsten Factoren zerstreut, welche eine über ihr Ziel klare Politik für sich in Bewegung setzen konnte. In Preußen und Deutschland streckte Alles verlangend die Hände aus nach einer Macht, welche sich von der traurigen Vergangenheit nur einigermaßen günstig abzuheben verstand; die europäische Situation enthielt gewiß Gefahren, ebenso gewiß aber die unvergleichlichsten Chancen, Preußen aus einer vierzigjährigen Nullität zu angemessenem Einfluß zu erheben.

Ich bin natürlich nicht im Stande, die Details der Bemühungen anzugeben, welche die Minister vor der Landtagseröffnung machten, um ihrem großen Unternehmen den Erfolg zu sichern. Aber so viel steht fest, daß sie das Herrenhaus vollkommen unberührt ließen, daß sie in allen Personalfragen sich zu schwach bewiesen, daß sie nichts thaten, um die Führer der liberalen Mehrheit bei Zeiten für die Militärvorlage zu gewinnen und daß sie, während sie so den Ausgang der bevorstehenden parlamentarischen Campagne in keiner Weise durch liberale Garantien sicherten, den Forderungen des neuen Kriegsministers mit zu großer Nachgiebigkeit entgegen kamen. Vielleicht war es wirklich schwieriger, als die draußen stehenden sahen, dem Lande ein volles Aequivalent liberaler Reformen zu sichern: dann mußte der Finanzminister mit unbeugsamer Festigkeit darauf bestehen, daß auch die Militärreform sich in bescheideneren Grenzen hielt. Uebrigens bot die Lage Ressourcen die Menge, nach beiden Seiten volle Gerechtigkeit zu üben. Wie Preußen damals in Europa stand, mußte es sich in die Lage setzen, mit eigener Kraft jeder kriegerischen Eventualität zu begegnen. Wie der Regent die militärische Frage beurtheilte, war er gewiß jeder in sich begründeten liberalen Forderung zu-

gänglich, wenn nur auf der anderen Seite die Sicherheit geboten wurde, jene Frage glücklich zu lösen. Machte er doch ernstliche Schwierigkeiten, so hatten die Minister das Recht und die Pflicht, aus einer Stellung zurück zu treten, in der sie dem Lande nicht gut zu dienen hoffen durften. Da es gewiß ist, daß der Rücktritt des liberalen Ministeriums die Militärreorganisation damals einfach unmöglich gemacht hätte, so scheint es auch gewiß, daß der Regent Alles gethan haben würde, um die Räthe festzuhalten, welche die Reorganisation allein durchbringen konnten.

Am 12. Januar 1860 eröffnete der Prinz-Regent den Landtag mit einer Thronrede, welche die Umbildung der Heeresverfassung mit vollem Nachdruck in den Vordergrund der parlamentarischen Thätigkeit rückte. Der hohe Redner bezeichnete die Beseitigung der in den letzten zehn Jahren an den Tag getretenen Uebelstände in den militärischen Einrichtungen als seine Pflicht und sein Recht, er empfahl die reiflichst erwogene Vorlage der vorurtheilsfreien Prüfung und Beistimmung des Landtags, welche nach allen Seiten hin Zeugniß geben werde von dem Vertrauen des Landes in seine redlichen Absichten; nie noch sei der Vertretung des Landes eine Maßregel von solcher Bedeutung für die Größe und Macht des Vaterlandes vorgelegt worden. Jedermann mußte aus diesen Worten und aus der Art, wie sie gesprochen wurden, die Ueberzeugung gewinnen, daß das ganze Herz des Regenten an dieser Sache hing, daß seine Stellung zum Lande bedingt sei durch die Stellung, welche das Land zu dieser Frage einnehme. Die Thronrede unterließ nicht, dieser Anforderung einige Gewährungen voraus zu schicken, deren Wichtigkeit nicht verkannt werden konnte. Sie sprach von der Reform der deutschen Bundesverfassung in Ausdrücken, welche wenigstens den guten Willen der Regierung unzweideutig verkündigten. Sie bekannte sich zu dem Wunsche, „die Thätigkeit der deutschen Bundesversammlung in ihrem Verhältnisse zu den Verfassungen der Einzelstaaten auf das genaueste Maß competenzmäßiger Wirksamkeit sich beschränken zu sehen.“ Sie bekräftigte diesen Wunsch durch die Thatsache, daß Preußen in der kurhessischen Verfassungsfrage das Zurückgehen auf die Verfassung von 1831 befürwortet habe. Sie kündigte außerdem das Bestreben Preußens an, den Elbherzogthümern eine gesicherte, den anerkannten Landesrechten entsprechende Verfassung zu schaffen. Im Innern sollten Vorlagen über die Civilehe, über die Feststellung der Wahlbezirke, über Sicherung der Preßfreiheit, über Regulirung der Grundsteuer und über eine neue Kreisordnung die dringendsten Wünsche des Landes befriedigen.

Man kann nicht in Abrede stellen, daß diese Thronrede ein wohl zusammenhängendes System innerer und auswärtiger Politik entwickelte.

Wenn Preußen das erhielt, was sie verkündigte, so war damit die neue Bahn verfassungsmäßigen Fortschritts so fest betreten, daß das Land sehr wohl eine größere Last für die Wehrkraft auf sich nehmen konnte, zumal Preußen gleichzeitig in Deutschland eine Stellung einnehmen sollte, welche seiner inneren Wiedergeburt würdig entsprach. In der That erfuhr die politische Lage durch die Thronrede die erfreulichste Veränderung. Man ging mit frischem Vertrauen an eine Arbeit, welche bestimmt schien, die neue Aera nach allen Seiten zu consolidiren. Aber schon nach wenigen Wochen bedeckte sich der parlamentarische Himmel mit den schwärzesten Wolken. Am 10. Februar legte das Ministerium die Gesetzentwürfe in Betreff der Militärreform vor. Bis zu diesem Tage hatte die ministerielle Presse mit unerschütterlicher Beharrlichkeit verkündigt, daß die Mehrausgaben für den Militäretat sechs Millionen nicht übersteigen würden; die Minister selber müssen ihre Freunde im Abgeordnetenhause in demselben Irrthum belassen haben. Denn als nun Herr v. Patow einen Mehraufwand von neun Millionen verkündigte, war das ganze Haus wie starr. Die doppelte Forderung hätte eine auf sie vorbereitete Versammlung nicht mehr erschrecken können. Mit einem Schlage war die gute Laune der Abgeordneten, der ganzen liberalen Bevölkerung gründlich zerstört. Die Abgeordneten sahen das Parteiverhältniß zu ihren früheren Führern im Ministerium gelöst, die üblen Prophezeihungen der radicalen Zweifler fanden in weiten Kreisen bereitwilligen Glauben und was das Schlimmste war: nur Wenige prüften die Militärvorlage selbst mit unbefangenem Blick. Die Procedur der Minister schien nur aus einem schlechten Gewissen erklärlich; der reizbare Argwohn des Liberalismus gegen Alles, was Militär heißt, neigte sich rasch dahin, in der ganzen Maßregel ein reactionäres Manöver zur Verdrängung der Landwehr, zur Verstärkung des Junkerthums in der Armee zu erblicken.

Unmittelbar auf die Vorlage der Militärreform folgte die Debatte des Herrenhauses über das Ehegesetz. Die Regierung brachte dieses Gesetz zum zweiten Male. Die Thronrede hatte den „lebhaften Wunsch" ausgedrückt, „daß es gelingen möge, diese so wichtige und dringende Reform endlich zu einem Abschluß zu bringen." Die Herren ließen sich dadurch nicht im Mindesten beirren; sie hielten gegen die gewichtigsten Ausführungen der Minister der Justiz und des Cultus unerschütterlich fest an den von einer extremen Orthodoxie eingegebenen Doctrinen, die sie zum Theil mit wahrhaft albernen Argumenten vertheidigten. Dr. Stahl mußte bekennen, daß er 1849 selber die jetzt von der Regierung beantragte facultative Civilehe warm befürwortet habe; es hinderte ihn das nicht, jetzt diese Civilehe als das schlimmste Uebel zu bezeichnen. Der Gesetzentwurf

der Regierung fiel mit einer winzigen Minderheit von zehn oder zwölf Stimmen.

Diese Debatte und Abstimmung gestattete keinen Zweifel mehr, daß das Herrenhaus entschlossen sei, der Regierung eine systematische Opposition zu machen. Die Regierung ihrerseits schien entschlossen, den ihr in's Gesicht geworfenen Handschuh aufzunehmen. Die Preußische Zeitung, das Blatt des Ministeriums, brachte einen Artikel, welcher das Herrenhaus mit großer Lebhaftigkeit attakirte und sein Festhalten an jenem Conservatismus, welcher den Traditionen Preußens und dem gesammten Gange seiner Geschichte widerspreche. Wird der preußischen Regierung, so hieß es u. A. in dem Artikel, ihr Gewissen erlauben, den Gang der Gesetzgebung zu dauerndem Stillstand verurtheilen zu lassen, weil eine Partei den Moment ihrer Herrschaft geschickt dazu benutzt hat, auf Jahrzehnte hinaus den einen Factor der Gesetzgebung unter ihren überwiegenden Einfluß zu stellen? Das konnte wohl nichts anderes heißen, als daß die Regierung entschlossen sei, dem Herrenhause eine andere Zusammensetzung zu geben. In der That mußte die Regierung diesen Schritt thun, wenn sie nicht die ganze Session der Gefahr der Resultatlosigkeit, wenn sie nicht ihr ganzes System einem vollständigen Schiffbruch preisgeben wollte. Hatte sie vorher sich der Illusion überlassen, die Autorität des Regenten werde genügen, um die Starrheit des Herrenhauses zu biegen, so konnte sie nach der eben gemachten Erfahrung durchaus nicht mehr bezweiflen, daß das Herrenhaus wie das Ehegesetz, so die Grundsteuerausgleichung vereiteln und mit der Regelung der Grundsteuer die wesentliche finanzielle Stütze der Militärreform umwerfen werde. An dieser Reform aber festhalten, während alle anderen Reformen fielen, das war ein Unternehmen, in das auch der unbefangenste Liberalismus kaum willigen konnte. Die Thronrede hatte ein innig in sich zusammenhängendes System politischer Arbeiten aufgestellt; es ging nicht an, daß man alle der liberalen Meinung willkommenen Maßregeln durch das Herrenhaus hindern ließ, zugleich aber die dem Herrenhaus willkommenen Militärvorlagen durchsetzen wollte. Hatte der argwöhnische Radicalismus von Anfang an im Hintergrunde aller Regierungsacte eine tückische Intrigue der Kreuzzeitungspartei gesehen, welche darauf hinauslaufe, die harmlosen Minister zu einer reactionären Corruption der Heereseinrichtungen zu benutzen und sie, wenn sie diesen Dienst gethan, fort zu schicken, so mußte dieser Verdacht jetzt auch bei wohlmeinenden Liberalen Wurzel fassen. Behielt das Herrenhaus die Macht, den Liberalismus der Regierung vollständig zu lähmen, so war ja gar kein anderes Resultat abzusehen, als daß von allen Vorlagen des Ministeriums lediglich die über das Militärwesen

durchging. Wenn aber wirklich die Lage des Staates gegen eine solche einseitige Maßregel sprach, so mußte man nicht nur an der Kraft der Minister, sondern auch an dem Willen des Regenten irre werden. Dachte er vielleicht trotz Allem ähnlich wie das Herrenhaus?

Ich zweifle nicht, daß die Minister es versuchten, das Stimmenverhältniß im Herrenhause zu ihren Gunsten zu ändern, aber diese Versuche hatten keinen Erfolg. Ich kann nicht sagen, weshalb sie scheiterten. Aber der Hauptgrund kann nur gewesen sein, weil ihr Verhältniß zum Regenten entweder nie das ganz wünschenswerthe war, oder durch die Weiterungen der letzten Monate schon eine fatale Erschütterung erfahren hatte. Ich berühre hier einen Punkt, der für unsere liberale Politik von ganz besonderer Bedeutung ist. Fast überall in Deutschland haben liberale Minister die schwierige Aufgabe, mit Fürsten zu verkehren, bei denen sie im Verdachte stehen, den fürstlichen Rechten Abbruch thun zu wollen. Ist nun dieser Verkehr überhaupt in vielem Betracht der delicateste Theil ihrer Mission, so wird er natürlich durch jenen Verdacht höchst dornenvoll. Die früher erörterte Stellung unseres Adels macht sich hier in der unglücklichsten Weise geltend. Hat wirklich ein Fürst aus klarer Einsicht und ehrlichem Willen den Entschluß gefaßt, seinen liberalen Ministern zu vertrauen, so ist seine adlige Umgebung unablässig bedacht, ihn in diesem Entschlusse wankend zu machen. In England versteht es sich von selbst, daß die regierenden Männer auch am Hofe eine ausreichende Vertretung haben. Diese Uebereinstimmung zwischen Hof und Regierung ist in der That etwas politisch einfach Selbstverständliches; ihr Mangel muß eine stete Friction unter den höchsten Einflüssen zur Folge haben. In Preußen, wo das liberale System zum ersten Male den Versuch machte, zu regieren, fehlte diese Uebereinstimmung natürlich wie an jedem anderen deutschen Hofe. Dafür erfreuten sich die Minister der vielsagenden Gunst, daß der Fürst selber, aus eigenstem Antrieb, ohne alle äußere Nöthigung sie berufen hatte, daß sie überdies zu ihm, wenigstens theilweise, in dem Verhältnisse von alten politischen Freunden, fast könnte man sagen Leidensgenossen standen. Dieses Verhältniß konnte vieles ersetzen, wenn es den Ministern gelang, das Vertrauen, das ihnen der Regent entgegen getragen hatte, zu befestigen, wenn sie ihm, was jeder Minister, um wirksam zu sein, seinem Fürsten sein muß, eine starke Autorität wurden und diese Autorität so übten, daß sie in jedem wichtigen Moment mit unbeugsamem Nachdruck, in allen untergeordneten Dingen mit gewinnender Liebenswürdigkeit auftrat. Ein Staatsmann muß vor Allem ein großer Menschenkenner sein, er muß Meister sein in der Kunst, die Menschen zu behandeln, vorzüglich diejenigen Menschen, welche am schwierigsten zu behandeln sind,

die Fürsten. Besaßen die Minister, besaß insbesondere derjenige unter ihnen, der gar kein specielles Ressort und die nächsten persönlichen Beziehungen zu dem Prinzen hatte, diese Kunst, so mußte es, sollte man meinen, möglich sein, dem Regenten von Tage zu Tage näher zu treten und die Macht der Krone wirksam zu machen gegen die feindlichen Kräfte, welche der Minister, ebenso aber des Regenten Werk zu vereiteln strebten. In Wahrheit handelte es sich ja um des Fürsten „eigenstes Werk.“ Wie sollte er nicht bereit gewesen sein, das zu thun, was für dessen Gelingen nothwendig war? Zumal es ja gar nicht darauf ankam, in den überlieferten Bestand des preußischen Staatswesens mit gewaltsamen Proceduren einzugreifen. Wie schlimm man auch den doctrinären Eigensinn oder den junkerlichen Haß des Herrenhauses taxiren mag, bisher hat der deutsche Adel noch nicht bewiesen, daß er die ernstliche Ungnade seines Hofes zu ertragen vermag. Es war schwerlich nothwendig, das Herrenhaus durch die ja allerdings bedenkliche Maßregel eines massenhaften Pairsschubs unschädlich zu machen. Wahrscheinlich genügte das Wort und die Miene des Fürsten, um die Herren zur Raison zu bringen. Wenn dagegen die Minister es dahin kommen ließen, daß die Herren zweifeln durften, ob der Fürst das ernstlich wolle, was er in der Thronrede feierlichst verkündigt hatte, daß sie die Hoffnung fassen konnten, dem Fürsten selber den Liberalismus mehr und mehr zu verleiden, dann war auch kein Pairsschub stark genug, das Haus zu erschüttern, ganz abgesehen davon, daß ja die Minister, welche von dem Throninhaber jenes Geringere nicht erlangten, niemals erwarten konnten, dieses Größere durchzusetzen. So aber kam es. Die Minister waren im Palais nicht glücklich. Herr v. Auerswald fuhr ziemlich nutzlos jeden Tag zu Hofe. Der Regent wurde irre an seinen liberalen Räthen; ihr Einfluß wurde zurück geschoben durch den wachsenden Einfluß der Gegner. So geschah es, daß das Herrenhaus blieb wie es war. Es verwarf die Grundsteuervorlagen wie das Ehegesetz. Der ministerielle Feldzugsplan war gründlich mißlungen.

Bereits im März 1860 stand diese Sachlage für diejenigen, die politisch sehen und denken konnten, ziemlich fest. Es war zu befürchten, das Ministerium Auerswald werde scheitern. Mußte das gleichbedeutend sein mit einem Bankerott des Liberalismus überhaupt?

Ein Ministerium ist fast immer ein getreuer Ausdruck der Partei, welche es vertritt. Die Schäden und Schwächen, welche in ihm zum Vorschein kommen, pflegen Schäden und Schwächen der Partei selbst zu sein. In unserem Falle traf dieser Satz vollkommen ein. Die zur Regierung berufenen Mitglieder der Partei repräsentirten Alles in Allem die beste Kraft der Partei. Wußte nun diese, was sie wissen mußte, daß

auch diese beste Kraft schwerlich genügen werde, so ergab sich daraus um so mehr die Pflicht, den regierenden Freunden mit aller Hingebung und Thätigkeit zur Seite zu stehen, sie zu stützen und zu stärken. Man kann nicht sagen, daß die Partei dieser ganz unabweisbaren Forderung in einem irgend ausreichenden Maße nachgekommen sei. Und wollen wir den Hauptgrund dieser schweren Versäumniß bezeichnen, so können wir nur dasselbe wiederholen, was früher von dem deutschen Liberalismus überhaupt ausgesagt ist: die preußischen Liberalen wie ihre Gesinnungsgenossen in den Kleinstaaten trieben die Politik mit wenigen Ausnahmen als Dilettanten.

Im Januarheft 1860 der Preußischen Jahrbücher machte ich auf diesen Umstand nachdrücklich aufmerksam. „Wahrlich, hieß es in einem Rückblick auf die traurigen Erlebnisse des vorausgegangenen Jahres, diese Erfahrung sollte uns spornen, ernst in uns zu gehen! Denn was wir auch sagen mögen: ein Jeder von uns hatte sein Theil Schuld daran. Wir Alle hatten mit wenigen Ausnahmen fast ein Decennium hindurch die freilich schwere und undankbare, aber unerläßliche politische Arbeit zurück geschoben und ein Jeder über seinen privaten Geschäften das Allen Gemeinsame mehr oder weniger vergessen. Wie Dilettanten waren wir vor eilf Jahren an die reichen Genüsse eines interessanten öffentlichen Lebens gegangen, hatten uns schnell übernommen, und als dann die Früchte der Politik bitter wurden, da verdroß es weit die Meisten, sie gingen in ihr behagliches Bücherzimmer, in Comptoir und Bureau zurück. Als dann der plötzlich aufgewirbelte Sturm uns in das öffentliche Leben zurück rief, hatten wir im Ganzen wenig gelernt und manches vergessen. In solch sprunghafter Manier lassen sich die öffentlichen Pflichten nicht abthun. So gut als irgend eine andere Wissenschaft und Kunst bedarf die Politik unausgesetzten Studiums, nie ermüdender Uebung, bedarf sie treuer Hingebung und ernster Energie. Und wenn es unseren Gewohnheiten und Neigungen wenig zusagen mag, der unruhigen und undankbaren Thätigkeit auf dem Markt des öffentlichen Lebens unsere beste Kraft zu widmen, so sollte doch die Einsicht etwas vermögen, daß wir unmöglich die für uns besonders großen Schwierigkeiten einer befriedigenden Ordnung des deutschen Staatswesens überwinden werden, wenn nicht eine ansehnliche Zahl begabter Männer zu diesem Act der Hingabe an das Vaterland sich entschließt, die Einsicht, daß all' unsere Gelehrsamkeit, alle Bildung und aller Wohlstand wie auf Sand gebaut sind, so lange der Grund von Allem, ein gesunder Staat, mangelt."

Nie war eine Mahnung an die eigene Partei berechtigter. Hier lag der Alles entscheidende Punkt. Thaten diejenigen preußischen Liberalen, deren Organ die Jahrbücher waren, wie es verlangte; so konnte das

Spiel noch immer gewonnen werden. Standen sie zu ihrem Ministerium, wie jede Partei zu ihrer Regierung soll, so konnten sie schon vor Eröffnung des Landtags schwere Mißgriffe verhüten. Es ist oben gesagt, wie schlimm es war, daß das Ministerium sich nicht bei Zeiten mit seinen Freunden über die Militärvorlage in Einvernehmen setzte. Gewiß muß man das Ministerium deswegen tadeln. Aber wenn dasselbe nun einmal das Nothwendige nicht aus sich that, konnten und mußten nicht die Freunde es dazu veranlassen? Wenn es sie nicht rief, warum kamen sie nicht aus eigenem Antrieb? Seit November waren alle Blätter voll von dieser wichtigen Angelegenheit: wie konnten sie es ertragen, nicht von Woche zu Woche über den Stand derselben auf's Genaueste informirt zu sein? Handelte es sich nicht um eine Sache, die so gut die ihrige war, als die der Minister? Die Minister mochten noch so spröde und verschlossen sein, befreundeten Männern von Gewicht und Autorität, die ihr Gewissen, ihre Pflicht zu ihnen führte, konnten sie unmöglich Schweigen entgegen setzen. Aber hier fehlte leider die eine Seite so viel wie die andere. Die Partei kümmerte sich so wenig um ihre Minister, wie die Minister um ihre Partei. Die Minister hatten nicht das Gefühl einer wahrhaften Solidarität mit der Partei und die Partei meinte, es sei genug, während der Session mit leiblicher Rücksicht auf die Minister die Vorlagen zu erledigen. So wurde das unter einem politischen Volke völlig Undenkbare möglich, daß die bedeutsamste Maßregel, welche je einem preußischen Landtage vorgelegt wurde, für die nächsten Freunde des Ministeriums eine peinliche Ueberraschung enthielt.

Natürlich blieb es dabei nicht. Die Abgeordneten machten mit Recht den Ministern aus ihrem Verfahren einen lebhaften Vorwurf, aber sie bedachten nicht, daß auch sie ihr Theil Schuld daran trügen, sie bedachten noch weniger, daß, wenn sie sich durch das Verhalten der Minister ihnen innerlich entfremden ließen, schlimm sehr viel schlimmer würde. Sie thaten, wie Deutsche in der Politik zu thun pflegen, sie folgten Stimmungen statt Erwägungen, sie ließen eine gewisse Reizbarkeit gegen die Minister sich festsetzen und kamen allmählich dem herkömmlichen Standpunkte deutscher Opposition nahe, die Regierung als solche mit Mißtrauen zu betrachten, Freunde zurück zu weisen, weil sie Antheil nahmen an der Last der Regierung.

Verhängnißvoller aber als dieses persönliche Mißverhältniß wurde die Art der Geschäftsbehandlung. Für einen politischen Kopf giebt es kaum eine Einzelheit, und wäre sie die wichtigste, die er, auch nur vorwiegend, nach den in ihr selbst gelegenen Momenten behandelt. Er weiß, daß es darauf ankommt, Herr der Situation zu bleiben und dieselbe

Frage hat ihm daher, je nach den wechselnden Anforderungen der Gesammtlage, heute eine andere Bedeutung als morgen. Wir Deutschen haben bisher zum großen Theil deshalb so viele kostbare Kraft verschwendet, weil unserer Art diese politische Betrachtungsweise außerordentlich fern liegt. Wir sind Schüler der Theorie, welche ja ihr von allen Umständen ganz unabhängiges Urtheil über die Dinge fällt; wir sind Kinder einer religiösen Vergangenheit und die Religion fragt nicht nach den Verhältnissen; wir sind im stillen Hause aufgewachsen, und da gilt uns mit Recht unbeugsame Tugend mehr als umschauende Klugheit. Auch wo sich unsere Thätigkeit der politischen Praxis nähert, folgen wir lieber dem Buchstaben des Gesetzes oder der Instruction, als einer selbständigen Auffassung der Verhältnisse. Wer sich durch diese bestimmen läßt, erfährt leicht den Vorwurf der Willkür. In der Politik aber führt diese, ich könnte sagen, rein sachgemäße Erledigung der Geschäfte zu den übelsten Mißgriffen. Sie ist die in unseren Kammern herkömmliche; sie wurde auch in der verhängnißvollen Sitzung von 1860 von den Liberalen im preußischen Abgeordnetenhause befolgt.

Die große, alles andere entscheidende Frage war die, wie das Haus die Militärvorlage behandeln werde. Wir haben gesehen, in eine wie außerordentlich schwierige Lage die Minister diese Angelegenheit gebracht hatten. Die das Volk erleichternden oder befreienden Maßregeln waren im Herrenhause gefallen, die Hoffnung des Volkes, daß es gelingen werde, eine liberale Politik nachdrücklich und fruchtbar einzupflanzen, war gescheitert, die reactionären Einflüsse erwiesen sich auf allen Gebieten des Staatslebens noch immer von überlegener Stärke: unter diesen Umständen sollte die Steuerkraft des Volkes eine sehr beträchtliche Mehrbelastung auf sich nehmen, und zwar für eine Umgestaltung des Heerwesens, welche die Landwehr in zweite Linie schob, den volksthümlichen Charakter der Armee zu schwächen schien. Gewiß machte diese Lage der Dinge es für die Abgeordneten sehr bedenklich, dem Entwurf der Regierung zuzustimmen. Nur wenn sie mit weitem Blick die gesammte Situation des preußischen Staates umfaßten und sich zugleich von den engbürgerlichen Vorurtheilen gegen alles Militärische lossagten, konnten sie den Punkt finden, auf dem nichtsdestoweniger die Annahme der Militärvorlage als unzweifelhafte Pflicht erschien. Drei große Gesichtspunkte mußten für diese Annahme entscheiden. Zuerst die europäische Lage des Staats. Eben als die Abgeordneten die Prüfung der Vorlage begannen, versetzte die Einverleibung von Nizza und Savoyen alle Welt in ängstliche Besorgniß. Napoleon schien den Augenblick gekommen zu glauben, wo er nach der Zersprengung aller alten Allianzen, nachdem es ihm gelungen, alle Mächte zu isoliren, kraft der mi-

litärischen und diplomatischen Ueberlegenheit Frankreichs das Gleichgewicht des Erdtheils zu seinen Gunsten beliebig verrücken könne. Die Einverleibung Savoyens, die damit verbundene Verletzung der schweizer Neutralität war ein starker Schritt in dieser Richtung. Die dabei angewandte Manipulation mußte die lebhaftesten Besorgnisse für die Zukunft erwecken. Und selbst wenn man die damals weit verbreitete Meinung nicht theilte, daß der nächste Schritt gegen Deutschland gerichtet sein werde, immerhin war schon durch das Geschehene eine Stellung Frankreichs begründet, welche namentlich für Preußen unverkennbare Gefahren in sich schloß. Hatte es keinen französischen Angriff zu fürchten, so mußte es doch gewiß darauf gefaßt sein, bei jeder Gelegenheit, wo deutsche und französische Interessen nicht ganz zusammen fielen, einem Drucke Frankreichs zu begegnen, der üble Folgen haben konnte. Aber selbst hiervon abgesehen hatte die ganze europäische Staatenordnung eine so fundamentale Veränderung erfahren, daß Preußen unmöglich das System festhalten konnte, nach welchem es früher seine internationale Stellung bemessen hatte. Die alte Allianz mit Rußland und Oesterreich war vollständig zerstört und die seit dem Herbst gemachten Versuche, sie annähernd wieder herzustellen, hatten nur die völlige Aussichtslosigkeit dieser Bemühungen erwiesen. England zog sich mehr und mehr auf seine Weltstellung zurück, für die es weniger dringlich erschien, auch auf wichtige Veränderungen in Europa mit anderen als diplomatischen Mitteln einzuwirken. Preußen stand also wie die anderen Staaten allein; und es hatte mehr als andere zu fürchten. Der Haß Oesterreichs und der Mittelstaaten, die Nachbarschaft Frankreichs konnten eine ernste Gefahr werden und dieser Gefahr mußte es begegnen mit den Mitteln einer unfertigen Großmacht, zwischen deren Theilen seine erbittertsten Gegner sich eingenistet hatten. Das Militärsystem, wie es in Preußen seit 1815 bestanden hatte, trug durchweg einen defensiven Charakter, der, wie schon früher bemerkt, der gesicherten Friedenspolitik der Jahre 1815 bis 1848 entsprach, in der seitdem eingetretenen Epoche tiefgreifender Spannungen und Erschütterungen aber verhängnißvoll werden konnte für einen Staat, der eben durch seinen geringen Umfang und die ungünstige Configuration seines Gebiets genöthigt war, jedem Kampfe eine offensive Wendung zu geben.

Preußen war entstanden, gewachsen und aus dem Elend von 1807 gerettet durch eine kühne Offensive. Diese Offensive war ihm durch alle Verhältnisse zum Lebensgesetz gemacht. Es konnte nicht bleiben was es war. Es mußte wirklich groß oder wieder klein werden. Die preußischen, die deutschen Geschicke konnten sich nur erfüllen, wenn die Grenzen der preußischen Macht sich erweiterten zu denen der deutschen. Nur in Deutsch-

land konnten die Kräfte gefunden werden, welche Preußen seine Existenz sicherten, auch wenn ihm jede europäische Allianz fehlte. Nur Deutschland konnte Preußen die Ergänzung gewähren, die es nicht zu entbehren vermochte, um die auf die Dauer unerträgliche Ueberspannung seiner finanziellen und militärischen Kräfte in eine normale Anstrengung überzuführen. Die nationale Erhebung Italiens hatte in Deutschland nothwendiger Weise die ähnlichen Bestrebungen geweckt. Die preußische Regierung hatte ihnen schüchtern zugewinkt, zögernd einige vorsichtige Schritte ihnen entgegen gethan. Sie hatte in der kurhessischen Frage den Rechtsstandpunkt betont, sie hatte für die Schleswig-Holsteiner Theilnahme bewiesen, sie hatte für das Bundesheer Zweitheilung des Obercommandos beantragt, sie hatte in Berlin Vertreter der norddeutschen Uferstaaten versammelt, um über eine Befestigung der Nord- und Ostseeküsten zu verhandeln. Sie hatte in diesem Allen den versöhnlichsten, den bundesfreundlichsten, den bescheidensten Sinn bewiesen; sie dachte nicht an Hegemonie; sie wollte Preußen nur den durch alle thatsächlichen Verhältnisse ganz unbestreitbar gegebenen Einfluß sichern. Und was war die Folge? Daß die Mittelstaaten in Würzburg zu Hause liefen und ein großes Complot gegen Preußen entwarfen; daß sie die den begründeten Ansprüchen Preußens weit nicht gerecht werdenden Anträge über die Reform der Bundeskriegsverfassung ablehnten, daß sie auch die maritimen Dinge an den Bund zu ziehen suchten, daß sie in der kurhessischen Frage an der alten Vergewaltigung festhielten. Und den innersten Sinn dieser Coalition enthüllte jener Herr v. Borries mit dem verrufenen Wort vom 1. Mai, daß die deutschen Fürsten lieber die Hülfe des Auslandes anrufen würden als eine leitende Stellung Preußens anerkennen, und als man an verschiedenen Punkten Deutschlands über diese Offenbarung des mittelstaatlichen Patriotismus seine Entrüstung kund gab, bestätigte der König von Hannover das Dictum seines Ministers dadurch, daß er ihn in den Grafenstand erhob.

Lag in diesen Verhältnissen nicht eine ernste Gefahr für Preußen? Konnte schon damals ein unbefangener Beobachter zweifeln, daß dieses deutsche Chaos nur geordnet werden könne dadurch, daß entweder das preußische Schwert aus der Scheide fahre, oder wenigstens mit schwerer Wucht die kleinen Könige bedrohe? Oder wenn man die vielleicht richtige Resignation hatte, die deutsche Frage einstweilen ganz ruhen zu lassen, die Resignation konnte man unmöglich haben, für die europäische Stellung Preußens einen gewissen Theil der deutschen Kräfte nicht in Anspruch zu nehmen. Aber auch auf diesen Theil konnte man nur rechnen, wenn die preußische Kriegsmacht rasch bereit, zu starkem Offensivschlage gerüstet da-

stand, wenn Preußen die Fesseln einer nur auf die Vertheidigung eingerichteten Kriegsverfassung abschüttelte, wenn es sich in die Lage brachte, einer kriegerischen Bedrohung durch eine europäische Großmacht allein ruhig entgegen sehen zu können. Preußen hatte die Intriguen seiner königlichen Nachbarn nur dann nicht zu fürchten, wenn sie vor seiner Macht zitterten.

Aber freilich, wurde denn diese Macht wirklich durch die beabsichtigte Militärreform so erheblich gesteigert? Unter denjenigen Liberalen, welche wieder einmal anfingen, zu radicalen Ansichten zu neigen, wurde diese Frage kurzweg verneint. Für diese Männer waren die Thaten der Landwehr von 1813 einfach maßgebend. Daß damals Preußen in einer Lage sich befand, wie sie nie ein Staat erlebt hatte, daß der Kraft der eigenen Begeisterung die Schwäche der feindlichen Rüstung zu Hülfe kam, daß die zum Aeußersten entschlossene Landwehr überwiegend mit eben ausgehobenen Recruten von unreifem Alter zu thun hatte, daß sie erst im Spätsommer von 1813 vollständig auf dem Kriegsschauplatze erschien und auch dann nur siegte durch das Bündniß mit Rußland und Oesterreich, von allen diesen großen und gewichtigen Thatsachen nahm die oberflächliche Tageserörterung einfach keine Notiz. Ihr war der militärische Standesgeist, die im Offiziercorps stark prävalirende Aristokratie verhaßt; ihrem Horizont lag jede eindringende militärische Untersuchung fern, sie hielt sich einfach an den s. g. gesunden Menschenverstand, für den es in Deutschland ausgemacht war, daß Volksinteressen allein durch Volkskraft vertheidigt werden könnten und daß diese Volkskraft in ihrer begeisterten Entfaltung durch das militärische Drillen mehr gehemmt als gefördert werden müsse. Dieser in immer weiteren Kreisen sich ausbreitenden Anschauung galt es für ziemlich ausgemacht, daß das preußische Heer, statt die Landwehr aus der ersten Schlachtlinie zu entfernen, vielmehr dem schweizer und amerikanischen Militärsystem angenähert, daß die zweijährige Dienstzeit, statt auf drei Jahre erhöht, lieber auf ein Jahr herabgesetzt werden sollte.

Diese alle geschichtliche und militärische Erfahrung ignorirende, aber ihrer Sache unendlich gewisse Ansicht herrschte nun im Frühling 1860 unter den liberalen Abgeordneten allerdings noch nicht; sie weckte nur Zweifel und Bedenken im Gros der Partei. Allerdings erschien die Antastung der Landwehr, der die Vorlage doch nur ihre natürliche Stellung im zweiten Gliede anwies, auch manchen Verständigen recht mißlich; es waren nicht Viele, denen die technische Richtigkeit der Reform unbedingt einleuchtete. Aber doch drangen die Phantasien von der allein heilbringenden Volksbewaffnung in der liberalen Majorität noch nicht durch. Desto verderblicher wurden ihr die finanziellen Bedenken.

Niemand kann in Abrede stellen, daß diese Bedenken den allerbesten

Grund hatten. Der preußische Steuerzahler war schwer beladen. Die wirthschaftlichen Interessen forderten eine Erleichterung: statt dessen sollte die Last vermehrt werden. Und zwar nicht nur um die beträchtliche Summe von neun Millionen, welche überdies, wie man wohl befürchten durfte, noch wachsen konnte, sondern um die Summe der Kräfte, welche durch die Vermehrung der Dienstpflichtigen und die Verlängerung der Dienstzeit der productiven Thätigkeit entzogen werden sollten. Die liberalen Vertreter des Landes waren in der That durch diese Anforderung, namentlich seitdem die Hoffnung, das Land in anderer Hinsicht erleichtert zu sehen, durch den Trotz des Herrenhauses vernichtet worden, in eine sehr peinliche Lage versetzt. Dennoch scheint es mir fest zu stehen, daß sie sich auch über diese Bedenken hinweg gesetzt haben würden, wenn sie, statt die finanzielle Frage isolirt zu betrachten, die gesammte Lage des Staats, wenn sie die eben erörterten Schwierigkeiten der europäischen und deutschen Stellung Preußens klar in's Auge gefaßt, und wenn sie namentlich auch erwogen hätten, welchen entscheidenden Einfluß ihr Votum über die Militärfrage auf die politische Entwicklung im Innern üben mußte. Wie der Regent zu dieser Frage stand, konnte den Führern unmöglich verborgen sein. Daß er eher das doch nicht zu solide Band lösen werde, welches ihn an das liberale System knüpfte, als auf die Umgestaltung der Armee verzichten, welcher Kenner von Menschen und Verhältnissen konnte daran zweifeln? Wenn nun aber der Regent auf die Seite der Gegner trat, welche Aussichten hatten dann die Liberalen, sich in der Leitung des Staats zu behaupten? Waren sie es etwa gewesen, welche im Herbst 1858 durch ihre Kraft die erfreuliche Wendung herbei führten? Wenn sie trotz der wie auch bedingten Gunst der Krone so mühselige Arbeit hatten, wie konnten sie hoffen, vorwärts zu kommen, wenn die Krone ihre Macht auf die entgegen gesetzte Seite schob? Freilich waren die bisherigen Leistungen der Regierung nicht groß; aber standen sie in einem verletzenden Mißverhältniß zu der von den Liberalen aufgebotenen Kraft? Und waren die gemachten Fortschritte, wie gering immer, doch nicht eine wahre Wohlthat im Vergleich mit den früheren Zuständen? Gewiß eroberten die liberalen Ideen nur sehr langsam und mühselig ein schmales Terrain, aber springt denn überhaupt ein großes Staatswesen so rasch und leicht aus tief gewurzelter Weise in eine ganz neue über? War es nicht doch der Mühe werth, um den Preis der neun Millionen dem Staat die Fortdauer eines constitutionellen Regiments zu sichern? Wie, wenn die Weigerung nicht nur das Land in die alten Wirren zurück stieß, sondern der Sieg der Gegner überdies dem Lande dieselbe Last auferlegte, vor der man zurück scheute?

Eine politische Betrachtungsweise mußte zu dem Resultat führen, daß die Annahme der Militärvorlage unvermeidlich sei. Eine politische Behandlungsweise hatte immerhin beträchtliche Ressourcen zu ihrer Verfügung, um diese Annahme nicht einfach als schweres Opfer erscheinen zu lassen. Das Abgeordnetenhaus hatte es in der Hand, die europäischen und deutschen Fragen so in den Vordergrund zu rücken, daß auch der oberflächlichste Liberalismus unwillkürlich die militärischen Dinge anders ansehen lernte. Freilich litt die liberale Partei grade in diesem Punkt der auswärtigen Politik unter einem empfindlichen Mangel an gründlichen Kenntnissen und reichen Erfahrungen. Kaum irgend ein Mitglied derselben hatte auf diesem Gebiete je eine praktische Thätigkeit geübt und aus Büchern wird man in diesem Theile der Politik am Wenigsten eine brauchbare Information schöpfen. Aber auch was die Literatur dafür bot, war nicht zu Vielen bekannt. Die auswärtige Politik hatte fast ganz außer dem Gesichtskreise auch der preußischen Liberalen gelegen, eine natürliche Folge davon, daß Preußen eine solche Politik seit 1815 kaum gehabt hatte. Das Haus mußte überhaupt die Fesseln abwerfen, die es an kleine Details, an die Enge des bureaukratischen Fleißes in den Commissionen banden, es mußte Politik machen. Es mußte den Gegnern imponiren, die Freunde im Ministerium heben, die öffentliche Meinung führen, statt von ihr geführt zu werden. Hatten die Minister im Palais nicht die richtige Stellung gewonnen, so gab es einzelne Abgeordnete, welche diesen Fehler hätten gut machen können. Vielleicht waren das lauter Anforderungen, welche das gewohnte Maß der Leistungen überstiegen. Aber stand nicht ein Großes auf dem Spiele? War es ernster Männer würdig, einen unendlich wichtigen Versuch scheitern zu lassen, ehe die letzte Kraft erschöpft war?

Aber wir stehen nun einmal leider zu politischen Aufgaben anders als zu allen anderen. Den Mann, der in wissenschaftlichen oder industriellen Dingen davor zurück scheut ganzen Ernst zu machen, schätzen wir gering. Es versteht sich für uns von selbst, daß Geschäfte privater Art, bei denen es sich um große Entscheidungen handelt, mit voller Hingebung betrieben werden müssen. In öffentlichen Dingen dagegen hat eine Niederlage für uns nichts Schimpfliches. Da ist Resignation unter uns das Selbstverständliche. Diese Dinge stehen fast außerhalb unseres Pflichtgefühls. Sie berühren unsere innerste Empfindung kaum. Sie bilden für uns keine Existenzfragen.

Mit dieser Resignation ging auch das Abgeordnetenhaus an die Armeefrage. Die gegebenen Verhältnisse wurden einfach als gegeben acceptirt. Die Minister, die Krone, das Herrenhaus, die Presse, die öffent-

liche Meinung hatten die Lage so gestaltet, daß die Bewilligung des neuen Militäretat wie eine Unmöglichkeit erschien. Es wäre darauf angekommen, diese Lage mit schöpferischer Kraft zu verbessern. Man nahm sie hin wie ein Unglück, das man tragen muß. Man litt statt zu handeln. Und man machte schließlich ein Compromiß, das die Quelle der ärgerlichsten Streitigkeiten werden mußte. Die Militärreform als einstweilige Kriegsbereitschaft zu bewilligen war gewiß ein Gedanke, der den lebhaften Wunsch der Ausgleichung bezeugte, aber ebenso die trostlose Verworrenheit der Situation.

Die liberale Partei war gescheitert wie das liberale Ministerium. Wenn sich nichts destoweniger das liberale System noch fast zwei Jahre scheinbar in der Gewalt behauptete, so scheint mir das nur von Neuem zu beweisen, daß dieses System bei einer anderen Geschäftsbehandlung wirklich große Chancen gehabt hätte, daß nicht nur das Land sondern auch der Fürst nach Kräften festhielt an dem Wege, den er bei seinem Regierungsantritt gewählt hatte, daß ihm ein Wechsel des Systems persönlich schwer fiel. Aber Hoffnungen konnte man seit der Session von 1860 an die Politik der neuen Aera kaum mehr knüpfen; das nothwendige Verhältniß zwischen der Regierung und der öffentlichen Meinung, zwischen dieser und dem Abgeordnetenhause war zu sehr erschüttert.

H. Baumgarten.

Thomas Campanella und seine politischen Ideen.

Keine Periode der Geschichte der Philosophie ist in neuerer Zeit mehr zurückgetreten und weniger durchforscht als das sechszehnte Jahrhundert. Und doch vollzog sich in dieser Zeit eine der tiefstgreifenden Umwälzungen, welche je die allgemeinen Begriffe, die Fundamente der ganzen Weltbetrachtung, erfahren haben. Der ganze große Bau von Gedanken, welche Aristoteles und seine Nachfolger im Mittelalter entwickelt, mit denen sie, was sie von der wirklichen Welt sahen und kannten, zu begreifen und die Räthsel des Unbekannten zu lösen versucht hatten, fing an zu wanken, als durch Columbus und Copernicus eine neue Erde und ein neuer Himmel vor den Augen der Menschheit sich aufthat; alle die geheiligten Formen, in denen man bisher die Wahrheit zu besitzen geglaubt hatte, drohten zu zerspringen, als die Reformation eine neue Wahrheit aus neuer Quelle geöffnet und einen neuen Prüfstein, das eigene innere Bewußtsein eines Jeden, an die Stelle der äußeren Autorität gesetzt hatte. Aber das Alte war so mächtig, die Grundgedanken der alten Philosophie beherrschten die Geister mit solcher Kraft und waren so völlig in die wissenschaftliche Sprache eingedrungen, daß auch die kühnsten Neuerer sich ihrem Einflusse nicht zu entziehen vermochten und, indem sie leidenschaftlich die hemmenden Fesseln der Autorität abzuwerfen dachten, durch ihr eigenes Denken bewiesen, daß sie ihr unbewußt gehorchten. Mehr als ein Jahrhundert immer erneuten, Schritt für Schritt langsam vordringenden Kampfes gehörte dazu, einen neuen Boden auch für die allgemeinsten Begriffe und Grundsätze zu gewinnen, die philosophischen Principien mit den Thatsachen des Lebens in Uebereinstimmung zu setzen und auf den Trümmern der alten Schulphilosophie eine wissenschaftliche Form zu gründen, in der sich das Gesammtbewußtsein der Zeit naturgemäß und ungehemmt verkörpern konnte, einen Apparat von Begriffen und Sätzen aufzustellen, durch den das Zeitalter den ungeheuren Stoff neuer Thatsachen und Ansichten bewältigen, zu einer umfassenden Weltanschauung zusammenfügen, zu Einem klaren Bilde ordnen konnte. Bacon und Cartesius pflegen uns die Punkte zu bezeichnen, auf denen solche große, auf durchschlagende Principien klar gegründete Ansichten möglich wurden; mit ihnen pflegen wir die Periode zu beginnen, in der wir selbst noch stehen, denn von ihnen geht, zunächst in zwei getrennten Reihen, eine stetig fortschreitende Zeugung neuer Gedanken aus, die wir von Generation zu Generation verfolgen können. Was von allgemeinen Ansichten in der Gegenwart lebendig ist, von dem können wir

zeigen, daß es noch die Züge dieser Stammväter an sich trägt, Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein ist. Aber Bacon's und Cartesius' Gedanken sind nicht aus dem Nichts geschaffen worden; sie sind nach vielen Seiten vorbereitet; und während sie einer oberflächlichen Betrachtung wirklich, wie sie selbst es glaubten, ganz von vorn anzufangen scheinen, zeigt eine eindringendere Untersuchung, daß ihre geistige That nur den Moment herbeiführt, in dem ein trübes und undurchsichtiges Gemenge sich scheidet und in festen Formen crystallisirt. Nicht daß dadurch ihre Bedeutung herabgesetzt, ihr Verdienst geschmälert würde: im Gegentheil, sie können vollständig nur verstanden und gewürdigt werden, wenn man das Chaos kennt, dem sie ein Ende machten, wenn man sieht, wie nach vielen vergeblichen Versuchen, in denen nach und nach alle Systeme der alten Philosophie wieder probirt, die Trümmer der Scholastik mit den neuen Ingredienzien auf die verschiedenste Weise gemischt worden waren, ein entwickelungsfähiger Keim durch sie erst gebildet worden ist.

Unter den Vorläufern der neuen Philosophie ist keiner ein treuerer Repräsentant der Gährung der heterogensten Elemente und des unbändigen Dranges nach neuen Gestaltungen der idealen wie der wirklichen Welt, als Thomas Campanella. Vergleichbar jenen Geschöpfen einer untergegangenen Periode, welche in groteskem Bau Formen vereinigen, die später in die ebenmäßigeren Typen der heutigen Welt auseinandergegangen sind, steht er an der Scheide des sechszehnten und siebzehnten Jahrhunderts, ein Mann von ungewöhnlicher Kraft des Geistes, von schöpferischer Phantasie, von titanischem Streben, von prophetischer Zuversicht, aber wunderbar phantastisch, abenteuerlich im Leben, abenteuerlich im Denken. Wenn wir in diesen Blättern ein Bild von ihm zu entwerfen suchen, so geschieht es besonders im Hinblick darauf, daß er den Grundlagen der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Menschheit, die neben den logischen und metaphysischen Problemen von den Philosophen des sechszehnten Jahrhunderts auffallend vernachlässigt waren, sein kühnes und weitausgreifendes Denken zuwandte.

Schon seine Jugendgeschichte läßt uns in die Erbitterung der wissenschaftlichen Kämpfe seiner Zeit hineinsehen. Er war am 5. September 1568 zu Stilo im südlichsten Theile von Calabrien geboren. Er selbst erzählt uns von dem staunenswerthen Gedächtniß, das er schon als fünfjähriger Knabe gezeigt, indem er Alles, was Eltern, Prediger und Lehrer gesagt, zu wiederholen vermochte, von der raschen Entwickelung, in Folge der er mit vierzehn Jahren die größte Leichtigkeit besaß, in Prosa oder Versen über jedes beliebige Thema zu reden. Ein Prediger des Dominicanerordens machte solchen Eindruck auf ihn, daß der lebhafte Wunsch in ihm

entstand, diesem Orden anzugehören; und dieser Wunsch wurde zum Entschluß, als er die Lebensbeschreibungen der Heroen des Ordens, des heiligen Thomas und des großen Albert, gelesen hatte. Noch nicht funfzehn Jahre alt nahm er die Kutte, durchwanderte nun die verschiedenen Schulen seiner Provinz, erst die in S. Giorgio, dann die höhere in Cosenza, um die mönchische Gelehrsamkeit nach hergebrachter Weise sich anzueignen, scholastische Philosophie und Theologie zu studiren. Allein seinem unbändigen Wissenstriebe genügten die hergebrachten Lehren nicht, ein Geist der Skepsis erwachte in ihm, der ihn sogar zweifeln ließ, ob Karl der Große je existirt habe; er bestürmt seine Lehrer mit Fragen, und als ihm ihre Antworten nicht genügen, beschließt er auf eigenem Wege, durch eigene Forschung sich Gewißheit zu verschaffen. Es ist die immer sich wiederholende Geschichte jeder selbständigen, originellen Geistesentwickelung. Zuerst wendet er sich an den, den seine Lehrer als höchste Autorität verehren, an Aristoteles, den Vorläufer Christi in weltlichem Wissen, von dem man glaubte die Frage aufwerfen zu müssen, ob seine Werke nicht unter besonderem göttlichen Beistande geschrieben seien, dessen Lehren noch kurz vorher von den höchsten Tribunalen katholischer Gelehrsamkeit als alleingültige Norm ausdrücklich bestätigt worden waren. Er studirt die Commentatoren des Aristoteles, um zu sehen, ob was die Schule lehre, auch wirklich in ihm gegründet sei. Aber Aristoteles befriedigt ihn nicht; seine Lehren machen den Eindruck auf ihn, daß sie willkürliche Begriffe, leere Worte seien, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Er geht also weiter, liest Platon, die Stoiker, Plinius, Galenus; aber schon hat sich ihm der Maßstab festgestellt, nach dem er sie beurtheilen, und entscheiden will, ob sie Wahres oder Falsches lehren. Dieser Maßstab ist Uebereinstimmung mit der Wirklichkeit, mit der realen Welt. Die Welt ist die ursprüngliche und unmittelbare Offenbarung Gottes; sie ist der codex autographus; alle menschlichen Lehren und Theorien sind nur abgeleitete Wahrheiten, sind Abschriften, deren Zuverlässigkeit und Treue durch die Vergleichung mit dem Original geprüft werden muß. Und indem er diese Vergleichung anstellt, wird ihm immer gewisser, daß alle jene Theorien mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen. Da geräth er, indem er rastlos Alles zusammenrafft, an die Schriften eines Neueren, des Bernhardin Telesius, der damals, ein achtzigjähriger Greis, in demselben Cosenza von den Kämpfen, die er gegen die für Aristoteles fanatischen Mönche hatte bestehen müssen, ausruhte. Ihn selbst, den der Ketzerei verdächtigen, zu sehen, seine persönliche Belehrung zu genießen, war dem jungen Dominicaner nicht gestattet, nur an seiner Bahre ist er gestanden, hat die Decke von seinem Haupt genommen und mit tiefer Ehrfurcht die Züge

des Mannes betrachtet, dessen Schriften seine ganze Lebensrichtung schon jetzt entschieden hatten.

Telesio ist der Erste, der die aristotelisch-mittelalterliche Physik im Princip angegriffen und die Nothwendigkeit einer fundamentalen Reform der Naturphilosophie proclamirt hat, der zugleich für diese Reform den allein sicheren Boden in der Untersuchung des Wesens der Erkenntniß zu legen versuchte. Nicht durch den Begriff, nicht durch Schlüsse aus den abstractesten Allgemeinheiten wird das Wesen der Dinge erkannt, sondern durch den Sinn, der mit der Natur selbst in unmittelbare Berührung kommt, der uns die Dinge kennen lehrt wie sie sind, nicht wie wir sie uns nach willkürlichen Principien glauben denken zu müssen. So fordert er, den Bacon als den Ersten unter den Neuen preist, seine Zeitgenossen auf, die Construction der Welt aus Begriffen zu verlassen, um sich der langsamen und geduldigen Arbeit unmittelbarer sinnlicher Beobachtung zu unterziehen. Immer wird in einer Zeit, wo noch in allen Schulen durch ganz Europa die aristotelische Physik herrschte, die Vorrede zu seinem Werke De natura rerum juxta propria principia (1565) ein Zeugniß eines hellen und freien Geistes, ein Zeugniß der Sehnsucht sein, aus einer abgelebten Tradition heraus zur frischen Quelle unmittelbarer Erkenntniß zu gelangen.

Diejenigen, sagt Telesio, die vor uns den Bau dieser Welt und die Natur der in ihr enthaltenen Dinge erforscht haben, haben zwar in langen Nachtwachen und mit großer Anstrengung nach Erkenntniß gestrebt, sie aber keineswegs erreicht; denn wie kann man annehmen, daß die Natur ihnen bekannt geworden sei, da ihre Reden alle den Dingen sowohl als sich selbst widersprechen und entgegen sind? Das aber begegnete ihnen wohl darum, weil sie vielleicht sich selbst zu viel vertrauten, und keineswegs, wie sie hätten sollen, die Dinge selbst und ihre Kräfte betrachteten, und darum auch nicht diejenige Größe, diejenigen Eigenschaften und Vermögen den Dingen beilegten, die sie wirklich besitzen. Sondern sie strebten Gott in seiner Weisheit gleich zu sein und vermaßen sich mit ihrer Vernunft die Principien und Ursachen der Welt zu ergründen, wähnten sie haben gefunden, was sie nicht gefunden hatten, und bildeten sich so eine Welt nach ihrer Willkür und nach ihrem Gutdünken. So gaben sie den Körpern aus denen die Welt besteht nicht die Größe und Lage, welche sie augenscheinlich haben, noch die Kraft und Bedeutung, welche ihnen zukommt, sondern diejenige, welche sie nach den Schlüssen ihrer eigenen Vernunft haben mußten. Nicht so selbstgefällig hätten sie sein sollen, und nicht soweit sich selbst überheben, daß sie die Natur meisternd, und Gottes Weisheit nicht nur, sondern auch Gottes Macht äffend, von sich aus den

Dingen beilegten, was sie nicht an ihnen angeschaut hatten, und was unter allen Umständen nur von den Dingen selbst zu gewinnen war. Wir haben weniger Selbstvertrauen, einen bedächtigeren Sinn und einen demüthigeren Geist, wir lieben und verehren eine menschliche Weisheit, welche das Höchste erreicht zu haben glauben muß, wenn sie erkennt, was der Sinn offenbart, und was sich aus der Aehnlichkeit der sinnlich wahrgenommenen Dinge gewinnen läßt; wir haben uns vorgenommen die Welt selbst und ihre einzelnen Theile, und dieser Theile und der darin enthaltenen Dinge Leiden und Thun, Wirkung und Art anzuschauen. Denn die Einsicht in jene wird uns ihre wahre Größe, die Einsicht in diese ihre eigentliche Natur und Beschaffenheit offenbaren. Wenn dann auch nichts Göttliches, nichts Staunenswerthes, nichts ausnehmend Scharfsinniges in unsern Lehren erscheinen wird, so werden sie doch weder den Dingen noch sich selbst widersprechen; denn wir sind einzig dem Sinne, und der Natur gefolgt, die stets mit sich einstimmig ist und immer Gleiches auf gleiche Weise wirkt.

Diesem Programme entsprach die Gründung einer Gesellschaft für beobachtende Naturkunde. Im Palaste eines Caraffa zu Neapel trat die Telesianische oder, wie sie meist nach Telesio's Geburtsort Cosenza hieß, die Consentinische Akademie zusammen, die erste Vorläuferin der zahlreichen Vereine, die sich binnen eines Jahrhunderts über ganz Europa ausbreiteten. Von großen Erfolgen derselben wissen wir freilich nichts; und wenn wir aus den Schriften des Telesius auf das schließen dürfen, was in solchen Zusammenkünften verhandelt wurde, so stand die wirkliche Praxis in seltsamem Contrast zu dem Programm; denn das System der Natur, das Telesius auf seine Vorrede folgen ließ, fiel ganz in die willkürlichste Construction zurück, die sich statt des Aristoteles nur die älteren Philosopheme eines Parmenides und Anderer zum Muster nahm. Nur die gänzliche Befangenheit in der überlieferten Weise die Natur zu betrachten konnte ihn und seine Anhänger darüber täuschen, wie geringen Antheil die wirkliche Beobachtung, wie großen phantasirende Construction an einer Lehre hatte, welche Wärme und Kälte als die Grundprincipien und Grundkräfte der materiellen Welt aufstellte, und aus ihrem Conflict die Mannigfaltigkeit der Erscheinungen zu erklären strebte. Es ging Telesius mit seinen noch ganz allgemein gehaltenen Sätzen ähnlich, wie es später Bacon trotz seinen viel specielleren und weiter ausgeführten Lehren ging: die Anwendung der Principien mißlang, und in der wirklichen Betrachtung der Natur gewann die festgewordene Gewohnheit die Oberhand.

Aber die Losung war, wenn auch erst in den allgemeinsten Sätzen, gegeben; eine Partei war gebildet, welche eine neue Wissenschaft, wenn

auch nicht besaß, so doch suchte, und Campanella schwor zu ihrer Fahne. Der Gedanke, der ihn von nun an erfüllte und nicht rasten ließ, war der einer Reform der Wissenschaft, zunächst im Gebiete der Physik. Die Autorität des Aristoteles mußte gestürzt, eine neue Weltbetrachtung, eine Physiologia nova an ihre Stelle gesetzt werden, die ihre Lehren direct aus dem Buche schöpfte, in dem die Wahrheit rein und unverfälscht steht, aus der Wirklichkeit der Welt. Mit ungestümem Eifer machte sich der zwanzigjährige Mönch an's Werk. In einer Reihe von Schriften (Commentarius de sensu rerum, de investigatione rerum, Metaphysicae novae exordium) begann er in immer neuen Formen auf Grund der Lehre, daß der Mensch die Welt nur durch die Sinne zu erkennen vermöge, seine Ansicht von der Natur zu entwickeln.

Damit aber war Campanella's Lebensschicksal entschieden. Hatte schon Telesius, der Weltliche, von einem Pabste und mächtigen Gönnern geschützte, viel Widerwärtigkeit von den Mönchen zu erfahren gehabt, die jeden Angriff auf die geheiligte Lehre ihrer Orden mit kampflustigem Grimme verfolgten, so war der junge Ordensbruder, der es gewagt auf den Tod des Telesius eine Elegie zu dichten, der als Sieger in öffentlicher Disputation Aufsehen gemacht und den Haß der Gegner noch mehr gereizt hatte, ihren Quälereien noch viel mehr ausgesetzt.

Schon längere Zeit wurde er als ein unheimlicher Gast in seinem Kloster angesehen. Sein ungemeines Wissen, die unerhörten Argumente die er vorbrachte, machten ihn mehr und mehr verdächtig. Der nächste Schluß war, daß es dabei nicht mit rechten Dingen zugehen könne. Noch lange nachher erzählte ein Lector der neueren Sprachen in Jena, Carolo Caffa, aus dem Munde eines Dominicanerpaters, der Campanella's Mitschüler gewesen war: der junge Thomas sei ursprünglich ein schwacher Kopf gewesen und von seinen Mitnovizen ausgelacht worden. Da sei er eines Tages, wie er im Kloster umherspazierte, auf einen Fremden gestoßen, habe den mit in seine Zelle genommen und sich acht Tage lang mit ihm eingeschlossen. Nach dieser Zeit sei er als ein ganz anderer Mensch erschienen und habe in seinen Studien merkwürdiges Talent gezeigt. Der Fremde aber sei ein Jude gewesen, der mittelst der Cabbala dem Novizen den Verstand geöffnet habe. Wie er vollends in einem Alter, in dem Andere eben anfingen zu lernen, die gelehrtesten Männer aus dem Felde schlug, da waren seine Dominicaner überzeugt, er habe den Teufel. Man verwies ihn von Cosenza weg in das abgelegene Kloster Altomonte, allein er schrieb fort und fort, widerlegte einen Vertheidiger des Aristoteles gegen Telesius, wußte sich aus seiner Klause loszumachen und kam nach Neapel. Dort, im Hause eines Anhängers der neuen Partei, schrieb er

fort und ließ einen Theil seiner Werke drucken. Allein seines Bleibens war nicht. War es eine wirkliche Anklage wegen Zauberei, weil er wisse, was er nicht gelernt haben könne, war es nur Furcht vor einer solchen, was ihn forttrieb: er floh 1592 nach Rom, und nun begann ein unstetes Wanderleben von Ort zu Ort. In Rom, Florenz, Bologna, Padua, Venedig suchte er unterzukommen, immer umsonst. Inzwischen schrieb er Buch auf Buch, insbesondere seine Physiologia nova juxta propria principia; er wollte eben nach Venedig reisen, um sie drucken zu lassen, da — es war in Bologna — waren alle seine Manuscripte auf unerklärliche Weise verschwunden und er mußte die Ausarbeitung auf's Neue beginnen. Nach Jahren fand er das Verlorene wieder, in den Händen des heiligen Officiums der Inquisition zu Rom. Er wurde verhört, wie es scheint einige Zeit gefangen gehalten, aber nicht verurtheilt. Es ist nicht klar, ob Widerruf oder eine glückliche Vertheidigung ihn rettete.

Im Jahre 1598 kehrte er nach dieser fruchtlosen Wanderung in seine Vaterstadt Stilo zurück. Im darauf folgenden Jahre brach eine neue und gefährlichere Verfolgung über ihn herein. Er wurde von den Spaniern, den damaligen Herren von Neapel, aufgehoben, nach Neapel geführt und wegen Theilnahme an einer hochverrätherischen Verschwörung vor das Gericht des Vicekönigs gestellt.

Die Ursache seiner Verhaftung ist nicht klar, noch weniger seine Schuld. Aus dem, was uns an Berichten vorliegt,*) läßt sich nur soviel erkennen, daß der spanische Statthalter in Stilo mit der päbstlich-kirchlichen Partei in tödtlicher Feindschaft lebte, weil der Bischof ihn excommunicirt hatte, und daß er durch eine weitläufige Intrigue sich den Vorwand verschaffte, seine Gegner in einen Hochverrathsproceß zu verwickeln. Wie Campanella dazu kam, als Theilnehmer und sogar als intellectueller Urheber der Verschwörung zu gelten, läßt sich dabei mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit selbst in dem Falle erklären, wenn die ganze Verschwörung nur eine Erfindung

*) Campanella ist in neuerer Zeit in Italien Gegenstand eifriger Nachforschungen geworden. Im Jahre 1845 publicirte das Archivio Storico Tom. IX Actenstücke, die sich auf den Hochverrathsproceß Campanella's beziehen; gleichzeitig gab Capialbi in Neapel eine Sammlung von Documenten heraus, darunter eine dem Campanella selbst zugeschriebene Erzählung der Verschwörung und des Processes, welche das Arch. St. gleichfalls aufnahm. 1847 folgte Baldacchini mit einer Biographie Campanella's, die im Anhang eine Reihe von Briefen veröffentlichte; 1848 publicirte Garzilli zum erstenmal die Discorsi politici ai principi d'Italia. 1854 schrieb Alessandro d'Ancona eine ausführliche Biographie Campanella's als Einleitung zu einer Auswahl seiner Schriften. Die dort p. XCIX in Aussicht gestellte Herausgabe weiterer auf den Proceß bezüglicher Actenstücke von Seiten Silvestro Centofanti's ist uns, wenn sie überhaupt erfolgt ist, unbekannt geblieben. Von Campanella's Schriften ist verhältnißweise noch Weniges edirt, Vieles sicher noch in Italien, Frankreich und Deutschland im Manuscript vorhanden.

der spanischen Polizei, oder an einer wirklichen Verschwörung Campanella völlig unbetheiligt gewesen wäre.

Seine Reformideen hatten sich im Laufe der Zeit weiter entwickelt. Ursprünglich nach dem Vorgange des Telesius nur auf die Wissenschaft, und speciell auf die Betrachtung der Natur gerichtet, hatten sie sich weiter und weiter ausgedehnt. Unter dem Einfluß einer falschen Wissenschaft schien die Welt überhaupt in jeder Hinsicht in der Irre zu gehen. Sie erschien unserem Philosophen allenthalben von Verderben erfüllt, weit von dem naturgemäßen und idealen Zustande entfernt. Mit der Unwissenheit Heuchelei und Tyrannei im Bunde; die Kirche zertheilt und ihrer legitimen Macht beraubt; in den politischen und gesellschaftlichen Zuständen gewaltthätiger oder feiger Egoismus herrschend; allenthalben das Bedürfniß einer gründlichen, die innere Wurzel der Uebel ausreißenden Erneuerung. Es beschäftigte ihn lebhaft, wie Staat und Kirche einer glücklicheren Zukunft entgegengeführt werden könnten. Noch vor seiner Rückkehr nach Stilo hatte er in dieser Richtung geschrieben; über die christliche Monarchie, über das Regiment der Kirche; das Ideal einer christlichen Weltmonarchie schwebte ihm vor, deren Oberhaupt der Pabst sein sollte; er erließ ein Sendschreiben an die deutschen Fürsten, das sie zur Rückkehr in die Eine Heerde unter dem Einen Hirten aufforderte. Immer mehr vertiefte er sich in diese Gedanken. Er fühlte sich berufen der Welt ein neues Licht anzuzünden, ihre Grundübel zu bekämpfen; er fühlte sich als den Felsen, an dem Unwissenheit und Bosheit zerschellen sollte. Und je weiter er sich in das Bewußtsein seines weltbefreienden Berufs hineinsteigerte, desto gewisser wurde ihm, daß der Anbruch einer neuen Aera in nächster Zeit bevorstehe. In der Apokalypse, in den Weissagungen der Sibylle, in den Prophezeiungen seines hochberühmten Landsmannes, des Abts Joachim von Flore, fand er deutliche Hinweisungen, daß das Ende der alten, der Anfang der neuen Welt gekommen sei. Die Astrologie bestärkte ihn darin; an Sonne, Mond und Sternen wollte er die Zeichen erkannt haben, daß große Veränderungen bevorstehen; nichts Geringeres konnte der Stern in der Cassiopeja bedeuten, der in seiner Jugend, alle andern überstrahlend, plötzlich aufgeleuchtet und dann wieder verschwunden war. Und zu welcher Zeit konnte der Eintritt des neuen Zeitalters besser und wahrscheinlicher erfolgen als im Jahre 1600, da 16 die Summe der heiligsten Zahlen, 7 und 9 ist? Diese Gedanken und Erwartungen wurden in seinen Gesprächen laut; was er von der Erfüllung der Sehnsucht des ganzen menschlichen Geschlechts nach einem goldenen Zeitalter sprach, verstand man jedenfalls so, daß er den bevorstehenden Untergang der gegenwärtigen Welt, die Ausrottung der Ketzerei, der Lüge, der Gewaltherrschaft,

den Anbruch des goldenen Zeitalters prophezeite. Nach einer Aussage eines seiner Leidensgenossen hat er diesem damals schon seine Gedanken über die beste Staatsverfassung mitgetheilt, die er später in einer besondern Schrift niederlegte, und selbst die unschuldigsten derselben konnten Anlaß genug geben, ihn als staatsgefährlichen Revolutionär erscheinen zu lassen.

Wie viel oder wie wenig Grund aber die Spanier gehabt haben mochten: genug, in Italien erzählte man sich haarsträubende Dinge. Ganz Unglaubliches, berichtete Cäsar von Brancheboro in seinem Werk vom Ursprung der Päbste, habe Thomas Campanella in letzter Zeit begonnen. Um eine neue Religion und einen neuen Staat zu gründen, habe er sich mit dem türkischen Bassa Cicala, der in den Gewässern von Tarent kreuzte, verbündet, ihm Croton zu überliefern versprochen; dann habe er an der Spitze einer bewaffneten Schaar die Höhen von Calabrien besetzen und dort, ein zweiter Moses, die Gesetze und Gebräuche seiner selbstersonnenen Religion verkündigen, und mit der Gewalt seiner Zunge das Volk berücken wollen, um die Herrschaft über ganz Italien an sich zu reißen. Da, wie schon die türkische Flotte auf der Höhe sichtbar wurde, sei er von einem Mitschuldigen verrathen und von den Spaniern in Fesseln gelegt worden.

Sonderbar contrastirt mit diesem Berichte Campanella's eigene Erzählung von dem Verhöre, das er zu bestehen hatte. Man habe ihn gefragt, ob er den Teufel habe, da er wisse, was er nicht gelernt haben könne. Ich habe, lautete seine Antwort, mehr Oel verbraucht als ihr Wein. Man gab ihm schuld, er habe das Buch de tribus impostoribus geschrieben — er antwortete, es sei dreißig Jahre vor seiner Geburt gedruckt gewesen. Man hielt ihm seine Weissagungen aus den Zeichen an Sonne und Mond vor — darin lehre ich, antwortete er, mit Christus die Vergänglichkeit der Welt gegen Aristoteles, der ihre Ewigkeit lehrt. Aber sie, fügt er bei, glaubten, alle Neuerung der Lehre müsse um des Gewinns der Herrschaft willen ersonnen sein. Umsonst berief er sich auf seine Schriften, in denen nichts gegen den König von Spanien stehe; auf Grund von Zeugenaussagen wurde neben der Anklage des Hochverraths auch die der Ketzerei erhoben.

Von Rom war Erlaubniß eingetroffen, gegen die Verhafteten, die dem geistlichen Stande angehörten, die Tortur anzuwenden. Siebenmal, erzählt Campanella selbst, wurde er ihr unterworfen, das letztemal vierzig Stunden lang an einem Seil über einem scharfen Holze aufgehängt, daß ihm die Adern rissen und er zehn Pfund Blut verlor; erst als er für todt geachtet wurde, ließ man nach. Aber wunderbarer Weise genas er nach sechs Monaten. Ein Geständniß hatte man nicht von ihm erhalten. Nichtsdestoweniger wurde er zu lebenslänglichem Gefängniß verurtheilt

Funfzig Kerker zählt er, in denen er von den Spaniern herumgeschleppt wurde, zum Theil in den finstersten Löchern von Castel d' Uovo, unter dem Meeresspiegel, ohne Luft und Licht. Lange Zeit war ihm Lesen und Schreiben, jeder Verkehr mit der Außenwelt untersagt. Aber sein kraftvoller Geist schöpfte aus sich selbst. In der Dunkelheit des Gefängnisses entstanden seine Sonette und Canzonen, deren einzelne dem Besten der italienischen Poesie beigezählt werden, deren Gedankentiefe und wahrhaft poetische Form Herder einst zu deutscher Uebersetzung reizten. Die höchsten Ideen seiner Philosophie legte er darin nieder, seine Lehre von der ewigen Macht, Weisheit und Güte, von der Welt als dem Buche, in dem Gott seine Ideen geschrieben, von den Wurzeln alles Uebels, der Unwissenheit, Heuchelei und Tyrannei. So sang er von sich:

Drei Uebel zu bekämpfen, sie die größten
Der Welt, ward ich geboren, Tyrannei,
Sophismen, Heuchelei. Mir winket Themis
Mit dreifach hoher, holder Harmonie
Sie zu besiegen.
Macht, Verstand und Liebe,
Die Pfeiler aller Weisheit, sie sind einzig
Heilmittel jenes dreifachen Betrugs,
Worüber jetzt die Erde knirscht und weint.

Theurungen, Kriege, Pest, Neid und Betrug
Und Ueppigkeit und Ungerechtigkeit,
Trägheit, Unwürde, — alle wurzeln sie
In schnöder Eigenliebe. Diese wurzelt
Tief in Unwissenheit. Unwissenheit,
Die Mutter aller, sie entwurzle — ich.*)

Ungebrochen bewahrt er das Bewußtsein seines Berufes; stirbt er im Kerker, so ist er überzeugt, daß sein Tod seiner Lehre nur größeren Glanz verleihen wird; gewinnt er die Freiheit wieder, so will er die Welt zur Vernunft und durch Vernunft zur Freiheit rufen.

Allmählich wurde seine Haft leichter. Man gestattete ihm zu schreiben und Besuche anzunehmen. Nun begann eine äußerst fruchtbare schriftstellerische Thätigkeit. Sein riesiges Gedächtniß ersetzte ihm den Mangel äußerer Hülfsmittel. Ein Werk um's andere floß aus seiner Feder; metaphysische Schriften, neue Darstellungen seiner Naturlehre, politische Abhandlungen. Was er so in der Einsamkeit aufzeichnete, suchte er durch die Männer die ihn besuchten in die Welt zu bringen. Der Jesuit Caspar Schoppe behielt zwar die ihm übergebenen Manuscripte für sich; ein Anderer gab sie in eigenem Namen heraus; um so thätiger erwies sich

*) Nach der Uebersetzung Herder's; Werke Bd. 8. Tüb. 1808.

ein deutscher Protestant, Tobias Adami, der als Begleiter eines sächsischen Edelmannes, Herrn von Bünau, im Jahre 1611 auf der Rückreise von Jerusalem nach Neapel kam und in engem Verkehr mit dem Gefangenen acht Monate dort lebte. Die wichtigsten seiner Manuscripte theilte er diesem mit und sie wurden nach dessen Rückkehr nach Deutschland in Frankfurt publicirt. Campanella feierte ihn in mehreren seiner Gedichte, besonders in dem vom barmherzigen Lutheraner (von Herder gleichfalls übersetzt).

Bald zwanzig Jahre war Campanella Staatsgefangener gewesen, als man auswärts auf ihn aufmerksam wurde. Von Seiten der päbstlichen Curie verwendete sich Caspar Schoppe für ihn; die Fugger setzten Alles daran ihn zu befreien; allein ein unglücklicher Zwischenfall vereitelte ihre Bemühungen. Unter denen, die viel mit Campanella verkehrt hatten, war selbst der spanische Statthalter von Neapel, Herzog von Ossuna; als dieser 1618 einen Versuch machte sich zum selbständigen Herrn des Königreichs zu erheben, fiel neuer Verdacht auf Campanella, und seine Haft wurde verschärft. Erst als Urban VIII. Pabst geworden war, gelang endlich seine Befreiung — durch ein Wunder, wie er erzählt, würdig der List, welche Odysseus aus der Höhle des Cyclopen rettete. Worin dieses Wunder bestand, ist nicht vollkommen sicher. Der Pabst soll ihn für die römische Inquisition gefordert haben, welcher er wegen Verdachts der Ketzerei Verantwortung schuldig sei. So wurde er nach 27jähriger Gefangenschaft am 15. Mai 1626 auf Befehl des Königs von Spanien von dem Statthalter Herzog von Alba des Hochverraths für unschuldig erklärt und nach Rom ausgeliefert. Dort wurde er der Form wegen noch drei Jahre als Gefangener des Sanctum Officium behandelt, dann aber seiner ohnedies sehr gelinden Haft entlassen, und vom Pabste ihm Wohnung und Unterhalt angewiesen. Eine neue, lange Reihe von Schriften datiren aus diesen Jahren und beweisen die unerschöpfliche Fruchtbarkeit, die er, ein Sechziger, unter schwerem Siechthum sich erhalten hatte. Aber selbst unter dem unmittelbaren Schutze des Pabstes sollte er noch keine Ruhe finden. Campanella verkehrte viel mit dem französischen Gesandten Herzog von Noailles; die Spanier argwöhnten, sein Einfluß bestimme den Pabst zu Frankreich zu halten und trachteten auf's Neue ihn in ihre Gewalt zu bekommen; der Pabst selbst hielt dafür, er sei seines Lebens nicht sicher, und rieth ihm zu fliehen. Während vor dem Hause des Gesandten seine Feinde ihm auflauerten, wurde er von diesem in eine Franciscanerkutte gesteckt, durch eine Hinterthüre in einen Wagen gebracht und gewann glücklich das Freie, ehe seine Verfolger seine Flucht bemerkten. Er nahm seinen Weg nach Frankreich. Empfehlungsschreiben seines Beschützers öffne-

ten ihm das gastliche Haus des Nicolaus Peiresc in Marseille, des Freundes von Galilei und Gassendi; mit dem letzteren ihm vielfach verwandten Manne verlebte er den Winter bei Peiresc in Aix; im Frühjahr 1635 kam er nach Paris, auf Einladung des Cardinals Richelieu. Seine Schicksale nicht weniger als der Ruf seines Geistes machten ihn zum Gegenstand aufmerksamen Interesses. In dem Dominicanerkloster St. Jacob in der Vorstadt St. Honoré lebte er von einer stattlichen Pension, die ihm der Cardinal angewiesen, mit der Sammlung und Ordnung seiner Werke beschäftigt. Die Gesammtausgabe derselben sollte den Titel tragen, unter dem auch Bacon das Ganze seiner philosophischen Schriften zu vereinigen dachte und der den ganzen Sinn seines Denkens ankündigte: Instauratio scientiarum. Hier sah er die Gelehrten, die damals der Stolz von Paris waren, deren Mittelpunkt Pater Mersenne bildete; mit ihnen nahm er an den Vorbereitungen zur Gründung der Pariser Akademie Antheil. Richelieu selbst unterhielt sich gerne mit dem merkwürdigen Manne, der so viel und so kühn über die politischen Aufgaben seiner Zeit gedacht, wiederholt wurde er zu politischen Berathungen zum Könige berufen. Dem großen Publicum galt er als ein Mann von ungewöhnlicher Einsicht und wunderbarer Sehergabe. Ganz Paris erzählte sich, der Dominicaner in St. Jacob habe dem Bruder des kinderlosen Königs, dem Herzoge Gaston von Orleans, geweissagt, er werde nie die Krone Frankreichs tragen. Und wirklich: fast die letzten Zeilen, die aus seiner Feder flossen, waren die Verse, mit denen er die wunderbare Geburt Ludwig's XIV. feierte. Am 21. Mai 1639 starb er. Dasselbe Kloster, das dem unruhigen Reformator die letzte Zufluchtsstätte gewährt hatte, und das jetzt seine Gebeine aufnahm, hat anderthalb Jahrhunderte später einer neuen Generation von Schwärmern für eine neue Ordnung der Dinge den gefürchteten Namen der Jacobiner gegeben.

Das waren die Schicksale eines Mannes, der, so viel wir zu erkennen vermögen, auf seine Zeitgenossen ohne Ausnahme einen imponirenden Eindruck machte, den selbst solche, die einen Phantasten in ihm zu sehen geneigt waren, mehr fürchteten als verlachten, den kein Geringerer als Leibnitz einen der größten unter seinen Vorgängern nennt. Auf uns macht er zunächst den Eindruck einer durchaus fremdartigen Erscheinung, deren einzelne scharf hervorstechende Züge uns nicht gelingen will zu einem innerlich verstandenen Bilde zu vereinigen. Was er anstrebte und begann, erscheint uns Alles so maßlos und abenteuerlich, sein ganzes wissenschaftliches Treiben so unordentlich und willkürlich, so verlassen von aller Besonnenheit und Methode, und darum so fruchtlos und werthlos, daß wir uns leicht abgestoßen fühlen und zuerst vielmehr den verworrenen Nach-

klang wilder Phantasien, als die befriedigende Erinnerung bedeutender Gedanken davontragen. Wenn wir auch von den Absonderlichkeiten absehen, daß er sich selbst eine Art von seherischer Begabung zuschrieb, daß er nicht blos, wie viele seiner Zeitgenossen, eifriger Astrologe war, sondern Unbekannten aus ihrer Physiognomie ihre Zukunft vorhersagte, und in sich selbst eine Warnungsstimme hörte, die ihm vernehmlich zurief: Campanella, Campanella! wenn ihm etwas Widriges begegnen sollte: es genügt die Titel seiner Schriften zu lesen, um uns schwindlich zu machen beim Anblick dieser inneren Unruhe, die nach Allem zugleich greift, und den allerverschiedensten für unsere Gewohnheiten völlig unvereinbaren wissenschaftlichen Aufgaben ihr Interesse nicht blos, sondern eine vom Bewußtsein reformatorischen Fortschritts getragene schriftstellerische Thätigkeit zuwendet. Denn außer den schon genannten Schriften, die sich mit der Metaphysik, der Naturphilosophie, den Idealen des Staats und der Kirche und den Mitteln ihrer Verwirklichung beschäftigen, finden wir medicinische Abhandlungen, wie Alles, was er schrieb, juxta propria principia; eine Poetik und eine Metrik der italienischen Sprache; eine nach diesen Grundsätzen gedichtete Tragödie, deren Heldin Maria Stuart als Märtyrerin des katholischen Glaubens ist; eine Erklärung des 9. Capitels im Römerbrief, gegen die Prädestinationslehre der Reformirten gerichtet; eine Abhandlung de exigendis tributis cum populorum gaudio et lucro regis, und eine andere, wie Wenige über Viele im Kriege siegen können; eine Vertheidigung Galilei's und eine Untersuchung, ob die Lehre des Copernicus der heiligen Schrift und den Vätern widerspreche, und daneben sechs Bücher Astrologie nebst einer Abhandlung, wie man dem von den Sternen bestimmten Schicksal entrinnen könne. Aber diese auf den ersten Anblick verwirrende Vielfältigkeit übt bei näherer Betrachtung einen eigenthümlichen Reiz aus. Nicht blos, weil sie uns lebhaft in eine Zeit versetzt, in der die neuere Wissenschaft erst im Werden war, und das neu erwachte Bewußtsein einer großartigen Aufgabe das ungeduldige Verlangen weckte, sie mit Einem Male zu lösen; nicht nur weil ein solches Ringen eines dem Glauben an die Tradition entwachsenen Geistes, nun die ganze Fülle der Wirklichkeit mit eigenen Organen in sich aufzunehmen und sie aus sich heraus wieder verständlich zu gestalten, unsere Theilnahme in Anspruch nimmt: wir können auch, wenn wir das, was von den 82 Nummern der Werke Campanella's wirklich auf uns gekommen ist, näher betrachten, der Kraft und Originalität seines Denkens, der erfinderischen Fülle seiner Phantasie unsere Anerkennung nicht versagen. Was er denkt und schreibt, ist in großem Style gehalten; in seiner Metaphysik wie in seiner Politik sind einfache und durchschlagende Gedanken zum Theil mit großartiger Conse-

quenz durchgeführt, und seine Fehler sind Fehler der Kraft und nicht der Schwäche. Die Fülle der Gedanken, die ihn bewegen, läßt ihn nicht dazu kommen, sie alle unter sich in Verbindung zu setzen: es gährt in seinem Kopfe Alles durcheinander, was die Zeit bewegt, und seine Gedankenwelt scheidet sich in einige große Massen, die nur oberflächlich verbunden, um verschiedene Mittelpunkte gruppirt, als Ansicht eines Einzigen nicht ohne Widersprüche zusammenzudenken sind.

Dasselbe Bild einer ungezügelten Kraft, der die maßvolle Besonnenheit fehlt, giebt auch der Mensch selbst. Eine heldenmüthige Charakterstärke, welche die furchtbarsten Foltern ertrug, und doch die seltsamsten Schwankungen und Widersprüche in seinen politischen Ansichten und Bestrebungen; freieste Kritik und doch der massivste Aberglaube; in seinem ganzen Wesen eine wunderliche Mischung eines tiefen, idealen Zuges und mönchischer Rohheit, edler Begeisterung und pfäffischer Verschmitztheit. Seine Lebensschicksale, selbst die äußere Folge einer von tiefen Gegensätzen zerrissenen Zeit, erklären den Mangel einer ruhigen, harmonischen, wahrhaft sittlichen Durchbildung einer gewaltigen Naturkraft.

Wir würden uns wohl den Dank nur sehr weniger unserer Leser verdienen, wenn wir vor ihren Augen die verschlungenen Fäden der Logik und Metaphysik Campanella's entwirren oder im Einzelnen verfolgen wollten, wie er aus Wärme und Kälte die natürlichen Erscheinungen construirt. Weitaus das Meiste ist Spreu, die in kurzer Zeit der Wind verweht hat. Aber in dieser Spreu überrascht uns da und dort ein vollwichtiges, keimfähiges Korn, ein genialer Gedanke, bestimmt in späterer Zeit das Fundament historisch bedeutender Systeme zu werden, aber bei ihm durch den Mangel an klarer Durchbildung erstickt. Wir finden bei ihm alle Elemente, die Cartesius durch den Zweifel an aller Erkenntniß zu dem Satze geführt haben, daß nur mein Selbstbewußtsein mir unmittelbar gewiß ist, daß wir an der Realität aller Objecte zweifeln können, nur nicht daran, daß wir sind und daß wir sie vorstellen; wir finden den Satz, der das Resultat der Kantischen Kritik ist, daß unser Wissen wenig und beschränkt ist, und die Dinge nicht erkennt, wie sie an sich sind, sondern so wie sie von uns begriffen werden können; wir sehen den Vorläufer der Empiristen in dem Satze, daß alle Erkenntniß der Objecte von dem Sinn ausgeht, und um so unsicherer wird, je weiter sie sich davon entfernt. Aber diese Sätze hindern Campanella nicht, daneben eine Metaphysik aufzustellen, die von den allgemeinsten Begriffen aus das Wesen der Dinge begreifen will, die das Sein und das Nichtsein als die obersten Principien behauptet, durch die alle Dinge sind, oder eine Lehre von Gott und seinen ursprünglichen Bestimmtheiten der Macht, der Weisheit, der

Liebe, die, weil sie das dreifache Wesen des höchsten Seins ausdrücken, auch die Grundbestimmungen oder Primalitäten aller endlichen Dinge sein müssen, deren Sein nur das in verschiedener Weise eingeschränkte göttliche Sein ist. Daraus folgt ihm, daß alle Dinge nicht nur in ihrem Sein und Bestehen und ihrer Wirkungsfähigkeit die göttliche Macht repräsentiren, sondern daß auch in allen Wissen ist; sie wären nicht, wenn sie nicht sich selbst und anderes empfänden; und ebenso ist in allen Liebe, theils zu sich selbst, als Quelle alles Lebens und des allgemeinen Triebes zur Selbsterhaltung, theils zu dem Verwandten und Befreundeten, und in höchster Stufe zu Gott als der Quelle alles Guten. Aber die Macht, Weisheit und Liebe ist im Gebiete des endlichen Seins beschränkt durch die entsprechenden Bestimmungen des Nichtseins, Unmacht, Unwissenheit und Haß, die Quellen aller Unvollkommenheit und aller Schmerzen. Aus der Durchführung dieser Gedanken ergiebt sich unserem Philosophen eine Weltansicht, in der er alle Dinge von innerem Leben durchdrungen und von diesen obersten Principien in ewiger Harmonie geordnet schaut, von der wir da am meisten befriedigt sind, wo sie als die Grundlage seiner Poesie erscheint. Campanella als Dichter zu schildern, müssen wir uns freilich, so anziehend an und für sich die Aufgabe wäre, versagen. Es könnte nur von einem solchen geschehen, der zugleich im Stande wäre, durch Uebersetzungen nicht blos den Geist, sondern auch die Form des Originals dem deutschen Leser zu vermitteln.

Wir wenden uns zu der Seite seiner Speculation, durch die er schon in seiner Zeit am meisten Aufsehen gemacht hat, und durch die er auch den Ideenkreisen der Gegenwart am nächsten steht, zu seiner Staats- und Gesellschaftslehre. Er ist derjenige, der zuerst ein vollkommen socialistisches System wissenschaftlich begründet hat, an Geist und Consequenz allen seinen Nachfolgern bis auf St. Simon, Fourier und Cabet herab weit überlegen; er ist zugleich der eigentliche Vater der Literatur der Staatsromane, denn während er in neuerer Zeit nur den ein Jahrhundert älteren Thomas Morus zum Vorgänger hat, folgen sich von ihm an besonders in Frankreich die romanhaften Darstellungen idealer Staaten in rascher Succession.

Die Grundbegriffe seiner Staatstheorie sind einfach. Jeder Mensch hat wie überhaupt jedes Wesen den Trieb der Selbsterhaltung, und diese Selbsterhaltung ist das allgemeine und höchste Gut. Dieses Gut kann der Mensch nicht für sich allein erreichen; durch seine Bedürftigkeit ist er auf Andere angewiesen; Vereinigung mit Andern ist also ein natürliches Gut für den Menschen, und er will sie von Natur, weil sie ein Gut ist. Eine Vereinigung mit Anderen kann nun entweder einen bestimmten Zweck,

die Befriedigung eines einzelnen Bedürfnisses haben, so entstehen Gesellschaften wie die der Schule zu dem speciellen Zweck des Lernens. Der Zweck der Vereinigung kann aber auch der universelle der Selbsterhaltung überhaupt und in jeder Hinsicht sein; und die Vereinigung, die diesem Zwecke dient, ist die vollkommenste und von Natur die erste. Der Mensch lebt aber und erhält sein Leben im Körper, in der Seele, in seinen Kindern und in Gott. Die vollkommene Vereinigung muß also diese vierfache Selbsterhaltung zum Zwecke haben. Dieser vierfache Zweck findet sich aber verwirklicht in der Familie und im Staat. Beide sind dem Begriffe nach vollkommen dasselbe, die Familie ein Staat im Kleinen, der Staat eine Familie im Großen. In Beiden sind, damit ihr Begriff vollständig realisirt sei, drei wesentliche Bestimmungen nothwendig: der Zweck der Selbsterhaltung sowohl des Individuums als der Gattung, die gegenseitige Ergänzung verschiedener Kräfte zur Erreichung dieses Zweckes, und die Gewinnung gemeinschaftlicher äußerer Güter als der nothwendigen Mittel der Selbsterhaltung und der äußeren Basis der Vereinigung. Die letztere Bestimmung gehört zwar nicht zum Begriff des Staats oder der Familie, aber sie ist Bedingung ihrer Existenz; und darum ist nirgends Staat und Familie wirklich, wo die äußere Basis fehlt.

Mit der Vereinigung ist von selbst Theilung der Arbeit und das Verhältniß von Regierenden und Gehorchenden gegeben. Jeder thut für das gemeinsame Gut, was er vermöge seiner Individualität am besten kann: und jeder ergänzt sein Thun durch das Thun der Anderen. In dem, wozu Jeder geschickt ist, ist er von Natur der Regierende, und die Anderen gehorchen ihm, weil sie ihr eigenes Gut dadurch mit erreichen. Alle Macht ruht also auf der Tüchtigkeit, auf dem wirklichen Können. Die Tüchtigkeit ist theils körperliche Tüchtigkeit, theils geistige, theils beides vereinigt; und dies begründet einen Stufenunterschied in der Herrschaft. Die Güter, welche auf diese Weise gewonnen werden, sind theils Güter der Seele, theils Güter des Leibes, theils äußere Güter als Mittel, durch welche jene bedingt sind.

Hieraus folgt, daß von Natur das Verhältniß der Regierenden und Gehorchenden lediglich von der Vertheilung der Kraft und des Wissens unter den Einzelnen abhängt. Jeder, der etwas kann, ist in seinem Fache der Befehlende, und wird überall als solcher anerkannt. Dem kranken Könige befiehlt der Leibarzt; auf der See befiehlt der Schiffer, auch wenn er Grafen und Herzoge am Bord hat: Stehe du hieher und du dorthin.

Absoluter Regent, der in jeder Hinsicht zu befehlen hätte, könnte nur der sein, der in allen Dingen der Tüchtigste und Weiseste wäre, der sich ebenso über die Uebrigen erhöbe, wie der Hirte über die Heerde, ein We-

sen von höherer Ordnung repräsentirte. Nun kann sich über die Menschen einer nur erheben, wenn die göttliche Vernunft vollkommen in ihm herrscht und ihn vollkommen regiert, so daß seine Herrschaft Ausdruck der göttlichen Weisheit wäre, die mit absoluter Macht die Welt lenkt. Ein solcher ist nur ein von Gott Erfüllter, oder Gott selbst als Mensch gewordener. Unter den übrigen Menschen ist keiner, der die göttliche Vernunft rein in sich hätte, jeder kann fehlen und irren. Darum darf kein Einzelner nach seiner blos individuellen Einsicht und seinem blos persönlichen Willen die höchste Gewalt üben, sondern an die Stelle des Einzelnen tritt das Gesetz, das über zufällige Willkür erhaben, Ausdruck der göttlichen Ordnung, der Herrschaft der Vernunft ist. Der Zweck des Gesetzes kann kein anderer sein, als der Zweck der menschlichen Vereinigung überhaupt, die Erhaltung des Ganzen und der Einzelnen; Quelle des Gesetzes ist Gott und das ewige Gesetz seiner Weltregierung, und abgeleiteter Weise das dem Menschen eingepflanzte natürliche Gesetz. Dieses findet seinen allgemeinsten Ausdruck in den völkerrechtlichen Gesetzen, die allen Menschen gemeinsam sind. Die natürliche Vernunft eines einzelnen Gemeinwesens ist gesetzgebend in den positiven Gesetzgebungen der einzelnen Staaten; und darum sind diese eben in soweit berechtigt, als sie Ausdruck der allgemeinen Vernunft, sei es durch den Mund Vieler, sei es durch den Mund der Weisesten, sind. Unmittelbarer ist Gott gesetzgebend durch Offenbarung; diese ist unveränderlich, soweit sie das natürliche Recht enthält, veränderlich, so weit sie sich auf bestimmte Bedürfnisse bezieht. So ist an der mosaischen Offenbarung das allgemein menschliche Gesetz im Dekalog ewig, die Cerimonialgesetze vorübergehend. Die directeste Quelle des göttlichen Gesetzes in der heutigen Welt ist der Pabst, als der mit göttlicher Autorität erwählte Stellvertreter Gottes.

Das Grundprincip aller göttlichen und natürlichen Gesetzgebung ist Gleichheit. Alle haben von Natur gleichen Antheil an dem gemeinschaftlichen Gut. Jedes Regiment, das diese ursprüngliche Gleichheit aufhebt, ist gewaltsam und tyrannisch. Gleichheit nährt, Ungleichheit zerstört.

Unter der Herrschaft des Gesetzes soll nun der Staat einen Organismus darstellen, dessen Seele Weisheit und Religion, dessen Leib die Gesammtheit der Staatsbeamten, dessen Werkzeuge und Mittel die Bewaffneten, Handwerker und Kaufleute sind, dessen Lebensgeist das Gesetz ist. Das Geschäft der Regierenden, mögen sie nun Einer oder Viele sein, ist den Regierten alle die Güter zu verschaffen, deren Inbegriff die Selbsterhaltung ist, d. h. sie zu lehren, zu vertheidigen, zu nähren und zu richten. Daraus ergeben sich die Hauptrichtungen der öffentlichen Thätigkeit für das gemeinsame Gut. Sie werden der Natur der Sache

nach von der Gemeinschaft geordnet, im Namen der Gemeinschaft vollzogen; und recht vollzogen können sie nur werden, wenn zu jeder Art von Thätigkeit durch die Regierenden diejenigen bestimmt werden, welche am besten dazu geeignet sind. Es ist widersinnig, das dem Zufall zu überlassen oder eine Klasse von Menschen im Staate zu dulden, die an der Thätigkeit für das gemeine Wohl keinen Antheil nehmen.

Da der Begriff der Selbsterhaltung nicht blos die Erhaltung des Individuums, sondern auch die der Gattung einschließt, die Selbsterhaltung der Gattung also einen Theil des allgemeinen Gutes bildet, so ist die Erzeugung eine Thätigkeit für den allgemeinen Zweck, der Mensch gehört darin nicht sich selbst, sondern dem Ganzen an, sie wird im Namen der Gesellschaft geübt, auch von ihr gilt also, daß sie nicht dem Zufall überlassen werden darf, sondern nach dem allgemeinen Princip der bestmöglichen Ergänzung der verschiedenen Kräfte zweckmäßig geordnet sein muß.

Dies sind die allgemeinen Grundsätze der Staatsphilosophie Campanella's. Die Consequenzen, die sich aus ihnen ergeben, entwickelt er in doppelter Richtung, ähnlich wie Platon im Staat und in den Gesetzen. Einmal stellt er in freier poetischer Schöpfung das Bild eines Idealstaats auf, in dem diese Grundsätze rein verwirklicht und durch alle Lebensverhältnisse durchgeführt sind; daneben aber sucht er vom historisch Gegebenen aus die Mittel und Wege, durch die die wirkliche Welt, die europäischen Völker zunächst, einem politischen Zustand entgegengeführt werden können, der dem philosophischen Ideale möglichst nahe kommt. Das Erste geschieht in der Civitas Solis, vel de Reipublicae idea; das zweite vornehmlich und am ausführlichsten in der Schrift de Monarchia hispanica. Beide Werke sind im ersten Jahrzehent seiner Gefangenschaft entstanden.

Der Sonnenstaat ist nun weder in den Gedanken noch in der Form durchaus originell. Zunächst hatte Campanella die platonische Republik vor Augen. Nicht nur den allgemeinen Gedanken derselben, daß die Weisesten herrschen sollen, sondern auch eine Reihe specieller Bestimmungen, besonders über die Frauen, hat er dorther entlehnt. Aber im Princip der ganzen Gliederung des Staats ist doch der Sonnenstaat grundverschieden von der platonischen Republik. Dem griechisch-aristokratischen Charakter der letzteren gegenüber, der die Menschen von Natur in verschiedene Klassen zerfallen läßt, und diejenigen, die nur Eisen in ihrer Mischung haben, den silbernen und goldenen als blos dienende Werkzeuge unterordnet, vertritt Campanella den demokratischen Grundsatz der Gleichheit Aller, und die durchaus moderne Forderung der Arbeit Aller. So ist gerade dasjenige, was dem Staate des Dominicaners seine eigenthümliche Physiognomie aufprägt, dem platonischen Princip geradezu entgegengesetzt.

Einen näheren Vorgang hat der Sonnenstaat an der Utopia des Thomas Morus, der nicht nur ihre Form, die Beschreibung eines wirklich existirenden Gemeinwesens durch einen Reisenden, nachgebildet ist, mit der sie auch in vielen specielleren Zügen, zumal in der möglichst gleichmäßigen Vertheilung der Arbeit übereinkommt. In vieler Hinsicht bleibt der Sonnenstaat selbst hinter der Utopia zurück. Schon äußerlich ist die Darstellung des Mönchs weit unbeholfener als die elegante und geschmackvolle Schilderung des Humanisten, der seinen Styl in der Schule des Erasmus gebildet hatte; noch mehr vermissen wir den feinen Sinn, die edle Humanität, die witzige Satire des Engländers, mit der er die bestehende Unvernünftigkeit socialer und politischer Zustände geißelt, indem er ihnen das Spiegelbild der glücklichen Insel entgegenhält. Aber diese Mängel werden aufgewogen durch die größere Anlage, die tiefere philosophische Begründung des Sonnenstaats, durch die mächtigere und kühnere Phantasie, die von bewußten Principien aus das Ganze frei gestaltet, und in Verfolgung derselben vor keiner Excentricität zurückschreckt, während die Ideen, welche der Dichtung des Thomas Morus zu Grunde liegen, über die Sphäre des gesunden Menschenverstandes und des allgemeinen moralischen Gefühls nicht hinausragen, so daß vielmehr die Einkleidung als die Conception originell ist.

Ein genuesischer Seefahrer erzählt, daß er im indischen Ocean auf einer Insel Taprobane gelandet sei. Dort haben ihn die Eingebornen alsbald nach der Sonnenstadt geführt. Sie liegt um einen Hügel herum, der sich in weiter Ebene erhebt und besteht aus sieben concentrischen Ringen von palastähnlichen Gebäuden, an denen rings Säulengänge hinführen nach Art der Kreuzgänge in den Klöstern, und die innen weite Räume zu jederlei Gebrauch, Vorrathskammern, Werkstätten, Speisehallen, Wohnungen enthalten. Die Ringe sind nach den sieben Planeten genannt. Vier Thore führen von den vier Himmelsgegenden her durch alle Ringe hindurch nach der Mitte, in der ein Tempel mit mächtigem Kuppeldach, rings von Säulengängen umgeben, sich erhebt.

Das Haupt des Staates ist ein Priesterfürst, Sol, in dessen Händen alle Gewalt in geistlichen und weltlichen Dingen ruht; unter ihm zunächst stehen drei einander gleichgeordnete Fürsten, Pon, Sin und Mor, d. h. Macht, Weisheit und Liebe genannt, deren jeder einem besonderen Theile der Geschäfte vorsteht. So ist die oberste Regierung ein getreues Abbild des göttlichen Wesens und seiner Primalitäten. Die Macht hat das gesammte Kriegswesen unter sich; die Weisheit Wissenschaften und die höheren und niederen Künste, sowie die Schulen, in denen sie gelehrt werden; die Liebe ordnet die Erzeugung und die Ernährung und Alles, was zu

der letzteren dient: Landbau und Thierzucht, Bekleidung und Bereitung der Speisen, Wartung der Kinder und Krankenpflege. Jeder dieser Fürsten hat eine größere Zahl von Unterbeamten für jeden besonderen Zweig der von ihm geleiteten Thätigkeiten.

Grundprincip der ganzen gesellschaftlichen Ordnung ist absolute Gemeinschaft. Sie haben beschlossen ein philosophisches Leben zu führen und allen Egoismus zu verbannen. Jeder lebt und wirkt nur für das Ganze. Darum haben sie nicht blos das Privateigenthum aufgehoben, sondern vor Allem das, was dem Privateigenthum allein Werth und Halt verleiht, und der fortwährende Antrieb ist es zu erwerben und zu erhalten, die Familie. Eigene Wohnung, eigene Weiber und Kinder zu haben ist von ihnen als die Wurzel aller dem Gemeinsinn feindseligen Eigenliebe erkannt worden; ist diese aufgehoben, so bleibt allein die Liebe zur Gemeinschaft übrig, die dort lebendiger ist als irgendwo sonst.

Diese Gemeinschaft der Weiber und Güter ist nun aber eine durchaus geordnete und der Antheil eines Jeden wird ihm von den Beamten zugewiesen. So ist also zuerst der Verkehr der Geschlechter durchaus im Interesse des Staats, zum Zweck der Selbsterhaltung der Gattung geordnet, und soweit dieser Zweck in Frage kommt, alle Willkür und individuelle Liebe ausgeschlossen; die Erzeugung eines leiblich und geistig kräftigen Geschlechts ist eine der wichtigsten, mit besonderer Umsicht und Sorgfalt zu behandelnden Staatsangelegenheiten. So hat denn Mor, dem eine Anzahl männlicher und weiblicher Beamten untergeben sind, die für einander geeigneten Paare auszuwählen und darauf zu sehen, daß phlegmatische Individuen durch lebhafte, fette durch magere ergänzt werden; er hat nach dem Rathe der Astrologen die glückverheißendste Zeit ihrer Vereinigung zu bestimmen, im Falle der Unfruchtbarkeit die Paare zu lösen und anders zu verbinden.

Die Kinder werden, sobald sie entwöhnt sind, dem Staate zur Erziehung übergeben. Beide Geschlechter stehen sich vollständig gleich, und werden durchaus gleichmäßig erzogen. Zunächst lernen sie sprechen, dann lesen und schreiben, werden dabei körperlich geübt, und sodann in allen Werkstätten umhergeführt, damit sich zeige, wozu Jedes Lust und Neigung hat.

Mit dem siebenten Jahre beginnt der Schulunterricht. Hier zeigt sich nun ganz charakteristisch die moderne realistische Richtung Campanella's. Statt sie nämlich nach alter Weise das Trivium und Quadrivium durchmachen zu lassen, oder nach humanistischer Methode Classiker mit ihnen zu lesen und sie in lateinischen Reden und Versen zu üben, beginnt ihre Schulzeit mit der Mathematik, und geht dann zu einem naturwissenschaft-

lichen Anschauungsunterricht weiter, getreu dem Princip, daß die sinnliche Wahrnehmung die Quelle alles Wissens sei. Sin, der Minister des öffentlichen Unterrichts, hat nämlich einen vortrefflichen Einfall gehabt. Er hat alle Wände der ganzen Stadt bemalen lassen, und aller Wissenschaften Gegenstände so auf ihnen dargestellt, daß sie dem ganzen Volke fortwährend vor Augen sind. Im halbkugelförmigen Kuppelgewölbe des Tempels sind die Sterne der ersten bis sechsten Größe verzeichnet, mit ihren Namen, und kurzen Versen, die ihre Kräfte und ihren Einfluß auf die irdischen Dinge angeben; die Wände des ersten Ringes sind mit mathematischen Figuren bedeckt, neben denen die zugehörigen Definitionen, Axiome und Propositionen stehen; dann folgen Land- und Seekarten der ganzen Erde, die Alphabete aller Völker mit dem der Sonnenstädter verglichen, und kurze Beschreibungen der Völker, ihres Ursprungs, ihrer Sitten und Gesetze. Auf dem zweiten Ringe sind Abbildungen aller Mineralien, Metalle, Edelsteine zu sehen, und soviel möglich Proben derselben; ferner eine Verzeichnung aller Gewässer auf Erden, und der Flüssigkeiten aller Länder, mit Beschreibung ihrer Eigenschaften, und darüber eine lange Reihe von Flaschen, in denen die Weine, Oele und Säfte aufbewahrt werden. Und in gleicher Weise sind die Pflanzen und die Thiere aller Ordnungen abgebildet. Auf den Wänden des sechsten Ringes stehen alle mechanischen Künste mit ihren Werkzeugen und die Namen der Erfinder beigeschrieben. Der siebente Ring endlich ist der Geschichte gewidmet und enthält die Bilder der Weisen, der Kriegshelden, der Gesetzgeber der ganzen Welt und aller Zeitalter.

Das ist das Buch, das der Jugend der Sonnenstadt zum Unterricht geboten wird; abtheilungsweise werden sie von Ring zu Ring, von Bild zu Bild geführt. So lernen sie spielend unglaublich viel. Je mehr einer in irgend einem Gebiete menschlichen Wissens und Könnens lernt, desto höher wird er geachtet; mechanische Fertigkeit ist ebenso ehrenvoll als theoretisches Wissen. Sie lachen uns aus, erzählt der Genuese, daß wir die Handwerker für gemeine Leute halten, und diejenigen für edel, welche müßig gehen. Dort gilt der am meisten, der am meisten leistet; je mehr Anstrengung und Selbstverleugnung eine Arbeit kostet, desto höher wird sie geachtet; für unedel gilt aber gar keinerlei Beschäftigung; denn wie für jedes Glied des Leibes die Function die rechte ist, die dem Ganzen dient, so ist auch die niedrigste Beschäftigung ehrenvoll, wenn sie Beruf ist. Diejenigen, die sich besonders auszeichnen, werden Meister und Lehrer, indem ihnen die Volksversammlung die Leitung einer Werkstätte oder Schule überträgt; und je mehr Wissen einer in sich vereinigt, desto höhere Aemter werden ihm zu Theil. Die Würde des Oberhauptes Sol aber,

oder wie er in unserer Sprache heißen würde, Metaphysicus, erreicht Niemand, der nicht alle Geschichten, Sitten und Gesetze aller Völker kennt, die Wissenschaft aller Dinge im Himmel und auf Erden inne hat, alle Künste, wenn auch nicht der Uebung so doch der Theorie nach, versteht, Mathematiker und Astrolog, vor Allem aber Metaphysiker ist. Ein solches Wunder von Talent und Wissen ist so selten, daß man immer lange vorher weiß, wer Metaphysicus werden wird. Er ist es lebenslänglich, dankt aber freiwillig ab, wenn unter den Jüngern ein Würdigerer heranwächst.

Hat auf diese Weise bei jedem durch die allseitig dargebotene Anregung sein eigenthümliches Talent sich entfaltet, und ist ihm demgemäß sein Beruf angewiesen worden, so tritt er als thätiges Mitglied in die Gemeinde ein, deren Leben in allen Dingen ein gemeinschaftliches, durch die Aufsicht der Beamten strenge geordnetes ist, ein erweitertes Kloster, in welchem Alles nach festgesetzter Regel von Stunde zu Stunde wechselt: kriegerische Uebungen, an denen auch die Weiber theilnehmen, Arbeit in den gemeinschaftlichen Werkstätten, Feldbau, zu dem Alle gemeinschaftlich ausziehen. Die Producte der verschiedenen Arbeiten werden in die gemeinschaftlichen Vorrathshäuser abgeliefert, und von da durch die Beamten nach Bedürfniß wieder vertheilt. Die Mahlzeiten sind gemeinschaftlich; der Oberarzt macht den Küchenzettel, die Frauen kochen abwechselnd, die Jugend wartet auf, die obrigkeitlichen Personen bekommen größere Portionen, aber nicht um sie zu verzehren, sondern um von ihrem Ueberflusse fleißigen Schülern einen Bissen mitzutheilen. Alle haben dasselbe, Alle haben genug — so findet kein Neid und keine Eifersucht statt, Alle sind zufrieden und glücklich. Und da Alle arbeiten, so ist es möglich, daß die für den Lebensunterhalt nöthigen Geschäfte in vier täglichen Stunden vollendet werden, und der Rest des Tages zu Spiel und körperlicher Erholung, zu heiterem Gespräch und geistiger Ausbildung übrig bleibt. So führen sie das vollkommenste Leben, vermeiden zugleich die Uebel, welche die Armuth, und die, welche der Reichthum erzeugt, und haben es erreicht, daß nicht sie den Dingen, sondern die Dinge ihnen dienen. Was die Apostel gewollt, was die Mönchsorden im Kleinen verwirklicht haben, das ist dort die Ordnung der ganzen Gesellschaft.

Noch wird die Rechtspflege des Sonnenstaats geschildert. Alle Streitigkeiten über Mein und Dein, alle Vergehen gegen das Eigenthum fallen von selbst weg. Ungehorsam und Trägheit wird mit körperlicher Züchtigung bestraft; Angriffe auf die Obrigkeit mit augenblicklicher Hinrichtung; Vergehen gegen Leib und Leben der Mitbürger nach dem Grundsatz: Aug' um Auge, Zahn um Zahn. Die Rechtspflege ist schnell, öffentlich, münd-

lich; es giebt weder Proceßacten noch Advocaten; in drei Tagen muß jeder Rechtsfall durch alle Instanzen hindurch absolvirt sein. Für ein Vergehen gegen die Gesetze der Tugend, insbesondere für die Sünde des Stolzes, welche als der allgemeinen Gleichheit am meisten entgegengesetzt die schwerste ist, wird öffentliche Ermahnung oder leichte Buße durch Fasten u. s. w. erkannt, die Sittenrichter sitzen dabei im Umgange des Tempels, jeder unter einer besondern Säule, die den Namen und die Definition der Tugend trägt, gegen welche gefehlt worden ist.

Das Letzte, worüber der Seefahrer zu berichten hat, ist die Religion der Sonnenstädter. Sie verehren Einen Gott, der Macht, Weisheit und Liebe ist, und erklären die Welt aus Sein und Nichtsein; ihr Glaube ist also die Metaphysik Campanella's. Zu diesem Gotte beten sie und feiern ihm Feste. Alle Beamten sind Priester: der Metaphysicus ist der Oberpriester. Die wichtigste religiöse Handlung ist die jährliche Ohrenbeichte, die von unten an durch die ganze Hierarchie der Beamten bis zum Haupte des Staats hinaufgeht, indem jeder seinem zunächst Vorgesetzten sowohl seine eigenen als auch Anderer Sünden bekennt. Der Metaphysicus legt in seinem und Aller Namen eine öffentliche Generalbeichte ab, bringt Gott ein Opfer dar und absolvirt darauf das Volk. Das Opfer aber ist nicht wie bei den Heiden ein unfreiwilliges thierisches, sondern freiwillig bietet sich der Frömmste und Heiligste dar. Vollzogen wird das Opfer so, daß dieser mit großer Feierlichkeit auf einer hölzernen Tafel in die oberste Wölbung der Tempelkuppel emporgezogen wird und dort unter Beten und Fasten Gott versöhnt. Dann steigt er wieder herab und wird sehr geehrt; denn Gott will den Tod nicht. Der übrige Gottesdienst ist ein Sonnendienst; denn die Sonne ist ihnen das reinste Bild der Gottheit, darum feiern sie ihren Eintritt in die vier Jahreszeiten mit Gesängen und Tänzen. Die eigentlichen Vermittler aber zwischen der Gottheit und den Menschen sind die Astrologen; vierundzwanzig Priester wohnen fortwährend auf der Kuppel des Tempels, singen Psalmen und beobachten die Sterne, und sehen so das Zukünftige und Verborgene. Bei ihnen erholt sich Tag für Tag der Metaphysicus Raths.

So, schließt der Bericht, ist der Sonnenstaat beschaffen. Die Sonnenstädter selbst sagen, es werde bald dahin kommen, daß die ganze Welt nach ihrer Weise lebe; sie weissagen eine neue Weltperiode, Buchdruckerkunst, Schießpulver und Magnet sind ihnen die Vorbereitungen zur Vereinigung der Menschheit in Eine Heerde, und der neue Stern in der Cassiopeja bedeutet den Aufgang einer neuen Weltmonarchie mit neuen Gesetzen und neuen Ordnungen.

Gewiß kann Kühnheit der Conception und rücksichtslose Consequenz

in der Durchführung des dem Ganzen zu Grunde liegenden Staatsbegriffs dieser Dichtung nicht abgesprochen werden, und ebenso wenig darf, zumal in damaliger Zeit, die Größe des Gedankens unterschätzt werden, das reale Wissen, die theoretische und praktische Kenntniß der wirklichen Dinge zur Basis der ganzen Construction zu machen. Campanella hat damit gezeigt, daß er mit wahrhaft divinatorischem Geist die Bedeutung eines Princips erkannte, das eben erst aufgestellt war und nur mit Mühe einen Platz sich zu erobern begann. Der Versuch, alle menschlichen Thätigkeiten überhaupt als ein organisches Ganze zum Zweck der Selbsterhaltung darzustellen, sie, als auf ihre natürliche Basis, auf die empirische Kenntniß der wirklichen Dinge, als der Mittel dieser Selbsterhaltung, zu basiren; der Gedanke, die materielle Arbeit nicht blos zur Bedingung, sondern zum eigentlichen Mittelpunkt der allgemeinen Thätigkeit zu machen, und die ganze Organisation des Staats auf eine systematische Theilung der zu seinem Bestehen nothwendigen Geschäfte und Functionen zu gründen, so daß die Theilung der Functionen des Staats zusammenfällt mit der Theilung des Wissens von den Gebieten, auf die sie sich beziehen — all' das sind großartige, durchgreifende Gedanken, denen sich die wirkliche Entwickelung des Staatslebens nur allmählich genähert hat, deren Geltung zwar noch jetzt einen Gegenstand des Streites zwischen verschiedenen Auffassungsweisen ausmacht, deren Anerkennung aber stetig zugenommen hat. Es ist für Campanella ganz charakteristisch, daß die im engeren Sinne politischen Fragen über Quelle und Vertheilung der Staatsgewalt, und über die Natur des Rechts im Staate bei ihm ganz in den Hintergrund treten; man wird nicht vollkommen klar, ob die Volksversammlung oder der Metaphysicus der eigentliche Träger der Staatsgewalt ist. Aber für seine Anschauung, die das Individuum ganz nur zum Glied des allgemeinen Organismus macht und den persönlichen Willen desselben gar nicht kennt, vielmehr das einzelne Wollen in die selbstlose Unterordnung unter das Allgemeine, in den absolutesten, mönchischen Gehorsam auflöst, war die Basis für eine Entwicklung von Rechtsbegriffen weggenommen, die Construction des Formalen im Staate damit ungemein leicht gemacht, und seine ganze Kraft wendet sich der Betrachtung der materiellen Seite, der realen Unterschiede der Thätigkeiten zu, durch welche die menschliche Gemeinschaft besteht und sich erhält.

Und auf diesem Gebiete wird Niemand ohne Staunen in den Phantasien Campanella's Bestrebungen vorausgeschaut finden, die wir gewöhnt sind als Forderungen der allerneuesten Zeit, als die Ideen der letzten Jahrzehente zu betrachten — Hebung der Arbeit durch ein Allen auf gleiche Weise zugängliches Wissen, das Wissen selbst in der universellsten An-

schauung, in der Ausstellung aller Schätze der Natur und Kunst gipfelnd, Anerkennung der gleichen Befähigung und Berechtigung der Frauen zu selbständiger Thätigkeit, Erlösung der Arbeiter aus der erdrückenden Ueberzahl der Arbeitsstunden, um ihnen alle Schätze der Bildung zugänglich zu machen — es genügt an die lebendige Kraft zu erinnern, welche diese Ideen heute haben, um in dem Spiel der Phantasie den genialen Ernst zu erkennen.

Aus dem Grundprincip, daß der wahre Staat nur möglich sei, wenn der Egoismus im Princip unmöglich gemacht und vollkommen vernichtet werde, ergeben sich alle weiteren Consequenzen. Die Aufhebung der Familie und des Eigenthums freilich lag dem Dominicaner, dem Bettelmönche, nicht so gar ferne, und in so anstößiger Weise in den damit zusammenhängenden näheren Ausführungen die Sinnlichkeit des Italieners und seine leichte Schätzung von allerlei Unsittlichkeit hervortritt — seine Aufhebung der Familie ist noch lange nicht die Weibergemeinschaft moderner französischer Socialisten, ist keine Emancipation sinnlicher Lust, sondern die nothwendige Consequenz seiner Ansicht, daß die Erhaltung der Gattung eine Staatsangelegenheit ist. Wollen wir immerhin darin den depravirenden Einfluß der mönchischen Auffassung der geschlechtlichen Beziehungen als blos sinnlicher sehen — so müssen wir auf der anderen Seite Campanella um so mehr Recht widerfahren lassen, daß er in einem der wichtigsten Charakterzüge seines Staats sich über seinen Stand und seine Kirche erhebt, und die großen Ideen der Reformation adoptirt — in der Aufhebung der Priesterschaft als eines besonderen Standes, in der Anerkennung des Adels der Arbeit auch im Gegensatz gegen die geistlichen Privilegien. Er hat unbewußt das allgemeine Priesterthum so gut wie irgend ein Reformator proclamirt; keinerlei besondere Weihe, kein unzerstörbarer Charakter scheidet seine Priester von den Laien aus; ja er ist auf der entgegengesetzten Seite zu weit gegangen, indem lediglich weltliches Wissen, indem diejenige Tüchtigkeit die zum Beamten befähigt auch die priesterliche Würde verleiht.

Je revolutionärer nun die Gedanken dieser Schrift sind, je schärfer insbesondere von dieser Seite gegen die Grundlagen der römischen Kirche gerichtet, desto sonderbarer contrastirt damit dem ersten Anscheine nach die Haltung, die er einnimmt, wo er nicht in fabelhaftem Lande einen luftigen Gedankenstaat aufbaut, sondern die Pläne entwickelt, die er in der wirklichen Welt realisirt sehen möchte, und seinen ganzen erfinderischen Scharfsinn aufbietet, um die Möglichkeit ihrer Verwirklichung zu zeigen und die Mittel dazu an die Hand zu geben. Eine Weltmonarchie schwebt ihm vor, welche die spanischen Waffen gründen, deren Oberhaupt aber der

Pabst sein solle. Alle Völker sollen mit List oder Gewalt unter ihr vereinigt und damit ein glücklicher Zustand allgemeiner Eintracht und ewigen Friedens geschaffen werden. So wenig denkt er also daran, die allgemeine Gleichheit seines Idealstaats unmittelbar in die Wirklichkeit einzuführen und an die Stelle der bestehenden Ordnungen zu setzen, daß er gerade die conservativsten Mächte der damaligen Welt zur Herrschaft berufen möchte — freilich nur um das Wesen seiner Ideen um so sicherer zu verwirklichen.

Denn die Gedanken, die ihn bei seinen historisch-politischen Phantasien leiten, sind durchaus aus denselben Grundanschauungen hervorgegangen wie der Sonnenstaat. In der Gemeinschaft der Menschen zum Zweck der Selbsterhaltung ist die wichtigste Seite der Selbsterhaltung die der geistigen Natur des Menschen, die obersten Güter die der Seele. Wo in Beziehung auf diese nicht volle Gemeinschaft herrscht, ist eine wahre Vereinigung unmöglich. Unter den Gütern der Seele aber ist wiederum die Religion das Höchste: Einheit der Religion also die erste Bedingung einer naturgemäßen Gesellschaft. Und da die Religion Gemüth und Willen beherrscht, und Zunge und Waffen, die einzigen Mittel äußerer Macht, von dem Willen abhängen, so ist überall die Religion das Herrschende, und keine andere Macht kann gegen sie etwas ausrichten. Darum ist der geistliche Fürst immer der mächtigste, und wenn er nicht, wie es naturgemäß ist, die weltliche Gewalt selbst in Händen hat, so kann doch keine weltliche Gewalt bestehen, die, statt sich ihm unterzuordnen, sich ihm widersetzt. So ist also in Wirklichkeit der Pabst derjenige, der die Stelle des Großmetaphysicus einnehmen muß, nach göttlicher Ordnung: denn ihm ist das geistliche wie das weltliche Schwert übertragen. Schon bisher ist die Welt nur dadurch leiblich im Frieden erhalten und vor allgemeiner Zerrüttung bewahrt worden, daß wenigstens in beschränktem Gebiet der Pabst geistliche und weltliche Herrschaft vereinigte; das goldene Zeitalter wird kommen, wenn er Alles in Allem ist. Dazu hat Gott den Spaniern die neue Welt und ihre Schätze geschenkt, daß sie die Ketzer ausrotten und die Türken verjagen, dann aber sich dem Pabste unterwerfen, der aus allen Völkern Europas Ein Ganzes machen, alle Unterschiede der Nationalität ausgleichen und so den reinen Sieg des Geistes darstellen wird. Dann hören alle Uebel auf, aller Streit und Krieg, aller Mangel und alle Noth. Die allgemeine Gütergemeinschaft wird durch den Weltverkehr hergestellt und damit Glück und Zufriedenheit überall begründet.

Aus dieser Ansicht ist es erklärlich, warum Campanella einen so erbitterten Grimm gegen Machiavelli zeigt, ihn als den Inbegriff aller Verkehrtheit, den Feind jeder besseren Zukunft haßt. Freilich nur, sofern



dieser alles Heil für Italien in einem weltlichen Fürsten und in den Päbsten die Urheber alles Unheils sieht. Denn sonst hat er von Macchiavelli nur zuviel gelernt. Damit nämlich dieser Zustand geschaffen und damit er erhalten werde, giebt Campanella eine Menge detaillirter Rathschläge, theils im Allgemeinen, theils in Hinsicht der einzelnen Länder, nach denen rücksichtslose Gewalt mit perfidester List sich vereinigen soll. Ueberall leuchten dabei die Ideen des Sonnenstaats durch. Die Gleichheit Aller, die Herrschaft der Verständigsten soll das Ziel aller Gesetze und Verordnungen sein. Besondere Sorgfalt soll den Eheschließungen zugewendet, durch Connubium der verschiedenen Nationen untereinander die Gegensätze ausgeglichen, ein vollkommeneres Geschlecht erzeugt werden. Die Kinder, die für den Dienst des Staats bestimmt sind, will Campanella in großen Seminarien erziehen. Das Institut der Janitscharen leuchtet ihm ein; um Material genug zu gewinnen, kommt es ihm auch auf etwas Polygamie nicht an, oder auf den Raub von Ketzern und Heidenkindern; die vielen Klöster haßt er, weil sie den Zuwachs der Bevölkerung hindern. Den Adel will er als besonderen Stand allmählich zerstören; und auch hier nimmt er es mit den Mitteln nicht allzugenau. Am meisten beschäftigt ihn die Ausrottung der Ketzereien, zumal in Deutschland. Es genügt ihm nicht unter den deutschen Reichsfürsten und Städten Zwietracht zu säen — ein leichtes Geschäft wegen ihrer gegenseitigen Eifersucht, die sie immer argwöhnisch gegeneinander macht; er will die Quelle der Häresie verstopfen und er findet sie in den humanistischen Studien. Wenn es nach ihm ginge, dürfte weder Griechisch noch Hebräisch mehr in Deutschland gelehrt werden. Die deutschen Ingenia sollen ausschließlich mit Mathematik und Naturwissenschaften beschäftigt, die talentvollsten Leute, von denen am meisten zu fürchten ist, wo möglich in die neue Welt geschickt werden, um dort das südliche Kreuz zu beobachten und die dortigen Naturerscheinungen zu erforschen; vor Allem sollen sie die Philosophie des Telesius und Campanella studiren. Diese ist für die Kirche ungefährlich, sie wird die Geister vor der Versuchung zur Ketzerei bewahren und nützlichen Erfindungen zuwenden.

Wenn wir bedenken, daß alle diese Projecte, durch das Haus Habsburg die katholische Universalmonarchie herzustellen, nur wenige Jahre vor dem Ausbruch des dreißigjährigen Krieges niedergeschrieben sind, daß die Verbindung der katholischen Reichsfürsten in Deutschland sich in eben dem Momente vollzog, in dem der Rath dazu in dem Kerker zu Neapel gegeben wurde, so begreifen wir, daß es sich in der „Spanischen Monarchie“ nicht blos um müßige Combinationen eines exaltirten Schwärmers handelt, sondern daß die Art, wie sich in diesem vielumfassenden Kopfe die

damalige Weltlage spiegelt, eine tiefere historische Bedeutung beanspruchen kann, daß in den zum Theil mit naiver Unverschämtheit ausgesprochenen Wünschen und Hoffnungen des Dominicaners nur die natürlichen und immer wiederkehrenden Consequenzen eines der Grundgedanken sich enthüllen, aus deren Conflict die Weltgeschichte besteht, des Gedankens, daß nur durch Vernichtung des persönlichen Willens und der individuellen Freiheit eine sittliche Ordnung möglich sei.

Durch eine sonderbare Verkettung von Umständen finden wir die ersten Männer, welche von Campanella's Ideen ergriffen und zur Verbreitung und Weiterbildung derselben angeregt worden sind, in Deutschland, und zwar mitten in einem ganz protestantischen Lande, in Württemberg. Jener Tobias Adami, der die wichtigsten Manuscripte Campanella's aus Neapel mitgenommen hatte, machte im Jahre 1618, noch ehe er dazu gekommen war mehr als ein kurzes Compendium der Naturphilosophie drucken zu lassen, die Bekanntschaft des gelehrten und schreibseligen Professors der Jurisprudenz in Tübingen, Christoph Besold, und seines Freundes Johann Valentin Andreä, damaligen Diaconus in Vaihingen an der Enz, der als Geistesverwandter Johann Arnd's durch seine unermüdliche Wirksamkeit für ein lebendiges evangelisches Christenthum und ächte, das Herz ergreifende und den ganzen Menschen durchdringende Frömmigkeit sich in der protestantischen Kirchengeschichte ebenso einen ehrenvollen Namen gemacht hat, wie er durch seine lebendige, aus fruchtbarer Phantasie, vielseitiger Auffassungskraft und leichter Beweglichkeit hervorgehende Darstellungsgabe eine Stelle in der Literaturgeschichte einnimmt. Diesen beiden, sowie dem ihnen eng befreundeten Wilhelm von Wenz, Inspector der Prinzen von Sachsen-Altenburg, scheint Adami damals die Manuscripte Campanella's mitgetheilt zu haben; Besold machte sich alsbald an die Uebersetzung der „Spanischen Monarchie" und gab sie mit einem von ihm selbst geschriebenen, anonymen Anhang heraus; Andreä übersetzte einige Gedichte Campanella's, die in seiner 1619 zu Straßburg erschienenen „Geistlichen Kurtzweil" veröffentlicht wurden, und ließ sich durch Campanella's Sonnenstaat zu einer Nachbildung desselben reizen, indem er in seiner Reipublicae christianopolitanae descriptio einen Idealstaat von den Principien seiner protestantisch-frommen Lebensanschauung aus aufstellte. Alles das war schon erschienen, ehe noch Adami 1622 eine Auswahl der Gedichte Campanella's unter dem Titel Scelta d'alcune poesie filosofiche di Settimontano Squilla mit erklärenden Anmerkungen, und 1623 den Sonnenstaat als Theil der Philosophia realis drucken ließ.

Das Gesellschaftsideal des evangelischen Pfarrers steht in einem merkwürdigen Contrast zu den Phantasien des Mönchs. Es zeigt sich

bald, daß das Unternehmen, von dem Standpunkte einer ganz subjectivistischen Frömmigkeit aus, die als Ziel des Lebens nur die Versenkung in die Gnade Christi und die Vorbereitung für die ewige Seligkeit kennt, ein äußeres Gemeinwesen zu gestalten, ein im Princip verfehltes und unmögliches ist. Da das irdische Wohlsein und die Fülle irdischer Güter, welche ihm dienen, nicht blos in sich keinen Werth haben, sondern sogar der Frömmigkeit gefährlich sind, so fehlt jeder innere Impuls sich in die materielle Thätigkeit der Arbeit hineinzustürzen; wo das Wissen der Welt eine Thorheit, und Christum kennen und lieben der Inbegriff aller Weisheit ist, fehlt der großartige Drang die ganze Natur wissend und bearbeitend zu beherrschen; die äußeren Ordnungen überhaupt, das ganze Leben im Fleisch ist nur ein nothwendiges Uebel, und Alles wird blos zum Mittel für Uebung der Gottseligkeit, so daß der eintönige Refrain des Ganzen immer die Rückkehr aus der Welt in die Stille des Gemüths, zum inneren Verkehr mit Gott ist. An die Stelle der Eroberungslust Campanella's tritt die Resignation; und das ganze Gemeinwesen der Christenstadt ist von vorn herein dadurch gelähmt. Es ist die kleinbürgerliche Gemeinde des evangelischen Pfarrers, welche Andreä idealisirt. Sein Staat verhält sich zu dem Campanella's wie Vaihingen an der Enz zu Rom. An die Stelle des Großmetaphysicus mit seinen Fürsten, welche die kosmischen Grundpotenzen repräsentiren, tritt ein Triumvirat eines Theologen, eines Richters und eines Gelehrten, von denen der erste nur zu deutlich an den württembergischen Decan und Stadtpfarrer erinnert, wie ihm denn auch ein Diaconus beigegeben und vor Allem von ihm gerühmt wird, daß er diesen nicht hochmüthig behandle. An die Stelle der großartigen, plastischen Schöpfung des Italieners tritt eine langweilige Allegorie, die Beamten und ihre Frauen sind die personificirten Tugenden der protestantischen Sittlichkeit; sie haben eigentlich nichts zu thun, als Seelsorge zu treiben. Und langweilig ist auch die Ausführung im Einzelnen, so mannigfaltiges Detail in der Schilderung der Straßen und Häuser, ihrer Einrichtung und der Lebensweise ihrer Bewohner herbeigezogen wird. Selbstverständlich ist Andreä viel weniger radical als Campanella. Die Ehe und die gesonderten Haushaltungen bestehen fort; nur die Gütergemeinschaft hat er von ihm aufgenommen, und den Antheil an der Arbeit und ihren Producten in ähnlicher Weise geordnet. Aber dieser Gedanke tritt bei weitem nicht so in den Mittelpunkt, daß Gütergemeinschaft als Bedingung eines wahren, seiner Idee entsprechenden Gemeinwesens überhaupt erschiene; sie wird vielmehr unter dem moralischen Gesichtspunkte, von dem auch Thomas Morus sie einführt, betrachtet, daß dadurch die Gefahren des Reichthums für den Einzelnen abgewendet

werden. Es ist die christliche Demuth und Genügsamkeit, welche sie als den einfachsten und eigentlich selbstverständlichen Zustand erscheinen läßt. Dadurch, daß Andreä sie nur unter der Voraussetzung idealer sittlicher Vollkommenheit der Einzelnen einführt, bricht er offenbar der Forderung die Spitze ab, und steht auf einem weit weniger radicalen Standpunkt als Campanella, dem sie Bedingung und Mittel zur wahren Sittlichkeit ist.

So ist der Socialismus der christlichen Republik ein im Grunde sehr harmloser, und hauptsächlich darum merkwürdig, weil er zeigt, wie verborgen selbst einem der offensten Köpfe der sittliche Werth des Eigenthums sein konnte.

Viel weniger harmlos gestalteten sich die Nachwirkungen der politischen Ideen Campanella's auf Andreä's Freund Besold, der sich die „Spanische Monarchie" zur Bearbeitung genommen hatte. Der eben begonnene Religionskrieg gab der Publication dieses Werks in Deutschland einen gefährlichen Hintergrund; man mochte wohl denken, es könnte mit der spanischen Weltmonarchie Ernst werden. Zwar hatte Besold in dem Anhang, den er hinzufügte, die Frage aufgeworfen, ob es wohl wünschenswerth sei, daß die ganze christliche Welt von Einem Haupte regiert werde, hatte viele Gründe für und wider zusammengetragen, und die Antwort schließlich weder auf ja noch auf nein gestellt; aber er hatte aus den Zeichen der Zeit wenigstens auf eine große Veränderung hingewiesen, die bevorstehe. Und durfte er, der Lehrer einer protestantischen Universität, eine solche Schrift überhaupt verbreiten? Aber eben in die Zeit, in welcher Besold Campanella's Schriften, und neben ihnen, einer eingewurzelten Neigung seiner in eine innere Phantasiewelt sich vertiefenden Natur folgend, verschiedene Erzeugnisse katholischer Mystik las, fallen die ersten Anzeichen einer beginnenden Hinneigung zum Katholicismus, die in der Stille lange genährt, durch Verkehr mit Katholiken bestärkt, den zaghaften Mann endlich trieb, vom Himmel selbst die Entscheidung zu fordern, welcher Glaube der wahre sei. Bei einem Heiligenfeste, dem er in Oberschwaben anwohnte, that er, der 24 Jahre in kinderloser Ehe gelebt hatte, das Gelübde, zu Gottes Ehre katholisch zu werden, wenn ihm ein Nachkomme geschenkt würde. Ein Jahr darauf war sein Wunsch erfüllt; am 1. August 1630 trat er heimlich, nach der Nördlinger Schlacht öffentlich zur katholischen Kirche über, und verwandte nun seine großen juristischen Kenntnisse, um dem Haus Württemberg die von ihm eingezogenen Klöster wo möglich wieder zu entreißen, indem er durch eine Documentensammlung sie als unmittelbares Reichsgut darzustellen suchte. So war er denn ein Apostel der „Spanischen Monarchie" geworden; und Campanella, der

einmal dem Pabste seinen Kopf hatte einsetzen wollen, daß er binnen Jahresfrist zwei deutsche Fürsten mit ihren Ländern zur Kirche zurückführen werde, konnte sich rühmen, wenigstens zur Bekehrung Eines Lutheraners mitgewirkt zu haben. Es hat übrigens an Gegenschriften gegen die — oft aufgelegte — „Spanische Monarchie" nicht gefehlt; und der Beredtsamkeit Campanella's scholl in einer derselben aus demselben Württemberg das scharfe Wort entgegen: Ehe türkisch als päbstisch.

Wir begnügen uns, auf diese ersten und nächsten Wirkungen der Schriften Campanella's hinzuweisen. Ob und in wieweit sie eine weitergreifende Bedeutung für die Philosophie des siebzehnten Jahrhunderts gehabt, und welcher Zusammenhang zwischen dem Sonnenstaat und den späteren socialistischen Systemen in Frankreich besteht — diese Frage zu beantworten würde eine weitläufigere Untersuchung erfordern, als im Rahmen Eines Artikels möglich ist.

C. Sigwart.

Erinnerungen an Friedrich den Großen.

Zweiter Artikel.

Schlosser spricht im dritten Bande seiner vielgelesenen Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts über Preußen in einer Weise, die eines heutigen Süddeutschen würdig wäre. Nachdem er den bayrischen Erbfolgekrieg zu Ende erzählt, und eingestanden hat, daß der Friedensschluß zu Teschen vortheilhaft für Preußen war, fährt er fort: „Allein trotz aller scheinbaren über Oesterreich erhaltenen Vortheile, trotz alles Berliner Posaunens über den Ruhm der Erhaltung sogenannter deutscher Freiheit, von der Niemand etwas entdecken konnte, und über den Schutz, den die deutschen Fürsten von Preußen gegen ihren Kaiser erwarten könnten, hatte sich der große König durch den Erbfolgekrieg in eine schiefe Stellung gebracht. Friedrich selbst nämlich zog ja jetzt Rußland in deutsche innere Angelegenheiten; er gab der russischen Regierung Vorwand und Anlaß, sich nach ihrer Manier gebietend entweder Oesterreichs oder Preußens anzunehmen, er schwächte das Reich, als er den engherzigen bayrischen Patriotismus gegen das deutsche Nationalgefühl in Schutz nahm, und nöthigte, als er selbst russischer Client ward, den wahrhaft deutschen Kaiser sich ebenfalls russische Clientschaft gefallen zu lassen.“

Wir erinnern uns der Mittheilungen in unserm früheren Aufsatz: der österreichischen Machinationen das bayrische Erbe in das magyarisch-italienisch-czechisch-burgundische Conglomerat des österreichischen Gesammtstaats einzuverleiben; des Zustandekommens jenes beschämenden Januartractats; und fragen nach dem von Schlosser angepriesenen „wahrhaft deutschen Kaiser.“ Wir erinnern uns all der deutschen Bemühungen Friedrich's des Großen von Anbeginn seiner Regierung an; der Unterstützung, die er einem deutschen Kaiser gegen Oesterreich gewährte; der Versuche einen Fürstenbund gegen österreichische Vergewaltigung zu gründen; des Schutzes, den er deutschen Reichsfürsten gegen österreichische Anmaßungen anbot —: und fragen ist das alles, ist die Theilnahme Preußens an der bayrischen Angelegenheit, im Zusammenhang der deutschen Geschichte aufgefaßt, eine „Schwächung des Reichs?“ War es nur der „engherzige bayrische Patriotismus;“ war es nicht vielmehr das Erbrecht einer deutschen Dynastie, und war es nicht zugleich mit Bayern, Kur-Sachsen und Meckelnburg deren Rechte zu vertheidigen Preußen über-

nahm? „Berliner Posaunen“ wäre die Erhaltung „der sogenannten deutschen Freiheit“ gewesen, wäre der Schutz gewesen, „den die deutschen Fürsten von Preußen gegen ihren Kaiser erwarten könnten;“ in Wahrheit habe „das deutsche Nationalgefühl“ auf Seiten des „wahrhaft deutschen Kaisers“ gestanden? Man braucht nicht erst ein Bewunderer Friedrich's des Großen, nicht erst von Gesinnung ein Preuße zu sein; man braucht nur die Bescheidung zu haben die Sprache zu vernehmen, die wahrlich laut genug die Thatsachen reden, um über die „Berliner Posaunen“ Schlosser's im Klaren zu sein.

In der Erzählung des bayrischen Erbfolgestreits haben wir, an der Hand der Thatsachen, einen ersten Abschnitt beschlossen. Wir haben in ihm an die ungerechten Ansprüche erinnert, welche Oesterreich nach des Kurfürsten von Bayern Tode sofort an Bayern erhob; die Mittel aufgezählt, die es anwandte, um diese Ansprüche durchzusetzen, Mittel, unter denen der Januartractat und das Bündniß mit Karl Theodor von der Pfalz (wenn anders man dieses Verhältniß zwischen Befehlendem und Gehorchendem noch Bündniß nennen kann) die vornehmsten waren. Auf der anderen Seite haben wir die Stellung bezeichnet, welche zu übernehmen Friedrich sich den österreichischen Anmaßungen gegenüber verpflichtet glaubte: die Stellung eines Beschützers deutscher Fürsten, deutscher Staaten gegen den „Despotismus“ Oesterreichs.

Das Eine kann nicht oft genug wiederholt werden: daß es Friedrich durchaus nur auf diesen Schutz, und durchaus nicht auf eine Aufrechterhaltung der deutschen Reichsverfassung ankam. Nicht daß Oesterreich an dem morschen Bau des „officiellen“ Deutschland mit seiner officiellen Reichsverfassung rüttelte; sondern daß es dem „nationalen“ Deutschland an das Lebensmark griff: das war es, was Friedrich dazu trieb, was ihn zwang sich des deutschen Interesses gegen das schon seit Karl V. entdeutschte Kaiserhaus anzunehmen.

Eines blieb freilich zu bedenken. Es wäre einer Herausforderung gleich gekommen, wenn Friedrich mit den durch Oesterreich in ihren Rechten angegriffenen Fürsten eine Verbindung eingegangen wäre, sie ermuntert hätte, sich diesen Angriffen zu widersetzen, ihnen für den Fall sie das thaten, seine Hülfe zugesagt hätte —: und auf der anderen Seite nicht bemüht gewesen wäre, den Wiener Hof selbst zu bewegen, von seinen unberechtigten Anmaßungen abzustehen.

Bereits im Januar wurde preußischer Seits mit dem Wiener Hof über die bayrische Angelegenheit der Verkehr eingeleitet. Die behutsame Form, unter der das geschah, bezeichnet Friedrich mit dem Wort: „man affectirte Unwissenheit, und ersuchte unter diesem Vorwand den

Wiener Hof um Erklärung über die Rechte, die derselbe auf Bayern zu haben glaubte."

Der Baron Riedesel hatte in Wien preußischer Seits diese Verhandlungen direkt mit dem Fürsten Kaunitz zu führen.

An demselben Tage, an welchem der Wiener Hof dem Reichstage seine Besitzergreifung des bayrischen Erbes verkündete, am 20. Januar erhielt auch Riedesel die von dem Fürsten Kaunitz unterschriebene und sämmtlichen zu Wien anwesenden auswärtigen Ministern und Gesandten mitgetheilte Circularnote, welche das Verfahren des Wiener Hofs in der bayrischen Erbangelegenheit im Zusammenhange darstellen und rechtfertigen sollte.

Der Wiener Hof hätte — so führte die Note aus — keinen Anstand genommen, dem Kurfürsten von der Pfalz, „als Abkömmling von dem ersten Erwerber," ohne Rückhalt die unbezweifelten Gerechtsame vorzulegen, die ihm auf einen Theil der Erbschaft zuständen. Da von dem Kurfürsten die Gültigkeit jener österreichischen Ansprüche anerkannt worden wäre, so hätte man für gut befunden „zu einem gütlichen Vergleich hierüber die Hände zu bieten;" zu einem Vergleich, dessen Bedingung „die Anerkennung dieser Gerechtsame" war. „Da es sich dann aber zugetragen hätte, daß während dieser Unterhandlung Seine Kurfürstliche Durchlaucht von der Pfalz, durch das bekannt gemachte Patent, von sämmtlichen, dem Kurhaus Bayern zuständig gewesenen Landen Besitz genommen, und dadurch den Verdacht auf sich geladen hätten, als ob Sie den Gerechtsamen des Hauses Oesterreich Hindernisse in den Weg legen wollten; so hätte man für nöthig erachtet, seine Maßregeln zu nehmen, und zu dem Ende ein hinlängliches Corps Truppen gegen Bayern vorrücken lassen.

„Kurz darauf wäre alles Mißverständniß gehoben, und ein gütlicher Vergleich getroffen worden, da man denn sogleich verschiedene Corps Truppen zurückgerufen, und nur so viel in Bayern hätte einrücken lassen, als zur Besitzergreifung nothwendig gewesen wären."

So nahmen sich, unter österreichischer Beleuchtung, also jene ersten, früher besprochenen Dinge aus: das Zustandekommen des Januartractats, der Truppeneinmarsch, die Ratification des Tractats; das also war, im Gegensatz zu dem wahren Verlauf der Thatsachen, die Reihenfolge, die sie nach kaiserlich österreichischem Pragmatismus hatten!

Ueber dieses Schriftstück, welches dem Könige zuerst die ganze österreichische Politik aufdeckte, urtheilte er in einem Brief an seinen Bruder: der Kaiser und die Kaiserin-Königin hätten es verfaßt, „um ihrem gewaltsamen Verfahren wenigstens einen Schein Rechtens zu geben."

Aus Heinrich's Antwort geht hervor, daß es dem Könige bereits be-

schlossene Sache ist, wenn es sein müsse, auch handelnd einzugreifen. Heinrich, vorsichtig wie es seine Art war, und in der beschaulichen Laune eines Epicuräers, die ihn nicht selten überkam, findet keinen Grund, weshalb Friedrich, für den Fall daß Frankreich sich passiv verhalten will, die deutschen Reichsfürsten keinen Antheil nehmen wollen, allein die Vertheidigung des ganzen Reichs auf sich nehmen, eintreten solle für diese Reichsfürsten, die mit untergeschlagenen Armen dastehen, und ihren sehnlichen Wunsch sich erfüllen sehen würden: ihren Wunsch, den Anblick von der gegenseitigen Zertrümmerung der „beiden Colosse Deutschlands" zu haben. An Ländererwerb, „à l'agrandissement de son état," an diesen einzigen Grund, um deswillen ein Fürst von Friedrich's Reputation einen Krieg unternehmen dürfe, sei bei diesem Kriege mit Oesterreich gar nicht zu denken, und man könne froh sein, wenn man sich am Ende desselben nur in der gegenwärtigen Lage befände. Darum beschwört er den Bruder im Namen des Vaterlands, im Namen des eigenen Ruhms, in dieser Angelegenheit, ohne Uebereilung und nach den Grundsätzen einer gesunden Politik, deren einziger Zweck der Nutzen des eigenen Staates ist, weiterzuhandeln.

Diese wenig mit Friedrich's Sinn übereinstimmenden Warnungen und Ermahnungen trafen den König inmitten der angestrengtesten Thätigkeit: „Noch niemals hat man in meinem Hause so viel Papier verbraucht wie jetzt," schreibt er dem Bruder; „Couriere über Couriere kommen von allen Seiten her an." „Noch niemals sind mir so viele Testamente, Conventionen, Tractate, Constitutionen durch die Hände gegangen, als jetzt. Ich fürchte ein kleiner C....*) zu werden, ein Pufendorf, un animal empesté de la rouille de Ratisbonne —: aber man muß in dieser Welt ein Camäleon sein und die Farbe der Ereignisse spiegeln. Uebrigens sehe ich mit größter Ruhe in die Zukunft, entschlossen meine Pflicht zu thun, sei es als Schreiber, sei es als Soldat, und die Zukunft dem unbestimmten Schicksal zu überlassen."

Unter solchen Arbeiten kam in den Tagen, in welchen sich Sachsen Friedrich in die Arme warf, in welchen sich auch der Herzog von Meckelnburg mit der Bitte um Schutz seiner Ansprüche auf Leuchtenberg an Friedrich wandte, die preußische Antwort auf jene Wiener Note vom 20. Januar zu Stande, die Riedesel am 7. Februar dem Wiener Hof überreichte. Ihren Inhalt bezeichnet Friedrich selbst mit den Worten: „man hätte zeigen wollen, daß man über die bayrische Erbfolge zu Berlin nach ganz andern Grundsätzen urtheile als am kaiserlichen Hofe."

Mit großer Ruhe und Mäßigung verbreitet sie sich über die Wiener Circularnote und über die Besitzergreifungspatente des Wiener Hofs, und

*) d. i. Cocceji.

fügt die Hoffnung bei, daß es die Intention Sr. kaiserl. Majestät nicht sein werde diese Reichslehen noch länger durch seine Truppen besetzt zu halten, und — nach Art. XI. seiner Wahlcapitulation — anders als mit Zuziehung der Kurfürsten und Fürsten des Reichs über sie zu disponiren. Der König würde in einem so kritischen Zeitpunkt und Angesichts so vieler Arrangements, die den Umsturz der Constitution der ersten Kurfürstenthümer und des ganzen Gleichgewichts im Reich zur Folge haben könnten, nicht unthätig bleiben können. Er sei dabei interessirt sowohl als Kurfürst und Reichsglied, wie auch als Garant des westphälischen Friedens, und aller durch den Art. XIV. des Hubertsburger Friedens ausdrücklich bestätigten Reichsconstitutionen.

Den Schluß dieser Note bilden in durchaus verbindlicher Form abgefaßte Versicherungen der Ehrerbietung gegen die Kaiserin-Königin. Und in den spätern preußischen Noten finden wir es ausdrücklich wiederholt und bestätigt, daß der preußische Hof in seiner Note vom 7. Februar keine andere Absicht gehabt habe, als „durch freundschaftliche Erklärungen allem nur möglichen Mißverständniß zwischen den beiden Höfen zuvorzukommen."

Wir besitzen einen Bericht aus Wien (vom 15. Februar), in welchem das Urtheil angegeben ist, welches Kaunitz über die Berliner Note gegen den Berichterstatter fällte.

„Ich will Ihnen erklären, wie wir mit den Preußen stehen. Der König hat endlich sein Stillschweigen gebrochen und seinem Botschafter aufgetragen, mir vor wenigen Tagen eine Denkschrift zu überreichen, welche in höflicher Form abgefaßt ist, jedoch einige Ausdrücke enthält, die (wenn wir dazu geneigt wären) Besorgniß erregen könnten. Diese Denkschrift ist offenbar von zwei verschiedenen Händen abgefaßt; die eine entwarf den complimentirenden, die andere aber denjenigen Theil, welcher die Gegenstände der Erörterung in sich begreift. Sie sind aber nicht aus einem Stücke, und ohne Geschicklichkeit an einander geklebt. Der Entschluß meines Hofes in Beziehung auf den König von Preußen ist: ihn nicht anzugreifen, keinen Krieg mit ihm herbeizuführen, wenn wir es mit Ehren vermeiden können. Zieht er aber das Schwert, so sind wir gleichmäßig entschlossen, den Krieg bis auf's Aeußerste zu treiben."

Ob aber Friedrich das Schwert ziehen werde oder nicht, darüber spricht Kaunitz sich unbestimmt aus:

„Ich gestehe Ihnen (sagt er dem Verfasser einer Depesche vom 17. Februar), zuweilen bin ich in Zweifel, ob es die ernste Absicht des Königs von Preußen sein kann, uns anzugreifen. Wir wissen, daß sein Heer furchtbar ist, aber er kennt nicht weniger die Stärke und den Werth des

unsern. Sein Alter und seine Gesundheit erlauben ihm nicht, in Person den Befehl zu führen; während seine Eifersucht oder seine Unzufriedenheit mit den ersten Generalen ihn erstaunlich abgeneigt macht, ihnen große Gewalt anzuvertrauen. Eine andere und noch wichtigere Betrachtung ist diese: er muß der Beistimmung, ja des Beistandes von Rußland gewiß sein, bevor er das Schwert zieht. Kann es nun der Wunsch und das Interesse der Czarin sein, daß bei dem bevorstehenden neuen Bruche mit der Pforte ein Fürst, von dem sie selbst den sichersten Beistand erwartet, sich kopflings in einen Krieg mit Oesterreich stürze, dessen Macht ohne Uebertreibung Preußens höchste Anstrengungen allein in Bewegung setzt und nothwendig macht. In solch einem Verfahren ist weder Klugheit noch Voraussicht, und eben deshalb schwer daran zu glauben. Da jedoch ein Staatsmann in keinen gefährlicheren Irrthum verfallen kann, als wenn er annimmt, das sehr Unwahrscheinliche könne nicht wahr werden, so müssen wir uns vorbereiten, als ob es morgen zum Bruch käme."

— Mit Ungeduld sah Friedrich der österreichischen Antwort auf seine Note vom 7. Februar entgegen. Jedem Brief, den er von Riedesel erhielt, hoffte er sie anliegen zu finden. Schon am 12. beklagte er sich, daß er von Riedesel ein Schreiben ohne eine Erklärung des Wiener Hofs erhalten hätte. In welchem Sinne sie ausfallen würde, das freilich ließe sich denken; das könnte man aus Riedesel's Bemerkung entnehmen: der Kaiser habe von Kaunitz enthusiasmirt gesagt, „er werde mit dem Degen zu erhalten wissen, was jener mit der Feder gewonnen habe."

Und zwei Tage später (14. Februar), noch auf die österreichische Gegenerklärung wartend: allmählich käme er hinter die Ideen des Fürsten Kaunitz durch die Nachrichten, die er aus Rußland, aus München, aus Berlin erhalte: „Er hat es nicht gedacht, daß wir uns diese Besitzergreifung Bayerns so sehr zu Herzen nehmen würden, und sich eingeredet, daß die ganze Angelegenheit sich wie eine Bagatelle stillschweigend machen würde. Jetzt, wo die Sache eine ernstere Gestalt annimmt, denkt er daran, mir die Herzogthümer Jülich und Berg anzubieten, um mich zum Genossen seiner Räuberei (à son brigandage) zu machen, die ganze Angelegenheit an den Reichstag zu bringen, um sie in die Länge zu ziehen, und sich durch das Alles den günstigen Moment für die Ausführung seines ungerechten Werks zu verschaffen. Aber er hat weder Rußland, noch Uns, noch Frankreich in seine Berechnung gezogen."

Und wiederum nach zwei Tagen weiteren Harrens, da immer neue Anzeichen über diese Richtung des Wiener Hofs hinzugekommen waren, das große Wort an seinen Bruder Heinrich:

„Es handelt sich, mein theurer Bruder, bei dieser Angele-

genheit nicht um Erwerb oder Vergrößerung, sondern darum, der österreichischen Ehrsucht einmal Einhalt zu thun, damit seine Herrschaft nicht zum Despotismus über Deutschland wird. Drum, was für Anträge sie mir auch machen: ich werde sie alle gleichmäßig zurückweisen, fest entschlossen, den Degen nicht eher in die Scheide zu stecken, als bis sie alle ihre unrechtmäßigen Erwerbungen herausgegeben haben."

Und nach weiteren zwei Tagen hat er immer noch Kaunitz' Gegenerklärung nicht in Händen. Aber nunmehr ist ihm bereits außer allem Zweifel, daß Oesterreich fest entschlossen sei das Spiel aufzunehmen, möge es kosten was es wolle: „Man müsse sich also auf den Krieg vorbereiten, wie auf etwas unter den gegenwärtigen Umständen Unvermeidliches."

Alle seine Briefe aus diesen Tagen zeigen es, daß er mit eben solcher Bestimmtheit auf den Krieg rechnet, wie er voraussieht, daß die Antwort von Kaunitz „aussi fière qu'arrogante" sein wird, „et que certainement cet homme ne pliéra pas, car après les entreprises téméraires que cette cour a faites sur la Bavière il n'y a pas moyen de recouler." Gleichwohl aber werde er die österreichische Erklärung „festen Fußes" erwarten.

Endlich, am 21. Februar, erhielt der österreichische Botschafter in Berlin, Graf Cobenzl, das Duplicat der Wiener Antwort auf die Note vom 7. Februar. Heinrich theilte die Nachricht dem königlichen Bruder nach Potsdam mit, und fügte die Erklärung Cobenzl's hinzu: derselbe werde seiner Zeit von seinem Hofe zu unterhandeln beauftragt werden, und hoffe, daß sich ein Punkt werde finden lassen, auf dem ein Vergleich möglich sei.

Noch ein entrüsteter Brief Friedrich's an den Bruder (vom 22. Februar), daß er die Wiener Antwort immer noch nicht habe; ein Brief, der sich in den schärfsten Ausdrücken über die Wiener Politik ergeht:

> „Mais en tout, la conduite des Autrichiens ne vaut rien, elle est abominable en fait de droit et maladroite dans tous ses procédés, il faut espérer qu'ils en seront punis comme ils le méritent, car l'orgeuil et l'audace sont les avantcoureurs des malheurs des états,"

— noch dieser Brief, und dann endlich, am 24. Februar, erhielt Friedrich die am 16. Februar aus Wien datirte und von Kaunitz unterzeichnete österreichische Note, die es sich zur Aufgabe macht, in erweiterter Form den Inhalt der österreichischen Erklärung vom 20. Januar zu wiederholen, weil nach der preußischen Erklärung vom 7. Februar die vorliegende Angelegenheit, „la chose du monde la plus simple," erklärt und dargestellt

würde als „très-compliquée et susceptible de nombre de difficultés.“ Friedrich urtheilt über sie, sie sei so schlecht, daß ein Schulbube sie widerlegen könne.

Sie fand ihre glänzende Widerlegung in der vom 7. März datirten Antwort, welche noch einmal, und mit ebenso großer Umsicht wie Ausführlichkeit den wohlbegründeten Gegenbeweis gegen die österreichische Argumentation führt und bis zur Evidenz erweist, daß „keiner von den Ansprüchen Ihro Majestät der Kaiserin-Königin auch nur im geringsten Platz“ gültig ist. „Seine Majestät der König von Preußen — so heißt es in der Note zum Schluß — glauben dem feinen Gefühl Ihro Kaiserlichen und Königlichen Majestäten dadurch nicht zu nahe zu treten, daß Sie Ihnen Ihre Vorstellungen wiederholen, und Ihre Gerechtigkeitsliebe und Mäßigung bei einem so wichtigen Vorfall auf's Neue anrufen. Sie bitten dieselben angelegentlichst (Elle les prie instammant), die Sachen wieder in den Stand zu setzen, in welchem sie bei dem Ableben des letzten Kurfürsten von Bayern gewesen sind, und den Weg der Unterhandlung einzuschlagen, durch welche man die bayrische Erbfolge auf eine Art in Ordnung bringen kann, wodurch das Gleichgewicht von Deutschland, seine Constitutionen und der westphälische Friede aufrecht erhalten, und die Rechte und das Interesse des Herrn Kurfürsten von Sachsen, des pfälzischen Hauses, der Herrn Herzöge zu Mecklenburg und aller derer, welche auf die bayrische Erbfolge Ansprüche machen könnten, in Sicherheit gestellt wird.

„Seine Majestät versichern auf das Stärkste, daß Sie zu gegenwärtigem neuen Schritte blos durch die Lage der Umstände genöthigt worden sind, und durch das aufrichtige Verlangen, welches Sie allezeit gehabt, Ihr Möglichstes zu thun, um das gute Vernehmen zwischen den beiden Höfen zu erhalten, und Ihre Kaiserliche Majestät von Dero unbegrenzter, vollkommener und aufrichtiger Freundschaft und Hochschätzung zu versichern.“

Da es uns darauf ankommt, die Stellung, die Friedrich in der ganzen Frage einnimmt, kennen zu lernen, so dürfen wir es nicht unterlassen, seine Ansichten, so weit er sie selber aufgezeichnet hat, mitzutheilen. Bekanntlich sind es vor allen seine, diesen Verhandlungen mit den wittelsbachischen Herren und dem Wiener Hof zur Seite gehenden Briefe an seinen Bruder Heinrich, die die trocknere Reihe der diplomatischen Actenstücke gleichsam lebendig umranken, und zu dem rein geschäftlichen Notenwechsel durch ihre vertrauliche, persönliche Form eine erwünschte Ergänzung bilden.

Auch jene letzte preußische Note hatte der König dem Bruder übersandt, der für diese Uebersendung nicht danken kann, ohne in seiner Art besorgliche Bedenken beizufügen. An den Satz dieses Dankbriefes, daß sich für die deutschen Fürsten interessiren an dem eigenen Verderben ar-

beiten heiße, daß das wahre Interesse für Friedrich die Erhaltung des Gleichgewichts sei — : an diesen Satz knüpft Friedrich seine wahrhaft großartige Antwort:

„Mein theuerster Bruder, denken Sie nicht, daß ich mich am Ziel meiner Arbeiten glaube. Ich erkenne wohl all die Schwierigkeiten, die sich mir in den Weg stellen, und all die Zufälligkeiten, die in der kritischen Lage, in der wir uns befinden, von Wichtigkeit werden können. Darum bin ich genöthigt so langsam zu gehen, um den Fuß nicht eher hinzusetzen, als ich untersucht habe, ob das Terrain sicher ist. Ich weiß und kenne es, wie arme Dinger die deutschen Fürsten sind (quelles pauvres espèces sont ces pauvres princes de l'Empire); und ich habe nicht die Absicht ihr Don Quixote zu werden. Mais, mon cher frère, laisser usurper à l'Autriche une autorité despotique en Allemagne, c'est lui fournir des forces contre nous-mêmes, et la rendre beaucoup plus formidable qu'elle ne l'est déjà; et c'est ce qu'aucun homme qui se trouve dans le poste que j'occupe ne doit tolérer. La balance des forces respectives est la seconde raison qui m'oblige à m'ingérer dans cette affaire, pour ne pas conniver à ce que l'Autriche nous devienne si supérieure, que, avec le temps, on ne puisse plus lui résister; et vous comprenez que ce sont des raisons si fortes et si importantes, qu'il faut se ranger de cet avis."

Der Brief mit seiner hohen, stolzen Auffassung von der Aufgabe eines preußischen Königs, mit seiner kurzen, klaren, schlagenden Darlegung von dem wunden Fleck in dem Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich, verfehlte nicht auf Heinrich Eindruck zu machen, und veranlaßte ihn beistimmend zu erklären, „daß nichts nothwendiger sei, als dem österreichischen Despotismus Schranken zu setzen."

Das eben war es, worauf es bei dieser bayrischen Angelegenheit ankam: Oesterreich wollte die günstige Gelegenheit benutzen, seinen Einfluß auf Deutschland, seinen „Despotismus" über Deutschland zu vergrößern. Die geringe Macht, die es als Inhaber der Kaiserwürde über das Reich besaß, wollte es in eine monarchische Macht über das Reich verwandeln. Und eben dieses Bestreben Oesterreichs, die Rechtsstellung in Deutschland, die ihm die Kaiserwürde gab, zu einer Machtstellung über Deutschland umzugestalten, bezeichnete man in jenen Zeiten als den „Despotismus Oesterreichs."

Oesterreich wollte wachsen zugleich an Macht und an Gebiet; wachsen auf Kosten Deutschlands, indem es deutsches Land entdeutschte. Preußen aber war entschlossen zu verhindern, daß Oesterreich diese despotische Au-

torität, diese übermächtige Stellung erreichte. Es vertheidigte Bayern gegen Oesterreich, nicht um Bayerns Willen, sondern um Deutschlands Willen.

Wir dürfen Eines nicht ungesagt lassen, weil der oberflächliche Vergleich der preußischen Politik des Jahres 1778 mit der preußischen Politik der Gegenwart zu der Annahme führen könnte, als ob das heutige Preußen dem Preußen Friedrich's des Großen untreu geworden wäre, da es jetzt, wie damals Oesterreich, der Annectirende ist; und Oesterreich jetzt die Rolle des fridericianischen Preußen zu spielen scheint, indem es die Sympathien der flüchtigen Herrscher für sich hat. Wir dürfen nicht unterlassen zu wiederholen, daß die deutsche Aufgabe Preußens 1778 wie 1866 war und ist, dem „österreichischen Despotismus" Schranken zu setzen; Oesterreich zu zwingen, daß es aufhöre eine deutsche Macht zu sein, damit es aufhöre in Deutschland übermächtig, allmächtig sein zu wollen. Die Feinde dieser deutschen Aufgabe Preußens, die Feinde Deutschlands waren und sind alle die, welche auf der Seite Oesterreichs stehend Preußen an der Ausführung dieser Aufgabe, an der Erfüllung dieser Pflicht gehindert haben, oder zu hindern versucht haben. Im Jahr 1778 hat Oesterreich, um seine „despotische" Herrschaft über Deutschland zu vergrößern, Bayern zu annectiren gesucht. In das Annectionsgelüste kleidete sich der österreichische Durst nach „Despotismus." Die Annectionsfrage war der Anlaß für den neuen Ausbruch eines Kampfes, in welchem es sich um eine Frage von prinzipieller Bedeutung, in welchem es sich um die Lebensfrage Deutschlands handelte. Im Jahr 1866 trat die prinzipielle Seite der Frage von Anfang an unverhohlener und wuchtiger hervor. Die Frage, ob das deutsche Preußen, oder das entdeutschte, das slavisch-magyarisch-czechische u. s. w. Oesterreich der Machtstaat Deutschlands sein sollte, war sofort ausgesprochener Weise der Inhalt des Krieges. Da fanden sich die österreichischen Sympathien nur zu weit verbreitet, nur zu fest eingewurzelt. Die nach beendetem siegreichen Kriege erfolgten Annectionen geschahen, wie es in sorgfältiger Besonnenheit officiell ausgesprochen worden, zum Besten Deutschlands; sie geschahen, damit die österreichische Richtung in Deutschland um so mehr vernichtet würde. Grade entgegengesetzte Gründe drängten im Jahr 1778 Oesterreich zu seinem Annectionsversuch, der der Anlaß zu einem Krieg wurde, zwangen im Jahr 1866 Preußen zu seinen Annectionen, die die Folge eines siegreichen Krieges sein mußten. Jener österreichische Annectionsversuch geschah als Angriff auf deutsches Wesen; diese preußischen Annectionen geschahen zum Schutz von deutschem Wesen. Das eine Mal war es der österreichische Durst nach „Despotismus" über Deutschland, das andere Mal war es die Aufgabe Preußens Deutschland gegen diesen Despotismus zu schützen, was zur Annection trieb.

Kehren wir zurück zur Sache. Während des Notenwechsels der beiden Cabinette mehrten sich die kriegerischen Anzeichen. Eben in der Zeit der letzten preußischen Erklärung empfing Friedrich einen (vom 2. März datirten) Brief Riedesel's, der detaillirte Angaben über die österreichischen Rüstungen enthielt. Die Truppenmassen, die sich in Böhmen und Mähren sammelten, würden — so meldet Riedesel — auf 80,000 Mann taxirt. 300 Kanonen und 10,000 Centner Munition wären bereits in die beiden Festungen Königgrätz und Olmütz transportirt. In den Erblanden wäre man mit Aushebung von 12,000 Mann Rekruten beschäftigt. Die Kaiserin-Königin seufze über das Alles, aber der Kaiser erwarte täglich den Krieg mit Ungeduld. Man rechne auf die Unthätigkeit Frankreichs, die man für um so sicherer annehme, als es mit England engagirt sein werde; man rechne dazu auf Krieg zwischen Rußland und der Pforte, so daß man also alle Kräfte gegen Preußen wenden könne. Kaunitz hülle sich zwar in Schweigen und stelle sich gleichgültig, aber man wisse von seinen geheimen Unterhandlungen mit Rußland und rede bereits von einem Vergleich, den er mit Frankreich getroffen habe.

So war denn Friedrich — an dem Tage, an welchem Riedesel die preußische Note in Wien überreichte: am 7. März — auf einen „jähen Bruch" gefaßt und begann schon in Sorge zu gerathen, daß Oesterreich ihm zuvorkommen möchte.

Denn jeder neue Tag brachte neue Nachrichten. Aus Schlesien wurde am 9. März gemeldet, daß Alles sich zum Kriege bereite; daß der Kaiser auf die Lösung der Angelegenheit durch das Schwert brenne. Man erfuhr, daß zu Wien ein Jägercorps errichtet, zu Innsbruck Tyroler Scharfschützen geworben würden; es mehrten sich die Berichte über die Concentration großer Truppenmassen in Böhmen. Und bald hernach war Friedrich im Stande dem Bruder mitzutheilen, daß die Oesterreicher drei Armeen versammelten, und der Kaiser selbst nach Böhmen abgehen würde. Daß er sich geäußert hätte, es habe allerdings etwas Sonderbares, daß er die bayrische Angelegenheit vor dem Berliner Tribunal plaidiren müsse. Daß die Kaiserin dagegen erklärt hätte, sie würde es nicht leiden, daß man offensiv gegen Preußen verführe. Es sei, meint der König, die Frage, ob die Oesterreicher noch so friedlich sein würden, wenn sie erst fertig gerüstet dastünden.

Jedenfalls: die Oesterreicher rüsteten bereits seit längerer Zeit. Genau genommen schlossen sich diese Rüstungen schon an den Einmarsch in Bayern an. Und es liegt eine Nachricht vom 6. Januar aus Wien vor, in welcher die Ansicht ausgesprochen wird: unzweifelhaft müßten die kaiserlichen Ansprüche sehr ausgedehnt sein, das wäre aus den beträchtlichen

Kriegsvorbereitungen offenbar, welche man träfe, um sie mit Gewalt geltend zu machen. Der Kaiser hatte offenbar die Absicht, seine Ansprüche nicht etwa im Fall der Noth, sondern vielmehr sie womöglich mit dem Schwert durchzusetzen; mochte er nun der Ansicht sein, daß Gebietseroberungen nicht durch Actenstöße geschehen können, mochte er es, in zu großem Vertrauen auf die altösterreichische Macht, an der Zeit finden sein deutsches Reich einmal wieder an diese Macht zu erinnern. Vor allen Dingen, es drängte seinen Ehrgeiz gegen Friedrich, den er seinen Lehrmeister nannte, zu Felde zu ziehen: unermeßlichen Ruhm zu erkämpfen, indem er ihn besiegte.

Man deutete Joseph's Kriegsdurst zu jener Zeit bereits vielerorts in dieser Weise. Und schon fügte man diesem josephinischen Kriegsdurst josephinische Kriegspläne bei. So lesen wir in einer Depesche aus Hannover von Anfang März:

„Unsere Briefe aus Wien melden, man sage sich daselbst in's Ohr: der Kaiser werde annoch vor Ausgang des März eine besondere Expedition machen. Sollte es nicht sein, Sachsen eben wie Bayern zu überfallen? Sich Dresdens zu versichern, und die Besetzung des Königssteins zu erzwingen, wodurch Böhmen gedeckt, und die Elbe gleichsam gewonnen wäre? Sachsen hat kein Geld um sich in Verfassung zu setzen, und der geringste Zeitverlust würde es dahin bringen, sich auch mit dem Degen auf der Brust vom Reichsoberhaupt freundlich nöthigen zu lassen, seine Rechte auf das Allodium abzutreten."

So taxirte damals die welfische Politik Oesterreich.

Bei solchen Nachrichten von den österreichischen Rüstungen war es nicht mehr als natürlich, daß Friedrich seine Gegenmaßregeln zu nehmen begann.

Die Sachsen, welche — wie wir früher ausführten — sich Friedrich ganz in die Arme geworfen hatten, sahen sich durch die österreichischen Rüstungen zunächst bedroht, und beeilten sich voller Angst und Furcht, Friedrich um schleunige Hülfe zu bitten. Friedrich urtheilt, daß es strafbar gegen sein Vaterland gehandelt gewesen wäre, wenn er es unter solchen Umständen noch länger hinausgeschoben hätte, sich in Vertheidigungszustand zu setzen. „Man kann einen doppelten Fehler begehen — schreibt er an Heinrich am 18. März —: den einen durch zu große Uebereilung, den andern durch zu große Nachlässigkeit. Ich würde in letzterem Falle sein, wenn ich in diesem Moment nicht die ernsthaftesten Maßregeln nähme, um nicht unversehens überfallen zu werden. Denn um nichts anderes handelt es sich. Sie sehen — bemerkt er dem Bruder — etwas zu schwarz in unserer Angelegenheit; ich gebe zu, daß wir nicht all die

Hülfsmittel haben, die wir wünschen könnten; mais nous ne nous manquerons pas à nous-mêmes, si le besoin le demande."

So beginnt Preußen seit Anfang März, „wo das Gerücht vom Kriege" sich zu verbreiten beginnt, nun auch seinerseits, als der zweite, zu rüsten. Die Urlauber werden einberufen, es wird Ordre zum Ankauf von Pferden gegeben; Befehle werden ertheilt, die ganze Armee mobil zu machen.

Es hat etwas von epigrammatischer Bedeutung, das Wort: die ganze preußische Armee wird mobil gemacht. Drei siegreiche Kriege, der letzte von einer siebenjährigen Dauer, gaben dieser Armee die Zuversicht des Sieges; das Genie des königlichen Feldherrn verlieh ihr eine unbeschreibliche Schwungkraft; eine stets beschäftigte Sorgfalt in der Vervollkommnung der Waffen und militärischen Einrichtungen unterstützte den Muth und half zu raschen Siegen. „Ein preußisches Bataillon — sagt Friedrich selbst, mit Worten, deren Wahrheit sich von Neuem bestätigt hat — ward eine wandelnde Batterie, deren Geschwindigkeit im Abfeuern die Wirkung dreifach verstärkte, und den Preußen den Vorzug von Einem gegen Drei verschaffte. Die anderen Nationen ahmten nachher, aber unvollkommen, den Preußen nach." Und der englische Gesandte, der das preußische Heer kurz zuvor (im Jahr 1777) gesehen hatte, schrieb: „nachdem ich fast alle Heere Europas gesehen habe, kann ich nicht umhin, meine Bewunderung über das preußische auszusprechen."

Wir verzichten gern auf eigene Schilderungen jener Ereignisse, die wir zu berichten haben, wo uns so lebendige Mittheilungen von Zeitgenossen vorliegen, wie zum Theil grade für die Einzelheiten des Jahres 1778.

Von der preußischen Mobilmachung sagt ein gleichzeitiger Druck: „Bewunderungswürdig ist die unbeschreibliche Geschwindigkeit, Ordnung und Leichtigkeit, mit welcher eine so große und so weit umher vertheilte Armee, als die des preußischen Monarchen ist, in so kurzer Zeit hat können völlig gerüstet und in Bewegung gesetzt werden. Man kann sich davon gar keinen Begriff machen, wenn man es nicht selbst mit angesehen hat. Und auch dann sieht man es mehr, als man es begreift."

Bis in das Kleinste wurde vorgesorgt: „Eine traurige Collecte, welche öffentlich hier angestellt worden ist, war die von Abgängen alter Leinewand zu Scharpien für die Verwundeten. Die vornehmsten Damen, sonderlich die Gemahlinnen der Befehlshaber unter dem Heere, haben sich selbst mit Anfertigung dieser Bedürfnisse, und mit Verfertigung der ebenso nöthigen Binden, die letzte Zeit vor dem Ausmarsche beschäftigt. Es ist manche Thräne dabei vergossen worden. Gott belohne, wenn es möglich ist, jede derselben bald durch eine Thräne der Freude."

Am 20. März wurde in Potsdam von dem Könige, auf Grund des von ihm verfaßten „Projet de campagne,“ im Beisein des Prinzen Heinrich, der Minister Graf Finkenstein, von Herzberg und von der Schulenburg, über den bevorstehenden Feldzug ein Kriegsrath gehalten. Es wurde beschlossen zwei Armeen aufzurichten, jede in der Stärke von etwa 80,000 Mann; die „erste Armee," unter des Königs persönlicher Führung, sammelt sich in Schlesien; die „zweite Armee," unter der Führung des Prinzen Heinrich, hat ihren Sammelplatz um Berlin, und begiebt sich nach Sachsen, so daß Böhmen von zwei Seiten bedroht wird.

Der König nach seiner wundervollen Art, nie zaudernd an dem Rande der Dinge stehen zu bleiben, die zu betreiben er einmal für nothwendig erkannt hatte, sondern sich in fast leidenschaftlicher Wucht mitten in sie hinein zu stürzen, schien wie verwandelt: eben noch behutsam und leise tretend, tastend, sondirend wie der gewandteste Diplomat; und jetzt voller Kühnheit, ganz kriegerisch gesinnt, zum Aeußersten entschlossen. „Der Mensch ist geschaffen um zu handeln — so heißt es in einem seiner Briefe aus diesen Tagen — und *wie könnten wir jemals nützlicher handeln, als indem wir das tyrannische Joch zerbrechen, das die Oesterreicher Deutschland auflegen wollen?* Bei Angelegenheiten wie die jetzigen muß man sich selbst vergessen, nur an das Wohl des Vaterlandes denken, und sich nicht Dinge einbilden, die so unmöglich sind, wie der Frieden." Oder in einem anderen Briefe, in dem er den Bruder beschwört, lieber zu früh als zu spät zu handeln: „je vous jure, qu'il ne s'agit pas de badiner avec Messieurs les Autrichiens.“

Er eilt von Potsdam hinüber nach Berlin; am 6. April begiebt er sich von hier zur Armee; am 8. ist er an der Spitze der ersten 30,000 Mann an der österreichischen Grenze, nimmt sein Hauptquartier in Schönwalde, läßt seine Truppen ein verschanztes Lager beziehen. Von Tag zu Tage erwartet er die österreichische Kriegserklärung.

Mitten unter diesen Kriegsvorbereitungen und Rüstungen lief die (vom 1. April datirte) Antwort des Wiener Cabinets auf die letzte preußische Note ein. In einem von dem bisherigen Schriftwechsel durchaus abweichenden Tone, mit völliger Ignorirung aller in dem preußischen Memoire den österreichischen Ansprüchen entgegengestellten Gründe beginnt sie mit einer im höchsten Maße überraschenden Recapitulation der seither gepflogenen Unterhandlungen, um dann in sehr unverhohlener Sprache ihre Meinung, ihren Willen auszudrücken. Das Wiener Cabinet — so sagt sie rückblickend — habe sich in der Lage gesehen, dem in der preußischen Note vom 7. Februar ausgesprochenen freundschaftlichsten Ansuchen „um einige Aufklärungen" zu willfahren. Diese Aufklärungen habe es am

16. Februar gegeben. Da das Berliner Cabinet auf sie hin erklärt habe, daß dieselben, statt seine Zweifel zu heben, dieselben nur mehr befestigten, sie „in Wirklichkeit verwandelten;" daß es deshalb alle kaiserlich österreichischen Forderungen für unberechtigt erkenne: „so befinden sich Ihre Kaiserlich-Königliche Majestät in dem Falle, sich in keine ferneren Untersuchungen einlassen zu dürfen, und könnten um so viel weniger einem gesetzmäßig erworbenen Besitz entsagen, um die Sachen wieder in den Stand zu setzen, in welchem sie bei dem Ableben des letzten Kurfürsten von Bayern gewesen." War schon diese Wendung klar und in feindlicher Absicht gegen das Berliner Cabinet, so folgte eine noch deutlichere, noch beleidigendere Sprache: Es könnte „Ihre Kaiserlich-Königliche Majestät nicht umhin, sich zu erklären, daß weder die Qualität eines Kurfürsten, noch eines der vornehmsten Reichsstände Seiner preußischen Majestät das Recht gäbe, sich zum Richter oder zum Vormunde eines Ihrer Mitstände aufzuwerfen, oder einem unter ihnen die Freiheit, Acquisitionen nach den Wegen der Gesetze und der Reichsconstitutionen machen zu können, streitig zu machen; und daß, diesem unstreitigen Grundsatze zufolge, dieselben es natürlicher Weise nicht verstatten werden, daß ein Reichsstand sich einer solchen Autorität, in Betracht Ihrer Kaiserlich-Königlichen Majestät, noch in Betracht Ihrer Mitstände, bediene."

Und weiter: „Sollte sich folglich jemand erlauben, Ihre Kaiserlich-Königliche Majestät bei den gegenwärtigen Umständen wegen der auf Ihr gutes Recht gegründeten und durch die Reichsgesetze autorisirten Acquisition anzugreifen, so werden dieselben einem solchen offenbaren Bruch des allgemeinen Friedens nicht allein die Mittel, die Sie zu einer gerechten Vertheidigung in Händen haben, entgegensetzen; sondern sich auch, als zur Erwiederung, in die Nothwendigkeit gesetzt halten, Ihrer seits, den ersten Ihrer Mitstände, der sich in einem solchen Falle befände, zu bekriegen."

So standen die beiden deutschen Großmächte sich in der deutschen Frage überall schroff gegenüber. Mit Worten führte man bereits Krieg; zu dem Kampf mit Waffen war man gerüstet. Es war die Frage, ob er jetzt beginnen werde; jetzt, wo Ausgleichung, wo Verständigung nicht mehr möglich erschien.

An dieser Stelle müssen wir den Gang unserer Erzählung unterbrechen, um mit einem Wort von dem Verhältniß zu reden, in welches die außerdeutschen Mächte zu der bayrischen Angelegenheit traten. Denn daß wenigstens ein Theil von ihnen dieser Verwickelung in Deutschland

nicht ruhig zusehen würde, ließ sich schon aus mannichfachen verwandtschaftlichen Beziehungen, aus unterschiedlichen Separatbündnissen, insbesondere aus dem Interesse vermuthen, das sie an der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts hatten.

Vor Allem auf Frankreich und auf Rußland sollte es ankommen: auf Frankreich, von dem man österreichische Sympathien erwartete; auf Rußland, von dem man voraussetzte, daß es sich der preußischen Richtung zuwenden würde.

Auch wenn die Rolle, die Frankreich im Jahr 1778 auf sich nahm, nicht so auffällig an die strenge Neutralität erinnerte, die Louis Napoleon im verwichenen Sommer der deutschen Verwickelung gegenüber innehalten zu müssen glaubte; und wenn wir auch der orientalischen Frage vergäßen, die zu allen Zeiten Oesterreich bei seinem Eingreifen in die deutsche Frage wie ein Bleigewicht angehangen hat —: wir dürften doch die preußischen und österreichischen Bemühungen bei den Höfen zu Petersburg und Versailles nicht unerwähnt lassen. Waren es doch mehr die Künste der Diplomatie als die der Strategie, durch welche sich damals die deutsche Frage entschied; war es doch wesentlich das Eingreifen Frankreichs und Rußlands, welches diese Entscheidung herbeiführte; und endlich: war es doch die Gewandtheit des Berliner Cabinets, die bewirkte, daß dieses Eingreifen in seinem Interesse geschah.

Frankreich gegenüber war für Preußen die Aufgabe besonders schwierig, denn hier schien allerdings das Wiener Cabinet große Avancen zu haben. Nicht die geringste lag in den verwandtschaftlichen Beziehungen der königlichen Familie zum Wiener Hof. Denn eben damals hatte Marie Antoinette begonnen, jenen Einfluß auf ihren Gemahl und auf die Staatsangelegenheiten Frankreichs zu erlangen, der die Franzosen in so hohem Maße gegen die für leichtfertig und sittenlos verschrieene Oesterreicherin erbitterte. „C'est par ces mains, qu'on fait passer au monarque" ward damals gesagt.

Dazu kam, daß noch jener Vertrag von Versailles bestand, der in den Zeiten des beginnenden siebenjährigen Krieges zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossen worden war. Und gegenüber der verbreiteten Ansicht, daß mit dem allgemeinen Frieden jener Vertrag von selbst aufgelöst worden sei, tauchte das Gerücht von einem neuen gegenseitigen Versprechen der beiden Höfe auf, nach welchem Frankreich gegen Abtretung eines Theils von Flandern die österreichischen Anmaßungen in Bayern zulassen sollte.

Gegen einen solchen Vertrag, gegen seine allzugroße Bedeutung wenigstens, sprach sowohl die auswärtige Politik wie die innere Lage Frankreichs. Bei seinen auf das furchtbarste zerrütteten Finanzen wünschte es maritime

Politik zu machen, d. h. wünschte es im Verein mit den amerikanischen Colonien England zu bekämpfen. Das und die Hoffnung Frankreich, den Garanten des westphälischen Friedens, nicht zum Genossen einer diesem Frieden entgegenhandelnden Politik herabgewürdigt zu sehen, war die einzige feste Basis, von der aus Friedrich seine Unterhandlungen in Versailles beginnen konnte.

Begreiflich, daß es ihm unter solcher Fülle von Widersprüchen doppelt wichtig erscheinen mußte sich zunächst über die französischen Beziehungen zu Oesterreich zu orientiren, um sodann diese Beziehungen, falls sie bestanden, aufzulösen, und womöglich Frankreich für das gemeinsame antiösterreichische Interesse zu gewinnen.

Anfangs blieb der Berliner Hof über die Rolle, die Frankreich in der bayrischen Angelegenheit spielen werde, in größtem Dunkel, und der preußische Gesandte, Graf Goltz, bemühte sich vergebens es sofort aufzuhellen.

Erst allmählich gewann man Einsicht; zunächst freilich nur die, daß, wie es in den von Goltz nach Berlin eingeschickten Depeschen heißt, der französische Hof an der bayrischen Angelegenheit lebhaft Antheil nehme.

Allzugroß schien jedenfalls diese Lebhaftigkeit nicht zu sein. Denn Vergennes vertrat auf das Entschiedenste die Ansicht, vor der Hand ruhig zu bleiben, sich genau an die Verträge zu halten und das Uebrige abzuwarten; eine Ansicht, welcher zu folgen in einer Conseilsitzung ausdrücklich beschlossen wurde (Nachricht aus Paris vom 14. Januar). Und an den französischen Botschafter in Wien, den Herrn von Breteuil, schrieb Vergennes (22. Jan.): der König glaube über die bayrische Erbfolge das größte Stillschweigen beobachten zu müssen; er wolle mit der äußersten Sorgfalt jedes Zeichen von Billigung oder Mißbilligung vermeiden. Jedoch fügt Vergennes die höchst wichtige Bemerkung hinzu: man könne sich in der That nicht verhehlen, daß die Wegnahme des besten Theils der Oberpfalz so offenbar und buchstäblich dem westphälischen Frieden widerspräche, daß sich eine Gleichgültigkeit des Königs von Frankreich nicht entschuldigen lassen würde.

So trat allmählich ein Schwanken in den maßgebenden französischen Kreisen ein: bald wünschte man die Erhaltung des Friedens für Frankreich, damit es seine alte europäische Stellung wieder erlange, bald glaubte man sich als Garant des westphälischen Friedens verpflichtet, Verletzungen dieses Friedens mit bewaffnetem Arm bestrafen zu helfen —; bald sah man durch die österreichischen Fortschritte gegen Westen den eigenen Staat direct bedroht, bald dachte man daran wegen des bevorstehenden Krieges mit England sich ganz aus der continentalen Politik heraus zu ziehen —;

in dem einen Augenblick erkannte man in der ungeheuren Schuldenlast des Staats die Unmöglichkeit handelnd in die auswärtige Politik einzugreifen, in dem folgenden hielt man es für nöthig alles Geld zur Unterstützung der amerikanischen Colonien zu verwenden.

Es war die „confirmation de la faiblesse du gouvernement," die Friedrich in diesem Schwanken der französischen Politik erkannte.

Allmählich jedoch nahm die Sache eine bestimmtere Gestalt an. Mochte es die stolze Stellung Friedrich's in der bayrischen Angelegenheit sein, welche die öffentliche Meinung in Frankreich enthusiasmirte; mochte es eine Empfindung von Schaam sein, welche dieselbe bei dem Schwanken der Regierung überkam; mochte es die Furcht vor der auch Frankreich von Oesterreich her drohenden Gefahr sein, die die Eroberung Bayerns, wie die Eroberung des Passes von Oesterreich in's Elsaß und nach Lothringen auffaßte —: jedenfalls, die öffentliche Meinung begann sich auf das Lebhafteste gegen Oesterreich und für Preußen zu erklären. Sie forderte laut, man müsse sich mit Preußen verbinden, um die Zerstückelung Bayerns zu verhindern.

Daß man sich von Frankreich nichts Feindliches zu versehen habe, konnte Friedrich bald erkennen; daß man von ihm mehr zu erwarten habe als Neutralität, glaubte er nicht; „freilich — wie er sagt — eine sehr kleine Rolle für eine so große Macht, auf die zu den Zeiten Ludwig's XIV. ganz Europa das Auge staunend geheftet hatte." Und mehr als daß Frankreich ihm zusage in dem bayrischen Erbfolgestreit eine neutrale Haltung zu bewahren, war es nicht, was er durchsetzen wollte.

Dem drängenden Verlangen der öffentlichen Meinung in Frankreich kamen die Ueberlegungen und Entschlüsse der französischen Regierung nachgehinkt. Bald hatte es den Anschein, es werde dem König von Preußen gelingen, Frankreich zur Neutralität zu bewegen. „Die natürliche Unthätigkeit Maurepas', die nationale Vorliebe für einen Bund mit Preußen, und mehr als irgend Etwas, die Furcht vor Allem, was Frankreichs Aufmerksamkeit von seiner Flotte abwenden könnte, sind starke Gründe zu Gunsten jener Maßregel," heißt es in einer Nachricht aus Versailles. Ein weiterer Grund war, daß der König sich zum Vertheidiger Sachsens (de nos cousins de Saxe) aufgeworfen habe, und daß er mit ihm in ein enges Bündniß getreten sei.

So kam es denn, daß bald der preußische und der österreichische Gesandte in Versailles ihre Rollen vertauschten. Goltz, der Unermüdliche, gewann Terrain, sah sich gefeiert und mit Aufmerksamkeiten überhäuft; dagegen machte der österreichische Gesandte eine sehr traurige Figur, und seine Politik, die ebenso plump war, wie seine Miene kümmerlich erschien,

trieb ihn dazu falsche Gerüchte über eine Verbindung auszustreuen, die zwischen seinem und dem französischen Hofe bestehen sollte. Ein kleines Gaunerstück, das in den deutschen Kreisen Aufsehen gemacht haben würde, wenn es geglückt wäre. Aber es glückte nicht: der größte Theil der französischen Gesandten erhielt den Befehl die Höfe, an denen sie sich befanden, des Gegentheils zu versichern, auszusprechen, daß Frankreich mit dem Vorgehen des Kaisers in der bayrischen Angelegenheit durchaus nicht übereinstimme, und sein Benehmen durchaus nicht billige.

Für Friedrich blieb die weitere Frage, welche Partei Frankreich aber dann, da es der österreichischen nicht anzugehören erklärt hatte, ergreifen würde. Denn daß es sich in einer strengen Neutralität würde halten können, glaubte er deshalb nicht, weil der Fürst von Zweibrücken den Hof von Versailles um Hülfe angegangen hatte. Er seinerseits — so schreibt er dem Bruder am 5. März — habe alle Gründe erschöpft, habe dem französischen Hofe Alles vorgehalten, den Ruhm, die gegebenen Versprechungen, das eigene Interesse, die Leichtigkeit der Operationen. „Aber ich bin in der Lage eines Arztes, der einen Schwerkranken behandelt: er giebt ihm gute Arzneien ein, und muß doch mit einer Art von Unruhe ihre Wirkung erwarten. Es sind nicht Kleinigkeiten, um die es sich handelt. Es gilt einer erschlafften Regierung die Energie wiederzugeben, den Ehrgeiz ungreifbarer Seelen anzuspornen, und in dem Körper eines Achtzigers jenes ursprüngliche Feuer wieder anzufachen, das Prometheus dem Himmel raubte. Das ist es, mein theurer Bruder, womit sich ein anderer Greis von fast Siebenzig beschäftigt, der selber des Feuers bedürfte, das seinen zerrütteten Körper und seinen fast erloschenen Geist neu belebte."

Die französische Regierung war bereits entschieden, daß sie die Rolle der Neutralität spielen wollte. In der Formel, „daß die Umstände es dem Könige nicht erlauben, eine andere Partei als die der Neutralität zu ergreifen," wurde diese Entscheidung dem Wiener Cabinet mitgetheilt; und dieser Mittheilung hinzugefügt, daß man dem Berliner Cabinet diese Erklärung „so spät als möglich" abgeben wolle.

Und so blieb denn fürerst die Stellung Frankreichs ein „Zustand des Unvermögens," wie es Friedrich nennt. Die Maßregeln, die Oesterreich ergriff, „um sich den Weg zum Despotismus zu bahnen," gewahrte es mit Verdruß. Ueber das entschiedene Auftreten Preußens war es erfreut, „denn es war sehr froh, daß irgend eine Macht sich der ungemessenen Ehrsucht eines jungen Fürsten entgegensetzte." Es blieb in einer Art von Unempfindlichkeit, und sah zugleich, wie die beiden mächtigsten Fürsten in Deutschland einander schwächten.

Weit schärfer waren die Grenzen vorgezeichnet, innerhalb deren sich die russischen Beziehungen zu der deutschen Angelegenheit bewegen mußten. Um sie genau anzugeben, müßten wir auf die erste polnische Theilung zurückgehen und zwar diese in ihren weiten Zusammenhängen, vor allen Dingen in ihrem Zusammenhange mit der orientalischen Frage besprechen. Denn der vielgenannte Friedensschluß des Jahres 1774 (der Friede zu Kutschuck-Kainardsche), welcher der ersten polnischen Theilung folgte, war weniger der Abschluß einer abgespielten Reihe von Verwicklungen, als er der Ausgangspunkt neuer Verwicklungen wurde. Oesterreich, nicht zufrieden mit dem Antheil, den es an der polnischen Beute erhalten, näherte sich der Pforte, unterhandelte mit ihr um ein neues Abkommen, durch welches ihm Stücke der Moldau und Wallachei zufallen sollten. So schien sich nur allzubald zu erfüllen, was Friedrich über den Frieden von 1774 seinem Gesandten Zegelin geschrieben hatte: es sei „nicht unwahrscheinlich, daß der Sultan ihn habe sacrificiren müssen, da es der schimpflichste und schlechteste Friede ist, den bisher die Pforte mit Rußland abgeschlossen. Die Türken werden sich aber ihrer gewöhnlichen Schlaffheit überlassen, bis ein neuer Wirrwarr sie aufrütteln wird."

Daß Oesterreich mit der Pforte gegen den Frieden von 1774 intriguirte, daß Preußen um einer deutschen Angelegenheit willen daran war mit Oesterreich in offenes Zerwürfniß zu gerathen, machte es selbstverständlich, daß Rußland sich Oesterreich gegenüber zu Preußen hielt.

Nur ob es diese Preußen günstige Gesinnung auch durch die That beweisen würde, würde beweisen können; nur das blieb die Frage. Rußland konnte es, wenn die türkische Angelegenheit seine Aufmerksamkeit, seine Kraft nicht in besonderem Maß beanspruchte: das heißt, wenn Oesterreich durch die bayrische Angelegenheit von seiner Theilnahme für die Pforte abgezogen wurde; und wenn die Pforte den Krieg gegen Rußland, mit dem sie bereits gedroht hatte, unterließ, da sie allein zu schwach war ihn zu beginnen. Ließ aber Oesterreich nicht ab, bei der Pforte das Feuer gegen Rußland zu schüren, und blieb es dabei, daß der Ausbruch eines orientalischen Krieges unvermeidlich erschien: so gebrauchte Rußland seine Streitkräfte selber, und konnte Preußen nicht unterstützen.

Zuerst am 13. Februar, an welchem Datum Friedrich der Czarin das kursächsische Unterstützungsgesuch übersandte, entwickelte er ihr in einem ausführlichen Schreiben die Situation, welche Gefahr der deutschen Freiheit und der deutschen Constitution drohe, wie sie jetzt umgestürzt werden würde, wenn man den Pflichtvergessenheiten und den despotischen Absichten des Wiener Hofs nicht Grenzen setze. Er fügte hinzu, daß er hoffte, sie, die Czarin, wäre seiner unverbrüchlichen Anhänglichkeit genug-

sam versichert, um nicht zu denken, daß er sie von der Vertheidigung ihrer eigenen Staaten abhalten wollte, damit sie andere unterstütze; um vielmehr überzeugt zu sein, daß wenn die Pforte noch einmal gedemüthigt werden müßte, er als der Erste ihr rathen würde, sich mit aller Macht gegen sie zu wenden. Für den Fall jedoch, daß diese Gerüchte sich legten, hofften ganz Deutschland und er selbst, daß die Czarin, nachdem sie Rußland, ihr neues Vaterland, so groß und glänzend gemacht, eingedenk sein würde, daß das ganze deutsche Reich stolz darauf sei, daß sie in ihm das Licht der Welt erblickt habe.

Und kurz hernach erklärte er der Czarin, sie könne sich im Falle eines Türkenkrieges auf seine guten Dienste zu verlassen. Käme es zu diesem Kriege, so hätte sie ihn ganz dem Ehrgeize Oesterreichs zuzuschreiben, welchem ein Ziel zu setzen hohe Zeit wäre.

Daß Rußland die Verbindung nicht minder eifrig betrieb als Preußen, verstand sich bei der Lage der Dinge von selbst: Rußland brauchte Preußen in der orientalischen Frage ebenso um Oesterreich zu beschäftigen, wie Preußen Rußland in der bayrischen Frage gebrauchte, um seine Position gegen Oesterreich zu verstärken. Daneben mußte an und für sich der Einfluß auf Deutschland für Rußland von größter Wichtigkeit sein: war doch dieser Einfluß eine nothwendige Bedingung für die europäische Stellung, nach der es strebte.

Ausdrückliche Zeugnisse bestätigen diesen Eifer Rußlands. In einem Bericht aus Petersburg vom 28. Februar heißt es: „Sie nehmen hier das Wohl des Königs von Preußen mehr zu Herzen, als ihr eigenes, und Panin's Sprache würde sich besser schicken für einen Minister in Potsdam als in Petersburg. Auch erscheint es mir einleuchtend, daß sie mit dem Könige bis auf das Aeußerste gehen, und sich selbst mit Frankreich vereinigen wollen, wenn dies auf seine Seite tritt."

Eine österreichisch gefärbte Flugschrift von damals ruft mitten in einem verschwenderischen Schwall von Schmähungen auf Preußen entsetzt aus: „Ja Liebster! auch die große Catharina will nur durch Friedrich's Auge sehen."

Natürlich setzte der Wiener Hof Alles daran, die Pforte zum Kriege gegen Rußland zu bewegen. Der Preis des Gelingens war groß: Oesterreich beraubte gleichsam Preußen seines starken Bundesgenossen. Freilich nur für den Moment. Und Friedrich bemerkt sehr richtig, daß das, so ärgerlich es für den Augenblick wäre, doch Rußland und Oesterreich mehr als je entzweien würde.

Der Wiener Hof schien in der Mitte des Februar seinen Wunsch bei der Pforte durchzusetzen: es hatte den Anschein, als würde es zu ei-

nem russisch-türkischen Kriege kommen. „Il n'est plus possible de l'éviter," klagte Friedrich am 20. Februar. Noch im März war er in Sorge, daß dieser Krieg ausbrechen würde.

Er kam nicht zum Ausbruch. Mitte März bereits hatte der König beruhigende Nachrichten: „L'impératrice va s'accommoder avec les Turcs;" sie will ihr „camp tartare" opfern, um auf jener Seite Frieden zu erhalten und ihre Kräfte zur Unterstützung Preußens verwenden zu können. Aber freilich, so rasch und glatt wie Friedrich wünschte wickelte sich diese orientalische Frage nicht ab, an deren Lösung noch die nachfolgenden Geschlechter sich vergebens abmühen sollten. Damit, daß der Sultan an einem schönen Märzenmorgen sagte, ich will den Krieg gegen Rußland nicht beginnen; damit daß an einem andern die Czarin die Laune anwandelte, auf alle Fälle den Krieg gegen die Pforte zu vermeiden —: damit allein konnte die Sache nicht abgemacht sein. Es war eine Frage von größter Wichtigkeit, ob man dazu thun sollte, daß es zu einem neuen orientalischen Kriege käme oder nicht; und so erklärlich Friedrich's Ungeduld über das zaudernde Schwanken der Czarin ist —: dieses Schwanken war nur zu begreiflich, und durchaus nicht mit Friedrich's „on dit, qu'on laisse aller les affaires dans ce pays-là, comme il plaît à Dieu" erklärt und erschöpft.

So viel war für Friedrich jedenfalls klar: um den thätlichen Beistand Rußlands zu gewinnen, durfte er nicht allein in Petersburg, sondern mußte er vor Allem bei der Pforte arbeiten. Wie in Versailles, so mußte er in Constantinopel den österreichischen Werbungen den Rang ablaufen.

Er bediente sich, um das zu thun, der Hülfe Frankreichs. Er ging Frankreich an, in seinem Interesse bei der Pforte zu wirken, und Frankreich willigte ein.

Frankreichs Verhandlungen gingen gut von Statten. Eine Pest in Constantinopel, die unzählige Opfer forderte, machte die Pforte zum Frieden geneigt; und hernach werden wir sehen, welche Rolle Rußland im Lauf der Angelegenheit spielte, da ein orientalischer Krieg für jetzt in der That verhindert blieb.*)

Dr. G. Droysen.

(Schluß folgt.)

*) Wir bedauren den Schluß dieses Artikels des Raumes wegen erst im Dezember veröffentlichen zu können. A. d. Red.

Die Restauration in Hessen-Darmstadt.

Bald nachdem Preußen im Jahr 1849 die süddeutschen Fürsten auf ihren wankenden Thronen befestigt hatte, betrieb die hessische Regierung mit einer Consequenz, in der ihr vielleicht kein anderes Land gleichkam, die Verfolgung der Personen, deren politische Gesinnung sich der norddeutschen Großmacht zuneigte. Je unnatürlicher die österreichische ultramontane Richtung, die Herr v. Dalwigk seit Beginn seiner Ministerlaufbahn dem Großherzogthum aufzwingen wollte, für ein Land war, das im Grunde protestantisch ist, dessen Verkehrsinteressen ausnahmslos nach dem Norden weisen, um so schärferer Mittel bedurfte es den widerwilligen Stoff zu bearbeiten. Das machte sich zunächst im Staatsdienst geltend. Conduitenlisten wurden eingeführt, in denen die politische Gesinnung jedes Staatsdienstaspiranten einer regelmäßigen Inquisition unterworfen wurde; als selbstverständlich galt es, daß Hinneigung zu Preußen eine schlechte Gesinnung sei, die mit Zurücksetzungen aller Art bestraft werden müsse. In der Richter-Karriere wurden die tüchtigsten und befähigtesten Personen, die als preußisch galten, in untergeordneten Stellen zurückgehalten. In der Verwaltung war dies bald nicht mehr nöthig, denn nachdem man die bekanntesten Sünder schnell zu entfernen gewußt hatte, verzichteten alle diejenigen, welche sich nicht in der herrschenden Richtung bewegten oder es nicht verstanden ihre abweichende Ansicht mit dreifachem Erz zu umpanzern, von vorn herein auf diesen Zweig des öffentlichen Dienstes. Ganz in derselben Weise wurde bei Besetzung der Bürgermeistereien u. s. w. verfahren.

Es ist gewiß hart für Jeden, der Beruf zum Staatsdienst in sich fühlt, seiner Gesinnung wegen sich davon ausgeschlossen zu sehen; allein es giebt heutzutage soviel andere ehrenvolle und nützliche Stellungen, daß der Einzelne sich dafür zu trösten und zu entschädigen wissen wird. Anders aber ist es mit einer Partei. Diese kann Mitglieder im Staatsdienst, d. h. solche Mitglieder, welche die politische Uebung und Sachkenntniß besitzen, die nur im Staatsdienst zu erwerben ist, nicht entbehren ohne den Rang einer Partei zu verlieren und zu einer unfruchtbaren Opposition herabzusinken. Sehnsüchtig hat so die preußenfreundliche Partei einen Umschwung erwartet, der ihren berechtigten Wunsch nach Theilnahme am Staatsleben erfüllen sollte. Die große Krisis dieses Jahres ist hereingebrochen, aber sie läßt das Großherzogthum in den Händen jenes Mannes, dessen unglückliche Politik das Land so eben mit dem Blute seiner Söhne und mit Millionen an Contributions- und Kriegslasten gebüßt hat.

Der Friede mit Preußen hat gerade für Darmstadt ein eigenthümliches staatsrechtliches Experiment aufgestellt. Oberhessen gehört zum norddeutschen Bunde, es ist aber dann wieder in den europäischen Staat Darmstadt eingeschachtelt, und das Ganze steht unter der Hoheit des preußischen Postwesens, das nächst dem Militär jedenfalls den numerisch stärksten Theil des Staats-

dienstes repräsentirt. Hessen-Darmstadt ist so in der Lage, neben den berufenen Preußen zweiter Klasse, noch Preußen dritter Klasse aufzuweisen. Soll dieser Zustand nicht ganz unerträglich werden, so muß sich die Verschiedenheit der Formen durch die Einheit des Geistes der Verwaltung ausgleichen. Hiervon sind wir aber zur Zeit noch weit entfernt.

Als der Großherzog nach dem Friedensschluß in sein Land zurückkehrte, erklärte er in einer Proklamation, die neuen Verhältnisse ohne Hintergedanken acceptiren zu wollen. Diese Kundgebung wurde mit einiger Befriedigung aufgenommen, denn es fehlte der Name Dalwigk unter dem Aktenstück, und man hielt es für unmöglich, daß der Mann in einer Stellung bleibe, die ihn zwänge, seine ganze Vergangenheit zu verleugnen und fortan zu befördern, was er seit achtzehn Jahren mit allen Mitteln bekämpft hatte. Bald aber wurde das Irrthümliche dieser Voraussetzungen klar; Herr v. Dalwigk blieb im Amte, ohne daß man ihm den Vorwurf machen konnte, seine Politik gewechselt zu haben. In der That ist dieselbe ganz und gar die alte geblieben.

Ein verständiger Mann, dem man die Proklamation als den Anbruch einer neuen Aera für das Großherzogthum vorlegte, gab sie mit den Worten zurück: Hinter dem Kreuze steckt der Teufel. Die beste Illustration zu dem Schriftstück gab aber der Großherzog selbst. Der hohe Herr empfing, wie glaubwürdig verlautet, einige Tage nach seiner Rückkehr eine Deputation des Gemeinderaths der Residenz und erklärte ihr mit der Offenherzigkeit des stotternden Unmuths: Glauben Sie ja nicht, daß die Ungerechtigkeiten der Preußen durchgehen werden, es wird bald wieder anders; ich rufe die rothen Hosen nicht, aber nächstes Frühjahr kommen sie, verlassen Sie sich darauf. Nun ist es allerdings möglich, daß nächstes Frühjahr die rothen Hosen kommen, aber welchen Vortheil kann sich der hessische Fürst von den Reichsfeinden versprechen, die zunächst nach einem Stücke seines mühsam geretteten Landes, nach Rheinhessen, greifen würden? und was veranlaßte ihn gerade diese Zukunftspolitik zum Gegenstand seiner Unterhaltung mit der Empfangsdeputation zu wählen? Ist es nicht, als wollte der Herr sagen: Die Proklamation, die ich habe vertheilen lassen, ist für Berlin bestimmt, Euch sage ich meine wahre Meinung, es wird bald wieder anders, die preußische Geschichte dauert nicht lange, nehmt sie nicht für Ernst, die Franzosen und mein Dalwigk werden die Sache schon einrichten.

Solche Ansichten sind das wahre und reale Regierungsprogramm. Zunächst hat ein von der Regierung abhängiges und subventionirtes Blatt in der Residenz, gegenüber Allem was preußisch heißt, einen Ton angeschlagen, der ganz auf die Blüthezeit des Preußenhasses im Mai und Juni d. J. hinauskommt. Das Abonnement auf die frühere Neue Frkf. Zeitung (jetzt neue deutsche Zeitung in Stuttgart), deren Richtung hinlänglich bekannt ist, wird offiziös empfohlen. Das Terrain in Darmstadt ist für diese Zeitung so günstig, daß an eine Uebersiedelung dahin gedacht wird. An der bestehenden durchaus österreichisch ultramontanen Zusammensetzung der Verwaltung wird nicht das Geringste geändert, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ist sogar alsbald

durch einen der entschiedensten Parteigänger jener Richtung, den ehemaligen Bundestagsgesandten v. Biegeleben, den Bruder des k. k. Hofraths v. Biegeleben in Wien, verstärkt. Um ihm Platz zu machen, wurde der Geh. Legationsrath Hofmann, einer der fähigsten Beamten des Ministeriums, der indeß in jüngster Zeit schon als zu preußenfreundlich galt, nach Berlin entfernt.

Auf der anderen Seite werden diejenigen gemaßregelt, die während der preußischen Okkupation sich gegenüber dem „Feind" etwas vergeben haben. Der gehässigen Maßregel, wonach die oberhessischen Gerichte zur Verantwortung gezogen werden sollten, weil sie während der preußischen Okkupation das damals vorgeschriebene preußische Stempelpapier verbraucht hatten, hat man später allerdings, da sie zu Viele auf einmal betraf und selbst in Preußen Aufsehen erregte, eine unschuldig fiskalische Deutung gegeben, auf einige oberhessische Angestellte ist aber die Strafe bereits niedergefallen. Zunächst wurde der Kreisrath Dieffenbach zu Schotten, welcher sich dazu verstanden hatte in die Homburger Landesregierung einzutreten, ohne Pension entlassen; man wählte hierzu die höhnische Form einer Versetzung in das von Preußen administrirte sogenannte Hinterland. Dieser Versetzung begegnete Preußen natürlich mit Protest und die Collegen des abgesetzten Kreisraths, welche die gefährliche Ehre zurückgewiesen hatten, gratuliren sich jetzt zu ihrer besseren Kenntniß hessischer Regierungsweise, die sie vor einem ähnlichen Schicksale bewahrte. Für Dieffenbach mochte noch so laut die Erwägung sprechen, daß das Land nicht drei Monate ohne Regierung sein konnte und daß die gesammte Bevölkerung nicht im Stande war, dem Beispiel des Ministeriums zu folgen und nach München auszuwandern. Mochte doch in Hessen Alles darunter und darüber gehen, — wer hieß Dieffenbach solch ein Narr zu sein und patriotisch zu handeln, statt blos loyal!

Die Universität Gießen wählt zwar ihren Rektor rechtlich nicht selbst, sondern hat nur die Befugniß drei Candidaten zum Rektorat zu präsentiren, aus denen dann die Regierung die Stelle besetzt, faktisch aber war das unbedingte Wahlrecht seit langer Zeit an den Senat übergegangen, da regelmäßig der an erster Stelle Gewählte zum Rektor ernannt wurde. Vor Kurzem war der bekannte Kanonist Professor Wasserschleben, ein auch persönlich allgemein geachteter Mann, einstimmig an erster Stelle vorgeschlagen worden. Zu allgemeiner Ueberraschung wurde ihm die Bestätigung versagt. Wasserschleben, ein geborner Norddeutscher und mit höheren Offizieren der preußischen Armee verwandt, soll den preußischen Besatzungstruppen gegenüber sich zu freundlich benommen haben. Deshalb wurde er für unwürdig erachtet, das Rektorat von Gießen, einer Universität im Gebiete des norddeutschen Bundes, zu führen.

Die Art und Weise der Führung der Darmstädter Truppen im letzten Kriege, das klägliche Gefecht bei Laufach, die daran sich knüpfenden Zustände des Corps, dessen Disziplin sich lockerte und das für den Rest des Feldzugs beinahe unverwendbar blieb, die Mängel der Administration, die Sorglosigkeit mit der man die werthvollen Vorräthe des Darmstädter Zeughauses den Preußen in die Hände fallen ließ, hatten natürlich in dem Offizierkorps und der

Civilbevölkerung eine tiefe Verstimmung hervorgerufen. Um diesen gefährlichen Geist zu bannen, wurde nun eine dreiste offiziöse Schönfärberei in's Werk gesetzt. Es galt als Ketzerei an der guten Führung und der Disziplin der Truppen zu zweifeln, obgleich unmittelbar nach den Kriegsvorfällen total andere Nachrichten bekannt geworden waren; der ganze Generalstab wurde vom Großherzog belobt, und obgleich noch in einer Kriegsversammlung zu Nördlingen die Mehrzahl der Oberoffiziere die Selbsterkenntniß gehabt haben soll, auf die Frage: wer sich ausgezeichnet, zu antworten: man wäre froh, wenn Jedermann nur seine Schuldigkeit gethan, so regnete es doch schließlich einen ganzen Haufen von Orden und Belobigungen. Unter Berufung auf die bekannte Schmähschrift: Badens Verrath behauptete man nun: Alles wäre anders und glücklich gegangen ohne die Machinationen des Prinzen Wilhelm von Baden. Untersuchungen über die Kriegsvorgänge sind nicht eingeleitet, bis (soviel verlautet) auf eine gegen einen Oberoffizier, der, wir wissen nicht, mit welchem Rechte, im Ruf steht ein Preußenfreund zu sein und der jedenfalls nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat.

Die Verhältnisse, die wir hier berührt haben, sind auffallend genug. Von den vier süddeutschen Staaten, die das Material zu einer antipreußischen Union hergeben könnten, erstrebt Baden entschieden den Eintritt in den norddeutschen Bund. Die bayrische Regierung legt ein augenscheinliches Gewicht auf ein günstiges Verhältniß zu Preußen und selbst König Karl von Würtemberg hat seine wild gewordenen Schwaben verständiger Weise auf die Thatsachen hingewiesen; wie sollte nun gerade das Großherzogthum Hessen, schon theilweise dem norddeutschen Bunde angehörend, sich dazu berufen fühlen unter den Kanonen der preußischen Festung Mainz antipreußische Politik zu treiben? Es erscheint dies so unverständig, daß man es für unglaublich halten müßte, wenn man überhaupt in Darmstadt die Verständigkeit und Angemessenheit eines Verhaltens als Maßstab für dessen Wahrscheinlichkeit betrachten dürfte. Wir wollen zur Kennzeichnung des preußenfeindlichen Geistes, in welchem die hessische Restauration arbeitet, nur noch einen Blick auf ihr Verhältniß zu der Volksvertretung werfen.

Seit mehreren Jahren befand sich die Regierung mit der Majorität der zweiten Kammer im Streit, der sich um Fragen der inneren und der äußeren Politik bewegte. Die katholische Partei, an deren Spitze bekanntlich der energische und begabte Bischof von Mainz Wilhelm v. Ketteler steht, hat seit den funfziger Jahren im Großherzogthum mit großem Geschick operirt. Die österreichischen Sympathien der Regierungskreise fanden in dieser Partei einen natürlichen Stützpunkt, und sie hat die begünstigte Stellung, die ihr zu Theil wurde, nach Kräften ausgebeutet. Es gelang dem Bischof die Regierung zum Abschluß eines förmlichen Vertrages mit ihm über die Beziehungen der katholischen Kirche zum Staate, dessen Unterthan er doch war, zu bewegen. Der Vertrag enthielt nicht nur wichtige administrative Neuerungen, sondern setzte sich auch über ausdrückliche Vorschriften der Verfassung ohne Weiteres hinweg. Dieses nach Form und Inhalt außerordentliche Aktenstück hielt man eine Reihe von

Jahren sorgfältig verborgen und leugnete lange Zeit seine Existenz, bis es endlich an des Tages Licht gezogen wurde. Die katholische Partei griff aber über das kirchliche Gebiet noch weit hinaus, sie verstand es sich der wichtigsten Stellen zu bemächtigen und ihre Interessen in allen politischen und nichtpolitischen Fragen maßgebend zu machen. Was dies heißen will, kann man nur in Staaten lernen, die klein genug sind um von einer Coterie regiert zu werden.

Dieser immer unerträglicher werdende Zustand war der Angelpunkt des inneren Streites zwischen Regierung und Kammer; in der deutschen Frage, dem Inbegriff der äußeren Politik des Landes, stånd die Kammer auf Seiten des preußisch-deutschen Bundesstaates, die Regierung verfolgte, wie bekannt, eine entschieden österreichische Politik. Als nun im Juni dieses Sommers die Regierung Geld für ihre Rüstungen brauchte, fand sie bei der Majorität der zweiten Kammer entschiedenen Widerstand. Man war hier keinen Augenblick zweifelhaft, daß das Ministerium Dalwigk, trotz aller Phrasen von Vermittelung und Bundesrecht, nur für Oesterreich und gegen Preußen rüsten würde. Die Kammermajorität nahm damals, unter dem dreifachen Hochdruck der Frankfurter Demokratie, des Mainzer Ultramontanismus und der Darmstädter Bureaukratie, der Geldforderung des Ministeriums gegenüber keine glückliche Position. Sie glaubte die Formel gefunden zu haben, unter der man die Partei zusammenhalten könne, indem sie erklärte, einem illiberalen Ministerium nichts verwilligen zu wollen. Das war aber für einen Mann wie Dalwigk nicht fein genug. Er hatte damals schon, wie sein Vorbild Herr v. Beust beschlossen, den inneren Conflikt durch liberalisirende Conzessionen zu ersticken und die Bundesgenossenschaft der antipreußischen Demokratie zu gewinnen. Er gab also die beruhigendsten Versicherungen über seinen Liberalismus. Er forderte die Kammer ausdrücklich auf zu sagen, was man an Reformen wünsche und stellte ein günstiges Resultat in Aussicht. Der Feldzug, den man führen wolle, werde ja gerade im liberalen Interesse unternommen, er gelte nicht Preußen, sondern Herrn v. Bismarck und der in ihm verkörperten Reaktion.

So versuchte Herr v. Dalwigk mit einer kühnen Wendung aus der schiefen Lage im Innern herauszukommen, und in dieser Richtung ist er nach dem Frieden mit Preußen weiter gegangen. Die Hauptwünsche der Kammer in der innern Politik waren die Aufhebung der katholischen Convention und der Erlaß einer Amnestie; diese beiden Wünsche wurden dem Scheine nach wenigstens erfüllt, und wenn nun trotzdem die Kammer jetzt aufgelöst ward, so war es offenbar nicht die innere Politik derselben, welche diese Auflösung veranlaßte.

Vielmehr die zweite Kammer fiel ihrer Haltung in der deutschen Frage, ihrer Preußenfreundlichkeit zum Opfer. Die Regierung weist auf ihre liberalen Conzessionen hin, sie stellt für den nächsten Landtag eine Reihe weiterer Reformen in Aussicht, und ihre Organe erklären, daß für die kommenden Wahlen die Parteigegensätze von liberal und conservativ ihren Gegenstand verloren hätten, daß die Parole sei: hie Welf, hie Weiblingen, preußisch oder hessisch! Wie aber stimmt das mit der Proklamation des Großherzogs?

Herr v. Dalwigk mag in Berlin sein Verbleiben im Amte unter Anderen mit seiner Unentbehrlichkeit gegenüber der hessischen Demokratie motivirt haben, Thatsache aber ist es, daß die Regierung den Wahlfeldzug an der Spitze des extremsten Theiles der Demokratie und der Ultramontanen eröffnet, und daß es sich darum handelt die preußenfreundliche Mittelpartei von ihren Sitzen zu vertreiben. Die Amnestie und die Aufhebung der Convention sind nicht ohne Geschick darauf berechnet beide Parteien zufrieden zu stellen. Man hebt die Convention auf, holt aber dazu zuerst die Genehmigung des Bischofs ein und läßt ihn in dem Besitz alles Errungenen; man amnestirt die Republikaner aus dem Jahre 1849, läßt aber die Verurtheilungen, die in den letzten Jahren im Kirchenstreite erfolgt sind, bestehen, Zitz darf nach Mainz zurückgehen, aber Ronge bleibt es verschlossen. Alle Gelegenheiten sind willkommen um die Regierungspolitik zu verkündigen, landwirthschaftliche Versammlungen wie die Convente des Gustav-Adolfsvereins.

Die Lage der bisherigen Majorität und der preußenfreundlichen Partei diesem Treiben gegenüber ist bei den bevorstehenden Wahlen eine sehr schwierige. Der Krieg mit den harten Opfern jeder Art, die er dem Großherzogthum auferlegte, hat die Massen gegen Preußen gereizt, und die Kräftigung, die der Sieg Preußens der Partei zu versprechen schien, ist ausgeblieben. Wir vermögen uns der Ansicht nicht zu entziehen, daß Herr v. Dalwigk in Berlin zu früh amnestirt worden ist. Wir zweifeln, ob Oesterreich, wenn es gesiegt, eine feindliche Partei in einem Kleinstaat am Ruder gelassen hätte. Aus der Nachsicht, welche gegen Herrn v. Dalwigk geübt ist, könnte mancher Staatsmann sich die Lehre ziehen: der sicherste Weg um an der Gewalt zu bleiben sei Preußen zu bekämpfen, da man dann von Oesterreich Alles zu hoffen und von Preußen nichts zu fürchten habe.

Wir glauben nicht, daß die preußische Regierung gewillt ist ihren Feinden eine solche Prämie zu bezahlen. Der Gedanke ist naheliegend, daß man in Berlin über der Masse der Geschäfte den Sturm im hessischen Wasserglase nur vorläufig überhört hat. Für diejenigen die darin sitzen bleibt aber die Situation nach jeder Seite beunruhigend. Herr v. Dalwigk's Regierungskunst hat es verstanden schon zwei schwere Krisen über das Land zu bringen; er hat zuerst durch seinen fortgesetzten Widerstand gegen den französischen Handelsvertrag die hessische Industrie geschädigt, er hat dann das Schicksal dieses Sommers über das Großherzogthum herbeigezogen. Es wird ihm hoffentlich von Berlin aus nicht gestattet werden, durch seine Agitationen gegen Preußen zum dritten Mal Unheil über die hessische Bevölkerung zu bringen.

Verantwortlicher Redacteur: A. Flögel.
Druck und Verlag von Georg Reimer in Berlin.

Der deutsche Liberalismus.

Eine Selbstkritik.

II.

Der liberale Gedanke hatte sich in Preußen nicht fähig erwiesen die Regierung zu behaupten, wie früher in den Kleinstaaten nicht fähig die Regierung zu erlangen. Gewiß waren auf dieser weiteren Bühne reichere Kräfte hervorgetreten als in irgend einem der kleineren Staatswesen. Die Commissionsberichte des Abgeordnetenhauses wie die Gesetzvorlagen und Denkschriften der Regierung bewiesen eine Fülle politischer Kenntnisse, politischer Intelligenz, welche merken ließ, daß der große Staat trotz allen sonstigen Uebelständen den unverlierbaren Vortheil einer ganz anderen Wucht besitzt. Ebenso zeichnete sich die Presse, die ganze politische Literatur durch solides Wissen und ernste Arbeit sehr erfreulich vor den entsprechenden kleinstaatlichen, namentlich süddeutschen Leistungen aus. Die Zeitungen gewannen zum Theil einen wirklich großen Schnitt. Wichtige Fragen wie die über die Militärreform weckten eine literarische Discussion, deren Producte man zum Theil noch heute mit Interesse liest. Es war nicht mehr der abstracte Liberalismus der süddeutschen Opposition, welcher hier ausschließlich dominirte, sondern es trat ein angestrengtes Streben hinzu, dem ganzen Reichthum der concreten Lebensverhältnisse gerecht zu werden. Sehr wichtige Gebiete, welche in den Kleinstaaten so gut wie außerhalb des Gesichtskreises geblieben waren, die volkswirthschaftlichen, militärischen und diplomatischen Fragen, wurden zum ersten Male eingehend erörtert und von Einzelnen zum Gegenstande specieller Studien gemacht, deren Frucht wenigstens für die Theorie nicht unerheblich war. Preußen bewies sich in allen diesen Dingen als das Land der soliden wissenschaftlichen Bildung und des männlichen Fleißes. Da wir nun einmal so lange Diener der wissenschaftlichen Arbeit gewesen waren, schien es die naturgemäße Vorbereitung für politisches Thun, daß wir uns der Politik zuerst auf den Wegen der Wissenschaft nahten. Und in dieser Beziehung leistete jetzt Preußen höchst anerkennenswerthes. Wie seit 1815 seine Verwaltung durch Intelligenz sich ausgezeichnet hatte, so

ergriff nun dieselbe geistige Kraft die politischen Materien. Für den Entwickelungsgang unseres politischen Lebens war das von der größten Bedeutung. Eine rohe Routine hätte uns nie aus dem Zimmer gelockt, ein tumultuarischer Naturalismus konnte uns Kinder des Buchs, der Speculation, der musikalisch-religiösen Stimmung nie mit den rauhen Werken des Staatslebens aussöhnen. Wir mußten zuerst geistig bewältigen, was wir in der Praxis versuchen sollten. Diese wissenschaftliche Vorarbeit war in den vierziger Jahren zuerst mit directerer Anwendung auf die einzelnen politischen Aufgaben begonnen. Der Sturm von 1848 hatte die Fenster der Studirstuben aufgerissen und den Gelehrten einen Blick auf die tobende Bewegung des Tages und die Kräfte des Volkslebens überhaupt aufgenöthigt. Was das bedeutete, erfuhren wir in den fünfziger Jahren namentlich an unserer Geschichtschreibung: ein ganz neues Wesen war in uns entwickelt, wir sahen Welt und Menschen, ob sie dem Alterthum oder der neueren Zeit angehörten, mit ganz anderen Augen, wir dachten und empfanden anders bei den Geschicken der Vorzeit, seit wir selbst etwas erlebt hatten, und wir schrieben folgeweise auch anders. Fast alle die damals erschienenen geschichtlichen Werke ruhten auf politischen Gedanken; ihre Verfasser wollten so sehr auf die Welt wirken als auf die Wissenschaft. Jetzt nun wurde diese wissenschaftliche Kraft direct auf die Tagespolitik gelenkt: wir thaten den ersten Schritt aus dem unseligen Dilettantismus heraus.

Freilich mußten wir da sofort eine Erfahrung machen, die in diesem Umfange nur bei uns möglich war: wir übertrugen unbewußt die wissenschaftliche Methode auf die politische Praxis. Die Wissenschaft hat ihre Arbeit gethan, wenn sie die Wahrheit gefunden und ausgesprochen hat: die Politik fängt dann an. Die Wissenschaft ist um so größer, je freier von allen Rücksichten sie sich bewegt; eine Politik, die von den Umständen absieht, ist Träumerei. Für sie ist mit der Erkenntniß des Richtigen, des an sich Wünschenswerthen nur wenig gewonnen: sie bewegt sich mit ihrer vollen Kraft in der Ausführung des Möglichen. Wir aber, so lange überwiegend mit dem Erkennen beschäftigt, kamen unwillkürlich dazu, auf die Formulirung theoretisch correcter Sätze das größte Gewicht zu legen. Wir arbeiteten unsere Commissionsberichte mit dem musterhaftesten Fleiße, und wenn wir unsere Anträge von allen Seiten unanfechtbar motivirt hatten, meinten wir, nun werde die Wahrheit schon aus eigener Kraft siegen. So absorbirte die Discussion unsere beste Kraft: hatten wir in der Debatte gesiegt, so waren wir zufrieden. Erwies sich dann doch der in Argumenten Schwache stark in Thaten, so nahmen wir das hin wie eine Ungerechtigkeit des Schicksals und trösteten uns:

Victrix causa diis placuit, sed victa Catoni.

Wenn wir nur Recht hatten. Die ganze unselige Politik der Resolutionen, welche in den letzten Jahren so schrecklich grassirt und uns vor den praktischen Völkern so lächerlich gemacht hat, ist in gewissem Maße eine Frucht dieser Verwechslung von Wissenschaft und Politik, die sich auch noch in einem anderen Punkte fühlbar gemacht hat, in der politischen Thätigkeit unserer Professoren. Es ist sicherlich sehr wünschenswerth und erfreulich, wenn die Vertreter unserer Wissenschaft am politischen Leben eifrig Theil nehmen. Aber es sollte dabei eins nicht vergessen werden. Wissenschaftliche Leistungen setzen wesentlich andere Geisteseigenschaften voraus als politische Handlungen. Das Leben in den Büchern erzeugt Fähigkeiten, Stimmungen und Gewöhnungen, welche im politischen Leben wenig Platz finden. Selbst der Meister in der Beurtheilung politischer Vorgänge braucht darum noch keineswegs ein Meister in der Kunst zu sein, politische Probleme praktisch zu lösen. Der Gelehrte lebt nothwendig in der Theorie und selbst wenn sich diese Theorie mit der lebendigen Gegenwart befaßt, so gewährt sie wohl die Einsicht in das, was geschehen sollte, aber nicht die Gabe, nach dieser Einsicht zweckmäßig zu handeln. Unsere bisherigen Erfahrungen lassen es wünschenswerth erscheinen, daß die Wissenschaft mit gespanntester Aufmerksamkeit das handelnde Leben begleitet, ihm mit ihrem Wissen und ihrer Einsicht zur Seite steht, aber nur mit Vorsicht das Wagniß unternimmt, selber handeln zu wollen.

Neben der außerordentlich wichtigen geistigen Vertiefung, welche die Politik seit 1858 in Preußen erfuhr, war das von großer Bedeutung, daß jetzt die ganze Nation von lebendigem Interesse für die öffentlichen Dinge ergriffen wurde. Preußen ist einmal so unzertrennlich mit allem deutschen Leben verwachsen, daß jede Bewegung, die seinen Körper erfaßt, sich den übrigen Staaten unwiderstehlich mittheilt. In allen deutschen Landschaften erwachte die Theilnahme der Bevölkerungen für die Fragen des Staatslebens; sogar Oesterreich trat in den Verfassungskampf ein. Das Vereinsleben gewann eine ganz neue Kraft und Ausbreitung. Nicht nur politische, sondern ebenso wirthschaftliche und sociale Probleme wurden in unzähligen Versammlungen erörtert. Schulze-Delitzsch brachte den fruchtbarsten Gedanken der Genossenschaft, der Selbsthülfe, zuerst in Preußen zu allgemeiner Anerkennung; die Arbeiter begannen sich auf ihre eigene Kraft zu stellen. Sie begannen zugleich ihre geistige Fortbildung in's Auge zu fassen, und die Arbeiterbildungsvereine breiteten sich von den großen Mittelpunkten der Industrie in die kleineren Städte aus, überall zwischen den Lernenden und Wissenden einen Berührungspunkt schaffend, der den einen so nützlich werden konnte wie den andern. Die

Gewerbefreiheit hielt von Preußen einen Triumphzug durch Deutschland. Jede Art geistiger und körperlicher Bildung fand ihre Organe. Turn- und Schützenvereine bedeckten plötzlich das Land und die verlorene Gesundheit des Leibes, die männliche Wehrhaftigkeit schien im Sturme wieder erobert werden zu sollen. Und während so eine ungeahnte Kraft des vielseitigsten Strebens aus langer Apathie hervor brach, erwachte die Volksfreude in gleicher Fülle. Die Gesangvereine wurden dem kleinsten Städtchen unentbehrlich. Wald und Berg, so weit die deutsche Zunge klingt, hallte wieder vom hunderttausendstimmigen Chor, und dieser Chor war überall patriotisch. Der Patriotismus wurde eine selbstverständliche Sache und der Liberalismus kaum weniger. Für das Recht Kurhessens und Schleswig-Holsteins schlug die Brust von Millionen höher. Die Erbärmlichkeit des Bundestages, die Nothwendigkeit der nationalen Reform verstand sich allmählich für den Süden wie für den Norden von selbst. Die vorwärts schreitende Bewegung übersprang alle Dämme. Es nahte die Zeit, wo die verhärtetsten Vertreter des reactionären Particularismus, Herrn von Beust an der Spitze, der Klugheit die Ehre gaben und zur nationalen und liberalen Phrase schwuren, um das Gegentheil desto ungehinderter betreiben zu können.

Unter diesen Umständen schien der Liberalismus sich über die Niederlage, die er eben in Preußen erlitt, nicht zu sehr betrüben zu müssen. Er war im besten Zuge Deutschland zu erobern; da konnte das Mißlingen in Preußen ihn nur ermuthigen, auch da die Arbeit mit schärferem Eifer fortzusetzen. Die Gründe jenes Mißlingens wurden überwiegend darin gesucht, daß die Altliberalen auf eine bedauerliche Weise hinter der Zeit zurück geblieben, die demokratischen Kräfte in doctrinärem Eigensinn und vornehmer Exclusivität abgewiesen, der Kreuzzeitung und der Krone zu große Concessionen gemacht hätten. Man mußte, meinte man, den alten Feinden mit ganz anderer Energie zu Leibe gehen. Man mußte die volle Macht des liberalen Volkswillens in die Schlacht führen. Man mußte den altmodischen Respect vor dem Throne zur Seite thun und mit kühnem Freimuth das Volksrecht dem Fürstenrecht entgegen stellen. Hatte man nicht das Volk hinter sich? Die Neuwahlen, welche für das Abgeordnetenhaus im Herbst 1861 statt fanden, brachten diesen Umschwung der liberalen Politik in Preußen zum Durchbruch.

Ehe wir aber den Verlauf des Kampfes in's Auge fassen, den nun die Fortschrittspartei gegen Krone und Feudale begann, müssen wir der höchst lehrreichen Episode unsere Aufmerksamkeit zuwenden, welche seit dem Frühling 1861 das Großherzogthum Baden in den Vordergrund des öffentlichen Interesses treten ließ. Sie ist für das allseitige Verständniß

unserer bisherigen liberalen Praxis von erheblicher Bedeutung und ich will es deshalb versuchen, den Verlauf der neuen Aera Badens wenigstens in flüchtigen Zügen anzudeuten.

Ueber die Verdienste Badens um die constitutionelle Entwickelung vor 1848 brauche ich kein Wort zu verlieren. Das kleine reich gesegnete Land, dessen lang gestreckter Leib die allerverschiedenartigsten Berührungen mit dem Auslande herbei führte, das hier von Frankreich dort von der Schweiz die stärksten Impulse empfing, dessen Lage, dessen Reichthum an Heilquellen und Naturschönheiten ihm den Durchzug und Aufenthalt ungewöhnlich vieler Fremden brachte, das ohne starken natürlichen Mittelpunkt die Regierungsgewalt in einem unlängst aus den buntesten Bestandtheilen zusammen gefügten Gebiete nur schwer zu einer lebendigen Autorität gelangen ließ, das in der Mischung der Confessionen und der Stämme, in der Zusammenfügung von Ebene und Bergland die stärksten Gegensätze besaß und die unendliche Beweglichkeit seiner Bevölkerung durch keine nennenswerthen aristokratischen Elemente mäßigte — dieses Land hatte der Rolle nicht entgehen können, in allen Stadien des liberalen Kampfes mit lebendiger Zuversicht voran zu schreiten. Was dieser Kampf an guten und üblen Kräften weckte, davon bekam Baden den reichsten Antheil. Denn ihm fiel nicht nur das Product der eigenen Bewegung zu, sondern, ein Land der Fremden wie es war, sammelte es auf seinem gastlichen Boden die Kämpfer aus den verschiedensten Staaten. So war es natürlich, daß es vor der Revolution in einer Fülle des üppigsten Lebens prangte, in der Revolution aber für den meist arglosen Radicalismus, der allmählich alle Lebensordnungen zersetzt hatte, schwer büßte. Die Bevölkerung verlor dann, wie es zu gehen pflegt, nach den bitteren Erfahrungen von 1849 den Geschmack an der Politik. Es wurde still im Lande, außerordentlich still, bis die eigenthümliche Taktik der conservativen Regierung, ein höchst unpopuläres Concordat in dem Augenblicke zur Ausführung bringen zu wollen, wo die Concordatspolitik auf den Schlachtfeldern von Magenta und Solferino eine vollständige Niederlage erlitten hatte, dem politischen Leben einen unwiderstehlichen Anstoß gab. Während in Preußen der Liberalismus eine Chance nach der anderen verlor, trat er in Baden mit frischem Lebensmuth auf die Bühne und die berühmte Proclamation des Großherzogs Friedrich vom 7. April 1860 erkannte die liberalen Principien mit einem freudigen Nachdruck an, wie es in Deutschland aus fürstlichem Munde nie erlebt war. Hier sollte nicht zögernd und widerstrebend gewährt, hier sollte eine entschlossene Initiative ergriffen

werden, der die ernste Ueberzeugung zu Grunde lag, daß die höchsten Güter der Nation auf dem Spiele ständen, wenn ihr öffentliches Leben nicht von Grund aus umgestaltet würde.

Ein solcher Sinn konnte sich begreiflicher Weise nicht damit begnügen, in engem Kreise Reformen zu betreiben, deren Wirksamkeit und Bestand durchaus bedingt wurde von der Gesammtlage der Nation. Der Liberalismus, der hier auf dem Throne eines kleinen Landes Platz genommen hatte, war von dem Egoismus und der Kurzsichtigkeit der herkömmlichen dynastischen Politik durchaus frei. Er war auch nicht die Frucht selbstsüchtiger Speculationen, wie man es wohl bei anderen liberalisirenden Fürsten erlebt hatte. Er wollte mit reinem Herzen das Wohl der kleinen Heimath im Gedeihen des großen Vaterlandes, bereit zu jedem Opfer und zu jeder Mühe, bereit selbst zu dem schwersten Opfer, die natürliche Machtgrenze zu überschreiten, in der die tiefe Bescheidenheit des Wesens so sehr zu bleiben drängte. Als die Hoffnung aufgegeben werden mußte, daß Preußen die deutsche Frage, in die es sich tiefer und tiefer theils verstrickt hatte, theils verstrickt worden war, mit dem entschlossenen Aufgebot der nationalen Kraft gegen die Würzburger und Frankfurter Intriguen zu lösen die Energie oder das Geschick besitze, wagte sich Baden an den Versuch, die Bundestagsmisère durch die Macht moralischer Mitte zu erschüttern. Herr von Roggenbach, der thätigste Urheber des vor einem Jahre erfolgten Systemwechsels, übernahm am 1. Mai 1861 das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Nach außen und innen begann alsbald die Karlsruher Regierung eine vielversprechende Thätigkeit zu entfalten. Für Kurhessen, für die Reform der Bundeskriegsverfassung übergab der neue badische Bundestagsgesandte Anträge, welche sich ganz und ehrlich auf den Boden des verfassungsmäßigen Rechts und des nationalen Bedürfnisses stellten und doch mit dem Freimuth der Sprache ein bemerkenswerthes diplomatisches Geschick verknüpften. Der Minister, der diese Motionen und Depeschen schrieb, hatte eben nicht auf einen widerwillig nachgebenden Fürsten Rücksicht zu nehmen; zugleich aber hatte ihn eine reiche politische Erfahrung gelehrt, daß es mit der Stärke der Argumente nicht gethan sei, daß es wenigstens ebenso wichtig sei, die regierenden Gewalten zu bestimmen als die Nation für sich zu gewinnen. Keinen Augenblick über das Gewicht Badens sich täuschend, glaubte er immerhin den Versuch wagen zu sollen, in wie weit eine kleine, von dem Ernst und der Dringlichkeit der nationalen Aufgaben ehrlich überzeugte Regierung mit Hülfe der populären Sympathien und des zwingenden Bedürfnisses den stockenden Gang der vaterländischen Entwickelung beleben könne. Preußen war ja doch bis zu

einem gewissen Grade in diesem Unternehmen engagirt und zwar nicht durch die Willkür einer einzelnen Regierung, sondern durch das unabänderliche Gebot seiner gesammten Lage. Im Norden hatte die nationale Agitation, welche durch Preußen die Bundesreform vollzogen zu sehen wünschte, ansehnlich Terrain gewonnen; sie strebte eben vom Norden aus den Süden zu ergreifen: wenn da aus der Mitte der südlichen Mittelstaaten, welche den particularistischen Feldzug gegen Preußen unternommen hatten, sich ein Bundesgenosse erhob, der Preußen sein volles Recht gewähren wollte, voller als es selber zu fordern wagte, der zugleich die populäre Bewegung stützte und leitete, war das ein hoffnungsloser Versuch? Es galt ein Beispiel aufzustellen einer wirklich liberalen und nationalen Politik und den Nachweis zu liefern, daß eine solche Politik weder der deutschen oder europäischen Diplomatie Anstoß zu geben, noch die innere Ordnung zu untergraben brauche. Es kam darauf an, gegenüber den in immer stärkeren Symptomen zu Tage tretenden Verlegenheiten des liberalen Ministeriums in Preußen die Regierungsfähigkeit des deutschen Liberalismus zu constatiren.

In den Grenzen der bis dahin von uns gemachten Erfahrungen schien es, als ob dieses Unternehmen sich auf die erlesenste Gunst aller maßgebenden Verhältnisse stütze. Der Fürst des Landes lieh ihm seine ganze herzliche Hingebung. Die Regierung verfügte über einzelne Kräfte, welche vor einer schwierigen Aufgabe nicht zurück zu scheuen brauchten. Die Bevölkerung jubelte ihr bald mit fast einmüthiger Begeisterung zu. Die Kammern liehen ihr eine willige Unterstützung. Eine Aristokratie, die ernstliche Schwierigkeiten hätte bereiten können, existirte nicht. Die Bureaukratie fügte sich, sobald sie die Ansicht gewann, daß das System Aussicht habe sich zu behaupten. Der Bundestag und die feindseligen Regierungen waren von der populären Agitation in eine so schwierige Defensive gedrängt, daß sie von Baden mehr zu fürchten hatten, als dieses von ihnen. Sogar der Strom des europäischen Lebens kam fördernd zu Hülfe. Die Kraft des kleinstaatlichen Liberalismus konnte sich durchaus ungehemmt entfalten. Was war nun der Erfolg?

Die neue Aera in Baden brachte dem Lande manche schätzenswerthen Reformen, mit ihren höchsten Bestrebungen aber war sie nicht viel glücklicher als die neue Aera in Preußen. Gerade in dem, was ihren besonderen Charakter ausmachte, ihr eine eigenthümliche Bedeutung gab, scheiterte sie an der Schwäche und Enge des Kleinstaats und an den überall wiederkehrenden Fehlern des Liberalismus. Es ist von großer Bedeutung, das Factum zu constatiren: in Baden wurde von einem aufrichtig freisinnigen und patriotischen Fürsten, von einer wirklich liberalen Regierung

das Werk unternommen, die Forderungen des Parlamentarismus voll und ganz zu realisiren; keinerlei äußere Einflüsse hinderten das Gelingen; aber es fanden sich nicht die positiven Kräfte, um es herbei zu führen. Das parlamentarische System weist der Volksvertretung eine weit bedeutendere Rolle zu, als die Grenzen der herkömmlichen Kammerpraxis fassen; es fordert einmal von ihr eine weit erheblichere selbständige Leistung, zugleich aber eine weit selbstlosere Hingabe an die Männer ihres Vertrauens, welche die Regierung führen. Eine Regierung, welche sich nicht mit bureaukratischen Mitteln behaupten will, bedarf des aufrichtigen und verständnißvollen Entgegenkommens der Kammern, einer Gesinnung in diesen, welche es für ihre wesentlichste Aufgabe hält, die Aufgaben der in ihrem Sinne geleiteten Regierung zu fördern; eine solche Hingebung aber ist nur möglich für eine Kammer, welche das Vermögen besitzt, die gouvernementale Thätigkeit durch eine schöpferische Mitwirkung zu stützen und zu vertiefen und darin ihre Bedeutung neben der Regierung zu sichern. Muß man nun anerkennen, daß sich die erste badische Kammer im Ganzen auf der Höhe dieser in Deutschland allerdings neuen Ansprüche zu behaupten verstand, so glaube ich nicht, daß man der zweiten Kammer dasselbe nachrühmen kann. Da es ihr aber nicht gelang, den legitimen und nothwendigen Einfluß auf den Gang der Geschäfte im Großen zu üben, da corrigirend einzugreifen, wo die Regierung wirklich einer Correctur bedurft hätte, so glitt sie unvermerkt in die Abwege einer zwar sehr gutmeinenden, einer ihr Vorhandensein selbst fortwährend ableugnenden, aber nichtsdestoweniger thatsächlichen und lediglich schwächenden Opposition im Kleinen, welche bald ihre wie immer verhüllte Spitze hauptsächlich gegen denjenigen Minister kehrte, dem es mit den Consequenzen des parlamentarischen Systems voller Ernst war. Erst eben war manchen Mitgliedern der zweiten Kammer dieses Mannes deutsche und badische Politik wie ein halsbrechendes Wagniß erschienen: jetzt meinten sie in ihm den Freiherrn zu entdecken, dessen Liberalismus doch durch sehr bedenkliche Reserven eingeengt sei. Die deutsche Frage konnte durch die größten Anstrengungen Badens nicht vorwärts gebracht werden, Anstrengungen, an denen der Liberalismus des Landes und der Kammer freilich nur einen bescheidenen und zweifelnden Antheil genommen hatte: nun warf er sich auf eine noch viel größere Frage, in den Kampf mit der katholischen Kirche. Vergeblich mahnte Herr von Roggenbach, daß es überhaupt nicht die Aufgabe eines Staats, welcher die Freiheit der Kirche anerkannt hatte, welcher auf diese Anerkennung gewissermaßen seine ganze neue Politik stützte, sein könne, Kirchenpolitik zu treiben, daß eine solche Politik namentlich aber für einen Staat von den confessionellen Mischungsverhältnissen Badens selbstmörde-

risch werden könne: die abstracte Aufklärung, welche eine der bedenklichsten Seiten des süddeutschen Liberalismus ist, der Mangel an historischer Einsicht und größerer politischer Erfahrung, der theoretische Doctrinarismus ließ sich das Land immer tiefer in einen Kampf verstricken, der nur dem gehaßten Gegner Nutzen bringen konnte.

Während so im Innern die Basis erschüttert wurde, auf welcher die Roggenbach'sche Politik die Proclamation vom 7. April im weitesten Umfange, aber mit festen politischen Zielpunkten realisiren wollte, verlor sie gleichmäßig in Deutschland die Stützen, auf welche sie rechnen zu dürfen geglaubt hatte. Die Sprache ihrer Noten erweckte zwar sehr rasch im ganzen liberalen Lager die lebhaftesten Sympathien und eine geraume Zeit übte sie eine gewisse Autorität über die Partei. Trotzdem zog die Partei nie vollen Nutzen aus dem Umstande, daß sie im Kreise der Regierenden einen thätigen, geschickten, umsichtigen und mit der Lage der deutschen wie der europäischen Politik wohl vertrauten Führer gewonnen hatte. Dieser Vortheil war für eine bestimmte Ziele verfolgende Kriegführung von der höchsten Bedeutung. Ueber den Stand der Dinge, über die Absichten und Kräfte der Gegner genau orientirt zu sein ist für jede politische wie militärische Unternehmung die unerläßliche Voraussetzung. Daß der liberalen Opposition diese zuverlässige Kenntniß mangelte, hatte zu allen ihren Niederlagen wesentlich mitgewirkt. Aber trotz den wiederholten Erfahrungen legte sie auf diesen Punkt auch jetzt noch nicht den nothwendigen Werth. Sie gab eben zu dieser Zeit ihrer Politik mehr und mehr den Charakter einer vagen populären Agitation, und dieser, meinte man nicht mit Unrecht, sei eine diplomatische Information weniger wichtig. In Wahrheit trennte die Ziele, trennte namentlich die Methode der Partei und des Ministers von Anfang an ein weiterer Abstand als man dachte. Diesem lag ein positives Resultat, jener mehr der Kampf an sich, diesem lag der Sieg wenn auch in ermäßigten Grenzen, jener das Verfolgen idealer Ziele am Herzen. Nichtsdestoweniger würde sich wohl ein inniger Zusammenhang gebildet haben, wenn die Roggenbach'sche Politik im Norden ihre Wirksamkeit hätte üben können. Die Summe seiner Gedanken hatte vielleicht im Norden auf ein volles Verständniß zu hoffen, aber den Norden erreichte die geringe Macht Badens nicht. Für den Norden konnte die badische Politik kaum ein thatsächliches Gewicht gewinnen, und im Süden stand sie isolirt. Es beweist an einem lehrreichen Beispiele den eigensinnigen Particularismus unserer süddeutschen Bevölkerungen, daß die unmittelbaren Nachbarn Badens von dem dort thätigen, wirklich freisinnigen Regiment kaum einen nennenswerthen Nutzen zogen. Den Württembergern war natürlich die preußische Färbung der

badischen Politik ein Greuel; dieselbe konnte überdies nie die Höhe des freien Aethers gewinnen, welche allein den schwäbischen Demokraten befriedigen würde, vorausgesetzt, daß sie sich bis auf das kleinste Detail in schwäbischer Weise producirte. Die Bayern würden es im Ganzen unter ihrer Würde gehalten haben, dem kleinen Baden etwas zu verdanken, obwohl grade unter ihnen sich einzelne hervorragende Männer fanden, welche die ganze Bedeutung der Karlsruher Bestrebungen würdigten. Alles in Allem perhorrescirten die süddeutschen Liberalen 1861 wie 1866 eine nationale Politik, welche möglichst mit den Thatsachen zu rechnen suchte und entschädigten sich für die Enge und Armuth ihrer politischen Verhältnisse mit den Träumen von einem Großdeutschland, das eine dichterische Phantasie anziehen mochte, einen politischen Kopf aber abstoßen mußte. So sah sich die badische Politik genöthigt, ihre schwierigen Aufgaben so ziemlich allein zu verfolgen. Sie war so liberal, so patriotisch, wie es Deutschland nie zuvor erlebt, aber oft ersehnt hatte. Da das Ersehnte der Nation in leibhaftiger Wirklichkeit vor die Augen trat, fanden die Einen doch manches daran auszusetzen, die Anderen meinten mit enthusiastischen Kundgebungen ihre Pflicht erfüllt zu haben. Die badische Politik wurde viel gepriesen und bewundert. Man sprach, namentlich in der Ferne, gern von dem badischen Musterstaat, aber dabei blieb es. Er gewann keine Kraft über Deutschland, er setzte keine wirkliche Kraft in Bewegung. Man lobte ihn, aber man folgte ihm nicht. Man fand, daß er ein schönes Thema zu Toasten und Declamationen abgab, aber wenn man sich so das Herz erleichtert hatte, ging man befriedigt schlafen.

Nichts liegt mir ferner, als damit sagen zu wollen, daß Herr v. Roggenbach vergeblich gearbeitet habe. Kein ernstes, mit voller Manneskraft verfolgtes Streben für große Zwecke ist vergeblich. Auch hier hat es ein bedeutsames Resultat herbei geführt. Ich meine damit nicht die in mancher Hinsicht glückliche Entwickelung, welche Baden in jenen Jahren gewann, nicht die vielen und wichtigen Dienste, die der patriotische Minister dem Vaterlande hat leisten können, nicht sein Verdienst um die Herstellung der Verfassung von 1831, das die Kurhessen kennen und würdigen, nicht seine Thätigkeit für die Durchführung des französischen Handelsvertrages, nicht die große Tapferkeit, mit der er allein mit seinem Fürsten auf dem Fürstentage die Opposition gegen verderbliche Pläne zu halten wagte, nicht die fruchtbare Anregung zu wirklich politischem Denken und Thun, die von ihm zahlreiche Männer empfangen haben, auch nicht den schönen Beweis, daß in Deutschland die schärfste politische Energie zusammen gehen kann mit dem liebenswürdigsten und menschenfreundlichsten Wesen, sondern ich meine die grade für uns jetzt so wichtige Lehre: daß

ein deutscher Kleinstaat auch unter den günstigsten Umständen nie und nimmer wirkliche Politik treiben kann, daß er so wenig im Stande ist, das parlamentarische System im Innern zu verwirklichen, wie die Macht der Nation in Bewegung zu setzen. Wäre in Baden dieser doppelte Versuch nicht gemacht und gescheitert, so bliebe dem particularistischen Eigensinn der Deutschen, namentlich der Süddeutschen, noch ein letzter Schlupfwinkel. Da diese Erfahrung vorliegt, könnte nur die offenbare Verblendung sich vornehmen, eine württembergische oder bayrische Glückseligkeit für sich zu etabliren.

Kurz nachdem man sich in Baden angeschickt hatte, der liberalen Partei in Deutschland eine aufrichtig befreundete Regierung zur Seite zu stellen, erfuhr das Kampfziel in Preußen eine wesentliche Veränderung. Ich sagte, schon am Schluß der Session von 1860 sei das Mißlingen des liberalen Ministeriums unzweifelhaft gewesen. Allerdings führte die Sitzung von 1861 zu einer Einigung über die wichtigsten Gegenstände der Berathung. Das Abgeordnetenhaus bewilligte mit einem unerheblichen Abzug den Aufwand für die Armeereorganisation und das Herrenhaus fügte sich in die Grundsteuerregulirung. Aber die Abgeordneten ließen doch die Organisation noch immer in der Schwebe, bewilligten die Gelder nur im Extraordinarium und der unglückliche Streit behielt Kraft, die öffentliche Meinung nach links und den König nach rechts zu treiben Allerdings ließ sich Graf Schwerin endlich bestimmen, gegen diejenigen Beamten einzuschreiten, welche dem Lande den größten Anstoß gegeben hatten, aber erst, nachdem es ihm begegnet war, weite Kreise der liberalen Bevölkerung mit feindseligem Mißtrauen zu erfüllen und den demokratischen Tendenzen einen lange vermißten Einfluß zurück zu geben. Allerdings trat im Sommer Freiherr v. Schleinitz von der Leitung der auswärtigen Politik zurück, aber erst, nachdem zahlreiche Gelegenheiten versäumt worden waren, dem preußischen Wort in Kurhessen, Frankfurt, Hannover, Kopenhagen den nothwendigen Nachdruck zu verleihen und in den großen europäischen Fragen eine bestimmte und wirksame Stellung einzunehmen. Die Armeereform enthielt die absolute Nöthigung für die preußische Politik, sich auf den Gebieten Respect zu verschaffen, in den Fragen Kraft und Geschick zu beweisen, für welche es möglicher Weise nothwendig werden konnte an die Waffen zu appelliren. Wenn man diese Politik immer nur schwanken und zaudern sah, wenn sie auf alle Erfolge verzichtete, wenn sie sich jede Gelegenheit zu einer Verlegenheit werden ließ, wie in aller Welt sollte der kaufmännische Geist, der in dem fleißigen Volke nur

zu mächtig geworden war, sich dazu begeistern, die Armee zu verstärken, die ihm schon zu stark war? Wenn Herr v. Schleinitz so zum Kurfürsten von Hessen geredet hätte, wie später mit ihm geredet wurde, wenn er den Querelen des Bundestags nicht nur unermüdliche Deductionen, sondern zu gelegener Stunde auch einmal eine drohende Stirn entgegen gestellt, wenn er die albernen Prätensionen des Welfen, z. B. damals, als derselbe athemlos in Berlin erschien, um doch mit nach Baden-Baden fahren zu dürfen, durch ein strammes Halt erstickt, wenn er mit einem Worte in dem preußischen Volke den Stolz und das Selbstgefühl einer wirklichen Macht und im deutschen Volke das Vertrauen auf diese Macht und ihren entschlossenen Willen geweckt hätte — wahrlich, es müßte wunderbar zugegangen sein, wenn dann nicht die Armeevorlagen bei Zeiten die gewünschte Erledigung gefunden und das Ministerium beim Könige befestigt hätten. So jedoch, wie die ganze innere und äußere Lage Preußens geworden war, konnten die legislatorischen Erfolge von 1861 die verlorene Kraft nicht zurück geben und auch die mannichfachen Verdienste, welche sich die Regierung sonst um den Staat erwarb, hinderten nicht, daß ihr Credit nach allen Seiten immer tiefer sank, die ihr befreundete Partei folgenschwere Spaltungen erfuhr und die Stimmung des Landes mehr und mehr radicalen Einflüssen zugänglich wurde.

Der Spätherbst des Jahres mußte Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus bringen. Schon Anfang Juni trat eine neue Partei auf den Plan, welche sich den Namen der deutschen Fortschrittspartei gab. Ihr Programm formulirte eine Reihe bedeutsamer Forderungen mit löblicher Präcision und führte diejenige Entschiedenheit der Sprache, für welche die Zeit eine große Empfänglichkeit besaß. Diese Zeit, ich sagte es schon früher, fühlte in sich eine übersprudelnde Fülle ungeduldigen Thatendrangs und sie theilte durchweg die Meinung der jungen Partei, daß weder das liberale Ministerium noch die liberalen Abgeordneten ihren Aufgaben sich gewachsen gezeigt hätten. Sie sah täglich und stündlich die Heerschaaren der Opposition wachsen, Alles drängte sich unter die liberalen Fahnen, die Gegner schienen zu einem winzigen Häuflein zusammen zu schrumpfen: wahrhaftig, es that Noth, diese gewaltige Uebermacht der populären Kräfte endlich einmal kühn zu gebrauchen und dem langweiligen unfruchtbaren Gerede ein Ende zu machen durch rasche Thaten. Die Deutschen waren lange, zu lange außerordentlich geduldig gewesen; jetzt kam zur Veränderung eine fliegende Ungeduld über sie.

Das Programm der deutschen Fortschrittspartei schien dieser Situation durchweg zu entsprechen. Es fand in ganz Deutschland lebhaften Beifall, es fand ihn namentlich in Preußen. Die Altliberalen ließen es

auch jetzt an dem wünschenswerthen Geschick fehlen: die Partei ging in aufgelösten Reihen in die Wahlschlacht und das Ministerium ersetzte den Mangel an schöpferischer Thatkraft durch eine wenig zweckmäßige Polemik. Das Land votirte dann am 6. December zwar nicht einfach für die Fortschrittspartei, aber das Abgeordnetenhaus erhielt doch eine Zusammensetzung, welche die Mehrheit bald unter das Commando dieser Partei stellen mußte.

Es liegt außerhalb meiner Aufgabe, eine irgend detaillirte Schilderung der Kämpfe zu versuchen, welche seit den beiden kurzen Sessionen von 1862 die innere Lage Preußens und Deutschlands beherrscht haben. Die Anlässe und der Verlauf dieser folgenreichen Bewegung sind noch in Jedermanns Erinnerung lebendig; sie bildet den unmittelbaren Ausgangspunkt der Ereignisse, welche den Sommer dieses Jahres zu einem ewig denkwürdigen gemacht haben. Mein Streben kann lediglich sein, die neue Phase zu charakterisiren, in welche der deutsche Liberalismus mit dieser Wendung eintrat, die neuen Ziele, welche er sich stellte, die neue Methode, welche er für ihre Erreichung wählte und das Resultat zu bezeichnen, das ihm auf diesem Wege zu Theil geworden ist. Denn die Wandlung, welche die Fortschrittspartei für Preußen herbei führte, erstreckte sich mehr oder weniger auf ganz Deutschland; in den verschiedensten Staaten gelangten ungefähr dieselben Gesichtspunkte zur Geltung, welche das preußische Abgeordnetenhaus von jetzt an bestimmten. Obwohl die Niederlage des altliberalen oder gemäßigt constitutionellen Systems, welches seit dem Herbst 1858 für die Regierung und die Abgeordneten Preußens maßgebend gewesen war, in den übrigen deutschen Ländern sich nicht wiederholt hatte, rückte doch (ein neuer frappanter Beweis von dem unwiderstehlichen Einflusse Preußens auf die übrigen deutschen Länder) die ganze Masse der liberalen Partei nach links, wie ja in Preußen selber die neue Partei zum großen Theile von denselben Männern gebildet wurde, welche bisher zu den Altliberalen gezählt hatten. Wenn man die tiefgreifende Veränderung in's Auge faßt, welche die Liberalen damit erlitten, so erkennt man recht, wie sehr wenig fixirt noch immer die Grundsätze und das Verfahren dieser Partei waren, die doch nun schon fast fünfzig Jahre im politischen Leben stand. In einem politisch durchgebildeten Volke wäre eine solche die ganze Auffassung des Staatslebens alterirende Wandlung einer Partei, welche fast alle politisch thätigen Kräfte der Mittelschichten umfaßte, gar nicht denkbar gewesen. Bei uns hatte der lange Kampf des Volkes um verfassungsmäßiges Recht und nationales Dasein noch nicht einmal die Grundzüge der praktischen Politik festgestellt, bei uns standen noch die Elemente des constitutionellen Rechts und der parlamentarischen Taktik

zur Discussion. Und was war der Grund einer so principiellen Aenderung?

Preußen hatte in einer einzigen Landtagsperiode das Ziel nicht erreicht, welches als wünschenswerth angenommen war. Die Vertreter, die das Land 1858 gewählt, waren hinter den allgemeinen Erwartungen ebenso weit zurück geblieben wie die Regierung, welche damals das Ruder des Staats übernommen hatte. Gewiß machte dieses Scheitern es wünschenswerth, daß die Kraft der Vertretung erneut und verstärkt werde, daß aus dieser verbesserten Repräsentation auch dem Regiment frisches Blut zugeführt werde. Das Ziel mußte schärfer in's Auge gefaßt, die Mittel zu seiner Erreichung sorgfältiger ausgewählt und thätiger angewandt werden. Vor Allem aber mußte man sich darüber klar werden, worin die bisherige Erfolglosigkeit ihren Grund habe, ob darin, daß man zu wenig gefordert, daß man den ganzen Umfang seiner Bestrebungen zu eng gezogen, oder darin, daß man für seine Forderungen unzureichende Kräfte aufgebracht habe. Eine ruhige Prüfung des Hergangs hätte offenbar für das letztere entscheiden sollen. Im Grunde lief doch Alles darauf hinaus, einen von unbeschränkten Königen in beispielloser Thätigkeit aufgebauten Staat, in dessen Leitung sich bisher unter dem durchweg entscheidenden Willen der Krone ein zahlreicher und mächtiger Adel und eine hochverdiente Bureaukratie getheilt hatte, in die neue Bahn verfassungsmäßiger Verwaltung hinüber zu führen, neben Adel und Beamten der Volksvertretung einen regelmäßigen Einfluß zu gewinnen. An dieser Aufgabe hatte während der fünfziger Jahre so gut wie nichts gethan werden können; es war Glück genug, daß die Verfassung damals überhaupt am Leben erhalten werden konnte. Erst der Eintritt der Regentschaft gab den constitutionellen Kräften wieder Spielraum und zwar war es der Regent selber, welcher diese glückliche Wendung herbei führte. Die Krone trat auf die Seite des Volks. Freilich nicht mit der Absicht, sich selber unter das Volk zu stellen, oder die bisher im Staat mächtigen Klassen einfach auf die Seite zu werfen, sondern in dem Gedanken, den leidigen Zwiespalt, der den Staat 1848 zerrissen hatte, zu schließen, die Krone durch die Zustimmung des Volks zu erhöhen, dem Staat durch eine alle Interessen so viel als möglich befriedigende innere Ordnung vermehrtes Ansehen zu erwerben. Diese Politik war gewiß nicht von sehr bedenklichen Reserven frei, man mußte sicherlich wünschen, zu gelegener Stunde die Entwickelung des Staats aus diesen Banden zu lösen. Aber ohne allen Zweifel mußte es doch als die nächste und dringendste Aufgabe erkannt werden, dasjenige zu erreichen, was im Bunde mit der so gesinnten Krone erreicht werden konnte. Die dem Landtage seit 1859 gemachten Vorlagen

bewiesen, daß das nicht verächtlich war. Die Ausgleichung der Grundsteuer, die Befreiung der Presse von einer drückenden Fessel, die Einführung der Civilehe, die Neuordnung der Kreisvertretung, die gesetzliche Feststellung der Wahlbezirke, eine Menge Reformen in der Verwaltung — waren das so ganz geringfügige Dinge? Daneben übten die Vertreter des Landes ihren legitimen Einfluß auf die Feststellung des Budgets und den Gang der Verwaltung; die Presse erfreute sich der größten Freiheit; das Volk regte sich ungehindert in Vereinen und Versammlungen. Allerdings war die Steuerlast groß, aber das Nationalvermögen erfreute sich trotzdem eines ungewöhnlichen Wachsthums, die Finanzverwaltung, die Verwaltung überhaupt war besser als in einem Lande der Welt. In einer solchen Lage, sollte man denken, könne ein Volk mit ziemlicher Gemüthsruhe den Ausbau seiner constitutionellen Befugnisse anfassen. Wenn es die öffentlichen Zustände zu Anfang des Jahres 1862 mit denen zu Anfang 1858 verglich, so mußte es einen Fortschritt der allererfreulichsten Art wahrnehmen, einen Fortschritt, wie ihn vor vier Jahren Niemand für möglich gehalten hätte. Ein politisch erfahrener Mann, der die Lage des preußischen Staats unbefangen prüfte, mußte allerdings sagen, daß die Gunst der Verhältnisse in diesen vier Jahren nicht voll ausgebeutet sei, daß die liberalen Minister ihrem Bau eine solidere Festigkeit hätten geben, daß sie ihr Verhältniß zur Krone besser hätten benutzen und namentlich sorgfältiger sichern sollen; aber er konnte unmöglich urtheilen, daß sich Preußen in einer so verzweifelten Situation befinde, daß es die politische Basis, welche sich in den letzten Jahren immerhin recht fruchtbar erwiesen hatte, Hals über Kopf aufgeben und einen ganz neuen Weg zu ganz neuen Zielen suchen müsse.

Es scheint mir fraglos: hätten wir eine irgend stetige politische Praxis besessen, hätte uns eine ausgedehnte politische Erfahrung zur Seite gestanden, hätten wir erprobte und geschickte Führer gehabt, wir hätten es uns nie in den Sinn kommen lassen, ein Experiment zu wagen, wie wir es 1862 unternahmen. Aber wir waren trotz den bald fünfzig Jahren des Verfassungslebens in Deutschland in Wahrheit in wirklicher Politik außerordentlich jung. In den Kleinstaaten hatten wir nur falsche Vorstellungen von dem gewinnen können, was ein Staat sei und wie er sich entwickle. Die kurze Praxis in Preußen stand noch immer unter dem verderblichen Einfluß der Irrgänge kleinstaatlicher Opposition. Wir waren ohne Erfahrung, ohne Haltung, ohne richtig witternden Instinct. Unsere Ziele stellte die Doctrin, nicht die Praxis; unsere Handlungen lenkte eine unruhige Phantasie, nicht die kalt rechnende Klugheit. So stürzten wir uns, da wir doch leidlich festen und guten Boden unter den

Füßen hatten, mit Enthusiasmus in den Abgrund einer bodenlosen Agitation, um einen idealen Staat nach den ausschreitenden Wünschen unserer ganz unpolitischen Natur herzustellen. Während wir in Wirklichkeit in den letzten vier Jahren ein gut Stück vorwärts gekommen waren, hatten wir die Empfindung, es stehe so erbärmlich mit uns, daß wir nicht schnell genug eine Radicalcur anfangen könnten. Während die Dinge so lagen, daß wir trotz der Gunst der Krone mit unseren ungeschickten Manipulationen ein deutlich erkennbares Ziel nicht erreicht hatten, fühlten wir jetzt in uns die Kraft, die Krone zusammen mit Adel und Bureaukratie aus dem Felde zu schlagen, zugleich Preußen und Deutschland von Grund aus neu zu machen und eine Staatsordnung zu begründen, wie sie noch nie ein Mensch gesehen hatte. Denn hier sollte die Monarchie mit ungehemmter Democratie verbunden, hier sollte ein über dem freiesten Parlamentarismus schwebender König zugleich zum Herrn gemacht werden über dreißig andere Fürsten, hier sollte sich Alles in unendlicher Freiheit selbst bestimmen und doch eine grandiose Macht bilden, hier sollte der Bürger ein Staatswesen erhalten, das allen Ansprüchen des particularistischen Eigensinns und der nationalen Größe gleichmäßig entspräche.

Die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses, welches am 14. Januar 1862 seine Thätigkeit begann, sah sich die Regierung von vorn herein mit nicht unerheblichen Gewährungen entgegen kommen. Der Aufwand für die Armeereorganisation war bedeutend reducirt; die von dem früheren Hause gewünschte Vorlage über die Abänderung des die Dienstpflicht betreffenden Gesetzes geschah; dazu kamen Gesetze über die ländliche Polizeiverwaltung, über die Ministerverantwortlichkeit, über die Oberrechenkammer und die Vorlage über die Kreisordnung war im liberalen Sinne verbessert. Allerdings entsprachen diese Entwürfe den jetzt im Hause herrschenden Ansichten nicht, während sie vor einem Jahre wahrscheinlich die Lösung der Militärfrage herbei geführt hätten; aber sie bewiesen jedenfalls, daß der König noch nicht, wie Viele meinten, unter der Herrschaft der Feudalen stehe, daß er, wenn auch nicht freudigen Herzens, einen weiteren Schritt auf der Bahn der constitutionellen Entwickelung gethan habe, um einen Conflict mit dem Hause zu vermeiden, während die Feudalen mit aller Kraft auf diesen Conflict hinarbeiteten. Die Mehrheit mußte gewiß ihrer Macht, sehr viel mehr als das von der Regierung Gebotene zu erreichen, sehr sicher sein, um den Bruch so herbei zu führen, wie sie es am 6. März durch die Annahme des Hagen'schen Antrags über die Specialisirung des Staatshaushaltsetats that. Ich bin überzeugt, selbst diejenigen Führer der Fortschrittspartei, welche den radicalsten Ansichten huldigen, wenn sie sich heute in die Situation jenes

Tages zurück versetzen, so werden sie eine stille Reue über das damals Gethane nicht unterdrücken können. Es handelte sich bekanntlich darum, ob die Specialisirung noch für den Etat des bereits laufenden Jahres nachgeholt oder für den des nächsten Jahres vorbehalten werden solle. Zu letzterem erklärte sich der Finanzminister v. Patow bereit, ersteres bezeichnete er als mißlich wenn nicht unmöglich; er behielt der Regierung überdies vor zu prüfen, ob sie in dem Falle, daß das Haus diese Forderung dennoch stelle, die Geschäfte fortführen könne. Aber die Mehrheit legte auf die Erhaltung des liberalen Ministeriums keinen Werth. Sie faßte kurzer Hand einen sachlich sehr zweifelhaften, politisch unendlich folgenschweren Beschluß. Das Haus wurde aufgelöst, das liberale Ministerium erhielt seine Entlassung, eine conservative Regierung trat an seine Stelle.

Die Mitglieder derselben verschafften dem Lande sehr bald die Gelegenheit, den erheblichen Unterschied kennen zu lernen zwischen dem Grafen Schwerin und Herrn v. Jagow, zwischen einem altliberalen und einem streng conservativen Ministerium. Aber es schien ja, als ob dieser Unterschied nur der Fortschrittspartei zu Statten kommen solle. Die Wahlen vom 6. Mai verschafften ihr einen weit entschiedeneren Sieg als die vom 6. December. Die Corporationen großer Städte und die Senate mehrerer Universitäten protestirten gegen die vom Minister des Innern versuchte Beeinflussung der Wahlen. Das Volk stand unzweifelhaft hinter der Mehrheit des Abgeordnetenhauses; fast die ganze liberale Presse des Landes jubelte ihr zu und die Liberalen der Kleinstaaten hatten die besten Wünsche für einen Kampf, der, wie sie meinten, bestimmt war endlich die Verfassung in Preußen und damit in Deutschland zu einer Wahrheit zu machen. Nach diesen glänzenden Erfolgen konnte die Fortschrittspartei um so weniger Bedenken tragen, auf dem betretenen Wege der rückhaltlosen Opposition rüstig vorwärts zu gehen, als die Regierung dem neuen Hause abermals mit Concessionen in der Militärfrage und der Specialisirung des Etat entgegen kam, die man sich nur aus dem dringenden Wunsche erklären konnte, eine gefürchtete Verschärfung des Conflicts zu vermeiden. Die Regierung wich, es galt kühn vorzudringen. Man führte in der großen Septemberdebatte einen Streich, der die Armeereform vernichten sollte: die Krone antwortete mit der Berufung des Herrn v. Bismarck.

Es scheint eine unzweifelhafte Thatsache zu sein, daß Herr v. Bismarck bei seinem Eintritt verschiedenen liberalen Führern ein Compromiß vorgeschlagen hat, welches in wichtigen Punkten ein liberales Einlenken der Regierung bedeutet haben würde, vor Allem in der Armeefrage. Aber

Was man thun werde, wenn sie ihre Position nachdrücklich behaupte, wenn sie dem Willen der Wähler rücksichtslos die Mittel der ihr zur Verfügung stehenden Macht entgegen stelle, davon war wohl kaum die Rede.

Wir wissen heute Alle, wie dieser Kampf verlaufen ist. Das preußische Abgeordnetenhaus hat Jahr für Jahr die Gelder verweigert und die Regierung hat fort regiert. Den Abgeordneten haben sich zahlreiche städtische Gemeinden zugesellt und die Regierung hat diese ignorirt wie jene. Allmählich hat sich des preußischen Volkes ein tiefgehender Gegensatz gegen die Staatsgewalt bemächtigt und bei jedem Anlaß immer lauteren Ausdruck gefunden, der leitende Minister des Staats hat das Seinige gethan, um diesen Gegensatz zu gewaltsamen Explosionen zu reizen, aber die stärksten Verstöße gegen das unzweifelhafte Landesrecht haben das Land nicht einen Augenblick aus passivem Dulden aufzurütteln vermocht. Dann hat der Tod des Dänenkönigs dem preußischen Volk das der Kleinstaaten zu Hülfe kommen lassen und ein Jahr lang ist ganz Deutschland erfüllt gewesen mit dem einmüthigen Ruf: nieder mit Bismarck! und Bismarck ist immer mächtiger geworden. Mehr noch. Die schleswig-holsteinische Bewegung hat in den Mittelstaaten die ganze Kraft der liberalen Meinung aufgerufen, diese Kraft ist in Conflict gerathen mit denselben Regierungen, welche unmittelbar darauf die kläglichste Ohnmacht offenbaren sollten, und sie hat sich ohnmächtiger erwiesen als diese Ohnmacht. Bismarck ist durch die Angriffe des Liberalismus mächtig geworden und die mittelstaatlichen Minister haben ihnen ohne besondere Anstrengung widerstanden. Es ist an einem höchst merkwürdigen Beispiele klar geworden, daß die Einmüthigkeit der deutschen Volksmeinung wenig bedeutet, wenn sie sich in der bisherigen Weise äußert und zwischen der Kraft ihrer Action und der Größe ihrer Ziele eine so ungeheure Differenz besteht wie bisher.

Die Bewegung, welche sich des deutschen Liberalismus seit 1862 bemächtigt hat, ist erfolglos geblieben, weil ihr ein sehr geringes Maß wirksamer politischer Kraft inne wohnte und sie zugleich einen Zustand herbeiführen wollte, den selbst die größte Kraft vergebens erstrebt haben würde. Fragen wir nach den Mitteln, welche in Preußen und in verschiedenen anderen Staaten benutzt sind, um feindselige Regierungen zu beseitigen, so können wir kurz sagen, es waren wesentlich Mittel der Agitation. In der Presse, in Vereinen und Versammlungen wurden die Fragen der Tagespolitik lebhaft verhandelt, in weiten Kreisen des Publicums eine wesentlich übereinstimmende Ansicht erzeugt und dann diese Ansicht in Kundgebungen der verschiedensten Art ausgesprochen. Hätte es sich um

Fragen der Religion oder der Erkenntniß gehandelt, so wäre diese Thätigkeit unzweifelhaft eine ebenso zweckmäßige als wirksame gewesen. Denn da ist die Hauptsache, daß eine gewisse Ueberzeugung oder Einsicht möglichst ausgebreitet wird. Für die Politik dagegen bedeutet das einen allerdings wichtigen und unerläßlichen Anfang, aber nicht mehr. Ja, wenn man bei diesem Anfang stehen bleibt und keine praktischen Consequenzen daraus zu ziehen weiß, so hat man unter Umständen einen Anfang nicht zum Besseren, sondern zum Schlechteren gemacht. Wenn die Wähler eines großen Staates wiederholt in ihrer großen Mehrheit ein Regiment für verfassungswidrig, staatsverderblich erklären und es dabei bewenden lassen, daß diese Erklärung keinen Effect hat, so fügen sie der öffentlichen Moral und der gesunden Entwickelung des Staats einen schlimmeren Schaden zu, als wenn sie sich resignirten, mit einem solchen Regiment ein leidliches Abkommen zu treffen. Denn durch ein solches Verfahren wird das Wesen des Staatslebens gefälscht, die sittliche Kraft eines Volkes untergraben, die Würde desselben erniedrigt, besonders, wenn das Verfahren mit so enthusiastischem Pathos verbunden ist, wie es bei uns in den letzten Jahren Mode geworden war. Wir haben unzählige Male das wenig erbauliche Schauspiel erlebt, daß große Versammlungen, ja die Vertreter unserer höchsten politischen Körperschaften Forderungen mit einem Nachdruck stellten, als würde die Nation unmittelbar auf die Weigerung mit einer gewaltigen Erhebung antworten und dann die vollständige Folgenlosigkeit des großen Actes mit einem Gleichmuth hinnahmen, als hätten sie es gar nicht anders erwartet. Ohne Zweifel wäre es nicht nur schwierig, sondern höchst gefährlich gewesen, wenn das preußische Abgeordnetenhaus den Versuch gewagt hätte, gegen den Verfassungsbruch die Gewalt des Volkes aufzurufen. Aber wenn dieses Volk sich nicht in der Lage befand, die Mittel zu den verweigerten Ausgaben zurück zu halten, so mußte man eben die Ausgaben nicht verweigern. Hielt aber das Haus es für seine Pflicht, den Conflict auf diese Spitze zu treiben, nun wohl, dann mußte es dafür sorgen, daß die Wähler den Handel mit derselben unbeugsamen Energie ausfochten, welche die Regierung ihrerseits entwickelte und die Führer im Hause hatten die natürliche Pflicht die Führer zu sein im Kampf der Thaten wie in dem der Worte. Es ist ein sehr löblicher Grundsatz, in der Wendung: „mit allen gesetzlichen Mitteln“ von vorn herein eine Bürgschaft zu geben für seinen streng gesetzlichen Sinn; dann muß man sich aber auch hüten, nicht Ziele aufzustecken, die nun eben einmal mit gesetzlichen Mitteln nicht erreicht werden können. Aber mit frohem Sinn eine Situation herbei führen, deren nächste Phase über die Linie des Gesetzes hinaus schreiten muß und dann, wenn diese Phase ein-

Was man thun werde, wenn sie ihre Position nachdrücklich behaupte, wenn sie dem Willen der Wähler rücksichtslos die Mittel der ihr zur Verfügung stehenden Macht entgegen stelle, davon war wohl kaum die Rede.

Wir wissen heute Alle, wie dieser Kampf verlaufen ist. Das preußische Abgeordnetenhaus hat Jahr für Jahr die Gelder verweigert und die Regierung hat fort regiert. Den Abgeordneten haben sich zahlreiche städtische Gemeinden zugesellt und die Regierung hat diese ignorirt wie jene. Allmählich hat sich des preußischen Volkes ein tiefgehender Gegensatz gegen die Staatsgewalt bemächtigt und bei jedem Anlaß immer lauteren Ausdruck gefunden, der leitende Minister des Staats hat das Seinige gethan, um diesen Gegensatz zu gewaltsamen Explosionen zu reizen, aber die stärksten Verstöße gegen das unzweifelhafte Landesrecht haben das Land nicht einen Augenblick aus passivem Dulden aufzurütteln vermocht. Dann hat der Tod des Dänenkönigs dem preußischen Volk das der Kleinstaaten zu Hülfe kommen lassen und ein Jahr lang ist ganz Deutschland erfüllt gewesen mit dem einmüthigen Ruf: nieder mit Bismarck! und Bismarck ist immer mächtiger geworden. Mehr noch. Die schleswig-holsteinische Bewegung hat in den Mittelstaaten die ganze Kraft der liberalen Meinung aufgerufen, diese Kraft ist in Conflict gerathen mit denselben Regierungen, welche unmittelbar darauf die kläglichste Ohnmacht offenbaren sollten, und sie hat sich ohnmächtiger erwiesen als diese Ohnmacht. Bismarck ist durch die Angriffe des Liberalismus mächtig geworden und die mittelstaatlichen Minister haben ihnen ohne besondere Anstrengung widerstanden. Es ist an einem höchst merkwürdigen Beispiele klar geworden, daß die Einmüthigkeit der deutschen Volksmeinung wenig bedeutet, wenn sie sich in der bisherigen Weise äußert und zwischen der Kraft ihrer Action und der Größe ihrer Ziele eine so ungeheure Differenz besteht wie bisher.

Die Bewegung, welche sich des deutschen Liberalismus seit 1862 bemächtigt hat, ist erfolglos geblieben, weil ihr ein sehr geringes Maß wirksamer politischer Kraft inne wohnte und sie zugleich einen Zustand herbei führen wollte, den selbst die größte Kraft vergebens erstrebt haben würde. Fragen wir nach den Mitteln, welche in Preußen und in verschiedenen anderen Staaten benutzt sind, um feindselige Regierungen zu beseitigen, so können wir kurz sagen, es waren wesentlich Mittel der Agitation. In der Presse, in Vereinen und Versammlungen wurden die Fragen der Tagespolitik lebhaft verhandelt, in weiten Kreisen des Publicums eine wesentlich übereinstimmende Ansicht erzeugt und dann diese Ansicht in Kundgebungen der verschiedensten Art ausgesprochen. Hätte es sich um

Fragen der Religion oder der Erkenntniß gehandelt, so wäre diese Thätigkeit unzweifelhaft eine ebenso zweckmäßige als wirksame gewesen. Denn da ist die Hauptsache, daß eine gewisse Ueberzeugung oder Einsicht möglichst ausgebreitet wird. Für die Politik dagegen bedeutet das einen allerdings wichtigen und unerläßlichen Anfang, aber nicht mehr. Ja, wenn man bei diesem Anfang stehen bleibt und keine praktischen Consequenzen daraus zu ziehen weiß, so hat man unter Umständen einen Anfang nicht zum Besseren, sondern zum Schlechteren gemacht. Wenn die Wähler eines großen Staates wiederholt in ihrer großen Mehrheit ein Regiment für verfassungswidrig, staatsverderblich erklären und es dabei bewenden lassen, daß diese Erklärung keinen Effect hat, so fügen sie der öffentlichen Moral und der gesunden Entwickelung des Staats einen schlimmeren Schaden zu, als wenn sie sich resignirten, mit einem solchen Regiment ein leidliches Abkommen zu treffen. Denn durch ein solches Verfahren wird das Wesen des Staatslebens gefälscht, die sittliche Kraft eines Volkes untergraben, die Würde desselben erniedrigt, besonders, wenn das Verfahren mit so enthusiastischem Pathos verbunden ist, wie es bei uns in den letzten Jahren Mode geworden war. Wir haben unzählige Male das wenig erbauliche Schauspiel erlebt, daß große Versammlungen, ja die Vertreter unserer höchsten politischen Körperschaften Forderungen mit einem Nachdruck stellten, als würde die Nation unmittelbar auf die Weigerung mit einer gewaltigen Erhebung antworten und dann die vollständige Folgenlosigkeit des großen Actes mit einem Gleichmuth hinnahmen, als hätten sie es gar nicht anders erwartet. Ohne Zweifel wäre es nicht nur schwierig, sondern höchst gefährlich gewesen, wenn das preußische Abgeordnetenhaus den Versuch gewagt hätte, gegen den Verfassungsbruch die Gewalt des Volkes aufzurufen. Aber wenn dieses Volk sich nicht in der Lage befand, die Mittel zu den verweigerten Ausgaben zurück zu halten, so mußte man eben die Ausgaben nicht verweigern. Hielt aber das Haus es für seine Pflicht, den Conflict auf diese Spitze zu treiben, nun wohl, dann mußte es dafür sorgen, daß die Wähler den Handel mit derselben unbeugsamen Energie ausfochten, welche die Regierung ihrerseits entwickelte und die Führer im Hause hatten die natürliche Pflicht die Führer zu sein im Kampf der Thaten wie in dem der Worte. Es ist ein sehr löblicher Grundsatz, in der Wendung: „mit allen gesetzlichen Mitteln" von vorn herein eine Bürgschaft zu geben für seinen streng gesetzlichen Sinn; dann muß man sich aber auch hüten, nicht Ziele aufzustecken, die nun eben einmal mit gesetzlichen Mitteln nicht erreicht werden können. Aber mit frohem Sinn eine Situation herbei führen, deren nächste Phase über die Linie des Gesetzes hinaus schreiten muß und dann, wenn diese Phase ein-

getreten ist, das Gesetz wie einen unantastbaren Wall vor sich aufpflanzen, das ist eine Harmlosigkeit, die sich für den Ernst der Politik nicht ziemt. Eine solche Taktik beweist nicht Achtung vor dem Gesetz, sondern Scheu vor den natürlichen Folgen dessen, was man gethan. Sie compromittirt das Gesetz wie den, der es über Alles zu achten behauptet.

Jede große Agitation in einer Lage, wie die Preußens im Jahr 1863 wurde, hat die Tendenz, einen Zustand herbei zu führen, in dem sich eine Regierung nicht mehr behaupten kann. Hat die Mehrzahl der politisch thätigen Bürger die Ueberzeugung gewonnen, daß die Steuern widerrechtlich erhoben werden, so muß sie dafür sorgen, daß diese Rechtsverletzung unmöglich werde. Es ist ein Irrthum zu meinen, daß das eine allgemeine Steuerverweigerung erfordere. Aber Männer, die im Vordergrunde der öffentlichen Achtung stehen, in denen der große Kampf gewissermaßen personificirt ist, deren Existenz mit dem Ausgang dieses Kampfes verflochten ist, sie dürfen es nicht fürchten, ihre Existenz an diesen Kampf zu setzen. Nur der Beweis, daß den Worten die entsprechenden Handlungen folgen, giebt in der Politik den Worten Werth. Nur das Beispiel der Führer, daß sie für ihre Ueberzeugung einstehen mit ihrer ganzen Persönlichkeit, daß für sie das: „mit Gut und Blut" keine Redensart, sondern bitterer Ernst ist, nur dieses Beispiel kann ein Volk mit der handelnden Energie erfüllen, vor der keine Regierung Stand hält. Ich bin weit davon entfernt zu sagen, daß das preußische Volk Ursache hatte, seine trotz allem Verfassungsconflict geordnete Existenz, seine trotz aller Bugetlosigkeit vortreffliche Finanzlage, die Blüthe seiner Industrie und seines Handels, die trotz allem Junkerregiment hoffnungsreiche Entwickelung seiner Staatskraft auf's Spiel zu setzen, den theoretischen Kampf zwischen Volk und Regierung in einen thatsächlichen zu verwandeln, um die Armeereform zu beseitigen, die Auslegung des Artikel 99 der Verfassung zu sichern, dem Herrenhause eine andere Zusammensetzung zu geben u. s. w. Ich bin vielmehr der Meinung, daß der Gesammtzustand des preußischen Staates jeden derartigen Versuch unmöglich machte, weil bei diesem Zustande das Volk sich gar nicht in der Stimmung befinden konnte, aus der allein der Entschluß keimt, Alles an den Sturz einer Regierung zu wagen. Ein Volk, das täglich reicher wird, macht keine Revolution. Aber war denn diese Lage ein Geheimniß für die Männer, welche im Herbst 1862 die noch mögliche Verständigung zurück wiesen? Verfügten sie nicht über die Mittel, Herrn v. Bismarck zu entfernen, so mußten sie auf die von ihm gemachten Anträge eingehen.

Nicht nur, weil sie sonst Gefahr liefen, schließlich unter sehr viel schlechteren Bedingungen Frieden machen zu müssen, als sie jetzt erlangen

konnten, sondern auch deshalb, weil eine extreme Agitation, die ihr Ziel nicht erreicht, ja an das Ziel nicht einmal die letzte Kraft setzt, die Volksrechte in der gefährlichsten Weise bloß stellt. Denn eine solche Agitation, die das Volk daran gewöhnt, jahrelang die stärksten Worte zu gebrauchen, seiner Regierung dauernd in heftigster Opposition gegenüber zu stehen, ohne damit irgend etwas auszurichten, läuft Gefahr, die politische Kraft des Volkes in politische Geschwätzigkeit aufzulösen. Eine solche Agitation ist nur geeignet, in einem Volke die Achtung, das Vertrauen auf sich selbst zu untergraben, in den Gegnern aber den Respect vor dem Volke und seinen Vertretern auszutilgen. In der That haben wir es erlebt, daß Herr v. Bismarck dem Abgeordnetenhause das Aeußerste an Geringschätzung bot, was wohl je in parlamentarischen Kämpfen vorgekommen ist. Hätte er das gewagt ohne die vorausgegangenen Erfahrungen, welche ihm bewiesen, daß Worte das Aeußerste waren, was er zu fürchten hatte? Später kam das Kölner Abgeordnetenfest. Franzosen, Engländer und Italiener meinten, da werde die Sache endlich zur Entscheidung geführt werden. Ich wünschte, die Herren, welche dieses Fest arrangirt hatten, wären in den nächsten Wochen im Auslande Zeugen der Geringschätzung gewesen, mit der die Nationen Europas von Deutschland redeten. Und wurden wir nicht mit Recht übel angesehen? War es geeignet, uns die Achtung der Welt zu erwerben, daß mitten in dem bittersten Ernst des größten Kampfes, den ein Volk kämpfen kann, des Kampfes um sein Recht, unzählige Städte von lautem Festjubel widerhallten, daß wir, wo es galt zu handeln, uns mit dem Reden und Trinken begnügten? Daß wir, nachdem wir so oft die Erfahrung gemacht hatten, wie gründlich die Kundgebungen unserer Vereine und Versammlungen ignorirt wurden, immer wieder mit Adressen und Resolutionen aufzogen und die ganze Steigerung unserer Energie darin bestehen ließen, daß wir um so mehr forderten, je weniger wir erreichten? Wenn ein Mann in seinen Privatgeschäften für einen Zweck Gut und Blut einzusetzen verspricht und dann weder den Zweck erreicht noch Blut oder nur Gut verliert, so hört er auf für uns respectabel zu sein. Wir sagen: er ist ein Prahlhans. Gilt das für ein Volk nicht? Und kann es eine Partei, der die Majestät des Volkswillens das Höchste ist, verantworten, wenn sie ihre Gegner diesen Willen nicht mehr fürchten lehrt? Ich fürchte, die Demokratie wird lange und schwer darunter leiden, daß sie so eclatant ihr Unvermögen dargethan hat, in äußersten Fällen zum Aeußersten zu greifen.

Aber sind denn nicht alle diese Vorwürfe durchaus unmotivirt? Wo wurde denn je, wird man einwenden, von der Fortschrittspartei eine revolutionäre Tendenz bekannt? Stellte sie sich nicht immer auf den Boden

der Verfassung, perhorrescirte sie nicht stets jede Gewalt? Freilich war das wohl fast immer ihre Praxis, aber ihre Theorie widersprach derselben. Das Programm der Partei umfaßte eine so fundamentale Umgestaltung der preußischen Staatsordnung, daß sie in den Grenzen der Verfassung unmöglich realisirt werden konnte. Die Macht der Krone, die bisher in Preußen der entscheidende Factor gewesen war, sollte dem Votum der Landesvertretung untergeordnet werden und zwar dem Votum der gewählten Abgeordneten. Das parlamentarische Princip sollte Wahrheit werden und zwar so, daß nicht der Adel, sondern das Bürgerthum der Träger desselben werde. Zugleich mit der Krone sollte der Adel, und zugleich mit beiden sollte Bureaukratie und Armee merklich herab gerückt werden. Und zwar wurde das, irre ich nicht, so in's Auge gefaßt, daß nicht der Proceß einer langen allmählichen Entwickelung, sondern der Sieg in dem vorliegenden Verfassungsconflict alle diese tief greifenden Veränderungen bringen sollte. Ein Sieg aber, der das vermöchte, muß ein den Feind zermalmender sein und solche Siege werden nur in Revolutionen, nicht auf dem Wege der Rechtsdeduction, der parlamentarischen Debatte errungen. Die ganze diesem Programm zu Grunde liegende politische Anschauung schloß den langsamen, mühseligen Weg der Vergleiche, der Compromisse aus. Auf diesem Wege konnte man im Frühling 1862 Beträchtliches erreichen; man verließ ihn und schickte sich zum Sturm an.

Aber nicht nur die Theorie schloß eine mehr oder weniger revolutionäre Taktik in sich, sondern die Praxis acceptirte dieselbe. Ich habe schon gezeigt, daß eine Partei, welche sich in einer Lage wie der damaligen Preußens wesentlich auf Agitation stützt, an und für sich eine revolutionäre Tendenz bekennt. Vollends, wenn diese agitatorische Methode nicht nur in den Wählerversammlungen, in Presse und Vereinen befolgt, sondern auf das parlamentarische Feld selber übertragen wird. Eine Parlamentspartei, welche wirklich auf constitutionellem Boden steht, beobachtet eine durchaus andere Kampfart, als sie in dem preußischen Abgeordnetenhause Sitte wurde. Wenn sie einmal die Erfahrung gemacht hat, daß mit den größten Mehrheiten gefaßte Beschlüsse nichts effectuiren, so legt sie auf derartige Dinge geringen Werth. Sie läßt die starken Worte, die glänzenden Debatten zur Seite und sucht den Feind durch geschickte Combinationen aus seiner Stellung heraus zu manövriren. Eine solche Taktik setzt aber genau die entgegengesetzte Parteiorganisation voraus, wie die in Berlin üblich gewordene. Sie ist nur möglich, wenn die Partei wirklich geführt wird, wenn die Führer die Autorität haben, wichtige Beschlüsse fassen zu können, ohne daß Wochen lang darüber in großen Fractionsversammlungen debattirt wird. Es ist ein politischer Widersinn, jedes

Manöver abhängig zu machen von einer Discussion unter hundert und mehr Personen. Denn es liegt in der Natur der Dinge, daß viele der wichtigsten politischen Thatsachen nur von Wenigen gewußt werden können, ebenso wie nur Wenige eine verwickelte Situation wirklich übersehen und noch Wenigere sie handelnd zu dominiren verstehen. Eine Partei, die sich nicht der Führung Einzelner unterzuordnen vermag und zwar in dem Maße, daß diese in gewissen Momenten auf eigene Verantwortung handeln und die wichtigsten Entscheidungen herbei führen können, darf von vorn herein auf große Erfolge verzichten, wenn sie nicht eben durch fortgesetzte Agitation die Massen bewegen will, nicht gesetzliche Mittel anzuwenden. Vor Allem in einem Kampfe, wie der zwischen dem Abgeordnetenhause und Herrn v. Bismarck war. Hier galt es, der Person die Person entgegen zu stellen, nicht dem Dictator die souveräne Masse. Da der Vortheil der Macht unbedingt auf der Seite des Gegners war, konnte nur das überlegene Geschick der Kriegführung den Sieg bringen. Hier aber hatte allein der Mächtige Strategie und Taktik und die Schwachen erfreuten sich der größten Confusion, wie sie von Massenherrschaft unzertrennlich ist. Die Absichten und Gedanken der Fortschrittspartei wurden lange vor dem Kampfe aller Welt mitgetheilt und die Regierung wußte immer ganz genau, wo und wie der Angriff erfolgen werde. Hat eine solche Kriegskunst je Siege errungen? Aber auf diesem Wege kann man nicht nur nicht siegen, sondern auch unmöglich in die Verfassung kommen, einen Sieg zu benutzen. In der Politik siegen heißt zur Herrschaft kommen. Eine Partei, für die der Sieg eine Bedeutung haben soll, muß in der Lage sein, die Regierung zu übernehmen, d. h. sie muß Führer haben, welche eine Regierung bilden können. Hatte die Fortschrittspartei solche Männer? Ja hatte sie irgend eine Aussicht, bei ihrer Parteipraxis je solche Männer zu erhalten? Ich glaube nicht, daß ein Mann von großer politischer Fähigkeit sich einer Parteidisciplin unterordnet, welche darauf hinausläuft, die Masse zum Herrn und die sogenannten Führer zu ihren Dienern zu machen, und ich glaube ebenso wenig, daß unter einer solchen Massenherrschaft wirkliche Capacitäten sich bilden. Wer die Geschichte der letzten Jahre überblickt, wird wohl finden, daß diese unrichtige Parteiorganisation, welche die gesammte deutsche Partei mit der preußischen mehr oder weniger theilte, sehr wesentlich dazu beigetragen hat, alle unsere liberalen Bestrebungen mit Unfruchtbarkeit zu schlagen. Eine Partei, deren Führer von der Partei geführt werden, ist dazu verurtheilt immer geschlagen zu werden. Sie hat nur eine Chance des Siegs: wenn sich die Masse mit physischer Gewalt auf den Gegner wirft, d. h. Revolution macht.

Gervinus hat von dem neunzehnten Jahrhundert ausgesagt, es setze die Thätigkeit und die Macht der Vielen an die Stelle der beherrschenden Wirkung Einzelner, sein Charakter sei demokratisch, es schließe die aristokratische Präponderanz aus. Vom deutschen Liberalismus unserer Zeit läßt sich das allerdings im höchsten Maße sagen. Es fragt sich nur, ob das eine rühmliche und wünschenswerthe Eigenschaft ist. Ich behaupte, so lange er in dieser einseitig demokratischen Weise unter der Herrschaft monarchischer Staatsformen operirt, wird er darauf verzichten müssen, seine eigenen Gedanken je selbst zu realisiren, d. h. mit voller Kraft in das Staatsleben einzugreifen. In die Arbeit, gewisse Ideen zu verbreiten, können und müssen sich Tausende theilen, aber sie können sich unmöglich je in die Executive eines modernen Staats theilen und nur die Executive führt politische Ideen in's Leben. Bei uns ist bisher der Verlauf so gewesen, daß die Liberalen gewisse Forderungen aufstellten und so weit vertraten, daß es unmöglich war, sie länger abzuweisen, dann aber nicht liberale, sondern conservative Regierungen die praktische Ausführung übernahmen. Der einzige große, glänzende Sieg des Liberalismus, den unser Jahrhundert kennt, wurde in Italien erfochten. In Italien aber, meine ich, halfen die Vielen in folgsamer Unterordnung dem Einen und dieser Eine, der wirklich siegte, war ein Aristokrat. Die wahrhaft entscheidenden Impulse gingen nicht von dem italienischen Volke, auch nicht von irgend einer italienischen Partei, sondern von Cavour aus. Er ließ Italien am Krimkriege Theil nehmen, er schuf die Allianz mit Frankreich, er führte den rettenden Krieg herbei. Solche Wendungen kann nur ein Einzelner vorbereiten und vollziehen und sie sind es, welche in der Politik dem mächtigen Drange eines Volkes die Kraft geben, das Ziel zu erreichen. Gewiß ist unsere Zeit in wichtigen Beziehungen von demokratischen Tendenzen beherrscht, aber eben dieser demokratische Charakter macht ihr hervorragende Einzelne nur um so unentbehrlicher. Denn die Demokratie bedarf des Hauptes. Nur Aristokratien können die Masse der Auserlesenen eine Collectivthätigkeit üben lassen. Ein Vergleich der neuesten Geschichte Frankreichs und Englands zeigt die Wahrheit dieses Satzes mit handgreiflicher Deutlichkeit.

Wir sahen früher, wie die liberale Opposition in den Kleinstaaten, weil sie dazu verdammt war Opposition zu bleiben, einen überwiegend verneinenden Charakter annahm. Wer fort und fort nichts kann als zu dem, was geschieht, nein sagen, wem der Gedanke fern liegt, wie er einmal ja sagen werde, der kommt zu den Dingen in eine schiefe unnatürliche Stellung. Vor Allem gilt das von der Politik, welche einen durchweg positiven Charakter hat. In ihr ist das Verneinen nur dadurch

berechtigt, daß ein Unrichtiges beseitigt werden muß, um an seiner Stelle das Richtige aufzubauen. In ihr muß die Kritik dem schaffenden Thun absolut untergeordnet sein. Denn das mittelmäßigste Handeln ist für den Staat fruchtbarer als die bewunderswürdigste aber unthätige Kritik. Freilich liegt einem in der Theorie großgewordenen Volke wie dem deutschen die Gefahr sehr nahe, auch in der Welt des Handelns mehr seinen urtheilenden Verstand als seinen handelnden Willen wirken zu lassen, aber gerade einem solchen Volke muß auch diese Gefahr besonders gefährlich werden. Denn indem es an den Erscheinungen der rauhen und immer höchst unvollkommenen Wirklichkeit eine ideenhafte Kritik übt, schiebt es die Pflicht von sich ab, in Zuständen thätig zu werden, die es als höchst kläglich erkannt hat. Der Mann der philosophischen Speculation oder der gelehrten Forschung oder der künstlerischen Einbildung oder der häuslichen Moralität bringt zu den politischen Thatsachen einen Maßstab mit, dem sie eigentlich nie genügen können. Sehr lange bestand in Wahrheit unsere Theilnahme am Staat wesentlich darin, ihn durch unsere absolute Kritik uns vom Halse zu halten, und wenn wir doch einmal uns verführen ließen, in ihm handeln zu wollen, machten wir rasch so entmuthigende Erfahrungen über die Unmöglichkeit, in ihm die ebenso erhabenen als reinen Ideale unserer Brust zu verwirklichen, daß wir uns bald wieder darauf resignirten, diesen Idealen in der keuschen Stille unseres Hauses zu leben. Solche Natur und Gewöhnung mußte unter uns dem abwehrenden Verneinen ein bedauerliches Uebergewicht geben über das bessernde Thun. Unsere gutmüthige und devote Art ließ sich diesen Hang freilich lange in höchst harmlosen Formen äußern; bis tief in die vierziger Jahre wehrte er mehr die Opposition ab, die uns schwer befriedigen konnte, als daß er das Bestehende angriff, und bis auf den heutigen Tag leidet jede Opposition bei uns empfindlich darunter, daß sie den Einen zu viel, den Andern zu wenig thut, was dann beide bestimmt, sich lieber passiv zu verhalten als sich an einer Thätigkeit zu betheiligen, mit der sie nicht bis in's kleinste überein stimmen.

Als aber einmal der patriotische Eifer in uns fuhr wie 1848 und 1859 und die bei uns mächtigste politische Triebfeder, die schwärmerische Begeisterung für die Größe und Herrlichkeit des Vaterlandes, uns mit gewaltigem Stoß auf die Armseligkeit unserer wirklichen Zustände schleuderte, da wurde in uns eine seltene Begabung offenbar, Alles, was von oben geschah und Alles, was bestand, kritisch zu verarbeiten und diese theoretische Opposition gewann einen um so kühneren Flug, als uns eigentlich noch immer der Gedanke ziemlich fremd war, uns nun selber einmal in schöpferischen Thaten zu versuchen. Das erfuhr das Ministe-

rium Auerswald. Welche erfreuliche Veränderung hatte Preußen seit dem Herbst 1858 gewonnen! Aber wie unendlich viel herrlicher hatte sich der Enthusiasmus des der neuen Regierung zujubelnden Volkes diese neue Aera ausgemalt! Der Abstand von diesem Phantasiegebilde wurde immer peinlicher und er wirkte um so aufregender, als das Gedächtniß an die Prüfungen unter dem Manteuffel'schen Regiment rasch verlöschte. Denn wir haben die Gewohnheit in Tagen einer häßlichen Reaction uns in unsere Häuslichkeit zurück zu ziehen. Erst wenn draußen ein blauer Himmel lacht, kommen wir zum Vorschein: wehe, wenn dann den Aether einiges leichte Gewölk verschleiert! Daß eben noch Sturm und Regen tobte, haben wir fast vergessen, denn wir hüteten uns wohl, solchen Unbilden unsere empfindliche Haut aus zu setzen. — Wir sahen, wie die oppositionelle Stimmung unter dem liberalen Ministerium wuchs. Nun kam gar das Junkerregiment! Nun sprach die Regierung in Ausdrücken und mit Argumenten, welche jedes bürgerliche Bewußtsein tief verletzten. Dann fielen Excesse vor von betrunkenen Soldaten und liederlichen Officieren. Uns war zu Muthe, als habe sich so Unerhörtes nie zugetragen. Endlich griff die Regierung nach allen Seiten mit rücksichtsloser Gewalt durch, mit einer Gewalt, die oft den Verdacht erweckte, als wünsche sie zu verletzen und zu reizen. Niemand kann sich wundern, daß das Publicum mit einer schonungslosen Kritik nun seinerseits Allem sich entgegen stellte was geschah. Die Hoffnung, dieses Unwesen zu beseitigen, wurde bald sehr schwach; man überließ sich um so mehr dem Vergnügen, dem weh zu thun, der die öffentliche Meinung so empfindlich beleidigt hatte. Man freute sich an den starken Worten der parlamentarischen Debatten, an den scharfen Beschlüssen, welche das verhaßte Regiment trafen und verlor allmählich das Bewußtsein, daß dieses Regiment nun doch leider einmal den Staat vertrat, daß man oft diesen traf, wenn man jenes schlagen wollte.

In Baden hatte diese systematische Opposition einst den Bestand des Staats dermaßen erschüttert, daß er die Beute einer traurigen Revolution wurde. Auch die Opposition der preußischen Fortschrittspartei kam mehr und mehr in Gefahr, dem Staat weh zu thun, um einer verhaßten Regierung zu schaden. Es ist wenigstens die Meinung weit verbreitet, daß sie mehr als einmal wichtige Staatsinteressen verletzt habe, weil die Regierung, welche für den Staat Mittel forderte, ihr zuwider war. Man hat es außerhalb Preußens z. B. nicht billigen können, daß sie wiederholt die Gelder für das Flottenwesen verweigerte. Man hat es sehr entschieden tadeln müssen, daß sie, als der dänische Krieg unerläßlich geworden war, zurück hielt, weil sie es mehr fürchtete, daß die Regierung und die Armeereform sich im Kriege bewähren und befestigen möge, als daß Preu-

ßen einen unvergleichlichen Moment unbenutzt lasse. Endlich hat sie in diesem Sommer das Interesse der Partei über das des Vaterlandes in einem Maße gestellt, das ihr die preußische Geschichte schwerlich verzeihen wird. Hier hätte eine preußische Partei durchaus nicht in die Irrwege der kleinstaatlichen Opposition gerathen dürfen. Denn sie war verantwortlich für die Größe und Macht ihres Staats, eines wirklichen Staats, desjenigen Staats, auf dem auch nach ihrer Meinung das Wohl der ganzen Nation beruhte. In Baden oder Sachsen mochten die Liberalen in der Hitze des Kampfs die Pflicht gegen den Staat aus den Augen verlieren, denn was bedeutete er? In Preußen aber war es ein schwerer Verstoß, auch nur vorübergehend eine Taktik zu befolgen, welche dem Staate weh that und die Feinde stärkte. In Preußen, meine ich, durfte nie vergessen werden, daß neben der inneren eine auswärtige Politik stand, daß der Staat in Deutschland und Europa große Aufgaben zu erfüllen habe, Aufgaben, an denen die Partei selber das stärkste Interesse hatte. Denn in gleichem Maße wie der innere Conflict wuchs die Spannung mit den deutschen Gegnern. Augenscheinlich nahte der Moment einer großen Entscheidung über die preußischen und deutschen Geschicke. In den Herzogthümern stand der Gewinn oder Verlust eines unendlich wichtigen Gebiets auf dem Spiele. Die inneren Fragen traten für jedes unbefangene Urtheil in den Hintergrund. Da war es doch gewiß nicht an der Zeit, die Opposition von jeder Rücksicht auf diese großen Aufgaben der Macht und der Existenz zu entbinden und außer Acht zu lassen, wie das, was man gegen den inneren Feind thue, auf den auswärtigen wirke. Leider aber kam es so, daß die Sprache der liberalen Presse und der liberalen Abgeordneten mit Wonne von denen vernommen wurde, welche draußen ihre Waffen gegen Preußen schmiedeten, daß diese Sprache in den deutschen Kleinstaaten auch die Freunde Preußens mehr und mehr in's feindselige Lager trieb. Freilich trug hier die Regierung ihrerseits die schwerste Schuld. Aber die Fehler einer Regierung entbinden die Opposition nicht von der Verantwortung für ihre eigenen Mißgriffe. Und die preußische Opposition sprach und schrieb so von ihren heimischen Zuständen, daß draußen die allgemeine Ansicht entstand, Preußen erliege einer schrecklichen Fäulniß und werde bei dem ersten Stoß zusammen brechen wie ein morsches Gebäude. Jeder Bewohner eines Zwergstaats dankte dem Himmel, daß er ihn vor so entsetzlichen Zuständen bewahre. Entsprach dieses von der Opposition entworfene Bild auch nur von ferne der Wirklichkeit? Und entsprach es dem Interesse des liberalen Bürgerthums in Preußen, daß die Welt sich mit Abscheu erfüllte gegen Preußen?

Ich habe gern eingeräumt, daß die Fortschrittspartei, als sie 1862 auf den Kampfplatz trat, diejenigen Forderungen auf ihre Fahne schrieb, welche von der großen Mehrzahl der preußischen und deutschen Liberalen erhoben wurden. Sie gab mit ihrem Programm den herrschenden Stimmungen und Ansichten einen in der Hauptsache getreuen Ausdruck. Sie ging zwar, wie wir sahen, von einer irrigen Schätzung der gegenseitigen Kräfte aus, aber bis dahin hatte die Regierung wenig von der Energie und dem Geschick bewiesen, das sie später entwickelte. Die Partei irrte, aber dieser Irrthum konnte entschuldigt werden. Wie stand es dagegen, als der preußische Landtag im Januar 1865 zusammen trat? Preußen und Deutschland hatten eine Reihe der bedeutsamsten Erfahrungen gemacht, welche den ursprünglichen Voraussetzungen der Fortschrittspartei sammt und sonders mit vernichtender Kraft entgegen traten. Die erbitterte Opposition, welche seit dem Tode des Dänenkönigs die Liberalen der deutschen Kleinstaaten mit der Fortschrittspartei vereinigt hatte gegen das verhaßte Bismarck'sche Regiment, hatte sich ebenso ohnmächtig erwiesen wie das Widerstreben der preußischen Liberalen im Innern. Mit größerer Wärme als je und mit größerer Einigkeit hatten die Deutschen das Recht der Herzogthümer und des von ihnen anerkannten Fürsten gefordert, und die Bewegung, welche alle deutschen Staaten erfüllte, war in den verschiedenen Stadien vollständig gescheitert. Zuerst hatte sie sich vergeblich bemüht, die Mittelstaaten zu einem kräftigen und rechtzeitigen Vorgehen zu bestimmen. Dann hatte sie mit eben diesen Staaten gemeinsame Sache gemacht gegen die Willkür der Großmächte; Alles, was in Deutschland von politischer Kraft war, stand in dichten Schaaren gegen die Bismarck'sche Politik: sie schritt, kaum ein wenig gehemmt durch die zahllosen Gegner, ruhig und sicher auf ihr Ziel los, an dessen Erreichung sie die Mißgunst der europäischen Mächte ebenso wenig zu hindern vermochte. Zwei bedeutsame Thatsachen standen danach im Herbst 1864 fest: der Kampf um Schleswig-Holstein hatte dem deutschen Liberalismus eine empfindliche Niederlage, und er hatte zugleich der deutschen Nation einen folgenreichen Sieg eingetragen. Mit den Verwünschungen der deutschen Patrioten beladen, hatte Graf Bismarck zum ersten Male seit Jahrhunderten den deutschen Grenzen eine wichtige Erweiterung verschafft. Eine an sich freilich für die preußische Macht nicht schwierige Aufgabe, der Kampf mit Dänemark, war durch die Complicationen der inneren preußischen und deutschen Politik und die Abneigung Europas zu einer Angelegenheit geworden, an der ein ganzer Mann seine Klugheit und Kraft wohl erproben konnte. Graf Bismarck hatte diese Probe ebenso glänzend bestanden, wie alle seine Gegner, die preußische und deutsche Opposition,

die Kleinstaaten, der Bundestag und Oesterreich hinter den bescheidensten Erwartungen zurück geblieben waren. Preußen stand wieder als anerkannte Macht in Europa da, und nur die Leidenschaft konnte verkennen, daß an dieser ruhmvollen Erhebung Graf Bismarck ein ganz hervor ragendes persönliches Verdienst habe, und neben ihm diejenige Einrichtung, welcher nächst dem Minister die Spitze der Opposition zumeist zugekehrt war, die Armeereorganisation. Freilich bemühte sich die Presse der Fortschrittspartei, den Nachweis zu führen, daß diese Reform an den großen Leistungen der preußischen Armee in Schleswig gar kein Verdienst habe; aber während Europa zu dieser Armee, wie sie war, mit großem Respect aufsah, hatte die Behauptung, daß eine andere Armee sich ebenso ausgezeichnet geschlagen haben würde, wenig zu bedeuten. In der Politik entscheiden nun einmal Thatsachen und nicht Hypothesen.

Es war unverkennbar, das Ministerium Bismarck hatte das Ansehen und die Bedeutung Preußens, seit die Lage dieses Staates die kläglichste von der Welt geworden sein sollte, in einem Maße gehoben, wie man es seit fünfzig Jahren immer wieder, aber immer vergeblich ersehnt hatte. Und wenn man den Ruhm des Ministerpräsidenten in der schleswig-holsteinischen Sache durch die verschiedenartigsten Ausstellungen mindern konnte, durch den Hinweis auf sein anfängliches Schwanken, auf die schlimmen Widersprüche, in die er sich verwickelt, auf seine Verachtung des Rechts, auf den wesentlich militärischen Charakter der Aufgabe, so mußte die unter den Liberalen verbreitete Geringschätzung seiner wirklich staatsmännischen Fähigkeiten doch ernstlich in's Gedränge kommen durch die Erwägung, daß der Erfolg in Schleswig-Holstein keineswegs isolirt stehe, daß der Minister vielmehr in einer ganzen Reihe von Fällen ähnlich reussirt habe. Für das Recht Kurhessens war Jahre lang von dem Ministerium Auerswald, von den Volksvertretungen fast aller deutschen Staaten umsonst gekämpft worden. Herr v. Bismarck schickte den berühmten Feldjäger nach Kassel und in wenigen Tagen war der Eigensinn des Kurfürsten gebrochen. Aus Anlaß der polnischen Insurrection hatte das Bündniß Preußens mit Rußland den Abscheu der liberalen Meinung Deutschlands und Europas erweckt und eine Coalition dreier Mächte fürchten lassen: das Bündniß erreichte sein Ziel. Als der innere Conflict mit frischer Kraft wüthete, versuchte Oesterreich mit den Mittelstaaten, das wie man meinte gelähmte Preußen auf dem Frankfurter Fürstentage zu demüthigen: das pomphaft in Scene gesetzte Manöver nahm ein klägliches Ende. Eben war Oesterreich empfindlich zurück gewiesen, da sah man es zum Staunen aller Welt Hand in Hand mit demselben Preußen nach Schleswig gehen. Daß Oesterreich und Preußen dieselben Wege wandelten,

hatte man oft genug erlebt; daß aber nicht Oesterreich sondern Preußen führte, das bildete eine ganz neue Erscheinung. Und während Oesterreich in Schleswig die Politik und die Interessen Preußens machte, versuchte es in der Angelegenheit des französischen Handelsvertrags Preußens Wege zu durchkreuzen, auch hier wieder von den Mittelstaaten eifrig unterstützt. Aber das Resultat war nicht anders als auf dem Fürstentage. Preußen siegte in dieser wie in allen anderen Fragen vollständig.

Gewiß, dieser Summe bedeutsamer, für Preußen höchst erfreulicher Thatsachen gegenüber einfach an dem Satze festhalten, Graf Bismarck sei ein leichtsinniger Spieler, er werde Preußen sicher in's Verderben bringen, seine Beseitigung müsse nach wie vor mit allen Mitteln verfolgt werden, das verrieth viel Eigensinn, aber wenig Einsicht. Man hat sich zwar bei uns gewöhnt, die sogenannte Consequenz als die höchste aller politischen Tugenden zu preisen, aber es bedarf doch nur eines etwas ernsten Nachdenkens, um zu erkennen, daß auch darin wieder eine jener unglücklichen Verwechslungen der Politik mit anderen rein innerlichen Geistesthätigkeiten zu Tage tritt, an denen wir so reich sind. Eine religiöse Ueberzeugung trotz allem Drang widriger Umstände festhalten, einem Freunde Treue bewähren, wie schlimm ihm das Geschick und die Menschen mitspielen, das ist gewiß wahre Tugend. Aber in der Politik nicht nur dasselbe Ziel, sondern auch denselben Weg zu ihm, unbeirrt um die das Ziel wie den Weg bestimmenden Verhältnisse, behaupten wollen ist Thorheit. Denn in der Politik kommt es darauf an, nicht daß ich eine Ansicht habe, sondern daß ich sie realisire. Darum zählt die Politik zu ihren wichtigsten Mitteln die Klugheit, die freilich geleitet werden soll von der Weisheit. Die Klugheit lehrt die zum Ziele führenden Wege richtig wählen und geschickt gehen, die politische Weisheit aber verlangt, daß ich immer klaren Blick behalte über die ganze Lage, daß ich nicht etwa den höchsten Zweck meines ganzen Strebens auf's Spiel setze, weil ein untergeordneter Zweck mir durch besondere Verhältnisse ein sehr lebhaftes Interesse abgewonnen hat. An jener Klugheit sind wir immer arm gewesen. Gegen diese Weisheit verstieß die preußische und die ganze deutsche Opposition seit dem ruhmreichen Ende des dänischen Kriegs schwer. Sie hatte die Herzogthümer auf einem anderen Wege befreien wollen als Graf Bismarck; aber sie war gar nicht dazu gekommen, diesen Weg nur zu betreten, durch die Schuld ihrer eigenen Schwachheit. Hatte es deshalb einen Sinn, die Befreiung selber fast als ein öffentliches Unglück zu beklagen? Sie hatte die Constituirung der Herzogthümer in einer anderen Weise gewünscht, als der preußische Minister. Das war gewiß eine wichtige Frage. Aber wichtiger als das Loos der Herzogthümer und der Herzogshut eines Prin-

zen war, daß Preußen und Deutschland aus der Befreiung der Lande vom dänischen Joch den vollen Gewinn ziehen. Man mochte deshalb die Agitation für das Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins sehr weit treiben, aber man durfte nie so weit gehen, daß man über der Lebensform, welche die Herzogthümer in Deutschland gewönnen, ihr deutsches Leben überhaupt auf's Spiel setzte und über dem Gedeihen eines Theils das Wohl des Ganzen. Diejenigen, welche als ernste Männer aus der Natur des preußischen Staats und seiner Stellung zu Deutschland die Ueberzeugung geschöpft hatten, daß Deutschland nur durch Preußen zu einer gesunden Staatsordnung geführt werden könne, wie mochten sie es vor ihrer politischen Logik verantworten, daß sie um Schleswig-Holsteins willen Bündniß machten mit den gefährlichsten Gegnern Preußens? War es wirklich eine Lebensfrage für Deutschland, ob Schleswig-Holstein, das durch Preußen befreite, mehr oder weniger unabhängig von seinem Befreier gestellt werde? Jedenfalls war es für Preußen nahezu eine Lebensfrage, daß es seine Macht auf der wichtigen Halbinsel fest und unangreifbar begründe, und diejenigen, deren deutsche Hoffnungen an Preußen hingen, durften für dieses preußische Interesse nicht gleichgültig sein. Dagegen die Gewaltthätigkeiten irgend eines gegenwärtigen preußischen Ministers oder Gouverneurs als entscheidendes Moment betonen, bewies doch in der That absolute Gedankenlosigkeit. Denn die großen strategischen und politischen Beziehungen zwischen jener Halbinsel und dem preußischen Staate waren immerwirkende Factoren der deutschen Politik, neben denen das häßliche Thun einzelner sterblichen Menschen gar nicht in Betracht kam.

Ein verständiger Mann hat bei all' seinem Handeln sorgfältig zu erwägen, welche Ergebnisse dasselbe voraussichtlich herbei führen wird und je größer die Gegenstände sind, um die es sich handelt, desto gewissenhafter hat er in jedem Augenblicke zu bedenken, daß er für den Erfolg seiner Thaten verantwortlich ist. Wer einen bedrängten Freund durch ungeschickte Manipulationen zu Grunde richtet, der wird sich nicht damit entschuldigen können, er habe es für seine Pflicht gehalten, unbeirrt durch allen Wechsel der Verhältnisse einen vollen Anspruch zu vertreten, der im Beginn seiner Thätigkeit gewisse Chancen hatte. Das ist heute die Lage Derjenigen, welche den Herzogthümern und dem Prinzen von Augustenburg unbeugsamen Widerstand gegen die preußischen Forderungen anpriesen und sie auch dann noch darin bestärkten, als für jedes unbefangene Auge die Unmöglichkeit klar lag, damit durchzudringen. Freilich, wenn es in der Politik darauf ankäme, 1865 dasselbe Dogma zu verkünden wie 1863, gegen einen siegreichen Feind dasselbe Verfahren einzuschlagen, wie gegen denjenigen, welchen man zu besiegen erwartete, an der Spitze einer de-

moralisirten Partei dieselben Ansprüche zu erheben, wie an der Spitze einer siegesgewissen, dann hätten wir in der schleswig-holsteinischen und in mancher anderen Sache Bewunderungswürdiges geleistet. Für jeden klaren Kopf liegt das Thörichte solchen Treibens auf flacher Hand und alle moralische Entrüstung, alles Rufen: Recht muß doch Recht bleiben, ändert daran gar nichts. Es ist in der That die höchste Zeit, daß wir das Joch solcher banalen Phrasen, welche bei unserer moralischen, wesentlich in häuslichen und privaten Sphären entwickelten Gemüthsrichtung und unserem theoretischen Eigensinn für uns ganz außerordentlich gefährlich sind, endlich abschütteln. Wenn ein Mann, der in einem Rechtsstreit die besseren Rechtsgründe auf seiner Seite hatte, im Vertrauen darauf jede angemessene Anstrengung unterließ sie zu rechter Zeit und in rechter Weise geltend zu machen und in Folge davon den Proceß verlor, kehren dann verständige Menschen ihre Entrüstung gegen denjenigen, der durch größere Thätigkeit gewann und ergehen sich in trostlosen Declamationen über den Verfall alles Rechts? Das Recht an sich hat in der Welt noch nie gesiegt, sondern stets nur das mit männlicher Tapferkeit und Klugheit vertretene. Wir aber schienen uns einzubilden, es genüge, in einigen hundert Versammlungen das Recht der Herzogthümer zu proclamiren, der Himmel werde dann schon die Freundlichkeit haben, den bösen Bismarck nieder zu schmettern. Aber es heißt bekanntlich: Hilf dir selber und der Himmel wird dir helfen. Der Himmel hat es noch nie mit sentimentalen Lamentationen, sondern stets mit männlichen Thaten gehalten. Das Recht, welches keine Energie in Bewegung zu setzen vermag, ist kein Recht, sondern Schein. Im geschichtlichen Leben kommen aber überhaupt ganz andere Potenzen zur Wirkung, als ein isolirtes juristisches Recht. Im Sinn der während der letzten Jahre unter uns verherrlichten Rechtstheorie wäre die ganze Geschichte ein einziger ununterbrochener Rechtsbruch. Keine Familie, kein Gemeindewesen kann sich nur acht Tage bewegen, ohne Rechte der Einzelnen dem Gesammtwohl unterzuordnen. Jeder Straßen- und Eisenbahnbau zertritt die Rechte Unzähliger; jeder Handelsvertrag beraubt Tausende, um Tausende zu bereichern. Niemand denkt mehr daran, in diesen Sphären das stramme Recht vertreten zu wollen. Aber in der Politik wollten wir diese monströse Begriffsverwirrung „mit Gut und Blut" d. h. mit bequemen Resolutionen, für die sich keine Hand rührte, aufrecht erhalten. Da sollte das Recht der Herzogthümer sich souverän über das Heil Deutschlands erheben, damit die unselige Macht des Particularismus vollends unangreifbar etablirt werde. Vor Allem handelte es sich doch wohl um das Recht Deutschlands, endlich, endlich aus dieser Misère krüppelhafter Existenzen sich zu erheben, endlich das schreiende Unrecht der

souveränen Dynasten zu brechen, welche einst durch eine Reihe der schlimmsten Rechtsverletzungen ihren verderblichen Egoismus aufgebaut hatten auf dem Ruine nationaler Größe und Ehre. Für dieses Recht Deutschlands waren die Anhänger der nationalen Partei verpflichtet einzutreten, diesem Recht endlich wieder Luft zu machen, mußten sie herbei eilen in dem Augenblicke, wo nach langer Schlafsucht endlich in Deutschland eine Macht aufstand, die zu handeln und zu siegen verstand, die den Muth hatte, den Wust diplomatischer Schreibereien zu durchhauen mit scharfem Schwertschlag.

Man mag es nichtsdestoweniger erklärlich finden, daß der kleinstaatliche Liberalismus, an Kleines gewöhnt, ohne Uebung die Tragweite großer diplomatischer und militärischer Actionen zu schätzen, trotz aller Begeisterung für ein großes mächtiges Deutschland erfüllt von particularistischen Hängen und Gesichtspunkten, verletzt durch die bei uns ganz unbekannte Art eines Staatsmanns, der großen Zwecken heute mit stürmischer Gewalt, morgen mit listiger Verschlagenheit nachjagte — ich sage, man mag es entschuldigen, daß die Liberalen in den Kleinstaaten sich durch die großen Erfolge der preußischen Politik nicht irre machen ließen; im höchsten Grade aber auffallend war es, daß die preußischen Liberalen dieselbe Praxis befolgten. In den Kleinstaaten ängstigte der richtige Instinct, das Schicksal Schleswig-Holsteins werde normgebend sein für das Loos der anderen souveränen Bundesstaaten, und man vertrat demnach im Recht des Herzogs von Augustenburg das so vieler anderen Herzoge, Großherzoge und Könige. Aber in Preußen konnten doch diese Gründe unmöglich die liberale Meinung gegen den Mann aufregen, der Preußen zum ersten Male seit fünfzig Jahren einen großen Sieg verschafft hatte, und der nun diesen Sieg für Preußen ausbeuten wollte. Allerdings gab es ja auch in Preußen nicht wenige Weise, welche die Vergrößerung der Monarchie indignirt zurück wiesen. Aber es scheint mir, diese Moralität verdankten sie doch lediglich ihrem blinden Hasse gegen Graf Bismarck. Wären sie selber in der Lage gewesen, Preußen um eine kostbare Provinz zu vergrößern, sie würden sich über die damit verbundene Rechtsverletzung in dem Gedanken getröstet haben, daß der liebe Gott die Welt nun einmal so eingerichtet habe, daß Preußen wie alle übrigen Staaten durch ähnliche Rechtsverletzungen zu seinem jetzigen Bestande gekommen sei und sie nicht die Verpflichtung hätten, in der Welt einen ganz neuen Proceß der Staatsbildung einzuführen. Die ungeheure Mehrheit aber der Preußen und auch der Abgeordneten wünschten im Grunde ihres Herzens nichts anderes, als daß Schleswig-Holstein preußisch werden und das einen heilsamen Vorgang bilden möge für die weitere W[iede]rvereinigung des

einst durch die Gewalt der Einen und die Schwäche der Anderen zerrissenen Deutschland. Für das Aufgehn Preußens in Deutschland hatten sie sich nie sonderlich erwärmt, und daß Deutschland auf dem Wege moralischer Eroberungen zu Preußen gebracht werden könne, hatten sie wenigstens damals, als zu diesen Eroberungen einige Aussicht war, unter der neuen Aera, für ziemlich problematisch gehalten. Ich erinnere mich 1859 und 1860 von sehr vielen sehr liberalen Männern in Preußen oft genug das Geständniß gehört zu haben: wirklich weiter kommen werden wir erst dann, wenn einmal das preußische Schwert die widerspenstigen Könige zur Raison bringt und das Netz der österreichischen Intriguen durchhaut.

Nun wohlan, jetzt war dieses Schwert endlich aus der Scheide gefahren, es glänzte prächtig in der Sonne des Sieges, ein Mann von seltener Kraft und Klugheit wies ihm die rechten Wege, die Gegner harrten mit schlotternden Knien, wen es zunächst ereilen werde. War das nicht der Augenblick, allen inneren Hader zu vertagen? Für die preußische Macht leuchtete ein günstiger Stern, der preußischen Freiheit wehte ein widriger Wind: hatte es einen Sinn, trotzdem nur dieser nachzujagen und jene preiszugeben? Wie lange hatte man in liberalen Kreisen nach einem Manne geseufzt, der endlich Preußen kühn vorwärts führen werde! Nun, jetzt war er nicht nur da, sondern er stand bereits an der richtigen Stelle, er hatte schon ein gutes Stück Weges hinter sich. Freilich hatte er ein anderes Gesicht, als die liberale Phantasie sich ausgemalt. Dafür stürmte er aber auch die steile Bahn des Sieges mit einer Gewalt herauf, die weit über allen liberalen Phantasien war. Und in der That, hundert Gründe für einen empfahlen es, der preußischen Politik eine andere Wendung zu geben, als man vor Jahren beabsichtigt. Einer recht gesunden, freien Entwickelung stand in Preußen nichts mehr im Wege, als die Unfertigkeit seines Wuchses. Ganze Freiheit ruht nur auf ganzer Macht. Ein Staat, der immer mit äußerster Spannung seiner Kraft arbeiten muß, um seine Existenz sicher zu stellen, liegt in den Fesseln der Noth. Dazu kam, daß in Preußen gewisse absolutistische, aristokratische und bureaukratische Traditionen das überlieferte Staatswesen beherrschten, die man am Besten zurück schob, wenn man den ganzen Staat auf eine neue Basis stellte. In dem übrigen Deutschland, das gewonnen werden mußte, konnten diese Traditionen nicht mächtig werden. Sodann empfahl die augenblickliche Lage der inneren Verhältnisse durchaus, ebenso im Interesse des Staats als der liberalen Partei selber, den alten Hader zu begraben in einer energischen Machtentfaltung nach außen. Nach den Erfahrungen, die man seit drei Jahren gemacht hatte, konnte man doch kaum noch hoffen, den Grafen zu Falle zu bringen. Man mußte vielmehr fürchten, daß

ihn ein neuer Erfolg in den Stand setzen werde, über eine ohnmächtige Opposition einfach zur Tagesordnung überzugehen. Noch standen die Dinge nicht so. Noch hatte eine Ausgleichung des innern Conflicts auch für den glücklichen Minister eine erhebliche Bedeutung. Er verhehlte es gar nicht, daß er für solche Ausgleichung nicht geringe Opfer zu bringen bereit sei.

Unter diesen Umständen war die Taktik des Abgeordnetenhauses in der Session von 1865 eine einfach gegebene. Es mußte die durch einen glorreichen Krieg erprobte Armeereform als vollendete Thatsache acceptiren, dafür sein Budgetrecht zur Anerkennung bringen und nun alle Kräfte bereit stellen für die Sicherung des Siegespreises, für die volle Ausbeutung des Sieges in Schleswig-Holstein und Deutschland. Es ist bekannt, daß das Abgeordnetenhaus nichts Derartiges that, daß die größten Aenderungen der thatsächlichen Lage es nicht bestimmen konnten, seine Haltung im Mindesten zu ändern, daß es 1866 wie 1865 einfach das alte Lied fort sang. Freilich änderte auch die Regierung im Innern wenig an der bösen Praxis, in welche sie sich früher, unter ganz andern Verhältnissen, verstrickt hatte und die Geschichte wird es einst schwer begreifen, wie Graf Bismarck, der doch die Situation vollkommen übersah, der seit dem Frühling 1865 wußte, daß der große Entscheidungskampf mit Oesterreich vor der Thür stehe und sich militärisch und diplomatisch auf denselben vorbereitete, und der sicherlich nicht unterschätzte, was die innere Lage des Staates für jenen Kampf bedeutete, wie er trotzdem so Manches geschehen ließ, was nur dazu dienen konnte, den üblen Ruf seiner Regierung in Europa wie in Deutschland zu verschlimmern und die Opposition zu stärken. Man braucht nur an den bekannten Beschluß des Obertribunals zu erinnern, der ebenso politisch zwecklos war wie juristisch unhaltbar. In diesen Mißgriffen der Regierung muß gewiß eine starke Entschuldigung der Opposition gefunden werden, aber nicht mehr. Wir haben uns freilich zu sehr gewöhnt, vor Allem die Schuld auf den Gegner zu werfen und uns ganz zufrieden zu fühlen, wenn wir nur sagen können: es wäre Alles anders gewesen, wenn die Regierung dies und jenes nicht gethan oder gethan hätte. Wir ahnen kaum, ein wie starkes Geständniß der eigenen Schwäche darin liegt. Eine mächtige Partei hat ihre Politik so einzurichten, daß ihr Schicksal nicht abhängig ist von dem Thun oder Lassen der ihr gegenüberstehenden Regierung. Macht diese Fehler, wie die angedeuteten Maßregeln der preußischen Regierung unbedingt waren, nun desto besser für die Partei. Hier aber bewirkten diese Fehler immer nur, daß die liberale Partei noch größere machte, daß sie sich immer tiefer in Abwege verirrte, die ihr schließlich verderblich werden mußten.

Der Frühling dieses Jahres brachte endlich die lange drohende Ka-

tastrophe zum Ausbruch. Jedermann weiß, wie die Dinge seit der Mitte März sich gestalteten. Das Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich, zwischen Preußen und den Mittelstaaten drängte zur Entscheidung. Die innere Lage Preußens und Deutschlands schien für ein Unternehmen, wie es Graf Bismarck sich vorgenommen hatte, die ungünstigste von der Welt, die europäische Lage dagegen lockte mit der seltensten Gunst. Die inneren Verhältnisse ließen es allerdings voraus sehen, daß die öffentliche Meinung sich der preußischen Politik mit aller Macht entgegen stemmen werde. Aber einmal hatte eine mehrjährige Erfahrung bewiesen, daß diese Meinung einen entschlossenen Willen nicht zu hemmen vermöge und dann boten eben diese Schwierigkeiten doch auch wieder gewisse Vortheile. Die Politik der conservativen Partei in Preußen ruhte auf dem guten Einvernehmen mit Oesterreich. Preußen hatte nur zwei Wege vor sich: entweder zusammen mit Oesterreich die deutschen Dinge zu leiten, oder sich trotz Oesterreich der deutschen Macht allein zu bemächtigen. Der letztere Weg, da er die Mittelstaaten unbedingt auf die österreichische Seite trieb, schloß für Preußen die zwingende Nothwendigkeit in sich, an die populären Kräfte zu appelliren, sogar vor mehr oder weniger revolutionären Schritten nicht zurück zu scheuen. Graf Bismarck hatte früh in den fünfziger Jahren die Ueberzeugung gewonnen, daß die Eintracht mit Oesterreich nur möglich sei für ein Preußen, das sich resignire, zu bleiben was es war, die zweite abhängige Macht in Deutschland, die letzte in Europa. Er wollte Preußen aus dieser wenig würdigen und befriedigenden Stellung befreien; er sah dafür nur die angegebene Möglichkeit, und er acceptirte dieselbe, so wenig sie mit seiner ursprünglich conservativen Richtung harmonirte. Aber nicht Alle waren so unbefangen wie er. Sehr Vielen stand das conservative Credo über der Macht Preußens oder ließ ihnen doch das Wagniß einer gegen Oesterreich gerichteten Politik im düstersten Lichte erscheinen, und unter diesen Vielen befanden sich Einige, deren Ansicht für die preußische Politik maßgebend war. Im Sommer 1865 hätte Graf Bismarck, so viel ich weiß, sehr viel lieber Krieg gemacht als die Gasteiner Convention unterzeichnet; aber er konnte nicht durchdringen. Dieselben conservativen Bedenken mußten ihn bei jeder neuen Gelegenheit hemmen. Er konnte ihnen nur ein durchschlagendes Motiv entgegen stellen: die innere Lage Preußens. Sie machte einen großen Erfolg der auswärtigen Politik unerläßlich. Wenn die Regierung in Schleswig-Holstein nicht durchdrang, wenn sie vor Oesterreich und den Mittelstaaten weichen mußte, dann war sie verloren. Dann war auch die Reorganisation der Armee vielleicht unhaltbar. Dann war die Regierung Oesterreich und den Mittelstaaten zu Liebe in Deutschland conservativ, um

Preußen und damit dann schließlich auch Deutschland der Revolution preiszugeben.

Graf Bismarck hatte den Muth, das große Spiel zu wagen und er bewies die Kraft und die Klugheit, welche dem Staatsmann erlaubt zu wagen. Fast Alles war gegen ihn. Die Conservativen hielten ihre Opposition stiller, um desto mehr unter der Hand zu thun, die Liberalen erhoben ein Friedensgeschrei, das über die Gesinnung des Volkes keinen Zweifel ließ. Das preußische, wie jedes gebildete, in geordneten Zuständen lebende Volk wird immer gegen einen Krieg sein, dessen absolute Nothwendigkeit nicht offen zu Tage liegt. Nicht allein die Liberalen und die Conservativen, sondern auch jene sehr große Zahl von Menschen, für welche Parteigesichtspunkte nicht entscheiden, sahen diesen Krieg in der ungeheuren Mehrheit für eine große Calamität an. Für Preußen stand unendlich viel dabei auf dem Spiele. Er verlangte von jedem Einzelnen die größten Opfer. Er widersprach Allem, was man seit Jahren von deutscher Einigkeit und Brüderlichkeit gesagt und gesungen hatte. Die Kameraden von Schleswig, die Kameraden von Leipzig sollten die Waffen gegen einander kehren. Da Preußen augenscheinlich der offensive Theil war, traf alle Gehässigkeit des Bruderkrieges seine Politik. Die Situation gestaltete sich bald so, daß Oesterreich mit beiden Händen eine unvergleichliche Gelegenheit meinte ergreifen zu müssen, um Preußen für immer unschädlich zu machen.

Ich bin weit davon entfernt, meine liberalen Parteigenossen deshalb tadeln zu wollen, daß sie nicht gleich von vornherein entschieden Partei nahmen für die Bismarck'sche Politik. Es gehörte dazu vielleicht eine Unbefangenheit des Urtheils und eine Kenntniß der Sachlage, die man nicht von der Masse einer Partei verlangen darf. Daß sie aber noch im Mai, ja noch im Juni mit wenigen Ausnahmen daran festhielten, gegen Bismarck Chorus zu machen mit Allem, was in Deutschland reactionär und antinational war, mit dem dynastischen Particularismus, mit der in Bequemlichkeit aufgewachsenen und vor preußischer Zucht und Arbeit zitternden Bureaukratie der Kleinstaaten, mit dem engherzigen Philisterthum, dem es vielleicht recht wäre, wenn die Zahl der deutschen Residenzen verdoppelt würde, mit jenem wirklich traurigen Junkerthum, das mit richtigem Instinct in Preußen den revolutionären Emporkömmling haßt, mit jenen Ultramontanen, deren Liebe zum Hause Habsburg für alle Patrioten ein ausreichender Grund zu der entgegengesetzten Empfindung sein sollte, daß die meisten Vertreter einer freisinnigen deutschen Politik auch dann noch Arm in Arm gingen mit ihren unversöhnlichsten Gegnern, als es längst auf der Hand lag, daß der Sieg Preußens der Sieg einer libera-

len und einer nationalen Politik werden müsse, der Sieg Oesterreichs die Vernichtung aller liberalen und nationalen Hoffnungen, das, ich gestehe es, war das Traurigste, was ein aufrichtig liberaler Mann erleben konnte. Es sprach über die bisher in Deutschland übliche Art von Liberalismus ein Todesurtheil, von dem es keine Appellation mehr gab. Es bewies, daß die Partei, an welche sich bisher die Hoffnungen der Nation geknüpft hatten, weder die politische Einsicht, noch die Kraft besaß, durch die allein ein großes Volk zu seinem Heile geführt werden kann.

Ich will, wie gesagt, die Frage nicht discutiren, ob die national-liberale Partei von vorn herein die Gelegenheit, den unerläßlichen Kampf mit Oesterreich endlich auszufechten, mit beiden Händen ergreifen oder an ihrer früheren Ansicht, die deutschen Verhältnisse mit der Kraft der liberalen Meinung in friedlichem Wege zu ordnen, festhalten mußte. Ich will zugeben, daß eine Reihe gewichtiger Gründe damals noch gegen die Bismarck'sche Politik angeführt werden konnte. Aber seit dem Anfang des Mai lag diese Frage nicht mehr vor. Es handelte sich damals nicht mehr darum, ob der Krieg wünschenswerth sei oder nicht, sondern lediglich darum, auf welche Seite sich die Partei in dem unvermeidlich gewordenen Kriege stellen solle. Ich will zugeben, daß auch diese Entscheidung im März erhebliche Schwierigkeiten gehabt hätte, zu einer Zeit, wo man behaupten konnte, daß in dem Kampfe auf preußischer Seite lediglich Ziele verfolgt würden, welche die Partei zurückweisen müsse. Aber was von Preußen seit dem Antrage vom 9. April auf Berufung des Parlaments geschehen war, ließ eine solche Behauptung nicht mehr zu. Wer sehen wollte, mußte jetzt sehen, daß in dem bevorstehenden Kampfe nicht nur entschieden werden müsse, ob Preußen oder Oesterreich die leitende Macht in Deutschland sein werde, sondern daß Preußen, indem es diese Entscheidung herbeiführe, durch die unwiderstehliche Macht der Verhältnisse gezwungen werde, die Kraft der Nation für sich aufzurufen gegen die eng verbundene Phalanx aller auf der Zerrissenheit und Unfreiheit der Nation ruhenden Interessen. Wenn aber die preußische Politik diese Wendung nahm trotz der heftigen Opposition des Liberalismus und der darin gelegenen Nöthigung, sich so viel als möglich in Preußen auf die conservative Richtung zu stützen, so war es doch eine Sache der einfachsten politischen Berechnung zu erkennen, daß diese Politik frank und frei auf den Boden eines liberalen Programms sich stellen werde, sobald nur die Liberalen aufhörten, ihr das unmöglich zu machen. Die Wehrufe des Rundschauers auf der einen und die unumwundensten Erklärungen der Bismarck'schen Organe auf der anderen Seite legten dieses Verhältniß auch für ein ungeübtes Auge blos, wenn es nur überhaupt sehen wollte.

Freilich kehrten hier in erhöhtem Maße die Schwierigkeiten wieder, die wir schon bei der schleswig-holsteinischen Frage kennen lernten. Das Programm der sogenannten kleindeutschen Partei lautete auf bundesstaatliche Einigung, nicht auf den Einheitsstaat, und diesem, nicht jener, wurden die Dinge, wie es schien, entgegen geführt, wenn die Bismarck'sche Politik siegte. Für die Mitglieder der Partei in den Kleinstaaten fragte es sich also, ob sie mehr die Möglichkeit des Aufgehens in Preußen oder die Gewißheit eines österreichischen Sieges fürchten sollten. Bei ihnen erwachten alle particularistischen Schwächen von Neuem. Sie meinten überdies in die Wahl gestellt zu sein zwischen der vermeintlichen Freiheit ihres bisherigen Lebens und der vermeintlichen Sklaverei in Preußen. Das Alles mochte ihnen die ungeheure Gefahr verhüllen, welche durch einen Triumph Oesterreichs und der mittelstaatlichen Staatskünstler herbeigeführt werden mußte. Für die preußischen Liberalen dagegen existiren alle diese Entschuldigungsgründe nicht. Für sie war die Existenz, die Macht, das Wachsthum des preußischen Staats die erste und die letzte aller Aufgaben. Je krauser sich die Verhältnisse in Deutschland verwirrten, desto schärfer mußten sie für Preußen eintreten, und wenn ihre Freunde in den Kleinstaaten in Gefahr kamen, sich in's österreichische Lager zu verirren, so mußten sie das Aeußerste thun, eine solche Gefahr abzuwehren, dadurch, daß sie die absolute Solidarität der preußischen und der liberalen Interessen in einem Kampfe Preußens mit Oesterreich für sich als etwas durchaus Fragloses hinstellten.

Es ist traurig zu sagen, daß die mächtigste Fraction des preußischen Liberalismus, die Fortschrittspartei, sich dieser handgreiflichen Pflicht vollständig versagt und durch ihre Haltung im Gegentheil die schwere Schuld auf sich geladen hat, die Freunde Preußens in den Kleinstaaten noch mehr zu verwirren, die Einen im Momente der größten Entscheidung, die wir seit fünfzig Jahren erlebt haben, zu thatloser Passivität, die Andern gar zu activer Theilnahme für Oesterreich zu bestimmen. Und nicht nur die Fortschrittspartei, auch das linke Centrum folgte größtentheils einer so unbegreiflichen Politik, und nur die Mehrzahl der Altliberalen stand an dem Platze, den Pflicht und Klugheit jedem freisinnigen Patrioten anwies. Ich habe damals, gegen die Mitte Mai, meinem geängstigten Herzen Luft gemacht in einer den norddeutschen Liberalen gewidmeten Flugschrift,*) deren Argumente natürlich für Preußen doppelt und dreifach galten. Ich verzichte auf die Genugthuung, zu berichten, wie dieser aus dem Süden kommende Ruf für Preußen in der preußischen Hauptstadt von Einzelnen

*) Partei oder Vaterland?

zurückgewiesen wurde. Es gehörte damals einiger Muth dazu, seinen Dissens von der Masse der Partei unumwunden auszusprechen. Aber die herrschende Verblendung war so kolossal, daß man eine solche Handlung nur aus unlauteren Motiven erklären zu können meinte. Ich verzichte ebenso darauf, alle die kläglichen Scenen in's Gedächtniß zurück zu rufen, welche die liberalen Volks- und Wählerversammlungen in Preußen, Frankfurt u. s. w. und die Kammerverhandlungen in München, Stuttgart und Karlsruhe während des Mai und Juni boten. Die Begriffsverwirrung von 1859 war nicht nur wiedergekehrt, sondern sie hatte sich schrecklich über den Norden verbreitet. Die Freiheitsschwärmer zogen im habsburgischen Joch, und die Begeisterung für das Recht Schleswig-Holsteins drohte Deutschland zu Grunde zu richten, wie sieben Jahre früher die Begeisterung für das „gute Recht" Oesterreichs in Italien. Was damals Napoleon, war jetzt Bismarck für die öffentliche Meinung, und die wenigen unbefangenen Liberalen, welche eine bessere Ansicht vom Lenker der preußischen Politik in den vorsichtigsten Worten zu äußern wagten, erlagen fast der Wucht der allgemeinen Indignation.

Aber ich will diese Dinge nicht erörtern. Läge mir daran, meiner Kritik einen schneidenden Charakter zu geben, ich könnte ihre Sätze an den eclatantesten Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit empfindlich erproben; ich brauchte nur aus den Wahlprogrammen der preußischen Fortschrittspartei vom Ende Juni oder aus den Kammer-Debatten der süddeutschen Staaten zu citiren. Hätte diesen Sommer ein ungünstiges Geschick über Deutschland gewaltet, die Fehler der Partei würden beigetragen haben, über uns namenloses Elend und ihren eigenen vollständigen Ruin zu bringen. Der Himmel hat es besser mit uns gemeint und es so gefügt, daß die gute Sache der Nation einen wundervollen Triumph gewann trotz Allem, was ihre natürlichsten Vertreter gegen sie thaten. Stören wir die Freude des Sieges nicht durch häßliche Reminiscenzen, und erschweren wir denen, welche von einer falschen Bahn glücklich wieder auf den richtigen Weg gekommen sind, nicht die Wanderung durch unnöthige Schilderungen dessen, was sie gethan, da sie in der Irre waren. Der Beweis, daß der deutsche Liberalismus einer Erneuerung an Haupt und Gliedern bedarf, scheint mir durch die früheren Ausführungen und durch den kurzen Hinweis auf die Erlebnisse dieses Sommers so vollständig gegeben zu sein, daß ich mir die peinliche Arbeit einer detaillirten Kritik seines Verfahrens in der letzten großen Krisis glaube sparen zu dürfen.

Wir stehen heute auf einer durchaus neuen Grundlage. Preußen hat zum vierten Male seine rettende Arbeit an Deutschland vollbracht, und dieses Mal endlich hat die in zwei Jahrhunderten ernstester Thätigkeit gesammelte Kraft dieses Staates so großen Erfolg gehabt, daß wir der Zukunft des Vaterlandes mit festem Vertrauen entgegen sehen können. Der große Kurfürst, der große König und die Befreiungskriege, sahen wir früher, hatten Preußen in Deutschland eine Stellung gegeben, welche die Blicke der einsichtigen Patrioten auf diesen Staat als den Träger der nationalen Entwickelung lenken mußten. Aber die großen Thaten von 1813 und 1815 hatten für Preußen nur halbe Früchte getragen. Es blieb in Deutschland der österreichischen Rivalität untergeordnet. Es war größer als die anderen deutschen Königreiche, aber es war nicht so groß, daß dieselben sich ihm ohne Weiteres unterordnen mußten. Seine europäische Stellung litt an bösen Schwächen, die es unter weniger begabten Regenten zu ängstlicher Vorsicht nöthigten. Seine innere Entwicklung schien hinter der der deutschen Kleinstaaten in wichtigen Stücken sogar zurück zu bleiben. Diejenigen Männer, welche die Gesammtlage der Nation mit sicherem Blick zu fassen verstanden und im Buch ihrer Geschichte zu lesen, mochten in sich mehr und mehr die Ueberzeugung festigen, daß nur Preußen der deutschen Anarchie und Ohnmacht abhelfen könne. Aber obwohl es ihrem Einfluß 1849 gelang, die deutsche Reichsverfassung auf diesen Gedanken zu stützen, obwohl alle späteren Erfahrungen die Unmöglichkeit jeder anderen Lösung der deutschen Frage demonstrirten, blieb doch das Programm der preußischen Partei so zu sagen ein theoretisches Postulat, so lange Preußen nicht innerhalb der durch den Wiener Congreß geschaffenen deutschen Staatsordnung den thatsächlichen Beweis geführt hatte, daß deutsche Macht und Tüchtigkeit, daß das Vermögen, Großes zu vollbringen, daß Gesundheit der politischen und militärischen Organisation allein bei ihm sei. Wir mochten früher mit noch so sorgfältigen Argumenten den Widersinn der Trias, die Verderblichkeit des Dualismus, die absolute Nothwendigkeit der einheitlichen Leitung demonstriren und daß nur Preußen dieses oberste Bedürfniß befriedigen könne, wir konnten die Nation nicht überzeugen, so lange sie nicht an einem gewaltigen Beispiele erlebt hatte, daß Preußen wirklich das sei, was wir von ihm rühmten. Eine fünfzigjährige Friedenszeit hatte über die wirkliche Kraft unserer deutschen Staaten die seltsamsten Illusionen verbreitet. Es hatte sich, vor Allem im Süden, wo jede unmittelbare Anschauung des preußischen Staates fehlte, die Ansicht festgestellt, daß Preußen wohl größer sei als Bayern und die anderen Königreiche, daß aber der Unterschied auf quantitative Verhältnisse sich reducire. Bayern, Hannover galten für Staaten

so gut wie Preußen. Daß Preußen, welches bei jedem Versuch, in deutschen Dingen vorwärts zu kommen, Oesterreich und die Mittelstaaten gegen sich vereinigt sah, jemals im Stande sein werde, diese Coalition zu besiegen, das hielten die Meisten für höchst problematisch. Ja Wenige nur wagten zu hoffen, daß es je nur den Versuch unternehmen werde. Die Erinnerungen an Olmütz und Dresden, an den badischen und die ersten schleswig-holsteinischen Feldzüge, an das Schwanken der preußischen Politik 1859 bis 1862 hatten in der Nation den Glauben an die preußische Macht tief erschüttert, und die Erfolge, welche die Bismarck'sche Politik seitdem errungen, waren in einem so zweifelhaften Lichte, und in Verbindung mit so bedenklichen Symptomen einer schweren inneren Krankheit erschienen, daß auch zuletzt noch in Deutschland der Credit Preußens in demselben Maße sank, wie er in Europa stieg.

Nur die begeisterte Beihülfe der Nation, das war so ziemlich die allgemeine Annahme geworden, könne Preußen zu der Stellung empor heben, die es im eigenen und deutschen Interesse einnehmen müsse, und diese Beihülfe könne es nur gewinnen durch ein aufrichtig liberales Regiment. Durch die Freiheit zur Einheit! so lautete die Parole. Sie schien so einleuchtend wie möglich, und war doch eine handgreifliche Chimäre. Denn das Freiheitsideal der Deutschen in den Kleinstaaten trug wesentliche Züge der Staatlosigkeit; es war ausgestattet mit unendlichen Rechten und bescheidenen Pflichten; es verwechselte vielfach die Ansprüche eines ungebundenen Individualismus, unseres gefährlichsten Uebels, mit den Forderungen eines gesunden Bürgersinnes. Um je in Deutschland als liberaler Musterstaat anerkannt zu werden, hätte Preußen wichtige Elemente seiner staatlichen Kraft, seine ernste Zucht, seine militärische Straffheit, seine aristokratische Unterlage preisgeben müssen. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß ziemlich entgegengesetzte Leistungen dazu gehört haben würden, um den Altbayer und den Rheinländer, den Schwaben und den Niedersachsen zu begeistern. 1859 hatte Preußen die liberalste Regierung unter allen deutschen Staaten: gewann ihm das die Sympathien des Südens? Es war dort nie mehr gehaßt, als eben damals. Aber nehmen wir selbst das nach allen bisherigen Erfahrungen Unmögliche als möglich an, setzen wir den Fall, Preußen habe wirklich einmal die liberale Meinung für sich gewonnen: welche politische Macht hat denn diese Meinung bisher bewiesen? Sie war ohnmächtig in der schleswig-holsteinischen Sache gegen die schwächsten Regierungen, wo doch der Particularismus auf ihrer Seite stand, sie wäre vollends ohnmächtig gewesen, wenn die Regierungen die Selbstsucht der kleinen Residenzen, die Trägheit in engen Verhältnissen aufgewachsener Menschen und jene Unendlichkeit von localen und provin-

zialen Antipathien gegen sie hätten in Bewegung setzen können. Mir scheint, der Nationalverein hat in diesem Punkt ausreichende Erfahrungen gemacht.

Im Kreise der bisher versuchten Operationen mußte die deutsche Frage als ein ganz unlösbares Problem erscheinen, und mit der deutschen Frage blieb jede andere ernste politische Aufgabe in trostloser Schwebe. Die deutsche Politik stellte sich den anderen Nationen dar als ein unentwirrbares Chaos fruchtlosen Redens und Schreibens. An Discussionen lieferten wir jedes Jahr so viel, wie das übrige Europa zusammen, und an Handlungen so wenig, wie eine Macht dritten Ranges. Man hatte sich daran gewöhnt, uns als eine sonderbare Species von Menschen anzustaunen, die bei allen möglichen Tugenden des Privatlebens die absolute Unfähigkeit besäßen, in öffentlichen Angelegenheiten etwas Entsprechendes zu leisten. Ja wir selbst mußten allmählich an uns irre werden. Die Niederlage der nationalen Bestrebungen im Jahre 1850 ließ uns noch mancherlei Trost: was wir seit 1859 erlebt hatten, schien vollkommen trostlos. Wir drehten uns im traurigsten Kreise. Von der Fruchtlosigkeit des seit 1859 begonnenen politischen Treibens mußte sich nach und nach selbst der sanguinischste Optimismus überzeugen. Jeder der Tausende, die von Zeit zu Zeit hochtönende Resolutionen erließen, hatte das dunkle Gefühl, daß er etwas ziemlich Nichtiges thue. Und doch wußten wir nichts, als die abgegriffenen Mittel immer von Neuem zu versuchen. Die leere Phrase drohte zur offenen Lüge zu werden, und das Staatsleben, welches sonst die Kraft hat, weichliche Naturen zu stählen, drohte uns zu demoralisiren. Das Verfassungswesen in den Kleinstaaten kam nicht aus der Stelle und in Preußen schien eine ernste Erkrankung des ganzen Organismus zu drohen. Das für einen Staat von dieser Vergangenheit Entsetzliche, daß der Beginn des Krieges mit Oesterreich der Beginn einer großen Revolution in Preußen sein werde, galt für so zuverlässig, daß die Politik Oesterreichs und der Mittelstaaten im Mai und Juni sich wesentlich auf diese Basis stellte.

So standen die Dinge am 14. Juni. Drei Wochen später war die ganze deutsche Welt von Grund aus verwandelt. Oesterreich lag am Boden. Die Mittelstaaten hatten sich als einfache Kleinstaaten enthüllt ohne jede selbständige Leistungsfähigkeit. Preußen stand über dieser Armseligkeit der Kleinstaaterei wie ein Riese voll strotzender Kraft. Das prahlerische Oesterreich hatte es in acht Tagen zerschmettert. Und nicht nur wie die gesunde Macht neben der in allen Gliedern kranken, sondern auch wie die hochcivilisirte Macht neben einer wesentlich barbarischen stand es da. Die „deutschen Brüder“ in Oesterreich übernahmen es, die süd-

deutschen Enthusiasten gründlich zu curiren. Welche schaamlosen Lügen in ihrer Presse, welche stumpfsinnige Brutalität auf den Verbandplätzen, in den Lazarethen, in der Gefangenschaft, welche Treulosigkeit gegen die Verbündeten, welche Unterwürfigkeit gegen den fremden Imperator! Jetzt erlebten die Großdeutschen in Bayern und Schwaben, was es mit dieser Habsburgischen Herrlichkeit auf sich habe, jetzt sahen es die Blinden, daß das Haus Habsburg Oesterreich nicht viel weniger bis in's Mark vergiftet habe, als einst Spanien und daß die brüderlichen Phrasen der Deutschösterreicher nichts waren als eine plumpe Schlinge für die Gimpel im Reich. Ueber alle Erwartung klein und arm erwiesen sich sämmtliche Theilnehmer des großen Bündnisses zur Züchtigung Preußens, arm an Gedanken, an Kenntnissen wie an wirklicher Begeisterung, klein auf dem Schlachtfelde wie im Cabinet. Und über alle Erwartung groß und reich stand das viel geschmähte Preußen da, groß in jeglicher Leistung, reich an jeglicher Kraft. Die erstaunte Welt wußte nicht, was sie an diesem Staat mehr bewundern solle, die einzige Organisation seiner Streitkraft oder die sittliche Hingebung seiner Bevölkerung, die unvergleichliche Gesundheit seiner wirthschaftlichen Verhältnisse oder die Solidität seiner Volksbildung, die Größe seiner Siege oder die Bescheidenheit seiner Siegesberichte, die Tapferkeit seiner jungen Soldaten oder die Pflichttreue seines greisen Königs. Alles, Alles zeigte sich in diesem Staat, den man seit Jahren als die sichere Beute der Revolution zu betrachten gelernt hatte, von wunderbarer Echtheit und je mehr man die räthselhafte Erscheinung prüfte, desto mehr fand man zu bewundern. Dieses Volk in Waffen stürmte mit unaufhaltsamer Gewalt auf einer Siegesbahn ohne Gleichen vorwärts und blieb doch ein Volk des Friedens, ganz unberührt von dem Rausch des Kriegsruhms, zurück verlangend nach der stillen Arbeit, fast mehr trauernd über die Gefallenen als jubelnd über den Sieg. Es entwickelte eine unvergleichliche Bravour in einem Kampfe, den es lange mit aller Anstrengung von sich fern gehalten hatte. Es stellte alle seine Kraft einer Regierung zur Verfügung, gegen die es vier Jahre den erbittertsten Krieg geführt hatte. War das dasselbe Volk, dessen Vertreter vor noch nicht Jahresfrist die große Retirade unter Classen-Cappelmann ausgeführt hatten und dessen Presse eben noch auf die infamen Provocationen der Wiener Blätter fast keine andere Antwort gehabt hatte, als Friedensseufzer? Wenn dieses Volk in einem so unpopulären Kampfe unter einer solchen Regierung solches leistete, was mußte man von ihm erwarten, wenn es einmal mit ganzem Herzen auszog und nicht ein die Bevölkerung tief spaltender Parteigegensatz die Kraft lähmte!

Diese Thatsachen trafen die Welt mit so überwältigender Wucht, daß

im Nu Preußen von der letzten auf eine der ersten Stufen im Kreise der Mächte vorrückte. England sah mit freudiger Bewunderung auf den Bundesgenossen von Waterloo, der sich seitdem seiner gründlichen Geringschätzung erfreut hatte und die englische Presse trug den preußischen Ruhm zu den Antipoden; heute hebt der Deutsche in der fernsten Fremde sein Haupt hoch, und seine Brust füllt ein Selbstgefühl, von dem er nie gewußt. Frankreich fuhr eifersüchtig auf über den unvermutheten Rivalen, der Solferino und die Krim in Schatten stellte, und bereitete Graf Bismarck in jenen ewig denkwürdigen Augusttagen eine Gelegenheit, die Thaten der Armee, der er das Schlachtfeld geöffnet, mit einem diplomatischen Siege zu krönen, wie er selten errungen wird. Italien dankte Preußen allein die Befreiung Venetiens und erkannte die Waffenthaten des neuen Verbündeten um so aufrichtiger an, als der alte Bundesgenosse seine Duplicität einmal wieder eclatant bewiesen hatte. Jedes Volk huldigte der preußischen Größe, das eine in freudiger Begrüßung der mit seinen Interessen harmonirenden Macht, das andere in argwöhnischer Abwehr eines gefürchteten Nachbars. Eine Weile schien es, als müsse eine so ungewöhnliche Veränderung der Weltlage sofort zu weiteren Collisionen führen; aber Napoleon unterschied weise zwischen den reizbaren Affecten eines ruhmsüchtigen Volkes und seinen wahren Interessen. Das Lavalette'sche Circular constatirte, daß Preußen jetzt eine Macht ist, mit der auch das kaiserliche Frankreich am Liebsten in Frieden lebt.

Dieser übereinstimmenden Schätzung der Welt gegenüber könnte es einen peinlichen Eindruck machen, daß in Deutschland selber die Einsicht in die außerordentliche Größe des uns widerfahrenen Glückes so langsam und mühselig sich durcharbeiten muß. Aber wer bedenkt, wie es noch vor wenigen Monaten mit uns bestellt war, kann sich nicht darüber wundern, daß die größten Ereignisse Zeit brauchen, um in unsere verwirrten Begriffe Klarheit zu bringen. Was wir aber seit Mitte Juni erlebt haben, ist so gewaltig, daß ihm auch die Starrheit deutschen Eigensinns und die Zuversicht deutschen Doctrinarismus auf die Dauer keinen Widerstand leisten kann. Alle Factoren, von deren richtiger Beurtheilung ein sicherer Gang in der nationalen Frage abhängt, sind plötzlich aus dichtem Nebel in so jede Täuschung ausschließende Tageshelle gerückt, daß nur die leidenschaftliche Erregung, welche mit empfindlichen Niederlagen verknüpft ist, noch eine Weile an den alten Illusionen sich anklammern kann. Was auch die gläubigsten Freunde Preußens für kaum glaublich hielten, daß es den Kampf gegen Oesterreich und die Mittelstaaten wagen, daß es in diesem Kampfe siegen werde, das ist in einem die kühnsten Hoffnungen übertreffenden Maße Thatsache geworden. Das großdeutsche Phantom

ist über Nacht in alle Winde zerstoben. Was wir als das Resultat einer langen, unendlich mühseligen und gefährlichen Arbeit ansehen mußten, die Entfernung Oesterreichs aus der Sphäre der deutschen Staatsentwickelung, die Beseitigung des unseligen Dualismus, dieses Urquells unserer Ohnmacht und Zwietracht, es ist in wenig Wochen vollbracht. Auch bei dem glücklichsten Verlaufe mußten wir das immer besorgen, daß der Versuch, den Alp des fremden österreichischen Einflusses abzuschütteln, zu bedenklichen Einmischungen des Auslandes Anlaß geben werde. Nun, diese Einmischung hat nicht gefehlt; sie hat Sachsen eine unglückliche Zwitterexistenz erhalten, sie hat auch sonst gehemmt; als sie aber deutschen Boden mit ihren Ansprüchen bedrohte, da hat sich die siegreiche deutsche Macht in ihrer ganzen Größe erhoben und die Thatsache festgestellt, daß ihr Niemand, und wäre er der Mächtigste, Unwürdiges zumuthen darf. Die Antipathien des Südens gegen Preußen schienen nicht nur eine Schwierigkeit, sondern eine Gefahr. Wir haben das Tröstreiche erlebt, daß der Süden mitten in der blindesten Aufregung durch die Thaten Preußens so unwiderstehlich berührt wurde, daß er das schmähliche Wort: lieber französisch als preußisch, in einem höchst versuchungsvollen Augenblicke einmüthig Lügen strafte. Zwischen Bayern und Preußen schien eine Kluft aufgerissen, an deren Ueberbrückung Niemand zu denken wagte: man lese die Verhandlungen der bayrischen zweiten Kammer vom 30. August, man vergleiche sie mit dem, was in derselben Kammer am 8. Juni und den folgenden Tagen gesprochen wurde und man wird bekennen, daß die Einheit zwischen Süd und Nord nie so groß war als heute, wo die Phantasten jammern über die Zerreißung Deutschlands durch die Mainlinie. Wie, fragten wir uns oft bekümmert, wie wird es möglich sein, den mittelstaatlichen Particularismus unter die preußische Leitung zu beugen? Nun, die gefährlichsten dieser Mittelstaaten, diejenigen, welche den preußischen Leib theilten, sind verschwunden und dieses Exempel ist für die anderen von so lehrreicher Kraft geworden, daß sie es schwerlich darauf wagen werden, demselben Schicksal zu verfallen.

Noch eben waren wir in einem Wirrwarr widerstreitender Kräfte begraben, dessen Lösung sich unzählige Parteinuancen nach subjectiver Richtung, nach localem Interesse, nach einer unübersehbaren Mannichfaltigkeit von Zuneigungen und Abneigungen so oder so ausdenken konnten. Für unsere politische Unart war das die gefährlichste aller Situationen. Scheinbar hatten wir uns allerdings in einige große Gruppen gesammelt. Aber diese Parteibildungen ruhten auf höchst bedenklichen Täuschungen. Der scheinbar so wohl disciplinirte Nationalverein schloß Gegensätze in sich, die sich wohl der Phrase einstimmig votirter Resolutionen unterordnen

konnten, aber die Vereinsgenossen nach allen Seiten zersprengt haben würden, wenn sie je in die Lage gekommen wären, statt auf dem geduldigen Papier in der politischen Realität zu operiren. Der kleindeutsche Patriot hatte in Hannover eine andere Herzensmeinung als in Braunschweig, in Hamburg als in Bremen, in Kurhessen als in Hessen-Darmstadt und die besten Großdeutschen, so warm sie „Gesammtdeutschland" im Busen trugen, dachten sich die praktische Lösung ihres schönen Programms doch sehr verschieden, ob sie im Westen oder Osten des Schwarzwalds, im Westen oder Osten des Lech wohnten. Der Kern unserer deutschen Phantasien war Particularismus, der hatte Fleisch und Bein. Wir hofften einmal Deutsche zu werden, aber wir waren leibhaftige Hannoveraner, Badener, Bayern. Und die ungeheure Masse der Bevölkerung war nur das. Und auch derjenige, der sich seines Deutschthums aufrichtig bewußt, dem es eine ernste Herzensangelegenheit war, dieser Unwürdigkeit der Gegenwart mit seiner besten Kraft entgegen zu arbeiten, die Macht aller realen Verhältnisse band ihn nichtsdestoweniger unlöslich fest an das kleine Sonderwesen, dem er angehörte. Ihm steuerte, ihm gehorchte, ihm diente er. Wo war das große Ganze, nach dem er sehnsüchtig die Arme ausstreckte? In den Lüften! Es lebte in seiner Phantasie, in seinen Träumen. Er konnte es besingen, er konnte ihm donnernde Hochs ausbringen, er konnte sich dafür begeistern, aber er konnte wenig oder nichts dafür thun. Hatte eine unpolitische, wesentlich von religiösen, literarischen, privaten Interessen erfüllte Vergangenheit uns daran gewöhnt, die einfachsten politischen Fragen durch unsere Theorien und Doctrinen zu verwirren, so konnte es nicht ausbleiben, daß die complicirteste aller Fragen, die deutsche, unter uns eine wahrhaft babylonische Sprachverwirrung anrichtete. Es ist gewiß keine willkürliche Behauptung: ohne die Hülfe großer, eine einfache Situation begründender Thatsachen hätte diese Frage uns von Jahr zu Jahr mehr entzweit. Denn man kann es nicht in Abrede stellen: wie die factischen Verhältnisse lagen, konnte eine durchgreifende Einigung der Ansichten auf dem Wege der Discussion niemals gewonnen werden. Die eindringendste Erörterung versprach höchstens gewisse oberste Schichten der Intelligenz für dasselbe Streben zu gewinnen. Die Masse des Volkes gehörte den bestehenden Staaten und ihren zwieträchtigen Interessen. Mit gesetzlichen Mitteln, wie wir uns so lange einbildeten, hätten wir das ideale Deutschland niemals an die Stelle der realen Vielstaaterei gesetzt. Mit gesetzlichen Mitteln, das ist nun auch wohl dem blödesten Auge klar geworden, hätten wir einen König von Hannover, einen Kurfürsten von Hessen nie bestimmt, sich der nothdürftigsten Beschränkung ihrer Scheinsouveränetät zu fügen. Mit gesetzlichen Mitteln hätten wir immer den

Kürzeren gezogen gegen den zähen Particularismus des hannoverschen oder schleswig-holsteinischen Bauern oder des Frankfurter Reichsstädters, dessen seltsamer Eigensinn noch heute, da ihm jede thatsächliche Grundlage fehlt, wohl selbst den in Staunen setzt, der über den angeblichen deutschen Patriotismus dieses Volkes immer als Skeptiker dachte.

All dieser verzweifelten Noth sind wir nun mit einem Schlage enthoben. Heute sind die Zweifel über das, was in Deutschland möglich sei, nicht nur den Denkenden, sondern mehr fast der Masse der Nation genommen. Sie greift die existente deutsche Macht mit Händen. Sie hat ihre Thaten gesehen und empfunden, und diese Thaten sind nach der langen trübseligen Misère unserer Ohnmacht von so unwiderstehlicher Gewalt, daß die Denkweise der Deutschen in Monaten Veränderungen erfahren hat, die wir von Decennien nicht hoffen durften. Alle die unlösbaren Probleme, mit denen wir uns seit achtzehn Jahren quälten, sind plötzlich aus unserem Gesichtskreise gerückt, und es ist ein einziges Problem geblieben, das freilich noch viele Arbeit machen wird, dessen Bewältigung wir aber deshalb hoffen dürfen, weil die thatsächlichen Verhältnisse alle Gedanken und Bestrebungen jetzt ebenso auf denselben Punkt zusammen führen, wie sie dieselben früher nach allen Windrichtungen aus einander rissen. Jetzt handelt es sich lediglich darum, wie die Kleinstaaten zu dem unbestritten dominirenden Preußen ein gesundes Verhältniß finden können. Daß Preußen die deutsche Macht, alle übrigen Länder haltlose Bruchtheile sind, welche nur durch einen innigen, ehrlichen Anschluß an jene ihre eigene Existenz sichern können, das ist eine Thatsache, an welcher der eigensinnigste schwäbische Demokrat nur sich selber weiß macht zweiflen zu können. Diese wohlthuende Vereinfachung unserer Lage, dieses Glück, daß wir endlich festen sicheren Boden unter den Füßen fühlen, wird aber sicher in Kurzem eine Menge unserer politischen Unarten zurück drängen, und die kernige Gesundheit, deren wir uns Gottlob auf anderen Lebensgebieten erfreuen, endlich auch unserer Politik zu Statten kommen lassen. Die Schwätzer, welche bisher die Breite der Bühne besetzt hielten, werden in der scharfen klaren Luft, in der wir uns jetzt bewegen, kein Glück mehr machen. Nachdem wir im größten Maßstabe erlebt haben, was Handeln ist, werden wir keine Freude mehr daran finden, uns das Ohr mit hochtrabenden Redensarten kitzeln zu lassen. Da die Arbeit der politischen Dilettanten so gründlich mißlungen ist, werden wir fordern, daß in dem großen Staatswesen, durch das wir eingetreten sind in das Weltleben, der ganze Ernst und die männliche Tüchtigkeit bewährt werde, die sich auf allen anderen Gebieten längst für uns von selbst versteht. Nachdem wir erlebt haben, daß in einem monarchischen Staat der Adel einen unentbehrlichen Bestand-

theil ausmacht, und nachdem wir gesehen haben, daß diese viel geschmähten Junker für das Vaterland zu kämpfen und zu sterben wissen trotz dem besten Liberalen, werden wir unsere bürgerliche Einbildung ein wenig einschränken und uns bescheiden, neben dem Adel eine ehrenvolle Stelle zu behaupten. Wir meinten, mit unserer Agitation die deutsche Welt von Grund aus umzukehren: nun, lediglich uns selber hinaus zu kehren waren wir im besten Zuge; ich denke, wir werden diese Erfahrung beherzigen. An den größten Erlebnissen, die unsere Augen gesehen haben, sind wir gewahr worden, wie höchst hinfällig doch selbst diejenigen Hypothesen waren, auf die wir wie auf Felsengrund unsere nationale und liberale Politik in den letzten Jahren gebaut hatten. Fast alle Elemente unseres politischen Systems sind durch die Thatsachen als irrthümlich erwiesen.

Wir würden diese Belehrung schwer acceptiren, wenn sie mit unserem Unglück verknüpft wäre. Aber uns ist das fast Beispiellose widerfahren, daß unser Sieg unser Elend gewesen wäre, unsere Niederlage aber uns überschwängliches Heil gebracht hat. O wahrlich, wir müßten nicht diese gewissenhaften, uneigennützigen, reinen Naturen sein, wenn wir einen solchen Segen des Himmels nicht erwidern wollten durch ehrliche Selbstprüfung und durch den unerschütterlichen Entschluß, jetzt ein neues Leben anzufangen mit bescheidener Hingebung und wahrer Treue und aufrichtigem Gehorsam gegen die großen Offenbarungen, die uns in diesem Jahre zu Theil geworden sind. Es war ja nicht die Schuld unseres Willens, daß wir so lange in der Irre gingen, sondern das schwere Erbtheil einer Vergangenheit, die uns neben viel Herrlichem in anderen Dingen einen zerrütteten Staat und ein zerrissenes Vaterland hinterlassen hatte. Wir gingen tief gebeugt unter dieser Last, wir suchten sie abzuwerfen, aber es war der Fluch der bestehenden Verhältnisse, daß in der besten Meinung die verschiedenen Glieder an der Last stets in entgegengesetzter Richtung rückten, so daß sie nur immer härter den wunden Nacken drückte. Jetzt ist sie fort geschleudert. Jetzt stehen wir grad aufgerichtet und sehen um uns eine ruhmreiche statt einer kläglichen Vergangenheit, eine hoffnungsvolle statt einer trostlosen Zukunft: das Vaterland, das so mancher Seufzer, das Sehnen so vieler Jahre nicht näher bringen konnte, nun haben wir es. Wir brauchen nur eine kurze Spanne Zeit zurück zu blicken, um die unendliche Fülle des uns gewordenen Segens zu ermessen. Gewiß, einem Volke, das seit Jahrhunderten in der Wüste der Staatlosigkeit irrte, das so lange nichts war unter den Nationen, dessen beste Kräfte verkümmerten, wird eine solche Erlösung der Anfang einer ganz neuen Entwickelung werden, und alle Theile werden daran mit arbeiten. Wir haben es ja erlebt an Preußen, was solche Thatsachen vermögen. Ob wir

auf die Krone, auf die Minister, auf den Adel, das Militär, oder ob wir auf die Abgeordneten, die Magistrate, die Zeitungen blicken, sie Alle sind anders geworden, sie haben Alle Großes gelernt. Und dieses Lernen hat seine Macht nicht nur in den Vorstellungen des Verstandes, sondern in den Regungen des Herzens. Sie denken nicht nur anders, sie fühlen anders. Vor drei Monaten tönte dem Ruf: Partei oder Vaterland? von allen Seiten die wilde Antwort entgegen: Partei! Heute geben sie Alle dem Vaterlande die Ehre.

Wahrlich, da ist es eine Lust geworden, für öffentliche Interessen zu arbeiten. Bisher war es ein harter trauriger Dienst, dem sich nur die Pflicht unterzog: jetzt lockt der schönste Lohn und jetzt haben wir eigentlich nur Eine Arbeit zu vollbringen, die, gewisse Vorurtheile zu überwinden, gewisse Schwächen abzuthun, welche sich uns in einer unglücklichen Vergangenheit angehängt haben. Sobald der deutsche Liberalismus für die großen Thatsachen, welche er anerkennt, mit voller Hingebung, unbeirrt durch untergeordnete Bedenken, eintritt, so kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß uns das nächste Jahrzehnt den deutschen Staat bringen wird, der für unsere Wissenschaft, Kunst, Moral ein ebenso zwingendes Bedürfniß geworden ist, wie für unsere politische Entwickelung und nationale Machtstellung. Nur wir können diesen heilsamen Proceß hemmen, nur wir könnten uns selber in das alte Elend zurück stoßen.

Indem ich diese Betrachtungen schließe, tritt mir von Neuem das Bedenken entgegen, welches mich von der Arbeit so lange zurück hielt, über der Arbeit so oft meine Feder hemmte, das Bedenken, ob eine Selbstkritik, wie ich sie wage, nicht sich auf einen besseren persönlichen Beruf stützen sollte, als ich ihn für mich in Anspruch nehmen darf. Wahrlich, ich hätte gern darauf verzichtet, eine für meine Schultern vielleicht zu schwere Last auf mich zu nehmen. Da aber, obwohl die Zeit drängt, Niemand Hand anlegte, glaubte ich, meiner gewissenhaften Ueberzeugung mehr gehorchen zu müssen als jeder persönlichen Rücksicht. Ich habe das Gefühl, eine schwere, undankbare, aber nothwendige Pflicht erfüllt zu haben. Ich bin gefaßt darauf, von Vielen getadelt, von Manchen vielleicht heftig angegriffen zu werden; ich will die mit der Arbeit verbundenen Unannehmlichkeiten gern tragen, wenn sie nur dem Vaterlande und der Partei, der sie gewidmet ist, einigen Nutzen bringt. Niemand, denke ich, wird mir die Einbildung zutrauen, als hätte ich mit meiner Erörterung den Gegenstand irgend erschöpft: ich wollte nichts, als zur ernsten Selbstprüfung auffordern, eine Anregung geben zu einer Discussion, die wir

uns nicht schenken dürfen, und nichts würde mich mehr freuen, als wenn weiter sehende Männer eine Aufgabe würdiger lösen wollten, die ich mich verpflichtet hielt auf die Tagesordnung zu bringen.

Es wird vielleicht nicht an solchen fehlen, welche Verrath an der Partei nennen, was zu thun mich nur treue Hingebung an die Partei bestimmen konnte. Läge mir nichts an dem Liberalismus, nun, ich würde mich nicht so sehr um ihn bemüht haben. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß eine befriedigende Lösung unserer politischen Aufgaben nur dann gelingen wird, wenn der Liberalismus aufhört vorwiegend Opposition zu sein, wenn er dazu gelangt, gewisse unendlich wichtige Anliegen der Nation, für die nur er ein volles und aufrichtiges Verständniß hat, in eigener gouvernementaler Thätigkeit zu befriedigen, wenn wir einen wohlthätigen erfrischenden Wechsel liberaler und conservativer Regierungen bekommen. Der Liberalismus muß regierungsfähig werden. Wer darin eine Verkümmerung der liberalen Größe findet, daß er, statt als Opposition ein Unbegrenztes zu fordern, als Regierung ein Geringes thun soll, dem kann ich freilich nicht helfen. Aber einen Abfall vom Liberalismus wird doch wohl Niemand die Forderung zu nennen wagen, daß der Liberalismus endlich eine seine Gedanken selbst realisirende Macht werde. Ich bin weit davon entfernt, eine Grenze ziehen zu wollen, über die er diese Macht nicht ausdehnen solle: so weit seine Macht wirklich reicht, soll er sie mit allem Nachdruck üben; ich wünschte nur, er hörte auf, sich durch Illusionen über den Umfang seiner Kräfte um alle wirkliche Macht zu bringen.

Ich habe keine Geschichte des Liberalismus schreiben wollen, keine auch noch so flüchtige Skizze der Entwickelung unserer neuesten deutschen Politik, sondern lediglich eine Selbstkritik. Ich habe darum auf den Schwächen der liberalen Politik mit vollem Nachdruck verweilen müssen, unbeirrt durch die Besorgniß, daß andere Parteien aus der Unumwundenheit meiner Urtheile Nutzen ziehen könnten. Die Anderen kennen und benutzen unsere Schwächen längst und nichts wird leichter sein als ihrem Uebermuth zu begegnen, wenn wir selber uns von den Fesseln losgemacht haben, die wir bisher trugen. Die politische Position aber, welche wir im Augenblick einnehmen, kann durch ernste Selbstkritik nur gewinnen. Hielten wir die politische Methode fest, welcher wir bis Anfang August folgten, so würden wir uns in Kurzem so ziemlich zu Grunde richten; hören wir dagegen auf die ernsten Lehren der jüngsten Vergangenheit, so werden wir das uns gebührende Gewicht bald zurück erlangen.

Noch über einen Punkt muß ich zum Schluß eine kurze Bemerkung hinzufügen. Kaum etwas wird bei meinen Parteigenossen größeren Anstoß

erregen, als was ich über die nothwendige Stellung des Adels in der constitutionellen Monarchie sagte. Und doch steht für mich Nichts unumstößlicher fest. Und doch wird unsere Zukunft wesentlich davon abhängen, wie sich der Adel in dem neuen Staate verhalten wird, der uns beschieden ist. Geht er fort auf dem unglückseligen Wege, den das preußische Herrenhaus, den fast alle ersten Kammern Deutschlands bisher gegangen sind, so haben wir alle Ursache, für die Monarchie oder für die Freiheit zu fürchten. Aber sollten wir nicht hoffen dürfen, daß die verkehrte Lage unserer bisherigen öffentlichen Verhältnisse an dieser schlimmen Haltung unseres Adels ebenso die hauptsächliche Schuld trage, wie an den Verirrungen des Liberalismus und daß das segensreiche Walten eines wirklichen Staates, in dem allein Raum ist für eine wirkliche Aristokratie, rasch wahrhaft adlige Anschauungen und Bestrebungen scheiden werde von dem kümmerlichen Junkerthum, der kranken Frucht durchaus ungesunder politischer Zustände? Ich denke, der neue deutsche Staat wird den Standesherrn nicht mehr zu klein sein, um ihm in hervorragender Weise zu dienen. Ich hoffe sogar, manche unserer Fürsten werden die Empfindung haben, daß es ruhm- und ehrenvoller sei, Peer dieses deutschen Staates zu sein als die unerquicklichen Verlegenheiten einer aller wirklichen Macht entkleideten Landeshoheit fort zu spinnen. Mir scheint, die deutsche Art, der die neidische Gleichmacherei der Franzosen vollkommen fern liegt, würde es in jeder Weise erleichtern, wenn unser hoher Adel aus der falschen Stellung, in welche ihn der unglückliche Gang unserer Kaiserpolitik verlockt hat, zurück kehrte zu dem unendlich ehrenvollen und segensreichen Berufe einer wahren Aristokratie. Jedenfalls ist es die Pflicht einer erleuchteten liberalen Politik, dieser Umwandlung unseres Adels in alle Wege hülfreich entgegen zu kommen. Das Entscheidende freilich kann nur der Adel selbst thun und ein Königthum, das sich zu hoch erhoben hat, um für die kleinen Begehren eines bedürftigen Scheinadels noch irgend welche Gunst zu besitzen.

Karlsruhe, Anfang October. H. Baumgarten.

Erinnerungen an Friedrich den Großen.

Zweiter Artikel.

(Schluß.)

Oesterreich hatte das Unglück die meisten seiner diplomatischen Unternehmungen innerhalb und außerhalb Deutschlands verunglücken, und Preußen fast überall triumphiren zu sehen. Der Aerger darüber erstreckte sich von der Regierung und den Hofkreisen über den ganzen Kaiserstaat. Eine österreichische Flugschrift von damals leiht der öffentlichen Meinung in der bekannt gebliebenen Wiener Tonart der „affenmäßigen Geschwindigkeit“ Ausdruck. „Sie kennen die Geschäftigkeit des Berliner Ministeriums, alles zu verwickeln; seine Gleißnerei; seine ganz eigene Geschicklichkeit jedem Factum einen besonderen Anstrich zu geben, sich unter jeder Maske in die Cabinetter einzubringen . . .“

Und weiter hernach in wahrhaft staunenerregender Zusammenfassung die Quintessenz und den Geist der preußischen Geschichte: „Wenn man dem Gang des Hauses Brandenburg von seiner Entstehung bis hinauf zum Gipfel seiner Größe nachspürt, und dann sieht, wie es im Dunkeln immer die schlimme Lage seiner Nachbarn benutzte, wie es lauerte, von einem dritten erschütterten Staat Beute zu machen, immer im Trüben fischte; auf einmal zum Erstaunen der Welt den unbändigsten Ton der Uebermacht annahm; wie aufmerksam sollte nicht Europa auf jeden Schritt des schlauen unternehmenden Friedrich sein! Entspricht es nicht ganz seinem Geist, daß er zur Ersetzung seines Aufwands dem Pfalzgrafen bei irgend einer Gelegenheit eine artige Rechnung vorlegt, und die westphälischen Herzogthümer wenigstens beschneidet?“

Eine Frage, an die sich Worte anschließen, die eine gleichsam unwillkürliche Anerkennung des großen Königs enthalten: „Wer kann die Wolke, worin Friedrich's Adler fleugt, durchschauen? Wer wagt es, ihn zu übersehen?“

Weniges später heißt es dann in ergötzlicher Betrachtung über die diplomatischen Resultate Preußens: „Viele der preußischen Minister würden an anderen Höfen eine erbärmliche Figur machen, besonders diejenigen, welche kein eigenes Vermögen haben, wenn sie nicht Mittel gefunden hätten, in anderen Dingen ihre Ueberlegenheit zu zeigen. Die wichtige Miene, welche sie sich geben, ist nur dadurch geltend worden, daß kein Minister eines anderen Hofes einen Schritt thun kann ohne zu fürch-

ten, der von Preußen habe ihm nicht eine Falle gestellt, habe sich nicht auch auf die niedrigste Art seines Geheimnisses bemeistert. *) Man achtet die Runzeln ihrer Stirne und ihr Naserümpfen, weil man überzeugt ist, daß sie ewig Kabalen brüten, und nur da sind, um Mißtrauen und Zerrüttung zu unterhalten .... Wie ist hier oder da, im Norden oder Süden ein hübscher heller Krieg anzuzünden?**)

Wenn der Verfasser klagt, „bei jeder Vergrößerung ist es Friedrichen nicht darum zu thun, seinen Unterthanen einen ruhigen Genuß aller natürlichen Vortheile zu verschaffen. Uebermacht ist sein einziger Gedanke,"***) so ist das vollständig wahr, aber weniger ein Tadel wie ein Lob. Nur hätte er für den wenig politischen Ausdruck „Uebermacht" den treffenderen: „Macht" setzen sollen. Und wer möchte leugnen, daß Friedrich sein Preußen dadurch so hoch erhoben, daß seines Staates Macht sein einziger Gedanke war?

Den Schluß der famösen Broschüre bildet der de- und wehmüthige kaiserlich österreichische Stoßseufzer: „Wie kann in dem deutschen Reich ein Gleichgewicht bestehen, wenn man mit bewaffneter Hand dem Oberhaupt seine Forderungen abtrotzen will?" d. h. wie kann Preußen es wagen, gegen das kaiserlich österreichische Präsidialrecht aufzutreten.

So war die allgemeine Stimmung in Oesterreich darüber, daß Preußen — um Friedrich's Ausdruck zu gebrauchen — mit allen europäischen Höfen in Unterhandlung getreten war, und daß es in diesen Unterhandlungen alles Glück gehabt hatte.

Wenige Tage nach der beim Reichstage abgegebenen österreichischen Erklärung vom 10. April — in einem Zeitpunkt, in welchem der Ton der diplomatischen Verhandlungen den äußersten Grad der Gereiztheit angenommen hatte, die Heere gerüstet an den Grenzen aufgestellt waren, die Herrscher in eigner Person sich bei ihnen befanden —: in einem Zeitpunkt, in welchem der Ausbruch des Kriegs bereits unvermeidlich schien,

*) Das erinnert an den Ausspruch einer anderen österreichischen Flugschrift von damals: „Zu allen Zeiten hat es das preußische Ministerium unter seine vorzüglichsten Staatsgrundsätze gerechnet, sich der Geheimnisse aller Cabinette zu bemächtigen, das war vielleicht die einzige Rubrik, wo dieser ökonome Hof des Aufwandes nie geschont; die Verräther und Ausspäher wurden von ihm immer am reichlichsten besoldet."

**) Vgl. den „frischen fröhlichen Bruderkrieg."

***) Die Sorge vor der Uebermacht Preußens findet sich damals oft ausgesprochen. In einer anderen österreichischen Flugschrift heißt es über Preußen: „Bei einem Fürsten, dessen System die Uebermacht ist, muß der Krieg ein Mittel sein; mit ihm haben die nachbarlichen Staaten nie Frieden; es ist nur Waffenstillstand."

empfing Friedrich ein aus Olmütz vom 13. April datirtes Schreiben des Kaisers, welches „bekannte unbestimmte Gemeinplätze über den Wunsch den Frieden zu erhalten“ wiederholte.

Dem Brief lag ein Vergleichungsentwurf bei, der vier Propositionen enthielt. Für Preußen: Anerkennung des Januartractats, und der in Folge dieses Tractats geschehenen Besitznahme der bayrischen Provinzen; und Einwilligung in eine friedliche Tauschausgleichung der Contrahenten des Januartractats. Für Oesterreich: Zustimmung zu der Einverleibung von Ansbach und Baireuth in den preußischen Staat; und Einwilligung in jeden Tausch, den Preußen in seinem Interesse mit diesen Ländern vornähme.

Der Entwurf also stellte die unberechtigten Ansprüche Oesterreichs auf das bayrische Erbe in eine Linie mit den gerechten Ansprüchen Preußens auf die beiden Fürstenthümer. Er vermischte die gerechteste und die ungerechteste Sache von der Welt, indem er erklärte, unter der Bedingung das Recht seinen Gang gehen lassen zu wollen, daß Preußen sich dem schreiendsten Unrecht nicht widersetze.

War es zu hart, wenn Friedrich diese Propositionen „impertinente Propositionen“ nannte?

„Niemand wünscht wohl mehr — so schrieb er auf diese „impertinenten Propositionen“ hin den 14. April an Joseph — Niemand wünscht wohl mehr als ich, Frieden und gutes Vernehmen zwischen den europäischen Mächten zu erhalten; aber jedes Ding hat seine Grenzen: und es giebt Fälle, die so schwierig und verwickelt sind, daß der gute Wille allein nicht hinreicht, um Ruhe und Frieden aufrecht zu halten. Euer Kaiserl. Majestät erlauben, daß ich Denselben den eigentlichen Streitpunkt unserer gegenseitigen Angelegenheit deutlich auseinander setze. Die Frage ist: kann ein Kaiser nach seiner Willkür mit den Lehen des Reichs schalten? .... Kein Fürst wird zu diesem Beginnen die Hand bieten; jeder wird sich auf das Lehnsrecht berufen, welches diese Besitzungen seinen Nachkommen zusichert; und keiner wird selbst dazu beitragen wollen, die Macht eines Despoten zu begründen, der über kurz oder lang ihn selbst oder seine Nachkommen der seit undenklichen Zeiten besessenen Länder berauben kann. Das hat denn auch die einstimmige Klage aller deutschen Reichsstände über die gewaltsame Art, womit Bayern überfallen und eingenommen worden ist, veranlaßt. Ich, als Mitglied des Reichs, und da ich den westphälischen Frieden durch den Hubertsburger Tractat auf's neue bestätigt habe, sehe mich unmittelbar verbunden, die Vorrechte, die Freiheiten und die Gerechtsame des deutschen Reichs emporzuhalten, so wie auch die kaiserlichen Wahlcapitulationen, durch welche

der Gewalt des Reichsoberhaupts Grenzen gesetzt werden, um vorzubeugen, daß er das Uebergewicht seiner Würde nicht mißbrauche.

„Dieses, Sire, ist die wahre Lage der Sache. Mein persönliches Interesse kommt gar nicht dabei in Anschlag; aber ich bin überzeugt, Ew. Majestät selbst würden mich für einen feigherzigen und Ihrer Achtung unwürdigen Mann halten, wenn ich die Rechte, Freiheiten und Gerechtsame, welche wir, die Kurfürsten und ich, von unseren Vorfahren ererbt haben, niederträchtiger Weise aufgäbe."

Dann kommt der König mit einer Freimüthigkeit, von der er versichert, sie könne gegen seinen eigenen Bruder nicht größer sein, auf den vorliegenden Fall der bayrischen Erbfolge und der Berechtigung Oesterreich an dieses Erbe zu sprechen.

Die ansbachische Erbschaft aber, mit welcher Joseph Preußen ködern, ihm den Mund stopfen wolle, daß es zu den österreichischen Vornahmen schweige, „die ansbachische Erbschaft hat gar nichts mit dieser Sache zu thun. Unsere Rechte auf dieselbe sind so gesetzmäßig, daß sie uns niemand streitig machen kann."

In seiner Antwort auf diesen Brief (d. d. Littau den 16. April) suchte der Kaiser seine Rechte zu erweisen, mit freilich wenig stichhaltigen Gründen; mit Gründen jedoch, von denen er hoffte, sie würden Friedrich überzeugen: „daß das Wort Despotismus, dessen Dieselben sich bedienen, und welches ich wenigstens ebenso sehr als Dieselben verabscheue, hier nicht hergehört." Es laufe demnach, da Joseph nicht als Kaiser, sondern als Kurfürst von Böhmen und Erzherzog von Oesterreich in dieser Angelegenheit gehandelt, und mit seinem Mitstande und Nachbarn einen freiwilligen und freundschaftlichen Vergleich geschlossen habe, „die wahre Beschaffenheit der streitigen Frage" darauf hinaus: „ob irgend ein Reichsgesetz einen Kurfürsten hindert, mit seinem Nachbarn, ohne Dazwischenkunft anderer, eine ihnen beiderseitig zuträgliche Verabredung und Vergleich zu treffen, oder nicht?" Höflichkeitsbezeugungen und die Versicherung des lebhaftesten Wunsches den Frieden erhalten zu sehen, bilden den Beschluß dieses Briefes.

Friedrich hielt es für seine Pflicht, auf dieses Schreiben Sr. kaiserlichen Majestät umgehend zu antworten (d. d. Schönwalde den 18. April).

„Ich bitte Dieselben im voraus, nicht zu glauben, daß ich, durch thörichten Ehrgeiz geblendet, den tollen Gedanken hege, mich zum Schiedsrichter der Fürsten aufwerfen zu wollen. Die feurigen Leidenschaften sind in meinem Alter erstorben, und gehören nicht mehr in diese Zeit; auch hat meine Vernunft dem Spielraume meiner Thätigkeit Schranken zu setzen gewußt. Nehme ich demnach Antheil an den neuesten Begebenheiten

in Bayern, so entspringt dies daher, weil die Sache mit dem Interesse aller deutschen Reichsfürsten, unter deren Zahl ich gehöre, verflochten ist. Was habe ich also gethan? Ich habe die Gesetze, die deutsche Reichsverfassung, und den auf Bayern Bezug habenden Artikel des westphälischen Friedens untersucht; ich habe dies alles mit dem geschehenen Vorfalle verglichen, um zu sehen, ob jene Gesetze und Bündnisse mit dieser Besitzergreifung zu vereinigen ständen: aber ich muß gestehen, daß ich, statt der von mir gesuchten und gewünschten Uebereinstimmung, nichts als Widerspruch angetroffen habe." Dann geht Friedrich auf die Ausführungen des kaiserlichen Briefes über die Rechtmäßigkeit des österreichischen Verfahrens, über die Mittel den Frieden zu erhalten und zu befestigen, näher ein, um sie in einer wahrhaft vernichtenden Schärfe und Klarheit zurückzuweisen. Um so eher dürfen wir diese Ausführungen wie diese Zurückweisungen im Einzelnen übergehen, als sie zur Entwickelung der Angelegenheit selbst nichts beitrugen.

Wichtig ist nur die neue Proposition, die Friedrich dem Kaiser zum Zweck der Friedenserhaltung machte; wichtig, weil sie hernach zur Ausführung kam; jene, „daß eine Untersuchung dieser Art die Unterhandlung der Minister erfordere;" daß der Kaiser den Grafen Cobenzl zu dieser Unterhandlung beordern möge „oder wen Dieselben sonst zu ernennen für gut finden, um ein für die Menschheit so heilsames Werk zu beschleunigen. Ich gestehe — fährt er fort — es ist ein schwer zu entwickelndes Chaos; aber Schwierigkeiten müssen den Muth eher anfeuern als abschrecken. Kann man sie nicht überwinden, so fordert doch die Menschenliebe, daß man es versuche; wünscht man aber aufrichtig Frieden zu haben, so muß man ihn auf eine dauerhafte Weise befestigen."

Joseph beeilte sich (19. April) zu antworten; wie Friedrich in seinen Denkwürdigkeiten sagt: „er stellte sich als wolle er nachgeben." Er versicherte den König im voraus, „daß Ihro Majestät (d. i. die Kaiserin) Cobenzl die nöthigen Anweisungen schon gegeben habe und noch geben werde, alle Vergleichungsvorschläge anzuhören und zu bewilligen, welche nur anständig und möglich sein werden."

Die Antwort Friedrich's vom 20. April, freudig über den „glorreichen" Entschluß des Kaisers „zu versuchen, ob sich das Unwetter abwenden lasse, das sich zusammenzieht und so vielen unschuldigen Völkern drohet," bildet den Beschluß dieses merkwürdigen Briefwechsels zwischen zwei Monarchen, der, Angesichts ihrer an den Grenzen gerüstet einander gegenüberstehenden Heere, von Lobeserhebungen und Versicherungen aufrichtigster Zuneigung und Bewunderung überströmt.

Daß es dem Könige nicht etwa um die Erfüllung eines drängenden

Verlangens, dem Kaiser seine aufrichtige Bewunderung darzubringen, zu thun war, ist ebenso bald erwiesen, als es erwiesen ist, daß er an den Ernst der österreichischen Friedenswünsche nicht glaubte.

Bereits ehe der Briefwechsel der beiden Monarchen begann, in jener Zeit, da Friedrich von Tag zu Tag die österreichische Kriegserklärung erwartete; da er, obschon wohl gerüstet, bald von der Ungeduld sie endlich zu erhalten, zu der Besorgniß, sie schon zu erhalten, kam —: bereits am 3. April schrieb er dem Bruder, „wenn jetzt aus der Kriegserklärung nichts wird, werde ich die Sachen bis Ende Mai hinziehen, wo wir dann in die Action treten werden.“ Und in der Zeit des Briefwechsels (am 16. April): er habe noch Stoff genug, um die Unterhandlungen bis zum 15. oder 20. Mai hinzuziehen. Derweilen müsse man sich, bei der Lebhaftigkeit und dem Feuer des jungen Herrn, der Ruhm zu erlangen brenne, auf Alles vorbereiten.

Auch in dem Briefe, den er dem Bruder an eben dem Tage übersandte, an welchem er dem Kaiser eine Ministerialconferenz proponirte (18. April), sprach er den Wunsch aus, die Entscheidung zu verzögern, setzte jedoch voller Besorgniß hinzu, er fürchte, daß der Kaiser, der Unterhandlungen müde, auf die Entscheidung brenne. Er gestand, daß er an dem Gelingen seines Wunsches zweifle, da der Kaiser am 25. April seine Truppen beisammen haben, und zu ungeduldig sein werde, um mit untergeschlagenen Armen der weiteren Unterhandlung zuzusehen; daß er vielmehr im günstigsten Falle noch eine Antwort des Kaisers erwarte, nach welcher der Kaiser sich dann erklären werde; daß jedoch er seinerseits in dieser Angelegenheit nichts nachgeben werde. Es wäre nicht anders: die Waffen müßten entscheiden.

Ob es damals das Richtige gewesen wäre, daß Preußen, sobald seine Rüstungen es nur irgend zuließen, ungesäumt mit dem Angriff auf Oesterreich begann; oder ob es wichtigere Gründe gab, die solche Eile unthunlich machten, dürfen wir hier unerörtert lassen, da wir es, ohne weitläuftig zu sein, nicht zu erörtern vermöchten. Wir begnügen uns hervorzuheben, daß es Friedrich fehlerhaft erschien, jetzt schon in die Action überzugehen. Seiner Meinung nach war es nothwendig noch zu warten; zu warten bis Mitte, bis Ende Mai, bis Anfang Juni. Eher ließe sich nichts Erfolgreiches unternehmen, meinte er. Als seine nächste Aufgabe sah er an diesen Zeitpunkt zu gewinnen, damit der Krieg nicht so früh ausbräche, wie es Joseph wünschenswerth, sondern so spät, wie es ihm nothwendig erschien. So sehr ihm auch jene Correspondenz mit dem Kaiser zuwider war, nicht sowohl wegen der Wahrheiten, die er ihm zu sagen hatte, als wegen der verbindlichen Form, in die er sie kleiden mußte,

um ihn nicht zu reizen statt ihn zu besänftigen;*) diese Correspondenz mit ihren weitläuftigen, eingehenden, wiederholten Erörterungen der ganzen Rechtsfrage, mit ihrer verschwenderischen Fülle von kitzelnden Schmeicheleien, war ein vortrefflicher Vorwand dieses Hinziehen zu verhüllen.

Es gab noch einen zweiten Vorwand dafür.

Der Ton, den die österreichische Note vom 1. April anschlug, war von einer Kriegserklärung nicht eben weit verschieden gewesen. Hätte man preußischer Seits aus ihr die Kriegserklärung herausgelesen und in einem gleichen Tone geantwortet, so wäre der ganze Zweck der Correspondenz Friedrich's mit dem Kaiser, es wäre die projectirte Ministerialconferenz unmöglich geworden: statt die Entscheidung bis in den Juni zu verzögern, hätte man sofort die Waffen ergreifen müssen. Daher erklärt die preußische Antwort, welche vom 22. April — dem zweiten Tage nach dem Ende jener Correspondenz der beiden Monarchen — datirt war, man wolle, um über die Gerechtigkeit und Mäßigung der preußischen Gesinnungen und des preußischen Verfahrens in der bayrischen Angelegenheit keinen Zweifel zurückzulassen, noch einmal das Wort ergreifen, obschon die Wiener Note in Ausdrücken und nach Grundsätzen abgefaßt sei, die „als Gelegenheit zum Abbruch der Negotiation betrachtet werden könnten." Sie entwickelt noch einmal die bisherige Theilnahme Preußens an der ganzen Angelegenheit, sein Recht, seine Pflicht zu dieser Theilnahme; geht in gemäßigten Ausdrücken die unberechtigten Maßregeln, die „willkürlichen Unternehmungen" durch, die Oesterreich vom Todestage des Kurfürsten an aufgewandt habe, um das Erbe für sich zu gewinnen, Unternehmungen, „wodurch die Sicherheit, die Freiheit und die ganze Constitution des Reichs so wesentlich leiden;" und spricht die Hoffnung aus, daß Se. kaiserl. Majestät „die Sache ernstlich bedenken, daß Dieselben den Folgen, die natürlicher Weise daraus entspringen müssen, zuvorzukommen sich bemühen, und die Vorstellungen, welche Ihre Majestät in diesem Betracht erneuern zu müssen sich verbunden halte, auf eine freundliche Art annehmen werden."

Eine Wiener Note vom 7. Mai war bestimmt die preußischen Ausführungen (vom 9. März und 22. April) zu analysiren und zu widerlegen. Zugleich suchte sie zu behaupten, „daß des Kaisers Maj. in der bayrischen Sache nichts widerrechtliches gethan hätten; daß Se. kurfürstl. Durchl.

---

*) „Je ne saurais dire à quel point me déplait cette correspondance avec l'Empereur, parceque je ne puis taire des vérités que j'ai à lui dire, et je ne veux pas d'autre part les lui dire sans façon, qu'on puisse jeter sur moi la cause des troubles."

zu Pfalz ihren Vergleich nicht anföchten; daß der Kaiserin-Königin Majestät den Ansprüchen des Kurfürsten von Sachsen und der Herzöge von Meckelnburg nicht widerstritten."

Der Schwerpunkt der Beziehungen zwischen dem Berliner und Wiener Hof aber lag in diesem Momente nicht in dem Notenaustausch zwischen Riedesel und Kaunitz, sondern in den zu Berlin gepflogenen Conferenzen mit Cobenzl. Freilich nicht sowohl aus dem Grunde, daß diese Conferenzen eine friedliche Entscheidung herbeiführten, als aus dem, daß sie eine feindliche Entscheidung verzögerten.

In der That, es kam zu diesen Conferenzen: die Entschädigung des Kurfürsten von der Pfalz und des Herzogs von Zweibrücken; die Befriedigung Kursachsens, dazu die sofortige Anerkennung der Nachfolge Preußens in den Markgrafenthümern Ansbach und Baireuth waren die Vorlagen, mit denen sie es zu thun haben sollten.

Friedrich sah von Anfang an den Verlauf dieser Conferenzen vor Augen; er zweifelte keinen Moment daran, daß sie nicht dazu angethan sein würden, die Frage friedlich zu lösen; für ihn war der Zweck erreicht, wenn sie den Ausbruch des Krieges nur bis in den Juni hinausschoben.

Zunächst blieb Cobenzl ohne ausreichende Vollmacht von Seiten seines Hofs, so daß er selber an der Möglichkeit, ein dauerhaftes Arrangement zu treffen, zweifelte und mit Propositionen hervortrat, die weit davon entfernt waren, zu befriedigen. Gleich Anfangs hatte es den Anschein, als sollten die Verhandlungen sich zerschlagen.

Den österreichischen Propositionen entgegen reichte Friedrich ein „Contreproject" ein, dessen Aufnahme in Wien es, wie er meint, entscheiden werde, „ob die Differenzen der Art sind, daß sie durch Verhandlungen beigelegt werden können, oder durch Waffen entschieden werden müssen." Er ist auf alle Fälle gerüstet, und wenn es zum Kriege kommen soll, „wird man den Herren Oesterreichern nichts schenken." (Friedrich am 26. Mai.)

Von Tage zu Tage wurde es deutlicher, daß es zum Kriege kommen müsse. Am 29. Mai schrieb Friedrich seinem Bruder: „Jetzt gilt es, alle Gedanken auf den Krieg zu richten, denn aus den Aeußerungen Cobenzl's erhellt, daß die bayrische Angelegenheit sich mit der Feder nicht wird zu Ende führen lassen."

Der Junimonat war da, und die preußischen Rüstungen schienen ihrer Vollendung nahe. Berlin hatte bereits ein ganz kriegerisches Aussehen. „Unsere öffentlichen Plätze — heißt es in einer Flugschrift, die sich in die Form von Berliner Briefen kleidet — sind fast alle mit kriegerischen Zurüstungen erfüllt. In dem sogenannten Lustgarten hinter dem Schlosse,

vor der Domkirche, stehet eine ganze Wagenburg. Eine etwas kleinere, auf welcher sich die Geräthschaften zur Feldbäckerei befinden, ist auf dem Platze bei dem Arbeitshause vor dem Königsthor aufgestellt.... Auf dem Döhnhofischen Platze, der itzt durch die Gnade des Königs mit neuen und prächtigen Gebäuden ganz umschlossen ist, stehen viele Kanonen und Pulverwagen; es wird überdem täglich darauf exercirt. Die Kanonen müssen fast immer einen Tag um den anderen vor das Thor, wo sie bei den größeren Maneuvern des Heeres gebraucht werden. Nehmen Sie noch hinzu, daß man keine Straße gehen kann, wo man nicht Proviant- und Packwagen stehen sieht, oder Soldaten oder Transporte von Pferden begegnet, so werden Sie leicht denken können, daß man bei dem allen nothwendig von dem herrschenden martialischen Geiste befeuert werden muß."

Nur noch Eine Antwort aus Wien erwartete Friedrich; dann wollte er gleich das Ultimatum verlangen; und falls dieses, wie er voraussah, nicht genügte, sofort in die Action übergehen. Mit wenig großen Zügen entwarf er dem Bruder seinen Kriegsplan, seine Gedanken über die Art der Thätigkeit beider Armeen, „de cette façon nous combinons nos opérations et nous agissons méthodiquement, et ce sera bien le Diable, si nous ne venons pas à bout de ces gens-là."

Am 4. Juni empfing Friedrich eine Relation von Riedesel, die ihn in seiner Ansicht, daß die Oesterreicher in keinerlei vernünftige Bedingungen willigen würden, bestärkte. Er befahl seinen Ministern, von Cobenzl das Ultimatum zu fordern, damit sobald es ankäme, „nous entrerons en opération, car il est impossible de croire, que si ces gens voulaient sérieusement éviter la guerre, qu'ils ne céderaient au dernier moment. Voilà, mon cher frère, tout ce que je pense de cette négociation et ce que je prévois de son issue, et c'est la raison que je tourne toute mon attention du côté de ce que la prudence peut inspirer de mieux, pour bien faire la guerre et humilier une nation rivale, qui ne médite que notre ruine."

So war es in der That: bereits nicht mehr nur um das Stück Bayern handelte es sich: an dieser einen Frage war, wie an einem Funken die alte Feindschaft zu neuem Feuer entglommen: jener ererbte Gegensatz der beiden Mächte, der so lange bestanden haben mußte, als sie beide deutsche Mächte waren. Wenn der Herr v. Cobenzl in Berlin mit besseren Instructionen versehen gewesen wäre; wenn der Wiener Hof sich geneigt erzeigt hätte, auf diese und jene Einzelheit der preußischen Forderungen einzugehen —: wird man glauben mögen, daß die Heeresrüstungen, daß die allgemeine den Krieg bereits erwartende Stimmung, daß die Kriegsdispositionen — kurz daß alle Vorbereitungen, um des großen

Prinzips willen von Neuem den Krieg zu wagen, wieder zu nichte gemacht werden konnten? Man höre nur, um die damalige Stimmung zu empfinden, ein Wort aus einer streng österreichischen Flugschrift, die kurz nach dem Ausbruch des Krieges erschien: „Der Angriff, welcher heute auf die Ruhe der halben Welt gemacht wird, ward im Dunkeln lang schon von Ferne vorbereitet. Der Tod Maximilian's ist nicht die Ursache, er ist nur der Vorwand, er ist die Epoche des schrecklichen Ausbruches. Hätte kein Todfall sich ereignet, durch welchen dem Hause Oesterreich eine Erbschaft angefallen, wäre kein Niederbayern in Besitz zu nehmen gewesen; die preußische Verfassung ist so beschaffen, daß der Friede, der Stand der Ruhe und Unthätigkeit für sie ein Stand des Zwangs ist; Ueberfall der Länder, Krieg und Schlachten sind der eigentliche Zustand, in dem sie sich erhalten kann: es ist ein kühner Segler, der bei der unbewegten See wenig vor sich rückt: Wind ist sein Wunsch, Sturm eher als Meeresstille u. s. w." Die tiefer liegende prinzipielle Seite der ganzen, aus einem zufälligen Anlaß entsprungenen Angelegenheit war vor allen Dingen Friedrich nicht mehr zweifelhaft. Aus den angeführten Aussprüchen von ihm, deren Zahl wir leicht vermehren könnten, geht das wahrlich deutlich genug hervor. Er glaubte so wenig daran, daß durch Verhandlungen, mochten sie nun in Notenwechseln beider Höfe, in eigenhändiger Correspondenz der Monarchen, in Ministerialconferenzen bestehen, die Entscheidung gebracht werden könnte; als er wußte, daß sie nicht anders gebracht werden könnte wie durch das Schwert.

Mochte daher auch von Neuem ein österreichischer Courier mit neuen Propositionen in Berlin ankommen; mochte Cobenzl noch einen Courier erwarten, von dem er versichert, er werde „des propositions plus conciliantes" mitbringen —: „pour moi — sagt Friedrich — je n'y ai aucune foi et je régarde tout ceci comme décidé pour la guerre."

Am 9. Juni endlich schrieb er an den Grafen Finck, er sollte von dem Wiener Hof das Ultimatum fordern, damit durch diese „dernière réponse" den Spielereien ein Ende gemacht würde und man wüßte, woran man wäre. Er rechnete, daß man in 7 bis 8 Tagen die Antwort und damit die Entscheidung über Krieg und Frieden haben würde. „Il faut mettre fin à ces indécisions et montrer à ces Messieurs Autrichiens qu'on ne les craint pas."

Zu gleicher Zeit beauftragte er Riedesel von Kaunitz eine „kategorische Antwort" zu fordern, damit derselbe sähe, daß von seiner Antwort die Entscheidung abhinge. Auch an Rußland, an Frankreich hatte der König geschrieben, damit man dort über die ganze Negotiation au fait wäre. Und überall war die Stimmung für Preußen günstig. Goltz be-

richtete, daß man zu Versailles den Krieg gegen den Ehrgeiz des Kaisers für unvermeidlich halte. Aus Rußland kam die Nachricht von einem Truppencorps ein, welches unter General Ingelström durch Polen gehen, sich mit den Preußen vereinigen sollte. „Aber das Alles, mein lieber Bruder, macht keine Aenderung in der österreichischen Denkungsart, und Sie werden Sich überzeugen, daß der Kaiser sich nicht früher eines Bessern besinnen wird, als bis er erst geschlagen ist."

Die erwartende Spannung wuchs: der Tag, an welchem die „dernière réponse" Oesterreichs eintreffen mußte, rückte näher und näher.

Schon schreibt Friedrich — am 21. Juni — dem Bruder, er werde ihm die Antwort Kaunitz', wenn er sie erhalten, sofort nach Berlin schicken; es sei über allen Zweifeln, daß der Wiener Hof sich auf keine der ihm gemachten annehmbaren Bedingungen einlassen werde, und daß das Schwert entscheiden müsse. Ob dieser Uebermuth vom Kaiser oder von Kaunitz herrühre, sei gleichgültig; denn jedenfalls müsse man „die Kanonen zum Advocaten unserer Sache machen; weder meine Feder noch meine Stimme haben die Wirksamkeit des Säbels und der Artillerie" Der Bruder kenne ihn genügend um zu wissen, daß er auf dem Punkte, bis zu dem er in den Unterhandlungen vorgegangen sei, keinen Schritt zurückweichen werde. Guter Muth und Selbstvertrauen: „bon courage et confiance en soi-même, et je vous réponds que Joseph, tout César qu'il est, apprendra à mettre de l'eau dans son vin."

Am 24. Juni übergab Cobenzl' die österreichische Antwort in Berlin. Sie war, wie Friedrich sie erwartet hatte: sie bestimmte nicht das Geringste über die Rechte des Kurfürsten von Bayern; äußerte sich über die Ansprüche Sachsens nur in leeren Redensarten —: kurz, sie enthielt keine einzige positive Bestimmung. Sie schloß mit der Erklärung: „wenn die Vorschläge des Wiener Hofs zum Plan eines Präliminartractats nicht angenommen würden, so würde alles freundschaftliche Arrangement unmöglich werden, und alle künftigen Erläuterungen würden überflüssig sein." — „Je me vois obligé de leur déclarer la guerre," schrieb Friedrich nach Empfang dieser Erklärung.

Später hat er D'Alembert gestanden, wie drückend immer die Last des Krieges für sein Alter sei, er werde sie freudig tragen, „pourvu que par mes travaux je consolide la paix et la tranquillité de l'Allemagne pour l'avenir. Il faut opposer une digue aux principes tyranniques d'un gouvernement arbitraire, et réfréner une ambition démesurée, qui ne connaît de borne que celle d'une force assez puissante pour l'arrêter; il faut donc nous battre. Combien et jusqu'à quand, c'est que le temps éclaira."

Dem Bruder Heinrich gab er den Befehl, mit seiner Armee den 1. Juli aufzubrechen; zwei Tage hernach — gerade 88 Jahre vor der Schlacht bei Königsgrätz — ging die preußische Kriegserklärung nach Wien ab.

Der König habe — so etwa entwickelt sie — blos deshalb an der bayrischen Angelegenheit Theil genommen, weil er völlig überzeugt gewesen, die Occupation der Kaiserin von halb Bayern sei den unwidersprechlichen Rechten der natürlichen Lehnserben zuwider, und hebe das Gleichgewicht, die Sicherheit und Constitution des deutschen Reiches auf.

Dieser wichtigen Betrachtung ungeachtet habe der König fünf Monate hindurch negociiren lassen, um die Ruhe zu erhalten.

Er habe der Kaiserin zu vortheilhafte Vorschläge machen lassen, die dem Interesse und den Rechten des pfälzischen Hauses auf gewisse Art nachtheilig seien, nur um die Ruhe zu erhalten.

Er habe, blos auf das Anerbieten der Kaiserin, ohne die geringste Absicht einer Vergrößerung und eines persönlichen Interesses, erlaubt, daß man die künftige Vereinigung von Baireuth und Ansbach und den Tausch der Lausitz in diese Negotiation hineingebracht hat.

Der Wiener Hof habe alle diese vortheilhaften Anschläge verworfen: die seinigen dagegen wären unbestimmt und dunkel gewesen und hätten allemal die völlige Behaltung der occupirten Länder vorausgesetzt. Da nun die Convention vom 3. Januar zum Austausch, und für das pfälzische Haus zum Verlust von ganz Bayern führen kann: so hat der König diese Vorschläge nicht annehmen können, ohne seiner Ehre, seinen Verbindungen und seinem Interesse Nachtheil zuzufügen.

Der Wiener Hof habe also die Negotiation zum ersten Mal abgebrochen, und die Folgen davon sind ihm allein zuzuschreiben.

Der Schluß des Manifestes lautet: „Welche Mittel bleiben also übrig, als der Weg der Waffen? Man würde dem König jetzt wider allen Grund den Angriff zuschreiben. Der Wiener Hof hat den Angriff gethan, da er in Bayern eingefallen ist —, und wenn der König angreift, so thut er es, um die Freiheit, die verletzte deutsche Constitution und seine unterdrückten Freunde zu vertheidigen. Er thut es ohne alle übrige besondere Absicht u. s. w.“

Tags nachdem die Kriegserklärung abgegangen, am 4. Juli, setzte sich die Spitze der Avantgarde, ansbach-baireuthische und Ziethen'sche Husaren, unter des Königs persönlicher Führung in Marsch. Durch die Defileen bei Nachod ging es am 5. Juli hinein in Feindes Land.

„Am 5. Juli — sagt eine Flugschrift — überschritt er den Rubicon.“

„Die Ruhe Europas ist also dahin,“ heißt es in einer Broschüre, die sich die Aufgabe gestellt hat, Preußen zum Schuldigen des eben ausgebrochenen Krieges zu stempeln, und diese Schuld Preußens nicht nur daraus beweisen will, daß preußische Truppen als die ersten über die Grenze rückten; sondern auch und vornehmlich aus der ganzen politischen Stellung, aus der Aufgabe des preußischen Staats. Die Worte, welche die österreichische Anschauung von dem Wesen der preußischen Politik in der Kürze zusammenfassen, um sie zu verdammen, und die erhabene Rolle Oesterreichs jedermann handgreiflich zu machen, knüpfen an eine mehr wie naive Besprechung von dem Edelmuth, von der Aufopferung Oesterreichs an, daß es nicht „das schon in Besitz genommene Bayern wieder geräumt habe.“ Denn durch eine solche Räumung würde nicht nur „das Ansehen ihres Hauses vor aller Welt herabgewürdigt;“ es würde zugleich „ganz Deutschland freiwillig dem Despotismus, dessen sich der preußische Hof schon so lange nur zu sichtbar anmaßt,“ übergeben haben. „Die Freiheit der deutschen Fürsten wäre auf ewig verloren: wer würde es wagen, Friedrichen nicht zu gehorchen, wenn er das Oberhaupt des Reiches selbst, wenn er das mächtige Oesterreich sich so willfährig nach seinem Winke schmiegen sähe? Und würde dieser gebieterischen Zumuthung nicht gehorcht, so —“

Und mit diesem „so —“ verfliegt das kaiserlich österreichische Räsonnement geistreich in die Winde.

— Also: „'s ist Krieg! 's ist Krieg!“ wie Asmus, „der ehemalige wandsbecker Bote“ singt; die Zeit des „kanonischen Rechts“ beginnt (le droit canon décidera de tout ceci), wie Friedrich (10. Juli) schreibt.

In Preußen sah man zuversichtlich dem Kriege entgegen; in Oesterreich hatte der großsprecherische Ton, mit dem man sich noch vor Kurzem gespreizt, einer kläglichen Besorgniß Platz gemacht. Denn selbst Kaunitz hatte noch Mitte Juni geglaubt, der König von Preußen werde es bei bloßen Demonstrationen bewenden lassen. Sobald Preußen Ernst machte, zitterte Oesterreich. „Ganz Wien — verrathen die Geständnisse eines österreichischen Veterans — ganz Wien gerieth außer sich über die unerwartete Nachricht von dem plötzlichen Einmarsch der Preußen in Böhmen; Schrecken und Bestürzung waren auf allen Gesichtern zu lesen; der Staatsmann vergaß den zuversichtlichen Ton, und der Hofmann gab die schmeichlerische Sprache auf, womit beide bisher das Publikum, und was das Schlimmste war, die friedliebende Monarchin selbst in Absicht des Königs von Preußen getäuscht und hingehalten hatten. Jedermann fand nunmehr das Gegentheil von dem, was im Ministerio so zuversichtlich war behauptet worden. Man befürchtete einen weitaussehenden Krieg,

und maß die Größe der gegenwärtigen Gefahr nach ehemaligen Erfahrungen ab."

Man sprach bereits von einer Verlegung des Aufenthalts der Kaiserin nach Preßburg.

Dazu fand sich, in fast ergötzlichem Gegensatz zu den früheren österreichischen Prahlereien, nach der Art jener, die sich der Marquis von Botta vor Friedrich selbst erlaubt hatte, jetzt in Wiener Blättern das Geständniß, bei der preußischen Uebermacht sei es unmöglich gewesen, den Einbruch zu verhüten. Eine preußische Flugschrift (die öfters angeführte, damals erscheinende Suite von Briefen) macht dazu die sehr sachgemäße Bemerkung: es sei doch wunderbar, „daß eben die Blätter, die kurz vorher von der beinahe zahllosen Menge des kaiserlichen Heeres nicht Aufsehen genug machen konnten, gleich, sobald sie es zur Bescheinigung der Sache für zuträglich erachten, von Uebermacht der Preußen zu schwatzen bereit sind. So verfällt man, wenn man ein wenig neben der Wahrheit vorbeispaziert, von einer Uebertreibung in die andere."

Die militärischen Ereignisse dieses Krieges liegen außer dem Bereiche unserer Betrachtung. Sie sind der bekanntere, wenn gleich der unbedeutendere Theil des bayrischen Erbfolgestreits. Die musterhaften Operationen des Prinzen Heinrich, die Art, wie er durch die Einnahme von Reichenberg, Gabel und Leitmeritz die erste österreichische Vertheidigungslinie sprengte, sind bis auf den heutigen Tag berühmt geblieben. Bis auf den heutigen Tag ist es der Gegenstand auseinandergehender Ansichten, ob Friedrich, fast stets zaudernd und oft unthätig, den Krieg nicht allen Ernstes habe führen w o l l e n, oder nicht habe führen k ö n n e n; Ansichten, deren jede in Schmettau und Dohm schon früh einen beredten Vertheidiger fand. Man hat an der Größe der Schwierigkeiten gezweifelt, die Friedrich als unüberwindbar erklärte, die alle Welt bis zum Sommer 1866 für unüberwindbar hielt, bis sie in acht Sommertagen von dem preußischen Heere überwunden wurden. „Festungen von 80,000 Mann — so zählt Friedrich diese Schwierigkeiten auf —, unwegsame Straßen, kein lebendes Wesen in den Dörfern, ein Fluß der allerdings nur einen Strich von Wasser bildet, aber durch steile Felsen geschützt wird, und kein Mittel, selbst um 30 Husaren durchzubringen; Schwierigkeiten, denen man nur Geduld entgegensetzen kann, um von einer Gelegenheit Nutzen zu ziehen."

Unvergessen ist das oft angeführte Wort über diesen Krieg, den Kartoffelkrieg, wie man ihn spöttelnd genannt hat; er sei wie ein schlechtes Stück von guten Schauspielern aufgeführt.

Vierzehn Tage nach dem Beginn des Krieges, da die Preußen schon einige Vortheile errungen hatten, kam im preußischen Lager zu Wels-

dorf ein Fremder an, der sich als ein Secretär des Fürsten Gallizin, russischen Ministers zu Wien, anmeldete und den König zu sprechen verlangte.

Aus dem Geleit-Schreiben des Fürsten Gallizin, welches er dem Könige überreichte, ergab sich, daß dieser sogenannte Secretär der ehemalige österreichische Minister zu Constantinopel, Herr v. Thugut war, den Maria Theresia in das feindliche Hauptquartier gesandt hatte mit einem Briefe für den König, und mit Eröffnungen, welche — wie Gallizin in dem Begleitschreiben sich ausdrückt — dahin abzwecken, dem weitern Fortgang des zwischen beiden Höfen entstandenen Mißverständnisses Einhalt zu thun.

Nachdem der König dieses Begleitschreiben gelesen hatte und wußte, woran er war, überreichte Thugut ihm seine von der Kaiserin ausgestellte Vollmacht, die drei Vorschläge enthielt, welche durchaus jenen in Berlin Cobenzl gethanen preußischen Forderungen entsprachen. Daneben versicherte sie in dem besonderen Schreiben den König „des innigsten Bekümmernisses," welches sie über den Ausbruch eines neuen Krieges empfände. „Mein Alter und meine Gesinnungen zur Erhaltung des Friedens sind allgemein bekannt; und ich kann Denselben keinen deutlicheren Beweis davon geben, als durch den Schritt den ich jetzt thue. Mein mütterliches Herz wird mit Recht beunruhigt, indem ich zwei meiner Söhne und einen geliebten Schwiegersohn bei der Armee sehe. Ich thue diesen Schritt ohne Vorwissen meines Sohnes; und ich erbitte mir darüber, der Erfolg mag auch sein, welcher er will, gegen Jedermann Stillschweigen. Mein Wunsch geht dahin, daß die Unterhandlung wieder angeknüpft und beendigt werde, welche bis jetzt von des Kaisers Majestät ist geführt, und zu meinem größten Leidwesen abgebrochen worden . . ."

Die eben einlaufende Kunde der ersten kriegerischen Ereignisse (vom 8. und 9. Juli) dictirt ihr eine Nachschrift in die Feder: „Ich eile um destomehr, gegenwärtiges abgehen zu lassen, aus Furcht, daß irgend etwas vorfallen möchte, wodurch die gegenwärtige Lage könnte verändert werden. Nach Thugut's Abreise gedenke ich dem Kaiser einen Courier zuzusenden, um dadurch vielleicht einige schnelle Schritte zu verhindern."

Auch diesen Brief überreichte Thugut, und erklärte, man würde sich leicht verständigen können, wenn man aufrichtig zu Werke ginge. Die Oesterreicher hätten die Absicht, dem Könige so vortheilhafte Anerbietungen zu machen, daß sie ihn bewegen sollten, von dem Beistande, den er dem Kurfürsten von der Pfalz leistete, abzustehen. Er versicherte, daß sein Hof sich nicht nur der einstmaligen Erbfolge in den Markgrafenthümern Ansbach und Baireuth nicht widersetzen werde, sondern, daß er sogar dem

preußischen Hause seine Unterstützung anbiete, wenn es etwa diese Markgrafenthümer gegen eine oder die andere an Brandenburg grenzende Provinz, z. B. die Lausitz oder Meckelnburg, zu vertauschen für gut fände.

Auf solche kaiserlich österreichische Propositionen lautete die preußische Antwort Friedrich's: Sein Hof vermische und verwechsele Dinge mit einander, die in gar keinem Zusammenhange ständen, nämlich die rechtmäßige und unstreitige Erbfolge in jenen Markgrafenthümern mit dem angemaßten Besitz von Bayern, und das Interesse seiner Staaten mit dem Interesse des Reichs, dessen er sich annehme. Wenn man sich verständigen wolle, müsse sein Hof unumgänglich einen Theil von Bayern fahren lassen; und Maßregeln müßten ergriffen werden, die für die Zukunft so despotische und gewaltsame Schritte unmöglich machten. In Ansehung jener Erbfolge sei er weit entfernt, irgend einen Fürsten zu Vertauschung seiner Länder gegen die Markgrafenthümer zu zwingen; und wenn ja ein solcher Tausch stattfinden sollte, so müßte er mit gutem Willen geschehen. Er erklärte sich bereit für die Kaiserin-Königin die wichtigsten Punkte für einen Vergleich schriftlich aufzusetzen, damit er ihr überzeugende Beweise von seinen friedlichen Gesinnungen gäbe.

Thugut bot sich sofort als Secretär an. Aber Friedrich bemerkte ihm argwöhnisch, daß er weder seinem Stil noch seinen Absichten traue, und schrieb zu jenen drei Vorschlägen Maria Theresia's vier andere hinzu, über die man verglichen sein müsse, um die vorläufigen Verabredungen zu unterzeichnen. In einem diesen Vorschlägen beigefügten Schreiben (vom 17. Juli) versichert er die Kaiserin, daß über Thugut's Anwesenheit nichts bekannt werden soll: „Niemand kennt ihn hier, und Niemand wird erfahren, wer er gewesen ist.“ Er schmeichelt ihr mit der Wendung: „Es war der Denkungsart Euer Kaiserl. Königl. Majest. würdig, Beweise von Großmuth und Mäßigung bei einer streitigen Angelegenheit zu geben, nachdem Dieselben die Erbschaft Dero Ahnherrn mit heldenmäßiger Standhaftigkeit behauptet haben.“ Er verspricht „In der Zwischenzeit, daß Dero Antwort ankommt, werde ich meine Schritte so gehörig abmessen, daß Ew. Kaiserl. Majest. nichts für Dero Blut und für einen Kaiser zu fürchten haben, welchen ich liebe und hochachte, ob wir gleich in Absicht der deutschen Angelegenheiten verschiedene Grundsätze haben.“

Mit diesen Schriftstücken ging Thugut sofort nach Wien ab, überreichte sie am 21. Juli Abends seiner Kaiserin, die gleich nach Empfang (22. Juli) voll freudigen Danks zu antworten eilte.

Dieser dem Beginn des Krieges zur Seite gehende Beginn neuer Verhandlungen machte neben den Generalen die Anwesenheit von Ministern im Hauptquartier erwünscht. Auf des Königs Befehl trafen am 24. Juli

Finkenstein und Herzberg zu Frankenstein ein, und es mag wohl in Folge weiterer Besprechungen mit ihnen beiden geschehen sein, daß Friedrich an Maria Theresia am 28. Juli einen neuen Entwurf zu einem Vergleich übersandte, nach welchem die Kaiserin Bayern außer einigen kleinen Distrikten dem Kurfürsten von der Pfalz zurückgeben, und die Erbfolge in Bayern den rechtmäßigen Erben gesichert bleiben sollte. Außerdem sollten die beiden anderen Fürsten, die an Theile der bayrischen Erbschaft Ansprüche erhoben, der Kurfürst von Sachsen und der Herzog von Mecklenburg, befriedigt werden; der kaiserliche Hof aber sollte sich verpflichten, Preußen wegen der Erbfolge in Ansbach und Baireuth weiter keine unnützen Schwierigkeiten zu machen. Zu Garanten des Vertrags wollte man Frankreich, Rußland und das deutsche Reich nehmen.

Als dieser Entwurf zu Wien anlangte, hatten sich die Verhältnisse dort bedeutend verändert.

Maria Theresia hatte, ihrer Absicht gemäß, an Joseph den Schritt zur Versöhnung, den sie gegen Friedrich gethan, mitgetheilt. Joseph, durch den „herrschsüchtigen Charakter“ des Fürsten Kaunitz, des Hauptvertreters jener österreichischen Politik der Uebergriffe und Anmaßungen, geleitet und in seinem Durst nach Siegen über Preußen bestärkt, war über diesen Schritt auf das Höchste unwillig geworden, „er gerieth außer sich“ über diesen Schritt. Er hatte der Mutter auf die Mittheilung geantwortet, „wenn sie auf so nachtheilige Bedingungen Frieden machen wolle, so werde er niemals nach Wien zurückkehren, und sich lieber in Aachen, oder in irgend einem anderen Orte niederlassen, als sich jemals ihrer Person nähern.“

Und als die Kaiserin, um den feurigen Geist ihres ältesten Sohnes zu besänftigen, „ihm friedlichere Gesinnungen einzuflößen,“ den Großherzog von Toscana, seinen jüngeren Bruder, zugesandt hatte, und der den Auftrag der Mutter zu erfüllen eilte; war — um Friedrich's Worte zu gebrauchen — der Erfolg der Zusammenkunft der beiden Brüder, daß sie, die bis dahin in gutem Einverständniß gelebt hatten, sich entzweiten.

So sah sich denn Maria Theresia, wie aufrichtig immer ihr der Frieden am Herzen lag, durch eine ihr entgegenarbeitende Partei, an deren Spitze der Kaiser und Kaunitz standen, genöthigt, dem Könige auf seine Vorschläge eine Erklärung zu geben, die das Gegentheil von dem enthielt, was sie ihm zu erklären wünschte.

Sie schrieb ihm am 1. August folgenden Brief:

„Mein Herr Bruder und Vetter! Baron Thugut stand eben im Begriff abzureisen, um sich zu Ew. Majestät zu begeben, als ich Dero Schreiben vom 28. Juli, nebst einem beigefügten neuen Plane einer allgemeinen

Aussöhnung erhielt. Ich hatte ihm alle Erläuterungen aufgetragen, welche Dieselben hätten wünschen können, und ebenso die gegenseitigen Vorschläge von meiner Seite, welche mir fähig schienen einen Vergleich zwischen uns zu bewirken. Allein die jetzigen Vorschläge Ew. Majestät ändern zu meinem großen Leidwesen die Umstände so sehr, daß es mir unmöglich ist, Denselben sogleich meine Gedanken hierüber zu sagen. Aber ich will suchen, es sobald als möglich zu thun, und um Ew. Majestät dies vorläufig zu melden, sende ich Denenselben gegenwärtiges zu, und bitte zugleich, von der Ehrerbietung überzeugt zu sein, mit welcher ich verharre u. s. w."

Ein paar Tage darauf war es ihr „möglich geworden," dem Könige ihre Gedanken über seine Vorschläge zu sagen. Am 6. August ging Thugut zum zweiten Mal an den König ab, wie es in seinem Empfehlungsschreiben heißt „Denenselben einen Gegenvorschlag von meiner Seite zu thun, um mit einem Male das Unglück eines grausamen und zerstörenden Krieges zu endigen."

Dieser Gegenvorschlag beginnt mit der Erklärung Maria Theresia's, daß sie bereit und entschlossen sei, „alles, was sie in Bayern und in der Oberpfalz durch ihre Truppen besetzen lassen, zurückzugeben, und den Kurfürsten von der Pfalz von seinen mit ihr durch die Convention vom 3. Januar eingegangenen Verpflichtungen zu entbinden: unter der wesentlichen Bedingung sine qua non, daß es des Königs von Preußen Majestät gefalle, sich in gehöriger Form, für sich und seine Nachkommen, zu verpflichten, die beiden Markgrafenthümer Ansbach und Baireuth nicht auf die Kurlinie dieses Hauses zu bringen, so lange noch nachgeborene Prinzen dieses Hauses da sind u. s. w."

Friedrich nennt es in seinen Denkwürdigkeiten „eine Menge von hinterlistigen Vorschlägen," die dieses Actenstück enthielt. Er ist entrüstet über sie. An Heinrich, den er jetzt erst, Tags nachdem er Thugut Audienz gegeben (am 11. August), zum ersten Mal über die seit Ausbruch des Krieges gepflogenen Verhandlungen benachrichtigt, indem er ihm jene letzte „proposition assez singulière" mittheilt, schreibt er: „Il faut battre ces b . . . pour leur inspirer des sentiments plus raisonnables."

Eine Aussöhnung herbeizuführen waren jedenfalls diese neuen Wiener Propositionen nicht angethan. Da jedoch Thugut dem Vortrage derselben die Bemerkung beifügte, es wären vielleicht noch Mittel übrig die Unruhen in Deutschland beizulegen, und er habe den Auftrag von der k. k. Majestät, eine Eröffnung darüber zu thun; wies ihn Friedrich nicht sofort ab. Selber jedoch mit Herrn Thugut unter solchen Umständen weiter zu unterhandeln, schien ihm seiner eigenen Erklärung nach „nicht schicklich." Er wies ihn an seine Minister, sich mit ihnen mündlich über diese noch übri-

gen Mittel zu unterreden —; wie Friedrich in dem Antwortschreiben an die Kaiserin angiebt, „um zu sehen, ob dieser letzte Versuch besser gelingen werde als die vorigen;" wie er in seinen Denkwürdigkeiten bemerkt: damit Thugut „vor den Ministern Grafen Fink und Herrn von Herzberg seine Talente könne glänzen lassen."

In dem Kloster Braunau fanden am 13., 14. und 15. August diese Verhandlungen statt. Wie vorauszusehen war, und Friedrich vorausgesagt hatte, verliefen sie fruchtlos, und die Entscheidung schien endlich allein auf die Spitze des Schwerts gestellt zu sein.

In eben dem Zeitpunkte, in welchem die ganze Angelegenheit durch den Zweikampf Preußens und Oesterreichs sich entscheiden zu sollen schien, traten fremde Mächte hinzu, um eine Entscheidung herbeiführen zu helfen. Vor Allem der Einfluß Rußlands machte sich seit den Verhandlungen zu Braunau lebhafter bemerkbar. Neben Rußland war es Frankreich, das jetzt in die Angelegenheit einzugreifen, daran zu arbeiten begann, daß sie zum Abschluß käme. Es ist eine neue Phase, in welche die Frage damit trat, daß Rußland und Frankreich als les puissances médiatrices zu interponiren unternahmen. Ueber sie dürfen wir in der Kürze hinweggehen, da es unserer Aufgabe fern liegt, allgemeine europäische Beziehungen zu entwickeln. Wir glauben genug zu thun, wenn wir verfolgen, wie weit diese Interposition der fridericianischen Politik Vorschub leistete; wie weit er auf sie einwirkte; und was das Resultat von Alledem war.

Friedrich hatte sich beeilt die Höfe von Petersburg und Paris von allen Vorgängen bis zu den zuletzt gepflogenen erfolglosen Verhandlungen mit den Oesterreichern in Kenntniß zu setzen, damit sie sein „uneigennütziges Verfahren" erkannten.

Bereits am 13. August lief ein äußerst freundschaftlicher Brief der Czarin ein; die Wünsche eines großen Theils von Europa — hieß es in ihm — begleiteten den König auf der ruhmvollen Bahn, die er zur Vertheidigung des Vaterlandes von Neuem betreten habe. Selbst die Unbetheiligten nähmen an den Thaten der Helden Theil. Sie freue sich, daß Friedrich sie zu der Zahl der Seinen zähle, und an ihrem Wunsch den Frieden wiederhergestellt zu sehen, nicht zweifle, u. s. w.

Rußland schien in der That entschlossen, einzugreifen. Sein Verhältniß zur Pforte war zwar immer noch schwankend; trotz der Bemühungen Frankreichs in Constantinopel durfte man doch nicht aufhören, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu erwarten, den herbeizuführen Oesterreich alle Kräfte anstrengte. Aber man erkannte es für vortheilhaft in der deutschen Angelegenheit eine Rolle mitzuspielen.

Bereits in der ersten Hälfte des August finden sich in den Briefen Friedrich's Andeutungen über den russischen Plan einer Diversion gegen Lodomerien und Galizien, um die Oesterreicher von dort zu verjagen. Nur die damals noch schwebenden Verhandlungen mit Thugut sollten der Grund sein, daß Rußland sich noch nicht offen gegen Oesterreich erklärte; sobald man in Petersburg erführe, daß diese Unterhandlungen abgebrochen wären, würde man marschiren.

Nun zerschlugen sich, wie wir oben erzählten, die Verhandlungen zu Welsdorf und Braunau, und den Bemühungen des Marquis von St. Priest, des französischen Botschafters in Constantinopel, gelang es die Pforte zur Einwilligung in einen Vergleich mit Rußland zu bewegen. Die Zeit war da, daß Rußland sich offen für Preußen erklärte; daß es die beabsichtigte Diversion gegen Oesterreich in's Werk setzte.

Anfang October hatte Friedrich bereits den Entwurf einer Erklärung in Händen, welche der Petersburger Hof trotz aller österreichischen Intriguen und Gegenbemühungen dem Wiener Cabinet und dem Reichstage in Regensburg zu überreichen entschlossen war: einer Erklärung, von der Friedrich urtheilt (8. October), sie schiene ihm „assez nerveuse.“ Nur wünsche er, sie wäre von einigen militärischen Ostentationen begleitet, denn der Wiener Hof achte wenig auf Worte: nur Soldaten fürchte er.

Am 20. October überreichten die russischen Minister diese Declaration zu Wien und Regensburg. Nachdem sie am Eingange von dem Verhältniß Rußlands zu Preußen und Oesterreich gehandelt, das Verhältniß zu Preußen als eine Allianz, das Verhältniß zu der österreichischen Herrschaft als das der aufrichtigen Hochachtung und Freundschaft bezeichnet hat, geht sie auf eine Darlegung der Umstände über, die Rußland eine Einmischung in die deutschen Angelegenheiten zur Pflicht machen.

„Deutschland ist, wegen seiner Lage, so wie auch wegen seiner Macht, der Mittelpunkt aller Affairen und aller Angelegenheiten von Europa.

„Es muß alle übrigen Staaten im höchsten Grade interessiren, ob seine Regierungsform unverletzt erhalten wird, oder Veränderungen leidet, ob es den Frieden genießt, oder durch Krieg zerrissen wird. Besonders muß hieran denen Staaten gelegen sein, die, wie das russische Reich, außer dem Interesse und den Verbindungen, die ein Staat natürlicher Weise mit dem andern hat, und außer den Freundschafts-Verbindungen mit dem größten Theile der Reichs-Fürsten, auch noch die genaue Allianz mit derjenigen Macht in Betrachtung ziehen muß, welche, um dem thatsächlichen Verfahren des Kaiserlich Königlichen Hofes Widerstand zu thun, zu den Waffen gegriffen hat. Es steht also nicht bei der Kaiserin, in den Schranken des äußersten Menagement, das Sie Anfangs gebraucht, sich

in keine Untersuchung der Ansprüche auf die bayrische Succession einzulassen, zu verbleiben."

Diese Untersuchung aber führt zu Resultaten, die das ganze Verfahren des Wiener Hofs als entschieden ungerecht erscheinen lassen. Deshalb erlaube sich die Czarin, auf's Neue einen Versuch bei Ihren Majestäten, der Kaiserin-Königin, wie auch dem Kaiser zu machen, und sie einzuladen, „den gegenwärtigen Unruhen des deutschen Reiches, vermittelst einer Definitiv-Uebereinkunft mit Sr. Majestät dem König von Preußen und den übrigen interessirten Theilen, zu einem gesetzmäßigen und freundschaftlichen Vergleich über die ganze bayrische Succession, den Gesetzen des Reichs und dessen Verfassung gemäß, ein Ende zu machen."

Sie hoffe — heißt es zum Schluß — daß diese Erklärung einen glücklichen Erfolg haben möge, „da es Ihrer Freundschaft gegen Ihre Majestäten, die Kaiserin-Königin und den Kaiser, unendlich viel kostet, daß Sie verpflichtet sind, zu erklären, daß Sie den in Deutschland ausgebrochenen Krieg, sowohl wegen seines Gegenstandes, als wegen der damit verknüpften Umstände, und wegen seiner Folgen, nicht mit Gleichgültigkeit würden ansehen können, sondern daß Sie in eine gehörige und ernstliche Betrachtung werden ziehen müssen, was Sie dem Interesse Ihres Reichs, dem Interesse der Fürsten, die Ihre Freunde sind und Ihre Unterstützung reclamirt haben, vor Allem aber Ihren Verpflichtungen gegen Ihren Alliirten schuldig sind."

Man kann sich denken, daß diese Erklärung „wie ein Donnerschlag" auf den Wiener Hof wirkte, daß der Wiener Hof von ihr „erschüttert" war, „in seiner Sicherheit sich durch sie gestört" fühlte. Die Gegensätze traten mit erneuter Schroffheit hervor. Der Kaiserin-Königin gab sie neue Friedenshoffnungen; den Kaiser stimmte sie, nachdem er sich von der ersten Bestürzung erholt hatte, nur noch kriegerischer. Er wollte den Krieg fortsetzen; fortsetzen um jeden Preis. Den Fürsten Kaunitz, der über den unerwarteten Vorfall „verlegen war, weil er nichts davon vorhergesehen," *) hatte der Kaiser ganz in seiner Gewalt, und in Folge davon beherrschte er auch seine Mutter.

Diese hatte, auf Anlaß der russischen Declaration, wie früher den Herrn von Thugut, jetzt den Fürsten Lichnowski, den sie vorher vergebens an ihren Sohn geschickt hatte, mit neuen Friedenspropositionen an Friedrich abgeordnet. Lichnowski war bereits im preußischen Hauptquartier eingetroffen und hatte bereits seinen Auftrag gemeldet, als er vom Wiener Hof Ordre bekam, sich durchaus nicht in politische Angelegenheiten zu

*) So Friedrich in seinen Denkwürdigkeiten. In einem Briefe vom 29. December sagt er, die russische Declaration sei für Kaunitz ein „coup de foudre" gewesen.

mischen. Es war der Kaiser, der, nach Wien zurückgekehrt, auch diesen Friedensversuch seiner Mutter durchkreuzte, wie er jene früheren Thugut'schen durchkreuzt hatte. Krieg, das war sein einziger Gedanke. „Er will seine Herrschaft über das Reich erweitern, und eine Art von Despotismus begründen, zu dem er nie gelangen kann, wenn er Frieden macht" (Friedrich am 24. December). Er vermochte seine Mutter in die Fortsetzung des Krieges zu willigen; einen neuen Aushebungsbefehl zu unterschreiben. An Frankreich sandte er Propositionen, die man dort so widerlich und so wenig annehmbar fand, daß man nicht auf sie einzugehen beschloß. Er erklärte dem Hof zu Versailles, daß nachdem die Kaiserin Catharina den Preußen ein Hülfscorps bewilligt hätte, Ludwig XVI., auf Grund des Vertrags von Versailles, verpflichtet sei, Oesterreich mit Truppen zu unterstützen.

Frankreich war gleich Rußland von dem Wunsch, den Frieden zu vermitteln, erfüllt. Und Friedrich, um es in diesem Wunsch zu bestärken und gegen die Versuche Oesterreichs, es auf seine Seite herüberzuziehen, fest zu machen, hatte nicht unterlassen, sich seiner noch besonders dadurch zu versichern, daß er dem Herrn von Maurepas ein ausführliches Memoire schickte, in welchem die verschiedenen Friedensbedingungen einer eingehenden Kritik unterworfen, und die Hauptpunkte aufgestellt waren, welche als einzige Grundlage eines allgemeinen Friedens denkbar wären.

Aus einem Schreiben von Maurepas erhellte, daß die Franzosen und Russen übereingekommen wären, einen honetten Frieden herbeizuführen; daß sie es nothwendig fänden, zu diesem Zweck ein kleines Stück von Bayern dem Wiener Hofe zu überlassen „pour sauver sa dignité;" daß man sich aber verpflichten müsse, alles Uebrige zu restituiren.

Sie begannen an der Herbeiführung dieses honetten Friedens zu arbeiten. Nicht, wie Friedrich es einmal angiebt, aus dem Grunde, sich von ihren Beziehungen zu den deutschen Großmächten zu befreien: Frankreich nicht darum, daß es des Kaisers Forderungen um Beistand los würde; Rußland nicht darum, daß es nicht seinem Versprechen gemäß Preußen mit Truppen zu unterstützen brauchte —: sondern im Gegentheil, beide vor allen Dingen aus dem Grunde, daß sie ihren Einfluß auf Deutschland vergrößerten, ihn mehr befestigten.

Besonders Rußland ließ diesen Gedanken nicht aus dem Auge. Das Auftreten des Fürsten Repnin in Breslau war durchaus in dieser Weise. Friedrich klagt, es habe mehr den Eindruck gemacht, als wolle sein Hof dem deutschen Reiche Gesetze vorschreiben, als es mit dem Benehmen eines Generals übereingestimmt hätte, der bestimmt war, der preußischen Armee ein Hülfscorps zuzuführen.

Der Thätigkeit des Herrn von Breteuil gelang es bis Ende Januar, „den Plan zu einer allgemeinen Friedensstiftung" vollendet zu haben, die er dem Fürsten Repnin nach Breslau übersandte. Zugleich wurde dieser Entwurf den Bundesgenossen Friedrich's mitgetheilt. Aber sowohl der Herzog von Zweibrücken, wie der Kurfürst von Sachsen sahen sich durch ihn beeinträchtigt: jener widersetzte sich einer Zerstückelung Bayerns, dieser einer Reduction seiner Erbschaftsforderung. Für Friedrich war die Gefahr, neben Oesterreich auch Rußland und Frankreich gegen sich aufzureizen, wenn er die Opposition gegen den Entwurf des Herrn von Breteuil unterstützte.

Hier läßt uns das bisher veröffentlichte Material einigermaßen in Stich, so daß wir den Zusammenhang einer Reihe von einzelnen Thatsachen, die sich zum Theil zu widersprechen scheinen, nicht angeben können. Vor Allem bleibt das Verhältniß unklar, in welchem eine Notiz in den Denkwürdigkeiten Friedrich's, nach welcher Kaunitz den Breteuil'schen Entwurf als das Ultimatum des Wiener Hofs erklärt, zu einem, in den Briefen Friedrich's vom Februar öfters erwähnten, an Oesterreich gestellten, und von Oesterreich acceptirten preußischen Ultimatum steht.

So viel jedoch scheint mit Sicherheit gesagt werden zu können, daß noch während des Februar 1779 die Kriegs- und die Friedenspartei in Oesterreich mit äußerster Anstrengung gegen einander arbeiteten. Das größte Hinderniß aber, welches dem Kaiser bei seinem Plan der Fortsetzung des Kriegs entgegenstand, waren nicht die Bemühungen der Friedenspartei; das Haupt derselben, seine Mutter, hatte er von sich abhängig gemacht. Auch die russisch-französischen Friedensbemühungen schienen das größte Hinderniß nicht zu sein. Was eigentlich hinderte, lag in zwei andern Umständen, in den österreichischen Finanzverhältnissen und in der Aussicht auf den russisch-türkischen Frieden.

Mit den österreichischen Finanzen war es schon damals traurig bestellt. Bereits als man zum Kriege zu rüsten begann, war die Geldnoth in schrecklichster Nacktheit hervorgetreten; sie hatte sich mit jedem Tage, den das Heer unterhalten werden mußte, gesteigert. War doch die 20 Mill.-Anleihe, welche die österreichische Regierung vor Ausbruch des Kriegs bei dem Ausland zu machen gewünscht hatte, nicht zu Stande gekommen. Die Eine Million von Holland war alles, was sie erhalten hatte; Genua und Hamburg hatten sie abgewiesen. So kam es, daß nichts baar bezahlt werden konnte, nicht einmal die Getreidelieferungen in den Magazinen; daß die Officiere ihren Sold in Papier erhalten mußten. Die Geldnoth Oesterreichs, die Erschöpfung aller seiner Hülfsquellen, die Ungewißheit für einen neuen Feldzug die nöthigen Mittel beschaffen zu können, war der

Grund, auf den Friedrich seine Friedenshoffnung baute. *) „Cela est un argument invincible, car quelqu'ambition qu'ait un Prince s'il n'a pas de quoi payer les frais d'une campagne, il est bien obligé de faire la paix malgré lui" (Friedrich am 19. Jan.). Es ist die sehr praktische Lehre Friedrich's vom „dernier écu," die, wie er hofft und glaubt, jetzt durch Oesterreich einen Beweis ihrer Wahrheit erhalten werde: „le dernier écu — hatte Friedrich während des Krieges einmal gesagt — décide presqu'autant des affaires qu'une bataille;" „celui qui aura le dernier écu à la fin de la guerre — sagte er ein andermal —, dictera la paix."

Jetzt schien sein Wort Wahrheit werden zu sollen.

Seitdem Kaunitz, auf Grund jener russischen Declaration vom 20. October, an der Möglichkeit die Türken gegen die Russen aufzuhetzen zu zweifeln angefangen hatte, tauchten Gerüchte von einem bevorstehenden Friedensschluß zwischen Rußland und der Pforte in Wien auf. Unter dem Eindruck solcher Gerüchte kam man zu dem Beschluß eines Waffenstillstandes, an den sich Friedensverhandlungen anschließen sollten. Zum Orte dieser Verhandlungen wurde das böhmische Städtchen Teschen bestimmt. Der Waffenstillstand sollte mit der Unterzeichnung der Präliminarien beginnen; bis dahin von beiden Theilen das occupirte Terrain besetzt bleiben. Schon mit dem Zustandekommen des Waffenstillstandes hatte es seine Schwierigkeit. Und als man bereits weit gediehen war, schien der Angriff des General Graf Wallis auf das mit einem preußischen Regiment besetzte Neustadt Alles wieder über den Haufen zu werfen. Friedrich nennt diesen Angriff einen der letzten Wuthausbrüche des Kaisers, der über das Zustandekommen des Friedens in Verzweiflung ist.

Noch am 1. März klagt er, daß nichts schwerer sei als die Ideen der Großen in Uebereinstimmung zu bringen. Die Vernunft und die Dialektik scheitern an dieser Klippe. Und das wird noch den ganzen Monat so gehen; nicht eben eine angenehme Aussicht, aber man muß seine Pflicht thun, und des Werkes nicht überdrüssig werden, was für Hindernissen man auch begegne. **)

Es gelang ihm, dem Zaudern der andern, vor Allem Rußland gegenüber, seinen Willen durchzusetzen: die Dauer des Waffenstillstandes von 6 Monaten, auf die man ihn hatte ausdehnen wollen, auf 4 Wochen zu

*) Friedrich am 17. Febr.: Cette raison est la plus puissante, m. fr. ch. fr., sur laquelle je compte, car vous pouvez être persuadé: que dans la fond de leur âme les Autrichiens se moquent de ce faible secours que les Russes nous promettent u. s. w.

**) „Je vous avoue que quelque fois la patience m'échappe," schrieb er bereits am 4. Febr. an Heinrich.

reduciren. 4 Wochen, meint er, seien vollständig genug: wenn man in der Zeit nicht übereinkomme, würde man es niemals thun, „et il faut point faire les choses à demi — ou tout-à-fait guerre ou tout-à-fait paix.“

Auf den 7. März ward der Waffenstillstand für Böhmen angesetzt; auf den 8. für Oberschlesien und Mähren; auf den 10. für Sachsen und Böhmen.

Wie beim Ausbruch des Krieges hatte Heinrich auch jetzt nicht unterlassen, dem königlichen Bruder vorzuhalten, daß er verpflichtet sei bei den Verhandlungen auf Erweiterung des eigenen Staats bedacht zu sein. Wie damals antwortete Friedrich ihm auch jetzt: er werde sich seines Ausspruchs erinnern, den er ihm in Berlin gethan habe: „daß wir nichts besseres wünschen könnten, als die Oesterreicher zur Herausgabe ihrer unrechtmäßigen Usurpationen zu zwingen. Es wäre das von großer politischer Bedeutung; denn wenn dieser Gewaltact ihnen durchginge, würden sie sich eine despotische Gewalt im Reiche anmaßen, deren traurige Folgen wir früher oder später empfinden würden. Geschähe die Restitution auch nicht in ihrem ganzen Umfange, so würde doch das kaiserliche Project entlarvt, und wir gewönnen den großen Vortheil, daß man uns im Reiche als ein nützliches Gegengewicht gegen den österreichischen Despotismus ansehen würde. Was die Kriegskosten beträfe, so mußte man diese durch eine gute Oekonomie wieder ersetzen, indem man für eine gewisse Zeit überflüssige Ausgaben vermiede.“

So begannen nun die Friedensverhandlungen der in Teschen versammelten Gesandten der verschiedenen Mächte. Riedesel, Breteuil, Repnin und Cobenzl für die vier Großmächte; auch Sachsen, Pfalz und Zweibrücken waren vertreten.

Man kam vor lauter Schwierigkeit nicht vom Fleck. Bald rührten sie von dem Kurfürsten von der Pfalz her, der dem russischen Minister in Regensburg erklärte, „er könne weder noch wolle er dem Kurfürsten von Sachsen die geringste Entschädigung bewilligen; lieber wolle er es bei seinem ersten Vertrage mit dem Wiener Hof bewenden lassen, als seine Vortheile der Entscheidung des Congresses in Teschen unterwerfen“ —; bald war es der Kurfürst von Sachsen und der Herzog von Zweibrücken, die Schwierigkeiten machten.

Vor Allem hörte der Wiener Hof nicht auf, in seiner „duplicité abominable“ sein Spiel unter der Decke fortzusetzen, das nicht nur Preußen, sondern auch die vermittelnden Mächte reizen mußte. Das Wiener Cabinet hatte versprochen, den Kurfürsten von der Pfalz zu einem Vergleich mit Kursachsen zu bringen, indem es jenen zur Aushändigung von 4 Mill. Thalern an Sachsen — sei es in Geld, sei es in Land — ver-

möchte. Statt nun seiner Verpflichtung nachzukommen, hatte Joseph den Kurfürsten von der Pfalz zur Leistung von nur Einer Million Gulden an Sachsen aufgefordert. Er hatte also dem Versprechen, das er gegeben hatte, durchaus entgegen gehandelt. Was ihn zu diesem Betrug veranlaßt hatte, war die immer noch nicht erloschene Hoffnung auf den Bruch der Friedensverhandlungen, auf die Fortsetzung des Krieges. In der Halsstarrigkeit Carl Theodor's glaubte er ein letztes günstiges Mittel zur Verwirklichung seines Wunsches gefunden zu haben. Aber Friedrich, der die ganze österreichische List vorausgesehen, hatte — pour ne point m'exposer à être la dupe de cette cour — bereits an Rußland und Frankreich die nöthigen Mittheilungen gemacht, und gefordert, daß man den Wiener Hof nöthigen solle, rund zu erklären, ob er dem Plan, Sachsen zu entschädigen, beitreten wolle oder nicht, und daß man im Verweigerungsfall die Verhandlungen als abgebrochen betrachten und sofort die Feindseligkeiten wieder eröffnen würde.

Seltsam genug, daß wir heute daran erinnern müssen, wie Sachsen vor drei Menschenaltern von Oesterreich hinter das Licht geführt, betrogen, verrathen werden sollte; verrathen worden wäre, wenn Preußen es vor solchem Verrath nicht schützte! Daß wir heute an die Worte eines preußischen Königs erinnern müssen, die das kurze Gedächtniß des brüderlichen Kleinstaats so rasch und so gern vergaß! „Wenn Sachsen nicht eine anständige Entschädigung erhält — erklärte Friedrich am 28. März — wird sich künftig Niemand mit Preußen verbinden wollen; darum bestehe ich fest auf dem Punkte: Entweder man entschädigt Sachsen, oder ich setze den Krieg fort. Voilà les paroles sacramentales de la négociation."

Es kostete noch heftige Kämpfe in den Friedensverhandlungen, die sich immer mehr in die Länge zogen, so daß der Waffenstillstand bis zum 28. April ausgedehnt werden mußte. Es hatte gar den Anschein, als ob die Verhandlungen sich jetzt noch ganz zerschlagen würden. Die Kaiserin von Rußland hatte einen Courier an Repnin geschickt, der ihm den Auftrag überbrachte, Oesterreich zu nöthigen, den Pfalzgrafen zu den übereingekommenen Bedingungen willig zu machen. Aber Oesterreich zauderte; schien nicht zu wollen. Am 11. April noch versichert Friedrich, daß es allem Anschein nach zum Bruch der Verhandlungen kommen werde.

Es waren die letzten Zuckungen von Joseph's Kriegswuth. Ein Umschwung begann. So langsam bisher die Verhandlungen vom Fleck gegangen waren — vielmehr: während man in den sechs Wochen bisher nicht im Geringsten vom Fleck gekommen war, war man jetzt in kürzester Zeit mit der Vollendung des Friedenswerks zu Ende.

In eben jenen Tagen wurden die ersten bestimmten Nachrichten über den sicheren und nahe bevorstehenden Abschluß des russisch-türkischen Friedens bekannt. Wenigstens benachrichtigt Friedrich den Bruder, zwei Tage nachdem er ihm den Abbruch der Verhandlungen prophezeit hat (13. April), „daß der Friede so gut wie geschlossen sei; nicht ein Scheinfriede; nicht ein Friede, den wir dadurch erhalten, daß wir unsere Verbündeten opfern; sondern ein Friede, wie er der Ehre und Würde Preußens entspricht. Der Kurfürst von Sachsen wird seine 4 Mill. Thaler erhalten; der Prinz von Zweibrücken seine Genugthuung, und Bayern wird künftig vor dem Verlangen Oesterreichs, es zu zerstückeln, sicher sein."

Am 20. April brachte ein Courier von Constantinopel die Nachricht nach Wien, daß der Friede zwischen der Pforte und Rußland abgeschlossen sei.

In seinen Denkwürdigkeiten sagt der König: „Der Friede der Russen muß also eigentlich als der Zeitpunkt angesehen werden, wo der Congreß zu Teschen anfing. Von diesem Augenblick an standen die Maschinen des Kaisers still."

In nicht ganz vierzehn Tagen war Einverständniß erzielt: am 13. Mai — am Geburtstag Maria Theresia s — wurde der Friede unterzeichnet.

Er war ehrenvoll für Preußen, denn Preußen erreichte, was es gewollt, um weß willen es zu den Waffen gegriffen hatte. Oesterreich wurde für das Mal gehindert, seinen „Despotismus" über Deutschland weiter auszudehnen. Und weil Preußen das erreichte, weil der Friede für Preußen ehrenvoll war, war er heilvoll für Deutschland.

Der Eindruck, den dieser Friedensschluß machte, war gewaltig. Noch lange nachdem der Sturm sich gelegt hatte, wogte es in den Gemüthern wie in aufgeregter Bewegung. Das ganze 1779ste Jahr hindurch konnte sich das hingerissene Europa nicht beruhigen. Die Zeitungen und Broschüren hörten nicht auf, über die großen Resultate Preußens zu staunen; die an Friedrich gerichteten Briefe strömen über von einer Bewunderung, die der große König in seiner wundervollen Bescheidenheit abzuweisen bemüht ist. Er giebt dem Eifer, der Thätigkeit des französischen und russischen Hofes seinen Antheil an dem Zustandekommen des großen Friedenswerks; vor Allem wiederholt er oft die Verdienste Maria Theresia's, der großen Theresia, wie er sie rühmend nennt; die, wie er einmal sagt, von dem Moment an, wo sie die Ungerechtigkeit ihres Verfahrens erkannt hatte, alle Kraft anstrengte, den Frieden im Reich wieder herzustellen; die, wie er ein andermal sagt, der Nachwelt ein schönes Beispiel davon gegeben hat, daß die Tugend in unserem Jahrhundert ihren Sitz auf dem ersten der Throne Europas aufgeschlagen hatte.

Wie Oesterreich den schweren Schlag empfand, den es erhalten, spricht eine im höchsten Vertrauen gemachte Erklärung des Fürsten Kaunitz aus: „Wir werden in einer langen Reihe von Jahren keinen Krieg mit Preußen haben, man müßte uns denn angreifen, oder uns etwas Unwürdiges zumuthen, welches kein tüchtiges Volk ertragen kann. Gedenken Sie aber dessen, was ich Ihnen sage: zwingt Preußen je wieder das Haus Oesterreich das Schwert zu ziehen, so werden nicht zwanzig Kriegsjahre und nicht alle Vorfälle, welche daraus hervorgehen mögen, dasselbe wieder in die Scheide bringen, bevor die Entscheidung offenbar, vollkommen und unwiderruflich für einen oder den anderen der Kämpfer ausgefallen ist."

Aus der Mitte des deutschen Volkes aber ertönte bereits beim Ausbruch des Krieges eine Ode, unbedeutend wie die meisten der damals in großer Zahl erscheinenden Kriegs-, Schlacht- und Siegeslieder. Ein paar Zeilen in ihr aber, weniger voll dichterischen Schwunges vielleicht, wie voll überzeugender Wahrheit, verdienen aufbewahrt zu sein. So mögen sie denn am Schluß dieser Erinnerungen an unseren großen König stehen, dem sie entgegen singen:

— Denn es dünkte dich Feigheit und Schmach,
Taub beim Rufe der Pflicht zu schlummern auf deinen Trophäen.

Halle, im October.

Dr. G. Droysen.

Die auswärtige Politik Rußlands und ihre Bedeutung für Preußen.*)

Die gewaltige Katastrophe unseres Vaterlandes ist bisher Dank der beispiellosen Raschheit der preußischen Operationen und den großartigen Erfolgen der preußischen Waffen so glücklich ohne eine feindliche Einmischung der auswärtigen Mächte verlaufen, daß auch in dieser Beziehung die kühnsten Hoffnungen übertroffen worden sind. Die fremden Mächte hatten in der That während des Krieges der dreißig Tage kaum Zeit, eine bestimmte Stellung zur Frage der Neugestaltung Deutschlands einzunehmen. Italien allein hatte bereits vor dem Kriege die Lage richtig erkannt, und Preußen war zum ersten Male in das naturgemäße, auf völliger Interessengemeinschaft beruhende Verhältniß einer hoffentlich trotz aller Kreuzzeitungsdeclamationen nicht nur vorübergehenden Allianz zu dieser Macht getreten. Frankreich oder Napoleon III. hatte zwar die Berechtigung des Nationalitätsprincips auch für Deutschland schon vor dem Kriege anerkannt. Der rasche Gang der Ereignisse in Böhmen und Mähren, an der Donau und am Main überholte jedoch selbst die anticipirende politische Combination des großen französischen Autokraten. Selbst das schlagfertige, schienendurchzogene Frankreich hätte nicht rechtzeitig vor den österreichischen Niederlagen in die militärische Action eintreten können, falls es die Ueberholung des Napoleonischen Programms für die Neugestaltung Deutschlands und die Arrondirung Preußens mit dem Schwerte hätte hindern wollen. Die späteren Ansprüche Frankreichs konnten daher abgewiesen werden und finden bei einer etwaigen Wiederholung hoffentlich ein militärisch geeinigtes Norddeutschland vor, das den Kampf mit Frankreich nicht zu scheuen braucht. England, anfangs wie immer grollend über den gestörten Frieden, dachte doch diesmal noch weniger als im Jahre 1859 an die Erfüllung des Derby'schen Wortes: knock down the first who breaks the peace of Europe. Zuerst zurückhaltend, bald sympathisch gestimmt für die unerhörten Erfolge des großen, denn doch einmal stamm- und geistesverwandten norddeutschen Staats, begann England endlich einzusehen, daß es an einem starken Preußen einen natürlicheren und zuverlässigeren Verbündeten haben könne, als an jenem politischen Cadaver,

*) Wir publiciren den obigen Aufsatz als einen für unsere Leser sicher interessanten und beachtenswerthen Beitrag zur Kenntniß der Stimmungen in Rußland, ohne uns mit den entwickelten Ideen zu identificiren.

Anm. d. Red.

jenem „treuen alliirten Oesterreich," das mit oder ohne Unterstützung englischen Geldes doch stets nur damit geendet hatte, „mit Ehren Schläge zu bekommen." So ist endlich wieder eine Aussicht auf ein besseres Verhältniß zwischen den beiden mächtigsten germanischen Staaten eröffnet, England der Nothwendigkeit, sich stets an Frankreich zu lehnen, enthoben, Deutschland aber auch durch seine Leistungen nach all dem zwecklosen Gerede über Einheit und Einigkeit in der öffentlichen Meinung Englands rehabilitirt worden. Der Zusammensturz des Welfenreichs, noch lange vor dem Ende aller Dinge, lieferte sogleich den erfreulichen Beweis, daß selbst die Tories sich von allen legitimistischen und dynastischen Velleitäten losgesagt haben und kein Engländer daran denkt, auch nur einen Schilling zur Unterstützung des „Vetters der Königin" zu verwenden.

Diese Stellung der europäischen Mächte bot für Preußen schon eine gewisse Garantie in Betreff Rußlands, derjenigen Macht, welche neben Frankreich für Preußen bei seinen Plänen zur Neugestaltung Deutschlands am Meisten in Betracht kam. Ohnehin bestand zwischen Preußen und Rußland vielfache Interessengemeinschaft in einer der wichtigsten inneren politischen Fragen Rußlands, in der polnischen, und keine Interessencollision in der ersten auswärtigen politischen Frage des Czarenreichs, in der orientalischen. Rußland war Preußen viel Dank schuldig wegen des Verhaltens des letzteren während des Krimmkrieges und des polnischen Aufstands. Den mehr persönlichen Beziehungen zwischen dem russischen und den kleinen deutschen Höfen, ein Moment, das auch heute noch einflußreich genug ist, wie die leidige Schonung Würtembergs und Darmstadts zeigt, standen wenigstens ähnliche Bande zwischen dem preußischen und russischen Hofe gegenüber. Dazu kam die wirthschaftliche Krisis, in welche Rußland mit der Aufhebung der Leibeigenschaft getreten ist, und die finanziellen Bedrängnisse, welche aus dem Krimmkriege herrührend sich jüngst noch erheblich gesteigert haben. Alle diese Factoren berechtigten den kühnen und geschickten Lenker der preußischen Politik wohl zu der Hoffnung, daß auch die östliche Flanke des langgestreckten preußischen Staats in dem bevorstehenden Kriege nicht unmittelbar bedroht sein werde. Beim Ausbruch des Krieges machten sich zwar die dynastischen Beziehungen zu den kleinen deutschen Höfen und die lebhaften Agitationen der selbst nach Petersburg eilenden Königin von Würtemberg in den wohlmeinenden Abmahnungen des edlen Kaisers Alexander an seinen königlichen Onkel und in dem Unmuthe Gortschakoff's geltend. Die Sympathien der höheren Klassen und eines Theils des russischen Volks wandten sich aus Besorgniß vor einem mächtigen Preußen dem so lange verhaßten „undankbaren," aber allein für sich ungefährlichen Oesterreich zu. Manche Stimmen der alt-

russischen Partei wiesen auf die durch ein starkes Preußen bedrohte Hegemonie Rußlands im Baltischen Meere hin. Der Groll gegen die Deutschen in Rußland und vollends gegen die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands lebte von Neuem auf, je mehr man die Stärkung vermeintlich separatistischer Tendenzen bei den deutschen Bewohnern dieser Provinzen durch die Anziehungskraft eines politisch mächtigen Stammlandes glaubte fürchten zu müssen. Bei der plötzlichen scheinbaren Schwenkung Napoleon's zu Oesterreich hinüber, nach der echt habsburgisch perfiden, aber nutzlosen Cession Venetiens an Frankreich, nahm auch Fürst Gortschakoff noch einmal vorübergehend die Miene an, ein Nicolaisches quos ego gegen das dem russischen Einfluß entwachsende Preußen zu schleudern. Aber bei der Schnelligkeit und Geschicklichkeit der militärischen und diplomatischen Operationen Preußens endete die russische Politik schließlich doch mit dem offenen Geständniß des Katkoff'schen Organs, der Moskauer Zeitung, daß Rußland keinerlei Interessen an der Aufrechthaltung der Großmachtstellung Oesterreichs habe. Zwar plaidirte das russische Ministerium des Auswärtigen eifrig und mit Erfolg für die verwandten Höfe von Stuttgart und Darmstadt, die neben dem Dresdener schwerstverschuldeten, aber über ein freundschaftliches Fürwort ist diese Intervention nicht hinaus gegangen. Wenn Preußen selbst mit Hessen-Darmstadt so überaus glimpflich verfuhr, so möchte dabei die Rücksicht auf Rußland vornämlich nur insoweit maßgebend gewesen sein, als es bei den eigenthümlich gewordenen Beziehungen zu Frankreich doppelt ersprießlich schien, mit Rußland auf gutem Fuße zu bleiben und dem Kaiser persönlich ein freundliches Verhältniß zu Preußen zu erleichtern. Der kaum Seitens Rußlands ernstlich gemeinte Congreßvorschlag konnte von Preußen denn auch um so eher abgelehnt werden. Nach dem Kriege sehen wir Rußland allerdings auf die errungenen Erfolge Preußens vielfach scheel blicken. Aber schon machen sich doch selbst unter der altrussischen Partei Stimmen vernehmbar, betonend, daß auch Rußland den vollendeten Thatsachen Rechnung tragen müsse. Man strebt dabei, bedeutungsvoll genug, nur nach einem Standpunkte, von welchem aus man die Möglichkeit einer Vereinigung des russischen Interesses mit demjenigen eines erstarkten Preußen erblickt. Da tritt denn in den russischen Augen die orientalische Frage in den Vordergrund. Würde Rußland, so wagen sich bereits russische Organe zu äußern, am Schwarzen Meere festen Fuß fassen können, so verlöre die Stellung am Baltischen Meere mit sammt den Ostseeprovinzen gar sehr an ihrer Bedeutung für Rußland. Helft uns den Bosporus und Constantinopel gewinnen, so machen wir Euch bereitwillig Concessionen in der Ostsee oder überlassen Euch die Hegemonie über letztere ganz. So tönt es mehr

und mehr unverblümt aus der russischen Presse. Das ist eine für Preußen sehr beachtenswerthe Wendung, welche nach dem Kriege zum Vorschein kommt. Preußen, welchem es zwar durch seine schnelle und geschickte Operation allen Befürchtungen zum Trotz gelungen ist, den gefährlichen Krieg im Herzen Europas zu localisiren und damit die Chance des Gewinns gegenüber der Höhe des Einsatzes erheblich zu steigern, hat jetzt überhaupt wohl noch eine schwerere Aufgabe zu lösen, als selbst diejenige war, welche schon vollendet hinter ihm liegt. Es gehört zu jener vor Allem auch die richtige Ausnutzung der machtvollen Stellung und des hohen Ansehens, welches ihm der Krieg verschafft hat, durch ein kluges, wohlberechnetes Allianzsystem. Die italienische Allianz trug Italien Venedig und eine wenigstens theilweise Emancipation von der französischen Clientel, Preußen aber Norddeutschland ein. Bald wird vielleicht eine neue Gelegenheit kommen, die staatliche Organisation des deutschen Volkes durch andere Allianzen einige weitere wichtige Schritte vorwärts machen zu lassen. Das bisher isolirte Preußen von Olmütz suchte Allianzen, das jetzige erprobte und bewährt gefundene wird deren angeboten erhalten, darunter wählen und den Preis bestimmen können. Da wird denn das Verhältniß Rußlands zu Preußen vielleicht schon in naher Zukunft von großer Bedeutung werden. Nichts erscheint uns dabei verfehlter, als jene in Worten starke, in Thaten stets leistungsunfähige Deutschthümelei, welche, sich auf dem politischen Isolirschemel wähnend im Herzen Europas, ohne Rücksicht auf und ungehindert von einer fremden Nation unsere verspätete staatliche Organisation durchführen zu können meint. Vielmehr ist die Aufgabe, die berechtigten Interessen auch fremder Nationen und Staaten unbefangen zu erwägen und zu untersuchen, inwiefern sie mit den eigenen bei wirklichem oder vermeintlichem Widerspruch doch einen Einigungspunkt bieten. Eine solche Prüfung kann zur vorausgehenden Verwerfung oder Begünstigung eines Allianzverhältnisses, wenn auch zunächst nur für eine bestimmte Frage, und damit freilich zur Conjecturalpolitik führen. Scheue man dieses Wort nicht, das keinen größeren Werth als andere Schlagwörter hat. Denn welche Politik ist vor ihrer factischen Durchführung nicht Conjecturalpolitik? Soll man deshalb in der Politik vorwegnehmende Combinationen unterlassen?

Grade gegenwärtig am Schlusse eines für uns so glücklichen Krieges ist es nothwendig, vorurtheilsfrei die Verhältnisse zu den einzelnen europäischen Mächten zu erwägen. Schon wiederholt und von verschiedenen Seiten, aus Oesterreich wie aus Preußen, haben Stimmen die Ersprießlichkeit eines guten Einvernehmens zwischen dem norddeutschen Großstaat, welcher jetzt die Geschicke des eigentlichen Deutschland leiten wird, und

dem nun auf sich selbst angewiesenen Donaustaat betont, welcher fernerhin mit einem Bruchtheil der deutschen Nation die Aufgabe verfolgen soll, die deutsche Cultur nach Osten zu tragen. Andere haben der dauernden Tripelallianz von Frankreich, Italien und Preußen das Wort geredet. Verschiedene sonstige Combinationen sind befürwortet worden, wie die nähere Beziehung Preußens zu England, um Frankreich entgegen treten zu können. Jedenfalls darf daneben einmal die Combination eines Zusammengehens von Preußen und Rußland, auch gegen Oesterreich, eine Erwägung beanspruchen. Unseres Dafürhaltens verdient ohne Rücksicht auf deutsche Sentimentalität diejenige Verbindung den Vorzug, welche die meiste Aussicht bietet, einen möglichst großen Theil, am Liebsten die ganze deutsche Nation, unter Preußen zu einem mächtigen deutschen Einheitsstaat zu einen, wenn auch dabei vermeintliche politische Nothwendigkeiten, wie der österreichische Kaiserstaat, in die Brüche gehen sollten. Auch scheint es uns ein ganz unnöthiges Schwachheitszeugniß zu sein, das wir uns durch die Befürchtung ausstellen, der Gewinnst, welchen eine fremde Macht für sich irgendwo, aber nicht auf unsere Kosten, wie z. B. Rußland im Orient oder Frankreich in Belgien, bei einer Vorschubleistung unserer einheitsstaatlichen Gestaltung machen könnte, sei für einen großen deutschen Staat gefährlich. Ein die ganze deutsche Nation umfassender Einheitsstaat unter preußischer Verwaltung und Führung kann unbesorgt jeder anderen europäischen Nation den Gewinn an Land und Leuten gönnen, welcher einmal in deren natürliches Machtgebiet fällt.

Die Veränderungen der politischen Machtverhältnisse in Mitteleuropa haben für Rußland eine unzweifelhaft größere Bedeutung, als für irgend einen anderen Staat Europas, Frankreich selbst nicht ausgenommen. Ein starkes, geeinigtes Deutschland kommt für Frankreich vornämlich nur insoweit in Betracht, als das sogenannte europäische Gleichgewicht dadurch eine Veränderung erleidet. Allein dieses gegenwärtige Gleichgewichtssystem, welches Frankreich ein Uebergewicht gewährt, ist doch nur ein Product der Zersplitterung Deutschlands. Jenes Uebergewicht bietet Frankreich auch nur den Genuß befriedigter Nationaleitelkeit, wenig reelle Vortheile. Die naturgemäße Veränderung, welche mittelst der Bildung eines deutschen Einheitsstaats das bisherige Mindergewicht Deutschlands in das Gleichgewicht mit Frankreich setzte, findet ihre schließlich auch von den größten französischen Chauvinisten nicht zu leugnende Berechtigung in der Existenz eines besonderen deutschen Volkes von 45 Millionen Menschen. Selbst in den weitestgehenden Compensationsideen wagt der Franzose nur Ländergebiete zu verlangen, welche, so werthvoll sie an sich sind, weder Deutschland materiell erheblich schwächen, noch Frankreich bedeutend stärken wür-

den. Auch das etwa um die Rheinlande verkürzte, aber im Uebrigen unter Einen Hut gebrachte Deutschland würde stark genug sein, um das Uebergewicht Frankreichs ein für allemal zu beseitigen. In diese Idee finden sich die Franzosen aber bekanntlich leicht, — Beweis genug, daß sie den Werth ihres gegenwärtigen künstlichen Uebergewichts selbst nicht allzu hoch veranschlagen. In der That ist Frankreich ein so compacter nationaler Einheitsstaat, daß er reell von einem geeinigten Deutschland nicht viel zu fürchten hat. Sogar die uns abgerissenen Grenzprovinzen, in welchen die Französirung bereits so erhebliche Fortschritte gemacht hat, werden die Franzosen zunächst wenigstens kaum für ernstlich bedroht ansehen können. Unsere Beziehungen zu Frankreich wie zu den meisten anderen unserer Nachbarn werden dadurch günstiger gestaltet, daß wenigstens die nationalen Grenzen zwischen dem deutschen und diesen anderen Völkern wenig streitig sind. Da ferner ein buntes Durcheinanderwohnen, z. B. von Deutschen und Franzosen, nur in verhältnißmäßig unbedeutendem Grade in kleineren Grenzdistricten stattfindet, so können bei einer folgerichtigen Durchführung des zukunftsreichen Nationalitätsprincips als Basis der Staatenbildung auch die Grenzen der Staatsterritorien in einer alle billigen Anforderungen befriedigenden Weise gezogen werden. In der Hauptsache möchte jedenfalls der einmal gegenwärtig eingenommene Boden auch als das feste Staatsgebiet von Deutschland und Frankreich anzusehen sein, weil die Grenzen beider Nationen, vom Elsaß abgesehen, mit den staatlichen Grenzen zusammenfallen.

Aehnlich hat sich seit der Austragung der italienischen Frage und des deutsch-dänischen Conflicts das Verhältniß Deutschlands zu den Italienern und Dänen gestaltet. Die Grenzverhältnisse zwischen den Deutschen und Italienern, zwischen den Germanen und Romanen überhaupt, sind jetzt nur noch wenig streitig. Es hat sich im mittleren und westlichen Europa eine Entwickelung vollzogen, welche die letzten Ausgänge der Völkerwanderung und der mittelalterlichen Bevölkerungsbewegungen zum Abschluß zu bringen scheint. Es ist gleichsam das europäische staatliche Gemeineigenthum an Territorium überall definitiv in ein Eigenthum der einzelnen Volks- und Staatsindividuen verwandelt worden — eine analoge Entwickelung wie in den Verhältnissen des Privateigenthums von Grund und Boden. Damit ist aber erst ein Zustand geschaffen worden, welcher als eine gesunde Grundlage für ein wahres Zusammenleben dieser west- und mitteleuropäischen Völker betrachtet werden kann. Jedes einzelne Volk und jede der beiden großen Völkergruppen der Germanen und Romanen besitzt das ihnen Gebührende nun unbestritten. Die verhältnißmäßige Gleichheit der Kräfte der größeren, in concentrirten Staaten ge-

einten Völker ruft gegenseitige Achtung hervor und bahnt wiederum die Möglichkeit eines guten Zusammenlebens an. In diesem wichtigsten und gebildetsten Theil Europas kann daher auch jetzt mehr und mehr eine die einzelnen Volkswirthschaften vereinende Weltwirthschaft und ein staatenbundartiges Verhältniß für eine Reihe wichtiger politischer und wirthschaftlicher Fragen und allgemeiner Culturaufgaben entstehen. Diese Sachlage erweckt für die gedeihliche Weiterentwickelung dieses Theils von Europa grade so günstige Hoffnungen.

Wie ganz anders sieht es dagegen noch im Osten Europas und in den Grenzländern der Deutschen und Slaven aus! Hier liegen zunächst unmittelbar einige der brennendsten politischen Fragen Europas vor, welche das augenblickliche Interesse Rußlands an der Umgestaltung der mitteleuropäischen Machtverhältnisse bedingen. Die polnische Frage, diese noch immer nur leicht verharrschte Wunde Rußlands, und die orientalische Frage, die durch die Pariser Friedenstractate von 1856 in allseitig unbefriedigender Weise geregelt wurde, werden ihre endliche Lösung erst mit der deutschen und der damit verbundenen österreichischen Frage finden. Im engen Zusammenhang mit diesen großen politischen Fragen steht das unmittelbare Schicksal und Wohlergehen der deutschen Ostseeprovinzen Rußlands und der deutschen Nationalität unter russischem Scepter überhaupt.

Aber noch bedeutsamer, weil dadurch Entwickelungsgrundlagen für eine lange Zukunft geschaffen werden, ist es für Rußland, daß die Ordnung der deutschen Angelegenheiten voraussichtlich das Verhältniß der Germanen und speciell der Deutschen zu den Slaven und Russen feststellen und beiden Nationen ein sich vielleicht für Jahrhunderte wenig mehr veränderndes Staatsgebiet für die Entwickelung ihrer Nationalität anweisen wird, dessen Grenzen kaum auf Meilen hinaus streitig sein werden. Dadurch werden sowohl der vollständigen Germanisirung ehemals slavischer Landestheile als auch der Verbreitung der panslavistischen Ideen und der Russificirung ziemlich feste Grenzpfähle gesetzt werden.

Es wäre ebenso einseitig als ungerecht und hieße eine tausendjährige Geschichte verkennen, wollten wir Deutsche, wie es nicht selten den Anschein hat, das wichtige Interesse der Russen an einer Neugestaltung der politischen Macht Deutschlands ableugnen. Von der Elbe bis zur Düna, ja fast bis zur Newa sind deutsche und slavische Interessen noch eng verquickt. Das Jahrhunderte lange Vorrücken der kräftigen norddeutsch-protestantischen Stämme nach Osten, die Unfähigkeit des bayrisch-österreichischen katholischen Stammes, seinerseits auf friedlichem Wege der ihm gegenüber stehenden Nationalitäten Herr zu werden, das westliche Vorrücken der Russen seit Peter dem Großen haben eine solche Durcheinandermischung

der verschiedenen Nationalitäten hervorgerufen, daß slavische Laute noch am Böhmer Walde und in der Lausitz ertönen und andrerseits das deutsche Idiom nicht nur in den Städten und unter den gebildeten Klassen der russischen Ostseeprovinzen das ausschließlich herrschende, sondern selbst in anderen polnischen und russischen Städten, in ganzen Stadttheilen von Petersburg stark neben dem russischen verbreitet ist. Ueberall zeigt sich hier von der Moldau und der südlichen Elbe, von der Oder und Weichsel in nordöstlicher Richtung bis zum Peipussee und darüber hinaus, daß eine befriedigende und dauernde Regelung der territorialen Verhältnisse zwischen den Deutschen und den Slaven noch nicht erfolgt ist. Ueberall unfertige Zustände, das Product freilich einer bald tausendjährigen, aber immer noch nicht einmal in den Hauptpunkten zum Abschluß gekommenen Geschichte, — eine Entwickelung, welche in ihren unfertigen Erzeugnissen uns stets daran erinnert, daß sie eben doch um ein Jahrtausend später als diejenige des westlichen Europa begonnen hat.

Hier wird also noch die territoriale Auseinandersetzung erfolgen müssen, welche in Westeuropa im Wesentlichen bereits eingetreten ist. Erschwert wird diese Aufgabe durch die staatliche Abtrennung der österreichischen Deutschen von dem unter Preußen sich bildenden deutschen Einheitsstaat und durch die bittere Feindschaft zwischen Polen und Russen, welche die Polen die Herrschaft der stammverwandten Russen schwerer als diejenige der ihrer Nationalität schließlich gefährlicheren Deutschen ertragen läßt und die panslavistische Idee vermuthlich noch für lange zur Chimäre macht. Es stehen sich compacte deutsche und slavische Staaten noch nicht gegenüber. Die kirchlichen Gegensätze unter den Slaven verhindern weiter deren nationales und staatliches Zusammenwachsen. Der Mangel staatenbildender Kraft, ja die gänzliche Unfähigkeit zur Staatsbildung, welche die Slaven mit Ausnahme der Russen in der neueren Geschichte gezeigt haben, werden den Auseinandersetzungsproceß zwischen Deutschen und Slaven ebenfalls verzögern. Das Vorhandensein der den Slaven und Germanen gleich fern stehenden Völker, der Letten, Esthen, Finnen, welche den Grundstock der Bevölkerung in den östlichen Uferländern der Ostsee bilden, erschwert die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Russen noch mehr. Diese unentwickelten, zukunftslosen Völkerschaften haben der Germanisirung und der Russificirung bisher vornämlich deshalb widerstanden, weil eine solche von keiner Seite aus ernstlich versucht worden ist. Die wenigen Individuen, welche aus diesen Völkern bisher in die gebildeten Klassen emporgestiegen sind, haben damit fast regelmäßig ihre Nationalität abgestreift, sind in Finnland Schweden, in Ingermannland Russen, in Esthland, Livland, Kurland Deutsche, in Litthauen allen-

falls Polen geworden. Erst neuerdings beginnt, besonders in Finnland, eine Reaction der einheimischen Nationalität gegen die Auffaugung Seitens der Fremden, es fragt sich aber, ob mit andauerndem Erfolge. Die Masse der esthisch-lettischen Bevölkerung in den drei Ostseeprovinzen Rußlands erhielt ihre Nationalität, weil der deutsche Adel es aus materiellen und politischen Gründen meistens nicht für räthlich hielt, seine untergebene Landbevölkerung zu germanisiren, und besonders neuerdings das Deutschthum unter russischem Scepter auch zu viel Schwierigkeiten fand, um sich unter der Masse der unteren Klassen zu verbreiten. Andrerseits wurde die Russificirung der Letten und Esthen durch den Einfluß der stimmführenden deutschen Bevölkerung und vor Allem durch die, die Deutschen, Letten und Esthen, gegenüber den Russen, verbindende protestantische Confession verhindert. Die politischen Kräfte, welche die genannte Bevölkerung zu germanisiren oder zu russificiren streben, halten sich daher bis jetzt so ziemlich die Waage.

Ein feindliches Aufeinanderstoßen der Germanen und Slaven wird bei dieser so mannichfach erschwerten territorialen Auseinandersetzung nach dem allgemein giltigen Gesetz der Staats- und Nationalitätsentwickelung schwerlich ganz zu vermeiden sein. Aber gewiß liegt es im Interesse der Deutschen wie der Russen, daß diese Auseinandersetzung durch ein richtiges Verständniß der beiderseitigen Interessen möglichst erleichtert werde. Nichts kann hier hinderlicher und thörichter sein, als jener chauvinistische Nationalismus, welcher blos vom Rechte, der Fähigkeit und Tüchtigkeit seines eigenen Volks durchdrungen die Kräfte und die Berechtigung der anderen Nationalität verkennt. Solche Einseitigkeit tritt, in einer vielleicht nicht ganz unberechtigten Reaction gegen den Cultus des Fremden, neuerdings in den Bestrebungen der nationalrussischen Partei hervor. Aber sie fehlt auch nicht ganz bei den Deutschen, welche, gleichfalls begreiflich, aber darum nicht gerechtfertigter, seit ihrer außerordentlichen, mit dem Jahre 1813 beginnenden politischen und wirthschaftlichen Hebung ihre einst so viel gerühmte Objectivität in der Würdigung der politischen Bestrebungen und der Cultur- und Wirthschaftsverhältnisse anderer Völker mannichfach eingebüßt haben. Dies ist gegenüber den Russen in besonders hohem Maaße der Fall. Vor Kurzem noch überschätzt in ihrer staatlichen Macht und nationalen Ausdehnungsfähigkeit, werden die Russen jetzt nicht selten in demselben Grade unterschätzt. Wir Deutsche, die wir so stolz auf unser Verständniß des historischen Gangs der Dinge sind, sollten nicht hochmüthig herabsehen auf die langsamere und niedrigere materielle und geistige Entwickelung eines Volks, welches unter ungleich schwierigeren

äußeren Verhältnissen des Klimas, der räumlichen Beziehungen seine Culturaufgabe zu lösen hat.

Gegenüber den Russen, als dem wichtigsten und mächtigsten, allein staatlich organisirten Theil der Slaven, erweitert sich unsere deutsche Frage zu der bedeutenderen Frage der Theilung des mittleren und östlichen Europa zwischen Germanen und Slaven, und der Zukunft der Donauländer, Oesterreichs und der Türkei. Eben diese orientalische Frage hängt daher mit der deutschen enger zusammen, als vielfach angenommen wird. Kein Zweifel, daß dieses Theilungsproblem und die definitive Constituirung des östlichen Mitteleuropa und Südosteuropa vornämlich den Gegenstand der internationalen Austragung der nächsten Generationen, vielleicht noch der nächsten Jahrhunderte bilden wird. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, kann auch in diesem Theile Europas ein solches wirthschaftliches und sociales Ineinanderleben der Völker auf der Basis unabhängiger Nationalstaaten eintreten, wie wir es im westlichen Europa schon theilweise besitzen und nach den letzten blutigen Waffengängen mehr und mehr erwarten dürfen.

Zu den zahlreichen Vorurtheilen und Irrthümern über Rußland gehört es, wenn noch jetzt so oft von den Deutschen das Russenthum und das Regiment des Kaisers Nicolaus identificirt wird. Dieser gewaltige Czaar hatte den russischen Namen dem Ausland und besonders den kleinen deutschen Höfen und Staaten gegenüber in unerhörter Weise machtvoll aufgerichtet. Mit dem Tode des Kaisers und dem Sturze seiner Politik im Krimmkrieg ist dieses Prestige verschwunden. So scheint Macht und Glanz des russischen Staats ganz mit dem Namen des Kaisers verknüpft gewesen zu sein. Alles, was den kaiserlichen Nimbus vergrößerte und verbreitete, wäre danach dem russischen Volk zu Gute gekommen. Und da die Mittel, durch welche dieser Nimbus geschaffen wurde, die des starrsten Autokratismus waren, so erscheint eben ein solches dem Westeuropäer furchtbares System die Grundlage für die Größe des russischen Volks und Staats, womit dann die dauernde Unvereinbarkeit westeuropäischer und russischer Interessen erwiesen wäre. Als ob eben dieser Autokratismus nicht zumeist grade auf das russische Volk selbst gedrückt hätte! Wie seufzten unter dem Nicolaischen Regime die Völker des unermeßlichen Reiches! Wie furchtbar lastete zumal auf den vorgeschritteneren, gebildeteren Elementen, auf dem Städter, dem Adel, dem Deutschen der Ostseeprovinzen, dieses System, welches jede freie Regung, jede Entwickelung hemmte. Wahrlich, ungleich mehr Grund zur Klage hatte das arme russische Volk, als wir Deutschen, die wir nur den reactionären Gelüsten und dem verächtlichen Servilismus unseres kleinen deutschen Dynasten-

thums es zuschreiben können, daß auch in unserem politischen und geistigen Leben der Nicolaische Autokratismus sich wiederspiegelte.

Es wäre Unrecht, dem Kaiser Nicolaus in seiner Weise eine gewisse Größe abzusprechen. Wohlmeinende Absichten für sein Volk leiteten ihn, manches Gute ist diesen Absichten in Gesetzgebung und Verwaltung entsprossen. Nicolaus hatte etwas vom Geist und Charakter eines großen Monarchen an sich. Zwar nicht im reformatorischen Sinne eines Friedrich oder eines Peter des Großen, welche vor allen Dingen ihre Völker hatten fortschreiten lassen wollen, sondern in alt-patriarchalischer Anschauung, beeinflußt von legitimistischem Gottesgnadenthum und christlicher Romantik, ein Hüter des Bestehenden faßte sich auch Nicolaus als den ersten Diener seines Volks auf. Tout pour le peuple, rien par le peuple, war auch sein Princip. Aber wie eng und einseitig die Begriffe von dem, was dem Volke fromme! Kein Verständniß für ein Fortschrittsprincip in menschlichen und politischen Dingen, für die wenn auch vielleicht noch so beschränkte, doch wenigstens theilweise vorhandene Berechtigung der modernen Ideen in Staat und Kirche! Immer nur, wie im Zeitalter Metternich's so allgemein, Conservatismus und Stillstand in politischen Dingen verwechselt! Alles nach militärischem Maaße zugeschnitten, mit dem Korporalstock regiert, in ein chinesisches Rangklassenzopfthum eingezwängt, Militär und Civil, Beamtenthum und Volk, Weltliches und Geistliches, Kirche und Schule, Kunst und Wissenschaft nach einer Schablone mechanisch behandelt, das ganze Volk in eine Art Militärschule gesperrt, aber die Schulung nicht als Mittel, sondern als Zweck betrachtet, nicht die Hebung der ganzen Bevölkerung, sondern die patriarchalische Vorliebe für den Zustand der Unmündigkeit, der beständigen Schulpflichtigkeit das leitende Princip! Welche Enge des Gesichtskreises, verglichen mit einem Peter, einer Katharina! Peter hatte die Ostseeprovinzen erworben, um durch die unentbehrliche Reibung seines Volks mit vorgeschritteneren Nationen die Cultur der Russen zu entwickeln. Nicolaus suchte nichts mehr zu hemmen, als jede Berührung seiner Unterthanen mit den Aufklärungsideen des Westens. Welche Zustände in einem doch immerhin europäischen Lande, wenn nicht nur die einheimische Presse und Literatur durch eine bis in das Kleinlichste gehende Censur in den leisesten Regungen einer freieren Auffassung staatlicher, kirchlicher, geistiger Dinge unterdrückt, die Einfuhr des gedruckten Wortes durch die exorbitantesten Maßregeln gehemmt, auf den index librorum prohibitorum fast der gesammte deutsche und französische Verlag gesetzt wurde, sondern jede „Infection der Gedanken" sogar durch japanische Verbote des Reiseverkehrs verhütet werden sollte! Wurden doch zu diesem Zwecke die Reisepässe in's

Ausland, von denen der Kranken abgesehen, mit Taxen von Hunderten von Rubeln belegt! Wovon denn eine der echtrussischen Folgen war, daß mehrere Jahre lang, wie erst kürzlich zur Sprache kam, kaum Ein „gesunder" Russe in's Ausland reiste, sondern Jedermann sich ein Krankheitszeugniß zu verschaffen wußte. Nannte man doch blos einen Fürsten Demidoff und eine Petersburger Tänzerin, welche in einem längeren Zeitraum die volle Taxe erlegt hätten. Was Wunder, daß solche Gesetze nur da waren, um umgangen zu werden. Wo käme man auch nur auf die Idee, Fabriken künstlicher Mineralwasser, wie es von Rußland behauptet wird, mit aus politischen Motiven zu errichten, um die auswärtigen Badereisen unnöthig zu machen! Oder man denke an die wahrhaft entsetzlichen Verordnungen, welche die Zahl der Studenten auf einer russischen Universität auf 300 beschränkten, so daß die über diese Zahl hinaus sich anmeldenden abgewiesen wurden, — damit nicht zuviel Ueberbildung in Rußland entstehe!

Es ist wahr, etwas Tragisches hat das Geschick dieses Nicolaus, der streng gegen sich selbst, wie den letzten seiner Unterthanen, bei seinem eisernen Willen Nichts in der Welt für unmöglich hielt und schließlich doch sehen mußte, wie die mechanische Beherrschung von Oben nirgends ausreiche. Nicolaus bebte vor keiner mechanisch noch so schweren Aufgabe zurück, löste sie meistens, aber löste sie auch immer nur mechanisch. „Was ist unmöglich!" antwortete er einst schneidend jenem Ingenieur, welcher es für unausführbar erklärt hatte, die Eisenbahn mitten durch einen tiefsumpfigen See zu legen, und ein paar Jahr später pfiff darüber die Locomotive. Aber wo es nicht blos mechanische Widerstände zu überwältigen galt, da versagte das System dennoch. Man kann sich einer gewissen Sympathie für den Mann nicht erwehren, der trotz alles Eifers für die Hebung der Integrität seiner Beamten und trotz aller furchtbaren Strenge gegen die letzteren sich doch offen sagen mußte: „es giebt nur Einen ehrlichen Mann in meinen Diensten, und der bin ich!" Aber liegt nicht in diesem Ausspruch selbst das schärfste Verdammungsurtheil über das Nicolaische Regierungssystem? Auch darin tritt uns persönliche Größe entgegen, wenn der Kaiser in seiner letzten Krankheit sich nicht zurückhalten ließ, in der Winterkälte seine nach dem Kriegsschauplatz ziehenden Truppen Revue passiren zu lassen und dem wehrenden Arzte, der ihm vorstellte, er werde unter gleichen Umständen den letzten Soldaten nicht hinausschicken, erwiderte: „dieser darf bleiben, der Kaiser muß hinaus." Es ist die patriarchalische Auffassung des Regierungsberufs: alles selbst leiten und thun, so viel wie möglich. Aber darin lag eben die Verkennung der Aufgabe eines modernen Regenten. Der eiserne Wille eines Einzelnen

reichte so wenig aus, Erfolge zu erzielen, als die rohe Kraft, welche dieser Wille in dem Heere vereinigt hatte. Es fehlte eben auch in den militärischen Dingen das geistige, belebende Princip. Wahrlich, wie Pygmäen nehmen sie sich neben dem gewaltigen Czaaren aus, dem sie in seinem reactionären Wahn nacheiferten, diese kleinen italienischen und deutschen Fürstlein! Aber wenn wir an dem Manne und dem Charakter Größe nicht verkennen, der Muth und Thatkraft genug besaß, um aufhaltend in die Speichen des Rades der Weltgeschichte einzugreifen, müssen wir nicht den Herrscher verurtheilen, der so wenig seine Zeit und deren Aufgabe begriff und in den bedenklichen Folgen der absoluten Herrschergewalt die Gefährlichkeit seines eigenen Systems so handgreiflich darlegte?! Nein, das russische Volk verdankt dem Krimmkrieg Unendliches, der ein solches System in seinen Blößen aufdeckte und wohl auch für immer zu Fall brachte. Rußland hat unter Nicolaus eine trübere Reactionszeit durchgemacht, als irgend ein anderes Land Europas. Eine solche Zeit, auch wenn sie dem russischen Namen einen begründeteren Nimbus im Ausland verschafft hätte, als der orientalische Krieg zeigen sollte, kann doch wahrlich nicht als eine Periode nationaler Größe gelten, zumal sie für Rußland doppelt nachtheilig war, denn sie vergrößerte wieder die Distanz, welche die russische Cultur von der des occidentalen Europa trennt. Europa, welches von der Furcht vor dem Uebergewicht des russischen Einflusses befreit wurde, hat durch den Krimmkrieg kaum so viel gewonnen, als Rußland selbst, welches trotz einer vorübergehenden Demüthigung sich selbst und einer vernünftigen inneren Entwickelung zurückgegeben ward.

Von diesem Einfluß des Krimmkriegs abgesehen, hat dieser Krieg freilich Rußland große Nachtheile bereitet, an denen es jetzt noch leidet. Es sind nicht blos die furchtbaren Opfer an Menschen und Geld, welche für Staat und Volk hier in Betracht kommen. Die Geldmittel wurden bekanntlich fast ganz durch Papiergeldfabrication beschafft. Das kaum erst geordnete russische Geldwesen ward durch die damaligen Emissionen, Dank der völligen Unthätigkeit, welche seitdem herrschte, auch nur einen etwas größeren Theil des Papiergelds zu fundiren, auf Jahre hinaus zerrüttet. Der gegenwärtige schlimme Zustand des Geldwesens ist sicherlich ein sehr wichtiger Factor bei allen Rechnungen über Rußlands politisches Verhalten geworden. Indessen das hätte sich eben durch eine richtige Finanzpolitik verhüten lassen, ebenso wie viele sonstige Reformen in der Verwaltung, dem Militärwesen, der Volkswirthschaft die durch den Krieg aufgedeckten oder verursachten Schäden wenigstens theilweise beseitigt haben. Wahrhaft compromittirend für die Zukunft Rußlands war dagegen der specielle Inhalt des Pariser Friedens, durch welchen der orientalischen Mission

des russischen Volks definitiv der Weg verlegt werden sollte. Es wollte noch nicht so viel bedeuten, daß Rußland zum ersten Male seit Langem einen Landerwerb wieder aufgab und von den Donaumündungen zurückwich. Schlimmer und bedeutsamer als dieser kleine Verlust des südlichen Bessarabien war der Verzicht auf eine Flotte und damit auf jede weitere maritime Stellung im Schwarzen Meer und Orient, die Vorbedingung für eine politische Zukunft Rußlands in diesem Theile des südöstlichen Europa.

Stellen wir uns einmal bei der Betrachtung dieser Frage auf den russischen Standpunkt. Nach russischer Auffassung liegt in der That die Zukunft Rußlands im Südosten Europas. Dahin drängt die Entwickelung der russischen Geschichte. Das russische Volk muß, wenn es eine größere Cultur erreichen soll, aus den nordischen unwirthbaren Gegenden, aus den immer noch unnahbaren endlosen Wäldern, Flächen, Steppen, aus jenen unermeßlichen Districten des russisch-sibirischen Riesenreichs, welche wegen unbesiegbarer klimatischer Hindernisse keine intensivere Bebauung gestatten, keine dichtere Bevölkerung, die nothwendige Bedingung einer höheren Cultur, ernähren können, einen Ausgang in zugänglichere, günstiger gelegene, wärmere Länder finden. Dies müssen zugleich Länder sein, deren Bevölkerung an wirthschaftlicher Tüchtigkeit, an Culturentwickelung und an Culturfähigkeit hinter dem russischen Volke zurückstehen. Denn nur dann kann eine gedeihliche Cultur erblühen, ohne daß das herrschende Volk seine eigene Nationalität einbüßt oder ohne daß andererseits ein barbarischer Vernichtungskampf gegen das schwächere, aber schon höher entwickelte, untergebene Volk eintritt. Die Richtung der aggressiven russischen Politik der letzten zweihundert Jahre nach Norden und Nordwesten erscheint eben deshalb nur als eine bedingt richtige. Um fortzuschreiten, bedarf jedes Volk der belebenden Reibung mit anderen Völkern. Die Isolirung ist der größte Hemmschuh dieses Fortschritts. Der Russe zumal kann nur durch die regste Berührung mit den ihm soweit vorausgeeilten anderen Europäern ein ebenbürtiges Glied der europäischen Völkerfamilie werden. Das war der an sich so richtige Gesichtspunkt, welcher Peter in seiner nordischen, Katharinen in ihrer polnischen Politik leitete. Die rücksichtslose Gewaltsamkeit dieser Politik kann nur in dieser dem russischen Volke zur Lebensbedingung gewordenen Nothwendigkeit der Berührung und Reibung mit vorgeschritteneren Culturvölkern eine Rechtfertigung vor der historischen Moral finden. Aber jene beiden großen Herrscher Rußlands beachteten, dem mechanischen Charakter ihrer ganzen Politik gemäß, zu wenig die Voraussetzungen, ohne welche auch jene sonst so heilsame Reibung nicht ihre vollen Früchte tragen konnte. Peter ließ sich in seinem

strammen Vorgehen gegen Schweden wohl von der damals noch verbreiteten Ueberschätzung der schwedischen Macht bestimmen, die doch eben nur das Product zufälliger, kurz andauernder Ursachen, vor Allem der kläglichen Zersplitterung Deutschlands war. Auch nahm er auf die doch einmal unüberwindlichen klimatischen Schwierigkeiten im nördlichen Rußland keine Rücksicht. Werfen wir nur einen Blick auf die Einwohnerzahl im nördlichen und nordwestlichen Rußland. Die Dichtigkeit der Bevölkerung ist im Allgemeinen ein guter Wirthschafts- und Culturmesser, und wegen seiner Einfachheit meist anwendbar. Da zeigt sich denn eben, daß gegen das Klima in dem größten Theil des nördlichen Rußland der Kampf unmöglich ist. Was nützt es, wenn die nominelle Hauptstadt, der Sitz der Regierung, ein wahrer Zauberbau der prächtigsten Paläste, mit den colossalsten Opfern an Geld und Menschen unter dem 60sten Breitegrad gegründet und mit gleichen Opfern erhalten wird?! Petersburg wird immer ein großartiges Beispiel dafür sein, was menschliche Energie unter den größten äußeren Schwierigkeiten, bei völliger Preisgebung des wirthschaftlichen Gesichtspunkts, in Betreff der anzuwendenden Mittel leisten kann. Aber mehr als ein Kunstproduct ist diese Stadt noch heute nicht und wird es schwerlich, unähnlich mancher anderen städtischen Neuanlage, z. B. Berlin, jemals werden. Die wirthschaftliche Bilanz, welche schließlich doch überall zur Geltung kommt, ist für Petersburg zu ungünstig. Die Hauptstadt des russischen Reichs hat es zwar jetzt auch auf mehr als eine halbe Million Einwohner gebracht, die neuesten Zählungen, noch immer von fraglicher Zuverlässigkeit, geben ihr 586,000. Das wäre eine Verdoppelung in etwa 60 Jahren, da Petersburg zu Anfang des Jahrhunderts kaum unter 300,000 Einwohner, verschiedenen nicht alle zusammen stimmenden Zählungen zu Folge, gehabt haben wird. Diese Zunahme ist für eine solche Stadt langsam, auch in den letzten Jahren nicht so rasch wie in anderen großen Hauptstädten. Berlin hat in 48 Jahren (1816—1864) seine Civilbevölkerung mehr als verdreifacht. Moskau möchte über kurz oder lang doch seinen Rivalen besiegen, der als „Deutsche Hauptstadt“ vom echten Russen noch immer scheel angesehen wird und in welchem der Kampf gegen das Klima schließlich allen Gewinn verzehrt. Aber wäre selbst in Petersburg eine bleibende große Hauptstadt des russischen Reiches gegründet, das Land um diese Stadt liegt Hunderte von Wersten weit öde, eine fast unbewohnte, culturlose Wüste! Hier wird nimmer eine großartige eigene Volkscultur entstehen, denn nimmer ist hier ein intensiver Anbau, eine starke Bevölkerung, ein blühendes Städtewesen möglich, das auf sich selbst steht und nicht wie Petersburg und ähnliche Hauptstädte nur künstlich von der Concentration der Landesmittel im Sitze

der Reichsregierung lebt. Nicht nur in den unermeßlichen Strecken der nördlichen Gouvernements von Olonetz, Wologda, Archangel, wo in den bestbebauten Strichen kaum ein paar hundert Menschen auf der Quadratmeile leben, sondern ebenso im Nowgorod'schen, Pskow'schen, in Esthland, Livland, Finnland, im Gouvernement Petersburg selbst, von der Hauptstadt abgesehen, giebt es außer Riga keine einzige größere Stadt, keinen Ort über 30,000, nur ein paar über 20,000 Einwohner. Im ganzen nördlichen Rußland ist das deutsche Riga mit etwa 80,000 Einwohnern schon die zweitgrößte Stadt. Die relative Bevölkerung erreicht selbst in dem bevölkertsten Theil des Nordens, in Cur- und Livland, nur wenig über 1000 Menschen pro Quadratmeile. Sie ist im Nowgorod'schen nicht halb so hoch. Im bewohnten Theile des Gouvernements Petersburg steigt sie allerdings auf 14—1500, immer noch weniger als fast in jedem etwas größeren Verwaltungsbezirk Deutschlands, — die bisherige hannöversche Landdrostei Lüneburg mit der Heide zählt sogar noch einige hundert mehr, desgleichen Tirol — rechnet man aber die Bevölkerung der Stadt Petersburg ab, so beziffert sich die Dichtigkeit der Bevölkerung des Gouvernements mit 724 Menschen pro Quadratmeile, obgleich auch hier noch die Landsitze um Petersburg, die Hafenstadt und Festung Kronstadt, alles gewissermaßen Dependenzen der Hauptstadt, ihren Einfluß auf die Vergrößerung dieser Ziffern äußern. Nicht viel günstiger gestalten sich die Bevölkerungsverhältnisse in den westlichen, ehemals polnischen und in den westlichen, nördlichen und östlichen Gouvernements von Großrußland. Wesentlich besser ist es nur in den mittleren und südlichen großrussischen Gouvernements und in Kleinrußland mit der Bevölkerung bestellt. Auch im Moskau'schen kommen, von der Hauptstadt abgesehen, an 2000 Menschen auf die Quadratmeile, also fast ein dreimal so günstiges Verhältniß als im Petersburger Gouvernement. Der Unterschied zwischen den Verhältnissen am finnischen Meerbusen und unter begünstigteren Himmelsstrichen tritt auch bei dem Vergleich mit anderen europäischen Hauptstädten hervor. Wien, Berlin, Paris verdanken sicherlich ebenfalls einen erheblichen Theil dem Umstande, daß sie Mittelpunkte und Sitze der Regierung eines großen Staats sind. Ueberall hat sich aber auch in der Umgebung dieser Städte und in der Provinz, worin sie liegen, eine dichtere Bevölkerung und eine größere Cultur gebildet. In Niederösterreich kommen an 3400, in der wahrlich durch die Natur nicht gesegneten Mark Brandenburg immerhin 2700, in den Paris umgebenden Departements, ohne das Seinedepartement selbst, 2700 bis 4500 auf die Geviertmeile. Welche Unterschiede gegen Petersburg! Man darf diese zwar nicht allein, aber doch zum großen Theil auf klimatische Einflüsse zurückführen.

Die allmähliche Eroberung Polens unterwarf allerdings dem russischen Scepter zum Theil Länder von günstigeren klimatischen Verhältnissen. Dafür begegnet das vordringende Volk hier um so größeren politischen Schwierigkeiten und muß in den entweder aussichtslosen oder nur mit gewaltsamen Mitteln durchzuführenden Kampf gegen eine bereits höher cultivirte Nation eintreten, — beides eine traurige Alternative. Allerdings waren die erworbenen Länder theilweise schon früher russisches Territorium gewesen, und das polnische Element in ihnen nur vereinzelt. Insofern wird man die Wiedererlangung der ehemaligen östlichen Provinzen Polens, Smolensk, Tschernigow, Severien, schon ein Jahrhundert vor der ersten Theilung Polens, im Jahre 1667 unbedingt billigen können. Auch die durch die erste Theilung Polens 1772 erlangten Länder, die westrussischen heutigen Gouvernements Mohilew, Witebsk waren der großen Mehrheit ihrer Bewohner nach russischer Nationalität und Kirche. Selbst durch die zweite Theilung Polens kamen mit dem Rest von Kiew, dem östlichen Theil von Volhynien, Podolien vornehmlich kleinrussische, der Mehrzahl nach griechisch-katholische Stämme unter die russische Herrschaft, und in geringerem Grade war dies selbst noch mit dem damals gleichfalls erworbenen Minsk'schen der Fall, in welchem das Weißrussische und das Griechisch-katholische immer noch bedeutend überwog. Als nothwendige Vervollständigung dieses wenigstens in der Hauptsache dem Nationalitätsprincip entsprechenden Ländererwerbs hätte Rußland dann von Polen nur das heutige ruthenische östliche Galizien gebraucht, welches bereits bei der ersten Theilung Polens an Oesterreich gefallen war, — es war ein politischer Fehler Rußlands, den man bis heute lebhaft bedauert, dies zuzulassen, dagegen waren die Erwerbungen bei der dritten Theilung Polens, welche das heutige West-Volhynien, Grodno (mit Ausnahme des zu Preußen gehörenden Bialystock'schen Theils), Kowno und Wilna umfaßten, schwerlich im wahren Interesse Rußlands gelegen. Die russische Nationalität und Kirche, letztere mit Ausnahme von Grodno, bildeten hier eine kleine Minderheit. Die römisch-katholische Kirche herrschte durchaus vor, und wenn das Gleiche nicht von dem ebenfalls numerisch schwachen rein polnischen Element behauptet werden kann, so gilt es doch von dem polonisirten litthauischen Volke. Dazu kommt der politisch so wichtige Umstand, daß der gebildete Theil der Bevölkerung, die Städter, der Adel, in diesen Landestheilen fast ganz polnisch war. Die größten politischen Schwierigkeiten, welche bis zum heutigen Tage andauern, haben sich die Russen in diesen Erwerbungen aus der dritten Theilung Polens geschaffen.

Diese Schwierigkeiten sind durch den erst im Jahre 1815 erfolgten Anschluß des heutigen Königreich Polen an Rußland noch bedeutend er-

höht worden. Bekanntlich hatten die Theilungen von 1793 und 1795 das Gebiet dieses Königreichs ausschließlich an Preußen und Oesterreich gebracht. Ersteres hatte schon 1793 außer Danzig und Thorn mit ihrem kleinen Gebiet das sogenannte Südpreußen, d. h. die heutige Provinz Posen, von deren nördlichem, schon 1772 erworbenem Theile, dem Netzdistrict, abgesehen, und den größten Theil der heutigen Bezirke Warschau und Plock, ferner im Jahre 1795 das sogenannte Neuostpreußen oder den östlichen Theil von Plock und Warschau mit Inbegriff der Stadt Warschau, sowie das Gebiet des heutigen Gouvernement Augustowo erhalten, zu welchem damals auch der jetzige Grodno'sche District Bialystock gehörte. Oesterreich, 1793 leer ausgegangen, hatte bei der dritten Theilung Polens das sogenannte damalige Westgalizien erworben, welches fast genau das Gebiet der heutigen Gouvernements Lublin und Radom enthielt. So war der Grundstock der polnischen Länder, wie es bei einer Zertheilung des Landes an die drei Nachbarmächte die geographische Lage mit sich brachte, nicht an das slavische Rußland, sondern an die deutschen Mächte gelangt, — was vom russischen Standpunkt aus eine ganz richtige Politik war. Das größte Odium traf so die beiden anderen Theilungsmächte, den ernstesten Schwierigkeiten der Einverleibung dieser ganz heterogenen Bestandtheile begegneten wiederum diese Mächte, deren Interesse als Mitschuldige gerade dadurch auch eng an das russische geknüpft wurde. In den Friedensschlüssen von Tilsit und Wien hatten Preußen und Oesterreich dann alle ihre Erwerbungen aus den beiden letzten Theilungen Polens herausgeben müssen. Die Republik Warschau ward aus diesen Ländern gebildet. Bei der Neugestaltung der Territorialverhältnisse im Jahre 1815 erfolgte die Auflösung der Republik Warschau, wie anderer ephemerer Schöpfungen Napoleon's. Aber Oesterreich erhielt von Westgalizien nichts zurück, Preußen außer kleinen Grenzdistricten blos das Gebiet der heutigen Provinz Posen. Der bedeutende Rest des Territoriums der Warschauer Republik fiel dagegen, wenn auch nicht unter der Form directer Einverleibung, an Rußland. Man muß gestehen, daß Rußland auf diese Weise vollends den Löwenantheil an der polnischen Beute errang. Rußland hatte schon im Jahre 1795 vom einstigen Territorium Polens (ca. 14,000 Quadratmeilen) mehr als zwei Drittheile erworben, an 9000 Quadratmeilen; dieses Gebiet war jetzt auf 11,500 Quadratmeilen gewachsen. Dagegen war der Erwerb Preußens von 2500 auf 1000 Quadratmeilen, ein für Preußen bequem gelegenes, zum Theil schon germanisirtes polnisches Gebiet, dasjenige Oesterreichs von 2300 auf 1400 vermindert worden. Rußland hatte seine Westgrenze noch 5—6 Grad westlicher vorgeschoben. Aber wie die Geschichte der letzten Jahrzehnte wiederholt gelehrt hat,

Rußland hat dadurch kaum an innerer Stärkung gewonnen, und für Oesterreich und Preußen ist die polnische Frage von viel geringerer, sie selbst betreffender Bedeutung geworden.

Freilich ist durch diese Erwerbungen Alexander's I. der Gedanke Peter's und Katharinens, dem russischen Volke die Möglichkeit näherer Berührungen mit Westeuropa zu verschaffen, in ungeahnter Ausdehnung verwirklicht worden. Aber mehr noch als in dem nordwestlichen Theile der heutigen sogenannten westlichen Gouvernements Rußlands, begegnen die Russen im Königreich Polen einer immerhin schon überlegenen Wirthschaft und Cultur. Das ist der Grund, weshalb der eigentliche Zweck des westlichen Vorrückens der Russen, welcher zugleich allein vor der Geschichte die bei solchem Vorrücken unvermeidlichen Gewaltthätigkeiten rechtfertigen kann, bis jetzt nicht erreicht worden ist. Die höhere Cultur der Polen schließt jede friedliche Russificirung aus, es bleibt nichts übrig als Kampf und wiederum Kampf bis zur Vernichtung der eingewanderten oder der eingeborenen Bevölkerung. Die höhere Cultur der Deutschen hat dagegen im Posenschen und in den anderen ehemals polnischen Landestheilen eine friedliche Germanisirung zu Wege gebracht, welche der polnische Patriot beklagen, aber kaum verurtheilen kann. Im eigentlichen Polen geht es den Russen, wie den Oesterreichern in Italien, den Türken ehedem in Griechenland, jetzt in den Donauländern und in einem großen Theil der europäischen Türkei: die politische Herrschaft eines weniger entwickelten Volks ist es, welche so schwer von einem selbst nur wenig höher stehenden Volk ertragen wird und fast immer mit Gewalt aufrecht erhalten werden muß. Die politische Herrschaft eines gleich oder höher entwickelten Volks, wie der Norddeutschen über die Slaven, der Franzosen über die Elsässer, der französischen Belgier über die Flamländer, der Engländer über die Iren, hat für das beherrschte Volk sicher immer viel Schweres, aber sie ist doch erträglich, weil sich die Entäußerung der untergebenen Nationalität auf dem Wege friedlicher Concurrenz vollzieht und weil das herrschende Volk eine Menge materieller und geistiger Güter mit seiner höheren Cultur verbreitet.

So erweisen sich denn für den vorurtheilslosen Russen selbst die Landerwerbungen an der Ostsee und in Polen entschieden nicht so werthvoll, wie dies gewöhnlich angenommen zu werden pflegt. Sicher wird und kann Rußland aus einem Theile dieser Länder, besonders aus den im Wesentlichen russischen Gebieten der ersten und zweiten polnischen Theilung, niemals wieder zurückweichen, darin stimmen die Russen Mann für Mann überein. Ebenso kann von der Preisgebung der Stellung am baltischen Meere, wovon mitunter in russischen Organen bei der Aussicht auf ein Aequivalent im Orient gesprochen wird, niemals in dem Sinne die Rede

sein, daß Rußland sich hier wieder ganz zurückzöge. Das ließe, von anderen Gründen abgesehen, schon die volkswirthschaftliche Rücksicht auf den Absatz der Producte über die Ostsee nicht zu. Für den größten Theil des nördlichen und mittleren Rußland wird die Ostsee stets der natürliche Absatz- und Bezugsweg bleiben, auch wenn Eisenbahnen die Verbindung mit dem Süden noch so sehr erleichtert haben werden. Dagegen vermindert sich in der That das Interesse Rußlands an den von fremden Nationalitäten anderen Glaubens bewohnten Ländern des eigentlichen Polens, Litthauens, der Ostseeprovinzen, sobald dem russischen Volke der europäische Orient eröffnet wird. Das ist die Voraussetzung des Zurückweichens der russischen Volkskräfte aus dem Norden und Nordwesten, aus einem traurigen Kampf wider die erstarrende Natur des Landes oder wider die immerhin überlegene Cultur der Völker. Instinctiv geht denn auch seit Jahrhunderten das Streben des russischen Volks und das Ziel der russischen Politik auf den Orient hin. Bei der gewaltigen Expansionskraft dieses Volks, welche aus den physischen Bedingungen des von ihm bewohnten Landes mit hervorgeht, wird immer das Streben zu Colonisationen und zu neuem Ländererwerb dem Russen eigenthümlich bleiben. Trotz der dünnen Bevölkerung entsteht bei der Undankbarkeit des Bodens immer wieder leicht eine partielle Uebervölkerung, welche zu vorrückenden Bewegungen der russischen Nation führt. Es ist ein alter Irrthum, daß Uebervölkerung und dichte Bevölkerung zusammen fallen, alle großen Völkerwanderungen lehren das Gegentheil. Nun kann sich aber das russische Volk nicht damit begnügen, Sibirien zu colonisiren, wo ihm großentheils noch schwerere klimatische und räumliche Hindernisse entgegen treten. Auch die den Chinesen und den mittelasiatischen Völkern abgerissenen Gebiete, wie die Amurländer und die Gefilde südlich vom Aralsee, wo soeben wieder die siegreichen russischen Waffen den Emir von Bochara gezüchtigt haben, sind bei der räumlichen Entfernung und der physischen Beschaffenheit dieser Länder keine passende neue Heimath für die Russen. Die unumgängliche Berührung mit vorgeschrittenen Culturvölkern fiele hier überall ganz weg. Im Gegentheil ist der Russe in Nord-Asien allein der Vertreter der überlegenen europäischen Cultur. Dagegen wären gerade die Länder am schwarzen Meere, an der unteren Donau, auf der Balkan-Halbinsel, vielleicht auch die Gestade des schwarzen Meers und Klein-Asien den Russen das Territorium, dessen sie im Interesse ihrer Cultur bedürfen.

Hier locken günstigere klimatische und physische Verhältnisse, die Bewohner stehen hinter den Russen an politischen Fähigkeiten zurück, in ihrer Wirthschaft und Cultur nicht voran, die Länder gewähren reiche Gelegenheit zum Verkehr und zur belebenden Berührung mit den europäischen

Nationen. Hier kann aller Bevölkerungsüberschuß des großen russischen Reichs Platz zur Entwickelung finden, ohne den Zusammenhang mit dem Heimathlande aufzugeben. Hier glaubt das russische Volk die Stätte zu wissen, auf welcher es zu einer eigenen größeren Entwickelung kommen kann, hier liegt ihm seine Zukunft.

Aber hier glaubt das russische Volk auch eine Mission erfüllen zu sollen, die, nothwendig wie sie ist, von keinem anderen europäischen Volke mit gleichem Rechte und mit gleicher Aussicht auf Erfolg zum Heil der jetzigen Bewohner dieser Länder selbst übernommen werden kann. Im ganzen übrigen Europa finden wir Staatszustände, welche bei allen Mängeln im Einzelnen doch in der Hauptsache ersprießlich sind und Dauer verheißen. Ueberall sind hier die Völker zu genügenden staatlichen Organisationen gelangt. Nur im europäischen Orient und in den nordwestlichen Nachbarländern, in Oesterreich, in Polen, bietet sich ein anderes Bild dar. Das Völkergemenge im Südosten Europas, theils slavischen Stammes, theils mit slavischen Elementen stark versetzt, die Reste früherer Culturvölker in diesen Gebieten, hat sich seit Jahrhunderten unfähig zu einer selbständigen staatlichen Existenz und gedeihlichen volkswirthschaftlichen Entwickelung erwiesen. Die Russen sind durch ihre geographische Nachbarschaft, ihre Stammes- und Glaubensverwandtschaft die natürlichen Erben dieser Völker. Sie allein können, wenn irgend Jemand, dieses Chaos politisch organisiren. Dadurch geschieht diesen Ländern selbst der größte Dienst, ohne daß ein Eroberungszustand wie in Polen, wie in Italien unter österreichischer Herrschaft, mit all' seinen traurigen Folgen zu besorgen ist. Denn die russische Herrschaft wird in diesen Ländern theils gewünscht, theils wird sie in der Einsicht, daß sie bei der eigenen Unfähigkeit die immerhin naturgemäßeste ist, ohne Widerwillen geduldet werden. Europa aber wird auf diese Weise endlich auch im Südosten ein Glied gewinnen, welches den übrigen Gliedern ebenbürtig werden und zur allseitigen Förderung beitragen kann. Freilich erheben sich gegen diese Ausbreitung der russischen Herrschaft, gegen den Umsturz des türkischen Reichs und die Eroberung von Constantinopel Befürchtungen in Betreff des europäischen Gleichgewichts! Aber solche Befürchtungen waren stets gegen jedwede Veränderung der politischen Verhältnisse rege und haben doch niemals den naturgemäßen Gang der Dinge verhindern können. Sie werden die russische Herrschaft im Orient auf die Dauer so wenig verhüten, wie sie die Herstellung der italienischen Einheit und die erfolgreichen Anfänge zur Bildung der deutschen Einheit zu hemmen vermochten. Die Folgen, welche der Krimmkrieg gerade als orientalischer Krieg hatte, sind durchaus zweifelhaften Werths. Freilich, die Mentschikoff's

erscheinen nicht mehr mit der Reitgerte im Divan, der russische Druck auf den Orient hat erheblich nachgelassen. Aber die Türkei ist der kranke Mann geblieben und statt russischer nur ein Spielball wechselnder englischer, französischer, österreichischer Einflüsse geworden. Der Krimmkrieg endete ohne jeden Versuch, hier leibliche Staatszustände zu begründen. Kein Mensch verhehlt sich, daß die Theile der Türkei bei der ersten Gelegenheit auseinanderfallen. Die Schöpfung Rumäniens wagt ebenso wenig Jemand für ein zukunftverheißendes Staatsgebilde zu halten. Griechenland hat sich mit jedem Jahre seiner staatlichen Selbständigkeit lebensunfähiger und zerrütteter erwiesen. Oesterreich, dem man oftmals die orientalische Mission Rußlands zugesprochen hat, ist mit der Zeit der zweite kranke Mann Europas geworden und droht selbst vielleicht noch früher als die Türkei auseinander zu fallen. So besteht in Südosteuropa ein Provisorium, das Niemanden befriedigt, am Wenigsten die Bevölkerung des Orients selbst.

Rußland, von seiner orientalischen Mission fortgedrängt, muß in seinem Lebensinteresse nur um so mehr seine Stellung im Nordwesten festhalten und verstärken. Je mehr das Ziel des Krimmkriegs als eines orientalischen Kriegs erreicht wird, desto erleichterter fühlen sich zeitweise die Türkei und Oesterreich, ohne gleichwohl zu gesunden; desto schwerer wird dagegen der Druck des russischen Nationalgeistes gegen Westen und Nordwesten fühlbar.

Polen hat diesen Druck als untergegangenes Staatsgebilde zuerst und vernichtend zu fühlen. Es beweist nur für die ererbte politische Unfähigkeit der Polen, wenn sie einst der orientalischen Politik der Westmächte Beifall klaschten, während Niemand mehr den Russen im Orient Vorschub leisten sollte, als die Polen. Hat sich nicht seit dem Krimmkrieg bei allem Streben Rußlands, zunächst sich im eigenen Inneren zu kräftigen, eine Macht der Reaction des russischen Volks in westlicher Richtung gezeigt, wie sie niemals früher zum Vorschein gekommen ist? Freilich war ja Rußland durch den polnischen Aufstand provocirt worden. Aber wie erklärt es sich, daß dieser Aufstand grade unter dem milden Alexander so ungleich härter gezüchtigt und unterdrückt wurde, als der frühere unter dem strengen Nicolaus? War nicht grade diese letzte polnische Bewegung der äußere Anlaß, daß plötzlich, wenn auch lange vorbereitet, eine Partei im russischen Volke zum Vorschein kam, welche mit seltener Energie die „russische Nationalität" und die „nationale Einheit der Reichsbevölkerung" zur Parole gegen den Polonismus machte? Früher hatten die demokratischen Elemente in Rußland mit diesem Polonismus geliebäugelt, ein wüster kosmopolitischer Socialdemokratismus, der jetzt nur noch unter der

unreifen, halbgebildeten Jugend seine spärlichen Vertreter findet, hatte in gewissen Schichten der russischen Gesellschaft seine Verbreitung. Der letzte polnische Aufstand hat diese haltlosen Ideen verscheucht und das Nationalbewußtsein des russischen Volks erweckt. Es ist das unbestreitbare Verdienst der Partei der Moskauer Zeitung, der Katkoff und Leontjew, dem träumerischen, unpraktischen Panslavismus entgegen getreten, den Einfluß der Herzen'schen Flüchtlingspolitik gebrochen zu haben. Das russische Volk hat grade durch die letzten Ereignisse in den Westprovinzen des Staats ein Verständniß für die große auswärtige Politik gewonnen, das ihm früher nicht in dem Maaße eigen war. Die periodische Presse, welche eigentlich erst unter der freieren Regierung des gegenwärtigen Kaisers entstanden ist, errang einen bedeutenden Einfluß grade in der polnischen Frage. Die kaiserliche Regierung wurde und wird hier mehr getrieben von der dem nationalen Instinct des Volks entspringenden und durch Männer wie Katkoff geleiteten öffentlichen Meinung, als daß sie ihrerseits die Volkselemente gegen Polen triebe. Westeuropa aber, welches der orientalischen Politik Rußlands so energisch entgegen getreten war, hat über ein paar diplomatische Noten hinaus nichts mehr für Polen zu thun gewagt. Heißt das nicht, Rußland wird definitiv im Westen die Stellung erringen, die man ihm im Süden bestritt? Durch den Krimmkrieg würde dann erst das Schicksal Polens entschieden sein. Auf die vollständige Russificirung zunächst der westlichen Gouvernements von West-Rußland, Litthauen, in zweiter Reihe auch des Königthums Polen zielen denn auch alle die vielverrufenen Edicte und Verwaltungsmaßregeln der Murawieff, Kaufmann, Miliutin u. A. hin. Kaum aber ruht die antipolnische Bewegung der Russen ein wenig, als sofort die antideutsche mit kaum minderer Heftigkeit, obgleich nicht durch die leisesten Ursachen provocirt, erwacht, gegen alles Deutsche im Inneren Rußlands, gegen die auf den Verträgen beruhende eximirte Stellung der drei Ostseeprovinzen und gegen die deutsche Nationalität daselbst überhaupt. Wie lange wird es dauern, daß diese Bewegung weiter gegen Deutschland selbst geht, dessen Kräftigung die altrussische Partei schon während der letzten politischen Krisis so scheel ansah?

Auch vom russischen Standpunkte aus hat aber diese Bewegung gegen Westen und Nordwesten ihr Bedenkliches. Denn immer gelangen die Russen hier nur wieder in Gegenden, welche von der Natur noch stiefmütterlicher behandelt sind, als ein großer Theil ihres Stammlandes, und unter Völker, deren höhere Cultur auch der kleinen Minorität eine Widerstandskraft giebt, welche eine friedliche Russificirung ausschließt und nur einen Racenkampf in unerfreuliche Aussicht stellt. Die heilsamen Folgen,

welche für das russische Volk und insofern für Europa aus einem theilweisen Aus- und Weiterrücken der Russen in bessere Gegenden entstehen können, sind hier nicht zu erwarten. Aber da die Bewegung nach Süden gehemmt ist, so ist es freilich begreiflich, daß die Stellung im Westen und Nordwesten nur um so fester behauptet wird. Hierin liegt der klare Zusammenhang der baltisch-polnischen mit der orientalisch-türkischen Politik der Russen. Die erstere wendet sich in weiterer Linie gegen Preußen, d. h. gegen Deutschland, die letztere auch gegen Oesterreich, als den Prätendenten für die unteren Donauländer.

Hat nun nach alledem Deutschland oder Preußen einen Grund der orientalischen Politik Rußlands entgegen zu treten? Kann sich Deutschland über den Ausgang des Krimmkriegs freuen, wenn dadurch, wie schon die wenigen verflossenen Jahre zeigen, der russische Strom sich gegen Westen, Deutschlands Grenzen zu, statt gegen Süden wendet? Für wen ist die ganze Axendrehung der russischen auswärtigen Politik gefährlicher als für Deutschland, für wen günstiger als für Oesterreich? Und doch wird noch heute, zumal von vielen deutschen Liberalen, die wie so oft westeuropäische Ideen unbesehen nachbeten, die russenfreundliche Neutralität Preußens im Krimmkriege verurtheilt, während sie einer der wenigen gescheidten politischen Acte der Manteuffel'schen Periode war. Ein Act, welcher, ebenso wie die unter den noch herrschenden Umständen ganz richtige Stellung Preußens zu Rußland während des letzten polnischen Aufstands, in der jetzigen deutschen Krisis Preußen seine guten Früchte getragen hat. Wird nicht die weitere Unterstützung Rußlands in der orientalischen Politik bei der doch nicht ausbleibenden Wiederlossagung von den demüthigenden Bedingungen des Pariser Friedens von 1856 auch fernerhin in Preußens und Deutschlands Interesse liegen, zumal es sich um mehr als eine feste Neutralität kaum handeln wird? —

Wir haben hier einige Gedanken entwickelt, welche der russischen Auffassung dieser wichtigen politischen Fragen angehören und mehr oder weniger bestimmt bei vorurtheilsfreien gebildeten Russen, nicht bei den nationalen Heißspornen, sich finden. Sie möchten immerhin einmal einige Beachtung verdienen. Wir persönlich leugnen nicht, daß wir grade vom deutschen oder preußischen Standpunkte aus, ohne die entgegenstehenden Bedenken zu verkennen, in der Hauptsache die dargestellte Auffassung ebenfalls vertreten, — namentlich gegenüber der von vielen deutschen Liberalen jetzt wieder befürworteten engeren Verbindung Preußens mit Oesterreich, d. h. also gegenüber der Begünstigung der vermeintlichen Mission Oesterreichs im Oriente.

Freilich ist die obige Auffassung der auswärtigen Politik Rußlands

nicht die allein vertretene, ja gegenwärtig noch nicht einmal die herrschende. Aber sie ist diejenige, welcher die Zukunft gehören möchte, da sie unter der jüngeren Generation verbreitet ist. Man kann in der öffentlichen Meinung Rußlands zwei Strömungen erkennen, welche auch in den Regierungskreisen selbst zum Vorschein kommen. Die eine Strömung möchten wir die der baltisch-polnischen oder der Nordwestpolitik, die andere die der orientalischen oder der Südpolitik nennen. Jene ist die in den letzten zwei Jahrhunderten traditionell gewordene Politik Peter's und Katharinens. Diese entspringt dagegen den uralten russischen Volksinstincten und ist durch die Türkenkriege Katharinens und vernehmlich durch Nicolaus auch bereits in das Stadium der praktischen Verwirklichung getreten. Die baltisch-polnische Politik hat äußerlich bereits viel größere Erfolge errungen, weil sie diejenigen Länder, welche für Rußland wichtig waren und überhaupt als erlangbar in Betracht kommen, dem russischen Scepter unterworfen hat. Insofern ist hier das weitestgesteckte Ziel schon erreicht worden. Die orientalische Politik konnte deshalb jetzt auch eher zur Realpolitik werden. Aber ihr treten immer noch unüberwindliche Hindernisse entgegen. Wiederholt dem Ziele nahe, mußte Rußland immer wieder davor zurückweichen, im Krimmkriege sogar erworbene Stellungen wieder räumen und einstweilen auch einer orientalischen Idealpolitik entsagen. Früher, nach der scheinbar vollständigen Erreichung des Ziels der baltisch-polnischen Politik, galt neben der dauernden Behauptung der hier gewonnenen Stellung die Durchführung der orientalischen Politik ziemlich allgemein als die Lebensaufgabe Rußlands. Diese Ansicht ist mit den Fortschritten der allgemeinen Bildung wesentlich modificirt worden. Man lernte in Rußland auch in den Regierungskreisen einsehen, daß eine glänzende auswärtige, eine Eroberungspolitik nicht für alles innere Elend entschädigt, daß auch bei der auswärtigen Politik der Kostenpunkt und die verwendbaren Staats- und Volkskräfte den Ausschlag geben müssen und Eroberung nicht Selbstzweck werden darf. Mit dieser Erkenntniß begannen die oben erörterten Zweifel an der Richtigkeit der baltisch-polnischen Politik. Gleichzeitig lernte man, daß bloße Beherrschung ohne innere, friedliche Vereinigung und Amalgamirung der fremden Volkselemente, ohne eine wahre Versöhnung der letzteren mit der herrschenden Nation auf die Länge auch für diese selbst nicht ersprießlich, wenn überhaupt durchführbar ist. Dazu trat die richtige Würdigung der eigenen Kräfte, welche dann zu der Erkenntniß führte, daß Rußland schwerlich allen den großen Anforderungen seiner auswärtigen Politik gewachsen sei. Auch in dieser Beziehung war der Krimmkrieg eine gute Lehre. Nun trat zunächst allgemein das Bedürfniß nach innerer Kräftigung und Hebung, nach Reformen aller Art,

nach Consolidation des Erworbenen hervor, die Parole ward „Rußland zieht sich auf sich selbst zurück." Dieser Umschwung als natürliche Wirkung jedes unglücklichen Kriegs wurde in Rußland noch verstärkt durch den Regentenwechsel. Aber je mehr Reformen, desto mehr Reformbedürftigkeit. Rußland hat zehn Jahre einer ihres Gleichen suchenden Periode innerer Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung hinter sich und steht trotzdem oder deshalb erst im Beginn der befriedigenden Lösung all jener großartigen inneren Maßregeln, welche die Regierung Alexander's II. denkwürdig machen, wie der Aufhebung der Leibeigenschaft und der Schaffung eines besitzenden Bauernstandes, der Neugestaltung des Gerichtswesens, der Besteuerung, des öffentlichen Unterrichts, der gesammten Administration. Einstweilen ist, wie so oft bei solchen Reformen, die Desorganisation vollzogen, die schwierigere Organisation fehlt noch. Mitten in diese Reformwerke, deren Erledigung noch gar nicht abzusehen ist, fiel wie eine Bombe der polnische Aufstand. Für Rußland ist die polnische Frage aber immer zugleich noch eine Frage der auswärtigen Politik. Die Vorgänge in Italien, in Deutschland, die sich vorbereitenden Ereignisse im Orient lehrten gleich dem polnischen Aufstande, daß eine völlige Scheidung der inneren und auswärtigen Politik nicht möglich ist. Die Dinge warten nicht, bis ein Staat mit allem Anderen fertig ist. Nun begann wieder die Reaction gegen die Gemeingiltigkeit des Satzes: Rußland ziehe sich auf sich selbst zurück. Warten, bis Rußland mit allen seinen inneren Reformen fertig sei, hieß nun, für immer auf eine auswärtige Politik verzichten. So kamen dann wieder die Stimmen einflußreicher Personen zum Vorschein, „wir sind zu lange ruhig gewesen," „wir vergessen den richtigen Zeitpunkt, um unsere großen nationalen Interessen im Auslande zu wahren." Leitende Organe der altrussischen Partei selbst sagten offen, mit der Finanznoth und der Leibeigenschaftsfrage die Passivität nach Außen fortwährend entschuldigen, sei Verrath. Sprach sich in solchen excentrischen Aeußerungen auch die in Staaten wie Rußland und Oesterreich so charakteristische Rücksichtslosigkeit gegen die Volkswirthschaft aus, so liegt doch ein richtiger Kern in solchen Worten: es giebt höhere Gesichtspunkte für die Staatspolitik als die rein wirthschaftlichen. Nach diesen letzteren allein den Staat regieren und in jeder noch unerledigten, inneren Frage einen Grund der unbedingten Passivität gegen Außen sehen, heißt um ein kleines momentanes Gut die Zukunft der Nation preisgeben. Mit diesem Umschwung bereitete sich aber zugleich eine Spaltung der Ansichten vor.

Die Einen halten daran fest, daß Rußland sich in territorialer Hinsicht im Wesentlichen selbst genüge. Es gelte nur den erworbenen Besitz unauflöslich mit dem russischen Stammland zu verbinden und hier höch-

stens ganz unvereinbare Theile auszuscheiden, dafür aber homogenere Elemente zur Befestigung der Stellung zu gewinnen. Diese wollen von riskanter orientalischer Politik nicht viel wissen, sie vertreten um so mehr die baltisch-polnische Politik und die Stellung Rußlands an der Ostsee. Sie sind es, welche auf das sich unter Preußen einigende Deutschland mit Aengstlichkeit hinblicken. Den Polen gegenüber vertreten sie die Politik der Gewalt, weil sie die Politik der Versöhnung für erfolglos halten. Selbständigeren Stellungen einzelner Reichstheile, wie sie die drei Ostseeprovinzen Livland, Curland und Esthland, namentlich aber Finnland und das Königreich Polen besitzen, abhold, verhehlen sie sich die Schwierigkeiten einer völligen Einverleibung Polens gleichwohl nicht. Sie sind daher hier wohl zu Transactionen geneigt. Es ist nicht positiv festzustellen, ob Rußland während des letzten polnischen Aufstands wirklich Preußen das Anerbieten der Weichsellinie gemacht habe. Jedenfalls finden ähnliche Ideen in gewissen russischen Kreisen immer noch ihre Billigung. Gänzlich unbegründet scheint uns jenes Gerücht nicht zu sein. Für Preußen wäre dies allerdings ein sehr bedenkliches Geschenk, durch welches eine gefährliche Interessengemeinschaft mit Rußland in der polnischen Frage wie vor 1807 wieder hergestellt würde. Es ist jedenfalls kein unrichtiger Gedanke der Russen, dieses Verhältniß von Neuem zu begründen und den Fehler Alexander's I. im Jahre 1815 wieder gut zu machen. Ja, es fehlt nicht an Stimmen, welche russischerseits selbst das ganze Königreich Polen und im Nothfalle Theile von Litthauen Preis gäben, um das übrige ehemals polnische Land um so enger mit Rußland zu verknüpfen. Diese Partei möchte dafür aber auch den schon bei der ersten Theilung Polens begangenen Fehler wieder gut machen und das östliche ruthenische Galizien, namentlich das Land nördlich von San und Dniestr erlangen. Im Fall einer österreichischen Katastrophe wird Rußland vermuthlich auf diese ihm stamm- und confessionsverwandten Lande Anspruch machen. Jene Partei wäre aber auch nicht abgeneigt, sich mit Oesterreich in Betreff dieser Districte friedlich zu verständigen und dafür der österreichischen Politik in Deutschland und allenfalls sogar in den Donauländern Vorschub zu leisten. Sie ist auch hierin consequent antipreußisch, deutschfeindlich. Ihr möchte im Ganzen die etwas ältere Generation, welche gegenwärtig aber noch die Stimme in öffentlichen Dingen führt, angehören. Sie vertritt mehr die Politik der Vorsicht, des Conservatismus in den internationalen Fragen, was wiederum Annäherungen an Oesterreich bedingt. Während des letzten deutschen Kriegs kam diese Neigung deutlich zum Vorschein und überwand sogar in weiteren Kreisen den Haß und das Rachegefühl wider das un-

dankbare Oesterreich, welchem man russischerseits die Demüthigung im Krimmkrieg vornehmlich zuschreibt.

Durchaus verschieden hiervon ist die Auffassung der Partei, welche sich in der Richtung der orientalischen Politik bewegt. Ihr gehört mehr die jüngere Generation an, sie durchblickt die erörterten Nachtheile der baltisch-polnischen Politik und sieht Rußlands Zukunft im Orient. Wie überall das jüngere Geschlecht ist auch sie für höhere politische Ziele und veränderte Aufgaben zugänglicher, hat sie Verständniß für das Nationalitätsprincip. Die Stellung im Westen und Nordwesten weniger werthhaltend sieht sie auf Preußen freundlicher hin und hegt mit dem eigenthümlichen Instinct der Jüngeren für das Lebenskräftige, Wachsende Sympathien für diesen Staat, in welchem sie gleichzeitig auch den natürlichen Verbündeten gegen Oesterreich und in der orientalischen Frage erkennt. Oesterreich ist auch ihr der unversöhnliche Gegner, welcher wie einst in Italien und Deutschland nun auch unter den Slaven am Längsten der Anerkennung des Nationalitätsprincips widerstreitet. Sie würde sich über den Trümmern von Polen und von Oesterreich mit dem gesunden, zukunftsreichen deutschen Staate Preußen wohl wegen der Theilung verständigen können, sobald man ihr im Orient keine Schwierigkeiten entgegensetzt. Vielleicht wäre diese freundlichere Wendung zu Preußen in der öffentlichen Meinung schon früher und kräftiger hervorgetreten, hätte man nicht, wie überall, Oesterreichs Kraft noch immer über- und diejenige Preußens unterschätzt. Auch hier hat der deutsche Krieg von 1866 eine Menge Nebel verscheucht. Es wird noch eine Zeitlang dauern, bis die am Ruder befindlichen Politiker abtreten oder ihre irrigen Anschauungen berichtigen. Aber es gährt in den öffentlichen Dingen wie in den Geistern. Preußen wird der jugendlich kräftige Erbe all' des politischen Einflusses und der politischen Stellung sein, welche eine kurzsichtige Diplomatie einst dem Trugbilde österreichischer Stärke einräumte. Hierfür hat das jüngere Geschlecht auch in Rußland das Verständniß, es beginnt mit Preußen als politischem Factor zu rechnen, wie mit Frankreich. Wir sind überzeugt, wie unter den europäischen Allianzen vornehmlich die preußisch-deutsche für Rußland Werth hat, so wird sie auch allein erstrebt werden. Es ändert daran nichts, daß die leitenden russischen Staatsmänner noch auf Preußen etwas unmuthig zu sprechen sind, weil es ihrem maßgebenden Einfluß entwachsen ist. Daß es demselben einst unterstand, hat die deutsche Empfindlichkeit vielfach verletzt. Als ob nicht auch daran unsere verspätete politische Entwickelung schuld gewesen wäre, deren Ausnutzung nur ein Thor dem Auslande verargen kann. Mit dem erwachsenen Manne steht Jeder

anders, als mit dem halbwüchsigen Knaben. So wird es auch von Preußen in der internationalen Politik gelten.

Die Russen haben wie alle Großstaatler einen weiteren politischen Blick als wir in unseren staatlichen Krähwinkelverhältnissen aufgewachsenen Deutschen. Es ist nicht bedeutungslos, daß grade die Vertreter der orientalischen Strömung der russischen Politik wie in Europa auf Preußen, so außerhalb Europas auf Nordamerika hinsehen. Hier macht sich noch viel Ueberschwänglichkeit und Unklarheit geltend, wie jüngst der Empfang der amerikanischen Gratulationsgesandtschaft zeigte. Aber lasse man sich auch dadurch nicht irre machen. Der Russe weiß, daß er im Orient am Ersten mit England zusammenstoßen kann und daß dermaleinst, wenn auch in viel fernerer Zeit, als die Engländer oft schon fürchten, ein Conflict in Asien mit der britischen Nation nicht ausbleiben wird. Die russisch-amerikanische Allianz wird vielleicht schon bald ihre praktische Bedeutung den Westmächten gegenüber offenbaren. Die beiden größten Reiche der Welt haben gegenwärtig manche gemeinsame Interessen, welche sie für längere Zeit zusammenführen werden. Auch das wird indeß schwerlich ewig währen und braucht uns vor einstiger russisch-amerikanischer Weltherrschaft noch nicht Angst zu machen.

Durch die endliche Consolidation Italiens und Deutschlands beginnt gerade jetzt ein Zustand des wahren europäischen Gleichgewichts einzutreten. Denn was bisher diesen Namen führte, war nichts weiter als das durch die Zersplitterung jener beiden Nationen geschaffene künstliche Uebergewicht eines der anderen großen europäischen Staaten. Das wahre Gleichgewichtssystem bringt es mit sich, daß jeder Staat nicht für sich allein gegenüber anderen große Aufgaben der auswärtigen Politik durchführen kann. Auch Preußen in seinem jetzigen Umfang, nicht einmal Preußen, wenn es dereinst die ganze deutsche Nation in sich vereinigt hat, wird dies im Stande sein. Und das ist im Interesse der Cultur unseres Erdtheils nur erwünscht. Denn der Uebergang des Uebergewichts von der einen Nation zur anderen, von einem Staate zum anderen ist nicht das Ziel. Auch Deutschland würde ein solches Uebergewicht mißbrauchen, wie es noch ein jeder Staat gethan, welcher es zeitweilig besaß. Vielmehr bedingt die gegenwärtige Organisation des europäischen Staatensystems stets die Verbindung der einen Macht mit einer oder einigen anderen zur Lösung großer internationaler Aufgaben. Die größten von diesen liegen nun wohl ohne Zweifel im Osten von Deutschland, im Orient, in Oesterreich, in Polen. Preußen muß zu diesen Fragen Stellung nehmen und Verbindungen mit anderen Mächten anknüpfen. Bei solchen Verbindungen kommt neben der politischen Bedeutung und Kraft die geographische Lage der Staaten in erster

Linie in Betracht. Für Preußen kann es sich daher hier doch vornehmlich nur um Beziehungen zu Oesterreich oder zu Rußland handeln. Jeder dieser Staaten wird vermuthlich, sobald die orientalische Frage wieder mehr in den Vordergrund tritt, um Preußens Allianz werben.

Viele unserer politischen Freunde, welche mit uns in Preußen Deutschland erblicken, werden der österreichischen Allianz das Wort reden. Sie stehen auf dem Standpunkte, zwar unbedingt das Aufgehen der süddeutschen Gruppe im preußischen Staate, resp. im norddeutschen Bunde zu wünschen und für eine nicht ferne Zukunft sicher zu erwarten, aber sie halten andererseits das Fortbestehen des österreichischen Kaiserstaats und damit die dauernde Trennung der deutsch-österreichischen Lande vom preußisch-deutschen Einheitsstaate für eine politische Nothwendigkeit. Oesterreich muß dann auch nach ihnen, wie nach der Meinung so vieler Großdeutschen und Austromanen, seine „providentielle Mission im Orient" erfüllen. Es soll vor Allem den Russen dauernd den Weg nach Constantinopel verlegen, womöglich bei dem bevorstehenden Auseinanderfallen der Türkei gut zugreifen, Bosnien mit der Herzegowina, Serbien, die Donaufürstenthümer und die Donaumündungen erwerben und so dann der wirkliche Donaustaat werden. Wenn hierbei der österreichische Schwerpunkt weiter östlich, etwa in Erfüllung eines einstmaligen Bismarck'schen Raths, von Wien nach Pesth verlegt würde, so scheint dies auch dem deutschen Interesse gemäß, insofern Oesterreich damit vollends den letzten Gedanken an die Wiedererlangung der Suprematie in Deutschland aufgeben müßte.

Diese Befürwortung der österreichischen Allianz beruht auf zwei Voraussetzungen, welche wir beide für falsch halten. Einmal auf der westeuropäischen Furcht vor der Eroberung der Türkei durch Rußland und vor dem hierdurch entstehenden außerordentlichen Uebergewicht dieses Staats, sodann auf dem Glauben an die orientalische Mission und an die Fähigkeit Oesterreichs, eine solche Mission zu erfüllen.

Ueber den ersten Punkt haben wir bereits gesprochen. Gerade für Deutschland liegt die Frage anders als für Westeuropa, obgleich auch dessen Befürchtungen mehr nur aus der traditionellen falschen Gleichgewichtspolitik hervorgehen. Für Deutschland heißt die Lösung der orientalischen Frage im russischen Sinne nichts Anderes, als Verlegung des russischen Schwerpunktes aus dem Nordwesten in die Mitte oder in den Süden des russischen Reiches, als Ableitung der russischen Kraftströmung von der Ostsee und vom nordwestlichen Polen an das Schwarze Meer und die Donaumündungen. Hat Deutschland, hat Preußen ein Interesse, diese Wendung Rußlands nach dem Orient zu hindern?! Und wenn statt dessen Oesterreich seine Position in den deutsch-österreichischen Provinzen

behielte und sein Centrum nicht nach Ungarn verlegte, würde der Druck dieses polyglotten, altersschwachen Staats nicht doch viel weniger lästig für Preußen sein, als der sich immer steigernde eines einheitlichen Staats wie Rußland, nachdem dieses einmal, vom Orient verscheucht, die baltischen und polnischen Lande mit Gutem oder Bösem völlig russificirt haben wird?! Und noch ein anderer Gesichtspunkt! Gesetzt den Fall, Rußland sei Herr der ganzen Türkei und vielleicht noch der oder jener Provinz aus den Ländern der ungarischen Krone, es wiche aber dafür aus Theilen der polnischen und der Ostseelande zurück, — wird dies nicht abermals für Deutschland sein Gutes haben? Auf wen fällt bei den gegenwärtigen Territorialverhältnissen der russische Druck zunächst und am stärksten? Doch neben den schwachen Staaten in Südosteuropa auf Skandinavien und Deutschland, auf germanische Länder. Rückt Rußland in die Türkei ein, so steht es unmittelbar romanischen Mächten, Italien und Frankreich, an den Mittelmeergewässern gegenüber. Würde nicht auch dieser Umstand das Gleichgewichtsverhältniß unter den europäischen Staaten für Deutschland günstiger stellen? Rußland am Marmora- und ägäischen oder gar am ionischen und adriatischen Meere heißt für Deutschland nur so viel, als einen Theil der nach Außen verfügbaren russischen Kräfte von germanischen auf romanische Nationen ablenken. Ist das für uns ein Nachtheil? Uebrigens würde die Amalgamirung des Orients immerhin Rußlands Kräfte für geraume Zeit absorbiren, so daß die übertriebenen Befürchtungen Westeuropas zunächst kaum begründet sind.

Schließt man sich dagegen in Preußen der westeuropäischen Auffassung der orientalischen Frage an, so wird man in ein peinliches Dilemma kommen. Entweder muß die bisherige Politik Englands und Frankreichs, im Orient nur möglichst die verrotteten Zustände zu conserviren und vor dem völligen Einsturz zu bewahren, gutgeheißen werden. Das dient aber nur zur Verschiebung und zur immer größeren Erschwerung der orientalischen Frage, wobei schließlich weder Preußen noch Westeuropa die Wahl haben werden, welche Stellung sie nehmen sollen. Unfähig, sich selbst zu regeneriren, bedürfen jene Länder des Eingreifens von irgend einer Seite her und Rußland wird endlich doch diese Aufgabe übernehmen. Oder aber Preußen schließt sich innig an Oesterreich an, sucht die Westmächte gleichfalls für die österreichische Auffassung der orientalischen Frage zu gewinnen und hilft auf diese Weise, Oesterreich zum Regenerator und Erben der türkischen Länder zu erheben. Das würde dann andererseits eine Feindschaft und einen Kampf auch zwischen Preußen und den Slaven und Russen auf Tod und Leben bedeuten. Dieser Kampf böte freilich viele Chancen eines günstigen Ausgangs, wenn wirklich Mittel- und Westeuropa

gegen Osteuropa gemeinsame Sache machten. Indessen scheint uns hier immer wieder Alles von der Fähigkeit Oesterreichs zu einer solchen orientalischen Mission abzuhängen. Fehlt diese, so hilft alles Andere nichts und man wird, vielleicht nach entsetzlichen Kämpfen und Blutvergießen, dennoch Rußland in der Erfüllung seiner Aufgabe im Oriente schließlich nicht hindern können. Für uns ist nun in dieser Frage der maßgebende Gesichtspunkt, daß Oesterreich schon im eigenen Lande der ihm gestellten Aufgaben nicht Meister wird, geschweige denn noch größere anderweitige übernehmen kann. Ohne auf die österreichische Politik näher einzugehen, wollen wir uns zum Schlusse nur noch einige Bemerkungen erlauben, welche die Ueberzeugung von der Unfähigkeit Oesterreichs zu einer solchen „Donaumission" in Kurzem begründen sollen.

Um Oesterreich scheint es uns geschehen, seitdem die Völker so viel Selbstgefühl erlangt haben, um sich nicht mehr als bloße Erbstücke einer Dynastie betrachten zu lassen. Oesterreich kann seit der Herrschaft des Nationalitätsprincips nicht mehr nach dem alten Spruche verfahren, „bella gerant alii, tu felix Austria nube." Die Kriege müssen geführt werden, erheirathet werden die Völker nicht mehr. Der Kaiserstaat erweist sich als eine politische Anomalie, deren vermeintliche Nothwendigkeit nur so lange ein Dogma sein wird, als dieser Staat besteht. Es wird damit einst gehen, wie mit dem italienischen Festungsviereck und der Stellung Oesterreichs in Venetien. Sie galten für Deutschland unentbehrlich, so lange sie behauptet wurden. Man hat uns so oft das Wort des czechischen Historikers wiederholt, wenn Oesterreich nicht existire, so sei es eine Nothwendigkeit für Europa, es zu schaffen, daß endlich auch viele Gegner dieses Staates daran glauben, aber den Beweis für den Satz ist man stets schuldig geblieben.

Der Beweis wird sicher dadurch noch nicht geführt, daß man zwar bereitwillig die Schwierigkeiten, welche die Verschiedenheit der Bevölkerung verursacht, zugiebt, aber sofort vom deutschen Standpunkte aus behauptet, die numerisch freilich geringe Zahl der Deutschen sei in diesem Völkerchaos zum Herrschen berufen. Man bezieht sich dafür auf den allerdings richtigen Umstand, daß auch keine der anderen Nationalitäten numerisch überwiegt, keine sogar die Zahl der Deutschen (8 Millionen) erreicht. Denn die 15 Millionen Slaven zerfallen in sehr verschiedene Stämme und selbst unter den 11 Millionen Nordslaven betragen die Czechen, Mähren und Slovaken als homogenerer Bestandtheil nur wenig über 6 Millionen. Man erinnert als Deutscher so gerne an die Thatsache, wie auf dem großen Congreß der österreichischen Slaven in Prag schließlich zu dem Auskunftsmittel der deutschen Sprache gegriffen werden mußte.

Allein nicht blos die geringe Zahl der Deutschen ist hier zu berücksichtigen, sondern ebenso sehr ihre räumliche Vertheilung in Oesterreich, und mehr noch als dieses Alles die Beschaffenheit des deutsch-österreichischen Stammes. Die fast 8 Millionen Deutschen bilden nicht einmal eine compact zusammenhängende Volksmasse. Dies gilt nur von ungefähr 5 Millionen, welche in Nieder- und Ober-Oesterreich, Salzburg und Nordtirol und den angrenzenden Theilen der anderen deutschen Provinzen wohnen. Eine weitere Million vertheilt sich sporadisch unter die fremden Nationalitäten der ehemals deutsch-österreichischen Bundesländer, in welchen im Ganzen nur wenig über 6 Millionen Deutsche mehr als 6½ Millionen Nicht-Deutschen gegenüber stehen. Zwei weitere Millionen wohnen zerstreut in den Ländern der ungarischen Krone. Mit dieser räumlichen Vertheilung hängt die Schwäche des Nationalgefühls der Deutsch-Oesterreicher zusammen. Bekanntlich gehören die Deutschen in Ungarn häufig zu den eifrigsten Vertretern des politischen Ungarnthums und geben in wahrhaft verächtlicher Weise, ja selbst durch Magyarisirung der Namen, ihre deutsche Nationalität preis.

Aber jene 8 Millionen Deutsch-Oesterreicher aus dem bayrisch-österreichischen Stamm haben auch in politischer, wirthschaftlicher, geistiger und sittlicher Beziehung nicht die Bedeutung, welche ihnen von den anderen Deutschen „im Reiche" so gern beigemessen wird. Es fehlen ihnen die Eigenschaften, welche in einem Staate wie Oesterreich allein die Herrschaft einer Minorität rechtfertigen könnten. Die zähe Energie, die wirthschaftliche Arbeitsamkeit, die Zuverlässigkeit des Charakters, die hohe geistige Entwickelung sind bei den Deutsch-Oesterreichern unter allen deutschen Stämmen am Wenigsten zu finden. Nicht selten haben dies die Czechen und Magyaren gegen die hegemonischen Bestrebungen der Deutsch-Oesterreicher geltend gemacht, und Unrecht haben sie darin wahrlich nicht. Aber wir in Deutschland beachten diesen Punkt noch viel zu wenig. Es will nicht viel besagen, daß im Ganzen die Deutsch-Oesterreicher unter allen österreichischen Völkern noch das wirthschaftlich und culturlich entwickeltste sind. Die Ueberlegenheit ist nicht groß genug, um einer friedlichen Germanisirung Vorschub zu leisten, sie ist viel geringer, als z. B. diejenige der Norddeutschen über die Slaven in Posen. In Oesterreich stehen die Czechen und Magyaren höher als die Polen in Preußen, die Deutschen aber gleichzeitig viel niedriger als ihre Landsleute im Norden.

Wo ist in der neueren Zeit der österreichisch-deutsche Stamm noch germanisirend vorgedrungen? Nirgends! Knapp hält er sich, selbst zurückgedrängt wird er, wo er mit einer der zahlreichen fremden Nationalitäten seines Staates in Berührung kommt, von den Italienern in Südtirol, den

Magyaren in Ungarn, selbst den Südslaven und Dalmatinern im südöstlichen Oesterreich. Nicht einmal den Polen gegenüber hat der österreichische Deutsche Boden gewonnen. Wie verschieden sieht es heute in den ehemals polnischen Ländern aus, welche unter preußischem und unter österreichischem Scepter stehen. Den derben Keil, welchen die Czechen gleichsam in Mähren und Böhmen inmitten von Deutschen bilden, haben diese letzteren nirgends zurückzutreiben vermocht. Das materielle und das geistige Kapital ist auf Seiten der Deutschen in Böhmen, und dennoch eher ein Vorrücken als ein Verdrängtwerden der Czechen. Die großen aristokratischen Familien, oft mit deutschen Namen, die Schwarzenberg, Thurn und Taxis, Thun, die Vorkämpfer des Czechenthums. Böhmen würde heute ein anderes Bild bieten, wäre es etwa durch Friedrich den Großen dem strammen Norddeutschen gewonnen, dem schlaffen Deutsch-Oesterreicher entzogen.

Keinen erfreulicheren Anblick gewährt die innere politische und wirthschaftliche Entwickelung Deutsch-Oesterreichs. Haben es die Deutschen während der für sie so günstigen Periode der Februarverfassung irgend verstanden, Herren der Situation in Oesterreich zu werden? Sittliche Mängel tragen an dem Mißlingen dieses Verfassungsexperiments mit die Hauptschuld. Traute nur eine der leitenden Persönlichkeiten unter den Reichsräthen der anderen? Hatte einer der Führer eine zuverlässige Partei hinter sich, folgte eine Partei einem zuverlässigen Führer? Den wenigen politischen Charakteren fehlte das Talent; den Talentvollen der Charakter. Jeder stand im Geruch, Carrière machen zu wollen, kaum einer hatte das Vertrauen erworben, auch auf dem Ministersessel seinen Grundsätzen treu zu bleiben. Bach'sche Carrièren fürchtete die Schaar der Geführten, daher keine reelle Unterstützung, daher aber auch kein fester Boden gewonnen.

Die wirthschaftliche Ueberlegenheit der Deutschen ist auch nicht groß genug, um dadurch in Oesterreich dem deutschen Element zum Siege zu verhelfen. Sie verwandelt sich den Norddeutschen gegenüber in eine große Inferiorität, welche mit einigen eleganten, nicht unter dem wirthschaftlichen Gesichtspunkte des Preises betrachteten Luxusartikeln der Industrieausstellungen nur für den Laien wegzuleugnen ist.

An Entschuldigungsgründen für die allseitige Inferiorität der Deutsch-Oesterreicher im Vergleich mit ihren Landsleuten außerhalb Oesterreichs, diesen Hauptgrund jenes fanatischen Hasses welcher sich im Beginn dieses Krieges gegen die Preußen aussprach, fehlt es freilich nicht. Wer wollte den schlimmen Einfluß der gewaltsamen Gegenreformation des siebzehnten Jahrhunderts, der traditionellen Unfähigkeit der Dynastie, der Unterdrückung der politischen Freiheit, der Vernachlässigung der Volksbildung,

der absichtlich seit lange betriebenen Loslösung der Erblande von Deutschland, welche nun, wo sie sich durch eine lange Entwickelung innerlich vollzogen hat, als Manöver der Feinde Oesterreichs hingestellt wird, wer wollte den Einfluß aller dieser Umstände leugnen? Aber zwischen den „vererbten Uebelständen" und dem Volkscharakter der Deutsch-Oesterreicher finden Wechselwirkungen statt. Dauernd ist eine Regierung nicht so leicht schlechter als das Volk. Wenn jemals, so gilt hier der wahre Satz, daß ein sich so andauernd erhaltender Regierungsgeist und ein so festes politisches System dem Werth und Wesen der Nation einigermaßen angepaßt sein muß. Mit Recht hat man neuerdings nach den großartigen Erfolgen der preußischen über die österreichischen Waffen jene Politiker verlacht, welche immer nur die größten Wirkungen auf die kleinsten Ursachen, so den Uebergang der Suprematie in Deutschland von Oesterreich auf Preußen nur auf die Zündnadelgewehre zurückführen. Selbst englische Blätter bekannten, daß in den großen Ereignissen dieses Sommers nur die unverkennbare, lange vorbereitete und allmählich gewachsene Ueberlegenheit des preußischen über das österreichische Volk zum offenen Ausdruck gelangt sei. Die zahlreichen Gebrechen im österreichischen Staatswesen, welche dieser Krieg wieder zum Vorschein brachte, entspringen in letzter Ursache dem materiellen, geistigen und sittlichen Zustande der österreichischen Völker überhaupt und des deutsch-österreichischen Stammes insbesondere. Nach jeder Katastrophe wird dann mit scheinbar großer Energie die Reform an Haupt und Gliedern vorgenommen; die „Neugestaltung Oesterreichs" ist immer rasch genug fertig, aber bei der ersten Probe zeigt sich das neugestaltete Oesterreich nicht kräftiger und gesunder als das alte. Verliefen die Dinge des Jahres 1866 anders als 1859 und damals anders als bei irgend einem der früheren großen Kriege, welche Oesterreich seit dem spanischen Erbfolgekrieg und dem mit dem Passarowitzer Frieden endenden Türkenkrieg geführt hat? Seit der vorübergehenden Glanzperiode, welche das Genie eines Eugen von Savoyen in die österreichische Militärgeschichte einreihte, endete mit wahrhaft naturgesetzlicher Regelmäßigkeit jeder große Krieg Oesterreichs mit „ehrenvollen Niederlagen". Die Soldaten schlugen sich gut, so heißt es, aber über die mechanische Leistungsfähigkeit brachten doch auch sie es niemals hinaus, die Führung war stets erbärmlich. Kriegsgerichte hinterher, allgemeine Demoralisation offenkundig — kurz entsetzliche Zustände.

Die schwere Aufgabe, aus einem polyglotten Chaos einen kräftigen Staat zu errichten, haben die Deutsch-Oesterreicher früher nicht gelöst. Jetzt nach dem Erwachen des Nationalitätsprincips, welches ein österreichisches Nationalbewußtsein unter den nichtdeutschen Völkern von vorn-

herein zur Chimäre macht, werden sie diese Aufgabe vollends nicht lösen. Man wird nun vielleicht zu einem Föderativprincip greifen, dessen praktische Verwirklichung unter so verschiedenartigen Völkern durchaus zweifelhaft erscheint. Uns wird es immer glaublicher, daß die österreichische Monarchie dem Schicksal der Türkei, einem langsamen Auflösungsprozesse, zugeht.

Wie hätte sich dazu Preußen zu verhalten? Unserer Ansicht nach bringt es weder sein noch des deutschen Volkes Interesse mit sich, hier hemmend und helfend einzutreten. Vielmehr sollte Preußen im Voraus Stellung nehmen, um aus der österreichischen Erbschaft die Theile, welche in das Nationalitäts- und Machtgebiet des deutsches Volkes gehören, nicht an Fremde fallen zu lassen. Dann kann bei einer Verjüngung des deutschen Stammes in Oesterreich an eine ordentliche Germanisirung der deutsch-österreichischen Länder vielleicht noch gedacht werden.

Jedenfalls aber sollte sich Preußen zweimal bedenken, ehe es einem Staate von den zerrütteten Verhältnissen Oesterreichs die Kraft zutraut, nach außerhalb seines jetzigen Gebiets im Orient eine Mission zu erfüllen, und ehe es demgemäß in eine Verbindung mit Oesterreich gegen Rußland zur Unterstützung einer solchen Mission tritt. Mit einem Cadaver alliirt man sich nicht, soll Louis Napoleon seinen österreichisch gesinnten Rathgebern erwidert haben. Mit einem charakterlosen Staate kann man keine Verbindung eingehen, äußerte kürzlich sogar ein großdeutscher Politiker in der bayrischen Abgeordnetenkammer.

Die orientalische Frage pocht abermals an die Thore Europas. Mögen die preußischen Staatsmänner nicht nur ihren Staat dabei vor Uebel behüten, sondern die großartige Gelegenheit wahrnehmen, ihm und mit ihm Deutschland die gebührende Stellung in Europa zu erringen.

Reinhold Pauli und Minister Golther.

Die beharrliche Freundschaft, welche die kleinen deutschen Königskronen den Preußischen Jahrbüchern widmen, hat früher oftmals erheiternde Zwischenfälle, neulich aber ein ernsthaftes Ereigniß hervorgerufen, das uns zu eingehender Besprechung zwingt.

Unsere Leser entsinnen sich des Aufsatzes „Würtemberg und die Bundes-Katastrophe" aus unserem Augustheften. Wenn man der Redaction gestatten will, in einem ungewöhnlichen Falle ihr eigenes Urtheil über einen Artikel in den Jahrbüchern auszusprechen, so bekennen wir, daß wir uns der Zusendung jener Arbeit aus guten Gründen freuten. Die Correspondenz zeigte nichts von jenem landläufigen politischen Dilettantismus, welcher den Mangel eindringender Kenntniß durch weitschweifige Betrachtungen zu verdecken liebt. Sie gab eine wohlgefügte Zusammenstellung charakteristischer Thatsachen; man merkte die Hand eines Historikers, der gewohnt ist das Gesammtbild einer politischen Sachlage in starken Zügen zu zeichnen. Der Artikel kam uns auf weiten Umwegen zu inmitten der bewegten Zeit des Krieges und des gestörten Verkehres; er war geschrieben bevor die Mainarmee ihren glorreichen Zug vollendet hatte, bevor man im Süden die volle Bedeutung der Schlacht von Königgrätz würdigen konnte, und er trug durchaus das Gepräge jener stürmischen Tage. Aus jedem Worte sprach der Widerwille eines monarchisch gesinnten Mannes gegen die Zuchtlosigkeit des schwäbischen Radicalismus, die Entrüstung eines sittlichen Mannes über jene beispiellosen Lügenkünste, wodurch Oesterreich und seine Verbündeten die öffentliche Meinung zu bethören trachteten, der Zorn eines Patrioten, der eine deutsche Regierung mit frivolem Jubel und vorzeitigen Siegesliedern in den Krieg gegen Preußen ziehen sah. Der Verfasser hätte vielleicht einige scharfe persönliche Angriffe unterdrücken sollen, deren Berechtigung die Redaction aus der Ferne nicht controliren konnte. Im Großen und Ganzen erschien seine Sprache nicht nur bescheiden und maßvoll neben den rohen und gehässigen Schmähungen, welche damals die schwäbische Regierungspresse gegen Preußen schleuderte, er durfte sogar ohne Ungerechtigkeit noch weit härter sprechen; denn jene Zeit, da man in Schwaben den Meuchelmörder Blind verherrlichte und das Wort „lieber französisch als preußisch" im Munde führte, bildet einen Schandfleck in der Geschichte unseres sittlichen Volkes, und wir würden sie heute gern der Vergessenheit übergeben, wenn man uns nicht zwänge, daran zu erinnern. Der Erfolg hat gelehrt, daß unser Correspondent in

der That als ein besorgter Freund Würtembergs, als ein politischer Kopf gesprochen hatte. Alle jene bösen Folgen, die er dem Gebahren des Ministeriums Varnbüler voraussagte, sind eingetroffen: die schwäbische Armee hat wirklich, trotz des Muthes der Soldaten, einen so kläglichen Feldzug geführt, wie weiland die e(i)lende Reichsarmee von Roßbach; die Regierung hat wirklich einen demüthigenden Frieden schließen müssen, der nur durch die Mäßigung des Siegers erträglich ward.

Der Erlaß einer Amnestie nach einem Bürgerkriege ist gemeinhin ein Gebot nicht nur der Klugheit, sondern der Gerechtigkeit; in den Tagen der Abspannung besitzt Niemand mehr ein Verständniß für die Stimmungen der Zeit des Sturmes. Preußen hat leider übersehen, im Friedensschlusse der würtembergischen Regierung, wie später der sächsischen, die unumgängliche Pflicht des Vergessens aufzulegen. Nun machten, während die Welt sich von Grund aus verwandelt hatte, die Worte unseres Correspondenten, geschrieben in der heißen Leidenschaft einer ungeheuren Zeit, langsam, langsam ihren Weg durch die Stuttgarter Lesecirkel. Auf dem Lande lastete jene widerwärtige Verstimmung, welche geschlagenen und bloßgestellten Parteien natürlich ist. Beschuldigungen des Verraths, der Treulosigkeit regneten von allen Seiten. In der Enge dieses provinziellen Sonderdaseins war den Menschen das Gefühl für die Größe der Ereignisse ganz abhanden gekommen. Die Regierung hatte einige bange Tage verlebt, da sie für ihre Hauptstadt zitterte; als diese Gefahr beseitigt war und der Frieden nur den getreuen Steuerzahlern eine Last brachte, stand das alte System alsbald wieder fest auf den Füßen. Wie der schwäbische Radicale noch heute unbelehrt mit vornehmer Verachtung auf jene Männer herabschaut, welche das Heil des neuen Deutschlands nicht mehr in den „Freiheitskämpfen" der schwäbischen Landtagsoligarchie erblicken, so regte sich auch in der Regierung kein Nachdenken, keine Scham über ihre schimpfliche Niederlage. Sie lebte weiter als sei nichts geschehen. Kein Wunder, daß jener Jahrbücheraufsatz ihren besonderen Zorn erregte; er sagte die Wahrheit mit ungewöhnlicher Kraft, und — die Herren in Stuttgart glaubten den Verfasser in ihrer Gewalt zu haben.

Die Regierung hütete sich weislich, den einzigen ehrenhaften Weg, der ihr offen stand, den Weg der gerichtlichen Verfolgung gegen jenen Aufsatz, zu betreten; denn allerdings würde in solchem Falle die Redaction der Jahrbücher die Verantwortung auf sich genommen haben, und jeder halbwegs geschickte Anwalt konnte aus den Reden und officiösen Artikeln der Regierung Beweise im Ueberfluß für die Wahrheit der Behauptungen unseres Correspondenten beibringen. Da in Schwaben die Zahl der Männer von preußischer Gesinnung und gewandter Feder nicht groß ist,

so bot sich der Regierung ein bequemeres Verfahren. Herr Cultusminister v. Golther schickte einen Beamten an unseren alten Mitarbeiter Professor Reinhold Pauli in Tübingen, um zu fragen, ob er der Verfasser sei. Unseres Erachtens war der Befragte befugt eine Antwort zu verweigern. Es giebt einzelne Männer, deren Namen in dem Kampfe der Parteien so sehr hin- und hergezerrt worden, daß sie unrecht handeln würden, wenn sie anonym schrieben. Als Regel ist die Anonymität der Correspondenzen ein nothwendiges Bollwerk der Preßfreiheit, wie das abschreckende Beispiel der französischen Presse zeigt, und wir halten für Pflicht dies Recht zu wahren. Professor Pauli aber hatte allein seine persönliche Ehre im Auge; er bekannte sich sofort als Verfasser und gab sodann auf Verlangen dem Rectoramte eine schriftliche Erklärung, welche bereits durch die Zeitungen veröffentlicht ist. Wir unterschätzen keineswegs die Pflichten des Staatsdieners. Allerdings pflegen unsere namhaften Professoren sich vornehmlich als deutsche Gelehrte, erst in zweiter Linie als badische, würtembergische, bayrische Staatsdiener zu betrachten. Aber solche Gesinnung, in Zeiten des Friedens wohlberechtigt, ward unhaltbar, als der Uebermuth der Mittelstaaten das rechtliche Band zwischen den deutschen Staaten zerrissen hatte. Sobald Würtemberg gegen Preußen Krieg führte, konnten einem preußischgesinnten würtembergischen Staatsdiener Pflichtencollisionen nicht erspart bleiben. Ernstlich bedenklich in dem Pauli'schen Aufsatze ist übrigens nur die eine Stelle, welche den König Karl „einen gutmüthigen, wohlmeinenden, aber schwachen und abhängigen Fürsten" nennt. Dies gerechte und durch den Verlauf des Pauli'schen Handels abermals bestätigte Urtheil durfte ein würtembergischer Staatsdiener nicht öffentlich aussprechen. Durchaus berechtigt und auch für einen Staatsdiener zulässig war dagegen die Polemik gegen eine constitutionelle Regierung, welche den Staat in Unglück und Schande stürzte. Und auch der strengste würtembergische Provinzialpatriotismus mußte befriedigt werden durch die Erklärung Pauli's. Der Angeschuldigte geht darin bis an die Grenze der einem tapferen Manne gestatteten Nachgiebigkeit, er erkennt das „Ungehörige" seines Verfahrens an, er erbietet sich zu jeder mit seiner Ehre und seiner politischen Ueberzeugung verträglichen Erklärung und beruft sich auf jene offenkundigen Thatsachen, die sein Verhalten vor jedem Unverblendeten entschuldigen mußten: auf die Lage eines geborenen Preußen, eines alten Landwehrmannes, der tagtäglich seinen Staat, seine Landsleute, seine Fahnen beschimpft sah, der, selber geschmäht und persönlich bedroht, endlich einmal dem Zorne des deutschen Patrioten Luft machen wollte. Nach dieser Erklärung mußte die Regierung, nachdem sie einmal thöricht genug den Handel angeregt hatte, sich mit einer Rüge gegen den Professor be-

gnügen. Aber Pauli's Eingabe ward stillschweigend zu den Acten gelegt; man war in Stuttgart entschlossen, sich des unbequemen Mannes zu entledigen — womöglich auf verfassungsmäßigem Wege.

Die würtembergische Verfassung bestimmt: „Art. 46. Kein Staatsdiener, der ein Richteramt bekleidet, kann aus irgend einer Ursache ohne richterliches Erkenntniß seiner Stelle entsetzt, entlassen oder auf eine geringere versetzt werden. Art. 47. Ein Gleiches hat bei den übrigen Staatsdienern Statt, wenn die Entfernung aus der bisherigen Stelle wegen Verbrechen oder gemeiner Vergehen geschehen soll. Es kann aber gegen dieselben, wegen Unbrauchbarkeit und Dienstverfehlungen, auch auf Collegialanträge der ihnen vorgesetzten Behörden und des Geheimenrathes, die Entlassung oder Versetzung auf ein geringeres Amt durch den König verfügt werden; jedoch hat in einem solchen Falle der Geheimerath zuvor die oberste Justizstelle gutachtlich zu vernehmen, ob in rechtlicher Hinsicht bei dem Antrage der Collegialstelle nichts zu erinnern sei." Man bedurfte also eines Antrages von Seiten des Tübinger Senats. In einer Geheimenrathssitzung unter Vorsitz des Königs ward beschlossen, dem Senate die Frage zu stellen, „ob ein akademischer Lehrer, welcher derartige Angriffe gegen das Staatsoberhaupt, die Regierung und das Volk von Würtemberg sich erlaubt habe, noch als geeignet betrachtet werden könne, sein Lehramt an der Landesuniversität zu bekleiden." Es war unmöglich die Frage plumper zu fassen, Niemand konnte zweifeln, welche Antwort der Geheimerath erwartete. Trotzdem bewährte der Tübinger Senat eine rühmliche Unabhängigkeit. Hugo v. Mohl, der Naturforscher, ein politischer Gegner Pauli's, erstattete Bericht und mißbilligte zwar die persönlichen Angriffe und den aufgeregten Ton jener Correspondenz, erklärte jedoch, daß der Verfasser weder die sittliche noch die wissenschaftliche Befähigung zum Lehramte verloren habe. Daran schloß sich die verständige Mahnung, daß Verfolgungen solcher Art auf den Urheber zurückfallen, und daß es endlich an der Zeit sei, in Würtemberg wie überall sonst den Haß des Bürgerkrieges zu begraben. Dieser Bericht ward mit starker Mehrheit ($^3/_5$ der Stimmen) angenommen; die Majorität bestand zum größeren Theil aus geborenen Würtembergern. Und wie die schwäbischen Professoren, so dachten die schwäbischen Studenten. Pauli's Zuhörer, sämmtlich — soviel wir wissen — geborene Würtemberger, blieben ihrem Lehrer treu; der Versuch einer kleinen Partei, dem Preußen ein Mißtrauensvotum zu geben, blieb erfolglos.

Somit war Pauli's Entlassung verfassungsmäßig unmöglich. Doch man kennt in Bayern und Würtemberg ein alterprobtes Mittel, die Verfassungsartikel, welche den Staatsdiener vor willkürlichen Eingriffen sichern,

zu umgehen. Am Abend des 20. November lasen die Tübinger Professoren im Staatsanzeiger, daß Herr Pauli an das niedere evangelische Seminar zu Schönthal versetzt sei. Am folgenden Tage erhielt Pauli den Befehl, sich augenblicklich an seinen neuen Bestimmungsort zu begeben, und der Senat eine Rüge von classischer Grobheit, gleich als gälte es, alle Behauptungen unserer Correspondenz über die Unsitten der schwäbischen Bureaukratie urkundlich zu bekräftigen. Freunde in Schwaben schildern uns die Cistercienserhallen des schwäbischen Gumbinnen, welche Mühe der Schönthaler Denker aufbieten müsse, um sich aus einem zwei Meilen entlegenen Orte den Hochgenuß eines Kalbscoteletts zu verschaffen u. s. w. Wir aber wollen alle diese Misère übergehen und einfach constatiren, daß nach dem Urtheile des unverdorbenen Menschenverstandes ein Lehramt an einem niederen Seminare allerdings ein an Einkommen und Würde „geringeres Amt" ist als eine Professur an einer vielbesuchten Universität. Pauli's Versetzung war rechtlich unstatthaft. Herr v. Golther bezeichnet in seinem Verweise an den Senat Pauli's Verfahren als ein Vergehen gegen die beschworenen Pflichten des Staatsdienstes und des Lehramtes. Wohlan, betrachtet der Cultusminister wirklich seine Seminarien als die geeigneten Aufenthaltsorte für Männer, welche ihre beschworenen Pflichten verletzen? Das armselige Manöver erreichte seinen Zweck. Pauli verlangte alsbald seinen Abschied. Durch ein ähnliches Verfahren hat die Tübinger Hochschule bereits mehrere tüchtige Lehrkräfte verloren, so Reyscher und Robert v. Mohl. Der vielgerühmten schwäbischen Freiheit sind diese kleinen Künste der Bureaukratie bereits so geläufig, daß man im Lande solche Verfassungsumgehungen kaum noch bemerkt.

Dies der Hergang, wie er uns von wohlunterrichteten Männern in übereinstimmenden Berichten geschildert wird. Eines Urtheils bedarf es für preußische Leser nicht. In unserem Staate, den die Schwaben gern als ein Land der Knechtschaft schildern, führen Professoren unbehelligt die Opposition in- und außerhalb des Landtags. Das ganze Verfahren gegen unseren Mitarbeiter athmet einen Geist parteiischer Tücke und kleinlicher Rabulisterei, der unserem Cultusministerium selbst in den Tagen der schlimmsten Reaction fern blieb. Vor einigen Jahren sprach Herr v. Golther offen die Absicht aus, er wolle die Landesuniversität „großdeutsch machen." Wir sehen ihn auf dem besten Wege sein Wort einzulösen. Wenn ein Tübinger Professor sein Katheder mißbraucht zu Schmähungen gegen jenes Preußen, dem Würtemberg soeben Frieden und ewige Freundschaft gelobt hat, so findet man dies in Stuttgart ganz in der Ordnung; und wenn ein Theolog, die Kanzel entweihend, unter dem Titel „Wahrheit und Lüge" eine Standrede gegen Preußen hält, so decorirt man ihn. Den Senat

aber überhäuft man mit grober Geringschätzung, wenn er zu Gunsten eines Professors der Gegenpartei sein pflichtmäßiges Gutachten abgiebt. Noch einige Jahre weiter auf solchem Wege, und die Tübinger Universität wird den Charakter einer deutschen Hochschule verlieren, sie wird nicht mehr jenes lebendige Nebeneinander mannichfaltigster Richtungen aufweisen, worauf der Werth unserer hohen Schulen beruht. In Sachsen erstreckt sich die Amnestie auf Jedermann, sogar auf jene Staatsdiener, welche während des Krieges mehr oder minder unverhohlen die Beseitigung der Dynastie forderten; in Würtemberg trifft eine boshafte Verfolgung selbst solche Geistliche, welche nach der Pflicht ihres Amtes den erbitterten Gemüthern Frieden und Versöhnung predigten.

Doch wer darf sich verwundern über irgend eine That jener Regierung, die sich mit dem Rufe vae victis in den Krieg gegen uns stürzte? Die Regierungen von Bayern und Würtemberg werden nicht müde, die Posse „die verkehrte Welt" aufzuführen. Nach einem schmählichen Bankbruche gebährden sie sich wie übermüthige Sieger, sie wollen nicht sehen, daß das ganze Gedeihen der Südstaaten fortan lediglich von dem guten Willen des norddeutschen Bundes abhängt, und ziehen aus dem ungeheuren Wandel der Geschicke nur die eine Lehre, daß die napoleonischen Königskronen heute unabhängiger dastehen denn je, selbst der schattenhaften Bundesfesseln entledigt, als europäische Mächte, geschützt durch die Eifersucht des Auslandes gegen das neue Deutschland. Immerhin bleibt den Herren v. Varnbüler und v. d. Pfordten das Verdienst, daß sie sich geben wie sie sind und nicht wie ihr Genosse in Wien vor dem Angesichte der achselzuckenden Welt einen neuen Adam anziehen. Die langmüthige Nachsicht, welche der Sieger diesen Herren schenkt, scheint in der That räthselhaft. Wir sind versucht zu meinen, daß das Berliner Cabinet dem ohnmächtigen Unverstande absichtlich den Zügel schießen läßt, um später zur rechten Stunde die verdiente Züchtigung vorzunehmen.

Merkwürdiger als das Verfahren des Herrn v. Golther ist uns die Haltung der schwäbischen Demokratie. Setzen wir den unwahrscheinlichen Fall, ein ultramontaner Professor in Bonn oder Münster würde wegen eines Artikels in Görres' historisch-politischen Blättern auf ähnliche Weise wie Pauli mißhandelt: — kein Zweifel, unsere gesammte liberale Presse würde sich wie Ein Mann für den Verfolgten erheben. Anders in Schwaben. Der Radicalismus erscheint in Deutschland ohnehin schwächlicher als in anderen Ländern, da er an dem Charakter unseres maßvollen Volkes gar keinen Rückhalt findet, und er wird schlechthin verächtlich, sobald er sich mit der particularistischen Bureaukratie verbündet. Wenn wir die Herzensergießungen der schwäbischen Demokraten über den Pauli'schen

Handel durchmustern, so sind wir geneigt, Herrn v. Golther als das sichtbare Oberhaupt der Landesdemagogie zu begrüßen. Ohne zu ahnen, daß sie ein zweischneidiges Schwert schwangen, unterstützten diese Freiheitshelden beharrlich die Willkür der Bureaukratie, sie hetzten und hetzten, und jenes Lügensystem, das die schwäbische Presse während des Krieges ausgebildet hatte, erneuerte sich im Kleinen gegen den preußischgesinnten Professor. Unwürdig eines liberalen Blattes war vor Allem die Haltung des Stuttgarter „Beobachters." Dies Orakel der schwäbischen Gesinnungstüchtigkeit brachte, bevor der Senat sein Gutachten abgegeben, eine Blumenlese von willkürlich herausgerissenen Stellen aus unserer Correspondenz und hatte die Stirn, dies Zerrbild der Pauli'schen Arbeit mit dem Nachworte zu schließen: „Dies sind die Acten! Nun möge das würtembergische Volk sein Verdikt abgeben, besser als Disciplinarsenate und Gerichtshöfe vermögen!" Den Kehrreim dieser Kundgebungen gegen Pauli bildet jener sinnlose Haß gegen alles preußisch-norddeutsche Wesen, den auch die blutigen Lehren des jüngsten Krieges nicht gebrochen haben. Niemand im Norden erwidert ihn, diesen unseligen Haß, alle unsere Parteien wünschen die Versöhnung mit dem Süden. Doch wenn wir in diesem kleinen wie in vielen größeren Fällen den politischen Unverstand, den gehässigen Stammesdünkel der Schwaben sich spreizen sehen, so sinkt unsere Hoffnung tiefer und tiefer, und wir wiederholen das besorgte Wort, das wir im September niederschrieben: Es wird eine Schule der Leiden sein, die den Süden zu dem Norden zurückführt.

28. November. Heinrich von Treitschke.

Politische Correspondenz.

Berlin, 5. December.

Die Ereignisse dieses Sommers haben die alte Erfahrung eindringlich bestätigt, daß die Stärke der Staaten weder in den Strömungen ruht, welche engere oder weitere Schichten ihrer Bevölkerung vorübergehend bewegen, noch in den Formen ihrer Verfassungen; daß sie vielmehr ihre nachhaltigste Stärke aus der Triebkraft ihres individuellen Organismus schöpfen, daß ihre Aktion wesentlich bedingt ist durch jene zähen im Laufe der Zeit erwachsenen Gebilde, die ihre Muskulatur wie ihren Charakter ausmachen.

Seit vier Jahren im Kampfe mit der Presse, der öffentlichen Meinung, der Landesvertretung vermochte es das Ministerium Bismarck wider den Willen des Abgeordnetenhauses, wider die Friedensdemonstrationen der Städte, wider den entrüsteten Aufschrei der gefährdeten materiellen Interessen einen großen Krieg zu beginnen und glücklich zu Ende zu führen. Das korrekt constitutionelle, durchaus liberale und begeisterte Italien unterlag an Zahl schwächeren Streitkräften zu Lande wie zur See.

Wohl behaupten auch heute noch unverbesserliche Führer unserer Demokratie, dieselben, welche in der Krisis des Frühjahrs durch ihre Friedensadressen für Oesterreich wirkten soviel sie irgend vermochten, mit unerschütterlicher Bravour, daß sie die Dinge viel besser gemacht und viel weiter gebracht haben würden, daß sie nicht an der Mainlinie stehen geblieben wären. Aber das Heldenthum der Phrase ist in einigen Mißkredit gekommen und diese Klagen über das unfertige Werk werden entkräftet durch die tiefe Trauer der Conservativen quand même über den Fall Oesterreichs und die Vernichtung der Solidarität der conservativen Interessen. Es ist keine Phrase, sondern Thatsache, daß der Friede von Prag die deutsche Frage gelöst hat. Der Streit über den Einfluß in den Mittel- und Kleinstaaten ist beendet, der Bundestag ist begraben, Oesterreich ist ausgeschlossen und Preußen hat durch seine Vergrößerung die Kraft erhalten, die deutsche Einigung auch wider den Willen anderer Großmächte zu vollenden. Das deutsche Volk besitzt gegenwärtig ein Staatswesen von einer Stärke, wie es keine Epoche seiner früheren Geschichte aufzuweisen hat, dessen Schwergewicht die übrigen deutschen Staaten festzuhalten und weiter anzuziehen vermag. Der Anschluß Süddeutschlands ist eine Frage der Zeit, gleichviel ob die süddeutschen Bevölkerungen sich dem Anschlusse mehr oder weniger geneigt zeigen. Es ist freilich gewiß, daß Oesterreich seinen Ausschluß aus Deutschland noch nicht für einen definitiven ansieht; aber selbst wenn jenes Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich zu Stande käme, welches die Staatsmänner der Hofburg zu erreichen sich schmeicheln, und selbst wenn diese Allianz den Süden mit sich fortrisse, so könnte auch dieser Zwischenfall den Anschluß Süddeutschlands nur aufhalten aber nicht mehr vereiteln.

Die Fortschrittspartei und ein Theil unserer Freunde mit ihr hat die deutsche Einigung für eine Verfassungsfrage gehalten, während sie eine Machtfrage und zwar eine europäische Machtfrage war und heute noch ist, sie hat des Glaubens gelebt, daß tiefgewurzelte Antipathien gegen Preußen durch Freisinnigkeit in Preußen überwunden werden könnten. Sie meinte, daß Oesterreich vor der Reichsverfassung von 1849 bescheiden aus Deutschland weichen, daß der Bundestag sich friedlich auflösen und Deutschland durch Sympathien, die ihm Preußen einzuflößen habe, die Trennung eines halben Jahrtausends überwinden werde. Ein korrekt liberales Regierungssystem in Preußen galt für ausreichend, die deutschen Bevölkerungen gegen ihre eigenen Regierungen, gegen Oesterreich auf die Seite Preußens zu stellen. Wer jenen Glauben von Oesterreichs friedfertigem Rückzuge heute noch theilt, der muß zu den Ueberfichtigen gehören, die vorgestern den Untergang Oesterreichs prophezeiten und gestern dessen durch Belcredi's Liberalismus zur Unüberwindlichkeit gesteigerte Macht feierten, die heute den Jammer des Bundestags bespöttelten und morgen Preußen aufforderten, sich dessen Ausspruch zu unterwerfen. Wer, nachdem er mit eigenen Augen gesehen, wie die süddeutschen Bevölkerungen ihre Regierungen fanatisch für den Bundestag, für Oesterreich, für Czechen und Kroaten, für den Katholicismus in den Kampf gegen Preußen trieben, zu behaupten fortfährt, daß dies aus unwiderstehlichem liberalem Herzensdrange geschehen sei, mit dem ist es von Ueberfluß zu streiten. Wäre man in Deutschland und Preußen geneigter, sich um Thatsachen zu kümmern, so konnte man bereits vor sechs Jahren wissen, daß der Mangel an Liberalismus in Berlin im Süden nur als erwünschter Vorwand benutzt wurde, die tiefe und neidische Abneigung zu decken, von der dort die Menge (und auf diese war es mit jener Theorie doch abgesehen) gegen Preußen beseelt war und zum Theil heute noch ist, und daß, sobald dieser Vorwand wegfiel, leicht ein anderer gefunden wurde. Als man 1859 und 1860 Preußen keinen Mangel an Liberalismus vorwerfen konnte, galt der neue Vorwurf, daß Preußen nicht sofort für Oesterreich gegen Frankreich eingetreten sei. Es blieb demnach bei dem Ceterum censeo, Borussiam esse delendam des schwäbischen Beobachters, das sich dann in das Vae victis! des Herrn von Varnbüller praktisch umsetzte.

Die Erfolge des Ministeriums Bismarck sind ein eklatanter Sieg über die Friedensadressen und das Programm: „diesem Ministerium keinen Groschen, auch wenn der Feind im Lande ist," aber doch kein purer Triumph, den etwa die feudale Partei wie über Oesterreich, so über die Fortschrittspartei errungen hätte. Der innere Sieg wenigstens ist doch zugleich dadurch erreicht worden, daß sich Graf Bismarck wesentliche Theile des liberalen und des nationalen Programms angeeignet hat. Das Ministerium vom 18. Sept. 1862 hat stets behauptet, kein Ministerium der feudalen Partei zu sein. Es hat seine Maßregeln stets durch die Nothwendigkeit vertheidigt, die Machtinteressen des Staats wahren zu müssen. Es hat danach eine constitutionelle Haltung bewiesen, indem es die Indemnität nachsuchte und den König zum Erlaß der Amnestie bestimmte. Indem es endlich die

Bevollmächtigten der Bundesstaaten zum 15. Dez. d. J., das deutsche Parlament zum 1. Febr. k. J. einberuft, bezeugt es, daß es ihm nicht blos um die preußische sondern auch um die deutsche Verfassung ernsthaft zu thun ist.

Eben darin, daß das Ministerium Bismarck wesentliche Punkte des nationalen Programms realisirt hat und weiter realisiren wird, daß es die Mehrheit der conservativen Partei gezwungen hat, ihm auf diesem Wege zu folgen, lag und liegt die Pflicht der Verständigung und des Ausgleichs zwischen der Regierung und allen den Parteien, welchen es aufrichtig um die Vollendung des begonnenen Werkes, um die Aufrichtung Deutschlands in Einheit und Freiheit zu thun ist. Eine gemeinsame Aufgabe ist dem Landtage Preußens und dem Ministerium gestellt. Es handelt sich um die Befestigung des norddeutschen Bundes, um die Sicherung der neuen Lage Deutschlands, um die Hereinziehung der neuen Provinzen in das preußische Staatsleben, um die billige Ausgleichung ihrer alten und neuen Lebensbedingungen, um eine gedeihliche Organisation der alten und der neuen Landestheile; eine Reihe von Aufgaben, deren Größe und Bedeutung auch starke Gegensätze zur Annäherung und Versöhnung führen sollte. Zu dieser Ausgleichung hatte der Beginn der Session im August und September einen guten Anfang in der Ertheilung der Indemnität, in der Sanktionirung der Einverleibungen, in der Bewilligung des Anlehens von 60 Millionen, in der Dotirung des Staatsschatzes gebracht, zumal da alle diese Vota mit überwältigender Mehrheit ausgesprochen wurden. Wie kommt es, daß sich jetzt alsbald nach der Wiederaufnahme der Sitzungen Reibungen und Schwankungen zeigen, welche, wenn sie größere Dimensionen annehmen sollten, für einen gedeihlichen Fortgang der nationalen wie der liberalen Sache ernsthafte Besorgnisse erwecken müssen? In der Behandlung der deutschen Frage können diese Schwierigkeiten ihren Grund nicht haben. Selbst innerhalb der Demokratie ist der Kreis derer, welche die Reichsverfassung von 1849 strikte festhalten, weder zahlreich, noch stark. Diese Verfassung, welche von der Demokratie von 1848 nach Kräften bekämpft und verunstaltet wurde, war eine durch die Umstände diktirte Vermittelung; auch im Sinne ihrer Urheber war sie nicht mehr, sollte sie nicht mehr sein, als eine Uebergangsform. Wem war es verborgen, daß sie, auch eingeführt und acceptirt, in der ersten ernsten Krisis entweder auseinanderbrechen oder zum Einheitsstaate führen mußte? Die Mittelstaaten bewahrten und würden heute nach den Bestimmungen dieser Verfassung sehr ausreichende Mittel bewahren, um bei jeder Wendung der europäischen Lage ihren Stützpunkt außerhalb des Bundesstaats zu suchen und gegen die Centralgewalt Partei zu nehmen.

Liegen die Schwierigkeiten nicht in der Reichsverfassung von 1849, nicht in jener kleinen Zahl von Schwärmern für Volkssouveränetät und Selbstbestimmung aller möglichen Bruchtheile Deutschlands, so müssen wir sie in den inneren preußischen Fragen suchen. Aber wer wollte den eben glücklich beseitigten Conflict wieder aufnehmen, welcher, wie das Rundschreiben des Nationalvereins sagt: „der Unreife unseres deutschen politischen Lebens entsprungen ist,

durch den die liberale Nationalpartei von Jahr zu Jahr mehr Boden verloren hat?" Wer wollte die preußische Heeresverfassung antasten, nachdem das Ministerium gezeigt hat, zu welchem Zwecke es diese Reform so beharrlich erstrebt und festgehalten hat, in einem Augenblicke, in welchem Preußen das Errungene zu behaupten hat, in einem Augenblick, in dem diese Heeresverfassung den Neid Europas erweckt in welchem Frankreich und Oesterreich sich anschicken dieselbe nachzuahmen? Auf eine Herabsetzung der dreijährigen Präsenzzeit hat man es dabei freilich weder in Wien noch in Paris abgesehen, sondern auf eine mindestens fünf- bis sechsjährige Dienstzeit bei den Fahnen. Mag Herr Schulze noch heute vom „Volksheere hinter dem Parlamente" träumen, mag Herr Waldeck sich einbilden, daß er bei Sadowa mit zweijähriger Dienstzeit und mit der alten Landwehr in erster Linie denselben oder einen noch größeren Sieg erfochten hätte, mag ihm Herr Harkort darin beistimmen; nur diejenigen, die nichts gelernt haben, werden fortfahren ihre Consequenz über die Thatsachen und die Formen hartnäckig über die Dinge selbst zu stellen. Auch in dieser Frage können die Schwierigkeiten einer verständigen Eintracht zwischen Regierung und Landtag, soweit die gemeinsamen Aufgaben für Preußen und Deutschland eine solche erfordern, nicht liegen.

In der That haben dieselben wie uns scheint einen andern Ursprung. Man will zwar die Einheit, aber zugleich auch die Freiheit, man will zwar die auswärtige Politik des Ministeriums unterstützen, die innere aber bekämpfen. Nachdem wir in Deutschland mehr als ein halbes Jahrhundert hindurch den Mangel an Einheit, die geringe Sicherheit unserer nationalen Existenz schmerzlichst erfahren und empfunden haben, nachdem wir über die Ohnmacht Deutschlands im Rathe Europas geklagt und geknirscht haben, finden wir heute, daß wir mit der Einheit allein doch zu wenig erreichen würden und machen uns getrost daran, beide Ziele zugleich zu verfolgen. Zwar wissen wir aus dem Privatleben recht gut, daß der welcher zwei Ziele zugleich verfolgt, Gefahr läuft keines zu erreichen und verhalten uns dieser Erfahrung gemäß. Im politischen Leben aber wollen wir den Satz nicht gelten lassen. Bei jedem anderen als dem deutschen Volke, dem die Aussicht, der Moment der Einigung gekommen wäre, würde instinktiv die Betrachtung überwiegen, daß dem höchsten Bedürfniß, der obersten Frage, der Existenzfrage der Nation vor allen Dingen genügt werden müsse, daß alle anderen Fragen, alle anderen noch so gegründeten Beschwerden gegen diese größte Aufgabe zurückgestellt werden müßten. Man würde sich sagen, daß nicht jeder Zeitpunkt zur Lösung aller Aufgaben gleich geeignet sei, daß in diesem Moment diese, in anderen Momenten andere zu verfolgen seien, daß ein Ministerium geeignet sei, diese, ein anderes andere Aufgaben zu lösen, man würde über einer kraftvollen Leitung der auswärtigen Politik, welche die Erreichung der nationalen Einheit in sichere Aussicht gestellt hätte, Mängel und Fehler der inneren Verwaltung nachsichtig oder klüglich übersehen. Trotz einer Schule des Leidens von sechs Jahrhunderten vermag man es in Deutschland nicht leicht, sich auf einen praktischen Standpunkt dieser Art zu stellen. Man

zieht es vor, den Widerspruch zu übersehen, welcher in dem Programm: „Unterstützung der auswärtigen, Bekämpfung der inneren Politik liegt." Ist die auswärtige Politik etwas anderes als die nach Außen gewendete innere Kraft des Staates selbst? Stütze ich die auswärtige Politik, wenn ich den Gegensatz der constitutionellen Gewalten steigere, die innere Gemeinschaft mehr, als die dringendste Pflicht gebietet, lockere, der Regierung im Lande so stark, als ich irgend vermag, entgegentrete? Wie könnte der im Auslande gefürchtet sein, dem in seinem Hause schwere Hindernisse in den Weg gelegt werden? Jede systematische Opposition gegen die innere Politik ist mehr oder weniger zugleich Opposition gegen die auswärtige. Stärke ich Jemanden gegen einen Dritten zur Abwehr oder zum Angriff, wenn ich ihn zu Hause selbst zu Boden schlage oder wenigstens so weit hindere oder umwerfe, als mir irgend möglich ist?

Wir kennen die Gründe, denen jenes Programm entsprungen ist, sehr wohl und achten sie. Es ist die Treue gegen die politischen Anschauungen, welche man bisher verfochten, es ist die berechtigte Meinung, daß ein liberaleres System der inneren Regierung die Einverleibungen wie den Zusammenhang des Bundesstaats erleichtern und befestigen würde. Aber es ist nicht nur gestattet, es ist sogar Pflicht für den Praktiker der politischen Situation gemäß zu handeln. Die liberale Seite der eigenen Ueberzeugung wird nicht verleugnet, wenn sie eine Zeit lang weniger accentuirt, weniger hervorgehoben wird, als die nationale. Und wenn auch wir des Glauben leben, daß ein frischerer liberalerer Zug in unserer Verwaltung die Assimilirung der neuen Provinzen wesentlich erleichtern würde, so ist eben nicht Alles in jedem Augenblicke zu haben, und selbst auch für eben diese nächsten Aufgaben eine gewisse Dosis von Autorität keines Weges zu entbehren. In gewissen Theilen des neuen Staatsgebiets würde auch das liberalste Auftreten kein freundliches Gehör finden, und die eingeräumten Freiheitsrechte würden dort der antipreußischen Agitation um so willkommener sein, je ausgedehnter sie wären. Man behauptet ferner, die rücksichtslose Opposition in den inneren Fragen sei unerläßlich, um den neuen Provinzen, dem südlichen Deutschland zu zeigen, daß es in Preußen noch liberalen Mannesmuth gebe, um dort die Hoffnung auf ein liberales Preußen zu erhalten. Wir können das zugeben; es kommt jedoch auf das Maß an, in welchem sich diese Opposition hält. Es ist leicht, die Schattenseiten und Uebelstände, die jedem Staatswesen und jeder Verwaltung ankleben, auch die liberalste ist nicht frei davon, in's Ungemessene zu erweitern und aus jeder Mücke einen Elephanten zu machen. Unsere Presse hatte vor dem Kriege in dieser Richtung so nachdrücklich gewirkt, daß nicht nur die Abneigung gegen Preußen in hohem Maße gestiegen war, sondern auch in Wien wie in München der Entschluß zum Kriege leichter gefaßt wurde, weil die inneren Zustände Preußens im Spiegel der Presse völlig unhaltbar erschienen. Das Beispiel genügt wohl um deutlich zu zeigen, daß auch heute Maß gehalten werden muß, wenn die liberale Opposition nicht den grundsätzlichen Gegnern Preußens im Norden und Süden des Main eine stärkere Ermuthigung durch das Schauspiel eines erbitterten

Kampfes zuführen will, als das Vertrauen aufwiegen könnte, das dadurch etwa in den liberalen Freunden Preußens erwachte. Man sagt endlich, warum will man uns für unsere überzeugungstreue Opposition und deren Folgen verantwortlich machen, warum folgt das Ministerium unseren Ansichten nicht? Die Antwort liegt auf der Hand. Nicht die liberalen Parteien haben dieses Ministerium an das Ruder gebracht, sie haben vielmehr alle ihre Kräfte vier Jahre hindurch vergebens aufgewendet, es zu stürzen. Ueberdies hat es die Landesvertretung nicht mit dem Ministerium allein zu thun. Waren die Widerstandsmittel der Regierung vor diesem Sommer ausreichend, sie sind seitdem erheblich gewachsen. Wir können nur vor der Wiederholung einer Unterstützungsmethode warnen, welche dem Ministerium Auerswald gegenüber so üble Folgen herbeigeführt hat.

Wir geben es nicht nur zu, wir stellen es als den Vordersatz, als Axiom unserer Betrachtung hin, daß nicht nur die Ausgangspunkte, daß auch heute noch die Standpunkte des Ministeriums und der gemäßigt liberalen Parteien divergenter, ja entgegengesetzter Natur sind. Daraus folgt, daß wenn ein Zusammenwirken von solchen Voraussetzungen aus von der politischen Situation gefordert und von den höchsten Interessen des Vaterlandes geboten ist, solches Zusammenwirken nur im Wege des Compromisses denkbar und möglich sein kann. Wir empfehlen heute diesen Weg, wie wir ihn früherhin empfohlen haben. Wir meinen, daß die Fortschrittspartei, wenn sie diesem Rath, den wir ihr seit 1861 wiederholt ertheilt haben, gefolgt wäre, heute besser stände als sie steht. Wir empfehlen ihn heute, weil wir dringend wünschen, daß die liberalen Parteien in allen Fragen gewinnen möchten, was von ihrem Programm irgend realisirbar ist, was sie erreichen können ohne Gefährdung des Hauptzieles d. h. was sie ohne Conflict erlangen können. Jeder neue Conflict würde nicht nur die Ausgleichung der inneren Gegensätze, und damit die Lösung der inneren Aufgaben, sondern auch die Erfolge der auswärtigen Politik in Frage stellen.

Seit acht Jahren haben wir in diesen Blättern beständig geltend gemacht, daß der Staat nicht lediglich Kampfplatz für Freiheitsfragen, sondern auch Existenz und Macht sei, daß seine Lebens- und Machtbedingungen schwerer in's Gewicht fielen, als unsere etwas idealistisch gefärbten politischen Anschauungen gern zugeständen. In diesem Sinne haben wir stets daran gemahnt, das alte Preußen mit seinen Nerven und Muskeln nicht gering zu achten, wir haben als oberstes Ziel unserer liberalen Politik stets die aufrichtige Versöhnung des alten und des neuen Preußens hingestellt. Wir halten auch heute dieses Ziel fest und hoffen, daß in dem Preußen von 1866 gelingen wird, was in dem Preußen von 1815 mißlungen ist. Nachdem das alte Preußen in der Diplomatie und auf dem Schlachtfelde so Großes errungen (es war weder der Volksgeist noch das Volk der Herren Jung, Waldeck und Schulze, die bei Sadowa gesiegt haben, sondern das gegen ihre Wünsche und trotz ihrer Bemühungen disciplinirte preußische Volk), kann Niemand mehr die Stützen des preußischen Staatswesens: die Tüchtigkeit seines Heerwesens, die Leistungen seiner Finanzen,

den festen Zusammenhang seiner Beamtenschaft in Frage stellen wollen. Die Beamtenschaft hat die Einwirkung der Volksvertretung nicht erwartet, um lange vor 1848 eine sorgsame, gewissenhafte und wohlgeordnete Verwaltung zu gründen, die Finanzen haben der Controlle und Hülfe der Volksvertretung nicht bedurft, um einen sparsamen und voraussehenden Haushalt zu organisiren und aufrecht zu halten. Es ist die Erbschaft der Motz und der Maßen, welche uns heute zur Verwunderung Europas in den Stand gesetzt hat, zwei Kriege ohne Anlehen zu führen. Nicht wie einst in Frankreich hat in Preußen der Bankerott der Verwaltung die Volksvertretung neben eine hülflose Regierung gestellt. Damit war bei uns von vornherein eine andere Stellung der Landesvertretung gegeben. Es hat sich bei uns von Anfang nicht um eine radikale Reform der Administration durch die Landesvertretung gehandelt, sondern um die Belebung des öffentlichen Interesses, um den berechtigten Antheil des Volkes am Staate, um die Erweiterung des Gesichtskreises der Verwaltung, um eine förderliche Einwirkung auf die Aufgaben des Staats. Dadurch ist die preußische Volksvertretung wesentlich auf einen Wettkampf mit der Regierung angewiesen, wer von beiden das Interesse des Staats am Besten verstehe, wer am meisten zur Förderung desselben beizutragen vermöge. Da die Regierung aber thatsächlich bewiesen hat, daß sie in der Militärfrage, in den auswärtigen Fragen diese Interessen besser zu erkennen und zu wahren verstanden habe als die Volksvertretung, würde es dieser schwerlich gedankt werden, wenn sie die Gegenprobe durch die Herbeiführung eines neuen Conflicts zu machen versuchte. Vielmehr sollte die Gesammtlage, wie uns scheint, der Landesvertretung die Ueberzeugung aufdrängen, daß sie von einem Ministerium, welches weder von ihr eingesetzt ist noch das ihre Farbe trägt, zwar weder ihren Gang noch ihre eigenen Maßnahmen zu erwarten berechtigt sei, daß aber die Richtung, welche die Regierung eingeschlagen hat, wie die Situation, in der sie sich befindet, der Vertretung die Möglichkeit einer Einwirkung gewährt, welche die gemeinsame Aufgabe, das Interesse des Landes dringend fordern, und die deshalb in jeder thunlichen Weise geübt und versucht werden müsse. Es gilt in der That den Versuch, durch eine vorsichtig abgewogene Haltung, durch eine Reihe geschickter Compromisse die gegenwärtige Staatsleitung zu einer möglichst liberalen Haltung zu bewegen. Daß diese Aufgabe schwieriger ist, als die einfache Oppositionsstellung und dazu undankbarer für die Personen der Vertreter, darf unseres Erachtens nicht davon abhalten, ihre Lösung mit Ausdauer, Consequenz und Hingebung zu versuchen. Die politischen Dinge liegen überhaupt nicht so einfach, daß sie überall durch Alternativen zu erledigen wären und keine Partei ist in der Lage oder wird jemals in die Lage kommen, auch wenn sie die Regierung aus ihren Führern bildet, ihr gesammtes Programm zu realisiren und in jeder Frage nur nach ihren innersten Wünschen verfahren und diese nun auf jedem Punkte verwirklichen zu können. In dem gegenwärtigen Falle befindet sich nun das Haus der Abgeordneten keines Weges in der Gewalt, ja nicht einmal in politischem oder moralischem Uebergewicht. Es ist nicht in der Lage, den Rücktritt des

Ministeriums zu erzwingen oder dessen Erbschaft anzutreten. Triebe man es mithin zum Bruche, so würde das Ministerium wiederum ohne und gegen die Vertretung weiter regieren und im Bewußtsein dessen, was ihm gegen deren Willen bereits gelungen, sich für stark genug halten, auch die gegenwärtigen Aufgaben des Staats allein zu lösen. Wir trauen selbst verwegenen Doktrinärs nicht zu, daß sie diese Wendung aus Pessimismus in der gegenwärtigen Lage herbeiwünschen sollten.

Giebt uns die Lage des Vaterlandes ein Recht, von den liberalen Parteien zu verlangen, daß sie mit den conservativen Elementen des preußischen Staatslebens rechnen, so dürfen wir mit demselben Nachdruck verlangen, daß die Regierung die liberale Seite ihres Programmes lebhafter entwickele als dies bisher geschehen ist. Es war wohl die unglücklichste Stunde des Ministerium Bismarck, in welcher es das Danaergeschenk jenes Beschlusses, daß Art. 84 der Verfassung die Verfolgung der Abgeordneten wegen Verleumdung nicht ausschließe, von der Mehrheit des Obertribunals erhielt. Die ungenügende und eingestandener Maßen parteiische Handhabung der Disciplin im Abgeordnetenhause konnte auch sonst unbefangene Blicke momentan verblenden; aber darüber durfte sich doch Niemand täuschen, daß die Abhülfe, welche auf diesem Wege gesucht wurde, nicht nur schlimmer als das Uebel, sondern geradezu der Uebel größtes war: die Erschütterung des Vertrauens auf die Unparteilichkeit und Selbständigkeit des obersten Gerichtshofes in Preußen. Es stand bei dem Ministerium diesem Beschluß keine Folge zu geben; dennoch wurde eine in Folge desselben begonnene Anklage noch nach Erlaß der Amnestie in die zweite Instanz getrieben. In dem Augenblick, in welchem es darauf ankommt, den Richterstand außerhalb der politischen Parteiung zu halten, das unbedingte Vertrauen auf eine absolut unparteiische Rechtspflege nicht blos in den alten Provinzen herzustellen sondern auch in den neuen Gebieten zu begründen, ist es nicht richtig und würdig, daß die Staatsregierung die Sorge dafür nicht ausschließlich den Gerichtshöfen überläßt; sie muß sich selbst von dieser durchdrungen zeigen. Wir sind nicht der Meinung, daß es politischen Männern zieme, das Große über dem Kleinen zu vergessen, aber wir müssen die Regierung doch daran erinnern, daß es Nadelstiche giebt, die einer tüchtigen Verwaltung nicht ziemen, deren Wiederholung in weiten Kreisen Mißbehagen erweckt, deren Unterlassung die Regierung nicht schwächen sondern stärken wird. Wir wünschen ferner, daß das Ministerium die Organisationsfragen kräftiger und umsichtiger in die Hand nehme, als dies in den letzten Monaten der Fall gewesen ist. Die alten Provinzen sind hierbei nicht minder interessirt als die neuen. Das parlamentarische Leben Preußens, wie das des norddeutschen Bundes, wird nach wie vor in der Luft stehen, bevor es gelungen sein wird, ihm die unerläßliche Vorschule, die nothwendigen Grundlagen, die unentbehrlichen Stützpunkte in einer guten Organisation der Provinzial- und Kreisstände zu geben, welche nach wesentlich gleichen Grundsätzen für die alten und neuen Provinzen gebildet werden müssen, deren Stellung sich anderer Seits dem Organismus der Verwaltungsbehörden

zur Unterstützung wie zur Controlle angemessen anschließen muß. Wir würden es für einen starken Mißgriff erachten, wenn der gegenwärtige Organismus der Administration der alten Provinzen einfach auf die neuen übertragen würde. Unsere Verwaltungsordnung wurde vor funfzig Jahren in dem Sinne geschaffen, daß die Behörden nicht nur zu verwalten, sondern zugleich die Verwalteten und deren Interessen gegen die Centralregierung zu vertreten hätten. Diese Aufgabe besteht nicht mehr in dem alten Umfange. Demnach muß der schwerfällige Apparat erleichtert und für die neuen wie für die alten Provinzen nach einfacheren Formen geregelt werden. Die Zahl der Behörden der mittleren Instanz kann wesentlich reducirt werden. Für jede Provinz würde in der Regel ein erweitertes Regierungscollegium ausreichen, dessen Vorsitz der Oberpräsident führte, welches die Schul- und Kirchensachen, die Steuer-, Domänen- und Bauangelegenheiten zu bearbeiten und in lebendigem Verkehr mit den Provinzialständen die mittlere collegialische Instanz zu bilden hätte. Unter dem erweiterten und erhöhten Gewicht dieser neuen Provinzialregierungen würde in den einzelnen Regierungsbezirken die Aufsicht über die Kreise und Stadtbehörden von Bezirksdirektoren ohne formirte Collegien zu führen sein. Endlich möchten wir das Ministerium wohlmeinend warnen, sich über die sogenannten conservativen Elemente in den neuen Provinzen nicht etwa durch einen unbewußten Zug des Herzens täuschen zu lassen. Wenn von diesen, wenigstens in Hessen, Annäherungen versucht worden sind, so würde ein Versuch, an diese Elemente Anlehnung zu nehmen, für Preußen üble und schwer heilbare Folgen herbeiführen. Nicht nur, daß Männer jener Art ihnen etwa anvertraute Beamtungen gegen Preußen ausbeuten könnten, daß sie in der nächsten Krisis mindestens versagen würden; die große Mehrzahl der Bevölkerungen würde durch Bevorzugung dieser Preußen im Innersten feindseligsten Richtung in den neuen Gebieten in hohem Maße verletzt und entfremdet würden.

So weit aus dem bisherigen Auftreten der Parteien im Abgeordnetenhause geschlossen werden darf, ist die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken der Landesvertretung und des Ministeriums nicht aufzugeben. Wir glauben diese Aussicht zu fördern, wenn wir auf einige Punkte aufmerksam machen, die vielleicht zu Zerwürfnissen Anlaß geben könnten. Die sehr verschieden gearteten Elemente, welche sich in der Fortschrittspartei zu gemeinsamer Negation verbunden hatten, mußten in dem Augenblicke sich völlig naturgemäß scheiden, in welchem eine neue Situation ein neues Programm verlangte. So trat die nationale Partei aus den Reihen der Fortschrittspartei. Die Bedenken, die gegen das Programm dieser neuen Fraktion erhoben werden können, haben wir nicht verhehlt; sie schließen dessen Werth, der in der bestimmten Farbe, in dem Einnehmen einer positiven Stellung liegt, nicht aus. Wie ist es aber mit der eben vollzogenen Scheidung, mit der positiven Aufgabe, die jenes Programm stellt, mit der Unterstützung der auswärtigen Politik des Ministeriums vereinbar, wenn Mitglieder dieser Partei einen gemeinsamen Wahlaufruf mit den Führern der eben von ihnen verlassenen alten Fortschrittspartei unter-

zeichnen, obwohl sie wissen, daß diese Führer das Programm „keinen Groschen auch wenn der Feind im Lande ist" unterzeichnet haben, daß sie die Einverleibungen nicht sanctionirt haben, daß sie auf der Durchführung der Reichsverfassung bestehen? Soll diese Unterzeichnung von beiden Seiten einen Schein der Einheit erwecken, wo keine Einheit mehr besteht? Noch weniger dürfen wir annehmen, daß eine Täuschung oder Irreführung der Wähler beabsichtigt wird. Demokraten, welche eine Täuschung der Wähler versuchen wollten, würden sich ja desselben Vergehens schuldig machen, das der Beamte begeht, der wissentlich seinen Souverän hinter das Licht führt. Noch wunderbarer freilich scheint es uns, wie erfahrene und angesehene Männer des linken Centrums, die von aufrichtigem und unbezweifeltem Eifer für Preußen erfüllt sind, „im ersten Wahlbezirke der Monarchie" ihre Wahlstimme gerade für solche Mitglieder der Fortschrittspartei abgeben können, welche notorisch über die Verfassung hinaus wollen, die einst den Zeughaussturm vertheidigt und heute sich rühmen, die winselnden Friedensadressen an vielen Orten angeregt zu haben, die in der rheinischen Zeitung jene Coalition der radikalen und ultramontanen Opposition vertheidigen, welche Preußen am Main mit dem Blute seiner Söhne zu bekämpfen hatte, in einem Blatte, welches alle Mittel daran setzt, die neuen Provinzen gegen Preußen in Aufregung zu setzen und zu erhalten. Es scheint uns unmöglich eine klare Position, die Vorbedingung jeder nachhaltigen Einwirkung auf die Regierung, zu gewinnen, wenn man dieselbe selbst wieder verdunkelt.

Das Abgeordnetenhaus hat einen glücklichen Griff gethan, indem es die Berathung des Budgets aus der Commission in das Plenum verlegte, und wir sind nicht gemeint, das Verdienst, welches sich die nationale Partei um diese Wendung erworben hat, niedrig anzuschlagen. Die Berathung im Plenum giebt dem ganzen Hause ein volles Bild der Complication und Verzweigung der Staatsthätigkeit, sie muß dem ganzen Hause die Ueberzeugung aufdrängen, daß es an Umsicht und Voraussicht nicht hinter jener Zeit zurückbleiben darf, welche dem Staate diese Ordnung der Finanzen geschaffen hat; sie ist geeignet, das Bewußtsein zu erwecken, daß ohne genaue Kenntniß des Staatswesens und der Verwaltung das Amt eines Volksvertreters nicht wohl versehen werden kann, sie gewährt endlich den besten Ueberblick über die gesammte Lage des Staatshaushalts, seine Quellen und Hülfsmittel wie über seine Mängel. Damit ist der Volksvertretung der Weg weiter als bisher geöffnet auf den Staatshaushalt einzuwirken. Sie wird sich alsbald überzeugen, daß eine solche nur im Zusammenhange des Ganzen ersprießlich und thunlich ist, und diese Wahrnehmung wird dazu beitragen, gewisse Vorurtheile von vorn herein zu beseitigen. Wie das Vorurtheil gegen den Staatsschatz, so wird auch die Forderung der Contingentirung der Steuern, d. h. die Verhinderung des natürlichen Wachsthums der Steuern, bei Seite gelegt werden müssen. Kein Großstaat kann auf dieses Anwachsen verzichten, um sich mit dem Systeme der Simplen zu begnügen, was für kleine Staaten allerdings brauchbar ist. Darum soll der Steuerbetrag freilich nicht in's Ungemessene wachsen. Sein na-

türliches Steigen ist aber eben die unentbehrliche Bedingung, die nothwendige Voraussetzung, um zur Ermäßigung der Steuersätze, zu einem rationellen System der gesammten Besteuerung überhaupt gelangen zu können. Wir billigen durchaus, daß das Abgeordnetenhaus auch vom Standpunkte des Budgets aus, auf Reformen in der Verwaltung und der Justiz in dem Sinne dringt, daß weniger besser bezahlte Beamte einer größeren Zahl schlecht bezahlter vorzuziehen sind; aber wir können es kaum verstehen, welche Motive für die Mehrheit — allerdings nur die Mehrheit einer Stimme — maßgebend gewesen sein können, dem Ministerium das Hauptextraordinarium d. h. eine Summe von 300,000 Thalern einem Budget von 170 Mill. Thalern gegenüber zu streichen. Es heißt diesen Posten streichen, wenn man die nachträgliche Erlaubniß verlangt. Aber kein Haushalt kann eines mäßigen Postens für unvorhergesehene Ausgaben entbehren, und wir fürchten, daß die Mehrheit, wenn sie bei ihrem Beginnen beharren sollte, nichts weiter erreichen würde, als die bisher glücklich gezogene Grenze für Ausgaben dieser Art zu beseitigen. Der Finanzminister würde kaum mehr in der Lage sein, die übrigen Ressorts für unvorhergesehene Ausgaben innerhalb der Grenze des bezüglichen Kredits zu halten; man würde stets argumentiren, daß, da doch einmal nachträgliche Genehmigung eingeholt werden müsse, dies füglich auch für weit höhere Summen geschehen könne. Wir besorgen somit, daß die Aufrechthaltung dieses Beschlusses die Verwaltung von dem bisherigen Maß des Unvorhergesehenen und nicht wohl zu Veranlagenden liberiren und damit einen nachtheiligen Einfluß auf die zukünftige Verwaltung unserer Finanzen ausüben könne. Daß die Mehrheit 50,000 Thaler, welche für Besoldungserhöhungen der Minister, der Ministerialdirectoren, Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten bestimmt war, gestrichen, und den Unterbeamten zugewiesen hat, entbehrt einer sachlichen Begründung nicht. Die Abstreichung erscheint den bezeichneten Kategorien der höchsten Beamten gewiß von untergeordneter Bedeutung; den an ihrer Stelle bedachten Beamtenklassen, trotz des homöopathischen Minimums, welches auf den einzelnen Posten fallen würde, vielleicht von größerer. Indeß können wir nicht unbemerkt lassen, daß die Mehrheit mit diesem Beschlusse vollständig aus der constitutionellen Rolle gefallen ist. Sie konnte unzweifelhaft, und vielleicht mit dem besten Grunde der Regierung 50,000 Thaler streichen, sie konnte derselben aber nicht 50,000 Thaler oktroyiren, die die Regierung nicht gefordert hat. Man kann doch eine Regierung, die für dieses Jahr für die Unterbeamten eine Million zu verwenden beantragt, nicht zwingen, noch 50,000 Thaler mehr dafür auszugeben, wenn sie nicht will. „Die Regierung fordert, die Kammer bewilligt," das ist der constitutionelle Grundsatz. Macht die Kammer von sich aus Bewilligungen, so macht sie diese einer anderen als der vorhandenen, einer nicht bestehenden, also eingebildeten Regierung. Daß die Mehrheit aus löblichen und humanen Gründen zu diesem wunderlichen Beschlusse gekommen ist, liegt auf der Hand, obwohl die Rede des Herrn Waldeck doch ein besonderes Licht auf die Motive des Antrages fallen ließ, und wohl zu einer vorsichtigeren Prüfung hätte ver-

anlassen können. Die Demokratie nimmt stets eine sorgsame Fürsorge der Rechte und Interessen des Volkes für sich in erster Linie in Anspruch. Wir verlangen es nicht besser, wir wünschen nur, daß diese Herren dem Volke nicht immer von seinen Rechten, sondern auch zuweilen von seinen Pflichten sprächen, daß sie sich stets den schönen Satz des Herrn Gneist vor Augen hielten, daß erst die Erfüllung der Staatspflicht im Staate Rechte verleihen kann. An die Stelle des Volkes läßt die Demokratie dann zuweilen auch den gemeinen Soldaten und den Unteroffizier treten, für deren Gesundheitspflege, Solderhöhung, weniger strenge Disciplinirung u. s. w. sie sich früher so lebhaft interessirte; gegenwärtig auch einmal die Unterbeamten der Verwaltung und der Justiz. Wir wollen nicht untersuchen, ob sich wirklich die Kanzleibeamten im Verhältniß der Anstrengungen, Kosten und Dauer ihrer Vorbereitung, nach ihrem Bildungsstandpunkte und ihrer socialen Stellung in üblerer Lage befinden als die Räthe vierter und dritter Klasse, — wir glauben, daß jene bei ihren gegenwärtigen Einkünften relativ besser gestellt sind als diese; — wir möchten die Herrn von der Demokratie nur ersuchen, bei Anträgen so menschenfreundlicher Art den Schein zu vermeiden, als ob es dabei darauf abgesehen sei, die betreffenden Klassen auf die eifrigsten Vertreter ihrer Interessen hinzuweisen. Jede Partei im Staate bedarf, wenn sie einmal zur Regierung kommt, der Disciplin der Beamten und des Heeres. Diese Disciplin hat Preußen heute noch vor den süddeutschen Staaten voraus, sie hat ihm seine, im Kampfe dieses Jahres eben bewährte Kraft gegeben und erhalten, Preußen soll den Kern des neuen Deutschlands bilden; es heißt diesen Kern beschädigen, wenn man wesentliche Grundlagen der preußischen Staatsmacht zu erschüttern trachtet. Anderer Art ist der Antrag des Herrn Becker auf Vorlegung des Vertrages mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft. Es scheint uns nicht opportun, daß diese Streitfrage in diesem Augenblick wieder aufgenommen worden ist. Die Sache war durch die Indemnität, durch jenen Beschluß, der das Budget für 1866 genehmigte, in welches die Baarzahlung der Köln-Mindener Gesellschaft unter die Einnahmeposten aufgenommen war, thatsächlich erledigt, ohne daß damit der Rechtsanspruch des Hauses aufgegeben oder alterirt war. Wollte man eine ausdrückliche Rechtsverwahrung hinzufügen, so genügte dazu der Antrag des Grafen Schwerin vollständig. Hält die Mehrheit den Beschluß auf nachträgliche Vorlegung des Vertrages auch bei der Schlußberathung aufrecht, so würde sie, Falls die Regierung demselben nachkäme, Angesichts der Rechtsverhältnisse, die aus der Ausführung dieses Vertrages bereits erwachsen sind, doch nur die einfache Genehmigung neben einer Rechtsverwahrung für künftige Fälle aussprechen können. Käme die Regierung dem Beschlusse nicht nach, so wäre damit ein neuer Conflict, und zwar wegen eines factisch erledigten Falles eingeleitet.

Wir haben geglaubt, diese Punkte berühren zu sollen, weil nur vorläufige Beschlüsse darüber vorliegen, weil das Abgeordnetenhaus in der Lage ist, auf dieselben bei der Schlußberathung zurückzukommen. Die Dotationsfrage hat

mit dem Beschlusse des Hauses, die Sitzungen der Commission als geheime zu behandeln, eine Wendung genommen, welche einen befriedigenden Ausgang in sichere Aussicht stellt. Sie wäre in der That am wenigsten geeignet, Anlaß zu einem Zerwürfniß zu werden. Die Nennung der Namen der Heerführer, die die Regierung im Auge hat, im Gesetzentwurfe wird voraussichtlich auch diejenigen befriedigen, welche nicht gesonnen sind, der Regierung die Verantwortlichkeit für die angemessene Verwendung der bewilligten Summe einfach zu überlassen. Andrerseits hätte es die Regierung in der Hand, die Vorlage mit dem Bemerken zurückzuziehen, daß sie nicht gemeint sei, über Personen und Beträge einer Nationalbelohnung mit der Landesvertretung zu markten. Noch weniger fürchten wir, daß das Militärbudget zu ernsthaften Divergenzen führen könnte. Mag Herr Waldeck seinen Standpunkt der zweijährigen Dienstzeit und seine Consequenz durch Anträge auf Resolutionen in dieser Richtung wahren; weder die nationale Partei noch das linke Centrum werden ihm auf diesem Wege folgen. Gewiß können Bedenken anderer Art gegen die Vorlage der Regierung erhoben werden. Man kann finden, daß für die drei neuen Armee-Corps eine Zahl von 16 Cavallerie-Regimentern etwas hoch gegriffen sei. Jedoch darf man dabei wohl nicht außer Acht lassen, daß die norddeutschen Staaten außer Preußen nur 2 Cavallerie-Regimenter besitzen, daß Sachsen für das zwölfte Armee-Corps nur 4 Cavallerie-Regimenter zu stellen vermag, daß die kleineren Staaten auch späterhin ihre Cavallerie zu vermehren schwerlich im Stande sein werden. Zieht man diese Lage der Dinge in Betracht, so wird sich kaum behaupten lassen, daß die Gesammtzahl von 280 Schwadronen, neben den 378 Feldbataillonen der Armee des norddeutschen Bundes, der Cavallerie ein unverhältnißmäßiges Uebergewicht gäbe. Man kann ausführen, daß die Errichtung der fünften Schwadronen, welche den Pferdebestand für die alten Provinzen um gegen 4000 steigert, eine im Verhältniß zu ihren Vortheilen zu kostspielige Maßregel sei; ihre Zweckmäßigkeit für die Kriegsbereitschaft, für die Leistungen der Cavallerie im Felde, wird Niemand in Abrede stellen, der die Bedürfnisse und das innere Leben dieser Waffe in Betracht zieht. Endlich sind Truppenkörper für die neuen Provinzen formirt, ohne daß die Landesvertretung gefragt wäre. Aber das Gesetz vom 20. September d. J. überläßt die neuen Provinzen bis zum 1. Oktober 1867 dem verantwortlichen Ermessen der Regierung. Sollte die Regierung mit den in jeder Beziehung, für die inneren wie für die äußeren Verhältnisse dringlichen Organisationen warten, bis die Vertreter der neuen Provinzen im Abgeordnetenhause, im Herrenhause ihre Plätze eingenommen hätten? Sie hätte damit eine um so größere Vernachlässigung begangen, je weniger der Bestand des Friedens garantirt werden kann, je länger ohnehin die Jahresreihe sein wird, während welcher die neuen Provinzen noch keine Reservisten, noch keine Landwehrmänner besitzen werden. Sollte den alten Provinzen die Vertheidigung der neuen in noch höherem als dem unvermeidlichsten Maßstabe aufgebürdet werden? Wenn die Presse aller Parteien, die der Altliberalen an der Spitze, die Regierung in

Frankreich auf das eifrigste drängt, die Armee auf mindestens eine Million Streiter zu vermehren, so würde es der Vertretung Preußens, welches mit der Regierung Preußens Erwerbungen, seine neue Stellung zu behaupten hat, schlecht anstehen, um Schwadronen und Formationen zu markten. Es giebt für die Lösung aller dieser Fragen nur einen sichern Ausweg, den die Mehrheit ohne Zweifel betreten wird, die Feststellung des Bundeswehrgesetzes durch das Parlament.

Wir fassen unsere Betrachtungen in ein Wort zusammen. Alle patriotischen Parteien sind auf den Boden der vollendeten Thatsachen getreten; sie haben die Erfolge des Ministeriums anerkannt und durch ihre Zustimmung zu den ihrigen gemacht. Es handelt sich um die gemeinsame Einrichtung, die gemeinsame Sicherung, Aufrechthaltung und Vertheidigung des Gewonnenen. Eine gegenseitige Annäherung hat stattgefunden in den Programmen wie in Thatsachen. Diese Annäherung muß im Interesse Preußens und Deutschlands aufrecht erhalten werden. Ohne diese würde die Hereinziehung der neuen Provinzen einen Charakter erhalten, der weniger geeignet wäre, sie rasch zu assimiliren und zu gewinnen. Ohne eine gemeinsame Arbeit würde die Bundesverfassung den weiten und freien Zuschnitt zu entbehren haben, dessen sie für die Gesammteinigung Deutschlands bedarf. Die Schwierigkeiten und Anstöße der einzelnen Fragen überwinden sich um so leichter, je lebhafter das Ziel und die Gesammtheit der Aufgaben vor Augen stehen. Wir haben im Streite des Tages an diese erinnern wollen.

Notizen.

Prinz Albert und König Friedrich Wilhelm IV. über die deutsche Verfassung.

Am 28. März 1848, genau ein Jahr vor dem Abschluß des Verfassungswerks durch die Nationalversammlung, entwarf in Buckingham-Palace Prinz Albert, der Gemahl der Königin Victoria, Grundzüge einer Reichsverfassung für das seinem Herzen so theure deutsche Vaterland. Er legte dieselben dem Könige von Preußen vor, welcher bald darauf (April 1848) Bemerkungen darüber zu Papier brachte. Beide interessante Schriftstücke theilt eine kürzlich erschienene Broschüre „Zum Verständniß der deutschen Frage" (Karl Aue, Stuttgart 1867) in einem Anhange mit, der außerdem eine lange Reihe längst bekannter und oft gedruckter Actenstücke zur deutschen Verfassungssache, darunter höchst überflüssiger Weise zehn, das todtgeborene Project des Fürstentages von 1863 betreffend, enthält. Die eigentliche Broschüre will eine „Denkschrift über die deutsche Frage sein." Zwar hält der Verfasser es „für zu früh, schon jetzt mit eigenen bestimmten Vorschlägen hervorzutreten" (S. 7): „Wie dieses große Ziel zu erreichen sei, haben wir hier nicht zu erörtern. Es ist die Sache des

ganzen deutschen Volks und seiner Regierungen" (S. 26). Das ist also eine „Denkschrift" über die deutsche Frage! Eigene Gedanken finden sich darin über das große Thema nicht. Gleichwohl hat der Verfasser sich zur Aufgabe gemacht, „Bausteine zum Dom der deutschen Einheit herbeizuschaffen." Diese Aufgabe sucht er zu lösen, indem er mit verhaltenem Groll — durchaus nicht sine ira et studio — und mit ungewöhnlich geringem Verständniß namentlich die jüngsten Hergänge in Deutschland erzählt. Hierbei flicht er mehrere Aussprüche von Diplomaten ein, wie sie die Vertreter der kleinen Staaten an großen Höfen in Antichambern aufzulesen pflegen, um ihre Berichte an die heimische Regierung damit zu würzen. Es soll nicht gesagt sein, daß dieselben kein Interesse bieten. Aber theils entzieht sich dieser diplomatische Klatsch jeder ernsten Controlle; je bestimmter der Wortlaut ist, den man sich mittheilen läßt, desto geringer ist die Sicherheit, nicht belogen zu werden. Theils betreffen solche Enthüllungen die Toilettengeheimnisse der Staatsmänner und sind, wenn auch nicht erfunden, doch nicht im strengen Sinn historisch. Das, was der Verfasser davon einstreut, dient übrigens nur der Verschärfung jener unfruchtbaren Verbissenheit, die wohl am wenigsten geeignet ist, „Bausteine zum Dom der deutschen Einheit herbeizuschaffen." Der Verfasser rühmt sich, daß ihm „soviel Materialien zu Gebote stehen." Er kennt auch die famose österreichische Circulardepesche vom 16. März d. J., die so geheim gehalten ist, daß man weder in Hannover noch in Kassel ihre Spur auffinden konnte. Warum theilte er ihren Wortlaut nicht mit? Dadurch hätte seine Denkschrift einen Werth erhalten können, den ihr alle pikanten und albernen Anekdoten nicht zu geben vermochten. Daß jene Depesche „lediglich die in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit am Bunde beabsichtigten Schritte betrifft, die man schon am Ende des Monats vorläufig wieder fallen ließ," ist vielsagend oder zweideutig genug. In denselben Zeilen hätte der Verfasser sich deutlich ausdrücken können. „Vorläufig" ließ man die Schritte fallen? Nun ja, es sind wohl dieselben, die man im Juni wieder aufnahm und die den Selbstmord des Bundes am 14. herbeiführten. Das hätte sich schon verlohnt, zu erwähnen, zumal es so oft von der Seite abgeleugnet worden ist, auf welcher sich bekanntlich Recht und Sittlichkeit, Licht und Wahrheit befanden. Der Faden, der sich durch das Ganze hinzieht, ist das Bemühen nachzuweisen, daß es für Preußen gegolten habe, zum Behuf der Annexion der Elbherzogthümer und der Umstimmung des „widerwilligen preußischen Volks" einen casus belli zu finden und daß hierzu dem Grafen Bismarck „die deutsche Frage dienen" mußte. „Wenn dereinst die geheime Geschichte Deutschlands während der drei letzten Jahre geschrieben werden kann, werden auch diejenigen, welche nicht müde werden, die glorreiche preußische Politik in den Himmel zu erheben, tief erröthen über das Unmaß von Gewissenlosigkeit und Intriguen, welche die heutigen Zustände hervorgerufen haben" (S. 9). Im Privatleben fordert man für solche Behauptungen Beweise und in Ermanglung derselben züchtigt man den Verleumder. Die Aufnahme der deutschen Frage von Seiten Preußens erscheint demnach als eine gelegentliche Improvisation des

Grafen Bismarck. Vielleicht sind dem Verfasser folgende Thatsachen unbekannt. Als Graf Bismarck preußischer Bundestagsgesandter war, veranlaßte ihn ein englischer Staatsmann sich über die deutsche Frage eingehend zu äußern; dies geschah in einer Weise und Richtung, daß jener Engländer in den Vorgängen dieses Jahrs die Ausführung des damals entwickelten Programms erkannte. Als Graf Bismarck den Gesandschaftsposten in Petersburg antrat, berührte er Berlin und hatte dort eine längere Unterredung gleichen Inhalts mit dem bekannten Freiherrn Heinrich v. Arnim: er erklärte dabei die Berufung eines deutschen Parlaments für die gegebene Voraussetzung. Im Jahre 1861 entwarf Graf Bismarck eine ausführliche Denkschrift über die Lösung der deutschen Frage, worin ganz detaillirte Vorschläge enthalten waren; sie sollte dem König in Baden-Baden an dem Tage überreicht werden, an welchem das Attentat stattfand; eine Abschrift ist seit jenem Tage im Besitze eines nationalgesinnten Staatsmanns, der sie dem Schreiber dieser Zeilen im August 1865 vorlas. Dem Project einer Delegirtenversammlung, dessen sich Oesterreich angenommen, setzte Bismarck „eine wahre aus direkter Betheiligung der ganzen Nation hervorgehende Nationalvertretung" „mit entsprechenderen Attributionen" entgegen. Diese letzte Thatsache war dem Verfasser vermuthlich nicht unbekannt; denn er selbst druckt den Bericht des preußischen Staatsministeriums an den König d. d. Berlin den 15. September 1863 im Anhang ab; ebenso die von Bismarck contrasignirte Erwiderung des König Wilhelm an die in Frankfurt versammelt gewesenen Fürsten und Bürgermeister d. d. Berlin, 22. September 1863 und die Circulardepesche Bismarck's von demselben Tage. Endlich finde hier die begründete Meinung einen Ausdruck, daß Preußen die deutsche Frage praktisch in die Hand zu nehmen im Begriff gewesen, als der König von Dänemark starb: die schleswig-holsteinische Frage, die damals in den Vordergrund gedrängt wurde, ist eine Episode gewesen oder — „eine Etappe." Der Antrag vom 9. April 1866 auf Berufung des Parlaments war von tiefstem Ernste dictirt, kein pis-aller, kein Act der Rathlosigkeit, kein Humbug; er nahm den Faden wieder auf, den man beim Tode Friedrich's VII. von Dänemark fallen lassen mußte: die „Episode" dauerte zwar noch fort, aber die Hauptaction hatte begonnen und die Herzogthümerfrage bedeutete nur noch etwas im Zusammenhang mit der Frage des Vaterlandes. Die „Etappe" hatte ihre Schuldigkeit gethan. —

So wenig die Welt verloren haben würde, wenn diese Denkschrift ihr vorenthalten worden wäre, so schätzbar ist der Gewinn der beiden Actenstücke, mit deren Erwähnung dies Referat begann und die das einzig Erwähnenswerthe an der ganzen Publication sind. Um ihretwillen mag der Rest mit in den Kauf genommen werden. Wir können uns nicht versagen, auf die Ideen des Prinzen Albert und die eigenhändigen Bemerkungen Friedrich Wilhelm's IV. näher einzugehen.

Versetzen wir uns in die Märztage des Jahrs 1848 zurück. Das Patent des Königs von Preußen vom 18. März d. J., das über dem Straßenkampf und seinen geräuschvollen Wirkungen fast in Vergessenheit gerieth, hatte

Aufgabe Preußens für Deutschland dahin festgestellt, daß es die Umgestaltung des letzteren aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat herbeiführe. Noch war der Bundesbeschluß vom 30. März, der die Wahlen von Nationalvertretern vorschrieb, nicht gefaßt; noch hatte sich kein Vorparlament versammelt, kein Fünfzigerausschuß constituirt, noch hatten die siebzehn Vertrauensmänner ihren Verfassungsentwurf nicht abgefaßt: da schrieb in England der Prinz-Gemahl seine Gedanken über die deutsche Frage nieder. Er begann mit den Worten: „Deutschland soll aus einem Staatenbunde ein Bundesstaat werden, das ist die Aufgabe, die gelöst werden muß." Wenn diese Lösung heilbringend und dauernd sein solle, so müsse sie „aus dem jetzigen Thatbestand entwickelt" und „der Ausgangspunkt der ganzen deutschen Geschichte" werden. Sie dürfe nicht „eine gemachte Theorie" sein, sondern „die endliche Darstellung eines von dem deutschen Volke seit lange geahnten und ersehnten Zustandes," in welchem zugleich alle Bedingnisse und Erfordernisse „des Staates" überhaupt auf das Genügendste befriedigt würden. „Wir haben in Deutschland verschiedene, individuelle Völker, in sich vollkommene Staaten, Dynastien, Kronen, die alle vereinigt werden sollen. Die Individualitäten der Völker durch eine über denselben Leisten schlagende Centralisation zu verflachen und zu verwischen, wäre sündlich; denn in der Eigenthümlichkeit und Gesetzlichkeit derselben besteht die vielseitige Lebenskraft und Lebensfrische des deutschen Volkes. Die Kronen und Dynastien, die mit der Persönlichkeit dieser Staaten Eins sind, dürfen nicht verletzt oder erniedrigt werden, wenn die von ihnen dargestellte Persönlichkeit und Executivmacht der einzelnen Staaten nicht zerstört werden soll; aber beide, Staaten und Völker, sollen als ein Ganzes politisch zusammengefaßt und dargestellt werden."

Die Lösung dachte sich Prinz Albert so: die Fürsten und die Bürgermeister der freien Städte bilden einen Fürstentag und wählen aus ihrer Mitte einen deutschen Kaiser, sei es auf Lebenszeit oder auf etliche, vielleicht auf zehn Jahre. Delegirte der deutschen Ständekammern bilden einen deutschen Reichstag. Ein aus den deutschen Juristenfacultäten zusammengesetztes Reichsgericht entscheidet in allen Fragen zwischen den Einzelstaaten, zwischen Regierungen und Kammern, in allen Erbrechts- und Regentschaftsfragen, über Theilungen und Erbfälle. — Der Kaiser hat ein Veto gegen Fürstentag und Reichstag. Er repräsentirt Deutschland. In seinem Namen wird das Reich regiert. Mit dem Fürstentage theilt er die Besetzung der Aemter; an seiner Spitze eröffnet er den Reichstag. — Seine Minister sind ein Minister des Auswärtigen, ein Präsident der deutschen Handelskammer, die, zusammengesetzt aus Dienern der Einzelstaaten, das deutsche Zoll-, Schifffahrt-, Straßen-, Eisenbahn-, Post- und Verkehrswesen unter sich hat, und ein Vorsitzender des Kriegsraths, der, zusammengesetzt aus Generälen der Einzelstaaten, die Organisation des deutschen Heeres (im Krieg unter einem Bundesfeldherrn), die deutschen Festungen und („in Aussicht") die deutsche Flotte leitet. Diese drei Minister sind dem Reichstage verantwortlich, nicht dem Fürstentage. — Dieser, gebildet durch die deutschen Souveräne in Person oder stellvertretende Prinzen ihrer Häuser, besetzt unter Vorsitz des Kaisers die Aemter

